Bohemia

Jahrbuch
des
Collegium Carolinum

Band 3 (1962)

Unveränderter Nachdruck

Selbstverlag COLLEGIUM CAROLINUM 2004

Bohemia. Herausgegeben im Auftrag des Collegium Carolinum.

Band 1 (1960) – 20 (1979): Jahrbuch des Collegium Carolinum

ab Band 21 (1980): Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder / A Journal of History and Civilisation in East Central Europe

Band 3 (1962)

Hrsg. im Auftrag des Collegium Carolinum
vom Vorsitzenden des Collegium Carolinum e.V.

© 1962 Collegium Carolinum
Auslieferung Mai 1963

Nachdruck
© 2004 Collegium Carolinum e.V., 81669 München
(http://www.collegium-carolinum.de)

All rights reserved. No part of this book may be reproduced or translated in any form, by print, photoprint, microfilm or any other means without written permission from the Collegium Carolinum. Violations of the above may result in criminal prosecution or civil damage awards.

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Collegium Carolinum unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Verlag: Collegium Carolinum, 81669 München

Druck: Digital Druck GmbH, 96158 Frensdorf

ISSN 0523-8587

INHALT

ABHANDLUNGEN

Seite

Oberdorffer, Kurt: Der Verein für die Geschichte der Deutschen in Böhmen 1862—1938 9

Schwarz, Ernst: Die volksgeschichtlichen Grundlagen Nordböhmens von der Elbe bis zum Isergebirge 30

Hemmerle, Josef: Erörterungen zur Frühgeschichte des Egerlandes und seiner Besiedlung 112

Piendl, Max: Böhmen und die Grafen von Bogen 137

Beer, Karl: Albert von Seeberg. Eine Gestalt aus dem Kolonisationszeitalter des Sudetenlandes 150

Wagner, Adolf: Wok von Rosenberg. Ein Witigone aus dem Vertrautenkreise Přemysl Ottokar II. 173

Sieber, Siegfried: Geschichtliches von der Spitzenklöppelei im böhmischen Erzgebirge 199

Wandruszka, Adam: Die Sudetenländer und der deutsche Westen in der Neuzeit 214

Seibt, Ferdinand: Gutsherrschaft und Grunduntertanen im böhmischen Ständestaat. Neue tschechische Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des 15. und 16. Jahrhunderts 225

Kellenbenz, Hermann: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Böhmen-Mähren im Zeitalter der Industrialisierung . . . 239

Schieche, Emil: Die Problematik einer Kulturgeschichte der Tschechen 260

Spunda, Johanna: Die verlorenen Inseln. Ein Beitrag zur Erforschung der nationalen Auseinandersetzung und Umvolkung in Mittelmähren. Zweiter Teil 273

Sedlmeyer, Karl Ad.: Die Teiche und die Staubecken als Klimafaktoren in den Sudetenländern 361

Preradovich, Nikolaus von: Sudetendeutsche Gelehrte an der Universität Graz 384

Böss, Otto: Die Zweite Tschecho-Slowakische Republik im Spiegel zeitgenössischer tschechischer Pressestimmen (Oktober 1938 — März 1939) . . . 402

Kuhn, Heinrich: Zur Sozialstruktur der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Ein Forschungsbericht 426

Pustejovsky, Otfrid: Parlamentarische Demokratie und die Politik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in den Jahren zwischen 1945 und 1948 468

Wessely, Kurt: Die Wirtschaftsergebnisse der Tschechoslowakei im Jahre 1961 498

MISZELLEN

Sturm, Heribert: Egerer Reliefintarsien in den Museen in Eger und Bad Königswart 509

Kühnel, Josef: Ein unbekannter Brief Thaddaeus Haenkes von 1803 . . . 514

Wierer, Rudolf: Das nationale Problem in den Anfängen der tschechischen Arbeiterbewegung 517

Seibt, Ferdinand: Zeitgeschichte in der ČSSR 522

BUCHBESPRECHUNGEN

J. R. Rogler: Die Orts- und Flurnamen des Ascher Bezirkes (Ernst Schwarz) 531

A. Altrichter: Kolonisationsgeschichte der Iglauer Sprachinsel (Ernst Schwarz) 533

O. Guglia: Das Werden des Burgenlandes (Rudolf Wierer) 535

N. Lobkowicz: Marxismus-Leninismus in der ČSR (Heinrich Kuhn) . . . 537

F. Prinz: Hans Kudlich (Selbstanzeige des Verfassers) 539

Die Sudetenfrage in europäischer Sicht (Selbstanzeige) 543

Historica III (Ferdinand Seibt) 549

GEDENKTAGE UND NACHRUFE

Bruno Schier zum 60. Geburtstag (Josef Hanika) 559

Erich Gierach — † 16. Dezember 1943 (Bruno Schier) 571

Wilhelm Weizsäcker — † 19. Juli 1961 (Theodor Mayer) 577

BERICHTE

Tätigkeitsbericht des Collegium Carolinum (1960—1962) 582

Fünf Jahre Sudetendeutsches Wörterbuch (Franz J. Beranek) 584

ZUSAMMENFASSUNGEN DER ABHANDLUNGEN IN ENGLISCHER SPRACHE (übersetzt von Mr. H. E. Reed) . . 588

ZUSAMMENFASSUNGEN DER ABHANDLUNGEN IN FRANZÖSISCHER SPRACHE (übersetzt von Mme. J. Lutz) 612

PERSONENREGISTER DER ABHANDLUNGEN UND MISZELLEN 636

STICHWORTREGISTER DER ABHANDLUNGEN UND MISZELLEN 654

MITARBEITER DES JAHRBUCHES

Beer, Karl, Dr. phil., Gymnasialprofessor, † 1956.

Beranek, Franz J., Dr. phil. habil., apl. Prof. a. d. Universität Gießen.

Böss, Otto, Dr. phil., wiss. Assistent im Osteuropa Institut, München.

Hanika, Josef, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität München.

Hemmerle, Josef, Dr. phil., Staatsarchivrat, München.

Kellenbenz, Hermann, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität Köln.

Kuhn, Heinrich, Dr. phil., Sudetendeutsches Archiv, München.

Kühnel, Josef, Fachlehrer i. R., Otterfing/Obb.

Mayer, Theodor, Dr. phil., Dr. h. c., Universitätsprofessor und Präsident der Monumenta Germaniae Historica a. D., Konstanz.

Oberdorffer, Kurt, Dr. phil., Landesverwaltungsdirektor a. D., Stadtarchivar, Ludwigshafen/Rh.

Piendl, Max, Dr. phil., Archivdirektor, Regensburg.

Preradovich, Nikolaus von, Dr. phil., Dozent für Allgemeine neuere Geschichte a. d. Universität Graz.

Pustejovsky, Otfrid, Sudetendeutsches Archiv, München.

Schieche, Emil, Dr. phil., Dozent a. d. Universität Stockholm.

Schier, Bruno, Dr. phil., o. Prof. und Direktor des Volkskundlichen Seminars a. d. Universität Münster.

Schwarz, Ernst, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität Erlangen.

Sedlmeyer, Karl Ad., Dr. rer. nat., Prof., Siegertsbrunn bei München.

Seibt, Ferdinand, Dr. phil., Haar bei München.

Sieber, Siegfried, Dr. phil., Studienrat i. R., Aue in Sachsen.

Spunda, Johanna, früher Direktorin der deutschen Stadtbücherei zu Olmütz, jetzt Stuttgart-Rohr.

Sturm, Heribert, Dr. phil., Staatsarchivdirektor, Amberg/Opf.

Wagner, Adolf, Dr. phil., Linz.

Wandruszka, Adam, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität Köln.

Wessely, Kurt, Dr. jur. et Dr. rer. pol., Ostwirtschaftsreferent der Arbeitsgemeinschaft Ost, Wien.

Wierer, Rudolf, Dr. jur., früher Prof. der Tschechischen Universität in Brünn, z. Zt. Prof. der Freien Ukrainischen Universität München.

DER VEREIN FÜR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN IN BÖHMEN 1862—1938

Von Kurt Oberdorffer

Ein Gedenken an jene Abendstunden des 27. Mai 1862, in denen die Versammlung im Prüfungssaal der philosophischen Fakultät an der Prager Universität die Gründung eines „Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen" im Namen von 200 angemeldeten Mitgliedern beschloß, löst viele Gedankenketten aus. Das Kollegienhaus „Clementinum" in der Altstadt Prag, in dem dieser Saal war und ist, stand damals noch ungeteilt deutschen wie tschechischen Vorlesungen offen. Die Hörer Professor Konstantin Höflers, die ihn und durch ihn einige der deutschen Professoren zum Besuch der Versammlung bewogen hatten, konnten erfreut feststellen, daß auch namhafte Vertreter des Prager Deutschtums und Berichterstatter führender Zeitungen Prags und deutschböhmischer Städte erschienen waren. Das Echo aus den deutschen Landschaften Böhmens und von vielen deutschen Geschichtsvereinen verriet ebenso wie der Beitritt Dr. Emil Rößlers in Sigmaringen, des einstigen Abgeordneten des Saazer Kreises im Frankfurter Parlament, daß dieser Gründungsakt gut vorbereitet war und von der Welle einer neuen liberalen Bewegung getragen wurde, die im Zeichen des jungen Staatsministeriums Anton von Schmerlings anrollte. Die Möglichkeit „für die Rechte der deutschen Bevölkerung allen extremen und gehässigen Anschauungen gegenüber auf das entschiedenste" einzutreten, wird, wie Professor Höfler in der Festrede ausführte, auf „jene Pfade" hinlenken, „auf welchen allein ein Verständnis möglich ist", nämlich „in die der Wissenschaft, die sich nicht zu Trägern von Parteizwecken machen darf". Die Art wie die „Geschichte von Böhmen" von dem „Landeshistoriographen" František Palacký zu den „Dějiny národu českého v Čechách a na Moravě", das ist zur Geschichte des tschechischen Volkes in Böhmen und Mähren, gemacht worden war, drängte nun die deutschen Historiker weniger zur Kritik, — die sie nur zurückhaltend äußerten — als vielmehr zur Selbstbesinnung. Es galt, sich um die Geschichte der „Deutschböhmen" zu kümmern, um „der offiziellen tschechischen Landeshistoriographie gegenüber" Einseitigkeit durch gerechtere Darstellungsweise zu ergänzen, wie Ludwig Schlesinger dann 1868 in dem Vorwort zu seiner „Geschichte Böhmens" bekannte.

So sammelten sich deutsche Historiker Böhmens in dem Streben, den für beide Nationen des Landes gemeinsamen geschichtlichen Sachverhalt objektiv zu erfassen. Die Geschichtsschreiber in beiden Lagern fühlten sich dabei

verpflichtet zu „praktischen", die politischen Standorte ihrer Völker deutenden Darstellungen zu kommen. Verlorengegangene Traditionen und damit Bewußtseinsinhalte ihrer nationalen Gruppen suchten beide zu wecken. Der deutsche Geschichtsverein in Böhmen hatte vom Tag seiner Gründung an eine zusätzliche Aufgabe gestellt bekommen[1], die den deutschen Historikern in Mähren bis 1895 erspart blieb. In Brünn konnte seit 1849 in einer gemeinsamen Körperschaft, der Historisch-statistischen Sektion Mährens, gearbeitet und durch sie publiziert werden. Die Deutschen waren da in der landesgeschichtlichen Forschung nicht in eine Defensive gedrängt und im Landesarchiv wie Landesmuseum beteiligt geblieben.

Ein Rückblick nun auf die in den letzten 100 Jahren durch den Verein in Böhmen gepflegte Historiographie bedarf nicht so sehr einer „Geschichte als Erinnerung" (nach Alfred Heuss), denn die ist in Reden und sorgsamen Berichten festgehalten und in den „Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen"[2] aufgezeichnet. Wohl aber scheint es gerechtfertigt, den festlichen Bericht Gustav Pirchans aus dem Jahre 1923[3] weiter zu führen und Wortmeldungen aus den Reihen der vier Generationen, die diesen Zeitabschnitt bestimmt haben, zu sammeln. Dabei wird es vielleicht möglich, den Wandel der Struktur im Blickwinkel des Prager Deutschtums in Einzelfällen und episodenhaft zu beleuchten.

In dem Kreis Prager Studenten, die in ihren Abschlußarbeiten standen oder eben die Universität verlassen hatten, zündete der Gedanke „einen Verein zur Erforschung der Geschichte der Deutschböhmen zu gründen". Der 23jährige Doktorand Ludwig Schlesinger, der ihn im Mai 1861 ins Gespräch geworfen hatte, war Schüler des Historikers P. Wenzel Zacharias Ressel auf dem Kommunalgymnasium in der „königl. freien" Stadt Brüx gewesen, das bis 1872 dem Piaristenorden übertragen blieb. Dieser aus Reichenberg stammende Gymnasialprofessor war es gewesen, der in einem umfangreichen Artikel in der Constitutionellen Prager Zeitung vom 28. April

---

[1] Vgl. Josef Pfitzner, Das Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis 1848. Eger 1926. — Arnošt Kraus, Die sogenannte tschechische Renaissance und die Heimatdeutschen. Prag 1928. — J. Pfitzner, Arnošt Kraus und die Sudetendeutschen. Eger 1928. — Eugen Lemberg, Die Grundlagen des nationalen Erwachens in Böhmen. Reichenberg 1932.

[2] (abgekürzt MVGDB) — Berichte erschienen in: Festschrift zum 10. Gründungstag im Jahre 1871. Prag 1871. — MVGDB 26 (1881) S. 1 ff. von Gustav C. Laube. — MVGDB 40 (1902) S. 3 ff. („1887/88 bis 1901/02") von G. C. Laube und Festschrift — MVGDB 51 (1912) S. 1 ff. Festrede von Hans Lambel — MVGDB 61 (1923) S. 9 ff. Festrede von Ottokar Weber. — MVGDB 76 (1938) S. 6 ff. („75 Jahre!") von Gustav Pirchan.

[3] Der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen im Wandel der Zeitgeschichte. MVGDB 61 (1923) S. 69—116. Die Darstellung in diesem Festvortrag vom 3. März 1923 im Deutschen Haus in Prag schöpfte unmittelbar aus den Protokollbüchern und der Korrespondenz im Vereinsarchiv und wird im folgenden wiederholt benützt, wie in großer Dankbarkeit festgehalten sei.

1847 die historischen Argumente in dem „Absagebrief" Františeks Palackýs sachlich aber scharf angegriffen hatte[4]. Er arbeitete neben seinem Schuldienst seit 1846 am „Handbuch der Universalgeschichte für gebildete Leser", das er mit dem achten Band 1853 abschloß. Daß es ihm, dem damals 44jährigen, nicht geglückt war, die akademische Laufbahn einzuschlagen, hat er zeit seines Lebens dem Einfluß des älteren Prager Historikers Palacký zur Last gelegt. Als Lehrer hatte er an dem Brüxer Gymnasium und unter der Bürgerschaft eine große Gefolgschaft, wie sich nicht allein aus dem Nachruf und Lebensbild erkennen läßt, das Ludwig Schlesinger geschrieben hat, sondern auch in dem Grabstein mit dem künstlerischen Bildnisrelief, den seine Schüler ihm zwei Jahre nach dem Tode aufstellen ließen, und in der Herausgabe seiner Gedichte ebenfalls durch diese.[5]

Ressel entstammte einer Weberfamilie. Schlesingers Vater war Handwerker in dem durch eine Tuchmanufaktur bekannten Städtchen Oberleutensdorf bei Brüx, seine Studienfreunde und Mitbegründer des Geschichtsvereines Julius Lippert und Alexander Wiechowsky kamen auch aus Nordböhmen und waren Söhne aus Tuchmacher- bzw. Tuchschererfamilien. Sie und die weiteren Freunde, die sich 1861 als „provisorisches Komitee" zusammenfanden, waren junge Männer in den Zwanzigern. Hermann Hallwich aus Teplitz gehörte dazu, weiters Anton Kohl und Karl Pickert, die aus dem Egerland stammten. Nur der letztgenannte kam nicht aus gewerblichen Kreisen der Städte, sondern war Sohn eines Landwirtes. Auch der Saazer Anton Schmalfuß, der sich als einer aus der älteren Generation, die das 48er Jahr noch tätig miterlebt hatte, den Jungen anschloß und bald unentbehrlich machte, kam aus einer Bauernfamilie. Sein Werkchen „Die Deutschen in Böhmen, geschildert in geographisch-statistischer, staatswissenschaftlicher, volkstümlicher und geschichtlicher Beziehung",

---

[4] L. Schlesinger, Wenzel Zacharias Ressel. MVGDB 26 (1888) S. 117—171. — Hans Bittner, Gedichte von W. Z. Ressel (mit einem biographischen Vorwort) Brüx 1887. — A. Rebhan, W. Z. Ressels Gedichte. MVGDB 26 (1888) S. 305—321. — Zahlreiche Beiträge in den Jahresberichten des Gymnasiums Brüx 1845—1876. — Heinz Prokert, W. Z. Ressel ein sudetendeutscher Historiker. Zs. f. sudetendeutsche Geschichte 1 (1937) S. 200—209. — J. Pfitzner, Die Entwicklung des Gesamtbildes sudetendeutscher Geschichte. Zs. f. sudetendeutsche Gesch. 2 (1938) S. 273 ff., bes. 279. — Die Debatte um Ressels Stellung in der Geschichtsschreibung ist damit nicht abgeschlossen worden. Für den Verein f. Geschichte muß festgehalten werden, daß auch Gustav C. Laube (geb. 1839), aus Teplitz, der jahrzehntelang im Vereinsvorstand geschäftsführend wirkte, Schüler Ressels am Brüxer Gymnasium war.

[5] Vgl. Michel Brauner, Brüxer Gedenkbuch. Bd. 2, Brüx 1906 S. 13 f. — Eduard Winter, Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum. Salzburg 1938, S. 286, 304 betont die Bedeutung der Piaristen für die Reform der Lateinschulen in Böhmen nach 1774, nennt jedoch Ressel neben den älteren Historikern aus diesem Orden, Gelasius Dobner, Adaukt Voigt (aus Oberleutensdorf) und Jaroslav Schaller nicht. — Das Ehrengrab Ressels am Stadtfriedhof hat die deutsche Stadtverwaltung bis 1945 pflegen lassen.

das er in fleißiger Kleinarbeit zusammengestellt und 1851 in Prag veröffentlicht hatte, war in seinen geschichtlichen Überlegungen zur Forderung gekommen, daß unter den Deutschen in Böhmen ihre Geschichte eine „ausgebreitetere und gründlichere Bearbeitung und allgemeines Bekanntsein" verdiene[6].

Monate erforderte es nun — wie Gustav Pirchan in seiner liebevollen Detailschilderung dartut —, um den Lehrer jener Historikergruppe, Professor Konstantin Höfler, von seinem Plan eines Vereines für Kirchengeschichte Böhmens abzubringen und für den seiner Studenten zu gewinnen[7]. Der bayerische Historiker, der Schelling bestimmenden Einfluß auf sich eingeräumt hatte und in den neun Prager Jahren die vielfältigen liberalen Strömungen beobachten konnte, die unter den tschechischen Historikern wie unter den Studenten der industriell betriebsamen deutschböhmischen Landschaften wirksam waren, entschloß sich schließlich im Dezember in dem vorgeschlagenen Verein mitzuarbeiten und tat dies dann auch mit großer Energie. Seine Festrede, die er in der eigentlichen Gründungssitzung 1862 gehalten hatte, führte er gedanklich in den Sitzungen des Jahres 1863 weiter und verdichtete die Grundlinien für die Vereinsarbeit schließlich zu dem Programm vom 30. Januar 1863. Darin trug er den Vorschlägen der jungen Generation und vielleicht auch dem Presseecho in einem gewissen Grade Rechnung. Neben einer Veröffentlichungsreihe für allgemeine politische und kulturhistorische Quellen zur Geschichte des gemeinsamen Vaterlandes und einer zweiten für Arbeiten über böhmische Geschichte und Volkskunde räumte er auch eine dritte Reihe ein für die Geschichte der deutschböhmischen Städte. Spannungen zwischen dem auf universale Geschichte und strengste historische Studien bedachten Prager Hochschullehrer und den volkserzieherisch bemühten Anwärtern aufs Lehramt stellten sich bald ein. Fragen wie jene „Haben die Deutschen Böhmens eine Geschichte", die als Studien in den „Mitteilungen" 1864 (2, S. 35 ff.) veröffentlicht wurden, verrieten oft auch die Herkunft aus der Tagespolitik. Höfler betonte immer wieder, daß die Aufgabe des Vereines nicht allein darin liegen könne, historische Kenntnisse im einzelnen Heimatkreis zu fördern und dadurch die vaterländische Ge-

---

[6] Wilh. Wostry, Das erste Heimatbuch der Deutschböhmen. Sudetendt. Jahrbuch 5 (1929) S. 12—25. — Ders., Von Deutschböhmen über das Sudetendeutschtum ins Reich. Zs. f. sudetendt. Geschichte 4 (1941) S. 258 ff. Wostry hat diesen engeren Landsmann erstmals in den Vordergrund jener Entwicklung gerückt und das Bildungsmoment betont, das Schmalfuß dann als Schriftleiter der „Mitteilungen" des Vereins bis 1865 gemeinsam mit den jungen Mitarbeitern berücksichtigte. — Ferd. Seibt, Der Nationalitätenkampf im Spiegel der sudetendeutschen Geschichtsschreibung 1848—1938. Stifter-Jahrbuch 6 (1959) S. 18—38 hat bes. S. 20 f. die „überlegene Einstellung" des sachlichen Journalisten mit Recht hervorgehoben.

[7] Vgl. Anm. 3 bes. S. 70 ff., 106 ff. — Zum folgenden Wilh. Wostry, Der junge Höfler. Zs. f. sudetendt. Geschichte 1 (1937) S. 210—219.

sinnung im Volke zu beleben. Er forderte vor allem, wissenschaftliche Einsicht in die geschichtliche Bestimmung Böhmens zwischen Ost- und Westeuropa zu vermitteln, und daß es Sendung des deutschen Volkes sei, die einzelnen Völker zu einem höheren Ganzen zu verbinden. Dies müsse quellenkritisch erforscht werden. Die politische Entscheidung des Jahres 1866 trug dazu bei, Höfler, dem der „Bruderkrieg" zum „niederschmetternden Eindruck" geworden war, in seiner Kritik an Palacký und in seinen Äußerungen schärfer werden zu lassen.

Mit den Erfolgen eifriger Kleinarbeit einzelner der jüngeren Forscher und ihrer Wendung ins politische Leben der liberalen Partei wuchs der Widerstand gegen den stellvertretenden Obmann und erreichte, daß sich Professor Höfler schließlich 1870 aus dem Vorstand völlig zurückzog.

Für die praktische Arbeit hatte man bald nach der Konstituierung des Vereines eigene Sektionen gebildet. Dabei war die Stadtgeschichtsforschung zunächst innerhalb der 1. Sektion eingebaut worden, die unter der Leitung Professors Höflers stand und sich „allgemeine Landesgeschichte" als Aufgabengebiet gesetzt hatte. Eine 2. Sektion unter dem Vereinsobmann, dem Landesadvokaten Dr. Pelzel, hatte „Rechtsgeschichte" übernommen, eine 3. unter dem Universitätsprofessor Volkmann „Sprache, Literatur und Kunst", wobei auch die volkskundlichen Beiträge hier vorberaten wurden. Als 4. Sektion entwickelte sich, zunächst unter Professor Mischler, dann JUDR. A. Banhans, eine Arbeitsgruppe „Geographie, Statistik, Handel und Gewerbe", wobei Industriegeschichte sehr bald in den Vordergrund rückte und die unmittelbare Verbindung eines starken Flügels der Mitgliederschaft eine aus diesen Kreisen kommende Initiative erkennen ließ.

Schon 1863 aber hatte sich auf einer Versammlung aller Sektionen im Juni ein Comitee gebildet, das die „Geschichte der deutschen Orte in Böhmen" nach einem vorgelegten Plan künftig in Angriff zu nehmen versprach. In ihm finden wir mit Virgil Grohmann, L. Schlesinger, J. Lippert, A. Wiechowsky und A. Schmalfuß die Gruppe der „Heimatforscher", wie man sie 60 Jahre später bezeichnet hätte, beisammen.

Die Verzeichnisse der Mitglieder und der neuen Mitarbeiter ergänzen das Bild jener geistig regsamen Bürgerschicht, die schon bis Oktober 1862 den Verein auf 1630, und im Verlaufe der nächsten beiden Jahre auf 1834 Mitglieder wachsen ließ, wobei alle Landschaften Deutschböhmens vertreten waren. Dazu sei vermerkt, daß A. Schmalfuß für 1848 die Zahl der Deutschen in Böhmen auf 1 713 642 errechnet hatte, zu denen etwa 70 000 Deutsche in Prag hinzugezählt werden müßten[8]. Eine Gegenbewegung kündigte sich aus den Kreisen um das Böhmische (Landes-)Museum an. Diese tschechische Stellungnahme zur Vereinsgründung lehnte Höflers Festrede schroff ab und sah in dem Programm unwissenschaftliche Tenden-

[8] Vgl. MVGDB 2 (1863) S. 31, 129, 133 f. usw., bezüglich der Mitgliederzahlen Pirchan (Anm. 3) S. 111 A. 37, bezüglich Schmalfuß vgl. Anm. 6.

zen[9]. Aber auch Professor Gindely, der just im Jahr 1862 die Professur und die Leitung des Böhmischen Landesarchivs übertragen erhalten hatte, tadelte in einem seiner Briefe an Ritter von Chlumetzky „entrüstet" die Gründung und die Rede Höflers, da ein österreichischer Historiker den vermittelnden Elementen der anderen Nationen entgegenkommen müsse. Das geistige Gefüge Prags — oder besser der „Prager Städte" — hatte sich in den 14 Jahren seit den Revolutionstagen sozusagen von Stadtteil zu Stadtteil verschieden aus dem Böhmischen Wesen in ein ausgesprochen tschechisches oder deutsches oder österreichisches Denken umgruppiert. Dies spiegelte sich auch innerhalb der Universität in den verschiedenen Generationen, der von Tomek-Höfler ebenso wie jener von Goll-Bachmann und der dazwischen stehenden Rezek-Gindely[10].

Das Drängen der Geschichtsfreunde aus den deutschböhmischen Städten wiederum schien die wissenschaftliche Kritik herauszufordern, wenn etwa 1865 in den „Mitteilungen" die Beiträge von A. Schmalfuß „Das deutsche Städtewesen und sein politischer und socialer Einfluß auf Land und Volk in Böhmen", von W. Z. Ressel „Bemerkungen über die allmählige Gestaltung der Bevölkerungsverhältnisse Böhmens in nationaler Beziehung", von L. Schlesinger „Zur Geschichte der Industrie in Oberleutensdorf" erschienen, die — jeder in seiner Art — Entwürfe für notwendig erachtete Forschungen entwickelten[11].

Julius Lippert hatte damals als Student sofort mit der Arbeit über die heimatliche Nachbarstadt Trautenau begonnen und am 12. Dezember 1862 bereits den ersten Teil einer Stadtgeschichte auf Grund der zwei Chroniken und der Akten des Stadtarchivs sowie der Urkunden in Prager Archiven für den Druck abgeschlossen[12]. Er begann seine „Vorrede" bezeichnenderweise: „Mit einem gewissen Recht konnte man bisher sagen, der Deutsche in Böhmen besitze keine Geschichte." Sein Freund Schlesinger übernahm dann im Jahr 1866, im Sinne eines Ausschußbeschlusses vom 30. Mai d. J., den Auftrag, die „Geschichte Böhmens" zu schreiben, und legte das druckfertige Manuskript 1869 vor. Im Jahre zuvor hatte nach Studien, die in den „Mitteilungen" erschienen waren, Hermann Hallwich die „Geschichte der Bergstadt Graupen" für den Druck bereitstellen können. Julius Lippert war auch an das Quellenstudium zur Geschichte der Stadt Leitmeritz herangegangen und hatte 1871 dem Verein das Manuskript über-

[9] Pirchan (Anm. 3) S. 109 A. 26, aber auch S. 89.

[10] Vgl. Rich. G. Plaschka, Von Palacký bis Pekař. Graz 1955, S. 41 f. Die Darstellungen der Historiker V. V. Tomek (S. 28 ff.), A. Gindely (S. 35 ff.), J. Kalousek (S. 44 ff.), A. Rezek (S. 51 ff.) und J. Goll (S. 56 ff.) sind zu biographischen Skizzen erweitert, die im Querschnitt die Spannungen an der Universität anschaulich machen.

[11] MVGDB 3 (1865) S. 1. ff., 69 ff., 87 ff., 133 ff. — Vgl.auch MVGDB 2 (1864) S. 28 ff., 128 f., 133 f. usw.

[12] Beiträge zur Geschichte Böhmens, Abt. III, Geschichte von Trautenau, Bd. 1, Prag 1863, 76 S. — Bd. 2, Prag 1866, 72 S.

geben, während Schlesinger sofort anschließend Archivreisen und -studien für eine Gruppe von Urkundenbüchern der königlichen Städte Nordwestböhmens aufnahm. Das wird aus den Beiträgen in den „Mitteilungen" und aus der „Festschrift 1871", sowie aus dem Vorwort zum „Stadtbuch von Brüx bis zum Jahre 1526"[13] ersichtlich, das er Ende 1874 niederschreiben konnte. Soweit diese und weitere stadtgeschichtliche Arbeiten vom Verein selbst herausgegeben wurden, waren sie als „Beiträge zur Geschichte Böhmens" verlegerisch zusammengefaßt worden, bei einer Unterteilung, in der die Abteilung IV den „Städte- und Urkundenbüchern" vorbehalten war. Die Anteilnahme der Verlage J. G. Calve in Prag und F. A. Brockhaus Leipzig-Wien, die sich als Commissionäre der Publikationen annahmen, sprechen für eine gute Einbegleitung dieser herausgeberischen Arbeit des Vereines. Aus dem Vorwort Schlesingers zu seiner „Geschichte Böhmens" wird die positivistische Auffassung Höflers erkennbar, aber auch das programmatische Element, das diese Dreißigjährigen bestimmte. Die Aufforderung hatte gelautet, eine „populäre Geschichte Böhmens" zu schreiben, weil die böhmische Historiographie die Kulturverhältnisse bisher stiefmütterlich behandelt habe und dies in einem „nicht einsprachigen Reich" zu Ungerechtigkeiten führe. „Denn mit der Vernachlässigung der kulturgeschichtlichen Momente verbindet sich daselbst zugleich die vollständige Unterdrückung der Geschichte des deutsch-böhmischen Stammes." Jul. Lippert faßte 30 Jahre später das „socialgeschichtliche" Element als den Angelpunkt ins Auge, um in der Geschichte dieses Landes beiden Nationen gerecht werden zu können. Schlesinger bekannte, gleichsam im Namen seiner Freunde, daß er für die „Landesgenossen" schreibe, und „wenn es ihre historische Stellung im Lande einigermaßen klärt, wenn hiedurch ihr nationales Bewußtsein, sowie ihre Liebe zum Vaterlande gehoben wird, so ist wenigstens eine Absicht erreicht"[14].

Der Wetteifer und die beachtenswerte Zahl der Mitarbeiter in den einzelnen Sektionen kann damit angedeutet werden, daß auf weitere Editionen wie die des Homiliars des Prager Bischofs (F. Hecht), auf Virgil Grohmanns — des späteren Schriftleiters der „Mitteilungen" — Sammlung zur Geschichte des Aberglaubens und der Bräuche Böhmens und Mährens, auf Professor Grubers Baugeschichte der Egerer Kaiserburg, auf Stoffsammlungen für einzelne Mundarten hingewiesen wird. Von Professor Höfler selbst sind „Die Krönung Karl IV. nach Joannes dictus de Porta de Avonniaco" und die „Chronik des Heinrich

[13] Geschichte Böhmens, hrg. vom Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen. Prag-Leipzig 1869, 657 S. — 2. Aufl. Prag-Leipzig 1870. — Stadtbuch von Brüx. Prag-Leipzig-Wien 1876, 236 S.

[14] Vgl. dazu die geschichtsphilosophischen Analysen von Heinz Prokert, Probleme der Geschichtsbetrachtung in den Sudetenländern. SD aus „Heimat und Volk", Forschungsbeiträge zur sudetendeutschen Geschichte, hrg. v. A. Ernstberger, Brünn 1937, bes. S. 27 ff. und von Seibt (Anm. 6) S. 22 f., sowie Pfitzner (Anm. 4).

Truchseß von Diessenhofen" in diesem ersten Jahrzehnt des Vereines ediert worden. Das stille Ringen um die eigentliche Funktion der deutschen Geschichtsschreibung in Böhmen wurde innerhalb des Vereines verstärkt, als František Palacký seine scharfe Zurückweisung der Kritik Höflers in einem eigenen Kapitel seiner Schrift „Geschichte des Hussitentums und Konstantin Höfler" zu einem Angriff auf den Verein erweiterte. Lippert verwahrte sich zunächst dagegen, daß die Mitarbeiter der „Mitteilungen" als „Schule Höfler" bezeichnet würden, und erklärte, daß der katholisch-protestantische Streit für das jüngere Geschlecht „verklungen" sei; Schlesinger trat in seinen Erwiderungen an die Seite Höflers[15]. Bedrückend ist es, zu beobachten wie rasch und tief sich die Kluft zwischen der tschechischen und deutschen Gesellschaft in Prag und innerhalb der Universität im besonderen aufgetan hatte, sodaß Palacký die Verhältnisse in den deutschen Kreisen derart mißdeuten konnte[16].

Pirchan hat in seiner farbigen Darstellung nun auch die Wegrichtung des Vereins zu Beginn seines neuen Jahrzehnts, die sich den deutsch-böhmischen Städten zuwandte, geschildert und jener ersten Wanderversammlung in Teplitz 1871 breiten Raum gewidmet, die bereits den Charakter parteibetonter Kundgebungen der liberalen Verbände mit wissenschaftlichen Vorträgen verband[17].

Die Jahrzehnte von 1871 bis 1899 kann man, ohne daß damit allzusehr vereinfacht wird, als die Ära Ludwig Schlesingers bezeichnen. Seit 1870 hat er die „Mitteilungen" geleitet, 1877 wurde er zum Obmannstellvertreter gewählt und in beiden Ämtern bis 1891 immer wieder bestätigt, schließlich *vierundfünfzigjährig* als Obmann. Das Jahr zuvor hatte er die Schriftleitung an den Gymnasialdirektor im Ruhestand Dr. Biermann und den Historiker W. Hieke abgegeben, der sich um seinen Heimatkreis Aussig mit gewissenhaften Arbeiten Verdienste erworben hatte und als Bücherwart im Verein tätig war. Allerdings erwuchs dem Vereinsvorstand in dem von Höfler mit Recht geförderten Egerländer Lehrerssohn Adolf Bachmann, der sich 1875 habilitiert hatte, ein strenger und unentwegter Kritiker. Erst 1892 wurde dieser in den Ausschuß gewählt, obzwar er schon seit 1880 die Professur für österreichische Reichsgeschichte innehatte und neben

---

[15] MVGDB 6 Lit. Beilage S. 43. — Vgl. Pirchan (Anm. 3) S. 95 ff., 112 ff. und Plaschka (Anm. 10) S. 18 f. — Schlesinger antwortete Palacký MVGDB 6 (1868) Lit. Beilage 33—41 und erneut 9 (1871) 264—271, als dieser die Deutschen in „Zur böhmischen Geschichtsschreibung" (Prag 1871) mit besonderer Schärfe angriff.

[16] Vgl. Plaschka (Anm. 10) S. 41 f. — Pirchan (Anm. 3) S. 96. Unmittelbaren Einblick in die Spaltungsvorgänge in der Prager Gesellschaft bietet Oth. Feyl, Die Entwicklung des Sokolgründers Heinrich Fügner im Lichte seiner Prager Briefe an den böhmischen Konservativen Joseph Alexander von Helfert in den Jahren 1858 bis 1865. In: Deutsch-slawische Wechselseitigkeit in sieben Jahrhunderten. Hrg. v. Bielfeldt, Berlin 1956, S. 513—578.

[17] Vgl. Pirchan (Anm. 3) S. 99 f., 114 f.

seinem tschechischen Studienkameraden J. Goll sowie zusammen mit dem jüngeren Kollegen E. Werunsky maßgeblich in der Böhmischen Historischen Landeskommission wirkte und die deutschen Interessen bei den vielfachen Fragen der Personalpolitik vertrat.

Seiner Kritik an den Publikationen des Vereins aus diesen Jahrzehnten kann nur für einzelne Hefte der „Mitteilungen" zugestimmt werden. Sie zielte hauptsächlich gegen das Übergewicht der ortsgeschichtlichen Darstellungen, die reichsgeschichtliche Fragen zu verdrängen schienen, aber auch gegen die ungenügende historische Ausbildung einzelner eifriger Mitarbeiter. Die großen Publikationsreihen aber, die in diesem Zeitabschnitt entwickelt wurden, erweisen ihren Wert besonders in unseren Tagen als fleißige Quelleneditionen. Die Reihe der Urkundenbücher und Chroniken für die deutschböhmischen Städte eröffnete Ludwig Schlesinger mit jenem für seine Studienstadt Brüx (1876). Der ernste Wille zur Sachlichkeit bestimmte diese Archivforschungen, weil Zeugen von unangreifbarem Gewicht für dieses Deutschtum in den Städten bereitstehen sollten. Daher häuften sich auch in den „Mitteilungen" Miscellen mit Aktenveröffentlichungen. 1879 erschien die Chronik der Stadt Elbogen, 1881 — ebenfalls von Schlesinger herausgegeben — Simon Hüttls Chronik von Trautenau. Drei Jahre später edierte H. Gradl die Chronik der Stadt Eger. Die 90er Jahre haben dann fünf Bände gebracht: Das Urkundenbuch für die Stadt Saaz von Schlesinger (1892), das für Aussig von W. Hieke und A. Horčička (1896), das Stadtbuch von Falkenau von K. Fr. Rietsch (1895), von Professor J. Loserth das St. Pauler Formular aus der Zeit Wenzels II. (1896), sowie im gleichen Jahr das Urbar der Herrschaft Rosenberg von 1598 von Val. Schmidt herausgegeben.

Eine gewisse Programmatik wird erkennbar, wenn von G. Schmid (1878) „Die Wallensteinliteratur von 1626—1878" gesammelt und herausgebracht wird oder G. C. Laube eine Studie „Aus der Vergangenheit Joachimsthals" (1873) und Ad. Hornwitz mit „Caspar Bruschius" einen weiteren Beitrag zur Geschichte des Humanismus (1874) veröffentlichten[18]. Vor allem aber hat man sich im 3. Jahrzehnt des Vereinslebens zu zwei neuen Publikationsreihen entschließen können, weil die Mitarbeiterschaft innerhalb und außerhalb der Universität stetig gewachsen war. Die früher erwähnte 4. Sektion legte in den Jahren 1893—1898 vier „Beiträge zur Geschichte der deutschböhmischen Industrie" vor. Die beiden Professoren für Neuere Geschichte A. Fournier und O. Weber hatten Firmengeschichten, eine Literaturzusammenstellung und eine Darstellung des Böhmischen Kommerzkollegiums durch den Wiener Archivar A. F. Pribram angeregt. H. Hallwich, W. Hieke und Ed. Langer waren als Bearbeiter aus dem Kreis der Vereinsgründer zu gewinnen gewesen. Mit dem Namen des Hofrates

[18] Vgl. Ad. Schmidt, Inhaltsverzeichnis zu Band 1—60 der MVGDB und zu den Festschriften 1871 und 1902. Prag 1927. 149 S.

J. Neuwirth verband sich eine weitere Planung, die sich in einer Reihe von „Studien zur Geschichte der Gotik in Böhmen" niederschlug. Von Wien aus erhielten so erstmals die Bauhütte der Parler, die Prager Malerschule, aber auch Bauwerke wie die Brüxer Stadtkirche Monographien. Die Baurechnungen zum Neubau nach 1517 wurden von L. Schlesinger und von J. Neuwirth, das Braunschweiger Skizzenbuch eines mittelalterlichen Malers von Neuwirth in den 90er Jahren ediert. Ebenso wollten die „Beiträge zur Kenntnis deutschböhmischer Mundarten", vom Prager Germanisten H. Lambel 1899 begonnen, den vor mehr als dreißig Jahren abgesteckten Arbeitsraum ausfüllen helfen. Denkmäler der Dichtung der Deutschen hatte man schon seit 1876 in der „Bibliothek der mittelhochdeutschen Literatur in Böhmen" unter Professor E. Martin zu edieren begonnen. Der „Wilhelm von Wenden" war von Wend. Toischer, der „Ackermann von Böhmen" dann von J. Knieschek (1877), das „Leben des hl. Hieronymus" von A. Benedict (1880) und der „Willehalm" von S. Singer (1893) bearbeitet erschienen.

Als L. Schlesinger im Jahre 1899 im 61. Lebensjahr starb, hinterließ er einen Verein, der als Publikations-„Institut" eine beachtliche Bibliothek zur böhmischen Landesgeschichte herausgegeben hatte. Damit konnten diese Jahrzehnte des Vereinslebens aber nur angedeutet werden. Ihr inneres Geschehen stand — ohne daß dies die wissenschaftliche Arbeit beeinträchtigt hatte — im Zeichen der liberalen Bewegung und hatte ihren Wellengang miterlebt und miterlitten[19]. Noch 1875 hatte die staatliche Aufsichtsbehörde Julius Lippert der Direktorstelle an der Budweiser Oberrealschule enthoben; im Böhmischen Landtag war er dann anfang der 90er Jahre Stellvertreter des Oberstlandmarschall geworden. L. Schlesinger wurde 1894 nach dem Tode Dr. Schmeykals zum Vorsitzenden der Liberalen Partei gewählt und ging als Direktor des Prager deutschen Mädchenlyzeums in den Ruhestand. Er war ebenso wie Pickert und Wiechowsky Landtagsabgeordneter gewesen. Dieses enge Verquicken der Vertretung nationaler Aufgaben und Rechte mit einer wissenschaftlichen Geschichtsschreibung ergab sich für jene Generation, die etwa seit 1862, nach der Gründung der tschechischen „Sokolbewegung", die Lösung einzelner Kreise der tschechischen bürgerlichen Gesellschaft aus gemeinsamen Einrichtungen erlebte und vor allem in Prag den Ausbau eines eigenen tschechischen Vereinslebens im kulturellen, eigener Körperschaften im wirtschaftlichen Leben vor Augen hatte. Diese neugegliederte tschechische Bürgerschaft in Böhmen hatte seit 1865 das unklare Programm eines Böhmischen Staatsrechtes als nationalpolitischen Rechtfertigungsversuch betont, ohne allerdings dabei die Zustimmung oder gar Gefolgschaft der tschechischen Bürgerkreise in Mähren zu erhalten[20]. Verantwortung gegen-

[19] Vgl. G. Franz, Liberalismus. Die deutschliberale Bewegung in der habsburgischen Monarchie. München 1955.

[20] E. Birke-K. Oberdorffer, Das Böhmische Staatsrecht in den deutsch-tschechischen

über tschechischen nationalen Ansprüchen und Verteidigung der Position in der österreichischen Reichshälfte seit eine Ministerpräsidentschaft Graf Eduard Taaffes zu erwarten war, drängten die Deutschböhmen zu erhöhter Aktivität. Als das tschechische Memorandum vom 17. November 1879 der 10 Jahre vorher erfolgten Teilung der Prager technischen Hochschule jene der Universität folgen ließ, fand sich das Deutschtum auf „Prager Boden" mit jenem der „deutschböhmischen Provinz" über Parteigegensätze hinweg zu engstem Zusammengehen[21]. Der Sprachenverordnung vom April 1880 folgte das Universitätsgesetz vom Februar 1882 und damit begannen die Vorlesungen in den juridischen und philosophischen Fakultäten mit Herbst 1882 getrennt.

In diesen landespolitischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen hatte der Kreis um den Geschichtsverein nationale Aufgaben zu lösen und als Brücke zu den deutschen Städten für die deutschen Hochschullehrer gewirkt, die aus den Nachbarländern nach Prag berufen worden waren.

Mit dem Eintritt der tschechischen Parteien in den Regierungsblock und mit der Niederlage der Liberalen in den Wahlen zum Reichstag fiel aber auch ein tiefreichender Wandel innerhalb des Vorstandes zusammen. Aus den Reihen der Studenten von einst war der Paläontologe Professor Gustav C. Laube noch im Vorstand und nahm auch als Sechzigjähriger die Aufgaben der Geschäftsführung wahr. Die Festschrift[22] enthält seinen „Rückblick auf die Geschichte des Vereines 1887/8—1901/2" in dem er bekennt, daß es mannigfache Schwierigkeiten gegeben habe, weil sich Ergebnisse strenger wissenschaftlicher Arbeit nicht immer in volkstümlicher Verständlichkeit darstellen ließen. Seine Formulierung des Vereinszieles, „die Geschichte der Deutschen in Böhmen aufzuhellen, die Kenntnis derselben zu verbreiten und die darauf bezüglichen Quellen zu sammeln und zu erhalten", entstammt noch den volkserzieherischen Plänen seiner Jugendjahre. Auch sein betont formulierter Wunsch, daß der jüngst als Wahlspruch des Vereines gewählte Satz, „Eingedenk der Väter, unerschüt-

---

Auseinandersetzungen des 19. u. 20. Jh. (Marburg 1960) ist die jüngste Zusammenfassung zu dieser Frage mit Literaturhinweisen. Besonders S. 12, 19 ff. — K. Höfler, Gedanken über das böhm. Staatsrecht. MVGDB 28 (1890) läßt das Eingreifen der alten Konservativen an der Seite Schlesingers erkennen. — Vgl. auch O. Feyl (Anm. 16).

[21] W. Weizsäcker, Prag — Universität. In: Die Religion in Geschichte und Gegenwart. 5. Bd. (1961) Sp. 499—502 faßt die wesentlichste Literatur zu den Vorgängen zusammen.

[22] Vgl. MVGDB 40 (1902) S. 3—16 (Anm. 2). — Ad. Liebus hat das Lebensbild Professor G. C. Laubes in MVGDB 62 (1924) S. 137—140 in seinen vielen Wegen gezeichnet und dabei auch seine Beiträge für die „Mitteilungen" zusammengestellt, die den Geologen und Paläontologen auf heimatlichen Streifzügen erkennen lassen.

terlich treu unserem Volke!", „unveräußerliches Vermächtnis" für die Nachkommen bleiben möge, klingt — fünf Jahre nach den Stürmen um die Regierung Badeni ausgesprochen — wie eine sorgenvolle Beschwörung der Zeit vor 1866[23]. Sein Altersgenosse Julius Lippert, der in der Nähe von Leitmeritz als Schriftsteller zurückgezogen lebte, erhielt in jener Festsitzung die Ehrenmitgliedschaft im Verein zuerkannt, doch liegt in allem ein gewisses Abschiednehmen von jener Epoche des Vereinslebens.

Der aus Linz gebürtige, aber seit 1871 in Prag beheimatete Germanist Hans Lambel übernahm mit 42 Jahren 1890 zunächst stellvertretend, dann unmittelbar als Obmann die Verantwortung im Verein und behielt sie bis 1919. Ihm zur Seite stand der Schriftleiter der „Mitteilungen" Ottokar Weber, der als Professor für neuere Geschichte an der Universität diese Aufgaben seit 1899 zusammen mit seinem Freunde dem Gymnasiallehrer Dr. Adalbert Horčička betreute[23a]). Der Einfluß der Professoren brachte es mit sich, daß der Verein den Eindruck einer Institution der philosophischen Fakultät zu machen schien. Andererseits spiegelten sich im Verhältnis dieser Gruppe politisch nicht aktiv auftretender Herren zu dem Ordinarius für österreichische Reichsgeschichte Adolf Bachmann auch Parteiungen in der Fakultät. Seit Oktober 1901 war Bachmann als Abgeordneter der liberalen Fortschrittspartei im böhmischen Landtag tätig geworden und hatte, da er im selben Jahr auch Rektor geworden war, die Virilstimme an den Prorektor, den Geographen Professor Lenz, abgetreten, denn die deutschböhmischen Liberalen suchten sich zu reorganisieren, um gegen die Radikalen im deutschen wie im tschechischen Lager tatkräftiger zu werden[24]. Bachmanns Nachruf auf Ludwig Schlesinger erweist sich, in diesem Zusam-

---

[23] Mit dem Jahrgang 41 (1903) erscheint der Wahlspruch auf der Titelseite der „Mitteilungen". Er ist 1937 auf jene der „Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte" und 1953 für die Reihe der „Forschungen zur Geschichte und Landeskunde der Sudetenländer" (Freilassing-Salzburg) übernommen worden.

[23a] Adolf Hauffen, der erste Inhaber einer deutschen Lehrkanzel für Volkskunde, hat im Nachruf für Hans Lambel (MVGDB 62 (1924) S. 127—137) das Arbeitsfeld dieses Gelehrten umschritten und seine Beiträge zur Literaturgeschichte und Editionen, die Böhmen galten, im großen Rahmen gewürdigt. — Ot. Webers Worte und Lebensskizze, die er dem 18 Jahre bis zu seinem Tod die „Mitteilungen" redigierenden A. Horčička — 1858 in Prag geboren — widmete (MVGDB 52 [1924] S. 343 ff), geben zugleich ein Bild, wie im eigentlichen Arbeitskreis des Vereins das Zusammenwirken gelang.

[24] Es sei hier auf die weit in die Einzelheiten führende Monographie „Adolf Bachmann, ein österreichischer Historiker und Politiker" (München 1962, 143 S.) von Harald Bachmann verwiesen. Das Leben in den Universitätskreisen wie in der deutschböhmischen Landespolitik erfährt hier eine breite, stets auf sorgsames Quellenstudium gestützte Darstellung. Trotz einer reichen Literaturverwertung ist der Verf. bei der Darstellung des Verhältnisses Bachmanns zu den Mitarbeitern des Geschichtsvereines den Urteilen seines Vorfahren gefolgt und hat die Vereinsverhältnisse vereinfacht. Zu der Schilderung des „Ringens um den Ausgleich in Böhmen" enthält Kap. V für die Jahre 1910—14 (S. 80—108, 121—129) besonders aufschlußreiche Daten und Aktenhinweise gerade für die Stellung

menhang gesehen, als die Kritik des Hochschullehrers an dem „Schüler W. Z. Ressels", wie auch an dem bisherigen Obmann der Liberalen im Lande. Ressels Ideenreichtum wird anerkannt, aber sein „nach unserer Anschauung ungeordnetes Wissen" in Abzug gebracht. Adolf Bachmanns Eintreten als Rektor gegen die Pläne einer zweiten tschechischen Universität, die Mähren forderte, brachte eine Verschärfung seines Verhältnisses zu seinem Altersgenossen Jaroslav Goll und dessen „Historikerschule" in Prag, die wissenschaftlich enge Verbindungen mit dem Österreichischen Institut für Geschichtsforschung in Wien geknüpft hatte, welches auch für den Prager Geschichtsverein Partner zu werden begann. Tschechen wie Deutsche wurden als Mitglieder ins Institut aufgenommen. Dies führte so manchen Deutschböhmen aus dem Lande in österreichische Archive, wirkte andererseits durch „ehemalige Wiener" wie S. Steinherz auf die Editionstechnik und das Forschungsprogramm des Vereins. Jar. Goll wiederum löste, wie J. Šusta im Gedenkartikel überzeugend ausgeführt hat, die tschechische Landesgeschichtsschreibung aus dem Bann jenes Sendungsbewußtseins der Slawen und machte sie mit den methodischen Arbeiten europäischer Historikerschulen vertraut[25]. Während A. Bachmann seine wissenschaftliche Arbeit in die Historische Landeskommission in Prag, sowie in den k. k. Archivrat in Wien verlegte und in der neugegründeten „Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und Künste" die Reihe der „Prager Studien aus dem Gebiete der Geschichtswissenschaft" zusammen mit Professor Emil Werunsky 1898 begründete, erschienen im Geschichtsverein weitere Urkundenbücher. 1901 gaben K. Köpl den Band Budweis, 1908/1911 Val. Schmidt bzw. A. Picha die beiden Krummauer Bände, 1904/1914 P. L. Helmling und A. Horčička die beiden Bände des Registrum Slavorum und J. M. Klimesch das Urkunden- und Regestenbuch des ehem. Krummauer Klarissinnenklosters heraus. Neben Südböhmen begann im Egerland der 1895 bestellte neue Stadtarchivar in Eger K. Siegl mit dem Edieren der Bücher des Egerer Schöffengerichtes (1901, 1913) und begleitete sie durch laufende Veröffentlichungen in den „Mitteilungen". Weitere Städte und auch Klöster veranlaßten ebenfalls Ordnungsarbeiten und wurden zu neuen Stützpunkten für die Forschungen. Kirchengeschichtliche Beiträge bedeuteten S. Steinherz' Ausgabe der Briefe des Prager Erzbischofs Anton Brus aus Müglitz (1907) und J. Schlenz' „Johann Sixt von Lerchenfeld, Probst von Leitmeritz" (1911). Die Musikhistoriker R. Batka und E. Rychnovsky eröffneten 1901 mit „Studien zur Geschichte der Musik in Böhmen" eine neue Veröffentlichungsreihe des Vereines. Dennoch kam es zu einer Verengung des Verlagsprogrammes. In eben jenen 90er Jahren, in denen sich die tschechischen Professoren um die Herausgabe des

---

des vom Statthalter Fürsten Thun als besonders scharfen Sprechers charakterisierten Hofrates Bachmann (S. 103). — Nachruf auf L. Schlesinger in MVGDB 38 (1900) S. 345—352.

[25] O Jaroslavu Gollovi. In „Čechische Revue" Prag 1906.

„Český časopis historický" sammelten, als einer Zeitschrift, die ungeachtet der landschaftlichen Blätter Mährens Geschichte mit in ihr Arbeitsprogramm einbezog und den Begriff der volklichen Geschichte mit jenem der territorialen mengte, wurde in Prag die vorerwähnte „Förderungsgesellschaft" — wie sie kurz bezeichnet erschien — gegründet. Es war 1891 eine deutsche Aktion, die durch die staatliche Errichtung der „Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste" in Prag im Jahr zuvor ausgelöst worden war. Frühzeitig wurde der Niederösterreicher August Sauer, der 1886 für neuere deutsche Literaturgeschichte von Lemberg nach Prag berufen worden war, mit der Ernennung 1891 zum Ordinarius die führende wissenschaftliche Persönlichkeit in der „Gesellschaft", 1897 hatte er in den „Mitteilungen" über Adalbert Stifter als Stilkünstler geschrieben und freundnachbarliche Verbindungen angeknüpft, die er auch in zahlreichen größeren deutschböhmischen Städten durch seine Vorträge über „Goethe in Böhmen" gewonnen hatte. Ebenso stand er mit den anderen deutschen wissenschaftlichen aber auch Volksbildungskreisen in guter Fühlung[26]. Seit 1894 hatte er in der „Förderungsgesellschaft" den einstens im Geschichtsverein entwickelten Plan zuständigerweise ausgebaut und begonnen, die „Bibliothek deutscher Schriftsteller in Böhmen" herauszugeben. 1901 aber konnte Sauer zusammen mit Ad. Hauffen im Auftrag der Gesellschaft seine bedeutungsvolle Zeitschrift „Deutsche Arbeit"[26a] auflegen, die rasch zum kulturpolitischen Organ der Deutschböhmen unter der Prager Führung wurde. Wissenschaft und Volksbildung, Pflege des Kulturerbes und Förderung der zeitgenössischen Künstler fanden hier ihren Rückhalt und Ausdruck. Die junge Generation der Germanisten aber auch Historiker schlug der 52jährige mit seiner Inaugurationsrede über „Literaturgeschichte und Volkskunde" (8. Nov. 1907) in seinen Bann. Im selben Jahr eröffnete der „volkstümliche Rektor" die ein Jahr hindurch geführte Polemik um das kulturpolitische Kernthema „Deutsche Studenten — nach Prag!" mit einem Artikel in der „Deutschen Arbeit"[27]. Er formte zwei Gedanken aus der Tiefe des Verantwortungsbewußtseins, die jenes Problem, zu dem Prag in der Vorkriegszeit geworden war, hell beleuchteten. „Prag ist auch unsere Hauptstadt und unser deutsches Prag, das sich mitten in dem tschechischen Prag befindet und Sitz unserer deutschen Hochschulen ist... dieses Prag fordern wir als unser unveräußerliches Erbteil und lieben es als unser angestammtes Gut." Der andere Satz, den er vier Jahre später seinem Vortrag in der machtvollen Kulturversammlung (19. III. 1911) in Prag über die Organisation des Volksbildungswesens in Deutschböhmen einleitend

---

[26] „August Sauers kulturpolitische Reden und Schriften", von J. Pfitzner herausgegeben. Reichenberg 1928 (LVI + 218 S.). Die Einleitung entrollt ein lebensvolles Bild der Jahrzehnte aus der Feder Pfitzners.

[26a] Der volle Titel lautete „Deutsche Arbeit. Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen".

[27] Pfitzner (Anm. 26) S. 21—47 mit Anm. S. 216.

unterlegte, formulierte er in der Auseinandersetzung um die Hochschulen: „Blieben die Deutschen Böhmens dem Lande erhalten, dann würde auch Deutschböhmen den Deutschen Böhmens vorbehalten bleiben." Ernste Warnungen, Deutschböhmen nicht als „Provinz" abzuschreiben und Prag als Hochschulstadt zu meiden, lassen damit die Krise des Vereines für Geschichte erkennen und machen verständlich, warum er in jenen Jahren im Schatten der „Förderungsgesellschaft" und Professor Sauers bleiben mußte.

In der Mitgliederversammlung vom Dezember 1913 kündigte sich aber dann im Vereinsleben eine neue Historikergeneration an. Mit dem Staatsarchivkonzipisten Gustav Pirchan und dem Landeskonservator Rudolf Hönigschmid wurden zwei Dreißiger in den Vorstand gewählt, die schon durch ihren Beruf aufs vielfältigste mit den deutschböhmischen Landschaften und den in ihnen tätigen Kräften des Kulturlebens verbunden waren. G. Pirchan löste noch im Kriege (1917) Professor Laube als Geschäftsleiter ab, und Professor Weber blieb nach dem Tode A. Horčičkas 1913 alleiniger Schriftleiter der „Mitteilungen". Im Dezember 1920 nahm er dann auch die Wahl zum Obmann an, und der Rechtshistoriker Prof. O. Peterka trat an die Stelle des von Prag scheidenden Professors A. Zycha in der Vertretung des Obmannes. 1922 erhielt der spät aus sibirischer Gefangenschaft heimkehrende Doz. Dr. W. Wostry die Leitung der „Mitteilungen" übertragen und vier Jahre später auch den Vorsitz des Vereines.

Mit diesen Daten und Namen ist den Zeitgenossen jener zwei Jahrzehnte von 1918 bis 1938 der Umriß der Vereinsleitung in Erinnerung gerufen. Der „Prager Verein" schien mit der Errichtung der Tschechoslowakischen Republik „seine" deutsche Prager Gesellschaft durch Übersiedlungen nach Deutsch-Österreich und durch wirtschaftliche Strukturänderungen an Boden zu verlieren, wie dies 1920 in der Flugblatt-Parole „Großböhmen holt eure Hochschulen heim!" erkennbar wurde. Professor Sauer erhob noch einmal seine Stimme mit seiner Studie „Über die Bedeutung der deutschen Universität in Prag", die er der tschechischen Zeitschrift „Nové Athenäum" als unmittelbaren Appell an die sachlichen unter den tschechischen Kollegen übergab[28]. Er läßt da den „außerordentlich starken und raschen Wechsel" bedeutender Wissenschaftler im Lehrkörper aller Fakultäten aufleuchten. Der Appell wird mit Hinweisen auf die Herkunft deutschböhmischer Gelehrter weitergeführt und damit zu einem eindrucksvollen Dokument des Selbstbewußtseins. Es ist nur selbstverständlich, daß diese von dem lauten Nationalismus der radikalen Parteien ebenso wie von dem Taumel der Staatsgründer weit entfernte innere Erregung des Sprechers der deutschen Universität die jüngeren Kollegen stützte. Die Mitarbeiter in der

[28] Ebenda S. 136—191, Anm. S. 217. Das Kulturprogramm und die leidenschaftliche Beschwörung der deutschen Wissenschaft in ihren stärksten Vertretern an der Universität der letzten 60 Jahre hat bleibende Bedeutung gewonnen.

„Gesellschaft", von denen manche im Geschichtsverein maßgeblich tätig waren, wurden ermutigt, und die Studenten, die aus dem Kriegsdienst heimkehrten, ebenso wie jene, die von der feindselig wirkenden Stadt betäubt schienen, sammelten sich um ihn. Die verjüngte Vorstandschaft des Geschichtsvereines griff schon 1922 auf die einst gepflegte Form der Wanderversammlungen zurück und lud im Rahmen einer Isergebirgswoche nach der Industriestadt Gablonz ein. Die fünf Vorträge wirkten geradezu als Vereinsprogramm[29]. Der Bürgermeister K. R. Fischer betonte sachkundig auch als Heimatforscher diese Verbindung von „Geschichtsforschung und Heimatkunde".

Aus Berichten geht deutlich hervor, wie sich die „Prager" inmitten der deutschen Landschaft und der von einem Sauer-Schüler, dem Gymnasialprofessor Dr. E. Lehmann, angeregten „Heimatbewegung", die als Bildungsfaktor fühlbar wurde, angetan fühlten. Hofrat Sauers Sorge, „diese neue Jugend in einem rousseauischen Haß gegen die städtische Kultur, gegen die Geschichte, gegen die Wissenschaft befangen" könnte zunächst nicht viel Förderung bedeuten, erwies sich als voreilig, denn sie war von der „Böhmerlandbewegung" nicht abgefangen, sondern der neuen Kulturlage aufgeschlossen worden. W. Wostry hat der breiten Gefolgschaft, die der Geschichtsverein unter dieser Jugend fand, in der Rückschau 1938[30] herzlich Ausdruck gegeben, und G. Pirchan begrüßte dankbar die Böhmerland- bzw. Sudetendeutschen Jahrbücher Otto Kletzls, die sich auch hierin als Nachfolger der „Deutschen Arbeit" verantwortlich fühlten, daß sie die Arbeiten des Vereines für Geschichte nachdrücklich durch Berichte unterstrichen[31]. Der Verein hatte in den Professoren Hans Hirsch und Theodor Mayer aus Wien eine besondere Verstärkung erfahren, so wurde die Verbindung mit den alten und neu entstehenden Einrichtungen der deutschböhmischen Landschaften zur Geschichtspflege, den Archiven, Museen, Büchereien und Vereinen in mehrfacher Weise geknüpft. Den Wanderversammlungen in Komotau, Aussig und Reichenberg, die im Jahre 1924 in Verbindung mit dem 1922 gegründeten „Deutschen Verband für Heimatforschung und Heimatbildung in der Tschechoslowakischen Republik" durchgeführt wurden, folgte die am 4. April 1925 in Brüx

[29] MVGDB 61 (1923): O. Weber, Zur 60jährigen Gedenkfeier des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen (S. 9—25), E. Schwarz, Reste vorslawischer Namengebung in den Sudetenländern (26—39), W. Wostry, Heimatkunde und Landesgeschichte, betrachtet an der Geschichte von Gablonz (39—57), R. Hönigschmid, Museen und Heimatschutz (57—61), K. F. Kühn, Über die Erhaltung des Ortsbildes (61—66).

[30] Sudetendeutsche Geschichte 1918—1938, Forschung und Darstellung. In: Deutsche Ostforschung, Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg, Bd. 2 hrg. v. Herm. Aubin u. a. Leipzig 1943, S. 488—530, bes. 490.

[31] Böhmerlandjahrbuch für Volk und Heimat 1920—1924 sowie Sudetendeutsches Jahrbuch Bd. 1 (1924), Augsburg 1925 und die folgenden Bände enthalten laufend Berichte der wissenschaftlichen Organisationen, darunter der Geschichtsvereine.

veranstaltete Tagung der deutschen Archivare Böhmens und Mährens. Der Beschluß des Vereinsausschusses im Mai griff den Wunsch nach Errichtung einer eigenen Abteilung für die Archive auf, die sich auch der mährischen und schlesischen nichtstaatlichen Archive in deutscher Verwaltung, vornehmlich der städtischen, annahm[32]. Mit einer „Beilage für Archiv-, Museumswesen und Denkmalpflege" in den „Mitteilungen" ausgestattet, konnte diese Gruppe unter Vorsitz von Professor Th. Mayer zusammen mit den Denkmalpflegern Prof. Dr. Hönigschmid und Baurat Dr. Kühn pflegerisch und wissenschaftlich diese Aufgaben in eigener Verwaltung wahrnehmen. Die Generation der Zwanziger war dem Verein zugewandt und half die Brücken zu den mährischen Historikern, wie zu den in Reichenberg von dem Germanisten in Prag Prof. E. Gierach errichteten wissenschaftlichen Gesellschaften und Einrichtungen zu festigen. Durch diese aktive Mitarbeit des Geschichtsvereines — der staatliche Funktionen zu übernehmen anstrebte — am inneren Ausbau des Kulturbewußtseins in den deutschen Landschaften war aber zugleich die wissenschaftliche Forschung um neu erschlossene Arbeitsgebiete erweitert worden.

Professor Ad. Zycha hatte schon 1911 nicht nur als Stellvertreter des Obmannes H. Lambel im Verein Heimatrechte erworben, sondern durch seine stadtrechtlichen Arbeiten die deutsche Forschung im Lande auf das stärkste angeregt und ihr seine Schüler zugeführt[33]. Prof. Werunsky verstärkte diesen Kreis durch seine Schüler aus den Reihen der Historiker, sodaß eine Revisionsbewegung in der deutschen Ortsgeschichtsschreibung Böhmens einsetzte. Ein beachtenswertes Beispiel dafür wurde die Herausgabe des ältesten Böhm. Kamnitzer Stadtbuches, die von A. Horčička, A. Bernt und O. Peterka 1915 besorgt worden war. So waren der Germanist und der Rechtshistoriker an der Bearbeitung und Veröffentlichung mitbeteiligt. Bei dem Quellen- und Urkundenbuch des Bezirkes Teplitz von Aug. Müller (1929) und dem Stadtbuch von Dux 1389 von K. Kochmann (1941 erschienen) wurde ähnlich verfahren. Zu seinem 50jährigen Bestehen 1912 hatte der Verein dem mährischen Landesarchivar Dr. Berthold Bretholz den wissenschaftlichen Auftrag gegeben, die „Geschichte Böhmens und Mährens bis zum Aussterben der Přemysliden (1306)" zu schreiben (Leipzig 1912, 560 S.). Dieser Schritt, der im Sinne Hans Lambels als die nun wichtigere Aufgabe des Geschichtsvereines statt der volkstümlichen Unterweisung „den geschichtlichen Sinn" im Deutschtum wecken sollte, hätte zugleich die Verbindung mit dem „Deutschen Verein für Geschichte Mährens" her-

---

[32] MVGDB 62 (1924) S. 279 ff., 317 f. — (R. Wenisch) Die Archivabteilung des Vereines f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen 1925—1929. Komotau 1930, 43 S.

[33] Prag. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte Böhmens. Prag 1912, 256 S. — Über den Ursprung der Städte in Böhmen und die Städtepolitik der Přemysliden. MVGDB 52 (1914) 2—76, 263—307, 559—605 und 53 (1915) 124—170. — Vgl. W. Weizsäcker, Die wissenschaftliche Arbeit an der Rechtsgeschichte der böhmischen Länder — einst und jetzt. Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum 1 (1960) S. 27 f.

stellen können. Leider führte die Debatte um das Buch in Gegensätze, die sich nach 1918 zum Streit um die „Kolonisationstheorie" steigerten. Der Bericht über die Versammlung Deutscher Historiker in Frankfurt a. M. 1924 verrät im Zusammenhang mit dem Vortrag von B. Bretholz „Die geschichtliche Entwicklung des böhmisch-mährischen Deutschtums" einiges von dem tief bedauerlichen Ausmaß dieses Streitfeldes. Allzulang blieb auch über das Buch von Wilhelm Wostry „Zum Kolonisationsproblem" (Prag 1926, 168 S.) hinaus die wissenschaftliche Forschung der Historiker auf dieses Thema gerichtet[33a]. Die Vorgeschichtsforschung, um die neue Zeitschrift „Sudeta" und die neugegründete „Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte" gruppiert (Dr. H. Preidel), führte in der einen Richtung, die sprachliche Volksforschung vor allem unter Professor Ernst Schwarz durch die Vertiefung der Methodik und einen großen Schülerkreis in anderer Richtung weiter. Letzterer fand in der 1919 zur „Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften" umgeformten „Förderungsgesellschaft" den Träger für das Mundartenwörterbuch und die Flurnamenforschung der sudetendeutschen Gebiete. Durch enge Personalunion mit dem Vorstand des Vereins für Geschichte wurden diese sprachwissenschaftlichen Kommissionen der Gesellschaft ebenso wie die „Historische Kommission" derselben unter Hans Hirsch — später W. Wostry — mit den Planungen der verwandten Forschungsgebiete in Verbindung gehalten. Dieser gegliederte Forscherkreis, dem nach 1919 auch die Studenten aus Mähren und Schlesien infolge der Grenzen gegen Österreich zuströmten, hatte seit 1917 in den Bibliotheksräumen des Geschichtsvereines auf der Prager Kleinseite ein institutsartiges Domizil, das Alter und Jugend auf Vereinsebene zusammenführte. Mit dem Jahrbuch Band 1 konnte W. Wostry daher schon die ostböhmisch-schlesischen Grenzlandschaften in einer Reihe von Arbeiten landesgeschichtlich behandelt dem Breslauer Historikertag 1926 vorlegen. 1929 und 1933 folgten zwei weitere Bände, die Impulse aus den Reihen der Hochschullehrer in ihrer Auswertung durch die Forscher in den Landschaften wie durch den jungen wissenschaftlichen Nachwuchs erkennen lassen. Der dritte Band war als Festgabe zur 70-Jahrfeier des Vereines und mit den verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen Arbeiten ein Dank an den Lehrer Emil Werunsky zu dessen 80stem Geburtstag zusammengestellt worden. So wie 1931 Theodor Mayer den Arbeiten zur Siedlungsgeschichte im Blick auf einen künftigen historischen Atlas neue Aufgaben stellte[34], tat dies

[33a] Vgl. Festrede von Lambel (Anm. 2) — G. Pirchans Bericht in MVGDB 62 (1924) S. 263 ff. bes. 267. — Erst die Verhandlungen, die W. Weiszäcker mit G. Reuter vom mährischen Geschichtsverein führte, ergaben 1933 eine greifbare Form engerer Zusammenarbeit der beiden Vereine (MVGDB 71 [1933] S. 158).

[34] Die Theodor Mayer zum 60. Geburtstag gewidmete Festgabe, der Jahrgang 1943 Bd. 7 der Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte (Neuabdruck als Band 1 der „Forschungen zur Geschichte und Landeskunde der Sudetenländer, Freilassing-Salzburg 1953, hrg. von Rudolf Schreiber) bekundet das Weiterwirken seines einstigen Prager Arbeitsprogrammes.

Heinz Zatschek für die mittelalterliche Diplomatik. Waren neben dem Saazer Wostry, den Nordböhmen Gierach und Schwarz, den Pragern Pirchan und Weizsäcker[35] mit Hirsch, Mayer und Zatschek Oberösterreicher bzw. ein Wiener in die Fakultät gekommen, so bedeutete die Habilitation Josef Pfitzners, daß aus dem „österr. Schlesien" Wissenschaftler nach Prag zogen. Sein besonderes Arbeitsfeld wurden bald die Fragen des „Nationalen Erwachens und Reifens der Sudetendeutschen", wie er sie in gewissem Sinne zusammenfassend in der noch zu erwähnenden großen Festgabe zur 75-Jahrfeier des Vereines dargestellt hat. Dazu kam, daß er als Vertreter der um 1900 geborenen Generation die Laufbahn des Politikers, wenn auch in begrenztem Rahmen, einschlug. Bevor auf die große Bedeutung des Vereinsjubiläums für die innere Arbeit dieser Forschergemeinde eingegangen werde, sei das „Wallensteinjahr 1934" als Beispiel dafür angeführt, wie aus alten Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Ortsgeschichtsvereinen und den Reichenberger Instituten des Germanisten Erich Gierach und in Wanderversammlungen des Vereins geschichtliches Bewußtsein belebt wurde, sowie in dem Jahrgang 72 (1934) der „Mitteilungen" neue klärende Ergebnisse mehrjähriger Archivforschungen von Josef Bergl und Ant. Ernstberger innerhalb und außerhalb Böhmens wirkungsvoll vorgelegt werden konnten. Auch die kunstgeschichtlichen Forschungen erhielten ein neues Arbeitsprogramm durch den aus Wien berufenen Professor Swoboda. Dank der großen Zahl seiner Schüler erwuchs im Rahmen der Gesellschaft der Wissenschaften eine weitere Schriftenreihe[35a].

Mit innerer Folgerichtigkeit gedieh daher zum 60sten Geburtstag des „Landeshistoriographen" Wilhelm Wostry 1937 unter der Redaktion Anton Ernstbergers (aus Mies), des Professors für neuere Geschichte, ein Sammelband, den seine Schüler erarbeiteten[36]. Unter ihnen war Rudolf Schreiber (geb. 1907 in Neudeck im Erzgebirge), der unter Wostry die neue Reihe „Historisches Archiv" mit siedlungsgeschichtlichen Arbeiten über den Elbogner Kreis beispielgebend eröffnet hatte und redaktionell an der seit Mai 1937 vom Verein herausgegebenen zweiten Zeitschrift[37] wesentlich mitarbeitete, ein in der Habilitierung befindlicher Vertreter der in stattlicher Schar eingreifenden Nachwuchskräfte[38]. Aus dem Kreis der Vorstandsmitglieder

---

[35] Der Nachruf für Wilh. Weizsäcker vom Berichterstatter im Sudetendeutschen Kulturalmanach 4 [1962] 152—156 ist zugleich ein Rückblick auf diesen Zweig des Vereinswirkens.

[35a] Beiträge zur Geschichte der Kunst im Sudeten- und Karpathenraum. Hrsg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste (später Deutsche Akademie der Wissenschaften) von Karl Maria Swoboda.

[36] Heimat und Volk, Forschungsbeiträge zur sudetendeutschen Geschichte, hrg. v. A. Ernstberger. Brünn 1937, 602 S.

[37] Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte.

[38] K. Oberdorffer, Das wissenschaftliche Vermächtnis Rudolf Schreibers. Stifter-Jahrbuch 4 (1955) S. 288 ff.

war mit G. Pirchan, W. Weizsäcker und H. Zatschek die Herausgeberschaft der zwei Bände des Werkes „Das Sudetendeutschtum, sein Wesen und Werden im Wandel der Jahrhunderte"[39] bestimmt worden, denen es gelang, die 75 Jahre des Aufbaues im Verein für Geschichte gleichsam zu dokumentieren. Jeder der Beiträge kann mit Recht als Forschungsbericht zu der betreffenden Frage und als Ergebnis der Zusammenarbeit jüngerer und älterer Wissenschaftler gelten. Die noch 1923 von Wostry im Geleitwort der „Mitteilungen" und von Pirchan 1932 im Tätigkeitsbericht betonte enge Verbindung zur Heimatforschung in den Landschaften, die hier als eine der drei Grundmauern neben der strengen Wissenschaft und der Verantwortung für die deutsche Tradition genannt wurde, hatte sich in der freien Form des Vereines erreichen lassen. So konnte der Vorstand die Feier in Prag und am Tag darauf in Leitmeritz für den Herbst 1937 mit vollem Recht vorbereiten und zu dem Echo innerhalb des Deutschtums der böhmischen Länder auch jenes der wissenschaftlichen Gesellschaften und Vereine der Historiker aus allen deutschen Ländern buchen[40]. Die Anteilnahme und Zustimmung, die der Festsitzung und Wilhelm Wostrys Festrede auch seitens der tschechischen Historikerschaft zuteil wurde, hatte doppelte Wurzeln. Nach dem im Mai — ohne die Deutschen einzuladen — durchgeführten 1. tschechoslowakischen Historikerkongreß, war diese deutsche „Antwort" so sachlich, daß sie angenommen wurde. Zum anderen hatte die Lage im tschechischen Historikerlager zur Revision der „Idee des Staates" gedrängt. Der tschechische Bericht über den Internationalen Historikertag in Zürich im Herbst 1938 bestätigte ihre späte Verständigungsbereitschaft und eine gewisse Anerkennung der sachlichen Geschichtsidee, wie sie W. Wostry dortselbst im „Nationalitätenstaatsproblem in der böhmischen Revolution des Jahres 1848" vorgetragen hatte[41].

Ein Abgesang zu diesen 76 Jahren bedarf nicht der Schilderung all der — schließlich erfolgreichen — Mühen im Ringen mit den von der alleinherrschenden Partei eingesetzten „Stillhaltekommissaren für Organisationen", um dem Verein sein vom Apparat der Partei getrenntes eigenes wissenschaftliches Leben zu erhalten. Die „Zeitschrift" spiegelt nun den Wellengang im sachlichen Wettbewerb mit den von der NSDAP errichteten oder betont geförderten neuen Zeitschriften und Einrichtungen wider[42]

---

[39] Brünn 1937, Bd. 1, 249 S., Bd. 2, 595 S. — 2. Aufl. 1939, 668 S. („An den Grundlinien unserer Gemeinschaftsarbeit war nichts zu ändern.") — J. Šustaş Besprechung ČČH 44 (1938) 547—560.

[40] MVGDB 76 (1938) S. 1—63 (zusammengest. v. K. Oberdorffer) — Fr. Kutnár, ČČH 43 (1937) S. 343—349 bespricht den 1. tschechoslowakischen Historiker-Kongreß.

[41] Auslandsdeutsche Volksforschung 2 H. 4 (1938) 499—513. — Die geschichtlichen Grundlagen des Sudetendeutschtums. MVGDB 76 (1938) 13—42. — K. Stloukal, ČČH 44 (1938) 503—531.

[42] R. Schreiber, Die neue Satzung des Vereins für Geschichte der Deutschen in den

Dabei wuchsen der Geschichtsverein und die in die Hand der neuen Landesverwaltung übernommenen Reichenberger Institute der Landesforschung sowie die Landschaftsvereine in der Forschungarbeit und dem menschlichen Vertrauen zueinander. Im Rahmen der verfügten neuen Satzung, die den Verein in „Verein für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern" umbenannte, gelang es dank des guten Zusammenhaltes, die bewährten langjährigen Mitarbeiter unter verschiedenen Vorwänden wieder im Vorstand zu versammeln. In der „Zeitschrift" kam auch weiterhin ein strenges wissenschaftliches Schaffen zum Ausdruck, aber auch die Entschlossenheit zu Forschern zu stehen, die wie E. Gierach oder A. Brackmann nach 1939 von den regierenden Parteikreisen in Berlin in ihrer Forschungsarbeit eingeschränkt wurden. In den grausamen Tagen nach dem Ende des Krieges, die Prags Partisanen zu verantworten haben, sind drei Vorstandsmitglieder unter den Toten der Prager deutschen Hochschulen, die Professoren Kühn, Peterka und Pirchan; Persönlichkeiten, denen für ihre Bemühungen um Verständigung mit den tschechischen Historikerkreisen viel zu danken war, denen aber im Prager Chaos auch die tschechischen Kollegen nicht helfen konnten[43]. Dieses „Ende" auf Prager Boden überlebten die im Vertrauen gewachsene Hilfsbereitschaft der Vertriebenen und deren Verantwortungsbewußtsein für das geistige Erbgut der Väter, und ließen Vorstandsmitglieder auf Heidelberger Boden den Kern zur „Historischen Kommission der Sudetenländer" bilden, aus der die wissenschaftliche Forschungsstelle in München, das „Collegium Carolinum", in die neuen Aufgaben wuchs[44]. Die Böhmischen Länder im geschichtlichen Bewußtsein als Glied mitteleuropäischer staatlicher und volkhafter Gestaltungen zu pflegen und ihre wirkenden Kräfte in beiden Völkern zu erforschen, bleiben klare Aufgaben. Sinnbildhaft wirkt es, daß die Bibliothek und das Archiv des Vereines dem Stadtarchiv Prag überwiesen worden sind und damit in der Altstadt Prag Zeugnis ablegen von dem redlichen Streben und rechtschaffenen Wirken des Vereines, der vor einhundert Jahren seine Arbeit dort aufnahm und in sein erstes Vereinssiegel den deutschen Adler neben den böhmischen Löwen setzen ließ, wie dies der Altstädter Brückenturm seit den Jahren Karls IV. trägt.

Sudetenländern mit dem Sitz in Prag. MVGDB 78 (1940) S. 116 f. Vgl. dazu MVGDB 77 (1939) S. 105 f. — A. Zechel, Die Jahrestagung des Vereins für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern. MVGDB 80 (1943) S. 106—113.

[43] Der Nachruf „Mrtvé pochovávati" [„Die Toten begraben"], den Prof. Ot. Odložilík im Februarheft der Zeitschrift „Sklizeň "3 (Hamburg 1955) 4—7 veröffentlichte, sei dankbar erwähnt (übers. in „Wissenschaftlicher Dienst" 5 [1955] 111—117).

[44] R. Schreiber, Werdegang und Ziele der Historischen Kommission der Sudetenländer. Zeitschrift f. Ostforschung 4 (1955) S. 108—126. — R. Schreiber, Wilhelm Wostry. Stifter-Jahrbuch 2 (1951) S. 145 ff. — Theodor Mayer, Ansprache anläßlich der feierlichen Eröffnung des „Collegium Carolinum" am 18. Februar 1957 in München. Böhmen und Bayern (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 1.) München 1958, S. 7—11.

DIE VOLKSGESCHICHTLICHEN GRUNDLAGEN NORDBÖHMENS VON DER ELBE BIS ZUM ISERGEBIRGE

Mit 9 Abbildungen

Von Ernst Schwarz

Bei dem hier behandelten Ostteil Nordböhmens beschränkt sich unser Blick auf das deutsche Gebiet bis 1945. Landschaftlich abwechslungsreich bildet der Elbelauf von Liboch bis Herrnskretschen die Westgrenze. Bei Liboch kam die Sprachgrenze Prag am nächsten. Der Fluß durchbricht das böhmische Mittelgebirge in einem schönen engen Tale. Das milde Klima und die fruchtbaren Verwitterungsböden des Basaltes haben hier den Garten Böhmens geschaffen. Die Denudation der jungen vulkanischen Massen ließ die harten Teile stehen, den Geltschberg (725 m), den Schreckenstein gegenüber Aussig, den Wostray (585 m). An den Hängen zur Elbe gibt es Wein- und Obstgärten, die sich bis zur Höhe von 600 m hinziehen, Buchenwälder liegen zwischen den Dörfern. Hier sind alle Voraussetzungen für alte Besiedlung gegeben.

Eine Lücke in der kristallinischen Nordumwallung Böhmens ist von Kreideschichten in großer Mächtigkeit als Seichtwasserbildungen überlagert worden. Die Elbe durchbricht das Elbesandsteingebirge, ihre Zuflüsse haben sich tiefe Schluchten (Klammen) ausgegraben. Das Gebirgsland ist schwer zugänglich. Laubwäldern des böhmischen Mittelgebirges stehen Nadelwälder oder Kiefernheide in der böhmisch-sächsischen Schweiz gegenüber, nur die Basaltkuppen tragen Buchenwälder. Während das böhmische Mittelgebirge dicht besiedelt ist, ist das Elbesandsteingebirge bis zur Gegenwart vorwiegend Waldland, auf böhmischer Seite noch mehr als auf sächsischer, und recht dünn bewohnt. Auch das Elbetal ist hier siedlungsarm.

Im Rumburger Zipfel, dem böhmischen Niederlande, taucht der Granit der Lausitzer Granitplatte wieder auf. Die Täler liegen 600 m hoch. Als höhere Berge sitzen Basaltkuppen auf wie der Pirskenberg nördlich von Zeidler (608 m) und, schon im Lausitzergebirge, die Lausche (791 m), ein steiler mit Buchenwäldern bedeckter Phonolithkegel, weiter südlich der Kleiß (755 m) und die Finkenkoppe (789 m). Große Wälder trennen das Niederland vom Becken von B. Leipa. Die tschechische Besiedlung hat wohl das Polzental erreicht, aber an den Wäldern der von Norden herankommenden Berglandschaften haltgemacht, zumal die kargen Granit- und Sandsteinböden wenig fruchtbar und gegenüber dem fruchtbaren Süden im Nach-

teil waren. Eine Lücke ermöglicht über D. Gabel die Verbindung in das Zittauer Becken. In der Fortsetzung des Lausitzer Gebirges steigt der Rücken des Jeschken über die Kreidelandschaft bis 1010 m hinauf.

Nördlich davon ist das Reichenberger Becken an der Neiße sowohl vom Süden, also von der böhmischen, als auch vom Norden, von der Zittauer Seite, leicht zugänglich. Das Klima des etwa 400 m hoch gelegenen Beckens ist rauh, Nebel sind häufig. Im Winter herrschen tiefe Temperaturen, späte Fröste treten auf. Für den Ackerbau sind Klima und Böden verhältnismäßig wenig günstig. Noch ungünstiger ist das oberste Neißetal um Gablonz, rauher und höher gelegen.

Gegen Norden zu steigt das Isergebirge an, eine ältere Scholle, die gegen Süden allmählich, gegen Norden zum Tal von Haindorf steiler abfällt. Über die Granitlandschaft reichen Basaltkuppen, die das Vorkommen von Buchenwäldern bis nahe 1000 m ermöglichen. Hochmoore und rauhes Klima sind besiedlungsfeindlich. Als flache Kuppen erheben sich darüber der Sieghübel (1120 m), der Schwarzeberg (1084 m) und die Tafelfichte (1120 m). Der Boden ist undurchlässig und das Gefälle steil, so daß bei Schneeschmelze Hochwasser droht, das durch Talsperren und Stauweiher bei Reichenberg, Gablonz und im Dessetal aufgefangen wird. Nördlich vom Isergebirge aber lockte das Friedländer Ländchen zur Besiedlung, wenn sich Menschen fanden, die Wälder zu roden.

Die Fortsetzung des böhmischen Mittelgebirges bildet die Kreidesandsteinplatte von Dauba und Hirschberg. In den Senken liegen Teiche wie der Hirschberger Teich. Östlich davon ist das Kummergebirge noch recht bewaldet. Unter den vulkanischen Kuppen sind der Bösig mit 605 m und der Rollberg bei Niemes mit 694 m zu nennen. Um Dauba sind die Sandsteinflächen wenig fruchtbar und mit Wald bedeckt. Sonst sind die Wälder dort fast verschwunden, wo über dem Sandstein Mergelgeschiebe lagern. Hier ist dann auf den Hochflächen Ackerland entstanden.

Diese kurze Übersicht über die geologischen und geographischen Gegebenheiten[1] läßt erkennen, welche Gebiete früher oder später von den Menschen aufgesucht worden und welche bis zur Gegenwart relativ menschenleer oder dünn besiedelt geblieben sind. Die Zusammenhänge mit dem Süden und Norden lassen es verstehen, daß sich hier zwei Völker am Landesausbau beteiligt haben, Tschechen im Süden und Deutsche im Norden.

Schon in vorgermanischer Zeit lassen sich die Einwirkungen von Boden und Klima auf die Besiedlungsverhältnisse beobachten. Die keltischen Flachgräber, die von Kolin an die Elbe bis Tetschen begleiten und das Land bis Jitschin und Weißwasser, das böhmische Mittelgebirge und die Gebiete an der unteren Eger bis ins Saazer Becken erfüllen, treten in dem hier be-

[1] F. Machatschek, Landeskunde der Sudeten- und Westkarpatenländer (Bibliothek länderkundlicher Handbücher, hrsg. von A. Penck, 3, Stuttgart 1927), S. 277 ff.

handelten Teile von Nordböhmen fast nicht auf, abgesehen vom fruchtbaren böhmischen Mittelgebirge. Kein altes Oppidum ist hier auf der Karte Filips[2] eingezeichnet. Der Ostteil Nordböhmens stand also wirklich an Siedlungsfähigkeit gegenüber den fruchtbaren Landschaften Böhmens zurück. Fast dasselbe Bild bieten die germanischen Funde aus der ersten Hälfte des ersten Jahrtausends n. Chr. Sie sind nicht ganz so zahlreich wie die der keltischen Zeit, aber im großen und ganzen ist eine bedeutende Übereinstimmung der Kulturlandschaft festzustellen. Der alte Siedelraum Böhmens umfaßte, von kleineren Teilen Südböhmens abgesehen, hauptsächlich die fruchtbare Nordhälfte des Landes zu beiden Seiten der Elbe und der unteren Eger bis an den Abhang des Erzgebirges im Norden und an die untere Beraun im Süden[3]. Legt man beide Karten, die der keltischen und die der germanischen Funde, übereinander[4], wird der alte Siedelraum deutlich. Die tschechischen Bodenfunde vorwiegend des 10. und 11. Jh. n. Chr.[5] halten sich in Nordböhmen in denselben von der Natur vorgezeichneten Grenzen. In West- und Südböhmen ist das Siedelgebiet vergrößert und darin verrät sich die Tatsache, daß die Tschechen nach Besetzung der fruchtbarsten Landschaften bei zunehmender Volkszahl genötigt waren, neuen Boden durch Landesausbau zu gewinnen. Noch um 1230 war es nicht viel anders. Bis zu dieser Zeit reichen die beiden Bände des Cod. Boh.[6], mit dessen Hilfe es möglich ist, die Ortsnamen der echten Urkunden und derjenigen Fälschungen, die vermutlich in diese Zeit fallen, räumlich festzulegen. Das Bild wird zwar etwas dadurch getrübt, daß manche der Urkunden nur in späteren Abschriften erhalten sind und gerade Ortsnamen bisweilen eingefügt sein können. Aber im großen und ganzen wird man ihm trauen dürfen. Natürlich wird das Belegnetz in Wirklichkeit dichter und etwas weiter zu denken sein, weil ja nicht überall Urkunden ausgestellt oder erhalten sind. Aber man wird folgern dürfen, daß der tschechische Landesausbau in anderen Teilen Böhmens früher eingesetzt hat als in Nordböhmen, wo die Natur weniger lockte. Bauern suchen zunächst guten Boden. günstige Klimabedingungen, nicht Sandböden und höhere Lage[7]. Diese Feststellungen sind wichtig, denn um 1230 kommt es zur ältesten deutschen Stadtgründung in Nordböhmen und um 1250 setzt die deutsche Bauernsiedlung ein, die sich mit dem gleichzeitigen tschechischen Landesausbau auseinanderzusetzen hat.

---

[2] Vgl. J. Filip, Keltové ve střední Evropě (Prag 1956), Abb. 17.

[3] Nach H. Preidel, in: Die Deutschen in Böhmen und Mähren[2], (1952), Abb. 5 auf S. 29.

[4] E. Schwarz, Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle[2] (Handbuch der Sudetendeutschen Kulturgeschichte, Bd. I, 1961). Deckblatt 1, 2 und S. 60. (Abgekürzt: Schwarz, ONSud[2]).

[5] Nach Preidel, a. a. O., Abb. 6 auf S. 29; Schwarz, a. a. O., Deckblatt 7.

[6] Codex dipl. et epist. regni Bohemiae, hrsg. von G. Friedrich, Prag 1907, 1912 (abgekürzt: CB).

[7] Schwarz, ONSud.[2], Deckblatt 8.

Zwei tschechische Stammesnamen sind auf unserem Gebiete namhaft zu machen, greifen allerdings auf das linke Elbeufer über, das hier außer Betracht bleibt, die *Lutomerici* und die *Dazana* der Prager Bistumsurkunde von

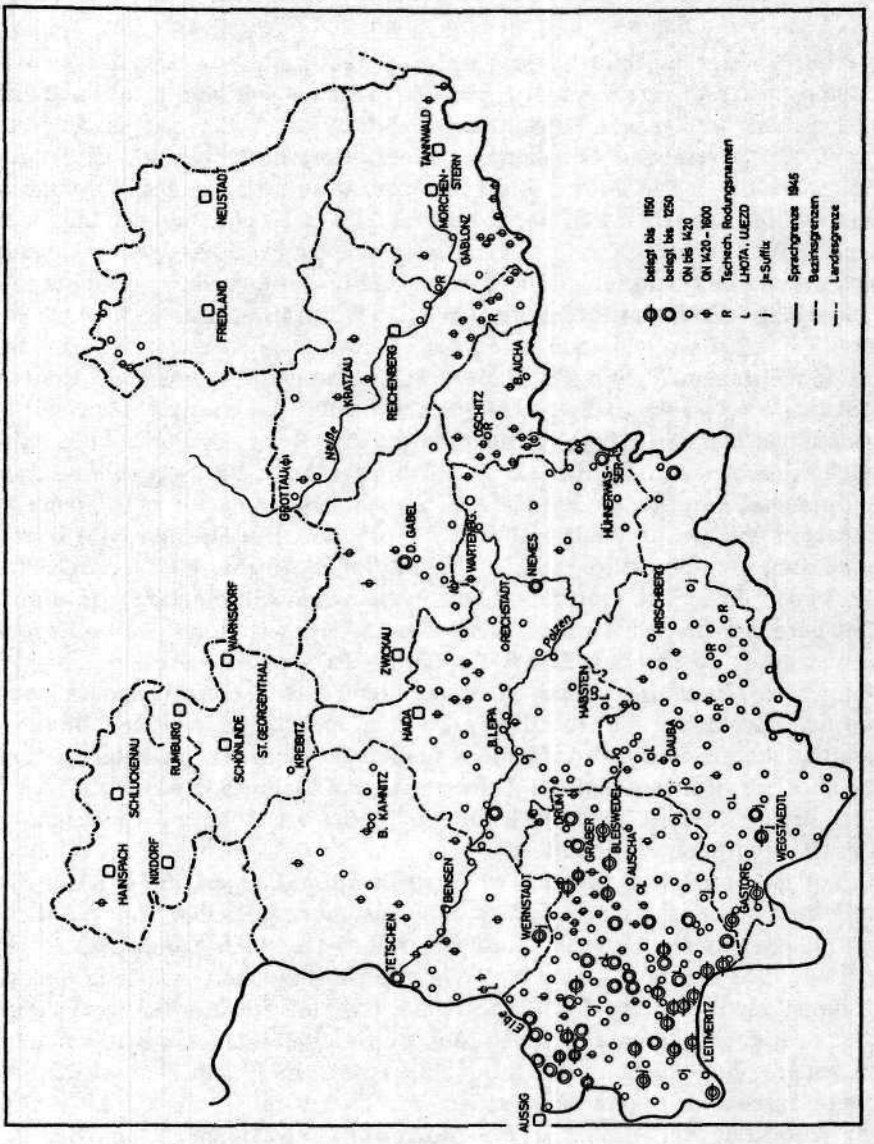


Abb. 1. Tschechische Ortsnamen bis 1600

1086 (CB I 94). Genauer gesehen aber handelt es sich bei den *Lutomerici* um die Leute um die Burg Leitmeritz (tschech. *Litoměřice)* und bei den *Dazana* um die um die Burg Tetschen wohnende Bevölkerung (tschech. *Děčín).* In beiden Fällen geht die Namengebung von den Burgen aus, die nicht in die

älteste Zeit gehören werden, eher erst in das 10. Jh. Nicht alte Stämme, sondern Bewohner einer jüngeren Burgenzeit treten uns damit entgegen. Immerhin werden dadurch tschech. Bewohner um Leitmeritz und Tetschen vorausgesetzt, was gut zu unseren Beobachtungen über frühe Besiedlung der fruchtbaren Striche Nordböhmens stimmt.

Abb. 1 bietet die Sprachgrenze bis 1945 und die bis zu diesem Jahr geltenden Bezirksgrenzen. Änderungen der jüngsten Zeit sind nicht mehr berücksichtigt, weil unsere Betrachtung 1945 halt macht. Eingetragen sind die bis 1600 auftretenden Ortsnamen tschech. Herkunft, getrennt nach zeitlichen Schichten. Die älteste reicht bis 1150, soweit die Urkunden Angaben bieten. Man muß sich klar sein, daß das Bild auf Zufall beruht, aber mit einiger Wahrscheinlichkeit zur Kenntnis genommen werden darf. Es handelt sich bis auf eine Ausnahme um Namen, die in der Gründungsurkunde der Leitmeritzer Kollegiatskirche um 1057 (CB I 53ff.) genannt werden. Wäre sie nicht erhalten geblieben, würde sich aus dem einzigen 1100—1107 bezeugten Ortsnamen *Libin* (CB I 105) nicht viel herauslesen lassen. Es handelt sich um W e l b i n e (tschech. *Lbín)* 5 km nördlich Leitmeritz[8]. Man würde feststellen, daß die tschech. Besiedlung auf den Rand des böhmischen Mittelgebirges am Anfang des 12. Jh. übergegriffen hatte. So gewinnt man doch einen Überblick, wo die ältesten bezeugten Orte liegen, ob sie gehäuft auftreten und wo urkundliche Nachrichten fehlen. Die ältesten Orte liegen um Leitmeritz und östlich Aussig sowie nördlich Auscha. Man hat den Eindruck, daß die fruchtbareren Teile des böhmischen Mittelgebirges in dieser Zeit bereits besiedelt waren, natürlich nicht in der späteren Dichte. Insgesamt werden 29 Orte aus dem Raum Leitmeritz—Auscha—Aussig erwähnt. Man wird schon mit einem gewissen langsamen tschech. Landesausbau rechnen dürfen, der die fruchtbaren Teile im niedrigen Hügelland einbezogen hat. Andere Flächen des Landes um Auscha und das Polzental werden als noch schwach besiedelt zu denken sein. Alle tschech. Namentypen sind vertreten: 9 Namen auf *-ici,* 3 auf *-ín,* 2 auf *-ov,* 2 *-any,* 3 Spottnamen, 5 Flurnamen und einige andere.

Fügt man unter den schon erwähnten Einschränkungen, die sich auf die Zufälligkeiten des erhaltenen Urkundenbestandes beziehen, die von 1151 bis 1250 genannten Ortsnamen auf demselben Deckblatt 1 hinzu, so bietet sich ein nicht uninteressantes Bild. Die neu auftretenden Ortsnamen dienen zunächst der Ergänzung des alten Raumes um 1150 und werden wenigstens z. T. noch der früheren Zeit angehören, sie treten aber auch weiter ab mehr im Innern des böhmischen Mittelgebirges auf und können deshalb auf Landesausbau in diesem Jahrhundert vor 1250 beruhen. Sie schieben sich von Auscha her mit Graber (1175—78 *Crawar* CB I 251) und Drum (tschech.

[8] Hierher stellt den Namen richtig A. P r o f o u s, Místní jména v Čechách II, S. 493 (abgek.: Profous), während F r i e d r i c h im CB an Hoch-Libin *(Libyně)* im Bez. Podersam denkt.

Stvolníky, 1197 *Stuolenez* CB I 324) näher gegen B. Leipa vor, dem sich im Polzental ON wie Neustadtl *(Jezví*, 1197 *Geswi* CB I 326) nähern. Nordwestlich Münchengrätz werden zwei Orte (Krupai und Chlum) erwähnt, außerdem noch D. Gabel (tschech. *Jablonné*, 1249 *Yablonni* RB I 576)[9] das wegen seiner Lage an der Straße B. Leipa—Zittau wichtig war.

Unter den neu hinzukommenden 26 Orten werden gebildet mit dem Suffix *-ici* 4, mit *-ín* zwei, mit *-ov* fünf, zwei sind Spottnamen, 8 ursprüngliche Flurnamen, fünf andere. In der Verwendung der Suffixe läßt sich kaum ein Unterschied zur älteren Gruppe feststellen, nur daß die Bildungen auf *-j-* fehlen. Sie werden aber in Wirklichkeit vorhanden gewesen sein. Der Urkundenbestand ist zu gering, so daß man mit Urteilen zurückhalten muß. Die Namen auf *-j* hören ja dann in der Folgezeit am frühesten auf. Sie sind nur dort erkennbar, wo das *-j* vorausgehende Konsonanten palatalisiert hat, was nicht überall in der Schrift zum Ausdruck kommt. Dieses Suffix verliert, weil es abfällt, seine unterscheidende Funktion und tritt allmählich ab. Es handelt sich um Namen wie Tschiaschel ssw. Bensen *(Čáslav)*, 1057 *Ceaslau* (CB I 59), zum PN *Čáslav*, ursprünglich *Časlavj-* lautend, Drahobus (tschech. *Drahobuz)* s. Auscha, 1375 *Drahobuz* (LC[10] III 37) z. PN *Drahobud*, Tuhan w. Dauba (tschech. *Tuhaň)*, 1352 *Tuhans* (PZ[11] 75). Das Verbreitungsgebiet dieser Ortsnamen mit *-j* umfaßt den Südwesten unseres behandelten Raumes, das Land von Aussig und Leitmeritz — Wegstädtl bis B. Leipa.

Mit diesen Suffixen lassen sich die Fortschritte des tschech. Landesausbaues nicht feststellen, was für ganz Böhmen und Mähren gilt[12]. Unter diesen 55 Ortsnamen tschech. Herkunft begegnen zwei, die mit dem seit dem 9. und besonders 10. Jh. eindringenden Christentum in Verbindung stehen, Weißkirchen nnö. Auscha, 1057 *Costelech* (CB I 58), tschech. *Bílý Kostelec* „kleine weiße Kirche", und Proboscht nnö. Leitmeritz, tsch. *Proboštov*, 1188 *Probostou* (CB I 293), zu *probošt* „Propst". Tschech. *kostel* und *probošt* sind alte Lehnwörter, d. h. stammen aus der Frühzeit des Christentums in Böhmen und Mähren. *Kostel* beruht wohl direkt auf lat. *castellum*, nicht auf dem daraus entlehnten ahd. *kastel*. Es zeigt noch die tschech. Verdumpfung des kurzen *a* zu *o* und wird deshalb in die Zeit vor etwa 850 zurückgehen[13]. Da noch *st* als *st* erscheint und nicht mit dem im 9. Jh. zu erwartenden *št*, das ahd. *st* des 9. Jh. wiedergeben würde, wird das lateinische Wort als Grundlage anzusehen sein. Die Bekanntschaft der Tschechen damit kann mit den Kastellbauten des 9./10. Jh. in Verbindung

---

[9] RB = Regesta diplomatica necnon epistolaria Bohemiae et Moraviae. Prag 1855 ff.

[10] LC = Libri confirmationum I — X. Prag 1865 — 1889.

[11] PZ = Registra decimarum papalium, hrsg. von J. Emler (Abh. der böhm. Gesellschaft der Wiss., 1873, 6. Folge, 6. Bd.).

[12] Schwarz, ONSud[2], S. 270 ff.

[13] Zur zeitlichen Festlegung E. Schwarz, Zur Cronologie von asl. $a > o$ (Arch. f. slav. Phil. 41, 1927, S. 124—136).

stehen, sind doch in diesen neuen Burgen auch Kirchen gebaut worden, die ebenso wie die Gebäude der Residenzen befestigt waren. Das tschech. *probošt* bietet demgegenüber *št*, sein *-b-* verrät, daß es nicht aus dem lat. *propositus* herrührt, sondern aus der Vorstufe des mhd. *probest*, dem für das Ahd. anzusetzenden **probost*. Selbstverständlich ist damit noch nichts für die Zeit der Entstehung der genannten Ortsnamen ausgesagt. Diese können erst aufgekommen sein, als das Christentum eingezogen war, gehören also der christlichen und damit einer späteren Zeit als die Landnahme der böhmischen Slawen an. Beide Orte liegen mehr in der Mittelgebirgszone und werden die Ausbreitung der Kirchenorganisation und des Kirchenbesitzes anzeigen, die dem tschech. Landesausbau gefolgt ist.

Bei diesem ist auch gerodet worden, ohne daß es freilich zur Ausbildung von Rodungsnamentypen in ähnlichem Ausmaße wie in deutschen Rodungslandschaften gekommen ist, wo die *-reut, -ried, -rode, -walde, -grün* große zusammenhängende Gebiete bilden. Aber immerhin gibt es in Böhmen 322 *Lhota* und 121 *Újezd(ec)*. *Lhota* bedeutet eigentlich „Erleichterung, Frist", d. h. Hinausschiebung der Zinslasten, um die Mühe der Rodungsarbeit zu berücksichtigen. *Újezd* ist der Umritt des für die Besitznahme und Rodung ausersehenen Gebietes. Wie steht es damit für unsere Landschaft? Es handelt sich um 4 Orte *Lhota:* Hutzke wnw. Auscha, tschech. *Lhotsko*, 1426 *Lhota* (Profous II 575); Olhotta nahe südlich Auscha, 1407 *Lhota* (RT II 41[14]); Nieder-Welhotten 8 km ssw. Tetschen (tschech. *Přední Lhota)*, 1543 *w przednij Lhotie* (LT[15]); Welhütta (tschech. *Lhota)*, 4 km nw. Dauba, 1402 in *Lhotie* (RT I 596). Hinzu treten drei Aujezd: Groß-Aujezd (tschech. *Velký Újezd)*, 5½ km ö. Leitmeritz, 1233 *Ugezdec* (RB I 377); Ujest 9½ km s. B. Leipa, 1374 *Vgezd* (LC VII 4); Aujezd 7 km nö. Wegstädtl, 1230—53 *Augezd* (RB II 1217). Aus der Lage dieser Orte (s. Abb. 1) ist zu folgern, daß um sie tschech. Landesausbau im 12. Jh. tätig gewesen ist. Sie liegen nicht im fruchtbarsten Gebiete. Aber ihre Zahl ist im Verhältnis zu den übrigen Namen gering und zeigt, daß Nordböhmen östlich der Elbe, soweit es später deutsch geworden ist, nicht zum Hauptgebiete dieser Gruppe gehört. Was sonst an Rodungsnamen vorliegt, ist zeitlich nicht in dieser Art festgelegt oder ist mit besonderen Bedeutungen versehen, so Oschitz onö. Niemes (tschech. *Osečná)*, 1352 *Ossyeczna* (PZ 83) und zwei Proschwitz, die beide auf tschech. *Proseč* beruhen, eines 12 km osö. B. Leipa, 1503 *Prosecz* (LT), das andere bei Gablonz a. N., 1552 *Prossitz*[16]. Es handelt sich um tschech. *oseč* „Verhau" und *proseč* „durchgehauener Weg". Ähnliches gilt von Kluk, 3½ km sö. Dauba, so auch

[14] RT = Reliquiae tabularum terrae regni Bohemiae anno 1541 igne consumptarum, hrsg. von J. Emler. Prag 1870, 1872.

[15] LT = Landtafel. Belege zitiert nach Profous.

[16] SONB II, S. 31 = Sudetendeutsches Ortsnamen-Buch, hrsg. von E. Gierach und E. Schwarz, Bd. II (1933): Die Ortsnamen des Bezirkes Gablonz.

1545 (LT), wenn aus tschech. *kluč* „Stock, Klotz", *klučiti* „reuten" ein **kluk* in der Bedeutung „Rodung" erschlossen werden darf. Bei Ž ď á r 10 km osö. Dauba, 1348 *Zar* (Profous IV 810) sowie der dazu gehörigen Verkleinerung S i e r t s c h, tschech. *Ždírec*, 6 km osö. Dauba, 1412 *Zdierzicz* (LC VII 72), liegt das tschech. *žď'ár* „Brand" zugrunde, wobei es darum geht, ob damit auf Brandrodung oder Kohlungen oder auf zufällige Brände geschlossen werden darf. Zu *kluk* ist noch L u k e n (tschech. *Kluky*), 9 km osö. Dauba, 1348 *Kluck* (Profous II 253) zu stellen. In K o p a i n s. Gablonz a. N. (tschech. *Kopanina*), 1615 *Kopan*[16a], steckt das tschech *kopanina* „Neuland, Neubruch".

Angesichts der Unergiebigkeit der großen Typen versucht es Š m i l a u e r mit der Methode der kleineren, indem er Vorkommen und Fehlen bestimmter alter Wörter und Bildungen im alten und neuen Siedellande untersucht, wobei allerdings vorauszusetzen ist, daß man diese Gebiete unterscheiden kann. Das ist wohl leicht im Verhältnis Mittelböhmens zur böhmisch-mährischen Höhe, aber schwierig in Nordböhmen, wo auch die Ränder des böhmischen Mittelgebirges und der Daubaer Schweiz altbesiedelte Landschaften sind und bei der Ausbreitung des tschech. Landesausbaues nach Norden schon die Auseinandersetzung mit dem deutschen Landesausbau beginnt. Alte Namen mit Wörtern, die nicht mehr in den Quellen zu belegen sind, gibt es, z. B. W e b r u t z 7½ km nw. Wegstädtl (*Vrutice*), 1088 (Fälschung 12. Jh.) *Naurutici* (CB I 374). Es ist ein auf einen Ort übertragener Bachname in der Bedeutung „wilder Bach". Von Namen auf *-im*, die nach Šmilauer[17] dem ursprünglichen Gebiet des tschech. Stammes fehlen (Muster *Kouřim*, *Chrudim*), ist in unserem Raume nur O b e r - und U n t e r - W i d i m (*Vidim*) zu nennen, 1318 *de Wydymie* (Tab. vet. Nr. 206[18]), das Šmilauer freilich nicht als genug sicher bezeichnet. B o ř i m 6½ km sö. Dauba (*Bořejov*), 1358 *Borzeiow* (LC I 69) gehört nicht hierher, denn der tschech. PN lautet *Bořej*. Das *-m* der deutschen Form kann auf den tschech. Instrumental zurückgehen, vgl. 1594 *pode vsí Borzegowem* (LT). Am frühesten verlieren nach Šmilauer ihre Beliebtheit Namen auf *s*, *r*, *d* und meist *l*, wobei es sich um die Suffixe *-as*, *-sa*, *-ús*, *-or*, *-ora*, *-ld*, *-ol* handelt, also nicht etwa um auslautende Konsonanten zweier Kompositionsteile, in unserem Gebiet um Namen wie T a u c h e r s c h i n 8 km nw. Auscha (*Touchořiny*), 1391 *Tuchorzimi* (RT I 538), denn der PN *Tuchora* ist nicht mehr zu belegen; S i m m e r 8 km nw. Auscha (*Zimoř*), 1426 *Zymorz* (AČ 36, S. 613[19]), z. PN *Zimor*, der sonst nur noch in *Dolní Zimoř* nördlich Melnik in einer späten Nennung aus dem 17. Jh. begegnet. Mit einem alten *l*-Suffix ist gebildet

---

[16a] SONB II, S. 22.

[17] V. Š m i l a u e r, Osídlení Čech ve světle místních jmen (Prag 1960), S. 358.

[18] Tab vet. = Reliquiae tabularum terrae citationum vetustissimae, hrsg. von F. D v o r s k ý und J. E m l e r (Abh. der Kgl. böhm. Gesellschaft d. Wiss., Prag 1868, 6. Folge). Enthält Urkunden der Jahre 1318—1325.

[19] AČ = Archiv český, 1840 ff.

Kuttlitz *(Kotelice)* 9 km nö. Leitmeritz, 1337 *Chocholicz* (lies: *Chotholicz*, RB IV 187) z. PN *Chotěl*, der sonst nur noch im Dorfnamen *Chotělice* nw. von Neu-Bidschow, 1336 *Chotielicz* (RT I 507) entgegentritt. Die Zahl dieser PN in tschech. ON ist nicht groß. Häufiger kommen *-ch-* und *-š* als Suffixe vor, wo aber eine Altersbestimmung m. E. in Nordböhmen unsicher bleibt. Diese um Leitmeritz, Auscha und auch um Dauba liegenden Orte dürften noch ins 12. und 13 Jh. reichen. Die Gegenüberstellung zu einem später besiedelten Hügelland wie der böhmisch-mährischen Höhe fehlt, weil in den Gebirgen Nordböhmens die Deutschen früher da waren als die Tschechen. Durch diese Methode ist auf dem engeren Raume des hier behandelten Teiles von Nordböhmen nicht allzuviel zu gewinnen. Doch ist es möglich, das Dasein tschech. ON in älterer Zeit zu erschließen, als sie in den Quellen auftreten, wenn man die deutsche Gestalt berücksichtigt, wofür weiter unten Belege gegeben werden.

Im 13. Jh. beginnt die Auseinandersetzung mit den Deutschen, die sich schon ein Jh. früher nördlich vom Erzgebirge am Landesausbau nicht nur beteiligt hatten, sondern auch führend geworden waren und auch bereits vor 1200 nördlich vom Lausitzer-, Iser- und Riesengebirge erschienen sind. Am frühesten sind deutsche Bürger in Leitmeritz nachzuweisen, seit 1235. Auf die Volkstumsverhältnisse einiger Städte ist an anderer Stelle[20] eingegangen worden, so daß ein kurzer Hinweis genügt, um den Zusammenhang mit der bäuerlichen Besiedlung und mit den bisher nicht behandelten Städten herzustellen. Um 1249 kommt es in Aussig zu einer Neuanlage unter deutscher Beteiligung. In Tetschen entsteht vor 1283 eine neue kleine von Deutschen besetzte Stadt. Bensen hat 1285 als deutsche Stadt bestanden. Es hat ein altes Stadtbuch besessen, auf das in B. Kamnitz einmal hingewiesen wird[21]. Auch außerhalb des Rates begegnen nur deutsche Namen, so 1389, 1391, 1416, 1449 (5 dt. : 0 tsch. : 0 unbestimmbare Namen)[22]. B. Kamnitz lernen wir nach seinem Stadtbuch 1380—1516[23] als rein deutsche Stadt kennen, dasselbe gilt für Rumburg. B. Leipa wird um 1250 deutschrechtlich organisiert worden sein. Friedland war nach dem Urbar von 1381[24] der Mittelpunkt eines großen deutschen Rodebezirkes mit Waldhufendörfern, die bald nach 1223 oder etwas später angelegt worden

---

[20] E. Schwarz, Die Volkstumsverhältnisse in den Städten Böhmens und Mährens vor den Hussitenkriegen (Bohemia Jb. 2, 1961, S. 27—111).

[21] Aus der Zeit vor 1381: *Daz stet in dem stat buche czu Bensaw* (BKStb, S. 5, Anm. 1)

[22] BKStb, S. 22, 26, 67, 78.

[23] Das älteste B. Kamnitzer Stadtbuch. Aus dem Nachlaß von A. Horcicka hrsg. vom Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen, Prag 1915 (Stadt- und Urkundenbücher aus Böhmen, Bd. VI).

[24] Hallwich, Friedland vor fünfhundert Jahren (Mitteil. des Vereins für Gesch. der Deutschen in Böhmen = MGB 43, 1905, S. 357—420).

sind. Die Sprache der Eintragungen im B. Kamnitzer Stadtbuch und Friedländer Urbar zeigt eine relativ geringe „Schrifthöhe", d. h. ist ungeschickt, nicht selten fehlerhaft. Die Schreiber hatten nicht die Bildung wie die in größeren Städten, deshalb gewährten sie der Mundart ziemlichen Eingang, was die Sprachforschung wieder begrüßt, weil es nicht immer leicht ist, aus der Schreibsprache auf die gesprochene Mundart zu schließen. Auf das kulturelle und wirtschaftliche Leben fällt willkommenes Licht. In anderen Städten und Märkten können wir wegen des Fehlens alter Quellen keinen genaueren Einblick in die Volkstumsverhältnisse gewinnen, uns aber auf Grund von Orts- und Personennamen ungefähre Vorstellungen machen.

Bei der 1264 von *Chunrad* und *Hertwig* von *Kraewer* im Walde von Bösig *(Bezdetz)* am Wasser *Doksy* angelegten Stadt (RB II 180) handelt es sich um Hirschberg *(Doksy)*, dessen deutscher Name *Hirzperch* 1293 erscheint (RB II 701). Die Stadtgründung ist hier von Graber zwischen Auscha und B. Leipa aus erfolgt. Um dieselbe Zeit ist Hühnerwasser als Stadt mit dem deutschen Namen Freistadt bezeugt, 1279 *civitas Vristad in qua est ecclesia s. Georgii* (FRB II 348[25]). Im 14 Jh. erscheint auch der tschech. Name, 1352 *Libera civitas sive Kurziewoda (Kuří Vody* „Hühnerwasser" PZ 84), das sich in Übersetzung auch im Deutschen durchgesetzt hat. Man darf vermuten, daß sich der tschech. Einfluß im 14. Jh. wie in anderen Städten Innerböhmens verstärkt hat, denn das Städtchen lag damals vor der alten Sprachgrenze des 14. Jh. Niemes wird nicht viel jünger als B. Leipa sein, bereits 1262 erscheint für *Mimoň*, das erst 1385 begegnet, die genetivische Eindeutschung *Nemans* (RB II 154). Hier war das Deutschtum stärker verankert, denn in der Umgebung hat es deutsche Dörfer gegeben (Götzdorf, Voitsdorf, Höflitz). Bürgernamen aus der vorhussitischen Zeit sind nur wenige bekannt, so 1389 *Georgius de Nymans*, Bürger in B. Leipa (LE III 317), der wegen des Gebrauches der deutschen Namengestalt als Deutscher zu betrachten sein wird. 1407 tragen Bürgermeister und Richter deutsche Namen (LC VI 202, 221). Nahe gelegene deutsche Dörfer wie Galgendorf und Scheibe, 1407 *Galgendorff, Rotunda*, 1549 *Ssaybldorf* (Profous I 551; III 260), sind später eingemeindet worden.

Das nordwestlich davon gelegene Reichstadt begegnet zuerst unter seinem tschech. Namen *Zákupy* (alttschech. *zákup* „durch Kauf entstandenes Erbrecht", vgl. 1384 *jus emphioticum quod vulgariter dicitur zakup* DR 244[26], im Deutschen entspricht *Kaufrecht)* 1352 (PZ 83), 1378 findet sich der deutsche Name *Richinstat* (LC III 95). Hier wird die Bürgerschaft lange Zeit national gemischt gewesen sein. Die tschech. Bevölkerung wohnte neben dem deutschen Städtchen in *Behmischdorf*[27]. Unter der Burg Wartenberg, nach

---

[25] FRB = Fontes rerum Bohemicarum.

[26] DR = Decem registra censuum bohemica, hrsg. von J. Emler, Prag 1881.

[27] Dazu J. V. Šimák, Strědověká kolonisace v zemích českých (České Dějiny I, Teil V, Prag 1938), S. 750.

der sich zuerst 1281 *Benessius dictus de Wardenberg* nennt (RB IV 737), erwuchs das gleichnamige Städtchen, dessen tschech. gleichbedeutender Name *Stráž* „Wache" nur in der Dalimilchronik auftritt: *pana Jana Wartmberského = Jana Stražského*, im deutschen Dalimil *her Johannes von Wartinberg* (FRB III 208). Hier kann mit deutscher Bevölkerung neben tschech. gerechnet werden. Von B. Aicha südlich Reichenberg, wo das Deutschtum im 20. Jh. nur eine Minderheit war, läßt sich nur feststellen, daß dafür 1291 (RB II 1229) eine eingedeutschte Gestalt bestanden hat, denn *Cvetla* beruht auf tschech. *Světlá* „lichtes Dorf". In der Nachbarschaft haben Tschechen gewohnt. Die deutsche Form kann im Kloster üblich gewesen sein. Der Ort wurde aus dem Dorfe *Světlá* in das Dorf *Dub* verlegt, das eine günstigere Lage hatte[28]. Der Name *Nová Světlá* konnte sich gegenüber dem alten Dorfnamen nicht behaupten, im Deutschen erscheint im 15. Jh. die Übersetzung: 1427 *kein der Eiche*[29]. Von Oschitz läßt sich nur feststellen, daß im 16. Jh. hier Deutsche wohnen und es 1598 als Stadt bezeichnet wird. 1546 gibt es hier Namen wie *Kecz* und *Fidlar*, 1590 ist von deutschen Bewohnern die Rede[30].

Bereits 1252 scheint Deutsch Gabel ein Städtchen gewesen zu sein, es wird von *pana Havla Jablonského, her Gallin von der Gabel* im deutschen Dalimil (FRB III 184) gesprochen. Wie die Verdumpfung des tschech. *a* in der deutschen Mundart (tschech. *Jablonné*, zu *jabloň* „Apfelbaum", ist in der deutschen Mundart zu *ai da göbl* geworden) zeigt, sind die Deutschen in der zweiten Hälfte des 13. Jh., wenn nicht schon vorher, in der Stadt, denn der Ort lag an der alten Straße, die von Zittau aus nach B. Leipa führte, und Zittau war schon in der ersten Hälfte des Jh. eine deutsche Stadt. Es war eine Neugründung wie Reichstadt, denn die Tschechen blieben im alten Dorfe wohnen. 1391 ist die Rede von der Stadt und dem dazu gehörigen „böhmischen" Dorfe *(město Jablonne a k tomu Czeska ves* HLT[31]). In Leitmeritz nennt sich 1282 der wohl deutsche Bürger *Chvnradus de Gablona* (RB II 548). Auf dem Siegel erscheint schon in der Mitte des 14. Jh. eine Gabel, ein Zeichen, daß der Name nicht mehr verstanden wurde. Die in der Stadt auftretenden Geistlichen tragen deutsche Namen[32], was für den deutschen Charakter der Stadt spricht, denn die kirchlichen Behörden hatten Interesse daran, daß ihre Priester in der Volkssprache predigen konnten. Einzelne Tschechen haben sich bis ins 16. Jh. gehalten. Vorhussitische Bürgernamen fehlen, aber in anderen Städten nennen sich Leute nach ihr, so außer dem

---

[28] Darüber ausführlicher J. V. Šimák, Nejstarší paměti města Dubu (Čas. spol. přátel starož. 1, 1893, S. 58—61); Počátek města Duba a dubské komendy sv. Jana (Od Ještěda k Troskám 1, 1922, S. 42—54).

[29] Mitt. f. Heimatkunde des Jeschken-Isergaues 1 (1907), S. 65.

[30] AČ 30, S. 127; Šimák, Kolonisace, S. 779.

[31] HLT = Hoflehentafel (Desky dvorské), im Staatlichen Zentralarchiv in Prag. Zitiert nach Profous.

[32] Aufzählung bei Šimák, ebda., S. 774.

oben angeführten *Chvnradus* von 1282 in Leitmeritz ein *Petrus de Gablona* 1348, 1341 *Hanco de G., Peslinus de G.* (IV 357). Hier finden sich deutsche und tschech. Rufnamen, zwei Familien scheinen sich nach dem Städtchen genannt zu haben. In der Prager Altstadt erscheint 1355 *Petrus de Gabl* (TZ[33] S. 122), wo die deutsche Gestalt des Ortsnamens für einen Deutschen spricht, in Neu-Bidschow wird 1366 *Kuncmann de G.* erwähnt[34], ein Zeichen dafür, daß an dieser Stadtgründung des frühen 14 Jh.[35] auch deutsche Bürger aus D. Gabel beteiligt waren. Man wird an eine tschech. Minderheit in der Stadt im 14. Jh. denken, die geringer geworden sein wird, weil D. Gabel von deutschen Dörfern umgeben war.

Z w i c k a u wird zuerst 1352 als *Czwykauia* (PZ 77) erwähnt. Die tschech. Forscher möchten den Namen von der sächsischen Stadt Zwickau herleiten[36]. Er läßt sich aber gut aus dem Deutschen verstehen. Das mhd. *zwic* bedeutet „Zwickel". Zwick und Zwickel sind keilförmige Landstücke, Flurnamen in Bayern heißen *in der Zwicke, Zwickenmoos.* Tschech. Nachbardörfer fehlen, nur Rodowitz und Bürgstein *(Sloup)* könnten in alter Zeit genannt werden, Orte mit deutschen Namen sind früh vorhanden. Es steht nichts entgegen, mit deutscher Gründung zu rechnen.

Von den kleinen Städten im Polzental zwischen Tetschen und B. Leipa wird S a n d a u zwar erst 1457 als Markt bezeugt, aber schon 1267 und 1282 erscheinen *Conradus* und *Petrus de Sandowe* (RB II 214, 548) als Bürger in Leitmeritz. Gewiß ist Sandau nicht selten als Ortsname, aber Sandau im Polzental ist am nächsten gelegen und der einzige Ort dieses Namens, der in Nordböhmen bald als Markt erscheint. Die tschech. Form *Žandov* mit *ž* für dt. *s* weist in das 13. Jh. Im Tal dieses Flusses sind in der zweiten Hälfte des 13. Jh. tatsächlich beide Völker in Beziehungen getreten, so daß Ortsnamen übernommen werden konnten. Die deutsche Gründung dürfte etwa in dieselbe Zeit wie bei Bensen und B. Leipa zu setzen sein[37]. Das benachbarte N e u s t a d t l dagegen begegnet zuerst unter seinem tschech. Namen *Jezvé* seit dem Ende des 12. Jh. (1197 *Geswi* CB I 326). Seit dieser Zeit darf mit tschech. Neugründungen im Polzental gerechnet werden, denen seit der Mitte des 13. Jh. deutsche folgen. Seit der Mitte des 14. Jh. begegnet die deutsche Form (1352 *Nova civitas* PZ 77). Wenigstens seit der zweiten Hälfte des 14. Jh. treten hier Geistliche auf, die in der Mehrzahl aus deutschen Orten kommen. 1423 erscheinen deutsche Bewohnernamen, bei denen sogar der tschech. Name in der merkwürdigen Gestalt *Gyczwein* eingedeutscht vorkommt *(Gyczwein alias de Nova Civitate).* Š i m á k urteilt mit Recht, daß die er-

[33] TZ = W. W. T o m e k, Základy starého místopisu Pražského. Prag 1866—75 (Abh. der k. k. böhm. Ges. d. Wiss., V. Folge, Bd. 15).
[34] J. K a p r a s, Liber conscientiae civitatis Novobydzoviensis de 1311, S. 54.
[35] Dazu E. S c h w a r z, Bohemia Jb. 2 (1961), S. 54.
[36] Š i m á k, a. a. O., S. 749; P r o f o u s I 290.
[37] So urteilt auch Š i m á k, a. a. O., S. 722.

haltenen Nachrichten für dauerndes Deutschtum zeugen[38]. Eine Tschechisierung in der Hussitenzeit ist unwahrscheinlich, denn nördlich und südlich der Stadt lagen deutsche Waldhufendörfer wie Waltersdorf, Tiefendorf im Süden, Schossendorf und Wolfersdorf im Norden.

Beim südlich von Bensen gelegenen Wernstadt folgt die Namenentwicklung der vom Dorf zur Stadt. 1352 ist noch vom Dorf *Wernheri villa* die Rede (PZ 77), 1497 hören wir von Freiheiten, die Siegmund von Wartenberg der Stadt *Wärnstadt* erteilt[39]. Sie liegt an der Südgrenze der Zone deutscher Waldhufendörfer, die das Polzental zu beiden Seiten begleiten, unmittelbar südlich schließen kleine Dörfer mit tschech. Namen an, in denen der Ort *Verneřice* geheißen hat. Das südlich davon gelegene Lewin begegnet erst im 16. Jh. als Markt. Es liegt im altbesiedelten Lande und hat bis ins 15. Jh. vorwiegend Geistliche mit tschech. Namen[40].

An der Straße Leitmeritz-B.Leipa ist Auscha zur Stadt erwachsen, 1361 *Husz civitas* (Reg. imp. Nr. 3574). Deutsche Bürger werden bei der Umgestaltung des bestehenden Ortes zur Stadt mitgewirkt haben, ohne zur Mehrheit gelangen oder die tschech. Bevölkerung verdrängen zu können. Das wird durch die noch zu besprechenden Ortsnamenverhältnisse nahe gelegt. Vor 1637 wird eine tschechische und eine deutsche Vorstadt unterschieden[41]. In die Verhältnisse des 14. Jh. erhalten wir keinen Einblick. Von der Hussitenzeit ab ist die Stadt betont utraquistisch.

Nähere Aufschlüsse für die Zustände vor der Hussitenzeit können wir durch Beobachtung der Einverleibung tschech. Ortsnamen ins Deutsche gewinnen, denn in diesen altbesiedelten Teilen des böhmischen Mittelgebirges ist die Ansiedlung von Deutschen anders zu beurteilen als im Waldlande. Bleiswedel erhält schon 1292 einen Markt (RB II 1229), wird aber erst 1550 als Markt bezeichnet. Die deutsche Namensform mit *s* für tschech. *ž (Bližebydly)* zeugt davon, daß es im Orte oder in der Nachbarschaft schon vor 1300 Deutsche gibt. Deutlicher liegt die Entwicklung des benachbarten Graber vor uns. Der tschech. Name *Kravaře* „Kuhzüchter" weist auf die zunächst vorherrschende Viehzucht hin. 1263 ist die Rede von *cives in Krawar, quae et Raduss* (RB II 169), die deutsche Namen tragen *(Henricus advocatus, Henricus frater ejus, Henricus Haspergenger, Arnoldus dictus de Lipa)*. Der Ort ist jetzt ein Markt, auch wenn noch 1273 von einem Dorf mit Markt die Rede ist (RB II 333), denn 1282 ist wieder von der *civitas Crawar* die Rede (RB II 548). Daß Deutsche an dieser Umwandlung beteiligt waren, wird dadurch gesichert, daß wir schon 1264 deutsche Bürger der Stadt bei der Gründung von Hirschberg tätig gefunden haben. *Radoušov*, wohl der Name einer mit der Stadt zusammenwachsenden Gemeinde, ist bei den Tschechen

---

[38] Šimák, a. a. O., S. 725.

[39] Mitt. des nordböhm. Excursionsklubs 9, S. 263.

[40] Šimák, a. a. O. 702.

[41] Šimák, a. a. O., S. 702 (nach A. Sedláček).

auf die Stadt übertragen, Graber bei den Deutschen üblich geworden. Zwei Bürgernamen von 1374 sind deutsch (AJ I 80)[42], auch *Cunczet Crabern* in Melnik 1331 (RB III 684) wird aus unserem Ort stammen. Die Stadt kann als deutsch betrachtet werden, wenn auch durch die Einbeziehung von *Radoušov* eine tschech. Minderheit vorhanden gewesen sein wird. Unmittelbar nördlich der Stadt liegen deutsche Waldhufendörfer (Johnsdorf, Hermsdorf, Petersdorf), die 1273 zuerst erwähnt werden (RB II 333). Man darf sich durch die niederdeutsche Gestalt des Grundwortes in der Urkunde *(Janesdorp, Hermannesdorp)*, nicht irre machen lassen. Es spricht nichts in dieser Gegend für niederdeutsche Gründungen, auch nicht die Erteilung des Magdeburger Rechtes. Es handelt sich um eine Papsturkunde, deren Schreibungen mit Vorsicht zu beurteilen sind.

Unter diesen Umständen nimmt es kein Wunder, daß in der Nachbarschaft für den im Tschech. *Stvolínky* genannten Ort der deutsche Name D r u m im 14. Jh. auftaucht, wenn auch in teilweise verstümmelter Gestalt: 1352 *Drow sive Stwolenca*, 1369 *Drmy*, 1384 *Drum sive Stwolenka*, 1405 *Drom* (PZ 77). Š i m á k urteilt zwar, daß Drum aus dem tschech. *Drm* stamme[43] P r o f o u s IV 227 betont aber mit Recht die deutsche Herkunft des Namens. *Drm* wird die aus dem Deutschen stammende ins Tschech. gedrungene Form sein. Š i m á k will eine Zweiteilung erkennen, so daß zwei Siedlungen zusammengewachsen wären, wobei sich die Namen national verschieden ausgedehnt hätten (mhd. *drum* „Stück", wohl ursprünglich Flurname). Mit dem Einzug des Deutschtums rechnet er richtig schon am Ende des 13. Jh., wofür die Verhältnisse im benachbarten Graber sprechen. Daß auch tschech. Bevölkerung vorhanden war, ist bei der Entstehungsgeschichte des Ortes wahrscheinlich. Das weiter östlich davon gelegene H o h l e n (tsch. *Holany)* wird 1405 als Markt bezeichnet *(Holany oppidum* RT II 15), ohne daß über die Volkstumsverhältnisse eine Aussagemöglichkeit besteht. Unter den Pfarrernamen scheinen die tschech. die deutschen zu übertreffen[44].

H a b s t e i n südlich B. Leipa begegnet mit seinem deutschen Namen zuerst 1405 (AČ 35, S. 248). Älter ist *Jestřebí*, das ursprünglich der Burgname war, zuerst 1295 *Jestreby* (RB II 719), vgl. 1300 *in castro Jestrseby* (RB II 1208), zu *jestřáb* „Habicht", so daß der deutsche Name eine Übersetzung ist. Der Markt mit Pfarrkirche hieß *Krušina*. 1405 stehen sich *Gestrzebie castrum* und *Crussina oppidum* gegenüber (RT II 15). Man wird mit einer deutschen Minderheit in dieser Zeit rechnen dürfen.

Als D a u b a in den Besitz Hyneks von Berka gekommen war, erbaute sich dieser eine Burg, in der fortan der Zweig des Geschlechtes saß[45], der

---

[42] AJ = Acta judiciaria consistorii Pragensis I—VII (1373—1424), hrsg. von T. T a d r a (Hist. Archiv 1893—1901).

[43] Š i m á k, a. a. O., S. 721.

[44] Š i m á k, a. a. O., S. 719.

[45] A. S e d l á č e k, Hrady, zámky a tvrze království českého[2] (1931—37) X, S. 171.

das Bestreben gehabt haben wird, hier eine Stadt zu gründen. Ein genaues Datum ist nicht überliefert, wahrscheinlich ist es unter den ersten zwei Berka vor 1348 dazu gekommen. 1391 und 1402 ist von der Stadt und dem Markt die Rede *(in Duba oppidum cum jure forensi* RT I 596). Die 1408 auftretenden Bürger tragen durchaus tschech. Namen, auch 1414 werden hier zwei tschech. Müller erwähnt[46]. Das Verhältnis ist 1 : 17 : 0. An vorherrschender tschech. Bevölkerung in dieser Zeit ist nicht zu zweifeln. Die Deutschen werden eine kleine Minderheit gewesen sein, daß aber mit ihnen zu rechnen ist, wird durch die Ortsnamenverhältnisse gesichert, die mit Lautersatzerscheinungen der Zeit vor 1300 bis an die Stadt und darüber hinaus reichen.

W e g s t ä d t l an der Elbe südöstlich Leitmeritz, 1314 als Markt genannt, 1410 eine *villa* mit tschech. Recht *(ius boemicale)* und einem vereinzelten deutschnamigen Richter *Franczo* (DR 281), hat seinen deutschen Namen erst spät durch Umformung des tschech. *Štětí (<Vejštětí)* empfangen. An der Straße nach Leitmeritz, etwas abseits von der Elbe, ist G a s t o r f eine Übersetzung des tschech. *Hoštka*, die zu Beginn der Hussitenzeit auftaucht: 1421 *gen der Hoszko gerückt*, 1423 *zu Gastdorff anders genant Hoszka*[47]. Es wird 1390 als bischöflicher Markt bezeichnet (DR 103). Vor der Hussitenzeit wird in beiden Orten nur mit wenigen Deutschen zu rechnen sein. In Gastorf tragen 1406—1407 drei Leute tschech. Namen (AJ V 143; VI 91).

Eindeutig deutsch ist der Rumburger Zipfel gewesen, das böhmische Niederland, wo vom deutschen Charakter Rumburgs schon die Rede war. Andere Orte sind hier spät zu Märkten geworden, so S c h l u c k e n a u 1451. Nach dem Orte nennt sich in Bautzen 1296 *Rudegerus de Slaukenowe*[48], 1381 begegnen hier 5 deutsche, 1423 zwei deutsche Namen[49]. H a i n s p a c h erscheint 1574 als Markt, N i x d o r f wird noch 1833 als eines der größten Dörfer Böhmens bezeichnet[50]. Auch S c h ö n l i n d e, G e o r g s w a l d e und W a r n s d o r f sind erst im 19. Jh. zu Marktflecken geworden, als ihre Bevölkerung durch die Industrie zunahm. Dagegen reicht K r e i b i t z als Markt vielleicht in den Anfang des 15. Jh. zurück, 1428 wird es als *oppidum* bezeichnet (HLT), 1570 zur Stadt erhoben. Die wenigen im BKStb genannten Bewohner aus vorhussitischer Zeit tragen deutsche Namen bzw. deutsche Berufsnamen (3 : 0 : 2).

Als Bergstadt ist S a n k t G e o r g e n t h a l eine Gründung des 16. Jh. 1566 heißt es: *Sanct Georgentahll ist ein neue aufgebrachte Bergstadt mit Bergfreiheit begabt* (LT).

---

[46] AJ VI, 219—220; RT II 108.

[47] F. P a l a c k ý, Urkundliche Beiträge zur Geschichte des Hussitenkrieges vom Jahre 1419 an (Prag 1873) I, S. 101, 106.

[48] Cod. Lusatiae sup. I 152.

[49] BKStb, S. 3; AJ VI 73.

[50] J. G. S o m m e r, Das Königreich Böhmen statistisch-topographisch dargestellt (Prag 1833—1848) I, S. 268.

Aus demselben Jh. stammt noch eine andere Bergstadt in Nordböhmen, Neustadt an der Tafelfichte, 1592 *Bergwerk vnd Bergstatt Böhmische Newstatt genant.* Der Zinnbergbau hat hier 1576 begonnen. Die Stadt ist sehr regelmäßig angelegt, die Bergleute sind wohl aus Sachsen und der Lausitz gekommen[51].

Die Gründung der Stadt Grottau wird vor 1287 angesetzt[52]. Zugrunde liegt dem Namen nicht das alttschech. *grad* „Burg", sondern das obersorbische *grod.* Der Ringwall, der so bezeichnet wurde, stammt aus der wendischen Zeit und wurde von einer deutschen Herrenburg abgelöst, in deren Nähe die deutsche Stadt angelegt wurde, die zwar erst 1453 als *Stettlin* bezeichnet wird, aber der Anlage nach eine frühe Stadt ist. 1288 ist *Henricus de Grat* (diese tschech. Gestalt begegnet gelegentlich, kann sich aber nicht durchsetzen) Zeuge in Zittau[53]. Ähnliches gilt für Kratzau, das im selben Jahre als Markt auftritt. Vermutlich um 1300 ist neben dem Dorfe Habersdorf die Stadt Reichenberg gegründet worden. Liebenau südlich Reichenberg wird erst 1543 als *miesteczko Hodkowicze* (der Ort heißt im Tschech. *Hodkovice)* bezeichnet, die deutsche Namengestalt begegnet seit 1376 *(in Libenow alias in Chodonibus).* Die Anlage ist städtisch, so daß mit einer Stadtgründung im 14. Jh. zu rechnen sein wird, zwar mit deutscher Beteiligung, wie der ON verrät, ohne sich aber durchsetzen zu können. Im Rate begegnen 1407 (AJ VI 58, 59) nur tschech. Namen (0 : 7 : 0) und noch 1547 gibt es unter 69 Bewohnern nur 2 deutsche Namen (LT). Ob eine deutsche Mehrheit zur Gründungszeit bestanden hat, läßt sich nicht sagen.

Später liegen die Stadtgründungen in dem mehr im Isergebirge gelegenen Bezirk Gablonz. Gablonz selbst wird 1538 als Wüstung bezeichnet *(wes pusta Jablonecz).* 1469 war das Dorf, das als tschech. zu betrachten sein wird, wie einige Nachbardörfer zerstört worden. Die Neubesetzung in der Mitte des 16. Jh. ist von deutschen Bauern durchgeführt worden, wie seitdem auftauchende Personennamen beweisen. Damals sind in der Umgebung Glashütten gegründet worden. Die Hüttenleute, die vielleicht aus dem Erzgebirge gekommen sind, haben sich mit den deutschen aus der Nachbarschaft zuströmenden Bauern vermischt. 1854 wird von dem Markte gesprochen[54]. Auch Reichenau, Wiesenthal an der Neiße, Morchenstern, Tannwald und Przichowitz sowie Polaun sind erst seit dem Aufschwung der Glasindustrie im 19. und 20. Jh. zu Städten und Märkten erhoben worden.

Die Stadtgründungen und Stadterhebungen ziehen sich vom 13. Jh. bis ins 20. Die älteste deutsche Gründung ist Leitmeritz um 1230, um 1250 werden die von Tetschen, Bensen, B. Leipa, D. Gabel, Niemes, Graber, Friedland liegen, in die zweite Hälfte des 13. Jh. gehören Hirschberg, Sandau,

---

[51] E. Gierach, SONB III, S. 39.
[52] Gierach, SONB I, S. 27, 45.
[53] Cod. Lus. sup. I 128.
[54] E. Schwarz, SONB II, S. 63 ff.

Hühnerwasser, Grottau, Kratzau, in das 14. Jh. werden kleinere Gründungen wie die von Reichstadt, Auscha, Dauba, Wegstädtl, Reichenberg und Liebenau zu stellen sein. In der tschechischen Nachbarschaft war Kolin um 1261 als deutsche Stadt fertig, Neu-Bidschow erst 1311, Weißwasser wurde 1337 an die heutige Stelle übertragen. Melnik tritt 1274 als Stadt mit Magdeburger Recht entgegen, die Aussetzung von Nimburg wird um 1277 liegen[55]. Die Hauptgründungen erfolgen im 13. Jh., das 14. folgt mit kleineren nach zu einer Zeit, als im Innern des Landes bereits eine rückläufige Bewegung einsetzt und der deutsche Charakter mehrerer Städte bedroht wird.

Die Vorgänge bei der Stadtgründung werden bei Hirschberg, die bei einer Verlegung bei Hühnerwasser deutlich. Die neuen deutschen Städte werden bisweilen neben einem älteren tschech. Dorf angelegt, wie es bei B. Leipa zu beobachten ist. Dann können zwei Gemeinden nebeneinander stehen, die denselben Namen tragen, vgl. Alt-Leipa neben B. Leipa. Ähnlich ist es bei Reichstadt und D. Gabel, wo noch einige Zeit von einem „böhmischen Dorf" die Rede ist. Auch die Lage unter einer Burg, die Schutz gewährt, empfiehlt sich, doch sind hier die Verhältnisse jeweils zu untersuchen. Während der Burghügel in Grottau zur Zeit der Stadtgründung wohl schon in Trümmern lag, wird die Burg Scharfenstein erst erbaut, ohne daß die deutsche Stadt darunter den Namen übernimmt. Auch Leitmeritz und Tetschen setzen tschech. Burganlagen voraus, die als Verwaltungsmittelpunkte in der vorangegangenen Zeit eine Rolle gespielt haben. Von einer Vertreibung der tschech. Bevölkerung ist nirgends die Rede. Es haben auch die Voraussetzungen dazu gefehlt, denn die Landesherren und Grundbesitzer sind ja Einheimische gewesen. Die tschech. Bevölkerung ist, soweit sie nicht an den älteren Plätzen wohnen blieb, aufgenommen worden.

Eine gewisse Ordnung ist bei der zeitlichen Aufeinanderfolge der Stadtgründungen nicht zu verkennen. Zuerst werden die wichtigen Plätze an der Elbe oder an bedeutenden Straßen dazu ausersehen, dann folgen Gründungen als Mittelpunkte der Herrschaften, die also nach einer Stadt streben. Eine geographische Folge besteht dort, wo durch deutsche Bauern neue Rodungsbezirke erschlossen werden. Ihnen folgen Stadtgründungen, so die Neiße aufwärts. G i e r a c h denkt sich hier die Gründungswelle so, daß der Gründung von Zittau die von Grottau um 1260, Kratzau um 1280, Reichenberg und Liebenau um 1300 folgen[56]. Dauba entsteht als Mittelpunkt der Herren von Berka, Friedland auf dem Gebiete der Bibersteine, B. Kamnitz und Bensen sind Anlagen der Michelsberge, Leitmeritz eine des Königs. Die Funktion als Mittelpunkt eines Kranzes von deutschen Waldhufendörfern ist deutlich bei B. Kamnitz und Friedland, wohl auch Bensen. Sie fällt dort weg, wo bereits relativ dichte tschech. Vorbesiedlung vorhanden

---

[55] Eingehender dazu zuletzt E. S c h w a r z , Bohemia Jb. 2, S. 39 ff.
[56] SONB I, S. 76.

war, also außerhalb des Waldlandes. Die Quellenlage gestattet nicht die Feststellung, ob hier etwa die Deutschen von Anfang nur eine Minderheit gewesen sind oder doch einmal eine Mehrheit inne hatten. Mehrere Ursachen haben also zusammengewirkt, um die Welle der Stadtgründungen auszulösen. Im Ganzen gesehen greift eine im Reich aufkommende Bewegung auf Böhmen über.

Die Volkstumslage dieser neuen Städte und Märkte hängt damit zusammen, ob gleichzeitig deutsche Dörfer angelegt werden, d. h. die Gründung im Waldlande und damit im Rodungsgebiete erfolgt, oder ob es sich um Anlagen im alten besiedelten Lande handelt, wo also Mittelpunkte geschaffen und die Deutschen mehr oder minder auf die Stadt beschränkt werden, wie es bei Auscha, Dauba und Hirschberg u. a. der Fall ist. Aber auch da sind die Verhältnisse verschieden. Auscha lag als Spitze vor deutschen Dörfern, ähnlich Dauba, Hirschberg hatte einige deutsche Dörfer als Neuanlagen in der Nähe. Bei Wegstädtl und Gastorf haben sie gefehlt. Es ist zu bedenken, daß es nicht nur einen deutschen, sondern auch einen tschech. Landesausbau gegeben hat. Da die Volkstumszugehörigkeit im 13. und 14. Jh. nicht die Rolle wie im 19. spielt, ist es begreiflich, daß es den Grundherren nicht darum ging, national einheitliche Herrschaften zu errichten. Sie nahmen für die Städte gern Deutsche, weil damit die Möglichkeit zur Einführung des deutschen Rechtes und damit des wirtschaftlichen Aufschwunges gegeben war. Aber mit der Zeit sahen das tschech. Bürger den deutschen ab. Seitdem König Karl in Beraun angeordnet hatte, daß deutsche und tschech. Bürgerschaft gleichmäßig bzw. der Verteilung entsprechend im Rate vertreten sein mußten, griff diese neue Auffassung bei den innerböhmischen Städten weiter um sich, so daß die Umvolkung des Rates seit der Mitte des 14. Jh. mehr oder minder rasch einsetzt. Das ist aber nur dort erfolgt, wo tschech. Zuwanderung aus der Umgebung diese Änderung vorbereitet. In dem hier behandelten Teile Nordböhmens trifft das zu bei Auscha, B. Aicha, Hirschberg oder ist zu vermuten, während eine Stadt wie Leitmeritz erst beim Ausbruch der Hussitenkriege nach der Besetzung durch die Hussiten dazu reif ist. Die Städte mit deutscher Umgebung sind dazu nicht genötigt, auch nicht während der Hussitenzeit. Solche Beobachtungen tragen dazu bei, in die nationalen Verhältnisse vor den Hussitenkriegen Einblick zu gewinnen. Hirschberg, Auscha, Dauba, wohl noch andere Städte benehmen sich wie andere Städte Innerböhmens, d. h. lagen damals noch nicht im geschlossenen deutschen Gebiete. Dort wo Quellen aus dem 14. Jh. fehlen, kann man aus denen des 15. und 16. Jh. gewisse Rückschlüsse ziehen. Davon wird noch die Rede sein. Schon jetzt hebt sich die alte Volkstumsgrenze um 1400 in großen Zügen ab. Sie folgt im allgemeinen den deutschen Waldhufendörfern, die aber schon Menschen in angrenzende tschech. vorbesiedelte Dörfer entsenden. Die alte Sprachgrenze wird südlich vom Polzentale mit einer Ausbiegung gegen Graber und Drum zu denken sein, wobei B. Leipa Randlage aufgewiesen hat. Wie sie dann gegen Niemes, Reichstadt

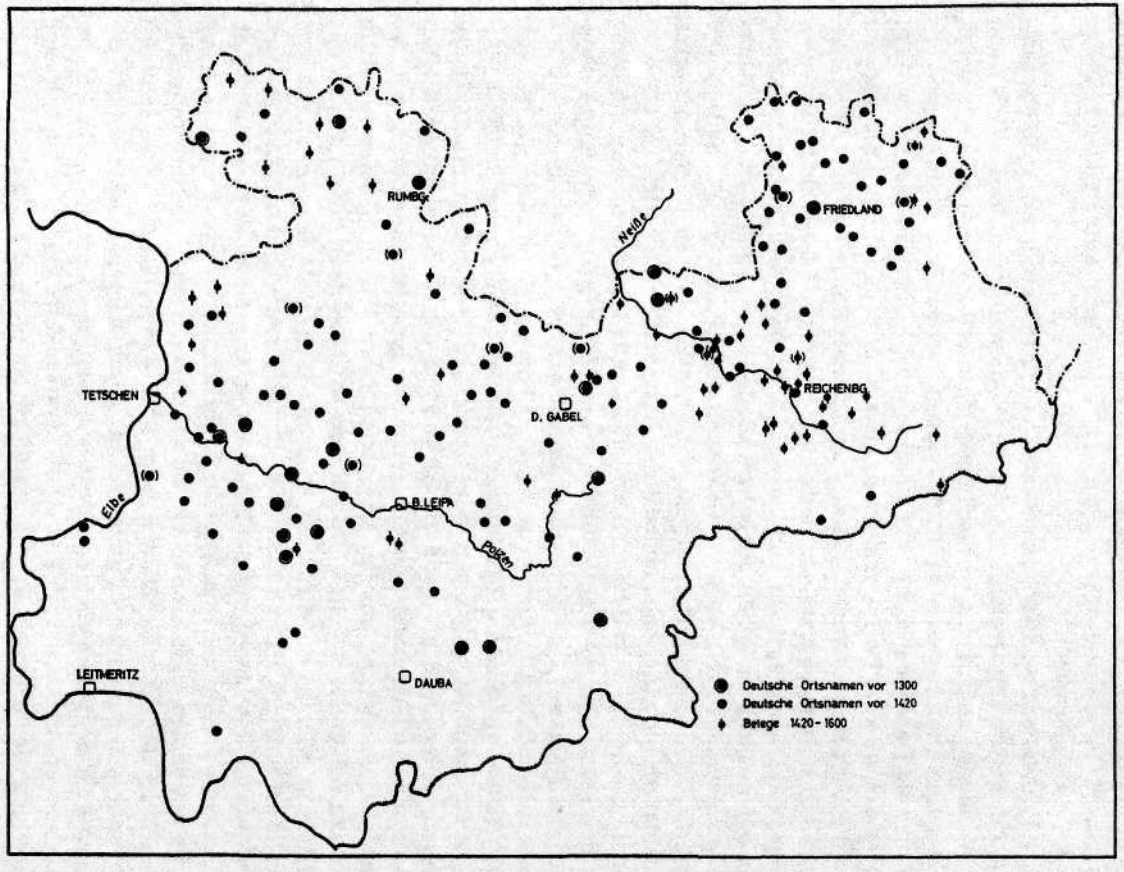


Abb. 2. Deutsche Ortsnamen bis 1600

und D. Gabel verlaufen ist, bleibt näher zu untersuchen. Der Rumburger und Friedländer Zipfel waren fast rein deutsch. Reichenberg war neißeaufwärts erreicht, das Isergebirge nur auf der Südseite noch tschech., soweit überhaupt hier der Landesausbau schon tätig war. Vorgeschobene Posten waren Auscha, Dauba, Hirschberg, B. Aicha, Liebenau und Reichenau. Dafür hat es tschech. Minderheiten in Städten wie Tetschen, Leitmeritz, B. Leipa, D. Gabel, Niemes, Neustadtl gegeben, wohl auch Bensen, nicht aber in Rumburg, Friedland u. a. Unsere Bemühungen werden sich darauf zu richten haben, hier genaueren Einblick zu gewinnen.

Wie man sich die Entwicklung der Städte mit deutschen Mehrheiten, ihr Herabsinken zu Minderheiten und unter Umständen ihr Aufgehen in tschech. Umgebung vorzustellen hat, zeigen die Verhältnisse einiger Städte im anschließenden tschech. Gebiet, in Melnik, Nimburg, Neu-Bidschow, Jitschin, Weißwasser[57]. Es wird auch die Frage zu untersuchen sein, ob sich Reste des Deutschtums in dem vor 1420 noch tschech., von deutschen Städten durchsetzten Gebiet in der Zukunft gehalten haben.

Die Abb. 2 zeichnet die deutschen ON ein, die bis 1300, von 1301—1420 und von 1421—1600 belegt sind. Die erste Gruppe bis 1300 ist ONSud[1], S. 288 und [2], S. 276 ff. zusammengestellt. Es sind nicht viele, doch ist es bezeichnend, wo sie auftreten und wie weit sie sich bis Süden vorschieben, weil daraus gewisse Schlüsse gezogen werden können. Wir finden erste Belege im Rumburger und Friedländer Zipfel, von Zittau neißeaufwärts gegen Kratzau strebend und südwärts in der Richtung Deutsch Gabel, hier allerdings zunächst nur als Burgennamen bezeugt, im Polzental gegen B. Leipa zielend, aber auch nördlich Bensen und nordwestlich B. Leipa und sogar schon nördlich Graber. Diese deutsch benannten Orte sind, soweit es sich um Dörfer handelt, durchaus Waldhufendörfer. Mit diesen für das Roden in Waldtälern vorzüglich geeigneten Anlagen wird also von den deutschen Bauern am Landesausbau teilgenommen. Dem tschech. Landesausbausystem der kleinen und kleinsten Dörfer, besonders den *Lhota* und *Újezd*, tritt damit ein neuer Rodungstyp zur Seite, der von Deutschland nach Böhmen übertragen wird. Es handelt sich um Einsatz im und vor dem alten Urwalde und damit um schwierigere Arbeit als im Innern des Landes. Die Deutschen werden also, was festzuhalten ist, zu schwerer Arbeit eingesetzt, an die man sich auf tschech. Seite noch nicht heranwagt. Das war möglich durch den für schweren Boden geeigneten besseren Pflug und die mit Dorffreiheit und Rodungsrecht begabten deutschen Bauern, die durch ihr Lokatorensystem auf eigene Kraft gestellt und dafür auch besser gerüstet waren. Wo die Deutschen die Gründer neuer Dörfer im Walde sind, geben sie ihnen eigene Namen. H i e r r o d e n s i e „ a u s g r ü n e r W u r z e l “. Zur Namengebung werden dabei die Namen auf -dorf bevorzugt. Unter 21 deutschen Namen bis 1300 begegnen außer 7 Burgennamen

[57] Dazu E. S c h w a r z , Bohemia Jb. 2, S. 41 ff.

7 -dorf und 6 andere. Die Personennamen, die im ersten Teil erscheinen, sind meist deutsch (5), zwei gehören zur Gruppe der im 13. Jh. auf mitteldeutschem Boden aufkommenden Heiligennamen, die der neu entflammten Volksreligiosität zuzuschreiben sind. Johnsdorf nördlich Graber ist die älteste Nennung deutscher Dorfnamen im Ostteil Nordböhmens.

Nun hat es bestimmt mehr deutsche ON schon vor 1300 gegeben, als hier nachgewiesen werden können. Nicht alle Urkunden sind erhalten geblieben. Viele Nennungen des 14. und sogar teilweise des frühen 15. Jh. können mit mehr oder minderer Sicherheit schon auf Gründungen der zweiten Hälfte des 13. Jh. bezogen werden. Das gilt für die größte Zahl der Waldhufendörfer um Bensen, B. Kamnitz, B. Leipa und Friedland sowie um Grottau und wird auch für entsprechende deutsche Dorfnamen südlich vom Polzental in Anspruch zu nehmen sein. Um hier bessere Unterlagen für die Beurteilung des Alters dieser Namen zu erlangen, sollen die in ihnen fortlebenden Personennamen einer Prüfung unterzogen werden. Es handelt sich meist um ON auf -dorf, daneben einiger auf -bach, -walde und -hain. Es können folgende PN festgestellt werden.

Albrecht (in O l b e r s d o r f bei Friedland, 1381 *Albrechtsdorf)*
2 *Arnolt*
Belmār (in B e r n s d o r f, verödet sw. Warnsdorf, fortlebend im Teichnamen Bernsdorfer Teich, 1422 *Belmersdorff* LC VIII 9)
Bern(hart)
Bertil
Diether
2 *Dietrīch*
Eber
Eilgēr
Engelher
Gērhart
Jörge (Georgswalde, s. u. S. 53)
Götze
Gundbolt
Günther
3 *Heinrīch*
2 *Herman*
1 *Johann* (in J o n s b a c h w. B. Kamnitz, 1380 *Janspach* BKStb 2)
Kuone
3 *Kuonrāt*
2 *Ludwīc*
Mache
Mahtvrid
Maria (in G r o ß - M e r g t h a l nö. Zwickau, 1391 *Margental* HLT)
Markwart
Merbote

Reinolt
Rüedegēr
Sīvrit
2 *Uolrīch*
3 *Walther*
Wernher
Wernolt
Wetzel
Wīgant
Wilhelm

Hinzu kommen noch die ON, in denen nicht ein alter Rufname, sondern ein Beiname verwendet wird: *Buole, Milde, Raspe, Meister* sowie zwei *voget*. Wenn nur die 47 mit Rufnamen gebildeten ON berücksichtigt werden, so finden sich unter ihnen nur drei mit Heiligennamen gebildete, einer mit Johann, einer mit Georg *(Jörge)* und einer mit Maria, das sonst im Mittelalter sehr selten begegnet, hier aber volkstümlich gebraucht worden ist, denn es zeigt im Deutschen Betonung der ersten Silbe (Mergthal < *Mérien-*, mda. *markl)*. Durch die tschech. Schreibung 1372 *Marzenicz* (LC II 80), zu *Mařena* „Maria", ist die Ableitung gesichert. Unter den bis 1420 auftauchenden Belegen gibt es also nicht mehr mit Heiligennamen gebildete ON als im 13. Jh., so daß wir zur Vermutung gedrängt werden, daß es mit dem 1273 genannten Johnsdorf eine besondere Bewandtnis hat, da es sich um eine Gründung des Klosters Doxan handelt.

Seit dem 12. Jh. läßt sich eine Einschrumpfung des deutschen Rufnamenschatzes beobachten. Das führte dazu, daß immer mehr Leute denselben Rufnamen trugen. Darum erscheinen in unserer Liste je drei *Heinrīch, Kuonrāt* (wozu noch *Kuone* als Kurzform tritt), *Walther*, je 2 *Dietrīch, Arnolt, Ludwīc, Herman, Uolrīch*. Die Lücke, die mit dem Absinken des heimischen Rufnamenschatzes entstehen mußte, wird teilweise von den neuen Heiligennamen ausgefüllt. An der Hand der in den Quellen genannten Rufnamen in Böhmen und Mähren läßt sich beobachten, daß in der Zeit von 1321—1350 die Heiligennamen (Typ *Johann* mit Eindeutschungsformen wie *Hans, Hensel, Johel* u. a., *Merten* für *Martin, Jörg* für *Georg* usw.) schon 30—50 v. H. ausmachen, in Nordböhmen beiderseits der Elbe im Verhältnis 50 : 40[58]. Es ist bei diesen Verhältnissen klar, daß unsere hier in Frage stehenden ON in der Masse nicht in das 14., sondern in die zweite Hälfte des 13. Jh. gehören. Sie entsprechen in ihrer Gesamtheit der Zeit vor 1300, als die deutschen Rufnamen noch zahlenmäßig überlegen waren. Bei Gründungen des 14. Jh. müßten die mit Heiligennamen gebildeten ON viel zahlreicher sein. Wir haben also damit zu rechnen, daß diese Waldhufendörfer in rascher Folge in den Jahrzehnten nach 1250 ent-

[58] Dazu E. Schwarz, Sudetendeutsche Familiennamen aus vorhussitischer Zeit (1957), S. 2ff., Abb. 1—10 (= FN).

standen sind, da ja noch andere Gründe dafür sprechen, darunter die noch zu erörternden nun einsetzenden Namenbeziehungen zu den Tschechen.

Lehrreich ist ein Vergleich mit derselben Namengruppe im Kreis Pirna in Sachsen, wo diese Dörfer in der Hauptsache in der ersten Hälfte des 13. Jh., die ersten zwischen 1200—1220, entstehen. Hier finden sich unter 53 vor 1500 belegten ON, die in unsere Gruppe zu stellen sind, 52 mit deutschen Rufnamen und nur einer mit einem Heiligennamen *(Nikolaus)*[59]. Unsere Namenstatistik kann in Nordböhmen ohne weiters auf dieselbe Zeit ausgedehnt werden. In der Zeit nach den Hussitenkriegen war die Lage so, daß mit neuen Gründungen nur wenig gerechnet werden kann. Das Wirtschaftsleben lag darnieder. Erst nach 1500 beginnt die Neuerschließung des Erzgebirges, nach etwa 1550 die des Iser- und Lausitzer Gebirges. Es würden 7 Dorfnamen hinzutreten, unter denen nur J o n s d o r f nö. Tetschen und N i x d o r f im Rumburger Zipfel Heiligennamen tragen. Insgesamt sind in unserem Raume bis 1500 60 Orte zu berücksichtigen, die mit Rufnamen gebildet sind, davon 6 mit Heiligennamen, d. s. 10 v. H., die den 2. v. H. im Pirnaer Kreise mit seinem Vorsprung von 50 Jahren gegenüberstehen. Die Zunahme von 2. v. H. : 10 v. H. entspricht der raschen Einbürgerung der Heiligennamen, was der zweiten Hälfte des 13. Jh., nicht aber nach den obigen Bemerkungen dem 14. Jh. zuzutrauen ist. Damit füllt sich das Deckblatt 2 mit einer größeren Zahl von Namen, die eigentlich ins 13. Jh. gehören, ohne daß aber die urkundliche Grundlage auf der Karte verlassen werden soll.

Das Namenbild auf Abb. 2 gewährt noch in anderer Beziehung Aussagen. Die geographischen Gegebenheiten haben selbstverständlich auf die Wege der deutschen Einwanderung eingewirkt. Das Elbesandstein- und Lausitzer- sowie Isergebirge werden gemieden bzw. umgangen. Der Rumburger Zipfel zeigt, da wenig fruchtbar, nur an seinen Rändern deutsche ON vor den Hussitenkriegen, während der fruchtbare Friedländer Zipfel von ihnen gefüllt ist. Es ist darum nicht anzunehmen, daß das Polzental von den Deutschen nur vom Norden her erreicht worden ist. Es steht nach Westen offen. Die hier siedelnden Deutschen werden von Westen und von Tetschen hergekommen und bis B. Leipa und Niemes vorgestoßen sein, wo sie sich mit den längs der Zittauer Straße nach B. Leipa kommenden Deutschen getroffen haben werden. Anders war es um Friedland und Reichenberg, wohin eine deutsche Zuwanderung nur von Norden her zu erwarten ist. Dort wo in alter Zeit (vor 1420) ein Gebirge von Norden her erreicht war, wie es vom Isergebirge anzunehmen ist, war dieses eine durch die Natur gegebene Sprachgrenze. Sie ist erst geändert worden, als sich die Deutschen auch am Südabhang anzusiedeln begannen, was erst im 16. Jh. der Fall ist.

---

[59] E. S c h w a r z. Die volksgeschichtlichen Grundlagen des Kreises Pirna (Zs. f. slav. Phil. 22, 1953, S. 82 ff.).

Für die Richtigkeit dieser Andeutungen spricht, wie noch zu erwähnen sein wird, die Mundart. Aber auch namenkundliche Tatsachen können angeführt werden. Die in Nordböhmen seltenen genetivischen ON erscheinen fünfmal u. zw. im Polzental und in seiner Nähe: Gomplitz, das wohl mit Birkigt sö. Tetschen zusammengewachsen ist, 1388 *villa Gompolcz* (LE III 292), 1395 *zum Gompolcz*, ganz nach Art der genetivischen ON gebraucht (PN *Gundbolt*). Die von Profous II 441 erwogene Möglichkeit, daß *Gompolcz* mit tschech. Suffix zum dt. PN gebildet sei, ist nicht wahrscheinlich, zumal im Tschech. 1454 *in Cumpolticzich* geschrieben, d. h. für den dt. ON eine Bildung auf *-ici* gebraucht wird. Daß genetivische Namenbildung im Polzentale möglich ist, wird dadurch gesichert, daß nahe Bensen in Höflitz eine analogische Genetivbildung begegnet, 1352 *Hewlin sive Jedika* (PZ 77). Da kein -itz-Name in unmittelbarer Nachbarschaft vorhanden ist, wird das 1564 zuerst erscheinende *na vsi Hoflicze* (LT) auf *Höflitz* < *Hövelīns* beruhen. Das kann deshalb angenommen werden, weil 1291 das Nonnenkloster Doxan an Zawisch Ansprüche auf die Dörfer *Palicz et Palitz alio, jacente super rivum Polstenicz, in Stupen, Bela et Grunlins* (RB II 665) verkauft. Das Kloster Doxan an der unteren Eger hatte Besitzungen in Westböhmen und wird von da Leute auf seine Besitzungen im Polzental gebracht haben. Darauf weist *Grunlins*, eine Verkleinerung zu mhd. *grüene* „Grün", das in Westböhmen oft als ON-Grundwort verwendet wird. *Grunlins* muß in der Nähe von Ober- und Nieder-Politz und Staupen liegen. Es wird in Neugrund gesucht[60], ob mit Recht, steht dahin. Man muß zwischen mhd. *grüene* und nhd. *Grund* unterscheiden. Eine genetivische Eindeutschungsgestalt begegnet für tschech. *Mimoň*, wofür schon 1262 *Nemans* auftritt. Zu Niemes o. S. 39. Nur 4 km sö. liegt Höflitz (tsch. *Hvězdov*), seit 1516 bezeugt, 1578 *Alt vnd New Hoflicz*. Es ist kaum anzunehmen, daß noch im 16. Jh. genetivische Namen üblich waren, wohl aber werden sie im 13. Jh. Deutschen aus Westböhmen zuzutrauen sein. Geographische Lage des sich nach Westen ergießenden Polzenflusses und Besitzbeziehungen nach Westböhmen werden Ausläufer dieser Namengruppe bis ins östliche Nordböhmen gebracht haben. Vom Norden können sie nicht stammen, denn um Pirna und Dresden und östlich davon in der Oberlausitz waren sie nicht üblich.

PN finden sich einigemal in ON auf -walde, so in Georgswalde, 1408 *Jeringswald*[61], Kunewalde bei D. Gabel, 1363 *Cu(n)wolt* (LC I² 12), z. PN *Kuono*, Wetzwalde nw. Kratzau, 1326 *Wezillwalde*[62], wozu noch einige wenige andere Namen mit Appellativen im ersten Teil kommen,

---

[60] Šimák, S. 711.

[61] Weitere Belege stellte Profous I 552 zusammen. Die mda. Aussprache *Jorkswāle* bezeugt mit seinem *j-* zusammen mit den alten Schreibungen, daß nicht der dt. PN Gērunc, sondern der Heiligenname Jörge vorliegt, s. dazu Schwarz, ONSud², S. 174.

[62] Gierach, SONB I, S. 52.

wenn davon abgesehen wird, daß diese Namengruppe bis in die jüngste Zeit verwendet wird. Auch einige Namen auf -hain sind vor den Hussitenkriegen zu belegen, so Rosenhain n. Schluckenau, 1495 (auf 1346 zurückgehend) *Rosenhein*[63], Ringelshain nö. D. Gabel, 1352 *Rynoldi villa* (PZ 83), 1547 w *Reynshoynie* (LT), z. PN *Reinolt*, Ringenhain sw. Friedland, 1381 *Ringenhayn* (MGB 43, S. 365), zum mhd. *ringe* „klein". Mit Hain wurde damals in NB der den Bauern gehörige Wald bezeichnet, der zum Viehtrieb benutzt wurde[64]. Im ersten Teil begegnet das Wort in Haindorf sö. Friedland, 1381 *Hayndorff*. Diese Namen auf -walde und -hain gehören in eine große Gruppe von weitmaschigen Rodungsnamen des 13. Jh., die von Hessen über Thüringen, Sachsen und Lausitz nach Schlesien zieht und auch nach Nord- und Nordostböhmen, Oppaland und Nordmähren übergreift. Damit sind die Hauptrichtungen der deutschen Ansiedlung im Ostteil Nordböhmens angedeutet.

Läßt sich in der Hauptsache das Alter der dt. ON erschließen, so bleiben doch in Einzelfällen schwierige Fragen übrig, besonders dann, wenn Belege erst in relativ junger Zeit auftreten. Für Maffersdorf bei Reichenberg wird seit 1360 *Wratislauicz* geschrieben. 1415 erscheint *Zyffridyuilla alias Wratislauicz*, von dem kein Weg zur dt. Gestalt führt. Man müßte mit Verödung und Neubenennung rechnen. 1527 taucht die Schreibung *Mefferstorff* auf. Darum schlägt Gierach[65] wohl mit Recht vor, den ältesten dt. Beleg als *Mayffrydyuilla* zu lesen. Gegen Namengebung erst im 16. Jh. spricht der Umstand, daß der PN *Mahtfrid*, der auch bei Meffersdorf bei Friedeburg in Preuß. Schlesien vorliegt, im 16. Jh. kaum mehr ein Bauernname gewesen sein wird, wenn auch einzelne alte Rufnamen den Weg zu den Familiennamen gefunden haben und dann als solche eine Rolle spielen können. Eingehendere Studien über diese Entwicklungsmöglichkeiten fehlen, so daß das Urteil zurückhaltend sein muß. Betrachten wir die Verkürzung alter mit dt. Rufnamen gebildeter ON, so wird in manchen Fällen doch das Urteil sicherer. Loosdorf bei Tetschen ist ein „Ludwigsdorf", 1425 *Ludwicivilla* (Profous II 688), und Lusdorf an der Tafelfichte heißt 1381 *Lodwigisdorf*. Beide Namen werden in das 13. Jh. zurückreichen. Röhrsdorf bei Hainspach lautet 1543 *in Ruderstorffie* (LT), Röhrsdorf bei Zwickau 1545 (1502) *ves Rigersdorf*, 1555 *Rykrstorf*, erst 1612 *Rirsdorff* (Profous III 576). Im Kreis Pirna wird für Röhrsdorf w. Dohna 1437 *Rudigersdorf* geschrieben. Dürröhrsdorf n. Lohmen begegnet 1247 als *Rudegersdorf*. Für Großröhrsdorf s. Dohna findet sich 1347 *Rudigersdorf*. Ebenso kann auf Lohsdorf n. Schandau, 1445 *Ludwigstorff*, hingewiesen werden. Es ist nicht anzunehmen, daß noch bei Gründungen des 16. Jh. die weitgehende Verkürzung der ON hätte zustande kommen können. Auch mit Übertragung

---

[63] Lahner, Chronik der Stadt Schluckenau, S. 13.
[64] Dazu E. Schwarz, ONSud², S. 138.
[65] Gierach, SONB I, S. 37.

aus Sachsen nach Böhmen kann in dieser Spätzeit nicht gerechnet werden. Dann bleibt nur übrig, aus der mundartlichen Entwicklung auf Namengebung und damit Gründung im 13. Jh. zu schließen. Dagegen kann nicht geltend gemacht werden, daß bei gleichen ON die Verkürzung unterblieben ist, vgl. Rückersdorf onö. Friedland, mda. *rikřstorf*, 1381 *Rückersdorff*, und Rückersdorf im Kreise Pirna, 1261 *Rukerisdorph*[66].

Vergleicht man die Abb. 1 und 2, die der tschech. und deutschen ON, erkennt man, daß sie sich vorzüglich ergänzen. Der alten tschech. Siedlungs- und Ausbaulandschaft steht die deutsche gegenüber. Der Aufeinanderfolge der Völker entspricht es, daß die fruchtbarste Gegend, das Land an der Elbe um Leitmeritz und das anschließende Böhmische Mittelgebirge, die ältesten Namen u. zw. tschech. aufweist, woran sich tschech. Ausbaugebiet anschließt. Spätere tschech. ON verraten, daß es einen tschech. Landesausbau gegeben hat, der nord- und ostwärts fortschreitet. Vom Einsatz des deutschen war schon die Rede. Es erhebt sich die Frage, ob der deutsche haltgemacht hat, als er auf den tschech. stieß, oder ob er ein Eindringen in dessen Bereich versucht hat.

Die Grundherren, die sich um die Niederlassung der Deutschen bemühten, haben ihnen nicht nur die Wälder zur Rodung übergeben. Die Zinsleistungen der deutschen Bauern nach dem Ablauf ihrer Freijahre waren bei dem Geldmangel der Zeit und den geringen Verdienstmöglichkeiten eine gute Einnahmequelle und es mußte reizen, auch bestehende tschech. Dörfer in solche nach deutschem Recht umzuwandeln und deren Abgaben dadurch zu vermehren. Für die deutschen Bauern bedeutete es eine große Verlockung, sich auf besserem, leichter zu bebauendem Boden niederzulassen. Die deutsche Leistung war im 13. Jh., abgesehen von den Stadt- und Bergwerksgründungen — diese spielen in Nordböhmen in alter Zeit keine Rolle —, zweierlei Art: Waldrodung und Ausbau älterer Ortschaften. Mit diesem mußten auch die tschech. Namen den Deutschen bekannt werden. Wenn es gelingt, diesen Berührungs- und Übernahmeprozeß zeitlich zu schichten, werden die Siedlungsbeziehungen der zwei Völker in helleres Licht gerückt werden.

Diesem Zweck haben die Bemühungen des Verf. gedient, den Gesetzlichkeiten dieser Namenberührungen nachzugehen. Es müssen solche alte Lautveränderungen berücksichtigt werden, die sich während des deutschen Landesausbaues vollzogen haben. Es genügt hier, einige Beispiele für die einzelnen Fälle zu geben und die Folgerungen daraus zu ziehen.

Die älteste Lautveränderung, die für unsere Landschaft in Betracht kommt, ist der Wandel des alttschech. *g* zu *h*, der sich im Alttschech. in den letzten Jahrzehnten des 12. Jh. abspielt. Auch das Obersorbische schließt sich an, ob gleichzeitig oder in einem Abstand, ist noch unklar. Es handelt sich im

[66] Zur Frage E. Schwarz, Zs. f. slav. Phil. 22, S. 83, 79.

Tschech. um den Übergang etwa von *Praga* zu *Praha*, von *grad* „Burg" zu *hrad*, wobei gleich zu erwähnen ist, daß sich im Obersorbischen entsprechend *grod* zu *hrod* wandelt. Deutsche, die früh zu den Tschechen in Beziehungen traten, haben noch ein *g* hören können. Das gilt z. B. für die Landeshauptstadt, wo die deutsche Form Prag auf alttschech. *Praga* beruht. Hier ist durch das Sobieslawsche Privileg die Anwesenheit einer deutschen Kaufmannsgemeinde im 11. und 12. Jh. bezeugt und damit die Zeit der Namensübernahme gesichert.

In dem hier behandelten Teil Nordböhmens fehlen Beispiele für diese frühen Beziehungen. Nur in dem der Sprachgrenze von 1945 vorgelegenen M ü n c h e n g r ä t z für tschech. *Mnichovo Hradiště*, an der Iser gelegen, ist dieser Vorgang zu beobachten. Die Klostertradition berichtet, daß die Gründung von dem kurz vorher entstandenen Zisterzienserkloster Plaß in Westböhmen ausgegangen ist, wohin die Mönche 1144/45 aus Langheim östlich Bamberg gekommen waren. Tatsächlich führt schon 1184 *Thidricus abbas de Gradis* (CB I 274) einen deutschen Namen *(Dietrīch)*. Die deutschen Mönche haben zur Gründungszeit noch **Gradiščě* „Burgstätte" gehört. Der Umstand, daß sonst in Nordböhmen — bis auf die sogleich zu besprechenden Fälle — von den Deutschen in tschech. ON nur *h* übernommen worden ist, zeigt, daß die Niederlassungszeit der Deutschen erst nach der Durchführung des tschech. *h* liegt, also nach 1200. Als um 1250 die Stadt B. Leipa angelegt wurde, mußte der Name des Berges bei dem älteren Orte Alt-Leipa den deutschen Bürgern bekannt werden. Sie haben *Horka* „kleiner Berg" gehört.

Es gibt aber doch zwei Namen, die noch zur Zeit der Niederlassung der Deutschen ein *g* aufgewiesen haben. Im äußersten Nordwesten des Friedländer Bezirkes liegt G ö h e. 1422 heißt ein Wald *Goen wald, Gew walt*, 1428 ist mit einer Ansiedlung zu rechnen. Es handelt sich um einen ursprünglichen Flurnamen *gaj* „Hain, Wald". Nun ist in alter Zeit der Friedländer Bezirk im Bereich obersorbischer Besiedlung zu denken und auch die deutsche ist in das oberlausitzische Geschehen einzuordnen. Um 1220 setzt sie um Friedland ein. Um 1200 kann frühestens der Waldname bekannt geworden sein. Als Namengeber ist hier mit Sorben zu rechnen[67].

Es trifft sich gut, daß diese Unterscheidung zwischen sorbischen und tschechischen Vermittlern durch ein sicheres Beispiel gestützt werden kann. Im äußersten Nordwesten des Reichenberger Bezirkes geht G r o t t a u (tschech. *Hrádek* „kleine Burg") noch auf eine obersorbische Form *Grod* zurück, die zuerst 1331 als *Grott* in einer Zittauer Urkunde[68] begegnet. Auch die auf alttschech. *grad* zurückgehende deutsche Form *Grat* war bekannt, so schon 1288 *Grat* (Cod. Lus. sup. I 129). Der Ort wird in der tschech.-obersorb. Grenzzone gelegen haben, wobei die von Norden kommenden Deutschen schließlich die zuerst gehörte sorbische Grundlage vorgezogen haben

---

[67] E. G i e r a c h, SONB III, S. 27 ff.
[68] Neues Laus. Magazin 103, S. 51.

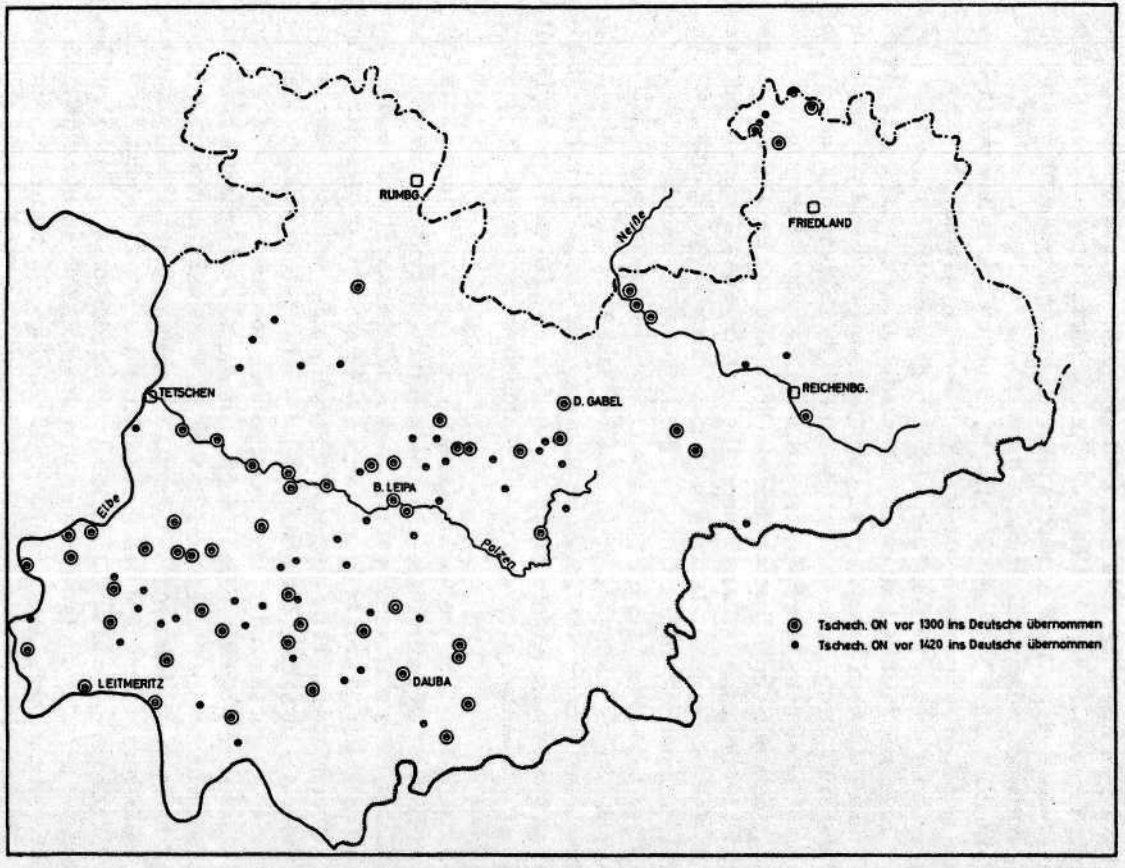


Abb. 3. Vorhussitische Übernahme tschechischer Ortsnamen ins Deutsche

Grod hieß ursprünglich der wendische Ringwall, an dessen Stelle im 13. Jh. eine deutsche Herrenburg trat, in deren Nähe noch vor 1287 eine deutsche Stadt angelegt wurde (s. o. S. 45[69]). Der Ringwall und seine Reste werden schon vor der deutschen Burg- und Stadtgründung bekannt gewesen sein. Da es den Anschein hat, daß dies kaum vor 1200 oder 1210 möglich war, könnte daraus gefolgert werden, daß sich der obersorbische Wandel des *g* zu *h* etwas später als der tschech. vollzogen hat und vielleicht von Süden angeregt worden ist. Doch bleibt das noch genauer zu untersuchen[70].

Vermutlich um 1270—1280 ist das tschech. palatale *ŕ*, das vor hellem Vokal stand, in *ř* übergegangen. Die Deutschen hatten weder *ŕ* noch *ř*. Das *ŕ* haben sie begreiflicherweise durch ihr *r* wiedergegeben, für *ř* bot sich *rsch* an. Formen mit *r* gehören zu einer frühen Schicht, die mit der ersten Generation der deutschen Ansiedler in Nordböhmen gleichgestellt werden kann. Auf der Abbildung 3 sind die bis etwa 1300 ins Deutsche übernommenen tschech. ON eingetragen. Eine Liste wird an anderer Stelle geboten[71]. Es genügt hier auf einige kennzeichnende Fälle hinzuweisen. Bei Friedland liegt P r i e d l a n z , 1373 *Predelancz*. Hier gab es einen Meierhof mit dem Maße einer Königshufe. Darum wurde die wendische Ansiedlung „vor der Hufe", **Přědlánec* genannt. Es ist bei der frühen deutschen Besiedlung um Friedland begreiflich, daß die Deutschen hier noch *ŕ* gehört haben[72].

Auf die frühe Entstehung der deutschen Stadt L e i t m e r i t z ist o. S. 38 aufmerksam gemacht worden. Es ist natürlich, daß die Deutschen nicht *Litoměřice*, sondern das ältere *L'utoměřici* übernommen haben. Diese Form hat sich bei den Deutschen mit *r* und mit Diphthongierung von *l'u* zu *leu-* und *lai-* bis heute behauptet.

Man darf sich nicht irre machen lassen, wenn deutsche Formen mit *r*, die durch die heutige und frühere Aussprache gesichert werden, nicht immer in den Urkunden des 13. und 14. Jh. auftreten. Die urkundliche Überlieferung ist lückenhaft und früher keineswegs systematisch nach der bei einem Volkstum geltenden Form ausgerichtet. Dort, wo die beiden Völker nebeneinander gelebt haben, können theoretisch entweder die tschech. oder die deutsche Aussprache oder beide zur Geltung kommen. Hier wird es von der Kanzlei abhängen und von anderen Umständen, wie geschrieben wird. Die Schreibweise in älteren Schriften ist für unsere Entscheidung deshalb nicht maßgebend. Ein negativer Schluß ist nicht zulässig. Aber selbstverständlich wird trotzdem auftauchenden deutschen Schreibformen Aufmerksamkeit zu schenken sein. Ob eine deutsche Minderheit ihre Formen in den Urkunden zur Geltung bringt, hängt von ihrem Einfluß, dem der geltenden „Amtssprache", vom Ausstellungsort usw. ab. Regeln sind nicht durchaus

---

[69] E. G i e r a c h , SONB I, S. 27.
[70] Eingehendere Erörterung des Problems ONSud², S. 287 ff.
[71] ONSud¹, S. 358 ff.; ², S. 331 ff.
[72] E. G i e r a c h , SONB III, S. 42 ff.

festzulegen, denn das nationale Moment spielt in älterer Zeit nicht die Hauptrolle. Profous bringt aus seinen Sammlungen zwar viele Belege, aber nicht alle, und manchmal fehlen gerade die deutschen Schreibungen. Triebsch 9 km nö. Leitmeritz, tschech. *Třebušín*, z. PN *Třebušen*, 1169 *Trebusen* (CB I 218), setzt voraus, daß die Deutschen noch *f* gehört haben, hierher also vor etwa 1280 gekommen sind. Profous IV 368 bringt als erste deutsche Schreibung 1720 *Tribisch* aus J. Chr. Müllers Mappa chorographica totius regni Bohemiae. Ein Skeptiker könnte auf den Gedanken kommen, daß es sich tatsächlich um eine deutsche Neuerung des 18. Jh. handle. Aber schon 1391 findet sich in einer das Nachbardorf Sababsch betreffenden Urkunde im Dresdener Archiv, die Profous IV 681 nach Sedláček zitiert, *Tribuss* geschrieben, was die deutsche Aussprache wiedergibt. Man hat auf deutscher Seite die deutsche Namensform verwendet, auf tschech. die tschech., was ja gewiß eine natürliche Sache ist. Es wäre zuviel verlangt, daß Tschechen für einen Ort, in dem sie vielleicht noch die Mehrheit hatten, die deutsche Gestalt hätten bevorzugen sollen. Sie werden es auch dann in der Regel nicht getan haben, wenn sie bereits zu einer Minderheit geworden waren. Doch liegen die Verhältnisse hier im Einzelfall verschieden, worauf nicht näher eingegangen werden kann.

Ein viertes Beispiel möge zur Ergänzung dienen. Für Biebersdorf, ein Waldhufendorf 8½ km sw. Bensen, wo die Dorfform deutsche Gründung oder Umlegung eines tschech. Ortes nahe legt, gibt es bei Profous III 473 nur die tschech. Schreibung *Przibram*, d. h. der Ort führt denselben Namen wie die Bergstadt Přibram in Mittelböhmen, die bei den Deutschen des Mittelalters *Pibereins* geheißen hat. Hier ist von den beiden *r* des tschech. Namens das erste dissimiliert worden. Dasselbe ist bei Biebersdorf vorauszusetzen, das nicht aus *P(r)schibramsdorf*, sondern aus *Pribramsdorf* entstanden sein wird. Dafür spricht das Auftauchen deutscher Namen in der Umgebung, die aus dem 13. Jh. stammen (Reichen, Wernstadt).

Eine wichtige Rolle spielt bei diesen Namenberührungen des 13. Jh. die Behandlung der *s*-Laute, ohne daß hier auf Einzelheiten eingegangen werden soll[73]. Die Aussprache des deutschen *s* war bis etwa 1300 in den Sudetenländern *sch*-artig, erst seit dieser Zeit ist die heute geltende Regelung erfolgt. Vor etwa 1300 wird für tschech. anlautendes *s-* vor Vokal im Dt. *ts-* gesetzt, vor Konsonant kann auch ein *sch* in Nordböhmen entstehen, vor *w* daneben *z*. Für tschech. *ž* begegnet später dt. *s*. Wieder ist eine Beschränkung auf wenige Beispiele möglich, da die vorkommenden Fälle andernorts zusammengestellt worden sind[74]. Alte Schreibungen sichern diese Erwägungen, können aber aus den eben dargelegten Gründen nicht überall beigebracht werden. Für Zierde nw. Auscha wird tatsächlich schon in einer Fälschung des 13. Jh. *Cirdow* (CB II 390) geschrieben. Es handelt sich um

[73] Eingehender dazu E. Schwarz, Die germanischen Reibelaute s, f, ch im Deutschen (1926), S. 7—43.
[74] ONSud[1], S. 344—346; [2], S. 311 ff.

eine Ableitung vom PN *Srda* (tschech. *Srdov)*. B i n a i nahe Hirschberg wird 1292 erwähnt, wobei es heißt: *Zbynie que in theutunico Ludwigesdorf dicitur* (RB II 701), z. PN *Zbyn* (tschech. *Zbyny)*. Die deutsche Form wäre auch sonst zu begreifen, da z als tschech. Präposition z „aus" aufgefaßt werden konnte. Aber der Ort liegt nahe Hirschberg, über dessen Gründung in den letzten Jahrzehnten des 13. Jh. o. S. 39 gehandelt worden ist. Zaghaft haben die deutschen Bürger versucht, um die Stadt deutsche Dörfer anzulegen oder tschech. umzuwandeln. Deshalb erscheint der dt. Name *Ludwigsdorf*. Dabei muß man aber auch *Zbyny* gehört haben, so daß man eher an eine dt. Lautentwicklung glauben wird. Hinzu kommt, daß der Nachbarort A l t - K a l k e n *(Stará Skalka)*, 1348 *Scalka*, schon 1360 *Calek* geschrieben wird (Profous IV 69). Auch hier ist damit zu rechnen, daß das tschech. anlautende *s* als *ts-* übernommen wurde, wobei *ts* für die Präposition *ze* „zu" gehalten werden und abfallen konnte. Daß der Name tatsächlich den Deutschen bekannt geblieben ist, wird dadurch gesichert, daß er in der dt. Mundart *kǫlkŋ* heißt, also die Verdumpfung des *a* im frühen 14. Jh. mitgemacht hat. Es ist ja durchaus zu erwarten, daß man in Hirschberg die Dörfer der nächsten Umgebung gekannt hat. S c h w a d e n ö. Aussig (tschech. *Svádov)* ist ein Beleg dafür, wie in Nordböhmen vor 1300 das tschech. *sv-* behandelt worden ist. Es konnte das dt. *sw-* eintreten, weil hier *s* stimmlos ausgesprochen wurde, woraus schließlich *schw-* entstand, vgl. mhd. *swarz*, nhd. schwarz. Der Ort ist alt, also nicht etwa jung, deshalb ist es wichtig, die ältesten Belege beizubringen, hier 1188 *Swadou* (CB I 293), z. PN *Sváda*. Wieder sichert die Mundart die frühe Übernahme des Namens ins Deutsche, *šwōdn* zeigt die Verdumpfung des tschech. *a*. Daß aber für tschech. *sv-* auch dt. *tsw-* möglich ist, folgt aus Z w i t t e ö. Haida, das erst 1579 als *na vsi Zwjte* in der LT erscheint. Es handelt sich um einen alten Bachnamen, der schon vor der Dorfgründung im dt. Munde gewesen sein wird. Nur bis 1300 sind diese Lautersatzverhältnisse möglich, also müssen schon vorher Deutsche in der Gegend gewesen sein. Durch solche Beobachtungen ist es möglich, das Alter von Orten auch in Fällen zu sichern, wo die Urkunden versagen. S i e r t s c h, 6 km osö. Dauba, 1412 *Zdierzicz* (LC VII 72), tschech. *Ždírec*, Verkleinerung zu *žďár* „Brand", wird schon vor 1300 bestanden haben, wenn auch möglicherweise erst als Waldname, weil das tschech. *žď* durch dt. *s* ersetzt worden ist. Deutsche müssen also in der Gegend dagewesen sein, vielleicht nicht direkt im Orte, was aber auch nicht auszuschließen ist, sondern in der Nachbarschaft. Nun ist Dauba mit seinen Spuren früher Entlehnungen ins Dt. etwas abgelegen, näher liegt Hirschberg, so daß es wahrscheinlich ist, daß Siertsch zu einer Namensgruppe um Hirschberg gehört, die vor 1300 den Einfluß der deutschen Stadt begleitet.

Ist die Veränderung des tschech. *ř* in *ř* wirklich 20—30 Jahre vor der der deutschen *s*-Laute erfolgt, so konnte etwa von 1280—1300 ein tschech. *ř* durch das *sch*-artige *s* ersetzt werden, das später zu *s* geworden ist. Es gibt einige solcher Fälle in dem hier behandelten Gebiete, so R z e p n i t z nw.

Leitmeritz, tschech. *Řepnice*, Ober-Rzepsch ö. Leitmeritz, tschech. *Horní Řepčice*, Rzettaun onö. Leitmeritz, tschech. *Řetouň*, wobei man sich durch die dt. Schreibungen nicht täuschen lassen darf. In der dt. Mundart spricht man *sepnits, sēpš, setaun*. Eingehender ist darüber andernorts gehandelt worden[75]. Doch soll das hier über Sebitsch nw. Dauba Gesagte erweitert werden. Im Tschech. gilt *Dřevčiče*, 1362 wird *Drsyewysicz* (LC I², 7) geschrieben. Es ist eine Bildung zum PN *Dřevek*. Profous führt erste deutsche Schreibungen mit *s* erst aus dem 18. Jh. an. Nun tauchen aber ein *Jiřík Sabicar, Brože Zabicar* 1538 und 1548 ein *Brož Cabicar* in Graber auf[76], die nur nach dem Nachbardorf Sebitsch heißen können, das offenbar damals *sēbitš* im Deutschen genannt wurde, gewiß schon aus der Zeit vor 1300, als Deutsche in diese Gegend kamen und sich in Graber und Drum niederließen (o. S. 42). Damit ist es wahrscheinlich gemacht, daß unsere Vermutung über die Zeit der Übernahme des Namens richtig ist. Dazu stimmt, daß das Nachbardorf Oschitz (tschech. *Sušice* „trockenes Land"), 1412 *in Sussyczi* (LT), erst 1619 *Oschitz* geschrieben, eine Eindeutschung des Namens mit *ts-* für tschech. *s-* voraussetzt.

Das mhd. *a* ist in der oberlaus.-schles. Mundart Nordböhmens mit Ausnahme vor gewissen Konsonanten verdumpft worden. Im 14. Jh. ist damit zu rechnen. Das bedeutet, daß auch diese Lauterscheinung für unsere Siedlungsfragen herangezogen werden kann. Tschech. Namen, die die Verdumpfung mitmachen, werden bis etwa 1320 den Deutschen bekannt geworden sein. Es handelt sich um Fälle wie Pablowitz 6 km n. Dauba, tsch. *Pavlovice* (z. PN *Pavel* „Paul"), 1352 *Pawlowicz* (PZ 76), wofür in der dt. Mundart *poblits* gilt; dazu gehört Pawlitschka *(Pavličky)* 3½ km w. Dauba als Verkleinerung, 1390 *Powlyczye* (DR 103), mit auffälligem *o*, so daß Beeinflussung durch die deutsche Lautung wahrscheinlich wird, die heute *poblitška* lautet. Es dreht sich um vier Orte westlich und nördlich Dauba, die nach unseren Beobachtungen vor 1300 bzw. 1320 den Deutschen bekannt geworden sind: Pawlitschka, Sebitsch, Oschitz und Pablowitz. Hinzu kommt nö. Dauba, aber schon im Bezirk B. Leipa, Maschwitz (tschech. *Maršovice)*, erst 1450 auftretend (z. PN *Mareš)*, aber in der dt. Mundart *moštš* genannt, wieder mit Verdumpfung des *a* und darum älter als seine erste Beurkundung. Die Deutschen werden auch von Habstein aus gegen Dauba in der genannten Zeit vorgestoßen sein, ohne aber die Mehrheit in den Dörfern zu gewinnen. Deshalb ist auch ihr Erscheinen in Dauba in dieser Zeit möglich.

Welche Folgerungen aus solchen Beobachtungen gezogen werden können, sei an einem Beispiele dargelegt[77]. Östlich Wernstadt liegt Groß-Jober, tschech. *Velká Javorská*, das 1603 in der Landtafel als *ves Jawory* von *ves*

[75] ONSud², S. 342 ff.
[76] AČ 30, S. 67, 141.
[77] Dazu E. Schwarz, Bemerkungen zur Ortsnamenkunde in Böhmen (Festschrift Vasmer 1956, S. 458).

pustou Jaworskau, dem heutigen Klein-Jober, geschieden wird. Nur der kleineren Siedlung kommt im Tschech. die Bezeichnung *Javorská* zu, wobei mit dem Suffix *-sko* eine Wüstung angedeutet wird. Palacký hat beide Orte so genannt (zu *javor* „Ahorn"). Nach Profous II 111 war das Dorf Groß-Jober im Anfang des 17. Jh. eingedeutscht. Da aber das tschech. *a* im Dt. verdumpft ist und Johnsdorf und Hermsdorf östlich anschließend schon 1273 bestehen, werden Deutsche auch in Groß-Jober ansässig geworden sein. Fraglich bleibt nur, wann sie hier zur Mehrheit geworden sind.

Die Umlautfähigkeit tschech. Vokale vor Silben mit *i* geht im Anfang des 14. Jh. verloren. Da nicht jeder tschech. Vokal älterer Entlehnungen umgelautet werden muß, sondern nur kann, ist ein negativer Schluß nicht zu empfehlen. Fehlen des Umlautes muß nicht unbedingt auf junge Entlehnung weisen, wohl aber Durchführung des Umlautes auf alte vor vielleicht 1320. Deutlich zeigt sich das im Neißetal bei den ON, die sich gegen Reichenberg vorschieben, vgl. s. Grottau Dönis, 1454 *Denis*, z. PN *Doniš*. Aus dem Verhalten im Deutschen ist wegen *s* für tschech. *š* zu schließen, daß der ON um 1300 mindestens vorhanden war. Dasselbe gilt für das benachbarte Ketten, 1381 *czu Kötyn*, z. PN *Chotěn*, und für Röchlitz s. Reichenberg, 1352 *Rochlicz*, 1360 *Rechlicz*. Während die tschech. Formen *Donín* und *Chotyně* erst in moderner Zeit eingeführt und wohl unrichtig sind, steht von Anfang an neben der angegebenen deutschen Gestalt *Rokytník* „Weidenort". Es braucht nicht besonders betont zu werden, welch wertvolle Hilfe dem Historiker dadurch gewährt wird.

Es gibt noch andere Erscheinungen, die für Übernahme ins Deutsche vor den Hussitenkriegen zeugen, so Schreibungen, die offensichtlich nicht die tschech., sondern die deutsche Aussprache wiedergeben, z. B. Kuttlitz (tschech. *Kotelice)*, 9 km nö. Leitmeritz, 1408 *Kutlicz* (Profous II 335). Die Synkope des Vokals der zweiten Silbe ist eine deutsche Eigenheit, im Tschech. besteht eine andere Tonverteilung, so daß Syn- und Apokopierungen nicht das Ausmaß der deutschen Mundarten erreichen. Die Schreibung von 1408 entspricht der heutigen dt. Aussprache. Zumindest im Anfang des 15. Jh. war für den Ort eine dt. Form gebräuchlich. Ob sie schon älter sein kann, bedürfte weiterer Erwägungen.

Einer älteren Schicht gehören diejenigen ON tschech. Ursprungs an, in denen *i, u*, y noch die dt. Diphthongierung mitmachen. Voraussetzung dafür ist, daß diese Vokale im Tschech. und Obersorbischen zur Zeit der deutschen Diphthongierung nicht schon verkürzt waren. Diese westslaw. Kürzungen setzen schon im 12. Jh. ein, ziehen sich aber landschaftlich noch längere Zeit hin[78]. Der Name Zittau, obersorb. und tschech. *Žitava*, wird im Dt. nicht diphthongiert, es heißt in der Mundart *ai de site*. Es handelt sich um einen ursprünglichen Bachnamen. Die dt. Gestalt stammt aus dem 13. Jh., der

[78] Dazu eingehend E. Schwarz, Slavische Vokalkürzungen und deutsche Diphthongierung (Zs. f. slav. Phil. 28, 1960, S. 383—389).

deutschen Stadtgründung im Anfang dieses Jh. entsprechend, wie durch die Wiedergabe des sorbischen *ž* durch das dt. *s* gesichert wird. Damals war also das *i* des sorb. Namens bereits verkürzt. B. L e i p a wird dagegen diphthongiert, obwohl hier die Stadtgründung erst in der Mitte des 13. Jh. anzusetzen ist, weil das *i* im tschech. *Lípa* „Linde" immer lang geblieben ist, zuerst 1421 *zur Lipen, Leippen.* Eine in Meran ausgestellte Urkunde von 1333 (RB III 795) bietet schon *von der Leipen.* Ein bemerkenswerter Fall ist S e b u s e i n am rechten Ufer der Elbe zwischen Leitmeritz und Aussig (tschech. *Sebuzín),* z. PN *Chcebuz* (< *Chotěbuz),* vgl. 1408 *Chcziebuzin* (Profous IV 17). Schon 1251 wird *Zobijzijn,* 1279 *Sebusin* (DR 9), 1282 *Zobzin* (RB II 548) geschrieben, wo sich bereits der deutsche Einfluß bemerkbar macht. Die Deutschen müssen hier früh gewesen sein, ist doch, was in Nordböhmen selten ist, das *-í-* der letzten Silbe diphthongiert worden, was besonders dort begegnet, wo bairischer Einfluß anzunehmen ist. Bei diesem ist die Diphthongierung am frühesten nachzuweisen und auch in Nebensilben durchgeführt worden.

Ein anderes bemerkenswertes Beispiel ist B l e i s w e d e l, tschech. *Bližebydly,* von dem o. S. 42 die Rede war, wo *ž* durch *s* wiedergegeben ist und Deutsche ebenfalls schon im 13. Jh. vorhanden waren. A l t - T h e i n n. Auscha (tschech. *Starý Týn),* um 1057 *Tinecs* (CB I 56), wird 1269 von dem Propst *Herbordus* nach deutschem Recht ausgesetzt (RB IV 726). *Heinricus dictus Rorich,* offenbar ein Deutscher, wird hier Richter. Das Dorf wird seitdem deutsch gewesen sein. Schon die Schreibung von 1269 *Teins,* sehr früh diphthongiert in Nordböhmen, spricht dafür und 1454 wird von *Německý Taynec* (AČ 14, S. 377) gesprochen.

Im Polzental findet sich noch deutsche Diphthongierung in S t r a u ß n i t z, 1281 *Ztruzenicz* (RB IV 737), 1371 im Namen eines B. Leipaer Bürgers *Cunczo Straussnitz*[79]. Das tschech. *Stružnice* wird zu *stružná,* nach der Lage an einem *Struha* (neutschech. *strouha* „Graben, Rinne") genannten Graben gestellt. Wieder ist tschech. *ž* durch dt. *s* ersetzt. Auch wenn von tschech. **Pstružnica* (zu *pstruh* „Forelle") auszugehen ist, fällt die Übernahme des Namens in die zweite Hälfte des 13. Jh. Früh wird auch S a u b e r n i t z ö. Aussig den Deutschen bekannt geworden sein, 1352 *(Zub)rnycz* (PZ 75), zu *zubr* „Auerochs". Es war ursprünglich Bachname (tschech. *Zubrnice),* in der dt. Mundart *sauwants.* Es ist ein Waldhufendorf, so daß dt. Gründung oder Umwandlung eines tschech. Dorfes in der zweiten Hälfte des 13. Jh. wahrscheinlich wird, zeigt doch in der Nachbarschaft K l e i n - P r i e s e n *r* für tschech. *ř* (tschech. *Malé Březno).*

Anderseits gibt es Beispiele dafür, daß schon im 13. Jh. tschech. ursprünglich lange Vokale unter bestimmten Bedingungen gekürzt worden waren

---

[79] Š i m á k, a. a. O., S. 715 rechnet ihn mit Unrecht zu den Tschechen in der Stadt. Wohl ist der Ortsname tschech. Herkunft, die angegebene Gestalt aber ist dt., ebenso der Rufname.

und deshalb auch bei früher Übernahme ins Deutsche nicht mehr diphthongiert werden konnten. Außer dem oben genannten Zittau sei hingewiesen auf Niemes für tschech. *Mimoň*. Belege s. o. S. 39. Die Umdeutung auf *nieman* „niemand" war nur möglich, wenn es sich bei dem *i* der ersten Silbe um eine Kürze handelt, die im Dt. mit *i* aus *ie* zusammenfallen konnte, da ja *i* gedehnt werden mußte (in der dt. Mundart *nīms)*. Simmer bei Auscha, tschech. *Zimoř* (dazu o. S. 37), in der Mundart *tsimar*, reicht wegen *r* für *ř* ins 13. Jh. zurück und ist von den Deutschen mit kurzem *i* gehört worden. Ähnlich zeigt Sukorad nö. Wegstädtl (tschech. *Sukorady)*, das erst 1394 auftaucht und wegen *ts-* für *s-* (mundartlich *tsukrādl)* in die Zeit vor 1300 zurückreichen wird, keine Diphthongierung mehr. Es wird deutlich, daß Namen mit dt. Diphthongierung zu einer alten Schicht gehören, die vielleicht noch in die zweite Hälfte des 13. Jh. zu verlegen sein wird.

Auf der Abb. 3 sind die Eindeutschungen, die bis etwa 1300—1320 vorgenommen worden sind, besonders gekennzeichnet worden. Sie umfassen nicht nur selbstverständlich das Hauptgebiet der deutschen ON (Abb. 2) und die unmittelbar angrenzenden Teile im Polzentale und die Städte, in denen deutsche Bürger im 13. Jh. nachzuweisen sind, sondern gehen darüber hinaus. Die Namen, die sich nicht sicher mit ihrer deutschen Gestalt dem 13. Jh. zuschreiben lassen, liegen dazwischen und sind keineswegs den bis 1320 übernommenen Namen vorgeschoben. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß die Eindeutschung der Namen auf Abb. 3 größtenteils um 1320 abgeschlossen war. Der deutsche Landesausbau hat seine größte Stärke zwischen 1250 und 1320. Doch kann nicht behauptet werden, daß die Orte mit tschech., wenn auch früh eingedeutschten Namen schon alle bis zu dieser Zeit eine deutsche Mehrheit aufgewiesen haben. Es wird dazu eine Reihe mit deutschen Minderheiten gehören. Anderseits wird durch verschiedene Beobachtungen gesichert, daß in manchen dieser Orte die Deutschen bereits die Mehrheit erlangt hatten.

Man kann die Frage auch anders stellen. Wo gibt es deutsche ON-Formen für tschech. ON mit *rsch* für tschech. *ř*, *s* für tschech. *s*, *sch* für *ž*, Unterbleiben der Verdumpfung des tschech. *a*, während Fehlen des Umlautes kein sicheres Kriterium ist? Es handelt sich um Namen wie Tschersing (tschech. *Čeřeniště)* n. Leitmeritz, 1407 *Czerzenicz* (LE V 745) zu *čeřen* „Senkgarn", wobei man sich durch das *rs* der deutschen Schriftform nicht täuschen lassen darf, denn die Mundart spricht *tšeršiŋ*. Mirschowitz nw. Leitmeritz, tschech. *Mířejovice*, 1322 *Mirzeyowitz* (RB III 328), z. PN *Miřej*, gehört zu den späten Entlehnungen ebenso wie u. a. die folgenden Namen: Sahorschan ö. Leitmeritz *(Zahořany)*, 1318 *Zahorzan* (RT I 42) „Leute hinter dem Berge"; Pschüra ö. Aussig *(Přerov)*, 1397 *Przerow* (HLT) „Teich, Sumpf"; Trschebautitz nö. Leitmeritz *(Třeboutice)*, um 1057 *Trebutichih* (CB I 57), z. PN *Třebut(a)*; Schüttenitz n. Leitmeritz *(Žitenice)*, 1057 *Sitinichih* (ebda.), z. PN *Žiten*, in der dt. Mundart *šitents*; Sobenitz nö. Leitmeritz *(Soběnice)*, 1337 *Sobienicz* (RB IV 172), z. PN

Soběn; Selz ö. Leitmeritz *(Sedléc)*, 1367 *Sedlec* (DR 46) „Siedlung"; Klein-Tschernosek n. Leitmeritz *(Malé Žernoseky)*, 1282 *Zernosek* (RB II 548) „Mühlsteinhauer"; Drahobus s. Auscha *(Drahobuz)*, 1375 *Drahobuz* (LC III 37), z. PN *Drahobud*, weil in der dt. Mundart *drābus* ohne Verdumpfung des *a*. Es handelt sich besonders um ON um Leitmeritz, Dauba, Wegstädtl, Gastorf, s. Niemes, um B. Aicha. In manchen Fällen kann die späte Entlehnung ins Deutsche darauf beruhen, daß es sich um Gründungen erst des 14. Jh. handelt. In dem altbesiedelten Lande um Leitmeritz wird damit aber nicht zu rechnen sein. Im übrigen stützen sich die späten Entlehnungen durch ihre gegenseitige Lage ebenso wie die frühen. Dadurch wird die Zuversicht gestärkt, daß die Beurteilung den Verhältnissen entspricht. Auffallend ist, daß für Dörfer in der unmittelbaren Umgebung von Leitmeritz keine alte deutsche Namensform zu bestehen scheint. Dafür gibt es mehrere Erklärungsmöglichkeiten. Bürger der Stadt haben bei der relativ dichten Besiedlung wenig Möglichkeiten gehabt, deutsche Dörfer zu gründen. Aber sie konnten natürlich Pachtgüter erwerben, falls sie Interesse daran hatten, Renten zu gewinnen. Das ist auch gelegentlich geschehen. So hat in Schüttenitz 1267 der deutsche Bürger *Sifridus de Misna* Besitz (RB II 214). Für Krscheschitz sö. Leitmeritz hat es eine deutsche Form mit *r* gegeben, 1402 *Cressicz* (LC VI 83), z. PN *Křech* (tschech, *Křešice)*. Sie ist nach den Hussitenkriegen aufgegeben worden. Damit eröffnet sich eine weitere Erklärungsmöglichkeit. Mit der nationalen Umschichtung in den Städten, in denen das Deutschtum zur Minderheit geworden ist, den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen im 15. Jh., dem Verlust des deutschen Pachtbesitzes in den Dörfern um diese Städte werden frühe Eindeutschungsformen nicht selten verschwunden sein. So ist für Stran (tschech. *Stranné)* nö. Auscha nach der Lage des Ortes eine alte Form mit o zu erwarten. 1057 wird *Naztranem* „auf der Seite" geschrieben (CB I 57), aber 1608 begegnet auffallenderweise in der Landtafel, die sonst tschech. Schreibungen bevorzugt, *Sstron*, was tatsächlich eine alte deutsche Form mit Verdumpfung des *a* wahrscheinlich macht. Abb. 4 zeichnet diese späten Entlehnungen ein und ein Vergleich mit Abb. 3 erlaubt sofort die Feststellung, daß sich hier deutlich zwei verschiedene Entlehnungsgebiete gegenüberstehen, ein nördliches frühes und ein südliches spätes. Natürlich gibt es Übergangszonen, denn die Volkstumsbewegung war ja noch im Gange. Dabei ist es ganz in Ordnung, wenn solche späte Übernahmsformen auf Abb. 4 unter Umständen schon im 14. Jh. den Deutschen bekannt gewesen sind. Im 14. Jh. wird, trotzdem nach unseren Beobachtungen die Hauptkraft des deutschen Landesausbaues bis 1320 liegt, noch mancher Name den Deutschen zugekommen sein. Deutsche Bauern werden sich weiterhin in tschech. Dörfern angekauft haben. *Sabawecz* von 1391 für Sababsch in derselben Dresdner Urkunde, die auch die deutsche Gestalt von Triebsch bringt (s. o. S. 59), scheint eine ältere Eindeutschung für das tschech. *Zábabeč* (so nach der Lage hinter dem Berge *Babka)* vorauszusetzen.

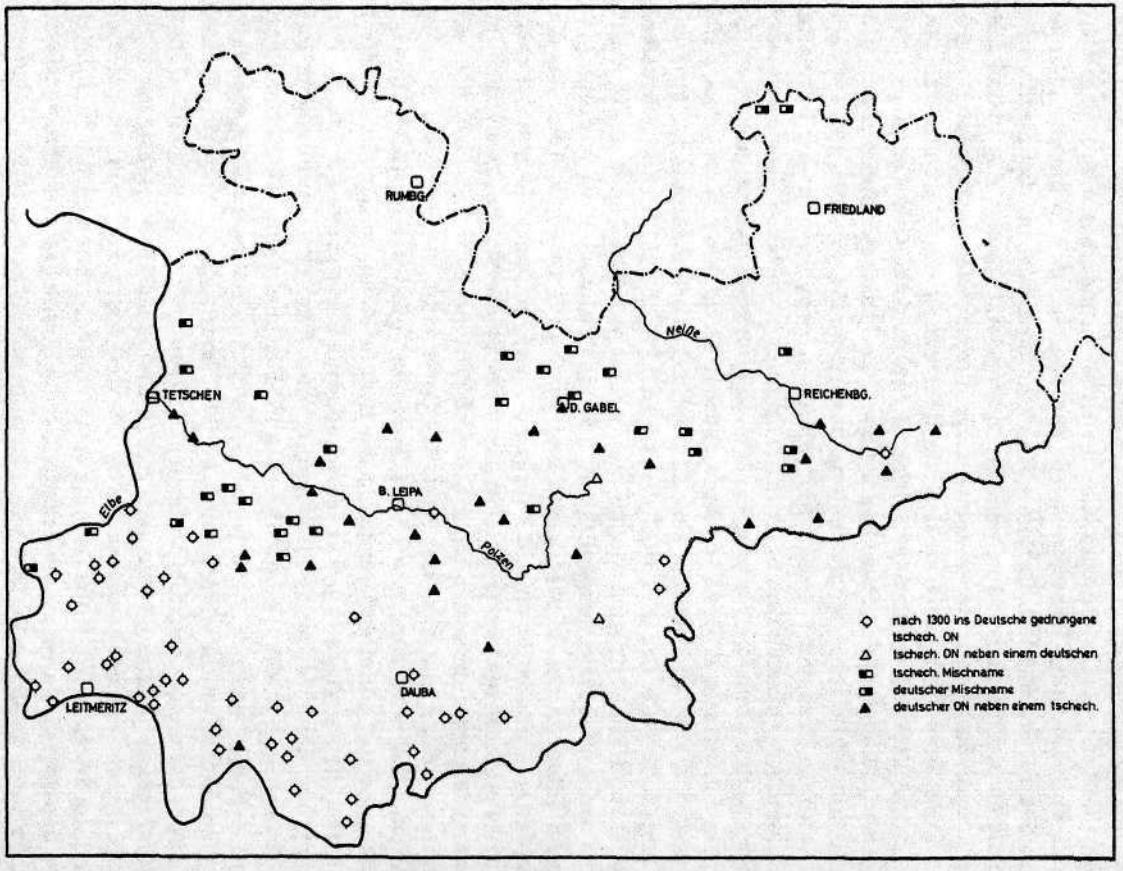


Abb. 4. Späte Entlehnungen und Mischnamen

Im Gebiete der Waldhufendörfer fehlen junge Nameneindeutschungen, ein Zeichen, wie stark sich hier das Deutschtum durchgesetzt hat. Die jüngeren Formen häufen sich im alten tschech. Siedellande, was sehr begreiflich ist. Dort, wo vor der Hussitenzeit der deutsche Landesausbau auf tschech. stieß, um Auscha und Dauba, stellen sich auch frühe Eindeutschungsformen ein.

Daß in jung besiedelten Gegenden wie im Bezirk Gablonz, wo die deutsche Tätigkeit — abgesehen von Reichenau — erst in der Mitte des 16. Jh. einsetzt, nur junge deutsche Formen begegnen, ist selbstverständlich. Hier wird aber auch, wie schon bemerkt worden ist, damit zu rechnen sein, daß der tschech. Landesausbau ebenfalls relativ spät gegen das Gebirge zu ausgegriffen hat. Einige Dörfer lagen wüst, als sie in der Mitte des 16. Jh. von Deutschen wieder besetzt werden. Das gilt u. a. für Gablonz, tschech. *Jablonec*, wo die dt. mundartliche Form *gāblunts* für junge Übernahme zeugt, Daleschitz (tschech. *Dalešice)*, mundartl. *dalšn*, Przichowitz (tschech. *Příchovice)*, das erst 1577 im Reiditzer Hüttenprivileg auftaucht, in der dt. Mundart *pršīchwits, šīchwits*[80].

Abb. 4 zeichnet noch die Mischnamen ein, worunter solche verstanden werden, die eine Verbindung eines tschech. PN mit einem dt. Grundwort oder eines dt. PN mit einem tschech. Suffix bieten. Es handelt sich um Namen wie Bunzendorf bei Friedland, 1417 *Ponzilszdorf*, 1510 *Puntzendorff*, wo es sich um den wendischen PN *Boleslav* handelt, eingedeutscht als *Bunzel*, dazu als dt. Kurzform *Bunzo*[81]. Dagegen gehört Tschernhausen nur bedingt hierher, 1385 *Scerhusen*, 1358 *Czirnehusen*, denn das in dieser Gegend auffallende Grundwort -hausen geht auf eine Umdeutung von obersorb. **Črnousy* „Schwarzbärte" zurück[82]. Die beiden Orte liegen im äußersten Nordwesten des Bezirkes Friedland, wo sich die einzigen wendischen ON finden (Lautsche, Zahne, Priedlanz). Ob Machendorf zwischen Kratzau und Reichenberg hierher gehört, bleibt fraglich, weil der PN *Mache* sowohl Deutungen aus dem Dt. wie Slaw. zuläßt[83]. Dagegen kann Münkendorf s. Reichenberg, 1544 *Minkendorf*, in unsere Gruppe gestellt werden (PN *Měník)*, was dadurch gestützt wird, daß das benachbarte Schimsdorf, 1559 *Schimsdorff*, schon vorher 1545 *Ssimonowicz* heißt (z. PN *Šimon* „Simon").

Diese Mischnamen sind oft behandelt worden. Man hat die verschiedensten Erklärungen vorgeschlagen, z. B. an slawische Lokatoren gedacht, die die deutschen Bauern geführt haben sollen. Es spricht mehr dafür, in diesen Mischnamen eine Folge deutschslawischen Zusammenlebens zu sehen. Ein tschech. ON *Šimonovice* ist verstanden worden, vielleicht nicht von deutschen, sondern von tschechischen Bauern, die bei der Annahme der dt.

[80] SONB II, S. 16, 15, 31.
[81] SONB III, S. 19.
[82] SONB III, S. 48.
[83] SONB I, S. 36.

Sprache gewußt haben, daß dem tschech. Suffix *-ovice* das dt. *-dorf* entsprach. Die Lage der eben genannten Ortschaften im Friedländer und Reichenberger Bezirk spricht sehr für diese Ansicht. Die Voraussetzung dafür ist nicht nur dt. Ansiedlung, sondern ruhiges Zusammenleben und freiwillige Anpassung, die auch die ON in die andere Sprache überführt. Das muß auch dort gelten, wo die slawische Namensform nicht mehr bezeugt ist, wenn nur deutsche Überlieferung vorliegt. Im Bezirk Friedland werden kleine Weiler oder Dörfer mit sorbischen Namen gleich zu Beginn der dt. Ansiedlung dt. Bevölkerung erhalten haben, so daß die Angleichung der wendischen durch ON begleitet wird[84].

K r i e s d o r f, ein 5 km langes Waldhufendorf osö. D. Gabel, heißt 1352 *Cryzani villa*, 1405 *Sucha* (PZ 83). Im Tschech. ist der Bachname *Suchá* „trockener (d. h. zeitweilig austrocknender) Bach" durchgedrungen, im Deutschen soll (nach Profous IV 232) ein *Křižan* die Ansiedlung der deutschen Bauern als Lokator geleitet haben. Man kann aber nur sagen, daß eine tschech. Anlage bestanden hat, die etwa *Křižanov* geheißen hat. Da ž durch *s* ersetzt ist, werden die Deutschen oder Slawen dafür schon im 13. Jh. *Krisansdorf* gebildet haben. Das südlich benachbarte D r a u s e n d o r f wird 1544 als wüstes Dorf *Druzczow* bezeichnet (LT), erst 1720 erscheint *Drausendorf*. Da wieder ž durch dt. *s* wiedergegeben wird (tschech. *Družcov*, PN *Družec)* und das *u* diphthongiert ist, wird der Name den Deutschen schon im 13. Jh. bekannt geworden sein und nur in der amtlichen Überlieferung nicht hervortreten. Auch Wüstungsnamen werden in der Nachbarschaft festgehalten, sonst wäre es nicht möglich, daß bei Neubesetzungen der alte Name aufgegriffen wird.

Diesen relativ wenigen Fällen stehen anderswo viele umgekehrte gegenüber, in denen ein dt. PN mit einem tschech. Suffix erscheint. Hier ist es meist so, daß die tschech. Gestalt in der Landtafel begegnet, wodurch sich das Problem kompliziert. Sie bevorzugt tschech. Namengebung, besonders ist es die Art tschech. Ämter nach den Hussitenkriegen, als das Tschech. als einzige Landessprache eingeführt worden war. Dann entsteht die Frage, ob diesen tschech. gewissermaßen amtlichen Schreibungen eine Aussagekraft an Ort und Stelle beizumessen ist. Anders steht es, wenn die relativ objektiven kirchlichen Quellen des 14. Jh. (PZ, LE, LC) solche tschech. Formen bieten. Für uns ist wichtig, ob solche Namen in tschech. Umgebung und besonders am Ort volksüblich waren und ob sie von da in die tschech. Amtssprache eindringen konnten. Das Kartenbild von Abb. 4 zeigt bei einem Vergleich mit Abb. 1, daß diese Mischnamen in der Hauptsache im Grenzgebiet der tschech. ON erscheinen und nichts dagegen einzuwenden ist, sie als volksmäßige Tschechisierungen zu betrachten, wenn nichts dagegen spricht. Voraussetzung ist nur, daß in diesen Orten Vertreter beider Völ-

---

[84] Ausführlicher zu diesem Problem E. S c h w a r z, Sprache und Siedlung in Nordostbayern (1960), S. 324 ff.; ONSud[1], S. 201 ff.; [2], S. 215 ff.

ker nebeneinander gelebt haben. Anders steht die Sachlage, wenn es sich um spätere Zeiten handelt, in denen mit tschech. Volkstum in diesen Dörfern nicht mehr zu rechnen ist. Die Entscheidung muß also auf Grund guter Quellenkenntnis und der Übersicht über die wahrscheinliche Volkstumsentwicklung gefällt werden. Als W e r n s t a d t südlich Bensen angelegt wurde, gab es in der Nachbarschaft Orte mit tschech. Namen, die im 13. Jh. den Deutschen zugekommen sind, z. B. Munker, tschech. *Mukařov* mit *r* für *ř*, Naschowitz, tschech. *Načkovice*, das zwar erst 1390 *Naczkouicz* (DR 100) genannt wird, nach der dt. Mundartform *nǫšts* mit *ǫ* für tschech. *a* aber sicher alt ist. Daneben gibt es späte Entlehnungen wie Tschiaschel (s. o. S. 35) oder Trzebine westlich und südlich von Wernstadt. Hier wird also mit längerem Nebeneinander beider Völker zu rechnen sein. 1352 begegnet *Wernheri villa* (PZ 77), 1543 schreibt die LT *Wernerzicze*. Hier ersetzt das tschech. *-ice* das dt. Grundwort *-dorf*. Man darf annehmen, daß seit oder bald nach der Gründung des dt. Dorfes bei den umwohnenden Tschechen die tschech. Form geprägt worden ist. So kann sie in die LT gelangt sein, die hier auf bei der tschech. Bevölkerung geltenden Sprachgebrauch fußen wird. Nördlich davon liegt M e r t e n d o r f, ein dt. Waldhufendorf, das sich über 4 km längs eines Baches hinzieht, 1352 *Merbotonis villa*, 1369 *Merboldi villa* (PZ 77), zum dt. PN *Merbote* gehörig, der bald veraltet und durch *Merbold* in der Schrift ersetzt wird, nicht im Volke, das die schwache Flexion von *Merbotendorf* beibehalten hat. Während die PZ die dt. Gestalt verwenden, erscheint in anderen Quellen (RT, LT) die tschech., 1395 *Merboticz*. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie in der tschech. Nachbarschaft wirklich gesprochen wurde, wohl schon seit dem 13. Jh., denn die Nachbarorte im Polzentale Alt-Schokau und Politz sind den Deutschen in dieser Zeit bekannt geworden. Das nahe A l g e r s d o r f ist ein über 4 km langes Waldhufendorf an einem Nebenbache des Polzen. Hier wird 1363 *Elgericz* (LC I² 16), 1364 *Helkerzycz* (LC I² 46) geschrieben, erst 1372 *Elgersdorff* (LC II 73). Die Dorfform und der dt. PN *Eilgēr* zeugen, daß trotz dieser Reihenfolge der ältesten Belege eine Dorfgründung wohl der zweiten Hälfte des 13. Jh. *Eilgērsdorf* vorliegt, die als *Elkeřice* ins Tschech. gekommen ist. Die Schreibung *Elgericz* zeigt mit *r* noch den dt. Einfluß. Es muß auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß tschech. Bauern an den dt. Dorfgründungen beteiligt waren, finden sich doch auch Deutsche in tschech. Dörfern. Man wird mit einem durchaus friedlichen Wettbewerb an der damaligen Sprachgrenze rechnen dürfen. Im Tschech. begegnet die Assimilation *Erkeřice*, zuerst 1377 *Ergerzicz*, erst 1545 erscheint das heutige *Valkeřice* (Profous IV 471). Das benachbarte B l a n k e r s d o r f tritt zuerst in der tschech. Gestalt auf, 1454 *w Blankarticzich* (HLT), die dt. Schreibung erst 1680. Der dt. PN *Blankhart* war im 13. Jh., nicht im 17. üblich. Stünde in solchen Fällen nicht die amtliche Schreibung in Prag, sondern heimische Überlieferung in Grundbüchern usw. zur Verfügung, würde gewiß die dt. Namensform auftauchen. Das Nachbardorf R e i c h e n, ein langer Markt, 1352 *Rychnow*

(PZ 77), möchte Profous wie die anderen Orte dieses Namens von einem tschech. PN *Richen* ableiten (III 623). Es handelt sich in Wirklichkeit um den häufigen dt. ON *ze der rīchen ouwe* „bei der reichen Aue". Wenn im Dt. hier gegen sonstige Regel das Grundwort weggefallen ist (noch Schaller V 81 vermerkt: *Reichen, sonst auch Reichenau genannt),* so wird das mit der alten Betonung zusammenhängen, die dann, wenn der zweite Teil unbetont bleibt, zum Wegfall führen konnte. Daß wir in diesen Fällen damit rechnen dürfen, daß die deutschen Namen der Waldhufendörfer bei den benachbarten Tschechen mit dem Ersatz des Grundwortes durch *-ice* üblich waren, wird durch die Entwicklung von **Pribram* zu **Pribramsdorf* Biebersdorf (s. o. S. 59) wahrscheinlich gemacht. Noch deutlicher ist das Beispiel Waltirsche halbwegs von Biebersdorf gegen Aussig zu. Es hat ursprünglich *Waltersdorf* geheißen, vgl. 1352 *Waltheri villa* (PZ 79), dafür bei den Tschechen des Ortes und der Nachbarschaft *Valtéřov,* vgl. 1360 *Waltherzow* (Profous IV 474). Es hängt mit der Volkstumsentwicklung der Gegend von Aussig zusammen, daß durch die teilweise Tschechisierung der Stadt nach den Hussitenkriegen ein Rückgang des Deutschtums auch in der Nachbarschaft zu beobachten ist. So kommt es, daß der Name vergessen wird und sich die tschech. Gestalt schließlich auch im Deutschen durchsetzt (tschech. *Valtířov).* Westlich der Elbe gibt es ähnliche Fälle. Auch *Heřmanice* für Hermsdorf nw. Auscha hat seine Geschichte, wenn es auch hier so gewesen zu sein scheint, daß der dt. Name zunächst wörtlich übernommen worden ist, denn die LT schreibt 1543 (1515) w *Hermesdorffie,* 1543 (1533) *ves Herzmanicze.* Ähnliches gilt für das weiter südlich gegen Drum vorgeschobene Johnsdorf, wo erst 1530 *Janowicz* in einer Prager Urkunde auftaucht (Profous II 101).

Weitere Mischnamen treten für Dörfer um D. Gabel auf, z. B. für Kunnersdorf ö. Zwickau, 1352 *Conradi villa* (PZ 83), 1358 *Cunraticz* (LC I 19). Für Markersdorf nö. D. Gabel wird 1391 *Marquarticze* in der LT geschrieben, erst 1525 begegnet *Markersdorf* (Profous III 28). Für Ringelshain nö. D. Gabel findet man 1351 *Rynoldi villa* (PZ 83), 1422 *Rynoltycz* (LC VIII 25). An dem Deutschtum dieser Dörfer ist nicht zu zweifeln. Die Mischnamen sind von dt. PN abgeleitet, die Dorfform ist deutsch. Diese Namen werden in Zeiten zurückreichen, als sich das Nebeneinander der Volkstümer abzuklären begonnen hat. Daß es einmal Tschechen in dieser Gegend gegeben hat, wird durch das „böhmische Dorf" bei D. Gabel (s. o. S. 40) gesichert.

Um B. Kamnitz werden die ON tschech. Herkunft rasch schütter. Hier sind wir in einem in der Hauptsache deutschen von Waldhufendörfern gefüllten Rodungsgebiet. Die undeutschen ON sind fast durchaus ursprüngliche Flurnamen, so n. Bensen Klein- und Groß-Bocken, 1393 *in villa Bukowin minori* (AČ 31, S. 296), 1454 w *Bukowinie* (HLT; tschech. *bukovina* „Buchenwald"); Parlosa (mda. *palše)* ö. Tetschen, 1543 (1515) w *Barlozey* (LT), die dt. Form erst 1545 *Paltcz* (LT), zu tschech. *brloh* „Hütte,

Wildlager" (tschech. *Brložec)*, zwar spät belegt, aber, wie der Ersatz des tschech. ž durch *s* sichert, schon im 13. Jh. vorhanden; westlich B. Kamnitz ist zu nennen Alt-Ohlisch (tschech. *Stará Oleška)*, 1380 *von der Olusch* (BKStb 2; zu *oleš* „Erle"). 1618 ist *Olešnice* „Erlenbach" bezeugt, wozu *Oleška* eine Verkleinerung darstellen kann. Von PN sind nur abgeleitet Schemmel nw. B. Kamnitz, 1381 *Schemel* (BKStb 1). Im tschech. *Všemily* steckt der PN *Všemil*. Nördlich Bensen liegt Dobern, 1543 (1515) *w Dobrne* (LT), am Bache *Dobranka*, was wieder nach dem Orte *Dobranov* gebildet ist (z. PN *Dobran)*, wie 1583 in der LT geschrieben wird. Diese wenigen Namen können gewiß keine Zeugen eines lange bewahrten tschech. Volkstums sein und in der Tat kennt man im BKStb nur deutsche Namensformen. Nur die LT verwendet im 16. Jh. tschech. Bezeichnungen, so für Güntersdorf w. der Stadt, 1352 *Guntheri villa* (PZ 77), *Huntířov*, für Ebersdorf n. Bensen, 1281 *Euerhardesdorf* (RB IV 736), erscheint 1436 *Habartice* in einer Urkunde des Prager Domkapitels (Profous I 566). Für Gersdorf sw. B. Kamnitz findet sich kein Mischname, auch die LT bietet *ves Gerßdorff* in derselben Urkunde, die 1614 für Markersdorf *Markwarticz* bietet (LT), wofür schon 1281 sogar eine Dresdener Urkunde *Marqvartiz* schreibt, das neben *Marquardi villa*, zuerst 1352 (PZ 77), öfters gebraucht wird. Es dreht sich um deutsche Waldhufendörfer. Beim Gebrauch tschech. Formen muß noch berücksichtigt werden, daß es meist die Grundherren waren, die Verkauf und Erbteilungen in der LT eintragen ließen. Sie haben sich meist der tschech. Sprache bedient, auch schon vor den Hussitenkriegen. Die wirklich im Volke geltenden Formen bieten die nahen Quellen. Das BKStb kennt, wie erwähnt, nur die deutschen. Die tschech. Namenformen können, wie man sieht, aus verschiedenen Ursachen aufgekommen sein. Sie sind teils im tschech. Volke der Dörfer und ihrer Nachbarschaft üblich gewesen, teils auf amtlichem Wege durch Mitteilung tschech. Grundherren oder Tschechisierung in Prag zustande gekommen. Es muß also stets geprüft werden, ob sie eine Aussage zur Volkstumslage bieten können. Je weiter wir in von Anfang an deutsche Gebiete kommen, desto seltener erscheinen sie. An der alten Sprachgrenze aber können sie Bedeutung für die Volkstumsgeschichte beanspruchen.

Abb. 4 zeichnet eine Reihe von aus vorhussitischer Zeit stammenden oder für sie zu erschließenden Doppelnamen ein, von Fällen, wo für denselben Ort national verschiedene Namen vorkommen. Für Langenau bei Haida heißt es 1352 *Skalicz sive Langnaw* (PZ 77). Der Ort ist ein langes Waldhufendorf. Gerade die volkstümlicher Namengebung Raum gebenden Papstzehentregister bringen solche Belege und das legt nahe, daß sie eine gewisse Berechtigung gehabt haben müssen. Die Anlage des deutschen Dorfes wird neben einer älteren tschech. Ansiedlung erfolgt sein, die „kleiner Fels" bedeutet hat. Es werden zwei Orte zusammengewachsen sein, wobei sich bei jedem Volk die heimische Benennung durchgesetzt hat. Bei anderen Dörfern in der Nachbarschaft ist das nicht der Fall, z. B. nicht bei

Manisch, Schaßlowitz, Kottowitz, Rodowitz. Von den verschiedenen Namen für Neustadtl w. B. Leipa (tschech. *Jezvé)*, Reichstadt *(Zákup)*, Habstein *(Jestřebí)* und Hirschberg *(Doksy)* war schon die Rede, ebenso für die beiden Höflitz w. Bensen (tschech. *Jedlka)* und bei Niemes *(Hvězdov)*. Für Voitsdorf w. Niemes heißt es 1371 ausdrücklich *Voytsdorf, quae in boemico dicitur Bohaticz* (LE I 85; z. PN *Bohata)* und bei diesem Hinweis auf die daneben übliche tschech. Form wird man nicht daran zweifeln dürfen, daß damals hier noch Tschechen neben Deutschen gewohnt haben, der Landesausbau hier wie anderswo an der alten Mischzone von beiden Völkern durchgeführt worden ist. Ähnliches gilt für das nördlich anschließende Groß-Grünau, ein sehr langes Waldhufendorf, das erst spät auftritt, 1543 *Brezina* (LT; „Birkenwald), dafür im nächsten Jahr *ves Grune.* Für Hennersdorf n. Wartenberg schreibt PZ 83 *Dubnycz,* erst 1405 erscheint *Heinrichsdorf alias Dubnicz* (LE VII 21). *Dubnice* „Eichenbach" war die Bezeichnung des Dorfbaches. Solche Doppelnamen sind Hinweise darauf, die Möglichkeit eines einstigen Nebeneinanderwohnens beider Völker zu prüfen, kommen doch in der Nachbarschaft tschech. oder auf das Tschech. zurückgehende ON vor wie Postrum und Audishorn, die z. T. ins 13. Jh. zurückreichen. Dieses Nebeneinander geht dem Ausgleich eines Volkstumes voran und hat, wie wir erkennen, seine Spuren in der Namengebung hinterlassen. Vor der Ausbildung der Sprachgrenze war im bewohnten Lande eine Mischzone vorhanden, in der es zu einem Ausgleiche der Volkstümer gekommen ist.

Bevor die ON, eine, wie sich herausstellt, recht ertragsreiche Quelle für die alten Volkstumsverhältnisse, verlassen werden, sei noch kurz auf die schon öfters[85] erörterte Tatsache aufmerksam gemacht, daß mehrere Namen auf obersorbische Einflüsse deuten. Bei den Namen des Friedländer Bezirkes Priedlanz, Zahne, Lautsche, Bunzendorf und Tschernhausen besteht kein Zweifel, daß es sich hier nicht um tschech., sondern um sorbische Grundlagen handelt, ist doch der ganze Bezirk durch das Jeschkengebirge und deutsche Waldhufendörfer von der Reichenberger Gegend geschieden. Wünschendorf im Nordosten des Bezirkes, 1463 *Wuntschendorff,* 1482 *Windischenndorf,* dürfte „beim windischen Dorf" bedeuten[86], vgl. Wünschendorf bei Pirna, 1350 *das Windische dorf,* 1384 *Wyndischendorf,* 1417 *Wunschindorff.* Mit diesem und anderen ähnlichen Namen kommt die Bezeichnung „windisch" für obersorbisch im Kreise Pirna an die böhmische Landesgrenze heran[87]. Auf die Herkunft des Volksnamens Wenden, Winden braucht in diesem Zusammenhang nicht eingegangen zu werden, auch nicht darauf, daß man seit der Errichtung des Herzogtums Böhmen davon abgekommen ist, für dessen Bewohner diese Benennung beizubehalten.

---

[85] E. Schwarz, ONSud[1], S. 247 ff.; [2], S. 254 ff. und die hier angeführte Literatur.
[86] Dazu E. Gierach, SONB III, S. 52.
[87] E. Schwarz, Zs. f. slav. Phil. 22 (1953), S. 76 ff.

Seit dem 12. und 13. Jh. werden wohl die Sorben, nicht mehr aber die Tschechen als „Wenden" bezeichnet, soweit es sich um volkstümlichen Sprachgebrauch handelt. Um so mehr fällt es auf, daß der Stadt B. Kamnitz auf halbem Wege zur Elbe bei Herrnskretschen Windisch Kamnitz gegenübersteht. Die nach dem Bach benannte Stadt B. Kamnitz, von deren Deutschtum o. S. 38 gehandelt worden ist, ist nach der Lage an der Kamnitz („Steinbach") benannt, 1352 *Kamenycz oppidum* (PZ 77). 1363 ist von *Campnicz theutunicale* die Rede (LC I² 24), erst 1609 begegnet *Böhmischen Kamnicz*. Man hat demnach schon im 14. Jh. das Bedürfnis gehabt (nicht im Volke, das *khamts* ohne Differenzierungswort gebraucht), eine Unterscheidung gegenüber Windisch Kamnitz zu betonen, das 1352 *Sclavica Kamenycz* (PZ 77), 1425 *Wyndisch Kempnicz* (LC IX 17) heißt (dafür tschech. *Srbská Kamenice*, in der dt. Mundart *wintškhamts*). Man darf vermuten, daß diese Wenden, die sich über die Landesgrenze nach Böhmen hineingeschoben haben, Sorben gewesen sind. In dieser Gegend werden sich tschech. und sorbische Vorposten beim Landesausbau längs der alten Wege getroffen haben. Auf andere sorbische Namensformen ist an anderem Orte näher eingegangen worden[88], auf den Namen des Polzenflusses und auf Kolmen bei Tetschen. Nur die Sachlage bei Bürgstein muß in diesem Zusammenhange betont werden, weil sie einige Aufklärung gibt.

Für diesen Ort bei Haida gibt es Formen aus dem Deutschen (1324 *Berkinstein, Birkenstein*[89]), dem Tschech. und Sorbischen, 1330 *Slup* (RB III 654), daneben *Stolpa*, 1352 *Stolpa sive Stlup* (PZ 77). Das tschech. *sloup* „Säule" (so für den Einsiedlerstein, wo die alte Burg gestanden ist) ist aus *stlup* hervorgegangen, dem obersorb. *stołp* entspricht. Auch im Dt. hat man, wohl ursprünglich für die Burg, eine Zeitlang *Stolpen* gebraucht (1412 *in Stolpen alias in Slup* LC VII 46). Nach der Lage des Ortes sind die Deutschen hierher von Norden gekommen, von der Zittauer Seite, nicht vom Polzentale, zumal das Deutschtum um Zittau älter ist. Deshalb haben sie eine sorbische Form kennen gelernt. Die Tatsache, daß es für die Burg und das Dorf eine tschech. und eine sorb. Form gegeben hat, erinnert an die o. S. 45 besprochenen Verhältnisse von Grottau, wo wir Ähnliches feststellen konnten. Man darf auf eine sorbisch-tschechische Grenzzone schließen, die durch den deutschen Landesausbau zerrissen wird. Es ist durchaus begreiflich, daß es einstens allmähliche Übergänge zwischen den slawischen Stämmen gegeben hat, wenn sich auch nur in den deutschen ON Hinweise darauf finden lassen.

Näheren Einblick in die deutsch-tschechische Volkstumsauseinandersetzung erlauben die Flurnamen. Wenn man bedenkt, daß in jedem Dorfe 50—100 Flurnamen vorhanden sind, mehr in den großen deutschen Waldhufendörfern, weniger in den kleineren tschech. Orten, ist es natürlich, daß sich hier Aussagemöglichkeiten ergeben. Wie wirkt sich das Zusammen-

[88] ONSud¹, S. 258 ff.; ², S. 259.
[89] Dazu ONSud², S. 259.

treffen zweier Völker im Flurnamenschatz eines Ortes und einer Landschaft aus? Selbstverständlich sind die Flurnamen in den tschech. Dörfern tschech., in den deutschen Dörfern deutsch. Siedeln sich Deutsche in bestehenden tschech. Dörfern an, so werden sie vorgefundene Flurnamen übernehmen und mit der Ausweitung der Flur neue deutsche geben. Der Flurnamenschatz wird also gemischt werden. Wie steht es mit dem Zahlenverhältnis, können aus ihm Folgerungen auf die Dauer des Zusammenlebens, den Beginn und die Art gezogen werden?

Leider ist die von 1929—1945 von der Gesellschaft und späteren Deutschen Akademie der Wiss. in Prag durchgeführte, vom Verf. mit Unterstützung aller Volkskreise, besonders der Lehrerschaft, fast bis zu Ende geführte Sammlung der sudetendt. Flurnamen der dt. Forschung nicht mehr zugänglich, so daß eine räumlich zusammenhängende Darstellung nicht möglich ist und auch keine Abbildungen beigegeben werden können.

Um welche besonderen Probleme es sich dabei handelt, soll am Bezirk Gablonz vorgeführt werden. Hier setzt die deutsche und nicht lange vorher die tschech. Besiedlung in der Hauptsache erst in der Neuzeit ein, so daß die Verhältnisse relativ gut zu durchschauen sind[90]. 1469 sind vier Orte von Truppen des Königs Georg von Podiebrad niedergebrannt worden[91]. Deutsche besiedeln die Wüstungen seit der Mitte des 16. Jh., legen Dörfer an und vor allem Glashütten, wodurch der Wald neue Verwertungsmöglichkeiten erhält. Lange Zeit hat es zwischen den Grundherren im Süden des Gebirges, der Nawarower Herrschaft, und im Norden, den Bibersteinen, den Herren des Friedländer Bezirkes, Grenzstreitigkeiten gegeben. Wir erfahren, daß tschech. Wäldler eine Baudensiedlung beim Buchberg in Klein-Iser hatten. Die Wasserscheide war die Grenze. Davon sind nur wenig Erinnerungen geblieben, einige Flurnamen im Gebirge, etwa die Tschihanelwiese, ein Hochmoor in 1000 m Höhe (tschech. *čihadlo* „Vogelherd"), und der Waldname Scharchen (tschech. *žd'árek* „kleiner Brand"). Es hat also tschech. Vogelsteller und Köhler im Gebirge gegeben. Außerdem ist in einer Grenzstreitsurkunde von 1539 von tschech. Aschenbrennern, Schüsselmachern, Sperberfängern und Hegern die Rede, also von Leuten, die für ihren Beruf auf Holz angewiesen waren oder für die Jagd der Herrschaft zu sorgen und Sperber abzuführen hatten[92]. 1591 kommt es zu einer Grenzbegehung, von der wir eine tschech. und eine deutsche Ausfertigung haben[93]. Aus ihnen ist zu sehen, daß die Deutschen des Friedländer Bezirkes deutsche Flurnamen hatten, die Tschechen des Südhanges

---

[90] Dazu E. Schwarz, Die Flurnamen des Bezirkes Gablonz (Sudetendeutsches Flurnamen-Buch I, Prag 1935).

[91] Script. rer. Sil. XIII, Nr. 12.

[92] Mitt. des Vereines für Heimatkunde des Jeschken-Isergaues 5, S. 3 ff.

[93] E. Schwarz, Die Entstehung der Friedland-Gablonzer Bezirksgrenze und die Besiedlungsverhältnisse im östlichen Isergebirge vom 14.—16. Jahrhundert (Mitteil. d. Vereines f. Heimatkunde des Jeschken-Isergaues 21, S. 1 ff.).

tschech., wie es zu erwarten ist. In dem von beiden Seiten beanspruchten Gebiete gibt es Übersetzungen wie *Buková hora* — Buchberg, Fichte (die heutige Tafelfichte, der höchste Berg des Isergebirges) — *Smrk*, Dürrer Berg — *Suché Skály* u. a., daneben begegnen auch mehr oder weniger unabhängige Benennungen, z. B. Sieghübel — *Bražecký vrch*[94]. Auf dem von der deutschen Siedlung noch nicht erreichten Gebiete der Nawarower Herrschaft sind die Flurnamen tschech., ebenso im Reiditzer Hüttenprivileg von 1577, als hier mit der neuen Glashütte deutsche Hüttenleute einzogen[95]. Auch hier erweisen sich spätere deutsche Flurnamen als Übersetzungen, z. B. *Korzenow* — Wurzelberg, *Swietley* — Lichter Berg. Im Berührungsgebiet hatten auch die Tschechen schon deutsche Flurnamen übernommen, so *Buchschacht (Buchšacht)* in der tschech. Ausfertigung. 1591 wurde die Grenze gegen die Friedländer Herrschaft festgelegt, d. h. die Nawarower ließ sich ihre Ansprüche abkaufen. Sie ist dann bis zur Gegenwart unverändert geblieben, denn sie zieht mitten durch das Isergebirge, wenn sich auch deutsche Dörfer seit der Mitte des 16. Jh. immer mehr in den Wald hineingeschoben haben. Manche vorgefundene tschech. Flurnamen werden im Laufe des Ausbaues übersetzt zu ON, so *Mšeno* — Grünwald bei Gablonz. Auch unrichtige Übersetzungen schleichen sich ein, wohl auf mangelhafter Kenntnis des Tschech. beruhend, da die Deutschen z. T. als Hüttenleute mit dem tschech. Flurnamenschatz nicht ganz vertraut gewesen sein werden, so *Smržovka*, das nicht als „Morchelwald", sondern als Morchenstern, *Vrkoslavice*, das nicht als „Vrkoslausdorf", sondern als Seidenschwanz übersetzt worden ist[96]. Andere tschech. ON sind geblieben und erinnern an die vorangegangene tschech. Besiedlung wie Gablonz, Kukan, Radl, Marschowitz, Daleschitz, Gistei, Reinowitz. Geblieben sind noch einige Bachnamen wie Desse, Blattnei, Rabenei, Kamnitz, Lautschnei. Wirklich gemischtsprachig war nur Schumburg an der Desse. Wie stellt sich nun das Ergebnis dieser in der Neuzeit überschaubaren Entwicklung im Flurnamenschatz dar? Von 3207 Flurnamen waren 36 tschech. Ursprungs, 51 von 3222, wenn wir die abgegangenen Flurnamen des Reiditzer Hüttenprivilegs hinzu rechnen, d. s. 1,6 v. H.[97]. Man sieht aus diesem Ergebnis, das mit Hilfe vieler Ortssammler und guter Kenner der Heimat zustande gekommen ist, wie die Namenbeziehungen einzuschätzen sind, wie häufig verständliche Flurnamen übersetzt worden sein werden, welche tschech. Flurnamen geblieben sind, welcher Art sie sind, wie sich die deutschen und tschech. Flurnamen in den einzelnen Orten verteilen — worauf hier nicht mehr eingegangen werden kann —, wie ständig neue Flurnamen gegeben und ältere vergessen werden, wie der errechnete Hundertsatz zu werten ist. Damit soll gewiß nicht

[94] Über diesen Namen eingehender E. Schwarz, ONSud², S. 148.
[95] Šimák, Čas. spol. přátel starož. 3, S. 9.
[96] E. Schwarz, SONB II, S. 26 ff., 37 ff.
[97] E. Schwarz, Flurnamen des Bez. Gablonz, S. 154—160, dazu Karte: Flurnamen und Siedlungsgeschichte.

behauptet werden, daß es überall so gewesen ist. Es handelt sich um einen spätbesiedelten Bezirk, bei dem besondere Verhältnisse zu berücksichtigen sind, das Nebeneinander von Bauern, Wäldlern und Glashüttenleuten, die Natur eines unwirtlichen Gebirges, die Beziehungen einer deutschen und tschech. Herrschaft. Im fruchtbaren Lande kann es anders gewesen sein. Trotzdem ist zu erkennen, daß das Nebeneinander zu mehr Übersetzungen geführt hat, als man es bei den ON gewöhnt ist.

Im Gerichtsbezirke Leitmeritz stehen wir dagegen in einem zum tschech. Landnahme- und frühen Ausbaugebiete gehörenden Teile Böhmens[98]. Aus den ON war zu entnehmen, daß der Bezirk mit Ausnahme der Stadt Leitmeritz bis zu den Hussitenkriegen tschech. Bevölkerung behalten hat. Gibt es vielleicht trotzdem deutsche Formen, die nach ihrem deutschen Aussehen in die vorhussitische Zeit zurückreichen können? Es sind ihrer ganz wenige. In Sulotitz gibt es den Flurnamen B r e s i n e (tschech. *březina* „Birkenwald"), mit *r* für tschech. *ř* übernommen und deshalb vor etwa 1280 zurückreichend. Was kann die Ursache sein? Sulotitz, tschech. *Suletice*, begegnet 1391 das erstemal als *Suleticze* (RT I 570). Der ON ist erst nach 1300 ins Deutsche gedrungen, wie das mundartliche *sults* zeigt, vorher wäre anlautendes *z-* zu erwarten. Es ist also möglich, daß Flurnamen früher ins Deutsche gelangen können als die Namen der betreffenden Orte. Die Erklärung liegt darin, daß sie auch in der Nachbarschaft bekannt sein können. Sulotitz liegt südlich von Saubernitz, Klein-Priesen und Schwaden sowie dem 1378 genannten Warta *(Warthen* Cod. Lus. sup. III 34). Durch den alten Flurnamen Bresine wird der Beweis geführt, daß hinter den alten Entlehnungen von Schwaden, Klein-Priesen und Saubernitz mehr steckt als eine bloße Nachbarschaftssache. Hier müssen wirklich schon deutsche Bauern gewohnt haben, wenn sie einen Flurnamen eines sonst noch tschech. Nachbardorfes kennen gelernt haben. Sie haben ihn auch über alle Rückschläge der Hussitenzeit beibehalten.

Der R a d o b i l bei Leitmeritz, 1628 *Radobejl*, den PN *Radobyl* enthaltend, wird im Josefinischen Kataster *Rodebeile* geschrieben und so hat man ihn noch in der Gegenwart in der Stadt genannt. Hier ist das tschech. *a* der ersten Silbe verdumpft worden. Der Name wird zur Zeit der Stadtgründung den Deutschen bekannt geworden sein, sind doch hier 1359 Weinberge den Bürgern übergeben worden[99]. Die Stadt hat nach den Hussitenkriegen einen tschech. Rat erhalten, trotzdem ist die Überlieferung des Flurnamens im Deutschen nicht unterbrochen worden. Damit ist der Beweis geliefert, daß sich eine Minderheit in der Stadt gehalten hat, bis sie schließlich wieder zur Mehrheit geworden ist.

---

[98] Th. W e l s e r, Die Flurnamen des Gerichtsbezirkes Leitmeritz. Diss. (ungedruckt) Prag 1938.

[99] RB VII 136. Dazu Bohemia Jb. 2, S. 62.

Sonst scheint kein Flurname ein bis ins 13. Jh. zurückreichendes Alter im Deutschen aufzuweisen. Die weitaus größere Zahl ist jüngeren Datums. Die Soboten genannten Felder in Proboscht, wo jeden Samstag (tschech. *sobota* „Samstag") gerodet werden mußte, zeigen *s-* und nicht *ts-* im Deutschen. Auf der Sauborsche wird in Ruschowan im Theresianischen Kataster geschrieben *(záboří* „hinter dem Kiefernwalde"), man hat tschech. *ř* gehört und als *rsch* übernommen und nicht als *r*. Die alte Königsburg heißt in Leitmeritz Hradahof (tschech. *hrad* „Burg"), das *a* ist nicht verdumpft. In der Stadt ist der tschech. Einfluß so groß geworden, daß die zu erwartende Verdumpfung im Deutschen rückgängig gemacht worden ist, falls nicht eine andere Erklärung diesen auffallenden Umstand besser erklären kann. Der große und kleine Radischken nördlich Leitmeritz *(hradeček* „kleine Burg"), so nach einem alten Ringwall, zeigt keine Verdumpfung des *a*, ebenso nicht der Straschischken zwischen Groß-Tschernosek, Kamaik und Libochowan (zu *stražiště* „Wachberg").

Übersetzungen begegnen mehrmals. Das Leitmeritzer Grundbuch schreibt 1713 *Swyniak*, es ist die Sauwiese in der Leitmeritzer Fischerei[100] (tschech. *svině* „Sau"). Für in der Zahora in Salesl und Triebsch sagte man später beim Hinterberg (tschech. *záhoří* „hinter dem Berge liegend"). In mehreren Dörfern an der Elbe kennen die Kataster auf der Bolawe (*po Labi* „an der Elbe"), daneben an der Elbe, heute allerdings auch im Dt. z. T. auf der Pollabe. Für die bekannte Flur Panna, Berg nw. Triebsch, ist die Übersetzung Jungfrau gleich häufig. Es darf vermutet werden, daß viele Übersetzungen nicht mehr erkannt werden können, weil eingehendere Untersuchungen fehlen und die Quellenlage dazu nicht ausreicht. Viele Namen, die heute Wustiche, Seite, Werth heißen, können tschech. *poustka, strána, ostrov* übersetzen.

Es gibt im Bezirke Orte, die keinen einzigen tschech. Flurnamen aufweisen, wie Neudörfel und Lischken. In Hummel kennt man unter 18 deutschen Flurnamen nur Skalken (tschech. *skalka* „kleiner Stein"), in Binowe neben 58 deutschen nur zwei tschech. (Pausanke und Vzatinken), in Plahof gibt es 33 deutsche und zwei tschech., in Haßlitz 21 deutsche und drei tschech., in Vorder- und Hinter-Nessel 38 dt. und 4 tschech., aber in Sebusein, von dessen früher Nameneindeutschung o. S. 63 die Rede war, stehen 71 dt. 11 tschech. gegenüber, in Libochowan sind es gar 34 tschech. neben 66 dt., in Groß-Tschernosek 17 tschech. neben 60 dt., in Leitmeritz 34 tschech. neben 66 dt., in Krscheschitz 14 tschech. neben 32 dt. Die Orte Neudörfel, Lischken, Hummel, Binowe, Plahof, Haßlitz, Vorder- und Hinter-Nessel liegen ganz im Norden des Bezirkes südlich von Saubernitz und Sulotitz, Sebusein, Libochowan, Groß-Tschernosek und Krscheschitz an der Elbe. Man wird für diese Unterschiede nicht die Nähe zum früher deutschen Gebiet allein verantwortlich machen können, denn an der Elbe liegt das fruchtbarste und schon

[100] Welser, a. a. O., S. 92.

in vordeutscher Zeit am dichtesten besiedelte Land, während im Ausbaulande Deutsche und Tschechen auf ungünstigerem Boden zusammenstießen, wo mit dünner Besiedlung zu rechnen ist. Insgesamt werden unter 3500 Flurnamen 650 tschech. gezählt. Der Hundertsatz an tschech. Flurnamen beträgt 15,6[101]. Das Deutschtum hat sich im Bezirke in der Hauptsache vom 16.—17. Jh. durchgesetzt, also zu etwa der gleichen Zeit wie im Bezirke Gablonz. Der Unterschied ist auffallend und daraus zu erklären, daß der Bezirk Leitmeritz fast zur Gänze schon in der tschech. Zeit besiedelt und mehr oder minder fruchtbar war, während der Bezirk Gablonz dünn bewohnt, wenig fruchtbar und unwirtlich ist. Das vor allem drückt sich in dem Gegensatz von 15,6 v. H. tschech. Flurnamen im Leitmeritzer Bezirk zu den 1,6 v. H. im Gablonzer aus. Die Stärke der tschech. Besiedlung ist also noch wichtiger als die Zeit des deutschen Landesausbaues, d. h. die geographische Lage ist mit zu berücksichtigen.

In dem rechtselbischen Teile des pol. Bezirkes Aussig gibt es in einigen Dörfern Flurnamen, die schon im 13. Jh. den Deutschen bekannt geworden sein müssen, so in Klein-Priesen den P r ö s i n g (*březinka* „kleiner Birkenwald"), in Presei die P r e s c h i n e, die nicht zum tschech. *březina* „Birkenwald" gestellt werden kann[102], weil die Erhaltung des *r* in die Zeit vor 1280 gehört, das *sch* dabei aber unerklärt bliebe. Man hat an tschech.-mundartliches *břeščina* „Ulmengehölz" zu denken. Die meisten Flurnamen deuten aber auf späteres Eindringen ins Deutsche, so — soweit aus den meist vorliegenden Kataster- und Schriftformen geschlossen werden darf — in Groß-Priesen S c h e m i n (*křemení* „Kieselgestein"), in Klein-Priesen d e r S a t t i c h (*sádek* „kleiner Obstgarten"), in Saubernitz d a s G e s c h r i e b e, wenn es zum tschech. *křivý* „krumm" gehört, in Waltirsche d i e P l o u b l u s c h e (dissimiliert aus *pobluží* „Landgut"), in Wittal d i e S u c h e i (*suchý* „trockener Ort"), d i e S a u m i n z e (*soumnice* „Landstraße"). Die Verdumpfung des tschech. *a* scheint zu fehlen. Es ist kein Zweifel, daß alte deutsche Entlehnungen vor 1300 und wohl auch im 14. Jh. eine Ausnahme darstellen und die meisten Flurnamen erst in der Neuzeit den Deutschen zugekommen sind. Hier ist nur eine Erklärung möglich: die Deutschen sind hier nur eine Minderheit gewesen. Dem entspricht das Volkstumsschicksal der Stadt Aussig, die seit der Mitte des 15. Jh. ihre deutsche Mehrheit zeitweise verliert. Damit ergibt sich aber, daß die Aussagen der Ortsnamenforschung der Ergänzung und Beleuchtung durch die Flurnamenforschung bedürfen, weil sie einen schärferen Blick gestatten. Trotz Umwandlung einiger Orte in Waldhufendörfer, früher Entlehnung von ON ins Dt. und auch gelegentlich früher Flurnamenentlehnungen ist die tschech. Bevölkerung noch lange wohnen geblieben und die Deutschen sind hier erst in der

---

[101] W e l s e r, a. a. O., S. 139 ff.

[102] H. L i p s e r, Die Flurnamen (Heimatkunde des Bezirkes Aussig, II. Teil), S. 204.

Neuzeit überall zur Mehrheit aufgestiegen, bis schließlich überall das Deutsche als Volkssprache gesiegt hat. Der Hundertsatz der tschech. Flurnamen beträgt im pol. Bezirk Aussig 18,6, ist also noch etwas größer als im GB Leitmeritz. Damit wird deutlich, wie groß der Hundertsatz in solchen Bezirken liegt, in denen sich das Deutschtum erst in der Neuzeit durchgesetzt hat. Natürlich gibt es Unterschiede innerhalb des Bezirkes. In den Erzgebirgsorten, in denen deutsche ON die Gründung deutscher Waldhufendörfer anzeigen, gibt es fast keine tschech. Flurnamen, so daß eigentlich in solchen Bezirken, in denen die deutsche Siedlung zu verschiedenen Zeiten gewirkt bzw. zu einer Sprachgrenze geführt hat, verschiedene Landschaften untergeteilt werden müßten. Doch liegt das außerhalb des Arbeitsgebietes östlich der Elbe[103].

In den Bezirken, in denen sich das Deutschtum schon im 13. und 14. Jh. durchgesetzt hat, macht der Anteil der tschech. Flurnamen etwa 5—6 v. H. aus, in solchen, wo keine oder nur geringe slaw. Vorbesiedlung vorhanden war (Bezirke Friedland, Rumburg, Warnsdorf, Schluckenau), bleibt er unter 1 v. H., dort wo es sich um deutschen Landesausbau im 16. Jh. handelt und später, beträgt er 15 v. H. und darüber und ist dort am höchsten, wo sich die Abklärung der Volkstümer erst im 18. Jh. vollzogen hat. Damit wird ein wichtiger Maßstab für die Beurteilung der Sprachgrenzgeschichte gewonnen. Durch Böhmen und Mähren ist eine nur dem Flurnamenforscher erkennbare Grenze gegangen, indem sich Gebiete mit 5—6 v. H. Anteil tschech. Flurnamen und solche mit etwa 15. v. H. gegenüberstanden. Darin hat sich nach unseren Darlegungen die verschiedene Zeit des deutschen Landesausbaues bzw. der Entwicklung zum deutschen Mehrheitsgebiete niedergeschlagen. Diese Grenze ist die ungefähre Linie, an der die deutsche Siedlung zur Hussitenzeit zum Erliegen gekommen ist. Sie bedeutet die vorhussitische Sprachgrenze, soweit man davon in einer Zeit reden darf, in der von Durcheinanderwohnen in größerem Ausmaße als in der Gegenwart gesprochen werden kann. Für die Volkstumsforschung ist die Berücksichtigung der Flurnamen von größtem Wert. Sie erlaubt neben die Städte, die ihrer besseren Quellenlage wegen leichter zu beurteilen sind, das breite Land zu setzen, neben die Betrachtung einzelner Punkte die großen Flächen zu stellen und damit erst die Lücken zu schließen, so daß über große Landschaften alte Volkstumsgrenzen gezogen werden

[103] Vgl. noch E. Schwarz, Aufgaben der deutschen Volksforschung in den Sudetenländern (Dt. Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung 1, 1930, S. 14—17); Deutsch-tschechische Volkstumsauseinandersetzung im böhmischen Mittelgebirge in räumlicher, geschichtlicher und sprachlicher Betrachtung (Raumforschung und Raumordnung 5, 1941, S. 475—488). Abb. 4 auf S. 481 trägt beiderseits der Elbe vor 1420 belegte deutsche Flurnamen und vor 1350 und später übernommene tschech. Flurnamen ein. Die Dissertation von I. Kralik, Die Flurnamen des Kreises Aussig (ungedruckt, Prag 1942) war nicht erreichbar.

können. In Nordböhmen östlich der Elbe hatte sich nur im pol. Bezirk Reichenberg im Südosten in drei Orten eine nennenswerte Anzahl tschech. Flurnamen erhalten. Im Ger.-Bezirk B. Leipa gab es nur südlich der Stadt einige Dörfer, in denen die Flurnamen tschech. Herkunft etwa 7 v. H. ausmachten, wo also mit längerer Bewahrung tschech. Volkstumes zu rechnen ist, in zwei Orten machten sie 1/4 aus. Sie werden am spätesten deutsch geworden sein. Im Gerichtsbezirk Niemes gab es im Osten und Südosten relativ viele tschech. Flurnamen, so daß wir auch hier in einem Gebiet späten Durchsetzens des Deutschtums sind. Im Gerichtsbezirk Dauba hat sich der Hundertsatz zwischen 6 und 35 bewegt, der Bezirk ist spät deutsch geworden, wie sich schon aus den ON-Verhältnissen abzeichnet, im Gerichtsbezirk Wegstädtl bewegte sich der Hundertsatz zwischen 12 und 30, nordwestlich Wegstädtl waren es noch mehr. Der Gerichtsbezirk B. Kamnitz zählte nur wenige tschech. Flurnamen und auch der Bensener ist als deutsch zu betrachten, was den Flurnamenschatz angeht. Im Bezirke Tetschen rechts der Elbe häufte sich der Anteil der tschech. Flurnamen in den Orten an der Elbe südlich Tetschen, die also mit der südlichen Nachbarschaft im Bezirk Aussig zusammen zu beurteilen sind. Im Gerichtsbezirk Auscha waren nur im Nordosten und Norden einige Dörfer frei von tschech. Flurnamen, im übrigen nahm der Hundertsatz gegen Auscha und nach Südwesten und Südosten zu und stieg in manchen Orten bis 30—35 v. H. Hier ist wieder wie in der westlichen und südlichen Nachbarschaft erst das 16. und 17. Jh. entscheidend geworden.

Kombiniert man damit die Aussagen der Ortsnamen-Abb., so bemerkt man, daß die ON im allgemeinen auch deutsche Minderheiten zum Ausdruck bringen und die Unterschiede gegenüber den Flurnamen eine alte Überschneidungszone erkennen lassen, in der man von einer deutschen Minderheit sprechen kann. Noch mehr Einzelheiten würden hervortreten, wenn alte Flurnamen der Urkunden berücksichtigt werden und die Untersuchung der einzelnen Orte vertieft werden kann.

Eine weitere wichtige Quelle stellen die Personennamen u. zw. sowohl die Ruf- als auch die Familiennamen dar. Die Rufnamen spielen in der Zeit der Einnamigkeit die Hauptrolle, seit dem Aufkommen der Familiennamen treten diese dazu. Die Grundsätze, sie für Volkstumsuntersuchungen auf dem Lande zu verwerten, sind dieselben, die bei der Stadtbevölkerung angewandt werden[104].

Aus den Herkunftsnamen läßt sich der Umfang der Zuwanderung und damit die Bedeutung einer Stadt erkennen. Die einzige Stadt unseres Gebietes, bei der die Quellen halbwegs zureichende Aussagen gewähren, ist Leitmeritz. Ihre Volkstumsverhältnisse stehen seit ihrer für Nordböhmen frühen Gründung um 1230 ziemlich klar vor uns. Sie war bis zu den Hussi-

[104] Bohemia Jb. 2, S. 30 ff.

tenkriegen deutsch verwaltet, aber von tschech. Dörfern umgeben, also eine Sprachinselstadt, in der in der zweiten Hälfte des 14. Jh. das tschech. Element zunimmt[105]. Sie war eine der ältesten deutschen Städte in Böhmen, nur Prag war älter — von Eger wird hier abgesehen, das Egerland ist erst im 14. Jh. zu Böhmen gekommen. Abb. 5 zeichnet diejenigen Orte ein, nach denen sich Leitmeritzer Bürger nennen, wobei von Dörfern der Umgebung abgesehen wird. Auf der Abb. 5 wird auch unterschieden, ob die Zuwanderer als Deutsche oder als Tschechen angesprochen werden können. Man

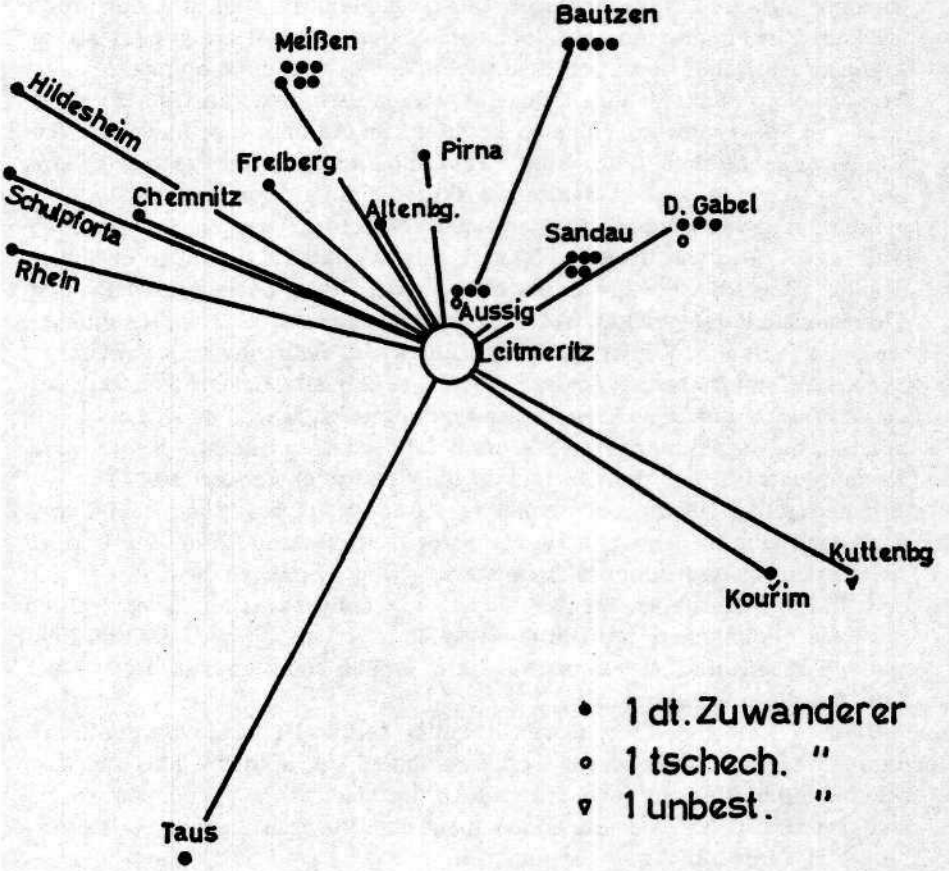


Abb. 5. Herkunftsnamen in Leitmeritz vor den Hussitenkriegen

bemerkt überwiegend deutsche Zuwanderung. Dort, wo mehrere Zuwanderer nach derselben Stadt heißen, wird es sich meist um dieselbe Familie handeln, doch ist eine wirkliche Scheidung nur dort möglich, wo entsprechende Angaben in den Urkunden enthalten sind. Meist werden Patrizierfamilien ge-

[105] Eingehender dazu Bohemia Jb. 2, S. 60—62.

nannt. Die Herkunftsorte sind meistens bestimmbar, so in Böhmen *Vzch* Aussig, *Gablona* D. Gabel, *Cvrim* Kouřim, das damals eine deutsche Mehrheit hatte, *Tust* Taus, *de Monte* Kuttenberg. Mehrmals vorkommendes *Sandow* wird auf Sandau am Polzenfluß bezogen, weil es der Leitmeritz am nächsten liegende Markt ist. Außerhalb Böhmens weisen mehrere Namen nach Sachsen, so *Aldenburc* und *-berc* Altenberg im Erzgebirge, *Vriberc* Freiberg, *Pernis* Pirna, *Misna* Meißen, *Budesin* Bautzen, weiter nach dem Westen führen *Hildensim* Hildesheim, *Reinensis* „vom Rhein" und *Hessler*, bei dem mehrere Orte zur Wahl stehen[106]. Der Gesamteindruck ist, daß der größte Teil der Zuwanderer aus Nordböhmen, Sachsen und Westdeutschland gekommen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich um die erste deutsche Stadt in Nordböhmen handelt, aus anderen deutschen Städten Böhmens deshalb erst später Bürger kommen konnten, im Anfang aber ohne eine Zuwanderung aus dem Reich eine Gründung nicht möglich gewesen wäre. Spätere Gründungen kommen mit stärkerer Binnenwanderung aus.

Eine Reihe von Bürgern nennt sich nach Nachbardörfern, nach *Conyet*, wo *Matthias* Richter war (Konojed 5 km n. Auscha), *Budina* (Budin an der Eger), *Copycz* (Deutsch Kopist, das bis 1781 an der Stelle der späteren Festung Theresienstadt gelegen hat, wofür die Deutschen zuerst 1262 *Copiz* sagten[107], was von Böhmisch Kopist nicht gilt), *Buschwicz* Bauschowitz s. Leitmeritz, *Syrnosick* Tschernosek, *Zulewicz* Sulowitz sö. Lobositz, *Cziescowicz* Tschischkowitz ssw. Lobositz, *Pehsan* Pistian w. Leitmeritz. Soweit es sich um Leute handelt, die in Leitmeritz im Rat erscheinen oder angesehene Bürger sind, werden sie nicht aus den Dörfern in die Stadt zugewandert sein, sondern sich nach Orten nennen, in denen sie Grundbesitz erworben haben, was auch dann möglich ist, wenn sie etwa Dorfrichter waren. Da in den Dörfern um Leitmeritz und Lobositz kein starkes Deutschtum zu beobachten und auch über Minderheiten im 13. und 14. Jh. wenig festzustellen ist, werden diese Herkunftsnamen nicht in dieselbe Linie mit denen nach Städten Böhmens, Sachsens und Westdeutschlands zu stellen sein. Sie sind deshalb auf Abb. 5 nicht aufgenommen[108].

Diese macht es weiter begreiflich, daß Leitmeritz Magdeburger Recht hatte. Die ersten Zuwanderer werden es im 13. Jh. mitgebracht haben. Ein Schluß, daß diese aus Niederdeutschland um Magdeburg gekommen wären, ist daraus nicht zu ziehen. Sie kommen aus dem Verbreitungsgebiete Magdeburger Rechtes zur Abwanderungszeit.

---

[106] 7 Orte Heßler, Heßlar in Unterfranken, Niederhessen und Westfalen kommen in Betracht. Am nächsten liegt Burgheßler und Kloster-Häseler im Kreis Eckartsberga zwischen Unstrut und Saale, 9. Jh. *Heselere*. Zum Namen E. Schröder, Deutsche Namenkunde[2], S. 259.

[107] RB II 148.

[108] Für die Herkunftsnamen sind folgende Urkunden herangezogen worden: 1253 RB I 607; 1263 RB II 148; 1267 RB II 213; 1269 RB IV 818; 1283 RB II 548; 1319 bis 1331 RB III 223; 1331 RB III 676; 1339 RB IV 292; 1341 RB IV 357; 1341 RB IV 379.

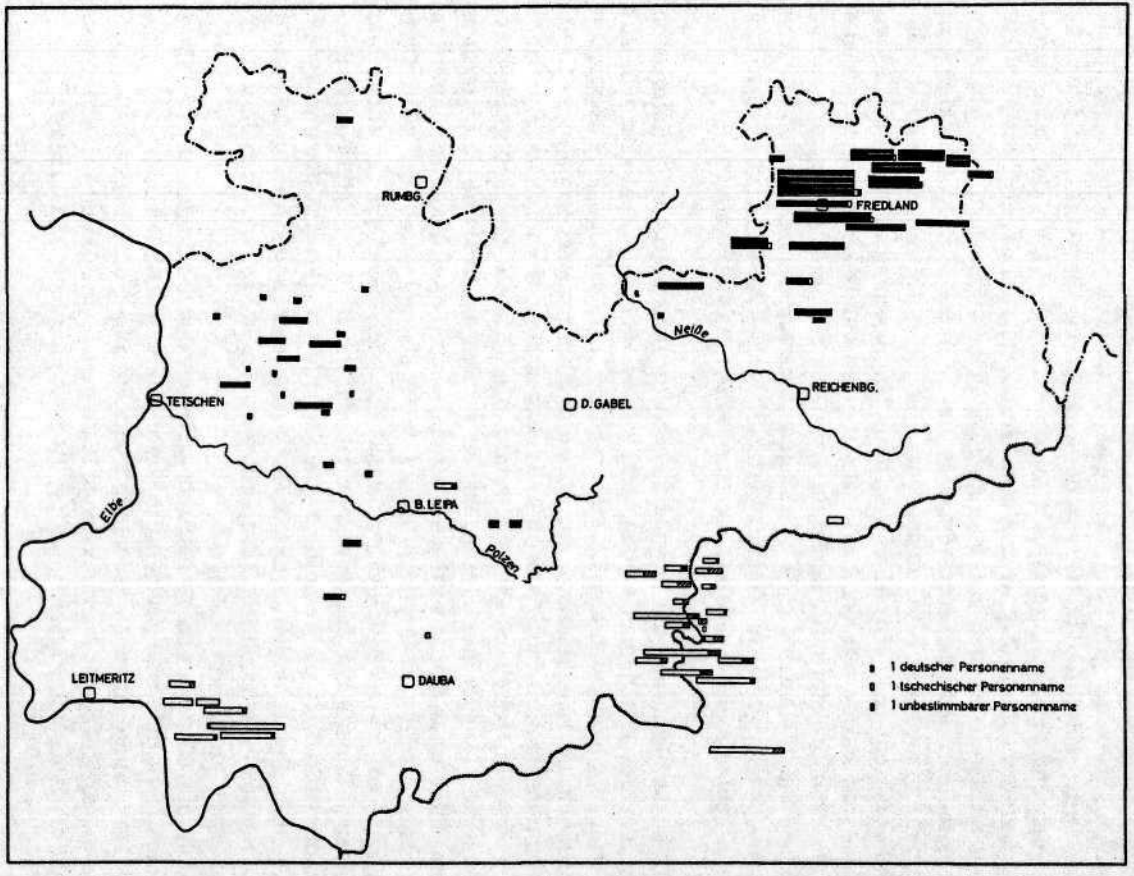


Abb. 6. Personennamen vor den Hussitenkriegen

Um die Lücken der Bewohnernamen in den Dörfern zu schließen, zieht Šimák auch die Pfarrernamen heran. Es sind keine einheimischen Elemente, zumal im Mittelalter ein rascher Wechsel in den schlecht dotierten Pfarreien stattfindet. Viele tragen lateinische und damit unbestimmbare Namen. Trotzdem gewähren sie einige Aussagen, weil die Kirche Interesse hatte, daß die Predigten von der Bevölkerung verstanden und besucht wurden und deshalb gern Priester hinschickte, die der Volkssprache mächtig waren. Ganz streng wird dieser Grundsatz freilich nicht eingehalten, weil man sich mit den zur Verfügung stehenden Pfarrern und Kaplänen behelfen mußte. Dieses Namenmaterial ist in seiner Aussagefähigkeit nicht so befriedigend wie Bauernnamen, weil es sich nicht um einheimische Bevölkerung handelt. Wir sehen von ihrer Einbeziehung ab, weil wir in den Orts- und Flurnamen eine beweiskräftigere Quelle gefunden haben, die Šimák überhaupt nicht berücksichtigt. Doch soll nicht geleugnet werden, daß auch den Namen der Geistlichkeit im Zusammenhang mit den anderen Aussagen ein gewisser Zeugniswert zukommt, besonders wenn man sich beim Fehlen anderer Quellen um eine Bestätigung umsieht.

Die Abb. 6 zeichnet die Ergebnisse der Durchmusterung der Bauernnamen ein. Für das Friedländer Gebiet steht das Friedländer Urbar von 1381 zur Verfügung, wobei von den Zusätzen und Ergänzungen von 1409 abgesehen werden kann. Man bekommt durchaus den Eindruck einer schon damals rein deutschen Bauernschaft. Was an undeutschen Namen vorkommt, z. B. *Hannus Prade* in Friedland (tschech. *brada* „Bart"), stellt schon eine Eindeutschung dar. Die Träger solcher Namen werden als Deutsche zu betrachten sein. Ein *Hanus Radus* wird als Tscheche eingetragen, kann aber auch ein Deutscher sein, ein *Mytsche snider* wird als unbestimmbar betrachtet. *Mytsche* ist eine zu *Mikuláš* „Nikolaus" gehörige Koseform, die aber schon deutsche Endung hat. Im Deutschen gilt dafür *Nitsche*. Ein *Jesske Beme* in Kunnersdorf wird als Tscheche betrachtet, nicht wegen des Namens *Beme*, wie auch ein Deutscher heißen kann, wohl aber wegen des undeutschen Rufnamens *Ješek*, den Deutsche nicht getragen haben, wie auch *Jerysch* = *Jaroš* bei ihnen nicht üblich war.

Für die Gegend von B. Kamnitz gewährt das B. Kamnitzer Stadtbuch einige Aussagen, weil gelegentlich Leute und auch Schöffen aus den Dörfern der Umgebung genannt werden. Sie tragen im allgemeinen deutsche Namen, die undeutschen machen einen eingedeutschten Eindruck und ihre Rufnamen sind deutsch, z. B. *Niclas Wainczke* (tschech. *Vaníček)* in Gersdorf[109].

---

[109] Šimák, S. 699 betrachtet auch *Blohoyt* und *Kröl* als tschech., er sucht darin offenbar *Blahut* und *Král*. Die Schreibung *-hoyt* verrät, daß es sich um mundartliches *höut* < *höubet* „Haupt" handelt, also um einen „Blauhaupt". Bei *Kröl* ließe sich bei Herkunft aus *Král* das *ö* nicht erklären. Es steht für mhd. *krülle* „lockig".

Bemerkenswert sind Beobachtungen aus der Gegend um B. Leipa[109a]. In Voitsdorf bei B. Leipa tragen 1371 alle fünf genannten Bewohner deutsche Namen, trotzdem auch ein tschech. Name für den Ort angegeben wird *(Voytsdorf quae in boemico dicitur Bohaticz).* Es sind, um ein Beispiel zu bringen.
Petrus dictus Smoczer
Nicolaus dictus Renner
Nicolaus dictus Puntschuch
Nicolaus dictus Scolcz (= Scholz)
Cristannus (LE I 85). Dasselbe gilt in der gleichen Urkunde für Götzdorf (3 : 0 : 0), wo aber 1369 (LE I 73) ein tschech. Name auftaucht: *Miksso dictus de Sworzicz* (Schwabitz). In Pießnig, das auch nur mit der tschech. Form *Pieseczna* 1389 (LE III 318) auftritt, tragen die Bauern ebenso eindeutig tschech. Namen (bis auf 2, die vielleicht als unbestimmbar anzusehen sind):
Blasek (= tschech. *Blažek)*
Hanusch (= *Hanuš,* kommt auch bei Deutschen vor)
Wanka (= Vaněk, Kurzform zu *Václav)*
Jessek (= *Ješek,* Kurzform zu *Ján)*
Kral (Král „König")
Oldrzich (= *Oldřich* „Ulrich")
Mach (Kurzform zu *Matěj* Matthaeus oder *Matiáš* Matthias)
Walek (kaum *Válek* „Nudelholz", eher Kurzform zu *Valentin)*
Schymon (= *Šimon* „Simon")
Jessek
Andreas (tschech. *Ondřej,* unbestimmbar).
Man bemerkt, daß hier noch Einnamigkeit vorherrscht, während in Voitsdorf die Doppelnamigkeit vorwiegt, schon deshalb notwendig, weil allein drei Bauern den Rufnamen *Nicolaus* tragen. Gleichzeitig sieht man, daß Heiligennamen dieselbe Rolle spielen wie im Deutschen.

In Kosel sw. B. Leipa auf halbem Wege nach Drum finden wir 1371 (LE I 83):
Ticzko dictus Schetner
Friczko filius Seydlmanni
Martinus filius Langi Henczikonis, dessen Bruder aber *Henricus* heißt. Es gibt weiter eindeutig deutsche Namen im Orte, z. B. *Katherina Czwengynne relicta Henrici,* tschech. wie *Marsiko* und unbestimmbare, z. B. *Petrus judex in Kosla, Jacobus* (5 : 1 : 2). Da auch Deutsche gelegentlich das tschech. Suffix *-ek* tragen und die zugehörigen Ruf- und Familiennamen dt. sind, werden ihre Träger als dt. betrachtet. Es bleibt aber, da sich diese Gebrauchsweise in anderen Dörfern der Nachbarschaft nicht findet, zu erwägen, ob es sich nicht um ein Dorf an der damaligen Sprachgrenze mit teilweiser Doppelsprachigkeit handelt.

[109a] Vgl. dazu den älteren Versuch von V. Aschenbrenner, Besiedlungsgeschichte der Gegend von B. Leipa (Heimatbildung 10, 1928/29, S. 14 ff., 45 ff., 144 ff.).

Südlich von B. Leipa lag das später verödete Dorf *Záluží*, wo 1394 und 1396 (LE IV 405, 432) die Bauern meist tschech. Namen tragen *(Zaluss*, 0 : 11 : 2). Im Chotieschauer Urbar von 1367 (DR 23 ff.) begegnen einige Orte um Wegstädtl. Die Namen sind vom Herausgeber nach leidiger tschech. Art z. T. ins moderne Tschech. transskribiert worden, lassen aber die tschech. Namengebung gut erkennen, zumal der einzige deutsche Name in Wrutitz deutsch geschrieben wird *(Vencl*, sonst *Václav)*. Es handelt sich um die Orte Ruschowan, Trnowey, Enzowan, Selz, Schwarzenitz, Wrutitz, Polep. Man sieht deutlich, wo deutsche oder tschech. Bauernnamen auftreten, die sich relativ gut einer der beiden Sprachen zuordnen lassen, denn seltener als in den Städten erscheinen Latinisierungen oder Berufsbezeichnungen.

Das aus der Zeit um 1400 stammende Münchengrätzer Urbar[110] bietet aus der Gegend Münchengrätz, Bakow bis B. Eicha eine Reihe von Bauernnamen, die einen durchaus tschech. Eindruck machen. Daß dabei Heiligennamen ebenso wie bei deutschen Bauern eine große Rolle spielen, ist schon betont worden. Nicht nur vor der Hussitenzeit folgen sowohl die deutschen als auch die tschech. Bauern in der Namengebung der Kinder westlichen Moden, auch die Hussitenwirren ändern daran nichts, nur daß sich gebietsweise die tschech. Bauern später oder zögernder anschließen. Waren die Heiligennamen bei den Deutschen eingedeutscht, was Umlaut, Abschleifung unbetonter Silben, dt. Suffixe und Verkleinerungen anbelangt, so wiegen auch bei den Tschechen tschech. Suffixe vor. Treten die bloßen Heiligennamen ohne Suffixe auf, z. B. *Sczepan, Ondrzyey, Gyndrzych, Mychal (= Štěpán, Ondřej, Jindřich, Michal)*, ist gelegentlich ein Schwanken möglich, ob sich darunter nicht *Stephan, Andreas, Heinrich, Michael* verbergen, die als unbestimmbar zu betrachten wären. Aber Namen wie *Zwach* (Kurzform etwa zu *Svatomír), Pessyk* (Weiterbildung zu *Pech*, tschech. Kurzform zu *Petr* „Peter") sind eindeutig tschech. Bildungen. Ebenso eindeutig sind Namen wie *Osskrd, Gvenyewa, Robye, Olessly* in Bakow, auch zweinamige Leute mit tschech. Familiennamen, z. B. in Ober-Krupai *Wawrzynecz Gyehnyczye, Pessek Vedro, Waczlaw Obaslo*. Es findet sich in diesen Dörfern fast kein dt. Name, so daß in Wirklichkeit auch die unbestimmbaren als tschech. zu betrachten sein werden. Abb. 6 berücksichtigt aus dem Urbar nur die Orte in der Nähe der späteren Sprachgrenze. Es ergibt sich, daß hier vor den Hussitenkriegen noch tschech. gesprochen worden ist.

Leider bleiben auf Abb. 6 große Lücken. Immerhin ist ersichtlich, daß einem deutschen Namengebiet im Norden ein tschech. im Süden gegenübersteht und die Gegend von Wegstädtl und nördlich Münchengrätz bis B. Aicha noch tschech. war. Damit bestätigt sich das Bild, das die Abb. 1—4 geboten haben. Um die alte Sprachgrenze oder Mischzone noch genauer heraus-

[110] J. Emler, Zlomek urbáře kláštera Hradištského (Pojednání král. české spol. nauk, ř. VI, díl 12). Prag 1884.

arbeiten zu können, wird es sich empfehlen, noch die Dorfformen zu befragen und dann zu versuchen, ob sich aus den Verhältnissen des 16. Jh. Rückschlüsse ziehen lassen.

Über die Flur- und Dorfformen fehlen das gesamte Gebiet einbeziehende Untersuchungen. Im rechtselbischen Teil des pol. Bezirkes Aussig[111] liegen Rund-, Straßendörfer und Weiler, Waldhufendörfer sind nur Neudörfel und Saubernitz. Hier haben wir wenige alte eingedeutschte Flurnamen gefunden, die meisten sind erst später ins Dt. aufgenommen worden. Es kann sich hier also nur um ein tschech. Dorf handeln, das von Deutschen als Waldhufendorf umgestaltet worden ist. Es ist bekannt, daß die alten lang sich hinstreckenden Dörfer südlich vom Polzenfluß, die deutschen Gründungen des 13. Jh., die sich bis Graber vorschieben, als Waldhufenanlagen entstanden sind. Dasselbe gilt für die alten Dörfer im Rumburger und Friedländer Zipfel, um B. Kamnitz und Reichenberg sowie D. Gabel. Bei Haida sind Röhrsdorf und Arnsdorf sowie Langenau Waldhufendörfer, nicht aber Schaßlowitz, Kottowitz und andere mit tschech. Namen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die meisten der deutschen Gründungen des 13. und 14. Jh. Waldhufenanlagen sind. Als die Deutschen sich ansiedelten, muß diese für Anlagen im Walde und Gebirgsvorlande ausgezeichnete Flur- und Dorfform bereits voll ausgebildet gewesen sein. Am besten läßt sich das im Bezirke Friedland beobachten, wo man den Eindruck hat, daß die deutschen Dörfer nach einem großen Plane systematisch vermessen und in den alten Wald vorgeschoben worden sind.

Die Hussitenwirren waren einem weiteren deutschen Landesausbau wenig günstig. Man darf mit einem Erliegen rechnen. Die tschech. Amtssprache wurde eingeführt. Vielfach fand man es nicht mehr für notwendig, die deutsche Sprache zu lernen. Seit der zweiten Hälfte des 15. Jh. führte die tschech. Adelsherrschaft zu immer stärkerer Leibeigenschaft. Daß die Aufgabe der alten Freiheiten für die Bauern und Bürger nicht dazu angetan war, den Schwung des 13. und 14. Jh. fortzuführen, liegt auf der Hand. Trotzdem wird zu betonen sein, daß die Hussitenkriege in mancher Hinsicht, so in der Behandlung der Deutschen, über- und die schon angebahnte Entwicklung des 14. Jh. unterschätzt worden sind. Da in den Prager Ämtern, z. B. in der Landtafel, tschech. amtiert wird, wird man aus ihren Schriften nicht immer deutlich die Volkstumsverhältnisse rekonstruieren können. Um so mehr wird man die einheimischen Quellen heranziehen müssen.

Auf der Abb. 1 sind die tschech. ON eingetragen, die erst zwischen 1421 und 1620, seit dem Beginn der Hussitenkriege bis zur Schlacht auf dem Weißen Berge, dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges, in den Quellen

---

[111] Vgl. F. J. Umlauft, Siedelungsformen im Aussiger Bezirke (Heimatkunde des Bezirkes Aussig, II. Teil, 2, 1929), S. 164—195; kartographisch dargestellt von E. Schwarz, Deutsche Hefte f. Volks- und Kulturbodenforschung 2 (1932), Tafel 1, Karte 3.

erscheinen, wobei neben den deutschen Darstellungen das fünfbändige Werk von Profous zur Verfügung steht. Es handelt sich um einige Nennungen zwischen Wernstadt und Auscha, zwischen Tetschen und B. Kamnitz, um Oschitz und westlich und südlich Gablonz. Manchmal wird es auf Zufall beruhen, daß keine älteren Nennungen aufzutreiben sind, sonst aber wird es sich wirklich um späte Gründungen handeln, so in unwirtlicheren und weniger fruchtbaren Strichen wie um Gablonz. Bisweilen wurden Wüstungen neu besiedelt. Im großen und ganzen wird der ältere Siedelraum wenig verdichtet, mit wirklicher Erweiterung ist nur um Oschitz und Gablonz und sonst in ungünstigerer Lage zu rechnen. Ähnlich ist das Bild der späteren deutschen Nennungen auf Abb. 2. Hier füllen sich die Bezirke Gablonz und Reichenberg, aber auch das böhmische Niederland mit neuen Gründungen, sonst handelt es sich um Verdichtungen des Ortsnetzes, wobei in manchen Fällen ältere Ortschaften vorliegen können, die nur durch die Ungunst der Überlieferung spät auftauchen.

Die Forschung ist den Volkstumsgrundlagen nur gelegentlich und dann nur gegendweise nachgegangen. Sie hat sich, wie noch festzustellen sein wird, mehr mit der Sprache der amtlichen Eintragungen als mit dem dahinter stehenden Volkstum beschäftigt. Gegen die sonst relativ objektiven Darlegungen von Klik[112] werden wir Bedenken anmelden müssen. Immerhin sind manche wertvolle Beobachtungen und Feststellungen gemacht worden, so daß es sich empfiehlt, die erreichbaren Schriften durchzumustern.

In Tetschen und Bensen hat sich nach den Hussitenkriegen die deutsche Bevölkerung behauptet. In Tetschen war die Kenntnis der tschech. Sprache gering. Es scheint allgemein so gewesen zu sein, daß nun die Kenntnis der zweiten Landessprache nicht mehr selbstverständlich war oder als notwendig empfunden wurde und sich auf diejenigen beschränkte, die durch ihre Amtspflichten dazu genötigt waren. Die tschech. Bestätigung der Tetschener Privilegien durch Mikuláš Trčka war eine dem Rat unverständliche Urkunde. Wegen der Notwendigkeit, mit den Landesbehörden tschech. zu verkehren, hielt man sich einen des Tschech. kundigen Schreiber, was wir noch öfters in dieser Zeit beobachten können. Der Grundherr hat es schließlich vorgezogen, die Tetschener und Kamnitzer Herrschaft wegen der schlechten Wege und der deutschen Sprache in der Gegend an die Salhausen zu verkaufen, die Bensen und andere Güter hinzukauften[113]. Schon zu Beginn des 16. Jh. tritt also die tschech. Herrschaft den Rückzug vor der deutschen Sprache an. Man darf darauf schließen, daß die Hussitenkriege in dieser Gegend keine Veränderungen im Volksgefüge vorgenommen haben. Die ganze Gegend war dadurch geschützt, daß ihr nach Süden noch eine deutsche Zone

[112] J. Klik, Národnostní poměry v Čechách od válek husitských do bitvy bělohorské (ČČH 27, 1921, S. 8—62; 28, 1922, S. 31—73).

[113] W. W. Tomek, Příběhy města a panství Děčína (Časopis Českého Muzea 1841), S. 150, 149.

vorlag. Die Beschlüsse des Landtags, daß überall tschechisch amtiert werden sollte und keine Deutschen ohne Kenntnis der tschech. Sprache zu den Ämtern zugelassen werden sollten, konnten nicht überall eingehalten werden. Es hing von den Grundherren, die eine starke Stellung im Lande hatten und als einziger Gewinner der Hussitenzeit gelten können, ab, ob sie solche Beschlüsse wirklich durchführen wollten oder konnten. Die Erfordernisse des Lebens werden oft stärker gewesen sein. Sorgten die Grundherren nicht für die Aufrichtung der Wirtschaft, fehlten ihnen notwendige Einnahmen. Deshalb beginnen ja seit dem 16. Jh., als die Reformation eine Annäherung der Utraquisten an das Luthertum herbeiführte und auch die meisten Deutschen protestantisch wurden, deutsche Handwerker wieder in den Städten des Inneren zu erscheinen, wo man sie begrüßte, weil man sie brauchte, manchmal freilich ihr Wiedererstarken zu verhindern suchte. Ähnliche Beobachtungen liegen aus D. Gabel vor, wo man 1571 im Kloster einen Tschechen nicht aufnehmen wollte, weil er nicht Deutsch konnte. B. Leipa ist deutsch geblieben, die in der vorhussitischen Zeit noch vorhandene tschech. Bevölkerung ist zurückgedrängt. Vermutlich wird das Vorschieben der Sprachgrenze, die Umwandlung einer Sprachgrenzstadt zu einer von dt. Dörfern umgebenen, dazu beigetragen haben. Die Herren von Wartenberg und die Berka gaben der Stadt nur deutsche Privilegien[114]. Hirschberg hatte noch am Ende des 17. Jh. ein tschech. Siegel. Auch die Glocke trägt 1747 und 1764 tschech. Inschriften. Dauba wird deutsch erst nach dem Dreißigjährigen Kriege. 1619 wird ein Stadtbuch mit tschech. Widmung angelegt. Diese Feststellungen K l i k s[115] gehen aber nur auf die amtlichen Äußerungen der befohlenen tschech. Landessprache ein, ohne zu prüfen, ob eine dt. Minderheit bestanden hat und wie das Verhältnis der beiden im Lande vertretenen Völker beschaffen war. Wenn in Dauba schon 1630 die Tschechen in der Minderheit sind, so ist das kaum dem Jahrzehnt von 1620—1630 zuzuschreiben, sondern dem Umstande, daß die Deutschen eben schon vor 1620 genug zahlreich waren, aber entweder noch nicht die Mehrheit hatten oder nicht in den Rat gelassen wurden. Solche Entwicklungen sind nicht zu verstehen, wenn man sich nur auf amtliche Schriften verläßt. Man muß wie vor den Hussitenkriegen mit nationalen Minderheiten rechnen. Nur dann sind nationale Veränderungen als Entwicklungen zu begreifen. Auch K l i k ringt sich manchmal zu diesem Eingeständnis durch, meist aber behilft er sich wie andere damit, eine große deutsche Zuwanderung aus dem Reich und damit eine gewollte Germanisierung anzunehmen. Man müßte hier die Stadtbücher heranziehen und die Namenverhältnisse beobachten, was meist unterblieben ist, weil das sprachliche Schulung und Überblick über Entwicklungsneigungen, Abgehen vom Oberflächlichen und Vertiefung in die Probleme, außerdem eine große landschaftliche Übersicht voraussetzt. Man

[114] K l i k, ČČH 28, S. 48 ff.
[115] K l i k, a. a. O., S. 49.

hat den Eindruck, daß die schon 1420 vorhandene deutsche Minderheit nicht nur geblieben ist, sondern trotz der schlechten Zeiten zugenommen hat. In Wegstädtl wird im Anfang des 17. Jh. tschech. unterrichtet, später wird die Schule utraquistisch, 1677 ganz deutsch, nun dringt das Deutsche auch in die Grundbücher ein. K l i k rechnet hier mit neuer deutscher Zuwanderung aus Sachsen. Das müßte sich im Namenschatz auswirken. Im 17. Jh. sind die Familiennamen schon fest, neu auftauchende würden auffallen, wenn man die Grundbücher systematisch durcharbeitet, bei größerem Überblick müßte sich feststellen lassen, woher Zuwanderer gekommen sind, ob aus der Umgebung oder aus größerer Ferne. Es ist durchaus möglich, daß sich neue Zuwanderer eingestellt haben, ob sie aber irgendwelche Bedeutung hatten, bleibt zu untersuchen. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Auch mit Eingriffen tschech. Grundherren ist zu rechnen. So wird in Reichen 1593 bis 1613 ein tschech. Grundbuch geführt, das sich auf ältere verlorene deutsche Register beruft. Die deutschen Namen dringen auch bei tschech. amtlicher Schreibung durch[116]. Auch in Bleiswedel, wo bis 1558 tschech. Bücher geführt werden, sind deutsche Namen festzustellen. In Auscha wird vor 1620 tschech. amtiert, deutsche Einflüsse sind erkennbar. Die deutsche Vorstadt *(niemecké przedmiesti)* wird in die vorhussitische Zeit zurückreichen, wie o. S. 42 dargelegt ist. Daß eine deutsche Zuwanderung erfolgt ist, ist nicht zu bezweifeln, wie die Neubürgerlisten verraten. In Auscha finden sich 1590—1610 unter 164 Neubürgern 115 deutsche Namen. Die Frage ist nur, ob diese Zuwanderer aus dem Reich kommen oder nicht eher aus der deutschen Umgebung. Die schnelle Verdeutschung, von der K l i k[117] spricht, kann ohne Berücksichtigung der vorhussitischen Verhältnisse nicht verstanden werden. In Gastorf beginnt das Stadtbuch 1699 tschech. Die Deutschen hatten in Auscha und Leitmeritz bereits im Anfange des 17. Jh. ihre Prediger. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß in Leitmeritz die Annahme deutscher Briefe aus Dresden verweigert wird, weil diese Stadt tschech. Briefe ablehnte. Das sind Äußerungen einer nationalen Empfindlichkeit einer tschech. verwalteten Stadt, die sich nach den Landtagsbestimmungen über den Vorrang und die Alleingeltung der tschech. Sprache, aber nicht nach der Bevölkerung und ihren Bedürfnissen richtet. Immer wieder wird verlangt, daß die deutschen Handwerker innerhalb eines Jahres das Tschech. erlernen. Gerade, daß diese Aufforderung ständig wiederholt wird, verrät, daß man ihr nicht nachgekommen ist. Tschech. Matrikenführung, tschech. Stadtbücher, langes Fortleben der tschech. Sprache in literarischen Bruderschaften sind mit dem Blick darauf zu würdigen, daß sich nationale Veränderungen in der Bürgerschaft anbahnen, aber nur langsam amtlich zur Geltung kommen, und eine anfängliche tschech. Mehrheit den Schritt zur Minderheit aufzuhalten trachtet. Sie hält nach Möglichkeit am Herkommen

---

[116] A. P a u d l e r, Mitt. des Exkursionsklubs in B. Leipa 1899, S. 136 ff.
[117] K l i k, a. a. O., S. 51.

fest. Das ist bei jedem Volk eine natürliche Entwicklung. Die Forschung hat aber die Pflicht, über diese erhaltenen schriftlichen Quellen in die Tiefe zu blicken und für die allmähliche nationale Umwandlung einer Stadt Verständnis zu gewinnen. Die Entwicklung ist nicht aufzuhalten und es ist bezeichnend für diese Zeit, daß sie nicht von den führenden deutschen Schichten ausgeht wie im Mittelalter, sondern von den Handwerkern, die sich immer mehr zur Geltung bringen, Vermögen besitzen und es einsetzen, wenn sie sich dafür das Recht an einer Kirche sichern können[118]. So erklärt sich das Schwanken der Eintragungen z. B. in Schüttenitz nahe Leitmeritz, wo tschech. Sprache bis 1622 vorherrscht, dann vier Jahre durch deutsche abgelöst wird, dann wieder tschech. vorkommt. Im Hintergrund steht die politische Entwicklung, die Schlacht am Weißen Berge, die verneuerte Landesordnung, die der dt. Sprache die Gleichberechtigung bringt. In diesem Dorf wohnen offensichtlich Deutsche und Tschechen zusammen[119]. Im 16. und 17. Jh. wird, wie man sieht, das gemischtsprachige Gebiet der Zeit vor 1420 und das anschließende bis zur späteren Sprachgrenze in zunehmendem Maße deutsch. Doppelsprachigkeit wird der Bevölkerung den Übergang erleichtert haben. Davon berichtet Schaller aus den Dörfern um Trebnitz[120]. In Groß-Tschernosek und Zirkowitz nordwestlich von Leitmeritz gibt es tschech. Grabinschriften und eine Glocke mit tschech. Inschrift von 1525 und 1540. Über das Fehlen oder Vorhandensein einer deutschen Minderheit wird aber damit nichts ausgesagt. Andererseits fehlt es nicht an Beweisen für tschech. Sprache in manchen Dörfern. Im Dorfe Schreckenstein und in Neusedlitz verlangt man noch 1583 nach einem tschech. Priester[121]. Der Stadtrat in Aussig schrieb in dieser Angelegenheit an den Erzbischof, man möge einen beider Sprachen kundigen Priester hinschicken. Dieses Schreiben ist in deutscher Sprache abgefaßt[122]. Man wird in Aussig über die Verhältnisse in beiden Nachbardörfern unterrichtet gewesen sein. Daraus geht hervor, daß in ihnen auch Deutsche gelebt haben. Nur im Vorbeigehen kann bemerkt werden, daß sich in den der Sprachgrenze vorgelagerten Städten Jungbunzlau, Münchengrätz und Turnau im 16. Jh. ebenfalls deutsches Leben geregt hat, ohne sich allerdings durchsetzen zu können.

Mit solchen Untersuchungen amtlichen Sprachgebrauches dringt man nicht tief genug in die wirklichen Sprachverhältnisse ein. Was not tut, ist ein Einblick in das Sprachgefühl der Bewohnerschaft, wozu wieder die Namengebung herangezogen werden muß. Die ungedruckten Quellen, Grundbücher und Matriken, werden hier nur schwer herangezogen werden können. Deshalb ist es gut, daß wenigstens für einige Gegenden Grenzstreitsurkunden des 16. Jh. zur Verfügung stehen. Die Herrschaften führten oft erbitterte

[118] Dazu Bohemia Jb. 2, S. 62.
[119] J. Jireček, Žitenice za XVII. věku (Památky arch. 10, S. 275—276).
[120] J. Schaller, Topographie des Königreiches Böhmen, Leitmeritzer Kreis, S. 65.
[121] Klik, a. a. O., S. 55.
[122] Abdruck Štědrý, Sborník hist. kroniky 1915, S. 109—110.

und langwierige Streitigkeiten, die schließlich durch besondere Kommissionen eines eigenen Grenzgerichtes entschieden wurden, bei denen Bewohner der an den Streitigkeiten beteiligten und benachbarten Herrschaften als Zeugen verhört wurden. Die Kommissionen bestanden aus Schöffen, denen Schreiber beigeordnet waren. Diese haben die Namen der Schöffen und Zeugen an Ort und Stelle niederschreiben müssen. Sie werden zwar nicht immer, aber doch meist angeführt. Die Urkunden sind tschech. gehalten, die Schreiber waren meist Tschechen. Sie haben nach Art des 16. Jh. nach dem Vorbild der Landtafel oft, aber nicht immer die Rufnamen tschechisiert, auch die Berufe bzw. die Berufsnamen. Eine durchgehende Regel läßt sich nicht feststellen, weil die Schreiber nicht gleichmäßig vorgegangen sind. Oft waren die Namen der zugezogenen einheimischen Leute nur auf Zetteln vermerkt, d. h. die Urkunden wurden erst in Prag ausgefertigt und die Zettel übertragen, wobei wieder Namentschechisierungen vorkommen können, aber nicht müssen. Bisweilen wurden dieselben Zeugen von beiden Seiten herangezogen, dann können Unterschiede auftreten. Auch Schreibfehler sind nicht selten festzustellen. Die aus dem 16. Jh. stammenden Urkunden sind von Václav Schulz im Archiv Český 30 (1918) veröffentlicht worden und stellen für unsere Probleme eine wichtige Quelle dar.

Für die Zwecke der Volkstumsforschung muß auf die an Ort und Stelle angegebenen Namen der Zeugen zurückgegriffen werden. Es wird notwendig, durch die tschech. Namensfixierung hindurch die wirkliche Gestalt der Namen anzustreben. Das ist deshalb möglich, weil die Tschechisierung besonders unverstandener Familiennamen den tschech. Beamten in Prag Schwierigkeiten bereitete und die Namen deshalb oft so wiedergegeben werden mußten, wie sie gehört wurden oder auf den Zetteln standen. Ein Beispiel möge angeführt werden. 1545 wird ein Grenzstreit um die Wälder zwischen Deutsch Pankraz und Ringelshain im Bezirk Deutsch Gabel abgeschlossen[123]. Die Schöffen der einen Seite stammten aus Turnau, damals einer tschech. Stadt, wie schon aus den Namen hervorgeht (S. 113): *Jiřík Bartošův, Jan bakalař, Jan Hranek,* andere aus Weißwasser: *Jiřík Pěkný, Martin zámečník, Ondřej krajčí;* die der anderen Seite stammen aus Leitmeritz: *Augustin krajčí, Voldřich Koutský;* Raudnitz: *Michal sladovník, Vaněk bečvář;* aus Auscha: *Jan krajčí, Jaroš soukeník.* Berufsnamen sind gewiß kein brauchbares Zeugnis, sie konnten ohne weiters tschechisiert werden, z. B. *bakalař* Bakkalaureus, *zámečník* Schlosser, *krajčí* Schneider, *sladovník* Mälzer, *bečvář* Faßbinder, *soukeník* Tuchmacher. Man bekommt weiter den Eindruck, daß auch in den Städten viele Leute nur den Rufnamen geführt haben und daß die Beifügung des Berufes zur eindeutigen Bestimmung genügt hat. Dieser Schluß muß nicht unbedingt richtig sein, da die Rufnamen als die eigentlichen Namen gegolten haben. Die Leute konnten

[123] AČ 30, S. 109 ff.

schon Familiennamen tragen, die aber nicht unbedingt angeführt werden mußten. Aus ihnen aber sind bessere Rückschlüsse möglich, weil sie nicht so leicht tschechisiert werden konnten. Ein *Jan Hranek*, ein *Voldřich Koutský*, auch ein *Jiřík Bartošův* werden als Tschechen zu betrachten sein. Andere müßten als unbestimmbar bezeichnet werden, wenn sich nicht aus der Gestalt der Rufnamen Schlüsse ziehen lassen. So werden *Vaněk, Jaroš* für Tschechen bezeichnend sein, während *Jiřík, Jan, Ondřej, Martin, Michal* als tschech. Formen für Georg, Johann, Andreas, Martin, Michael eingebürgert waren. Diese Bemerkungen sollen die Schwierigkeiten darlegen, solche Quellen zu einer sicheren Aussage zu bringen. Werden weitere Nennungen aus Urkunden herangezogen, vermehrt sich die Zahl der Namen der mit relativer Sicherheit als Tschechen zu betrachtenden Personen, so daß Turnau, Weißwasser, Leitmeritz, Auscha als im 16. Jh. tschech. Orte, z. T. mit deutscher Minderheit (wie aus anderen Beobachtungen hervorgeht), betrachtet werden können.

Stellt man solchen Namen aus Städten des damals tschech. Sprachgebietes in der angegebenen Urkunde die Zeugen der betreffenden Gegend gegenüber, so finden wir: aus Grottau *(z Hrádku): Jakob Nyznar, Hanuš myslivec, Mats Lang*, aus Deutsch Pankraz: *Beneš Kracik, Petr Hauswald, Hans Jan, Jakub Krouza*, aus Ketten: *Mertn Švetnar*, aus Dönis: *Vencl Klejne* u. a. Der Unterschied im Namengebrauch fällt in die Augen und man wird nicht daran zweifeln, daß man hier Deutsche vor sich hat. Das bezeugen die Familiennamen, wobei natürlich auf die tschech. Schreibmoden des 16. Jh. Rücksicht zu nehmen ist. Man gab z. B. gern die deutsche Endung *-er*, gesprochen *-ᵉr*, als *-ar* wieder, dt. *au* als *ou*, dt. *ai* als *ej*, schrieb *š* für *sch*, stimmhaftes *s* als *z* usw. Ein *Nyznar* ist deshalb ein deutscher Niesner, ein *Švetnar*, aus dem Tschech. nicht abzuleiten, wird ein Schwertner sein, ein *Klejne* ein Klein, ein *Jan* ein Jahn, ein *Krouza* ein Krause. Auch die Rufnamen sind z. T. in deutscher Gestalt gegeben, wie man sie gehört hat, die Tschechisierungen waren also in das Belieben der Schreiber gestellt, so genau hat man es nicht genommen. Darum findet sich *Jakob* statt *Jakub, Mats* für *Matz* „Matthias" statt *Matiáš, Mertn* (und nicht *Martin)*, sogar *Hans* und auffallenderweise sogar *Vencl*. Der hl. Wenzel hatte sich auch bei den Deutschen als Rufname eingebürgert, von dem Abstand des 13. Jh. ist nichts mehr zu bemerken. *Petr* ist die tschech. Form für *Peter* und konnte einem tschech. Schreiber leicht in die Feder kommen, ebenso *Hanuš* für *Hans*. Gleichmäßiges Verhalten darf man nicht erwarten. Die Schreibungen der beigelegten Zettel werden oft übernommen worden sein. Unklarheiten bleiben natürlich bestehen. Ist der *Hanuš myslivec* als Deutscher zu betrachten? *Hanuš* kann für *Hans*, aber auch für *Hanisch* stehen, das ebenfalls bei den Deutschen eingebürgert war, *myslivec* ist ein Berufsname „Jäger". Im selben Jahr wird er in einer anderen Urkunde *Hans Jeger* geschrieben[124].

[124] AČ 30, S. 119.

Man wird ihn in der deutschen Umgebung eher für einen Deutschen halten. Auftauchen deutscher Schreibungen fällt in einem Lande mit tschech. Amtssprache sehr ins Gewicht[125]. Natürlich besteht im 16. Jh. nicht mehr die Sicherheit wie im 13. und 14., daß man aus Namen auf das Volkstum schließen darf, denn seit den Hussitenkriegen sind viele Deutsche tschechisiert worden. Das trifft aber nur für das Innere Böhmens zu, nicht auf die Grenzgegenden, wie wir noch betonen werden. Man muß alle diese Verhältnisse mitberücksichtigen, um zu einem möglichst sicheren Urteil zu gelangen. Man muß auch in Kauf nehmen, daß viele Namen zunächst als unbestimmbar angesehen werden müssen und man sich bei Aussagen nur nach den bestimmbaren richtet.

Die Leute aus Wegstädtl z. B. tragen 1543[126] unzweifelhaft in der Mehrheit eindeutig tschech. Namen: *Petr rychtář, Šimon, Zych Babků, Pavel Charvatův, Vaněk Benešův* (*-ův* heißt „Sohn des *Beneš*), *Bartoň, Matěj Budínův, Bartoň Bašta, Šimek tkadlec* (Weber), *Jan Vosáhlo kovář* (Schmied), *Lekeš, Matěj Konsa, Vojtěch vinař* (Winzer; auch nördlich Melnik wurde Wein gebaut), *Jíra tesař* (Zimmermann). Nur *Petr rychtář, Šimon,* vielleicht noch *Šimek tkadlec* und *Jíra tesář* können als unbestimmbar bezeichnet werden, um den möglichen Tschechisierungen von Rufnamen Rechnung zu tragen. Das Namenverhältnis ist hier 0 : 10 : 4. Ähnliches gilt für benachbarte Dörfer, z. B. für Ratschitz w. Wegstädtl auf dem linken Elbeufer: *Urban Brkáč rychtář, Pavel, Matouš Razima, Jakub Švejl, Jan Holubův, Petr Trojanův, Vaněk starý rychtář* (der alte Richter), *Šimek Pšena.* Nur bei *Pavel* wird man zurückhaltend sein (= Paul). Man kann ein Verhältnis von 0 : 7 : 1 feststellen.

In einer Urkunde von 1545[127] wird eine Reihe von Leuten als *všickni lidé z Bibrštejna* (alles Leute der Herrschaft von Biberstein) als Zeugen der Brüder von Dohna angeführt, ohne daß ihr Dorf genannt wird. Mehrere Namen erscheinen aber wieder als Zeugen des Herrn Joachim von Biberstein, wobei ihr Dorf angeführt wird (Schwarau, Machendorf), so daß sich doch eine Einordnung vornehmen läßt. Dabei werden die Zeugennamen bisweilen verschieden geschrieben, z. B. sind offensichtlich gleich *Jakob Almar* und *Jokoff Almer, Pin Paul* und *Paul Behem, Nykl Hancle* und *Nykl Hencl rychtář, Hans Zejtit* und *Hans Cejbit* u. a. Besonders die Gleichheit von *Pin Paul* und *Paul Behem* ist beachtlich, zeigt sich doch, daß sich der Be-

---

[125] In den Grenzstreitsurkunden wird bisweilen die Koseform neben der „Schreibform" angegeben, was für die Namenforschung bedeutsam ist. Gelegentlich taucht neben der tschech. „Schreibform" die deutsche Form auf. So heißt es in Doksy nw. Unhoscht *Martin jinak* (= sonst) *Marek, Valentin jinač* (= sonst) *Valta, Mikuláš jinak Nykl* (AČ 30, S. 346). Der letzte ist darnach als Deutscher zu betrachten.

[126] AČ 30, S. 96.

[127] AČ 30, S. 119. Vgl. die Ubersicht von E. Gierach, Die Besiedlung des Jeschken-Iser-Gaues in Nordböhmen (Schlesisches Jahrbuch 9, 1936/37, S. 21—33).

treffende einmal als *Bīm* „Böhm" vorgestellt hat, das zweitemal als *Behem*, falls nicht der Schreiber diesmal richtig in die Schrift umgesetzt hat. Daß der Rufname nachgestellt werden konnte, wird durch heutige Gebrauchsweisen bestätigt. Mit Verschreibungen oder Verlesungen der Zettel muß gelegentlich gerechnet werden, so ist *Bartl Kerber*, wie aus der Reihenfolge der Aufzählung hervorgeht, mit *Bartl Ferber* gleichzusetzen. Der deutschen mundartlichen Aussprache wird, wie der Fall *Bin = bīm „Böhme"* zeigt, gelegentlich stattgegeben, so wenn ein *Hans Švorcpach* erscheint, der später *Švarcpach* geschrieben wird. Man hat in der Mundart *šwǫrtspach* gesprochen. Eine Verschreibung dürfte sein, wenn dem *Balcar* (Balthasar) *Zykmund* an der zweiten Stelle der Zeugenliste ein *Balcer Šimon* entspricht. Der zweite Schreiber hat offenbar den Namen falsch verstanden. Als Nachweis über das Vorhandensein bestimmter Familien sind diese Urkunden nicht immer die besten Quellen, aber für unsere Fragen sind sie aufschlußreich.

Daß gelegentlich schöne Beobachtungen über die Gestalt der Rufnamen im 16. Jh. gemacht werden können, über das Aussehen der verwendeten Koseformen u. a., sei hier nur nebenbei bemerkt. In einer Zeugenliste von 1545[128], wo sonst die Rufnamen voranstehen, erscheint ein *Dlouhej Andres z Markvartic* (Markersdorf bei Deutsch Gabel). Es handelt sich um einen Deutschen, wie die Schreibung *Andres* bezeugt. Sein Name wird *Langandreas* gewesen sein. Diese Bildungsweise nach der Art von Jungandreas, Kurzpeter usw. gibt es heute noch. Feix, das in Nordböhmen häufig als Familienname vorkommt, war damals noch Rufname, so 1546[129] in Holundergrund westlich Reichenberg: *Feyx Vojnar z Holdrgruntu (Vojnar* gibt in Nordböhmen mundartliches *wōinar* „Wagner" wieder). Es steht für Veit, vgl. 1555 in Zwickau[130] *Vít jinak Feyx*. Es wird sich um eine Dissimilation handeln, die in der Zusammensetzung Veitstanz > *Veikstanz* aufgekommen ist.

Im 16. Jh. waren — eine Entwicklung, die langsam im 13. und 14. Jh. einsetzt — im Deutschen tschech. Namen eingebürgert, wie umgekehrt deutsche Namen von Tschechen getragen wurden. Aus dem Aussehen solcher Namen kann aber doch bisweilen geschlossen werden, ob ihre Besitzer als Deutsche oder als Tschechen anzusprechen sind. Ein *Jiřík Baudš* in Reichstadt[131] 1554 ist etymologisch ein *Budiš, Budeš*, die Schreibung zeigt, daß es sich um einen Deutschen mit Namen *Bautsch* handeln wird. Bei *Mats Plíška* in Reichenberg darf die tschech. Schreibung nicht täuschen. Der Rufname ist deutsch, die anderen Namen aus Reichenberg 1545[132] sind deutsch. Plischke war ein bekannter Familienname in der Reichenberger Gegend.

---

[128] AČ 30, S. 113.
[129] AČ 30, S. 122.
[130] AČ 30, S. 241.
[131] AČ 30, S. 233.
[132] AČ 30, S. 119.

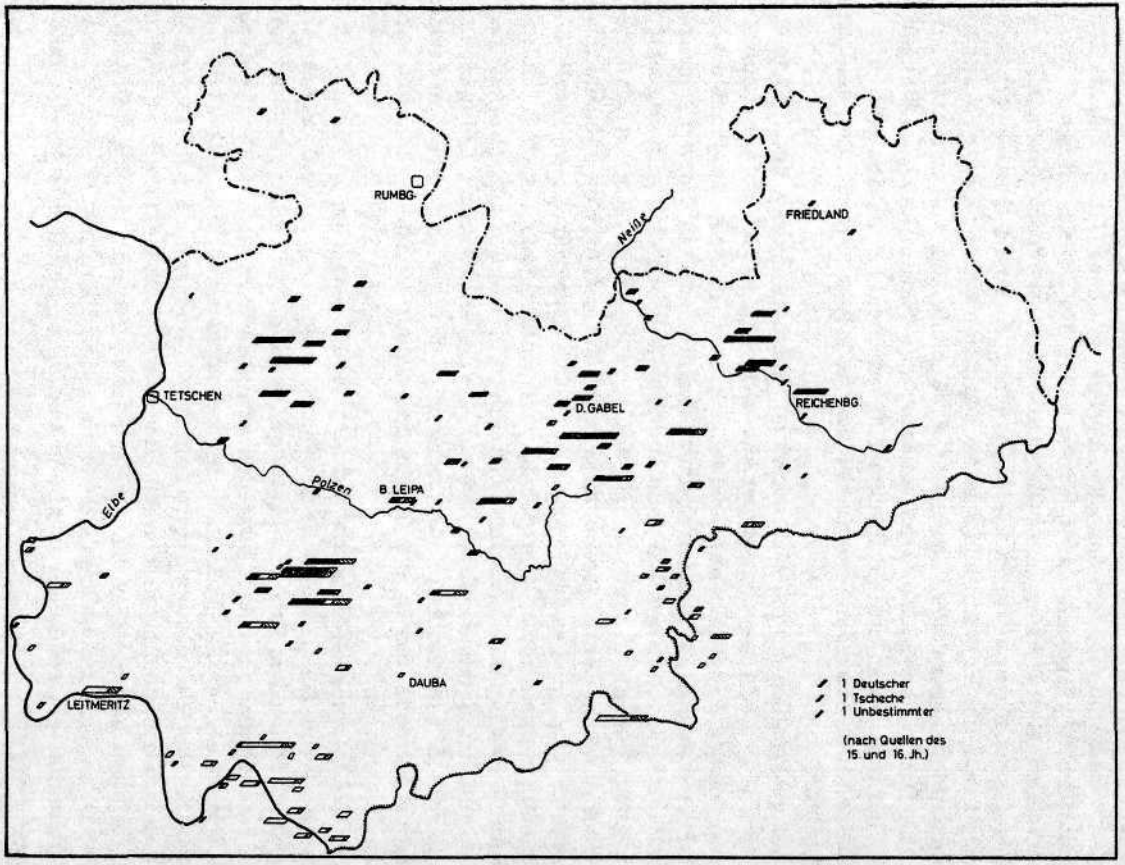


Abb. 7. Personennamen im 15. und 16. Jahrhundert

Das Ergebnis der nationalen Namenzuteilung nach den Grenzstreitsurkunden des 16. Jh. u. zw. der Zeit von 1536—1559 ist auf Abb. 7 eingetragen. Es kann im großen und ganzen als zuverlässig betrachtet werden, soweit es sich um mehrere Leute aus einzelnen Dörfern handelt oder die Nachbarschaft dasselbe Ergebnis zeigt oder andere Umstände zur Bestätigung herangezogen werden können. Dadurch wird aber auch größere Sicherheit in Fällen gewonnen, wo unsere Zeugennamen für sich allein die Beweislast tragen müssen. Bei den Städten allerdings muß dort, wo nur wenig Angaben zur Verfügung stehen, berücksichtigt werden, daß bei größerer Einwohnerschaft Nennungen von vier oder fünf Leuten nicht genügen, um daraus auf die Stadt zu schließen. B. Leipa z. B. war im 16. Jh. keineswegs tschech., die Nennungen sind hier zufällig, wie andere Quellen sichern. Man muß bedenken, daß die Schöffen von den Parteien ausgewählt und nur solche Zeugen verwendet wurden, die sich in den Grenzen auskannten. Aber die Angaben für Weißwasser, das schon seit etwa 1400 eine tschech. Stadt war, können als zuverlässig gelten, und daß Wegstädtl und Gastorf noch tschech. waren, folgt aus der tschech. Nachbarschaft und der Lage südlich der damaligen Sprachgrenze. In der ganzen Landschaft um Leitmeritz war das Deutschtum nur schwach vertreten, ebenso um Hühnerwasser und Münchengrätz. Die große Zahl deutscher Namen um Reichenberg, Kratzau, Deutsch Gabel, B. Leipa bestätigt, daß hier das Deutschtum des frühen 14. und 15. Jh. geblieben ist. Es hat sich auch in den Städten Graber, Bleiswedel und Drum behauptet, in denen wir es schon im 13. und 14. Jh. feststellen konnten. Um Auscha und Dauba wird es eine Minderheit gewesen sein, in Hirschberg war es dazu herabgesunken.

Zwischen Hühnerwasser und Oschitz werden Dörfer wie Gablonz, Proschwitz, Woken, Wolschen, Krupai und Rokitnai deutsch, aber erst nach der Mitte des 16. Jh., da in den Grenzstreitsurkunden noch tschech. Namen hier auftauchen. Davon, daß in den Dörfern Krupai und Rokitnai ein altes Deutschtum die Hussitenzeit überdauert habe[133], kann keine Rede sein.

Die Zeit der Grenzstreitsurkunden ist wichtig. Seit 1547 ist die habsburgische Macht im Fortschreiten. Seit 1526 war Böhmen mit Österreich in Personalunion vereinigt, aber sonst selbständig, der Landtag der eigentliche Träger der Macht und damit der Adel. 1547 hatten die protestantischen Fürsten in Deutschland eine Niederlage einstecken müssen. Es ist die Zeit, in der in Böhmen das Deutschtum wieder in Bewegung gerät.

Hinzugenommen sind auf Abb. 7 die Angaben aus dem B. Kamnitzer Stadtbuch aus dem 15. Jh.. Es ist nicht von Belang, diese Angaben des 15. Jh. mit denen des 16. Jh. zu vereinigen, denn in der Gegend um B. Kamnitz hat sich in diesen Jahrhunderten in nationaler Hinsicht nichts geändert.

---

[133] So W. Kuhn, Geschichte der deutschen Ostsiedlung in der Neuzeit (Osteuropa in Vergangenheit und Gegenwart, I, 1955), S. 95. Er denkt daran, weil diese Dörfer große Waldhufendörfer sind. Die Dorfform reicht zu diesen Schlüssen nicht aus.

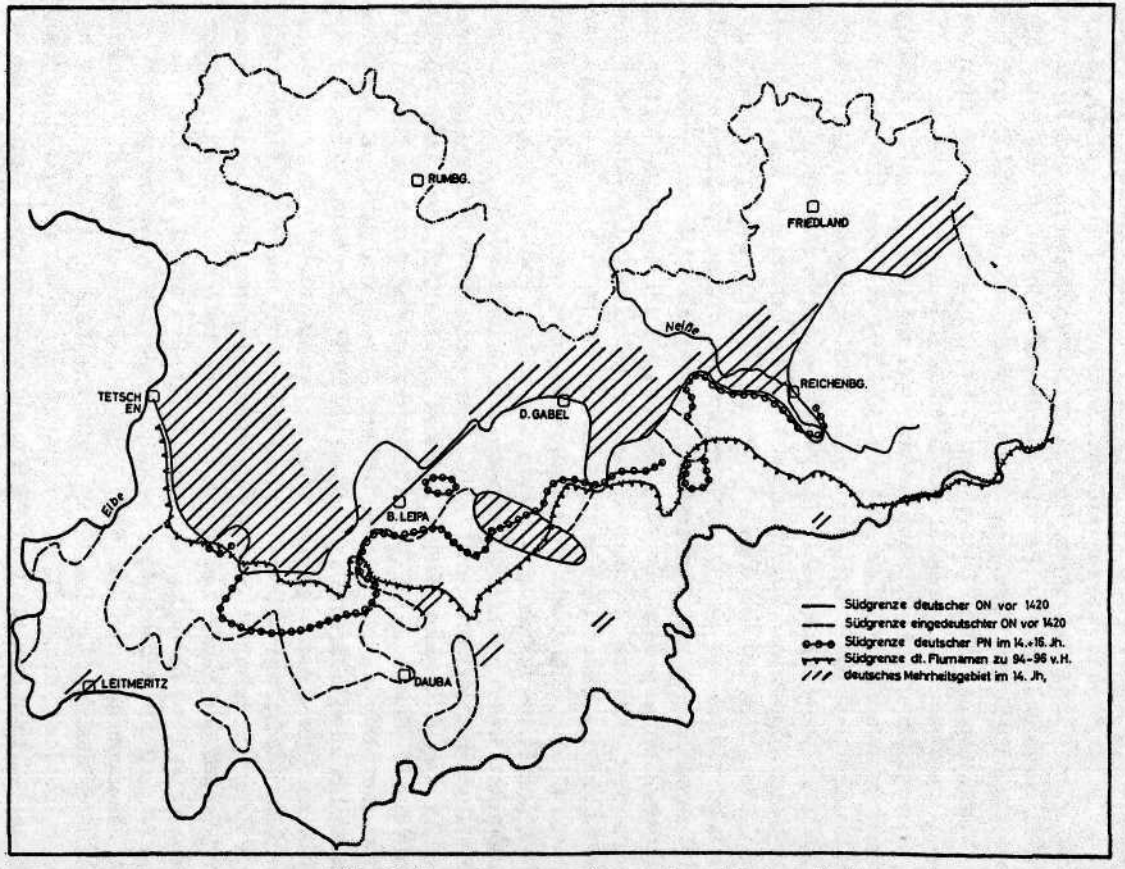


Abb. 8. Sprachgrenze der vorhussitischen Zeit

Tschech. Minderheiten der früheren Zeit waren aufgesogen worden. Hier war der Ausgleich der Sprachen bereits vollzogen.

Vergleicht man Abb. 7 mit den Personennamen des 16. Jh. mit Abb. 6 mit den Personennamen der vorhussitischen Zeit, so fällt in die Augen, wie gut beide zusammenstimmen. Wo deutsche Namen vor den Hussitenkriegen gefehlt haben, so um Wegstädtl und Gastorf, fehlen sie noch um die Mitte des 16. Jh., wo Deutschtum im 13. und 14. Jh. festgestellt und durch Orts-, Flur- und Personennamen gesichert werden konnte, ist es auch um 1550 noch vorhanden. Dann wird man den Angaben, die Lücken füllen, glauben dürfen. Den Verhältnissen um Graber, wo sich das Deutschtum schon um 1300 keilförmig vorgeschoben hatte, entsprechen die Aussagen um 1550, die gut Orte mit deutscher Mehrheit oder Minderheit erkennen lassen.

Dann ist es möglich, aus der Abb. 7 Schlüsse zu ziehen, die eine Ergänzung der älteren Aussagen bieten. Die Sprachgrenze der vorhussitischen Zeit läßt sich damit ungefähr rekonstruieren. Sie ist auf Abb. 8 eingezeichnet. Sie beruht auf einer Zusammenschau der anderen Abb. Aus der Abb. 2 sind die deutschen ON zu ersehen, die bis 1420 nachweisbar sind. Ihr Gebiet ist wichtig, es hat sich immer wieder als dasjenige herausgestellt, das zur Hussitenzeit bereits deutsch gewesen ist. Es war Waldland oder sehr dünn vorbesiedelt, als die Deutschen seit etwa 1250 ins Land kamen und sich dem Landesausbau von Norden und Westen her zugesellten. Hinzu gehörten deutsche Stadtgründungen wie Leitmeritz, Hirschberg und Hühnerwasser. Durch das Gebiet eingedeutschter ON vor 1420 (Abb. 3) wird deutlich, wie sich die Deutschen am tschech. Landesausbau beteiligen, d. h. sich in vorbesiedeltem Lande niederlassen. Hier ist es zu länger andauerndem Nebeneinander der beiden Völker gekommen, das Ergebnis war eine Mischzone, zunächst mit deutschen Minderheiten, wie es nicht anders zu erwarten ist, wenn zwei Völker und zwei Wirtschaftssysteme in Wettbewerb treten. Eine Ergänzung bietet dazu Abb. 4 mit den späten ON-Eindeutschungen, die sich aus länger beharrendem tschech. Volkstum erklären. Da die Personennamen des 14. Jh. nicht genügen, um ein deutliches Bild ihrer Verteilung zu bekommen, wurde eine Ergänzung durch die Personennamen, hauptsächlich der Grenzstreitsurkunden des 16. Jh. und zwar bis etwa 1550, vorgenommen, bevor die zweite Welle des deutschen Vordringens einsetzt. Die Südgrenze stimmt so gut mit der ON-Grenze überein und mit anderen Beobachtungen, daß sich die Unbedenklichkeit herausstellt. Man bemerkt, daß sich in an das schon deutsche Gebiet anschließenden Teilgebieten die Deutschen zur Mehrheit entwickeln. Die Abb. 6 und 7 bringen so wichtige Ergänzungen. Ferner ist auf Abb. 8 die Südgrenze der Flurnamen eingetragen, soweit sie zu 94—96 v. H. mindestens deutsch sind. Wir haben oben festgestellt (S. 79), daß bei Durchdringen des Deutschtums erst seit dem 16. Jh. der Hundertsatz der tschech. Flurnamen zwischen 15—20 v. H. liegt. Diese Grenze darf nur als ungefähre betrachtet werden, weil die nötigen Unterlagen nur zum

Teil zur Verfügung stehen. Das Gesamtbild zeigt eine feste Sprachgrenze bereits vor den Hussitenkriegen im Norden mit vorgeschobenen städtischen Inseln wie Leitmeritz, Hirschberg, Hühnerwasser und auch Niemes, um das sich wie auch um Hirschberg deutsche Dörfer, z. T. mit dt. Minderheiten befunden haben, die aber um Leitmeritz, Reichenau und Liebenau gefehlt zu haben scheinen. Während aber die Niemeser Insel wegen ihrer deutschen Dörfer noch im 16. Jh. mit dem geschlossenen Sprachgebiet zusammengewachsen ist, sind die anderen Inseln zunächst zu Minderheitsinseln herabgesunken.

Vom vollkommenen Verschwinden des Deutschtums in diesen vorgeschobenen Inseln im früher tschech. Gebiet kann man nicht reden. Überall haben sich nicht nur die deutschen ON über die Hussitenzeit gerettet, sondern auch andere Spuren sind festzustellen. Der erstere Umstand unterscheidet diese Inseln von Innerböhmen, wo Namen wie *Neuenburg, Gurim, Köllen* gegenüber Nimburg, Kouřim, Kolin aufgegeben worden sind. In Leitmeritz hat sich im Dt. der Name des Radobil in der eingedeutschten Gestalt des 14. Jh. behaupten können (o. S. 76), um Hirschberg sind die Namen der umgebenden Dörfer dauernd im Dt. bewahrt worden. Auch in den Städten und Märkten, in denen die Deutschen zu Beginn der Hussitenkriege nur eine Minderheit darstellten, sind sie nicht verschwunden, so nicht in Auscha und Dauba, denn soweit für Nachbardörfer deutsche Formen der vorhussitischen Zeit üblich geworden waren, sind sie geblieben. Diese Vorposten haben schließlich wieder Bedeutung gewonnen, seit deutsche Zuwanderung ab 1550 von neuem einsetzte und seitdem sich in den Dörfern der Zwischenzone und später noch weiter südlich das Deutschtum festzusetzen begann.

Die Folgen der Hussitenkriege sind nicht so schlimm gewesen, wie es die deutsche Forschung meistens behauptet. Konnte beobachtet werden, daß die Tschechisierung in den der alten Sprachgrenze vorliegenden städtischen Inseln schon in der zweiten Hälfte des 14. Jh. einsetzt[134], so muß jetzt hinzugefügt werden, daß sie dem um 1420 entstandenen geschlossenen deutschen Gebiet kaum einen Schaden bringt. Überall halten sich die deutschen Bürger und Bauern. Das wäre nicht möglich, wenn die Hussiten ihre nicht zu leugnende Stärke auch im nichttschech. Gebiet rücksichtslos eingesetzt hätten. Sie konnten es offenbar deshalb nicht, weil sie sich gegen die Gegner zur Wehr zu setzen hatten. Trotz ihrer Siege wurde ihre Volkskraft geschwächt und ging das Wirtschaftsleben zurück[134a]. Nur der Adel hatte

---

[134] Dazu Bohemia 2, S. 39 ff.

[134a] Anders urteilt vom marxistischen Standpunkt aus A. Míka, Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der revolutionären hussitischen Bewegung in den ländlichen Gebieten Böhmens (Zs. f. Geschichtswiss. 7, 1959, S. 820—841), der behauptet, daß die hussitische revolutionäre Bewegung die feudale Ordnung in Böhmen in ihren Grundfesten erschüttert habe. Die ältere Auffassung hat be-

Vorteil, die Bauern hatten auf tschech. Seite einen großen Blutzoll zu zahlen. Daher fehlt die Durchschlagskraft gegen den deutschen Landesausbau. Man muß bedenken, daß beim Hussitentum die tschechischnationale Seite gewiß nicht fehlt, aber nicht ausschließlich das Handeln bestimmt, da auch religiöse und wirtschaftliche Momente eine bedeutende Rolle spielen. Die tschech. Überlegenheit bekommen die Städte im Innern des Landes zu spüren. Hier wird das Deutschtum entweder vernichtet oder entscheidend geschwächt. Die Annahme der vier Prager Artikel bedeutete keine dauernde Sicherheit der deutschen Bürger und Bauern im Innern des Landes. Die Kraft des deutschen Bürgertums war schon seit der zweiten Hälfte des 14. Jh. geschwächt, tschech. Mehrheiten hatten die deutschen abgelöst. Die Hussitenkriege lösen diese Entwicklung nicht aus, sondern vollenden und beschleunigen sie. Gewiß wird auch an der alten Sprachgrenze stellenweise ein Vordringen tschech. Bauernbevölkerung eingetreten sein. In Nordböhmen östlich der Elbe sind aber keine Beweise dafür zu bringen. Hier bleiben die städtischen Minderheiten in den oben genannten Städten erhalten, auch dort, wo die Deutschen vom Stadtregiment ausgeschlossen sind. Der vorgeschobene deutsche Keil um Bleiswedel, Graber und Drum bleibt bestehen. Damit soll aber nicht behauptet werden, daß die Hussitenkriege überhaupt keine Wirkung auf die Volkstumsgestaltung ausgeübt hätten. Die Sprachgrenze wird zwar kaum eingedrückt, auch die Minderheiten scheinen nicht ausgetilgt worden zu sein, aber der deutsche Landesausbau kommt zum Stillstand. Die Sprachgrenze erstarrt etwa 1½ Jahrhunderte. Doch ist zu bedenken, daß ebenso wie in den Städten die Wucht des deutschen Landesausbaues in der zweiten Hälfte des 14. Jh. nachgelassen zu haben scheint, die Fortschritte nicht mehr den Schwung der Zeit von 1250—1300 hätten zeigen können. Auch hier wird durch die ungünstige Zeit eine schon eingeleitete Entwicklung verstärkt worden sein. Wir haben den Stillstand an der unsichtbaren Flurnamengrenze, an der Ablösung der 5—6 v. H. tschech. Flurnamen durch 10—20 und mehr v. H. ablesen können.

Damit fällt aber Licht auf die Grundlagen der neuen deutschen Ausbreitung seit dem 16. Jh. Es ist förmlich ein Axiom der tschech. Geschichtsforschung, daß diese zweite deutsche Welle durch die Habsburger ausgelöst worden sei und Deutsche aus dem Reich daran besonders beteiligt gewesen wären. Nicht nur tschech. Politiker wie Palacký und Masaryk haben das betont, auch Klik spricht immer wieder davon. Man hat sich hier wohl auf die Beobachtungen in Prag gestützt. Natürlich hat sich in die Hauptstadt

---

sonders J. Pekář, Žižka a jeho doba, Bd. I—IV (Prag 1927—1933) vertreten. So richtig es ist, die Folgen der Hussitenzeit nicht zu überschätzen, so wenig ist ein einseitiger Standpunkt und „fortschrittliche" Darstellung zu empfehlen. Von dem Dasein zweier Völker auch nach der Hussitenzeit wird überhaupt nicht gesprochen, von den Unterschieden der Belastung durch die Wirren ebenfalls nicht, die Handwerkernot in den Städten des Innern wird nicht erwähnt.

des Landes eine starke Zuwanderung von auswärts ergossen, weil neue Wirtschaftsmöglichkeiten geboten wurden. Damit ist aber nicht gesagt, daß es ebenso bei der Ausweitung der Sprachgrenze gewesen sein muß. Eine Reihe von Beobachtungen spricht entschieden dagegen. Es ist kein Bruch in den Familiennamen zu bemerken, dieselben im 16 Jh. schon fest gewordenen Familiennamen setzen sich in das neu gewonnene Gebiet fort. Kein Bruch besteht in den Mundarten, sie ziehen nun ohne erkennbare Änderung in ihren Grenzen nach Süden, wenn wir uns hier auf Nordböhmen beschränken. Die Namenüberlieferung reißt nicht ab und wird nicht neu aufgenommen, es sind dieselben Deutschen, deren Vorväter in denselben Orten und Gebieten um 1420 seßhaft waren. Was sich seit der Mitte des 16. Jh. abspielt, ist Fortsetzung des deutschen Landesausbaues. Die deutsche Bauernkraft und die der Handwerker war in den ungünstigen Zeiten gewissermaßen aufgestaut worden. Sie hatte nicht so gelitten wie die tschech. Darum die Wucht des neuen deutschen Landesausbaues, der ja sogar auf die tschech. Städte übergreift. Das Ergebnis ist eine Art Ausgleich. Während das Deutschtum der Binnenstädte Böhmens seit dem 14. Jh. verloren geht und auch im 16. und 17 Jh. trotz neuer Versuche nicht mehr zurückgewonnen werden kann, werden die Städte in der Nähe der alten Sprachgrenze dort wieder deutsch, wo sich nun deutsch werdende Bauerndörfer um sie legen und dadurch die Zuwanderung in die Städte stärken. Das ist bei Leitmeritz und Auscha gut festzustellen und für Hirschberg, Dauba, Wegstädtl, Gastorf, B. Aicha, Hühnerwasser, Reichenau und Liebenau zu vermuten. Untersuchungen der deutschen Familiennamen nach den Quellen des 16. und 17. Jh. würden diese Feststellungen gewiß stützen. Wegen der Heranziehung der dt. Mundart kann auf die Bemerkungen u. S. 105 verwiesen werden. Es wäre auch unlogisch, das deutsche Sprachgebiet, das sich in Böhmen über die Hussitenzeit erhalten hat, zu vernachlässigen. Es müßte bewiesen werden, daß es in den Kriegswirren untergegangen ist, und das ist unmöglich, denn die gesamte vorhussitische Tradition, die Namen, sowohl Orts- als auch Flur- und Familiennamen[135], haben sich gehalten, die Mundart war schon im Spätmittelalter ausgebildet und ausgeglichen und ist geblieben, die Dorfanlagen, Sitte und Tracht setzen sich fort, ein Bruch ist nicht zu merken. Das 16. und 17. Jahrhundert führen die Arbeit und den Landesausbau der vorhussitischen Zeit fort. Die Wurzeln des Sudetendeutschtums liegen im Mittelalter. Die Forschung muß sich von der Überschätzung der hussitischen Wirren frei machen. Das Zentrum der hussitischen Macht liegt im Kraftfelde Prag — Saaz — Königgrätz — Tabor und damit in Innerböhmen. Ihr Hauptkampf richtete sich gegen die äußeren Feinde.

---

[135] E. Schwarz, FN, S. 39ff.

Selbstverständlich kann bei Zuziehung weiterer Quellen das Bild hie und da genauer gezeichnet werden. Die Behauptung, daß aus Kummer im Kummergebirge südlich Niemes eine deutsche „Seeruge" von 1479 erhalten ist[136], ist allerdings unrichtig. Im 16. Jh. gibt es genügend lokale Quellen, die Hinweise auf die Bewohnerschaft bieten. In den Reichenberger Gemeinderechnungen von 1568 erscheinen deutsche Namen aus Gablonz[137], auch auf der Gablonzer Kirchenglocke von 1590 finden sich Bürgernamen[138]. Die ersten sechs Bauern, die 1576 Luxdorf bei Gablonz begründet haben, sind bekannt[139], ebenso ihre nahe Heimat. Die Heimatforschung wird überall Ergänzungen und Einzelheiten bieten können.

Im 17. und 18. Jh. erfolgen neue Gründungen, die aber meist in bescheidenem Rahmen bleiben. Der Dreißigjährige Krieg bringt eine Unterbrechung vor allem dort, wo Feindseligkeiten und Verwüstungen stattfinden. Die Steuerrolle von 1654[140] bietet viele Bewohnernamen. Sie ist tschech. abgefaßt und es ist Aufgabe der Forschung, durch die tschech. Schreibung hindurch die deutschen Bewohnernamen herauszufinden. Weitere Quellen sind die Mappa regni Bohemiae von Joh. Chr. Müller von 1720, die Topographie des Königreiches Böhmen von Jaroslaus Schaller[141] und die spätere Topographie von Sommer[142], die beide bisweilen Angaben über Neugründungen und die Volkssprache bieten. Viele Bewohnernamen aus dem 18. Jh. bringen der sogenannte Theresianische und der Josefinische Kataster[143]. Die neuen Orte eines Teiles von Nordböhmen zieht Šmilauer heran[144] und untersucht ihre Namengebung. Sie unterscheidet sich von der mittelalterlichen in mehrfacher Hinsicht, indem Benennungen nach dem Grundherrn in den Vordergrund treten und Phantasienamen zunehmen. Wie im Mittelalter werden Flurnamen als Ortsnamen verwendet. In den letzten Jahrzehnten des 18. Jh. entstehen neue Dörfer durch die Raabisierung, eine neue Gründungswelle, dadurch ausgelöst, daß durch die ausländische Konkurrenz die einheimische Schafzucht nicht mehr rentabel war und die Herrschaften daran gingen, ihre Gründe zu verkaufen und der Landnot der Häusler dadurch zu steuern. Da es sich

---

[136] So W. Kuhn, a. a. O., S. 94. Die betreffende Seeruge (L. Schlesinger, MGB 15, 1877, S. 175) gehört zu Kommern bei Brüx. Kummer begegnet zuerst 1720.

[137] Mitteil. des Jeschken-Isergaues 18, S. 90.

[138] Ebda. 19, S. 38.

[139] Ebda. 18, S. 175 ff. Über Nennungen aus dem Gablonzer Bezirk SONB II, S. 64 ff.

[140] Steuerrolle des Landes Böhmen vom Jahre 1654 im Landesarchiv in Prag. Dazu K. Doskočil, Popis Čech r. 1654. Souhrnný index k berní rule. I, II 1953, 1954.

[141] Bd. I—XVI. Prag 1785—1791.

[142] J. G. Sommer, Das Königreich Böhmen statistisch-topographisch dargestellt. Prag 1833—1848.

[143] Beide im Landesarchiv in Prag. Der sogenannte Theresianische Kataster von 1748 und 1757 beruht auf Aufnahmen der Fassion von 1713. Eine Ergänzung bietet der Josefinische Kataster von 1785, ebenfalls im Landesarchiv in Prag.

[144] Šmilauer, a. a. O., S. 203 ff.

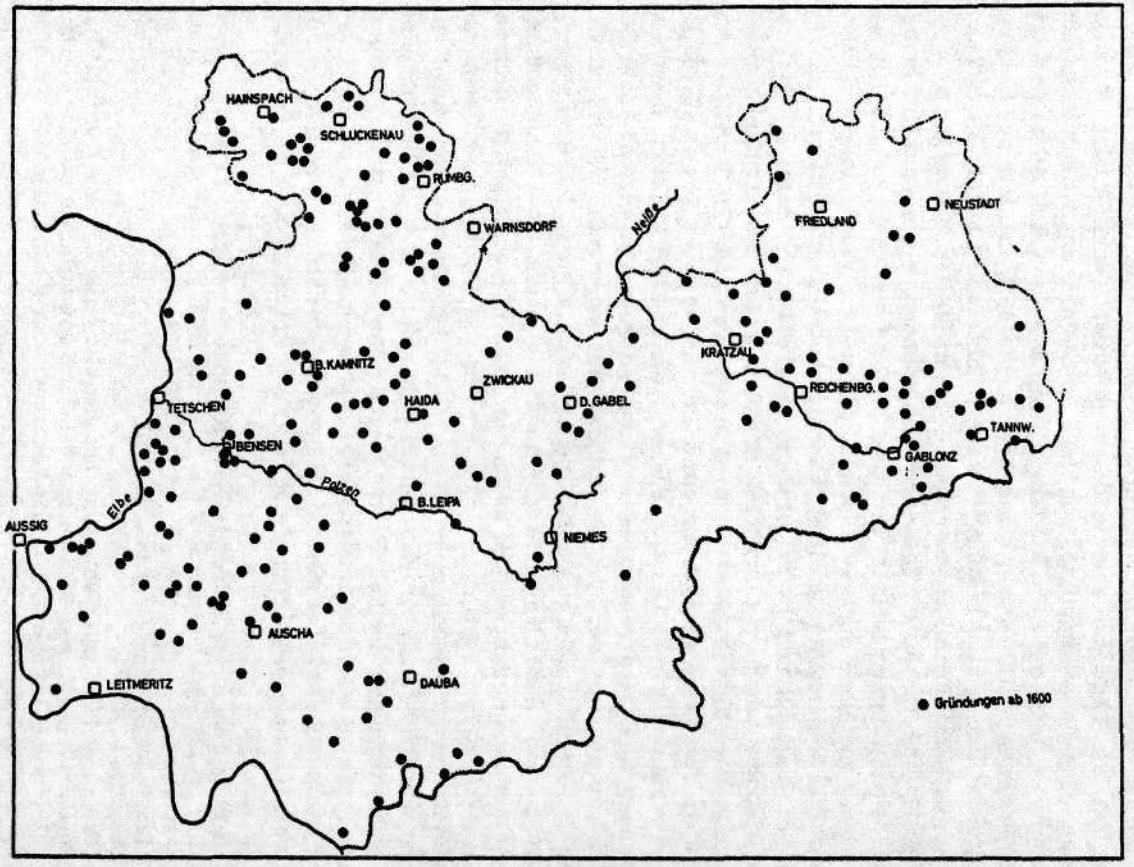


Abb. 9. Gründungen ab 1600

meist um wenig gute Lagen handelte, sind die Orte gewöhnlich klein geblieben. Nur bei industrieller Betätigung kam es bisweilen zum Aufblühen, worauf bei Besprechung der Stadtgründungen schon hingewiesen worden ist (z. B. Haida). In manchen Herrschaften bringen die Beamten wohl mit stiller Duldung ihrer Herren die Namen der gräflichen Familie unter. Andernorts scheint man diese Art der Verehrung nicht geliebt zu haben. Auf dem Gebiete der fürstlich Kinskyschen Herrschaft fehlen solche Namen vollständig. Bisweilen kommt es zu einem stillen Kampf zwischen amtlicher und volkstümlicher Namengebung. Auf dem Gebiete der Desfourschen Herrschaft im Osten des Bezirkes Gablonz heißt Albrechtsdorf (1670 begründet) nach Albrecht Maximilian Grafen des Fours, das Volk aber blieb beim älteren Bergnamen Lichtenberg. Nach demselben Grafen heißen Ober-Maxdorf und Unter-Maxdorf, ersteres 1670 angelegt, letzteres ab 1700 erwähnt. In Josefsthal beginnen Grundkäufe und Häuserbau seit 1698. Es bekommt seinen Namen nach dem 1701 geborenen gräflichen Erben, Antoniwald, ab 1697 entstanden, nach Albrecht Maximilian II. Anton des Fours, Marienberg, um 1701 gegründet, heißt nach der zweiten Gattin des Grafen, Karlsberg, 1703 zuerst genannt, nach dem Sohne des gräflichen Paares, Karl Josef. Da nun alle Namen des Grafenpaares vergeben waren, mußte sich das 1700 entstandene Grafendorf mit dem Standesnamen begnügen. Dessendorf, 1694 *Tehsendorff*, gegründet 1691, sollte *Des Foursdorf* heißen, was sich nicht durchsetzen konnte[145]. Abb. 9 zeigt, daß es sich um eine relativ große Zahl von Neugründungen handelt, die durch Heranziehung von Wüstungen und Ortsteilen noch vermehrt werden können[146]. Die Verdichtung erfolgt überall, ist aber natürlich geringer in unwirtlichen Gegenden wie in den höheren Teilen des Elbesandstein-, Lausitzer und Isergebirges, auf ungünstigen Böden wie auf den Sandflächen südlich B. Leipa und im Kummergebirge, sie tritt etwas zurück in den Bezirken, in denen die tschech. Vorbesiedlung vorwiegt und ist sehr dicht, wo Gewerbefleiß und Industriegründungen, wie die der Glasindustrie am Südabhang des Isergebirges, den Menschen Lebensmöglichkeiten, wenn auch karge, boten. Hier sind mehrere Orte im 19. Jh. zu Städten emporgewachsen (o. S. 45). Das ist die letzte Phase, denn von den Änderungen nach 1945 soll nicht mehr gehandelt werden. Seit dem 19. Jh. kommt es weniger zu Neugründungen als zum Ausbau der bestehenden Siedlungen durch Ortsteile und Vergrößerung.

Die Aussagen der Mundartenforschung gewähren Aufschlüsse über die Verteilung älterer und jüngerer Merkmale, über die Herkunft der Siedler, die Laut- und Wortlandschaften, die Entlehnung tschech. Wörter, ihre Verbreitungsgebiete und die Zeit der Entlehnung. Darüber ist ausführ-

[145] Dazu E. Schwarz, SONB II, unter den betreffenden Namen.

[146] Eine Zusammenstellung gibt F. Roubík, Soupis a mapa zaniklých osad v Čechách. Prag 1959. Dazu Karte 5 und 6: Kraj Ústecký, Kraj Liberecký.

lich an anderer Stelle gehandelt worden[147], deshalb genügen hier einige Hinweise auf die behandelten Fragen. Man muß im Auge behalten, daß die deutschen Siedler nicht direkt aus einer Urheimat gekommen sind, sondern daß Nordböhmen ein Teil eines großen ostmitteldeutschen Ausbauraumes ist. Schon in vorböhmischer Zeit hat sich in Sachsen und der Lausitz ein Mundartausgleich vollzogen. Es wäre also verkehrt, aus mundartlichen Zügen eine reichsdeutsche „Urheimat" zu bestimmen. Die direkten Beziehungen weisen in die Nachbarschaft. Das ist deutlich bei der Mundart des Neißetales und des Friedländer Bezirkes, wo die Zusammenhänge mit der nördlichen Nachbarschaft nicht zu verkennen sind. Die Mundart des Gablonzer Bezirkes hebt sich etwas davon ab. Das wird damit zu erklären sein, daß außer der Zusiedlung aus dem Reichenberger Bezirke die Glashüttenleute aus älteren Hüttenbezirken gekommen sein werden. Die Mundart um Tetschen bis B. Kamnitz nimmt eine Sonderstellung ein und kann in Reliktlage zum benachbarten Osterzgebirgisch-Obersächsisch des Dresdener Kessels gesehen werden[148]. Das Zusammentreffen von Mundarten, die aus dem Dresdener Raume und dem Zittauer Ländchen gekommen sind, hat an der Berührungszone B. Leipa—B. Kamnitz zu einer Hemmstelle geführt, wobei die östliche Mundart mehr schlesische Züge zeigt[149]. Auch ostfränkische Elemente sind zu erkennen, sie werden den Weg von Norden und Westen ins Polzental gefunden haben. Man muß die deutsche Sprachlandschaft der vorhussitischen Zeit berücksichtigen, wenn man verstehen will, daß die Mundart um Auscha-Dauba den Charakter einer Rückzugslandschaft besessen hat, in der ostfränkische und andere Eigenheiten vorhanden waren, die weiter nördlich bereits aufgegeben worden waren. Das verträgt sich gut mit dem Charakter eines „jüngeren" Deutschtums, da es sich hier um den in der Neuzeit nach Süden vorgeschobenen Teil der deutschen Sprachlandschaft Nordböhmens handelt. Die Mundarten, die sich vorher um Wernstadt, Auscha, Graber, Hirschberg ausgebildet hatten, haben sich südwärts ausgedehnt.

Diese Beobachtungen werden durch die Wortgeographie bestätigt. Einwirkungen des tschechischen Wortschatzes sind am ehesten in denjenigen Gebieten zu erwarten, in denen im 16. und 17. Jh. der Ausgleich der beiden Völker erfolgt ist, also um Leitmeritz, Auscha, Dauba, um Hühnerwasser und Oschitz. Die Mahlzeit am Nachmittag heißt um Leitmeritz *Zwatschine*, östlich davon *Zwatschei* und *Tschwatschei* (tschech. *svačina)*, für den Hochzeitsbitter gilt *Tareswart, Stareswat* in einem vom östlichen Erzgebirge über Aussig und Leitmeritz verlaufenden Streifen beiderseits der

---

[147] E. Schwarz, Sudetendeutsche Sprachräume (1935), S. 150 ff.

[148] E. Schwarz, a. a. O., S. 170 ff., 158 ff., 165 ff. mit Abb. 30, 28, 29.

[149] Über die angrenzenden Mundarten Sachsens vgl. R. Grosse, Die meißnische Sprachlandschaft, und H. Protze, Das Westlausitzische und Ostmeißnische (Mitteldeutsche Studien, hrsg. von Th. Frings und K. Bischoff, Bd. 15 und 20, Halle 1955, 1957).

Elbe, ein Zeichen, daß hier die zugrunde liegende Sitte mit dem tschech. *starosvat* bezeichnet worden ist und als Reliktwort weitergelebt hat. Weiter ostwärts schließt von Dauba bis D. Gabel *Plampatsch* an (tschech. *tlampač* „Schwätzer; Hochzeitslader"). Die Hebamme heißt beiderseits der Elbe um Aussig bis Dauba *Hebabe*, eine Kontamination von Hebamme und tschech. *bába* „altes Weib, Großmutter". Für den Tannenzapfen findet sich südlich Reichenberg um Oschitz—B. Aicha *Tschischke* (tschech. *šiška* „Tannenzapfen"). Andere Lehnwörter sind aus Sachsen und der Oberlausitz im 13. Jh. schon mitgebracht worden, so *Zauke* für das Maiglöckchen, um Reichenberg und im Friedländer Zipfel *Tschauke* und *Zautschkel* (obersorbisch *cawka, cawčka*, das selbst wieder auf mhd. *zëlte* „Fladen" zurückgeht), *Jauche* für den flüssigen Stalldünger (obersorb. *jucha*), *Kretscham* für das Dorfwirtshaus (vgl. tschech. *krčma*; die Entlehnung hat aber nicht in Böhmen stattgefunden, sondern wohl in Sachsen oder Ostthüringen), *Krims* für den Kreuzschnabel (altslaw. **krivonos* „Krummschnabel"). Die älteren Lehnwörter heben sich durch die Lautersatzerscheinungen des 12. und 13. Jh. von den jüngeren ab. Sowohl Laute als auch der Wortschatz haben das Volk vom 13. bis zum 20. Jh. begleitet[150].

Zusammenfassend ist zu betonen, daß die Auseinandersetzung der beiden Völker in Nordböhmen wie in ganz Böhmen und Mähren friedlich erfolgt ist und sich die beiden Völker lange Zeit gut vertragen haben. Daß die Folgen der Hussitenkriege überschätzt worden sind, ist dargelegt worden. Die Sprachgrenze ist auf 1½ Jahrhunderte dadurch zum Stillstand gekommen, der Landesausbau hat sich dann auf deutscher Seite fortgesetzt. Die Verteilung war ursprünglich so, daß auf dem fruchtbaren Boden die Tschechen saßen, die Deutschen die schwerere Rodungsarbeit zu bewältigen hatten und gleichzeitig in das fruchtbare Land vorgedrungen sind. Haben sie dort ihre Waldhufendörfer angelegt, so haben sie sich hier seit dem 13. Jh. angekauft. Auch die Tschechen hatten ihren Landesausbau. Haben sich die Deutschen im 13. und 14. Jh. in den Städten als die führende Bürgerschicht betätigt, so nach den Hussitenkriegen in dem jungen Ausbaugebiete als Handwerker, die eine durch die Hussitenkriege entstandene Lücke im Wirtschaftsleben auszufüllen hatten. Daneben geht die ruhige Bauernarbeit einher. Die Volkstumsgegensätze dürfen in früheren Zeiten nicht mit dem Maßstab der Gegenwart gemessen werden, denn gemeinsam war die Sorge um das Leben. Man war seit Jahrhunderten an ruhiges Zusammenleben gewohnt. Wenn wir von Sprachinseln, Mehrheits- und Minder-

---

[150] E. Schwarz, Sudetendeutscher Wortatlas (1954—1958), I, Karte 33 (Tannenzapfen); II, Karte 64 (Jauche); II, Karte 51 (Kreuzschnabel); W. Mitzka, Deutscher Wortatlas V (Hebamme); E. Schwarz, Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), S. 487 ff. mit Abb. 9; ders., Zur Wortgeographie tschechischer Lehnwörter in den deutschen Mundarten (Germanoslavica 2, 1932/33, S. 221—237, 327—343); ders., Probleme der sudetendeutschen Lehnwortgeographie (Zs. f. Mundartforschung 26, 1958, S. 128—150) mit Abb. 1—5.

heitsdeutschtum gesprochen haben, so wohnt diesen Begriffen in früheren Zeiten nicht der Kampfwert der Gegenwart inne. Erst im 19. Jahrhundert ist die Auseinandersetzung an der Sprachgrenze in den Vordergrund des Kulturkampfes gerückt. 1945 ist es zur Ausweisung gekommen und damit deutsche Kulturarbeit von sieben Jahrhunderten vernichtet worden, die aber doch der Landschaft ihr Gepräge aufgedrückt hat.

NAMENWEISER

Albrechtsdorf 105
Algersdorf 69
Altenberg 82
Alt-Kalken 60
Alt-Leipa 46
Alt-Ohlisch 71
Alt-Thein 63
An der Elbe 77
Antoniwald 105
Auf der Bolawe 77
Auf der Pollabe 77
Auf der Sauborsche 77
Aujezd 36
Auscha 42, 90, 92, 102
Aussig 38, 82

B. Aicha 40
Bauschowitz 82
Bautzen 82
Beim Hinterberg 77
Bensen 38
Bernsdorf 50
Biebersdorf 59, 70
Binai 60
Binowe 77
B. Kamnitz 38
Blankersdorf 69
Blattnei 75
B. Leipa 38, 63
Bleiswedel 42, 63, 90
Bohatice 72, 85
Böhmischdorf
bei D. Gabel 40
Böhmischdorf
bei Reichstadt 39
Bořim 37
Bresine 76
Buchberg 75
Buchschacht 75
Budin 82
Bunzendorf 67
Bürgstein 73

Chlum 35

Daleschitz 67, 75
Dauba 43, 89, 102
Desse 75
Dessendorf 105
Deutsch Gabel 35, 40, 82, 89
Deutsch Kopist 82
Deutsch Pankraz 93
Dobern 71
Dönis 62, 93
Drahobus 35, 65
Drausendorf 68
Drum 34, 43
Dubnice 72
Dürrer Berg 75
Dürröhrsdorf 54

Ebersdorf 71

Freiberg 82
Freistadt 39
Friedland 38, 84
Gablonz (Stadt) 45, 75
Gablonz (bei Niemes) 97
Galgendorf 39
Gastorf 44, 90, 102
Georgswalde 44, 53
Gersdorf 71, 84
Geschriebe 78
Gistei 75
Göhe 56
Gomplitz 53
Götzdorf 85
Graber 34, 42
Grafendorf 105
Groß-Augezd 36
Groß-Bocken 70

Groß-Grünau 72
Groß-Jober 61
Groß-Mergthal 50, 51
Groß-Priesen 78
Groß-Röhrsdorf 54
Groß-Tschernosek 77, 91
Grottau 45, 56, 93
Grunlins 53
Grünwald 75
Güntersdorf 71

Habstein 43
Haida 105
Haindorf 54
Hainspach 44
Haßlitz 77
Hennersdorf 72
Hermsdorf 70
Heßler 82
Hildesheim 82
Hinter-Nessel 77
Hirschberg 39, 89, 100
Höflitz bei Bensen 53
Höflitz bei Niemes 53
Hohlen 43
Holundergrund 95
Hradahof 77
Hühnerwasser 39, 100, 102
Hummel 77
Hutzke 36

In der Zahora 77

Jestřebí 43, 72
Johnsdorf 70
Jonsbach 50
Jonsdorf 52
Josefsthal 105
Jungfrau 77

Kamnitz 75
Karlsberg 105
Ketten 62, 93
Klein-Bocken 70
Klein-Jober 62
Klein-Priesen 63, 78
Klein-Tschernosek 65
Kluk 36
Kolin 46
Konojed 82
Kopain 37
Kosel 85
Kottowitz 72
Kouřim 82
Kratzau 45
Kreibitz 44
Kriesdorf 68
Krscheschitz 65, 77
Krupai 35, 97
Krušina 43
Kukan 75
Kummer 103
Kunewalde 53
Kunnersdorf 70
Kuttenberg 82
Kuttlitz 38, 62

Langenau 71
Lautschnei 75
Leitmeritz 33, 38, 58, 77, 80, 90, 92, [100, 102
Lewin 42
Lhota 36
Libochowan 77
Lichtenberg 75
Liebenau 45, 100, 102
Lischken 77
Lohsdorf 54
Loosdorf 54
Ludwigsdorf 60
Luken 37
Lusdorf 54

Machendorf 67, 94
Maffersdorf 54
Manisch 72
Marienberg 105
Markersdorf (B. Kamnitz) 71
Markersdorf (D. Gabel) 70, 95
Marschowitz 75
Maschwitz 61
Meißen 82
Melnik 46
Mertendorf 69
Mimoň 39, 53
Mirschowitz 64
Morchenstern 45, 75
Mšeno 75
Münchengrätz 56
Münkendorf 67
Munker 69

Naschowitz 69
Neudörfel 77
Neustadt an der Tafelfichte 45
Neustadtl 35, 41
Nieder-Welhotten 36
Niemes 39, 64, 100
Nixdorf 44, 52

Ober-Maxdorf 105
Ober-Rzepsch 61
Ober-Widim 37
Olbersdorf 45
Olhotta 36
Oschitz (Stadt) 36, 40
Oschitz bei Dauba 61

Pablowitz 61
Panna 77
Parlosa 70
Pausanke 77
Pawlitschka 61
Pießnig 85
Pirna 82
Pistian 82
Plahof 77
Ploublusche 78
Polaun 45
Politz 53
Prag 56
Preschine 78
Presei 78
Přibram 59
Priedlanz 58
Proboscht 35
Proschwitz bei Gablonz 36
Proschwitz bei Niemes 36, 97
Prösing 78
Przichowitz 45, 67
Pschüra 64

Rabenei 75
Radischken 77
Radl 75
Radobil 76
Radoušov 42
Ratschitz 94
Raudnitz 92
Reichen 69, 90
Reichenau 45, 100, 102
Reichenberg 45, 95
Reichstadt 39, 95
Reiditz 75
Reinowitz 75
Ringelshain 54, 70
Ringenhain 54
Röchlitz 62
Rodowitz 72
Röhrsdorf bei Dohna 54
Röhrsdorf bei Hainspach 54
Röhrsdorf bei Zwickau 54
Rokitnai 97
Rosenhain 54
Rückersdorf (Friedland) 55
Rückersdorf (Pirna) 55
Rumburg 38
Rzepnitz 60
Rzettaun 61

Sababsch 65
Sahorschan 64
Sandau 41, 82
Sankt Georgenthal 44
Sattich 78
Saubernitz 63, 78
Sauminze 78
Sauwiese 77
Scharchen 74
Scharfenstein 46
Schaßlowitz 72
Scheibe 39
Schemin 78
Schemmel 71
Schimsdorf 67
Schluckenau 44
Schönlinde 44
Schreckenstein 91
Schumburg 75
Schüttenitz 64, 91
Schwaden 60
Schwarau 94
Sebitsch 61
Sebusein 63, 77
Seidenschwanz 75
Seite 77
Selz 65
Sieghübel 75
Siertsch 37, 60
Simmer 37, 64
Skalice 71
Skalken 77
Sloup 73
Smržovka 75
Sobenitz 64
Soboten 77
Stran 65
Straschischken 77
Straußnitz 63
Stvolínky 43
Suchei 78
Sukorad 64
Sulotitz 76
Sulowitz 82
Světlá 40

Tafelfichte 75
Tannwald 45

Taucherschin 37
Taus 82
Tetschen 33, 38, 88
Triebsch 59
Trschebautitz 64
Trzebine 69
Tschernhausen 67
Tschersing 64
Tschiaschel 35
Tschihanelwiese 74
Tschischkowitz 82
Tuhan 35
Turnau 92

Ujest 36
Újezd 36
Unter-Maxdorf 105
Unter-Widim 37

Valkeřice 69
Voitsdorf 72, 85
Vorder-Nessel 77
Vratislavice 54
Vrkoslavice 75
Vzatinken 77

Waltirsche 70, 78
Warnsdorf 44
Warta 76
Wartenberg 39
Webrutz 37
Wegstädtl 44, 94
Weißkirchen 35
Weißwasser 92
Welbine 34
Welhütta 36
Wernstadt 42, 69
Werth 77
Wetzwalde 53
Wiesenthal 45
Windisch Kamnitz 73
Woken 97
Wolschen 97
Wünschendorf (Friedland) 72
Wünschendorf (Pirna) 72
Wurzelberg 75
Wustiche 77

Záluží 86
Zierde 59
Zirkowitz 91
Zittau 62
Zwickau 41, 95,
Zwitte 60
Zd'ár 37

ERÖRTERUNGEN ZUR FRÜHGESCHICHTE DES EGERLANDES UND SEINER BESIEDLUNG

Von Josef Hemmerle

Unsere allgemeinen Geschichtsdarstellungen sind hauptsächlich auf den Ergebnissen der Urkundenforschung und auf chronikalischen Überlieferungen aufgebaut. Um auch dort ein einigermaßen brauchbares Bild der frühgeschichtlichen Besiedlung und Lebensverhältnisse zu gewinnen, wo infolge gänzlichen Fehlens oder Mangels an primären Geschichtsquellen sich keine unmittelbaren Erkenntnisse gewinnen lassen, sind die Historiker auf Hilfsquellen angewiesen. So wertet die Siedlungsgeschichte verschiedene heute noch im Siedlungsbilde sicht- oder greifbare Überlieferungen aus, um durch Rückschlüsse die den späteren Geschichtsablauf vielfach vorbestimmende frühgeschichtliche Entwicklung des Landes aufzuhellen. Aber auch dann, wenn anscheinend klare Verhältnisse durch eine konkrete, ungetrübte Überlieferung erkennbar sind, können Mißverständnisse und Irrtümer in der Deutung geschichtlicher Fakten auftreten. Um so mehr besteht die Gefahr, daß sich in dieser Sonderdisziplin der Geschichtsforschung Fehlschlüsse einschleichen können, die in der schier unüberschaubaren Fülle der Literatur immer weitergeschleppt werden und nur schwer wieder ausgemerzt werden können.

Die deutsche Siedlungsgeschichte darf in erster Linie in Rudolf Kötzschke ihren Vater erblicken. Kötzschke hat versucht, die uns heute umgebenden Ausprägungen der Kulturlandschaft und deren Wandlungen durch die Menschen und durch Natureinflüsse, insbesondere die Siedlungs-, Flur- und Hausformen, für die Landesgeschichte auszuwerten[1]. Für die Sudetengebiete haben namentlich Theodor Mayer mit dem Aufsatz über die Aufgaben der Siedlungsgeschichte in den Sudetenländern[2] und Josef

[1] R. Kötzschke, Quellen zur Geschichte der ostdeutschen Kolonisation im 12. und 13. Jahrhundert, Leipzig 1931; R. Kötzschke u. W. Ebert, Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, Leipzig 1937; R. Kötzschke, Epochen der Siedlungsgeschichte in Sachsen und im nördlichen Böhmen. In: Forschungen zur Geschichte Sachsens u. Böhmens, Dresden 1937, S. 1—27; Ders., Die Anfänge des deutschen Rechtes in der Siedlungsgeschichte des Ostens (Ius teutonicum) = Bericht über die Verhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, phil.-hist. Kl., Bd. 93/II, 1941; Ders., Die Siedelformen des deutschen Nordostens und Südostens in volks- und sozialgeschichtlicher Betrachtung. In: Deutsche Ostforschung I, 1942, S. 362—390; Ders., Ländliche Siedlung und Agrarwesen in Sachsen, Remagen 1953.

[2] In: Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung 1, 1930, S. 129—151.

Pfitzner mit einigen grundlegenden Arbeiten besonders über den schlesisch-mährischen Raum[3] unserer Sonderdisziplin Wege und Ziele gewiesen. Für Südböhmen und das angrenzende Österreich waren die Untersuchungen von Karl Lechner bahnbrechend[4]. Aber auch Ernst Klebel, Heinz Zatschek, Adalbert Klaar, Valentin Schmidt und Otto Wilder haben wertvolle Beiträge zur Siedlungsgeschichte Südböhmens beigesteuert.

Wenn wir die Probleme der Frühbesiedlung der historischen Landschaft des Egerlandes zu erörtern versuchen, müssen wir von vornherein klarstellen, daß hier noch keine endgültigen positiven Erkenntnisse, sondern lediglich Ausgangs- und Ansatzpunkte gewonnen worden sind. Das Egerland nimmt auf jeden Fall unter allen Landschaften Böhmens eine Sonderstellung ein. Das Tertiärbecken mit den Flußläufen der Eger und Wondreb wird durchbrochen von einer uralten Verkehrsader, die schon in vorgeschichtlicher Zeit als Saumpfad den Westen mit dem Osten verband. Der sogenannte Markgrafenweg, auch Königsstraße genannt, die Verbindung von Regensburg nach Eger über Waldsassen, war der zur Stauferzeit mit Vorliebe benützte Straßenzug von Bayern zur terra Plisnensis, zum Reichsgutsbezirk des Pleißenlandes. Diese Straße war eine politische, wirtschaftliche und militärische Kraftlinie des Früh- und Hochmittelalters. Auf diesem Wege dürfte unter anderem auch die Entstehung slawischer Einzelsiedlungen im Gebiete des Mains und der Rednitz wahrscheinlich schon zu Beginn des 8. Jahrhunderts erfolgt sein. Später war die Senke Waldsassen-Eger wieder ein Einzugsgebiet der deutschen Kolonisation im 12. und 13. Jahrhundert. Die fränkischen Siedler stießen von hier aus in das Egerer Becken vor und längs der Eger in den eigentlichen Sudetenraum. Urkundlich ist der Raum des Egerlandes in der Frühzeit nicht erfaßbar, vor 1061 wird der Name Eger überhaupt nicht genannt.

Wir müssen ohne alle Einschränkung annehmen, daß Böhmen vom fränkisch-deutschen Reich des 9. Jahrhunderts durch einen gewaltigen Gürtel

---

[3] Besiedlungs-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Breslauer Bistumslandes I, Reichenberg 1926; Grundsätzliches zur Siedlungsgeschichtsforschung, gezeigt an der Besiedlung der Grafschaft Glatz im 18. Jahrhundert. In: MÖIG (= Mitt. d. Österr. Inst. f. Geschichtsforschung) 43, 1929, S. 283—324. Die Besiedlung der Sudeten bis zum Ausgange des Mittelalters. In: Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung 1, 1930, S. 71—87 u. 167—191. — Hier seien auch genannt die Arbeiten von K. v. Maydell, Forschungen zur Siedlungsgeschichte und zu den Siedlungsformen der Sudetenländer. In: Dt. Arch. f. Landes- u. Volksforschung 2, 1938, S. 212—239, und Die ländlichen Siedlungsformen Nordwestdeutschland und ihre Bedeutung als Geschichtsquelle: In: Heimat und Volk, Festschrift f. W. Wostry, Brünn-Prag 1937, S. 425—478.

[4] Geschichte der Besiedlung und die ursprüngliche Grundbesitzverteilung des 210; Besiedlungs- und Herrschaftsgeschichte. In: Das Waldviertel, Wien 1937; Waldviertels. In: Jahrbuch f. Landeskunde in Niederösterreich 19, 1924, S. 10— Leistungen und Aufgaben siedlungskundlicher Forschung in den österreichischen Ländern. In: Dt. Arch. f. Landes- u. Volksforschung 4, 1940, S. 494—546.

von Grenzwäldern getrennt wurde. Es gab damals noch keine Grenzen im heutigen Sinne. Während die Westgrenze bereits seit dem Vertrag von Verdun 843 als Liniargrenze fixiert war[5], wurde die östliche erst durch die Kulturarbeit der Deutschen gewonnen. So wurde die Ostgrenze „Staatsausbau von innen heraus" und zugleich die jeweilige Grenze der abendländischen Kultur[6]. Die Grenze gegenüber Böhmen bildeten die weithin undurchdringlichen Grenzwälder. Hans Hirsch vertrat die Ansicht, daß der gesamte böhmische Raum von einem 20—30 km breiten Waldgürtel umgeben war, der sich oftmals gerade im Westen bis auf 100 km weitete[7]. Um das Massiv des Fichtelgebirges breiteten sich der Reichs-, der Selber- und der Kohlforst aus. Die zahlreichen Ortsnamen auf -reut geben heute noch eine Vorstellung von dem einstigen geschlossenen Waldgebiet. Der Böhmerwald, der vom Egerland bis in die Zwettler Gegend nach Österreich verlief, war nur von einigen schmalen Pässen durchbrochen, die wiederum auf der böhmischen Seite von vorgeschobenen militärischen Wachstationen besetzt waren, an die jetzt noch Ortsnamen wie Zahrádka, Přeseka, Straž, Vrata, Branna u. a. erinnern[8]. Die weiten Wälder galten als Niemandsland, als ein politisches Vorfeld. Die Grenzlandschaften wurden in der Frühzeit anscheinend nur nach der Reichweite der Besiedlung von Böhmen und vom fränkischen Reich bzw. Bayern als politische Einflußsphäre beansprucht. Man denke nur an die merkwürdige Stelle bei Cosmas zum Jahre 1121[9], wo der Prager Domdekan berichtet, daß „quidam ex Teutonicis infra terminos Boemorum in silva, ad quam itur per villam Bela" auf steilem Felsen eine Burg erbaute. Als dies dem Herzog Wladislaw zu Ohren kam, ließ er die Feste im Kampf zerstören. Der Böhme hätte alle Deutschen im Walde aufhängen lassen, wenn nicht ein Graf Albert, in dem wir einen Grafen aus dem Geschlecht derer von Bogen erblicken, für die Gefangenen interveniert hätte. Dieses Bela kann mit gutem Recht auch auf Weißwasser und die Burg Bösig in Nordböhmen bezogen werden. Doch spricht die Nennung des Grafen Al-

[5] P. Kirn, Politische Geschichte der deutschen Grenzen, Leipzig 1938, S. 16; H. Zatschek, Wie das erste Reich der Deutschen entstand, Prag 1940, S. 280—295; Th. Mayer, Der Vertrag von Verdun 843, Leipzig 1943, S. 13 ff.

[6] H. Aubin, Die Ostgrenze des alten deutschen Reiches. In: Hist. Vierteljahrsschr. 28, 1934, S. 228 (Neuauflage durch die Wiss. Buchgemeinschaft, Darmstadt 1959, Reihe Libelli Bd. XLVII, S. 11).

[7] Zur Entwicklung der böhmisch-österreichisch-deutschen Grenze. In: Jahrbuch d. Vereins f. Gesch. d. Deutschen i. Böhmen I, 1926, S. 8.

[8] V. Schmidt, Versuch einer Siedlungsgeschichte des Böhmerwaldes, Oberplan 1923, S. 7.

[9] Cosmas Pragensis Chronica Boemorum. In: MG SS, Nova Series II, ed. B. Bretholz, Berlin 1923, S. 221. — Daß die großen Grenzwälder keine eindeutigen Grenzen hatten, beweisen die Arbeiten von H. Quirin, Herrschaftsbildung und Kolonisation im mitteldeutschen Osten. In: Nachr. d. Akad. d. Wiss. Göttingen 1943, S. 73 und A. Weißthanner, Der Kampf um die bayerisch-böhmische Grenze von Furth bis Eisenstein von den Hussitenkriegen bis zum Dreißigjähr. Kriege, Regensburg 1939, S. 23 ff.

bert für Weißensulz im Böhmerwald. Ein Beispiel, daß die rodenden deutschen Adeligen den Wald als herrenlos ansahen und dort, wo sie rodeten, zugleich ihre Herrschaftsrechte, die hier in dem Burgenbau zum Ausdruck kommen, ausweiteten. Eine Bekräftigung des von M. Jänecke geprägten Satzes „Rodung erzeugt Herrschaft“ [10]. Im gleichen Jahrhundert hören wir zum Jahre 1176 [11] von Grenzstreitigkeiten zwischen Böhmen und Österreich über Rodungsgebiete im Grenzwald. Ein Vergleich, der auf dem Egerer Reichstag durch Kaiser Friedrich I. vermittelt wurde, regelte die Grenzfragen, wobei erstmals topographische Angaben über die österreichische Grenze gegeben werden und das Gebiet um Neu-Bistritz, das spätere Territorium der Witigonen, an Österreich kam [12]. Bis zur Zeit König Ottokars II. versuchte man die deutsche Grenze zugunsten der rodenden deutschen Bevölkerung nach Osten zu schieben. Schon Ottokars Vater Wenzel I. hat 1232 durch die Anlage der Stadt Königsberg hart an der Grenze des Egerlandes einen Riegel gegen die bayerische Ostausdehnung vorgeschoben [13]. Ottokar II. ergriff die Gelegenheit zur Arrondierung seines Territoriums im Westen und besetzte 1266 Eger, obwohl er von König Richard von Cornwallis zum Beschützer des Reichsgutes rechts des Rheins ernannt worden war [14]. In gleicher Weise war die Gründung der Zisterze Goldenkron und die Anlegung der Stadt Budweis in Südböhmen eine defensive Schutzmaßnahme dieses bedeutendsten Přemysliden gegen den Expansionsdrang und die Kolonisation der Witigonen in Richtung auf das königliche Krongut in Südböhmen [15].

Das Egerland ist vom mittelalterlichen deutschen Reich aus gesehen ein um den Egerfluß vorgeschobenes Gebiet des bayerischen Nordgaus gegen Osten, das geschichtlich 1125 als provincia Egrensis in den Händen des Markgrafen Diepold III. von Vohburg in Erscheinung tritt. 1146 kam es an den Staufer Konrad III. und fiel 1167 als erledigtes Reichslehen unter die Herrschaft Friedrich Barbarossas als unmittelbares Reichsland, das dann durch die Burg Eger mit seiner staufischen Pfalz militärisch gesichert und verwaltet wurde. In dieser Zeit erfolgte der weitere Landesausbau, vor allem durch die verläßlichsten Träger der staufischen Staatspolitik, durch die aus der Oberpfalz herbeigeholten Reichsdienstmannen. Eger wurde Sitz des iudex provincialis, des Landrichters, Eger wurde Kaiserpfalz, Reichsstadt,

[10] Vgl. dazu Th. Mayer, Der Staat der Herzöge von Zähringen. Freiburger Univ.-Reden, H. 20, 1935; Die Entstehung des „modernen“ Staates im Mittelalter und die freien Bauern. In: ZRG Germ. Abt. 57, 1937, S. 210—288.

[11] In der Chronik des Gerlach von Mühlhausen, Font. rer. Bohem. II, S. 470.

[12] G. Friedrich, Codex diplomaticus et epistolaris Regni Bohemiae I, Prag 1904—1907, nr. 291; Dazu H. Hirsch, a. a. O. S. 14 und H. Zatschek, Die Witigonen und die Besiedlung Südböhmens. In: Dt. Arch. f. Landes- u. Volksforschung 1, 1937, S. 114.

[13] G. Friedrich, Codex diplomaticus III, Prag 1942, nr. 26.

[14] H. Gradl, Monumenta Egrana, Bd. 1, Eger 1886, nr. 255.

[15] H. Zatschek, a. a. O., S. 121.

Tagungsort berühmter Reichstage, wichtiger Umschlagplatz des West-Osthandels, Oberhof nürnbergischen Rechts[16]. Die Bedeutung dieses starken Eckpfeilers staufischer Hausmachtpolitik, die sich von Nürnberg bis nordwärts in den Reichsgutkomplex des Pleißenlandes erstreckte, ist erst in letzter Zeit voll erkannt worden[17]. Nach dem tragischen Niedergang der Hohenstaufen wurde das Land Streitobjekt zwischen Böhmen und dem Reich, bis es schließlich Ludwig der Baier 1322 an Johann von Böhmen verpfändete. Vom Luxemburger wurde die territoriale und verwaltungsmäßige Unabhängigkeit der Stadt und des Landes Eger verbrieft, unter seinem Sohn Karl IV. ging die Pfandschaft jedoch schon an die Krone Böhmens über. Es muß hier aber immer wieder betont werden, daß eine formelle staatsrechtliche Eingliederung des Egerlandes in das Königreich Böhmen niemals vorgenommen wurde und daß der politische Status der Reichspfandschaft bis ins 19. Jahrhundert bewahrt blieb. Mit der Einbeziehung in den böhmischen Raum brach jedoch das bis dahin geschlossene Reichsland immer mehr auseinander. Die Grenzen des historischen Egerlandes, die früher im Westen auf den Höhenzügen des Fichtelgebirges verliefen, im Süden das gesamte Waldsassener Stiftsland umfaßten, im Norden bis ins Vogtland nach Adorf und

---

[16] Die wichtigste Literatur über das Egerland sei hier vermerkt: P. Drivok, Ältere Geschichte der deutschen Reichsstadt Eger und des Reichsgebietes Egerland, Leipzig 1875; V. Prökl, Geschichte der Stadt Eger und des Egerlandes, Eger 1845, 2. Aufl. Falkenau 1877; H. Gradl, Zur ältesten Geschichte der regio Egere. In: MVGDB (= Mitt. d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen i. Böhmen) 24, 1886, S. 1—33, 205—233; Ders., Geschichte des Egerlandes bis 1437, Prag 1893; Ders., Die Minderung des Egerlandes. In: Arch. f. Gesch. u. Altertumskde. v. Oberfranken 15, 1883, S. 1—89; A. Werhold, Zur wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Entwicklung des Egerlandes. In: MVGDB 36, 1898, S. 328—360, 412—428; 37, 1899, S. 54—67; P. Wanie, Der Stadt Eger geschichtlicher Entwicklungsgang bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Ebda 51, 1912, S. 182—201, 300—327; Ders., Die staatsrechtliche Stellung des Egerlandes bis zur endgültigen Verpfändung an Böhmen. Ebda 54, 1916, S. 345—357; K. Siegl, Eger und das Egerland im Wandel der Zeiten, 2. Aufl. Eger 1931; W. Weizsäcker, Egerer und Nürnberger Stadtrecht. In: Jb. d. Ver. d. Deutschen i. Böhmen 3, 1930—33, S. 265—289; J. Pfitzner, Egerland, Geschichtliche Stellung in Volk und Staat. In: HWB des Grenz- u. Auslandsdeutschtums. 2, Breslau 1936, S. 309 ff.; H. Sturm, Eger, Geschichte einer Reichsstadt, 2 Bände, Augsburg 1951 u. 1952; Ders. Die geschichtlichen Beziehungen des Egerlandes zum Sechsämterland, Sonderdruck 1954; J. Hemmerle, Kolonisation und Lehenbesitz der Herren von Nothaft im westlichen Böhmen. In: Stifterjahrbuch 4, 1955, S. 57—78; Ders., Siedlung und Aufbaukräfte im Egerland. In: Ostdeutsche Wissenschaft, Jahrbuch d. Ostdeutschen Kulturrates, III—IV, 1958, S. 109—136.

[17] W. Schlesinger, Egerland, Vogtland, Pleißenland. Zur Geschichte des Reichsgutes im mitteldeutschen Osten. In: Forschungen z. Gesch. Sachsens u. Böhmens. Dresden 1937, S. 61—91, neuerdings in W. Schlesinger, Mitteldeutsche Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters. Göttingen 1961, S. 188—211. K. Bosl, Die Reichsministerialität als Träger staufischer Staatspolitik in Ostfranken und auf dem bayerischen Nordgau. In: Jahresber. d. hist. Ver. f. Mittelfranken, 69, 1940/41, S. 1—103; Ders., Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, I. Bd., Stuttgart 1950.

Marktneukirchen reichten und im Osten mit dem Leibitschkamm, Tillenberg und dem Kaisergebirge abgeschlossen wurden, verengten sich im Laufe der Zeit zusehends. Im 14. Jahrhundert bröckelten verschiedene Gebiete ab. 1420 ist der Umfang des heutigen Gebietes erreicht, so daß man also schon im 15. Jahrhundert von einem bayerischen und böhmischen Egerland sprechen kann. In der vorliegenden Untersuchung haben wir es vorwiegend mit dem spätmittelalterlichen Raum, mit dem verminderten Egerland zu tun.

Wenn wir nach dem zeitlichen Verhältnis der slawischen und deutschen Besiedlung im Egerland bzw. nach deren Priorität fragen, müssen wir uns zunächst mit den Grundanschauungen der bisherigen Theorien der Geschichtswissenschaft wenigstens befassen. Von vornherein können wir feststellen, daß wir keine urkundlichen Belege, keine sicheren Quellenaussagen über die frühgeschichtliche Besiedlung des Egerlandes besitzen. Was die Geschichtswissenschaft bisher darüber zu sagen wußte, beruht durchwegs auf sekundären Erkenntnisquellen. Trotzdem sind die bisherigen Forschungsergebnisse für unser Thema nicht ohne Belang.

Für unsere Fragestellung gilt es zwei Theorien zu erörtern: die Urgermanen- und die Kolonisationstheorie. Beide haben in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts die Gemüter sehr bewegt. Diese Kontroverse, das wissenschaftliche Für und Wider, wurde damals zugleich mit nationalen Gesichtspunkten verbunden. Die Germanentheorie hatte ihren vornehmsten Vertreter in Berthold B r e t h o l z , der besonders in seiner Geschichte der Deutschen in Böhmen und Mähren, in dem Kapitel über die „sogenannte Kolonisation", den strikten Nachweis zu erbringen suchte, daß die germanische Urbevölkerung in der Völkerwanderung nie restlos den böhmisch-mährischen Kessel verlassen habe[18]. Die Deutschen in Böhmen und Mähren seien blutmäßig die Nachkommen der germanischen Volksreste der Markomannen und Quaden. Diese Anschauung über die Herkunft der Sudetendeutschen ist nicht erst eine Erfindung von Bretholz. Schon die Humanisten konnten sich nur mit dieser Annahme die Brücke vom mittelalterlichen Deutschtum zur Urbevölkerung der Germanenstämme erklären[19]. Selbst Adalbert Stifter sah in seiner 1847 erstmalig erschienenen Novelle „Der Waldgänger" in seinen Böhmerwaldbauern Germanen, die sich beim Einbruch der Slawen in die sicheren Wälder zurückgezogen hatten. Eine gewisse, allerdings schwache Stütze erhielt die Urgermanentheorie durch den Nachweis der Namenforscher, daß auf jeden Fall im 6. Jahrhundert den einwandernden Slawen von den Germanen gewisse Fluß- und Orts-

[18] Geschichte Böhmens und Mährens, 1. Bd., Reichenberg 1921. Weiters hat sich Bretholz in folgenden Arbeiten zu diesem Thema geäußert: Der Kampf um die Siedlungsfrage der Deutschen in Böhmen und Mähren, Brünn 1922; Kolonisationspolemik. In: Zs. d. Ver. f. d. Gesch. Mährens u. Schlesiens 25, 1923, S. 1—40; Zur böhmischen Kolonisationsfrage. In: MIÖG 38, 1920, S. 213—240.

[19] H. Aubin, Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung. In: Dt. Arch. f. Landes- u. Volksforschung 1, 1937, S. 38.

namen übermittelt worden sein müssen. Die neueren archäologischen Forschungen glauben auch eine gewisse Abhängigkeit der Slawen von den Germanen, z. B. im Burgenbau und in der Keramik, sehen zu können, wozu die Ausgrabungen der Burg Zantoch in Pommern Anlaß gaben[20].

Dieser germanischen Kontinuitätstheorie setzten Adolf Zycha, der Rechtshistoriker, Wilhelm Wostry, der Quellenkritiker, und Ernst Schwarz, der Philologe und Sprachforscher, die Kolonisationstheorie entgegen. Zycha widerlegte Bretholz' Behauptung, daß sich die Städte in Böhmen aus vorstädtischen Anlagen entwickelt hätten[21]. Wostry untersuchte in seiner kritischen und doch ruhig abwägenden Art die Quellen über das früheste sogenannte Deutschtum im Frühmittelalter und kam schließlich zu dem Schluß, daß das Deutschtum erst von den přemyslidischen Herrschern im 12.—14. Jahrhundert ins Land gerufen worden sei[22]. Wostry deutete darauf hin, daß schon Bohuslav Balbin und Gelasius Dobner, die beiden frühen Väter der böhmischen Geschichtsschreibung, die Tatsache der gegenseitigen Verzahnung von deutschem und tschechischem Volkstum sich nur durch die Annahme einer Einwanderung der Deutschen erklärten und gerade von Dobner habe Palacký seine Anschauung über die Kolonisation übernommen. Ernst Schwarz hat schließlich mit dem Rüstzeug philologischer Forschung einen umfassenden Beweis für die Einwanderung der Deutschen erbracht und die aufschlußreiche Erkenntnis vermittelt, daß die Sudetendeutschen kein eigener Volksstamm seien[23]. Zum Unterschied von den Siedlungsgebieten der sogenannten Altstämme, ist eben der Osten und somit auch der Raum des Sudetendeutschtums ein ausgesprochen kolonialer Boden.

Das Bekenntnis zu den wissenschaftlichen Ergebnissen der Kolonisationstheorie war damals sicherlich nicht einfach. Die Gewährsmänner der Germanentheorie glaubten nämlich, daß ihre Theorie ein Positivum in der nach 1918 immer stärker werdenden politischen Auseinandersetzung zwischen Tschechen und Deutschen bedeuten müßte, nachdem der erste Präsident der Tschechoslowakischen Republik, Thomas Masaryk, in seiner Weihnachtsbotschaft 1918 von den Deutschen sagte, daß sie ursprünglich in das

---

[20] L. Franz, Kelten und Germanen in Böhmen. In: Das Sudetendeutschtum, 2. Aufl. 1939, S. 29.

[21] Über den Ursprung der Städte in Böhmen und die Städtepolitik der Přemysliden. In: MVGDB 52, 1913, S. 2—76, 263—307, 559—605; 53, 1914, S. 124—170.

[22] Das Kolonisationsproblem. In: MVGDB 60, 1922, S. 1—168. Auf tschechischer Seite schrieb über die mittelalterliche Kolonisation J. V. Šimák, Pronikání Němců do Čech kolonisací v 13. a 14. století [Das Vordringen der Deutschen nach Böhmen durch die Kolonisation im 13. u. 14. Jahrhundert], Prag 1938.

[23] Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle, München 1931, 2. Aufl. 1961 (= ONdS); Sudetendeutsche Sprachräume, München 1935; Deutsche Siedlung in den Sudetenländern im Lichte sprachlicher Volksforschung. In: Das Sudetendeutschtum 1939, S. 93—116; Die Geschichte der deutschen Besiedlung Böhmens und Mährens. In: Die Deutschen in Böhmen und Mähren, Gräfelfing b. München 1950, S. 108—131.

Land als Emigranten und Kolonisten gekommen wären, und einige Tage später behauptete, daß die Deutschen ihre eroberungssüchtigen Kolonisten auch nach Böhmen geschickt hätten[24].

Ernst Schwarz hat in seinen kritischen sprachgeschichtlichen Untersuchungen der „Ortsnamen der Sudetenländer" nachgewiesen, wann die deutsch-slawischen Berührungen gerade im Egerland und im Schönhengstgau erstmalig erfolgten und wann die Deutschen dahin einwanderten[25]. Eine bei dem Slawisten Liewehr von Rudolf Fischer verfaßte Dissertation hat 6 Jahre später sich noch intensiver speziell mit den slawischen Ortsnamen des Egerlandes beschäftigt und kam gleich Schwarz zu annähernd analogen Schlüssen bezüglich der Einwanderung der Slawen und der Deutung der slawischen und deutschen Ortsnamen[26].

Die Theorie einer germanischen Urbesiedlung des Egerlandes wurde durch eine Dissertation Rudolf K ä u b l e r s neu belebt, der in einer Untersuchung der Siedlungs- und Flurformen im Egerlande neue Argumente dafür beibrachte. Käubler behauptete, daß es im Egerland altdeutsche germanische Wohnplätze gebe, und begründete seine Ansicht mit den Ortsnamen Hergesing, Kolseim und Rotseim, die heute zu Hörsin, Kulsam und Rathsam geworden sind. Diese Orte mit ihrem auf altdeutsche Wurzeln zurückgehenden Ortsnamen lägen zudem in dem fruchtbaren Offenland, besäßen Blockfluren, was nun keineswegs bedeute, daß die Blockflur slawischen Ursprungs sei. Aus diesen Prämissen zog er den Schluß, daß das Deutschtum im Kern des Egerlandes niemals kolonisatorischen Ursprungs sondern älter sei, als man bisher angenommen habe. Es sei auch in der Slawenzeit nicht erloschen[27]. Das positive Ergebnis dieser Arbeit aus dem Jahre 1935 war die Erarbeitung der Siedlungs- und Flurformen, die wiederum Rückschlüsse auf die Siedlungs- und Wirtschaftsverhältnisse des Mittelalters ergaben. Jedoch konnte seine damalige Argumentation für eine germanische Kontinuität im Egerland nicht überzeugen.

Zu ähnlichen Ergebnissen schien auch Werner E m m e r i c h zu kommen, und zwar in seinen Arbeiten zur Siedlungsgeschichte des östlichen Oberfranken und der oberen Mainlande. Dieser läßt ebenfalls die slawische Besiedlung stark einschrumpfen und will erweisen, daß die slawischen Orts-

---

[24] Daß dieses Schlagwort vom deutschen „Drang nach Osten" nicht nur von nationalistischen Schriftstellern und Politikern gern gebraucht wird, dafür spricht in bezeichnender Weise auch das Werk des repräsentativsten Historikers der polnischen Emigration Oskar Halecki: Europa, Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1957, S. 192.

[25] 1. Auflage 1931, S. 382—409.

[26] Die slawischen Ortsnamen des Egerlandes. In: Germanoslavica 4, 1936, S. 43—78; 5, 1937, S. 52—70.

[27] Die ländlichen Siedlungen des Egerlandes, Leipzig 1935, S. 100 f. Dazu A. Bachmann, Geschichte Böhmens, Gotha 1899, S. 72. Er läßt die deutsche Bevölkerung im Egerland von der Geburt Christi bis in die neueste Zeit bestehen.

namen nur Flur- und Naturnamen seien[28]. Ähnliche Vorbehalte besonders zu der Arbeit von Margarete Bachmann[29] und zu Ernst Schwarz' Arbeiten hatte schon Erich von Guttenberg geäußert, der den slawischen Anteil als zu übertrieben dargestellt bezeichnete[30]. Auch in seinem Historischen Ortsnamenbuch von Kulmbach versuchte er, eine Umdeutung slawischer Personennamen in deutsche vorzulegen und auf diese Weise ein Übergewicht altdeutscher Namen zu erzielen[31]. Obwohl Emmerich sich nicht ausgesprochen zur Germanentheorie bekennt, schreibt er im Hinblick auf das Egerland, daß man hier zwar das 12. und 13. Jahrhundert für die Erschließung des Waldringes durch die bäuerliche Siedlung ansetzen müsse, daß man aber die „Erfüllung des inneren Raumes einer früheren Zeit zuzuschreiben hätte", wozu auch der Charakter der Ortsnamen Rohr, Stadel und der auf die Endungen -dorf, -bach passe[32].

Nun hat Rudolf K ä u b l e r eine neue Schrift veröffentlicht, die sich mit dem „Alter der deutschen Besiedlung des Egerlandes" befaßt[33]. Ernst Schwarz wird hier als der Erfinder und Hauptvertreter der Kolonisationstheorie hingestellt. Käubler wendet sich gegen die allgemeinen Thesen von Schwarz zur Besiedlung Böhmens und verwirft auch dessen aufgestellte Leitsätze zur Besiedlung des Egerlandes, wie sie die Erarbeitung des Ortsnamenmaterials ergeben hat: 1) daß es keine deutsche Urbevölkerung im Egerland gegeben habe, 2) daß die Deutschen hier erst im 12. Jahrhundert sich ansiedelten, 3) daß hier eine zonale Kolonisation Platz gegriffen habe, die sich von der Oberpfalz in das Egerland vorgeschoben und erst später die östlichen Gebiete erfaßt habe und 4) daß das gebirgige Randgebiet deutsches Rodungsland, der Beckenboden aber ursprünglich slawisch besiedelt und im 12. Jahrhundert eingedeutscht worden sei. Käubler versucht nun in seiner

---

[28] Bemerkungen zur Besiedlung des Fichtelgebirges und seiner Vorlande. In: Von Land und Kultur, Leipzig 1937, S. 123 ff. — Nicht zur Diskussion stehen die Arbeiten, die eine slawische Besiedlung ganz zu negieren und selbst die slawischen Ortsnamen mit deutschen Erklärungen abzutun versuchen. Dazu besonders Chr. Beck, Die fränkischen Ortsnamen und ihre Bedeutung für die Frage der alten Slawengrenze. In: Korrespondenzbl. d. Gesamtvereins 61, 1913, Sp. 225—237. Neuerdings H. Schuberth, Das Slawenproblem für das nördliche Oberfranken, Hof/Saale 1956.

[29] Die Verbreitung der slawischen Siedlungen in Nordbayern. Erlangen 1926.

[30] Kirchenzehnte als Siedlungszeugnisse im oberen Maingebiet. In: JbFLf (= Jb. f. fränkische Landesforschung) 6/7, 1941, S. 45; Grundzüge der fränkischen Siedlungsgeschichte. In: Zs. f. bayer. Landesgesch. 17, 1953, S. 11.

[31] München 1952. Eine kritische Beleuchtung erfuhr diese Umdeutung durch E. Schwarz, Die slawischen Ortsnamen in Nordbayern und ihr Verhältnis zum deutschen Landesausbau. In: Zs. f. Ostforschung 5, 1956, S. 350—362. Dazu dessen Werk, Sprache und Siedlung in Nordostbayern, Nürnberg 1960.

[32] Das Hauptwegenetz des 11. Jahrhunderts in den oberen Mainlanden und seine Grundlagen in karolingischer Zeit. In: JbFLf 15, 1955, S. 273.

[33] Ein Beitrag zur frühgeschichtlichen Geographie, Göttingen 1958. Käubler hat seine Forschungen durch mehrere Vorträge in verschiedenen Städten bekannt gemacht.

Arbeit zu beweisen, daß germanisches Deutschtum im Kern des Egerlandes saß, daß das Deutschtum sonach hier ein bodenständiges sei. Er argumentiert, daß Deutsche und Tschechen, ohne sich zu stören, nebeneinander wohnen konnten. Seine Beweise nimmt er aus der neueren Geschichte des Ostraumes, indem er die neuzeitliche Symbiose von Völkern, wobei die ethnische Massiertheit und kulturelle Höhe eine eigene volkliche Eigenständigkeit erlaubt und begünstigt, mittelalterlichen Verhältnissen unterlegt. Eine weitere Behauptung Käublers lautet u. a. auch, daß die Ortsnamen sich in der schriftlosen Zeit vor 1100 viele Umgestaltungen erfahren lassen mußten. In diesem deutsch-slawischen Nebeneinander der Bevölkerung sei man also auf sprachgeschichtlicher Ebene nicht befugt, zu interpretieren und Schlüsse zu ziehen. Dagegen läßt sich aber einwenden, daß selbst in Altbayern im 8. und 9. Jahrhundert die überlieferten Ortsnamen eine verhältnismäßig getreue Tradition gewahrt haben und daß gerade der Sprachforscher auf den Orts- und Personennamen seine Studien zur Landesgeschichte aufbauen kann[34]. Zusammenfassend werden von Käubler als Gründe für die Bodenständigkeit des Deutschtums im Kern des Egerlandes, d. h. des von der Eger durchfluteten, für die Landwirtschaft günstigen Offenlandes, herangezogen: 1) Die Übernahme des Flußnamens Eger und Wondreb von der vorgermanischen Bevölkerung, Bewahrung des Namens Eger bis in die deutsche Zeit, 2) Funde von Waffen, Geräten und Schmuck, 3) Lage vieler deutschnamiger Siedlungen im Altsiedelland, die keine Rodungsnamen haben, 4) Vorkommen von Siedlungsformen (Blockfluren), die älter sind als die der Waldhufendörfer. Infolgedessen kann auch die slawische Landnahme nicht im 6. Jahrhundert erfolgt sein, wie es zum Beispiel Rudolf Fischer in verschiedenen Ortsnamenarbeiten annimmt. Nach Käubler läuft die slawische Überschichtung dieses Gebietes erst im Hochmittelalter an.

Die Kontroverse kreist sonach um die Frage, ob die frühgeschichtliche Bevölkerung des Egerlandes ethnisch germanischer oder slawischer Herkunft gewesen sei. Auf die früheren Anschauungen, die von einer Kelten- und Naristenzeit oder einer Romanisierung gesprochen haben[35], sei hier nicht eingegangen, ebenso nicht auf das bei Ptolomäus verzeichnete Menosgada[36]. Für die Anfänge der Besiedlung des Egerlandes durch Slawen finden wir nur spärliches Quellenmaterial. Wir stehen auf unsicherem Boden. Nach der Abwanderung der Markomannen und Langobarden kamen nach den bis-

[34] Vgl. dazu z. B. K. Puchner, Historisches Ortsnamenbuch von Bayern, Landkreis Ebersberg, München 1951.

[35] A. John, Die Römerhypothese. In: UE (= Unser Egerland) 1909, S. 34. P. Reinecke, Spätkeltische Oppida im rechtsrheinischen Bayern. In: Bayer. Vorgeschichtsfreund 9, 1930, S. 29—52. Neuestens E. Schwarz, Sprache und Siedlung in Nordostbayern, Nürnberg 1960, S. 3 ff.

[36] H. Sturm, Eger, Geschichte einer Reichsstadt I, S. 14 f. hält dieses oppidum für Eger. Reinecke lokalisiert diese Keltensiedlung auf dem Staffelberg: Der Ringwall Staffelberg bei Staffelstein. In: Arch. f. Gesch. u. Altertumskde. v. Obfr. 36, 1952, S. 27.

herigen Darstellungen die Slawen nach Böhmen. Daß hierüber neuerdings auch andere auf archäologische Forschungen sich stützende Anschauungen existieren, hat Helmut P r e i d e l in seinen letzten Werken über die slawische Besiedlung Böhmens und Mährens[37] dargelegt. Er interpretiert das Auftreten der Slawen nicht als Einwanderung, sondern als Ergebnis eines sozialen Umschwunges und einer Umvolkung. Die erste Nennung der Slawen geschieht in den fränkischen Annalen zum Jahre 623. Hier berichtet Fredegar[38], daß der Franke Samo in Handelsgeschäften zu den Sclavos coinomento Winedos zog, dann deren König wurde und das awarische Joch der Slawen abschüttelte. Bereits vor dieser ersten Nennung siedelten also die Slawen nicht nur in Böhmen, sondern auch in Mitteldeutschland. Dieser slawische Druck war kein geringer, dies dokumentiert die Nachricht des gleichen Fredegar[39], daß nämlich die Franken den Sachsen den Tribut nachließen, als diese sich bereit erklärten, den Grenzschutz gegen die Slawen zu übernehmen. Die Sachsen waren aber damals dazu nicht mehr fähig. Die Slawen wurden eine ernst zu nehmende Gefahr für das Frankenreich. Wir hören, daß 631 Samo das austrasische Heer unter König Dagobert bei Wogastisburg schlug[40]. Wenn nun dieses Wogastisburg identisch ist mit Atschau — Uhošťany, wie es gerade in letzter Zeit E. Schwarz u. a. überzeugend dargelegt haben[41], dann muß das fränkische Heer seinen Weg in die Gegend von Kaaden durch den Egergraben genommen haben. Wogastisburg war eine ständige oder wenigstens vorübergehende Befestigung des slawischen Machtbereiches[42]. Nachdem die Franken hier eine schwere Niederlage erlitten hatten, konnten die Slawen ohne jede Gefahr nach Westen vordringen. Nach dieser militärischen Niederlage nahm selbst der Thüringerherzog Radulf mit den Slawen freundschaftliche Beziehungen auf,

---

[37] Die vor- und frühgeschichtlichen Siedlungsräume in Böhmen und Mähren, München 1953, und Anfänge der slawischen Besiedlung in Böhmen und Mähren, 2 Bde, München 1954 und 1957. Gegen Preidels Auffassung besonders E. Schwarz, Das Vordringen der Slawen nach Westen. In: Südostforschungen 15, 1956, S. 86—108, wo Schwarz behauptet, daß es kein geschichtliches Zeugnis für die Slawen in Mitteleuropa vor der Mitte des 6. Jahrhunderts gäbe und daß diese Slawen auch keine friedlichen Bauern gewesen wären, die mit den Germanen zusammengewohnt hätten. Sie wären nämlich sonst durch die Awaren vernichtet worden und hätten bei Wogatisburg auch gegen das fränkische Heer nicht gesiegt. Gleichfalls fehlen nach Schwarz die sprachlichen Nachwirkungen einer solchen ethnischen Symbiose.

[38] MGH Script. rer. Meroving. II, (1888) S. 144.

[39] II, S. 155.

[40] II, S. 155.

[41] E. Schwarz, Wogastisburg. In: Sudeta IV, 1928, S. 154 ff., neuestens in ONdS 1961², S. 63—68; G. Labuda, Wogastis-Burg. In: Slavia Antiqua 2, 1949, S. 241 ff; H. Preidel, Die Anfänge der slawischen Besiedlung I, S. 90 f.; A. Profous, Místní jména v Čechách, Prag 1957, Bd. IV, S. 423; R. Grünwald, Wogastisburk. In: Vznik a počátky Slovanů II, Prag 1958, S. 99—108. Letzterer will nachweisen, daß die Schlacht bei Staffelstein in Unterfranken geschlagen wurde.

[42] Labuda denkt sogar an eine Wagenburg, a. a. O., S. 241.

nachdem er sie noch vorher im Auftrag des Frankenkönigs Sigibert bekämpft hatte[43].

Auf Grund von Bodenfunden in Unterlohma, die aus dem 7. Jahrhundert stammen sollen, sucht Rudolf Turek[44] Slawen im Egerland nachzuweisen, und Preidel macht wahrscheinlich, daß Samo im Egerland eine militärische Kolonie gegen das Westreich angelegt hatte[45]. Seit dieser Zeit entstanden in den heutigen Gebieten der Oberpfalz und Oberfrankens immer zahlreicher die slawischen Siedlungen. Erst wieder Karl der Große bekämpfte die Slawen. Karl brachte 805 und 806 in drei Heerzügen die Völkerschaften Böhmens unter seinen Einflußbereich[46], wobei sicherlich auch Missionsbestrebungen der fränkischen Kirche eine Rolle spielten.

Die Frühgeschichte hat auf diese ethnischen Fragen und über die Siedlungsanfänge noch keine klare Antwort gegeben. Der Geograph Robert Gradmann[47] schreibt, daß das bewaldete Massiv des Fichtelgebirges stets von den Römern gemieden wurde und daß noch im frühen Mittelalter der Böhmerwald als ein zusammenhängender Urwald angesehen werden muß, der als „eremus", als menschenleerer Urwald, bezeichnet wird. Otto Schlüter gibt in seiner Studie über die frühgeschichtliche Verbreitung von Wald und Siedlungsland in Böhmen und Mähren[48] keine klare Antwort über das Egerland. Er schließt sich Preidels Meinung an, daß das Egerer Tertiärbecken in der germanischen Zeit bewaldet und daher auch unbesiedelt war. Nur um Eger und um das heutige Franzensbad waren Siedlungsmöglichkeiten vorhanden. Der bayerische Archäologe Paul Reinecke glaubte, daß der slawische Einfluß im Frühmittelalter sehr stark gewesen sein müsse und man von einem geschlossenen, politisch unabhängigen slawischen Siedelgebiet sprechen könne[49].

Während die Vorgeschichte bisher die S-förmig gebogenen Kopfschmuckringe, die sogenannten Schläfenringe, für typisch slawischer Herkunft hielt und sie in das 8.—10. Jahrhundert einordnete, hat Karl D i n k l a g e diese als merowingisch bestimmt, infolge von zahlreichen Fundstellen derselben im Egerland und in Oberfranken die Träger dieser Schläfenringe den germanischen Völkerschaften zugewiesen und deshalb wiederum die germani-

---

[43] MGH Script. rer. Meroving. II, S. 159. Die neuerliche Einverleibung des thüring. und mainfränk. Gebietes in das fränkische Herrschaftsbereich muß am Ende des 7. Jahrhunderts erfolgt sein. Dazu H. Büttner, Das mittlere Mainland und die fränkische Politik des 7. und frühen 8. Jahrhunderts. In: Herbipolis jubilans. 1200 Jahre Bistum Würzburg, Würzburg 1952, S. 84 f.

[44] Slovanské osídlení Chebska (Die slawische Besiedlung des Egerlandes). In: Obzor prehistorický 14, 1950, S. 419 f.

[45] A. a. O. I. Bd., S. 109, Anm. 258.

[46] Einhardi, Vita Caroli. Hgg. v. Holder-Egger, S. 18.

[47] Süddeutschland, Bd. II, Stuttgart 1931, S. 364.

[48] Sudeta 14, 1938, S. 109 f.; Nach H. Preidel, Die vor- und frühgeschichtlichen Siedlungen . . . S. 90 sind nur in der jüngeren Bronzezeit Besiedlungshinweise größeren Umfanges im Egerland zu finden.

[49] Die Slawen in Nordbayern. In: Zs. f. bayer. Vorgesch. 7, 1927/28, S. 21.

sche (deutsche) Besiedlung des Egerlandes in das 8. Jahrhundert verlegt[50]. Das Dasein der Slawen sei nach Dinklage lediglich eine wirtschaftliche Maßnahme gewesen. Diese Slawen seien von den deutschen Grundherren als billige Arbeitskräfte herangeholt worden. Insonderheit nach den Kriegszügen Karls des Großen seien sie als Kriegsgefangene zur Siedlungsaufschließung in den Nordgau gebracht worden[51]. Diese Kriegsgefangenentheorie, wonach das slawische Zuwanderungselement als Zwangskolonisation gedeutet wird, wurde mit Vorliebe von Guttenberg gebraucht. Emmerich spannt die Theorie sogar soweit aus, daß er die slawischen Dörfer von diesen Kriegsgefangenen, die von den deutschen Grundherren zur Rodung angesetzt wurden, benannt sein lassen will[52]. Demgegenüber hat Walter Schlesinger im Hinblick auf die thüringischen Sorben betont, daß es nur freie slawische Siedlungen im politischen Verband des Fränkischen Reiches gegeben habe[53]. Auf Grund von Keramik- und Waffenfunden hat sich Leonhard Franz bestimmen lassen, diese in den egerländischen Dörfern Triesendorf, Trebendorf und Honnersdorf entdeckten Gegenstände dem germanischen Element zuzuschreiben und somit den Deutschen die Priorität im Egerland zuzuerkennen[54].

Nachdem die deutsche Wissenschaft die einschlägigen Forschungen unserer tschechischen Nachbarn infolge Unkenntnis deren Sprache bisher unberücksichtigt gelassen hat, wollen wir gerechtigkeitshalber auch die Mei-

---

[50] W. Hülle, Westausbreitung und Wehranlagen der Slawen in Mitteldeutschland, Leipzig 1940, S. 45; K. Dinklage, Studien zur Frühgeschichte des deutschen Südostens. In: Südost-Forschungen 5, 1940, S. 158—184. Die Frage der Schläfenringe, die nach den neuesten tschechischen Arbeiten in die 1. Hälfte des 10. Jahrhunderts datiert werden, behandeln vor allem: P. Reinecke, Zur Herkunft der slawischen Schläfenringe. In: Germania 18, 1934, S. 218 ff; J. Barkovský, Esovité záušnice, jejich původ a význám [Die S-förmigen Schläfengehänge, ihr Ursprung und ihre Bedeutung], Liblice 1956 und M. Šolle, Knížeci pohřebiště na Staré Kouřimi [Das Fürstengrab in Alt-Kouřim]. In: Památky archeologické 50, 1959, S. 436—439. Die den Slawen zugewiesene Töpferware um Bamberg aus der Mitte des 8. Jahrhunderts beweist, daß hier besonders um den Königshof Hallstadt slawische Bevölkerungsschichten siedelten. Hierzu H. Jakob, Abgegangene Siedlungen der Main- und Regnitz-Wenden um Bamberg. In: Forschungen und Fortschritte 32, 1958, S. 304—308.

[51] K. Dinklage, Die Besiedlung des Schwabacher Landes in Karolingischer Zeit. In: JbFLf 6/7, 1941, S. 217. Diese Theorie wurde bereits von M. Wähler, Die einstigen slawischen Nebensiedlungen in Thüringen. In: Festschrift f. Dobenecker 1929, S. 17 ff. ausgebildet.

[52] E. Frhr. v. Guttenberg, Territorienbildung am Obermain. In: Ber. d. hist. Ver. Bamberg 79, 1925/26, S. 38; W. Emmerich, Bemerkungen zur Besiedlung des Fichtelgebirges. In: Von Land und Kultur, Leipzig 1937, S. 126 f.

[53] Die Entstehung der Landesherrschaft, Dresden 1941, S. 217. Auch K. Bosl vertritt diese Meinungen in seiner Abhandlung: Probleme der Reichsgutforschung in Mittel- und Süddeutschland. In: Jb. f. Fränk. Landesforschg. 20, 1960, S. 311 f.

[54] Ein frühgeschichtlicher Fund aus dem Egerland. In: Kultur und Rasse 1939. S. 76 ff.; Ders., Ein frühdeutscher Fund aus dem Egerland. In: UE 44, 1940, S. 78 f.; Ders., Der Fund von Trebendorf. Ebda 45, 1941, S. 68 ff.

nung der tschechischen Archäologen und Historiker hören. In Westböhmen hat der Prähistoriker des Prager Nationalmuseums Rudolf Turek auf Grund umfangreicher Funde ein Bild von einer kontinuierlichen slawischen Siedlung entworfen[55]. Turek hat sich weiterhin durch die Ergebnisse der Grabungen auf der Egerer Burg für deren urslawische Bewohnerschaft entschieden und diese Burgbewohner einer sozial und kulturell höher stehenden Schicht zugewiesen. Die in den Annales Tiliani überlieferte Stelle, wo es heißt „in terra Sclavorum, qui vocabantur Cinu"[56], bezieht Václav Vaněček[57] nicht auf die Tschechen selbst, sondern auf einen Slawenstamm zwischen Fichtelgebirge und Kaiserwald, der vielleicht sogar auch Nordbayern in Besitz hatte. Diese sogenannten altslawischen Stämme, von denen ja einige bei dem sog. Baierischen Geographen, in einer Handschrift der Bayerischen Staatsbibliothek München aus der ehemaligen Reichsabtei St. Emmeram in Regensburg, verzeichnet sind[58], sollen nach neueren Forschungen keine Stammeseinheiten, sondern lediglich Landschaftsverbände, Burggemeinden gewesen sein, die um bestimmte Burganlagen, lateinisch civitates, siedelten[59].

Mit Westböhmen beschäftigte sich auch Emanuel Šimek, der Prähistoriker der Universität Brünn, der in einem Beitrag zu einem 1947 herausgegebenen Sammelband das Problem des politischen Verhältnisses der Westslawen und Germanen aufwarf. In seinem neuesten Werk über die slawische Besiedlung des Egerlandes[60] geht er zunächst den Spuren der Sedlitschanen nach, deren Mittelpunkt Sedlice — Zettlitz bei Karlsbad gewesen sei, und die nach seiner Meinung nicht nur in dem Gebiet von Warta bis Königsberg siedelten, sondern darüber hinaus auch das Egerer Becken bis zum Fichtelgebirge innehatten. Die Einwanderung der Sedlitschanen setzt Šimek bereits in die Mitte des 6. Jahrhunderts an. Nach Šimek sind die angeblichen Chebané, die bisher tschechische Forscher[61] als die slawischen Ureinwohner des Egerlandes ansahen, eine gelehrte Fiktion, genau wie die germanische Vorbesiedlung. Šimeks Verdienst ist es, daß er

---

[55] Slovanské osídlení Chebska [Slawische Besiedlung des Egerlandes]. In: Obzor prehistorický 14, 1950, S. 401—440; Ders. Území západočeských Sedličanů [Das Gebiet der westböhmischen Sedlitschanen]. In: Zprávy Anthropologické společnosti 4, Brünn 1951.

[56] MGH SS I, S. 223. — Ein Abdruck dieser Stelle bei Preidel, Die Anfänge II, S. 149.

[57] Staré Čechy 8.—9. stol. [Alt-Böhmen im 8. u. 9. Jh.]. In: Slavia Antiqua 2, 1949/50, S. 312 f.

[58] Literatur darüber verzeichnet H. Preidel, Die Anfänge . . . II, S. 34 f.

[59] V. Vaněček, a. a. O., S. 302, Preidel, a. a. O., II, S. 51 f.

[60] Simek ließ seiner ersten Arbeit: Západní Slované a Germáni [Die Westslawen und die Germanen], Brünn 1947, 1955 ein eingehenderes Werk über das Egerland in alter Zeit "Chebsko v staré době" folgen. Eine ausführliche Besprechung dieses Werkes von R. Fischer in: Zs. f. Slawistik 1, 1956, S. 122—126.

[61] Zuletzt J. Slavík, Slované na Chebsku [Die Slawen im Egerland], Eger 1949 und R. Turek, Slovanské osídlení Chebska.

vor allem die Burgwälle im Egergraben mittels Terrainuntersuchungen bestimmt hat. Über die Burganlagen der Slawen im allgemeinen sind wir durch das Werk von W. Hülle[62] verhältnismäßig gut informiert. In Anlehnung an die Darstellung von Heinrich Felix Schmid über die Burgbezirksverfassung bei den Slawen[63], der nachwies, daß die Slawen die Burgwardverfassung schon bei ihrer Einwanderung mitbrachten, da diese Verfassung Gemeingut der Nord- und Südslawen gewesen sei, hat W. Hülle die verschiedenen slawischen Burgtypen, die Rund- oder Ringwälle, die Burgwälle oder Herrenburgen und die Burghügel oder Turmhügel in der Thüringer und Saalegegend erforscht. Er kam zu der Überzeugung, daß die Grenze der politischen Selbständigkeit der Altslawen mit der Westgrenze ihrer Wehranlagen identisch sei[64]. Die Ansicht von Karl V o g t, der die Burgen in Böhmen bis zum Ende des 12. Jahrhunderts eingehend untersuchte[65], daß die unbesiedelten Fluchtburgen der älteste Typ der slawischen Burgwälle gewesen wären, ist gewiß ein Irrtum, wie die letzten Untersuchungen an Befestigungsanlagen in Innerböhmen ergeben haben[66]. Daß solche Burgwälle im Egerland und in Westböhmen existierten, ist sicher. Šimek mußte nur bei seinen Forschungen bedauern, daß in den interessantesten Gebieten, z. B. in Zettlitz, die Burgwälle zum Großteil durch den Kohlen- und Kaolinabbau vernichtet worden sind[67]. Jedenfalls hat er einige Burganlagen ermittelt, so das alte Schloß der Herren von Kager in Liebau, die Befestigungen in Elbogen, Altsattel, Königsberg und Eger. Daß die Egerer Burg auf einem slawischen Burgwall aufgebaut ist, hat schon Oskar Schürer bei seinen Grabungen 1932 festgestellt[68]. Šimek sucht zu beweisen, daß in Eger eine slawische Burgwallsiedlung bestanden hat. Er zieht, bewogen durch die archäologischen Ausgrabungen, die Folgerung, daß slawische Siedler auch noch im 11. Jahrhundert auf der Burg sich aufhielten, daß sonach Eger damals noch nicht zum bayerischen Nordgau gehört haben konnte und daß es auch damals noch keine deutsche Kolonisten gab. Den Bau einer Burg der Vohburger Markgrafen negiert er trotz der Ergebnisse von Ausgrabungen im Gelände der Egerer Kaiserpfalz. Die staufische Reichsburg von 1179, in der Barbarossa seinen Reichstag abhielt, sei unmittelbar auf der slawischen Burgstätte errichtet worden[69].

---

[62] W. Hülle, a. a. O.

[63] In: Jb. f. d. Kultur u. Gesch. d. Slawen NF 2, 1926, S. 81 ff.

[64] W. Hülle, a. a. O., S. 44.

[65] Die Burg in Böhmen bis zum Ende des 12. Jahrhunderts, Reichenberg 1938, S. 17—22.

[66] Vgl. R. Turik, Prachovské skály na úsvitě dějin [Die Prachower Felsen zu Beginn der Geschichte], Prag 1946. Es handelt sich hier um die vorgeschichtliche Befestigungsanlage beim Dorfe Prachow im Bezirk Jitschin.

[67] E. Šimek, Chebsko v staré době, S. 88.

[68] Die Kaiserpfalz Eger, Berlin 1934; Ders., Geschichte von Burg und Pfalz Eger, München 1934.

[69] E. Šimek, a. a. O., S. 177. — O. Schürer, Die Kaiserpfalz Eger, Berlin 1934, S. 51 ff.

Aus diesen Ausführungen ersehen wir die ganze Problematik der Frage der ethnischen Einordnung der frühgeschichtlichen Bewohner des Egerlandes von seiten der archäologischen Forschungen. Die gewichtige Meinung der Vorgeschichtsforscher, die sich für die Priorität der Slawen entscheiden, muß jedenfalls beachtet werden.

In diesem Zusammenhang ist es nicht abwegig, die Stellung der Siedlungsgeographen über die ersten Anfänge der Siedlung im Egerland zu hören. Rudolf Kötzschke hat nur in einer einzigen Arbeit sich dahingehend ausgesprochen, daß die Siedelformen im nördlichen Böhmen denen von Sachsen auffallend ähneln, was den Rückschluß zuläßt, daß beide Länder unter ähnlichen Bedingungen besiedelt wurden[70]. Rudolf Käubler, dessen Kontroverse mit den Kolonisationsvertretern wir zu Beginn unserer Abhandlung darlegten, hat in seiner gründlichen Doktorarbeit die Siedlungs- und Flurformen des Egerlandes aufzunehmen versucht und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß fast alle möglichen Siedlungsformen in jeder Ortsform vorkommen[71]. Die Fluraufteilung nach Waldhufen muß nach ihm bereits vor der Gründung des Klosters Waldsassen 1133 eingeführt worden sein. Die Siedlungen mit Ortsnamen slawischer Herkunft weisen vorwiegend Blockfluren auf. In Siedlungen, deren germanische Herkunft Käubler nachweisen will, herrscht nach seinen Feststellungen jedoch ebenso die Blockflur vor. Das nun wiederum bestimmt Käubler, die Blockflur auch den germanischen Siedlern zuzuschreiben. Diese Anregungen hat Emmerich aufgegriffen und die germanische Herkunft der Blockflur gelehrt sowie in gewisser Einschränkung den Aussagewert der Ortsnamenforschung hinsichtlich der ethnischen Besiedlung verneint[72]. Heribert Sturm weist darauf hin, daß die slawische Siedlungsschicht recht dünn lediglich in Hofweilersiedlungen lebte. Eine größere Siedlungsweise wäre nirgends nachzuweisen. Die um Eger erkennbaren slawischen Rundlinge hätten nur eine geringe Bewohnerschaft aufnehmen können[73].

Eine bei Josef Pfitzner in Prag entstandene Dissertation von Ernst Ettel[74] hat sich besonders mit den Orts- und Flurformen beschäftigt und ist hier zu sehr brauchbaren Ergebnissen gelangt. Ettel hat zunächst die im Egerland vorherrschenden Flurformen untersucht und dabei festgestellt, daß im Zentrum und entlang der Eger die Block- und Blockstreifenflur vorkommt. Um diesen Kern herum lagern die Übergangsfluren der Gewanne und Ge-

[70] Epochen der Siedlungsgeschichte in Sachsen und im nördlichen Böhmen. In: Forschungen zur Geschichte Sachsens und Böhmens, Dresden 1937, S. 9.

[71] Die ländliche Besiedlung des Egerlandes, Leipzig 1935.

[72] Bemerkungen zur Besiedlung des Fichtelgebirges und seiner Vorlande. S. 123 ff. und 131 f.

[73] Eger I, S. 17.

[74] Die leider nur im Manuskript vorliegende Arbeit hat den Titel: Beiträge zur Siedlungsgeschichte des Egerer Kreises unter besonderer Berücksichtigung der Orts- und Flurformen, Prag 1941. — Für die mir liebenswürdigerweise zur Einsicht überlassene Dissertation möchte ich Herrn Dr. E. Ettel aufrichtig danken.

länge und um diese gruppieren sich die Waldhufen- und Einödfluren. Die Blockfluren im Offenland und im Gebiet der vorgeschichtlichen Funde seien slawischen Ursprungs. Sie zeigen die völlige Planlosigkeit in der Anlage. Die dazugehörige Ortsform ist zumeist der Weiler bzw. das Haufendorf. Sie führen durchwegs Ortsnamen slawischer Wurzel. In der Übergangszone der Gewannflur tritt bereits die mittelalterliche Kolonisation in Erscheinung. Es handelt sich hier um bereits planmäßig aufgeteiltes Rodungsland, das zu Orten mit deutschen Ortsnamen gehört. In der äußeren Siedelzone, in dem gebirgigen Teil des Egerlandes herrschen die Waldhufenfluren mit Reihendörfern vor.

Im Anschluß an diese Untersuchung berichtigt Ettel die Ergebnisse von R. Käublers und J. Leipoldts[75] Flurnamenforschungen und beschäftigt sich ausführlich mit den Ortsnamen. Die wichtigsten Ortsformen im Egerland sind der Weiler und dessen Ausbauform, das Haufendorf, weiters das Platz-, Gassen-, Straßen- und Reihendorf. Nur das Reihendorf ist das typische koloniale Dorf im Waldhufengebiet, während das Straßendorf eine koloniale Ausbauform in den Gebieten darstellt, in denen zumeist die Blockflur dominiert. Daß manche Ortsnamen mit den Endungen -reuth und grün gerade von Waldhufendörfern slawische Personennamen enthalten (z. B. Watzkenreuth, Fassatengrün) glaubt Ettel dadurch zu erklären, daß die Deutschen unter Führung von slawischen Lokatoren den Ortsausbau durchgeführt haben. Die Besiedlung der slawischen Zeit verlegt Ettel in das 7. Jahrhundert und nach ihm ergibt eine Kombination der Orts- und Flurformen mit den Orts- und Flurnamen annähernd das beste Bild des slawischen Siedlungsraumes. Diesen Siedlungsraum füllten die deutschen Ostsiedler im 12. Jahrhundert auf. Germanenreste hätten sich nach Ettel im Egerland kaum halten können und sie wären nicht fähig gewesen, das gesamte Gebiet zu kolonisieren. Der für diese Reste von Käubler nordöstlich von Eger vermutete Siedlungsraum weist gerade die typisch slawische Blockflur mit Weilersiedlungen auf.

In jüngster Zeit hat nun auch die Sprachwissenschaft zur Klärung unserer Fragen wesentlich beigetragen, denn gerade die Ostsiedlung spiegelt sich ja vornehmlich im Lichte der Sprache, der Mundarten. Ernst S c h w a r z ist es zu danken, daß wir für Böhmen besonders gut und eingehend belehrt worden sind und viele wertvolle Herkunftshinweise erhalten haben[76].

---

[75] J. Leipoldt hat in seiner Arbeit zur „Geschichte der ostdeutschen Kolonisation im Vogtland auf der Grundlage der Siedlungsformenforschung", Plauen 1927, S. 91 ff. einige Teile des Egerlandes mitbehandelt.

[76] Vgl. dazu die Arbeiten von E. Schwarz: Deutsche Siedlung in den Sudetenländern im Lichte sprachlicher Volksforschung. In: Das Sudetendeutschtum, 1939, S. 95—116; Die Mundartenforschung in ihrer Bedeutung für die ostdeutsche Stammeskunde. In: Deutsche Ostforschung 1. Bd., Leipzig 1942, S. 537—559; Die deutschen Mundarten, Göttingen 1950; Die deutschen Mundarten in Böhmen und Mähren-Schlesien. In: Sudetendeutscher Atlas. Hrsg. v. E. Meynen, München 1954, S. 9—10 mit Karte; Sudetendeutscher Wortatlas, Bd. I, II München 1954 u. 1956.

Schwarz arbeitete die Grundlagen der Sprachräume heraus und lehrte die Entstehung der Mundarten aus der deutschen Besiedlung des Mittelalters zu begreifen. Für das Egerland stellte damals Schwarz die nordbaierische Mundart mit ostfränkischen Zügen fest und er machte den Vorschlag, diese Mundart nordgauisch zu bezeichnen[77]. Mit seiner umfangreichen Arbeit über die „Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle" gelang es ihm, an Hand der urkundlich überlieferten Ortsnamen den Beginn der deutsch-slawischen Beziehungen zeitlich annähernd zu fixieren. Die Eindeutschung von slawischen Ortsnamen des Egerlandes ist nach Schwarz bis zum Jahre 1250 erfolgt. Mit den slawischen Ortsnamen können die Deutschen nach den lautlichen und phonetischen Gesetzen erst um 1150 bis 1300 bekannt geworden sein. Das ergibt den eindeutigen Schluß, daß die deutsche Siedlung des Egerlandes erst im 12. Jahrhundert einsetzte. Andererseits kann die Ortsnamenforschung auch gewichtige Hinweise über die Einwanderung der Slawen nach Bayern geben. Nach Schwarz' ursprünglicher Ansicht hat dieser slawische Siedlungsprozeß im 8. Jahrhundert begonnen und ist im 12. Jahrhundert zum Stillstand gekommen[78]. In interessanten Untersuchungen hat Schwarz erst kürzlich die Streitfrage nach der stammesmäßigen Zuordnung der Slawen, ob diese als Sorben oder als Tschechen zu bezeichnen wären, behandelt. Diese Frage konnte mit Hilfe der slawischen Liquidenmetathese gelöst werden. Die Umstellung der Lautgruppen „talt, tart", die um 800 erfolgt ist — vgl. Karl zu Krol und Kral —, ergibt bei den Sorben „tlot, trot", bei den Tschechen die Formen „tlat, trat". Die Ortsnamen boten für diese sprachliche Untersuchung das Vergleichsmaterial. Die kartographische Auswertung ergibt, daß die Wenden am oberen Main aus dem Sorbenland kamen, daß aber die Oberpfalz weitgehendst der Mundart des Alttschechischen folgt und daß auch dorthin die Beziehungen weisen. Mitten durch das Egerland verläuft die Grenze sorbischer und tschechischer Liquidenumstellung. Schwarz meint indes jetzt, daß der Schub der wendischen Gruppen von der Saale in das Mainfränkische nach der Schlacht bei Wogastisburg, sonach schon in der Mitte des 7. Jahrhunderts erfolgt sei. Die regio Egire sei wahrscheinlich von den Sorben von Westen her im 8. Jahrhundert besiedelt worden, wiewohl geographisch gesehen die Einwanderung von böhmischer Seite naheläge[79].

---

[77] Sudetendeutsche Sprachräume, S. 77; Dazu auch der Vortrag von E. Schwarz, Die deutsche Besiedlung des Böhmerwaldes und Westböhmens im Lichte der Mundarten. In: Böhmen und Bayern, München 1957, S. 1—27.

[78] Die slawischen Ortsnamen in Nordbayern und ihr Verhältnis zum deutschen Landesausbau. In: Zs. f. Ostforschung 5, 1956, S. 363.

[79] Die Stammeszugehörigkeit der Mainwenden. In: Forschungen und Fortschritte 32, 1957, S. 280—282; Die Stammeszugehörigkeit der Slawen am oberen Main im Lichte der Ortsnamen. In: Sybaris, Festschrift f. Hans Krahe, Wiesbaden 1958, S. 138—145; Sprache und Siedlung in Nordostbayern, Nürnberg 1960, S. 183 ff., bes. S. 196 f. u. 366 f.; ONdS 1961², S. 256 u. 362. — Zu beachten ist die Behauptung eines tschechischen Wissenschaftlers, daß die um Taus siedelnden

Als Vertreter der Slawistik hat sich Rudolf Fischer schon in seiner Prager Dissertation mit den slawischen Ortsnamen des Egerlandes befaßt[80]. Auf Grund der slawischen Ortsnamen kam er zu dem Ergebnis, daß die slawische Landnahme im Egerland schon in der 2. Hälfte des 6. Jahrhunderts erfolgt sein müsse. Er bezeichnete die dortige Bevölkerung nicht als Sorben, sondern als Tschechen. Die alttschechischen Ortsnamen seien größtenteils im 12. Jahrhundert eingedeutscht worden. Eine Reihe von Namen müsse nach lautgesetzlichen Gründen schon um 1150 in deutschem Mund gewesen sein. Während Schwarz die Frage nach Resten vorslawischer Germanen im Egerland verneint[81], glaubt Fischer wegen der Ortsnamen Kulsam, Ratsam und Hörsin dies bejahen zu müssen[82]. In seiner neuesten Studie über die Namen der regio Egrana vel Hebana[83] scheint aber Fischer seine seinerzeitige Vermutung geändert zu haben, wenn er schreibt, daß Hergesing, also das heutige Hörsin, ein Waldhufendorf sei und sonach erst im 12. Jahrhundert ausgebaut wurde. Schwarz bemerkt dazu gerade hinsichtlich der Ortsnamen mit den altdeutschen Formen, daß diese von den deutschen Siedlern aus der alten Heimat mitgebracht worden seien. In seiner Leipziger Habilitationsschrift argumentiert Fischer, daß es schon die geschichtliche Überlegung gebiete, ein Übergreifen der slawischen Besiedlung nach Oberfranken nur in einer Zeit geschehen zu lassen, die noch von keiner starken politischen Macht getragen worden sei, also vor Karl dem Großen. Die Beziehungen zwischen Slawen und Deutschen müssen nur friedliche gewesen sein. Slawen wie Deutsche betrieben gemeinsam den Landesausbau, die Urbarmachung der bewaldeten Gebiete. Dies zeige sich vor allem in Ortsnamen, in denen der Name eines slawischen Siedlers zum Bestimmungswort geworden sei. Als nun das deutsche Element das Übergewicht erhielt, wurde die deutsche Sprache von den Tschechen angenommen[84]. Diese Ausführun-

---

Choden die Nachkommen der aus der Oberpfalz kommenden Sorben sind, vgl. A. Frinta, Chodové — srbský kmen z Bavor (Die Choden — ein sorbischer Stamm aus Bayern). In: Minulostí Plzně a Plzeňska III. Bd., Pilsen 1960, S. 13—43.

[80] Die slawischen Ortsnamen des Egerlandes. In: Germanoslavia 4, 1936 und 5, 1937.

[81] Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle, S. 79.

[82] Egerländer Ortsnamen aus altdeutscher Zeit. In: UE 40, 1936, S. 61 und Zur ältesten Besiedlungsgeschichte des Egerlandes. In: Heimat und Volkstum 17, 1939, S. 56.

[83] In: Beiträge der deutschen Sprache und Literatur, Bd. 76, 1954, S. 79.

[84] Probleme der Namenforschung an Orts- und Flurnamen im westlichen Böhmen und seiner Nachbarschaft, Leipzig 1950. Die These von dem friedlichen Zusammenleben von Deutschen und Slawen — die Slawen als hospites der Deutschen — begründete auch Ernst Schwarz auf dem Internationalen Ortsnamenkongreß in München im August 1958 in seinem Vortrage „Deutschslawische Namenbeziehungen von der Ostsee bis zur Adria" in: Berichte des VI. Internationalen Kongresses für Namenforschung = Studia Onomastica Monacensia Bd. 2, München 1960, S. 29—56. — Über die personal-rechtliche Gleichstellung von Slawen und Franken als Königsfreie oder Liten vgl. K. Bosl, Franken um 800, Struktur-

gen zeigen, daß sowohl der Germanist als auch der Slawist zu ähnlichen, wenn auch nicht zu ganz gleichen Resultaten kommen und daß die Lautgesetze der Sprache mit gutem Recht den Anspruch erheben dürfen, als nicht unbedeutende Geschichtsquelle herangezogen zu werden.

Mit dem Jahre 805 ist erstmalig der Name der Eger chronikalisch überliefert[85]. Das Chronicon Moissiacense erzählt, daß Karl der Große gegen die Beuwidines 3 Heere sandte. Dann heißt es: „venerunt ad fluvium qui vocatur Agara ille tres hostes insimul et venerunt ad Canburg". Hier an der Canburg verwüsteten die fränkischen Krieger 40 Tage die Gegend und zogen erst wieder ab, als ihnen die Vorräte versiegten. Als Marschrichtung des hier genannten ostfränkischen Heeres muß nach Ernst Klebel die Strecke Bamberg—Eger, für das bayerische Aufgebot der Weg Regensburg—Cham—Pilsen angenommen werden[86]. Mit dieser Stelle werden wir erstmalig quellenmäßig mit dem Fluß Eger — Agara bekannt. Das Egerland ist die Einbruchspforte nach Böhmen. Der ostfränkische Heerbann zog wahrscheinlich den gleichen Weg, auf dem das fränkische Heer unter Dagobert, das 631 bei Wogastisburg von den Slawen geschlagen wurde, nach Böhmen einfiel. Die Frage der Canburg ist bis heute nicht gelöst. Die Orte Kaaden, Kanina bei Melnik, der Hahnberg bei Lobositz[87], schließlich die 1130 erwähnte, aber bis heute noch nicht lokalisierte böhmische Burg Kamenec[88], die nicht weit von Melnik entfernt gewesen sein muß, werden in die Erörterung einbezogen[89].

Francia orientalis oder das Reich Austrasia reichte damals nur bis zur Ostgrenze des Würzburger Bistums. Erst 832 wurde Ober- und Mittelfranken und die Oberpfalz in das Reich einbezogen[90] und die Umwandlung Ostfrankens „aus einem Kolonialgebiet zu einem vollgewichtigen Reichsteil ist das Werk der karolingischen Hausmeier" und des einheimischen Adels ge-

---

analyse einer fränkischen Königsprovinz, München 1959, S. 32 ff. — Daß hier auch Gegenstimmen laut werden können, beweisen die Arbeiten von E. Maschke, Das Erwachen des Nationalbewußtseins im deutsch-slawischen Grenzraum (1933), von H. Zatschek, Das Volksbewußtsein, sein Werden im Spiegel der Geschichtsschreibung (1936) und von E. Zöllner, Die politische Stellung der Völker im Frankenreich (1950).

[85] MGH SS, II, S. 258. Über die älteste Namensüberlieferung der Eger vgl. E. Schwarz, ONdS 1961², S. 25 f. Ders., Sprache und Siedlung in Nordostbayern S. 20 f. u. 221; H. Krahe, Über einige Gewässernamen mit St-Suffix. In: Beiträge zur Namenforschung 10, 1959, S. 7.

[86] Die Ostgrenze des Karolingischen Reiches. In: Die Entstehung des Deutschen Reiches, Darmstadt 1955, S. 6.

[87] R. Käubler, Wo lag die Canburg des Jahres 805. In: Zs. f. slaw. Philologie 19, 1947/48, S. 326 ff.

[88] G. Friedrich, Cod. dipl. Bohemiae I, nr. 111.

[89] R. Fischer, Zur Frühgeschichte Böhmens. Wo lag die Canburg des Jahres 805? In: Wiss. Zs. d. Friedr. Schiller Univ. Jena 1951/52, S. 67 f.

[90] E. Klebel, Herzogtümer und Marken bis 900. In: Die Entstehung des Deutschen Reiches, Darmstadt 1955, S. 79.

wesen[91]. Das 9. Jahrhundert ist noch erfüllt von ständigen Kriegszügen zwischen Ostfranken und den Slawen in Böhmen und Mähren, obgleich Karl der Große durch erfolgreiche kriegerische Unternehmungen des Jahres 805 und 806 das nordwestliche Böhmen mit der Tributpflicht belastet hatte. Die bisher herrschende Meinung, daß ganz Böhmen in ein Tributverhältnis zum Frankenreich kam, ist unhaltbar, da, wie Wilhelm Wegener richtig erkannt hat, Böhmen damals noch kein staatsrechtlicher, sondern lediglich ein geographischer Begriff war. Weiters glaubt Wegener annehmen zu dürfen, daß schon im 9. Jahrhundert „für ein langsames Zuwachsen des Egerlandes zum Westen" in den Kriegen um die Organisation des böhmischen Grenzgebietes der Grund gelegt wurde[92]. Der damalige Grenzgraf, der königliche Präfekt Audulf, befehligte eines der 3 Heere 805 gegen Böhmen. Diesem unterstanden die Militärstützpunkte Premberg und Regensburg. In dem bekannten Diedenhofener Kapitulare[93] wird die Linie Bardowieck, Erfurt, Hallstadt bei Bamberg, Forchheim, Premberg, Regensburg und Lorch angegeben, über die hinaus Kaufleuten der Waffenhandel verboten war. Karl der Große erließ damals eine regelrechte Handelssperre gegen das slawische und awarische Gebiet. Die landläufig vertretene Meinung, daß diese Grenzlinie zugleich eine politische und ethnische Linie gegenüber dem slawischen Osten gewesen sei und hinter dieser Grenze das Slawenland begonnen habe, ist nicht haltbar[94]. Mit höchster Wahrscheinlichkeit sind diese Orte nicht Grenzorte des fränkischen Reiches, sondern als militärische Etappenpunkte hinter dem Aufmarsch- und Operationsgebiet gegen Böhmen anzusprechen, von wo eben die Verpflegung der Truppe durchgeführt wurde. Wie Ernst Schwarz nachweist, war der deutsche Siedler damals schon ins Naabtal und auch ostwärts über Bamberg vorgestoßen. Die im Kapitulare genannten Orte müssen also Stützpunkte fränkischer Macht und der deutschen nach Osten sich vorschiebenden Siedlungsbewegung gewesen sein.

Ob damals schon das Gebiet des Egerlandes dem bayerischen Nordgau eingegliedert wurde, ist mehr als problematisch, genauso wie die Meinung, daß unser Gebiet zu der sogenannten böhmischen Mark auf dem Nordgau gehörte. Bei der Reichsteilung 817, bei der Ludwig der Deutsche u. a. auch Böhmen — die Beheimos und die Slawen im Osten Bayerns — übertragen erhielt, wird der Nordgau erstmals genannt. Klebel hat die Existenz einer böhmischen Mark rundweg geleugnet, sie nur für eine Erfindung der bayeri-

---

[91] W. Weigel, Studien zur Eingliederung Ostfrankens in das merowingisch-karolingische Reich. In: Hist. Vierteljahrsschr. 28, 1934, S. 500.

[92] Böhmen, Mähren und das Reich im Hochmittelalter, Köln 1959, S. 12.

[93] MGH, Cap. reg. Franc. I, nr. 44, S. 123.

[94] Vgl. dazu v. Guttenberg, Territorienbildung ... S. 27 ff.; H. Dachs, Der Umfang der kolonisatorischen Erschließung der Oberpfalz bis zum Ausgang der Agilolfingerzeit. In: Verh. d. Hist. Ver. Oberpfalz u. Regensburg 86, 1936, S. 166 f.; S. Wolf, Die slavische Westgrenze in Nord- und Mitteldeutschland im Jahre 805. In: Die Welt der Slawen II, 1957, S. 30—42; K. Bosl, Franken um 800, S. 5; E. Schwarz, Sprache und Siedlung. S. 359 f.

schen Historiographie bezeichnet und mit dem Beweis abgetan, daß es für diese Mark überhaupt keinen Siedlungsraum gab[95]. Ebenso sprach sich Karl Bosl dagegen aus, weil der 100 km breite dazwischenliegende Waldgürtel keinen Raum für eine Mark bot[96]. Die Nachricht, daß der Sorbenmarkgraf Thaculf 849 auch als comes de Boemia[97] amtete, hat Guttenberg zu dem Gedanken veranlaßt, daß damals zu der Sorben- und Nordgaumark ein eigener Markenbezirk begründet wurde, der mit dem Egerland identisch sein könnte und dessen Verwaltung eben jenem Markgrafen der Sorben übertragen wurde. Dies trug angeblich auch dazu bei, daß das Egerland nicht der Prager Diözese angegliedert wurde und daß der Raum um Eger nach der Absetzung des letzten Markgrafen der Sorbenmark, Eberhard, 939 unmittelbar an den König kam[98]. Bosl schränkt diese Behauptung stark ein. Nach seiner Ansicht war das Egerland ein Anhängsel der Mark Nabburg, jedoch erst im 11. und 12. Jahrhundert, da das Gebiet damals noch keinen Reichsburgmittelpunkt hatte[99]. Da die bisherigen Geschichtsschreiber die These vertraten, daß zum Machtbereich des Markgrafen Audulf auch das Egerland gehörte[100], hat unsere Generation im Egerland den ältesten deutsch besiedelten Landstrich Böhmens erblickt.

Ein wichtiges Kriterium für die frühe Zugehörigkeit des Egerlandes zum bayerischen Nordgau ist sein Verbleiben bei der Diözese Regensburg. Das Bistum Prag, von Otto II. 973 als selbständiges Reichsbistum ins Leben gerufen, jedoch schon von Otto dem Großen geplant, machte vor den Grenzen der späteren regio Egire halt. Man hat angenommen, daß das Bistum Regensburg für den Verlust von Böhmen mit diesem Teil des Nordgaues entschädigt wurde, nachdem im 13. Jahrhundert Besitz der Regensburger Bischöfe im Egerland bezeugt ist[101]. Wir haben eine verhältnismäßig genaue Grenzbeschreibung der Prager Diözese durch eine Urkunde Heinrichs IV. von 1086, die als Vorlage die Gründungsurkunde Ottos II. und die Bestätigungsbulle des Papstes Benedikt VI. von 973 hatte. Ihre Überlieferung hat auch Cosmas aufgezeichnet[102]. Dieses Diplom erlaubt uns ein Bild von der immensen Ausweitung des Prager Sprengels innerhalb des imperium

---

[95] Herzogtümer und Marken . . . S. 85 f.

[96] Die Markengründung Kaiser Heinrichs III. In: Zs. f. bayer. Landesgesch. 14, 1943/44, S. 190.

[97] Cod. Dipl. Fuld. nr. 578.

[98] Territorienbildung . . . S. 33 ff.

[99] A. a. O., S. 224.

[100] K. Siegl, Eger und das Egerland im Wandel der Zeiten, Eger 1931, S. 5.

[101] J. B. Lehner, Beiträge zur Kirchengeschichte des Egerlandes. In: 13. Jahresber. d. Ver. z. Erforschung d. Regensburger Diözesangesch., 1939, S. 84.

[102] Cosmas II, S. 136—140; das Original dieser Urkunde liegt im Münchner Allg. Staatsarchiv, Kaiserselekt Nr. 883. Die wichtigsten Arbeiten über die Gründung sind bei A. Naegle, Kirchengeschichte Böhmens I, 2, S. 385—517 verarbeitet. Neuerdings B. Stasiewski, Untersuchungen über 3 Quellen zur älteren Geschichte und Kirchengeschichte Polens, Breslau 1933, S. 118—171; H. Beumann u. W. Schlesinger, Urkundenstudien zur deutschen Ostpolitik unter Otto III. In:

christianum im Hochmittelalter zu machen und weist hin auf die Missionsaufgabe, mit der man die Prager Kirche betraute. Das weitere Verbleiben des Egerlandes bei Regensburg würde bedeuten, daß das Gebiet außerhalb des politischen Einflusses von Böhmen und sonach damals verwaltungstechnisch im Nordgau lag. Auch bei der Gründung des Bistums Bamberg 1007 durch Kaiser Heinrich II. wurde die Zugehörigkeit des Egerlandes zu Regensburg nicht berührt, obgleich es verständlich gewesen wäre, wenn die Grenzen des Bamberger Sprengels über die Höhen des Fichtelgebirges bis zur böhmischen Grenze vorverlegt worden wären. Bamberg wurde zudem ausdrücklich für die Missionierung der Slawen bestimmt[103]. Trotzdem will Guttenberg in allen seinen Arbeiten den Erweis erbringen, daß hier schon vorher ein geordnetes und ausgebautes Pfarrsystem mit namhaften Zehnteinkünften existierte und daß für Heinrich II. lediglich politische Gründe, nämlich die Machtballung der Babenberger zu brechen und ein Reichsbistum in den Händen seines verläßlichen Kanzlers zu wissen, ausschlaggebend gewesen sein dürften[104]. Daß das Motiv der Slawenbekehrung, die Christianisierung der Mainslawen, wie es nämlich auch expressis verbis in den schriftlichen Geschichtsquellen überliefert ist, eine wesentliche Rolle spielte, hat Büttner nachgewiesen und Theodor Mayer bekräftigt, indem dieser die immense kolonisatorische und missionarische Leistung der Bischöfe von Bamberg hervorhob[105].

Freilich müssen hier auch die politischen Motive Heinrichs II., nämlich die Zerschlagung des Machtblocks der Babenberger, der genannten Markgrafen von Schweinfurt, um der Behauptung Böhmens willen erwähnt werden. Schon vor seiner Niederlage 1003 war Heinrich von Schweinfurt, dessen politische Ambitionen auf das Herzogtum Bayern gerichtet waren, mit dem Osten in Verbindung getreten und hatte in Boleslaw Chrobry von Polen,

---

Arch. f. Diplomatik 1. Bd., 1955, S. 153—159, 236—250; M. Hellmann, Die Ostpolitik Kaiser Ottos III. In: Syntagma Friburgense (= Historische Studien Hermann Aubin dargebracht), Lindau 1956, S. 49—67.

[103] M. Beck — H. Büttner, Die Bistümer Würzburg und Bamberg in ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung für die Geschichte des deutschen Ostens, Berlin 1937, S. 181 ff.

[104] E. Frhr. v. Guttenberg, Die politische Bedeutung der Bamberger Bistumsgründung. In: Bamberger Bl. f. fränk. Kunst u. Gesch. 1, 1924, Nr. 8 u. 9; Ders., Territorienbildung . . . S. 72 ff.; Ders., Die Regesten der Bischöfe und des Domkapitels von Bamberg, Würzburg 1932, nr. 34. — In Anlehnung an Guttenberg vertritt auch W. G. Neukamm in seiner Arbeit „Das Hochstift Würzburg und die Errichtung des Bistums Bamberg" (In: Herbipolis jubilans 1952, S. 147—172) die Ansicht, daß hier keine größere Gruppe von Slawen siedelte und das Motiv der Slawenmission nicht im Vordergrund stand.

[105] Th. Mayer, Die Anfänge des Bistums Bamberg. In: Fürsten und Staat, Weimar 1950, S. 248—275. In verkürzter Form in: Festschr. Edmund E. Stengel, Münster 1952, S. 272—288. Daß das Gebiet des Bamberger Sprengels noch 1059 zum größten Teil mit den heidnischen Gebräuchen ergebenen Slawen bevölkert war, beweist der Synodalbericht vom 13. April 1059 unter Bischof Gunthar. Vgl. dazu v. Guttenberg, Die Regesten der Bischöfe . . . nr. 312.

der alle Westslawen in einem slawischen Großreich vereinigen wollte, einen mächtigen Bundesgenossen gewonnen. Daß der Schweinfurter Machtbereich in das heutige Egerland hinübergriff, suchte schon H. Gradl[106] und nach ihm Ernst Klebel[107] zu erweisen. Nach der Haftentlassung Heinrichs von Schweinfurt 1010 wäre das Egerland der eigentliche Wirkungsbereich des in seinem Besitz durch die Gründung des Bistums Bamberg stark geschmälerten Markgrafen gewesen. Diese Überlegung hat sicherlich ein bestechendes Moment. So könnte es auch leicht verständlich sein, wenn mit dem Beginn des 11. Jahrhunderts eine deutsche Besiedlung mit der staatlichen Organisation eingeleitet worden wäre, zumal die Mark auf dem Nordgau besonders zur Überwachung des Ostens eine eigene Funktion zu übernehmen hatte[108].

Neuerdings hat Ernst K l e b e l wieder neue Überlegungen angestellt und zu erweisen getrachtet, daß das Egerland vor 1067 mindestens zeitweise zur Mark Zeitz gehört hätte und nach dem Tode des Markgrafen Otto von Orlamünde an Heinrich IV. gefallen wäre[109]. Wie weit zu dieser Zeit die Kolonisation dieses Markengebietes, des Reichslandes, vorangetrieben wurde, läßt uns die erste geschichtliche Nennung von Eger vermuten. Es ist die Urkunde vom 13. Februar 1061, kraft welcher König Heinrich IV. seinem Ministerialen Otnand, dem Vorfahren der späteren Reichsministerialen von Eschenau-Schellenberg, einen Waldbezirk in der Mark Nabburg übereignete[110]. Als Grenzverlauf dieses Waldkomplexes, der zugleich als Rodungsland anzusprechen ist, wird der Weg, der von Eger herführt, „via, quae procedit de Egire", angegeben. Diese Straße führte wahrscheinlich von Eger zwischen

---

[106] B. Schmeidler, Franken und das Deutsche Reich im Mittelalter, Erlangen 1930, S. 20 u. 56 ff.

[107] H. Gradl, Monumenta Egrana nr. 3—6; Ders., Geschichte des Egerlandes, Prag 1893, S. 48. — Gradl vertritt sogar die Meinung, daß die Babenberger unter Markgraf Otto († 1057) schon um 1050 militärische Befestigungen im Egerland angelegt hätten. Dazu auch E. Klebel, Siedlungsgeschichte des Deutschen Südostens, München 1940, S. 99.

[108] O. Schürer, Geschichte von Burg und Pfalz Eger, S. 6.

[109] E. Klebel, Das Egerland vor den Hohenstaufen. In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 20, 1960, S. 229—245. Nach ihm hätte Heinrich IV. das Egerland seiner Schwester Judith gegeben, die später mit dem polnischen Herzog Hermann Wladislaw verheiratet war. Deren Tochter Adelheid muß nun nach Klebel 1105/06 das Egerland an den Markgrafen Diepold III. von Vohburg gebracht haben. Adelheid hatte nämlich in diesem Jahre den Vohburger geheiratet. Da aber aus dieser Ehe der männliche Erbe fehlte, fiel das Egerland nach dem Tode Diepolds III. 1146 an die Familie des Kaisers, also an die Hohenstaufen.

[110] Original im Allgemeinen Staatsarchiv — München, Kaiserselekt Nr. 400. Druck in: MGH DH IV, nr. 72. Darüber: K. Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, 1. Teil, Stuttgart 1950, S. 52 ff.; K. E. Lorenz, Der Naabwald des Ministerialen Otnant. In: Die Oberpfalz 40, 1952, S. 150—153; H. Schreibmüller, Otnand, der erste große Reichsministeriale in Franken. In: Franken in Geschichte und Namenwelt, Würzburg 1954, S. 12—28.

dem Fichtelgebirge und dem Steinwald entlang[111]. Dieses wertvolle Zeugnis für den Landesausbau vor den Toren des Egerlandes, noch dazu durch den nach Bosl „zweifellos bedeutendsten Königsministerialen des 11. Jahrhunderts", der hier den Aufbau der Königslandpolitik durchführte, ist wiederum ein Beweis, daß die deutsche Siedlung noch nicht bis in das eigentliche Egerland vorgedrungen war. Diese Quelle ist die erste urkundliche Nennung Egers, und wir können mit gutem Grunde annehmen, daß unter dem Namen Egire nicht der Fluß, sondern wirklich die Siedlung Eger verstanden sein will. Über die nationale Zuordnung der Bewohner dieser Siedlung kann nichts gesagt werden. Damit beginnt die Geschichtlichkeit des Egerlandes, das von der regio Egere zur terra imperii Egrensis durch die Rodungs- und Verwaltungstätigkeit der aus den Marken Cham und Nabburg herangezogenen Reichsdienstmannen im 12. und 13. Jahrhundert zum festen und bestorganisiertesten Land der staufischen Staatspolitik ausgebaut wurde.

Zum Abschluß fassen wir die Ergebnisse der in vorliegende Erörterungen einbezogenen Vorstellungen über die Frühgeschichte des Egerlandes, die die Aussagen der Archäologie, der Siedlungs- und Sprachgeschichte bzw. -geographie und der frühesten geschichtlichen Zeugnisse der angrenzenden Gebiete in Betracht zogen, kurz zusammen:

1) Beim Vergleich der Kontinuitäts- mit der Kolonisationstheorie müssen wir erkennen, daß für eine Theorie über Germanen- oder Slawenreste im Kern des Egerlandes keine schlüssigen Beweise erbracht werden können.

2) Ebenso kann die ethnische Zuordnung der frühgeschichtlichen Bevölkerung im Egerland von der Vor- und Frühgeschichte nicht eindeutig geklärt werden.

3) Die Siedlungsgeographie bzw. -geschichte stellte verschiedene Flurformen im Egerland fest, wobei die Blockfluren in den Niederungsgebieten des Egerer Beckens slawisches Ortsnamengut, allerdings oftmals nur für Hofweilersiedlungen, aufweisen; die Waldhufen sind an den zonalen Höhenzügen des Landschaftskessels zu finden.

4) Maßgebliche Vertreter der Sprachwissenschaft, der Germanistik wie der Slawistik, stimmen in der Ansicht überein, daß deutsche Bewohner im Egerland seit dem 12. Jahrhundert gesichert nachzuweisen sind.

5) Seit dem ersten Viertel des 11. Jahrhunderts ist eine deutsche Siedlungsbewegung über den bis dahin erschlossenen bayerischen Nordgau hinaus erkennbar; mit dem Markgrafen Diepold III. zu Beginn des 12. Jahrhunderts geht die Stoßkraft aus den beiden Marken der Oberpfalz in das eigentliche Egerland. Die vorliegenden urkundlichen Zeugnisse für den Beginn der durchgreifenden deutschen Landnahme im Egerland stehen im Einklang mit den Ergebnissen der Sprachwissenschaft.

---

[111] Genauere Angaben bei W. Emmerich, Das Hauptwegenetz des 11. Jahrhunderts. S. 273.

BÖHMEN UND DIE GRAFEN VON BOGEN

Von Max Piendl

Um die Mitte des 11. Jahrhunderts bahnt sich im Gebiet des Bayerischen Waldes vor der böhmischen Grenze eine neue staatsrechtliche Entwicklung an, die in den folgenden zwei Jahrhunderten für die wechselseitigen Beziehungen zwischen Baiern und Böhmen von ausschlaggebender Bedeutung wird. Wohl die Erfahrungen seiner Feldzüge gegen Böhmen haben Kaiser Heinrich III. zu einer Neuorganisation des Gebietes der alten Mark Cham bewogen, die am Völkerweg zwischen Baiern und Böhmen vor der Further Senke liegt. Wie wir aus den Forschungen Karl Bosls[1] wissen, handelt es sich um eine neue verfassungs- und insbesondere wehrverfassungsrechtliche Organisation des Gebietes, in dem die Rapotonen und anschließend die Diepoldinger als Markgrafen von Cham hervortreten.

Fast zur selben Zeit können wir im Bereich des angrenzenden östlichen Donaugaues Veränderungen verfolgen. Die Babenberger, die seit Kaiser Otto II. hier Grafschaftsrechte ausgeübt haben, werden 1051 zum letzten Mal genannt. An ihrer Stelle erscheint ein im baierischen Donauraum wohl alteingesessenes Geschlecht, dessen Vertreter sich seit dem 12. Jahrhundert „Grafen von Bogen" nennen[2].

Den Grafen von Bogen ist es auf Grund ihrer Tatkraft, ihrer Klugheit und nicht zuletzt durch ihre Rücksichtslosigkeit gelungen, ein Territorium aufzubauen, das nach ihrem Aussterben im Jahre 1242 wohl zu einem der wichtigsten Bausteine des wittelsbachischen Herrschaftsbereiches geworden ist[3]. Den Ausgangspunkt bildet die Grafschaft im östlichen Donaugau, die man auch als den eigentlichen engeren Bezirk der Grafschaft Bogen anzusehen hat. Beim Aussterben der Formbacher im Jahre 1158, wenn nicht schon kurz zuvor, wird der Comitat im Künziggau erworben. Schließlich gelang es sogar Graf Albert IV., dem Letzten des Stammes, in einem Vertrag von 1230 dem Bischof von Passau einen Großteil der Grafschaft Windberg als Lehen abzunötigen. Die Grafschaft Windberg hat dem Herrschaftsbereich der Grafen

---

[1] Die Markengründungen Kaiser Heinrichs III. auf bayerisch-österreichischem Boden (Zeitschr. f. bayer. Landesgesch., 14, 1944, 189 ff.); ders., Die Reichsministerialität als Träger staufischer Staatspolitik in Ostfranken und auf dem bayerischen Nordgau (Jb. d. Hist. Ver. f. Mittelfranken, 69 1944, 65 ff.).

[2] Über die Grafen von Bogen siehe Max Piendl, Die Grafen von Bogen (Diss. Erlangen 1948; Jb. d. Hist. Ver. f. Straubing, 55—57, 1953—55).

[3] Max Spindler, Die Anfänge des bayerischen Landesfürstentums (Schriftenreihe z. bayer. Landesgesch., 26 1937, 20 ff).

von Bogen den endgültigen Rahmen gegeben. Unter diesen Voraussetzungen wurde erst das böhmische Lehengebiet um Schüttenhofen und Winterberg, das offenbar um die Zeit der Vermählung Alberts III. mit Ludmilla von Böhmen erworben wurde, fest mit dem Territorium im Donauraum verbunden. Die Grafschaft Deggendorf, die schon nach dem Erwerb des Formbacher Comitates vom Herrschaftsraum der Bogener völlig eingeschlossen war, wurde vermutlich um 1230 einverleibt. Zahlreiche Vogteien und Kirchenlehen haben zur Geschlossenheit dieses Territoriums noch bedeutend beigetragen. Bezeichnend für den reichen Besitz dieses Geschlechtes ist es auch, daß es innerhalb eines kurzen Zeitabschnittes zwei Klöster errichtet hat, im ausgehenden 11. Jahrhundert das Kloster Oberalteich und zu Beginn des 2. Viertels im folgenden Jahrhundert das Kloster Windberg. Gerade letzteres Kloster, das an Stelle der alten Stammburg entstanden ist, wird in den folgenden Ausführungen noch eine wichtige Rolle spielen.

Die frühe Genealogie der Grafen von Bogen, deren Rautenwappen zum hervorragendsten Wappenzeichen Baierns gehört — diese Tatsache allein spricht für sich — liegt im Dunkeln. Darüber mag auch die große genealogische Tabelle von der Hand Tyrollers in Isenburgs Stammtafeln[4] nicht hinwegtäuschen. Man muß sich damit abfinden, daß die Genealogie der Grafen von Bogen vor 1100 mehr oder weniger auf Hypothesen beruht[5]. Mit Sicherheit wissen wir nur, daß man zwei Linien unterscheiden muß: Die Hauptlinie, deren Angehörige sich seit dem beginnenden 12. Jahrhundert „Grafen von Windberg" und etwas später — nämlich nach der Umwandlung des Hauptsitzes in ein Kloster — „Grafen von Bogen" nennen. Eine Nebenlinie, bei der wir den Hauptnamen Friedrich finden, hatte die Regensburger Domvogtei inne. Dieser Zweig, der bereits 1148 ausgestorben ist, nannte sich durchwegs nur „advocatus Ratisponensis", ein Prädikat, das innerhalb des Hochadels der Zeit auffallen mag.

Vermutlich als erster Angehöriger dieser Gesamtfamilie, der Grafenrechte im Bereich des östlichen Donaugaues ausübte, darf Graf Aschwin gelten. Den frühesten Hinweis darauf enthält die Niederalteicher Vogtgeschichte des Abtes Hermann, in der Graf Aschwin von Bogen als Sieger über die eingefallenen Böhmen gerühmt wird[6]. Offenbar hat Aschwin in diesen

[4] Wilhelm Karl Prinz von Isenburg, Stammtafeln zur Geschichte der europäischen Staaten. 2. Aufl. Marburg 1953, Tafel 15 und 26 b. — Für Genealogien dieser Zeit dürfen einerseits nur beste Quellen und nicht veraltete und schlechte Editionen herangezogen werden. Andererseits muß es ein Hauptgebot sein, daß im Falle einer ungenügenden Überlieferung nur wahrscheinliche Möglichkeiten aufgezeigt, aber niemals Behauptungen aufgestellt werden. Schließlich muß es auch als merkwürdiger Umstand gelten, daß genealogische Forschungen des Hochmittelalters oft von Außenseitern betrieben wurden.

[5] Daran kann auch der neue Beitrag von Wilhelm Fink, Kärntnerische Vorfahren der Grafen von Bogen (Jb. d. Hist. Ver. f. Straubing, 62 1960, 26 ff.), nichts ändern.

[6] MG SS XVII, 373: „Tempore Adalhardi abbatis Meinhardus et Aschwinus fuerunt advocati ecclesie. Aschwinus autem, comes de Bogen, fuit tempore Heinrici quarti et Adalhardi, Wenzlai et Waldkerii abbatum advocatus Altahensis ecclesie. Hic

Kämpfen als Führer des Heerbannes seine Grafschaft im östlichen Donaugau verteidigt. Es ist naheliegend, wenn man diese Ereignisse zeitlich zu dem Einfall des Böhmenherzogs Wratislaw in die Donauostmark einreiht, bei welcher Gelegenheit Markgraf Luitpold II. am 12. Mai 1082 bei Mauerberg, dem jetzigen Mailberg, nahe der mährischen Grenze, vernichtend geschlagen wurde[7].

Schon unmittelbar anschließend änderten sich diese Verhältnisse zwischen dem böhmischen Herrscherhaus und den Grafen von Bogen grundlegend. Zwei Faktoren haben die neue Entwicklung wesentlich gefördert: einerseits die sich anbahnende gute Stellung des Hauses der Přemysliden zum Reich und andererseits die von jetzt an mehrfach vorkommenden Heiraten zwischen dieser Familie und Mitgliedern des Hauses der Grafen von Bogen. Zunächst konnten die Herzöge und Könige aus dem Stamme der Přemysliden infolge ihrer guten Beziehungen zum Reiche ihre Stellung in Böhmen festigen und ihre Macht stärken. Die böhmischen Herrscher jener Zeit leisteten dem deutschen Kaiser jederzeit Heerfolge und dieser war ihnen dafür immer wohlgewogen. So ist es zu verstehen, wenn das böhmische Fürstengeschlecht trotz innerer Meuterei und neidischem Streit zwischen den Familienmitgliedern einen gewaltigen Aufstieg nahm. Schließlich stand dieses Haus sogar mit der Erhebung zum erblichen Königtum an Würde und Ansehen über allen deutschen hochadeligen Geschlechtern[8].

Die Grenzlage der Grafschaft des Hauses Bogen wurde maßgebend für die Anbahnung verwandtschaftlicher Beziehungen dieser Familie mit den Přemysliden, zugleich aber Beziehungen, die für die Entwicklung sowohl auf böhmischer wie auf bayerischer Seite nicht ohne Einfluß und Niederschlag blieben[9]. Hans Hirsch[10] vergleicht die Grenzstellung und die dadurch entstandenen Beziehungen des Bogener Grafenhauses zu den Böhmenherzögen mit der ähnlichen Entwicklung bei den Kuenringern.

Die frühesten Familienbindungen, die uns überliefert sind, bahnen sich im ausgehenden 11. Jahrhundert an. Cosmas von Prag berichtet in seiner Böhmenchronik, Herzog Břetislaw II. von Böhmen hätte 1094 eine Luitgard aus Baiern, die Schwester des Grafen Albert, zur Frau genommen[11]. Daß sie mit

---

Aeschwinus fertur Bohemos irruentes in provinciam nostram tribus bellis vicisse, et in signum victorie quandam crucem cum bipenni in quadem abiete in monte qui vocatur Apholtersperg excidisse; que abies usque hodie vocatur Aeschweinestanne."

[7] Auf diesen zeitlichen Zusammenhang weist besonders Kamillo Trotter, Die Domvögte von Regensburg und die Grafen von Bogen (Verh. d. Hist. Ver. f. Niederbayern, 64 1931, 103) hin. Vgl. auch Sigmund Riezler, Geschichte Baierns, 1 b 1927, 163.

[8] Bertold Bretholz, Geschichte Böhmens und Mährens, 1 76 ff.

[9] Heinz Zatschek, Baiern und Böhmen im Mittelalter (Zeitschr. f. bayer. Landesgesch., 12 1939, 18 f.); Karl Wild, Baiern und Böhmen (Verh. d. Hist. Ver. f. Oberpfalz, 88 1938, 40 ff.).

[10] Zur Entwicklung der böhmisch-österreichisch-deutschen Grenze (Jahrb. d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen, 1 1926, 22).

Sicherheit dem Bogener Grafenhaus angehören muß, beweist eine Aufzeichnung im Oberalteicher Traditionskodex; hier wird nämlich für die Zeit um die Jahrhundertwende die Schenkung einer Hörigen durch die Herzogin Luitgard, die Schwester des Grafen Albert, überliefert[12]. Am 22. Dezember 1100 wurde der Gatte dieser Luitgard ermordet, der einzige Sohn aus der Ehe, Břetislaw, wurde 1130 geblendet[13]. Über ihr weiteres Leben selbst wissen wir nichts. Die „Lukarth duxtrix" des böhmischen Nekrologs zum 31. Dezember kann möglicherweise auf sie bezogen werden[14]. Bei dem erwähnten Bruder Luitgards handelt es sich ganz eindeutig um Graf Albert I. von Bogen.

Umgekehrt heirateten auch Angehörige des Bogener Grafenhauses böhmische Prinzessinnen. Wiederum Cosmas von Prag berichtet zum Jahre 1124, Herzog Wladislaw I. hätte seine älteste Tochter Swatawa „famosissimo viro, nomine Friderico" zur Frau gegeben[15]. Es handelt sich ganz eindeutig um Domvogt Friedrich IV., mit dem 1148 dieser Zweig des Bogener Hauses erloschen ist. Von Swatawa selbst wissen wir nur, daß sie sehr früh kinderlos verstorben ist.

Als wichtigste Familienverbindung zwischen den Přemysliden und dem Hause Bogen kann jedoch die Ehe Graf Alberts III. von Bogen mit Ludmilla, der Tochter Herzog Friedrichs, gelten[16]. Als Zeitpunkt der Eheschließung wird man das Jahr 1184 annehmen können. Neben einer reichen Aussteuer konnte sich die Böhmin Ludmilla einer glänzenden Abkunft rühmen. Ihre Mutter Elisabeth war die Tochter König Geisas II. von Ungarn. Ihr Großvater Wladislaw II. hatte Gertrud, Tochter des Babenbergers Leopold III. zur Frau. Der Bruder ihres Vaters, Adalbert, war Erzbischof von Salzburg. Nach dem frühen Tod Alberts III. ging die junge Witwe Ludmilla 1204 eine zweite Ehe mit Herzog Ludwig I. von Baiern ein, wodurch sie zur Stammmutter des Hauses Wittelsbach wurde. Nach dem Tode Herzog Ludwigs hat sie 1232 das Cisterzienserinnenkloster Seligental in Landshut als Gebetsstätte für ihre beiden verstorbenen Gatten und für die Söhne gestiftet.

---

[11] MG SS nov. ser. II, 163: „Eodem anno [1094] dux Bracislaus in mense Septembri quandam matronam de Bawaria nomine Lukardam, Alberti comitis sororem, duxit in uxorem..."

[12] HStAM, Kl. Oberalteich Lit. 1 fol. 4' (MB 12, 25 n. 8): „...ductrix Luitgart, soror Adalberti comitis..."

[13] Vgl. darüber A. Bachmann, Geschichte Böhmens, 1 1899.

[14] Dobner, Mon. hist. Boh. III, 16.

[15] MG SS nov. ser. II, 231: „Eodem anno [1124] mense Julio dux Wladizlaus natam suam primogenitam, nomine Zuatauam, cum magno muliebri cultu et nimio census apparatu dat nuptum cuidam inter Bavaricos primates famosissimo viro, nomine Friderico." Einen Regensburger Domvogt haben für diese Stelle schon Palacký (I, 387), Bachmann (Geschichte Böhmens I, 312), Novotný (I/2, 552) und Zatschek (Baiern und Böhmen, 17 Anm. 38) angenommen. Diese Möglichkeit ist zwar öfters angezweifelt worden; in einem anderen baierischen Hochadelsgeschlecht konnte jedoch niemand diesen Friedrich unterbringen.

[16] MG SS XVII, 374 u. 377; MG Nec IV, 513.

Hans Hirsch[17] hat nachgewiesen, daß die Brautausstattung für die nach Baiern heiratenden Prinzessinnen an der Westgrenze Böhmens und zwar an den Einfallswegen von Baiern lag. Auch im Falle dieser Ehen ist das besonders beispielhaft zu sehen. Ludmilla hatte bei der Stiftung des Klosters Seligental als erste Gründungsausstattung die „in parochia de Chambe (Eschlkam) ante silvam Boemicam" gelegenen Dörfer Schwarzenberg, Leming, Oberfaustern, Unterfaustern und Ritzenried geschenkt. Die Herkunft dieser Güter hat sie sogar noch näher bezeichnet: „... de porcione substancie, que ex hereditate parentum meorum me contigit"[18]. Auffallend ist die Lage dieses böhmischen Besitzes inmitten des deutschen Siedlungsraumes. Eine hinreichende Erklärung kann man nur dadurch finden, wenn man die fünf Dörfer am Hohenbogen zur Heiratsausstattung der Luitgard, der Schwester Graf Alberts I. zählt, die 1094 den Böhmenherzog Břetislaw II. geheiratet hat. Was Hans Hirsch für die Lage der Brautausstattung böhmischer Prinzessinnen glaubhaft gemacht hat, gilt demnach auch umgekehrt bei Heiraten baierischer Grafentöchter nach Böhmen.

Der Besitz der Grafen von Bogen jenseits des Hohenbogen, also unmittelbar an der böhmischen Grenze, geht offenbar auf altes Familiengut des domvögtisch-bogenschen Geschlechtes zurück. Nicht allein die Güter, die Kaiser Heinrich IV. 1086 an Domvogt Friedrich II. geschenkt hat[19] und die dann nach 1148 auf dem Erbwege an die gräfliche Linie gekommen sein müssen, können dazu den Grund gelegt haben. Vermutlich hat das Geschlecht schon früher innerhalb des großen Königsgutbezirkes, der sich um die Reichsburg Cham ausdehnte[20], Erwerbungen gemacht. 1054 erhält beispielsweise Hartwig, ein Vorfahre der Grafen von Bogen, je zwei Königshuben in Wolfersdorf, Lederdorn und Ramsried als Schenkung von Kaiser Heinrich III.[21]. Der Besitz des Hauses Bogen in diesem Gebiet darf freilich nicht so gedeutet werden, als hätte sich die Grafschaft Bogen bis hierher

---

[17] Zur Entwicklung der böhmisch-österreichisch-deutschen Grenze, 19 f. — Bezeichnend dafür ist auch die Feststellung H. Zatscheks (Baiern und Böhmen, 20), daß Margarete, die älteste Tochter Johanns von Luxemburg, in die Ehe mit Herzog Heinrich von Niederbaiern die Stadt Taus mitbekommen habe.

[18] HStAM, Kl. Seligental Urk. Nr. 1 (MB 14, 443 n. 1). — Über die Orte vgl. besonders: Epictet Ketterer, Die Seligentaler-Bauern zu Eschlkam (Ostbair. Grenzmarken, 16 1927, 179 ff.); Historischer Atlas von Bayern (Max Piendl, Das Landgericht Kötzting, München 1953, 50 f.).

[19] MG DD H IV, 514 n. 389. — Es handelt sich bei der Schenkung um folgende Orte: Grawat (Grabitz), Mazelin (Kothmaißling), Tichenesberg (Degelberg), Vurte (Furth i. Wald), Buchberg (wohl Sengenbühl, das bis ins 16. Jahrhundert Götzleinsbuchberg hieß) und Sichowa (Seuchau).

[20] Siehe K. Bosl, Die Markengründungen, 197 f.

[21] MG DD H III, 438 n. 321. — Die Orte sind in der angegebenen Edition falsch gedeutet. Der spätere Besitz des Klosters Oberalteich, aus dessen Archiv das Kaiserdiplom stammt, verweist mit Sicherheit in das Gebiet der alten Mark Cham. Nähere Hinweise hierzu siehe im Historischen Atlas von Bayern (Das Landgericht Kötzting, 9 u. 33 f.).

erstreckt. Es kann mit Sicherheit nachgewiesen werden — verwiesen sei nur auf die Forschungen Karl Bosls —, daß das Land um den Hohenbogen ein Teil der Markgrafschaft Cham war[22].

Die für die Rodungstätigkeit des 12. und 13. Jahrhunderts typischen Ortsnamenformen auf -ried lassen hier auch eine Siedlungstätigkeit der Grafen von Bogen erkennen. Im Bereich von Eschlkam und Neukirchen b. Hl. Blut liegen Ritzenried, Stachesried, Warzenried und Steinried, während am Westabhang des Hohenbogen vor allem noch Grafenried zu nennen bleibt. Der Ministeriale der Grafen von Bogen und Domvögte von Regensburg, Waldo von Ittling, schenkte um 1160 bis 1180 ein Gut in Warzenried an Oberalteich[23], was vermutlich auf eigene Rodungstätigkeit schließen läßt.

Aber auch jenseits der böhmischen Grenze sind Riedorte noch vereinzelt anzutreffen. E. Schwarz[24] stellt vier dieser Ortsnamenformen fest, unter denen er Albrechtsried (bei Schüttenhofen) zu den ältesten deutschen Ortsnamen Südböhmens überhaupt rechnet. Gerade von diesem Ort wird noch näher zu sprechen sein.

Die deutschen Siedlungen im angrenzenden böhmischen Raum scheinen schon in eine verhältnismäßig frühe Zeit zurückzureichen. Cosmas von Prag[25] schreibt zum Jahre 1121, von Deutschen sei auf dem steilen Felsen in einem Wald, zu dem man durch das Dorf Bela geht, eine Burg errichtet worden und Wladislaw I. sei überraschend herbeigeeilt, habe den Bau zerstört und die Inwohner gefangengesetzt. Es sei aber Graf Albert — es kann sich nur um Albert I. von Bogen handeln[26] — dazugekommen und auf seine Bitten hätten die Gefangenen ihre Freiheit wieder erhalten. Die Deutung der Orte hat Schwierigkeiten bereitet. Nach der älteren Ansicht sollte es sich um Biela-Weißwasser und Burg Bösig (Bezděz) im nordöstlichen

---

[22] Beweise hiefür sind zusammengestellt im Historischen Atlas von Bayern (Das Landgericht Kötzting, 1 ff.; Das Landgericht Cham, 3 ff.).

[23] HStAM, Kl. Oberalteich Lit. 1, 38 (MB 12, 68 n. 101).

[24] Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle (Forschungen zum Deutschtum der Ostmarken, 2. Folge, Bd. 2 1931, 109).

[25] MG SS nov. ser. II, 220: „Eodem anno [1121] quidam ex Teutonicis infra terminos Boemorum in silva, ad quam itur per villam Bela, in prerupta rupe edificant castrum. Quod audiens dux Wladizlaus acceptis tribus scaris ex electis militibus repente ex inproviso irruens obtinuit castrum, ubi in primo accessu missis de muro sagittis vulnerati sunt, non tamen ad mortem, duo milites ducis, Odalricus filius Wacemil et Olen filius Borsa. Illos autem Teutonicos, qui erant in castro capti, nisi comes Albertus superveniens multis precibus et innata sibi sagacitate liberasset, procul dubio iam dux in eadem silva omnes suspendi iusserat."

[26] Bretholz vermerkt in der Ausgabe des Cosmas von Prag (220 Anm. 1), daß die Historiker, besonders Novotný, einerseits an den Grafen Albert von Bogen gedacht hätten, was „aber nicht erwiesen ist". Pubitschka und Palacký würden andererseits auf „das Geschlecht der Grafen von Windberg" verweisen. Also haben doch schon immer alle an das Haus Bogen gedacht. Verwirrung hat nur die ältere Bezeichnung für diese Familie angerichtet, wobei vor allem Bretholz nicht wußte, daß damit auch die Grafen von Bogen gemeint sind.

Böhmen handeln[27]. Dagegen hat sich die Deutung durchgesetzt, nach der an Biela-Weißensulz im Pilsner Kreis zu denken sei. Darnach liegt es nahe, die Burg mit Pfraumberg — Přimda zu bestimmen. Eine Stütze findet diese Vermutung noch daran, daß eine Cosmas-Handschrift des 15. Jahrhunderts bereits Pfraumberg in einer Randbemerkung enthält. Man kann nicht einmal die Möglichkeit ausschließen, daß es sich sogar um einen Burgenbau von rodenden Untertanen des Bogener Grafen gehandelt hat.

Die Beziehungen der Grafen von Bogen zum böhmischen Nachbarn gestalteten sich seit Mitte des 12. Jahrhunderts besonders eng. Viele Gunsterweisungen wurden in diesem Zusammenhang dem Bogenschen Hauskloster Windberg zuteil. Am 21. und 22. Mai 1142 weilte Bischof Stiko von Olmütz in Windberg und weihte in der im Bau begriffenen Klosterkirche drei Altäre[28]. Auf Veranlassung Wladislaws II. vollzog im November 1167 Bischof Johann von Olmütz die Weihe der Kirche selbst[29]. Von besonderem Interesse ist aber hierbei, daß beide Olmützer Bischöfe, Stiko und Johann, dem Prämonstratenserorden angehört haben. Stiko war vielleicht sogar eine Haupttriebfeder für die neue Stiftung in Windberg und insbesondere für die Einführung der Prämonstratenserregel; war er doch mit dem hl. Norbert und mit Bischof Otto von Bamberg, der bei der Gründung von Windberg ebenfalls mitgewirkt hatte, engstens vertraut. Sicher ist jedoch sein Einfluß auf den böhmischen Herzog, daß dieser das neue Kloster dotieren half und für die Kirchweihfeierlichkeit Sorge trug. Wichtig hierbei ist aber noch, daß Wladislaw selbst ein bedeutender Wohltäter des neuen Prämonstratenserordens war. Er hat das Prämonstratenserkloster Strahow in Prag gegründet, dem auch sein Sohn Adalbert angehört hatte, bevor er zum Erzbischof von Salzburg erhoben wurde[30].

Für die Reise des Bischofs Stiko von Olmütz nach Windberg im Jahre 1142 waren schließlich noch politische Gründe maßgebend. Als nämlich Wladislaw II. im Kampfe mit seinem mährischen Vetter Konrad von Znaim unterlegen war und dieser bereits Prag belagerte, suchte er Hilfe bei König Konrad III., dessen Schwester er zur Frau hatte. Sein engster Ratgeber, Bischof Stiko, sollte aber Hilfe bei Domvogt Friedrich IV. — dieser war bekanntlich mit einer Tochter des Böhmenherzogs verheiratet — und Graf Albert I. von Bogen, dem Gründer von Windberg, erbitten. Der Hilferuf blieb nicht vergebens. Die Truppen des deutschen Königs und der Baiern, die über den Further Paß gekommen waren, trafen sich bei Pilsen. Innerhalb kürzester Zeit unterwarf sich der rebellierende Herzog Konrad, und am

---

[27] Nähere Hinweise über die Deutung der Orte gibt Bretholz in seiner Ausgabe des Cosmas von Prag (220 Anm. 1).

[28] MG SS XVII, 562 f.; Gustav Friedrich, Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemie, I Prag 1904—07, 134 n. 129.

[29] MG SS XVII, 563 ff.; MG Nec III, 385.

[30] Josef Blau, Geschichte der künischen Freibauern im Böhmerwalde, Pilsen 1932, 48.

7. Juni zog man siegreich in Prag ein[31]. Bereits ein paar Jahre später, 1146, führte die Waffenbrüderschaft den böhmischen Herzog und Domvogt Friedrich wieder zusammen. Die kriegerischen Auseinandersetzungen, bei denen die Kämpfe des baierischen Herzogs mit den Welfen im Hintergrunde standen, spielten sich um Regensburg ab[32].

Die reichen Besitzungen Windbergs in Böhmen rühren von einer Schenkung Wladislaws II. her, bestehend aus Albrechtsried, Miltschitz, Janowitz und Wojtitz[33]. Am 20. Dezember 1179 nahm Erzbischof Adalbert von Salzburg, der Sohn Wladislaws und Oheim Ludmillas, die Weihe der Kirche in Albrechtsried vor, wobei er dem Kloster Windberg die Rechte über diese Kirche, die sein Vater verliehen hatte, von neuem bestätigte[34].

Seitdem Graf Albert III. mit der Böhmin Ludmilla verheiratet war und seine Besitzungen durch die erwähnte Heiratsausstattung am Hohenbogen einen reichen Zuwachs erhalten hatte, mehrte sich auch das Interesse der Bogener an diesen etwas abgelegenen Allodialgütern. In engem Zusammenhang mit der Vermählung steht jedenfalls auch die Belehnung Alberts III. mit dem Grenzwaldgebiet von der oberen Wottawa und der Angel bis an das Quellgebiet der Wolinka. Es handelt sich um das Gebiet, dessen Hauptort Schüttenhofen bildet[35]. Leider besitzen wir über diese gesamten Vorgänge wie auch über die Entwicklung dieses Lehens nur sehr dürftige Quellen. Josef Blau[36] hat an Hand der späteren Besitz- und Besiedlungsverhältnisse folgende Grenzen für dieses bogensche Gebiet in Böhmen erschlossen:

„Von der Landesgrenze bei Rittsteig (am Geleitsbach unterm Hangersberg) im Norden ausgehend, dem „Deutschen Steige" nach über St. Katharina und Kohlheim zur Oberneuener Brücke; von hier dem Laufe der Angel folgend und in einer scharfen Ecke, über der die Burg „Bayereck" erbaut wurde, gegen Süden bis an den Fuß des Milliker Berges abbiegend, hier im rechten Winkel weiter am Nordhang des wie ein mächtiger Bergwall gegen Norden aufgebauten Brennetstockes entlang über den Paß von Depoldowitz. Von da den Christlhofberg hinauf und südlich von Tschachrau, Jenewelt noch einschließend, ins Tal der Wostruschna nordwestlich von Seewiesen, diesem Bache folgend bis zur Burg Welhartitz und weiter bis zur

---

[31] Sigmund Riezler, Geschichte Baierns, 1b 1927, 261 f.

[32] Karl Wild, 41.

[33] Regesta Bohemiae et Moraviae, IV n. 2077; Zatschek, Baiern und Böhmen, 19.

[34] Monumenta Windbergensia (Verh. d. Hist. Ver. f. Niederbayern, 23 1884, 156 n. 35). — Über die Kirche in Albrechtsried selbst gibt Josef Blau (Geschichte der künischen Freibauern, 47 f.) einige interessante Hinweise. Er spricht davon, daß es sich um eine der ältesten Kirchen im Böhmerwald handle; in ihrer Anlage sei sie romanisch, vor allem mit dem „massigen romanischen Turme und dem noch viereckigen Chore", während andererseits schon die ersten Spuren der Gotik festzustellen seien. Ein Bild an der linken Wand des Kirchenschiffes, das aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts stammt, stellt den Erzbischof Adalbert von Salzburg im vollen Ornat dar, wie er der Krone entsagt und von einem Engel das bischöfliche Kreuz und die Mitra empfängt. Eine Inschrift berichtet von der Kirchenweihe und Wladislaw als Kirchengründer.

Mündung des Baches in die Wottawa (nördlich von Schüttenhofen). Die Wottawa übersetzend über Chmelna weiter an den Netzditzer Bach (den Bergstock von Albrechtsried einschließend), den Bach aufwärts auf den Jawornikberg, diesen abwärts, den Spulkabach entlang, der den Rabitzer Bergstock bei Winterberg umfließt, bis an die Wolinka. Sodann, Winterberg einschließend, über die Berge Kubani und Schreiner hinunter bis gegen das heutige Wallern am Goldenen Steig, der sodann in seinem südwestlichen Verlaufe die südliche Grenze des bogenschen Besitzes bildete."

Von dieser Zeit an gehen jedenfalls die Bestrebungen des bogenschen Grafenhauses dahin, dieses Gebiet für seine Herrschaftszwecke auszubauen. Das verhältnismäßig wenig durchsiedelte und waldreiche Land bot letzthin gewinnversprechende Aussichten. Hermann von Altaich zählt die Fehden Alberts III. auf, durch deren Kosten er das alte Donaukloster und die anderen Kirchen bedrückt, nennt darunter aber auch seinen Burgenbau auf dem Hohenbogen[37]. Ganz eindeutig spricht er dabei von mehreren Burgen. Welche damit gemeint sind, läßt sich sehr schwer feststellen. Sicher bezeugt ist nur eine am westlichen Gipfel des Hohenbogen selber, der heute noch den Namen Burgstall trägt. Weiterhin kann sich diese Notiz auf einen Bau in Lichteneck beziehen, von dessen Burgruine Teile sogar noch in diese Zeit zurückreichen können. Man mag sogar an die Festungen auf den beiden Ossergipfeln denken, die durch Apian[38] überliefert werden. Schließlich können sogar Befestigungsanlagen im böhmischen Gebiet selbst in Frage kommen, von denen noch zu sprechen sein wird. Welche Bedeutung der Hohenbogen innerhalb des bogenschen Besitzes hatte, sagt zur Genüge sein Name, der offenbar von den Grafen von Bogen selber hergeleitet werden muß. Vermutlich nannte man diese neue Burg wegen ihrer hohen Lage — es handelt sich um eine Höhe von fast 1000 m — im Gegensatz zur Stammburg Bogen „Hohenbogen".

Es mag auffallen, daß Graf Albert III. gerade diesen Berg für eine so gewaltige Burganlage ausgewählt hat. Wissen wir doch, daß dieses Gebiet nicht zum unmittelbaren bogenschen Territorium zählte, sondern einen Teil der Markgrafschaft Cham bildete. Lediglich bogensches Allod kennen wir um den Hohenbogen, wie oben schon erwähnt wurde. Der Grund kann

---

[35] In einer Urkunde Graf Alberts IV. von 1228 heißt es: „...usque ad nemus Boemorum, cuius partem mihi pro feodo vendicabam" (M. Spindler, Die Anfänge des bayer. Landesfürstentums, 69 Anm. 5).

[36] Geschichte der künischen Freibauern, 49 f.

[37] MG SS XVII, 374: „... per constructionem castrorum in Hohenpogen ..."

[38] Obb. Archiv 39, 373: „... in utraque ... vestigia et ruinae arcium conspiciuntur, quarum prior Bavariae, altera Bohemiae attribuitur." Die Ruine einer Festung auf dem Großen Osser wird auch in einer Grenzbeschreibung von 1512 erwähnt (Alois Weißthanner, Der Kampf um die bayerisch-böhmische Grenze von Furth bis Eisenstein; Verh. d. Hist. Ver. f. Oberpfalz, 89 1939, 190 f.). Vgl. auch den Hinweis bei Blau (57 Anm. 8) auf die Grenzbeschreibung von 1654, in der von einem „alten Schloß" gesprochen wird.

einerseits darin zu suchen sein, daß Albert III. diesen Ort am böhmischen Landestor als strategischen Punkt zwischen seinem baierischen Territorium und seinem böhmischen Lehengebiet gewählt hat. Andererseits möchte man daran denken, daß der Bogener absichtlich diese große Festung in das Territorium der Diepoldinger bauen wollte, vielleicht sogar als Trotz gegen die größte und ihrer Lage nach höchste Burg der Markgrafen von Cham in unmittelbarer Nähe, nämlich Haidstein. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Mark Cham 1204 auf dem Erbwege an die Wittelsbacher überging. Befestigungen gegen diesen mächtigsten Widersacher des Hauses Bogen liegen sogar noch näher.

Über die Burgen, die Graf Albert III. und sein Nachfolger im böhmischen Gebiet errichtet haben, fehlen uns jegliche schriftlichen Quellen. Man kann nur Vermutungen anstellen. Große Wahrscheinlichkeit spricht für Bayereck über dem Angeltale, die Feste Schilchenstein auf dem Kamm des östlichen Grenzberges Zosum[39] und die Kunzwarte über dem „Goldenen Steig". Man könnte auch noch an die erste Anlage von Welhartitz denken. Vielfach wird angenommen, daß die Grafen von Bogen auch in Winterberg eine Befestigung zur Sicherung des Gebietes angelegt hätten. Es würde sich demnach um eine Vorläuferin der später durch Burkart von Janowitz gegründeten Burg handeln. Es wird sogar das Jahr 1195 angegeben. Urkundliche Beweise fehlen aber für diese Annahme vollkommen[40].

Betrachten wir die Lage dieser verschiedenen Burgen, dann möchte man ein bestimmtes System feststellen. Durchwegs sind nämlich die wichtigsten Rand- und Eckpunkte befestigt. Beginnt man am Hohenbogen, so setzt sich die Befestigungsanlage mit den Burgen Bayereck, Welhartitz, Schilchenstein, Winterberg und Kunzwarte bis zum Osser fort. Es wäre schließlich noch daran zu denken, daß auch die Burg Weißenstein bei Regen, jedenfalls noch eine Anlage des 12. Jahrhunderts, hier einbezogen werden kann.

In der Zeit des Burgenbaues am Hohenbogen spielt noch jene Fehde, die den Bestand des baierischen Herzogtums schwer erschüttert hat. Die enge Zusammenarbeit des Bogener Grafen mit dem Böhmenkönig wird hier besonders offenkundig. Im August des Jahres 1192 entfachte Graf Albert III. die Fehde gegen den baierischen Herzog[41]. Das Streitobjekt bildeten die bambergischen Lehen an der Donau — die Vogtei Winzer und die Burg Hilgartsberg — und die Regensburger Burggrafschaft. Es kam zum Kampf, da der Herzog nicht freiwillig verzichtete. Graf Albert rief den Böhmenkönig Ottokar, dessen Nichte er zur Frau hatte, ins Land, schlug den Herzog in einem Treffen und drang mit den Böhmen bis in das südliche Baiern vor. Gleichzeitig rückte Herzog Leopold von Österreich zusammen mit Berthold

---

[39] Unterhalb dieser Burg, heute Odschlössel genannt, erbaute 1356 Karl IV. die größere Burg Karlsberg (Josef Blau, 53).

[40] Josef Blau, 52.

[41] De adv. Altah. (MG SS XVII, 374); Chron. Magni Presb. (MG SS XVII, 519); Riezler 2, 22.

von Meranien gegen den Grafen von Ortenburg vor. Das untere Inntal und das Donautal gegen Passau wurden schwer von den kriegerischen Auseinandersetzungen mitgenommen. Der junge baierische Herzog wurde aus seiner gefährlichen Lage nur dadurch gerettet, daß der Kaiser eingriff und im Dezember 1192 Waffenstillstand befahl. Auf einem Tage zu Worms im Juli 1193 wurde der Böhmenkönig seiner Würde entkleidet. Den Grafen von Bogen erklärte der Kaiser als Urheber des Krieges und vor allem weil er „das barbarische Volk der Böhmen" nach Baiern hereingerufen hatte, zum Reichsfeind. Graf Albert erlangte die Grafschaft und die Gunst des Kaisers erst wieder, als er demselben 1195 die Nachricht von der Geburt eines Sohnes aus Apulien nach Palermo überbrachte; auch für seinen Verbündeten, den Böhmenkönig, erwirkte er Gnade und Wiedereinsetzung.

Nach der dürftigen Überlieferung und insbesondere aus späteren Quellen muß man schließen, daß vom Hause Bogen im böhmischen Lehengebiet eine weitgehende Siedlungs- und Rodungstätigkeit betrieben wurde. Ohne Zweifel ist der Hauptort, Schüttenhofen, schon in dieser Zeit zur Stadt erhoben worden. Im Jahre 1233 schenkte Graf Albert IV. das Patronat der Pfarrei Schüttenhofen zusammen mit dem nahen Dorfe Podmukel an das Hauskloster Windberg[42]. Hieraus möchte man jedenfalls den Schluß ziehen, daß sich bereits eine breite Basis zur Bildung von bogenschem Allod entwickelt hat. Schüttenhofen entsprach im Südosten ein weiterer Siedlungsmittelpunkt Winterberg, dessen früheste tschechische Namensform Wimperk übrigens sehr stark an Windberg erinnert.

Es ist aus wirtschaftlichen Gründen naheliegend, daß die Bogener aus ihrem baierischen Territorium Bauern in ihr böhmisches Waldland brachten und ansiedelten. Die deutsche Bevölkerung im Raum Schüttenhofen und Winterberg wird sicherlich in ihren Ursprüngen auf die Kolonisationsarbeit der Grafen von Bogen zurückgehen. Im Zweifel kann man sich darüber sein, ob der Name des schon mehrfach erwähnten Albrechtsried auf einen Bogener Grafen Albert — auch ein gleichnamiger Ministeriale wäre denkbar — oder auf den Salzburger Erzbischof, den Přemysliden Adalbert, zurückzuführen ist. Verschiedene Hinweise aus späterer Zeit legen sogar den Schluß nahe, daß bereits unter den Bogener Grafen die Eisengewinnung im Angeltale eingeführt wurde[43]. Hinweise geben die durch die böhmische Kammer im Jahre 1565 in Hammern und Eisenstein aufgefundenen starken Spuren und Halden, die auf einen größeren älteren Betrieb schließen lassen.

Die Rodung und Besiedlung des böhmischen Lehengebietes wie der böhmischen Grenzwälder durch baierische Bauern ist ohne Zweifel die Leistung der Grafen von Bogen. Diese Arbeit hat auch Jahrhunderte überdauert.

---

[42] HStAM, Kl. Windberg Urk. Nr. 14 u. 15 (MB 14, 46 n. 24, 47 n. 25): „... ecclesiam ...in terra Boemorum, quae dicitur Schvtenhoven cum villa adiacente Podmvokel."

[43] Josef Blau, 52.

Zatschek[44] konnte die gewaltige Rodungsarbeit des baierischen Stammes in Böhmen aufzeigen. Dabei sind die Hinweise auf die ähnliche Entwicklung im Wirtschaftsbereich der Witigonen einerseits und dem böhmischen Siedlungsraum der Grafen von Bogen andererseits von besonderem Interesse.

Mit dem Tode Graf Alberts IV. starb im Jahre 1242 das Geschlecht der Grafen von Bogen aus. Das Erbe Alberts trat sein Stiefbruder, Herzog Otto II. von Baiern, an. Die guten Beziehungen zu Böhmen nahmen nunmehr sehr schnell ein Ende. Es ist verständlich, daß der Böhmenkönig Schüttenhofen mit seinem Umland wiedergewinnen wollte, das wie ein Pfahl von Baiern her in sein Reich ragte. Auf der anderen Seite erhob der baierische Herzog als Universalerbe der Grafen von Bogen auch Ansprüche auf dieses böhmische Lehengebiet. 1246 übte Herzog Otto hier noch Herrschaftsrechte aus. Die ersten Auseinandersetzungen ergaben sich bereits beim Aussterben der Babenberger in Österreich (1246). König Ottokar fiel zu Anfang des Jahres 1251 in Baiern ein und verwüstete die Mark Cham. Der Herzog suchte eine Annäherung, erwartete jedoch Ottokar in Cham vergebens zu einer dorthin eingeladenen Zusammenkunft[45].

Neuer Anlaß zum Streit entstand einige Zeit später im Zusammenhang mit der Besetzung des Salzburger Erzbischofstuhles. Diese Gelegenheit benützte König Ottokar, um das Bogener Erbe — das Schüttenhofener Gebiet und die Grafschaft Bogen — für sich zu gewinnen. Als Verwandter des verstorbenen Grafen erhob er Anspruch auf dieses Land. Die militärische Aktion führte aber nicht zum erwünschten Erfolg. Im Frieden von Cham vom Jahre 1257 konnte sich der baierische Herzog sowohl die Grafschaft wie das böhmische Lehengebiet um Schüttenhofen sichern. Trotzdem trat für Baiern bereits unmittelbar anschließend eine Schmälerung des böhmischen Lehengebietes ein. König Ottokar nahm nämlich die Gegend um Winterberg selbst wieder in Besitz und belehnte damit Burkart von Janowitz. Im Jahre 1263 bezog dieser zwar erst die Einkünfte des Gutes[46].

Noch bis zum Jahre 1271 konnte sich der Herzog von Baiern den Besitz um Schüttenhofen erhalten. Ein Vertrag zwischen Ottokar II. und dem Baiernherzog in diesem Jahre schuf die endgültige Rechtsbasis für die Zukunft: Baiern verzichtet auf seine Rechte in Schüttenhofen, gibt also das ehemalige böhmische Lehengebiet der Grafen von Bogen auf; auf der anderen Seite entsagt der Böhmenkönig allen seinen Rechten in den Grafschaften Bogen und Deggendorf, die ihm in Wirklichkeit nie gehört hatten[47].

---

[44] Baiern und Böhmen, 19 ff.; ders., Die Witigonen und die Besiedlung Südböhmens (Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 1 1937, 110 ff.).

[45] Riezler 2, 96.

[46] Riezler 2, 115 ff.; J. Blau, 55.

[47] Riezler 2, 134 f.; J. Blau, 56. — Im Vertrag lautet die entsprechende Stelle wörtlich (AÖG 102 1913, 487): „Idem quoque dux ... renunciat omni iuri et accioni sibi et heredibus suis competentibus in castris, possessionibus atque bonis dictis Schutenhoven etc. et aliis omnibus iuribus sibi heredibusque suis competentibus in regno Bohemie ..."

Die weiteren Vertragspunkte sollen hier außer Acht bleiben, da sie nicht unmittelbar einschlägig sind.

1242 ist Graf Albert IV. als Letzter des Hauses gestorben. Erst das Jahr 1271 hat aber die endgültige Liquidation über diese Erbmasse gebracht, vor allem aber auch über ein besonders wichtiges Kapitel in den Beziehungen zwischen Baiern und Böhmen.

Das Aussterben der Grafen von Bogen brachte einerseits das Ende der guten nachbarlichen Beziehungen zwischen dem böhmischen Herrscherhaus und dem Nachbargebiet, das nunmehr für immer dem Territorium des Hauses Wittelsbach einverleibt wurde. Die schwersten Rückschläge brachte diese Entwicklung jedenfalls dem böhmischen Grenzwaldgebiet, wo unter der Herrschaft der Grafen von Bogen eine rege deutsche Besiedlung eingesetzt hatte. Der böhmische niedere Adel konnte sich nunmehr hier durch die Gunst des Landesherren niederlassen und die Herrschaft übernehmen. Den größten Gewinn aus dieser Umschichtung zog die Familie der Herren von Janowitz, deren Name für lange Zeit mit der Geschichte des baierisch-böhmischen Grenzlandes in engem Zusammenhang steht. Wo zuerst durch Jahrzehnte die besten nachbarschaftlichen Beziehungen gepflogen wurden, war nunmehr eine Grenze gezogen, die nicht nur aus territorialen Rücksichten, sondern auch bald unter Gesichtspunkten des Nationalismus behütet oder sogar umkämpft wurde[48].

Die Beziehungen zwischen dem Hause Bogen und dem böhmischen Herrscherhaus muß man jedoch, so möchte mir scheinen, in erster Linie unter der Struktur der gesamten oberen Gesellschaftsschicht betrachten. Dem Hochadel, auch des Hochmittelalters, waren nationale Begriffe im wesentlichen fremd. Die Přemysliden wußten sehr wohl, daß sie durch Landvergabungen an benachbarte deutsche Grafenhäuser dem deutschen Element in Böhmen mehr Raum und gesteigerte Bedeutung geben würden. Maßgebend war in erster Linie wohl der Gesichtspunkt, daß angesehene Lehensträger dem Lehensherrn zur eigenen Entfaltung von Macht und Ansehen unentbehrlich sind. Man soll schließlich aber nicht vergessen, daß die guten wechselseitigen Beziehungen starke Einflüsse für beide Seiten gebracht haben, insbesondere auf kulturellem Bereich. Damit deuten wir zugleich ein Gebiet der gegenseitigen Einflüsse an, das in späterer Zeit erst seine Vollendung findet, in der hier besprochenen Periode jedoch maßgebend vorbereitet wurde.

---

[48] Alois Weißthanner, a. a. O. 190 f.

ALBERT VON SEEBERG

Eine Gestalt aus dem Kolonisationszeitalter des Sudetenlandes*

Von Karl Beer †

Vor acht Jahrzehnten erfuhren Leben und Wirken des mächtigen böhmischen Landherrn Albert von Seeberg durch den sächsischen Historiker Chl. v. Reitzenstein[1] erstmals eine Darstellung, die von H. Gradl in den MVGDB[2] als „Gute Arbeit" bezeichnet wurde. Heute freilich kann diese Arbeit nicht mehr befriedigen, sie ist als veraltet und überholt anzusehen. Die Urkunden, die von R. benutzt werden konnten, waren nicht genug kritisch ediert und gering an Zahl. Ähnliches gilt von der herangezogenen Literatur. Der keineswegs immer verläßliche Egerer Geschichtsschreiber V. Pröckl[3] führte R. etliche Male zu irrigen Aufstellungen. Das Organ, in dem R. seine Ausführungen über den Seeberger machte, lag etwas abseits, so daß die Ergebnisse der Studie nicht die wünschenswerte Verbreitung fanden. So erklärt es sich, daß Verwechslungen der Geschlechter, die in Böhmen mit dem Prädikat „von Seeberg" auftraten, weiterliefen, ab und zu bis in unsere Zeit herauf, worüber zum Schlusse dieses Aufsatzes noch einiges bemerkt werden soll.

Diese Wahrnehmungen legen eine Revision des Lebensbildes des Seebergers nahe, wozu allerdings gleich bemerkt sei, daß auch heute noch das Urkundenmaterial als unzureichend angesehen werden muß, so daß so manche Frage, die sich an den Besitz oder die politische Haltung des Seebergers knüpft, nicht genug aufgehellt werden kann.

Der Versuch eines neuen Lebensbildes wird gleichwohl nahegelegt durch die Tatsachen, daß der Seeberger durch Jahrzehnte hindurch in der böh-

---

* Die Abhandlung K. Beers sollte 1944 in den Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen erscheinen. Die Kriegsereignisse verhinderten den Ausdruck der Zeitschrift. Da glücklicherweise Druckfahnen gerettet werden konnten, ist das Collegium Carolinum nun in der Lage, Beers Studie posthum erscheinen zu lassen.

[1] Der Landherr Albert von Seeberg, ein Burggraf von Leisnig, seine Vorfahren und Nachfolger. Zeitschr. f. Heraldik, Sphragistik und Genealogie. Hsg. v. Verein „Herold" in Berlin. 1873, S. 137—150.

[2] Mitteilungen d. Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, 22, lit. Beil. z. Heft 2, S. 25.

[3] Schloß Seeberg im Egerland, seine Geschichte, seine Geschlechter u. seine Kirche, Eger 1870. Daß Pröckl Behauptungen aufstellte, ohne urkundliche Belege anzuführen, zeigt Siegl in seinem Aufsatz „Schloß Seeberg im Egerland" MVGDB 54, S. 211.

mischen Politik eine sehr beachtliche Rolle spielte, an dem Ausbau des Sudetenlandes im Kolonisationszeitalter Anteil nahm und daß sein Name mit der Geschichte etlicher größerer Gemeinwesen (Bilin, Kaaden, Tachau) eng verknüpft erscheint.

Die Burg Seeberg, nach der sich Albert nannte, lag am Hange des Erzgebirges über dem ehemaligen Kommerner See[4]. Diese geographische Tatsache ist bei der Namengebung der Burg jedenfalls ebenso bestimmend gewesen wie bei der Ufersiedlung Seestadtl.

Nicht 1267[5], auch nicht 1290[6], sondern 1277[7] ist das Jahr, in das Alberts erste urkundliche Erwähnung fällt.

Da die aller Wahrscheinlichkeit nach von Albert[8] erbaute Burg hoch gelegen und schwer zugänglich war, so errichtete vielleicht noch Albert selbst oder seine Nachfolger aus dem Hause Lobdaburg-Bergau unter Alt-Seeberg die Burg Neu-Seeberg (heute Rothenhaus)[9].

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die deutschen Prädikate, die beim böhmischen Adel seit der Mitte des 13. Jahrhunderts auftauchen, lange nicht immer deutsche Herkunft ihrer Träger anzeigen, bei Albert v. Seeberg jedoch steht die deutsche Abstammung außer jedem Zweifel. Er ist aus dem Geschlecht der Burggrafen von Leisnig[10] hervorgegangen, die zu den mächtigsten und angesehensten Adelsgeschlechtern in der Mark Meißen zählten. Die Anfänge des burggräflichen Hauses, das wahrscheinlich fränkischen Ursprungs war, lassen sich bis in die erste Hälfte des 12. Jh.s zurückverfolgen[11]. Es stand in verwandtschaftlicher Beziehung zu den Grafen von Groitzsch, deren bekanntester Vertreter, Wiprecht v. G., sich

---

[4] Schlesinger, Geschichte des Kummerner Sees bei Brüx. Festschr. d. Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, Prag 1871, 23 ff.

[5] So zu lesen bei Reitzenstein (S. 42 u. Stammtafel), der hier Prödkl folgte. Albert soll in diesem Jahre Burggraf in Pürglitz gewesen sein, doch der in diesem Jahre genannte Burggraf Albert (Emler II n. 550) ist nicht Albert v. S., sondern ein Bruder des Dietrich Spatzmann (dieser von 1263—1295 als Burggraf von Brüx und Pfraumberg, Unterkämmerer und Kämmerer des Königreichs nachweisbar). Durch eine andere Formel bei Emler (II n. 2492) könnte der Anschein erweckt werden, als wäre Albert v. S. schon unter König Wenzel I. hervorgetreten. Doch dieser urkundliche Text ist offenbar in Unordnung geraten. Albert v. S. ist nicht Zeuge der königlichen Schenkung an das Kloster Nepomuk, sondern Zeuge der i. J. 1224 erfolgten Konfirmation der Schenkung.

[6] Siegl, a. a. O., S. 211.

[7] Emler II, n. 1092.

[8] Ottův slovník 27, S. 766 wird Albert als Erbauer angegeben, urkundl. Beleg hiefür liegt nicht vor.

[9] Die erste Nebeneinanderstellung beider Burgen erfolgte 1327 unter Alberts Enkeln, den beiden Otto v. Lobdaburg-Bergau. Lobdaburg und Bergau, südlich von Jena gelegen, bei den heutigen Siedlungen Lobeda und Burgau.

[10] Leisnig auf halbem Weg zwischen Meißen und Leipzig im Muldegebiet gelegen.

[11] Reitzenstein, S. 140 und Stammtafel.

besondere Verdienste um die Besiedlung des Meißnerlandes erwarb[12], indem er zu Beginn des 12. Jh.s Kolonisten aus Franken (Lengefeld) ins Muldegebiet brachte, worauf auch die Ortsnamen Frankenberg, Frankenau, Frankenstein hinweisen. Die Burggrafen von Leisnig waren noch mit einer Reihe anderer angesehener Adelshäuser im Sachsenland verwandt, so mit den Burggrafen von Meißen, den Vögten von Plauen, den Herren von Dohna, Koldiz, Schönburg, Waldenburg u. a. Sie stellten Verwaltungsbeamte (Burggrafen) verschiedenerorts, aber auch hohe Geistliche, Domherren und Bischöfe. Im Hinblick auf die soziale Stellung derer von Leisnig und ihre Verwandtschaftsbeziehungen wird man sich bei Beantwortung der Frage, ob wir es mit Ministerialen oder Edelfreien zu tun haben, wohl für das letztere entscheiden[13].

Werfen wir einen Blick auf die älteren Beziehungen Böhmens zu dem Heimatland des Seebergers. Meißen ist während des Investiturstreites zum ersten Male deutlich in den böhmischen Interessenkreis getreten. Wenn auch Herzog Wratislaw II. dieses Land, das er von Heinrich IV. für seine treuen Dienste erhalten hatte, nicht selbst behalten konnte, so suchte er es doch wenigstens seinem Schwiegersohn Wiprecht von Groitzsch als dauernden Besitz zu sichern[14]. Familienverbindungen zwischen den Přemysliden und deutschen Fürstenhäusern im Norden, wie uns hier eine begegnet, treffen wir später noch öfter. Ida und Sophie von Wettin, Judith und Cäcilie von Thüringen und Adele von Meißen brachten deutsches Blut ins Přemyslidenhaus[15]. Aber auch das Gegenteil fehlte nicht. Agnes, die Tochter König Wenzels I. wurde vom Markgrafen Heinrich von Meißen und ihre Schwester Beatrix vom Markgrafen Otto von Brandenburg heimgeführt[16]. Dieser Ehe entstammte Otto der Lange[17], der nach dem tragischen Ende Ottokars II. als Vormund des minderjährigen Wenzel die Verwaltung Böhmens übernahm und den Bischof Gebhard von Brandenburg zu seinem Stellvertreter bestellte. Und wie die Töchter Wenzels I. ihren Weg an deutsche Fürstenhöfe genommen hatten, so heiratete eine Tochter Ottokars II. in Thüringen und eine andere (Agnes) in Braunschweig ein. Daß diese Familienverbindungen ihre politischen Auswirkungen hatten, wird man kaum bezweifeln. Sachsen und Brandenburg kämpften 1260 bei Kroissenbrunn, Meißner, Thüringer und Brandenburger 1278 am Marchfeld für die Sache Ottokars. Sein Nachfolger fand in Propst Bernhard von Meißen einen fähigen Mitarbeiter und die unter Wenzel II. verstärkt hervortreten-

---

[12] E. O. Schulze, Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe. S. 133, 165.

[13] Lürssen, Ritterbürtige Geschlechter in der Mark Meißen. Leipz. Hist. Abh. 42, S. 43.

[14] Bretholz, Geschichte Böhmens u. Mährens (1912) S. 171 f., 177.

[15] s. Wostry in Sudetendeutsche Lebensbilder I, S. 33, 40 ff., 44 ff.

[16] Bretholz, S. 414, 433.

[17] Graebner, Böhmische Politik vom Tode Ottokars II. bis zum Aussterben der Přemysliden. MVGDB 41, S. 314 ff.

den Aspirationen auf Meißen und das Pleißnerland fügen sich in das Bild bedeutsamer Machterweiterung des Přemyslidenhauses vor seinem jähen Ende ein. Daß bei solchen politischen Beziehungen der Přemysliden zum Saale-Elberaum ein Anreiz mehr zu einer Zusiedlung in den immer noch aufnahmefähigen Sudetenraum gegeben war, wird man verstehen.

Soweit bürgerliche Zuwanderung in Frage kommt, so wurde diese schon mehrfach hervorgehoben[18]. Sie war begreiflicherweise vornehmlich in die nördlichen Gebiete Böhmens gerichtet. Ab und zu freilich wurde auch ein weiterer Weg zurückgelegt, wie eine Urkunde aus dem J. 1229 erkennen läßt, derzufolge das Stift Wyschehrad an Heinrich den Sachsen (Saxo) Land bei Prachatitz überließ mit der Verpflichtung, daß darauf 2 Dörfer angelegt werden sollten[19]. Oder wenn wir einem Dietrich, Gernot und Thiero aus dem sächsischen Freiberg in der in gleicher Richtung eifrig tätigen Stadt Deutschbrod begegnen, so wird bei ihnen der Blick auf die nördlichen Hänge des Erzgebirges zurückgelenkt, ganz so wie bei dem berühmten Sänger Heinrich von Freiberg, der mit seinen Minneliedern den Hof Wenzels II. erfreute[20].

Daß auch bäuerlicher Zuzug erfolgte, darf man annehmen, doch ist dieser hier wie anderwärts nicht ebenso greifbar. Besser verfolgbar sind die Spuren adeliger Aus- und Zuwanderung. Wostry[21] wies darauf hin, daß der deutsche Lehensadel im Glatzer Land, wie er uns im 14. Jh. entgegentritt, fast ausschließlich aus Thüringen, dem Osterland und der Mark Meißen stammte. Ein „Sich-weiter-Säen" aus älterem Kolonialland in noch größere Ferne wird auch hier sichtbar[22]. Dem meißnischen Herrn Rulko von Biberstein überließ Ottokar II. im J. 1278 die Burg Friedland im Kaufwege, unter Betonung der dem König gegenüber bestehenden Verpflichtungen[22]. Das Geschlecht der Herren von Schönburg, aus Thüringen hervorgegangen, faßt noch im 13. Jh. im nördlichen Böhmen Fuß, zu Beginn des 14. Jh.s treffen wir es in Kaaden[23]. Die Herren von Lobdaburg-Bergau, ursprünglich bei Jena beheimatet, kamen zu Beginn des 14. Jh.s nach Bilin.

Unter König Wenzel I. spielte eine größere Rolle Hojer von Friedberg, der nach Reitzenstein[24] aus Thüringen stammte. Im Kampfe Wenzels I. mit seinem Sohne Ottokar stand er auf Seite des ersteren. (Im J. 1260 focht er

---

[18] Wostry, Das Kolonisationsproblem. MVGDB 60, 1922, 138f. Weizsäcker, ebd. 51, 487.

[19] G. Friedrich II, 335.

[20] Wostry, a. a. O., S. 141.

[21] Aubin, Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung. Deutsches Archiv f. Landes- u. Volksforschung 1. S. 56f., 69.

[22] Emler II, n. 1111.

[23] Ebd. n. 1683; Weizsäcker, Die Entstehung des böhm. Lehenwesens. Zeitschr. d. Vereins für Geschichte Mährens und Schlesiens 21, 1917, S. 229f.

[24] S. 143. Doch ist in Thüringen ein Friedberg nicht nachweisbar, es müßte denn an Friedburg an der Saale gedacht werden.

bei Kroissenbrunn für Ottokar [25].) Wie sehr sich Hojer der Gunst des Königs Wenzel erfreute, das zeigt die Seelgerätstiftung, die dieser in seinem letzten Lebensjahr für sich und Hojer errichtete, so überaus deutlich [26]. Es ist derselbe Hojer, von dem Dalimil unter anderem erzählt, er hätte die Sitte des Turnierwesens in Böhmen heimisch gemacht [27]. Die Schätzung, die von Wenzel dem aus der Fremde gekommenen Hojer zuteil wurde, kommt auch in der geflissentlichen Förderung und Stützung zum Ausdruck, die Hojers Bruder Konrad, Kanoniker zu Hildesheim, durch den König erfuhr, als er den Bischofsstuhl zu Olmütz erlangen wollte und auch etliche Jahre trotz päpstlicher Ablehnung als staufisch gesinnter Bischof festhielt [28].

Doch ist wohl unter all den adeligen Herrn, die aus den thüringisch-sächsischen Landen ihren Weg nach Böhmen nahmen und hier zu Besitz und Einfluß kamen, keiner, der sich mit Albert von Seeberg messen könnte. Das hohe Ansehen, das die Herren von Leisnig in Meißen genossen, ist auch bei Albert v. S., der von Reitzenstein [29] als „mächtiger und hochstehender Dynast" angesprochen wird, in Böhmen feststellbar. Immer wieder werden ihm in der urkundlichen Überlieferung die Attribute „vir nobilis" und „dominus" zuteil [30].

Einmal bekleidet Albert v. S. eines der höchsten Landesämter, das des Marschalls des Königreiches (1289) [31]. Wiederholt ist er in den Zeugenreihen unter oder neben die höchsten Würdenträger des Landes gestellt [32]. In engerer Beziehung steht er zu den Witigonen, den Herren von Dauba und Leipa, den Riesenburgern, Schönburgern u. a. Besonders eng ist sein Verhältnis zu den Herren von Dauba. Ihre politische Richtung ist auch die Alberts. Die Erklärung hiefür ist durch die nahe Verwandtschaft gegeben. Da Hynko von Dauba als avunculus des Seebergers angeführt wird (1290) [33], so darf man annehmen, daß Alberts Mutter dem Hause Dauba entstammte und daß sie es war, die in ihrem Sohne das Interesse für das Land der Přemysliden weckte. Die hervorragende Stellung, die dem Seeberger im Kreise der böhmischen Barone zukam, gründete sich gewiß zunächst auf Rang und Namen, die er aus der Heimat mitbrachte, dann wohl aber auch auf seine persönlichen Fähigkeiten und den reichen Besitz, den er in der

---

[25] Palacký, Gesch. v. Böhmen II/1, 1839, S. 132, 176.

[26] Erben I, n. 1343.

[27] Wostry, a. a. O., S. 157.

[28] Pohl, Beiträge zur Gesch. der Bischöfe von Olmütz im Mittelalter, S. 97f.; Bretholz, a. a. O., S. 415f. Palacký, a. a. O., S. 124.

[29] S. 139.

[30] Emler II, n. 1229, 1351, 2492.

[31] Emler II, n. 1467. Daß Albert 1295 „Oberlandkämmerer" gewesen wäre, wie Pröckl S. 5 vorgibt, trifft nicht zu.

[32] Emler II, n. 1092, 1358, 2112, 2183.

[33] Ebd. n. 1492, 1493.

neuen Heimat zu erwerben verstand. Diesen Besitz wollen wir nunmehr näher betrachten.

Da die Burg Seeberg, nach der sich Albert nannte, am Hange des Erzgebirges erbaut war, wird man in dem fruchtbaren Vorlande des Gebirges, im alten Bielagaue, Grundbesitz des Burgherrn erwarten dürfen. Das trifft auch zu. Im J. 1302 sind Stadt und Schloß Bilin in der Hand Alberts, und zwar als Eigenbesitz[34]. Da Albert bereits 1290[35] in Bilin urkundet, so war dieses Besitzverhältnis jedenfalls schon damals und wahrscheinlich noch früher gegeben. Im J. 1302 vollzog Albert mit Zustimmung seiner Gemahlin Swatika und seines Sohnes Albert eine ansehnliche Schenkung an den Deutschen Orden in Komotau; die Schenkung umfaßte die Pfarrkirche und das Patronatsrecht in Bilin; weiters ebenda das neue Hospital mit allem Zubehör, 2 Mühlen mit 5 Rädern, ein Karat Wein vom Weingarten Eberhards, „quondam civis nostri in Bilin“[36], den ganzen Zehent von den Weingärten Alberts und schließlich ein Allod und 9 fertones (= Viertelmark) im Dorfe Kaschitz (in der Saazer Gegend gelegen). In den gleichen Raum weist noch die Nachricht von 1290 hinein, nach welcher Albert das Dorf Rezel (jetzt Resselhof) bei Brüx an das Kloster Osseg schenkte[37].

Bedauerlich ist, daß die Überlieferung für die Geschichte der deutschen Städte Böhmens im 13. Jh. zumeist ungemein kärglich ist. Das ist auch bei der Stadt Bilin der Fall. Ihre ältere Geschichte wurde vor Jahrzehnten von B. Scheinpflug behandelt[38]. Darnach ist Bilin um die Mitte des 13. Jh.s aus der alten landesfürstlichen Gauzentrale zur Herrenstadt geworden. „Im Jahre 1248 oder vielleicht kurz vorher“ verlieh König Wenzel Bilin „seinem treuen Jagdgefährten und Turnierhelden Oger von Friedeberg“. Der ansonst gewiß nicht unkritisch verfahrende Historiker unterläßt es hier, seine Quelle zu nennen. Offenbar stützte er sich auf die Reimchronik Dalimils[39]. Hier erfahren wir auch Näheres darüber, wie Herr Hojer in den Besitz Bilins kam. Er hatte sich, als König Wenzel auf einem kaiserlichen Hoftag vom Abte von Fulda beleidigt worden war, tapfer an die Seite seines königlichen Herrn gestellt und dem Abt die Beleidigung in kräftiger Form zurückgegeben, eine Szene, die uns stark an die bekannten Vorgänge am Reichstag zu Besançon in Barbarossas Zeit gemahnt.

Die Schilderung Dalimils wurde von nachfolgenden böhmischen Chronisten gerne übernommen und noch weiter ausgeschmückt[40]. König Wen-

[34] Ebd. n. 1927.

[35] Wie Anm. 3.

[36] Auch diese Wendung weist darauf hin, daß der Seeberger schon vor 1302 Herr von Bilin war.

[37] Emler II, n. 1493; Schlesinger, Stadtbuch v. Brüx n. 33.

[38] MVGDB 20, S. 228 ff.

[39] Font. rer. Boh. III, 174 ff.

[40] Vgl. Die Pehemische Chronik in Font. rer. Boh. III, 289 und die Chronik des Prager Domherrn Franz ebd. IV., S. 350. Wenn die deutsche Übersetzung des Dalimil kurz sagt: vuol virlech im also eyn Belyn dy erb aldo, so weiß doch Franz

zels Dank nun für das ritterliche Verhalten Hojers bestand in der Überlassung Bilins. — Nun ist gewiß gegenüber Angaben des Reimchronisten Dalimil Vorsicht am Platze, aber diesen Schenkungsbericht zurückzuweisen[41] haben wir keinen Grund, denn die oben gebrachten zuverlässigen urkundlichen Zeugnisse über Hojer lassen ganz deutlich erkennen, wie hoch dieser Herr in Wenzels Gunst stand.

V. Prökl[42] — und ihm folgt Reitzenstein[43] — sieht in Albert v. S. den unmittelbaren Nachfolger Hojers in Bilin und weiß auch zu melden, daß Albert durch Ehelichung Swatikas, der Erbtochter des königlichen Truchseß Hojer in den Besitz von Bilin gekommen wäre. Wir können hiezu nur sagen: Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß der Meißner Albert v. S. in die erwähnte verwandtschaftliche Verbindung getreten ist[44]. Urkunden, die das erweisen würden, liegen nicht vor. Auffallend ist es jedenfalls, daß wir nach Hojer, der 1277 offenbar bereits verstorben war[45], keinem Adeligen in der böhmischen Überlieferung begegnen, der als Abkömmling Hojers angesehen werden könnte.

Wenn man bei Bilin sagen kann, daß es die alten Wege über das östliche Erzgebirge mit zu überwachen hatte, so war ein anderer Stützpunkt Alberts, Burg und Stadt Kaaden, strategisch gesehen, nicht weniger wichtig. Hier trat der alte Egerweg aus der Enge in das offene Land heraus und hinzukam ein über das Erzgebirge führender Weg. Kaaden hatte der Seeberger von 1277—1292[46] inne, über diese Zeit haben wir sichere urkundliche Belege. In Kaaden waltete Albert als Burggraf. Es macht den Eindruck, als ob seine Rechte und Befugnisse gegenüber der Stadt sich nicht in der Amtsstellung als solcher erschöpft hätten. Denn wenn Albert im J. 1289 für die Erfüllung einer geplanten großen Austauschaktion mit Burg und Stadt Kaaden als Bürge auftritt[47], so erscheinen die burggräfliche Funktion und die damit

---

mehr: ... suo fideli militi Hogerio contulit sibi et heredibus suis Belinam castrum et civitatem cum pertinentiis perpetuo possidendam hoc firmans suis privilegiis et instrumentis.

[41] Palacký a. a. O., S. 287, Anm. 372, bezeichnet es als wahrscheinlich, daß das als Župenort altberühmte Bilin von König Wenzel seinem Günstling Hojer ganz zu eigen gegeben wurde.

[42] S. 132. Sicher unrichtig ist die hier ausgesprochene Behauptung, daß Swatika die erste Gemahlin Alberts gewesen sei, dagegen sprechen ganz entschieden 2 Urkunden aus dem Jahre 1290, s. Emler II, n. 1492 f.

[43] Daß Hojer dem Verwandtenkreis des Seebergers nahegekommen ist, ist beachtlich, s. Emler IV, n. 1776.

[44] Emler II, n. 2706.

[45] Emler II, n. 1092 und 1519.

[46] Ebd. n. 1467.

[47] Nach Neplach (Font. r. Boh. III, 443 ff.) wäre 1277 Wilhelm von Egerberg (bei Leskau gelegen) Kaadens verlustig geworden. Insoferne Albert v. S. im gleichen Jahre als Burggraf zum ersten Male genannt wird, ergäbe es keine Kollision. Doch ist auch diese Detailangabe Neplachs nicht ganz einwandfrei, da die Bezeichnung Egerberg vorausgenommen erscheint. Die Burg E. ist erst zu Beginn des 14. Jh.s erbaut worden, s. Sedláček, Místopisný S. 185.

verknüpften Nutzungen kaum als genügende Sicherstellung. Wissen wir nichts Genaueres über den Antritt des Kaadener Amtes[48], so auch nichts über dessen Ende. Wenn Weizsäcker mit der Deutung des officium suppe in Kaaden als Burggrafenamt Recht behält, dann ist Albert v. S. spätestens unter König Albrecht 1306 durch die Schönburger abgelöst worden[49].

Vollständigkeit im Lebensbild des Seebergers veranlaßt uns, einen kurzen Blick auch ins Glatzer Land zu tun. Nach dem im 17. Jh. schreibenden Jesuiten Balbin, in dessen Darstellung ältere Berichte verarbeitet sind, wäre bei der Strafaktion Ottokars vom J. 1277 Glatz nicht den Zwieretitz (so nach Dalimil), bzw. den Lewenbergern (so nach Neplach), sondern einem domino Seeberg abgenommen worden[50].

Da die anderen Geschlechter Böhmens mit dem Prädikat Seeberg hier nicht in Frage kommen, wäre an unseren Albert v. S. zu denken. Volkmer-Hohaus[51] geben der Lesart Balbins den Vorzug vor der anderen Überlieferung, nur setzen sie den Verlust von Glatz zum Jahre 1253. Mit diesem Jahre aber läßt sich die Person des Seebergers im Hinblick auf seine bekannten Lebensdaten kaum in Verbindung bringen[52]. Daß bei Balbin ein Herr Seeberg in die Liste der Sühnenden hereingebracht erscheint, kann nach unseren nachfolgenden Ausführungen nicht allzusehr auffallen, nur würde man diesen Namen zu einem anderen Ort (Tachau) gestellt sehen wollen[53].

Vorübergehend faßte der Seeberger auch in der Elbogener Provinz, und zwar in Chodau Fuß. Er hatte diesen wichtigen Punkt aus Unwillen über den Abt Ulrich von Waldsassen an sich gezogen, dann aber 1310 dem Nachfolger „dem ehrwürdigen Abt Johann" wieder zurückgegeben und überdies seinen Schutz zugesagt[54].

Erwähnte Verstimmung gegen die Zisterze Waldsassen dürfte mit der verschlungenen Geschichte einer Gütertransaktion jener Jahre zusammenhängen. Die im oberpfälzischen Grenzgebiet (gegen Böhmen zu) gelegenen Reichsdörfer Bärnau, Griesbach und Hohentann hatte Waldsassen von König Adolf als Pfand für 200 Mark Silber empfangen, hernach aber an Böhmen weiterversetzt. Und wiederum als Pfand gelangte dieser Reichsbesitz in die Hände Heinrichs d. Ä., Vogt von Plauen, und seines Verwand-

---

[48] a. a. O., S. 229 f.

[49] S. hiezu Bretholz, Zur böhmischen Kolonisationsfrage. MIÖG 38, 220 ff.

[50] Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz I, S. 15.

[51] [Fehlt im Ms.]

[52] Die Hs. der gräflich Hoverdenschen Majoratsbibl. in Hünern, welche nach Volkmer-Hohaus die Lesart Balbins bestätigen soll, verdiente eine genauere kritische Behandlung. Aus welcher Zeit stammt die Hs., auf welchen Quellen fußt sie?

[53] Reitzenstein, S. 143 f., 154.

[54] Samanek, Studien zur Gesch. des Königs Adolf, S. 280; Gradl, Geschichte des Egerlandes, S. 143.

ten Albert v. S. Für 200 Schock P. G. vermochte schließlich Abt Johann 1312 den wertvollen Besitz an sein Stift zurückzubringen[55].

Bevor wir uns dem letzten wichtigen Stützpunkt Alberts in Böhmen, dem Tachauer Lande, zuwenden, sei noch vermerkt, daß Albert in seiner alten Meißener Heimat Besitz behalten hatte. Dieser muß ganz ansehnliche Erträgnisse abgeworfen haben, wenn daraus eine auf Albert zurückgehende Seelenmessenstiftung von 1000 Schock Groschen, die dem Kloster Buch, dem Hauskloster derer von Leisnig, zugute kam, bestritten werden konnte[56].

Wie Bilin und Kaaden, so gaben auch der Stadt Tachau die Grenzlage und ein wichtiger Verkehrsweg, das ist hier die über den nördlichen Böhmerwald führende „goldene Straße", erhöhte Bedeutung.

Vier Urkunden — zwei davon sind Formeln — geben uns über Albert als Besitzer von Tachau Auskunft, allerdings keine durchaus zureichende. Wir lassen diese Texte, übersetzt und gekürzt, hier folgen und bezeichnen sie weiterhin mit I, II, III, IV.

I. ca. 1285 (Emler II, n. 1351)

König Wenzel sieht dem Herrn von Seeberg alle Schuld und alle Rebellion, zu der er sich zu Ottokars und zu seiner Zeit hinreißen ließ, nach, stellt die Geltendmachung des durch dessen Schuld verlorengegangenen Besitzanspruches wieder her (accionem, quam ob suam culpam amiserat, reintegrantes atque restaurantes eidem) und gestattet, daß Albert auf dem nächsten Hoftage (in curia, quam primo celebrabimus) durch fideles et ydoneos testes et per legitima et vera privilegia seinen rechtmäßigen Anspruch auf Stadt und Burg Tachau mit zugehörigen Gütern nachweise. Erbringt Albert den geforderten Nachweis, dann wird er in Hinkunft alles in Ruhe besitzen, jedoch die Geldsumme, die König Ottokar für genannte Güter gegeben, zurückerstatten und mit seinen Erben wie andere Barone mit seinen Gütern dem König treu dienen. Wird der Beweis nicht erbracht, dann hat Albert ohne Widerspruch und Säumnis von allem zu scheiden. Sollte Albert die Treue gegen den König brechen und etwas gegen ihn unternehmen, dann ist der König aller Zusage ledig.

II. ca. 1285 (Emler II, n. 2260)

In dieser zweiten Formel kommt Albert, der sich mit dem König über Tachau einigte, zu Worte. Der Formelinhalt deckt sich im Wesentlichen mit dem Inhalt der Königsurkunde.

Verstößt Albert gegen die Abmachung, dann soll er von jedermann als periurus, exlex et infamis angesehen werden. Würde Albert von jemand wegen eines Exzesses oder eines Vergehens angeklagt oder müßte der König selbst eine solche Anklage erheben und Albert könnte sich nach der Gewohnheit des Landes nicht reinigen, dann soll er des Tachauer Besitzes wie aller seiner Burgen und Güter, wo immer sie in Böhmen liegen, verlustig gehen und es wird sich dieser der König unterwinden.

---

[55] Reitzenstein, S. 158.
[56] a. a. O.

III. 1297, 28. April, Königsaal.
(Emler II, n. 1750)

Albert von Seeberg bekennt, daß er an Burg und Stadt Tachau und zugehörigen Gütern, welche er einst durch einige Zeit besessen hatte (olim per aliquod tempus tenui), kein Recht hatte oder habe (nullum jus habuisse vel habere), sondern daß diese Güter zu vollem Recht dem König und dessen Vorfahren gehört haben und gehören (pleno jure pertinuisse et etiam pertinere). Und wenn Albert deshalb, weil er die Burg, Stadt und Güter von Tachau besaß oder aus irgendeinem anderen Grund oder auf andere Weise dort ein Recht hatte oder habe oder zu haben glaube, so verzichte er freiwillig auf seine Rechte und schenke, übergebe oder resigniere alles dem König.

Bürgen: Menerus Misnensis et Albero de Lisnik burggravii, Henricus, advocatus de Plawe, Henricus de Coldiz, Hynko de Prsybislaus, Hynko de Duba et Albertus frater ejus dictus de Ffrydlandt, Zdenko de Chlumez, Ulricus et Reymundus fratres de Leuchtenburg, Hynko de Zlab, Brzetislaus, Prothiwa et Dipoldus, filii quondam Dipoldi de Risenberg ac Hynko de Lippa.

IV. 1297, 28. April, Königsaal.
(Emler II, n. 1751)

Albert, Burggraf von Leisnig, und Heinrich, Vogt von Plauen, die von Albert hiezu gebeten wurden, übernehmen die Bürgschaft für den Verzicht Alberts auf Tachau. (Der Inhalt der Urkunde deckt sich zunächst mit dem in III Gesagten, doch wird weiter festgehalten:)

Daß Albert feierlich versprochen habe, keine Untreue oder Rebellion gegen den König und dessen Erben begehen zu wollen. Wenn der König innerhalb der nächsten 5 Jahre Albert aus seinen Landen entfernt wissen wollte, dann sollten seine dort gelegenen Güter von vier verläßlichen Männern aus Böhmen (2 erwählt der König, 2 Albert) geschätzt werden und Albert mit dem Erlös ohne Widerspruch wegziehen. Er möge sich mit seinem Geld wo immer hin begeben, nur nicht nach Meißen oder Schlesien. Hier dürfe er nicht leben und auch nicht sein Geld in Eigenbesitz oder Renten anlegen. Und wenn auch Albert außerhalb der Länder des Königs lebte, ist er nach Ablauf des erwähnten Jahrfünfts noch durch weitere 25 Jahre dem König von Böhmen gegenüber zur Treue verpflichtet. Solange Albert in des Königs Landen haust, darf er keine Burg oder Befestigung anlegen ohne Erlaubnis des Königs. Für die Einhaltung all dessen übernehmen Alberts Bruder, der Burggraf von Leisnig, und Heinrich, Vogt von Plauen, die volle Bürgschaft.

Die erste Tatsache, die wir aus dieser Überlieferung herausheben wollen, ist die, daß Albert v. S. zunächst einmal unter König Ottokar II. zum Rebellen geworden ist. Über den Zeitpunkt, das sei betont, wissen wir nichts Sicheres. Doch wird man mit Palacký[57] und Stocklöw[58], dem Geschichtsschreiber der Stadt Tachau, an das für Ottokar kritische Jahr 1276 denken

dürfen. Das nach Ottokars Ableben deutlicher in Erscheinung tretende Zusammengehen des Seebergers mit den Witigonen läßt diese Vermutung zu[59]. Der Grund für die Empörung Alberts war jedenfalls des Königs Forderung nach Herausgabe Tachaus, wenn auch gegen Zahlung einer Summe Geldes. Doch scheint die Kluft, die sich zwischen beiden Männern aufgetan hatte, nicht allzu tief gewesen zu sein. Der Seeberger dürfte zu den Adeligen gehört haben, denen Ottokar die Pflichtverletzung vom Jahre 1276 nicht weiter nachtragen wollte[60]. Schon am 11. X. 1277 erscheint Albert als Zeuge in einer Urkunde, die Ottokar in Leitmeritz für den Propst am Wyschehrad ausstellte[61]. Albert wird hier als Burggraf von Kaaden vorgestellt. Die frühe Versöhnung des Königs mit dem Seeberger läßt kaum die Annahme zu, daß sich Albert 1276 zu den Gegnern Ottokars geschlagen hätte, ohne vom König irgendeine Kränkung erfahren zu haben, also aus reinem Mutwillen, und daß er hernach als Folge die Herausgabe Tachaus als Teil der königlichen Strafaktion hinzunehmen gehabt hätte.

Eine Frage, die stärker interessiert, ist dann die: Wie war der Seeberger in den Besitz von Tachau gekommen, welchen Rechtstitel hatte er darauf vorzuweisen?

Palacký[62] war der Ansicht, daß Albert Tachau als Pfand innehatte, wohl schon aus der Zeit Wenzels I. „Das Beispiel von Tachau", so schreibt er, „belehrt uns, daß er (Ottokar) verpfändete Krongüter einzulösen beflissen war. Es wäre ja ganz unverzeihlich gewesen, wenn der so überaus reiche König die von seinen Vorfahren in Finanznöten einst versetzten Ländereien jetzt, wo die königliche Kammer stets Überfluß hatte, nicht an die Krone zurückzubringen gesucht hätte." Diese Ansicht Palackýs muß, soweit Tachau als Pfandobjekt in Frage kommt, Bedenken erwecken. Denn daß König Wenzel († 1253) Tachau pfandweise dem Seeberger überlassen hätte, ist mit Rücksicht auf dessen Lebensdaten kaum anzunehmen. Albert ist im Jahre

---

[57] Palacký, Gesch. v. Böhmen, S. 316.

[58] Stocklöw, Geschichte der Stadt Tachau I, S. 38.

[59] Ebd. n. 1092.

[60] Palacký a. a. O., S. 316.

[61] [Fehlt im Ms.]

[62] Wohl besagt eine Formel bei Emler (II, n. 2358), daß der König einem Diener über dessen Bitten seine Güter in Tachau zu dauerndem Eigenbesitz überlassen habe (bona nostra in Thachow ad nos pertinentia pleno jure in perpetuum possidenda). Der Verfasser dieser Urkundenformel ist der Protonotar Mag. Petrus. Die Wirksamkeit dieses Mannes weist in die sechziger Jahre hinein. Doch es ist ganz unwahrscheinlich, daß Ottokar die kgl. Güter in Tachau als Allodialbesitz überlassen hätte. Eine Schenkung an den Seeberger scheidet nach dem oben Gesagten jedenfalls aus. Eine solche Transaktion aber nach 1297, nach Herausgabe des Tachauer Landes durch den Seeberger, anzusetzen, würde gegen die Wahrnehmungen verstoßen, daß die im Cod. Zdenconis de Trebecz enthaltenen Stücke an jenes Jahr nicht heranreichen, geschweige denn darüber hinausliegen. Die Formel macht den Eindruck der Ungenauigkeit u. Flüchtigkeit, sie ist kaum mehr als eine Stilübung. Zu Unrecht schreibt daher Stocklöw, a. a. O. 43, auf diese Formel verweisend, „noch unter König Wenzel erhielt Tachau einen neuen Herrn".

1321 verstorben[63]. Er hatte also zu Wenzels Zeiten noch nicht die Reife, solche Geschäfte zu tätigen, und es bliebe höchst merkwürdig, daß der Seeberger, wenn er seit jener Zeit schon im öffentlichen Leben gestanden hätte, bis zum Jahre 1277 in der Überlieferung des Landes überhaupt nicht hervortritt. — Da Albert bei der endgültigen Herausgabe Tachaus (s. oben Urkunde III) eindeutig erklärt, daß er kein Recht an Tachau hatte, daß vielmehr das volle Recht (plenum jus) hieran bei König Wenzel und dessen Vorfahren gestanden habe, so scheidet auch der Gedanke an eine Schenkung oder Veräußerung Tachaus an den Seeberger aus[64].

A. Sedláček[65] vertrat die Meinung, daß der König (Ottokar) die Verwaltung Tachaus dem Seeberger in einer Form übertrug, daß man nach Jahren nicht wissen konnte, ob er der Herr oder Verwalter sei. — Wir werden uns wohl Albert in burggräflicher Funktion vorzustellen haben. In dieser Stellung kamen ihm auch gewisse Rechte gegenüber der neugegründeten Stadt Tachau[66] zu und unter dem Einfluß der Vorstellungen, die Albert aus seiner Heimat vom Burggrafentum, insbesondere dem zu Leisnig mitbrachte, mag er seine Aufgaben und Rechte erweitert und verdichtet und sich als Herr des Tachauer Landes zu fühlen begonnen haben.

Die Geldsumme, die Ottokar gab, als Albert Tachau herausgeben mußte, zwingt uns nicht, gerade an die Rückgabe einer Pfandsumme zu denken, sie läßt auch andere Deutungen zu. Wenn wir in der böhmischen Rechtsgeschichte Belege dafür finden, daß private Grundherren bei der Entlassung Dienstpflichtiger eine Entschädigung für die Rückgabe der Dienstgüter gewährten[67], so mag König Ottokar dem Seeberger gegenüber einen ähnlichen Vorgang gewählt haben, um den Verlust von Amtsgut und Amtsbezirk zu mildern, dies um so mehr, als jedenfalls Ansätze für die Erblichkeit des burggräflichen Amtes nachweisbar sind[68].

Und noch etwas anderes ist meines Erachtens in unserem Falle im Spiele gewesen. Wir haben aller Wahrscheinlichkeit nach in Albert v. S. einen Mehrer des Tachauer Landes zu sehen, in dem Sinne, daß er an dessen Ausbau rühmlichen Anteil nahm. Alberts Geschlecht hat sich in Sachsen ebenso wie das nahestehende Haus Groitzsch in den Dienst der Ostkolonisation gestellt. Der Drang, Neues zu schaffen, wirkte offenbar in Albert v. S. weiter und kam seiner neuen Heimat zugute.

Neben der alten Siedlung Tachau (Feste und Dorf), deren Bestand sich bis zum Beginn des 12. Jh.s zurückverfolgen läßt und die damals an der Grenze des bereits dichter besiedelten Miesagaues lag, war unter Ottokar II.

[63] Sedláček, Hrady, XIII, S. 100.
[64] Weizsäcker, a. a. O., S. 229f.; Juritsch, Die Deutschen und ihre Rechte, S. 108, 121.
[65] Weizsäcker, a. a. O., S. 223.
[66] Emler II, n. 2300.
[67] Schulze, a. a. O., S. 136.
[68] Vgl. Beer, Aus der Geschichte des ehemaligen Tachauer Kreises. MVGDB 63, 15ff.; Lanzendörfer, Die Ortsnamen des ehemaligen Bezirkes Tachau. 157ff.

nach klarem Plane die wehrhafte Stadt Tachau erwachsen. Gegen Ende des 13. Jh.s erhielt die neue Stadt nach Westen hin ein bäuerliches Hinterland[69]. Beim Ausbau der Stadt und der Walddörfer ist der Seeberger mittätig gewesen. Wenn dies auch nicht durch direkte Quellenangaben bezeugt ist, so haben wir doch etliche Anzeichen, die dafür sprechen.

Da ist einmal das sw. von Tachau gelegene, einstmals zum Tachauer Schlosse gehörige Dorf Albersdorf, das offenbar nach Albert v. S. benannt wurde[70]. Die Überlieferung kennt keinen anderen Albert, an den man bei dieser Namengebung denken könnte. Bestärkt wird man bei solcher Namensdeutung noch durch den Umstand, daß der in der Familie der Leisniger Burggrafen sehr beliebte Name Albert — einmal führen 3 Söhne nebeneinander diesen Namen! — oft in der Form Alber begegnet[71]. Das nördlich von Tachau gelegene Stockau, das Albert 1290 als seine villa bezeichnet[72], ist höchstwahrscheinlich auch seine Gründung; Stockau stimmt mit Albersdorf und noch etlichen anderen Walddörfern in der Ortsanlage überein, es ist der Typus des Straßenangerdorfes. Diese Anlage ist auch bei dem Kirchdorfe Schönwald gegeben. Der Berg, an dessen Osthang diese Siedlung angelegt wurde, heißt heute der Galgenberg. Diese Bezeichnung ist jedoch erst üblich geworden, als die Grundherren von Schönwald — das sind die Egerländischen Schirndinger — die Blutgerichtsbarkeit für ihren Ort erlangt hatten (16 Jh.). Ursprünglich hieß der Berg der „Seeberger", eine Bezeichnung, die heute noch für ein Flurgebiet am Bergeshang üblich ist[73]. Da die ersten Siedler keinen natürlichen Teich oder See vorfanden, so ist offenbar die alte Bergbezeichnung „der Seeberger" an den Namen des Gründers Albert von Seeberg angelehnt worden. Außer diesen Anzeichen, die für Alberts Anteil am ländlichen Ausbau des Tachauer Gebietes sprechen[74], glaube ich noch eines anführen zu können, das Albert in besondere Beziehung zu der neuerstehenden Stadt Tachau setzen und eine Stütze zu Lanzendörfers Vermutung sein würde: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß er (der Seeberger) auch die Gründung von Tachau in die Wege geleitet hat"[75].

Im 14. Jh. begegnen uns im ältesten Gerichtsbuch der Stadt Mies einige Mitglieder der Tachauer Familie Polster: Jakob P., seine Witwe Klara und ihr Schwiegersohn Friczo. Die Polster waren offenbar wohlhabende

---

[69] Lanzendörfer 25f.

[70] Reitzenstein, Stammtafel.

[71] Emler II, n. 1492.

[72] Beer, a. a. O., S. 16.

[73] Ich möchte den geschilderten Hergang als sehr wahrscheinlich ansehen und nicht so weit gehen wie Lanzendörfer und sagen, daß wir Albert v. S. „die Gründung von Albersdorf, Schönwald und Stockau zuschreiben müssen", a. a. O., S. 168.

[74] Ebd.

[75] Beer, a. a. O., S. 127.

Leute. Die Witwe Klara gewährte Mieser Bürgern zweimal Darlehen und empfing dafür Pfänder[76]. Die Polster hatten in Tachau außerhalb der befestigten Stadt, in der Nähe des oberen Tores ein Vorwerk (d. i. Wirtschaftshof) in Besitz, das unter dem Namen Polsterhof ging. In der Neuzeit ist dieses Vorwerk in den Besitz der Tachauer Herrschaft übergegangen[77]. — Unter den Grabsteinen, die an der Außenmauer der am alten Friedhof stehenden Wenzelskirche aufgestellt sind, weist einer auf die Familie Polster. Sie führte ein Wappen und zählte zu den Patriziergeschlechtern der alten Grenzstadt. In Frankenau in Sachsen, das unfern von Leisnig, dem Heimatorte Alberts, gelegen ist, läßt sich in den Kirchenbüchern eben auch eine Familie Polster bis 1526 gut zurückverfolgen. Einzelne urkundliche Nachrichten über das Geschlecht reichen ins 15. und 14. Jh. zurück. In Frankenau hatten die Polster seit alters das Erblehengericht inne und erhielten durch Friedrich III. ihr Wappen erneuert[78].

Die Dinge hier noch schärfer zu fassen, würde eine eingehendere familiengeschichtliche Forschung erfordern. Hier sei nur die auffallende Tatsache vermerkt, daß wir in der alten und neuen Heimat des Seebergers einem angesehenen, wappenführenden Geschlechte Polster begegnen, so daß die Vermutung nicht unangebracht ist, der Seeberger habe auf seine Landsleute eingewirkt, den Weg zu nehmen, den er selbst gegangen war.

Wenn wir uns vorstellen, daß Albert v. S. mit Tachau die Verwaltung eines Gebietes übernahm, dessen Ausbau zum guten Teil noch ausstand, daß sodann Albert die gestellte Aufgabe unter Hinnahme von Mühen und Sorgen und vielleicht auch finanziellen Opfern glücklich löste und damit zugleich mit dem Tachauer Boden immer mehr verwuchs, dann würden wir auch verstehen, daß die Vorstellungen von Amt und Herrschaft beim Seeberger ineinanderzufließen begannen und daß die seelischen Werte, die hier im Spiele waren, nicht eines Tages einfach durch eine Geldsumme aus der Hand des Königs aufgewogen werden konnten.

Und fragen wir, warum Ottokar das Tachauer Land wieder ganz an sich ziehen wollte, so ist der Grund in der großen Bedeutung zu sehen, die Tachau als Grenzstadt (Ortstadt) zukam und die in der in gleicher Zeit geschaffenen besonderen militärischen Organisation des Gebietes ihren Ausdruck finden sollte[79]. Tachau neben Bilin und Kaaden als Dauerbesitz

---

[76] Stocklöw I, 6; II 242 f., 295. Die weiteren Angaben über die Polster verdanke ich Herrn Ing. Guntram Polster, Berghauptmann in Wien. Seine familiengeschichtlichen Aufzeichnungen beruhen selbst wieder auf Mitteilungen des Pfarramtes von Mittweida i. Sachsen.

[77] Chmel, Reg. Friedrichs III., n. 6224, 6231; Siebmacher, Wappenbuch V/4, Tafel 37.

[78] Beer, Zur Wehr- und Gerichtsorganisation böhmischer Grenzgebiete im Mittelalter. MOIG 52, 244 ff. Schreiber, Vom Rechtsverfahren der alten Mannrechte von Elbogen u. Tachau. Zeitschr. f. Gesch. d Sdtl. 6, 1943, 138 ff.

[79] Zatschek, Die Witigonen und die Besiedlung Südböhmens. Deutsch. Arch. f. Landes- und Volksforsch. I, 117 ff.

in der Hand e i n e s Mannes zu belassen, vertrug sich nicht mit den Anschauungen des Landesherrn Ottokar und so ist er im Norden dem Seeberger wie im Süden der von den Witigonen betriebenen Machtballung entgegengetreten[80].

Tachau bei der böhmischen Krone zu halten, blieb auch weiterhin ein Grundsatz der landesherrlichen Politik. Und es ist bezeichnend, zu sehen, wie hernach König Johann, als Tachau in die Hände des mächtigen Heinrich von Leipa gekommen war, nicht weniger als 2 Städte und 19 Dörfer in dem weitaus fruchtbareren Mähren hinzugeben bereit war, nur um Tachau wieder an die Krone zurückzubringen (1323)[81].

Wenn auch der Seeberger Tachau an Ottokar zurückgab, mit innerer Zustimmung ist es sicher nicht geschehen. Doch solange Ottokar Herr im Lande war, mußte die von ihm gewünschte Lösung der Tachauer Frage ertragen werden[82].

Als dann Otto von Brandenburg als Vormund des Knaben Wenzel das Land betreute, mochte sich Albert Hoffnung auf eine Revision machen, wie andere auch, z. B. die Lichtenburger, zu denen Albert in freundschaftlichen Beziehungen stand[83]. In dieser Hoffnung stand Albert zunächst zu dem Brandenburger[84]. Als es nicht vorwärts ging und auch Intrigen König Rudolfs und der Witigonen ins Spiel kamen, um den Anhang des Brandenburgers zu schwächen, änderte Albert seine politische Haltung. Er wird (1281) neben Dietrich Spatzmann und dem Witigonen Sezema von Landstein als Ruhestörer genannt. Von ihren Quartieren am Fuße des Petřín (Prag) hätten sie mit ihren Gefolgsleuten dem Volke Drangsale bereitet[85]. Alberts politisches Verhalten entspricht in dieser Zeit dem seines Verwandten Hynko von Dauba, der die Herausgabe Wenzels vom Markgrafen durch Kampf erzwingen wollte und hierbei soviel Stärke und Tapferkeit bekundete, daß ihn seine Gegner einen zweiten Dietrich von Bern nannten[86].

---

[80] E m l e r IV, n. 915.

[81] Die von Neplach gebrachte Nachricht, daß Tachau 1277 den Herren von Krasikow (Schwanberg) weggenommen worden sei, ist von Palacký, a. a. O., S. 316, zurückgewiesen worden, ohne jedoch allgemeine Zustimmung zu finden, s. S e d l á č e k, Hrady XIII, S. 120. Die Vermutung Lanzendörfers (S. 168), daß Neplach bzw. seiner Quelle eine Verwechslung von Seeberg mit Schwanberg unterlaufen sein könne, hat manches für sich. Es hat übrigens den Anschein, daß auch die Schwanberger unter Ottokar Güterverlust traf, aber nicht in Tachau, sondern in Haid (Bor). Auffällt die Tatsache, daß Theoderich Spatzmann 1283 von einem Eigentumsrecht an Gütern in Bor spricht. Daß dieses Bor mit Haid im Tachauer Bezirk identisch ist, kann nicht so fraglich sein wie Weizsäcker meint (a. a. O. S. 228). Vgl. auch S c h m i d t, Burg und Stadt Pfraumberg in 1000jähriger Vergangenheit. 1925, S. 322.

[82] E m l e r II, n. 1157.

[83] G r a e b n e r, a. a. O., S. 321.

[84] Font. rer. Boh. II, 343.

[85] H i e k e, Die Berka von Duba und ihre Besitzungen i. B. MVGDB 24, S. 118.

[86] a. a. O., S. 323.

Ob wir das am 1. Jänner 1281 zu Komotau erfolgte Treffen Alberts und seines Bruders aus Leisnig mit dem Adel aus der Kaadner-Komotauer Gegend — es waren zirka 30 Adelige gekommen — mit Graebner[87] so deuten dürfen, daß eine ganze unbotmäßige „Landschaft" im Falle eines Zusammenstoßes des Königs Rudolf mit dem Brandenburger letzterem in den Rücken fallen wollte, erscheint im Hinblick auf den vorgerückten Zeitpunkt sehr unwahrscheinlich, denn Rudolf hatte sich noch zu Ende 1280 aus Böhmen zurückgezogen — das Komotauer Treffen läßt auch eine andere Deutung zu[88]. Schon der Abfall vom Brandenburger, die auf Prag weisende Nachricht und die offenbar in diesen wirren Jahren erfolgte, neuerliche Besitznahme Tachaus durch Albrecht, erklären den Vorwurf eines zweiten excessus, den König Wenzel in Formel I erhebt.

Als der junge König Wenzel 1283 in Prag eingezogen und die Vormundschaft des Brandenburgers beendet war, wurde bei den großen Parteien das Streben sichtbar, alte Gegensätze und Feindschaften, worunter in den letzten Jahren das Land so sehr gelitten hatte, zu begraben. Im Jahre 1284 schwuren sich die hohen adeligen Herren nicht nur gegenseitig Urfehde, sie wollten auch mit dem jungen König in Frieden leben[89]. Bei diesen allgemeinen Treue- und Friedensversicherungen scheint auch der Name des Seebergers auf. Bei ihm mochte der wachsende Einfluß des befreundeten Witigonen Zawisch neue Hoffnung erwecken. Aus dieser Stimmung heraus wird es durchaus verständlich, wenn Albert v. S. mit dem König noch seinen Sonderfrieden schloß, in dem die Regelung der Tachauer Frage im Mittelpunkt stand[90]. Mit Recht wurden die hierher gehörenden Urkundenformeln (I u. II) von Emler mit ca. 1285 datiert. Andere Zeitansätze sind meines Erachtens nicht vertretbar[91]. Wenn Voigt[92] bei I meinte, die Urkunde gehöre ins Jahr 1277, so steht dieser Vermutung die Tatsache entgegen, daß es König Wenzel ist, der in der Urkunde spricht. Auch Graebner[93], der sich für 1289 aussprach, kann mit seinen Bemerkungen nicht überzeugen. Ebenso ist die Ansicht Sedláčeks[94] abzuweisen, daß alle oben wiedergegebenen Urkunden (I—IV) dem Jahre 1297 zuzuweisen wären. Die

---

[87] s. Bretholz, Geschichte Böhmens u. Mährens, S. 479.

[88] Emler II, n. 1316, 1317.

[89] Ähnliche auf Ausgleich und Frieden abzielende Aktionen verzeichnen wir auch bei den Michelsbergern, s. Emler II, n. 1298; bei Theoderich Spatzmann, s. ebd. n. 1304.

[90] Es könnte sich allenfalls um eine kleine Vorverlegung zwischen die Rückkehr des Königs (1283) und 1284 handeln. In diesem Jahr erscheint Albert als Zeuge in einer vom König in Pürglitz ausgestellten Urkunde (ebd. n. 2492); man wird annehmen dürfen, daß Albert vor dem Vergleich nicht zur Zeugenschaft herangezogen wurde.

[91] Das urkundliche Formelbuch des kgl. Notars Henricus Italicus, S. 84.

[92] a. a. O. 42, S. 4, 119.

[93] Sedláček, Hrady XIII, 100, Anm. 6.

[94] Novák, Henricus Italicus und Henricus de Isernia, MIÖG 20, 253 ff.; s. auch Redlich, Rudolf von Habsburg, S. 748 ff.

falsche Datierung von I und II auf ca. 1285 hätte, so meint er, Verwirrung angerichtet. Sedláček hat offenbar auf die Angaben in I, daß Albert, wenn er in dem so bald als möglich abzuhaltenden Hofgericht den Nachweis für den rechtmäßigen Besitz Tachaus nicht erbringen würde, dieses ohne Verzögerung zurückzustellen hätte, großes Gewicht gelegt. Wenn nun den datierten Urkunden (III, IV) zufolge diese Rückgabe, weil der verlangte Nachweis nicht erbracht werden konnte, im April 1297 vor sich ging, so müßten jene zwei Texte (I, II) kurz zuvor, also eben auch 1297 entstanden sein.

Sehen wir davon ab, daß sich bei Sedláčeks Auffassung die Dinge zu Beginn des Jahres 1297 geradezu gedrängt hätten, so bleibt es doch fraglich, ob der in der Urkunde I skizzierte und erwartete Hergang mit dem nachfolgenden wirklichen übereinstimmte. Es fällt schon auf, daß in der von Albert ausgegangenen Urkunde II, die die Entsprechung zur Königsurkunde I ist, von dem so bald als möglich erfolgenden Hoftag und von Rückgabe ohne Verzögerung nicht die Rede ist. Schließlich steht gegen die Ansicht Sedláčeks noch die gewichtige Tatsache, daß diese Formelsammlungen, woraus I und II stammen, mit ihren Stücken nicht ins Jahr 1297 hinaufreichen[95]. So bleibt denn die Emlersche Datierung aufrecht und damit ist auch die erste urkundliche Erwähnung der Stadt Tachau für ca. 1285 sichergestellt.

In der Urkunde I gibt uns noch ein Ausdruck Anlaß zu einigen Bemerkungen. König Wenzel stellte für Albert die durch dessen Schuld verlorengegangene accio wieder her. Was haben wir unter accio zu verstehen? Der Jurist Stocklöw[96] schreibt, der König wollte „die Sache, wiewohl für Seeberg bereits verloren, dennoch wieder in den vorigen Stand herstellen". Ich selbst dachte früher hierbei an die Erneuerung der burggräflichen Tätigkeit. Doch keine dieser Auslegungen trifft das Richtige. Andere gleichzeitige Urkunden lassen erkennen, daß accio als Geltendmachung eines Rechtsanspruches aufzufassen ist. die eben im ersten kommenden Hofgericht erfolgen sollte. König Wenzel gestattete also gnadenweise eine gerichtliche Aussprache über den Fall Tachau, worauf Albert infolge vorausgegangener Rebellion allen Anspruch verwirkt hatte.

Die endgültige Bereinigung der schwebenden Besitzfrage ließ über 12 Jahre auf sich warten. Der König mochte nicht drängen, jedenfalls mit Absicht nicht, denn solange die Tachauer Angelegenheit offen blieb, mußte sich Albert in seinem politischen Verhalten eine gewisse Reserve auferlegen. Das Einvernehmen mit dem König ließ denn auch in der Zwischenzeit, soweit wir sehen, nichts zu wünschen übrig. Albert wurde zur Zeugenschaft herangezogen, als Zawisch 1285 mit den Städten Politz-Landskron und der Feste Landsberg bedacht wurde[97]. Er machte vor Wenzel eine

[95] a. a. O., I. 39.
[96] Aus der Gesch. des ehem. Tachauer Kreises, S. 17.
[97] Emler II, n. 1358.

Feststellung über den Grenzverlauf des von ihm wieder betreuten Tachauer Besitzes und dem des Klosters Tepl (1288). Auf Fürbitte Alberts verzichtete im gleichen Jahr der König auf etwaige Rechte an dem Dorfe Potschapel zugunsten eines Ritters Bohusch[98]. Alberts Hinwendung zum König geht so weit, daß er von dem befreundeten Zawisch abrückte, als dessen Stern zu verblassen begann. Und dieses Abrücken kam ziemlich unvermittelt. Noch im Sommer 1288 besaß Albert als Schiedsmann des Falkensteiners dessen volles Vertrauen[99] und schon zu Beginn des nächsten Jahres tritt Albert als Bürge in einem großen Vertrage auf, durch den Zawisch — so lag es in der Absicht des Königs Wenzel — um wertvollsten Besitz (Fürstenberg, Politz, Landskron und Landsberg) gebracht werden sollte[100]. Beim Zusammenhalten dieser Nachrichten fällt jedenfalls ein Schatten auf das Lebensbild des Seebergers.

Noch im gleichen Jahre 1289 begegnet uns Albert in der Würde des böhmischen Landmarschalls[101]. Möglich, ja wahrscheinlich, daß Wenzel gerade durch die Verleihung dieses hohen Landesamtes Albert in einer Zeit starker innenpolitischer Spannung enger an sich binden wollte.

Im Jahre 1292 weilt Albert mit Bernhard, Propst von Meißen, Hegemann, dem Oberstkämmerer, und Tobias von Bechin, Burggrafen von Frauenberg, als Abgesandter beim Erzbischof Gerhard von Mainz, um diesem die Kurstimme des durch Krankheit verhinderten Königs Wenzel für die kommende Königswahl zu übertragen, und verhandelt zusammen mit den anderen Abgeordneten über die Verlobung von Wenzels Tochter Agnes mit Rudolf, dem Sohn des Königs Adolf[102].

Das sind die wichtigsten Nachrichten über Albert v. S. vor der Wiederaufrollung und endgültigen Entscheidung der Tachauer Frage (April 1297). Sie fiel gegen Albert aus. Aus den Worten der Verzichtsurkunde: Et si ex eo, quod castrum, civitatem et bona praedicta tenui vel ex quacunque alia causa vel modo in eis jus aliquod habui vel habeo aut reputo habere, illi juri libere ac sponte renuntio illudque totum dono, trado et resigno domino meo regi ... darf man jedenfalls herauslesen, daß der Fall nicht so ganz einfach gewesen war.

Doch ist Albert trotz der gegen ihn gefallenen Entscheidung nicht wiederum zum Rebellen geworden. Verpflichtungen, wie er sie schon ca. 1285 auf sich genommen hatte, ließen einen Widerspruch nicht rätlich erscheinen, er hätte zum Verlust seines ganzen böhmischen Besitzes geführt.

Die in den Königsaaler Urkunden enthaltenen weitgehenden Zusicherungen sind wohl von Albert und seinen Freunden ausgesprochen, in Wirklichkeit aber vom König gefordert worden. Man hat den Eindruck, daß

---

[98] Ebd., n. 1435.
[99] Ebd., 1462.
[100] Ebd., n. 2323.
[101] Ebd., 1467; s. dazu auch Graebner, a. a. O., S. 52, 5f.
[102] Emler II, n. 1466, 1467.

der gestrenge Landesherr dem Seeberger gewisse Fesseln bis an sein Lebensende angelegt wissen wollte. Es findet sich in der böhmischen Überlieferung des 13. Jh.s kaum ein Dokument ähnlicher Art. Es drängt sich noch die Frage auf, wieso es gerade 1297 zur Liquidierung der Tachauer Frage gekommen sein mag. Eine bestimmte Antwort darauf kann nicht gegeben werden. Man kann nur vermuten, daß irgendein Zusammenhang mit der großen Politik des Landesherrn bestanden haben dürfte. In dieser Politik war damals wieder eine stärkere Spannung gegeben. König Wenzel rückte seit 1296 von Adolf von Nassau, der mit seiner meißnisch-thüringischen Politik auf die böhmischen Interessen an diesem Raum wenig Rücksich genommen hatte, ab und wendete sich dem Rivalen Albrecht von Habsburg zu. Möglich, daß der Seeberger den neuen politischen Kurs nicht alsogleich mitmachen und, wie der befreundete Burggraf von Meißen Meinher III., auf Adolfs Seite bleiben wollte[103]. Wir sehen hier nicht klar genug. Immerhin sei noch etwas anderes gestreift, das im Spiele gewesen sein dürfte. Schon Ottokar II. hatte dem Egerland größte Aufmerksamkeit geschenkt und dieses zweimal in seine Hände bekommen. Auf die dauernde Besitznahme von Stadt und Land Eger war auch die Politik Wenzels II. gerichtet. Schon in den im Jahre 1292 mit König Adolf geführten Verhandlungen spielte der Besitz Egers eine Rolle, 1298 ist schließlich das Egerland gegen eine hohe Pfandsumme von Albrecht I. Böhmen überlassen worden[104]. Da sich das benachbarte Tachauer Land als der feste südliche Eckpfeiler des Egerlandes erweist, so wird man verstehen, daß König Wenzel dieses Gebiet wieder in sicheren Händen haben wollte.

Auch in der Folgezeit, die so viele und überraschende politische Wandelungen brachte, stand der Seeberger im Vordergrunde des öffentlichen Lebens. Er fand noch seinen Weg zu König Albrecht und dessen Sohn Rudolf, dem König von Böhmen, wie deren Privilegienbestätigung für den Seeberger erkennen läßt[105]. Dem kurz regierenden Rudolf ist der Seeberger gelegentlich als Berater zur Seite gestanden[106]. Im Jahre 1306 bezeugt Albert v. S. mit dem Prager Bischof Johann, etlichen hohen Landesbeamten und Vertretern der Stadt Prag eine durch König Albrecht erfolgte Bestätigung der Privilegien des Königreichs[107]. Als 1308 zwischen König Heinrich von Böhmen und Herzog Friedrich von Österreich Frieden geschlossen wurde, siegelte Albert mit den mächtigsten Adeligen des Landes das Vertragsinstrument[108] und als wenige Jahre später (1310) der Luxemburger Heinrich VII. die Wahl seines Sohnes zum böhmischen König fördern wollte, bestätigte er dem Seeberger im Hinblick auf dessen dem Reiche

---

[103] Emler II, 1579, 2740. Samanek, a. a. O., S. 21 und Anhang 1.
[104] Lürssen, a. a. O., S. 40f.; Märcker, Das Burggrafentum Meißen, 306f.
[105] Gradl, Geschichte des Egerlandes, S. 102ff.
[106] Emler II, n. 2819.
[107] Ebd., n. 2133.
[108] Emler II, n. 212.

erwiesenen Dienste und wohl auch auf seinen Einfluß in Böhmen die von den Habsburgern Albrecht und Rudolf erhaltenen Privilegien[109] und ließ zu gleicher Zeit wissen, daß, wenn die Wahl des neuen Königs seinem Wunsch entsprechend erfolgen würde, das Land Böhmen und alle seine Bewohner bei ihren Rechten verbleiben würden; eine diesbezügliche Kundmachung wurde Heinrich von Rosenberg, dem mächtigsten Manne in Südböhmen, und Albert v. S., der eine ähnliche Rolle in Nordböhmen spielte, überlassen[110]. Ende desselben Jahres (1310) teilte Albert mit, daß er dem König Johann den Treueid geschworen und versprochen habe, so wie andere Barone seinen Herrn auf eigene Kosten gegen jedermann unterstützen zu wollen[111]. Die Zukunft lehrt allerdings etwas anderes. In den bewegten Jahren, die dem neuen König beschert waren, erwachte in dem schon gealterten Seeberger — die Überlieferung[112] zum Jahre 1317 nennt ihn in betonter Weise senilis — noch einmal sein oppositioneller Geist. Albert machte mit voller Anteilnahme die gegen den Luxemburger und sein Haus gerichtete ständische Machtpolitik mit, deren leidenschaftlichster Vertreter der mächtige Heinrich von Leipa war. Diesem Manne stand Albert schon seit langem nahe. Als es 1297 endgültig auf Tachau zu verzichten hieß, war Heinrich unter den Bürgen der in Königsaal fertiggestellten Urkunde. Öfters begegnen uns in Zeugenreihen die Namen beider Männer nebeneinander. Als Heinrich 1316 aus der Haft entlassen wurde, wird Albert v. S. als Bürge genannt[113], und als im nächsten Jahre mehrere böhmische Barone mit dem Habsburger Friedrich ein Bündnis gegen König Johann und die Königin Elisabeth eingingen, da war nicht nur Heinrich von Leipa dabei, sondern auch Albert von Seeberg und seine nächsten Verwandten: Alber von der Dauba, Otto von Bergau (Alberts Schwiegersohn) und Alber, der Burggraf von Leisnig (Alberts Neffe, da sein Bruder Alber bereits 1308 gestorben war)[114]. Die den Luxemburgern gefährliche Bewegung des böhmischen Adels hatte also über die Landesgrenzen hinausgegriffen.

Wie sehr dem Seeberger am Siege der Opposition gelegen war, das bezeugt die Nachricht, daß er 1318 eine alte Feindschaft mit Wilhelm von Waldeck, der anfänglich für die Sache der Luxemburger eingetreten war, begrub und durch einen Ehebund der Kinder — eine Tochter Alberts wurde die Gemahlin Sbinkos von Waldeck — die Väter fester zum gemeinsamen Kampfe verbinden wollte[115].

Es war die letzte große politische Aktion, an der Albert v. S. ganzen An-

---

[109] Ebd., II, n. 2183.
[110] Ebd., n. 2819.
[111] Ebd., n. 2820.
[112] Ebd., n. 2242.
[113] Font. rer. Boh. IV, 242, 388, 473.
[114] Emler III, n. 305.
[115] Ebd., n. 408.

teil nahm. Im Jahre 1321 hat er nach einer Angabe im Nekrolog des Klosters Buch sein an Kampf und Arbeit reiches Leben beschlossen[116].

Ein widriges Geschick hat es gewollt, daß Alberts einziger gleichnamiger Sohn schon 1307 starb. Dadurch blieb es Albert v. S. versagt, in Böhmen einen Zweig des Hauses Leisnig zu begründen. Begraben liegt Albert, der Sohn des Seebergers, im Stifte Tepl[117]. Man darf annehmen, daß dieses Kloster in näherer Beziehung zum Seeberger stand. Der Kirche gegenüber hatte Albert eine offene Hand. Auf die ansehnliche Schenkung an den Deutschen Orden in Komotau wurde bereits hingewiesen[118]. In der Bestätigungsurkunde bringt der Prager Bischof Johann seine hohe Befriedigung über den Eifer und hohen Sinn des Seebergers zum Ausdruck[119]. Neben dem Deutschen Orden stehen die beschenkten Zisterzen Waldsassen und Osseg[120]. Auf Waldsassen dürfte Albert als Burggraf von Kaaden aufmerksam geworden sein. Lagen doch im Bereich dieser Stadt die ältesten Besitzungen dieses Stiftes innerhalb Böhmens[121]. Daß Albert in dem unfern von Kaaden gelegenen Seelau ein Kloster der Magdalenitinnen ins Leben gerufen habe, wie Walfried[122] angibt, ist unzutreffend[123]. Am stärksten aber trat der Gönnersinn Alberts gegenüber dem in seiner alten Heimat gelegenen Kloster Buch (vor 1192 gegründet) hervor. Hier wurde Albert geradezu als zweiter Gründer verehrt und auch die Mildtätigkeit seiner Gemahlin Margareta und seiner gleichnamigen Tochter rühmend hervorgehoben[124]. Neben einem reichen Seelgerät, das Albert in Buch für sich und seine nächsten Angehörigen errichtete[125], hören wir von einer Reliquienschenkung (1309)[126]. Aus diesen Nachrichten geht aber auch hervor, daß Albert mit seiner alten Heimat die Verbindung niemals verlor. Dafür sorgte auch sein Bruder Alber, Burggraf von Leisnig, der öfters als Gast in Böhmen erscheint[127], ebenso dessen Schwiegervater Meinher III., Burggraf in Meißen, und andere Meißner Herren, die wir in Alberts Umgebung treffen[128].

Albert v. S. war zweimal verheiratet[129], die eine Gattin hieß Margareta,

---

[116] Font. rer. Boh. IV, S. 245.

[117] Reitzenstein, a. a. O., S. 155. Ottův slovník 27, S. 766, wo 1318 als Todesjahr genannt wird, ist demnach zu berichtigen.

[118] Die Grabschrift lautet: Ao D MCCCVII IX Kal. Aug. D. Albertus Filius Domini Alberti de Zeberg. Stocklöw, a. a. O., I, S. 42.

[119] S. oben.

[120] Emler IV, n. 1934.

[121] [Fehlt im Ms.]

[122] MVGDB 71, 93f.

[123] Der Amtsbezirk Kaaden. MVGDB 23, S. 40.

[124] Fried, Kirchengeschichte Böhmens II, S. 317.

[125] Reitzenstein, a. a. O., S. 155.

[126] Ebd. 158.

[127] Emler IV, n. 1959.

[128] Emler III, n. 1228, 1229, 1492, 1750f., IV, n. 1849.

[129] Ebd. II, 1492, 1579, 1750f., IV, 1847, 1959.

die andere Swatika. Wohl von dieser stammte der 1307 verstorbene Sohn [130]. Von Alberts zwei Töchtern ehelichte die eine einen Herrn von Waldeck, die andere (Margareta) den angesehenen thüringischen Herrn Otto von Lobdaburg-Bergau. Ihm begegnen wir nach dem Ableben Alberts als Herrn von Bilin [131], nachdem er zuvor schon im politischen Getriebe der Zeit neben ihm gestanden und in den Kreis des böhmischen Hochadels eingeführt worden war [132].

Ottos und Margaretas zwei Söhne führten wiederum den Namen Otto. Den einen von ihnen hätte König Heinrich von Böhmen (der Kärntner) aus politischen Erwägungen gerne mit der Přemyslidin Elisabeth, Schwester Wenzels III., verheiratet gesehen. Elisabeth jedoch hat diese Verbindung abgelehnt [133].

Im Jahre 1327 erfuhren die beiden Otto durch König Johann die Belehnung mit dem großväterlichen Besitz [134]. Dieser hat sich also vom Allod zum Lehen gewandelt. Wenn die Enkel diesen Wandel selbst gewollt, so wird man die Erklärung hierfür in der Mitteilung sehen dürfen, daß der König ihrem Besitz sein Dorf Petschau (Peczchow) als Lehen hinzufügte.

Eine weitere Verfolgung der Besitzerreihe auf Seeberg und Bilin kann nicht Absicht dieser Ausführungen sein. Nur soviel sei bemerkt, daß die Burgen Seeberg nicht allzu lange in den Händen der Lobdaburg blieben. Im Jahre 1382 hat ein Verwandter des Hauses Leisnig Thimo von Kolditz, Herr auf Graupen und Eilenburg, beide Seeberg käuflich erworben. Hernach (1395) ging Seeberg an einen anderen Herrn des Leisnigschen Verwandtenkreises, an Albert VII. von Rochlitz über und schließlich durch dessen Tochter Jutta, die mit Veit von Schönburg vermählt war, an dessen Geschlecht [135]. Doch handelte es sich hiebei nicht mehr um beide Seeberg, sondern nur um die ältere Burg, denn Neu-Seeberg war in die Hände des böhmischen Edelmannes Heinrich von Ferbenz (Rvenice) gekommen [136]. Seine Nachkommen begegnen uns im 15. Jh. als Besitzer der Stadt Plan und nennen sich nach Seeberg (Planskými ze Žeberka). Es führt demnach von den Planer Seebergen zu unserem Albert von Seeberg keine Blutslinie, es

---

[130] Reitzenstein nimmt in der Stammtafel des Hauses Leisnig bei Albert drei Ehen an. Die von ihm an 3. Stelle genannte Margareta dürfte jedoch Alberts erste Gemahlin gewesen sein; nach ihr ist wahrscheinlich die eine Tochter mit dem gleichen Namen bedacht worden. Da diese Margareta um 1310 schon heiratsfähige Söhne hatte, so ist die Ehe Alberts mit Margareta vor die mit Swatika zu setzen. Wenn Albert in einer Stiftungsurkunde v. 1290 vom Seelenheil seiner Gattinnen (conjugum) spricht (Emler II, n. 1492 f.), so dürfte an die verstorbene Margareta und die lebende Swatika zu denken sein.

[131] 1302 sagt Albert (Emler II, 1927) Swatike et filii nostri Alberti ...

[132] Emler III, n. 757, 770.

[133] Ebd., n. 408.

[134] Klagges, Johann von Luxemburg etc. MVGDB 50, 311.

[135] Emler III, n. 1330, 1332.

[136] Reitzenstein, Stammtafel.

ist lediglich der Besitz der gleichen Burg, der hier und dort zum Prädikate „von Seeberg" führte. Daß schließlich die Seeberg (-Leisnig) auch ein von den Egerländer Seebergern verschiedenes Geschlecht sind, ist bereits von Gradl, Reitzenstein und zuletzt von Siegl[137] klargestellt worden.

Um am Schlusse zu einer Zusammenfassung zu kommen, greifen wir die wesentlichsten Züge aus dem Lebensbilde Alberts von Seeberg heraus.

Albert kam in das Sudetenland in einer Zeit, da dessen kolonisatorischer Ausbau noch im Gange war. An diesem Ausbau nahm er Anteil und folgte damit einer Neigung, die seiner Sippe im Blute lag. Burgenbau, Dorfanlagen, vielleicht auch der Ausbau der Stadt Tachau gehen auf ihn zurück. Ergebnis dieser Tätigkeit war eine Erweiterung und Stärkung des deutschen Siedlungsgebietes im Lande. Doch wird man deswegen nicht sagen dürfen, daß Albert damit in bewußter Weise ein völkisches Ziel verfolgt hätte. Solche Denkweise war den Trägern der mittelalterlichen Ostkolonisation im ganzen nicht zu eigen. Übernational war das Gepräge des Reiches und noch mehr das der damals überaus einflußreichen Kirche.

Albert gliederte sich in den Hochadel der neuen Heimat völlig ein und machte dessen machtpolitische Bestrebungen auch dann mit, als diese zu Beginn der Luxemburger Zeit eine deutliche Spitze gegen die ins Land gekommenen Deutschen zeigten.

Albert ist bis in sein hohes Alter eine kämpferische Natur geblieben. Gegen drei von den sechs Königen, die er, im Vordergrunde des politischen Lebens stehend, erlebte, ist er rebellisch aufgetreten. Vermeintliche Kränkung seines Rechtes ließ ihn gegen Ottokar II. und Wenzel II. rebellieren, Erringung erhöhter ständischer Macht gegen König Johann und seine Gemahlin.

Gegenüber der Kirche zeigte Albert viel Gönnersinn, vor allem gegenüber dem Hauskloster Buch in Meißen. Wenn Albert auch zu dem Adel Meißens gelegentlich politische Fäden spann, so sind das Zeugnisse dafür, daß er die alte Heimat nicht vergessen hat.

---

[137] Sedláček, Místopisný 695f., 1030; Ottův slovník 27, S. 766. Dieser genealogische Sachverhalt ist von E. Senft, Geschichte der Herrschaft u. Stadt Plauen i. B., S. 31 u. anderen westböhmischen Lokalhistorikern verkannt worden.

WOK VON ROSENBERG

Ein Witigone aus dem Vertrautenkreise Přemysl Ottokar II.

Von Adolf Wagner

Am 3. Juni dieses Jahres waren es 700 Jahre, daß einer der bedeutendsten Gefolgsleute des großen Böhmenkönigs Přemysl Ottokar II., der zum Hochadel Böhmens zählende Wok von Rosenberg, in Graz, der Hauptstadt der Steiermark, eines zu frühen Todes gestorben ist. Damit hatte ein reiches Leben sein Ende gefunden, welchem der Dienst an König und Vaterland einzige und edelste Lebensaufgabe war. Dem Andenken dieses weitblickenden und tatkräftigen Mannes, der nicht nur durch seine hervorragende politische Tätigkeit, sondern der vielmehr noch als genialer Kolonisator beträchtlicher Teile seiner ausgedehnten Ländereien in die Geschichte eingegangen ist und dessen Wirksamkeit bis in unser friedloses Jahrhundert herauf das Antlitz dieser Ländereien bestimmend mitgeformt hat, soll diese Arbeit gewidmet sein.

*

Wok von Rosenberg wurde zwischen 1220 und 1230 als Sohn Witikos des Jüngeren von Prtschitz, des Begründers der Rosenberger Linie des mächtigen Witigonengeschlechtes geboren; seine Mutter ist uns nach Abstammung und Namen unbekannt, dürfte aber, wie wir weiter unten darzulegen versuchen werden, einer der alten mährischen Adelsfamilien entstammen. Seinen Namen hält Pangerl, der große Kenner der Witigonengeschichte, für deutschen Ursprungs und leitet ihn von der Wurzel „Bac" ab, die „weichen" bedeutet[1]. Die Form Wok selbst hält er für eine Koseform. Woks Bruder war Witiko, außerdem hatte er noch eine Schwester, deren Name uns jedoch nicht bekannt ist. Es wäre recht gut möglich, daß der 1234 als Zeuge in dem Freiheitsbriefe König Wenzels I. für die Stadt Brünn[2] aufscheinende Witiko, Kämmerer von Příběnice[3], dieser Bruder Woks war, der allerdings dann der ältere der beiden Brüder hätte sein müssen. In den darauf folgenden Jahren begegnen wir ihm allerdings nicht mehr als Inhaber dieses

---

[1] Matthias Pangerl, Wok v, Rosenberg, Mitteilungen d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen i. Böhmen 9 (1871) 3.

[2] Carolus Jaromir Erben, Regesta diplomatica nec non epistolaria Bohemiae et Moraviae I (1855) 506 nr. 1069.

[3] Příběnice, ehem. Witigonenburg in der Gemeinde Malšice i. Bezirk Tabor.

Hofamtes, was aber wohl durch die Tatsache erklärt werden könnte, daß sich von dem genannten Jahre ab allmählich sämtliche in königlichen Diensten stehenden Witigonen von ihren Ämtern und überhaupt aus der Umgebung Wenzels I. zurückgezogen haben. Zum ersten Male begegnen wir Wok in einer Urkunde König Wenzels für das Prager Domkapitel aus dem Jahre 1250[4], also bereits nach der Erhebung Přemysl Ottokars gegen seinen Vater und der darauf erfolgten Aussöhnung. Als Zeuge dieser Urkunde nennt er sich nach der von ihm erbauten Burg Rosenberg Woko de Rosenberch. Pangerls Annahme, Wok habe sich erst 1251 zum erstenmal in der Umgebung Přemysl Ottokars befunden[5], zu dem er in den folgenden Jahren bis zu seinem im Jahre 1262 zu Graz erfolgten Tode in einem ganz besonderen Treueverhältnis stand, dürfte wohl mit großer Sicherheit als falsch zurückzuweisen sein, wenn man bedenkt, daß Wok damals bereits an die dreißig Jahre alt gewesen ist und daß seine gesamte Sippe und damit wahrscheinlich auch er selbst bereits vor und während des Aufstandes auf Seiten Přemysl Ottokars gegen Wenzel I. gestanden hatte. Es scheint vielmehr, daß Wok, ebenso wie die anderen Witigonen, an dieser Empörung aktiv beteiligt war, und es wäre ohne weiteres möglich, daß entweder er selbst oder einer seiner Verwandten unter den gefangenen böhmischen Baronen war, die der König im Jahre 1249 anläßlich der Gefangennahme seines Sohnes, „je zwei und zwei aneinandergekettet", wie Palacký schreibt, „in die Gefängnisse der Prager Burg führen ließ"[6].

Es wäre nun sehr verlockend, Wok von Rosenberg, der sich somit aller Wahrscheinlichkeit nach bereits vor 1248 in der Umgebung des mährischen Markgrafen befand, in verwandtschaftliche Beziehungen zu bringen zu jenem Wocco filius Borut, dem wir am 2. November 1234 als Burggrafen von Olmütz[7] begegnen, der aber bereits im Jahre 1222 Burggraf zu Aichhorn[8] war — also beide Male von Burgen des mährischen Landesherren — und den wir endlich 1236 als Burggrafen der markgräflichen Burg Grätz bei Troppau[9] finden. Es sei auch noch kurz vermerkt, daß der Großvater dieses Burggrafen denselben Namen trug wie der Enkel, wie wir aus der Zeugenliste der Urkunde König Přemysl Ottokars I. aus dem Jahre 1207 für die Kirche in Olmütz[10] wissen, wo sich Woks Vater Borut, der damals noch ohne höhere Hofdienststellung war, einfach Boruth filius Wok nannte. Aber auch noch auf einen anderen Namensvetter könnte hier hingewiesen wer-

---

[4] Erben, a. a. O. I 579 nr. 1247.

[5] Siehe Anm. 1

[6] Franz Palacký, Geschichte v. Böhmen II/1 (1839) 136.

[7] Gustav Friedrich, Codex diplomaticus et epistoralis regni Bohemiae III/1 (1942) 106 Nr. 90.

[8] Erben, a. a. O. I 304 nr. 653.

[9] Friedrich, a. a. O. III/1 176 nr. 141.

[10] Friedrich, a. a. O. II (1912) 55 nr. 59.

den, nämlich auf Wocco subcamerarius, den mährischen Unterkämmerer Wok, der mindestens seit 1226[11] bis zum Jahre 1237[12] in diesem einträglichen Amte nachzuweisen ist. Könnte nicht einer dieser beiden mährischen Adeligen ein Onkel Woks von Mutters Seite her und der Neffe nach dem Onkel benannt worden sein? Würde dies aber tatsächlich der Fall sein, müßte man allerdings Pangerls bereits erwähnte Ansicht, der Name Wok sei deutschen Ursprungs, endgültig als unrichtig ablehnen. Eine solche Verwandtschaft mit den reichen Baronen Mährens würde allerdings auch auf die einfachste Art die Herkunft des ausgedehnten Grundbesitzes der Witigonen in der mährischen Markgrafschaft erklären. Woks Mutter, das ist die uns dem Namen nach unbekannte Gemahlin Witikos des Jüngeren von Prtschitz, hätte darnach aus einer reichen und mächtigen Familie des mährischen Hochadels gestammt und der erwähnte große Grundbesitz wäre entweder von ihr in die Ehe mitgebracht worden oder als Erbe an sie und ihren Ehegemahl gefallen. Und selbst das Hinüberschwenken der gesamten Witigonensippe von Wenzel I. zu dessen Sohn Přemysl Ottokar, wofür wir sonst keinerlei Erklärung zu finden in der Lage sind, wäre sehr leicht auf den Einfluß der mährischen Verwandtschaft auf die Witigonen zurückzuführen. Endlich würde aber noch eine Tatsache, die wir ebenfalls bereits erwähnt haben, mit welcher man sich aber im allgemeinen bisher fast nicht beschäftigt hat, durch diese mährischen Verwandten eine wichtige Stütze finden, nämlich die Heiratspolitik der Witigonen. Wenn es in späteren Jahrhunderten von den Habsburgern hieß: "... tu felix Austria nube!", so könnte man diesen Ausspruch wohl auch auf die Herren von der Rose in allen vier Linien anwenden.

Wok mag also auf den Rat seiner einflußreichen mährischen Verwandten hin bereits sehr früh an den markgräflichen Hof gegangen sein, hatte dort rasch engen Kontakt zu dem jungen Markgrafen Přemysl Ottokar erlangt und gehörte bald dessen engster Umgebung an. Damit haben wir aber auch die naheliegendste und beste Erklärung für seinen raschen Aufstieg unter Přemysl gefunden. Urkundlich begegnen wir Wok zum erstenmal bezeichnenderweise in der alten Zupenburg Netolitz, wie Pangerl[13] meint, Ende November oder Anfang Dezember 1251, als Zeugen einer Urkunde Přemysl Ottokars für die Johanniter von Strakonitz[14] in dessen Umgebung. Der Markgraf, der kurz vorher zum Herzog von Österreich berufen worden war und sich in dieser Urkunde bereits marchio Moravie et dux Austrie nennt, war, wie es den Anschein hat, damals nach Österreich auf dem Wege, um von seinen neuen Ländereien Besitz zu ergreifen. Eine für diese an sich nicht sehr wichtige Urkunde recht große Anzahl von Zeugen, die den mächtigsten und vornehmsten Familien Böhmens und Mährens angehörten, dar-

[11] Friedrich, a. a. O. II 287 nr. 287.
[12] Friedrich, a. a. O. III/1 214 nr. 173.
[13] Pangerl, Wok 4.
[14] Erben, a. a. O. I 592 nr. 1279.

unter allein schon vier Witigonen, läßt auf das glänzende Gefolge schließen, in dessen Begleitung der junge Herzog von Österreich reiste. Es fällt aber auch auf, daß sich Wok weiterhin nicht mehr in der Begleitung Přemysl Ottokars befunden hat und selbst während der folgenden fünf Jahre in dessen Umgebung nicht anzutreffen ist. Es umgibt ihn in dieser Zeit wiederum jenes undurchdringliche Dunkel, welches sein Leben jetzt bis zum Jahre 1256 fast vollständig einhüllt und das sich nur ein einziges Mal lüftet, als nämlich Wok am 29. März 1252 gemeinsam mit Witiko von Gratzen, seinem Bruder Witiko von Příběnice und Witiko von Načeradetz, welcher sich später Witiko von Krummau nannte, zu Prag eine Urkunde Friedrichs von Komotau für den Deutschen Orden bezeugte[15].

In der bereits weiter oben erwähnten Urkunde König Wenzels I. für das Prager Domkapitel vom 22. Juni 1250 nannte sich Wok zum erstenmal nach der Burg Rosenberg, welche etwa fünf Stunden südlich von Krummau an der Moldau liegt und die er selbst mit größter Wahrscheinlichkeit erbaut hat. Es liegt demnach die Annahme nahe, daß Wok nach der Aussöhnung vom Jahre 1249 nicht mehr an den mährischen Hof Přemysl Ottokars zurückgegangen ist, sondern sich ebenso wie die Söhne Zawischs von Nechanitz Budiwoj und Witiko nach Südböhmen zurückgezogen hat, um dieses Gebiet, in welchem bis dahin alle Siedlungs- und Rodungsversuche über kurz oder lang stecken geblieben waren, seiner Herrschaft zu erschließen. Als Mittelpunkt dieser neuen Herrschaft und als festen Sitz des darin fast unumschränkt gebietenden Herrn erbaute er hier an einer für die Verteidigung gegen etwaige Feinde besonders günstig gelegenen Stelle die Burg Rosenberg, von welcher sowohl er, als auch seine Linie in der Folge den Beinamen erhielt, ebenso wie Witiko, der Sohn Zawischs von Nechanitz zum Erbauer der Burg in Krummau wurde, nach welcher sich dieser 1253[16] zum erstenmal nannte, und die auch ihm und dem gesamten von Witiko dem Älteren abstammenden Witigonenzweig späterhin den Familiennamen gegeben hat. Wohl mit Zustimmung, wenn nicht gar auf Geheiß Ottokars war Wok nach Südböhmen gegangen. Leider haben wir nicht die geringste Quelle, die uns über seine dortige Tätigkeit in diesen Jahren wenigstens einigermaßen informieren würde, was wir gerade bei seiner für die Geschichte Südböhmens so wichtigen Person ganz besonders bedauern müssen. Ja selbst bei einem so hochoffiziellen Anlaß, wie es Ottokars Thronbesteigung im Jahre 1253 war oder bei dessen berühmten Kreuzzug gegen die Preußen suchen wir Wok vergebens. Aber sofort nach der Ende 1255 erfolgten Rückkehr Ottokars von dessen Preußenzug finden wir ihn am 16. Jänner 1256 in der Residenz des Königs in Olmütz, wo er in einer königlichen Urkunde für das mährische Zisterzienserkloster Welehrad, welches auch die Herren von

---

[15] Erben, a. a. O. I 598 nr. 1301.

[16] Erben, a. a. O. 609 nr. 1322; Urkundenbuch des Landes ob der Enns III 200.

Neuhaus stets reich bedachten, als Zeuge aufscheint[17]. Mit diesem Datum ist nun Wok in das volle Licht der Geschichte eingetreten. Er hat von jetzt ab teil an der Festigung des Staatsgebildes, das dem staatsklugen Přemysliden König vorgeschwebt hat und welches sich von der Lausitz bis an die Küste der Adria erstrecken sollte. Mag dieser große Plan auch nur aus purem Machtstreben gefaßt worden sein, so war er seiner genialen Idee nach doch ein echter Vorläufer der späteren habsburgischen Donaumonarchie, welche ihren Ländern jahrhundertelang Frieden und Fortschritt sicherte, ja selbst ein echter Vorläufer aller jener Ideen und Pläne, die gerade heute hinsichtlich eines geeinten und befriedeten Mitteleuropas nach zeitgerechten Erscheinungsformen suchen.

Bald nach Ottokars Rückkehr aus Preußen und vielleicht noch während sich dieser in Olmütz aufgehalten hat, muß nun Woks Ernennung zum judex provincialis oder capitaneus provincie, das ist zum Landrichter von Oberösterreich erfolgt sein, welches eben damals begonnen hatte, als Land Gestalt anzunehmen. Jedenfalls ist diese Ernennung aber noch einige Zeit vor dem 24. Juni 1256 geschehen, denn an diesem Tage hat Wok bereits als oberösterreichischer Landrichter die Verpflichtung übernommen, gemeinsam mit den Schiedsleuten des Schiedsgerichtes zwischen Bischof Otto von Passau und Wernhard von Schaumburg für freies Geleit für die Hin- und Rückreise nach und von Linz sowie für die Sicherheit des Aufenthaltes dortselbst Sorgen zu tragen[18]. Was mag nun Přemysl Ottokar veranlaßt haben, gerade Wok von Rosenberg mit diesem Amte zu beauftragen? Abgesehen davon, daß der Herr von Rosenberg zu seinen engsten Vertrauten gehörte, was sicher mit von maßgeblichem Einfluß auf die Entscheidung des Königs war, dürfte wohl der Umstand für die Ernennung von entscheidender Bedeutung gewesen sein, daß Wok im Lande an der Mühel sowohl selbst Besitzer der von den Herren von Blankenberg ererbten Güter als auch Lehensmann der Passauer Bischöfe war und somit zum obderennsischen Adel über gut nachbarliche Beziehungen verfügte, wie er auch zu seinem passauischen Lehensherrn in einem einwandfreien Verhältnis stand, was alles Ottokar nur äußerst erwünscht sein konnte. Außerdem dürfte dieser auch nicht übersehen haben, daß Wok durch seinen an die böhmisch-österreichische Landesgrenze anstoßenden ausgedehnten südböhmischen Landbesitz, welcher sich mit Unterbrechungen bis südlich von Prag in die Gegend an der Sazawa und Beraun hinzog, ein mächtiger Nachbar des Mühellandes war. Angesichts dieser Tatsachen hätte König Ottokar von all seinen Getreuen fürwahr keinen geeigneteren zum ersten Landrichter von Oberösterreich ernennen können als Wok von Rosenberg, der als reicher Baron des Königreiches Böhmen an der Mühel sowohl ererbten Eigenbesitz, als

[17] Antonius Boczek, Codex diplomaticus et epistolaris Moraviae III (1841) 203 nr. 227.

[18] UB Land o. d. Enns III 228 nr. 237; Mon. Boica XXIX b 105 nr. 91.

auch von der Kirche zu Passau zu Lehen genommenes Land hatte, dadurch in dem Lande, welchem er nun als judex provincialis vorgesetzt wurde, seit jeher ein Wort mitreden konnte und von den oberösterreichischen Adelsgeschlechtern daher als einer ihres Standes betrachtet wurde. So hatte damals Südböhmen, wohin die Rosenberger Witigonen ja ebenso wie deren Verwandte von Neuhaus und Krummau in den Jahren vorher ihren Sitz verlegt hatten, das erstemal Gelegenheit, eine wichtige Entscheidung des Königs von Böhmen mitbeeinflussen zu können.

Woks Ansehen und Einfluß im Lande ob der Enns wurde im Laufe des Jahres 1256 aber noch dadurch wesentlich gehoben, daß er sich mit dem mächtigen Geschlechte der Schaumburger verschwägerte, indem er Hedwig von Schaumburg zur Frau nahm, welcher kurzen, bloß sechs Jahre dauernden Ehe zwei Söhne entsprossen sind. Leider kennen wir die wohl nicht geringe Mitgift an Grund und Boden nicht, welche die reiche Schaumburgerin in die Ehe mitbrachte; auch in dem Testamente Woks suchen wir vergebens nach diesbezüglichen Angaben. Ihre genaue Kenntnis könnte uns manchen Aufschluß über den Verlauf der Südgrenze des ausgedehnten Landbesitzes der Herren von Rosenberg geben. Daß Wok aber nicht nur Besitzer weiter Ländereien, sondern auch ein vermögender Mann war, wird am besten dadurch bewiesen, daß er bei Abschluß des Vertrages, der nach den Verhandlungen der schon erwähnten Schiedsleute zustande gekommen war, für den Bischof Otto von Passau gegenüber Wernhard von Schaumburg 50 Pfund Pfennige Bürgschaft leisten konnte[19].

Von Woks kurzer Wirksamkeit als judex provincialis von Oberösterreich ist nur das eine sicher bezeugt, daß an einem unbekannten Datum des Jahres 1256 der Zisterzienserabt Bohuslaw von Zwettl in Niederösterreich in des Landrichters Gegenwart auf einem Landtaiding nachgewiesen hat, sein Kloster könne eine gewisse Menge Salz frei von allen Mautabgaben heimtransportieren, worüber dann eine entsprechende Urkunde ausgestellt wurde[20]. Bei dieser Gelegenheit wäre auch auf Abt Bohuslaw selbst hinzuweisen, der, seinem Namen nach zu schließen, wohl aus dem tschechisch besiedelten Gebiete stammte, welches Zwettl in Südböhmen besaß. Es ist wahrscheinlich, daß außer Abt Bohuslaw zur damaligen Zeit noch andere Mönche tschechischer Muttersprache in diesem Kloster lebten. Die engen Beziehungen, die zwischen Böhmen und den Zisterziensern in Zwettl damals bestanden haben, scheinen eine solche Annahme nur zu stützen. Eine weitere, allerdings indirekte Nachricht über Woks Tätigkeit als Landrichter erhalten wir noch dadurch, daß Heinrich, der herzogliche Schreiber zu Enns, im selben Jahre beurkundet, das Stift Spital am Pyhrn habe den Markt in Wartberg und einen Hof an der Krems „coram domino Wokoue et me" im

---

[19] A. a. O. III 323 nr. 241; Mon. Boica XXIX b 205 nr. 211.

[20] Joh. v. Frast, Das Stiftungen-Buch d. Cisterc.-Klosters Zwettl. Font. rer. Austr. 2 III 297.

Rechtswege erlangt[21]. Nach diesem Wortlaute, meint Zibermayr, herrsche wohl kein Zweifel darüber, daß Wok zum damaligen Zeitpunkte als judex provincie dasselbe war, was heute der oberösterreichische Landeschef, also der Landeshauptmann, ist[22]. Eine unsichere, Wok von Rosenberg als judex provincialis von Oberösterreich betreffende Nachricht hat endlich Andreas Felix Oefele in seiner im ersten Bande der Rerum Boicarum Scriptores erschienenen Ausgabe der Annalen des Hermann von Niederaltaich zum Jahre 1256, welche lautet: „Bucho de Rosenberg super Anasum constitutus Wilhart intrat omnia igne vastat praedatur usque Burchusium[23]. In der im 17. Band der Scriptores-Reihe der Monumenta Germaniae historica enthaltenen kritischen Ausgabe dieser Annalen fehlt aber die betreffende Stelle. Sie gehört wohl gar nicht Hermann von Niederaltaich an, wie Oefele überhaupt einen sehr verunstalteten Text bringt. Die Glaubwürdigkeit jener Stelle wird aber nicht zu verwerfen sein, weil ja auch alles andere, was diese Annalen über Wok von Rosenberg haben, richtig ist. Sie mag daher einer anderen guten Quelle entlehnt worden sein. Weshalb Wok aber jenen Kriegszug nach Oberbayern unternommen hat, der ihn bis in die Gegend von Altötting führte, in welcher Burghausen liegt, ist schwer zu erraten. War er vielleicht ein Vorspiel oder eine der Ursachen für die Kämpfe des folgenden Jahres, die für König Ottokar und damit auch für dessen Marschall Wok von Rosenberg ein so schlimmes Ende nehmen sollten?

Wie lange nun Wok als judex provincie oder capitaneus provincie im Lande ob der Enns waltete, läßt sich nicht genau feststellen. Über Anfang Dezember 1256 hinaus dürfte seine dortige Wirksamkeit aber wohl nicht gedauert haben, denn am zehnten dieses Monats finden wir ihn als Zeugen einer am Hofe Přemysl Ottokars in Wien ausgestellten herzoglichen Urkunde für das niederösterreichische Benediktinerkloster Melk, bei welcher Gelegenheit er jedoch nicht mehr als oberösterreichischer Landrichter erscheint, aber auch noch nicht den Titel eines Marschalls des Landes Böhmen führt[24]. Dies ist erst in einer Urkunde vom 10. Jänner 1257 für die Passauer Kirche der Fall, in welcher er sich bereits Marschall von Böhmen nennt, sich aber trotzdem auch als Vasall der Kirche von Passau bekennt[25]. In dieser Urkunde versprach Wok, nach Erlaß jener fünfzig Mark, mit denen er dem Passauer Bischofe verpflichtet war, und unter Bürgschaft der Herren von Schaumburg innerhalb eines Jahres Güter für hundert Mark Silber an entsprechenden Orten der Passauer Diözese zu erwerben und diese dann für sich, seine Gemahlin und die Erben beiderlei Geschlechtes dem Bischofe zum Lehen aufzutragen. Wir ersehen aus dieser Urkunde besonders deutlich

---

[21] Beda Schroll, Urkunden-Regesten zur Gesch. d. Hospitals a. Pyrn. Arch. f. österr. Gesch. 72/1 (1888) 218.

[22] Ignaz Zibermayr, Noricum, Baiern und Oesterreich 2. Aufl. (1956) 450.

[23] Andreas Oefele, Ann. Hermanni Altah. Rer. Boic. Script. Tom. I (1763) 677.

[24] Schramb, Chronicon Mellicense 143 f.

[25] UB Land o. d. Enns III 235 nr. 244; Mon. Boica XXIX b 107 nr. 93.

die eigenartige Stellung, die Wok, der in Böhmen zum Stande der hochadeligen Barone gehörte, im Mühellande als Lehensmann des Passauer Bischofes einnahm. Hier wie bei allen anderen entsprechenden Anlässen tritt immer wieder, wenn auch mit verschiedener Deutlichkeit, das Bestreben der Bischöfe in Passau zu Tage, trotz aller Achtung mit der man den Herren von Rosenberg begegnete, diese dennoch stets von neuem auf ihre Stellung als Lehensleute der Passauer Kirche hinzuweisen. Das Unbehagen, das man in Passau vor dem weitreichenden Einfluß und dem ausgedehnten Landbesitz der Witigonen hatte, mag die dortigen Bischöfe immer wieder zu dieser Haltung veranlaßt haben. Ja, noch mehr! Wok mußte am selben Tage außerdem noch schwören, den Vorteil der Passauer Kirche in allen Dingen fördern zu wollen, die Leute derselben bei jenen Rechten zu erhalten, welche sie schon zu Zeiten seines Vaters Witiko besessen hätten und als treuer provicarius auf ihren Schutz bedacht zu sein.

Es scheint aber, daß Wok von Rosenberg in seiner neuen Stellung als Marschall von Böhmen nicht nur im eigenen Interesse nach Passau gekommen war, sondern daß er dort auch nachdrücklichst versucht hat, das Interesse König Přemysl Ottokars von Böhmen, seines Herren, zu vertreten. Bischof Otto, der seinem geistlichen Fürstentume die volle Unabhängigkeit von Bayern verschaffen wollte, konnte durch ihn zu einem Bündnis gegen die bayrischen Herzöge gewonnen werden, deren Länder für den Böhmenkönig ein arges Hemmnis bei der Ausbreitung seiner Macht darstellten, welches Bündnis dann am 23. April 1257 zu Linz abgeschlossen wurde. Es sind dies recht delikate Verhandlungen für Wok gewesen. Für seine eigene Person mußte er Bischof Otto als Gegenspieler betrachten, während er ihn in den Verhandlungen, welche er für König Ottokar führte, als Freund und Verbündeten zu gewinnen suchen mußte. Der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen zeigt bereits hier das enorme diplomatische Geschick, welches Wok besessen hat.

Obzwar jenes Bündnis zwischen dem Böhmenkönig und Bischof Otto erst im November 1257 hätte wirksam werden sollen, fiel Ottokar, ohne größere Vorbereitungen zu unternehmen, im Überschwange seiner Jugend schon im Sommer dieses Jahres von Passau aus in Bayern ein. Wok und noch andere Witigonen befanden sich ebenfalls im königlichen Heere. Der Böhmenkönig gelangte zwar bis in die Gegend von Landshut, wich aber einem Zusammenstoß mit dem feindlichen Heere angesichts der Erbitterung der Bevölkerung gegenüber den Eindringlingen aus und schloß für den vierundzwanzigsten August einen Waffenstillstand. In der vorhergehenden Nacht entwich er jedoch mit seinem Heere in das am Inn gelegene Mühldorf, wo die nachrückenden Bayern dem weichenden Heere Přemysl Ottokars eine vollständige Niederlage bereiteten. Viele der fliehenden böhmischen Krieger stürzten mit der Brücke, welche unter der Last der zurückflutenden Krieger zusammenbrach, in den reißenden Inn und ertranken; andere, die den Fluß schwimmend zu durchqueren versuchten, wurden von

den Pfeilen der Bayern getroffen, welche das Flußufer besetzt hatten. Das schlimmste Schicksal aber wurde jenen zu teil, welche sich in einen am diesseitigen Innufer gelegenen Turm geflüchtet hatten; sie kamen in dem Feuer um, das von den bayrischen Truppen an den Turm gelegt worden war. Insgesamt hatte Ottokar durch die Mühldorfer Niederlage etwa vierhundert Mann seines flüchtig zusammengestellten Heeres verloren. Er selbst suchte mit seiner engsten Umgebung das Heil in der Flucht. Alle anderen, welche nicht versucht hatten, über die Brücke oder durch den Strom schwimmend zu entfliehen und die nicht im Turme umgekommen waren, wurden im Orte Mühldorf selbst eingeschlossen. Unter diesen befanden sich u. a. Wok von Rosenberg, Smil, der in Hermanns Annalen irrtümlich als Bruder Woks bezeichnet wird, Hojer von Lomnitz, ebenfalls ein Witigone, Burkhard von Klingenberg, Wilhelm von Podiebrad. Doch wurden all diese Herren auf Grund einer uns unbekannten Vereinbarung von den bayrischen Herzögen samt allen ihren Pferden und mit ihrem gesamten Gepäck in die Heimat entlassen. Wir werden auf diese Niederlage von Mühldorf, von welcher Hermann von Niederaltaich in seinen Annalen bei der Schilderung der Ereignisse des Jahres 1257 berichtet[26], anläßlich der Gründung des Zisterzienserstiftes Hohenfurt durch Wok von Rosenberg noch einmal zurückkommen. Von besonderem Interesse ist für uns jene Stelle dieses Annalenberichtes, in welcher es heißt: „... reliqui fere omnes preter regem, qui cum nobilioribus iam transierat, in predicto oppido sunt inclusi." Entweder versteht Hermann unter den nobiliores hier nur die Verwandten König Ottokars, die mit ihm in den Krieg gezogen waren, oder aber es ist diese Stelle so zu verstehen, daß Wok, obwohl er als Baron des Landes Böhmen ohne Zweifel zu diesen nobiliores gehörte, es als Führer einer Abteilung von Ottokars Heer ebenso wie sein Vetter Hojer von Lomnitz und die anderen in Gefangenschaft geratenen böhmischen Herren verschmähte, die Flucht zu ergreifen und seine Soldaten zu verlassen, sondern es als seine Pflicht ansah, auch in einer verdemütigenden Gefangenschaft bei seinen Leuten zu verbleiben. Der Böhmenkönig hätte in diesem Falle dann nur mit seinem engsten Gefolge, ohne die Mehrzahl seiner Unterführer, die Flucht ergriffen. Dieses Ausharren Woks bei seinen Leuten würde aber recht gut zu dem Charakterbilde passen, das wir von ihm als mutigem und energischem Manne haben, und außerdem die Echtheit des erwähnten unsicheren Berichtes Oefeles über Woks bis in die Gegend des heutigen Altötting unternommenen Kriegszug stützen.

War nun Wok von Rosenberg trotz Niederlage und Gefangenschaft glücklich in die Heimat zurückgekehrt, so ist er doch während des folgenden Jahres 1258 fast nie in der Umgebung seines Königs anzutreffen. Wir finden ihn nur als Zeugen in einer am 1. März desselben Jahres zu Wien ausgestellten königlichen Urkunde für das Chorherrenstift St. Florian in Ober-

[26] Herm. Altah. Ann. MG. SS XVII 399.

österreich[27], und ebenso scheint er im Zeugenkatalog dreier im Oktober 1258 in Wels ausgestellten Urkunden Přemysl Ottokars für das Kloster der Benediktiner in Kremsmünster auf[28]. Dafür besitzen wir aber eine allerdings undatierte, sicher aber aus dem Jahre 1258 stammende Urkunde Woks, mit welcher er dem Abte und dem Konvente von Citeaux, der Mutterabtei aller Zisterzienserklöster, anzeigt, daß er vorhabe, für sein eigenes wie für das Seelenheil seiner Vorfahren und Nachkommen und dasjenige seiner Gattin sowie seiner sonstigen Freunde Seelenheil ein Kloster zu gründen, daß im Beisein des Abtes von Wilhering in Oberösterreich und einiger Brüder dieses Klosters bereits ein geeigneter Platz für das zu gründende Kloster gefunden worden sei und daß dieses neue Kloster der Zisterze Wilhering wie die Tochter einer Mutter gehorchen und ihr untertan sein soll. Außerdem zeigt er in der Urkunde an, daß er seiner Stiftung außer sechzig Talenten bereits zwei Weinberge, Fischwasser, Weideplätze und ausgedehnte Waldungen geschenkt habe und daß er diese Schenkungen nach Möglichkeit laufend vermehren werde. Schließlich bittet er den Abt und den Konvent von Citeaux, diese seine neue Stiftung ihrem Orden einzugliedern[29]. Mag nun die Echtheit dieser Urkunde auch verschiedentlich angezweifelt werden, so steht doch immerhin fest, daß das Generalkapitel, das ist die im 13. Jahrhundert noch alljährlich am Feste Kreuzerhöhung, also am 14. September, zusammentretende Versammlung aller Klosteroberen des Zisterzienserordens[30] bei seiner Tagung im Jahre 1258 in der fünfzigsten der bei dieser Gelegenheit erlassenen Verfügungen die Äbte von Baumgartenberg in Oberösterreich und von Pomuk in Böhmen beauftragte, den Ort zu besichtigen, an welchem der Marschall von Böhmen, der „edle Herr de Rosamberch", ein neues Kloster des Ordens erbauen wolle, und in Bezug auf den Ort und alles andere Notwendige in voller Autorität des Ordens zu verfahren[31]. Es muß also spätestens bis zu diesem Termin, in Wirklichkeit aber wohl schon einige Zeit früher, in Citeaux ein entsprechendes Ansuchen Woks vorgelegen haben, welches dann dem Generalkapitel zur Beschlußfassung vorgelegt worden ist. Mag daher die uns vorliegende Fassung dieses Briefes tatsächlich erst aus späterer Zeit stammen, nachdem das Original desselben durch irgendwelche Umstände in Verlust geraten war, dieses Schreiben aber für so wichtig gehalten wurde, daß man einfach eine neue Fassung desselben anfertigte, so muß dem Generalkapitel aber doch die Originalfassung des Briefes aus dem Jahre 1258 vorgelegen haben.

Wenn wir uns nun näher mit der Gründung des Klosters Hohenfurt be-

---

[27] UB Land o. d. E. 247 nr. 259.

[28] A. a. O. 573 nr. 15; 574 nr. 16; 575 nr. 17.

[29] Pangerl, Urkundenbuch d. Cisterc.-Stiftes B. Mariae V. zu Hohenfurt i. Böhm. Font. rer. Austriac. 2. Abt. Bd. XXIII. 1,1.

[30] Hilarius Paris, Nomasticon Cisterciense. Editio nova (1892) 287.

[31] Josephus Canivez, Statuta Capitulorum Generalium Ordinis Cisterciensis II (1934) 240.

fassen wollen, so müssen wir vorerst die Veranlassungen klarzustellen versuchen, die zu dieser Gründung führten. Wie es scheint, hat man sich bei den Krummauer und den Rosenberger Witigonen schon sehr früh mit dem Gedanken getragen, in einem der unwirtlichsten Teile ihres gemeinsamen Besitzes südlich der Moldau ein Kloster jenes Ordens zu gründen, der bei der Kolonisation Ostdeutschlands so große Erfolge aufzuweisen hatte und dessen in Böhmen gelegene Klöster, von welchen das berühmte Sedletz bei Kuttenberg bereits 1142 errichtet worden war, sich zu richtigen Kulturzentren entwickelt hatten. Vielleicht ließ das Steckenbleiben des von dem innerböhmischen Benediktinerklosters Ostrow abhängigen Priorate Ottau aus unternommenen Besiedlungsversuches zum erstenmal bei den neuen Herren des südböhmischen Grenzwaldes den Gedanken aufkommen, die Kultivierung dieses Urwaldteiles, welche sonst kaum zu gelingen schien, mit einem Kloster des erfolgreichen Ordens zu versuchen. Hatte man, wie es den Anschein hat, 1220 noch einen Teil des Waldes Drahun an das Ottauer claustrulum zur Besiedlung gegeben, so scheint man doch schon recht bald zur Einsicht gekommen zu sein, daß dieses nicht mehr Kraft genug besaß, diesen Auftrag durchzuführen. So ließ man also bei der um 1250 erfolgten Güterteilung zwischen der Krummauer und Rosenberger Witigonenlinie den zur Errichtung des Klosters vorherbestimmten Platz samt seiner nächsten Umgebung einfach weiterhin in gemeinsamem Besitz, bis sich eine Möglichkeit zur Realisierung dieses Vorhabens bieten würde. Es wollten ja beide Linien einmal das Recht beanspruchen können, sich Gründer dieses Zisterzienserklosters nennen zu dürfen und der diesen zukommenden geistlichen Vorteile teilhaftig werden. Bereits in diesem Frühstadium scheint also deutlich auf, daß das primäre Anliegen der Witigonen dabei kein geistliches war, sondern daß vor allem der Wunsch vorherrschte, einen möglichst erfolgreichen Kolonisator für die rauhen und unwirtlichen Gebiete zu bekommen. Wenn der Brief Woks an das Generalkapitel in Citeaux es nun so darzustellen versucht, als würde die Klostergründung bloß für sein und seiner Verwandtschaft Seelenheil erfolgen, so kann man ihm hierin keinen Glauben schenken. Es hat diese Absicht bei Wok wie bei den meisten Klostergründungen der damaligen Zeit als zweitrangiges Anliegen sicherlich mitgespielt, aber die Hauptveranlassung zur Gründung der Zisterze Hohenfurt war sie bestimmt nicht. Was endlich die allgemein bekannte Sage betrifft, welche die Errettung Woks aus der Gefahr, in den angeschwollenen Fluten der Moldau zu ertrinken, als alleinigen Anlaß für die Gründung des Zisterzienserklosters Hohenfurt hinstellt, zeigt bereits eine oberflächliche Betrachtung derselben die Haltlosigkeit ihres Berichtes auf. Nach dieser Volkssage sei auf einer kleinen Erhebung am rechten Moldauufer eine Kapelle gestanden, in welcher sich eine weithin verehrte Pietà befunden habe. Auch Herr Wok von Rosenberg wollte eines Tages zu diesem Heiligtum reiten, um dort seine Andacht zu verrichten. Aber gerade an jenem Tage hätte die Moldau nach einem schweren Gewitterregen Hoch-

wasser geführt und Woks Pferd sei von den wild daherstürmenden Wassern fortgerissen worden, als dieser bei der „hohen Furt" den Fluß zu durchreiten versucht habe. Er selbst aber sei in größter Gefahr gewesen, in den hochgehenden Wogen zu ertrinken. Angesichts des drohenden Todes hätte nun Wok das Gelöbnis getan, an der Stelle der Kapelle ein Kloster zu bauen, worauf er samt seinem Pferde aus dem reißenden Moldauflusse gerettet worden sei. Wok wäre aber seines Gelübdes eingedenk geblieben und habe tatsächlich das versprochene Kloster erbaut, welches nach dieser hohen Moldaufurt Hohenfurt benannt wurde. Diese erst seit dem ersten Drittel des siebzehnten Jahrhunderts nachweisbare, aber bis in unsere Tage im deutschsprachigen Teile Südböhmens allgemein bekannte Sage hat allem Anscheine nach einen historischen Kern. Es ist nämlich nicht die Moldau der reißende Strom, in welchem Wok von Rosenberg in größte Lebensgefahr geraten war, sondern der Inn bei dem bayerischen Mühldorf, wo König Přemysl Ottokar von Böhmen eine so schwere Niederlage erlitten hatte, war der Fluß, der bei diesem Unglück auch Wok bald zum Verhängnis geworden wäre. Die mit der zusammenbrechenden Innbrücke in den Fluß stürzenden und von dessen Fluten fortgerissenen Krieger des böhmischen Heeres mag dieser wohl noch lange vor Augen gehabt haben und es ist daher nur verständlich, daß ihn dieses schreckliche Kriegserlebnis von 1257 zu größerer Eile bei der Ausführung der schon seit geraumer Zeit geplanten Klostergründung angetrieben hat. Es ist sogar denkbar, daß sich Wok angesichts der drohenden Gefahr, analog der Sage, tatsächlich durch ein Gelübde für eine baldige Realisierung der schon durch Jahre anhängigen Klostergründung verband. In der Sage aber wurde der vereitelte Innübergang des böhmischen Heeres, bei welchem sich ja auch Herr Wok befunden hatte, zu einem Durchreiten der Moldau durch den Rosenberger, da in der Erinnerung des Volkes, das keinerlei schriftliche Aufzeichnungen kannte, der tatsächliche Sachverhalt nur allzubald verblaßte und sich dieses dann mit Erklärungen behelfen mußte, welche ihm seine Phantasie eingab.

Von der Mühldorfer Niederlage (24. August 1257) bis zum Zusammentritt des Generalkapitels zu Citeaux waren nun etwas mehr als ein Jahr verstrichen, in welcher Zeit Wok außer mit seinen Krummauer Verwandten vor allem mit dem Abt Ernst des nahe bei Linz gelegenen Zisterzienserklosters Wilhering in Verbindung wegen der beabsichtigten Klostergründung getreten war. Aus dem bereits erwähnten undatierten, etwa aus den Sommermonaten des Jahres 1258 stammenden Briefe an das Generalkapitel ist weiters ersichtlich, daß der Abt von Wilhering selbst mit einigen Brüdern seines Klosters in den Grenzwald herein bis an die Moldau gekommen war, dort den für die Errichtung des Klosters bestimmten Platz besichtigt und für geeignet befunden hatte. Abt Ernst scheint aber schon früher in der 1256 zu Linz für Abt Bohuslaw von Zwettl und dessen Kloster ausgestellten

[32] Siehe Anm. 20.

Urkunde als Zeuge auf[32] und von dem Landtaiding, welches der Ausstellung dieser Urkunde vorausgegangen war, wenn nicht schon von noch früher, mag Woks Bekanntschaft mit jenem tatkräftigen Wilheringer Klosteroberhaupt stammen. Im weiteren Verlaufe des Jahres 1258 wird für die nun in die Wege geleitete Klostergründung außer der vom Generalkapitel befohlenen Besichtigung des für das Kloster bestimmten Platzes und des Dotierungsgutes durch die Äbte von Baumgartenberg und Pomuk kaum mehr wesentliches geschehen sein. Der rauhe und schneereiche Winter, welcher in diesem Waldgebirge bald hereinbricht, würde bald alle weiteren Schritte verhindert haben. Interessehalber soll hier noch erwähnt werden, daß die bereits weiter oben besprochene Verfügung Nummer fünfzig des Generalkapitels von 1258, welche den Auftrag zur Besichtigungsfahrt der beiden Äbte an die Stätte der Klostergründung beinhaltet, in den Statuten des Generalkapitels von 1259 im gleichen Wortlaut und unter derselben Nummer fünfzig wiederkehrt[33], was wir wohl sicher für einen Irrtum halten dürfen, welcher bei der erst in späteren Jahren zustande gekommenen Sammlung der Generalkapitelstatuten entstanden sein mag. Eine solche zweite Besichtigungsreise durch die beiden Äbte an den Platz der Klostergründung wäre nämlich insofern sinnlos gewesen, als bereits im Sommer 1259, also vor dem Zusammentritt des erst im September tagenden Generalkapitels, die tatsächliche Gründung des Klosters und seine Weihe erfolgt ist.

Schon am 23. Mai dieses Jahres bestätigte Bischof Johann von Prag zu Moldauthein die von Wok gemachte Schenkung des Patronatsrechtes von Priethal und Rosenthal an die Brüder des Zisterzienserordens[34]. Noch nennt er aber nicht den Namen der neuen Zisterze an der Moldau, ihre Gründung war also noch nicht erfolgt. An dem darauffolgenden 1. Juni, auf welchen in jenem Jahre der Pfingstsonntag fiel, bestätigte Bischof Johann bereits zu Hohenfurt die Schenkungen, die der Herr von Rosenberg an das neue Kloster gemacht hatte und nannte bei diesem Anlaß zum erstenmal dessen Namen: „... cenobio, ... Hohenuurt uulgariter appellato ..."[35]. Wir werden also kaum fehlgehen, wenn wir annehmen, daß er sich am 23. Mai bereits auf der Reise nach Hohenfurt zur Weihe der neuen Zisterze befunden hat, als er an diesem Tage in Moldauthein von Wok von Rosenberg und dessen Verwandten erwartet worden war, wobei dieser, sozusagen als Morgengabe, der Hohenfurter Zisterze das Patronatsrecht über die beiden Kirchen schenkte. Bei Priethal handelte es sich dabei um eine der ältesten und wohl auch am reichsten dotierten Pfarrkirchen im weiten Umkreise, deren Pfarrer auch mit wichtigen Geschäften am Hofe der Rosenberger Witigonen befaßt wurde, wie uns die 1220 zu Wletitz gegebene Urkunde

---

[33] Canivez, Statuta II 459.
[34] Pangerl, UB v. Hohenfurt 1 nr. 2.
[35] Pangerl, a. a. O. 2 nr. 3.

Witikos des Jüngeren von Prtschitz zeigt[36], während die Kirche der zwischen Priethal und Rosenberg gelegenen Pfarre Rosenthal eine Neugründung der Herren von Rosenberg war, welche nach Schmidt bei diesem Anlaß zum erstenmal genannt wird[37]. Von Moldauthein reiste man hierauf gemeinsam über Teindles, Krummau und Rosenberg nach Hohenfurt weiter, wo dann am 1. Juni 1259 die Weihe der ersten dürftigen, aus Holz errichteten Klosterbaulichkeiten stattgefunden hat, denn mehr wird man in dieser rauhen Gegend seit dem Frühjahr kaum erstellen haben können. Der Vaterabt Ernst von Wilhering hatte wohl schon zur Zeit der Schneeschmelze nach der alten Gewohnheit seines Ordens zwölf Brüder, mit Otto, dem ersten Abt von Hohenfurt an der Spitze, als Gründungskonvent in die neue Zisterze entsandt, wo sie nach ihrem Eintreffen alsbald Hand ans Werk legten. Was nun in diesen wenigen Wochen von ihnen in Eile aus Holz erstellt worden war, müssen wir als jene Baulichkeiten ansehen, welche an diesem Pfingstsonntag ihre Weihe erhalten haben: eine kleine Kapelle mit den Anfängen eines Kreuzganges, ein primitives Dormitorium für die kurze Nachtruhe der Mönche, ein winziger Kapitelraum und die allernotwendigsten Wirtschaftsgebäude, für mehr werden die knappe Zeit und die verfügbaren Arbeitskräfte kaum gereicht haben.

Hier in diesen primitiven hölzernen Klosterbaulichkeiten bestätigte nun der Bischof als zuständiger Ordinarius — das heute für Hohenfurt zuständige Bistum Budweis wurde erst 1783 unter Kaiser Joseph II. errichtet — am 1. Juni 1259, auf welches Datum in jenem Jahre der Pfingstsonntag fiel, die Gründungsdotierung der neuen Zisterze[38]. Nach dem Wortlaute dieser bischöflichen Bestätigungsurkunde war Wok von Rosenberg während der Weihefeier vor dem Bischof, seine anwesenden Verwandten und alle Versammelten hingetreten und hat mit lauter Stimme die geschenkten Gebiete aufgezählt und deren Grenzen bezeichnet. Die dabei verwendeten tschechischen Namen der Grenzörtlichkeiten machen uns deren genaue Lokalisation heute leider unmöglich, sind aber andererseits ein Beweis dafür, daß die letzten Wellen der aus dem Innern Böhmens vorgetragenen Besiedlungsversuche diese Grenzpunkte wohl noch erreichten, sich aber an ihnen brachen, nicht ohne sie vorher noch mit einem tschechischen Namen benannt zu haben. Und diese so benannten Wasserläufe und Bergkuppen wurden nun zur Grenze des nicht sehr großen ersten Klostergebietes von Hohenfurt. Pangerl[39], Strnadt[40] und Schmidt[41], die sich am eingehendsten mit der genaueren Lokalisierung dieses Grenzverlaufes beschäftigt haben, sind zu voneinander recht verschiedenen Resultaten gekommen, so daß die Grenzen

---

[36] Friedrich, a. a. O. II 192 nr. 208.
[37] Valentin Schmidt, Versuch einer Siedlungs-Geschichte d. Böhmerwaldes (1923) 8.
[38] Siehe Anm. 35.
[39] Pangerl, Wok 13 f.
[40] Julius Strnadt, Das Land i. Norden d. Donau. Arch. f. österr. Gesch. 94/1 122 f.
[41] Schmidt, Versuch 44.

des Hohenfurter Dotationsgutes nur in großen Linien angegeben werden können. Seine Südgrenze verlief nördlich der zwischen Moldaufluß und heutiger Staatsgrenze liegenden Dörfer Gerbetschlag, Kaltenbrunn und Waldau, welche erst in späterer Zeit dem Kloster geschenkt worden sind, während es im Norden bis gegen Lachenwitz reichte, wo es die Gemarkungen jener Dörfer berührte, die früher dem Swatomir gehört hatten, welche aber in der Urkunde ausdrücklich als außerhalb dieses Gebietes gelegen bezeichnet werden. Den nördlichen Teil der Westgrenze, also die Abgrenzung gegen das Gebiet der Krummauer Witigonen, dürfte der Unterlauf jenes Baches gebildet haben, welcher südlich des Dorfes Nesselbach entspringt, an dem Orte Reith vorbeifließt und sich knapp östlich der Eisenbahnhaltestelle Teufelsmauer in die Moldau ergießt, während sich südlich der Moldau das Klostergebiet weiter nach Westen bis in die Gegend von Neuhäuseln und Kapellen und zwar bis an die über Wörles, Ottau und Krummau nach Teindles führende Fortsetzung des aus dem Mühellande über Helfenberg heranführenden „Scheffweges" erstreckte. Ganz unbestimmt ist dagegen der Verlauf der Ostgrenze des nicht allzu breiten, sich dafür aber in die Länge erstreckenden Dotationsgutes der Hohenfurter Zisterze.

Nachdem Wok so die Grenzen dieses aus dem gemeinsamen Besitz der Krummauer und Rosenberger Witigonen stammenden Gebietes festgelegt hatte, fügte er noch erhebliche Schenkungen aus seinem alleinigen Besitze hinzu. So wiederholte er nochmals die bereits früher zu Moldauthein gemachte Schenkung der Pfarrkirche zu Priethal und Rosenthal und vermehrte diese nun durch die Hingabe von Sedlech iuxta Predol, Guteprunne superior, que est sita iuxta Strobnich, nämlich der Dörfer Sedletz bei Priethal und das im Gerichtsbezirk Gratzen gelegene Obergutenbrunn bei Strobnitz, welche mitten im Grenzwaldgebiet gelegen waren, sowie durch die Schenkung von Babich, dessen Lage nicht völlig gesichert ist, welches man aber vielfach für den heutigen Ort Bowitz im Netolitzer Bezirke hält und das damit am Nordrande der Grenzberge zu suchen wäre. Das neue Kloster erhielt aber auch bereits außerhalb Südböhmens Besitzungen und zwar das Dorf Ponedraz apud Wesele, welches im innerböhmischen Bezirke Lomnitz liegt, dann Wintersdorph, die heutige in der Pfarre Reichenau im oberösterreichischen Mühlkreis gelegene Ortschaft Wintersdorf, und endlich in terra Opauie villam unam nomine Kotchen, welches man wohl mit dem südlich von Freudenthal im ehemaligen Österreichisch-Schlesien gelegenen Kotzendorf gleichsetzen darf. Außer diesen Dörfern schenkte Wok von Rosenberg den Hohenfurter Zisterziensern zwei Hofstätten in Sedlechrut, dem heutigen bei Rosenberg gelegenen Ort Zetlesreit.

Den wichtigsten Teil der aus dem alleinigen Besitz Woks stammenden Schenkung dürften jedoch die Zehente gebildet haben. Diese umfaßten in erster Linie den ganzen Zehent von sieben Bauerngütern in Slauetych, von welchem wir nicht wissen, ob es mit Slabsch im Gerichtsbezirke Schweinitz oder mit der gleichnamigen, im Krummauer Bezirke gelegenen Ort-

schaft zu identifizieren ist, sowie den gesamten Zehent von den Höfen in Mihnich, Polen und Malsich, den jetzigen Dörfern Michnitz, Pohlen und Malschitz, von welchen das erstere im Kaplitzer Bezirke, die beiden letzteren aber im Bezirke Krummau liegen. Ebenso sollte von den Wok und der Priethaler Kirche gehörigen Dörfern der ganze Zehent an Hohenfurt gegeben werden, wie auch jener der Ortschaft Priethal selbst dem neuen Kloster gehören sollte. Weiters sollte der dritte Teil des schuldigen Zehents von den Dörfern der Rosenthaler Pfarre an die Hohenfurter Mönche gegeben werden und zwar sowohl von denen, die von Wok selbst genützt wurden, als auch von jenen, welche er als Lehen hinausgegeben hatte und ebenso sollte ihnen der dritte Teil des Zehents von Plan, dem heutigen Dorfe Plan bei Budweis sowie der fünfte Teil des von Sonberk, der jetzigen im Gerichtsbezirke Gratzen gelegenen Ortschaft Sonnberg, abzuliefernde Zehent gehören. Endlich sollte der Hohenfurter Zisterze der dritte Manipel des Zehents zustehen, welchen Stradenich und Lutwinovich, die bei Budweis gelegenen Dörfer Strodenitz und Leitnowitz, zu geben verpflichtet waren. Den Abschluß all dieser Schenkungen bildete schließlich die Überlassung des Fischrechtes in der Moldau, soweit diese durch das neue Klostergebiet floß bzw. dessen Nordgrenze bildete.

Das war also das Dotierungsgut des Hohenfurter Zisterzienserklosters, wie es ihm Wok von Rosenberg gegeben hatte und wie es von Bischof Johann von Prag anläßlich der Klostereinweihung am 1. Juni 1259 offiziell bestätigt worden ist. Hatte sich damit der Herr von Rosenberg öffentlich als Gründer der neuen Zisterze ausgewiesen, so wollten ihm seine Krummauer Verwandten in dieser Beziehung nicht nachstehen und ihre Mitwirkung an dieser Gründung ebenso feierlich bekunden, wie es Wok getan hatte. Es ließ daher sowohl Budiwoj[42] als auch dessen Bruder Witiko[43] anläßlich der Weihe der Neugründung je eine Urkunde gleichen Wortlautes ausstellen, mit welchen sie ihren Anteil an dem im gemeinsamen Besitz zurückbehaltenen Waldgebiet am südlichen Moldauufer, in welchem das Kloster errichtet worden war, nun durch die Hand des Bischofs von Prag diesem schenkten. Aber auch in jenen beiden Diplomen heißt es bezüglich der Gründe, die Wok zur Klostergründung veranlaßt hatten, nach damaligem Brauche nur: „... cenobio in Hohenwrt ordinis Cysterciensis, quod diuina inspirante gracia ad honorem sancte perpetueque uirginis, dei genitricis Marie ob remedium anime sue Woko patruelis noster, marsalcus videlicet Boemie, de nouo fundare et construere in communi nostra possessione inchoauit ..." Es wird also auch hier das Hauptanliegen der beiden Witigonenlinien bezüglich dieser Klostergründung nicht genannt, nämlich die Kultivierung und Besiedlung des Grenzwaldstreifens zwischen der neuen Landesgrenze von 1250 und dem Moldauflusse, welch letzteren sämt-

---

[42] Pangerl, UB v. Hohenfurt 5 nr. 4.
[43] Pangerl, a. a. O. 6 nr. 5.

liche bisherige Urbarmachungsversuche trotz aller Anstrengungen nicht zu überschreiten vermochten. Auch die Herren von Krummau stellten demnach als Kinder ihrer Zeit die geistlichen Beweggründe der Klostergründung, welche diese, wie schon mehrmals erwähnt, gar nicht in die Wege geleitet, sondern nur fördernd begleitet hatten, als deren Hauptveranlassung hin.

Wok von Rosenberg hat, wie dies seiner hohen Stellung als Marschall von Böhmen auch zukam, sich sichtlich bemüht, der Weihe des von ihm gegründeten Klosters einen möglichst feierlichen Rahmen zu verleihen. Wir sahen bereits, daß er Bischof Johann von Prag, welcher als damals für ganz Böhmen zuständiger Ordinarius die Weihe vornehmen sollte, mit seinem Gefolge bereits in Moldauthein erwartet hatte, wo er der neuen Zisterze gleichsam als Morgengabe das Patronatsrecht der Pfarrkirchen von Priethal und Rosenthal gegeben hat, was, dem Anlaß angemessen, sicher ebenfalls in feierlicher Form geschehen sein wird. Der Bischof reiste dann im Geleite von Wok und dessen Gefolge zum Kloster weiter, wo sich inzwischen, wie wir aus den zwei Urkunden der Krummauer Witigonen erfahren, die beiden Brüder Heinrich und Wernher von Schaumburg als nahe Verwandte Woks, sowie deren gleichnamigen Söhne eingefunden hatten. Außer einem Herrn Gerbert und einem Herrn Liupold treffen wir bei dieser Feier noch vier weitere, wahrscheinlich aus dem Lande an der Mühel stammende Edelleute als Gäste und als letzte der namentlich genannten Teilnehmer scheinen die ihren Namen nach aus Böhmen stammenden Benada, Benysius und Bodylaus auf, welche als purchrauii de Rosenberch bezeichnet werden. Diese gemeinsame Bezeichnung aller drei als Burggrafen von Rosenberg ist sicher unrichtig, denn für die dortige Burg hat gewiß einer vollauf genügt. Richtig hätte man sie wohl Burggrafen im Dienste des Herrn von Rosenberg nennen müssen, was aber wiederum ein Hinweis dafür ist, daß Wok damals bereits im Besitze mehrerer Burgen war, von denen wir das ihm als väterliches Erbe zugefallene Prtschitz und Rosenberg, welches ihm sein Entstehen verdankt, bereits dem Namen nach kennen. Er war aber damals auch schon Besitzer der in der Nähe von Tabor gelegenen Burg Příběnice, welche ihm nach dem um 1255 erfolgten Tode seines kinderlos gestorbenen Bruders Witiko zugefallen war, wie wir aus seinem im Jahre 1262 abgefaßten Testamente wissen[44].

Wok von Rosenberg war nun in den Jahren 1258 und 1259 neben der Gründung der Hohenfurter Zisterze auch sehr intensiv mit der Kultivierung und weiteren Vermehrung seines sehr großen und ausgedehnten Besitzes beschäftigt. So suchte er seine recht ansehnlichen Besitzungen im Lande an der Mühel gegen den trotz aller offiziellen freundschaftlichen Beziehungen stets mißtrauischen Bischof von Passau, der ebenso wie Wok immer darauf bedacht war, in diesem Gebiete seinen Besitz und seine Macht nach bestem Vermögen zu mehren, dadurch abzuschirmen, daß er von Rudlin von Hai-

[44] Pangerl, a. a. O. 17 nr. 13.

chenbach dessen gleichnamige Burg erwarb, welche durch ihre Lage an der Donau besondere Wichtigkeit besaß, was vielleicht ebensogut wie in den Plan Woks auch in die Pläne König Přemysl Ottokars von Böhmen paßte, der dadurch den Donauweg nach Österreich in seinem Interesse abgesichert wußte, ohne selbst die Passauer Kirche verärgern zu müssen. Bischof Otto verstand es aber, ohne das freundschaftliche Verhältnis zum Böhmenkönig und dessen Marschall Wok zu trüben, den Kauf rückgängig zu machen, worauf es am 16. April 1259, also knapp vor den Feierlichkeiten der Klosterweihe in Hohenfurt, zu Wien unter der schiedsrichterlichen Vermittlung von fünf österreichischen Herren zu einem Vergleiche kam, in welchem Wok verpflichtet wurde, die Burg Haichenbach wieder an Rudlin zurückzustellen, und bei welcher Gelegenheit er weiters versprechen mußte, im Gebiete der Passauer Kirche ohne besondere bischöfliche Erlaubnis keinerlei Besitztum mehr zu erwerben und keine Befestigungen anzulegen. Außerdem verpflichtete er sich, daß er dessen Ministerialen und andere Getreuen zu keinerlei Dienste mehr berufen und sie auch nicht mehr begünstigen werde zum Schaden des Bischofs und der Passauer Kirche. Nur wenn jemand des Bischofs Gnade verwirkt habe, den wolle er in Freundschaft, ohne dabei die Kirche zu schädigen, für sich gewinnen. Endlich sollte Bischof Otto an Wok von Rosenberg hundertfünfzig Pfund Wiener Pfennige bezahlen, für welche Summe dieser eine Gülte von zwanzig Pfund zu kaufen und diese oder ebensoviel Eigengut der Passauer Kirche zu Lehen auftragen sollte[45].

Von den Verpflichtungen, welche der Herr von Rosenberg in diesem Vergleich übernommen hatte, fesselt unser Interesse besonders sein Versprechen, passauische Untertanen in Zukunft nicht mehr für sich gewinnen zu wollen, außer eben jene, die bei ihrem Bischof in Ungnade fallen würden, weil dieses Versprechen ein treffendes Licht auf die Situation wirft, die damals fast im gesamten südböhmischen Grenzwaldgebiete geherrscht hat. Man brauchte dort Leute zur Besiedlung, Kolonisten, die bereit waren, in diesen rauhen Waldgegenden von vorne zu beginnen und Siedlungen aus wilder Wurzel anzulegen, aber an solchen mangelte es hin und hin. Die Witigonen als Herren des Grenzwaldgebietes waren sich aber darüber vollkommen im klaren, daß alle bisherigen aus dem Inneren Böhmens vorgetragenen Kolonisations- und Besiedlungsversuche letztlich am Mangel an geeigneten Siedlern gescheitert waren. In Innerböhmen waren solche aber nicht zu finden, das hatte die Vergangenheit ja bereits zur Genüge bewiesen, also mußte man sie jenseits der Landesgrenze im Lande an der Mühel und in den daran angrenzenden Gebieten des Bischofs von Passau, vereinzelt vielleicht in noch anderen Donaugegenden suchen. Bischof Otto nutzte nun die Gelegenheit, um diesen Werbeversuchen Woks unter den tatkräftigsten und unternehmungslustigsten seiner Untertanen — denn andere waren für ein solch schwieriges Vorhaben ja von vornherein nicht zu ge-

[45] UB Land o. d. Enns 259 nr. 274; Mon. Boica XXIX b 136 nr. 134.

winnen — entgegenzutreten und fügte die erwähnte Verpflichtung in den Vergleich von 1259 ein. Wok mag dadurch recht unangenehm getroffen worden sein, da er diesen Siedlernachschub aus dem passauischen Gebiete sowohl für seine eigenen Kolonisationsunternehmungen als auch für diejenigen der jungen Hohenfurter Zisterze dringend benötigt haben würde, welche in ihren ersten Anfängen wohl auch in diesem Belange auf seine tatkräftige Hilfe angewiesen war. Somit ist aber dieser Vergleich bzw. die darin aufgenommene Verpflichtung Woks ein Beweis dafür, daß bereits in diesen Jahren im Gebiete des südböhmischen Grenzwaldes eine äußerst rege Kolonisations- und Besiedlungstätigkeit herrschte, durch welche auch der Weg der folgenden aus Bayern und Österreich kommenden großen Kolonisationswelle schon vorgezeichnet worden ist. Es war aber auch deshalb notwendig, diese Verpflichtung Woks etwas näher zu beleuchten, weil sie uns als eine der wenigen auf uns gekommenen Nachrichten aus jener Zeit Kenntnis vermittelt von den intensiven Kolonisationsbemühungen der Witigonen auf ihren ausgedehnten Ländereien, welche sie bis etwa an die Moldau in eigener Regie zu besiedeln gedachten, während sie die Urbarmachungsarbeit im südlich davon gelegenen unwirtlichsten Grenzwaldteile den rodungserfahrenen Zisterziensern überlassen wollten. Daß aber dieses Abkommen gerade im Frühling des Gründungsjahres des Hohenfurter Klosters geschlossen wurde, ist wohl ein deutlicher Hinweis auf die in den Jahren vorher und vor allem im Jahre 1258 mit besonderem Nachdruck versuchte Anwerbung von Siedlern im Hinblick auf den erhöhten eigenen Bedarf und den der zu gründenden Hohenfurter Zisterze durch die Werber des Herrn Wok von Rosenberg.

Haben wir bezüglich der Dotation des neuen Klosters, welche Wok anläßlich der Einweihung am 1. Juni 1259 bloß mündlich bekanntgegeben hatte, nur eine gleichzeitige Bestätigung durch den Prager Bischof Johann, so hat dessen Gründer erst in den beiden folgenden Jahren auch seinerseits darüber Urkunden ausfertigen lassen, welche aber hinsichtlich ihres Inhaltes sowohl untereinander als auch von der Bestätigungsurkunde durch den Prager Bischof etwas abweichen. So wird in der ersten der beiden Urkunden, welche im Juni 1260[46] ausgestellt worden ist, also noch bevor Wok im Gefolge König Přemysl Ottokars in den Krieg gegen die Ungarn gezogen war, nicht der Schenkung der Ortschaft Wintersdorf und Ponedraz gedacht, wie auch bei der Aufzählung des Zehents des Dorfes Slawetitz ein Teil dieses Zehents weggelassen wird, während die zweite in dieser Angelegenheit von Wok am 29. Mai 1261 zu Graz ausgestellte Urkunde[47] die Klosterdotation übereinstimmend mit der bischöflichen Bestätigungsurkunde vom Jahre 1259 wiedergibt. Pangerl fragt nun[48], worin dieses Abweichen

[46] Pangerl, a. a. O. 7 nr. 6.
[47] Pangerl, a. a. O. 10 nr. 8.
[48] Pangerl, Wok 16.

seinen Grund habe und meint, Wok hätte mit der Urkunde von 1262 sein Gewissen beruhigen wollen. Er wäre nämlich in der Zwischenzeit lebensgefährlich erkrankt gewesen, wie er in dieser zweiten Urkunde erwähnt[49] und wahrscheinlich dadurch bestimmt worden, die Schenkung von 1259 in ihrem gesamten Umfange aufrecht zu erhalten. Ja, er vermehrte dieselbe außer durch die bereits in dem Diplom des Jahres 1260 erwähnten Weingärten noch um die Orte Strodenitz und Plan sowie um den Hof in Maltschitz, von denen bei der Klosterweihe nur deren Zehente an Hohenfurt gegeben worden waren. War Wok in der Ungarnschlacht etwa verwundet worden und hat er in der Folge davon zwischen Leben und Tod geschwebt und war diese Verwundung somit zum Anlaß für die Urkunde von 1261 geworden? Damit waren aber seine Schenkungen an Hohenfurt noch immer nicht beendet, denn vor dem 11. Juni dieses Jahres, an welchem Tage Bischof Johann von Prag die folgende Schenkung bestätigt hat[50], schenkte Wok von Rosenberg mit Zustimmung seiner Gemahlin Hedwig und auf den Rat des genannten Bischofs seiner Gründung die Kirche in dem nördlich von Budweis an der Lainsitz gelegenen Orte Weseli und wiederholte bei dieser Gelegenheit zum drittenmal die Schenkung des nächst Weseli gelegenen Dorfes Ponedraz[51]. Diese Schenkungen sollten aber bereits zwei Jahre später durch weitere Vergabungen noch wesentlich vermehrt werden, welche Wok[52] in seinem am 4. Juni 1262 zu Graz ausgestellten Testamente gemacht hatte, nachdem schon am 29. Juni 1261 durch seine Verwandte Agnes, der Witwe Pilgrims von Wittingau, dem Kloster die Kirche zu Deutsch-Reichenau bei Gratzen gegeben worden war[53].

Wir sind nun der Zeit etwas vorausgeeilt und haben noch ein Ereignis nachzutragen, welches sowohl den Rosenberger Witigonenzweig als auch das zu einem Großteil von diesem beherrschte Gebiet des südböhmischen Grenzwaldes in engere Berührung mit dem Lande Niederösterreich brachte. König Přemysl Ottokar hatte den Winter 1259/60 in Österreich verbracht, von wo er sich Ende März 1260 nach Böhmen begab, wo er am 4. April eine Urkunde für die Bürger von Troppau ausstellen ließ, unter deren Zeugen wir Wok von Rosenberg finden[54]. Dieser scheint von da ab nicht mehr von der Seite seines Herrn gewichen zu sein, da bereits eine kriegerische Auseinandersetzung mit Ungarn wegen der Steiermark drohte und der König wohl des Marschalls in seiner nächsten Umgebung bedurfte. So begeleitete er Přemysl Ottokar, welcher das gegen die Ungarn gesammelte Heer nach Österreich führte, wo es nach Ablauf des geschlossenen Waffenstillstandes bald zum Entscheidungskampfe zwischen dem Böhmenkönig und

[49] „cum essemus in extremo tempore vitae".
[50] Pangerl, UB v. Hohenfurt 13 nr. 10.
[51] Pangerl, a. a. O. 12 nr. 9.
[52] Pangerl, a. a. O. 17 nr. 13.
[53] Pangerl, a. a. O. 14 nr. 11.
[54] Boczek, Cod. dipl. Morav. III 277 nr. 287.

Bela IV. von Ungarn kommen sollte. Außer Wok waren von der Witigonenverwandtschaft noch Budiwoj von Skalitz, Hojer von Lomnitz und Ulrich von Neuhaus beim Heere des böhmischen Königs. Wok scheint sich aber schon bei der Vorbereitung dieses Feldzuges, wahrscheinlich durch sein selbstloses und begeisterndes Vorbild sowie durch seine Aktivität so große Verdienste erworben zu haben, daß Přemysl Ottokar und dessen Gemahlin Margaretha sich veranlaßt sahen, ihn mit der österreichischen Grafschaft Raabs zu belehnen, welche in der Nähe sowohl der böhmischen als auch der mährischen Grenze gelegen war und deren alte Benennung Rakz an Rakousko, die tschechische Bezeichnung für Österreich, erinnert. Die Belehnung selbst hat um das Johannisfest (24. Juni) 1260 in dem für das Heer Ottokars festgelegten Versammlungsplatz zu Laa an der Thaya unter der Zeugenschaft der hervorragendsten Herren aus dem Gefolge des Böhmenkönigs stattgefunden. Wok, dem Herrn des südböhmischen Grenzwaldes, gereichte es aber zu besonderer Ehre, wenn es in den beiden gleichlautenden Urkunden des Königs[55] und der Königin[56] heißt, daß sie ihm, dessen lautere Treue sie aus eigener Anschauung kennengelernt hätten und insbesondere darauf, weil er von freien und hochedlen Vorfahren stamme und daher Grafschaften und höhere Würden innehaben und besitzen könne und zwar nicht nur er selbst, sondern auch seine Erben, auf immerdar die Grafschaft Raabs verliehen haben. Es wird hier also neben der erprobten Treue Woks hoher Adel hervorgehoben und dem eines deutschen Grafen gleichgesetzt. Eine solche urkundliche Erklärung muß in der damaligen Zeit berechtigtes Aufsehen erregt haben. Es ist hier wohl auch der Platz darauf hinzuweisen, daß zweiundzwanzig Jahre später anläßlich der Rückgabe der Grafschaft Raabs an Albrecht I. Woks Sohn Heinrich von Rosenberg sich in der von ihm darüber ausgestellten Urkunde consanguineus des Habsburgers nannte, mit welchem ihn eine idemptitas sanguinis verbinde[57]. Obwohl diese Urkundenstelle bis heute noch ungeklärt ist, darf man wohl kaum annehmen, daß König Albrecht eine solche Anmaßung von Seiten Heinrichs, den man im übrigen gar nicht als hochfahrend bezeichnen kann, hingenommen hätte, wenn nicht wenigstens nach damaliger Ansicht ein triftiger Grund für eine derartige Äußerung vorhanden gewesen wäre. Diese Belehnung mit der Grafschaft Raabs hat sich Wok übrigens merkwürdigerweise am 1. März 1261 durch Gertrud, die Nichte des letzten Babenbergers Friedrich II., sowie durch deren Sohn Friedrich, die sich damals in Voitsberg aufgehalten haben, ebenfalls bestätigen lassen[58].

Hatte sich also Wok von Rosenberg bereits bei der Vorbereitung des Kriegszuges von 1260 größte Verdienste erworben, so war es nach Palacký

[55] Franz Kurz, Oesterreich unter den Königen Ottokar und Albrecht I. II. Teil (1816) 175 nr. 2.
[56] Pangerl, UB v. Hohenfurt 9 nr. 7.
[57] Kurz, a. a. O. II 195 nr. 13.
[58] Kurz, a. a. O. II 177 nr. 3.

ihm zuzuschreiben, daß während der Schlacht die kumanischen Horden in wilde Unordnung gerieten und die Flucht ergriffen, wodurch das feindliche Heer in panischen Schrecken versetzt wurde[59]. Es war also eigentlich nur selbstverständlich, daß Přemysl Ottokar neben dem Deutschordenskomtur in Böhmen Ludwig und dem Burggrafen Jarosch von Prag auch seinen Marschall Wok mit der Führung der Friedensverhandlungen beauftragte[60]. Wenn aber Pangerl dann die früher allgemein für wahr angenommene Anschauung vertritt, der König von Böhmen habe als Dank für den Sieg von Kroissenbrunn das Zisterzienserkloster Goldenkron in Südböhmen gegründet und dieses mit königlichem Besitz überreich ausgestattet, wozu er durch das Beispiel seines Marschalls veranlaßt worden sei, der einige Jahre vorher die Zisterze Hohenfurt gegründet hatte[61], so ist ihm darin nicht beizupflichten. Dagegen hat Woks entscheidender Einsatz in Kroissenbrunn zu seiner Ernennung als erster capitaneus Styrie wohl sicher mit beigetragen, welche Stellung etwa dem eines heutigen Landeshauptmannes entspricht. König Přemysl Ottokar II. war im Dezember 1260 mit großem Gefolge nach Graz gekommen, um dort die Huldigung des neu erworbenen Landes entgegenzunehmen. In seiner Begleitung befanden sich außer Bischof Bruno von Olmütz und Herzog Ulrich von Kärnten neben anderen österreichischen, steirischen und böhmischen Großen auch Wok von Rosenberg und der ebenfalls aus dem böhmischen Grenzwaldgebiete stammende Cec von Budweis. Am 25. Dezember scheint nun Wok als Zeuge einer königlichen Urkunde für das Zisterzienserkloster Rein bei Graz noch ohne amtliche Würde auf, während er in einer weiteren am selben Tage für dasselbe Kloster ausgestellten Urkunde König Ottokars bereits als capitaneus Styriae erscheint[62]. Die Ernennung Woks zu diesem Amte scheint daher am Weihnachstage des Jahres 1260 erfolgt zu sein. Wenn aber der Böhmenkönig den steirischen Herren bei deren Unterwerfung versprochen hatte, keine Fremden zu den Landesämtern zu berufen, so scheint er mit der Ernennung Woks allerdings sein gegebenes Versprechen gebrochen zu haben, wenn man nicht annimmt, wie dies neuerdings Posch tut, daß die Witigonen aus dem Mühelland auf dem Umweg über die Steiermark nach Böhmen gekommen seien[63] und daß daher Wok für die Steiermark im Grunde kein Fremder war. Es würde sich damit eine ähnliche Situation ergeben haben wie seinerzeit im Lande ob der Enns, als Wok von seinem König zum judex provincie dieses Landes eingesetzt worden war.

Von Woks Tätigkeit als steirischer Landeshauptmann ist uns leider nicht sehr viel überliefert, nur ein paar Urkunden geben darüber dürftige Nach-

---

[59] Palacký, Gesch. v. Böhm. II/1 177.
[60] Mon. Boica XXIX b 174 nr. 171; Boczek, Cod. dipl. Morav. III 307 nr. 318.
[61] Pangerl, Wok 20.
[62] Pangerl, a. a. O. 21.
[63] Posch, Siedlungsgesch. d. Oststeiermark. Mittl. d. österr. Inst. f. Gesch.-Forsch. Erg.-Bd. XIII/4, (1941) passim.

richt. Es scheint nämlich, daß Wok, obgleich sich gegen seine Einsetzung kein Widerstand erhoben hatte, in seiner neuen Stellung nur wenig Kontakt zu den steirischen Großen gefunden hat, welche durch seine Ernennung verärgert worden sein dürften. Aber nicht nur das hat seine Tätigkeit in der Steiermark gehemmt! Wie schon weiter oben vermerkt, war Wok nach seiner eigenen Angabe[64] zwischen 1260 und 1261 — wahrscheinlich durch eine in der Ungarnschlacht erlittene schwere Verletzung — dem Tode nahe gewesen und in der Folge nicht mehr vollständig genesen, was ebenso wie die ablehnende Haltung der Steirer seine Tätigkeit als capitaneus Styriae schwer gehemmt und endlich seiner Wirksamkeit durch den Anfang Juni 1262 zu Graz erfolgten Tode ein allzufrühes Ende gesetzt haben mag. Als er sein Ende nahe fühlte, wollte er in einem am 4. Juni zu Graz ausgefertigten Testamente letztwillig nochmals all diejenigen belohnen, welche ihm in den Jahren angestrengtester Tätigkeit für seinen König, zu dessen getreuesten Gefolgsmännern er gehört hatte, sowie bei der Mehrung von Besitztum und Macht der Rosenberger Witigonenlinie treu zur Seite gestanden hatten. Eine ganze Reihe seiner Gefolgsleute scheint so in diesem letztwilligen Vermächtnisse auf, wodurch einiges Licht auf Woks engste Umgebung in seinen letzten Jahren fällt, während wir durch die testamentarischen Zuweisungen von Gut und Geld sowohl an seine Familie als auch an die Gefolgsleute ein paar weitere dürftige Nachrichten über seinen ausgedehnten Besitz an Grund und Boden sowie über seine Vermögensverhältnisse erhalten. Es soll aber hier nur sein Grundbesitz im Grenzwaldgebiete Südböhmens näher behandelt werden, während Angaben über Besitzungen Woks, die außerhalb dieses Gebietes gelegen waren, nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden können. An seinem Sterbelager waren außer einigen steirischen Dominikanermönchen und Minderbrüdern als engste Vertraute, die dann auch als Testamentszeugen aufscheinen[65], anwesend Herr Prechtlin von Ried, Woks Offizial — welche Stellung Pangerl mit Amtmann wiedergibt[66] — Konrad von Turdelingen, die Kämmerer Kojata und Grillo sowie sein Notar Rüdiger. Im Testamente selbst begegnen wir unter den mit Schenkungen Bedachten Woks Marstaller Wernhart, den beiden Burggrafen Benata und Budilow, von welch beiden der letztere Burggraf von Rosenberg war, und endlich dreien in Woks Diensten stehenden Rittern, nämlich Kalhoch, Andreas und Swatomir. Auch die nur dem Namen nach angeführten Bedachten, wie Lohemil, der Herr von Lettowitz und ein Herr Borso werden entweder zur Gefolgschaft Woks von Rosenberg gehört oder diesem doch wenigstens nähergestanden haben.

Was nun den reichen Rosenbergischen Grundbesitz betrifft, soweit dieser im Grenzwaldgebiet gelegen war, sollte Woks Gattin Hedwig diesen zu-

---

[64] Pangerl, UB v. Hohenfurt 10 nr. 8.
[65] Pangerl, a. a. O. 17 nr. 13.
[66] Pangerl, Wok 23.

sammen mit seinen übrigen weit verzweigten Gütern gemeinsam mit beider Söhnen Heinrich und Witiko besitzen, wenn sie in ihrer Witwenschaft verbleiben und mit Heinrich und Witiko Gütergemeinschaft haben wolle. Wofern sie aber eine Gütertrennung vorziehen würde, sollten ihr außer den bereits in Mittelböhmen gelegenen Orten Podiehus und Wesseli an der Lainsitz noch das südböhmische Strobnitz mit allem was dazu gehörte, weiters Grund in Niederösterreich, soweit er ihr verpfändet worden sei, und endlich das in dem uns unbekannten Heiratsvertrage ausgeworfene Witwengehalt gehören. Würde sich Hedwig aber wieder verehelichen, so sollte sie nur auf Wesseli und Strobnitz mit allem Zubehör sowie auf Gmünd und auf ihr Witwengehalt mit dem zwischen Leonfelden und Freistadt gelegenen Hofe ob Schwant Anspruch erheben können. Im übrigen bedachte er sie noch mit dem Hofe und den Feldern gegen Summerau zu sowie mit den näher gegen Eibenstein bis an die böhmische Grenze gelegenen Äckern. Die Frage, ob sich Woks Witwe nach 1300 tatsächlich mit dem steirischen Herrn Friedrich von Stubenberg ein zweitesmal verehlicht habe, soll hier nur erwähnt werden, da sie immer noch ihrer Klärung harrt und außerdem für diese Arbeit ohne Belang ist.

Woks Testament gibt aber überdies auch einigen Aufschluß über die Männer seiner engsten Umgebung, welche zum Teil zugleich die höchsten Posten in der Verwaltung seiner ausgedehnten Güter inne hatten. So begegnen wir Herrn Prechtlin oder Prechtlo von Ried — diese Ortszuweisung sowie jene für den Amtmann Konrad finden sich in anderen Dokumenten Woks —, der erstmals in den beiden Schenkungsurkunden der Krummauer Witigonen für die Hohenfurter Zisterze von 1259 als Zeuge aufscheint, dann dem Amtmann Konrad von Turdelingen und den beiden Kämmerern Kojata und Grillo sowie dem Notar Rüdiger. Von den drei Burggrafen Woks, die wir ebenfalls bereits aus den Schenkungsurkunden Budiwoys und Witikos von Krummau kennen, finden sich Benata und Budilow, der Burggraf von Rosenberg, wieder. Sie sind wohl die ältesten unter des Rosenbergers Vertrauten und scheinen, zusammen mit Benysius, dem hier nicht genannten dritten Burggrafen, bereits seit der Zeit, die Wok in Mähren verbrachte, in dessen Diensten gestanden und ihm bis zu seinem Ableben treue Dienste geleistet zu haben, weshalb sie im Testamente auch mit Legaten bedacht wurden. Ebenso gehörten die beiden Kämmerer und sein Marstaller zu denen, welchen Wok letzwillig Grundbesitz zu eigen gab. Aus den Namen aller jener aber, die zu ihm in einem Dienst- oder sonstigen Abhängigkeitsverhältnisse gestanden haben, ergibt sich eindeutig, daß der überwiegende Teil von ihnen deutscher Abstammung und von Wok wahrscheinlich erst im Verlaufe der Grenzwaldkolonisation aus dem Lande an der Mühel und an der Donau sowie aus den passauischen Gebieten hereingeholt worden war. Seine tschechischen Gefolgsleute, die gegenüber den Deutschen in die Minderheit geraten waren, sind entweder schon mit ihm aus Mähren mitgekommen oder stammten von seinen innerböhmischen Besitzungen. Dieses

Uberwiegen der deutschen Gefolgsleute am Hofe Woks von Rosenberg war aber keine vereinzelte Erscheinung im damaligen Böhmen, sondern es war als Zeiterscheinung ebenso am Hofe Přemysl Ottokars zu Prag wie auf den Burgen der anderen böhmischen Großen anzutreffen. Das Hereinholen von Gefolgsleuten und Siedlern aus den deutschen Gebieten jenseits der böhmischen Grenze durch Wok bedeutete für den südböhmischen Grenzwald aber zugleich auch den Beginn seiner deutschen Besiedlung bzw. den Anfang der Eindeutschung der wenigen tschechischen Siedlungen, die sich aus der Zeit der früheren, aus Innerböhmen vorgetragenen Kolonisationsversuche noch erhalten hatten. Von den Angaben, die in Woks Testamente über seinen Grundbesitz enthalten sind, ist uns nur die eine neu, daß er auch in Trzebonin begütert gewesen ist, das im heutigen Bezirke Budweis zwar schon im tschechischen Sprachgebiete, aber dennoch im südböhmischen Grenzwalde gelegen war. Man müßte eigentlich annehmen, daß dieser Ort zum Besitz der Krummauer Witigonenlinie gehört hätte, ebenso wie das noch nördlicher bereits im Bezirke Frauenberg gelegene Paschitz, welches er letztwillig für eine Schuld einem gewissen Hostislaus gegeben hat. Das Dorf Ruzin, dessen Lage Pangerl nicht zu bestimmen können geglaubt hat[67], ist wohl identisch mit dem bei Prag gelegenen Orte Ruzin, in welcher Gegend die Witigonen und vor allem deren rosenbergischer Zweig ja bekanntlich reich begütert gewesen sind. Außerhalb des südböhmischen Grenzwaldes gehörten Wok nach den Angaben seiner letztwilligen Verfügung noch das südlich von Prag im Bezirke Sedletz gelegene Dorf Boschejowitz und Pomerswitz, das wir mit großer Sicherheit in Mähren nördlich von Brünn am Flusse Zwitawa suchen dürfen. Am östlichen Ausläufer der heimatlichen Waldberge hatte er, wohl in der anfänglichen Absicht, im böhmischen Landestor Fuß zu fassen, bei Gmünd Besitz an Grund und Boden erworben, welchen Besitz er aber in seinem Testamente in Abänderung seines ursprünglichen Planes dann teils seiner Gemahlin Hedwig legierte, teils der Frau von Potendorf zurückgab. Das Dorf Schindelau, dessen Besitz zwischen Wok und Budiwoj von Krummau längere Zeit strittig gewesen war, wurde letzterem endgültig zugewiesen, so daß von den bedeutenderen Legaten in Woks Testamente nur noch die Orte aufzuzählen übrigbleiben, mit welchen er seine Stiftung Hohenfurt zu begaben gedachte. Es sind dies „Plawe, Novum Forum et quid quid ex ista parte Wultae habeo", also unsere heutigen im Budweiser Bezirke gelegenen Orte Plaben und Neudorf und all das, was er dort am rechten Moldauufer besessen hatte.

Bedeutend und seiner hochgestellten Person würdig waren die Legate, welche Wok von Rosenberg in seinem Testamente bestimmt hatte. Es scheint aber, daß er die urkundliche Ausfertigung seines letzten Willens nicht mehr erlebt hat. Nach einer Eintragung des Hohenfurter Totenbuches[68]

[67] Pangerl, a. a. O. 24, Anm. 105.

[68] Teilweise v. Maxim. Millauer i. d. Abhandl. d. kgl. böhm. Gesellsch. d. Wissensch., Bd. 6, publiziert; Pangerl, Wok 25 Anm. 177.

ist er nämlich „in vigilia sanctae trinitatis 1262", das ist am 3. Juni des Jahres 1262 gestorben, mit welcher Eintragung auch das Wilheringer Totenbuch[69] übereinstimmt, welches zu Woks Namen als Todestag „III. Nonas Junii" setzt. Wenn man auch den primitiven Versuch, welcher diese Diskrepanz zwischen Todes- und Ausstellungsdatum mit der Erklärung abtun will, Woks Notar hätte sich bei der Setzung des Ausstellungsdatums geirrt, guten Gewissens einfach übergehen darf, so hat doch andererseits die Annahme viel für sich, die besagt, Wok sei es nur mehr vergönnt gewesen, seinen letzten Willen vor seiner engsten Umgebung als Zeugen mündlich kundzutun, daß er aber die urkundliche Aufzeichnung desselben auf Grund des rasch eintretenden Todes nicht mehr erlebt hätte. Die Bemerkung in seiner bereits zitierten Urkunde vom 29. Mai 1261 für das Kloster Hohenfurt, er sei in der letzten Zeit an der Grenze zwischen Leben und Tod gestanden[70], welche sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine in der Schlacht von Kroissenbrunn erlittene Verwundung bezieht, könnte eine recht einleuchtende Erklärung für seinen nach längerer Krankheit rasch erfolgten Tode bieten. Seine Ruhestätte fand er der Tradition nach in dem von ihm gegründeten Zisterzienserkloster von Hohenfurt, wenn es in Graz auch einige Stimmen geben soll, die behaupten, daß er im dortigen Dom, der früheren Ägidenkirche, begraben worden sei.

Mit Wok von Rosenberg, dem getreuen Paladin König Přemysl Ottokars von Böhmen, welchem er als erster Landrichter des Landes ob der Enns, als Marschall von Böhmen und endlich als erster Landeshauptmann der neu erworbenen Steiermark in unwandelbarer Treue gedient hatte, war auch der große Kolonisator des südböhmischen Grenzwaldgebietes dahingegangen, der mitten in dieses unwirtliche Urwaldgebiet seine Burg Rosenberg hineingebaut und — im Gegensatz zu den früheren Rodungsversuchen — von dieser Burg als seinem Aktionszentrum aus mit rodungswilligen Siedlern von jenseits der Grenze eine Kolonisationswelle ausgelöst hat, die zu einem vollen Erfolge führte. Er ist sich von Anfang an darüber im klaren gewesen, daß der Herr des Grenzwaldgebietes als Lenker von dessen Rodung im Waldgebirge selbst seine Residenz aufschlagen müsse, wenn sein Vorhaben auch gelingen solle. Mag in den Jahren nach ihm die Rodung dann auch in einem schnelleren Tempo vor sich gegangen sein, als dies unter ihm selbst der Fall war, so steht doch das eine fest, daß er es gewesen ist, der neben seiner vielfältigen Beanspruchung im Dienste seines Königs, dennoch mit großem Geschick und eiserner Tatkraft diese Rodung aus wilder Wurzel begonnen hat. Wenn bis in die jüngste Zeit herab der größte Teil Südböhmens zum deutschen Sprachgebiet gezählt hat, so ist dafür vor allem ihm als dem Initiator dieses erfolgreichen Siedlungsunternehmens der Dank zu zollen.

---

[69] Jodok Stülz, Gesch. d. Cistercienser Klosters Wilhering (1840) 438.
[70] Pangerl, UB v. Hohenfurt 10 nr. 8.

GESCHICHTLICHES VON DER SPITZENKLÖPPELEI IM BÖHMISCHEN ERZGEBIRGE*

Von Siegfried Sieber

Annaberg, die hochgelegene größte Stadt des oberen Erzgebirges, beging im Mai 1961 die 400-Jahrfeier der erzgebirgischen Spitzenklöppelei (26). Denn ein dortiger Chronist gibt 1561 als Beginn der Spitzenkunst an, und da noch heute im sächsischen Erzgebirgsteil viel geklöppelt wird, war eine solche Feier durchaus angebracht. Jedoch wurde außer acht gelassen, daß damals das Klöppeln sofort ins böhmische Nachbargebiet eingedrungen ist und sich bis 1945 dort behauptet hat, ja, daß Tausende von da ihre Klöppelsäcke mit in die neue Heimat genommen haben. Ein Überblick soll deshalb zeigen, wie das Klöppeln von Annaberg ins Böhmische hinüber ausstrahlte und wie eng zwischen Sachsen und Böhmen die Wechselwirkung im Spitzengeschäft gewesen ist (25).

Vorwiegend klöppelten im Anfang Frauen und Mädchen der Bergleute, weil um 1560 der Silberbergbau stark nachließ und die Männer wenig verdienten. Bergmannsfamilien haben denn auch das Klöppeln mitgenommen, wenn sie in andere Bergreviere übersiedelten, in den Harz, die Slowakei und den Böhmerwald. Der Freiheitsbrief für Hostau im Böhmerwald vom Jahre 1587 erklärt, daß sich Spitzenfertiger ansiedeln dürfen (2, S. 135). In enger Fühlung mit Annaberg stand die berühmteste Silberstadt des Erzgebirges, St. Joachimsthal. Dort hatte klöppeln bereits 1600 so um sich gegriffen, daß der Rat der Stadt wegen der Mädchenschule die Eltern ermahnte, ihre Mädchen zur Schule zu schicken, statt sie „nicht stetigs über Klöppeln und Bortenwirken" sitzen zu lassen. Rasch entwickelte sich neben Annaberg St. Joachimsthal zu einem Mittelpunkt des Spitzenhandels. 1615 verlangte der Borten- und Weißwarenhändler Andreas Tröger Klöppelwaren zurück, die ihm am Tein in Prag abgenommen worden waren, und bat, künftig vom Ungeld (Steuer) befreit zu werden, „weil bekannt ist, daß durch das Klöppeln viele Bürgersleute und Bergarbeiter mit Weibern und Kindern" sich ernähren. Daraufhin bat 1616 der Rat der Stadt St. Joachimsthal den König, die Spitzenhändler aus St. Joachimsthal vom Grenzzoll zu befreien, desgleichen vom Ungeld am Tein, dagegen fremde Spitzenhändler, gemeint sind sicher sächsische, mit Zahlung zu belegen (19, S. 32). Damals und auch im nachfolgenden Dreißigjährigen Krieg war ja die Spitze höchst begehrt, wie ein Blick auf Bildnisse jener Zeit erweist. Trugen doch auch Tilly und Wal-

---

* Die Zahlen in Klammern verweisen auf das Literaturverzeichnis.

lenstein Spitzen, und in Schillers „Wallensteins Lager" sagt der Trompeter zum zweiten Jäger:

Ihr habt da einen saubern Spitzen
Am Kragen, und wie Euch die Hosen sitzen!

Plündernde Soldaten nahmen mit Vorliebe feine Spitzen als Beute mit, zumal diese sich leicht in den Packtaschen der Reiter unterbringen ließen. In Weipert, woher Christian Lehmann als Kulturbildchen vom Jahre 1635 berichtet: „Die Wirtin klöppelte des Abends nach der gebirgischen Gewohnheit" (15, S. 375), war Georg Helming Ratswirt und Spitzenhändler. Er hatte viel Klöppelzwirn und Geld bei sich, als Schweden ihn überfielen und ihm den Zwirn abnahmen (16, S. 119). 1640 ließ sich die Gattin des Generals Banér für 50 Taler schöne Spitzen nach Leitmeritz schicken (16, S. 126). 1644 mußte Platten dem schwedischen Obristleutnant Kühnemann 20 Taler, gute Leinwand und ein „Stück gute Spitze" schenken (11, S. 32).

Die Zahl der Spitzenhändler muß sehr groß gewesen sein, wie ja auch in Sachsen viele Männer zuerst als Hausierer und Jahrmarkthändler Klöppelarbeiten ihrer Frauen und Mädchen oder der Nachbarinnen absetzten. Sächsische Spitzenhändler reisten auch während des Krieges nach Prag, wie ein Scheibenberger, der 1639 in diese Bergstadt die Pest einschleppte (15, S. 970), oder Spitzenhändler Wolf Groschupff aus Annaberg, der in Böhmisch Schmiedeberg 1667 von seinem Träger erschlagen wurde (20, S. 427). Unter den Exulanten kamen viele Spitzenkaufleute nach Sachsen. So flüchteten 1650 die Bortenhändler Christoph Kayser und Görg Fischer aus St. Joachimsthal nach Oberwiesenthal (42, S.30). Unter den Gründern von Johanngeorgenstadt waren Spitzenhändler. Aus Abertham, das schon 1575 10 Bortenhändler gehabt haben soll (46), stammte Simon Schmidt, Spitzenhändler und Sohn eines gleichnamigen Spitzenhändlers. Er lebte 1677 in Johanngeorgenstadt, wo auch die Spitzenhändler Georg Heupel, Chilian Epperlein und Gabriel Krause um 1670 sich unter den Zugewanderten befanden. Ebenda wurde 1664 Hans Paulus Lödel, Junggesell und Spitzenhändler, getraut (Kirchenbuch). In Graslitz wird als erster Spitzenhändler Salomon Rück 1666 erwähnt (35). In Gottesgab war Matz Albrecht, Bergmann und Spitzenhändler, gestorben 1680 (15, S. 981). 1689, so erzählt Lehmann (15, S. 58), fuhr ein Spitzenhändler im Böhmischen zu Schlitten heimwärts, fiel in eine Wolfsgrube, konnte aber gerettet werden. Meist arbeiteten böhmische Klöpplerinnen für Annaberger Händler, und ihre Spitzen gingen als „Annaberger" oder „Meissnische Spitzen" weithin zum Verkauf, auch wenn sie aus böhmischen Orten stammten (35). Selbst Körperbehinderte klöppelten, wie die 1660 in St. Joachimsthal gestorbene Maria Fötsch, die keine Daumen hatte, „ging ihr dennoch das Klöppeln so fertig von Händen, daß sie nach damaliger Zeit wöchentlich einen Taler erworben" (15, S. 753). „Noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, war die böhmische Spitzenklöppelei ein Bestandteil der sächsischen" (4, S. 42). In der ganzen Kamm-

landschaft wurde fleißig geklöppelt, und der Lohn wurde in Meißner Groschen bezahlt. Als wöchentlicher Verdienst werden 12—16 Meißner Groschen angegeben (35). 1708 war die Kunst der Klöppelspitze bis nach Komotau hinunter gelangt. 1713 lag infolge schlimmer Teuerung das Klöppeln darnieder. Dann wurde allmählich Neudek, wo feine Zwirn- und Seidenspitzen entstanden, Stapelort für Spitzenware statt Annaberg, das damals seine Rolle als Hauptspitzenmarkt des Gebirges schon an Schneeberg abgegeben hatte (26).

In Graslitz lebten 1722 25 Witwen vom Spitzenklöppeln (23, S. 20). Wieviel Frauen und Mädchen mögen außerdem am Klöppelsack gearbeitet haben! Bald hatte Graslitz 16 Großhändler, die Kommissionsgeschäfte betrieben und ausländische Märkte bezogen (47, 1897, S. 51). Die Spitzenhändler waren nun nicht mehr dürftige Hausierer, sondern selbständige, meist sehr angesehene Kaufleute und wurden von den armen Klöpplerinnen, die für sie Spitzen fertigten, Bortenherrn oder Spitzenherrn genannt. Denn besonders auf böhmischer Seite hat sich die Bezeichnung „Borte" für Klöppelspitze lebendig erhalten. Anton Günthers alter „Bordenhannler" sagt:

Wu sei die Zeiten hie,
Wie ich noch gong on rüstig war
On konnt mit'n Ranzen gieh.

Der Ranzen mit der Spitzenschachtel war des Spitzenhändlers Ausrüstung. Verbreitet war um 1756 das Klöppeln am ganzen Gebirgskamm beiderseits der Grenze (31, S. 247). Wichtigste Orte waren Neudek, Graslitz (47, 1897, S. 51), Joachimsthal, Gottesgab, Wiesenthal. 1766 saßen auch Spitzenherren in Weipert, Preßnitz und Bärringen. Sie handelten nach Ungarn, Tirol, aber auch „ins Reich" (5, S. 161). Besonders gründlich ist Bärringens Spitzenhandel untersucht (7).

Die „Klöppeljungfern", wie alle Frauen und Mädchen, selbst Männer hießen, die Spitzen klöppelten (31, S. 246), bekamen Zwirn und Muster vom Kaufmann und erhielten beim Abliefern ihrer Arbeit den „Klöpplerlohn" (31, S. 161). „Neudeker Spitzen" aus schwarzer Seide oder schwarzem Zwirn gingen in beliebten Mustern in die kaiserlichen Erblande, auch ins Reich, wie eine Relation von 1756 sagt, die auch Originalmuster abbildet. 1—2 Zoll breit, erzielten sie je Elle $5^3/_4$ bis $15^3/_4$ kr. Diese schwarzen Muster waren durch die damalige Mode besonders begünstigt. Sehr feine Ware machten die Neudeker Klöpplerinnen aus gelbem und weißem Nesselgarn oder holländischem Zwirn (44, 1873, S. 199). Traugott von Gersdorf, der 1765 auf einer Reise Neudek berührte, erwähnt diese schwarzen Spitzen (8). Selbst in Frankreich waren Erzgebirgsspitzen von beiderseits der Grenze gesucht. Sie hießen treilliz noir d'Allemagne (10, S. 36). Von Joachimsthal sagt Gersdorf, daß die Bevölkerung von Klöppeln und Bergbau lebe. Aus Karlsbad berichtet er, daß „Spitzen nur wenig mehr gemacht" würden. Böhmisch Wiesenthal pflegte Haarspitzenklöppelei (47, 1897, S. 187).

1766 wurde das Klöppelwesen in Böhmen für ein freies Gewerbe erklärt,

und jedermann konnte es selbständig und geschäftsmäßig treiben (35). Es ist ja die Zeit des Merkantilismus, der versucht, im österreichischen Kaiserstaate Erwerbsquellen so auszubilden, daß sie durch Ausfuhr hochwertiger Waren „Gold" einbringen. Daher setzte auch Maria Theresia drei Preise zu 50, 75 und 100 fl für die Klöppelmeisterinnen aus, welche am meisten Mädchen im Klöppeln feinster und schönster Spitzen unterrichteten. Auch bekam, wer eine Klöppelschule einrichtete, Holz, Licht und Gerätschaften zugesichert. 1767 berief die Kaiserin aus den damals den Habsburgern gehörenden Niederlanden eine Meisterin für eine Spitzenschule in Prag, die außer erwähnten Zuschüssen 12 000 fl Vorschuß bekam. Dem Unternehmer wurden für jedes in die Lehre eingestellte Kind 2 kr täglicher Beitrag auf 2 Jahre, später auf 4 Jahre versprochen (5, S. 170). Damit wollte der Staat die Manufaktur durch Anlernen von Zöglingen weiter verbreiten. Wirklich wurden 50 Mädchen ausgebildet. 1773 wurde die Zahl der Ausgebildeten mit 118 Personen beziffert. Sie fertigten Spitzen nach Brüssler Art im Wert bis zu 10 fl die Elle. Das Unternehmen wurde unter Aufsicht des Kanzleipersonals und dem Verlag durch Graf Clary betrieben, ging aber 1776 ein (5, S. 170). Vor allem fehlte es an feinem Zwirn, obwohl man 1765 deshalb Spinnschulen eingerichtet hatte und 1770 einen Preis von 6 Dukaten für das Sortiment Zwirn, nach holländischem Muster gebleicht und zugerichtet, ausgesetzt hatte. Die sächsische Zwirnerzeugung überflügelte die böhmische (35). In St. Joachimsthal verwendete man 1774 schlesischen Zwirn.

Dort brachte Jungfer Pachmann, die an 900 Personen Arbeit gab, Klöppeln besonders zur Geltung. Die feinste Ware wurde aus gelbem und weißem Nesselgarn oder aus holländischem Zwirn verfertigt (44). Aber der Obereinnehmer Glaser aus Komotau gab bei Hofe an, dieser Erwerbszweig schade, weil dadurch das Paschen von Spitzen aus Sachsen angeregt würde. Er wirkte einen Befehl aus, daß alle Klöppelsäcke in den Grenzorten versiegelt werden sollten (47, 1899, S. 22). Natürlich mußte diese törichte Maßnahme, die gewiß viel Leid und Aufregung in den Kammorten hervorgerufen hat, bald wieder aufgehoben werden, und zur Linderung der dadurch entstandenen Not leistete der Hof auf Bericht des Staatsministers Grafen Zinzendorf, der das Gebirge bereiste, 6000 fl Vorschuß (35). 1786 hatte der Kreis Elbogen die meisten Klöpplerinnen und 126 Händler. In der Herrschaft Rothenhaus ward ein Händler und 244 Klöpplerinnen festgestellt. In der Herrschaft Klösterle wohnten 140 Klöppelnde. Die Stadt Sonnenburg hatte 9 Händler, 340 Klöpplerinnen, die Stadt Preßnitz 13 Händler und 365 Klöpplerinnen. Für Sebastiansberg und die Herrschaft Preßnitz wurden 24 Händler und 1428 Klöpplerinnen angegeben. Wichtige Klöppelorte waren, außer den genannten, Wiesenthal, Bärringen, Weipert, Bleistadt, Gottesgab, Neudek, Heinrichsgrün, Graslitz und Kupferberg. Der Gesamtwert der Klöppelware wurde damals auf 540 000 fl berechnet (35). 1793 wurden im Böhmischen Erzgebirge 14 000, im Jahre 1800 16 743 Klöppelnde erfaßt, 1819 im Kreise Elbogen 12 000, im Kreise Saaz 2—3000 (12). Die österreichische Zollordnung

von 1788 untersagte die Einfuhr fremder Spitzen, aber der Zolltarif von 1818 gestattete dies, wenn der Händler einen Paß vorwies und Zoll für seine Ware zahlte (35).

Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts gab es viele Händler in Bärringen, die von Nachbarorten Besonderheiten kauften oder mit ihnen Ware tauschten, um ihre Kollektion zu vervollständigen (7, S. 244). In Neudek waren Josef Löw, in Neuhammer Katharina Glöckner, in Sauersack Franz Kunzmann als Spitzenhändler tätig.

Heinrichsgrün wies die Spitzenfirmen Franz Rölz, Wenzel Rölz und Franz Karl Böhm auf. Der gleiche Name wird aus Ahornswald genannt. In Pechgrün saß Josef Seidl als Spitzenherr, in Joachimsthal Franz Kuhn, in Böhmisch Wiesenthal Josef Hanka, während in Abertham Adalbert Huth und Franz Kraus sich im Spitzenhandel betätigten. Aber auch nach Johanngeorgenstadt hinüber handelten die Bärringer.

Als 1797 im Frieden von Campoformio die Habsburger ihre Niederlande an Frankreich verloren hatten, suchte man erneut Brüssler Spitzen in Österreich heimisch zu machen. 1806 wurde eine Äralspitzenmanufaktur gegründet, zu deren Leitung man aus Brüssel Frau Vandencruys mit vier Töchtern gewann. Diesmal wurde der Versuch nicht in Prag sondern in Wien gemacht. Als Lehrerinnen hatte man 18 der besten Arbeiterinnen und 2 Aufseherinnen aus Brüssel auf sechs Jahre angeworben, und auf Staatskosten wurden 32 Mädchen aus den Kreisen Saaz und Elbogen nach Wien geschickt, dort unterrichtet und 1812 in ihre Gebirgsheimat entlassen, um im Erzgebirge ihre neue Kunst zu verbreiten. Da den leitenden Frauen aber kein Unternehmer zur Seite stand, scheiterte auch dieser Versuch. Immerhin entstanden 1813 fünf neue Spitzenschulen, darunter in Graslitz, Joachimsthal und Elbogen. Sie erhielten anfangs den Zwirn unentgeltlich, und die Lehrerinnen wurden mit 2 fl Tagegeld bezahlt. Dann legte man die Wiener Hauptanstalt nach Prag. Alle Ausrüstung der Wiener Schule und ein Vorschuß von 60 000 fl wurde den Schwestern Vandencruys übergeben. Sie sollten die Manufaktur auf eigene Rechnung weiterführen und die Lehranstalten im Erzgebirge betreuen. Man arbeitete Réseaux (zellartigen Spitzengrund), Plats (Blumen zum Aufsticken dazu) und geklöppelte „Points". 1817 übernahm das Ärar die Einlösung der Arbeiten. 1819 wurden zwei Lehrerinnen angestellt, die das Zusammensetzen der Spitzen lehren sollten (35, 5, S. 171). Um aber im Erzgebirge das Klöppeln neu zu beleben, wurden 1818 die dortigen Schulen neu eingerichtet und auf 15 vermehrt. Bis 1820 wurden 294 Mädchen auf ihnen ausgebildet. Von ihnen wirkten die Fortschritte in Technik und Musterung sich in die böhmischen Orte aus, aber auch nach Sachsen hinüber. Brüssler Spitzen wurden damals auf Polstern gefertigt in Graslitz, St. Joachimsthal, Bleistadt, Fribus, Platten, Abertham, Gottesgab, Kupferberg, Schmiedeberg, Preßnitz. Mit der Nadel wurden sogenannte Points in Gossengrün hergestellt. Um Rohstoff nach niederländischer Art im Lande zu beschaffen, wurde auch Flachsbau und Flachs-

appretur, Zwirnen und Bleichen neuartig betrieben, ein durchaus großgedachtes Vorhaben. Aber schon 1822 wurden die Anstalten aufgelöst, und 1860 fand Schebek in vielen Orten keine Spur mehr von diesen Schulen und ihren Erzeugnissen (5, S. 172/3). Inzwischen war der Einfluß von Sachsen aus stärker geworden, wo der Dresdner Spitzenhändler und Hoflieferant Schreiber 1844 in Oberwiesenthal Lehrerinnen für Brüssler Spitzen ausbilden ließ (25, S. 31).

Im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts gaben die Verleger gezwirntes Baumwollgarn aus, gegen Mitte kamen Schafwoll- und Roßhaarspitzen hinzu. Man unterschied Bauernspitzen als grobe Sorte, Bett- und Torchonspitzen sowie Kirchenspitzen von verschiedener Feinheit. Doch hatten die Klöpplerinnen, wie in Sachsen, zahllose Namen für die einzelnen Muster (25, S. 81—84). Die Bobinettmaschine, 1809 erfunden, konnte schon auf der Leipziger Messe 1820 so billige Spitzen zeigen, daß den Klöpplerinnen der Verdienst erschreckend absank. Trotz größten Fleißes kamen sie täglich höchstens auf 5 kr, meist nur auf 2—4 kr je Tag.

Man wich aus in das der Maschine numögliche Klöppeln von Blonden (Seidenspitzen) und stellte in Hirschenstand, Silberbach, Sauersack und Fribus englischen Tüll her, hatte aber nur wenig Erfolg (47, 1899, S. 28). 1845 wurden noch immer 31 731 Klöppelnde registriert, wobei wahrscheinlich viele, die nicht ganzjährig, nur vorübergehend klöppelten, gar nicht mitgezählt wurden, darunter viele Männer, die winters ihre Außenarbeit als Maurer, Zimmerleute, Forstarbeiter einstellen mußten und zu Hause in der engen Stube mitklöppelten. In Christophhammer, wo das Hammerwerk samt seinen Nebenzweigen einging, half 1840 Klöppeln über furchtbare Not hinweg (18, II, S. 99).

Anna Stowasser aus Graslitz, später verehelichte Keilwerth, hatte 1810 in jener Wiener Anstalt Plat-Spitzen (Blumen) zu machen gelernt, war dann als Meisterin in der Industrieschule Graslitz lehrend tätig, und in ihrer Familie blieb die Kunst der Plats erhalten. 1834 wurde deshalb die Graslitzer Spitzenschule wieder eröffnet, und Anna Keilwerth führte als Lehrerin und Unternehmerin in einer Person die Spitzenherstellung weiter. Auf dieser Schule wurden die „Blumen" geklöppelt oder, wie man hier kleiner Abweichungen in der Technik wegen sagte „geglöggelt". Eine andre Schule machte den „Grund", in welchen die Blumen eingestickt werden sollten. Dort unterrichtete Victoria Sandner. Der Staat stellte Klöppelpolster, Zwirn, Klöppel und Nadeln zur Verfügung und zahlte der Lehrerin 60 fl Monatsgehalt nebst freier Wohnung, Licht und Holz. Jede der 20 Schülerinnen brachte es wöchentlich auf 4—6 fl. Aber die Staatsunterstützung dauerte nicht lange. Anna Keilwerth kaufte alles vorhandene Gerät, betrieb diese Spitzenkunst weiter und und lieferte nach Prag und Wien (47, 1899, S. 30). 1847 kam aus Bärringen Johann Fuchs mit seinen Söhnen nach Graslitz. Sie gründeten die Firma Josef Fuchs Söhne, ein blühendes Spitzengeschäft, neben dem das Weißwarengeschäft Josef Meindl sich dem Spitzenverlag

widmete. 1881 schlossen sich beide Firmen als Fuchs, Meindl und Horn zusammen (23, S. 24).

1855 begann die Spitzenschule Graslitz erneut mit Plats, und Erzherzogin Sophie stiftete erst 1400, später noch 1200 fl dafür. Graf Nostitz wurde Protektor der Schule. In zwei Zimmern des Schulhauses arbeitete die „Glöggelschule" bis 1858 und bildete in dieser Zeit 54 Schülerinnen aus. Wien, Prag, Budapest, die böhmischen Bäder nahmen Platspitzen gern ab. Jedoch verdrängte allmählich die von Eibenstock herübergekommene Stickerei in Graslitz das Klöppeln (47, 1899, S. 30).

Gossengrün hatte die belgische Pointspitze übernommen. Diese wird nicht geklöppelt sondern gehört zu den Nadelspitzen. Ursprünglich war Bleistadt als Sitz dieser Fertigung vorgesehen. Dort war aber die alte Klöppelei noch sehr lebhaft, und die Klöppelkreise lehnten die neue Spitzenart ab. Dagegen fand die Lehrerin in Gossengrün so starken Erfolg, daß der Ort durch diese kostbaren Spitzen berühmt wurde. Sie lehrte ihre Kunst nur besonders tüchtigen Schülerinnen, die geloben mußten, sie nicht außerhalb des Ortes bekannt zu machen. Als „Gossengrüner Arbeit" gingen fortan diese Erzeugnisse weit hinaus, vollends als Faktor Vincenz Stowasser, der mit Faktor Felix Stark und der Prager Spitzenhändlerin Gabriele Hennerice Gossengrün betreute, auch mit dem sächsischen Hofspitzenlieferanten Friedrich August Schreiber Verbindung aufnahm. Nachdem Gossengrün das Brautkleid der Kaiserin Elisabeth geliefert hatte, kaufte nun auch Prinzeß Auguste von Sachsen zierliche Taschentücher, oder Gossengrüner Spitzen gingen als Geschenke an die Zarin, die Königin von Bayern und andre Fürstlichkeiten. Sobald allerdings Gossengrüner Mädchen sich nach auswärts verheiratet hatten, nahmen sie ihre Kunst dorthin mit, so daß die „Blumenbereitung" auch in Schönfeld, Bleistadt, Grünlas, Maria Kulm aufkam und in sechs Jahren 1000—1500 Personen ernährte. Um 1860 vertrieben in Gossengrün 18 Händler, in Bleistadt, das 212 Arbeiterinnen stellte, drei Händler Gossengrüner Spitzen und hatten besonders in Kurorten Erfolg. 1871 waren noch 1500 mit dieser Spitzenarbeit beschäftigt. Eine Arbeiterin brachte es durchschnittlich auf 2—4 fl Wochenlohn. In der Bleistädter Industrieschule lehrte 1854 eine Gossengrünerin die Points. Durch ehemalige Gossengrüner Spitzenhändler wurde diese Nadelspitze sogar nach Hirschberg in Schlesien übertragen, wo noch im 20. Jahrhundert die Spitzenschulen der Fürstin Pleß und der Maria Hoppe blühten (5, S. 175).

Erzherzog Stephan, früher Statthalter von Böhmen, regte Versuche an, die darniederliegende Spitzenindustrie zu heben. Der zu diesem Zwecke gegründete „Hilfsverein für das Erz- und Riesengebirge" wurde mit der Zeit zum „Zentralkomitée zur Förderung der Erwerbstätigkeit" (30) und hat durch Anregungen, mannigfache Untersuchungen und Veröffentlichungen Wege zur Besserung der Wirtschaft in diesen Gebirgslandschaften gewiesen (vgl. 5 und 30). Die Krinolinenmode brachte seit 1850 erhöhten Bedarf an Spitzen für Reifröcke. Kein Wunder, daß als Übergang vom altheimischen

Klöppeln zur Brüssler Technik für Tüllstickerei, Applikation und Points besondere Schulen errichtet wurden: in Trinkseifen 1854/5, in Bleistadt 1854—62, in Heinrichsgrün 1856/7, in Bärringen 1855—58, in Preßnitz 1857/8, in Katharinaberg 1857—60. Reine Klöppelschulen bestanden in St. Joachimsthal 1848—53 und Sonnenberg 1852—58. Kunau bekam eine Schule für Schaf- und Baumwollspitzen, die 1854/6 bestand. In Schmiedeberg lernten Schülerinnen 1856—61 Spitzen aus Hanf und Roßhaar fertigen und mit Stroh verzieren (47, 1899, S. 31). Derlei bunte, fein mit Stroh ausgelegte Spitzen waren in Annaberg-Buchholz auf der Jubiläumsausstellung 1961 zu sehen. Die Zahl der Menschen, die an der Spitzenkunst festhielten, wiewohl von Annaberg und Weipert sich als Heimarbeit Gorlnähen ausbreitete und Stickereiindustrie von Eibenstock aus viele Gebirgsorte erfaßte, betrug 1863 immer noch 8000. Weiße Spitzen klöppelten damals die Frauen und Mädchen von Platten, Bärringen, Abertham, Schönlind, Heinrichsgrün, Griesbach, Totterwies, Rothau, Fribus, Sauersack und Hirschenstand, wo Anton Gottschald auch Tüll nähen ließ. Seidenspitzen entstanden in Böhmisch Wiesenthal, Dürnberg und Stolzenhain, schwarze Seidenspitzen in Neuhammer, Trinkseifen, Neudek und Umgebung. Für Kirchenspitzen war Pürstein und Umgebung berühmt.

Aus Sachsen war herübergekommen die Kunst der Valençiennes-Spitze. Sie fand in Gottesgab, Abertham, St. Joachimsthal guten Boden, wo mehrere hundert Menschen in der Woche damit 1 fl 50 kr verdienten, z. T. besser, als bei einfacher Spitzenklöppelei (5, S. 176). Tobisch (34) fand in Gottesgab 1874 Klöppeln und Blumennähen nebeneinander, ferner Spitzenkunst in Graslitz, Platten, Kupferberg, St. Joachimsthal, wie auch Elfried von Taura (33) in Weipert neben Strumpf- und Posamentenindustrie noch Klöppeln erwähnt und die Spitzenfirma Wenzel Schmid nennt.

Aber der Klöppellohn sank unaufhaltsam, da der Verkauf der Spitzen den Erwartungen nicht entsprach. Pisling (22) nennt 1861 als Erlös einer fleißigen Klöpplerin 8—10 Neukreuzer je Tag, wovon noch der Preis des Zwirns in Abzug gebracht werden muß und im Winter das Öl, obwohl 4—5 Menschen bei einem „Tiezel" oder „Tazel" arbeiteten. In manchen Orten wurden 5, ja nur 4 Neukreuzer bezahlt, anderswo 20—25 erzielt. In Sonnenberg, Schmiedeberg, Reischdorf, Kupferberg war der Lohn am niedrigsten. Pisling meint, die Arbeit und Mühe sei zu groß im Verhältnis zum Ertrag. Er möchte Klöppeln durch eine lohnende Industrie ersetzen. Aus seiner Aufstellung der Klöppelorte 1860 seien die wichtigsten angeführt samt Zahlen der Spitzenschaffenden: St. Joachimsthal 1530, Gottesgab 370, Böhm. Wiesenthal 120, Seifen 130, Selzengrün 237, Bernau 50, Eibenberg 300, Hermesgrün 15, Hirschenstand 100, Hochofen 400, Hohenstollen 30, Kommersgrün 10, Neudek 300, Neuhammer 500, Sauersack 350, Schindelwald 200, Schönlind 400, Trinkseifen 800, im Plattener Bezirk 4000. Als „Spitzenfabriken" (besser Manufakturen) zählt er auf: drei in Bärringen, zwei in Graslitz, je eine in Neudek, Weipert, Böhm. Wiesenthal, Michelsberg. Das Spitzen-

geschäft ruhte in den Händen von 84 Spitzenherren, von denen 7 in Bärringen (darunter Meinls Erben und Prokop Poppenberger), 8 in Abertham, nur einer in Platten, 5 in Preßnitz, ebensoviele je in Gottesgab und Weipert, 6 in St. Joachimsthal, einer in Böhm. Wiesenthal, nicht weniger als 21 in Schwaderbach, 9 in Graslitz, 2 in Bleistadt wohnten. In Hirschenstand hatte Anton Gottschald eine eigene Spitzenschule (31).

1867 erbot sich der Berliner Spitzenfabrikant Johann Jakob Wechselmann, zwölf Musterwerkstätten nach dem Vorbild der Hirschberger Spitzenschule zu errichten, wo feine Spitzen gelehrt und gefertigt werden sollten. Er erhielt dazu staatliche Beihilfe. Die Hauptleitung befand sich in Neudek; belgische Meisterinnen unterrichteten in Bärringen, Seifen, Gossengrün usw. in verschiedenen Spitzenarten. Aber Wechselmann zahlte die letzten Raten nicht. Er kündigte 1871 die Lokale und dem Personal. Doch blieben die Werkstätten bestehen, ja sogar zwei mehr wurden auf besondere Kosten unterhalten (6). Dotzauer bereiste die Spitzenschulen und Lehrwerkstätten. Diese staatlich angeregten Einrichtungen bestanden 1867—72 (34). Auch beteiligte sich das Böhmische Erzgebirge an Ausstellungen. Spitzenfabrikant Friedrich Kuhn, St. Joachimsthal, zeigte 1831 in Prag eine Musterkarte feiner Zwirnspitzen. Gustav Kuhlmann, Böhm. Wiesenthal, erhielt für seine Spitzen eine bronzene Medaille, Anton Gottschald und Co. in Hirschenstand bekam 1837 in Prag die bronzene, 1845 in Wien die silberne Medaille. Auch die Weltausstellungen in Paris 1855, in London 1862 prämiierten erzgebirgische Spitzenkunst (47, 1899, S. 31). 1878 auf der Pariser Weltausstellung bildeten die Spitzen den Glanzpunkt im österreichischen Pavillon. Kaiserin Elisabeth bestellte Spitzen und schenkte eine Erzgebirgsspitze an die Wallfahrtskirche Maria Zell (21, S. 5).

1880 beschränkte der deutsche Zolltarif den Grenzverkehr mit Spitzen. Daraufhin errichteten sächsische Firmen Filialen mit Heimarbeiterinnen auf böhmischer Seite. Auslandsaufträge erledigten sie unmittelbar über Triest und sparten damit Zoll (40, S. 77).

Um geschmacklich vorwärts zu kommen und Anschluß an den Weltmarkt zu behalten, bezogen böhmische Verleger Muster aus Paris und Brüssel. Im Lande wurde durch Wanderausstellungen für die heimische Spitze geworben: 1881 in Eger, 1882 in Triest, 1884 in Teplitz. Selbst eine Ausstellung in Barcelona wurde mit Spitzen aus Böhmen beschickt. Meist gab es dafür Medaillen. In Graslitz, Bleistadt und Gossengrün klöppelten die dem Klöppelsack treu Gebliebenen Points à l'aiguille und Points Duchesse, in Neudek war Chantilly und Guipure-Spitze üblich, in Gottesgab Valençiennes und Klosterspitze. Süßmilch-Hörnig nennt 1889 neben Gottesgab besonders Bärringen als Spitzenort. Der kaiserliche Hof kaufte gern. Auch hatten einzelne gewandte Spitzenhändler im Ausland Erfolg. Ottomar Wenzel vertrieb Heinrichsgrüner Spitzen in Frankfurt am Main. Die Firma Wolf in Gottesgab versandte Spitzen ins Deutsche Reich, nach Rußland, Rumänien, New York und Kanada (1884) (30). Viele Spitzen wurden nach Sachsen ge-

liefert und drückten durch ihren niedren Preis die Löhne sächsischer Klöpplerinnen. So bezogen sächsische Firmen 1879 für eine große amerikanische Bestellung vier Fünftel der weißen Torchon- und Bettspitzen aus böhmischen Orten, und 1880 erhielt eine große Schneeberger Firma zwei Drittel ihrer Spitzen aus Böhmen (27). Denn die Klöpplerinnen auf dem rauhen Gebirgskamm waren mit noch weniger Lohn zufrieden als ihre sächsischen Schwestern. Wiederholt bemerken Erzgebirgsschilderer, daß manches Stück Spitze im Busen seiner Schöpferin versteckt über die Grenze wandere. Sehr stark gepascht wurden Spitzen bei Satzung (14, S. 45). Denn die zahlreichen Hausierer, die jahraus jahrein von Satzung weithin auf Handelsfahrten zogen, legten Wert auf wohlfeile Spitzen, die sie unter dörflicher Bevölkerung absetzen konnten. Böhmische Spitzenverkäufer kamen nach Ulmbach, dem böhmischen Nachbarort Satzungs, und dort im Wirtshause besichtigten Satzunger Händler die Vorräte, bestellten auch Ware nach böhmischen Mustern. Obendrein hatte in Ulmbach eine Spitzenhandlung ihren Sitz und verfügte über ein reichhaltiges Lager. Die böhmischen Spitzen wurden von den Satzungern bar bezahlt. Schlecht zu sprechen waren die Satzunger auf den anderen böhmischen Nachbarort Reischdorf; denn von dort gingen ebenfalls viele Hausierer, gewissermaßen die Konkurrenten der Satzunger, auf Reise, und ihnen sagte man nach, sie paschten ihre Spitzen nach Sachsen (14). Auch Händler aus dem Böhmerwald kauften im Böhmischen Erzgebirge ein, wie umgekehrt Neudeker Spitzenkaufleute im Böhmerwalde eigne Vorkäufer hatten (2, S. 177, 179). Als gegen 1900 die Spitzenausfuhr aus dem Erzgebirge nach den USA gewaltig anstieg, nahm auch der böhmische Gebirgshang an dieser guten Konjunktur teil, und sächsische Firmen verstärkten, um Zoll zu vermeiden, ihre Ankäufe und Sendungen aus Böhmen (37,92), wogegen böhmische Hausierer in sächsischen Sommerfrischen ihre Ware anboten. 1902 gründete Platten, das damals sonst vorwiegend Handschuhe machte, eine Spitzenschule (43, S. 42), und 1907 begannen in Böhmisch Wiesenthal und Stolzenhain Spitzenkurse. In Heinrichsgrün erwähnt Berlet (1, S. 238) 1904 eine Spitzenschule. Die Spitzenschule in Tiefenbach im Böhmerwald wurde 1907 von einer Gottesgaber Lehrerin geleitet (2, S. 138). Die große Gewerbeausstellung auf dem Keilberg 1908, die von Erzherzog Karl besucht wurde, gab einen Überblick über die Spitzenkunst auf der böhmischen Gebirgsseite. Kupferberg hatte noch 1900 neben Posamentenheimarbeit auch Klöppelei, wie Sonnenberg neben Kunstblumenindustrie Spitzen pflegte (36, S. 41). Wilbrandt gibt um 1905 eine Schilderung (41) der Zustände im Klöppelwesen und sagt, daß damals im böhmischen Anteil etwa 15 000, trotz erdrückenden Wettbewerbs mit der Maschinenspitze, an ihrer Handarbeit festhielten. Klöppelschulen aus Staatsmitteln oder von gemeinnützigen Vereinen gegründet, hätten die Technik verfeinert und damit die Preise gehoben, da „diese kunstvolleren Muster der Konkurrenz der Maschine entzogen sind" (41, S. 49). Er berechnet den Durchschnittsverdienst einer ganzjährig arbeitenden Klöpplerin nach Abzug der Auslagen für Zwirn oder Seide auf 30 fl

im Jahr, von denen, wie er sagt, die Wohnungsmiete einen großen Teil verschlingt, so daß, um einen Haushalt zu bestreiten, möglichst viele Personen der 10 bis 12 Köpfe umfassenden Familie klöppeln müssen. Die Mutter macht die Wirtschaft, die Mädchen fertigen Spitzen. Viele haben uneheliche Kinder, wohnen eng, nähren sich schlecht, sitzen fünfzehn Stunden lang fast unbeweglich vorgebeugt. Frühe und anhaltende Kinderarbeit trägt weiter dazu bei, die Bevölkerung gesundheitlich zu schädigen. Sobald die Marktlage für Posamenten günstiger ist, gehen sie zum Gorlnähen über (41, S. 50). Blau beobachtete in Hengstererben Kinder, die während ihrer ganzen freien Zeit klöppelten, oft sogar die Nacht durch bis zum Morgengrauen am Klöppelsack zubrachten (2, S. 182).

Slosarek (29) unterscheidet um 1920 drei Klöppelbereiche: a) um Neudek, dem Mittelpunkt des Spitzenhandels, wo größere Verlagsfirmen saßen; b) um Gottesgab; c) um Sebastiansberg, Weipert und fast bis Komotau. Die Verleger wohnten in den Städten, Zwischenmeister in kleinen Orten, und die Heimarbeiterinnen lebten überall, sogar verstreut bis in entlegenste Waldweiler. Vor dem 1. Weltkrieg klöppelten 12—15 000. Sächsische Spitzenhändler kauften einen Teil der Erzeugung. Auch kamen amerikanische Vertreter ins Gebirgsland. 1903—18 bestand die Staatsschule des Zentralspitzenkursus in Wien, später die Staatslehranstalt in Prag (29, S.25). Für den Böhmerwald gibt Blau (2, S. 135) damals 3000, für das Erzgebirge 15 000 Klöppelnde an.

In einem Rückblick auf die Geschichte der böhmischen Spitzenkunst im 19. Jahrhundert läßt Slosarek das Auf und Ab deutlich werden: In den 50er Jahren war die Nachfrage nach Spitzen groß, und die Weltausstellung in Paris 1867 war für das böhmische Spitzenwesen ein großer Erfolg. Der Aufschwung setzte sich 1870/71 fort, als die französische Spitzenerzeugung darniederlag. In den 80er Jahren kam ein Umschwung der Mode und damit für die Klöpplerinnen schwere Zeit. Gegen 1900 erfolgte abermals ein Aufschwung, weil Amerika kaufte. Er dauerte bis fast zum 1. Weltkrieg; denn kurz vor 1914 flaute das Spitzengeschäft ab. Das schlimmste Jahr im Kriege war 1917, als keine Lebensmittel in die hochgelegenen Dörfer gelangten. Die Klöpplerinnen litten ungeheure Not. Bei einer Hilfsaktion wurden damals 11 354 Heimarbeiterinnen der Spitzenklöppelei gezählt, von denen 6046 unterstützungsberechtigt waren. Die Gemeinden gaben kleine Darlehen zur Anschaffung des teuer gewordenen Zwirns. Im Herbst 1918 setzte ganz plötzlich eine starke Nachkriegskonjunktur ein, da die Welt aufnahmefähig war für langentbehrte Spitzen und die Tschechenkrone günstig stand. Sie hielt bis 1921 an. Waren 1906 im böhmischen Erzgebirge Spitzen im Werte von 2½ Millionen Kronen gefertigt worden, so galt die Erzeugung 1919 15 Millionen Tschechenkronen (29, S. 11). Mit dem guten Geschäftsstand schnellte die Zahl der Spitzenhändler auf 500 empor. Hausierhandel schaffte viel Absatz; vor allem wurden viel Spitzen nach USA verkauft, auch nach England, Dänemark und durch Schieber ins Deutsche Reich.

Maßnahmen, die wirtschaftliche Lage der Heimarbeiterinnen zu bessern,

waren 1. Staatshilfe, 2. das tschechische Heimarbeitsgesetz 1920, 3. die Krankenversicherungspflicht von 1919 an, 4. Selbsthilfe von Genossenschaften. Österreichischen Spitzenhändlern war es während des Krieges gelungen, mit Hilfe erzgebirgischer Klöppelmädchen in China ganz billige Arbeitskräfte zum Klöppeln anzulernen. Die daraus hervorgegangene Importware drückte den Preis erheblich. Auch Japan lieferte in jener Zeit 1 m Klöppelspitze für 3 Pfennige. Der sogenannte Veredelungsverkehr mit Böhmen erlaubte in der Nachkriegszeit sächsischen Verlegern, Spitzen jenseits der Grenze klöppeln zu lassen und zollfrei einzuführen. Das belebte auf böhmischer Seite das Klöppelwesen (28, II, S. 64). War doch für manche Orte Spitzenklöppeln der einzige Erwerbszweig (29, S. 5). Allerdings wurde es z. T. als Saisonarbeit neben der kleinen, dürftigen Landwirtschaft betrieben, z. B. um Neudek, während bei Gottesgab, Abertham und Seifen den Klöpplern Flurbesitz meist fehlte (29, S. 50). Das Trucksystem, mit dem Faktore als kleine Ladenbesitzer die Klöppelmädchen veranlaßt hatten, Waren statt Geld zu nehmen, verschwand erst 1922 gänzlich (29, S. 41).

Zwischen den beiden Weltkriegen litt der böhmische Gebirgsteil sehr unter der Absperrung von Sachsen. Umso mehr hoffte man, nachdem die Grenze gefallen war, auf einen neuen Aufstieg der Klöppelei. In diesem Sinne wurde z. B. die Spitzenklöppelschule in Neudorf bei Sebastiansberg 1941 erneuert (38). Die alte Volkskunst sollte erhalten werden! In Neudek wirkte in jener Zeit Richard Baumann als „Spitzenfabrikant". Dann kamen die harten Kriegsjahre mit völliger Einstellung der Klöppelei und das grausige Ende 1945. Es sah so aus, als sollten 350 Jahre heimischer Spitzenklöppelei ausgelöscht werden. Dennoch! Viele Vertriebene nahmen den lieben alten Klöppelsack mit und begannen in andern Orten fleißig von vorn. Daß 1952 2000 sudetendeutsche Klöpplerinnen für dauernde Auslandsproduktion gesucht wurden (45), und die Blüte neu eingerichteter Klöppelschulen in der Bundesrepublik zeugen vom Fortleben der altüberlieferten Kunst auch unter sehr veränderten Umständen.

Volkskundlich betrachtet, ist vieles ähnlich wie im sächsischen Gebirgsteil. Der Klöppelsack, ein walzenförmiges abgerundetes Kissen, wurde mit Werg, Sand, Kleie gestopft. An beiden Enden sah man unter Glas Heiligenbilder oder Sprüchlein. In Graslitz fand Blau (2, S. 163) mit Heu gefüllte Klöppelpolster auf eignen Gestellen (Gerüsten) mittels einer die Polster durchziehenden Welle hängen. Das Gestell, auf dem sonst der Klöppelsack ruht, mancherorts „Rahmen" (38) genannt, auch „Ständer" oder „Bock", war manchmal volkskünstlerisch verziert oder bemalt. Die Klöppel, etwa 6 cm lange Holzkegel mit einem größeren Knopf am spitzen Ende, hießen „Duteln" (Stocklöw, 31, sagt: Dutte). Sie wurden mit Zwirn umwickelt, der sich bei der Arbeit abspult. Je nach Größe der Spitze waren 20—200 Klöppel nötig. Die Aufstecknadeln, von denen manche bunte oder sonst auffällige Köpfe trugen, hießen „Bambelnadeln", die rechts hängenden Klöppel „Zängelrand", die linken bloß „Rand" (31). Der Klöppelbrief (die Aufwinde), ein

brauner oder roter Papierstreifen, zeigte das schwarze Muster mit auspunktierten Nadelstichen. Die Klöpplerin überzog den Brief mit Leim und stach die durch Punkte bezeichneten Löcher durch (2, S. 169). Zu jedem Loch nahm man zwei Paar Klöppel (2, S. 170). „Briefstecher" vervielfältigten die Muster. Das nannte man „Klöppelbriefe reimen" (35). Viele Muster wurden von Klöpplerinnen selbst erfunden oder von den Briefstechern geschaffen. Gerade insofern erweist sich die Klöppelei als wahre Volkskunst, in der sich schöpferische Begabung der Gebirgsbevölkerung geäußert hat. Erst die Einführung belgischer Muster hat diese gesunde Eigenkraft der erzgebirgischen Spitze unterdrückt. Tausende von Namen für die heimischen Muster gingen im Volke um. Ich habe bei deren Zusammenstellung nicht nur Namen aus den sächsischen sondern auch aus böhmischen Klöppelorten berücksichtigt, da sie ja beiderseits der Grenze üblich waren (25, S. 81 ff.). Erinnert sei nur an das „Wässerle", eine einfache Spitze, die Anton Günthers „Großmütterla" noch bis ins Alter klöppelte. Eine reiche Sammlung von Musternamen hat Blau (2) für den Böhmerwald zusammengebracht. Er nennt (2, S. 171) aber auch ältere Muster aus dem Erzgebirge in der Reihenfolge der Schwierigkeit: Messerspitzen, Mauszähnchen, Reibeisen, Schafhütten, Luft (eine Spitze, die „leer" oder „blind" geklöppelt wurde), gute Kette, Kammerwagen, Landstraße. Als leichteste Spitze galt „Flackala". Der schmale Streifen Leinwand, der dazu diente, die fertigen Spitzen auf dem Klöppelsack zu befestigen, hieß in Böhmisch Wiesenthal „Bortentüchl". Den Klöppelsack nennt Stocklöw auch Klöppelstock. Die „Zohl" war die von der Mutter für die Kinder oder von der Klöpplerin zur Selbstkontrolle festgesetzte Tagesarbeit. Abgeliefert und Lohn gezahlt wurde am Sonntag (29, S. 41). Dieser war arbeitsfrei. In Klösterle mußten einmal vier Klöppelmägde, weil sie an einem Feiertag geklöppelt hatten, zur Strafe 4 fl oder jede 6 Ellen Spitzen abliefern (31). Zum Nachtklöppeln, das manchmal notwendig wurde, um rechtzeitig „abliefern" zu können, kamen „Rockengäste" in einer Stube zusammen. Sie setzten ihre Klöppelständer (auch „Klöppellade" oder „Klöppelfüßchen" genannt) um einen Tisch, auf dem das Rüböllämpchen, später die Petroleumlampe, stand. Runde Gläser, mit Wasser gefüllt, die „Klöppelflaschen", warfen den Schein richtig auf jeden der rot oder gelb gefärbten Klöppelbriefe.

„Oomst be Licht, do sitz mr im de Tazel" (25, S. 63). Mit Zählreimen (25, S. 90 ff.) zum Stecken der Nadeln beim Wettbewerb des Klöppelns, mit Singen von Liedern, Erzählen von Gruselgeschichten als Anregungsmitteln hielt man sich stundenlang wach. Auch Sagen gingen in solchen plauderfrohen Arbeitsgemeinschaften um und wurden auf diese Weise erhalten. Aus dem böhmischen Gebirgsteil stammt ja die Sage „Maria im Gebirg", die Ludwig Bowitsch 1858 in seinen Mariensagen abgedruckt hat. Sie erzählt von jener armen Klöppelmagd, die für eine reiche Herrin in ganz kurzer Zeit ein kostbares Spitzenkleid schaffen soll, in der sechsten Arbeitsnacht einschläft, aber von der Himmelskönigin am Klöppelsack vertreten

wird (47, 1879, S. 105). Natürlich wurde auch Barbara Uttman in Sagen als Begründerin der Spitzenklöppelei im Erzgebirge verherrlicht. Ein Dramolett von Ritter von Hansgirg stellte „Barbara Uttmann" auf die Bühne (9). Erwähnt sei noch Anton Günthers „Klöppellied". Ein Lied eines alten „Fatzers" (Wandermusikanten) schließt nach dem Blick auf das einst so lustige abenteuerliche Leben entsagend:

„Itze sitz mer do ben Klipplsock (47, 1899, S. 95),

wie wohl öfters alte Musikanten mühselig ihr Leben noch mit Klöppeln erhielten (36, S. 410). Recht bezeichnend ist ein hochdeutsches Klöppellied aus Böhmisch Wiesenthal (47, 1899, S. 25 f.).

1829 hatte Stephan Ritter von Kees gewarnt, die Handklöppelei könne mit der Maschine nicht konkurrieren. Pisling (22) 1861 und Dormizer-Schebek 1862 befürworten in Hinblick auf die 300jährige Klöppelgeschichte im Erzgebirge die „gänzliche Ausrottung der Klöppelei, je eher, je besser" (5, S. 168). Hundert Jahre sind seitdem vergangen, eine abwechslungsreiche Klöppelgeschichte mit manchem Aufschwung, mit schweren Rückschlägen. Sie endete mit scheinbarer völliger Vernichtung. Aber noch immer lieben diese Menschen ihren Klöppelsack und zaubern mit flinken Fingern Kostbarkeiten, heitre kleine Kunstwerke zur eigenen Freude und zum Ruhme ihres Volkstums.

SCHRIFTTUM

1) Berlet, Bruno, Wegweiser durch das sächsisch-böhmische Erzgebirge. 10. Auflage, Annaberg 1904.

2) Blau, Josef, Böhmerwälder Hausindustrie und Volkskunst. Bd. II. Prag 1918. S. 132—184.

3) Blau, Josef, Die Spitzen und die Spitzenklöppelei der Slawen in Böhmen, Mähren, Schlesien und Oberungarn. In: Zeitschrift f. österr. Volkskunde XVI. Jg. 1910. S. 166 bis 173.

4) Clauß, Herbert, Geschichte und Sprache des sächsisch-böhmischen Westerzgebirges. 1924.

5) Dormizer, Maximilian und Schebek, Edmund, Die Erwerbsverhältnisse im Böhmischen Erzgebirge. Bericht an das Centralcomité zur Beförderung der Erwerbstätigkeit der böhmischen Erz- und Riesengebirgsbewohner. Prag 1862.

6) Dotzauer-Schebek, Musterwerkstätten für Spitzenfabrikation im böhmischen Erzgebirge. 1871.

7) Endt, Johann, Vom Bärringer Spitzenhandel. In: Erzgebirgszeitung Jg. 44, 1923, S. 126—127, 145/6; Jg. 45, 1924, 37 ff.

8) Gersdorf, Traugott von, Reise durch das Erzgebirge im Jahre 1765. In: Glückauf! (Schwarzenberg) Jg. 1898, S. 33 ff.

9) Hansgirg, Ritter von, Barbara Uttmann, Dramolett. 1886. Erzgeb.-Zeitung 1886, S. 18.

10) Ilg, Albert, Geschichte und Terminologie der alten Spitzen. 1876.

11) Jahn, Robert, Auf der Platt. Beitrag zum 400jährigen Jubiläum. Johanngeorgenstadt 1932.

12) Keeß, Stephan Edler von, Darstellung des Fabrik- und Gewerbewesens in seinem gegenwärtigen Zustande. I. Bd., 2. Teil. Wien 1824.

13) Kronbach, Else, Die österreichische Spitzen-Hausindustrie. Wien 1907.
14) Kuntze, Kurt, Der Hausierhandel der Satzunger. Diss. Leipzig 1898.
15) Lehmann, Christian, Schauplatz derer natürlichen Merkwürdigkeiten im Meißnischen Obererzgebirge. Leipzig 1699.
16) Lehmann, Christian, Das Erzgebirge im Kriegesleid. Bearbeitet von Bönhoff. Annaberg 1911.
17) Lindner, Traugott, Wanderungen durch die interessantesten Gegenden des sächsischen Erzgebirges. Annaberg 1848 ff.
18) Lohse, Eduard, Heimatkundliche Bestandsaufnahme des Meßtischblattes Annaberg. (Nr. 139) Mitteil. d. Vereins f. Geschichte von Annaberg u. Umg. 9. Bd. 1941.
19) Lorenz, Die Wunderstadt St. Joachimsthal.
20) Meltzer, Christian, Historische Beschreibung des St. Catharinenbergs im Buchholz. Herausgegeben von Harms zum Spreckel. Mitteilungen d. Vereins f. Gesch. v. Annaberg. 17. Bd. 1928/30.
21) Minkus, Fritz, Österreichische Spitzen. Wien und Leipzig. O. J.
22) Pisling, Theophil, Volkswirtschaft und Arbeitspflege im böhmischen Erzgebirge. Wien und Prag 1861.
23) Riedl, Alfred, Die Geschichte unserer Heimatstadt Graslitz.
24) Salz, Arthur, Geschichte der böhmischen Industrie. München und Leipzig 1913.
25) Sieber, Siegfried, Die Spitzenklöppelei im Erzgebirge. Leipzig 1956. (Enthält viel Literatur.)
26) Sieber, Siegfried, Vierhundert Jahre Spitzenklöppelei im Erzgebirge. In: Forschungen und Fortschritte Bd. 35. H. 5. 1961.
27) Sieber, Siegfried, Spitzenhandel. In: Sächsische Heimatblätter 1959.
28) Silbernes Erzgebirge, Kreis Annaberg. Bd. II. 1939.
29) Slosarek, Franz, Die Heimarbeit in der Spitzenindustrie. Jena 1922.
30) Sobitschka-Wiesenhag, Richard, Die Legende des „Central Comité" von 1848—1920. Schmiedeberg und Weipert 1924.
31) Stocklöw, Josef, Die Spitzenfabrikation im böhmischen Erzgebirge. In: Mitteil. d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen. Jg. 10 1872; S. 241—267.
32) Süßmilch gen. Hörnig, M. von, Das Erzgebirge in Vorzeit, Vergangenheit und Gegenwart. Annaberg 1889.
33) Taura, Elfried von (August Peters), Wanderung durchs Erzgebirge. Annaberg 1860.
34) Tobisch, E., Industrielle Wanderungen im Erzgebirge. 1874.
35) Urban, Michael, Zur Geschichte der Spitzenklöppelei im böhmischen Erzgebirge. In Erzgebirgszeitung 20. Jg. 1899, S. 25—32.
36) Vaterland, Deutsches, Wien, 1924.
37) Weigel, Philipp, Das Sächsische Sibirien. Ein Beitrag zur Würdigung des Erzgebirges. Berlin 1907.
38) Weis, Alois, Duteln und Schlingen. In: Erzgebirgszeitung 1942, S. 74/5.
39) Wenisch, Eduard, Sagen aus dem Erzgebirge. In: Erzgebirgszeitung Jg. 1 1879, Jg. 2 1880.
40) Werner, Johannes, Hausarbeitsgesetz und Heimarbeit im sächsischen Erzgebirge. Diss. Tübingen 1914.
41) Wilbrandt, Robert, Arbeiterinnenschutz und Heimarbeit. Jena 1906.
42) Wolf, B., Einwanderung böhmischer Exulanten in das obere Erzgebirge. Mitteil. d. Ver. f. Gesch. von Annaberg. Bd. III.
43) Glückauf! Zeitschrift des Erzgebirgsvereins. Schwarzenberg. Jg. 1902.
44) Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen. Jg. 1873, S. 199.
45) Neudeker Heimatbrief vom 30. Juli 1957.
46) Festschrift zur Einweihung der Aberthamer Aussichtswarte. 1895.
47) Erzgebirgszeitung (Teplitz-Schönau).

DIE SUDETENLÄNDER UND DER DEUTSCHE WESTEN IN DER NEUZEIT*

Von Adam Wandruszka

Das Schicksal der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien, der Länder der Wenzelskrone, wenn wir den historischen Terminus, der Sudetenländer, wenn wir den heute geläufigen geographischen Begriff verwenden wollen, ist in den Jahrhunderten der Neuzeit stärker als das anderer europäischer Landschaften durch militärische Entscheidungen, durch einzelne Schlachten und Kriege bestimmt worden; fast möchte man sagen, mit einer erstaunlichen und doch wohl nicht zufälligen Regelmäßigkeit. Im 16. Jhdt. haben Niederlage und Tod des jungen Jagellonenkönigs Ludwig II. in der Schlacht gegen die Türken bei Mohács am 29. August 1526 die bereits seit dem 13. Jahrhundert sich immer wieder als Möglichkeit abzeichnende, aber bisher noch nicht auf längere Dauer verwirklichte Verbindung der böhmischen, ungarischen und österreichischen Ländergruppe unter habsburgischer Herrschaft zur Folge gehabt; eine Verbindung, die nunmehr, von 1526 an bis 1918, also fast vier Jahrhunderte lang Bestand haben sollte. Der Rahmen, in dem sich das weitere Schicksal dieser Ländergruppe vollziehen sollte, ist 1526 abgesteckt worden.

Von kaum wesentlich geringerer Bedeutung ist die Schlachtentscheidung, die ein Jahrhundert später, am 8. November 1620, am Weißen Berge vor den Toren Prags fällt: der Sieg des landesfürstlichen, habsburgischen Absolutismus und der katholischen Gegenreformation über die aufständischen, böhmischen, evangelischen Stände. Daß der große Dreißigjährige Krieg in Deutschland militärisch gerade dort zu Ende ging, wo er begann, nämlich bei Prag, wo der letzte Vorstoß der Schweden unter General Graf Königsmark im Oktober 1648 abgewiesen wurde, ist zwar nur eine militärische Episode (denn inzwischen war der Friede in den westfälischen Friedensstädten Münster und Osnabrück bereits abgeschlossen worden), die aber doch auch die europäische Bedeutung der „böhmischen Festung" illustriert.

Wieder dauert es keine volle hundert Jahre und auf den böhmischen Schlachtfeldern wird erneut um europäische Entscheidungen — und um das Schicksal der böhmischen Ländergruppe gekämpft. Der Österreichische Erbfolgekrieg, die beiden Schlesischen Kriege und der Siebenjährige Krieg bestätigen zwar, daß Böhmen, Mähren und ein Teil Schlesiens bei Österreich bleiben, aber auch, daß das Preußen Friedrichs des Großen durch die

---

* Vortrag, der anläßlich des Sudetendeutschen Tages in Köln 1961, gehalten wurde.

Erwerbung des größten Teiles Schlesiens zur deutschen und europäischen Großmacht aufsteigt.

Im 19. Jahrhundert fällt dann am 3. Juli 1866 bei Königgrätz die Entscheidung, die das Ausscheiden der Habsburgermonarchie und damit auch der böhmischen Ländergruppe aus dem Deutschen Bund, dem Nachfolger des 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reiches zur Folge hat; und nun, nach Königgrätz und dem Prager Frieden von 1866, dauert es nicht einmal mehr ein halbes Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg und zur Auflösung der Habsburgermonarchie, wodurch jene Unglückskette in Bewegung gesetzt wird, unter deren Folgen die böhmischen Länder, das deutsche und das tschechische Volk und mit ihnen Europa und die Welt noch immer leiden.

Überblicken wir diese lange Reihe schicksalsbestimmender und schicksalswendender Schlachten und Kriege vom Beginn des 16. bis zur Mitte des 20. Jhdt., so fällt auf, daß nicht nur wiederholt — so 1526 und wieder in den beiden Weltkriegen — die Entscheidungen über das Schicksal der böhmischen Länder auf außerhalb der Sudetenländer gelegenen Schlachtfeldern fielen, sondern, daß auch bei den Kämpfen auf den Schlachtfeldern Böhmens die Länder selbst vor allem Schauplatz und Objekt des Kampfes und weit weniger Subjekt der Auseinandersetzung waren; selbst in dem einen Ausnahms-Fall, in dem die Initiative weitgehend, wenngleich nicht ausschließlich, von einheimischen Kräften ausging, im Fall des böhmischen Aufstands von 1618/20, ist die Entscheidung schließlich doch von auswärtigen Heeren, pfälzischem, bairischem, habsburgischem, d. h. österreichisch-spanisch-italienischem Kriegsvolk, herbeigeführt worden. „Fast ganz Europa kämpfte in dieser Schlacht am Weißen Berg mit: Wallonen, Deutsche, Spanier, Italiener und Polen auf der kaiserlichen Seite, Tschechen, Deutsche, Ungarn und Holländer auf der Seite der Protestanten" schreibt Hans Sturmberger in seiner kleinen, aber außerordentlich gehaltreichen vor zwei Jahren erschienenen Monographie „Aufstand in Böhmen". Die Führer waren in dieser Schlacht auf der unterliegenden protestantischen Seite Christian von Anhalt, der oberösterreichische Protestantenführer Georg Erasmus von Tschernembl und der aus einer innerösterreichisch-kärntnerischen, ursprünglich italienischen Familie stammende Graf Heinrich Mathias Thurn, auf katholischer Seite der Liga-General Tilly und der kaiserliche General Buquoi, beide Wallonen, die aus der spanisch-niederländischen Schule des Krieges stammten, und der bairische Herzog Maximilian. (Gewiß war dann einer der bedeutendsten Feldherrn des Dreißigjährigen Krieges, Wallenstein, ein Böhme, aber bei dieser Entscheidungsschlacht über das Schicksal der böhmischen Länder waren auch die militärischen Führer durchwegs Ausländer, nach der damaligen Terminologie „Extranei".)

Wenden wir nun unseren Blick nach dem deutschen Westen, dessen Beziehungen zu den Sudetenländern in der Neuzeit Gegenstand unserer heutigen Betrachtung sein soll, so haben gewiß auch die Lande am Rhein in

den neueren Jahrhunderten immer wieder fremdes Kriegsvolk auf ihrem Boden gesehen, Spanier, Niederländer, Schweden, Franzosen, Italiener, Russen, Engländer, Amerikaner; ja, wenn wir statistisch (wie das heute so beliebt ist) die Kriegs- und Friedensjahre in beiden Landschaften erfassen wollten, würde sich ergeben, daß der deutsche Westen, vor allem im 17. und 18. Jhdt. weit häufiger von der Kriegsfurie heimgesucht wurde als die Sudetenländer. Andererseits aber würde es schwerfallen, auch für den deutschen Westen eine solche durch die Jahrhunderte gehende Reihe schicksalsbestimmender Schlachtentscheidungen aufzustellen, wie sie sich für die böhmischen Länder beinahe von selbst anbietet; und einer der wesentlichsten Gründe dafür ist wohl jener tiefgreifende, bis ins hohe Mittelalter zurückreichende Unterschied in der politischen Struktur der beiden Landschaften, der beim Blättern in einem historischen Atlas oder beim Blick auf jede beliebige historische Landkarte Europas in die Augen springt: im Westen die buntscheckige, der kartographischen Darstellung fast unübersteigbare Hindernisse entgegenstellende Vielfalt des alten Reiches, die selbst noch nach der gewaltsamen „Flurbereinigung" der napoleonischen Epoche in der Mehrzahl von Staaten mittlerer Größe (ja selbst noch im Deutschen Kaiserreich von 1871, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik) nachwirkt, im Osten hingegen die durch das Einheitssymbol der Wenzelskrone gegebene staatliche Einheit, die es dem historischen Kartographen ermöglicht, für den ganzen Zeitraum der Neuzeit die Sudetenländer in einer einheitlichen Farbe anzulegen.

Die politisch-diplomatische Meisterleistung der Räte und Gesandten des Erzherzogs Ferdinand (Bruder Karls V., später Kaiser Ferdinand I.), die es erreichten, daß Ferdinand schon am 24. Oktober 1526 (also nicht einmal zwei Monate nach dem Tod des letzten Jagellonenkönigs von Böhmen und Ungarn, Ludwig II., auf dem Schlachtfeld von Mohács) einstimmig vom böhmischen Landtag zum König gewählt wurde, diese diplomatische Meisterleistung hat formalrechtlich an dem Verhältnis zwischen dem Königreich Böhmen und dem Heiligen Römischen Reich, wie es seit dem Hochmittelalter bestand, nichts geändert. Machtpolitisch aber war es von größter Bedeutung, daß die Krone Böhmens nunmehr dem Hause zufiel, das sieben Jahre vorher, in der Wahl Karls V. von 1519, erneut seinen Anspruch auf die Kaiserkrone durchgesetzt hatte. Damals, als der soeben in Aachen gekrönte Karl nach Köln kam, ist hier in Köln am 7. November 1520 jener Heiratsvertrag zwischen Ferdinand und der Schwester des Königs Ludwig, Anna, unterzeichnet worden, auf Grund dessen Ferdinand dann 1526 zunächst die sogenannte „Annahme", durch Erbrecht, als König von Böhmen erhoffte. Der böhmische Landtag lehnte das ab, bestand auf seinem freien Wahlrecht, wählte aber dann eben doch, wie gesagt, einstimmig Ferdinand zum König von Böhmen, und Ferdinand zeigte sich auch hier wie sonst stets als elastischer Realpolitiker, indem er den böhmischen Ständen bestätigte, daß sie ihn aus freiem Willen und nicht aus Verpflichtung gewählt hätten.

Vier Jahre später wird wiederum Köln zum Schauplatz eines wichtigen, das Schicksal der Sudetenländer für mehrere Jahrhunderte bestimmenden Ereignisses: am 5. 1. 1531 wird Ferdinand, König von Böhmen und Ungarn, Erzherzog von Österreich usw. im Kölner Dom zum Römischen König und damit zum präsumptiven Nachfolger seines Bruders Karl gewählt. Die Krönung Karls durch den Papst in Bologna im Vorjahr hat den Weg freigemacht zu diesem von Karl seinem Bruder seit Jahren versprochenen Akt, der allerdings zu einer Bestimmung der Goldenen Bulle im Widerspruch steht und der nun den Übergang der Kaiserkrone auf die ferdinandeische, österreichische Linie der Habsburger vorbereitet. Später hat Karl das rückgängig machen wollen, ist aber am Widerstand Ferdinands und der deutschen Fürsten gescheitert. Damit sind nun wieder, wie in den Tagen der Luxemburger, die böhmische und die römische Krone auf einem Haupte vereinigt, und sie bleiben nun, mit einer Unterbrechung im 18. Jhdt., bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches vereint. Diese Verbindung, die in dem vielzitierten Satz „Die römische Krone gehört auf die böhmische" ihren Ausdruck findet, ist gerade im 16. und 17. Jhdt. immer wieder, von Freund und Feind als unauflöslich, naturgegeben und notwendig bezeichnet worden, wie der Prager Historiker Wilhelm Wostry in seiner Studie „Die römische Krone gehört auf die böhmische" 1938 in der Srbik-Festschrift gezeigt hat. Dabei wurde immer wieder, und zwar von beiden Seiten, der „böhmischen" wie der „römischen", mit jener Türkengefahr argumentiert, die ja schon bei der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung dieser Verbindung nach 1526 eine wesentliche Rolle gespielt hatte. Das Oberhaupt des Reiches bedürfe, so argumentierte man, dieser Länder, durch die das Reich „wie mit einer Schanze geschützt werde", während ihrerseits auch diese Länder des Rückhalts des Reiches bedürften. Die Gegner des Hauses Habsburg aber sahen bis ins 18. Jhdt. in der Entwindung der böhmischen Königskrone den Ansatzpunkt, um auch das habsburgische Kaisertum zu Fall zu bringen.

Ferdinand I., durch dessen Wahl im Kölner Dom nun diese Verbindung zwischen böhmischer und römischer Krone wieder hergestellt wurde, steht in der deutschen und westeuropäischen Geschichtsschreibung wohl allzusehr im Schatten der Gestalt seines Bruders Karls V. Wenn wir aber nicht das Erstrebte, sondern das Erreichte zum Maßstab der Beurteilung machen, so hat Ferdinand seinen Bruder an geschichtlicher Bedeutung zweifellos übertroffen, vor allem einmal durch die Schaffung der österreichisch-ungarisch-böhmischen Länderverbindung, der Grundlage der späteren Donaumonarchie, zum anderen, für Deutschland, durch den Augsburger Religionsfrieden von 1555, durch den die politische wie vor allem die konfessionelle Struktur Deutschlands auf Jahrhunderte hinaus, teilweise bis zur Gegenwart bestimmt wurde.

Denn die konfessionelle Frage (die allerdings überall eng mit der des politischen Ringens zwischen Herrscher und Ständen verbunden ist) war nunmehr neben der Türkengefahr das beherrschende Problem, das auch

das Verhältnis zwischen den Sudetenländern und dem deutschen Westen bestimmte. Ebensowenig wie im Reich vermochten die Habsburger in ihren böhmischen und österreichischen Ländern zunächst das Vordringen der neuen Lehre zu verhindern, zumal besonders in Böhmen die hussitische Tradition eine günstige Voraussetzung für die Verbreitung des Protestantismus bildete. Neben den religiösen Gründen — und den sehr weltlichen des Griffs nach dem Kirchengut — gab es für den böhmischen Adel (sowohl den deutschen wie den tschechischen, das nationale Element tritt hinter dem konfessionellen und politisch-sozialen noch stark zurück, und das gemeinsame „böhmische", bzw. „mährische" Landesbewußtsein ist jetzt und noch auf lange Zeit das einigende Band) noch einen wichtigen politischen Grund für die Aufnahme und Förderung der evangelischen Lehre: den Gegensatz zum katholischen Herrscher und das Bestreben, durch die Beanspruchung des „ius reformandi", des Rechts der freien Glaubenswahl für sich und die eigenen Untertanen, die gleiche politische Stellung wie die im Reich dem Kaiser widerstrebenden evangelischen Reichsstände einzunehmen. Streng reichsrechtlich bestand ja ein Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen; der böhmische Adel befand sich in der Pyramide der Reichsverfassung gleichsam ein Stockwerk tiefer als die Reichsstände, auf gleicher Ebene wie die Landstände der größeren Territorien, etwa Sachsens oder Baierns. Praktisch aber wurde dieser Unterschied nicht so empfunden, einmal, weil der (gleichfalls gewählte) böhmische Landesherr eben zugleich der Kaiser war, zum anderen, weil die großen böhmischen Herren es an Macht, Glanz und Reichtum durchaus mit den kleineren Reichsständen, Reichsfürsten, den Reichsgrafen und Reichsrittern aufnehmen konnten, sie in vielen Fällen weit übertrafen. Das gleiche Glaubensbekenntnis, die gleiche Frontstellung gegen den katholischen Kaiser, die gleiche Bildungs- und Vorstellungswelt, oft auch das gemeinsame Studium an den evangelischen Hochschulen Deutschlands, in Wittenberg, Altdorf, Heidelberg oder Tübingen, die gleiche große Bildungsreise in die romanischen Länder, nach Frankreich, Italien, Spanien, schließlich auch, wie es nach all dem verständlich ist, verwandtschaftliche Beziehungen, verbanden den protestantischen Adel Böhmens und Mährens mit dem hohen Reichsadel. Zugleich aber kamen, gefördert vom Adel sowie vom städtischen (deutschen) Bürgertum, evangelische Prediger aus dem Westen in die Länder der Wenzelskrone, wie etwa der Schwabe Paulus Speratus, der vor allem in Iglau tätig war, der aus Altdorf bei Nürnberg stammende Kantor Nikolaus Hermann und viele andere.

Das gleiche Bild ergibt sich auf der Gegenseite. 1555, im Jahre des Augsburger Religionsfriedens, der ja dem Landesfürsten und damit für Böhmen eben Ferdinand, das Recht des „ius reformandi" zuerkannte, kam, von Ferdinand gerufen, der vom Niederrhein stammende Jesuit Petrus Canisius, der in Köln studiert und hier die devotio moderna der Brüder vom gemeinsamen Leben, der Fraterherren, in sich aufgenommen hatte, nach Prag

und richtete hier, in dem ihm von Ferdinand überlassenen Clementinum, das Clemenskolleg ein, dessen erste Rektoren Paulus Hoffaeus aus Münster — der gleichfalls in Köln studiert hatte — und Blyssenius aus Bonn wurden.

Diese engen Verbindungen zwischen dem deutschen Westen und den Sudetenländern in beiden konfessionellen Lagern sind eingebettet in größere, ganz Europa umfassende Parteiungen, denn die Fronten verlaufen quer durch den ganzen Kontinent. Die Führer des evangelischen Adels in Böhmen und Mähren korrespondieren in den Jahrzehnten vor dem Dreißigjährigen Krieg nicht nur mit ihren oberösterreichischen, fränkischen, sächsischen, pfälzischen Glaubens- und Standesgenossen, sondern ebenso mit den Häuptern ihrer Religionspartei in Siebenbürgen und Ungarn, andererseits in den Niederlanden, mit den französischen Hugenotten, mit Engländern, natürlich mit Genf, der Stadt Calvins, zumal ja die reformierten Calviner konfessionell und vor allem politisch das aggressive, aktivere Element sind als die Lutheraner. Ebenso sind natürlich auch auf katholischer Seite die Beziehungen zu Spanien und Italien sehr eng. (In der politischen und theologischen Korrespondenz der Häupter der Religionsparteien, die ja ohnedies, auch zwischen Deutschsprachigen, meist in lateinischer Sprache geführt wird, spielt das nationale Element kaum eine Rolle, in der praktischen Arbeit der Missionierung, Predigt und „konfessionellen Propaganda" aber doch und so ist auf dieser Ebene — abgesehen von der politischen Verbindung durch die Zugehörigkeit zum Heiligen Römischen Reich und der geographischen Nähe — die Beziehung der Sudetenländer zum deutschen Westen natürlich enger und intensiver als die zu den außerdeutschen Religionsverwandten der beiden Parteien.)

Es war daher zunächst garnicht vorauszusehen, von welcher der zahlreichen Fronten überall in Europa das große Ringen, von dessen Unausweichlichkeit man mehr und mehr auf beiden Seiten überzeugt war, seinen Ausgang nehmen würde. Am Niederrhein einerseits, in Böhmen andererseits, war die Wahrscheinlichkeit dafür am größten, war der meiste Konfliktstoff angehäuft, die meisten Reibungsflächen gegeben, und es ist schließlich, wie Sie wissen, nur der Verkettung mehrerer, nicht vorherzusehender Ereignisse — vor allem der Ermordung des französischen Königs Heinrich IV. — zuzuschreiben gewesen, daß der große Krieg vom Prager Fenstersturz am 23. Mai 1618 und nicht schon fast ein Jahrzehnt vorher vom Jülich-Clevischen Erbfolgestreit seinen Ausgang nahm. Das Bibelwort „Si Deus cum nobis, quis contra nos?", den Kampfruf der Evangelischen in jener spannungsgeladenen Vorkriegszeit, den Sie an der Fassade eines 1609 erbauten Hauses im jülichschen Münstereifel lesen können, hat ein protestantischer niederösterreichischer Adeliger in jener von Legenden umrankten sogenannten „Sturmpetition" am 5. Juni 1619, offenbar während man darauf wartete, zu Ferdinand II. vorgelassen zu werden, und die Kürassiere des Regiments Dampierre in die Hofburg einritten, in die Wand des Schweizertores eingeritzt. (Am Abend dieses 5. Juni 1619 stand Graf Hein-

rich Mathias Thurn mit seiner Armee der böhmischen Aufständischen in Stärke von etwa 10 000 Mann vor den Mauern Wiens, zog aber wieder ab, weil der Söldnerführer Ernst von Mansfeld, dessen Heer den Böhmen durch pfälzische Vermittlung zur Verfügung gestellt worden war — den Sold dieser Truppe zahlte zuerst der mit den Spaniern verfeindete Herzog Karl Emanuel von Savoyen, der sich auch Hoffnungen auf die böhmischen Krone machte —, eine Niederlage in Böhmen erlitten hatte.)

Zum König von Böhmen aber haben die Aufständischen dann am 27. August 1619 eben doch nicht den Savoyer, sondern den jungen, in Heidelberg residierenden Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz, den calvinischen Wittelsbacher gewählt, den „Winterkönig", wie ihn seine Gegner dann spöttisch nannten, weil sein böhmisches Königtum nur diesen einen Winter 1619/20 erlebte. Zur Entfremdung zwischen den Böhmen und dem Pfälzer hat übrigens neben dem hochfahrenden Wesen seiner englischen Gattin, der Tochter Jakobs I., auch der religiöse Fanatismus seines calvinischen Hofpredigers Abraham Scultetus beigetragen, der im Veitsdom einen furchtbaren, die Kunstschätze vernichtenden Bildersturm veranstaltete, während andererseits Friedrichs bedeutender Kanzler Ludwig Camerarius über die schlechte Finanzlage und die Unordnung in der ständischen Verwaltung Böhmens sehr bald recht negative Urteile abgab. Diese Verstimmung zwischen den Böhmen und den Pfälzern, zwischen den Ständen und dem von ihnen gewählten König, hat, wenn auch wohl nicht entscheidend, so doch zusätzlich zum raschen totalen Zusammenbruch beigetragen.

Aber auch der siegreiche gegenreformatorische Absolutismus der Habsburger hat dann wieder bei der Neueinrichtung und Rekatholisierung des Landes von auswärts geholte Kräfte herangezogen, heranziehen müssen, bei der Neueinrichtung der Pfarren und Ordenshäuser neben Italienern und Spaniern vorwiegend Priester und Ordensleute aus Westfalen, vom Rhein und aus Baiern; ebenso wie auch die konfiszierten Herrschaften und Güter der hingerichteten oder geächteten Rebellen nun durch Kauf oder Schenkung an von auswärts kommende Geschlechter gelangten, die zusammen mit den Resten des alten Adels den neuen böhmischen Adel bildeten. Neben Italienern (Collalto) und Spaniern sind so im Laufe des 17. Jahrhunderts zahlreiche Geschlechter des westdeutschen Adels zu großem Herrschaftsbesitz und Landstandschaft in Böhmen gekommen (als bekanntestes Beispiel das Haus Schwarzenberg). Ein neuer böhmischer Adel bildete sich, ein Adel verschiedenster nationaler Herkunft, dem Herrscherhaus enger verbunden, aber dann doch bald von einem starken, durch die prägende Kraft des Landes entstandenen Landespatriotismus erfüllt, jener zugleich böhmische, „österreichische" (d. h. dem „Haus Österreich" verpflichtete) reichische und europäische Adel, Mäzen, Förderer und Träger jener ganz spezifischen und doch so europäisch-weiten Barockkultur der Sudetenländer, von der die gestern eröffnete schöne Ausstellung „Barockmalerei in Böhmen" uns ein eindrucksvolles Bild vermittelt.

Vielfältig sind auch jetzt wieder die Beziehungen zum deutschen Westen, wofür als Beispiel nur der bedeutendste europäische Staatsmann des mariatheresianischen Österreich, der böhmische Hocharistokrat Graf (später Fürst) Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg angeführt sei, der Sohn einer westfälischen Mutter, die ihrerseits aus dem letzten ostfriesischen Herrschergeschlecht der Cirksena stammte, wie er denn auch schon in früher Jugend eine Domicellarstelle in Münster erhielt und in Leipzig studierte. Er ist es gewesen, der nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg und den damit verbundenen beiden Schlesischen Kriegen jene diplomatische Revolution herbeiführte, die das Schicksal Europas (und in weiterer Folge sogar das Nordamerikas) in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bestimmte. Im Österreichischen Erbfolgekrieg, den beiden Schlesischen Kriegen und dem Siebenjährigen Krieg ist ja stets zugleich in Böhmen und Mähren und am Rhein gekämpft worden, mit zahlreichen Wechselwirkungen zwischen den beiden Kriegsschauplätzen, von denen hier nur die berühmte Streitfrage erwähnt sei, ob Friedrich der Große durch seinen neuerlichen Angriff auf Österreich, womit er den zweiten Schlesischen Krieg eröffnete, die Rückgewinnung Lothringens an das Reich verhindert habe. Das weltgeschichtliche Ergebnis dieser Kriege, der Verlust Schlesiens und das Aufwachsen Preußens zur zweiten deutschen Großmacht, ist für die Länder der Wenzelskrone in mehrfacher Hinsicht bedeutsam geworden. Der Verlust Schlesiens schwächte das deutsche Element dieser Länder wie das der gesamten österreichischen Monarchie, der Aufstieg Preußens stellte Böhmen und Mähren, die bisher in der Geschichte meist in ost-westlicher Spannung gestanden hatten, nun zusätzlich in eine starke nord-südliche Spannung — und die große, in schöpferischer Neugestaltung des preußischen Vorbilds von dem schlesischen Grafen Haugwitz durchgeführte mariatheresianische Staatsreform schuf die westliche Hälfte der Monarchie zum zentralisierten Einheitsstaat um und beseitigte damit das staatsrechtliche Sonderleben dieser Länder.

Man hat mit Recht das Böhmen des 18. Jahrhunderts „das klassische Land der Aufklärung in Österreich" genannt (Eduard Winter). Die Nähe der Zentren der norddeutsch-protestantischen Aufklärung, Leipzig und Halle, hat dazu gewiß wesentlich beigetragen. Aber auch die politische Verbindung mit den vorderösterreichischen Ländern am Oberrhein und mit den österreichischen Niederlanden hat hier eine starke Wirkung ausgeübt, vor allem auf kirchlichem Gebiet, in der Übernahme staatskirchlicher, spätjansenistischer, episkopalistischer Tendenzen, kurz jenes ganzen vielgestaltigen Phänomens, das man „katholische Aufklärung" und „Josephinismus" nennt. In Böhmen, Mähren und Schlesien, die ja seit jeher für religiöse Erneuerungsbewegungen, Sekten und unorthodoxe Strömungen stets einen besonders fruchtbaren Boden abgegeben hatten, sind jansenistische, josephinische und aufklärerische Strömungen so sehr eingewurzelt, daß man schließlich, in einer neuen Variante des uns nun schon bekannten Wortspiels

„römisch-böhmisch" scherzweise von „böhmisch-katholisch" sprach. Aber auch im Rheinland war, hier schon infolge der Nähe zu den Niederlanden und zu Lothringen, den Zufluchtsorten des von Ludwig XIV. verfolgten Jansenismus, ein Zentrum ähnlicher Tendenzen, die hier nach dem Pseudonym des Trierer Weihbischofs Hontheim „Febronius" meist als „Febronianismus" bezeichnet wurden. So spannen sich teils direkt, teils über Wien (Van Swieten) wiederum zahlreiche Fäden zwischen dem deutschen Westen und den Sudetenländern, besonders natürlich in der Zeit, da der jüngste Sohn der Maria Theresia, Maximilian Franz, der letzte — und als Regent zweifellos der beste — Kurfürst von Köln und Fürstbischof von Münster geworden war; jener Max Franz, dessen Beichtvater der böhmische Jansenist Anton Ruschitzka war und der die von ihm gegründete erste Bonner Universität zu einem Zentrum der katholischen Aufklärung machte, hat im Rückblick einmal bekannt, er sei in den „Riegger'schen" Grundsätzen des Kirchenrechts aufgewachsen (Max Braubach), und er meinte damit jenen aus Freiburg i. Br. stammenden Professor Paul Josef Riegger, den Bahnbrecher der naturrechtlichen Anschauungen in Österreich, der erst in Innsbruck, dann in Wien lehrte, als Referent für geistliche Angelegenheiten und Hofrat in der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei in Theorie und Praxis einer der Väter des josephinischen Kirchenrechts wurde und dessen Sohn, ein radikaler Josephiner, an der Prager Universität lehrte.

Im Zeitalter der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege, das zugleich das Zeitalter der deutschen Klassik und Romantik war, ist Böhmen und sind vor allem die berühmten böhmischen Bäder zum Begegnungsort der deutschen Staatsmänner, Militärs, Diplomaten und geistigen Führer geworden. Der Freiherr vom Stein und Scharnhorst fanden hier Zuflucht, hier wurde die große Koalition der Befreiungskriege geschmiedet, hier, auf dem einstigen — und zukünftigen — Schlachtfeld des deutschen Dualismus, ergab sich jetzt die Möglichkeit zu preußisch-österreichischen Kontakten (wie ja schon im Siebenjährigen Krieg durch eine Konvention der Kriegsführenden, jenen Offizieren beider Armeen, die in den böhmischen Bädern Heilung suchten, Immunität zugesichert worden war.) In der gleichen Zeit hat Goethe Jahr für Jahr die böhmischen Bäder aufgesucht.

Wurde auch das Heilige Römische Reich auf dem Wiener Kongreß nicht wiederhergestellt, so verblieben doch die böhmischen Länder im Rahmen des Deutschen Bundes und die Verbindungen zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland sind in den äußerlich so stillen, durch innere Evolutionen aber so bedeutungsvollen Jahrzehnten zwischen 1815 und 1848 nicht geringer, sondern im Gegenteil, infolge der größeren Beweglichkeit und Reiselust in der langen Friedenszeit, besonders auf menschlichem Gebiet eher sogar noch intensiver geworden, auch wieder teils direkt, teils über das Zentrum Wien. Zwei Entwicklungen aber, die sich damals vollziehen, verändern das Bild von Grund auf: das nationale Erwachen der Tschechen und die Industrialisierung. Das nationale Erwachen der Tsche-

chen (das bekanntlich durch die Anregungen Herders und der deutschen Romantik entscheidend gefördert worden ist), findet seinen Ausdruck in dem berühmten Absagebrief Franz Palacký's an die Frankfurter Nationalversammlung, der noch das Bekenntnis zur Notwendigkeit der österreichischen Monarchie als Schützerin der kleineren Nationalitäten des östlichen Mitteleuropas enthält und eben deshalb das Verlangen nach einem deutschen Einheitsstaat ablehnt; die programmatische Schrift des sogenannten „Austroslawismus". Man hat diesen Absagebrief mit einer gewissen Berechtigung als die Aufkündigung der seit dem Mittelalter bestehenden Verbindung der Krone Böhmens mit dem Reich, gleichsam als Rückgabe der böhmischen Kurstimme bezeichnet; und weniger als zwei Jahrzehnte später ist ja dann tatsächlich bei Königgrätz dieser Trennung durch Feder und Papier die Bestätigung durch das Schwert gefolgt.

Die zahlreichen Verbindungen, die durch die Industrialisierung zwischen dem deutschen Westen und den Sudetenländern geschaffen wurden, wird Herr Kellenbenz behandeln. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Zuge und in der Folge dieser Industrialisierung sich in den sozialen Bewegungen der verschiedenen Richtungen und den Bemühungen um die Lösung der „sozialen Frage" zwischen dem in der Industrialisierung vorangehenden deutschen Westen und den Sudetenländern als den am stärksten industrialisierten Gebieten der Donaumonarchie, dem Einfallstor der industriellen Revolution ins östliche Mitteleuropa, zahlreiche Verbindungen ergaben.

Das Wichtigste aber bleibt auch hier der Mensch. Ich habe es mir versagen müssen, viele einzelne Namen zu nennen, die das Bild erst richtig farbig und lebendig machen würden. Ich konnte es mir umso eher versagen, als in dem so kenntnisreichen Vortrag von Herrn Höller vorgestern in Gürzenich sehr viele dieser Namen genannt wurden, die einen Begriff gaben von dem unendlichen Reichtum an Begabungen und Leistungen auf allen Gebieten der Kultur, die die Sudetenländer dem deutschen Volk, Europa und der Welt geschenkt haben, und weil Sie, Herr Bundesminister Seebohm, gestern, bei der Eröffnung der Ausstellung „Barockmalerei in Böhmen" so schön die aus Böhmen stammenden Barockkünstler Balthasar Neumann und Dietz und ihre Geschenke an den deutschen Westen gewürdigt haben.

Aber ein menschliches Beispiel möchte ich doch, gleichsam stellvertretend für alle anderen anführen, weil es zeigt, wie die Habsburgermonarchie und die Metropole Wien die Menschen aus dem deutschen Westen und aus den Sudetenländern zusammengeführt hat — und Sie verzeihen mir wohl, daß ich ein mir persönlich nahestehendes Beispiel gewählt habe: es handelt sich um meinen unvergeßlichen Lehrer, den großen österreichischen und deutschen Historiker Heinrich Ritter von Srbik. (Die Aussprache seines Namens bietet den Binnendeutschen oft unübersteigbare Schwierigkeiten.) Sein Urgroßvater war Schwarzenbergischer Güterverwalter in Südböhmen, in der Heimat Adalbert Stifters. Großvater und Vater waren österreichische

Staatsbeamte. Der Großvater mütterlicherseits aber war der Historiker Wilhelm H. Grauert, ein Westfale und Schüler Niebuhrs, der im Zuge der Thun-Hohensteinschen Unterrichtsreform nach 1848 an die Wiener Universität berufen wurde. Seine Frau, die Großmutter Srbiks mütterlicherseits, aber war eine Rheinländerin, Eva Klein aus Linz am Rhein. Ich glaubte diesen kurzen Überblick nicht besser schließen zu können als durch ein Wort des Gedenkens an ihn und an seinen Freund und Jahrgangsgefährten Hans Hirsch, einen Sohn des niederösterreichischen Waldviertels, nahe der böhmischen Grenze, der zwischen der Zeit, da er zusammen mit Srbik und Wilhelm Bauer am Inst. f. öst. Geschichtsforschung in Wien studierte, und der Zeit, da er als Ordinarius f. mittelalterliche Geschichte und Vorstand des Instituts f. Geschichtsforschung nun wieder neben Srbik und Bauer in Wien wirkte, lange Jahre an der Deutschen Universität in Prag lehrte. Im Gedenken an dieses „Trifolium" hervorragender Gelehrter, die alle drei meine Lehrer waren, darf ich Ihnen, Herr Präsident Mayer, der Sie ja kurz nach ihnen das Institut absolvierten, aufrichtig für die Ehre danken, die Sie mir durch die Aufforderung, hier im Rahmen des „Collegium Carolinum" zu sprechen, gemacht haben.

LITERATURHINWEISE

Bertold Bretholz, Geschichte Böhmens und Mährens, 4 Bde. Reichenberg 1921 bis 1925 / Josef Pfitzner, Das Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis zum Jahre 1848 Augsburg 1926 / Eduard Winter, Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum. Das religiöse Ringen zweier Völker, Salzburg—Leipzig, 1938 / Ders., Der Josefinismus und seine Geschichte, Beiträge zur Geistesgeschichte Österreichs 1740—1848, Brünn—München—Wien, 1943 / Wilhelm Wostry, „Die römische Krone gehört auf die böhmische"; in: Gesamtdeutsche Vergangenheit, Festgabe für Heinrich Ritter von Srbik, München 1938 / Hermann Münch, Böhmische Tragödie, Das Schicksal Mitteleuropas im Lichte der tschechischen Frage, Braunschweig 1949 / Richard Georg Plaschka, Von Palacký bis Pekař, Geschichtswissenschaft und Nationalbewußtsein bei den Tschechen, Graz—Köln, 1955 / Reinhold Lorenz, Krieg und Neutralität im Kurort. Untersucht mit besonderer Berücksichtigung der böhmischen Bäder, Mitt. d. Instituts f. Österr. Geschichtsforschung, 1955 (Festgabe für Hugo Hantsch) / Hans Sturmberger, Aufstand in Böhmen, Der Beginn des Dreißigjährigen Krieges, München 1959.

GUTSHERRSCHAFT UND GRUNDUNTERTANEN IM BÖHMISCHEN STÄNDESTAAT

Neue tschechische Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des 15. und 16. Jahrhunderts

Von Ferdinand Seibt

Zunächst ist ein Blick in die Entwicklung der tschechischen Forschung vonnöten. Es gibt seit der von Václav Novotný begründeten České dějiny, dem großen Sammelwerk jener bedeutenden Generation bürgerlicher tschechischer Forscher während der ersten Republik, keine größere umfassende Darstellung zur böhmisch-mährischen Geschichte der mittleren und neueren Zeit. An ihre Stelle ist das Bestreben getreten, den Geschichtsverlauf mit neuen Thesen, deduziert nach marxistischen Prämissen, neu darzustellen. Dafür bietet ein seit Anfang der 50er Jahre ausgearbeitetes Übersichtswerk den sachlichen Rahmen[1]. Seither hat die tschechische Forschung ihr Augenmerk nicht auf das Schicksal der Potentaten, nicht auf das Spiel der politischen Kräfte, sondern ganz auf jene Sphäre gerichtet, die sie für die alleinentscheidende im historischen Geschehen halten muß: auf die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, auf die Vergangenheit der „arbeitenden Massen".

Dieser Interessenrichtung entspricht eine Reihe von Monographien zur Wirtschaftsgeschichte der böhmischen Länder. Darin wird aufgegriffen, was František Hrubý und Bedřich Mendl ins Werk gesetzt haben. František Graus hat auf dieser Basis zunächst in zusammenfassenderen Studien wichtige Teilgebiete aus der Entwicklung des böhmischen Städtewesens dargestellt, aber hier fehlt noch eine umfassende Entwicklungsgeschichte. Vordringlich schien nämlich, (diese sachliche Auswahl steht zwar im Zusammenhang mit dem Ausgangspunkt der neuen tschechischen Forschung, eröffnet aber auch für uns recht fruchtbare Aspekte) nicht eine Geschichte des Bürgertums, sondern eine Darstellung der tragenden Produktivkraft, die wir im ganzen Zeitraum der mittleren und neueren Geschichte natürlich auf dem Lande suchen müssen. So veröffentlichte Graus 1953 und 1957 in zwei Bänden eine „Geschichte des Landvolks in vorhussitischer

[1] Přehled čsl. dějin [Überblick der čsl. Geschichte]. Thesen in: Československý časopis historický 2 (1954) Beiheft. Die Ausarbeitung erfolgte dann in einem 1. Teil bis 1848, Prag 1958, und in einem bisher zweibändigen 2. Teil bis 1918, Prag 1960.

Zeit"[2], zu der 1959 für Mähren, 1960 für Böhmen Fortsetzungen von F. Matějek und A. Míka erschienen sind[3]. Im großen und ganzen decken sich beide Arbeiten. Sie untersuchen jeweils die Entwicklung von Grundherrschaft und Untertanen zwischen der hussitischen Revolution und der Mitte des 16. Jahrhunderts. Eine gewisse Akzentverlagerung deutet sich freilich schon im Titel an: Matějek hat die Entwicklung des mährischen Großgrundbesitzes genauer betrachtet, Míka aus günstigerer Quellenlage einen wichtigen Einblick in die bäuerlichen Besitzverhältnisse aus Inventarangaben gewonnen, die freilich nur von einigen Grundherrschaften überliefert sind. Beide Verfasser haben ihren reichen Stoff zu vergleichbaren, recht breit angelegten Referaten gegliedert. Sie bieten eine Fülle von Einzelbelegen zur Entwicklung von Gutsherrschaft und Gutswirtschaft, zur rechtlichen und sozialen Gliederung, zur Produktionstechnik und zur allmählichen Schwerpunktverlagerung vom bäuerlichen zum grundherrlichen Wirtschaftsbetrieb. Im ganzen ein weites Feld, das die beiden Agrargeschichten bestellt haben. Beide Arbeiten weisen aber über ihren Gegenstand hinaus, weil sie sich zu allgemeineren Fragestellungen in Bezug setzen lassen: zur böhmisch-westeuropäischen Nachbarschaft, zur deutschen Wirtschaftsgeschichte und schließlich zum Übergang von der Renten- zur eigenbetrieblichen Gutswirtschaft, womit die beiden tschechischen Autoren zum Begriff der zeitgenössischen Grundherrschaft als Rechts- und Wirtschaftsform in der marxistischen, aber auch in der westlichen Diskussion beitragen. Der letzte Punkt erregt wahrscheinlich die breiteste Aufmerksamkeit. Er ist auch am ehesten geeignet, den Inhalt beider Arbeiten in Grundzügen vorzuführen.

*

Beide Arbeiten umgreifen in diesem Zusammenhang einen Thesenkomplex, der die marxistische Geschichtsforschung seit einem guten Jahrzehnt besonders beschäftigt[4]: die späten Entwicklungserscheinungen im Feudalsystem und seine Beziehungen zum Frühkapitalismus. Die Thesen, nach denen 1954 die marxistische tschechische Geschichtsschreibung ihre Arbeit organisierte, umreißen konkret die Entwicklung in den böhmischen Ländern: 1. Nach den Hussitenkriegen kam es in ihrer Darstellung zu einer Verschärfung der rechtlichen Bindungen der Grunduntertanen an den Boden, zu einer sogenannten „zweiten Leibeigenschaft"[5]. 2. Der Prozeß der sozialen

[2] Vgl. meine Rezension in: Vierteljahrschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 46 (1959) 560—66.

[3] Frant. Matějek, Feudální velkostatek a poddaný na Moravě s přihlédnutím k přilehlému území Slezska a Polska [Feudaler Großgrundbesitz und Grunduntertanen in Mähren mit Berücksichtigung der benachbarten Gebiete Schlesiens und Polens]. Prag 1959; Ant. Míka, Poddaný lid v Čechách v první polovině 16. století. [Grunduntertanen in Böhmen in der ersten Hälfte des 16. Jh.]. Prag 1960.

[4] Vgl. den Bericht A. Míkas in: ČsČH 2 (1954) 545—8 mit Lit.

[5] Thesen 39.

Differenzierung unter ihnen schritt dabei immer weiter[6] und führte zu sozialrevolutionären Spannungen und Klassenkämpfen. 3. Die bekannte, in der bürgerlichen Literatur bereits festgestellte Verlagerung des grundherrlichen Einkommens von der Grundrente zur Gutswirtschaft in Eigenregie ist dabei aber den Thesen zufolge nicht durch den Anreiz „entfernterer oder gar ausländischer Märkte" hervorgerufen, sondern sie entsprang mit Ausnahmen nur der Absicht der Feudalherren, die Grundrenten durch indirekte Ausbeutung der Untertanen auf den Lokalmärkten zu erhöhen[7]. Allerdings wird gleichzeitig betont, daß es hierüber noch an Monographien fehle. Míka und Matějek füllen nun diese Lücke. Aber ihre Ausführungen passen nicht in den Rahmen, den die Thesen dafür abgesteckt haben. Statt dessen finden sie beide zu diffizileren und weitaus realistischeren Urteilen, die unsere Kenntnisse wirklich bereichern können.

1. Mit der sogenannten zweiten Leibeigenschaft befaßt sich Matějek nur nebenbei, aber er findet zu dem bemerkenswerten Schluß: „Unser Material scheint nicht den im Přehled čsl. dějin, Thesen 1954... ausgesprochenen Gedanken zu bestätigen, daß die Bemühungen des böhmischen Adels, die Grunduntertanen unfrei zu machen, sie durch eine Reihe von Landtagsbeschlüssen noch fester an den Boden zu binden, notwendigerweise einen Einfluß auf den tatsächlichen Zustand der Untertanen ausübten. Die Bestrebungen des böhmischen Adels muß man wohl eher als Programm für die Zukunft betrachten. Vornehmlich aus der wirtschaftlichen Situation der Herrschaften hatten die Untertanen Vor- oder Nachteil"[8]. Míka geht dieser Frage viel gründlicher nach und sieht auf die Gesetzgebung, auf den Homagialeid und auf das Waffenverbot als Kennzeichen der Unfreiheit, kommt aber schließlich zu demselben Schluß. Damit treffen beide Autoren nicht nur eine wichtige Feststellung über die Fortdauer der sozialen Mobilität im böhmischen Ständestaat[9], sondern sie umreißen zugleich, daß sich ein grundsätzlicher Wandel in der zeitgenössischen Sozialgeschichte noch nicht abzeichnet.

2. Eine entscheidende soziale Differenzierung innerhalb der „Träger der Produktivkräfte" läßt sich nämlich in dieser Epoche nicht beobachten. Denn beide Autoren stellen ausdrücklich fest, daß die Sozialstruktur der abhängigen Bauernschaft bis zum Ende ihres Untersuchungszeitraums keine extremen Entwicklungstendenzen erkennen lasse. Matějek hält die Besitzdifferenzen, soweit sie die Quellen ausweisen, für den Effekt einer viel älteren Differenzierung bei „einem gewissen Konservatismus" während des

---

[6] Thesen 46.

[7] Thesen 45.

[8] Matějek 143 Anm. 107.

[9] Zum Begriff und zu deutschen und französischen mittelalterlichen Entwicklungen vgl. K. Bosl in: Vierteljahrschrift f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 47 (1960) 306—32.

15. Jahrhunderts[10]. Míka erklärt: „Es ist allgemein notwendig, vor der Überschätzung des Fortschritts der sozialen Differenzierung auf dem Lande zu warnen. Besonders im Vergleich mit der Zeit der Auflösung des mittleren Bauerntums während des Kapitalismus erscheint sehr markant eine verhältnismäßige Beständigkeit der sozialen Schichtung auf dem böhmischen Dorf während der Feudalzeit"[11].

Míka selber ist aber trotz der Warnung vor unbedachten Analogien mit der kapitalistischen Entwicklung offenbar einer solchen schablonenhaften Übertragung zum Opfer gefallen. Zwar hat er sich mit der Sozialstruktur der untertänigen Bevölkerung viel aufschlußreicher beschäftigt als Matějek, der mehr von den Privilegierten im Dorfe berichtet, von Müllern, Schulzen und Schenkwirten. Míka hat für einige Grundherrschaften Besitzverzeichnisse der Bauern gefunden und nach ihrem Zugvieh recht treffend eine Sonderung nach den Besitzverhältnissen zusammengestellt. Aber er verläßt dann die Grundlage dieser Bemühung und teilt grundsätzlich alles, was auf dem Lande lebt und keinen eigenen Boden pflegt, als „arme Leute" einem einzigen gemeinsamen Bereich zu[12]. Hier liegt eine recht widersprüchliche Kennzeichnung vor, hervorgegangen aus der Voraussetzung, daß arm sei, wer nicht über Produktionsmittel verfüge. Das trifft recht gut zu für den „Proletarier" der frühkapitalistischen Wirtschaftswelt. Aber schon hier decken sich wirtschaftliche Abhängigkeit und Armut bei weitem nicht. Noch bunter wird das Bild im vorkapitalistischen Wirtschaftsgefüge. Schon Graus mußte die „armen Leute" in der vorhussitischen Stadt in einer nuancenreichen Skala zusammenstellen, die vom reichen Handelsdiener bis zum elenden Bettler mehr umfaßt, als man unter einem Begriff mit Nutzen zusammenfassen kann, der nun einmal aus der Besitzdifferenzierung seine Bedeutung bezogen hat[13]. Auch auf dem Land reicht die Spanne vom hochherrschaftlichen Kammerdiener bis zum Dorfarmen wohl zu weit, als daß sie eine Zusammenfassung rechtfertigt, und sie umfaßt zudem eine viel zu mannigfaltige Abhängigkeit, als daß sich eine funktionale Gemeinsamkeit daraus entwickeln ließe. Außerdem muß man anmerken, daß sich, wenn schon nicht unter den Produktivkräften, so doch unter der grundherrlichen Oberschicht ein sehr deutlicher und im übrigen aus der ganzen west- und mitteleuropäischen Entwicklung bekannter Differenzierungsvorgang ab-

---

[10] Matějek 257, aber nur als Mutmaßung nach einer lokal begrenzten Quellendurchsicht.

[11] Míka 186.

[12] In der Tschechoslowakei und in Mitteldeutschland übersetzt man „chudina", „die armen Leute", immer mit „Armut". Das widerspricht den Prinzipien der Wortbildung in unserer Sprache. Es dürfte sich auch weniger um eine revolutionäre Neuschöpfung handeln, als um einen landschaftlich begrenzten, sehr konservativen Begriffsgebrauch: Kluge-Götze, 15. Aufl., Berlin 1951, belegt eine solche Form schon für das 18. Jh. als obersächsisch.

[13] Městská chudina v době predhusitské [Das städtische Proletariat in vorhussitischer Zeit]. Prag 1949.

zeichnet: der Aufstieg des hohen auf Kosten des niederen Adels und der Freien. Schon die bürgerliche Forschung hatte bekanntlich den böhmischen Hochadel als den „eigentlichen Sieger der Hussitenkriege bezeichnet", allerdings hatte gerade der böhmische Revolutionsverlauf Niederadel und Städte noch einmal für ein gutes Jahrhundert ins politische Kräftespiel gebracht. Schließen wir die Städte aus der weiteren Erwägung aus, soweit sie Handels- und Handwerkszentren sind. Insofern sind sie Gesellschaftskörper sui generis und entwickeln ihre eigenen Probleme. Aber die Städte schieben sich auch in die Produktionsverhältnisse auf dem Lande. Sie sind, wie Míka und Matějek berücksichtigen, Grundeigentümer, sowohl im Gemeinschaftsverband als auch durch einzelne ihrer Bürger, sie haben Landtafelrechte gegen den Adel zu wahren oder zu erkämpfen. Insofern treten sie neben Adel und Freibauern.

Im ganzen ist die marxistische Forschung freilich nicht allzusehr geneigt, sich mit diesen Entwicklungen innerhalb der „feudalen Oberschicht" recht eingehend zu beschäftigen. Vielfach sind die Verschiebungen in dieser Sphäre der gesellschaftlichen Ordnung nur über rechtshistorische Quellen greifbar, und die sozialkritische Interpretation dieser Quellen ist noch nicht sehr weit gediehen. Schließlich aber hängt eine gewisse Vernachlässigung der oberen Bereiche in der mittelalterlichen Sozialstruktur mit einer ganz grundsätzlichen Schwierigkeit der marxistischen Historiographie zusammen: sie ist entwickelt an der Geschichte des Kapitalismus. Sie ist deshalb bis heute noch nicht imstande gewesen, die Erscheinungen des Feudalsystems mit der von ihr selber geforderten Exaktheit ihrem Entwicklungsschema einzufügen. So achtete sie eher auf die Differenzierung innerhalb der Produktivkräfte als auf diejenige, die sich für die Entwicklung der „Produktionsverhältnisse" anscheinend nur nach oben auswirkt.

Diese Fehlkonzeption beeinflußt die ganze Anlage von Míkas Buch. Matějek hat sich hier realistischer verhalten: „Und so zeigt sich die Frage des Verschlingens freier landtafelfähiger Höfe durch den Hochadel als eine wichtige Frage unserer Wirtschaftsgeschichte in der Zeit vor dem ‚Weißen Berg', welche noch gehörige Aufhellung erfordert"[14]. Einstweilen läßt sich aus den Feststellungen Míkas und Matějeks zusammenfassen: der Hochadel hat seinen Besitz durch Säkularisation (soweit er hussitisch wurde) oder durch Schutzherrschaften (soweit er katholisch blieb) aus dem Kirchengut, durch Ankäufe oder Pfandleihen aus dem landesherrlichen Besitz und durch Ausverkauf des Niederadels und der Freibauern bemerkenswert erweitert. Die anderen ständischen Elemente neben dem Hochadel sind durch den Verlust ihrer wirtschaftlichen Kraft allmählich aus ihrer politischen Position gedrängt worden[15].

Natürlich darf man die Besitzverschiebungen nicht einfach mit geblüts-

[14] Matějek 195.
[15] Matějek 68 f.

rechtlichen Trennungslinien begrenzen. Aber politische und wirtschaftliche Möglichkeiten waren doch soweit miteinander verknüpft, daß dem Hochadel der Zugriff etwa nach dem markgräflich mährischen Besitz viel leichter möglich war als niederen Adelsfamilien[16]. Erst diese Besitzvergrößerung brachte augenscheinlich die größere Dispositionsfähigkeit zuwege, die eine überlokale Marktproduktion ohne Zweifel voraussetzt. Das erste löste womöglich jene Entwicklung aus, in deren Verlauf seit dem 16. Jahrhundert die grundherrliche Gutswirtschaft anstelle des Umfangs der älteren Rentenwirtschaft den Ertrag eines Besitztums bestimmen. Denn beim Fehlen so vieler staatlicher oder öffentlicher Dienste war überhaupt nur der Grundherr imstande, die Produktion in der gehörigen Weise zu organisieren. Zwar darf man wohl den unternehmerischen Weitblick der Grundherren nicht überschätzen. (Otto BRUNNER hat gezeigt, daß ein Theoretiker der Gutswirtschaft wie Wolf von Hohberg noch im 17. Jahrhundert haus-, und nicht betriebswirtschaftlich gedacht hat[17].) Aber die Formierung des Großgrundbesitzes im östlichen Mitteleuropa — in Mähren mehr, als in Böhmen — scheint doch wie die Ausbildung eines relativen Produktionsgefälles zwischen Ost und West infolge der Bevölkerungsballungen in den flandrischen, rheinischen und süddeutschen Handels- und Bergbauzentren und schließlich gerade so wie die Ausbildung des europäischen Fernhandels seit dem Spätmittelalter eine wichtige Grundlage für den Übergang der Grundherren zur Eigenregie im Lauf des 16. Jahrhunderts zu bilden.

Jedenfalls aber hatte die soziale Differenzierung weder in Böhmen noch in Mähren jene Fortschritte gemacht, die man zum Ausbruch von Klassenkämpfen voraussetzen muß. Solche Kämpfe spielten sich in Mähren bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts nach Matějek deshalb auch überhaupt nicht ab[18], in Böhmen verlief, bei einzelnen Aufständen im Zusammenhang mit dem ungarischen und dem deutschen Bauernaufstand zu Anfang des 16. Jahrhunderts und bei Berücksichtigung individueller Auflehnung, doch immerhin die ganze Auseinandersetzung in „milden Formen"[19].

3. Einstweilen bleibt der Übergang zur gutsherrlichen Eigenwirtschaft im 16. Jahrhundert noch eine offene Frage für die böhmische Historiographie. Hören wir dazu die thesenhafte Stellungnahme in der Übersicht von 1954[20]: „Eine unrichtige Auffassung der Unternehmungen des feudalen Großgrundbesitzes in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts seitens der bürgerlichen Literatur (Hrubý) als wirtschaftlichen Umschwung ist die „Entdeckung" des Kapitalismus schon im Feudalismus. In Wahrheit geht es weiterhin um feudale Güterproduktion ... Vorfälle, wo die Erzeugnisse der Gutswirt-

---

[16] Matějek 38.
[17] O. Brunner, Adeliges Landleben und europäischer Geist. Salzburg 1949, 300 f.
[18] Matějek 309 f.
[19] Míka 294.
[20] Thesen 45. Die Ausarbeitung der Thesen in: Přehled čsl. dějin I, Prag 1958 konnte ich mir leider noch nicht verschaffen.

schaft auf entfernten oder schließlich auf ausländischen Märkten erscheinen, sind im ganzen eine Ausnahme..." „Der Mangel an monographischer Forschung macht es heute noch unmöglich die Frage zu entscheiden, in welchem Maße überhaupt der Großgrundbesitz neuen Typs in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine so verbreitete Erscheinung war, wie die bisherige Literatur voraussetzt."

Mit dieser Zeitangabe sind zugleich die Auskunftsmöglichkeiten der beiden Arbeiten begrenzt. Denn beide erstrecken sich auf die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts. Míkas Untersuchungsergebnisse entsprechen im übrigen den „Thesen" allgemein. Aber er führt auch aus, daß es im 16. Jahrhundert einen größeren böhmischen Binnenbedarf gegeben habe, welcher das Angebot im Lande so fühlbar überstieg, daß selbst in jener Zeit mangelnder zentraler Wirtschaftslenkung 1529 das erste allgemeine Ausfuhrverbot für Getreide vom böhmischen Landtag erlassen wurde[21]. In den gleichen Bezug gehören die schon seit langem beobachteten Preissteigerungen für Getreide in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, welche schließlich bemerkenswerte Rückschläge in der Ertragsleistung der böhmischen Bergwerke zur Folge hatten[22]. Den Folgerungen aus dieser Sachlage weicht Míka mit dem Hinweis auf die Grenzen seines Untersuchungszeitraums ein wenig aus: „Erst vor der Mitte des 16. Jahrhunderts begannen einige Feudalherren sich um die Vergrößerung der eigenen Getreideproduktion auf den Meierhöfen zu bemühen, aber diese ersten Anzeichen machten sich deutlicher erst nach der Hälfte des Jahrhunderts bemerkbar"[23].

Dieses Urteil ist reichlich unsicher. Viel profilierter ist die Darlegung, die Matějek diesem Vorgang widmet. Er belegt zuerst in sehr ausführlicher Weise die Tendenz zum Verkauf der gutsherrlichen Meierhöfe an die Grunduntertanen gegen Ende des 15. Jahrhunderts und spricht für diese Zeit ausdrücklich von einem „Tiefstand der gutsherrlichen Eigenwirtschaft", dem lediglich ein gleichzeitiger „Höchststand in der gutsherrlichen Teichwirtschaft" gegenüberstünde. Hundert Jahre später zeige sich gerade das umgekehrte Bild[24]. Bei einem knappen Vergleich mit ähnlichen Tendenzen in Polen hält sich Matějek an die ältere Auffassung von der Bedeutung des Exports über die Ostsee nach Westeuropa für die polnische Landwirtschaft mit dem Hinweis, daß sich gerade in der Nähe der schiffbaren Flüsse die neuerstandenen polnischen Meierhöfe massierten.

Für Mähren selber sieht Matějek eine interessante kompliziertere Entwicklung, deren Grundzüge freilich auch schon vordem beobachtet worden sind. Weder der Exportmarkt, noch der in jener Zeit bedeutend intensivierte innere Markt auf Jahr- und Wochenmärkten scheine den Übergang zur gutsherrlichen Eigenregie ausgelöst zu haben, aber in jedem Fall sei als Trieb-

[21] Míka 88.
[22] Vgl. dazu B. Mendl in: Prager Rundschau 4 (1934) 266—277.
[23] Míka 103 f.
[24] Matějek 147.

feder der Getreideverkauf anzunehmen. Dabei findet Matějek aber nicht in dem unmittelbaren Verkauf an den Verbraucher einen ursächlichen Zusammenhang, sondern in dem Umweg über die Veredelung der Getreideerzeugnisse im Brauereiwesen. Hrubý hatte schon einmal ähnliche Auffassungen ausgesprochen, Matějek hält den Vorgang aber für langwieriger und komplizierter als Hrubý annahm, nachdem die Grundherren zunächst für die grundherrlichen Städte Braugetreide produzierten und erst später auch hier zum Eigenbetrieb und damit zur Konkurrenz gegen das Braurecht ihrer Untertanen vorgegangen seien[25].

*

Fassen wir zusammen: Entgegen der Konzeption der Thesen von 1954 betont besonders Matějek die Bedeutung fernerer Märkte für den Übergang zur grundherrlichen Eigenwirtschaft, und die Arbeit Míkas, an sich weit weniger auf den Großgrundbesitz gerichtet, ist jedenfalls nicht dazu angetan, diese Auffassung zu widerlegen. Es scheint also der Marktanreiz doch seine Rolle bei der Ausbildung der grundherrlichen Eigenregie gespielt zu haben, nur wirkte er jeweils von einer anderen Richtung: in Polen war es der Export über die Ostsee nach Westeuropa; in Mähren vornehmlich die Veredelung der Getreideproduktion im Brauereiwesen; in Böhmen schließlich dank der inländischen Bevölkerungsballungen, etwa in den großen Bergbauzentren des 16. Jahrhunderts, der Binnenmarkt. Das sind einstweilen die Auskünfte, mit welchen die tschechischen Forscher zur Erklärung des großen Umschwungs in der grundherrlichen Wirtschaftsweise während des 16. Jahrhunderts beitragen, und sie weichen ab von den offiziellen Thesen aus dem Jahre 1954, denn dort heißt es: „... die gutswirtschaftlichen Unternehmungen in der Mitte des 16. Jahrhunderts muß man als einen der Wege der Feudalherren zur Erhöhung der Grundrente durch indirekte Ausbeutung der Untertanen a u f d e m L o k a l m a r k t auffassen“[26].

*

Mit dieser Gegenüberstellung dürfen wir uns nun aber nicht begnügen. Die Entwicklung ist lehrreich und überdies in der westlichen Geschichtsschreibung unbekannt genug, um die tschechischen Stellungnahmen noch genauer zu verfolgen. Also greifen wir die Urteile der beiden tschechischen Untersuchungen noch einmal auf. Die enge Bindung der gutswirtschaftlichen Initiative an den Lokalmarkt nach den Thesen von 1954 ließ sich jedenfalls nicht aufrecht erhalten. Was hat es aber mit der grundsätzlichen Ablehnung der älteren „bürgerlichen“ Aussagen über frühkapitalistische Wirtschaftsentwicklungen innerhalb der böhmischen und mährischen Grundherrschaften auf sich[27]?

---

[25] Matějek 183.
[26] Thesen 45. Sperrung zur Deutlichkeit.
[27] Zum grundherrschaftlichen Frühkapitalismus vornehmlich F. Hrubý, Z hospodář-

Längst ist auch bei uns anerkannt, daß Marx mit seiner Analyse des Kapitalismus bahnbrechende Arbeit geleistet hat[28]. Die Frage, ob die wirtschaftlichen Entwicklungen im 15. und 16. Jahrhundert, ob die Ansammlung gewaltiger Kapitalien in den Händen der Fugger, Welser oder tor Smeden schon als Kapitalismus zu bezeichnen sei, hat die Wirtschaftsgeschichte seit Sombart 1902 beschäftigt. In letzter Zeit hat man jedoch hervorgehoben, daß sich der „frühe" Kapitalismus nur vorübergehend in Handel und Bergbau, schließlich aber in der Anlage von Grundrenten betätigte, daß damit die um 1500 so hervorstechende Erscheinung die Wirtschaftsblüte der deutschen Renaissance nicht überlebte und daß andererseits ihre Wurzeln bis ins Hochmittelalter zurückreichen. Ähnlich wie bei Burckhardts „Entwicklung des Individuums" verschieben sich wohl auch hier bei genauerem Zusehen die zeitlichen Grenzen jener angeblichen Schwellen der Moderne immer tiefer hinab bis zur ersten Festigung der mittelalterlichen Welt. Bürgerliches und grundherrliches Unternehmertum bleiben dabei jedenfalls noch immer im Bann der adeligen Welt- und Lebensordnung.

Diese Vorstellung stimmt überein mit einer Definition, die F. Graus 1950 vorgelegt hat: der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, nach Marx auf die „Ausnützung persönlich freier Arbeitskräfte durch die Unternehmer" gegründet, unterscheide sich vom mittelalterlichen „Handelskapitalismus" vornehmlich durch seine unbegrenzte Expansionsmöglichkeit[29] (ein Weg, der natürlich erst durch die Umwälzung in der Produktionstechnik eröffnet worden war).

Schwieriger scheint die Verständigung mit Míka über die Frage zu sein, welche Definition man der Geldwirtschaft in den grundherrlichen Unternehmungen des 15. und 16. Jahrhunderts einräumen soll. Schwieriger vor allem deshalb, weil weder Míka noch auch seine Grundlage, die Thesen von 1954, so einfach wie Graus vom Kapital und seiner Expansionswirksamkeit in der modernen Wirtschaft ausgehen, sondern ganz allein von den Auswirkungen des Kapitalismus auf die rechtliche Stellung der Produzenten. Natürlich ist auch diese Definition schon bei Marx vorgegeben. Zur Frage, ob die grundherrliche Teichwirtschaft als „ursprüngliche Kapitalakkumulation" zu bezeichnen sei, heißt es schon in den Thesen von 1954: „Zwar kam es zur Entblößung der Produzenten von den Produktionsmitteln (die Massenhaftigkeit dieser Erscheinung wird erst noch zu beweisen sein), aber gleichzeitig verhärtete sich das System der Bodenbindung (= znevolňování, eigtl. Unfreiwerdung) und verschlang freie Arbeitskräfte. Ein Arbeitsmarkt bil-

---

ských převratů českých v stol. XV a XVI .[Uber wirtschaftliche Wandlungen in Böhmen im 15. und 16. Jh.]. Český časopis historický 30 (1924) 205—236, 263—306.

[28] Vgl. Wörterbuch der Politik V/2. Hrsg. H. Sacher und O. v. Nell-Breuning SJ. Freiburg 1951, 239 f.

[29] Česky obchod se suknem ve XIV. a počátkem XV. století. [Böhmischer Tuchhandel im 14. und zu Anfang des 15. Jh.]. Prag 1950, 88.

dete sich daher nur zu besonderen Gelegenheiten und an besonderen Orten"[30]. Damit richtete der Theoretiker (František Kavka) in enger wörtlicher Abhängigkeit von Marx die Aufmerksamkeit der künftigen Forschung auf die These, daß sich im 16. Jahrhundert solchermaßen noch keine moderne Kapitalakkumulation nachweisen lasse[31]. Er weist also auf das begrenzende, eliminierende Moment, während er die Frage, was denn statt dessen die Eigenart der feudalistischen Geldwirtschaft im Teichbetrieb ausmache, im Hintergrund läßt.

Míka folgt seit 1954 in mehreren Stellungnahmen ganz diesem Anliegen, dem Wortlaut der Definition und beschränkt sich damit ebenso nur auf eine Einzelheit. Er achtet schon 1954 darauf, ob die Maßnahmen der Grundherren zu einer „Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln" und dementsprechend zu einer „Vertreibung der untertänigen Bauern vom Boden" geführt hätten[32] und richtet auch 1960 sein Augenmerk allein auf die möglichen Auswirkungen der Teichwirtschaft für die Grunduntertanen um zu entscheiden, ob man in ihr den Initialprozeß für die kapitalistische Wirtschaftsweise sehen müsse oder nicht. Wieder fragt er nach einem „massenweisen Losreißen der Produzenten von den Produktionsmitteln"[33].

Inzwischen hat er aber an Beispielen festgestellt, daß die Bauern für enteignete Grundstücke bei der Teichanlage allgemein entschädigt wurden. Bemerkenswert sind hier etwa seine Angaben über die Pardubitzer Grundherrschaft, wo sich unter 1500 Fällen nur bei 51, also bei 3%, solche Entschädigungen nicht nachweisen ließen. Jedenfalls ist damit die Tatsache erhärtet, daß mit der Teichanlage noch durchaus nicht ein Produktionsprozeß beginnt, bei dem die eigentlichen Produzenten nach Art der proletarisierten Handwerker des 19. Jahrhunderts massenweise enteignet und dann als unabhängige Lohnarbeiter wieder in den umorganisierten Produktionsprozeß eingesetzt wurden. Und damit findet Míka zu einer Zusammenfassung, welche entsprechend der bekannten Periodisierung jede kapitalistische Frühform im Feudalismus verneint: „Das ganze System der obrigkeitlichen Wirtschaft war im Grunde aufgebaut auf das Feudalprinzip des Monopolbesitzes am Boden, auf die feudalistische außerökonomische Gewalt mit typisch feudalen Mitteln, vornehmlich auf die Ausnutzung der Robotarbeit. Schon deswegen war es eine typisch feudalistische Erscheinung und es irrt sich derjenige, der in ihm die ersten Spuren kapitalistischer Produktionsbezüge erkennen will"[34].

Eine solche Definition ist aber bis zur Unbrauchbarkeit überspitzt, weil sie

---

[30] Thesen 45.

[31] „Es scheint wahrscheinlich, daß man in dieser Zeit nur einige Grundelemente dieses Prozesses (= der Kapitalakkumulation) sichern kann, welcher sich erst im 18. Jahrhundert voll durchsetzte".

[32] ČsČH 2 (1954) 262; vgl. auch Míkas Beitrag in ČsČH 5 (1957) 632—664.

[33] Míka 123.

[34] Míka 133.

historische Tatsachen zugunsten eines Schemas außer acht läßt. Man darf doch die beispielsweise hohen Renditen der Teichwirtschaft nicht ungeprüft lassen, wenn man den Wandel der grundherrlichen Wirtschaftsweise verstehen will. Míka hätte diesem Fragenkreis noch besser als Matějek nachgehen können, der ausdrücklich den Quellenmangel der mährischen Verhältnisse in diesem Zusammenhang beklagt[35]. Míka beschränkt sich aber auf zwei, drei Beispiele für die erstaunlich hohe Ertragsfähigkeit der Fischzucht. Nachdem er aber zu der Feststellung gefunden hat, daß es sich, weil man noch immer Elemente der klassischen Definition vermisse, noch nicht um Kapitalismus handeln könne, ist ihm die naheliegende Frage nach der Eigenart der grundherrlichen Geldwirtschaft gar nicht mehr wichtig. Dabei scheint in Wirklichkeit gerade in der größeren finanziellen Dispositionsfähigkeit der Grundherren eine wichtige Erklärung für ihre größere Unternehmungslust, für den Übergang zur Eigenwirtschaft, für die Restitution des Meierhofwesens im Verlauf des 16. Jahrhunderts zu liegen, womit die Grundherren dem Marktanreiz, den Absatzmöglichkeiten, also der Expansionsmöglichkeit von Kapitalinvestitionen folgten.

Natürlich fragt man nach den Ursachen dieser definitorischen Einseitigkeit. Offensichtlich ist sie in einem besonderen marxistischen Diskussionsgang über die Eigenart des feudalistischen Wirtschaftsstils zu suchen, den Míka schon seit Jahren mit Aufmerksamkeit verfolgt hatte[36]. Vielleicht hilft uns eine russische Arbeit vom Jahre 1954, uns mit der Eigenart dieser Diskussion am schnellsten bekannt zu machen und damit auch den Ausgangspunkt der tschechischen Definition am leichtesten zu begreifen. Die russische Arbeit konzediert zwar ohne weiteres: „So bildete sich im Schoß der Feudalordnung die kapitalistische Produktion heraus“[37]. Weit entfernt von der schätzenswerten Sorgfalt Míkas und anderer tschechischer wirtschaftshistorischer Arbeiten hat das Autorenkollektiv der sowjetischen Akademie der Wissenschaften nämlich hier schon für das 15. und 16. Jahrhundert vorausgesetzt, was die tschechische Forschung in ihrem Lande im selben Zeitraum eben noch nicht finden konnte: die Gewalt in der Rolle des Geburtshelfers der kapitalistischen Wirtschaftsweise (Marx). Wir lesen:

„... Doch die Langsamkeit dieses Prozesses (der allmählichen Kapitalbildung) entsprach nicht den Bedürfnissen des neuen Weltmarktes, der durch die großen Entdeckungen Ende des 15. Jahrhunderts entstanden war. Die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise wurde dadurch beschleunigt, daß die Großgrundbesitzer, die Bourgeoisie und die Staatsmacht, die sich in der Hand der Ausbeuterklassen befand, Methoden der brutalsten Gewalt anwandten. Die Gewalt spielte, nach einem Ausdruck von Marx,

---

[35] Matějek 90.

[36] Vgl. seinen Bericht über neue Forschungen zum Feudalismus in: ČsČH 2 (1954) 545—548.

[37] Politische Ökonomie. Lehrbuch. Hrsg. Akademie der Wissenschaften der UdSSR, deutsch 4. Aufl. Berlin 1955, 66.

die Rolle des Geburtshelfers, der die Geburt der neuen, kapitalistischen Produktionsweise beschleunigte.

Die bürgerlichen Gelehrten stellen die Entstehungsgeschichte der Klasse der Kapitalisten und der Klasse der Arbeiter idyllisch dar. In einer längst verflossenen Zeit, behaupten sie, hätte es ein Häuflein strebsamer und sparsamer Menschen gegeben, die durch ihre Arbeit Reichtümer anhäuften. Auf der anderen Seite hätte es eine Masse von Faulenzern und Nichtstuern gegeben, die ihr ganzes Gut durchgebracht hätten und zu besitzlosen Proletariern geworden wären.

Diese Märchen der Verteidiger des Kapitalismus haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun. In Wirklichkeit ging die Entstehung der Masse der Besitzlosen und die Akkumulation von Reichtümern in den Händen einiger weniger auf dem Wege vor sich, daß die Kleinproduzenten der Produktionsmittel gewaltsam beraubt wurden. Der Prozeß der Scheidung der Produzenten von den Produktionsmitteln (vom Boden, von den Produktionsinstrumenten usw.) war begleitet von einer endlosen Kette von Raubakten und Grausamkeiten. Dieser Prozeß wird die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals genannt, da er der Schaffung der kapitalistischen Großproduktion voranging" [38].

Die russische Darstellung behauptet also eine gewaltsame „ursprüngliche Kapitalakkumulation", eine „massenhafte Vertreibung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln (im Feudalismus: vom Boden) auch schon für das 16. Jahrhundert und spricht deshalb von Kapitalismus. Die tschechische Einzelforschung kann hingegen diese Voraussetzung nicht bestätigen, sie bestreitet deshalb, daß man im Lande „die ersten Spuren kapitalistischer Produktionsbezüge" erkennen könne. Ist das kritisch?

Míka wäre hier wohl eher durch die Definition von František Graus aus dem Jahre 1950 weitergeführt worden [39], die Kapitalismus und kapitalistische Expansion in Zusammenhang brachte. Gerade unter Berufung auf diese Definition läßt sich sagen, daß die Expansionskraft des Kapitals zwar erst im 19. Jahrhundert diejenigen produktionstechnischen Voraussetzungen fand, die ihr revolutionäre Wucht verliehen; aber die Expansionskraft selber, so alt wie das Geld, hat doch deutlich genug immer wieder im Laufe der Wirtschaftsgeschichte nach Ansatzpunkten gesucht, hat infolgedessen Teilabläufe des Wirtschaftslebens und infolgedessen der Gesellschaftsorganisation bestimmt, ehe sie geradewegs zum Wirtschaftsstil werden konnte. Man wird also nicht umgehen können, die grundherrliche Wirtschaftsexpansion seit dem Spätmittelalter, gerade, weil und soweit sie offenbar nicht im ursprünglich vorausgesetztem Maß auf „feudaler Gewaltanwendung" beruhen, als Teilabläufe kapitalistischer Wirtschaftsweise zu erkennen, auch wenn infolgedessen wirtschaftsgeschichtliche Definitionen ihre Ausschließlichkeit lockern und ihren Kern neu gestalten müßten.

---

[38] Politische Ökonomie 66 f.
[39] Vgl. oben Anm. 29.

Abseits des Systematischen bleiben viele Einzelheiten in beiden Arbeiten von Interesse, besonders ein Vergleich mit den deutschen Verhältnissen. Wie in Böhmen und Mähren, so entfaltete sich auch in Ostdeutschland die grundherrliche Eigenwirtschaft erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts[40]. Erst dann setzte die allmähliche Steigerung der Hand- und Spanndienste, der Robotleistungen ein, von denen Matějek nach genauerem Zusehen sagen kann, daß sie in Mähren oft nicht nach Willkür, sondern in Gegenleistung zu bestimmten Privilegien vornehmlich aus dem adeligen Waldmonopol (Waldweide, Brenn- und Bauholzeinschlag) gesteigert wurden[41] und damit wenigstens formal dem Rechtsweg folgten. Das „Bauernlegen", in Brandenburg seit 1540 beobachtet[42], hat in den böhmischen Ländern zur gleichen Zeit keinen nennenswerten Umfang angenommen. Wie in Polen nach Matějeks Übersicht, so lockten auch in Ostdeutschland Flüsse und Ostsee als Handelswege am stärksten zur Ausbreitung der gutsherrlichen Eigenregie[43]. Und wie in Mähren hielt sich in Ostdeutschland „die Neigung zu Erhebungen" der gutsuntertänigen Bauern „in Grenzen"[44], unter anderem wegen der Unterbesiedlung. Sie ist offensichtlich eine bemerkenswerte Parallele zwischen beiden Gebieten.

In Böhmen war das anders. Böhmen zeigt überhaupt, nicht nur wegen seiner lebhafteren Sozialkämpfe im 15. und 16. Jahrhundert, eher Ähnlichkeit mit süddeutschen Verhältnissen: es ist dichter bevölkert, es kennt Städtekonzentration auf kaufmännischer und handwerklicher Grundlage, es beteiligt sich besonders an der Blüte des Silber- und Eisenerzbergbaus im 13. und an seinem neuerlichen Aufschwung im 16. Jahrhundert nach der Verfeinerung der Arbeitstechnik. Es kennt Getreidemangel und Preisanstieg und ein Ausfuhrverbot wie die Kurpfalz 1517 oder der Mittelrhein 1530[45]. Es hat die Nöte und die Vorteile eines relativ dicht besiedelten Landes. Dieser Charakter wird noch unterstrichen durch die Überlegung, daß Mähren von seinen 30 königlichen Städten nur 6 seit dem Ende des 15. Jahrhunderts übrig behielt, während die böhmischen Städte in der hussitischen Revolution eine unerhörte Position dem Hochadel gegenüber behaupten konnten, eine bedeutendere sogar, als ihre süd- und westdeutschen Nachbarn je errangen. Zwar wird sie ihnen noch während der Revolution wieder entwunden, doch bleibt ihr 1421 errungenes Mitspracherecht im böhmischen Landtag erhalten. Für ihr Verhältnis zu den Landständen bietet am ehesten das Fürstentum Breslau eine Parallele[46].

---

[40] Vgl. W. Treue in: Gebhardt-Grundmann, Handbuch d. dt. Geschichte 2. Stuttgart 1955, 377.
[41] Matějek 308.
[42] Treue 377.
[43] Treue 378.
[44] Treue 377.
[45] Treue 379.
[46] Matějek 331

Damit sind wir freilich bei einer Erscheinung, die dem Umkreis des Wirtschaftsgeschichtlichen nicht mehr angehört. Bei allen Ähnlichkeiten zwischen Böhmen und Westdeutschland muß man im Auge behalten, daß mit der hussitischen Revolution die territorialstaatliche Zentralgewalt in Böhmen zusammenbrach, ganz anders als im Westen, daß das Land Ständestaat wurde bis zum Ausbau des habsburgischen Absolutismus, der erst 1547, ein gutes Jahrhundert nach den Hussitenkriegen, sich den ständischen Freiheiten entgegenstellt. Mit Recht hat R. E. Betts darauf hingewiesen, daß diese ständische Dezentralisierung im 15. und 16. Jahrhundert ein Kriterium sei, das Ostmitteleuropa, das Böhmen, Polen und Ungarn von der westlichen zentralisierenden Staatsorganisation aufs deutlichste unterscheide.

Wolf Helmhard von Hohberg spricht um 1680 in seinem Handbuch für den Landadel mit Unwillen von der harten Lage der Grunduntertanen in Böhmen und Mähren[47]. Bis dahin müssen sich also die Verhältnisse in den böhmischen Ländern, muß sich die Form der Grundherrschaft, die Míka und Matějek im 16. Jahrhundert noch durchaus für erträglich hielten, sehr nachhaltig verschärft haben. Es ist das „temno", das Barockzeitalter, der voll entwickelte habsburgische Absolutismus nach der Niederlage vom „Weißen Berg", dem der „Schwarze Peter" damit zugeschoben wird. Die umfassenden Veränderungen in der grundherrlichen Oberschicht durch Ausweisung und Einwanderung spielten dabei womöglich eine Rolle. Jedenfalls können wir von der Fortsetzung der tschechischen Forschungen, von einer Agrargeschichte des Barockzeitalters, sehr Aufschlußreiches erwarten.

[47] Brunner, Adeliges Landleben 288.

DIE WIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN WESTDEUTSCHLAND UND BÖHMEN-MÄHREN IM ZEITALTER DER INDUSTRIALISIERUNG

Von Hermann Kellenbenz

I.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der Donaumonarchie seit ihrer Zusammenfassung unter Ferdinand, dem Bruder Karls V., zeigt mehrere Schwerpunkte gewerblich-industrieller Betätigung. Da war der Tiroler Silber- und Kupferbergbau, der um Schwaz und Hall betrieben wurde, allerdings im Laufe des 16. Jahrhunderts mehr und mehr an Bedeutung verlor. In der Steiermark wurde Eisen gewonnen und zu hochwertigen Hau-, Stich- und Schneidwerkzeugen verarbeitet. In Oberungarn (d. h. in der Slowakei) wurde wie in Tirol Silber und Kupfer ausgebeutet. Auch Böhmen hatte seine Bergwerke, namentlich in der Kuttenberger Gegend, und in den Sudeten wie auch in Mähren blühte die Leinen- und Tuchfabrikation.

Als im Lauf des 18. Jahrhunderts und dann mit verstärktem Einsatz im 19. Jahrhundert die Technisierung und Industrialisierung die weiten Gebiete der Donaumonarchie ergriff, entstand ein Schwerpunkt unternehmerischer Betätigung begreiflicherweise in Niederösterreich in der Umgebung der inzwischen zu einer Großstadt herangewachsenen Kaiserresidenz Wien, ein anderer befand sich in Linz[1], daneben kam den Ländern der böhmischen Krone, namentlich Mähren, ein sehr wichtiger Anteil zu. Welche Rolle bei dieser Entwicklung den Verbindungen der mährischen und böhmischen Gebiete mit den deutschen Landschaften vom Niederrhein bis nach Schwaben hinein zukam, soll im folgenden näher untersucht werden. Unsere Arbeit konzentriert sich dabei auf die Zeit vom ausgehenden 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die weitere Entwicklung bis in den ersten Weltkrieg hinein muß einer anderen Studie vorbehalten bleiben[2].

---

[1] Vgl. die Linzer Wollenzeugfabrik: Hofmann, Viktor, Beiträge zur neueren österreichischen Wirtschaftsgeschichte, Wien 1919, sowie Archiv f. Österr. Gesch. 108, 2. Hälfte, S. 347 ff.

[2] Die folgenden Ausführungen geben den Inhalt eines Vortrages wieder, der am 18. Mai 1961 in der Kölner Universität vor dem Collegium Carolinum gehalten wurde. Dem Präsidenten des Collegiums, Herrn Professor Dr. Theodor Mayer, Konstanz, spreche ich für die ehrende Einladung zu diesem Vortrag meinen ge-

II.

Wenn man sich die geographischen Verhältnisse des böhmisch-mährischen Raumes vergegenwärtigt, dann fällt einem als erstes die starke Abriegelung nach außen durch Gebirgshöhen auf. Diese Tatsache hat das politische Schicksal dieses Raumes bis in unsere jüngste Gegenwart herein aufs nachhaltigste beeinflußt, sie hat auch seine wirtschaftliche Entwicklung stärkstens mitbestimmt. Es gibt nur drei größere Öffnungen, durch die die böhmisch-mährischen Länder Anschlußmöglichkeiten nach außen hatten: das waren das Elbetal und die mährische Senke nach Nordwesten und Nordosten und die Ebene des Marchtals nach Süden. Dieses südliche Tor zur Donau hin hat dann auch wesentlich mitgeholfen, daß die Länder der böhmischen Krone so lange dem Hause Habsburg untertan blieben, und als im Lauf des 19. Jahrhunderts die verkehrsmäßige Erschließung Mährens und Böhmens durch den Eisenbahnbau einsetzte, wurde sie von Süden her in Angriff genommen, ihr erstes Stück war, wenn man von der Linie Budweis-Linz absieht, die von Wien ausgehende Kaiser-Ferdinand-Nordbahn. Nun ist außerdem noch zu beachten, daß Böhmen und Mähren dank ihrer Fruchtbarkeit und ihrer reichen Bodenschätze sich immer weitgehend selbst versorgen konnten, und bezeichnenderweise ist auch die größte städtische Siedlung, Prag, nie ein Handelszentrum von internationaler Bedeutung gewesen. Die großen westöstlichen Handelsrouten führten nördlich und südlich vorbei, über Magdeburg, Leipzig und Breslau und durch das Donautal.

Das heißt nicht, daß es Böhmen an Fernstraßen nach dem Westen gefehlt hätte. Schon im Mittelalter gab es deren eine Reihe, die über die Paßsenken zwischen den verschiedenen Gebirgsmassiven führten, so den „goldenen Steig" nach Passau, den Weg von Pilsen über Taus und Furth nach Nürnberg oder Regensburg, die Straße über Tepl und Eger nach Bamberg sowie die Verbindung über Chodau und Graslitz nach Erfurt. Auf diesen Wegen kamen die deutschen Einwanderer, die durch den Silber- und Kupferbergbau angelockt wurden, des weiteren haben wir die Ansiedlungen nicht nur flämischer, sondern auch niederrheinischer Tuchmacher, die in den Hauptplätzen der Textilindustrie Reichenberg, Brünn, Bielitz und Jägerndorf ihr Teil dazu beitrugen, daß sich die deutsch besiedelte Randzone vom vorwiegend tschechischen Kern der böhmischen Länder so stark abhob[3]. Prag wurde, seitdem die Habsburger die Stadt als Residenz bevorzugten, ein

---

bührenden Dank aus. Wertvolle Hinweise bei der Beschaffung der nötigen Daten verdanke ich vor allem Herrn Bibliotheksrat a. D. Dr. Herr in Winnenden, Herrn Stadtarchivar Dr. Kurt Oberdorffer in Ludwigshafen, den Professoren Dr. Herbert Hassinger in Wien und Dr. Wolfgang Zorn in Bonn, sowie Fräulein Dr. Elisabeth Esterhues, Archivarin am Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv.

[3] Vgl. Dittrich, Erich, Verlagerungen in der Industrie, in: Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, herausgg. von Eugen Lemberg, Friedrich Edding, I-III, Kiel 1959, Bd. 2, S. 294—374, S. 301.

großer Absatzmarkt und zog in steigendem Maße ausländische Kaufleute an, neben den Nürnbergern und Leipzigern viele Italiener[4]. Und vereinzelt reichten die Verbindungen auch weiter nach dem Westen, zu den Frankfurter Messen[5], zu Kaufleuten in Köln und Wesel, die Luxusartikel aus Belgien und Frankreich oder englische Tuche nach dem böhmisch-mährischen Raum vermitteln konnten, und nicht nur Niederländer und Italiener lockte es, sich in der glanzvoll aufstrebenden Moldaustadt niederzulassen, sondern auch unternehmende Männer aus dem Rheinland wie die Nerhof und Myslich[6] von Hattingen und Wesel. Anton Ernstberger hat in seinem Buch über Hans de Witte, den Bankier Wallensteins, gezeigt[7], daß dieser seine Faktoren in verschiedenen Wirtschaftszentren Westdeutschlands, vor allem in Frankfurt, Köln und Aachen hatte, wobei es hauptsächlich um Waffenlieferungen ging.

Böhmischer Aufstand und Untergang Wallensteins bilden eine gewisse Grenzmarke. In der Zeit der Glaubensspaltung war mancher Evangelische um seines Glaubensbekenntnisses willen nach den Ländern der böhmischen Krone gegangen. Der Sieg der Habsburger machte den katholischen Glauben zur Staatsreligion; und wer hier jetzt etwas bewirken wollte, der mußte sich dem Staatsgesetz beugen. Aber die Anziehungskraft der böhmisch-mährischen und der Donauländer wuchs. Nach den letzten Krisen, die die Türkenkriege der sechziger und achtziger Jahre über den deutschen Südostraum heraufführten, ging die Donaumonarchie einem glänzenden Aufstieg entgegen. Die Kaiserresidenz Wien überstrahlte seit Leopold I. alle andern deutschen Fürstenhöfe, und auch Prag, Olmütz, Breslau erlebten eine neue Phase der Baukunst, Kirchen und Adelspaläste entstanden. Im Kreis der großen Gestalter, der Fischer von Erlach, der Hildebrand, Dientzenhofer, Neumann, Dietz und Martinelli sucht man freilich westdeutsche Kräfte vergeblich, der schwäbische Bildhauer Messerschmidt, der Bodenseer Maulbertsch und der Benediktbeurer Asam deuten die südwestliche Grenze eines Gebietes an, das schöpferisch Verwandtes bieten konnte. Um so größer ist die Anziehungskraft der Monarchie für jene Männer, die es verstanden, das Luxusbedürfnis der Kaiserresidenz mit Perlen, Juwelen und Kunstgegenständen zu befriedigen, Darlehen zu vermitteln und für die Operationen der Truppen einen Apparat von Heereslieferanten aufzustellen, der trotz der schlechten zeitbedingten Finanzverwaltung und sonstigen unrationellen Wirtschaftsmethoden in der Lage war, die Truppen so zu versorgen, daß ihre Aktionsfähigkeit erhalten blieb. Das war die Zeit der Oppenheimer und

[4] Janáček, Josef, Dějiny obchodu v předbělohorské Praze, Prag 1955.

[5] Besuch Prager auf den Frankfurter Messen (bes. Pferdehändler) im 14. Jahrhundert. Vgl. Bastian, Franz, Das Runtingerbuch 1383—1407 und verwandtes Material zum Regensburger-Südostdeutschen Handel und Münzwesen, I, Regensburg, 1944, S. 151 ff.

[6] Janáček. a. a. O., S. 358.

[7] Vgl. Ernstberger, Anton, Hans de Witte, Finanzmann Wallensteins, Wiesbaden 1954, Register.

Wertheimer aus Worms und ihrer weitverzweigten Verwandtschaft; und kommen nicht aus derselben mittelrheinischen Gegend zwei der großen Programmatiker, die so leidenschaftlich sich bemühten, dem Wirtschaftsleben im Südosten und der Wirtschaftspolitik des Kaisers neue Impulse zu geben: Hornigk, der Mainzer Professorensohn, und sein noch einfallsreicherer Schwager, Johann Joachim Becher, der Pfarrerssohn aus Speyer[8]? Geldmangel und andere Hindernisse haben die Ansätze einer neuen wirtschaftlichen Initiative freilich noch nicht recht zur Entfaltung kommen lassen. Erst die Kommerzdeputation von 1710, das böhmische Merkantilkolleg von 1714 und andere ähnliche Institutionen haben die Anregungen dann im Lauf des 18. Jahrhunderts fruchtbar verwertet[9]. An der Spitze des Merkantilkollegs stand der Graf Waldstein, der 1715 die Manufaktur in Oberleutensdorf gründete[10].

In diesem 18. Jahrhundert macht die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Teilen der Donaumonarchie beträchtliche Fortschritte. Schon unter Karl VI. werden eine Reihe von Programmpunkten der Kameralisten in Angriff genommen[11]. Mochten seine Überseepläne im großen ganzen scheitern, mit den Adriahäfen Triest und Fiume eröffneten sich dem „staatlichen Exporthandel"[12], wie Srbik gezeigt hat, doch Möglichkeiten, die auch auf den alten Handelswegen, etwa auf der Elbe von Böhmen nach Hamburg, wahrgenommen wurden. Die Kriege, die Maria Theresia mit ihrem preußischen „Cousin" führen mußte, brachten im zweiten Drittel des Jahrhunderts eine schwere Krise über die Monarchie, gaben aber auch den Anlaß zu fruchtbaren wirtschaftspolitischen Überlegungen und zu mancherlei nützlichen Reformen, um den schmerzlichen Verlust des wirtschaftlich so regen Schlesien auszumerzen; und was unter Maria Theresia nicht mehr daran kam, packte dann der Nachfolger Josef mit umso größerem Reformeifer an. Günstige Absatzverhältnisse, u. a. von Wollerzeugnissen nach der Türkei, regten zur Ausweitung der Produktion an. Gerade in Böhmen und Mähren begann es sich zu regen. Hier blühte vor allem die Textil- und Glasindustrie auf, wobei man mehr und mehr den zentralisierten und arbeitsteiligen Fertigungsprozeß anwandte, wie ihn die Manufaktur bot. Im Gegensatz zur betont merkantilistischen Wirtschaftspolitik seiner Mutter gewannen unter Josef liberalere Gesichtspunkte Bahn, und so sind seit den 70er Jahren bis

---

[8] Vgl. dazu Hassinger, Herbert, Johann Joachim Becher, 1635—1682. Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus, Wien 1951.

[9] Lorenz, Reinhold, Die Grundlegung des Absolutismus. Erweitert von Heinrich Schnee, in: Handbuch der deutschen Geschichte II, Abschnitt 3, S. 83 f.

[10] Klíma, Arnošt, Manufakturní období v Čechách, Prag 1955, bes. S. 162 ff.

[11] Vgl. Sommer, L., Die österreichischen Kameralisten, I—II, Wien 1920/25.

[12] v. Srbik, H., Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia. Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte Österreichs im Zeitalter des Merkantilismus, Wien und Leipzig 1907.

etwa 1790 auffallende Fortschritte in der Industrialisierung festzustellen[13]. Das Textilgewerbe im böhmisch-mährischen Raum hat eine alte Tradition mit einer ähnlichen Entwicklung, wie wir sie in Ostmitteldeutschland in Sachsen und der Lausitz wie in Schlesien, Landschaften eines uralten Flachsanbaus, haben[14]. In diesem ganzen Bereich setzte schon im Lauf des 17. Jahrhunderts die Verwendung von Manufakturen ein, wobei der Staat seine schützende Hand darüber hielt[15]. Den Eigentümern der Manufakturen wurden Privilegien verliehen, die es ihnen nicht nur ermöglichten, neben der Konkurrenz der Zünfte zu bestehen, sondern Ausländer anzustellen, die sich nicht zum katholischen Glauben bekannten, die über die nötigen Fachkenntnisse und den erwünschten Unternehmergeist verfügten.

Wie in Sachsen, so haben auch in Böhmen und Mähren Adlige sich sehr aktiv an der Begründung von Manufakturen beteiligt, in ihren schollengebundenen Bauern hatten sie reichliche Arbeitskräfte zur Verfügung[16]. Aber daneben machte sich das kapitalbesitzende Bürgertum der Städte, insbesondere Brünns, geltend. Die mährische Hauptstadt, die in der Mitte des 18. Jahrhunderts nur etwa ein Dutzend Tuchmachermeister hatte, verfügte ein halbes Jahrhundert später über 12 Wollmanufakturen, in denen mehr als 10 000 Arbeiter tätig waren. Es war eine der Folgen der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1781, daß die frei gewordenen Bauern in die Städte ziehen konnten, um dort in den Manufakturbetrieben Arbeit zu finden[17].

Neben Brünn waren Iglau, Neutitschein und Fulnek Zentren des Tuchgewerbes. Allenthalben regte es sich hier besonders in den Jahren nach dem Aachener Frieden. Nach Iglau ließ Maria Theresia Tuchmacher aus Verviers kommen. Der Belgier Bailloux führte die Schar an[18]. Als ihnen die Iglauer Zunft Schwierigkeiten bereitete, gab ihnen Franz von Lothringen, der Gatte von Maria Theresia, der verschiedene Manufakturen begrün-

---

[13] Freudenberger, Hermann, Industrialization in Bohemia and Moravia in the Eighteenth Century, in: Journal of Central European Affairs XIX, 1960, S. 354.

[14] Vgl. dazu besonders Aubin, G.—Kunze, A., Leinenerzeugung und Leinenabsatz im östlichen Mitteldeutschland zur Zeit der Zunftkäufe, Stuttgart 1940; sowie Aubin, G., Aus der Entstehungsgeschichte der nordböhmischen Textilindustrie, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung I, 1937.

[15] Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1958.

[16] Vgl. zum folgenden Přibram, Karl, Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik von 1740 bis 1860, Leipzig 1907. Salz, Arthur, Geschichte der böhmischen Industrie in der Neuzeit, München und Leipzig 1913; Slokar, Johann, Geschichte der österreichischen Industrie und ihre Förderung unter Kaiser Franz I., Wien 1914. Klíma, Manufakturní období v Čechách, S. 148 ff. und 221 ff. (die Grafen F. J. Kinsky und Valdštejn [Waldstein]); Freudenberger, Hermann, Industrialization in Bohemia and Moravia in the Eighteenth Century, in: Journal of Central European Affairs XIX, 1960, S. 347—356.

[17] Vgl. dazu Klíma et J. Mazurek, La question de la transition du féodalisme au capitalisme en Europe Centrale (16e—18e siècles) in: XIe Congrès International des Sciences Historiques, Stockholm, 21—28 Août 1960, Rapports IV, S. 89 ff.

[18] Vgl. dazu Klíma, a. a. O. S. 345 ff.

dete, die Möglichkeit auf der kaiserlichen Herrschaft Kladrub in Böhmen eine Tuchfabrik mit Spinnerei und Färberei einzurichten. Auf die technisch-industriellen Begabungen und Interessen der Lothringer zu verweisen, werden wir auch noch später Gelegenheit haben[19]. Der Kladruber Betrieb wurde 1763 nach Brünn verlegt. Zur selben Zeit eröffnete dort de Vaux eine Plüschfabrik. Der Aufschwung der Feintuchindustrie in Brünn ist insbesondere mit dem Namen Köffiler verbunden, sein Betrieb wurde zur Musterfabrik für die ganze Textilindustrie Brünns. Johann Leopold Köffiler, Sohn eines aus Kärnten zugezogenen Handelsmannes, übernahm im Jahre 1767 die Leitung der Brünner Tuch- und Plüschfabriken, die zunächst noch unter staatlicher Oberaufsicht blieben, ihm aber 1780 ganz überlassen wurden[20]. Nun wiederholte sich ein ähnlicher Vorgang wie im 13. Jahrhundert unter den Přemysliden, als flämische und niederrheinische Tuchmacher ins Land kamen. Köffiler holte vornehmlich deutsche Fachkräfte heran, meist Protestanten, unter ihnen Rheinländer und Schwaben. Der Direktor des Köffilerschen Betriebs, Johann Bartholomäus Seuter, entstammte einer schwäbischen Familie und kam aus Augsburg. Andere markante westdeutsche Unternehmergestalten dieser frühen Zeit waren die Schwaben Heinrich Hopf und Johann Gottfried Bräunlich[21]. Rheinländer war Wilhelm Mundy, der zunächst im Köffilerschen Betrieb Meister war, sich 1780 selbständig machte und so erfolgreich war, daß er 1786 in den Gebäuden der Zisterzienserinnen zu Tischnowitz bei Brünn eine Zweigfabrik eröffnen konnte. Aus Monschau im Jülichschen stammte Johann Heinrich Offermann, der im selben Jahr 1786 in Brünn eine eigene Tuchfabrik gründete, während Martin Dahler aus Württemberg kam. Ein anderer der frühen Brünner Tuchfabrikanten hieß Grave, ein Name, der auf Westfalen hinweist.

Einer der erfolgreichsten Männer dieser Gruppe war Johann Herring[22] aus Tennenlohe im Ansbachischen, der als Großhändler zunächst die Farb-

---

[19] Vgl. dazu S. 246; siehe auch S. 252 u. 255.

[20] Vgl. zum folgenden Meister, O., Johann Leopold von Köffiler und die Anfänge der Brünner Tuchindustrie, in: Zeitschr. d. deutsch. Ver. für die Geschichte Mährens und Schlesiens 20, 1916. Benedikt, Heinrich, Die Anfänge der Industrie in Mähren, in: Der Donauraum 2, 1957, S. 38 ff. Freudenberger, Herm., schrieb über die Brünner Feintuchindustrie seine Doktorarbeit, die allerdings noch nicht gedruckt ist: A case study of the Governments Rôle in Economic Development in the Eighteenth Century: The Brno Fine-Cloth Factory (Columbia University). Vgl. vom gleichen Verf.: The Woolen-Goods Industry of the Habsburg Monarchy in the Eighteenth Century, in: The Journal of Economic History, 1960, S. 383—406. Siehe auch Šindelář, B., O západoevropských odbornících v některých textilních manufakturách na Moravě koncem 18. stol., in: Časopis Matice Moravské 77, 1958, S. 54—74.

[21] Beiträge zur Geschichte der Gewerbe und Erfindungen Österreichs von der Mitte des XVIII. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, redigiert von Wilhelm Franz Exner, 1. Reihe (zitiert Exner I), Beitrag von G. Rödel, S. 230 ff. Über Bräunlich vgl. Bräunlich, Kurt, Württemberger in Brünn, in: Brünner Heimatbote 2, 1950, Juli/September.

[22] Über Herring vgl. Wurzbach VIII, S. 399 ff.

stoffe vermittelte und im Jahre 1793 in Gemeinschaft mit dem Vorsteher der Mundyschen Färberei, dem Schwaben Jacob Friedrich Schöll, die Schönfärberei übernahm, die der Berliner Gloxin hinterlassen hatte. Im nächsten Jahr errichtete er zusammen mit Endsmann eine Tuchfabrik in Křižanau bei Groß-Meseritsch und schließlich 1796 in Gemeinschaft mit dem Altgrafen Hugo Franz Salm-Reifferscheid-Krautheim, dem Apotheker Petke und den Tuchfabrikanten Hopf und Bräunlich einen „Verein zur Anlage einer Wollen-Maschinen-Spinnerei nach englischer Art“ [23].

Altgraf Salm-Reifferscheid-Krautheim (1776—1836), aus der bekannten reichsfreien Herrschaft in der Eifel, diente in den napoleonischen Kriegen auf österreichischer Seite bis zum Frieden von Campoformio 1797, um sich von da ab auf seinen mährischen Besitzungen zu Raitz, Jedownitz und dem Lehen Blansko naturwissenschaftlichen und technischen Liebhabereien zu widmen. Er machte alle möglichen Versuche und unternahm eine Englandreise, von der er ein Verfahren mitbrachte, nach dem man Tuch und Leder imprägnieren konnte, dazu ein anderes zur Bereitung von Gußstahl. Außerdem verstand er es, sich Zeichnungen von Spinnmaschinen zu beschaffen. Zunächst suchte er mit einer Empfehlung des kaiserlichen Botschafters vom Parlament die Erlaubnis zur Ausfuhr von Maschinen zu bekommen. Das Gesuch wurde bewilligt, aber nur für eine Dampfmaschine von 2 PS. Indessen gelang es dem Grafen doch, für 130 Guineas 18 Zeichnungen von Spinnmaschinen zu kaufen. Um diese Beute aus England herauszubringen, stellte er sich an Bord des Schiffes, auf dem er zum Festland zurückfuhr, krank und lag während der Visitierung in seiner Kajüte, wobei er die Zeichnungen um seinen Schenkel gewickelt hatte. Mit Hilfe dieser Zeichnungen sowie mitgebrachter Maschinen und dreier Werkführer sollte also die Schafwollspinnmaschinen-Einrichtungsanstalt betrieben werden; an ihr beteiligte sich dann noch der Stadtkommandant von Brünn, der Ire O'Brady, der irische und englische Arbeiter beschaffte. Die Fabrik bestand indessen nur kurze Zeit, worauf Salm eine Fabrik zur Herstellung von Werkzeugen und Maschinen in Doubrawitz bei Olmütz einrichtete. Nachdem dieses Salmsche Unternehmen seine Krisenzeit überstanden hatte, nahm es in der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen einen hervorragenden Platz ein, wobei die Konkurrenz u. a. in Wien saß, wo der aus Sobernheim bei Kreuznach stammende Anton Burg eine „Ackerwerkzeugfabrik“ betrieb [24].

In Böhmen, wo zunächst Reichenberg und Leitmeritz Zentren des Textilgewerbes gewesen waren [25], wurden Leinen-, Tuch- und Baumwollmanufakturen in Oberleutensdorf, Kladrub und Potstein, in Prag, Bielitz, Tetschen

---

[23] Über den Altgrafen Salm vgl. Allgemeine Deutsche Biographie IX, S. 42; Constant. von Wurzbach, Biogr. Lexikon des Kaiserhauses Österreich, XXVIII, S. 120ff.

[24] Exner I (C. Reitlechner), S. 52f. Christian Ritter d'Elvert, Zur Kultur-Geschichte Mährens und Österreichisch-Schlesiens II., Brünn 1866, S. 85f.

[25] Vgl. Janáček, Josef, České soukenictiví v 16. století; in: Československý Časopis Historický 4, 1956, S. 553—590.

und anderen Orten begründet. Ihre Gesamtzahl betrug 1775 25; im Jahre 1782, ein Jahr nach der Aufhebung der Leibeigenschaft, war sie auf 40 gestiegen[26]. Unter den Unternehmern nahmen wie erwähnt Mitglieder des hohen Adels, wie die Grafen Waldstein, Kinsky, sowie Franz von Lothringen einen hervorragenden Platz ein. Abgesehen von einheimischen Händlern treten unter den Abnehmern von Garn- und Leinenwaren verschiedene große englische Häuser hervor. Die Entfaltung der Baumwollindustrie war wohl gehemmt, solange merkantilistische Gesichtspunkte vorherrschten, denn ihr Rohstoff mußte ja eingeführt werden. Bemerkenswert ist immerhin die Manufaktur, die Josef Bolza 1765 in Kosmonos gründete. Bolza verband sich 1772 mit Johann Matthias Schüle, dem Neffen des damals weit bekannten, aus Künzelsau stammenden Augsburger Unternehmers Johann Georg Schüle, um unter Anleitung von Augsburger Fachkräften in Josefsthal (Josefodol) bei Kosmonos den Kattundruck zu betreiben[27]. Die Zusammenarbeit funktionierte allerdings nur wenige Jahre.

III.

Mit diesen Darlegungen haben wir die Entwicklung bis in jene Zeit herein verfolgt, in der der große Prozeß der Mechanisierung auch die Donaumonarchie erfaßte. Wie es im Textilland Sachsen war, so lief es auch in den benachbarten Ländern der böhmischen Krone. Man machte auch hier die ersten tastenden Versuche mit der Anwendung von Maschinen im Textilgewerbe, als in England die mechanisierte Herstellung von Gespinsten und Geweben bereits eine beachtliche Höhe erlangt hatte[28]. Man fing mit der Übernahme von Jennys an, ersetzte diese dann durch Mules, die eigentliche Zeit der Dampfmaschine kam aber erst nach der Kontinentalsperre. Für die Verbreitung der englischen Maschinen auf dem Kontinent war es wichtig, daß Männer wie Cockerill und Wodword zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihre Heimat verließen und der erstere sich in den Niederlanden niederließ, während Wodword nach Österreich ging. Cockerill gelang es, das Arkwright'sche System zu verbessern und noch während der Kriegsjahre Ma-

[26] Vgl. dazu Klíma, a. a. O., S. 162 ff.

[27] Klíma, a. a. O., S. 390 ff., sowie H. Hallwich, Firma Franz Leitenberger, Prag 1893, passim.

[28] Vgl. zum Folgenden: neben den Arbeiten von Salz und Slokar neuerdings: Purš, Jaroslav, Průmyslová revoluce v českých zemích, Prag 1960, bes. S. 26 ff. ferner: 25 ans d'historiographie tchécoslovaque 1936—1960, Prag 1960, S. 238 ff., 410 ff., sowie Oberdorffer, Kurt, Wege tschechischer Geschichtsschreibung heute, in: Bohemia, Jahrbuch des Collegium Carolinum II, München 1961, S. 493—510 und ebenda, S. 164 ff., Herbert Hassinger, Die Anfänge der Industrialisierung in den böhmischen Ländern, außerdem: W. O. Henderson, Britain and Industrial Europe 1750—1870. Studies in British Influence on the Industrial Revolution in Western Europe, Liverpool 1954, bes. S. 194 ff.

schinen zu bauen, die rasch auch in der Donaumonarchie Eingang fanden, und zwar zunächst in Mähren. Im Jahre 1813 bauten Boner, Eylardi und Daelen in Brünn die erste mechanische Werkstätte, wobei sie die Cockerillschen und andere in den Niederlanden gebaute Maschinen verwendeten. Unter den ersten, die diese neuen Maschinen übernahmen, waren die Offermann[29].

Nach der kurzen Hochkonjunktur, die Kontinentalsperre und napoleonische Kriege mit sich brachten, folgte mit den Friedensschlüssen eine schwere Depression. Viele Fabriken erlitten Konkurs. Überall machte sich die überlegene Konkurrenz der Engländer geltend, so auch auf dem russischen Markt, was die Produktion des Kaiserstaates besonders schwer traf. Um sich gegen den englischen Wettbewerb behaupten zu können, mußte man die Fabrikate verbessern und die Mechanisierung der Betriebe weiter vervollkommnen. Jetzt kam auch in Mähren die Zeit der Dampfmaschine. Nachdem 1815 der Engländer Bailton zum Betrieb einer Walke in Brünn eine Maschine von 3 Pferdekräften aufgestellt hatte, folgte Carl Offermann im nächsten Jahr mit einer solchen von 10 Pferdestärken, die aus London bezogen wurde[30].

Ähnlich schwierig wie im habsburgischen Staat waren nach den Friedensschlüssen die Absatzverhältnisse für die belgische und rheinische Tuchfabrikation, die den französischen Markt verloren hatte. Diese Tatsache sollte dazu beitragen, daß es in einer entscheidenden Phase der Industrialisierung der Donaumonarchie zu bedeutsamen persönlichen Kontakten zwischen Unternehmern des Rheinlandes und den maßgebenden Männern der Donaumonarchie kam. Verschiedene politische Umstände begünstigten das Zustandekommen dieser Verbindungen. Seit dem Sturz des Grafen Stadion 1809 leitete Österreichs auswärtige Politik der Rheinfranke Metternich, und nach dem Abschied Ugartes wirkte auch Stadion wieder im Kabinett, als Finanzminister, ein Mann, dessen schwäbische Herkunft und frühere mainzische Verbindungen hinreichend bekannt sind[31]. Die Befreiungskriege führten die österreichischen Truppen ins Rheinland. Als damals der Kaiser und Metternich in Frankfurt weilten, versuchte Amschel Rothschild noch vergeblich, sich über den Vizepräsidenten der Hofkammer, von Barbier[32], in die Übermittlung englischer Subsidien an den Kaiserhof einzuschalten. Aber der einflußreiche Londoner Bruder Nathan sorgte für den entsprechenden Druck auf die kaiserliche Regierung, und Zug um Zug erschloß sich nun die Habsburger Monarchie den Transaktionen der fünf Brüder, die das

---

[29] Benedikt, Die Anfänge der Industrie in Mähren, S. 39, Exner I, S. 233 ff.

[30] Exner I. S. 236.

[31] Über Stadion vgl. Rößler, Hellmuth, Österreichs Kampf um Deutschlands Befreiung. Die deutsche Politik der nationalen Führer Österreichs 1805—1815, I, Hamburg 1940, S. 17 ff. II, S. 78 f.

[32] Vgl. dazu Corti, Egon Caesar Conte, Der Aufstieg des Hauses Rothschild 1770 bis 1830, Leipzig 1927, S. 185 ff. und 220 ff.

Haus Rothschild innerhalb weniger Jahre zu einer Weltfirma machten. Als Kaiser Franz, Metternich und sein Vertrauter Gentz auf dem Aachener Kongreß weilten, da hatten vier der Brüder Rothschild nicht nur den einfachen Adel, sondern Salomon und Carl bekamen sogar Gelegenheit zusammen mit dem Hamburger Parish und mit Gentz an Metternichs Tisch zu speisen[33].

Diese persönlichen Begegnungen und Kontaktmöglichkeiten haben damals auch noch andere wichtige Verbindungen hergestellt. Metternich, der selbst industrielle Interessen in Böhmen verfolgte, machte die Hofkammer auf die einmalige Gelegenheit aufmerksam, jetzt gut eingerichtete Textilbetriebe des Westens nach der Donaumonarchie zu ziehen. So holte man sich Nikolaus Leopold Theo Losen aus Eupen, der 1815 in Rittersfeld in Niederösterreich eine Tuchfabrik errichtete, es in den ersten Jahren freilich recht schwer hatte, durchzukommen[34].

Die Angliederung des lombardisch-venezianischen Königreichs an das österreichische Zollsystem im Jahre 1817 erschloß dem Export der Donaumonarchie neue Absatzmärkte, was auch insofern lockte, als in Oberitalien die Silberwährung in Kraft blieb und die Schwankungen des Agio nicht mitmachte. Man hat gesagt, daß mit diesem Ereignis die eigentliche industrielle Ära in Österreich und insbesondere in Mähren einsetzte[35].

Dieser Aufschwung in Mähren gab nun den Anlaß dazu, daß die Dürener Tuchfabrikanten Schoeller in Brünn eine Fabrik aufmachten[36]. Die Schoeller hatten im 18. Jahrhundert Eisenhütten in Schleiden besessen. Die günstige Entwicklung der Tuchindustrie in den Rheinlanden in den Jahren der französischen Revolution und des Aufstiegs Napoleons veranlaßte verschiedene Angehörige der Familie in Düren Tuchfabriken zu errichten. Düren, das zu Jülich gehörte, wurde 1801 französisch und gewann damit ein neues Absatzgebiet in der italienischen Republik, die unter dem Druck Napoleons 1803 einen sehr niedrigen Einfuhrzoll für französische Textilien festsetzen mußte. Dies beeinträchtigte den Bezug von Tuchen aus Mähren, Böhmen und Sachsen, die bisher den Markt beherrscht hatten. Im Oktober 1810 verbot Napoleon die Einfuhr „nicht-französischer Tuche" gänzlich. Die französischen Tuche aber, die damals die Oberitaliener kauften, stammten zu einem beträchtlichen Teil von den Schoeller in Düren. Dieser Markt ging nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Reichs verloren, zumal seit

---

[33] Die Beziehungen von Gentz zu Metternich vgl. Rumpel, Hubert, Friedrich Gentz (1764—1832), in: Neue Österr. Biogr. XI, 1957, S. 41—53.

[34] Über Theo Losen vgl. Benedikt, Heinrich, Die Anfänge der Industrie in Niederösterreich, in: Der Donauraum 2, 1957, S. 204.

[35] Vgl. Benedikt, Die Anfänge der Industrie in Mähren, S. 41.

[36] Das folgende nach Benedikt, Heinrich, Alexander von Schoeller 1805—1886. Ein Lebensbild zum 125jährigen Bestehen des Hauses Schoeller & Co., Wien 1958, S. 15 ff. Ders., Alexander Ritter von Schoeller (1805—1886), in: Neue österreichische Biographie ab 1815, XIII, S. 25—39, sowie Weckbecker, Wilhelm, Paul Ritter von Schoeller, in: Neue österreichische Biographie VIII, 1935, S. 167—175.

dem Jahre 1817, als das lombardo-venezianische Königreich in das österreichische Zoll- und Prohibitivsystem eingefügt wurde.

Nun bot sich für die Söhne von Johann Paul Schoeller die günstige Gelegenheit, während des Aachener Kongresses von Kaiser Franz I. in Audienz empfangen zu werden und die Erlaubnis zu erhalten, in Brünn eine Tuchfabrik zu errichten. Sie hatten inzwischen in der mährischen Hauptstadt bereits eine Walkmühle gekauft. Jetzt ersuchten sie vor allem um „ganz freye Einführung ohne Abgaben der besten Niederländischen und Englischen Maschinen, welche zu einer guten Fabricazion nöthig sind als Spinn-Scher-Rauh-Dampfmaschinen, hydraulische Pressen, Apparate zur Erleuchtung mit Gas, überhaupt alle dazu erforderlichen Gegenstände".

Der Kaiser wies die Brüder an die Kommerz-Hofkommission, die die Wirtschaftsfragen zu bearbeiten hatte und deren Präsident Philipp von Stahl[37], der Sohn eines Bruchsaler Baumeisters, war. Die mährischen Tuchfabrikanten suchten sich gegen die Eindringlinge zu wehren, aber ihre Beschwerde wurde abgewiesen, und so erteilte der Kaiser am 19. März 1819 den Gebrüdern Carl Friedrich und Leopold Schoeller die Erlaubnis zur Einwanderung und zur Errichtung einer Tuch- und „Kasimir"fabrik in Brünn. Das Privileg erteilte wohl nicht mehr wie früher ein ausschließendes Recht, befreite aber jedenfalls vom Zunftzwang und gestattete, ohne Beschränkung „Arbeiter, Gesellen und Junge" auch aus andern Gewerbeklassen aufzunehmen, falls sie zur eigenen Fabrikation verwendet wurden. Dadurch wurde es den Fabriken möglich, ihre Maschinen selbst zu bauen, und ihren ganzen technischen Apparat in fortlaufenden Versuchen zu verbessern[38]. So wurde die Brünner Fabrik im Jahre 1820 in Betrieb genommen unter der Firma „Gebrüder Schoeller k. k. priv. Feintuch- und Schafwollwarenfabrik". Im Jahre 1823 übernahm Philipp Wilhelm Schoeller, ein Neffe der Brüder, die alleinige Leitung des Unternehmens. Ausgedehnte Reisen in Belgien, Frankreich und England hatten dem erst 26jährigen die Erfahrung und den weiten Blick verschafft, die ihn befähigen sollten, aus der Brünner Fabrik eines der bedeutendsten Industrieunternehmen der Monarchie zu machen. 1824 arbeitete die Fabrik mit 45 Webstühlen und einer Dampfmaschine mit 18 Pferdestärken. 1827 wurde die Schoeller'sche Fabrik als erstes Unternehmen im Donaustaat mit Gas beleuchtet[39]. Die Röhren für die Anlage kamen aus den fürstlich Salmschen Werken, die seit 1819 ein achtjähriges Privileg zur Erzeugung von gegossenen Röhren für Wasser-, Dampf- und Gasleitungen besaßen[40].

---

[37] Über Stahl vgl. Rumpel, Hubert, Philipp Ritter von Stahl. Der Werdegang des Bruchsaler Baumeistersohnes vom Speyrer Kanonikus zum österreichischen Hofkanzler 1760—1831, in: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 8, 1955.

[38] Benedikt, Alexander von Schoeller, S. 29.

[39] Vgl. jedoch Exner I, S. 101, wo auf die Schafwollspinnerei in Reichenberg verwiesen wird, allerdings ist keine Jahreszahl angegeben.

[40] Benedikt, Die Anfänge der Industrie in Mähren, S. 45.

Durch Versuche im Betrieb und durch periodische Reisen ins Ausland setzten sich die Fabrikanten, wie sie 1839 hervorhoben, in die Lage, „in fast allen Manipulationszweigen zweckmäßige Verbesserungen einzuführen". Die Fabrik bezog ihre Betriebskraft aus einem Wasserwerk mit einem eisernen Rad, einer Dampfmaschine von Cockerill aus Seraing mit 16 PS und einer zweiten Dampfmaschine „von Dobbs in Aachen neuester Construction" von 25 PS. Geheizt wurde nach fortschrittlicher Art mit Steinkohle. Die Fabrik beschäftigte jetzt 700 Arbeiter.

Der weitere Weg von Philipp Wilhelm Schoeller war ebenso erfolgreich wie seine bisherigen Leistungen. Er wurde Teilhaber der von seinem Vetter Alexander Schoeller in Wien begründeten Großhandlung[41], baute ebenfalls mit Alexander Schoeller die Zuckerfabrik Čakowitz, war stellvertretender Präsident der Mährischen Escompte-Bank, Direktor der Brünner Filiale der Österreichisch-Ungarischen Bank, sowie der Wechselseitigen Mährischen Feuer-Versicherungsanstalt und der Brünn-Rossitzer Eisenbahn; er beschränkte sich also nicht auf die Tuchindustrie, sondern betätigte sich auch in andern Wirtschaftszweigen, ganz abgesehen von seiner Mitarbeit in der evangelischen Gemeinde in Brünn, sowie in der Brünner Gemeindevertretung und im Mährischen Landtag. Für so eine Persönlichkeit lag der Erwerb von Grundbesitz sehr nahe, ja, Schoeller wurde als Zuckerfabrikant darauf hingeführt. So war er Mitbesitzer der Herrschaften Čakowitz und Čtěnitz in Böhmen und Leva in Ungarn.

Das Schoeller'sche Unternehmen in Brünn ist nur das markanteste Beispiel für das Zusammenwirken zwischen der Textilindustrie und dem aufstrebenden Maschinenbau mit Hilfe von Einwanderern aus dem Westen[42]. Neben den Engländern und Niederländern, die dabei ihre Erfahrungen zur Verfügung stellten, stößt man immer wieder auf die Namen von West- und Süddeutschen. Boner war aus Westfalen, Eylardi aus Bremen und Daelen aus Eupen; sie führten in ihrem 1813 begründeten Betrieb zunächst die von Cockerill verbesserte und für die Verspinnung von Schafwolle umgestaltete Handspinnmaschine Arkwrights und die erste nach dem System van de Bruck gebaute Rauh-Maschine, sowie eine neue Schervorrichtung ein und vervollkommneten diese Maschinen. Um sich gegen die Reichenberger Konkurrenz zu behaupten, verlegte sich die Brünner Tuchindustrie auf die billigeren sogenannten Modestoffe. Auch für diesen Prozeß waren wiederum verschiedene Neuerungen wichtig, so die Übernahme der für die Musterweberei nötigen Jacquardmaschine in einer verbesserten Form, die Boner 1839 nach Brünn brachte und die dann in der Fabrik von August Schöll aufgestellt wurde[43].

---

[41] Über Alexander Schoeller vgl. Anm. 36.

[42] Exner I (G. Rödel), S. 234 f. und 243 f.

[43] In Wien wurden schon 1820 Jacquardmaschinen gebaut, Exner I (J. Garber) S. 263, ebenda (A. Harpke), S. 290.

Besonders interessant ist die Gruppe der Schwaben Schöll, Reiff und Lutz. Der 1770 in Güterstein geborene Jakob Friedrich Schöll[44] war zunächst Färbereileiter bei der Firma Pastor & Co. in Burtscheid bei Aachen, 1792 übernahm er die gleiche Stellung bei Mundy in Brünn. Im nächsten Jahr wurde er Direktor und Teilhaber bei der Firma Herring, deren Gründer aus Tennenlohe bei Nürnberg stammte. 1795 errichtete Schöll eine eigene Schönfärberei. Sein Bruder August begab sich ebenfalls nach Mähren, wo er zunächst mit dem Bayern Christian Memmert in der Fabrik von Heinrich Offermann angestellt war. 1815 erhielten sie das Fabrikprivileg für die Herstellung von Tüchern und Kaschmiren. Für die weitere Entwicklung dieser Unternehmungen ist nun wichtig die Verbindung zu dem aus Urach stammenden Schlosser und Drechsler Johann Reiff. Verwandtschaftliche Beziehungen lagen vor: denn dessen Mutter war eine geborene Schöll.

Reiff begab sich nach Brünn und arbeitete zunächst bei Offermann unter der Leitung des Mechanikers Heide an der von diesem erfundenen Schermaschine. Reiff wurde dann als Mechaniker von Georg Berger in seinen Betrieb übernommen und trug mit seinen Erfindungen und Verbesserungen an Spinn-, Klopf-, Krempel-, Rauh- und Tuchschermaschinen wesentlich zum Aufbau der Tuchindustrie in Reichenberg bei. Dann riefen ihn die Brüder Schöll nach Brünn. 1816 erhielt er die Landesfabriksbefugnis, um in Gesellschaft mit den Brüdern Schöll und Christian Memmert eine Woll-Schrobblerei und Spinnerei in Schlappanitz bei Brünn zu betreiben unter der Firma „Reiff & Co.".

Als weiterer Schwabe kommt nun noch der Metzinger Heinrich Alexander Lutz hinzu, der von Beruf Uhrmacher war. Er mußte für Reiff die mechanische Einrichtung für die Schlappanitzer Spinnerei herstellen. Nach Reiffs Tod führte er die Fabrik weiter. 1821 heiratete er die Witwe Reiffs und wurde Teilhaber der Firma, die nun „Schöll und Lutz" hieß.

Lutzens großes Interesse galt den Maschinen. Nachdem er Mitinhaber der Firma geworden war, konnte er an den Ausbau ihrer Maschinenabteilung denken. Insbesondere widmete er sich dem Dampfmaschinenbau. Lutz baute in der Donaumonarchie die erste für einen Fabrikbetrieb gebrauchsfähige Dampfmaschine, und weitere sollten von der Firma Schöll und Lutz noch künftig hergestellt werden. 1836 machte sich Lutz selbständig und verlegte seinen Betrieb nach Brünn. 1872 schloß sich das Lutz'sche Unternehmen mit der Maschinenfabrik Bracegirdle zur „Ersten Brünner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft" zusammen.

Wir hörten, daß die Schoeller darauf stolz waren, ihren Betrieb schon 1827 mit Steinkohle zu heizen. Diese Kohle stammte aus dem Rossitzer Becken, das künftig einen großen Teil der mährischen Industrie mit Steinkohle versorgte. Man begann sie in der Zeit Josefs II. zu erschließen, von

[44] Vgl. zum folgenden: Die hundertjährige Geschichte der Ersten Brünner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft, vorm. H. A. Lutz, Friedrich Wannierk & Cie., Josef Pauker & Sohn, Brünn (1821—1921), Leipzig 1921, S. 8 ff.

1802 ab übernahm die Ausbeutung eine Gewerkschaft, die der aus dem Fränkischen stammende Herring gründete. Die Erschließung der Mährisch-Ostrauer Steinkohle setzte erst nach dem Bau der Nordbahn ein. Eine wichtige Frage beim Eisenbahnbau war die Beschaffung der Schienen. Dies führt uns zunächst auf die Frage der Eisen- und Stahlindustrie.

Die mährische Eisenindustrie lag vornehmlich in den Händen des Hochadels, der Liechtenstein, Harrach, Mittrowsky und Angehörigen des Kaiserhauses. Während Erzherzog Rudolf, der Olmützer Erzbischof, eine Zeitlang die Witkowitzer Werke betrieb, besaß Erzherzog Albrecht Eisenwerke in Schlesien, Galizien und Ungarn, deren Direktor von 1839 ab der aus Memmingen stammende bedeutende Bergfachmann Ludwig Hohenegger war[45].

Lange nahmen die fürstlich Salmschen Hütten in Blansko eine führende Stellung ein. Hier war eine Zeitlang der aus Unlingen im vorderösterreichischen Schwaben stammende Zacharias Andreas Winzler tätig, um nach den Grundsätzen seiner Thermolampe Verkohlungsöfen für die Eisenhütten aufzustellen[46]. Der bedeutendste Kopf in diesem Unternehmen war ein Stuttgarter, Karl Ludwig Reichenbach[47], der im Jahre 1821 die Leitung der Geschäfte übernahm und in Blansko und Raitz zwei Hochöfen, Gießereien, ein Blechwalzwerk, eine Nagelfabrik und eine Werkstätte für den Bau von Dampfmaschinen, hydraulischen Pressen und andern Maschinen errichtete. In diesen Salmschen Betrieben waren schon 1848 an die tausend Arbeiter beschäftigt.

Nach dem Tod des Grafen Hugo entzweite sich Reichenbach, der 1839 vom württembergischen König in den Freiherrnstand erhoben wurde, mit dem jungen Fürsten, worauf er, nach einigen andern Experimenten, in Ternitz in Niederösterreich die Fabrikation von rollendem Material begann. Er hoffte, damit dem englischen Import Konkurrenz machen zu können. Für die ersten Strecken der Nordbahn verwendete man englische Schienen. Reichenbach hoffte vor allem, beim Bau der Südbahn ins Geschäft zu kommen, der Strecke, die über Raab an die Adria führen sollte, verrechnete sich aber. 1855 erhielt die eben gegründete, vom Credit Mobilier der Brüder Pereire und andern Konkurrenten der Rothschild kontrollierte Staatseisenbahngesellschaft[48] die Vergünstigung, englische Schienen zum halben Zoll und rollendes Material zollfrei einzuführen als Gegenleistung für die finanzielle Hilfe, die England in den fünfziger Jahren der Donaumonarchie leistete. Unter diesen Umständen konnte sich das Ternitzer Eisenwerk nicht lange halten. Im Jahre 1862 erwarb es dann auch Alexander Schoeller.

---

[45] Exner I, S. 21.

[46] Über Winzler vgl. Wurzbach VII, 1889, S. 105—108; Exner I, S. 95.

[47] Wurzbach XXV, S. 169 ff.; Exner I, S. 95 f.; Benedikt, Alexander von Schoeller, S. 140 ff., 202 ff.

[48] Vgl. dazu Corti, Egon Caesar Conte, Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte, 1830—1871, Leipzig 1928, S. 382 f.

Reichenbach hatte bei seinen ganzen Unternehmungen einer überlegeneren Konkurrenz nachgeben müssen, die ihren Einfluß ebenso in England wie in Wien geltend zu machen verstand, ich meine die Wiener Hoffinanz, die zum Teil aus Kräften bestand, welche aus Deutschland zugezogen waren. Hier müssen wir zunächst etwas zurückblenden. Eines der privilegierten Bankhäuser Wiens war bis in die nachnapoleonischen Jahre hinein dasjenige, das der Elsässer Johann Fries, der Vertrauensmann des Fürsten Kaunitz, begründet hatte. Das Riesenvermögen des Vaters zerrann indessen unter den Händen des verschwenderischen Sohnes[49]. Eben als dessen Unternehmen dem Untergang entgegentrieb, begannen die österreichischen Geschäfte des Hauses Rothschild zu blühen. Im selben Jahr 1820, als die Brüder Schoeller ihren Brünner Betrieb aufmachten, mietete sich Salomon Meyer Rothschild, einer der fünf Frankfurter Brüder, im „Römischen Kaiser" in der Renngasse zu Wien ein, um das Anleihegeschäft durchzuführen, mit dem die Rothschild und die Parish aus Hamburg dem Kaiser an die Hand gingen.

Im Verlauf der weiteren geschäftlichen Unternehmungen Salomon Rothschilds im Kaiserstaat nahm schließlich der Eisenbahnbau einen hervorragenden Platz ein[50]. Die Anregungen gingen dabei zunächst von seinem Bruder Nathan aus, der in London die beste Gelegenheit hatte, die Entwicklung des englischen Eisenbahnbaus zu verfolgen. Hinzu kamen die Bestrebungen von Männern wie dem Prager Anton Gerstner und dem Wiener Franz Riepel. Gerstner begann den Bau der ersten Eisenbahn auf dem Kontinent, allerdings für Pferdebetrieb, die von Linz nach Budweis führen sollte[51]. Hinter der „Ersten Österreichischen Eisenbahngesellschaft", die zu diesem Zweck 1825 gegründet wurde, standen die Wiener Handlungshäuser Geymüller, Rothschild und Stametz. Riepel bemühte sich um einen Weg, wie man die mährische Kohle an die Donau heranschaffen könnte. Die Verwirklichung des Projekts, das hier heranreifte, wurde indessen durch die Julirevolution verzögert. Erst nachdem das Haus Rothschild seine durch die Revolution erschütterte Position gefestigt hatte und nachdem der alte Kaiser Franz, ein Gegner derartiger Bestrebungen, gestorben war, konnte Rothschild die Privilegierung des Baus der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn sichern, die Wien und Bochnia in Galizien miteinander verbinden sollte. Daß die belgische Regierung die Ausführung eines Eisenbahnnetzes auf Staatskosten angeordnet hatte, ermunterte die Wiener Kreise ebenso wie die günstigen Ergebnisse der Ende 1835 eröffneten Bahn, die von Nürnberg nach

[49] Über diesen, Moritz Graf Fries, vgl. Weyr, S., in: Neue Österr. Biographie XI, 1957, S. 65—71.

[50] Corti, Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte. S. 98 ff. Ders., Salomon Meyer, Freiherr von Rothschild, in: Neue Österreichische Biographie VI, 1929, S. 84.

[51] Vgl. dazu Beiträge zur Geschichte der Gewerbe und Erfindungen Österreichs von der Mitte des XVIII. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Redigiert v. Wilhelm Franz Exner, 2. Reihe, Wien 1873 (zit. Exner II), Beitrag von Wenzel Hohenegger, S. 111 ff., vgl. neuerdings Štěpán, Přehledné dějiny čsl. železnic 1824—1948, Prag 1958.

Fürth führte. An der Aktiengesellschaft, die das österreichische Unternehmen zu finanzieren hatte, waren auch die Schoeller beteiligt. 1839 schon war die wichtige Strecke Wien—Brünn fertig. 1843 lagen die Aktien zum ersten Mal über Pari. Vollendet wurde der ganze Bahnbau erst 1858.

Im Zusammenhang mit diesem Bahnbau bemühte sich Rothschild, in die mährische Eisenindustrie einzudringen, die bislang, wie angedeutet, in den Händen des Hochadels lag. Rothschild interessierte sich dabei hauptsächlich für die Witkowitzer Werke, die sich aus der Hütte des Erzherzogs Rudolf[52] entwickelt hatten. Aus dem Besitz der erzherzoglichen Linie hatte sie Rudolfs Nachfolger im Olmützer Erzbistum, Graf Chotek, käuflich erworben, dann aber an Rothschild und den Wiener Bankier Geymüller verpachtet. In Witkowitz baute Fr. Riepel 1826 nach englischem Muster das erste Puddlingswerk der Monarchie[53]. Bislang durften Israeliten keine Fabrikanlagen und dazu gehörige Realitäten, wie es in der Sprache der Zeit heißt, besitzen, auch keinen Bergbau betreiben. 1842 wurde für Rothschild eine Ausnahme gemacht und ihm nach dem Bankrott des Bankhauses Geymüller der Ankauf von Witkowitz, sowie der Betrieb auf Steinkohle und Eisenstein bewilligt. Der Widerstand von seiten der mährischen Stände gegen einen weiteren Gütererwerb, für den ihn der Kaiser privilegierte, bewirkte, daß Rothschild sich auf das nördliche Grenzgebiet (Schillersdorf) beschränkte oder über der Grenze, im Preußischen gelegene Güter (Herrschaft Oderberg, Gut Ludzierzowitz, Domäne Hultschin) aufkaufte. Der Herrschaft Schillersdorf gliederte Rothschild ein Hüttenwerk und andere industrielle Anlagen an. Schließlich kam es aber doch so, daß von den fünf Betrieben des Mährisch-Ostrauer Steinkohlenreviers, das mit der Eröffnung der Nordbahn 1839 seinen Aufschwung nahm, zwei im Besitz der Bahn waren, drei aber von den Rothschild erworben wurden[54].

Bei ihrer österreichischen Eisenbahnpolitik gerieten die Rothschild freilich mit der Zeit in einen scharfen Kampf mit der Finanzgruppe der Pereire, die mit den Wiener Finanzleuten Georg Sina (dem Finanzier der Südbahn), Daniel Eskeles und Ludwig Pereira zusammenarbeitete und schließlich 1854 die schon erwähnte Staatseisenbahngesellschaft begründete. Es war dies ein Jahr vor Salomon Rothschilds Tod, als die Wiener Geschäfte bereits dessen Sohn Anselm führte.

Ein weiteres Feld der Betätigung eröffnete sich den Westdeutschen in der chemischen Industrie. Der Initiator war hier der Schwabe Carl Christian Hochstetter, den sein Onkel Offermann nach Brünn rief. Dort begann er blausaures Kali herzustellen und tat sich dann mit dem Schweizer Miller zu

[52] Kobold, Karl, Erzherzog Rudolf (1788—1832) in: Neue Österr. Biographie XI, 1957, S. 60—64, behandelt leider nur die musikalischen Interessen des Erzherzogs.

[53] Exner I, S. 14, Anm. 2. Im Beitrag von O. Machánek, ebenda, S. 366, steht statt 1826 / 1830 und statt Riepel / Riegel.

[54] Corti, Egon Caesar Conte, Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte. 1830—1871, Leipzig 1928, S. 242 und 256.

Eichholz zusammen, um 1851 in Hruschau die erste nach dem Leblancschen Verfahren arbeitende Sodafabrik zu bauen[55]. Als der „Verein für chemische und metallurgische Produktion" in Aussig in Schwierigkeiten geriet, nahmen Hochstetter und Miller sich seiner an und reorganisierten ihn. In diesem Zusammenhang sei auch auf Michael Thonet verwiesen, einen Rheinländer aus Boppard, der herausfand, wie man Holz biegen konnte, und mit seiner Erfindung einen bedeutenden Zweig der österreichischen Möbelindustrie aufbaute. 1856 errichtete er eine Fabrik in Koritschan, der sich in der Folgezeit noch weitere Fabriken und Filialen, u. a. in Bistritz und Wsetin, anschlossen[56].

Daß das Unternehmertum der Textil- und Schwerindustrie auch in die landwirtschaftlichen Bereiche hineingriff liegt nahe. Ein Teil des gewonnenen Kapitals wurde in Großgrundbesitz investiert, und auch hier wurden die gleichen Modernisierungen vorgenommen wie in den Tuch- und Maschinenfabriken. Auch hier war England das Vorbild; Erzherzog Johann, eines der bekanntesten Beispiele für das technische Interesse der Familie, brachte von seiner Englandreise Garten- und Wiesenbaugeräte mit[57]. Alexander Schoeller führte die ersten englischen Saat-, Mäh- und Dreschmaschinen und den ersten englischen Dampfpflug ein[58], er beschäftigte sich mit Entwässerungsplänen und wurde schließlich einer der großen Initiatoren der mährischen Zuckerindustrie.

Wie in Frankreich, Preußen und andern Ländern entstanden auch in den Ländern der Habsburger während der Kolonialsperre verschiedene Unternehmungen, die aus inländischen Pflanzen, besonders Rüben, Zucker herstellten. Nach Aufhebung der Sperre gingen die meisten dieser „Etablissements" wieder zugrunde. Unter den ersten Rübenzuckerfabriken der Folgezeit ist hier von besonderem Interesse diejenige, die der Fürst Thurn und Taxis zu Dobrowitz in Böhmen durch Karl Weinrich erstellen ließ[59]. Weinrich stammte aus der Wetzlarer Gegend.

Wie Weinrich, der mit Kodweis ein eigenes, das sogenannte „böhmische Läuterungsverfahren" entwickelte, so verdankte die Donaumonarchie wichtige technische Fortschritte auf dem Gebiet der Rübenproduktion dem Franzosen Florent Robert und dessen Sohn, die mit der Seelowitzer Fabrik einen

---

[55] Exner I, S. 120.

[56] Exner I, (F. W. Exner), S. 401 f.

[57] Exner I, S. 53, Anm.

[58] Benedikt, Alexander von Schoeller, S. 81.

[59] Exner I, S. 184 ff. Uber die Zuckerindustrie in der Donaumonarchie vgl. besonders die Arbeiten von Baxa, Jakob: Die Geschichte der Leipnik-Lundenburger Zuckerrübenfabriken-Actiengesellschaft, 1930; Die Zuckererzeugung 1600—1850, Jena 1937; Studien zur Geschichte der Zuckerindustrie in den Ländern des ehemaligen Österreichs, 1950. Křížek, J., Krise v cukrovarnictví v českých zemich v osumdesátých letech minulého století a její význam pro vzrůst rolnického hnutí, in: Československý Časopis Historický 4, 1956, S. 270—298, 417—447, 5, 1957, S. 473—506.

Musterbetrieb für Österreich erstellten[60]. Die unternehmerischen Antriebe gingen des weiteren aber eben von Männern wie Alexander Schoeller, dem Altgrafen Salm, dem Freiherrn von Reichenbach und dem einer schottischen Familie entstammenden Philipp Wilhelm Skene aus.

In Mähren war die noch vom Altgrafen Hugo Salm angeregte und von Reichenbach erbaute Zuckerfabrik in Raitz, die 1838 fertig war, der größte derartige Betrieb in ganz Europa. In diesem Rahmen verdient nun Skene Erwähnung, zumal er in Köln geboren wurde. Er begann als Kaufmann in Verviers, und die regen Beziehungen zwischen der belgischen und der mährischen Tuchindustrie veranlaßten ihn, 1830 nach Brünn überzusiedeln, wo er eine Tuch- und Leinenfabrik zur Versorgung der Armee gründete. Sein Sohn Alfred errichtete später die Tuchfabrik zu Alexowitz bei Eibenschitz[61].

Nach den Ereignissen der Oktoberrevolution interessierte sich Skene auch für die Zuckerproduktion und baute 1851 die Zuckerfabrik Doloplas zwischen Brünn und Prerau. 1859 folgte die Zuckerfabrik in Prerau und 1867 gründete Skene eine Aktiengesellschaft zum Bau einer Fabrik in Leipnik, die dann zu einem der größten Zuckerfabrikunternehmen des Kaiserstaats wurde.

Bei dieser Gründung wirkte auch Alexander Schoeller mit. Dies verwundert nicht, wenn wir erfahren, daß die Skene sich inzwischen mit den Schoeller verschwägerten. Und Alexander Schoeller war schließlich die wichtigste Figur der Zuckerindustrie in der Donaumonarchie. Nachdem das Jahr 1848 dem Kapital den Zugang zum Großgrundbesitz geebnet hatte, erwarb Schoeller Ende 1849 von der Fürstin Josephine Schwarzenberg und der Gräfin Gabriele Dietrichstein die Güter Čakowitz und Čtěnitz und zwei Jahre später das zwischen diesen beiden Besitzungen gelegene Gut Mischkowitz[62]. Im Frühjahr 1850 wurde mit dem Bau einer Zuckerfabrik in Čakowitz begonnen. Ein Mann aus Essen, Albrecht Ahrens, richtete sie ein. Ahrens war verschwägert mit Reich, der die Zuckererzeugung in Frankreich studiert hatte. Ahrens kam aus der Metallbranche und betätigte sich zunächst in der Schoellerschen Metallwarenfabrik zu Berndorf in Niederösterreich[63]; die nötigen Fachkenntnisse in der Zuckerbranche verschaffte er sich in der Satzgerschen Zuckerfabrik in Eichhorn bei Brünn und in der Zuckerindustrie der Magdeburger Börde.

Eine zweite Zuckerfabrik erwarb Schoeller 1854 in Časlau in Böhmen, die dann nach den Plänen von Ahrens modernisiert wurde. Eine dritte

---

[60] Exner I, S. 187.

[61] Uber Skene vgl. Wurzbach XXXV, S. 53 ff.

[62] Benedikt, Alexander Ritter von Schoeller, a. a. O., S. 29.

[63] Die Berndorfer Fabrik ging aus der Zusammenarbeit Alexander Schoellers mit Krupp hervor. Bei der vor ihr begründeten Messingfabrik zu Triestinghof war Schoellers Freund Gustav Neufeldt aus Westfalen beteiligt: Benedikt, Alexander Ritter von Schoeller: in: Neue Österreichische Biographie XIII, S. 27 f. sowie ders., Alexander von Schoeller, S. 55 ff.

Fabrik wurde in derselben Gegend in Wrdy errichtet. Neben den Brünner Schoellern, die auch in Čakowitz und Časlau beteiligt waren, traten hier noch der Duisburger Zuckerfabrikant Julius Brockhoff und der Zivilingenieur Carl Philipp Brockhoff hinzu. 1867 beteiligte sich Schoeller an der Gründung der Leipniker Fabrik zusammen mit Skene, und 1872 wurde schließlich noch ein Betrieb in Lundenburg eröffnet[64]. Auch für den Aufbau der Zuckerindustrie wurde die Erweiterung des Bahnnetzes von Bedeutung. Als zu Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre das böhmisch-mährische Bahnnetz ausgebaut war, konnten die Zuckerfabriken viel leichter mit Kohle versorgt werden, und ebenso verbesserten sich die Absatzmöglichkeiten.

Auch noch andere Brünner Textilfabrikanten wirkten am Aufbau der Zuckerindustrie mit, Theodor von Offermann und Baron Mundy gründeten so die Drnowitzer Zuckerfabrik. Wie die Schoeller griffen sie auch nach Ungarn hinein. Die Zuckerindustrie wurde eine der Säulen der Wirtschaft in der Donaumonarchie, und von ihr gingen wieder mannigfache Anregungen auf verwandte Industriezweige aus.

Wir haben damit die wichtigsten Industriebereiche Mährens erwähnt, für deren Entfaltung Verbindungen zu West- und Süddeutschland von besonderer Bedeutung geworden sind. Neben der Wollfabrikation könnte noch auf die Leinenindustrie verwiesen werden, für deren Modernisierung der aus Konstanz stammende Ignaz Küfferle von Bedeutung geworden ist[65].

Während dieses ganzen Vorgangs der Industrialisierung behauptete Mähren entschieden den Vorrang vor Böhmen. Die Konzentration junger unternehmerischer Kräfte in den entscheidenden Jahren des Durchbruchs spielte dabei eine wichtige Rolle. Hinzu kam die frühere verkehrsmäßige Erschließung Mährens durch die Eisenbahn. Das alte Textilzentrum Reichenberg wurde erst anderthalb Jahrzehnte nach Brünn, 1859, in das Eisenbahnnetz einbezogen, und dabei nur nach einer Richtung[66]. Trotzdem behauptete Reichenberg auch in dieser Zeit der Umstellung auf die Fabrikproduktion seine führende Stellung, wobei einheimische Unternehmer wie Johann Georg Berger und Johann Liebig vorangingen. Als weiterer Fabriksort verdient Bielitz-Biela Erwähnung, wo übrigens die Eupener Firma Sternickel und Gülcher seit 1863 Webstühle baute. In Jungbunzlau begründeten die aus dem Elsaß stammenden Jeremias Singer und Karl Köchlin 1819 eine Kattunfabrik[67].

---

[64] Benedikt, Alexander Ritter von Schoeller, in: Neue Österreichische Biographie XIII, S. 30. Ders., Alexander Schoeller, S. 105—108.
[65] Exner I (A. Küfferle), S. 268.
[66] Exner I, S. 250.
[67] Exner I, (S. Jenny), S. 550.

IV.

Ich will die weitere Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nicht mehr verfolgen. Die entscheidenden Schritte waren getan, der Prozeß der Industrialisierung befand sich im vollen Gange. Vorübergehend beeinflußte ihn sogar ein Rheinländer, der Elberfelder Buchbindersohn Bruck, als Handelsminister[68]. Lassen Sie mich noch einmal zurückblicken und zusammenfassen:

Vom rein Geographischen her gesehen besteht kein Anlaß, auf besonders bemerkenswerte wirtschaftliche Beziehungen zwischen dem um die Rheinachse zentrierten Westdeutschland und Böhmen und Mähren zu schließen. Die räumliche Entfernung ließ es bei den bis zur großen industriellen Umwälzung bestehenden Verkehrsschwierigkeiten zu keinerlei intensivem direkten Handelsaustausch kommen, zumal sich noch verschiedene näher gelegene Vermittlerzentren darboten, wie die Linzer Messen, Nürnberg und die Leipziger Messen. Einzelne Plätze waren freilich zur Pflege regerer Verbindungen wohl geeignet, wie die Frankfurter Messen, Köln, Aachen und Wesel, teils weil sie Erzeugnisse aus dem Westen Europas vermitteln konnten, teils wegen des niederrheinischen Metall-, Waffen- und Rüstungsgewerbes. Später, als der Prozeß der Industrialisierung voranschritt, die Verkehrshindernisse geringer wurden und die Maschinenfabriken der Rheinlande ihren Platz neben denjenigen Englands und Belgiens einnahmen, bezog man von hier Maschinen und andere Metallwaren, so von Dobbs in Aachen, von Sternickel und Gülcher in Eupen[69] und von Krupp in Essen[70]. Aber auch jetzt ist nicht der Warenaustausch zwischen Westdeutschland und den Ländern Böhmen und Mähren das besonders Interessante, sondern die Menschen sind es, die mitgewirkt haben, diesen Prozeß zu beschleunigen.

Nun haben zweifellos die in Mähren und Böhmen angesessenen Mitglieder des Hochadels einen beträchtlichen Anteil an der industriellen Erschließung dieser Gebiete: ihnen standen die Arbeiter zur Verfügung, ihnen gehörten vor allem die Ländereien mit den erforderlichen Bodenschätzen. Sie waren Besitzer der Schafherden, die mit ihrer Wolle wenigstens bis in die vierziger Jahre hinein vorwiegend den Bedarf der mährischen Tuchfabriken befriedigten. Konnte man sich indessen in den Manufakturen weitgehend mit ungelernten bzw. angelernten Arbeitskräften behelfen, so erforderte der Übergang zum maschinellen Betrieb besondere Fachkräfte. Sie mußte man von auswärts holen, von da, wo auf dem Gebiet der Technisierung schon eine gewisse Tradition vorhanden war. Das war in Westeuropa, die westdeutschen Gebiete einbezogen, am ehesten der Fall, abgesehen von

---

[68] Über ihn vgl. Neue Österreichische Biographie IX, 1956, S. 39—50.

[69] Exner I, (G. Rödel), S. 245.

[70] Vgl. bes. die Zusammenarbeit von Alexander Schoeller mit den Krupp. Zu Dobbs vgl. Henderson, Britain and Industrial Europe, S. 134 und 145.

Zentren wie Prag und Wien, die mit ihren polytechnischen Anstalten bereits Pflanzschulen für technische Berufe besaßen. In Westdeutschland lieferten vornehmlich das rheinische Textilgebiet und Württemberg, ein Land mit feinmechanischer Übung, solche Kräfte (Uhrmacher, Drechsler, Schlosser). Politische Umstände, augenblickliche Schwierigkeiten in der Heimat, Möglichkeiten persönlicher Kontakte während der Befreiungskriege und in den Jahren danach erleichterten den Sprung nach dem Osten. Aber es mußte noch hinzu kommen, daß diese Generation es verstand, die einmalige Chance wahrzunehmen, daß diese Männer die Heimat verließen, daß sie, vielfach Protestanten, sich nicht scheuten, in ein katholisches Land zu ziehen und daß diese Generation, mit technischen und unternehmerischen Fähigkeiten wohl begabt, in der Lage war, von der Textilbranche oder der Uhrmacherei und Drechslerei in den Maschinenbau und von da in die Zuckerindustrie überzuspringen. Zu ihrer Leistung gehört ferner, daß sie für ihre Unternehmungen die nötigen Kapitalien zusammenbrachten und rasch entschlossen die auftauchenden verkehrstechnischen Probleme, vor allem den Eisenbahnbau, anpackten. Was wir für die Protestanten sagten, gilt übrigens auch für Salomon Rothschild, der von 1820 bis 1838 im „Römischen Kaiser" in Wien zur Miete wohnte, weil es ihm bis dahin verboten war, Grundbesitz zu erwerben.

Im Gesamtbild der Leistung auswärtiger Kräfte, die die Industrialisierung in Böhmen und Mähren beförderten, stehen die Männer aus dem Rheinland und aus Schwaben freilich nur in gleicher Reihe mit Söhnen anderer Länder. Engländer, Belgier, Franzosen, Italiener, Schweizer, Westfalen, Franken, Bayern, Sachsen und Berliner haben sich gleichfalls an diesem Werk beteiligt. Deren Beitrag müßte ein vollständiges Bild der Industrialisierung ebenso würdigen, wie das, was junge einheimische Kräfte schufen. Von ihnen brauchen nur stellvertretend die Namen zweier genannt zu werden, der des Braunauers Liebig und des Pilseners Škoda.

DIE PROBLEMATIK EINER KULTURGESCHICHTE DER TSCHECHEN

Von Emil Schieche

Durch die gewaltsame Aussiedlung der Deutschen sind die slawischen Tschechen alleinige Bewohner der Sudetenländer geworden, eine Sachlage, die es nie vorher gegeben hat, und eine Tatsache, die eine ununterbrochene 1500jährige Kulturperiode abgeschlossen und für die Zukunft ganz neue Voraussetzungen geschaffen hat. Von dem Augenblick an, da die Slawen sich im 5. Jahrhundert in den Sudetenländern niederließen, waren sie in kulturelle Beziehungen zu dort verbliebenen germanischen Resten getreten, hatten Namen von Bergen und Flüssen übernommen und an rituelle Bräuche angeknüpft, wie am deutlichsten die Geschichte jenes Berges beweist, der sich westlich der Mündung der Moldau in die Elbe aus der Ebene erhebt, von den Germanen wegen der runden Form seines Gipfels rip (Reif) genannt wurde und als Kultstätte geheiligt war. Die Slawen übernahmen sowohl Namen als auch Ritus. Aus dem germanischen rip wurde der tschechische Bergname Říp, und noch zu den Zeiten, da schon das Christentum bei den Slawen Böhmens Einzug gehalten hatte, war der Říp ein heidnisches Heiligtum.

Bereits an der Wiege slawisch-tschechischen Lebens in den Sudetenländern war die Berührung mit dort herangereiften germanischen Bräuchen ein kulturschöpferisches Moment. Und diese Berührung, die zeitweise enger und zeitweise loser war, sollte volle fünfzehn Jahrhunderte währen und beiden Völkern, Tschechen und Deutschen, wohl mehr zum Nutzen als zum Schaden gereichen. Daß die Tschechen trotz manchen Versuchen diese Berührung erst 1945 los und ledig wurden und daß hinwiederum mitunter die Deutschen vergebens gesonnen waren, den Tschechen das Vorrecht streitig zu machen, ist Glück und Tragik zugleich dieses Raumes.

Bereits von 600 an haben wir Beweise für eine Berührung mit dem deutschen Westen und für eine kulturelle Befruchtung von dort her: im 7. Jahrhundert das Reich des fränkischen Kaufmanns Samó, im 8. Jahrhundert die von Salzburg und Passau ausgegangene iroschottische Mission in Mähren und der Zug Karls d. Gr. durch Böhmen gegen die Awaren und im 9. Jahrhundert das Erscheinen tschechischer Fürsten in Regensburg. Durch das Wirken des heil. Wenzel und die Errichtung des Mainz unterstellten Bistums Prag war der kulturelle Anschluß an Deutschland für alle Zukunft vollzogen. Wenn somit auf der einen Seite die Kultur der Tschechen von Anfang an von dem Gepräge des Abendlandes im allgemeinen und Deutschlands im be-

sonderen gekennzeichnet ist, so hat sie auf der anderen Seite dennoch so viele Kennzeichen slawischer Art, daß sie als eine slawische und genuin tschechische anzusprechen ist. So ist die tschechische Kultur das beste Zeugnis für die erhebliche rezeptive und assimilierende Begabung der Tschechen wie auch für deren Kraft, eigenes zu bewahren, zu pflegen und zu großer Vollendung auszugestalten.

Dadurch, daß der deutsche Kulturbereich die Tschechen von drei Seiten umgab und außerdem in den Sudetenländern selbst bedeutsame Ausstrahlungspunkte besaß, lösten Aufnahmebereitschaft und ablehnendes selbstbehauptendes Verhalten von seiten der Tschechen einander ab, wobei letzteres in der Intensität höchst gegensätzliche Abstufungen aufweisen konnte. Vor allem war es die tschechische Sprache, die es gegenüber der überragenden Kraft und Verbreitung des Deutschen zu bewahren galt. Die Art und Weise, wie die Tschechen ihre Sprache im Lauf der Jahrhunderte trotz mitunter widrigen politischen Umständen pflegten, förderten und rein erhielten, ist eine Kulturäußerung, wie sie wohl in solcher Kraft, Begeisterung und Hingabe kaum bei einem anderen Volk anzutreffen ist. Dieses Ringen um die eigene Sprache fand als Kulturäußerung im Revolutionsjahr 1848 sein Ende. Die Sprache hörte da auf, allein zur Bekundung kulturellen Strebens zu dienen, sie wurde von da an eines der wirkungsvollsten Mittel in Tagespolitik und zwischenvölkischem Wettbewerb.

Die Einbezogenheit der Tschechen in den deutschen Kulturbereich tritt am sinnfälligsten in der Architektur für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg in Erscheinung. Wenn man oben auf dem Hradschin (Hradčany) steht und Prag in all seiner Pracht erblickt, vermeint man eine deutsche Stadt vor sich liegen zu sehen, was natürlich auch darin seinen Grund hat, daß einst ein Großteil seiner Einwohner Deutsche waren. Um so wehmütiger wird man sich dessen bewußt, daß diese Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg alles Deutsche aus ihren Mauern verwiesen hat. Aber auch böhmische und mährische Provinzstädte, in denen Deutsche kaum je gewohnt haben, wie Taus (Domažlice) und Teltsch (Telč), unterscheiden sich in ihren barocken Fassaden in nichts von österreichischen oder bayerischen Städten.

Da die Sudetenländer durch vier Jahrhunderte unter habsburgischem Zepter mit deutschen Alpenländern zu einer engeren Einheit zusammengeschlossen waren, hat die tschechische Kultur auch von dort her besonders geartetes Kulturgut empfangen und aufgenommen, das dem Alltag, dem Verkehr von Mensch zu Mensch und der Aufgeschlossenheit für Frohsinn und Verträglichkeit das Gepräge gegeben hat und das die Tschechen mit denjenigen Slawen gemeinsam haben, die gleich ihnen Habsburg zugehörten. Bis in die 1930er Jahre waren bei den Tschechen erhebliche Reste der verbindlichen und dem Individuellen huldigenden Gemächlichkeits- und Kaffeehauskultur des kaiserlichen Österreich vorhanden. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wanderten laufend Zehntausende von Tschechen vor allem aus Mähren nach Wien ab, nicht nur um eines einträglicheren Erwerbs wil-

len, sondern auch angezogen von der ihnen zusagenden Lebensweise und von der Weltbürgertum atmenden Kultur der habsburgischen Metropole. Viele der zugewanderten Tschechen sind deutschsprechende Wiener geworden, aber ebenso viele, wenn nicht noch mehr, blieben ihrem Tschechentum treu, waren Mittler zwischen Wien und ihrem Volk und waren nach Errichtung des selbständigen Staates 1918 führend daran beteiligt, diesem Staat eine wirksame Organisation und auch eine gesunde kulturelle Ausrichtung zu geben.

Obwohl Böhmen heute das Kernland der Tschechen ist und sprachlich schöpferisch war, hat es im Volksleben selbst am wenigsten slawisches Gepräge bewahrt, aber dafür um so mehr seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zur Förderung der noch bestehenden Volkskunst und zu deren wissenschaftlicher Erforschung beigetragen. Nur in gewissen Landschaften des tschechischen Siedlungsgebietes wurde noch am Anfang des 20. Jahrhunderts auf dem Lande und in den Kleinstädten Volkskunst gepflegt und geschaffen. Die Tracht, das farbenfreudige äußere Merkmal des tschechischen Bauern, wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts in weiten Gebieten abgelegt, als nach 1848 das Standesbewußtsein des Bauern stieg und er in der Tracht ein Sinnbild einstiger wirtschaftlicher und kultureller Knechtung erblickte. Nur im Böhmerwald, in der Hanna, den Beskiden und der Mährischen Slowakei sind auch heute noch Trachten lebendig.

Volkskunst und Trachten wichen vor der von den Städten nach dem platten Land ausgreifenden Zivilisation zurück, aber seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ging von den Städten auch ein Bemühen aus, diesem Zurückdrängungsprozeß zu steuern. Gerade die böhmischen Tschechen, die schon damals bis auf geringe Reste der Volkskultur verlustig gegangen waren, bewiesen da den größten Eifer und eine wohl durchdachte Zielstrebigkeit. Ein Meilenstein in der systematischen Pflege von Trachten und Volkskunst sowie in der Wiederauffindung von Verschollenem war die Prager Ethnographische Ausstellung des Jahres 1895. Es hob die Zeit des Svéráz (völkische Eigenart) an, in der die Volkstrachten und die Volkskunst große Mode wurden. Man sammelte, kaufte, gründete Museen, versuchte noch bestehende Volkskunst in andere Gegenden zu verpflanzen, wobei Dilettantismus, Liebhaberei und Geschäftsgeist nicht ganz zu eliminieren waren.

Die Kulturgüter, die die Tschechen von den Deutschen entweder willig oder wegen der geographischen und politischen Umstände zwangsläufig oder sogar mit gewissem Widerwillen aufnahmen, waren nicht immer Erzeugnisse deutschen Geistes, sondern vielmehr Erscheinungen, die Deutschland mit Süd- und Westeuropa zu dem abendländischen Kulturbereich zusammenschloß. Es liegt nahe und ist auch begreiflich, daß die Tschechen das Verlangen hatten, ohne die deutsche Vermittlung der Früchte anderer Kulturen teilhaftig und der deutschen Kulturbeeinflussung zeitweise sowie in gewissen Belangen ledig zu werden. So kamen die Lehren Wyclifs, der

Panslawismus und die westliche Demokratie zu den Tschechen. Wyclifs Lehren wurden in das Hussitentum umgesetzt, aus dem dann die Böhmischen Brüder hervorgingen, aus den Anfangsgedanken des Panslawismus ward der Begriff der Slawischen Wechselseitigkeit geboren, die westliche Demokratie und die Nationalstaatsidee wurden das Gerüst für den Bau des Staates von 1918. Ohne Zweifel haben die im 19. Jahrhundert nach dem fernen Westen und nach dem Osten geschlagenen Brücken den Tschechen etwas von dem ihnen anhangenden Kleinbürgertum genommen, sie aus einem beschaulich zurückgezogenen Dasein herausgerissen und in das große Treiben der Welt eingeschaltet.

*

Die schlagwortartig erwähnten Kennzeichen der tschechischen Kultur zeigen auf der einen Seite eine starke Befruchtung von und auch eine gemeinsame Entwicklung mit der deutschen und deutschösterreichischen Kultur und auf der anderen Seite elementares, genuin tschechisch-slawisches Kulturwollen, das vor allem im Ringen um die eigene Sprache eine hohe geistige Stufe erklommen hat, sowie eine Anlehnung an nichtdeutsche Kulturen. Bislang hat sich kein Tscheche dazu entschlossen, eine Kulturgeschichte des eigenen Volkes zu schreiben. Die Tschechen ahnen sichtlich die Problematik ihrer Kultur, denn die Antwort auf die Frage nach ihrem Wesen könnte schwerlich Tatsachen verschweigen, die sich in die Struktur ihrer politischen Einstellung zu Völkern und Staaten nicht einfügen lassen. Die große Tragik des tschechischen Volkes, die in dem Zwiespalt zwischen kultureller Manifestation und politischer Einstellung offenbar wurde, vermochte die Demokratie der ersten Republik nicht zu meistern. Der Volksdemokratie wird es vielleicht gelingen, weil sie erst dann über das tschechische Volk zu bestimmen begann, als diejenige kulturelle Wechselwirkung ein jähes Ende gefunden hatte, welche dem engsten Zusammenleben der Tschechen und Deutschen in den Sudetenländern das Gepräge gegeben hat. Aus dem Auf und Ab jener kulturellen Wechselwirkung läßt sich erklären, wenn viele Deutsche als Angehörige des größeren und deswegen auch mehr spendenden Partners die Kultur der Tschechen leichtfertig bagatellisierten, ihnen sogar zeitweise eine Kultur absprachen, und wenn die Tschechen hinwiederum arteigener Kultur potenzierte Bedeutung zubilligten und die westeuropäischen und slawischen kulturellen Einwirkungen überdimensionierten.

Durch Würdigung und Analyse der Kultur der Tschechen lassen sich vier verschiedene Arten und Wege von Kulturwollen und Kulturäußerung ermitteln. Zwei wesentliche Kulturäußerungen sind die Bewahrung slawischen Gepräges und das Ringen um die eigene Sprache, denn alle übrigen Slawen, die über die Oder bis zur Saale vorgedrungen waren, erlagen der westlichen Kultur und sind bis auf verschwindend geringe Reste im Deutschtum aufgegangen. Bei den als dritte Kulturäußerung anzusprechenden Bemühungen,

über die deutsche Umwelt hinweg zu anderen Kulturen in Beziehungen zu treten, ist ein den Wünschen und Absichten entsprechender Erfolg eigentlich nie richtig erzielt worden. Das Volk der Tschechen war und ist wohl noch zu sehr im deutschen Denken und Fühlen verhaftet, als daß es einer natürlichen Aufnahme willkürlich gewählten nichtdeutschen Kulturgutes fähig gewesen wäre. Die durch die geographische Lage diktierten Voraussetzungen sind auch im Kulturleben gebieterisch.

Das von der tschechisch-deutschen Wechselwirkung sich herleitende Kulturwollen, die vierte Kulturäußerung, hat den Tschechen größte Leistungen beschert, die ihrem inneren Wesen nach eine geistige Verschmelzung slawischer und germanischer Art darstellen. Wenn man die Tschechen mit anderen slawischen Völkern vergleicht, entdeckt man wohl viele gemeinsame Merkmale, die tschechische Sprache ist sogar in bezug auf ihre Reinheit eine der slawischsten, aber zugleich bemerkt man Züge, die die Tschechen in einer sie auszeichnenden Weise von den übrigen unterscheiden: stärkere Arbeitsenergie, mehr Sinn für das Praktische, Organisationsgabe, größere Sauberkeit, Zielbewußtheit, mehr wissenschaftliches Interesse. Nicht vergebens haben die Tschechen jahrhundertelang mit den Deutschen gelebt, mit ihnen gewetteifert und gerungen. Obwohl sie eines der kleinsten slawischen Völker sind, ist ohne sie eine gesamtslawische Kultur undenkbar, und obwohl sie das am meisten nach dem Westen vorgeschobene slawische Volk sind, stellen sie doch einen Mittelpunkt im gesamtslawischen Leben dar. Einst zum Römisch-deutschen Reich gehörig, fließt viel deutsches Blut in ihren Adern, sind sie von drei Seiten vom deutschen Volkstum umgeben. Zu der geistigen Verschmelzung slawischer und germanischer Art gesellt sich demnach noch eine leibliche hinzu. Die Tschechen sind ein dem Abendland zuzurechnendes und auf hoher Stufe stehendes slawisches Kulturvolk, wozu allerdings nicht wenig die Jahrhunderte hindurch wirksam gewesene enge Berührung mit dem Deutschtum beigetragen hat.

Wenn man nun daran geht, die Erscheinungen und Errungenschaften der tschechischen Kultur in diese vier Gruppen von Wollen und Äußerung einzuordnen, ergeben sich natürlich Wertungsschwierigkeiten, die allerdings nicht Problemcharakter haben müssen. Dagegen liegt ein solcher Problemcharakter beinahe immer bei Kulturphänomenen der Sudetenländer vor, die sowohl als tschechisch als auch als deutsch gekennzeichnet worden sind oder die in ihren Voraussetzungen, Entwicklungsstadien oder Urhebern tschechische, deutsche oder andere Elemente aufweisen. In einigen Fällen ist eine eindeutige Antwort nicht oder bloß bedingt zu finden und in einigen anderen sind bei einem Simultanwirken die tschechische, die deutsche oder eine andere Komponente kaum oder gar nicht zu eliminieren. Da jedoch eine Kulturgeschichte der Tschechen tschechische Phänomene erfassen, werten, würdigen und herausarbeiten will und soll, wird sie sich trotz wissenschaftlicher Akribie und unvoreingenommenem Einfühlungsvermögen mit einer Aufreißung und Umschreibung gewisser Probleme begnügen müssen.

Die volksmäßige Entwicklung der Tschechen war in sozialer Hinsicht noch nicht und in kultureller noch weniger vollendet, als auf Veranlassung der Dynastie der Přemysliden im 13. Jahrhundert die Zuwanderung der Deutschen in die Sudetenländer begann. Der deutsche Kaufmann und der deutsche Bergmann gründeten im Inneren Böhmens und Mährens Städte, die deutschen Bauern fällten die dichten Wälder der Gebirge. Die Rodungen und das Schürfen der Bodenschätze vergrößerten in ungeahntem Maße den Reichtum des Landes, der natürlich neben dem König vor allem den deutschen Bürgern der neugegründeten Städte zugute kam. Der tschechisch sprechende niedere Adel fühlte sich gegenüber den deutschen Ankömmlingen zurückgesetzt, am Hof der böhmischen Könige durch den mehr gebildeten und kulturell höher stehenden deutschen Adel in Schatten gestellt. Aus dieser Mißstimmung heraus entstand bald nach 1300 die Dalimil-Chronik, die erste große tschechische Kampfschrift gegen die deutsche Überfremdung, in der zum erstenmal klar von Erstrechten der Tschechen in Böhmen die Rede ist und im Unterton bereits die Ideologie des böhmischen (tschechischen) Staates mitschwingt.

Mit Karl IV. tritt eine Persönlichkeit in die Geschichte der Sudetenländer, die sehr komplex ist, in nationaler Hinsicht verschieden gedeutet wird und eben deswegen kulturgeschichtlich ein Problem darstellt. Väterlicherseits ein Sproß des westdeutschen Geschlechts der Luxemburger, verlebte er seine Kindheit am französischen Hof Karls IV. des Schönen, wo der spätere Papst Klemens VI. einer seiner Lehrer war. So war er seiner Erziehung nach mehr Franzose als Deutscher, als er als Jüngling nach Böhmen kam, dessen Herrscher er einst werden sollte als Sohn der Přemyslidenerbin Elisabeth. Diese böhmische Königin unterwies ihn über die Vergangenheit und die Verhältnisse seiner neuen Heimat und lehrte ihn auch das Tschechische.

Zeitlebens zeigte Karl IV. Interesse an tschechischen Dingen und Verständnis für die Stimmung, die die Dalimil-Chronik erfüllt. Er war um die Aufzeichnung der Vergangenheit Böhmens bemüht und beteiligte sich durch den Abschnitt über die Festtage an dem großen Glossar des Benediktinergelehrten Claretus de Solentia (Bartoloměj z Chlumce), das neue tschechische Wörter prägte. Unter ihm fand das Tschechische Eingang in das Kanzleiwesen, er hat auch die slawische Liturgie zu neuem Leben erweckt, die nach der Vertreibung der slawischen Mönche aus Sázava am Ende des 11. Jahrhunderts in Böhmen keine Pflegestätte mehr hatte. Er berief Mönche aus Dalmatien, besetzte mit ihnen das von ihm in der Prager Neustadt gegründete Benediktinerstift Emmaus und erwirkte für dasselbe vom Papst die Zulassung der slawischen Liturgie. All diese Maßnahmen zeugen von einer aufrichtigen Liebe zum Land der Mutter, sie müssen jedoch keineswegs nationaltschechischen Gefühlen entsprungen sein.

Im Jahre 1348 schuf Karl IV. als Römisch-deutscher und als böhmischer König durch die Einverleibung Mährens, Schlesiens und der Lausitzen in Böhmen den Begriff der Länder der Krone des heiligen Wenzel, der seither

allen nationalen und staatsrechtlichen Forderungen der Tschechen zugrunde gelegen hat. Im gleichen Jahr gründete er in den gleichen Funktionen die Prager Universität, die die erste im deutschen Reich war, zu dem ja Böhmen gehörte, und bei der die Studierenden der Sudetenländer bloß eine Nation bilden sollten. Wenn bei der Schaffung der Krone Böhmens Karl IV. mehr aus böhmischer als aus deutscher königlicher Machtvollkommenheit gehandelt haben mag, so kann bei der Universitätsgründung kein Zweifel darüber herrschen, daß er sie als Römisch-deutscher König vollzogen hat. Daß er bei dieser Universitätsgründung in erster Linie an die Pflege der Wissenschaften in seinem Königreich dachte, liegt nahe und ist auch sehr wahrscheinlich, deswegen braucht die Universitätsgründung lange noch nicht ein böhmisch-territoriales und tschechisch-nationales Anliegen gewesen zu sein. Die Universität gereichte auch als Institution des Römisch-deutschen Reichs den Tschechen zu großem Nutzen, neben den Deutschen, Skandinaven und Polen studierten viele Tschechen an ihr, um hernach ihre Volksgenossen aufzuklären und in ihnen völkisches Empfinden wachzurufen. Wie sehr allem Anschein nach Karl IV. das Tschechische im öffentlichen Leben förderte, dürfte wohl auch daraus erschlossen werden, daß er als Kaiser in der Goldenen Bulle von 1356 die Forderung verankerte, daß die Kurfürsten des Römischen Reichs neben dem Lateinischen und dem Italienischen auch die slawische Sprache erlernen sollten.

Wenn somit deutliche Beweise dafür vorliegen, daß Karl IV. dem Tschechentum nahestand, sich ihm sogar verwandt fühlte, so liegen dennoch viel zahlreichere Beweise dafür vor, daß er deutscher König war, deutsche Territorialpolitik trieb und ein tatkräftiger Förderer deutscher Kunst und deutschen Ansehens war. Vielleicht paßt in diesen Zusammenhang der Hinweis darauf, daß er als einziger deutscher König des Mittelalters an die Gestade der Ostsee kam.

Gerade in der Kunst zeigte sich Karl IV. bemüht, die aus Frankreich und Italien als Vorbilder und Wegweiser herbeigerufenen Künstler durch Deutsche aus dem Reich und durch sudetenländische Deutsche und Tschechen zu ersetzen. Der Franzose Matthias von Arras entwarf die Pläne und begann den Bau des St. Veits-Doms auf der Prager Burg, Peter Parler aus Schwäbisch-Gmünd setzte ihn fort und gründete eine berühmte Bauhütte. In den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts machte sich in Böhmen französischer und italienischer Einfluß in der Miniatur- und Tafelmalerei geltend, nicht ohne Verwenden Karls IV., dem hierbei der Prager Bischof Johann von Dražitz, ein Tscheche, und sein Kanzler Johann von Neumarkt, ein Deutscher der Sudetenländer, wirksam zur Seite standen. Karl IV. bestätigte 1348 das Statut der Prager Malerzunft, an deren Spitze Theoderich stand, der Schöpfer der Heiligenbildnisse in der Kreuzkapelle der Burg Karlstein. Neben dem in der Art seiner Darstellung hochoriginalen und aller Wahrscheinlichkeit nach aus Böhmen stammenden Deutschen Theoderich wirkte der Wittingauer Meister, bei dem sinnliche Erscheinung und Symbolik eine

Einheit geworden sind und dessen Helldunkel im Grad der Intensität unerreicht ist. Über seine Herkunft wissen wir nichts, nicht ohne Berechtigung dürften die Tschechen ihn als einen der ihrigen erachten. Die durch eine Synthese von Idealismus und Realismus wundervoll wirkenden Temperabilder von Hohenfurt sowie die als die Schönen Madonnen gerühmten Holzbildwerke Südböhmens verschweigen ihre Urheber, zeigen wohl auffallende Ähnlichkeit mit der niederösterreichischen Malerei, sind aber Produkte einer hochentwickelten landgebundenen und landeigenen Volkskunst ohne volkliche Nuancierung.

Eine Kulturgeschichte der Tschechen wäre unvollständig und würde ihrer Aufgabe nicht gerecht, wenn sie es außer acht ließe, die Malerei des 14. Jahrhunderts erschöpfend darzustellen, was jedoch nur dann möglich ist, wenn neben dem Wittingauer Meister auch die südböhmische Kunst und Theoderich gewürdigt werden, die streng genommen sich außerhalb des rein tschechischen Kulturbereichs befinden. Weiterhin wäre eine Kulturgeschichte der Tschechen unvollständig, wenn in ihrer Darstellung Karl IV. nicht gebührend beachtet würde. Er hat als böhmischer König und als Abkomme einer tschechischen Dynastie mütterlicherseits in bezug auf tschechische Kultur ohne Zweifel schöpferisch gewirkt, obwohl er selbst nie etwas anderes war als ein deutscher Herrscher und Reichsfürst und ein der römischen Kirche treu ergebener Repräsentant des Abendlandes.

*

Als Karl IV. im Jahre 1378 nach langer Regierung das Zeitliche segnete, folgte ihm als Römisch-deutscher und als böhmischer König sein siebzehnjähriger Sohn Wenzel, durch seine Mutter Anna von Schweidnitz ein Abkomme der schlesischen Piasten. Es ist nicht von ungefähr, daß er in die Geschichte als Wenzel IV. eingegangen ist, als vierter böhmischer König dieses Namens, und nicht als Wenzel I., der er als Römisch-deutscher König gewesen ist. Um Deutschland hat er sich keineswegs allzu große Verdienste erworben, um so mehr steht sein Wirken im Vordergrund des böhmischen Geschehens, weshalb seine Persönlichkeit für eine Kulturgeschichte der Tschechen ein Problem darstellt. Entsprechend seiner Herkunft kann er noch weniger als sein Vater als Tscheche angesprochen werden, aber er war bestimmt des Tschechischen mächtig, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er Verkehr mit tschechischen Adeligen, Geistlichen und Gelehrten pflegte und daß er am tschechischen Kulturleben lebhaft interessiert war. Hinzu kommt, daß seine zweite Gemahlin Sophie von Bayern, die er 1389 geheiratet hatte, mit ihm in dieser Einstellung solidarisch war, eine treue Besucherin der tschechischen Predigten von Johannes Hus in der Prager Bethlehemskapelle war und sich nach 1400 des öfteren zu dessen Gunsten eingesetzt hatte.

Gegen Ende des 14. Jahrhunderts macht sich in den Sudetenländern das

Phänomen bemerkbar, daß auf der einen Seite eine sichtliche Scheidung der zwei dort wohnenden Völker Platz greift, der auf der anderen Seite eine gewisse Zweisprachigkeit und landgebundene Doppelnationalität gegenübersteht. Der Tatsache, daß nach Erlassung des Kuttenberger Dekrets 1409 viele deutsche Lehrer und Studenten Prag verließen, wäre gegenüberzustellen, daß der größte Teil der Deutschen in den Sudetenländern verblieb, bloß im Innern Böhmens im Tschechentum unterging und etliche in der einsetzenden religiösen Bewegung mannigfach sogar führend waren wie Nikolaus und Peter von Dresden, auf die die Anregung zurückgeht, den Laienkelch zum religiösen Sinnbild zu erheben.

Wenn somit feststehen dürfte, daß an der Entfachung der hussitischen Bewegung neben dem König und der Königin auch sonst Deutsche mehr oder weniger beteiligt waren, dürfte eine Kulturgeschichte der Tschechen diesen deutschen Anteil nicht unberücksichtigt lassen. Und damit würde auch das Problem eine Klärung erfahren, ob die hussitische Bewegung von religiösen oder von gegen das Deutschtum ausgerichteten nationalen Impulsen ihren Ausgang genommen hat. Johannes Hus war seinem ganzen Wesen nach ein bewußter Tscheche, der ohne Zweifel auf allen Gebieten die Interessen seines Volkes im Auge hatte und darum bemüht war, die tschechische Sprache nach bestem Vermögen dem Lateinischen und dem Deutschen in bezug auf Bedeutung und Anwendung anzugleichen. Sein Wirken an der Universität, seine tschechischen Predigten und vor allem seine phonetische Rechtschreibung sind hierfür beste Beweise.

Um die Jahrhundertwende hat es bestimmt einen deutsch-tschechischen Gegensatz vor allem in den Städten Innerböhmens und Innermährens gegeben, wobei das tschechische Element ohne Zweifel das benachteiligte war, aber so groß konnte dieser Gegensatz nicht sein, um ein derartiges Feuer zu entfachen, das alle materiellen Rücksichten mißachtet hat und von dem Willen und der Sehnsucht erfüllt war, der Wahrheit zu dienen und einem echten Glauben zum Sieg zu verhelfen. Gewiß haben die Lehren Wyclifs theologisch entscheidend mitgewirkt, aber wenn dem Religiösen beim Ausbruch der hussitischen Bewegung der Primat zuerkannt wird, haben wir es hier mit einer eminenten Kulturtat der Tschechen zu tun. Daß dieser religiöse Ausgangspunkt sehr bald nationale und soziale Begleiterscheinungen auslöste, ist auf gegen Ende des 14. Jahrhunderts in Böhmen herrschende Umstände sowie darauf zurückzuführen, daß es damals keine politische Macht gab, die ordnend und schlichtend eingegriffen hätte, die vielmehr die religiöse Bewegung duldete bzw. förderte und so diese zu einer nationalen und sozialen Revolution mit religiösem Vorzeichen ausarten ließ.

Die religiöse Bewegung sagte sich von der lateinisch-kirchlichen Gedankenwelt los und schuf eine eigene religiöse Gemeinschaft. Die nationale Revolution vollendete kulturell den von Tomáš ze Štítného und Johannes Hus eingeleiteten Ausbau der tschechischen Sprache und befähigte das Volk zu übermenschlicher Kraftanstrengung in der bis zur Verzückung aufge-

peitschten Überzeugung, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Daß der ursprünglich religiöse und nachher national zu einem Feuer entfachte Funke schließlich zu einem gewaltigen, sozial genährten Brand wurde, war wegen der obwaltenden Verhältnisse kaum oder vielleicht gar nicht zu verhindern. Die Blütezeit Karls IV. hatte in ihren Schattenseiten viel Unlauterkeit, sittliches Elend und Schmutz aufgehäuft. Schon in der Mitte des Jahrhunderts erhob hiergegen Jan Milíč z Kroměříže seine Stimme, wandte sich als Prediger an die Tschechen in ihrer Muttersprache und geißelte die unter dem Klerus bestehenden Mißstände. Karl IV. war wegen seines religiösen Eifers nicht stark genug, um den sittlichen Verfall innerhalb der ein Höchstmaß von Reichtum und Macht angesammelten Kirche in den Sudetenländern zu steuern, was einen wachsenden Widerstand in den adeligen und bürgerlichen Kreisen zur Folge hatte. Wenzel IV. hatte offensichtlich kein Verständnis für seines Vaters Schwäche gegenüber der Kirche, hatte aber auch weder Fähigkeit noch Lust, nach Antritt der Regierung allgemeine kirchliche und soziale Reformen durchzuführen und damit den gärenden Widerstand im Keim zu ersticken, noch bevor der auf der Universität entstandene theologische Streit eine religiöse, die breiten Schichten der Bevölkerung erfassende Bewegung geworden ist.

Keine Bewegung in den Sudetenländern ist literarisch so viel behandelt, auf so verschiedene Weise dargestellt und programmatisch für spätere Perioden tschechischen Geschehens ausgewertet worden wie die nach Johannes Hus benannte Bewegung. Die bekanntesten und für ihre Lebensperiode wichtigsten Deuter waren František Palacký, Thomas G. Masaryk, Josef Pekař und Emanuel Rádl. Die zeitwidrigste Deutung und Umdeutung blieb der marxistischen Geschichtsschreibung vorbehalten, für die das Hussitentum der mächtigste Klassenkampf der Tschechen gewesen ist. Es hieße bloß die Problematik erhöhen, wenn eine Kulturgeschichte der Tschechen auf diese verschiedenen Deutungen einginge und durch Erwähnung anderen Zeitabschnitten der tschechischen Geschichte philosophisch und ideologisch zugehöriger Betrachtungsweisen das Bild verwirren und eine unvoreingenommene Beurteilung und Würdigung der einzelnen Elemente der hussitischen Bewegung erheblich erschweren würde.

*

Eine Kulturgeschichte der Tschechen ist ohne eine erschöpfende Würdigung von Jan Amos Komenský (Comenius) nicht vorzustellen. Seine größten Leistungen auf kulturellem Gebiet fallen allerdings in die Jahre, die er als Emigrant außerhalb seines Heimatlandes verlebt hat. So wie er zogen seit der Mitte des 16. Jahrhunderts bis in die 1720er Jahre zahllose Tschechen um ihres Glaubens willen in die Fremde. Vor allem sind es die Böhmischen Brüder gewesen, die dort für Generationen ein kulturschöpferisches Element darstellten und für ihr Volk auch dann noch eine Zierde waren, als

sie im Umgang die Sprache des Gastlandes angenommen hatten. Als unter Josef II. Toleranzpatent und Abschaffung der Zensur die Grenzen lockerten, gelangte von jenen Emigrantenzentren tschechisches Schrifttum nach der Heimat, was den Aufbau einer neuen tschechischen schönen und wissenschaftlichen Literatur nicht unwesentlich förderte. Es ist nun die Frage und ein Problem zugleich, inwieweit bei einer Kulturgeschichte der Tschechen das Wirken der Tschechen außerhalb der Sudetenländer zu berücksichtigen ist. Daß es berücksichtigt werden muß, beweist die Existenz von Jan Amos Komenský, aber schwierig dürfte die Festlegung des Ausmaßes sein.

Wenn eine Beantwortung dieser Frage für das 17. und 18. Jahrhundert ohne allzu große Schwierigkeiten zu finden sein dürfte, ist sie ein um so größeres Problem für das 20. Jahrhundert. Wenn sich für dessen erste Hälfte eine einheitliche Darstellung der tschechischen Kultur in der Heimat und im Ausland noch erzielen ließe, erweist sich dies für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als kaum durchführbar, denn von da an sind kulturelles Wollen und Schaffen derart verschieden, daß wir es mit zwei voneinander verschiedenen tschechischen Kulturen zu tun haben. Es fragt sich auch, ob das in verschiedenen Erdteilen mehr oder weniger nachhaltige und der Kultur der Gastländer sich stark anpassende kulturelle Wirken der Emigration überhaupt noch so viele gemeinsame Kennzeichen aufweist, um ihm das Attribut einer einheitlichen Kultur der tschechischen Emigration zuzubilligen. Wie wenig es bisher der tschechischen Emigration gelungen ist, den verschiedenen Gruppen eine einheitliche kulturelle Ausrichtung zu geben, veranschaulicht ein Vergleich der tschechischen mit der estnischen Emigration, die trotz unvermeidlichen zentrifugalen Tendenzen in Kulturangelegenheiten eine straffe Organisation aufgebaut und damit die Voraussetzungen für eine einheitliche Ausrichtung und eine Aufrechterhaltung der nationalen Substanz geschaffen hat. Ähnliche Ansätze sind allerdings bei der tschechischen Emigration in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorhanden, aber bislang überwiegen die zentrifugalen und durch Assimilation der Substanzminderung Vorschub leistenden Tendenzen.

*

Seitdem das Großmährische Reich den Machtbereich der Slawen der Sudetenländer eine Zeitlang auf die Slawen jenseits der Kleinen Karpaten ausgedehnt hatte, gab es bis in den Anfang des 15. Jahrhunderts kaum eine völkische Fühlungnahme zwischen diesen zwei slawischen Nachbarn: die Slawen der Sudetenländer konkretisierten sich zu dem Volk der Tschechen und fanden den politischen und kulturellen Anschluß an das Römische Reich; die innerhalb des nordwestlichen Karpatenbogens siedelnden Slawen, die als Slowaken ein eigenes westslawisches Volk geworden sind, gerieten unter die Herrschaft der Madjaren, was eine kulturelle Ausrichtung nach dem Südosten zur Folge hatte und kaum mehr zuließ als eine Aufrecht-

erhaltung volkskultureller Traditionen. Als in den 1420er Jahren die ersten Heere der Hussiten über die Kleinen Karpaten und die Beskiden in Oberungarn eindrangen, trat die enge sprachliche Verwandtschaft sofort zutage. Das Tschechische wurde von den Slowaken als Schriftsprache angenommen. Die älteste, auf slowakischem Volksboden ausgefertigte tschechische Urkunde stammt aus dem Jahre 1422, man las die Bibel in tschechischer Übersetzung und übernahm das tschechische hussitische geistliche Lied. Nach der Reformation hielten die slowakischen Protestanten an dem Bibeltschechisch bis in die 1840er Jahre fest, während die Katholiken im 17. und 18. Jahrhundert in der Jesuitenuniversität zu Tyrnau (Trnava) einen geistlichen und geistigen Mittelpunkt hatten und schon vom Ende des 18. Jahrhunderts an um die Schaffung einer eigenen slowakischen Sprache bemüht waren.

Als am Anfang des 19. Jahrhunderts, durch die Französische Revolution, die Napoleonischen Kriege und die Herderschen Ideen veranlaßt und angeregt, die Völker Ostmitteleuropas von einer Welle des Erwachens und der Erweckung erfaßt wurden, waren es die Tschechen, die die slawischen Völker Österreichs durch den Austroslawismus zu einem politischen Machtfaktor zusammenzuschließen bestrebt waren, um so ihr völkisches Weiterbestehen innerhalb der habsburgischen Monarchie zu sichern, in der sie die absolute Mehrheit ausmachten, und um sich zugleich gegen den von Rußland ausgehenden Panslawismus zu wehren, der in seinem innersten Wesen ein Panrussismus war und letzten Endes ihre nationale Individualität bedrohte.

Von den Slowaken ging hingegen eine Bewegung aus, die geistig und literarisch ausgerichtet, stark schwärmerisch betont und von inbrünstiger Begeisterung erfüllt war, eine kulturelle Vereinheitlichung der in Österreich lebenden slawischen Völker zum Ziel hatte und als Slawische Wechselseitigkeit ein gemeinslawisches Anliegen wurde. Diesen Begriff der slawischen Solidarität klar umschrieben und mit sachlichen Vorschlägen umrahmt zu haben, ist das unvergängliche Verdienst des Slowaken Ján Kollár, der als Jenenser Theologiestudent die Gedanken der Deutschen Romantik in sich aufnahm, lange Jahre als Pfarrer der slowakisch-evangelischen Gemeinde in Budapest tätig war und 1852 als Universitätsprofessor in Wien starb. Einer protestantischen Familie entstammend, war ihm das Tschechische als Schriftsprache von Jugend an geläufig, faßte er seine Dichtungen und wissenschaftlichen Schriften in tschechischer Sprache ab und setzte sich für eine engere Verbindung der Tschechen und Slowaken ein.

Im Jahre 1795 wurde als Kind eines evangelischen Predigers in einer Ortschaft der südlichen Mittelslowakei Pavel Jozef Šafárik geboren, der, schon im Elternhaus mit dem Bibeltschechisch vertraut, während seiner Gymnasialzeit in Käsmark seine ersten Dichtungen in dem von den Erweckern geformten Tschechisch verfaßte. Der Studienaufenthalt 1815—17 in Jena und ein Verweilen hernach in Prag bewirkten einerseits ein elemen-

tares Verlangen, für seine slowakische Heimat vor allem kulturell, aber auch politisch zu wirken, und andererseits ein vollständiges Einlenken in die tschechischen wissenschaftlichen Bestrebungen auf den Gebieten der slawischen Philologie, Archäologie und Geschichte, was in der ausschließlichen Anwendung der tschechischen Namensform Šafařík deutlichsten Ausdruck fand. Nach längerem Wirken als Gymnasiallehrer im slawonischen Neusatz übersiedelte er 1841 nach Prag, um dort bis zu seinem Lebensende zu verbleiben und insonderheit 1848 als Tscheche hervorzutreten.

Pavel Josef Šafařík, wie er als einer der größten Slawisten in die Wissenschaftsgeschichte eingegangen ist, und Ján Kollár werden sowohl von den Tschechen als auch von den Slowaken als Zierden ihres kulturellen Geschehens verehrt und gerühmt. Beide haben in der Slowakei das Licht dieser Welt erblickt, haben im mündlichen Verkehr sich der Mundart ihrer slowakischen Heimat bedient und haben politisch ihren Mann als völkisch bewußte Slowaken gestanden, Kollár allerdings viel mehr als Šafařík. Beide haben von frühester Jugend an das Tschechische als Schriftsprache gepflegt und in dessen Anwendung einen hohen Grad der Vollkommenheit erzielt, Kollár als Dichter und Šafařík als wissenschaftlicher Schriftsteller. Und als in den 1830er Jahren junge patriotische Slowaken unter Führung von Ludevít Štúr die Loslösung von der tschechischen Schriftsprache vollzogen, verhielten sich beide ablehnend, waren beide für die Aufrechterhaltung der schriftsprachlichen Einheit von Tschechen und Slowaken und gerieten so in einen Gegensatz zu ihrem Volk, bei Šafařík war ein Bruch nicht zu vermeiden, bei Kollár hatte es bei einer Entfremdung sein Bewenden.

Es steht außer Zweifel, daß diese beiden Slowaken in einer Kulturgeschichte der Tschechen gewürdigt werden müssen, da sie zur tschechischen Kultur schöpferisch beigetragen haben, es ist bloß die Frage, inwieweit sie ein Teil, ein Glied und unabdingbare Phänomene dieser Kultur gewesen sind. Weil daneben die Kultur der Slowaken ohne diese ihre Söhne undenkbar ist, stellen sie sowohl bei Tschechen als auch bei Slowaken für deren Kultur ein Problem dar, das wohl kaum eindeutig zu lösen ist. Und diesem Problem haftet insofern ein tragischer Begleitumstand an, als diese beiden großen Slowaken um den Preis der Abwendung der Slowaken von der tschechischen Schriftsprache für die tschechische Kultur gewonnen worden sind.

DIE VERLORENEN INSELN*

Ein Beitrag zur Erforschung der nationalen Auseinandersetzung und Umvolkung in Mittelmähren

Von Johanna Spunda

ZWEITER TEIL**

Olmütz

Als der Kaiser Franz Joseph Ende September 1880 nach Olmütz kam, war er noch dem größten Teil der tschechischen Bevölkerung der Hanna „Náš cisář pán" [unser kaiserlicher Herr], dem sie genau so zujubelten wie die Deutschen. „Die Bevölkerung der Stadt hat auch diesmal bewiesen, ... daß alle Unterschiede des Alters, des Standes, des Glaubens und der Nationalität verschwinden, wenn es gilt, die Gefühle der Liebe für das gemeinsame Vaterland zu zeigen" (Mor 80, S. 381). Das war das Olmütz, das als „Reichs- und Grenzfestung" ebenso wie als Sitz des Erzbischofs von Mähren und als Schulstadt eine entscheidende Bedeutung für das Land zwischen Breslau und Wien hatte.

Der nationale Charakter einer Stadt zeigt sich am klarsten in ihrem kulturellen Erscheinungsbild. Denn das geistige und musische Leben bestimmt ja weitgehend die kulturelle Abhängigkeit oder Eigenständigkeit eines Volkes und die Teilnahme des Einzelnen an diesem kulturellen Leben ist für die Feststellung seiner Volkszugehörigkeit im Sprachgrenzgebiet von entscheidender Bedeutung. Daher ist es auch zu verstehen, daß die Tsche-

---

* Der zweite Abschnitt der Arbeit von Johanna Spunda, deren 1. Teil im Bohemia-Jahrbuch 2 (1961) 357—413 veröffentlicht wurde, versucht anhand der örtlichen Verhältnisse zu erläutern und zu ergänzen, was im vorausgegangenen Teil bereits durch eine Behandlung der am Nationalitätenkampf beteiligten Organisationen und Institutionen dargestellt wurde. Die Stadt Olmütz steht dabei naturgemäß im Vordergrund, doch verdient auch die Entwicklung in den kleineren Orten Beachtung. Das ursprüngliche Manuskript umfaßte noch mehr Orte. Da die Abhandlung zu umfangreich für einen Jahrbuchbeitrag war, mußten einige Abschnitte gekürzt werden, was wegen des gleichartigen Ablaufes der Geschehnisse in den einzelnen Landesteilen möglich war, ohne die gesamte Darstellung zu beeinträchtigen. Die Redaktion

** Die innerhalb des Textes stehenden eingeklammerten Abkürzungen beziehen sich auf die Quellen, die am Ende dieses Aufsatzes angeführt sind. Dazu ist jeweils Jahrgang und Seitenzahl, bei Zeitungsartikeln das Datum des Blattes vermerkt.

chen vor der Jahrhundertwende, als es galt, ihr neu entdecktes Volkstum zu prägen und zu festigen, allen kulturellen Fragen gegenüber überaus aufgeschlossen waren, in ihrer Führungsschicht ebenso wie in der Masse des Volkes und zwar in einem Maße, das eine ungefährdete Volksgruppe kaum kennt.

Herz und Heimat eines Volkes inmitten einer fremdvölkischen Mehrheit ist immer, außer der Schule, ein eigenes Gebäude für gesellige, kulturelle, aber auch politische Veranstaltungen. Eine „Občanská beseda" [Bürgerheim] wurde daher überall, wo Tschechen wohnten, als erstes gegründet. 1862, also schon kurz nach der Prager „Beseda", entstand die in Olmütz, und zwar ging sie aus dem „Slovanský čtenářský spolek" [Slawischer Leseverein] hervor, der von Anfang an 122 Mitglieder hatte, davon 35 aus der Umgebung (Stat Jb). 1871 kaufte er am Niederring für 50 000 Gulden ein Eckhaus, erreichte dafür die Gasthaus-Konzession und 1872 übersiedelte der Verein dorthin. Nach einem Jahr nahm er den Namen „Občanská beseda" an. Es war das erste tschechische Gemeinschaftshaus in Mähren, die Geburtsstätte und das Heim aller nachfolgenden tschechischen Vereine, auch der tschechischen Volksschule und des Gymnasiums. Die „Záložna" [Sparkasse], die das Geld für den Kauf und Umbau vorgestreckt hatte, fand auch darin ihr Heim (Fr 35).

Doch erwies sich die Beseda bald als zu klein und vor allem als zu wenig repräsentativ für das rasch erstarkende Tschechentum der Stadt. 1866 wurde darum ein Verein gegründet, die „Matice národního domu" zu dem Zweck, die Errichtung eines repräsentativen Volkshauses [Národní dům] durchzuführen (Stat Jb). Noch im gleichen Jahr kaufte der Verein drei Häuser in der Böhmengasse, mit freiem Blick zum Oberring, riß diese Häuser nieder und begann mit dem Neubau eines großen Hotels, mit Café, Restaurant, Klubzimmern, Gesellschaftsräumen und einem großen Saal für Theater und Konzerte. Alle die Phasen des Baues begleitete die deutsche Presse mit hämischen Bemerkungen über die größenwahnsinnigen Tschechen und wartete täglich auf den Ruin des Unternehmens. Doch im Sommer 1887 wurde das Richtfest gefeiert (MT 25. 7. 87). Schwarz-gelbe (österreichische) und weiß-rot-blaue (böhmische) Fahnen wurden dabei gehißt. Im Herbst war das Haus bezugsfertig, doch verweigerte nun die Stadt dem Hotel die Konzession, so daß die Hotelzimmer als Wohnungen adaptiert werden mußten (MT 14. 9. 87). Das Ergebnis all dieser Schikanen war ein noch festerer Zusammenschluß aller bereits bestehenden tschechischen Vereine zur „Česká beseda" [tschechischer Verein] (MT 12. 10. 87), die nun im Rahmen ihrer Vereinstätigkeit den Betrieb des Národní dům aufnahm und zum Zentrum der tschechischen Agitation in Nordmähren ausbaute. Kurz vor Weihnachten 1887 wurde das neue Haus mit einem Konzert des Musik- und Gesangvereins Žerotín eröffnet, beim anschließenden Ball spielte die Musikkapelle des Infanterie-Regimentes Nr. 93 (MT 15. 12. 87). Das tschechische Bürgertum und die Intelligenz hatten damit für ihre poli-

tische und volkserzieherische Tätigkeit eine Zentrale gewonnen, deren Erfolg gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. In welche Richtung diese Tätigkeit wies, zeigte schon der Silvesterball, bei dem russische Lieder gesungen und dem „großen Bruder im Osten" gehuldigt wurde (MT 5. 1. 88).

Das Café im Národní dům aber wuchs sehr bald zum Hauptquartier für die Tschechisierung Nordmährens an und wurde die Führungsstelle für politische und kulturelle Erziehung der mährischen Tschechen, für die Umformung der „Hanáci" in „Češi" durch die einstigen Studenten der Prager tschechischen Universität, der friedliebenden, rein wirtschaftlich denkenden, hannakischen Bauern in hussitisch kämpferische Fanatiker, ein Vorgang, der dem Olmützer deutschen Kleinbürger ganz entging, der aber für die folgende politische Entwicklung in Mittelmähren von entscheidender Bedeutung war und sich vor allem bei den Tábory [Aufmärschen] und noch mehr 1945 verhängnisvoll auswirkte.

Statt dessen führte die Stadtgemeinde als politische Behörde erster Instanz einen kleinlichen Krieg gegen Theater, wissenschaftliche Vorträge, Konzerte und andere Veranstaltungen der Tschechen, dem ein ebenso kleinlicher „Taferlkrieg" antwortete. Noch in den achtziger Jahren fanden im städtischen Theater neben den regelmäßigen deutschen auch tschechische Theaterabende statt, vor allem Gastspiele. Matthias Leschinger berichtete in seiner Chronik, daß bei der Thronbesteigung Kaiser Franz Josephs in Olmütz die aus Wien mitgekommenen Hofschauspieler im Olmützer Theater am 5. Dezember die „Martha" in Gegenwart des Kaisers aufführten, daß er aber auch der tschechischen Theateraufführung, am 10. Dezember, „Čech a Němec" [Tscheche und Deutscher] vor einem übervollen Haus beiwohnte (KO 316).

Doch änderte sich dieser verträglich-vernünftige Zustand in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Als im Sommer 1883 eine tschechische Theatertruppe unter Direktor Svoboda in Olmütz gastieren wollte, wurde ihm das Theater verweigert, und er mußte auf der Schießstätte spielen. Sein Repertoire bestand ausschließlich aus tschechischen und französischen Stücken (MT 16. 7. 83). Im Winter des gleichen Jahres sollte ein Gastspiel des Prager Theaters die damals noch neue Oper Smetanas „Hubička" [der Kuß] bringen; im letzten Moment aber wurde von der Stadt die Aufführung verboten, „da Demonstrationen befürchtet werden müssen" (MT 24. 11. 83).

Nun fanden im großen Saal des Národní dům die tschechischen Theaterabende statt, Prager Gastspiele und die Aufführungen einer eigenen Dilettantenbühne. Bald erwies sich ein Umbau der Bühne als notwendig, da seit Beginn der Spielzeit 1888/89 regelmäßige Theaterabende eines eigenen Ensembles stattfanden (MT 17. 9. 94). Doch scheint die Begeisterung für ein eigenes Theater nicht durchgehalten zu haben. Auch die Zahl der gebildeten Tschechen mag in Olmütz noch zu klein gewesen zu sein. Jedenfalls klagt die tschechische Presse (vom deutschen Tagblatt glossierend

wiederholt!) über den schlechten Besuch des Theaters. Bei Echegarays „Galeotto" stellt das Tagblatt sogar nur 30 Besucher fest (MT 21. 12. 99). Gleichzeitig aber bemerkt der Pozor, daß das deutsche Theater sogar bei einem Gastspiel der Adele Sandrock nur 150 Besucher hatte (MT 23. 12. 99).

Aufschlußreich ist auch eine Notiz des Pozor von 1910, der den Tschechen, die das deutsche Theater besuchten, eine Rüge erteilt. Denn die deutsche Oper wurde von den musikinteressierten Tschechen immer wieder besucht, da das eigene Theater im Národní dům nur Schauspiele bringen konnte (MT 5. 10. 10).

Olmütz hatte eine alte Theatertradition. Im alten Theater „über den Fleischbänken", das 1770 für durchziehende Theatertruppen erbaut worden war, wurde wohl nur deutsch gespielt, vielleicht auch italienisch. Wir wissen, daß Mozart und Grillparzer hier gespielt wurden, neben zahllosen, längst vergessenen Tragödien und Possen (KO 291). Im neuen Theater am Oberring, das an Stelle des alten Kommandantenhauses 1825/30 vom Wiener Architekten Kornhäusel für 75 000 Gulden als „königlich-städtisches Theater und Redoutensaal" erbaut worden war, hat es immer ein eigenes Ensemble gegeben, das deutsch spielte (KO 292). 1845 wurde das Haus vom Wiener Maler Holzer neu ausgemalt, also kurz vor dem Gastspiel des Burgtheaters im Jahre 1848. 1852 erschien das Theater im Ausweis des Gemeindevermögens mit 23 000 fl eingesetzt (KO 322). Im Jahre 1887 wurde das Gebäude neuerlich gründlich überholt, erhielt einen bemalten Vorhang und an der Front die Büsten von Mozart, Wagner, Goethe und Schiller. Doch wurde diese Renovierung vom Našinec als unkünstlerisch abgelehnt (MT 8. 11. 87). Das deutsche Theater aber zeigte bei aller provinziellen Bescheidenheit immer einen engen Zusammenhang mit Wien, das um diese Zeit den Höhepunkt seines Glanzes, auch auf dem Gebiet des Theaters, erreichte. Die Olmützer Bühne diente manch späterem Stern als Sprungbrett: Gustav Mahler begann hier als Theaterkapellmeister, und die Reihe der Schauspieler reichte bis zu Maria Jeritza und Leo Slezak in unseren Tagen. Dazu führten Gastspiele immer wieder berühmte Schauspieler und Sänger auf die Olmützer Bühne. Im Ensemble aber zeigte sich um die Jahrhundertwende das gleiche Schauspiel wie auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens: ein Teil der deutschen Schauspieler waren gebürtige Tschechen, die die tschechische Presse 1899 im einzelnen den Deutschen vorrechnete (MT 23. 12. 99).

Verglichen mit der planmäßigen und großzügigen Gründung des Národní dům erscheint die Geschichte um die Gründung eines Deutschen Hauses in Olmütz, dank der Schuld einiger führender Deutscher, als ein überaus trauriges Kapitel.

Schon 1871 hatte der Bürgermeister Engel mit vorausschauendem Blick erkannt, daß Olmütz eines Tages ein deutsches Vereinsheim brauchen würde und hatte darum angeregt, daß der Erlös eines Sängerfestes (12 000 fl) als Gründungsbeitrag für ein Deutsches Haus verwendet werde, ohne aber

mit diesem Vorschlag durchzudringen (KNot). Doch 1883, also 3 Jahre vor der tschechischen Gründung, wurde der „Verein zur Errichtung eines Deutschen Hauses" ins Leben gerufen (MT 26. 5. 83). Gleich die erste Aufforderung zur Zeichnung von Anteilscheinen brachte mehrere tausend Gulden (MT 28. 5. 83). Über die Tätigkeit des „Comitées" brachte das Tagblatt fortlaufend Berichte, zugleich mit der Aufforderung, weitere Geldmittel zu zeichnen. Das ging durch Jahre hindurch. Die Tätigkeit des Vereines beschränkte sich immer mehr auf die jährlichen Hauptversammlungen mit den Kassaberichten. 1887 wies der Jahresbericht bereits ein Vermögen von 24 107 Gulden aus, ja man sah sich sogar nach einem Bauplatz um, ohne sich allerdings festzulegen (MT 4. 2. 87). Das Vermögen wuchs an und 1895 war es bereits auf 36 811 Gulden gestiegen (MT 7. 5. 95). Doch die Vereinsleitung, deren Obmann inzwischen Bürgermeister Brandhuber geworden war und blieb, zögerte noch immer, sich wenigstens einen Baugrund zu sichern. Selbst das Tagblatt erhob als Sprecher der öffentlichen Meinung der Olmützer Deutschen immer wieder die Forderung danach (MT 3. 9. 95). Das fertige Národní dům mochte ihnen zu denken geben. Die deutschen Vereine hatten zu dieser Zeit ihr Heim in der „Goldenen Birne" in der Bäckergasse (die 1906 niederbrannte), ja sie richteten dort sogar eine Singspiel-Bühne ein („weil die Theateraufführungen durch Abonnenten immer ausverkauft sind") (MT 6. 9. 95), und so blieb das große Vermögen liegen. 1896 hatte der Verein bereits über 50 000 fl Vermögen (KNot). 1902 waren es 136 069 Kronen (MT 1. 4. 02), doch erklärte der Vorsitzende, Bürgermeister Brandhuber, in der Hauptversammlung erneut, „daß ein dringender Anlaß zur Inangriffnahme des Baues nicht besteht". Das Vermögen wuchs weiter an: 1909 waren es bereits 200 000 Kronen (KNot). Vergeblich bemühten sich aufgeschlossene Männer, besonders Dr. Eben, den Stein in's Rollen zu bringen. Ebenso wurde 1911 der Vorschlag des Direktors Knaute niedergestimmt, das Gebäude der städtischen Sparkasse am Oberring der Stadt abzukaufen und als Deutsches Haus umzubauen.

Dann kam der Krieg: Der Vorsitzende, Bürgermeister Brandhuber, zeichnete für 350 000 Kronen, das gesamte Vereinsvermögen, Kriegsanleihe und übernahm die Lombardschulden des Gewerbevereins auf dem Ausstellungsgebäude von 1907 (KNot).

1920 entstand wohl neu ein „Verein Deutsches Haus" und 1924 die „Olmützer Bau- und Siedlungsgenossenschaft", aber erst im nächsten Jahr löste sich endlich der unglückselige „Verein zur Errichtung eines Deutschen Hauses", nachdem er mehr als eine Drittelmillion Kronen deutschen Vermögens vergeudet hatte, auf (KNot). 1925 wurde von dem neuen Verein Deutsches Haus ein Wettbewerb für den Bau eines Deutschen Hauses ausgeschrieben, bei dem 30 Projekte eingereicht wurden. Acht von ihnen wurden preisgekrönt; doch zum Bau kam es wieder nicht.

Ursache des inneren Widerstrebens zum Bau eines Deutschen Hauses in Olmütz war bei einem großen Teil der führenden Deutschen der Stadt

wohl der augenscheinlich deutsche Charakter von Olmütz um 1900, wie all die Jahrhunderte vorher, der sie das Erstarken des Tschechentums nicht nur in der Zahl, sondern vor allem in ihrem kulturellen Gewicht übersehen ließ. Den Glauben, mit ein paar polizeilichen Verboten, deutschen Aufschriften und ähnlichen Maßnahmen das Deutschtum der Stadt bewahren zu können, teilte selbst ein Mann wie Dr. Sommer, der noch 1905 in einer Stadtratssitzung den Antrag stellte, die seit 1887 zweisprachigen Straßenbezeichnungen und Aufschriften auf den städtischen Gebäuden durch einsprachig deutsche zu ersetzen (KO 418). Und wenn tschechische Straßenbahnschaffner einander mit „Nazdar" [Heil] begrüßten, meinte das Tagblatt, daß die Angestellten der deutschen Stadt sich als Deutsche zu benehmen hätten oder sich einen tschechischen Arbeitgeber suchen sollten (MT 27. 9. 99). Als die Stadt den Nachweis deutscher Abstammung von den Bewerbern um eine Wachtmeisterstelle bei der städtischen Polizei verlangte, entrüstete sich der „Pozor" (MT 20. 7. 95). Daß aber in den Jahren 1890—1910 bei allen staatlichen Ämtern, bei der Post und Eisenbahn, fast alle Neubesetzungen an Tschechen vergeben wurden (die beide Landessprachen beherrschten, zum Unterschied von den Deutschen, die in den seltensten Fällen fließend tschechisch konnten), das brachte wiederum die deutsche Presse und Stadtverwaltung zu Protesten und Vorsprachen bei den Zentralstellen (MT 21. 11. 10). Niemand aber ging den Ursachen dieser Bevorzugung nach und suchte sie von Grund auf zu beseitigen. Daß außerdem die tschechische Presse, als Sprachrohr der Jednota, jede einzelne höhere Beamtenstelle, die neu besetzt werden sollte, mit allen ihren Anwärtern genau unter die Lupe nahm und schon Monate vor ihrer Besetzung in ihren eigenen Reihen geeignete Bewerber suchte und schließlich auch unterbrachte, sei nur erwähnt.

Die Vorstellung, daß Olmütz eine unwandelbar deutsche Stadt sei, wurde noch dadurch gestützt, daß die Olmützer Tschechen im täglichen Leben wenig hervortraten und ganz abgeschlossen neben dem ebenso gegen sie abgeschlossenen Deutschtum lebten. In dieser selbstgewählten Igelstellung reifte mittlerweile ihr Volkstum heran, in der Breite durch das Erfassen aller Dienstmädchen, Lehrbuben, Arbeiter und Taglöhner, in der Tiefe durch ihr hoch entwickeltes Schulwesen und den immer lebendigen Zusammenhang mit Prag. Wenn 1899, bei der Tschechisierung von Littau, die tschechischen Führer erklärten, der „Sturm auf Olmütz" würde erst in 10—12 Jahren in Angriff genommen werden, so wurde diese Ankündigung von den Deutschen bagatellisiert und kam der großen Menge der Olmützer Deutschen überhaupt nicht zum Bewußtsein. Olmütz schien eine rein deutsche Stadt, ein entfernt liegender Vorort von Wien.

Die Tschechen entfalteten ein reges kulturelles Leben in ihren Vereinen. Im Jahre 1865 war bereits ein Dilettanten-Theaterverein gegründet worden, 1880 der künstlerisch hochstehende Gesang- und Musikverein „Žerotín", der bald auch in der Bernhardinergasse seine Musikschule eröffnete, die sehr gut besucht war. 1883 sammelte der Verein „Vlastenecký spolek

musejní" [Heimatkundlicher Museums-Verein] die Heimatkundler und Archäologen, die ihr „Vlastenecký museum" [Heimat-Museum] in der Domherren-Residenz des Grafen d'Orsay einrichteten, Ausstellungen veranstalteten und eine eigene, ausgezeichnete Fachzeitschrift herausgaben (KO 374).

Bereits 1870 entstand der „Sokol" [Falke], ein Turn- und Sportverein. Er war die streng organisierte und disziplinierte nationale Freiwilligen-Armee der Tschechen, die sich schnell über ganz Nordmähren ausdehnte, in Olmütz aber ihr Bezirks-Quartier hatte.

Im Jahre 1908 schlossen sich die tschechischen Katholiken zusammen und errichteten mit erzbischöflicher Hilfe in der Bahnhofstraße ihr Katholisches Haus [Katholický dům]. 1910 gaben die Tschechen endlich ihrem Theater eine feste eigene Organisation („Družstvo českého divadla v Olomouci"). Dazu kamen ihre wirtschaftlichen Vereine und ihre politischen Parteien. Das Statistische Jahrbuch von 1910 weist 37 tschechische Vereine aus (gegenüber 75 deutschen und 2 jüdischen).

Die Tschechen besaßen ferner eine wohlausgebaute Presse. Seit 1869 erschien als älteste tschechische Olmützer Zeitung der „Našinec" [der Unsrige], in enger Verbindung mit dem Erzbischof und in seiner Druckerei am Niederring gedruckt. 1884 kamen dazu die „Selské listy" [Dorfblätter] vor allem für die Hanna-Dörfer. 1894 kam der „Pozor" [Achtung], das Sprachrohr der „Advokatengruppe" der Národní jednota im Národní dům, dem der Našinec zu wenig national und vor allem zu sehr kirchlich gebunden war. Er erschien zunächst wöchentlich dreimal, startete aber 1899 unter seinen Lesern eine Umfrage, ob er nun täglich erscheinen solle, und kam nun als viel gelesenes Tagblatt in der Druckerei von Kramár & K. Prochaska heraus. 1909 wurde noch ein zweites Blatt für die Dörfer gegründet: „Moravský venkov" [Mährisches Land]; es war noch stärker national als die Selské listy. Dazu kam noch die Prager Presse, die auch in Olmütz eine sehr große Zahl von Abonnenten hatte, vor allem unter der Intelligenz.

So wie die tschechische Presse und die tschechische Intelligenz immer nach Prag orientiert war, so orientierten sich die Deutschen nach Wien. Die „Neue freie Presse", das „Wiener Journal", „Die Reichspost" und die „Kronenzeitung" des kleinen Mannes bildeten eine wichtige Ergänzung der lokalen Presse. 1848 erschienen in Olmütz die ersten Nummern der „Neuen Zeit", bei Slavik gedruckt, mit interessanten Original-Berichten der Olmützer Deputierten, Bürgermeister Scheidler und Univ.-Prof. Jeitteles, aus dem Frankfurter Parlament, wohin sie von Olmütz entsandt worden waren. Auch später hatte das Blatt immer ausgezeichnete Mitarbeiter, wurde 1879 Regierungsblatt und hielt sich bis 1902, wenn zuletzt auch nur in kleiner Auflage. Es wurde seit 1883 vor allem vom Mährischen Tagblatt überspielt, das zunächst unter Redakteur Seethaler als deutsch-liberale Zeitung erschien. Sie war die direkte Nachfolgerin des „Deutschen Volksblattes", seit 1872 von Dr. Eben nebenamtlich als unabhängiges liberales Blatt ge-

leitet. Doch stand hinter ihm die „Deutsche Verfassungs-Partei", um diese Zeit noch Einheitspartei aller deutschen politischen Kräfte, mit ihren Zweigstellen in Bärn, Hof, Hohenstadt, Neutitschein, Prerau, Neustadt und Schönberg. Sie erschien in der Buchdruckerei Groák und hatte 1873 schon eine Auflage von 1100 Exemplaren. Ihre deutsch-liberale Haltung übernahm auch das Mährische Tagblatt und behielt sie wenigstens unter Seethaler bei, wurde später unter dem Redakteur Ulrich aber oppositionell gegen die Rathausregierung und erschien überhaupt ziemlich kampflustig. Das Tagblatt überlebte alle anderen deutschen Zeitungen der verschiedensten Richtung bis zum Zusammenbruch im Jahre 1945.

Das „Nordmährerblatt" (1899—1916) stand dem Bund der Deutschen Nordmährens nahe, doch distanzierte sich die Bundesleitung wiederholt von der Zeitung, die dreimal wöchentlich erschien. Die „Deutsche Warte" (1900—02), Herausgeber Viktor Heeger, Reichsratsabgeordneter der „Deutschen Volkspartei", hatte keinen bedeutenden Einfluß. Die „Freien Stimmen" (1906—08) und der „Olmützer Volkswille" 1910, waren beide mehr oder weniger national gefärbt.

1875 wurde auf Anregung des Olmützer Erzbischofs die deutsche, katholisch-orientierte „Olmützer Zeitung" herausgegeben, doch mit einem Tschechen als Redakteur, also national versöhnlich; in der deutschen Auffassung jener Jahre galt sie als tschechenfreundlich. Sie erschien zweimal wöchentlich in kleiner Auflage und wurde 1901 von der „Mährisch-schlesischen Post" abgelöst. Diese hatte einen deutschen Redaktionsstab, wurde aber auch in der fürsterzbischöflichen Druckerei am Niederring dreimal wöchentlich gedruckt. Zu erwähnen ist ferner die „Mährisch-schlesische Presse", ein Tagblatt, das in Jägerndorf mit einem deutschen, christlich-sozialen Redaktionsstab seit 1912 erschien und sich bis 1939 hielt. Heute erscheinen alle diese Zeitungen dem Rückschauenden als lebendigste Darstellung des innenpolitischen Geschehens und sind durch den Lauf der Zeit zu historischen Quellen geworden. Selbstverständlich spiegeln sich in ihnen auch das Vereinsleben und alle Sparten des kulturellen Lebens in Olmütz wider, und beide scheinen um die Jahrhundertwende überaus rege gewesen zu sein.

Der älteste Olmützer Verein ist wohl das „k. k. priv. bewaffnete Bürgerkorps", auch als „k. k. priv. Schützengesellschaft" bezeichnet. Sie bestand bereits im 16. Jahrhundert und bewährte sich im Dreißigjährigen Krieg und im Jahre 1756 im Krieg gegen Preußen. Ihre Mitglieder waren nachweislich immer deutsche Bürger der Stadt, die selbständig und gut beleumundet sein und über einen gewissen Wohlstand verfügen mußten, denn die Aufnahmegebühr von 20 Gulden in Gold war recht hoch. Noch zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde das Bürgerkorps als Wachkompagnie verwendet, nach dem Krieg aber in einen Bürgerverein umgewandelt, der dann einging. Um 1900 hatte das Bürgerkorps 106 aktive Mitglieder in 2 Kompagnien, die bei festlichen Gelegenheiten, zu Fronleichnam, am

Dreifaltigkeitssonntag und vor allem zum Kaiserfest am 2. Juli (oder dem darauffolgenden Sonntag) in ihrer prächtigen, gold- und silberstrotzenden Uniform mit schleppendem Säbel und Gewehr, auf dem Tschako einen flatternden Federbusch, ausrückten, daß sogar das aktive Militär salutierte. Ein großer Tag für die Olmützer Bürger! Denn Kaiserin Maria Theresia selbst hatte dem Olmützer Bürgerkorps in Dankbarkeit für die Verteidigung der Reichsfestung Olmütz gegen Friedrich den Großen und den Entsatz der Stadt am 2. Juli 1756 diesen Festtag gestiftet (Stat Jb).

Kurz nach der Gewährung der Versammlungsfreiheit im Jahre 1848 wurde zur Pflege der Geselligkeit der Verein „Deutsches Kasino" gegründet, mit dem ersten Olmützer Lesesaal, Bibliothek, Versammlungs- und Klubzimmern. Er hielt sich in seinen eigenen, ausgedehnten Räumen in der Littauergasse, die er 1887 erworben hatte, bis 1945.

1851 entstand der Musikverein, von Staatsanwalt Kallina gegründet. Er entfaltete eine reiche Tätigkeit, so daß er am 27. 4. 1872 bereits sein 100. Konzert geben konnte. Schon 1886 plante er, eine Musikschule für seinen Nachwuchs zu gründen, etwa gleichzig mit dem „Žerotín", doch kam es mit Unterstützung durch die Stadt erst 1893 zur Eröffnung in der Schlossergasse. Die Leitung von Verein und Schule übernahm Musikdirektor Wladimir Labler. Gleich in den ersten Jahren stieg die Schülerzahl auf nahezu 200, die in rund 50 Gruppen unterrichtet wurden. 1899 hatte sie 100 Schüler für Violine, 112 für Klavier und 50 für Gesang und für andere Instrumente. Diese Zahlen hielten sich ungefähr bis 1945 (Stat Jb).

1842 schloß sich der Student an der Olmützer Universität Eduard Schön, genannt Engelsberg, mit gleichgesinnten Freunden zum Musizieren zusammen, die gelegentlich eine „Serenade im Schatten der Mariensäule auf dem Niederring" anstimmten. Diesem Vorläufer des Männergesangvereins folgte 1861 der ordnungsgemäß gegründete Verein, der schon im nächsten Jahr auf einer Sängerfahrt mit den Männergesangvereinen von Freudenthal, Leipnik, Littau, Loschitz, Müglitz, Proßnitz, Neustadt, Schönberg, Sternberg, Zwittau und Trübau im Fürst-Liechtensteinschen Neuschloß zusammenkam (KO 335). Für seine reiche Tätigkeit zeugt, daß der Männergesangverein bereits 1894 sein 300. Konzert als Festaufführung veranstalten konnte. Sein Verkehr mit den Männergesangvereinen der anderen Städte und größeren Dörfer blieb immer lebhaft und führte ihn auf Sängerfahrten in alle deutschmährischen Städte. Ungefähr seit 1870 sang er auch bei den Trauungen und Begräbnissen der Sängerbrüder. 1910 hatte ihm der Dompfarrer Schnaider, ein Tscheche, das erstemal die Erlaubnis verweigert, bei einer Trauung in der Domkirche zu singen, während er dem Žerotín bei einem gleichen Anlaß wenige Tage später den Dom zur Verfügung stellte (MT 21. 11. 10). Die Fünfzigjahrfeier 1912 mit ihrem Festzug durch die mit Fahnen geschmückte Stadt wurde aber von den Tschechen nicht gestört (MT 1. 2. 12).

Als Gegengewicht gegen seine etwas akademische Art der Chorgesangpflege entstand 1911 der Volksgesangverein, der schon im nächsten Jahr

eine „Julfeier" veranstaltete und dadurch seine Richtung ebenso unterstrich wie durch sein späteres Hinwenden zur Volksmusikpflege im Sinne der Jugendbewegung, der die meisten seiner Mitglieder entstammten. Er veranstaltete keine Konzerte, sondern Musikabende für die Freunde und pflegte das alte Volkslied in seiner Erneuerung durch Walter Hensel, der auch wiederholt Gast des Vereines war.

1862 entstand auch der „Deutsche Turnverein", dem acht Jahre später der Sokol folgte. Beide hatten das gleiche Ziel: Die Erneuerung des Volkes durch Sport und Turnen ebenso, wie durch eine saubere Haltung in allen Fragen des Lebens. Schon 1863 hatte der erstere am 3. Allgemeinen Deutschen Turnertag in Leipzig teilgenommen, wie überhaupt immer alle österreichischen Turnvereine in enger Verbindung mit den reichsdeutschen Vereinen standen und von ihnen die Liebe zu Preußen-Deutschland (im Gegensatz zu Österreich), die Verehrung Bismarcks und nach 1870 das Kampflied „Die Wacht am Rhein" übernahmen, ohne zu bemerken, daß die March zu ihren Füßen viel gefährdeter war als der ferne Rhein.

Doch kam der Olmützer Turnverein erst kurz vor der Jahrhundertwende zum Bau einer eigenen Turnhalle samt Sportplatz (MT 18. 7. 99). 1901 gab es im Vereinsvorstand scharfe Auseinandersetzungen um die Einführung des Arierparagraphen, der aber abgelehnt wurde. Dennoch schlossen sich wenig später die Juden zu einem eigenen Turn- und Sportverein zusammen, der zunächst in der deutschen Turnhalle turnte (MT 31. 1. 02).

1868 wurde die Freiwillige Feuerwehr gegründet. Ihre Zehnjahresfeier wurde mit einem großen Volksfest auf der Schießstätte festlich begangen. Sie hatte sich mit allen anderen Feuerwehrvereinen zum „Allgemeinen Feuerwehrverein für Mähren" zusammengeschlossen, der deutsche und tschechische Vereine umfaßte (Mor 78, S. 792). Doch schon bei der Jahres-Hauptversammlung des Jahres 1887 stellte der Obmann des Neutitscheiner Vereins den Antrag auf Trennung des Verbandes in zwei national einheitliche Verbände, „denn die Erfahrungen lehren uns, daß Tschechen und Deutsche heute nicht mehr an einem Tisch sitzen können, weil die Gegensätze, freilich nicht durch Schuld der Deutschen, zu schroff geworden sind. Die Deutschen Mährens gehen also ganz korrekt vor, wenn sie die Bildung eines deutschen Feuerwehrverbandes verlangen, ehe sie von den Tschechen majorisiert werden." Dieser Antrag wurde von den Tschechen bekämpft, hatte aber zur Folge, daß sich nun auch die örtlichen Feuerwehrvereine nur aus den Reihen des eigenen Volkes ergänzten, obgleich diese Forderung in den Statuten nicht verankert wurde (MT 5. 11. 87). Eine Folge davon aber war auch der Gegensatz der deutschen Feuerwehren mit den nach und nach tschechisch gewordenen Stadtverwaltungen (vgl. Proßnitz!).

1872 entstand ein Veteranenverein für die Kriegsteilnehmer von 1848 und 1849 (Radetzky-Veteranen), von 1859, 1864 und 1866 für Deutsche und Tschechen gemeinsam, von dem sich 1874 die tschechischen Kriegsteilnehmer zu einem eigenen Verein absonderten (Fr 35).

1881 bezog die neu gegründete „Schlaraffia" ihre Burg in den Räumen des Deutschen Kasinos, deren Wirken äußerlich kaum sichtbar war, im Hintergrund aber sicher bedeutsam.

Im gleichen Jahr begann auch die Olmützer Ortsgruppe des Deutschen Schulvereins ihre Tätigkeit, 1884 die Ortsgruppe des „Mährisch-schlesischen Sudetengebirgsvereins", nachdem der Verein bereits 1869 in Freiwaldau gegründet worden war. 1894 hatte der Verein bereits 29 Sektionen in Österreich und Preußisch-Schlesien, von denen jede einen Teil des Sudetengebirges in ihre Obhut übernahm und vor allem für die allgemein vorbildlich durchgeführte Wegmarkierung verantwortlich war. Die Sektion Olmütz übernahm das Odergebirge und Feistritztal, also das eigentliche Olmützer Ausflugsgebiet. 1902 beteiligten sich alle Sektionen am Bau des Aussichtsturmes auf dem Altvater, der Habsburgwarte.

1886 wurde in Olmütz der Bund der Deutschen Nordmährens gegründet, 1895 schlossen sich die Hochschüler und Studenten zur Ferialverbindung „Libertas" zusammen. 1900 vereinigten sich die Olmützer Kunstfreunde zur „Gesellschaft der Kunstfreunde" (17 Jahre nach dem Vlastenecký spolek), legten eine schöne Fachbibliothek an und veranstalteten jährlich mindestens eine Kunstausstellung. Unter ihren Gründern waren wohl Dr. Blumenzweig und Friedrich Grosse die rührigsten. 1907 erhielt der Verein von der Gemeinde im alten Gemeindehaus auf dem Oberring im 1. Stock eigene Räume, welche er dank der finanziellen Unterstützung durch den Fürsten Liechtenstein zu Ausstellungsräumen umbauen konnte (KO 415).

1901 wurde der „Verein Botanischer Garten" gegründet; auf einem Feld, das die Gemeinde dem Verein in Erbpacht zur Verfügung stellte, wurde im Frühling 1902 der Botanische Garten angelegt. Professor Heinrich Laus, der die treibende Kraft dieses Vereines war, verstand es, auch die tschechischen Naturwissenschaftler an diesem Werk zu interessieren, ohne es darum aus der Hand zu geben. Nach dem Umbruch von 1919 wurde er von einem gleichgerichteten tschechischen Verein weitergeführt. 1903 begann der Volksbildungsverein seine vielseitige Tätigkeit.

1901 schloß sich auch das katholisch orientierte deutsche Kleinbürgertum der Stadt unter Führung von Baron Grimmenstein zum „Christlich-sozialen Volksverein" zusammen, dessen Vorläufer, der „Katholische Gesellenverein", bereits um 1890 ein eigenes Vereinshaus besaß, das „Maria-Theresia-Haus" in der Bahnhofstraße. Hervorgegangen war der Gesellenverein aus der um 1849 gegründeten „Sonntagsschule für Erwachsene" (KO 319).

Der sozialdemokratische Arbeiterverein, der auch schon vor der Jahrhundertwende entstanden war, hatte sein Heim in der Alleestraße, also auf Neugaßler Grund. Daher erscheint er auch nicht im Statistischen Jahrbuch von Olmütz von 1904 und 1910, das alle anderen Olmützer Vereine genau verzeichnet. Dieser rein kanzleimäßige Umstand ist aber nicht ohne tiefere Bedeutung: Beide Vereine, die doch die wichtigsten und eigentlich tragenden Teile der Bevölkerung von Olmütz in ihren Reihen zusammen-

schlossen, das deutsche Kleinbürgertum und die deutschen Arbeiter, wurden von der liberalen Rathausmajorität nicht für voll angesehen und beiseite geschoben, während die tschechische Führung gerade auf die Unterschichten des Volkes zurückgriff, ja sich auf sie stützte. Dieser Fehler, gerade die „kleinen Leute" in Aufbau und Gliederung des arg bedrohten deutschen Volkskörpers der Stadt nicht heranzuziehen, war zweifellos eine der wichtigsten Ursachen des gänzlichen Zusammenbruchs von 1918.

1909 kam es zur Gründung des Naturhistorischen Museums. Sein Träger war ein Verein, dessen tätigster Mitarbeiter ebenso wie beim Botanischen Garten und Volksbildungsverein Professor Heinrich Laus war. Die leere Kirchenhalle des zur Zeit Kaiser Josephs II. säkularisierten Clarissinnen-Klosters und ein anschließender Flügel des Klostergebäudes nahmen es auf. Auch hier hatte der Fürst Liechtenstein auf Sternberg eine offene Hand und stellte die nötigen Gelder für den Ausbau der Räume und einen Teil der Anschaffungen zur Verfügung.

1910 kam es zur Grûndung der „Freiwilligen Rettungsgesellschaft". Schon 1908 hatte das Rote Kreuz versucht, in Olmütz eine Zweigstelle zu errichten, doch hatten sich die Verhandlungen mit den Olmützern vor allem daran zerschlagen, daß sich das Rote Kreuz die Organisations- und Finanz-Kontrolle vorbehielt, worauf die Olmützer nicht eingingen. Die nun unabhängige „Rettungsgesellschaft" erhielt von der Stadt die nötigen Räume in der alten Mauritzschule und versah den gleichen Dienst, wie anderwärts das Rote Kreuz, für Deutsche wie Tschechen, doch nur mit deutschen aktiven wie auch beitragenden Mitgliedern, bis zu ihrer Ablösung durch die tschechische „První pomoc" [Erste Hilfe] nach 1918.

Mittlerweile war in Olmütz, wie in anderen Städten, eine tschechische Intelligenz in aller Stille herangewachsen. Besuchte ein Tscheche aber die deutsche Oper, eine Theaterpremiere, ein Konzert, so konnte es geschehen, daß er in der tschechischen Presse schon am nächsten Tag angeprangert wurde, wenigstens in den Zeiten nationaler Hochspannung. Ebenso riskant war es für einen Deutschen, eine tschechische Veranstaltung zu besuchen. Einzig die tschechischen Taglöhner und Lehrlinge, Dienstmädchen, Köchinnen und Bedienerinnen verkehrten und arbeiteten in deutschen Familien und waren so die einzigen Menschen, mit denen das deutsche Bürgertum in Berührung kam und nach denen es das ganze tschechische Volk in leichtfertiger Verallgemeinerung beurteilte. Als Dienstbotenvolk, dessen schlechtes Deutsch eine stehende komische Figur in den Possen und Witzblättern wurde und das man sich als notwendiges Übel für grobe und untergeordnete Arbeit eben gefallen ließ. Ein überaus verhängnisvoller Irrtum, der auch durch die endlosen Debatten im Wiener Reichsrat oder im Landtag nicht berichtigt wurde, so daß der Umsturz 1918 die Deutschen Mährens vollkommen unvorbereitet treffen mußte.

In den letzten Friedensjahren hatten die Tschechen in Olmütz folgende Schulen und kulturelle Einrichtungen: seit 1867 das Staatsgymnasium, seit

1873 die Volksschule der Matice školská, die 1887 verstaatlicht wurde, seit 1876 eine Landwirtschaftsschule in Kloster Hradisch, die 1908 zu einem zweijährigen Lehrgang erweitert und 1911 zur landwirtschaftlichen Mittelschule ausgebaut wurde, seit 1882 einen Kindergarten der Matice školská, dem später noch andere Kindergärten folgten, seit 1883 eine selbständige kaufmännische Fortbildungsschule, während die gewerbliche Fortbildungsschule noch jahrelang utraquistisch geführt wurde, seit 1883 das Vlastenecký-museum, seit 1887 die Musikschule des Žerotín, 1895 mit der Eröffnung des Pöttingeums einen ganzen Block von Mädchenschulen, 1902 die Realschule der Matice. Uber diese Schulen folgen genaue Angaben weiter unten.

Von den 37 tschechischen Vereinen um 1910 seien nur die wichtigsten angeführt: 1870 Hospodářská jednota [Wirtschaftsverband], 1872 Theaterverein, Matice školská, slawischer Arbeiterverein und Frauenverein, 1873 der Politische Verein, der sich nach 1905 in die verschiedenen politischen Parteien auflöste, 1874 der Veteranenverein, 1880 der Musikverein Žerotín, 1884 der Akademikerverband „Haná", 1885 Národní jednota, 1888 Národní dům, 1892 die katholische politische Vereinigung, 1893 der Klub selbständiger tschechischer Kaufleute, 1902 der Journalistenverband, 1908 das Katholische Vereinshaus.

Die wichtigsten tschechischen Wirtschaftsunternehmen um die Jahrhundertwende waren seit: 1870 die erste tschechische Buchdruckerei (Kramař & Prochaska), 1871 eine Zuckerfabrik in Holitz, 1891 die Einkaufszentrale der tschechischen Kaufleute und das 1. tschechische Kolonialwarengeschäft (Komárek); 1896 die Hanna-Brauerei, die 1899 einen Reingewinn von 1900 Gulden auswies, 1889 die Bonbon-Fabrik Zora, 1900 ein allgemeiner Wirtschaftsverband, 1906 die Buchdruckerei Knechtl & Co., 1909 eine tschechische Möbelhalle (der die Stadt verbot, ein Firmenschild anzubringen!), 1910 die Essigfabrik in Hatschein.

Tschechische Banken in Olmütz um 1900: Die Ústřední záložna rolnická [Zentral-Bauernbank]. Um 1900 war sie das größte Bankhaus und der wichtigste Geldgeber für tschechische Grundkäufe in deutschen Gegenden. Sie hatte 1870/71 nur 89 Mitglieder, doch einen Gesamtumsatz von 1 287 933 Gulden. 1894 zählte sie bereits 1223 Mitglieder und hatte einen Gesamtumsatz von mehr als 10 Millionen Gulden. Sie spendete in diesem Jahr 160 000 Gulden für tschechische nationale Vereine und gründete die Zuckerfabriken in Holitz und Vrbatek (MT 17. 7. 95). 1902 spendete sie allein für die neu gegründete tschechische Realschule 10 000 Kronen. Die Občanská záložna [bürgerliche Sparkasse] von 1871, die Rolnická spořitelna [Landwirtschaftliche Sparkasse] von 1879, 1900 die Filiale der Živnostenská banka, Prag [Gewerbe-Bank], die nach 1919 alle anderen Banken an die Wand drückte, 1910 die Filiale des Pozemkový ústav, Brünn, seit 1913 selbständig und ein wichtiger Geldgeber für tschechische Grundkäufe in ganz Nordmähren.

Die Tschechen hatten ein Recht, auf ihren Aufstieg stolz zu sein. Nicht umsonst rühmten sich die Národní listy am 14. November 1899, in einer

Bilanz des ausgehenden Jahrhunderts: „Wo waren wir noch vor 30, 20, ja vor 10 Jahren? Wieviel tschechische Beamte, Ärzte und Advokaten gab es damals in Olmütz? Im Lauf von 5 Jahren hat sich die Zahl verdoppelt und verdreifacht, während sich die Zahl der tschechischen Gewerbetreibenden verfünffacht hat. Und wieviel Häuser waren vor 5 Jahren in tschechischem Besitz? Und wieviel sind es heute?" (MT 15. 11. 99).

Wohl klagte das Mährische Tagblatt schon 1887 über die Tschechisierung des Gewerbes und Handwerks, über die vielen zweisprachigen Aufschriften an Stelle der bisher einsprachig deutschen, über das Überhandnehmen der tschechischen Lehrlinge, aus denen einmal unweigerlich tschechische Meister werden würden. „Wer glaubt, daß das Kleinigkeiten sind, lerne von den nationalen Gegnern, die gar wohl wissen, womit Eindruck auf den Gegner gemacht wird und darnach handeln ... Klappern gehört zum nationalen Handwerk, z. B. öffentliches Auftreten, Aufzüge usw. Kurz, was in die Augen fällt, sagt dem Volk oft mehr, als was ihm in langen Reden nahe gebracht werden kann. Die Bewegung der Wiederaufrichtung des Deutschtums muß in die Tiefe gehen. Schlimme Erfahrungen haben die Deutschen dort gemacht, wo sie die Heranziehung der breiten Volksschichten versäumten. Das wurde allzulange versäumt, und vielleicht sind die Deutschenhasser nur Deutsche Vereinshasser, in denen nur die Gebildeten verkehrten" ... Die Rede des Abgeordneten Sturm in Sternberg, der diese Sätze entnommen sind, und die das Tagblatt im vollen Wortlaut bringen wollte, wurde aber leider von der österreichischen Pressestelle zum großen Teil konfisziert (MT 8. 10. 87).

Um 1900, als Olmütz 12 339 deutsche und 5295 tschechische Einwohner (ohne Garnison) hatte, saß in der Stadtvertretung nicht ein einziger Tscheche und kein Vertreter einer der deutschen Oppositions-Parteien. Erst 1904 entschlossen sich die deutsch-liberalen Herren im Rathaus, angesichts der tschechischen Bedrohung im Kompromißweg in ihre Kandidatenliste auch 3 Oppositionsvertreter aufzunehmen: die beiden deutsch-nationalen Dr. Rudolf Sommer und Josef Deseyvé und den christlich-sozialen Karl v. Slatinyi (KO 417). Dieser Burgfrieden im deutschen Lager war leider nur vorübergehend und wurde merklich getrübt, als es die Rathaus-Majorität ablehnte, den christlich-sozialen Baron Grimmenstein, der in breiten Kreisen der Bevölkerung überaus beliebt war, bei einer Ersatzwahl als Kandidaten aufzustellen, wie es in der Begründung heißt, „besonders im Hinblick auf die Olmützer Judenschaft, die viel, sehr viel Aufopferungsbereitschaft für das Olmützer Deutschtum bewiesen hat" (MT 14. 10. 10). Daß auch die Sozialdemokraten noch keine Opposition stellen konnten, war bei den 38 Stimmen, die sie 1900 errang, selbstverständlich.

So regierte die alt-liberale Rathausmehrheit in den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg ohne fühlbare Opposition die wachsende Stadt. Bürgermeister Brandhuber verwaltete sie nach den gleichen Grundsätzen wie seine Fabrik, als guter Familienvater und redlicher Geschäftsmann. So lange sich die

Tschechen eines klaren Wahlsieges nicht sicher fühlten, beteiligten sie sich überhaupt nicht an der Gemeindewahl und dies jahrzehntelang. Nur die Handelskammer-Wahlen und die Wahlen in den Reichsrat und Landtag boten ihnen immer wieder Merksteine für ihre augenblickliche Stärke. Wenn man bedenkt, daß noch bei der Ordnung der Olmützer Wähler nach ihrer Nation auf Grund des Mährischen Ausgleiches von 1905, an der auch Dr. Richard Fischer mitgearbeitet hatte, 1497 deutschen nur 393 tschechische Wähler gegenüberstanden, ist die Zurückhaltung der Tschechen auf diesem Gebiet verständlich.

So waren die Olmützer Gemeindewahlen in den Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg nicht viel mehr als eine Formalität. Die Tschechen wählten überhaupt nicht, so daß die nationale Opposition von vornherein wegfiel, und die deutschen Oppositions-Parteien (deutsch-nationale, christlich-soziale und sozialdemokratische Partei) brachte nicht so viele Männer auf, die bereit waren, vor den Augen der Herren des Rathauses offen ihre gegnerische Stimme abzugeben. Die Wahlen waren ja namentlich und mündlich. So hielten sich die Gegner weitgehend zurück, während sich die erschienenen Wähler durch die Abgabe ihrer Stimme als treue Anhänger der ererbten Rathaus-Majorität erweisen wollten. So ist es zu verstehen, daß die Wahlbeteiligung selten 50% überstieg (Stat Jb).

Gemeindewahlen:	1850	1860	1870	1880
I. Kurie	108 (67)	196 (141)	312 (146)	417 (298)
II. Kurie	278 (152)	294 (114)	460 (223)	451 (264)
III. Kurie	426 (133)	237 (173)	519 (242)	476 (337)

(Die 1. Zahl sind die Wahlberechtigten, die in Klammern die Zahl der abgegebenen Stimmen.)

	1886	1894	1910
I. Kurie	519 (296)	542 (291)	850 (565)
II. Kurie	482 (266)	524 (362 + 30 tsch.)	849 (431)
III. Kurie	529 (337)	541 (334 + 0 tsch.)	1334 (826)

Demgegenüber beliefen sich die abgegebenen Stimmen bei einigen der Reichsratswahlen auf:

1885:	841 dt. und	206 tsch.
1891:	883 dt. (Jos. v. Engel)	209 tsch. (Dr. Žáček)
1895:	933 dt. „ „	234 tsch. „
1897:	957 dt. „ „	254 tsch. „
1900:	985 dt.	440 tsch.

Die Volkszählungsergebnisse im Jahrbuch der kgl. Hauptstadt Olmütz berücksichtigen nur die österr. Staatsbürger und werden durch die wechselnde Berücksichtigung der Garnison noch unübersichtlicher:

1869: zusammen 15 237, doch ohne Militär.

1880:	12 879 dt.	6 123 tsch.	640 andere	(einschließl. 4 656 Soldaten)
1890:	10 665 dt.	4 915 tsch.	59 andere	(ohne Militär)
1900:	12 339 dt.	5 295 tsch.	43 andere	(plus 3 632 Soldaten)
1910:	12 156 dt.	6 746 tsch.	54 andere	(plus 2 942 Soldaten)

1921 nach der Eingemeindung der 14 stadtnahen Dörfer rund 60 000 Einwohner, davon rund 20 000 Deutsche.

Die Verhältniszahlen der Tschechen: 1880: 31,2%
1890: 31,5%
1900: 29,1%
1910: 35,5%
1921: rd. 60%

Aufschlußreicher für die Entwicklung des nationalen Verhältnisses als die Gemeindewahlen waren die Wahlen in die Handelskammer, die leider nur für den ganzen Kammerbezirk vorliegen, also nicht für Olmütz im besonderen. [Siehe Teil I. Bohemia-Jb. 2 (1961) 374—378]

Um 1900 begannen in Olmütz die Hauskäufe durch die Tschechen sich zu mehren; sie wurden durch großzügige Kreditgewährung ihrer Banken und Sparkassen unterstützt. Doch klagte der Pozor 1925 rückblickend auf diese Zeit nicht umsonst, nachdem er alle tschechischen Eroberungen um die Jahrhundertwende aufgezählt hatte: „Nur Olmütz steht wie eine Bastion des Deutschtums und des Bürgertums."

Der Zusammenbruch des deutsch-jüdischen Bauspekulanten Moritz Fischer im Jahre 1902 bot den Tschechen die erste große Gelegenheit zu Haus- und Grundkäufen. Nicht weniger als 1 Malzfabrik, 2 Ziegeleien, 2 Hotels, 3 Gasthäuser, mehrere Forts, zahlreiche Bauparzellen und über 50 Häuser in den besten Wohnvierteln kamen damals zum Verkauf (KO 417). Mit Ausnahme der wenigen Objekte, welche die Stadtgemeinde oder die Mährische Hypothekenbank erwerben konnte, ging alles in tschechischen Besitz über. „Es handelte sich", wie der Pozor nachträglich feststellte, „nach allen damaligen Erfolgen nur mehr darum, der deutschen Oberherrschaft den vernichtenden Schlag zu versetzen. Das konnte nur geschehen durch den Aufkauf einer größeren Häuserzahl. Die Besitzer der Bürgerhäuser waren meist tief verschuldet, seufzten unter der Last der Zinsen sowie der Reparaturauslagen und wollten ihren Besitz um jeden Preis los werden. Auf deutscher Seite, von wirtschaftlichem Mißgeschick bedrückt, konnte man keine Käufer auftreiben. Kauflustige gab es nur unter uns Tschechen. Wir konnten beinahe ganz Olmütz um einen Pappenstiel über Nacht zusammenkaufen, weil nichts als eine leichte Anzahlung auf den Kaufpreis und die Übertragungsgebühr bar zu erlegen war. Für die Eroberung von Olmütz schlug die entscheidende Stunde. In aller Stille wurden die nötigen Vorbereitungen getroffen. Unsere

örtlichen Geldinstitute in Verbindung mit Prager und sonstigen Banken waren bereit, die nötigen Geldmittel beizustellen. Alles war bestens vorbereitet und es handelte sich nur noch um die letzten finanztechnischen Modalitäten der Transaktion. Im Laufe weniger Stunden sollte der weittragende Umsturz („převrat") durchgeführt und wir damit die Herren der Stadt werden. In diesem Augenblick jedoch platzte unter uns wie eine Bombe die Nachricht von dem Krach unserer Záložnas, welcher in Wall.-Meseritsch unter dem Reichsrats-Abgeordneten Dr. Mikyška begann und sich, einer Lawine vergleichbar, hinwälzte über unsere Vorschußkassen in der Wallachei, Slovakei, Hanna und über das östliche Mähren bis nach Schlesien; ein Krach, der mittelbar durch Transaktionen mit deutschen Spekulanten hervorgerufen, unseren Coup zuschanden machte."

In diese Verhältnisse fiel der 80. Geburtstag des Kaisers. Am Vorabend war die ganze Stadt illuminiert und beflaggt, nicht aber das Národní dům. Militärischer Zapfenstreich zog durch die abendlichen Gassen. Die ganze Stadt war auf den Beinen. Doch im Finstern kam es zu Zusammenstößen zwischen deutschen und tschechischen Jugendlichen. Festgottesdienste in allen Kirchen, in deutscher und tschechischer Sprache, auch im jüdischen Tempel, Geschäftsruhe, ein Festdiner beim Fürsterzbischof, zu dem Stadt und Garnison geladen waren, ein Festabend des k. k. priv. Bürgerkorps täuschten beinahe darüber hinweg, daß das Leben der Stadt so wie das Leben Alt-Österreichs keinen festen Boden mehr unter den Füßen hatte. „So lang der Kaiser noch lebt, so lange lebt die alte Ordnung", war wohl die unausgesprochene Meinung aller (MT 17. 8. 10).

Ein weiterer, in die Augen springender Markstein der Tschechisierung von Olmütz war die Erwerbung des Bürgerlichen Bräuhauses durch ein tschechisches Konsortium. Bereits 1278 hatte König Rudolf von Habsburg im Lager zu Dürnkrut unter anderem der Olmützer Bürgerschaft das Brau- und Schankrecht gegeben, das bald zum Bau eines gemeinsamen Bräuhauses führte. Später wurde dieses Braurecht auf 350 Häuser beschränkt, die 1711 einzeln aufgezählt wurden. Ihr gemeinsamer Besitz war das alte Bräuhaus in der Niedergasse und später das neue Bräuhaus auf Neugaßler Grund. Noch um 1870 waren alle Besitzer der brauberechtigten Häuser Deutsche (KO 133). Wenn es aber 1510 in einer Urkunde des Königs Wladislaw hieß, daß „das Schankrecht, von dem sich der Bürgersmann zumeist ernährt, als das vornehmste Gewerbe in Olmütz besonders gefördert werden soll", so kam die Bürgerschaft im Zeitalter der Gewerbefreiheit doch wiederholt in Zahlungsschwierigkeiten, besonders als die vielen großen tschechischen Bräuhausgründungen rund um Olmütz die volksbewußte tschechische Kundschaft an sich zogen. Der Konkurs, den das Gericht am 18. März 1914 über die brauberechtigte Bürgerschaft verhängte, führte aber nicht nur diese altehrwürdige Einrichtung in tschechischen Privatbesitz über, sondern wurde auch zu einem schweren Schlag für die 350 brauberechtigten, noch immer meist deutschen Häuser (KO 443).

Der gleichzeitige Zusammenbruch der Olmützer Kreditbank bedeutete aber für das Deutschtum der ganzen Stadt einen schweren Schlag. Durch verfehlte Spekulationen des Direktors Löw waren die beträchtlichen Barmittel der Bank festgefroren und drohten sogar, die Städtische Sparkasse mit sich zu reißen. Nur unter großen Opfern gelang es der Sparkasse aus dem doppelten Zusammenbruch des Bräuhauses, wo sie 600 000 Kronen stehen hatte, und der Olmützer Kreditbank, an der sie unmittelbar beteiligt war, sich herauszuhalten. Dieser doppelte starke finanzielle Aderlaß des Olmützer Geschäftslebens ließ die tschechische Wirtschaft nahezu unberührt, da die tschechischen Banken ja nicht in Verbindung mit den deutschen standen (KO 444).

Der Zusammenbruch des Bankhauses Primavesi kurz vorher hatte diese Entwicklung schon vorgebildet: Robert Primavesi, Reichsratsabgeordneter und Präsident der Olmützer Handelskammer, vielleicht der reichste Mann Nordmährens und Chef des Bankhauses Paul Primavesi, ein „hochherziger Förderer aller deutsch-fortschrittlichen Bestrebungen, obendrein Gründer und Erhalter der Paulowitzer Schulvereinsschule", hatte nämlich seinen gesamten Anteil am „Verein der Mährischen Zuckerfabriken" um etwa 15 Millionen Kronen über die Wiener Kreditanstalt verkauft, den Betrag in Wiener Bankhäusern hinterlegt und die „Wiener Werkstätte" gegründet, dadurch aber dem heimischen Wirtschaftsleben das Kapital entzogen und so auf Umwegen die aufstrebende Macht des tschechischen Kapitals außerordentlich gestärkt. Er hatte die Flinte ins Korn geworfen — eine Tat, die nicht nur ihm verhängnisvoll werden sollte, sondern auch als Akt nationaler Pflichtvergessenheit seitens des nordmährischen Deutschtums empfunden worden ist. Der mit diesen Transaktionen verbundene Zusammenbruch des Bankhauses schädigte nur die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt auch den kleinen Sparer (KNot).

Die Auflösung des Bankhauses Primavesi dauerte mehr als ein Jahrzehnt. 1924 kam es endlich zum Konkurs. Der zum Konkursmassenverwalter bestimmte Obergerichtsrat Dr. Vopelka war nach 10 Jahren mit seiner Aufgabe noch immer nicht fertig, so daß die Bankeinleger kaum 1% bekommen haben. Drei Häuser auf dem Niederring, die Villa auf dem Juliusberg und der gesamte Aktienbesitz an schlesischen Unternehmungen waren mit diesem Zusammenbruch an den tschechischen Vaca-Konzern übergegangen, nachdem das wundervolle Landhaus Primavesi im Altvatergebirge niedergebrannt war.

Diese Aderlässe kurz vor Beginn des Weltkrieges waren wohl Schuld an der Passivität, mit der das Deutschtum von Olmütz den Zusammenbruch seiner alten Welt über sich ergehen ließ.

Das Manifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918, das die Umgestaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie in einen föderativen Bundesstaat aussprach, also eigentlich die kühnsten Wünsche der verschiedenen slawischen Völker erfüllte, konnte sein Reich nicht mehr retten. Es kam zu spät

bei dem völligen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch dieser Tage. Ja, es wurde dadurch der Zerfall Österreichs noch beschleunigt. In Agram hatte sich schon am 5. Oktober ein südslawischer Zentral-Ausschuß gebildet, und am 18. Oktober wurde der Pariser tschechoslowakische Nationalrat als eine de facto kriegführende Nation anerkannt, mit dem Richteramt über das eigene Schicksal. Unmittelbar darauf erklärten Masaryk, Beneš und Štefanik im Namen des Pariser Nationalrates die Unabhängigkeit des Tschechoslowakischen Staates, und am 28. Oktober, als in Wien die „Deutsch-Österreichische Provinz Sudetenland" proklamiert wurde, sich also an Deutsch-Österreich anschloß, übernahm der „Národní výbor" [National-Ausschuß] in Prag die zivile und militärische Verwaltung Böhmens, Mährens und Schlesiens.

Über den Umsturz in Olmütz berichtet ausführlich Bruno Mauler in seinen Aufzeichnungen, auf die im Folgenden zurückgegriffen wird.

In Olmütz erschienen am 28. Oktober, für die deutsche Bevölkerung völlig unerwartet, an tschechischen Häusern die ersten weiß-rot-blauen Fahnen; entlassene russische Kriegsgefangene in Zivil und Leute aus den tschechischen stadtnahen Dörfern, vor allem aus Hodolein, durchzogen mit Gewehren und Knüppeln bewaffnet, lärmend die Straßen. Ein tschechischer und ein jüdischer Soldatenrat hatten sich bereits früher gebildet und einige Kasernen besetzt. Die deutschen Soldaten in den Kasernen und Lazaretten schlossen sich am 28. 10. auf Vorschlag des Leutnants Prager, eines Wieners, zu einem deutschen Soldatenrat zusammen, der sofort versuchte, die Verbindung mit der damals noch deutschen Stadtverwaltung aufzunehmen und den Schutz des Rathauses zu sichern. Wortführer dieses Soldatenrates war Hubert Oppitz, Mitglied der Deputation, neben ihm Eugen Kimmler, Raimund Olbrich, Slepitschka d. Ä., Bruno Mauler, Postranetzky und Julius Röder.

Am 29. Oktober wurde diese Abordnung um 9 Uhr von Bürgermeister Brandhuber, dem Vizebürgermeister Föhner und 4 Stadträten empfangen. Oppitz führte aus: „Die revolutionäre Zielsetzung der Tschechen kann vor einem Friedensvertrag von uns Deutschen nicht anerkannt werden. Die sudetendeutschen Parlamentarier haben sich alle zu Deutsch-Österreich bekannt. Olmütz, die Metropole Nordmährens, gehört als deutsche Stadt zu Deutsch-Österreich. In der Garnison sind derzeit etwa 4000 bewaffnete deutsche Soldaten und wir haben die Absicht, die öffentlichen Gebäude zu besetzen und den Schutz der deutschen Bevölkerung zu übernehmen. Zu Blutvergießen muß es nicht kommen, da die Tschechen keinerlei militärische Einheiten hier haben. Gegen tschechische Aggressionen aber würde man sich zur Wehr setzen. Das Rathaus wollen wir morgen, den 30. Oktober, besetzen und verlangen Räumlichkeiten für unsere ständige Wache und für den Soldatenrat."

Wie nicht anders zu erwarten, lehnten Brandhuber und Dr. Zebo zuerst in überheblicher Art ab, bis Oppitz erklärte, daß der deutsche Soldatenrat

also mit den Tschechen direkte Verhandlungen aufnehmen würde, da Brandhuber selbst der Situation nicht gewachsen sei. Da schlug der Bürgermeister für den nächsten Tag eine neuerliche Aussprache vor. Kurz darauf kam der Garnisonskommandant General Schreitter von Schwarzenfeld in das Rathaus. Nach einer halben Stunde fuhr er wieder ab und um 11 Uhr lief eine große Anzahl von Ordonnanzen durch die Stadt und hielt alle deutschen Offiziere an. „Auf Befehl des Herrn Generals haben alle deutschen Offiziere an einer Offiziersversammlung um 2 Uhr nachmittags im Stationskommando teilzunehmen."

„Gegen 12 Uhr brachten wir", berichtet Mauler, „durch Mittelsmänner in Erfahrung, daß eine Offizierspatrouille breitstehen würde, um die Mitglieder des Soldatenrates zu verhaften. Prager ordnete daher an, daß wir mit geladenen Pistolen erscheinen und uns gegen eine Festsetzung zur Wehr setzen müßten. Zur festgesetzten Zeit waren etwa 150 Offiziere versammelt ... Der General hielt es nicht für nötig, einige einleitende Worte zu sagen, sondern fing kurz angebunden an. ‚Ich höre, Sie haben einen Soldatenrat gegründet. Wer ist das?' — Unsere Hände schossen in die Höhe. Dann: ‚Der Vorsitzende trete vor!' — Todesstille herrschte, als Prager vortrat und seinen Namen nannte. Dabei unterließ er die Anrede ‚Exzellenz'. Prager wies auf die schon bestehenden tschechischen und jüdischen Soldatenräte hin, begründete den Bestand des deutschen Soldatenrates und richtete an Schreitter die Frage, ob er sich als Deutsch-Österreicher bekenne. Schreitter lehnte ab und bekannte sich als Österreicher. Darauf Prager: ‚Herr General, Sie sind als Garnisonskommandant für uns nicht tragbar. Die Befehlsgewalt geht mit sofortiger Wirkung auf den Soldatenrat über. Der Stationsoffizier Voigt bleibt in seinem Amt. Jede Einheit hat morgen Vormittag eine Schreibmaschine und 2 Ordonnanzen in das Rathaus zu stellen, das wir morgen besetzen. Garnisonsbefehle sind täglich um 2 Uhr abzuholen. Jede Einheit hat morgen, den 30., um 8 Uhr abends, eine Abordnung in die Turnhalle zu entsenden, wo der Treu-Eid auf Deutsch-Österreich geleistet wird.'

Und der große starke General nahm ohne Widerspruch diese Befehle zur Kenntnis und verließ den Versammlungssaal."

Am nächsten Vormittag besetzte der deutsche Soldatenrat das Rathaus und versuchte, wenn auch vergeblich, mit dem Wiener Kriegsministerium in telephonische Verbindung zu kommen. Am Abend war die Turnhalle gesteckt voll. Durch Wahlen wurde der Soldatenrat ergänzt. General Schreitter lehnte eine Teilnahme ab, „da er sich mit Unteroffizieren nicht an denselben Tisch setzen kann", und die Anwesenden leisteten den Treue-Eid auf Deutsch-Österreich, das von ihnen nichts wußte, noch in Zukunft wissen wollte.

Am 29. Oktober, eine Stunde nach der Vorsprache des deutschen Soldatenrates im Rathaus, stiegen unter Führung des Landtags-Abgeordneten Dr. Richard Fischer fünf Herren aus dem Národní dům ins Auto und fuhren

bei den verschiedenen staatlichen Behörden und Ämtern vor, verkündeten die tags zuvor in Prag erfolgte Errichtung des tschechoslowakischen Staates und zugleich dessen erstes Gesetz, wonach „sämtliche staatlichen, Landes- und Bezirks-Ämter sofort dem Národní výbor unterstellt werden und bis auf weiteres auf Grund der bestehenden Gesetze weiter amtieren." Um 11 Uhr kamen die Herren ins Rathaus und machten dem Bürgermeister Brandhuber in offizieller Form Mitteilung von der Errichtung des Staates, der Konstitution des Národní výbor in Prag und im Bezirk Olmütz und ersuchten ihn um Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Am Nachmittag des gleichen Tages, während das Stadtparlament im Sitzungssaal des Rathauses die Lage beriet, zogen die Tschechen in einem machtvollen Umzug durch die ganze Stadt. Gegen 17 Uhr kam Fischer zum Rathaus, wo von der Freitreppe befeuernde Reden an eine vieltausendköpfige Menge gehalten wurden.

Am 31. Oktober erfolgte unter Anführung der tschechischen Legionäre die gewaltsame Entfernung aller Reichsadler und aller deutschen Aufschriften, doch wurden gleichzeitig alle Kunstdenkmäler unter den Schutz des Výbor gestellt.

Währenddessen sandte der deutsche Soldatenrat die deutschen Soldaten in ihre Heimat, in die Alpenländer und nach Nordböhmen, im Einverständnis mit dem tschechischen Soldatenrat, und erreichte, daß durch die geschlossenen Transporte die Heimkehrer ohne Ausraubung oder Mißhandlung durch örtliche Soldatenräte ungefährdet heim kamen. Mit jedem Transport bewaffneter deutscher Männer aber wurde naturgemäß die Lage der Deutschen in Olmütz geschwächt. So war das Häuflein des Soldatenrates schließlich zusammengeschmolzen, bis nur noch Oberleutnant Franz Bernt, Oberleutnant Olbrich und Leutnant Mauler, die einzigen Olmützer im deutschen Soldatenrat, übrig geblieben waren.

Am 7. November leisteten die Richter des Kreisgerichtes den Eid auf die tschechoslowakische Republik, und am Nachmittag dieses Tages übernahm der Výbor die Handelskammer. Am 9. 11. kam das Gerücht von der Abdankung des Kaisers. Am 10. 11. wurde die örtliche Garnison auf dem Nereteiner Exerzierplatz neu vereidigt, und am gleichen Tag kamen Vertreter des Výbor mit dem Bürgermeister Brandhuber im Rathaus zusammen, um über Weisung der Prager Regierung „binnen drei Tagen die Neuordnung der Olmützer Gemeindeverwaltung zu veranlassen". Am 11. November traten die gewählten deutschen Gemeindevertreter zu ihrer letzten Sitzung im Rathaus zusammen. Auf Antrag von Dr. Krick wurde einstimmig beschlossen: „Indem wir die aus den Grundsätzen der Selbstbestimmung fließenden Rechte der Deutschen in Stadt und Land auch für uns in Anspruch nehmen, anerkennen wir den faktischen Bestand des tschechoslowakischen Staates. Die Forderung des Národní výbor, daß an Stelle der zurücktretenden deutschen Stadtvertreter ein aus 16 Tschechen und 8 Deutschen zusammengesetzter Verwaltungs-Ausschuß tritt, widerspricht dem

Grundsatz der Gleichberechtigung. Aber unter dem Zwang der Umstände und Interesse der Ruhe und Ordnung ... tritt mit heutigem Tag das Stadtverordneten-Kollegium zurück. Es empfiehlt von deutscher Seite für den Verwaltungs-Ausschuß die Herren Josef Föhner, Friedrich Galle, Julius Grün, Dr. Alfred Kraus, Dr. Josef Salinger, Domherr Dr. Josef Schinzel, Rudolf Tallaschek und Dr. Oswald Theimer. Schließlich gibt die Stadtvertretung im Vertrauen auf die vom Výbor zugesicherte gleichberechtigte Behandlung beider Nationen der Erwartung Ausdruck, daß die kulturellen Errungenschaften des bodenständigen Deutschtums auch in Hinkunft unangetastet bleiben" (KO 479ff.).

Am 17. November 1918 trat der „Obecní výbor" [die ernannte Stadtverwaltung] unter dem Vorsitz von Dr. Richard Fischer zu seiner ersten Sitzung im Rathaus zusammen. Er begrüßte ihn „das erstemal in tschechischer Sprache, welche bisher in den Räumen des altehrwürdigen Rathauses fremd und unwillkommen" war. Tschechisch wurde sofort als Amts- und Geschäftssprache festgelegt, für die deutschen Beamten und Angestellten der Stadt tschechische Sprachkurse eingeführt, mit einem Mal 83 Beschlüsse des früheren Stadtrates zur Sicherung des deutschen Besitzstandes aufgehoben. Schon am 18. November legten die 118 städtischen Beamten und Angestellten beider Nationen in die Hand des Regierungskommissars das Treue-Gelöbnis für die neue Republik ab (Fr 8).

Die Stadt aber hatte, trotz ihrer tschechischen Rathausmajorität, noch immer eine überwiegend deutsche Bevölkerung, die im Zeitalter der Demokratie nicht auf die Dauer von einer ernannten tschechischen Kommission regiert werden konnte. Zur Sicherung der unvermeidlichen Gemeindewahlen mußte also eine tschechische Majorität geschaffen werden. Durch Eingemeindung von 14 Dörfern, von denen nur 5 überwiegend deutsch waren, wurde am 1. Juli 1919 „Velká Olomouc" [Groß-Olmütz] gegen den Protest der Deutschen geschaffen, das nun eine tschechische Zweidrittel-Majorität hatte.

Zur Sicherung der tschechischen Zukunft der Stadt wandte die Verwaltungskommission und nach 1920 die gewählte Stadtvertretung die größte Aufmerksamkeit der Umgestaltung des Olmützer Schulwesens zu.

1918 hatte Olmütz folgende Schulen:

Volksschulen:	deutsche:	Stadt:	7 Schulen mit 35 Klassen
		Vororte:	7 Schulen mit 31 Klassen
	tschech.:	Stadt:	1 Schule mit 5 Klassen
		Vororte:	10 Schulen mit 19(?) Klassen
Bürgerschulen:	deutsche:	Stadt:	4 Schulen mit 16 Klassen
		Vororte:	— Schulen mit — Klassen
	tschech.:	Stadt:	1 Schule mit 3(?) Klassen
		Vororte:	— Schulen mit — Klassen

Höhere Schulen: deutsche:	k. k. Staatsgymnasium	8 Kl.
	k. k. Staatsrealschule	7 Kl.
	Handelsakademie	4 Kl.
	k. k. Lehrerbildungsanstalt	4 Kl.
	Städt. Lehrerinnenbildungsanstalt	2 Kl.
	Priv. Lehrerinnenbildungsanstalt (utraq.)	2 Kl.
	Handelsschule	2 Kl.
tschechische:	k. k. Staatsgymnasium	8(?) Kl.
	Priv. Handelsschule	6(?) Kl.
	Priv. Realschule	7 Kl.

Um 1930 sah die Verteilung der Schulen anders aus:

Volksschulen: deutsche:	Stadt:	3 Schulen mit 20 Klassen
	Vororte:	6 Schulen mit 19 Klassen
tschechische:		in Stadt und Vororten unbekannt
Bürgerschulen: deutsche:		3 Schulen mit 13 Klassen
tschechische:		unbekannt
Höhere Schulen: deutsche:	Realgymnasium	mit 8 Klassen
	Handelsakademie	mit 4 Klassen
	Handelsschule	mit 2 Klassen
	Lehrerbildungs-Anstalt	mit 4 Klassen
	Fachschule f. Frauenberufe	mit 3 Klassen
tschechische:	Gymnasium (Zahl d. Klassen unbekannt)	
	Realschule	
	2 Lehrerbildungsanstalten	
	Handelsakademie	
	2 Handelsschulen	
	Mädchen-Realgymnasium	
	Landwirtschaftl. Mittelschule	

Die Kosten für den Ausbau des tschechischen Schulwesens trug in der Hauptsache die Stadtgemeinde. Der Finanzreferent der Stadt, Direktor Vojnar, gab darüber im „České slovo" Rechenschaft: „Olmütz hat seinen nationalen Umsturz aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln und ohne Hilfe des Staates und des Landes durchgeführt. Bis zum 28. Oktober 1918 war Olmütz eine deutsche Stadt, seit jenem Tage ist es tschechisch. Rasch wurde in Olmütz das tschechische Schulwesen ausgebaut; der deutsche Administrations-Apparat wurde in einen tschechischen verwandelt und 14 Nachbargemeinden wurden mit der Stadt vereinigt ... Die Ausgestaltung des tschechischen Schulwesens kostete der Stadt 11,8 Millionen Kronen. Die Pensionierung der deutschen Rathausbeamten und die Einsetzung tsche-

chischer kostete 9 Millionen Kronen. Die aus nationalen Gründen notwendige Schaffung von Groß-Olmütz erforderte in 10 Jahren 22,5 Millionen Kronen, und zwar für die Erweiterung der Wasserleitung 3,5 Millionen, die Ausdehnung der Kanalisierung 10 Millionen und die Vermehrung des Polizei-Apparates 9 Millionen Kronen. Der Verlust an Kriegsanleihen machte 3,6 Millionen Kronen aus" (Steiger).

Die Olmützer Volks- und Bürgerschulen

In Olmütz entbrannte der Kampf um die erste tschechische Schule schon 1880. Bis zur Schulgesetznovelle vom 2. Mai 1883 gab es in Olmütz je eine deutsche Knaben- und Mädchen-Volks- und Bürgerschule mit geteilten Klassen, also jede der beiden Schulen mit 16 Klassen. Tschechische Volksschule gab es gar keine (trotz der 6123 Tschechen laut Volkszählung von 1880), außer der Privatschule der Matice školská, die 1872 mit einer Klasse (38 Schülern) gegründet und allein von der Olmützer Ortsgruppe der Matice erhalten worden war. 1878 errichtete sie ein eigenes Schulhaus auf der Pilten.

1872	war sie einklassig	mit	38 Schülern
1875	war sie zweiklassig	mit	78 Schülern
1878	war sie dreiklassig	mit	183 Schülern
1880	war sie vierklassig	mit	229 Schülern
1882	war sie fünfklassig	mit	367 Schülern

1883 kam es zur Teilung der beiden deutschen Volks- und Bürgerschulen in je 1 Volks- und Bürgerschule unter gemeinsamer Leitung und 1 selbständige Volksschule von 5 Klassen. Dazu traten später noch je eine Knaben- und Mädchen-Volksschule mit 5 Klassen (1.—5. Schuljahr) als Übungsschule für die staatliche Lehrerbildungs-Anstalt. Die Statistik dieser Schulen gibt leider keine Aufschlüsse über die nationale Zugehörigkeit der Kinder mit einziger Ausnahme der Knaben-Übungsschule, die, wie die Lehrerbildungs-Anstalt, staatlich war. Auch die Zahl der jüdischen Kinder läßt sich nur aus der Religionszugehörigkeit erschließen.

Einschließlich der höheren Schulen hatte Olmütz
1899: 2 847 Schüler an deutschen und 2 299 an tschechischen Schulen.
1910: 3 477 Schüler an deutschen und 2 429 an tschechischen Schulen.
Olmütz war also eine ausgesprochene Schulstadt.

Die Bewegung der Besucherzahlen an den Volks- und Bürgerschulen darf weitgehend als Barometer für das nationale Klima der Stadt angesehen werden. Die wichtigsten Zahlen seien darum im Auszug wiedergegeben (Stat Jb).

Deutsche Knaben-Volks- und Bürgerschule, seit 1909 im neuen Gebäude auf dem Juliusberg:

1877:	765 Schüler, davon	72 jüd. Konfession.	Tschechen unbekannt
1880:	809 Schüler, davon	112 jüd. Konfession.	Tschechen unbekannt
1890:	455 Schüler, davon	63 jüd. Konfession	(Ausbau der tschech.
1900:	443 Schüler, 10 evang.	66 jüd. Konfession	Schule!)
1910:	466 Schüler, 6 evang.	38 jüd. Konfession	

Eine Zwischenmeldung im Tagblatt von 1902: 457 Schüler, davon 402 deutsche (einschließlich der Juden), 54 Tschechen und 1 Italiener.

5-klassige Knaben-Volksschule (1.—5. Schuljahr):

1884:	319 Schüler, davon	49 jüd. Konfession,	Tschechen unbekannt
1890:	315 Schüler, davon	34 jüd. Konfession,	Tschechen unbekannt
1900:	297 Schüler, 4 evang.	30 jüd. Konfession	
1910:	302 Schüler, 13 evang.	43 jüd. Konfession	

5-klassige Übungsschule am Mauritzplatz, seit 1902 in der Josef-von-Engel-Straße:

1878: 131 Schüler = 107 deutsche + 24 tschech. (10 dt. Juden)
1880: 120 Schüler = 72 deutsche + 48 tschech. (7 dt. Juden)
1890: 123 Schüler = 54 deutsche + 69 tschech. (1 dt. Jude)
1900: 118 Schüler = 89 deutsche + 29 tschech. (7 dt. Juden)
1910: 78 Schüler = 77 deutsche + 1 tschech. (4 dt. Juden)

Mädchen-Volks- und Bürgerschule am Max-Josephs-Platz, seit 1909 in der Johannesgasse:

1877:	754 Schülerinnen, davon	117 jüd. Konf.	Tschechen unbekannt
1880:	759 Schülerinnen, davon	130 jüd. Konf.	Tschechen unbekannt
1890:	519 Schülerinnen, 16 evang.	106 jüd. Konf.	(tschech. Schule!!)
1900:	552 Schülerinnen, 15 evang.	91 jüd. Konf.	
1910:	493 Schülerinnen, 22 evang.	61 jüd. Konf.	

5-klassige Volksschule für Mädchen (1.—5. Schulj.), 1906 zusammengelegt mit der Bürgerschule im Elisabethinum (Übungsschule):

1884:	270 Schülerinnen, davon	37 jüd. Konf.	Tschechen unbekannt
1890:	273 Schülerinnen, davon	24 jüd. Konf.	
1906:	279 Schülerinnen, davon	32 jüd. Konf.	

Mädchen-Volks- und Bürgerschule im Elisabethinum (Übungsschule):

1907:	452 Schülerinnen, davon	64 jüd. Konf.	Tschechen unbekannt
1910:	406 Schülerinnen, davon	73 jüd. Konf.	

Dazu trat noch die Volks- und Bürgerschule der Ursulinen als Übungsschule für die erzbischöfliche Lehrerinnenbildungs-Anstalt, ursprünglich utraquistisch, 1880 aber bereits in 2 national getrennten Schulzügen geführt.

1877: 505 Schülerinnen, utraquistisch.
1880: 316 Schülerinnen, nur deutsche Schule, doch die Volkszugehörigkeit der Mädchen unbekannt. Weder jüdische noch evangelische Schülerinnen.
1890: 346 Schülerinnen
1900: 321 Schülerinnen
1910: 346 Schülerinnen

Der Kampf der Olmützer Tschechen um eine eigene öffentliche Volksschule, etwa seit 1870 geführt, wurde durch die Privatgründung von 1872 natürlich nicht beendigt. Durch die Schulgesetznovelle von 1883 wurde er sogar wieder akut. Der Landtags-Abgeordnete Dr. Žáček führte ihn mit dem größten Nachdruck und erreichte auch, daß der mährische Landesschulrat der Stadt Olmütz den Auftrag zur Errichtung einer öffentlichen tschechischen Volksschule gab (MT 24. 10. 83). Über die vorhergehende Vorsprache der tschechischen Delegation beim damaligen Bürgermeister Joseph v. Engel berichtet Dr. Kux ausführlich: Bezeichnend für die Verhärtung der nationalen Fronten war die Antwort, die der Bürgermeister der tschechischen Deputation gab: „Meine Herren! Sie sind bei ihrem Werk erfüllt von nationalem Bewußtsein, diesem weltbewegenden Agens der Gegenwart, und setzen einen Funken davon gewiß auch in meiner Brust voraus. Ich darf demnach wohl offen sprechen. Ich bin das verantwortliche Oberhaupt der Gemeindevertretung nach oben wie nach unten, bin aber an deren Beschlüsse gebunden. Die Gemeindevertretung nimmt hierin einen ablehnenden Standpunkt ein und ich muß ihn darum vertreten. Der Standpunkt beruht auf folgendem Gedankengang: Wenn heute z. B. unter Berufung auf die Gleichberechtigung einige deutsche Beamten- und Arbeiterfamilien für ihre Kinder in Čáslau eine deutsche Gemeindeschule verlangen wollten, so würden dies die dortigen Stadtväter direkt abweisen oder vielleicht bestenfalls abwehren: Errichtet und erhaltet sie euch selbst. Wenn sie aber im ersten Jahresbericht der neuen Schule lesen würden: ‚Das ist nur der Anfang der Germanisierung von Čáslau', dann würden die dortigen Stadtväter sagen: ‚Packt euch zusammen und schert euch hinweg!' Das tun wir, meine Herren, nicht. Aber wir sollen unser Gemeinwesen, in dessen Vertretung sich mit Ausnahme des am 24. April 1884 resignierten Stadtverordneten František Stejskal noch kein einziger ihrer Parteigenossen befunden hat, auch in Hinkunft deutsch erhalten und erachten dies für unsere oberste Pflicht. Als nationale Männer wissen Sie diesen Standpunkt gewiß zu würdigen. Sie berufen sich auf Ihr ‚historisches Staatsrecht', der einstigen ständischen Verfassung. Wir berufen uns auf unser historisches deutsches Stadtrecht, das 1351 landesfürstlich verliehen und von allen böhmischen Königen wortwörtlich bestätigt, wenn auch zeitgemäß mannigfach verändert, bis zur Stunde fortlebt in unserem angestammten Heimatgefühl. Und dann: Alles in unserer Stadt ist ein Werk deutscher Kultur. Wir sind hier zu

Hause und wollen uns den inneren Frieden durch äußere Elemente nicht stören lassen. Unsere Söhne ziehen zumeist hinaus in staatliche Dienste, unsere Töchter sind mit Ober- und Unteroffizieren oder Staatsbeamten verheiratet, so daß wir mit dem gesamten österreichischen Kaiserstaat förmlich verschwistert und verschwägert sind und so fühlen wir uns als Mitglieder des ganzen deutschen Staatsvolkes in Österreich von Bodenbach bis Baziaz. Wir sind überzeugt, daß der große Kampf zwischen den beiden Nationen nicht auf lokalem Boden ausgekämpft werden kann und daß die berufenen Vertreter der großen Völker allein ein friedliches Nebeneinanderleben herzustellen berufen erscheinen. Solange aber dieser Burgfriede nicht erreicht ist, müssen wir uns gegen die Eroberungspolitik wehren. Druck erzeugt Gegendruck, Angriff Notwehr. Und damit: Gott befohlen!"

Den Auftrag des mährischen Landesschulrates zur Errichtung einer tschechischen Volksschule durch die Stadtgemeinde beantwortete diese wohl durch einen Rekurs, wurde aber abgewiesen. Mit Beginn des Schuljahres 1884/5 eröffnete die Stadt also eine zweiklassige tschechische Volksschule und wies ihr die Räume der aufgelassenen Volksküche im Burggrafen-Gebäude zu, finstere und feuchte Räume in einer engen Altstadtgasse. Diese Gründung hatte die sukzessive Auflassung der tschechischen Privatschule zur Folge, denn die Tschechen erkämpften sich mindestens in jedem 2. Jahr eine neue Klasse zu ihrer öffentlichen Volksschule. 1886 gab es bei dem Kampf um die 4. Klasse eine Ablehnung durch den noch gemischt-nationalen Bezirksschulrat. Die gesamte Presse beider Nationen nahm an diesem Kampf teil. Die deutsch geschriebene „Olmützer Zeitung": „Nachdem tatsächlich 4 Klassen mit mehr als hinlänglicher Schülerzahl bestehen, wäre es ein Unsinn, in der kgl. Hauptstadt Olmütz eine dreiklassige Volksschule bestehen zu lassen. Olmütz ist doch kein Dorf, und wenn auch die ehrenwerten Stadtväter sich alle Mühe geben, den Stand der böhmischen Volksschule auf alle mögliche Weise zu untergraben, so wird, wie wir hoffen, doch der mährische Landesschulrat dieser Schule den gesetzlichen Schutz angedeihen lassen." Dazu weiß das Tagblatt nichts anderes zu bemerken als: „Gut gebrüllt, tschechischer Löwe!" (MT 29. 11. 86).

Die 4. Klasse mußte von der Stadt errichtet werden, doch der Kampf ging nun um die einzelnen Schulkinder weiter, um die Schülerzahl möglichst niedrig zu halten. „Man sollte wenigstens jenen Tschechen ein Augenmerk zuwenden, welche in Gemeinde-Diensten stehen. In Königinhof oder einer anderen tschechischen Stadt, deren Gemeindevertretung slawisch ist, sollte es ein Deutscher, der vielleicht in Gemeindediensten steht, wagen, seine Kinder in eine Schule zu senden, welche der Stadtgemeinde aufoctroyiert worden ist! Bei uns geniert sich so ein edler Tscheche nicht, seine Kinder in die slawische Schule einschreiben zu lassen und so die Schülerzahl an jener Schule, welche die Gemeinde mit großen Opfern erhalten muß, noch zu vermehren. Es ist eigentlich ganz unbegreiflich, daß man solche Wenzelssöhne zwingt, deutsches Brot zu essen . . ." (MT 29. 9. 87).

Dabei häufen sich die tschechischen Klagen über die schlechte Unterbringung der neuen Schule, wie über Lehrermangel und die viel zu starken Klassen. Die Stadt suchte die Schülerzahl vor allem dadurch zu reduzieren, daß sie jedes einzelne Kind nachprüfte und unnachsichtlich alle auswärtigen Kinder aus der Liste strich. Wogegen die Národní jednota um jedes der von der Stadt ausgeschulten Kinder einen Rekurs an den Landesschulrat einreichte (MT 27. 10. 87).

Dasselbe Spiel wiederholte sich bis 1907, als die Lex Perek in Geltung trat, durch die jedem Kind Schulunterricht in der eigenen Sprache gewährleistet wurde.

Um ihre Klassen auch wirklich genügend füllen zu können, suchten die Führer der Jednota tschechische Eltern davon abzuhalten, ihre Kinder in deutsche Schulen einschreiben zu lassen. Die Tagblattmeldung von den Schuleinschreibungen 1887 könnte alljährlich wiederholt werden, bis 1907, denn das Schauspiel war immer das gleiche (MT 14. 9. 87 und 13. 9. 05): Auf dem Max-Josephs-Platz (Zugang zur tschechischen Schule in der Burggrafengasse und zur deutschen Mädchenschule am Platz selbst) fing ein tschechisches Agitationskomitee die tschechischen Eltern auf, die ihre Kinder in die deutsche Schule einschreiben wollten. Zu ihrem Schutz hatte die Stadt zwei Polizisten abgeordnet. Die Polizei verhaftete die Agitatoren. Die Tschechenführer sandten daraufhin Telegramme mit Beschwerden an die Statthalterei, daß die Stadt die Einschreibungen in die tschechische Schule zu verhindern suche (MT 18. 9. 87). Die tschechische Geistlichkeit unterstützte die Tschechen, besonders der Domvikar P. Geissler. Das Tagblatt brachte einen offenen Brief an den Erzbischof, P. Geissler zur Ordnung, d. h. zur Neutralität, zu rufen. P. Geissler verwahrte sich gegen den Vorwurf (MT 14. 9. 87). Ein gutes Viertel der Einschreibungen in die tschechische Schule waren auswärtige Kinder mit fingierten Wohnungsangaben (bei Verwandten in der Stadt). Sie wurden von der Stadt wieder ausgeschult. Auf tschechische Proteste wurden endlich für diese Schule 198 Kinder anerkannt. In den deutschen Schulen waren im gleichen Jahr 733 + 164 Schüler der Knaben-Volks- und Bürgerschulen und 751 + 248 Schülerinnen der Mädchen-Volks- und Bürgerschulen eingeschrieben (Stat Jb).

Als Folge der strengen Maßnahmen der Stadt gegen die auswärtigen Kinder verlangten die Tschechen nun einen national getrennten Bezirks-Schulrat, um den sie freilich ein Jahrzehnt lang kämpfen mußten. Bis dahin blieben auch die tschechischen Schulen dem gemeinsamen, in Olmütz also deutschen Bezirksschulrat unterstellt.

Dennoch stieg ihre Schülerzahl an, so daß 1905 mindestens für die 2. Klasse eine Parallelklasse nötig wurde. Abg. Hruban kämpfte im Landtag darum, als alle Versuche, diese Klasse in Olmütz (Stadt- oder Bezirksschulrat) zu erreichen, fehl geschlagen waren. (MT 18. 10. 05). Kurz vorher ging auch der Kampf um die Errichtung einer tschechischen Schule im Beamtenviertel, die 1903 zweiklassig errichtet wurde.

Neben diesem Schulkampf entwickelte sich um die Jahrhundertwende auch ein wirtschaftlicher Kampf. Von deutscher Seite wurde ein Verzeichnis der Tschechen angelegt, die einen deutschen Arbeitsplatz hatten, ihre Kinder aber dennoch in die tschechische Schule schickten. Die deutschen Arbeitgeber erhielten daraufhin den Auftrag, sie zu entlassen und durch Deutsche zu ersetzen (MT 13. 9. 95). Dazu nahm natürlich der Pozor empört, das Tagblatt zustimmend, Stellung.

Statistik der tschechischen öffentlichen Schule:

1884: Zweiklassig 60 Schüler, nur Tschechen (keine Juden)
1886: Vierklassig 248 Schüler, nur Tschechen (keine Juden)
1890: Vierklassig 257 Schüler, nur Tschechen (keine Juden)
1900: Vierklassig 309 Schüler, nur Tschechen (4 evang., keine Juden)
1910: (?) 595(!) Schüler, nur Tschechen (3 evang., 1 Jude)

Die vierklassige tschechische Schule, die bisher ihre Kinder am deutschen Schulgottesdienst in der Michaelskirche teilnehmen ließ, bemühte sich nun, für ihre (1887) rund 250 Kinder einen eigenen Schulgottesdienst einzurichten, doch erhielt sie nur den Hinweis, sich in einer anderen Kirche um einen tschechischen Gottesdienst umzusehen (MT 23. 9. 87). Erst nach 1909, nach der Übersiedlung der deutschen Mädchenschule vom Max-Josephs-Platz in die Johannesgasse, wurde bei St. Michael ein tschechischer Schulgottesdienst eingeführt.

Für 1895 bringt das Statistische Jahrbuch das städtische Schulbudget:

k. k. Oberrealschule	3 025 fl.
Volks- und Bürgerschule für Knaben	3 880 fl.
Volks- und Bürgerschule für Mädchen	4 140 fl.
Volksschule f. Knaben	2 870 fl.
Volksschule f. Mädchen	2 820 fl.
tschechische Volksschule	2 040 fl.
Industrialunterricht	600 fl.
Religionsunterricht	257 fl.
französ. Sprachunterricht	250 fl.
Beitrag an die k. k. Bezirksschulkasse	30 927 fl.
Gewerbl. Fortbildungsschule	2 700 fl.
Städt. Kindergarten (Böhmengasse)	1 400 fl.
Subventionen	2 800 fl.
Erhaltung der Schulgebäude	2 075 fl.
Andere Auslagen	435 fl.
zusammen:	60 529 fl. (sic!)

Setzt man diesen Aufwand in ein Verhältnis zum Bevölkerungsschlüssel, (2:1), so müßten den Tschechen statt der aufgewandten 2 040 fl. rund 20 000 fl., den Deutschen statt der aufgewandten 58 000 fl. nur 40 000 fl. zustehen. Bemerkt muß dazu noch werden, daß an den deutschen Schulen als

Nebenfach wohl Unterricht in Französisch, nicht aber in Tschechisch erteilt wurde.

Diese stiefmütterliche Behandlung des tschechischen Schulwesens dürfte wohl die Hauptsache für die großzügige Stiftung des Grafen Pötting gewesen sein, der um diese Zeit einen ganzen Block von tschechischen Mädchenschulen errichtet hat, obwohl er selbst deutscher Aristokrat und Domherr war und überhaupt nicht tschechisch konnte. Die Stiftungsurkunde stammt von 1893. 1895 war der Bau unter Dach, doch der Ruf der deutschen Blätter nach einem Mäzen, der etwas Ähnliches für die Deutschen tun würde, verhallte ungehört (MT 4. 9. 95). Emanuel Graf Pötting-Persing, der „edelsinnige Kanonikus und Prälat des Olmützer Domkapitels", wie ihn Richard Fischer (Fr 62) nennt, hatte für die tschechische Mädchenbildung in nichtklösterlicher Richtung zunächst 40 000 Gulden, dann 70 000 Gulden und endlich bei der Schlußabrechnung noch einmal 47 000 Gulden gestiftet. Der Verein „Ústav hraběte Pöttinga" übernahm die Durchführung der Gründung, den Bau des Gebäudes und überwachte als Kuratorium auch später diesen ganzen Block von Schulen.

Zur Eröffnung sollte ein großes Volksfest stattfinden, an dem sich alle tschechischen Vereine der Umgebung beteiligen wollten. Die Bauern wurden aufgefordert, für das Fest Mehl, Eier, Butter u. a. Lebensmittel zu spenden. Nur die Sokoli hatten zunächst ihre Teilnahme verweigert, machten aber dann dennoch mit. Die Stadtverwaltung aber hatte alle Umzüge und Festlichkeiten zur Eröffnung des Pöttingeums untersagt (MT 14. 9. 95). Der Rekurs der Tschechen an die Statthalterei erreichte wenigstens die Genehmigung eines Teiles des Programms und die Zulassung von 14 Vereinen an Stelle der 45 angemeldeten beim Umzug. Am Vormittag des 18. September zogen alle tschechischen Vereine und die übrige Bevölkerung zur Residenz des Grafen Pötting. Mehrere Musikkapellen holten ihn ab. In seiner Kutsche fuhr er, gefolgt und geleitet von den Sokoli in Uniform, zum Pöttingeum, zur Schlußsteinlegung und Einweihung. Die geplante Serenade am Abend vorher und ein Festzug durch die Stadt waren nicht gestattet worden (MT 16. 9. 95)

Der „Ústav hraběte Pöttinga" [Anstalt des Grafen Pötting] bestand aus einer Mädchen-Bürgerschule, einer zweiklassigen Handelsschule, die bald mehrere Parallelklassen hatte, einer Fachschule für Frauenberufe, einer Koch- und Haushaltungsschule, Sprach- und Musikkursen usw. Das Statistische Jahrbuch weist leider nur die Gesamtschülerzahlen aus, ohne sie auf die einzelnen Schulen und Kurse aufzugliedern.

1895: 153 Schülerinnen = 137 tschech. + 16 deutsche
1897: 233 Schülerinnen = 227 tschech. + 6 deutsche
1900: 384 Schülerinnen = 372 tschech. + 12 deutsche
1910: 481 Schülerinnen = 466 tschech. + 15 deutsche

Den tschechischen Mädchen von Olmütz standen außerdem noch zwei Klosterschulen zur Verfügung: 1. Das Kloster der Dominikanerinnen in

Hreptschein hatte neben Koch- und Haushaltungsschulen, Sprach- und Musikkursen, noch eine tschechische Lehrerinnenbildungs-Anstalt, wenn auch ohne Öffentlichkeitsrecht. Die Matura mußten die Mädchen in Prag ablegen.

Und 2. die Schulen der Ursulinerinnen in Olmütz. Ihre tschechische Mädchen-Bürgerschule war dreiklassig.
1895: 49 Schülerinnen; 1900: 102 Schülerinnen; 1910: 98 Schülerinnen.

Die Daten der tschechischen Ursuliner-Volksschule, ebenfalls seit 1895 (bis dahin war die Schule utraquistisch), waren leider nicht erreichbar. Es waren aber nur kleine Klassen (zu rund 20 Kindern), die zugleich als Übungsschule für die Lehrerinnenbildungsanstalt dienten.

Doch der wichtigste, wenn auch statistisch nicht erfaßbare Umstand, ist die Tschechisierung der deutschen Schulen von innen heraus: durch ihre Lehrer und Professoren, vor allem seit der Gründung der tschechischen Prager Universität 1882. Ende dieses Jahrzehnts war bereits ganz Mähren mit jungen, gebildeten und gut geschulten Tschechen reichlich versorgt. „Ende der achtziger Jahre waren die Mehrzahl der hiesigen Beamten, Notare, Advokaten, die Hälfte der Ärzte Tschechen. Die Professoren der Theologie waren alle Tschechen, die der deutschen Mittelschulen zu einem Drittel, die drei Hauptlehrer der staatlichen Lehrerbildungs-Anstalt und Übungsschulen waren Tschechen. Die Olmützer Weltpriester waren bis auf zwei Domvikare und die Domherren bis auf 4 gleichfalls Tschechen. Doch ist es bei diesen Vieren noch fraglich, ob sie sich im Notfall als Deutsche bekannt hätten" (KO 376). Die Rolle, welche diese tschechischen Professoren an den deutschen Schulen gespielt haben, war für das Nationalbewußtsein ihrer Schüler entscheidend: die einen, oppositionellen, betonten mit Kornblumen im Knopfloch oder mit Eichenblättern ihr Deutschtum und wanderten, im Bewußtsein eine Heldentat vollbracht zu haben, dafür in den Karzer, andere schlitterten in nationale Gleichgültigkeit hinein, um nicht anzustoßen.

Aus der nationalen Situation in Olmütz zu Ende des 19. Jahrhunderts ist es auch zu verstehen, daß die Stadtgemeinde nur für die deutschen Kinder ein Ferienheim errichtete. Schon 1888 wurden jeden Sommer 34—40 Kinder in eine „Ferienkolonie" aufs Land gebracht, doch erst 1904 gab ihr der Fachlehrer Gall als Leiter der Kolonie in Passek bei Sternberg ein festes Gefüge (KO 422). In zwei Gruppen zu je 40 Kindern für jeweils 4 Wochen ermöglichte er den erholungsbedürftigen Stadtkindern unvergeßliche Tage. 1906 baute die Stadt endlich in Domstadl ein Ferienheim, das auch modernen Ansprüchen gerecht wurde. Zweimal 54 Kinder fanden hier jeweils 4 Wochen Erholung, nach der Umgestaltung und Erweiterung des Ferienheims von 1910 sogar zweimal 89 Kinder.

Daß die Stadt bis zum Umbruch von 1918 nur deutsche und keine tschechischen Kindergärten unterhielt, lag im Rahmen ihrer nationalen Politik. Und auch für die deutschen Kinder gab es jahrzehntelang nur den einzigen Kindergarten in der Bäckergasse, zu dem 1895, als Stiftung des Wiener Gisela-Vereins, später von der Stadt übernommen, ein zweiter auf dem

Blasiusplatz trat. In der Statistik von 1895 erscheint auch eine „Kinderbewahr-Anstalt", wohl die auf den Schanzen in der Böhmengasse, die später in einen Kindergarten umgewandelt wurde. Die Aufwendungen für diese Kindergärten hielten sich in mehr als bescheidenen Grenzen:

1895: 2 Kindergärten + 1 Tagesheimstätte 230 Kronen
1904: 4 Kindergärten + 1 Tagesheimstätte 310 Kronen
1910: 6 Kindergärten 250 Kronen

In diesen Zahlen dürfte aber der Personal-Aufwand wohl nicht enthalten sein.

Auch um die Kindergarten-Kinder entbrannte ein nationaler Kampf. Der einzige deutsche Kindergarten (1887) war natürlich viel zu klein für mehr als 12 000 Deutsche, so daß wegen Raummangels selbst deutsche Kinder abgewiesen werden mußten. Die Matice školská aber, die einen tschechischen Kindergarten in wesentlich großzügigerer Art gegründet hatte, nahm in ihren Kindergarten alle, auch deutsche Kinder auf, was wiederum einen Sturm der Entrüstung in der deutschen Presse erzeugte (MT 23. 9. 87).

An die deutsche Knaben-Bürgerschule angeschlossen erscheint schon 1876 die Gewerbliche Fortbildungsschule. Auf Grund des Gewerbegesetzes gegründet, nahm sie keine Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit der Lehrlinge und verpflichtete alle, deutsche wie tschechische, zum Besuch dieser Schule an einem Tag der Woche. Der Unterricht aber fand nur in deutscher Sprache statt, was bald zu Klagen über den schlechten Fortgang der tschechischen Dorfbuben, die als Lehrlinge in die Stadt gekommen waren, führte, die eben die Unterrichtssprache zum Teil nur sehr dürftig beherrschten. Daß aber auch sie hier gut deutsch lernten und später im Berufsleben den nur deutsch sprechenden Handwerkern zu einer gefährlichen Konkurrenz heranwuchsen, das hat freilich keine einzige der sonst so aufmerksamen deutschen Zeitungen bemerkt.

1876:	119 Schüler	=	50 deutsche	+	69 tschechische	
1880:	160 Schüler	=	96 deutsche	+	64 tschechische	
1890:	334 Schüler	=	173 deutsche	+	161 tschechische	
1900:	391 Schüler	=	218 deutsche	+	173 tschechische	
1904:	402 Schüler	=	242 deutsche	+	160 tschechische	(Errichtung einer
1906:	278 Schüler	=	197 deutsche	+	81 tschechische	tschech. Schule)
1910:	276 Schüler	=	222 deutsche	+	54 tschechische	

Die Kaufmännische Fortbildungsschule wurde von der Handelskammer eingerichtet und im Rahmen ihrer Handelslehranstalten geführt.

Die Gymnasien

Ebenso wie die deutschen Gymnasien in Kremsier und in Ung. Hradisch ist auch das Olmützer aus einer geistlichen Lehranstalt hervorgewachsen. Dort waren die Piaristen, hier die Jesuiten die Träger der Vorbereitungs-

schule für die Universität. Von 1776 bis 1806 stand sie in engem Zusammenhang mit der Universität, nicht nur in Leitung und Lehrplan, sondern auch durch ihre Lehrer und durch die Unterbringung im selben Gebäude. Mit der Verstaatlichung der Universität wurde auch das Gymnasium verstaatlicht.

Der Unterricht des „k. k. akademischen Gymnasiums" fand 1851 noch im Universitätsgebäude statt; doch stürzte am 2. Tage nach Schulbeginn die Decke des Lehrmittelzimmers ein, so daß die Schule für einen Monat geschlossen werden mußte, damit das Gebäude baulich erneuert werden konnte. Die beiden obersten Klassen wurden bei dieser Gelegenheit in das Burggrafengebäude verlegt. Der Schulgottesdienst an den Sonntagen, im Sommer auch an den Wochentagen vor Beginn des Unterrichts, fand für das Untergymnasium bei Maria Schnee, fürs Obergymnasium bei St. Michael statt. Doch schon im nächsten Jahr wurde das ganze Obergymnasium in die Burggrafengasse verlegt und der gesamte Gottesdienst nach St. Michael. Nur die Exhorte blieb für Unter- und Obergymnasium getrennt (vor und nach dem Gottesdienst) (Programm 52).

Das Programm des nächsten Jahres berichtet ausführlich über den Unterricht des Tschechischen: Die Schüler wurden nicht geschlossen nach Jahrgängen, sondern „nach Fertigkeit im Gebrauch der slawischen Sprache" in Gruppen zusammengefaßt. Praktisch scheint das so geschehen zu sein, daß die Parallelklassen die Schüler beider Nationen auseinander hielten, doch war der gesamte Unterricht in deutscher Sprache. Interessant sind auch die Berufswünsche der 446 Schüler des Jahres 1853: 223 wollen Theologie studieren, 99 Jus, 32 Medizin, 24 Technik, 7 Bergbau, 30 wollen Beamte werden, 17 Soldaten und 12 Gewerbetreibende.

Das nächste Jahr brachte einen Wechsel in der Leitung, doch scheinen Mitte des Jahrhunderts alle Gymnasial-Direktoren gebürtige Tschechen gewesen zu sein: Franz Wassura aus Choltitz in Böhmen, Karl Wibiral bis 1863, Johann Sobota aus Pest. Direktor Sobota scheint als erster 1863 die Trennung der deutschen und tschechischen Schüler in Parallel-Klassen konsequent durchgeführt zu haben, obgleich der Unterricht auch in den B-Klassen (tschechische Schüler) in deutscher Sprache erteilt wurde. Doch wurden hier die griechischen und lateinischen Texte nicht nur ins Deutsche, sondern auch ins Tschechische übersetzt. Die Berufswahl der Abiturienten hat sich gegen 1853 wesentlich verschoben: Von den 18 Abiturienten wollen 6 Jus studieren, 4 Theologie, 4 Philosophie, 3 Medizin, 1 Nationalökonomie. Die Schule hatte 630 Schüler, davon 374 Tschechen und 15 deutsche Juden.

Das Programm des Jahres 1865 weist 795 Schüler aus, davon 411 Tschechen und 39 deutsche Juden. „Die böhmische Unterrichtssprache wurde nach höherer Anordnung für das Böhmische, dann für das Lateinische und unter gleichzeitiger Anwendung der deutschen Unterrichtssprache bei den Übersetzungs-Übungen, endlich in der Geographie unter gleichzeitiger Anwendung der deutschen Sprache für die geographischen Namen gebraucht", in

den B-Klassen (Parallelklassen) der 1. und 2. Klasse. In der 3. Klasse: „Die böhmische Sprache wurde nach höherer Anordnung für das Böhmische, dann neben der deutschen Unterrichtssprache nach Bedürfnis bei den lateinischen und griechischen Übersetzungs-Übungen und in der Geschichte gebraucht." In der 4. Klasse wurde auch Geschichte deutsch unterrichtet, ebenso im Obergymnasium, das von der 6. Klasse an mit einfachen Klassen, ohne den tschechischen B-Zug, auskam.

Das Jahr 1867 trennte endlich von dieser Monster-Schule ein tschechisches Untergymnasium als selbständige Schule ab. Dennoch blieben 500 Schüler zurück, von denen 313 deutsche (einschließlich 49 jüdische) und 187 tschechische Schüler waren. Erst 1872 wurde das tschechische Gymnasium zum Obergymnasium erweitert, doch blieb ein kleiner Rest tschechischer Schüler bei der deutschen Anstalt. So hatte z. B. 1872 die Schule von 233 Schülern 37 Tschechen und 35 Juden, die aber als Deutsche galten. Diese Verhältniszahlen erhielten sich im wesentlichen bis zur Jahrhundertwende. Dann sanken die Zahlen der Tschechen freilich rapid ab: 1910 waren unter 266 Schülern nur 7 Tschechen und 51 deutsche Juden.

1814: 538 Schüler, national nicht bekannt.
1851: 463 Schüler = 242 tschech. + 144 deutsche + 77 utraquist.
1853: 446 Schüler = 198 tschech. + 223 deutsche + 25 jüdische
1860: 478 Schüler = 254 tschech. + 224 deutsche einschließlich 11 jüd.
1865: 795 Schüler = 411 tschech. + 384 deutsche einschließlich 39 jüd.
1868: 500 Schüler = 187 tschech. + 313 deutsche einschließlich 49 jüd.
1872: 233 Schüler = 37 tschech. + 196 deutsche einschließlich 35 jüd.
1876: 297 Schüler = 53 tschech. + 244 deutsche einschließlich 54 jüd.
1880: 408 Schüler = 70 tschech. + 338 deutsche einschließlich 80 jüd.
1890: 354 Schüler = 25 tschech. + 329 deutsche einschließlich 90 jüd.
1900: 289 Schüler = 21 tschech. + 268 deutsche einschließlich 48 jüd.
1910: 266 Schüler = 7 tschech. + 259 deutsche einschließlich 51 jüd.

1887 wurde zur Unterstützung bedürftiger, doch würdiger Schüler der „Verein Schülerlade" gegründet (MT 27. 3. 87).

Das Jahr 1888 zog das altehrwürdige Gymnasium in einen lächerlichen nationalen Tagesstreit: Da „deutsch" in der tschechischen und zum Teil auch österreichischen Ideologie dieser Jahre so viel wie „preußisch" oder „alldeutsch" galt, erschien nun der Titel (seit 1852) „k. k. deutsches Staats-Obergymnasium" nicht mehr tragbar, obwohl das tschechische Gymnasium analog „Slovenský c. k. státní gymnasium" hieß. Es erhielt nun den Titel „k. k. Staatsgymnasium mit deutscher Unterrichtssprache" (MT 13. 1. 88).

Die Unterbringung der Schule im Universitäts- und Burggrafengebäude aber wurde immer untragbarer. Am 5. August 1899 meldete das Tagblatt, daß für den Neubau eines Gymnasiums in der Josef-v.-Engel-Straße der Grund ausgehoben wird, und am 2. Jänner 1902 konnte das Gymnasium zugleich mit der staatlichen Lehrerbildungs-Anstalt unter seinem Direktor Seyss-Inquart in das neue Gebäude übersiedeln.

Ebenso wie in Brünn wurde 1867 auch in Olmütz für die vielen tschechischen Gymnasiasten zunächst ein selbständiges „k. k. Untergymnasium" mit 4 Klassen gegründet. Untergebracht wurde es in einem Privatgebäude der Burggrafengasse neben dem Burggrafengebäude, recht unzulänglich übrigens. Die tschechischen Obergymnasiasten mußten aber nach wie vor das deutsche Obergymnasium besuchen. Als 1872 das tschechische Gymnasium endlich auch die Oberklassen dazu erhielt, stieg die Raumnot unerträglich an. Dennoch wurde schon 1877 eine Reihe von Parallelklassen notwendig, da den Tschechen in Mittelmähren überhaupt keine andere höhere Schule zur Verfügung stand. Es ging also die ganze Intelligenz aus den Hanna-Dörfern hier ins Gymnasium, was in der Folge einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Tschechisierung der Beamtenstellen und damit der Sprachinsel-Städte haben sollte. Ihre weitere Schulung erhielten diese Jahrgänge seit 1882 auf der Prager tschechischen Universität, und seit 1900 finden wir in ganz Mähren diese ehemaligen Olmützer Gymnasiasten, die dank ihres utraquistischen Bildungsganges beide Sprachen fließend beherrschten, infolge des äußeren Druckes, unter dem sie ihre Bildung erwerben mußten, stark nationalbewußt waren und daher für ihr Volk überall arbeiteten.

Das Jahr 1883 brachte dem slawischen Staatsgymnasium endlich den Neubau in der Uferstraße, leicht erreichbar für die Fahrschüler dank seiner Bahnhofsnähe (KO 356 f.).

1867 gegründet, 4 Klassen, 235 Schüler
1872: dazu das Obergymnasium. 8 Klassen, 512 Schüler
1877: 706 Schüler, davon 0 Deutsche, 0 Juden
1880: 677 Schüler, davon 2 Deutsche, 0 Juden
1890: 488 Schüler, davon 1 Deutscher, 0 Juden
1900: 605 Schüler, davon 2 Deutsche, 3 Juden
1910: 355 Schüler, davon 0 Deutsche, 0 Juden

Die Realschulen

Wesentlich jünger als die Gymnasien waren die beiden Realschulen. 1852 erwirkte die Stadt die kaiserliche Bewilligung zur Errichtung einer deutschen Realschule, für welche die Stadt die Beistellung der Räume und Lehrmittel, der Staat die Organisation und die Lehrer übernahm. Diese k. k. Staats-Oberrealschule begann im Burggrafengebäude im Herbst 1854 den Unterricht, doch die Unterbringung dort erwies sich bald als gänzlich unzureichend. Die Raumnot der Volks- und Bürgerschulen dieser Zeit, die zum Teil sogar in Privatgebäuden auf dem Niederring untergebracht werden mußten, drängte endlich zu einem großen Bauprojekt, dem Neubau auf dem Mauritzplatz (KO 325).

An seiner Stelle stand im 16. Jahrhundert ein städtisches Weinhaus, um 1758 eine Kaserne (KO 404). 1873 kam es zum Neubau, der außer der Real-

schule noch die gewerbliche Fortbildungsschule, das Gewerbemuseum und eine Knaben-Volks- und Bürgerschule aufnehmen sollte. Am 20. Juli 1875 wurde das Gebäude feierlich eingeweiht. In die frei gewordenen Räume des Burggrafen-Gebäudes kamen nun die 5 Klassen der Mädchen-Volksschule, die bisher am Niederring verstreut untergebracht waren, zu ebener Erde die städtische Pfandleihanstalt und die städtische Volksküche (die vor allem von den tschechischen Gymnasiasten besucht wurde, die in Olmütz über Mittag bleiben mußten, aber bei ihren Eltern in den Dörfern wohnten). Der Neubau hatte 400 000 Gulden gekostet, eine sehr ansehnliche Summe; doch klagte das Tagblatt über die Teilnahmslosigkeit der deutschen Öffentlichkeit, des „kleinen Mannes", diesem Ereignis gegenüber, die in krassestem Gegensatz zur Eröffnung des tschechischen Pöttingeums 20 Jahre später steht. Folgende Zahlen zeigen die Entwicklung der Schule:

1854: Gründung. Schülerzahl unbekannt.
1876: 306 Schüler = 241 dt. + 62 tsch. + 3 andere (46 jüd.)
1880: 291 Schüler = 185 dt. (einschl. 21 jüd.) + 32 tsch. + 4 andere
1890: 258 Schüler = 228 dt. (einschl. 35 jüd.) + 28 tsch. + 2 andere
1900: 334 Schüler = 282 dt. (einschl. 45 jüd.) + 50 tsch. + 2 andere
1910: 403 Schüler = 358 dt. (einschl. 74 jüd.) + 39 tsch. + 6 andere

„Um für die Mitglieder des Gewerbestandes, die Kunstverständigen und das große Publikum eine gemeinnützige Bildungsstätte zu schaffen, den Geschmack der gewerblichen Arbeiter durch gediegene Muster zu fördern . ., reichhaltige Sammlungen von stilistischen Vorbildern auf dem Gebiet der Kunst und des Kunstgewerbes in Original oder Nachbildung, in Modell oder Zeichnung ... zu vermehren und nutzbar zu machen" (MT 30. 7. 74), gründete der Olmützer Gewerbeverein das Gewerbemuseum, das im neuen Realschulgebäude sein Obdach fand und den Realschülern wie den Gewerbeschülern auch im Unterricht zur Verfügung stand. Die Sammlung umfaßte 3 349 Gegenstände (1893) und die dazu gehörige Bibliothek rund 200 Bände.

Im August 1899 verlangten die „Národní listy" das erstemal für Olmütz eine „Reálka", eine Realschule (MT 31. 8. 99). Doch wurde dieser Wunsch von Land und Staat immer wieder abgelehnt, da die Stadtverwaltung ihre Notwendigkeit immer wieder verneinte. Noch am 14. April 1900 erklärte Bürgermeister Engel im mährischen Landtag bei der Behandlung des tschechischen Antrages um die Errichtung einer tschechischen Realschule in Olmütz: „Olmütz braucht keine tschechische Realschule"! (KO 400). Bei 6000 tschechischen Olmützern inmitten der tschechischen Hanna-Dörfer! Das Gesuch wurde auch abgelehnt, so daß nun die Matice školská im Herbst 1902 mit 202 Schülern selbst eine „Reálka" eröffnete, u. zw. auf der Pilten in dem Gebäude, das sie 1878 dort für ihre Volksschule errichtet hatte, die mittlerweile verstaatlicht worden war. Die Kosten für ihre Errichtung und Erhaltung bestritt allein die Olmützer Ortsgruppe der Matice, die dafür ihre Mitgliedsbeiträge wesentlich erhöhte und auch namhafte Spenden von

Banken, Fabriken und einzelnen Domherren aufbrachte. 1905 betrug der Aufwand 157 036 Kronen.

Obwohl um diese Zeit die meisten mittelmährischen Städtchen bereits ihre „Reáka" hatten, war sie dennoch gut besucht, so daß der Verein seit 1905 jährlich um ihre Verstaatlichung ansuchen konnte. 1907 übernahm der Staat die Schule (Fr 65).

1902 (Gründungsjahr):	202 Schüler	=	201 tschech.	+ 1 dt.
1906:	345 Schüler	=	344 tschech.	+ 1 dt.
1910:	470 Schüler	=	470 tschech.	+ 0 dt.

Alle anderen höheren tschechischen Schulen konnte erst die Tschechoslowakei errichten: 1919 gemeinsam von Stadt und Handelskammer eine Handelsakademie. 1919 ein Mädchen-Lyzeum der Matice, bald in ein Mädchen-Realgymnasium verwandelt und 1923 verstaatlicht. 1919 eine städtische Lehrerbildungs-Anstalt im Gebäude des aufgelösten Elisabethinums, 1923 verstaatlicht. So daß die Tschechen erst jetzt ein vollausgebautes Schulwesen in Olmütz, der traditionellen Schulstadt Mittelmährens, hatten (Fr 65).

Die Lehrer-Bildungs-Anstalten und das Elisabethinum

Die Landtagsberichte von 1884 kennen noch keine nationale Aufschlüsselung der Volks- und Bürgerschulen in Mähren, obwohl sie eine genaue Statistik dieser Schulen bringen. Das Land hatte um diese Zeit:

1 023	1-klassige Volksschulen	24	6-klassige Volksschulen
635	2-klassige Volksschulen	6	7-klassige Volksschulen
220	3-klassige Volksschulen	13	dreiklassige Bürgerschulen und
121	4-klassige Volksschulen	35	achtklassige Volks- u. Bürgerschulen.
87	5-klassige Volksschulen		

Wenn der Bericht meldet, daß der Gerichtsbezirk Olmütz-Land 7 785, Prerau 7782, Proßnitz 9668 Schüler hat, so sagt das gar nichts aus. Sie sind eben alles „Österreicher", deren „verschiedene Zunge" als ganz nebensächlich angesehen wird, in einer Zeit, als die Wogen nationaler Leidenschaft schon wild aufbrandeten.

Erst 1887 erscheinen die Volksschulen national getrennt ausgewiesen: 624 deutsche und 1452 tschechische und 30 utraquistische Schulen in Mähren. Diese Zahlen ins Verhältnis zu den Einwohnerzahlen zu setzen, ist aber auch ein müßiges Unterfangen, da nicht die Zahl der Schulen, als vielmehr die Zahl der Klassen von Wichtigkeit ist; und diese wird auch hier nicht erwähnt.

Für die Ausbildung der für diese Schulen nötigen Lehrer standen um 1880 in Mähren 2 staatliche Lehrerbildungs-Anstalten zur Verfügung: eine tschechische in Brünn und eine deutsche in Olmütz. Dazu trat noch vor der Jahrhundertwende eine deutsche in Brünn und eine tschechische in Proßnitz.

Dazu kamen noch mehrere private Lehrerinnenbildungsanstalten: in und um Olmütz die utraquistische der Ursulinerinnen in Olmütz, die tschechische der Dominikanerinnen in Hreptschein und die deutsche der Stadt Olmütz.

1912 wurden in Mähren 235 Junglehrer ausgebildet, davon 25% deutsche, was dem Bevölkerungsschlüssel ungefähr entsprach. Die Lehrerbildungsanstalten Mährens hatten 1910 zusammen 1104 tschechische, 557 deutsche und 82 utraquistische Schüler (MT 18. 11. 10).

Die k. k. Lehrerbildungs-Anstalt in Olmütz war nach der „Allgemeinen Schulordnung" vom 6. 12. 1774 gegründet worden und wurde zunächst neben dem Dominikanerkloster auf der Pilten als „Hauptschule" eröffnet. Unterrichtet wurde deutsche, tschechische und lateinische Sprache, Arithmetik und Geographie. Trotz wiederholter Umgestaltung blieb sie dort bis 1902 (KO 529). Die entscheidende innere Umformung erhielt die Schule nach dem Reichs-Volksschulgesetz vom 25. 5. 1868 und wurde als vierklassige Lehranstalt im Herbst 1870 eröffnet. Ihr neues Heim wurde gemeinsam mit dem deutschen Staatsgymnasium 1899 in der Josef-v.-Engel-Straße begonnen, doch erst 1902 bezogen.

1870: 79 Schüler (Nation unbekannt)
1875: 431 Schüler = 341 dt. (einschl. 16 jüd.) + 90 tsch.
1880: 105 Schüler = 81 dt. (einschl. 1 jüd.) + 24 tsch.
1890: 161 Schüler = 140 dt. (einschl. — jüd.) + 21 tsch.
1900: 113 Schüler = 96 dt. (einschl. 1 jüd.) + 17 tsch.
1910: 154 Schüler = 153 dt. (einschl. — jüd.) + 1 tsch.

Etwa ebenso alt war die Lehrerinnenbildungsanstalt der Ursulinerinnen in Olmütz. Sie wurde als utraquistische Anstalt geführt (jeweils 2 Jahrgänge). Es wurden Schülerinnen beider Nationen aufgenommen. Pädagogik, Unterrichtssprache, Arithmetik und praktische Übungen wurden national getrennt unterrichtet, die anderen Lehrgegenstände gemeinsam, mit Wechsel der Unterrichtssprache während der Stunde. Seit 1895 wurden an Stelle der utraquistischen Übungsschule zwei getrennte Volksschulen geführt. Die Schule hatte Öffentlichkeitsrecht, ebenso wie die Übungsschulen. Zu ihrer Erhaltung leistete der Erzbischof regelmäßige Zuschüsse (Stat Jb):

1877: 98 Schülerinnen = 65 dt. + 33 tsch.
1880: 71 Schülerinnen = 50 dt. + 21 tsch.
1890: 130 Schülerinnen = 71 dt. + 59 tsch.
1900: 79 Schülerinnen = 35 dt. + 44 tsch.
1910: 81 Schülerinnen = 39 dt. + 42 tsch.

Aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts dürfte auch die tschechische Lehrerinnenbildungsanstalt in Hreptschein stammen, über die aber keine Zahlen erreichbar sind.

Die jüngste Gründung war die städtische Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Olmütz. Ihr Organisations-Statut stammt schon von 1886, doch erst im Herbst 1894 wurde der erste Jahrgang eröffnet (MT 4. 9. 94). Sie führte

ebenso wie die der Ursulinerinnen jeweils nur 2 Jahrgänge, mit dieser abwechselnd, so daß abwechselnd bei St. Ursula und im Elisabethinum jedes Jahr ein Jahrgang maturierte. Die ersten Jahre, bis zum Bau des Elisabethinum 1902, war die Schule in der Burggrafengasse untergebracht. Zum 1. Jahrgang meldeten sich 40 Schülerinnen. Von den ersten Schülerinnen stammten 24 aus Olmütz. Von den 40 Mädchen waren 33 deutsch und 7 tschechisch; der Religion nach 36 katholisch, 3 evangelisch und 1 jüdisch. Diese Verhältniszahlen hielten sich auch beim Weiterbestand der Schule, nur die Zahl der tschechischen Mädchen sank (MT 13. 7. 95). Tschechisch wurde erst ab 1900 wahlfrei unterrichtet.

1902 erlebte die Schule eine Krise im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen der Stadtverwaltung und dem Erzbischof Kohn, die mit der Verweigerung des Religionsunterrichtes an die Schülerinnen ihren Höhepunkt erreichte. Damals mußte die ganze Schule nach Teschen fahren, um in einer fremden Diözese die Religionsprüfung abzulegen. Die Schülerzahlen:

1894: 40 Schülerinnen = 33 dt. + 7 tsch. (nur 1 Jg.)
1896: 78 Schülerinnen = 65 dt. + 13 tsch. (2 Jge.)
1900: 69 Schülerinnen = 64 dt. + 5 tsch. (2 Jge.)
1910: 78 Schülerinnen = 78 dt. + — tsch. (2 Jge.)

Da um die Jahrhundertwende Gymnasien und Realschulen den Mädchen noch verschlossen waren, bot — neben der zweiklassigen Handelsschule — die Lehrerinnen-Bildungsanstalt die einzige Ausbildungsmöglichkeit für die Töchter der Stadt. Der Entschluß, ihnen eine Berufs-Ausbildung überhaupt zu sichern, war ein Zeichen modernen Denkens.

Im Gegensatz dazu erscheint uns heute der Entschluß der Stadt um 1902, eine „Höhere Töchterschule" mit Pensionat zu errichten, mehr dem 19. Jahrhundert als der Zukunft anzugehören. Daß die verschiedenen Schulen und Kurse des „Elisabethinums" (nach der verstorbenen Kaiserin Elisabeth genannt) den Mädchen keine Berufsausbildung, sondern eine vage „Allgemeinbildung" vermitteln wollten, im Gegensatz zum etwas früheren Pöttingeum, wirft auf ihre Gründer ein bezeichnendes Licht.

Es war für die Pension monatlich 70 K, für die Kurse 30 K zu zahlen (Unterrichtsfächer waren: Französisch, Italienisch, Englisch, [nicht aber Tschechisch!], Klavier und Gesang, Malen, Kochen und Haushalt, Anstandslehre, Mythologie und Deutsch) (MT 17.7.02). Dazu war die Ausstattung der Töchter bis in die lächerlichsten Einzelheiten vorgeschrieben und uniformiert.

Begreiflicherweise liefen die Anmeldungen wegen der hohen Pensionatskosten nur sehr langsam ein, obwohl die Zeitungen den ganzen Sommer über warben. Doch führte sich die Sache dennoch ein, denn das Pensionat nahm endlich auch Schülerinnen der Bürger- und Handelsschule und der Lehrerinnenbildungs-Anstalt auf und scheint auch in seinen Anforderungen in Bezug auf die Ausstattung der Töchter zurückgesteckt zu haben. Als Pensionärinnen kamen endlich auch tschechische Mädchen hinzu, um hier

Deutsch zu lernen. 1907 wurden 75 Pensionärinnen gemeldet und 570 Schülerinnen der verschiedenen Kurse.

2jähriger Fortbildungskurs:	1902:	66 Schülerinnen
	1906:	73 Schülerinnen
	1910:	51 Schülerinnen
Koch- und Haushaltungsschule:	1902:	75 Schülerinnen
	1906:	52 Schülerinnen
	1910:	80 Schülerinnen
Zahl der Pensionärinnen:	1902:	51 Schülerinnen
	1906:	70 Schülerinnen
	1910:	73 Schülerinnen

Über die nationale Zugehörigkeit der Schülerinnen schweigen sich die statistischen Jahrbücher aus.

Die Handels-Lehranstalten

In seiner Geschichte der Stadt Olmütz berichtet Kux, daß um 1860 in der Ledergasse bereits eine Gremial-Handelsschule bestand, über deren Entwicklung aber kein Material erreichbar ist.

Erst 1887 begann die Presse den Plan zur Errichtung einer deutschen Handelsschule zu erörtern. Vor allem hatte natürlich die Handelskammer ein Interesse an der Ausbildung tüchtiger Bürokräfte. Doch kam es erst 1894 zur Eröffnung des 1. Jahrganges einer Höheren Handelsschule unter dem Direktor Th. Riedl (33 Schüler). Im selben Jahr entschloß sich die Handelskammer auch zur Errichtung einer Handelsschule für Mädchen, die zunächst, mit 8 Wochenstunden an den Nachmittagen, 20 Schülerinnen hatte. Doch schon im nächsten Jahr wurde dieser Handelskurs durch eine ganztägige Handelsschule für Mädchen abgelöst, die zunächst in der Böhmengasse Nr. 21 untergebracht wurde. Seit 1904 wurde sie zweiklassig geführt.

Die Handelsakademie selbst (Name und Lehrplan wurden nach dem Muster der Wiener Handelsakademie eingeführt) war ursprünglich dreiklassig eingerichtet. Erst seit 1904 wurde sie vierklassig. Zu diesen Handelsschulen trat noch ein Abiturientenkurs für die Absolventen des Gymnasiums und der Realschule, die hier also eine zusätzliche kommerzielle Berufsausbildung in einem Jahrgang erhalten konnten. Auch die kaufmännische Fortbildungsschule für die Lehrlinge nahm die Handelskammer unter ihre Obhut, mußte sie aber zunächst im Realschulgebäude am Mauritzplatz unterbringen (MT 20. 10. 94).

Das Bestreben der Handelskammer, ein eigenes Dienstgebäude zu errichten und alle diese Schulen darin unterzubringen, wurde 1894 von der Regierung abgelehnt. Erst 1899 kam es, nach der baulichen Trennung von Schulen und Kanzleigebäude, zum Bau des Gebäudes der Handelsakademie

in der Josef-v.-Engel-Straße. Zu Beginn des Schuljahres 1900 wurden alle diese Schulen in ihrem neuen Heim eröffnet.

Handels-Akademie:

1894: 1 Jg. 33 Schüler = 32 dt. (einschl. 15 jüd.) + 1 tschech.
1898: 3 Jge. 154 Schüler = 129 dt. (einschl. 53 jüd.) + 21 tschech. + 4 poln.
1900: 3 Jge. 142 Schüler = 131 dt. (einschl. 38 jüd.) + 10 tschech. + 1 poln.
1904: 4 Jge. 148 Schüler = 136 dt. (einschl. 38 jüd.) + 6 tschech. + 6 poln.
1910: 4 Jge. 188 Schüler = 178 dt. (einschl. 58 jüd.) + 5 tschech. + 5 poln.

Zweiklassige Handelsschule für Mädchen:

1895: 1 Jg. 37 Schülerinnen, Nation unbekannt.
1898: 1 Jg. 26 Schülerinnen = 24 dt. (einschl. 0 jüd.) + 2 tsch.
1900: 1 Jg. 41 Schülerinnen = 41 dt. (einschl. 8 jüd.) + 0 tsch.
1904: 2 Jge. 74 Schülerinnen = 69 dt. (einschl. 22 jüd.) + 5 tsch.
1910: 2 Jge. 109 Schülerinnen = 103 dt. (einschl. 10 jüd.) + 6 tsch.

Kaufmännische Fortbildungsschule:

1894: 74 Schüler, Nation unbekannt
1898: 91 Schüler = 53 dt. (einschl. 0 jüd.) + 38 tsch.
1900: 82 Schüler = 54 dt. (einschl. 8 jüd.) + 28 tsch.
1910: 86 Schüler = 64 dt. (einschl. 8 jüd.) + 22 tsch.

Von tschechischen Handelslehranstalten ist in den Berichtsjahren nichts bekannt, außer der zweiklassigen Handelsschule für Mädchen im Pöttingeum, die ihre Schülerinnen in mehreren Parallelklassen unterbrachte und, von verschiedenen Klosterschulen abgesehen, für ganz Mittel- und Nordmähren die einzige Schule für eine Berufsausbildung der tschechischen Mädchen war. Erst nach 1919 gründete die Stadt gemeinsam mit der nun tschechisch gewordenen Handelskammer die verschiedenen tschechischen Handelslehranstalten, die den angeführten deutschen entsprachen, und errichteten für sie ein eigenes Gebäude.

Littau

Ausführlicher als über jede andere mittelmährische Kleinstadt sind wir über den nationalen Kampf in Littau unterrichtet, dank des Berichterstatters ans Mährische Tagblatt vor 1900, der wohl der damals junge Littauer Stadtarzt Dr. Hans Kux war. Die Dissertation von Dr. Josef Breitschädel, Erlangen 1947, hält gleichfalls sehr wertvolles Material fest, und Dr. Richard Fischer wandte in seinem Rechenschaftsbericht von 1932 seiner Heimat Littau-Loschitz besondere Aufmerksamkeit zu.

Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts begann die Brücke, die Littau über verschiedene Dörfer mit dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet verband, durch die Umvolkung ganzer Dörfer abzubröckeln, bis 1888 der letzte Pfeiler brach, als Loschitz tschechisch wurde. Nun hatte Littau nur noch tschechische Dörfer als Nachbarn.

Hier — wie überall — begann die Tschechisierung der Stadt durch Unterwanderung: Dienstmädchen, Lehrlinge, Arbeiter kamen aus den tschechischen Dörfern in die Stadt und wurden seßhaft. Der Pfarrer begann mit gelegentlicher tschechischer Predigt, der tschechische Rechtsanwalt Dr. Panovsky, der die Kanzlei des deutschen Dr. Preisenhammer übernommen hatte und als Auskultant immer in der deutschen Gesellschaft verkehrt hatte, gründete 1868 eine Záložna, die auch deutschen Kaufleuten bereitwillig Kredit gewährte und daher auch von deutscher Seite begrüßt wurde. Der deutsche Bürgermeister Popp freute sich, als 1871 auf Littauer Grund eine Zuckerfabrik gegründet wurde, deren Aktionäre die Bauern der tschechischen Dörfer waren, und die — selbstverständlich — Tschechen als Angestellte und Arbeiter beschäftigte, zunächst als Pendler, die aber bald seßhaft wurden (Brl).

Dabei war Littau eine Kleinstadt, die laut Wolnys Topographie von Mähren (1834) „2218 Einwohner deutscher, zum Teil auch mährischer Zunge" zählte. 1857 waren es 3127 Einwohner, deren nationaler Schlüssel uns gleichfalls fehlt.

1880:	1 240	Tschechen	+ 2 430	Deutsche
1890:	1 761	Tschechen	+ 2 589	Deutsche
1900:	3 168	Tschechen	+ 1 451	Deutsche
1910:	3 611	Tschechen	+ 372	Deutsche
1921:	4 118	Tschechen	+ 362	Deutsche

Der Gerichtsbezirk Littau hatte ohne Littau:

1885:	19 256	Tschechen	+ 2 717	Deutsche	
1895:	20 641	Tschechen	+ 2 784	Deutsche	
1918:	22 673	Tschechen	+ 1 125	Deutsche	(Fr)

Der Rückgang des Deutschtums in den 2 Jahrzehnten zwischen 1890 und 1910 ging vor allem darauf zurück, daß in den Sprachgrenzgebieten große Teile der Bevölkerung sich selber nicht klar darüber waren, welchem Volk sie zugehörten, da sie nach Bedarf beide Sprachen sprachen und gebrauchten, da viele in Mischehen lebten oder aus solchen hervorgegangen waren und daher keine primäre Bindung an eines der beiden Völker besaßen. Äußere Umstände waren es dann, welche diese zwischenvölkischen Menschen bestimmten, sich für eine der beiden Parteien zu erklären, wenn es nicht möglich war, dieser Entscheidung zu entgehen. An diese Menschen wandten sich schon lang vor den jeweils fälligen Volkszählungen oder Gemeindewahlen die tschechischen Advokaten, um sie mit Versprechungen oder Druck für ihre Partei zu gewinnen. Entlassung drohte schwankenden Arbeitern der Zuckerfabrik, Kündigung ihrer Kredite den Schuldnern der Záložna, Boykott ihrer Geschäfte den Kaufleuten (MT 31. 1. 83). Daß, bei der strengen Disziplin der Tschechen, auch in den Dörfern, vor allem die systematische Organisation des Boykotts eine überaus wirksame Waffe war, mußten besonders die jüdischen Kaufleute erfahren, die sich seit ihrer

bürgerlichen Gleichstellung immer der deutschen Gesellschaft zugehörig fühlten, ihre Kinder in die deutschen Schulen sandten, wichtige Mitglieder der deutschen Vereine waren und großzügige Spender bei allen nationalen Anlässen. Solange noch die geringste Aussicht bestand, daß aus der Gemeindewahl eine deutsche Gemeindevertretung hervorgehen würde, blieben sie ohne Ausnahme auf deutscher Seite, trotz eingeschlagener Fensterscheiben und gelegentlicher Plünderungen bei den verschiedenen Tábory und tschechischen Umzügen. Die Tschechen haben den Juden diese Haltung auch nie verziehen. Noch 1932 stellte Richard Fischer fest: „... und so kann ich sagen, daß die Juden an der Germanisierung ... gemischter Orte in Nordmähren ausreichend Schuld sind, selbst wenn man den wirtschaftlichen Schaden nicht beachtet, den sie unserem Volk durch Jahrzehnte hindurch angetan haben. Sie waren uns fremd und bleiben uns fremd!" (Fr 85).

Von entscheidender Bedeutung für die nationale Entwicklung von Littau aber war, daß der dazu gehörige Gerichtsbezirk (ohne die Stadt) schon 1880 nur 2 Prozent Deutsche hatte, also rein tschechisch war (Brl). Schon das bloße Gewicht einer fest gefügten tschechischen Bauernschaft drückte das Deutschtum der Kreisstadt, das ja vor allem vom Handel mit diesen tschechischen, meist reichen Bauern lebte, nieder. Die „Měštanská beseda", 1865 gegründet, war noch ein „Bürgerverein", ein Geselligkeitsverein, in dem Deutsche und Tschechen gleichberechtigt miteinander verkehrten. Erst 1882 wurde die Beseda ganz tschechisch. Scharf nationalen Geist brachte in die Stadt 1874 die Littauer Ortsgruppe des „Sokol" und 1880 der „Verein tschechischer Kaufleute und Gewerbetreibender, Neklan". 1882 errichtete die Matice školská eine Volksschule mit Kindergarten und eine gewerbliche Fortbildungsschule (Fr 25).

Dem standen die Deutschen mit 19 Vereinen gegenüber, darunter der „Deutsche Schützenverein", der bis ins 15. Jahrhundert zurückreichte, 1887 der Nordmährerbund, früher schon der Schulverein, seit 1848 der Gesang- und Musikverein und der Turnverein, die Feuerwehr usw., seit 1870 die Städtische Sparkasse, die bis 1900 deutsch geführt wurde, 1883 ein Spar- und Vorschußverein für Littau und Umgebung, von Schulen eine deutsche Volks- und Bürgerschule mit 11 Klassen und der Kindergarten des Deutschen Schulvereins.

Schon lang vor den Gemeindewahlen des Jahres 1883 bearbeiteten beide Seiten diejenigen der 308 Wahlberechtigten, deren Haltung nicht ganz eindeutig klar war. Wenn es keine Möglichkeit gab, einen Wähler für sich zu gewinnen, sollte er wenigstens der Wahl fern bleiben. Das galt besonders für die Geistlichkeit: Ein deutscher Dechant und 2 tschechische Kapläne gaben, um des lieben Friedens willen, das Versprechen, der Wahl fern zu bleiben. Der deutsche Dechant hielt sein Wort, die Kapläne wählten tschechisch (MT 30. 10. 83).

Zunächst trat der 3. Wahlkörper zur Wahl an. Das Ergebnis war, trotz intensiver Vorarbeit, für die Tschechen niederschmetternd: 264 deutsche

gegen 44 tschechische Stimmen. Am nächsten Sonntag folgte der 2. Wahlkörper. Auch hier erfüllte sich nicht die Prognose der kurz vorher gegründeten „Litovelské noviny" [Littauer Zeitung]: von den 95 Wahlberechtigten waren 10 Beamte, 13 Lehrer, 4 Standespersonen und 68 Steuerzahler. Es stimmten 33 für die deutsche und 28 für die tschechische Liste, und von diesen entfielen 8 auf die Vororte (MT 4. 11. 83). Die beiden tschechischen Advokaten, die an der Durchführung des Skrutiniums beteiligt waren, gaben daraufhin die Namen der deutschen Wähler öffentlich bekannt und forderten die Dörfer zum Boykott dieser Kaufleute auf. Aus dem 2. Wahlkörper gingen jedenfalls 8 deutsche Vertreter hervor und nicht ein Tscheche. Ähnlich ging es im 1. Wahlkörper zu: Der kranke Gutsverwalter des Fürsten Liechtenstein schleppte sich zur Wahl wegen seiner wichtigen Stimme (MT 6. 11. 83). Wahlergebnis: durchwegs Deutsche, kein einziger Tscheche, so daß die Stadt mit einem Drittel tschechischer Bevölkerung, laut Volkszählung von 1880, nicht einen einzigen tschechischen Vertreter bekam. Littau, d. h. seine Stadtverwaltung, war deutsch geblieben.

Die Wahlvorbereitungen und das Wahlergebnis zu den Gemeindewahlen der Jahre 1886, 1889 und 1892 waren ähnlich. Die Verwaltung der Stadt blieb deutsch, trotz zunehmender tschechischer Unterwanderung.

Jetzt wandten die tschechischen Führer ihr Hauptaugenmerk der Erziehung ihres Volkes zu. Es ging ihnen vor allem darum, das seit Jahrhunderten im tschechischen Volk lebende Gefühl der deutschen Überlegenheit zu untergraben und ihm gleichzeitig durch Hinwendung zu den andern slawischen Völkern den Rücken zu stärken. Sie riefen als erste politische Partei Mährens — ein Menschenalter vor Gewährung des Frauenstimmrechts — die Frauen in ihre politischen Versammlungen, ohne Rücksicht auf das Hohngelächter der Deutschen. Sie kämpften Seite an Seite mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft um ein neues Wahlrecht, das auch dem nicht-steuerpflichtigen Arbeiter eine Stimme geben sollte. Sie kämpften um jedes einzelne Kind, das in den Kindergarten oder die Schule eintreten sollte, in der klaren Erkenntnis, daß besonders bei Menschen mit unausgeprägter Volkszugehörigkeit die Schule die nationale Zugehörigkeit weitgehend bestimmt. Sie gründeten in Littau eine eigene Zeitung, die für ganz geringes Geld in jedes Haus kam und das ganze Volk bis zu den Handlangern, Dienstboten und Landarbeitern „ausrichtete". Diese „Litovelské noviny" schrieben z. B. kurz vor Schulbeginn 1892: „Gott im Himmel vergießt blutige Tränen bei jedem Kind, das eine deutsche Schule betritt", und versuchten damit die frommen Mütter und Großmütter zu gewinnen. Eine Boykott-Bewegung, die von Prag gesteuert wurde, entsandte Wanderredner von Dorf zu Dorf, von Hof zu Hof, um die Bäuerinnen zu bearbeiten. 1896 erließ endlich der k. k. Bezirkshauptmann Dr. Jellinek ein Verbot der Wanderredner, doch erreichten die Tschechen, daß er bald darauf nach Tischnowitz, in einen einsprachig tschechischen Bezirk, versetzt wurde (KL).

Von entscheidender Bedeutung für die Tschechisierung der Stadt Littau aber war das Geld der reichen Bauerndörfer. Schon 1868 gründeten diese eine eigene tschechische Landwirtschaftsbank, die „Rolnická záložna", die in den Jahren bis 1895 in vier Dörfern Zweigstellen einrichten konnte. Mit ihrem Geld wurde 1871 eine tschechische Zuckerfabrik, 1893 die tschechische Aktien-Brauerei und 1900 endlich eine Spiritusbrennerei gegründet. Alle drei waren groß geplante und gut geführte Unternehmungen, die Hunderte von tschechischen Arbeitern in die Stadt brachten. Dazu kamen in den Dörfern noch eine Reihe von Raiffeisenkassen und verschiedene landwirtschaftliche Genossenschaften, welche die Stellung der Hanna-Bauern stärkten. Dem gleichen Zweck diente ein Landwirtschaftlicher Verein (1892) und im Jahre 1896 die landwirtschaftliche Winterschule (Brl).

Doch die Tschechisierung der Stadt ging den Herren der Národní jednota zu langsam vor sich. In ihrem Auftrag sorgte seit 1896 der Olmützer „Klub tschechischer Kaufleute" dafür, daß sich in Littau (und in anderen Städten Nordmährens) tschechische Handwerker und Kaufleute niederließen, und unterstützten sie auf jede Art (Fr 25).

Vor den Gemeindewahlen von 1896 gingen die Tschechen zum Großangriff über, in der Annahme, daß die Stadt nun reif zum Sturm sei. Stadt und Bezirk Littau hatten nun rund 37 000 Einwohner, von denen, einschließlich der 17 jüdischen Familien, in Littau rund 2000 Deutsche waren (MT 20. 4. 96).

Mitte November 1896 erstach ein deutscher Krimineller bei einer Rauferei in Littau einen tschechischen Schauspieler. Damit ging neuerlich der Sturm gegen alles Deutsche in Littau los (MT 16. 11. 96). Die beiden deutschen Steueradjunkten wurden durch Tschechen ersetzt und nur tschechische Gerichts- und Steuerbeamte kamen nach Littau. Endlich gab es in den staatlichen Ämtern nur noch 4 alte deutsche Beamte, 6 neutrale und 13 tschechische. Kein deutscher Beamter wagte es mehr, ins Deutsche Haus zu gehen, während die tschechischen Beamten offen in der Beseda verkehrten. Versuche der deutschen Partei, gefährdeten deutschen Grundbesitz zu sichern, um die tschechischen Scheinkäufe, die sich nun häuften, wettzumachen, scheiterten an der tschechischen Beamtenschaft, die im Dienst ihres Volkes kein Dienstgeheimnis kannte, wie Richard Fischer selbst rühmend hervorhebt (Fr).

Auch das gesellschaftliche Leben, in der Kleinstadt früher nur nach der Bildung oder gesellschaftlichen Zugehörigkeit aufgegliedert, war nun endgültig zerstört und national aufgespalten. Fremdheit und Haß, schablonenhafte Zuordnung traten an Stelle menschlicher Beziehungen. Die begabte deutsche Jugend sah in der Heimat keine Zukunft mehr für sich und wanderte ab, nach Wien, nach Deutschland, die beide immer mehr zum Traumland für die zurückbleibenden Deutschen wurden. Die deutschen Handwerker bekamen keine deutschen Lehrlinge mehr, doch willige und anstellige Tschechen im Überfluß, die vom Land in die Stadt drängten. Das Vor-

rücken der Tschechen ins gehobene Bürgertum wurde also von den Deutschen selbst unbewußt gefördert. Daß auch die deutschen Fabriken gern die billigeren und fügsameren tschechischen Arbeiter aufnahmen, darf hier auch nicht unerwähnt bleiben, selbst wenn der Fabrikant selber zu den Gründern und Trägern der deutschen Volksschutzvereine gehörte (KL). Daraus wurde ihm dann noch von tschechisch-nationaler Seite der Vorwurf gemacht, daß er seine wirtschaftliche Überlegenheit und die Abhängigkeit seiner Arbeiterschaft zu Germanisierungsversuchen mißbrauche (Fr 81).

Alle diese Vorgänge führten zu einer Überalterung und Stagnierung der deutschen Volksgruppe und zu einer Aktivierung der tschechischen. Erhaltung des Überkommenen auf der einen Seite, Kampf um wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg auf der anderen, wurden die Ziele.

1892 „erkennt der deutsche Gesangverein die Notwendigkeit, zur Vorsorge für die Zukunft und zur Erhaltung deutscher Art in Littau die Errichtung eines, allen örtlichen deutschen Vereinen verfügbaren Deutschen Hauses ins Auge zu fassen" (KL). So wurde am 25. 10. 1892 der Verein „Deutsches Haus" gegründet. Die Gründungsurkunde ist gezeichnet von Benda, Burgl, Dr. Kux, dem wir auch den ausführlichen Bericht über die Geschichte des Deutschen Hauses verdanken. Schon im Februar 1893 kam es zum Kauf eines Baugrundes an der Stelle des einstigen Turmzwingers, wo 250 Jahren vorher die Schweden in die Stadt eingedrungen waren. Doch blieb es nicht bei diesem Projekt: Am 17. Mai 1898 kaufte der Verein das alte Gasthaus „Zum Hirschen" am Marktplatz, riß es nieder und errichtete mit 20 000 fl. Eigenkapital das neue Deutsche Haus. Größere Summen steuerten bei der Allgemeine Deutsche Schulverein, Berlin, und seine Ortsgruppen Nürnberg, Königsberg, Jena, Göppingen, Dresden, Breslau und 114 „Gründer", d. h. Vereine, Fabrikanten oder Private aus ganz Österreich. Trotzdem blieb noch ein ungedeckter Fehlbetrag von rund 10 000 fl. Auf dem Neubau glänzte in schwarz-rot-goldener Schrift „Deutsches Haus" und die Wappen des Turnvereins, des Schützen-, Gesang- und Feuerwehrvereins. Es enthielt eine Schwemme, ein Gast- und Kaffeehaus, Küche und Volksbücherei im Erdgeschoß, darüber die Räume des Gesang- und Musikvereins, den Festsaal und 6 Fremdenzimmer.

Doch kam das Deutsche Haus nie so recht aus den Schulden heraus. Darum wurde im November 1899 in Wien ein „Verein der Littauer" zur Stützung des Deutschen Hauses gegründet (MT 23. 11. 99). Trotz aller geldlichen Misere aber gelang es doch, das Haus in deutschem Besitz zu erhalten, bis 1939 der deutsche Staat seine Schulden beglich.

Aufschlußreich für die Haltung der Littauer Tschechen gegenüber Österreich war der Besuch des mährischen k. k. Statthalters Freiherrn v. Spens-Booden auf seiner Rundreise durch Mähren. Die deutschen Häuser waren beflaggt, weiß-rot (mährisch) oder schwarz-gelb (österreichisch); die Tschechen aber hielten sich fern und nahmen keinerlei Notiz vom Besuch des kaiser-

lichen Statthalters, im Gegensatz zum benachbarten Hohenstadt, wo auch die Tschechen an Beflaggung und Begrüßung teilnahmen (MT 26. 9. 95).

1896 brachten die Gemeindewahlen noch einmal den Sieg der Deutschen in allen drei Wahlkörpern. Auch die Mehrheit der „Brauberechtigten Bürgerschaft" blieb in deutschen Händen, desgleichen die Bezirkskrankenkasse. Das Wahlverhältnis in der 3. Kurie war 301 deutsche gegen 296 tschechische Stimmen; es kehrte auch in den anderen Gremien wieder (MT 28. 4. 96). Doch die Schule der Matice školská, 1882 gegründet, war mittlerweile verstaatlicht und fünfklassig geworden, und die ersten Forderungen zur Errichtung einer tschechischen Realschule wurden hörbar. Denn mit dem Fall von Loschitz 1888 hatte Littau seine Verbindung zum geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet verloren, und alles tschechische Interesse, das sich bisher dem Kampf um b e i d e Städtchen zugewandt hatte, konzentrierte sich nun auf Littau (Brl). Planmäßig begannen die Tschechen sofort die nächste Gemeindewahl (1899) vorzubereiten. Ende 1897 begannen sie unter Aufwendung großer Geldmittel unbekannter Herkunft die wichtigsten Gebäude der Stadt aufzukaufen. Im Laufe von 2 Monaten waren sie für weit über 100 000 fl. in den Besitz von 6 brauberechtigten Häusern gelangt, und hatten so das zahlenmäßige Übergewicht in der brauberechtigten Bürgerschaft erlangt. Das erste war der Ankauf des „Weißen Rössels" gewesen, des größten Gasthauses der Stadt, für das Národní dům, von dem aus nun die weiteren Aktionen gesteuert wurden (KL).

Auch für die 3. Kurie schufen die Tschechen neue Stimmen: 40 Joch Äcker parzellierte die Zuckerfabrik und teilte sie 120 Neubauern zu, meist Arbeitern der Zuckerfabrik. Über 500 Gewerbescheine gaben die tschechischen Beamten der staatlichen Ämter an fluktuierende Arbeiter aus. Fingierte Gewerbe meldeten sogar der k. k. Notar Honal (Obsthandel) und seine Tochter (Handel mit Zuckerwaren) an. Dazu kamen die rund 400 wirklich vorhandenen tschechischen Gewerbetreibenden mit einer Steuerleistung von mindestens 2 fl 40 kr, denen rund 500 deutsche Gewerbetreibende der gleichen Steuerklasse gegenüberstanden (MT 16. 11. 99).

Insgesamt waren im 3. Wahlkörper 15 600 Wahlberechtigte. Am Wahltag, dem 16. November 1899, kamen in ganzen Trupps tschechische Bauern aus den Dörfern der Umgebung und stellten sich dem tschechischen Komitee für Zuschleppdienste zur Verfügung. Sie suchten die Wähler in ihren Wohnungen mit Überredung, Bitten und Drohungen aller Art zu gewinnen, brachten die Unschlüssigen auf ihre Seite und schleppten sie ins Wahllokal. Ein jüdischer Kaufmann, der sich von den Tschechen gewinnen ließ, wurde nach seiner Stimmabgabe von den Tschechen jubelnd auf die Schultern gehoben und im Triumph durch die Stadt in die Beseda getragen. „Náš Pepíček! Náš židáček! Náš Festíček!" waren die jubelnden Zurufe. Die Deutschen und die Juden, die tschechisch gewählt hatten, wurden dafür vom Mährischen Tagblatt namentlich angeprangert.

An diesem Wahltag des 3. Wahlkörpers war die Stadt tschechisch be-

flaggt. Ungeheure Menschenmengen waren wie zu einem Volksfest in die Stadt geströmt, die Machtübernahme zu feiern. Doch gab es keine Zusammenstöße, da sich die Deutschen zurückhielten.

Die Wahlen in den 2. Wahlkörper fanden eine Woche später statt. Da standen 80 sicheren deutschen 75 tschechische Stimmen gegenüber, zu denen 23 unsichere Stimmen kamen. Zum 2. Wahlkörper gehörten auch die Staatsbeamten (MT 20. 11. 99). Die Parole, daß die Staatsbeamten neutral bleiben und nicht zur Wahl gehen sollten, wurde aber nur von den Deutschen befolgt. Von den 80 Deutschen waren der alte Dechant Müller und Adolf Käufler mit Absicht der Wahl fern geblieben. Die pensionierten Offiziere hatte man am Tag vorher zu einer Jagd nach Konitz gebracht. Als sie sich am Sonntag auf die Wahl besannen, gab es weit und breit kein Fuhrwerk, das sie zur Wahl nach Littau gebracht hätte. Ein anderer Deutscher, ein stadtbekannter Trinker, wurde von seinen tschechischen Kollegen am Abend vorher eingeladen und so betrunken gemacht, daß er in den Wahltag hinein schlief und erst gegen 3 Uhr erwachte. Als er auf den Marktplatz kam, sah er noch, wie das Wahllokal geschlossen wurde (KNot).

Interessant war die Stellung des Pfarrers Zatloukal. Schon bei seiner Bestallung hatte er seinem Patronatsherrn, dem Fürsten Liechtenstein, versprochen, sich in keiner Weise national zu betätigen, und hatte auch Wort gehalten. Dem deutschen Bürgermeister hatte er noch kurz vor der Wahl sein Ehrenwort gegeben, der Wahl fern zu bleiben. Am Tag vor der Wahl suchte ihn der tschechische Advokat Dr. Janda auf und drohte ihm für den Fall, daß er der Wahl fern bliebe, mit den schwersten Folgen. Aber er wies auf sein gegebenes Ehrenwort hin. Da schickte ihm Dr. Janda seine ganze Pfarrgemeinde auf den Hals, die ihn anflehte und bedrohte. Der Pfarrer widerstand. Am nächsten Tag, dem Wahltag, hatte er in der Kirche eine Trauung. Als er aus der Kirche trat, um in seine Pfarrei zu gehen, verfolgte ihn eine Schar tschechischer Frauen mit Weinen und Drohen bis ins Pfarrhaus, bis er endlich sagte: „Wenn's unbedingt sein muß, komme ich", um sie loszuwerden. Er hatte sich noch nicht umgekleidet, da kamen Agitatoren mit dem Abg. Starostik an der Spitze, den noch immer Zögernden abzuholen. Endlich zog man den Widerstrebenden halb mit Gewalt über die Straße und ins Wahllokal, wo er endlich seine tschechische Stimme abgab. Die entscheidende eine Stimme, welche den nationalen Umschwung in Littau herbeiführte (KNot).

Einmal standen sich bei der Wahl zwei gleich starke Kandidaten gegenüber. Die Auslosung fiel auf den Deutschen. Er war der einzige Deutsche, der neben lauter Tschechen aus dieser Wahl hervorging. 82 deutsche — 83 tschechische Stimmen waren abgegeben worden.

Im 1. Wahlkörper waren 12 Deutsche. Trotzdem diese wirtschaftlich unabhängig waren, haben sie sich nach den Ereignissen und Ergebnissen der beiden ersten Wahltage zurückgehalten, daß also die tschechischen Kandidaten ungestört ihre Mandate erhielten.

Von allen 29 gewählten Tschechen waren nur 7 in Littau geboren. Sie vertraten die Interessen von 68,5% der Bevölkerung, während die 31,5% Deutschen nur einen Vertreter hatten (KNot).

Wohl hatten die Deutschen eine Reihe von Protesten eingereicht und auch Pfarrer Zatloukal hatte wegen „Erpressung und Nötigung" geklagt. Auch der Fall wurde im Protestweg aufgerollt, daß ein tschechischer Wähler, der wegen Diebstahls zu Gefängnis verurteilt worden war, auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses Haft-Aufschub erhielt, also noch zur Wahl gehen konnte. Doch das Ergebnis der Wahl blieb unangetastet. Und der russische General Komarow beglückwünschte nicht zu Unrecht die Tschechen zu ihrem Sieg (MT 2. 12. 99).

Doch die deutschen Vereine lebten noch weiter, unterstützt durch den größten Teil der deutsch gebliebenen Juden, befreit von einigen Überläufern, und das Deutsche Haus blieb erhalten, wenn auch die Schießstätte und das alte deutsche Vereinshaus, beide städtischer Besitz, nun automatisch in tschechische Hände übergingen. Doch das Tagblatt berichtet 1901 von einer deutschen Schulfeier, deren auswärtige Festteilnehmer freilich von den Tschechen mit einem Steinhagel begrüßt wurden und bei der es zu blutigen Zusammenstößen kam. Daraufhin erhoben 5 Deutsche von Littau in einer Eingabe ans Gendarmeriekommando in Brünn Klage gegen eine Reihe von Gendarmen, die bei diesen Zusammenstößen zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung eingesetzt worden waren, sich aber grober Pflichtverletzung und eindeutiger Parteinahme schuldig gemacht hatten (MT 31. 1. 02). Diese Gendarmen aber brachten Gegenklage wegen Ehrenbeleidigung ein, die dann auch verhandelt wurde, deren Ergebnis das Tagblatt aber verschwieg.

Wenige Tage vorher konnten die Littauer Deutschen ihren Kindergarten einweihen, den ihnen der Deutsche Schulverein eingerichtet hatte (MT 16. 1. 02).

Die neue tschechische Gemeindeverwaltung begann ihre Tätigkeit mit der Umbenennung der Gassen. Schon seit 1889 waren die Straßenschilder zweisprachig, wenn auch deutsch an erster Stelle. Sie wurden nun durch einsprachige tschechische ersetzt (MT 22. 8. 02). Die Ernennung einer Reihe verdienstvoller tschechischer Vorkämpfer zu Ehrenbürgern folgte bald, ebenso wie die Bemühungen um den Ausbau des tschechischen Schulwesens in „Litovel". Schon seit 1888 bestanden hier ein tschechischer Kindergarten und eine gewerbliche Fortbildungsschule, nachdem 1887 die Volksschule der Matice verstaatlicht worden war. Gegründet wurde sie im Herbst 1882 als fünfklassige Volksschule mit 200 Kindern, von denen freilich ein großer Teil aus den Dörfern der Umgebung stammte: 55 aus Aßmeritz, die eigentlich in die tschechische Schule von Chudobin eingeschult waren, 10 aus Haniowitz, fast alle Kinder aus Roswadowitz, andre aus Huntschowitz und Schwarzbach, wo überall eigene staatliche tschechische Volksschulen bestanden, die aber zur Stützung der Littauer Schule in die

Stadt kamen (MT 12. 2. 87). 1902 begann der Kampf um die Gründung einer tschechischen Realschule, welche die Stadt schließlich auf eigene Kosten errichtete, wenn zunächst auch nur als Unterrealschule. Die Gemeindeumlagen wurden dafür um 15 % erhöht (MT 3. und 7. 10. 02). Verstaatlicht und ausgebaut aber wurde diese Schule erst 1919 von der ČSR. Im Jahr 1904 folgte eine tschechische Bürgerschule.

Durch diese Schulgründungen wurde das nationale Gesicht der Stadt auch für die Zukunft festgelegt, denn nun wuchs hier eine selbstbewußte tschechische Intelligenz heran. Einen weiteren entscheidenden Schlag gegen das deutsche Bürgertum bedeutete die Übernahme des alten Bürgerlichen Bräuhauses durch eine tschechische Aktienbrauerei (Akciový pivovar), an der die tschechischen Bauern der umliegenden Dörfer finanziell beteiligt waren, im Jahr 1910 (MT 29. 11. 10). Seit 1291 hatten 57 Bürgerhäuser, vor allem rund um den Marktplatz, das Brau- und Schankrecht als besonderes königliches Privileg, 1375 und später wiederholt von den böhmischen Königen bestätigt. Die deutschen Bürger wurden in Bargeld ausbezahlt (9000 K je Anteil), die tschechischen erhielten Aktien und Bargeld. Der gesamte Kaufpreis betrug 504 000 Kronen (Brl).

Damit waren alle öffentlichen Einrichtungen in tschechische Hände übergegangen, wenn auch die Reste des alten deutschen Bürgertums ihren privaten Besitzstand bis 1945 retten konnten. Auch Reste des deutschen Vereinslebens hielten sich: Der deutsche Turnverein, die Littauer Schützengesellschaft, der Gesangverein waren wohl die bedeutendsten, die sich bis 1945 erhielten.

Doch die Tschechen sahen ihr Programm erfüllt, das der tschechische Abgeordnete Dr. Žáček bereits am 17. Juni 1892 auf einem Tábor in Kolin aufgestellt hatte: Littau mußte als nächste Stadt erorbert werden, „nachdem die Deutschen seine Hand, die er ihnen vor 2 Jahren gereicht hatte, hochmütig zurückgewiesen hatten" (MT 18. 6. 92).

Sternberg

Die glückliche Lage Sternbergs am Westabhang des Niederen Gesenkes gab der Stadt ein überwiegend deutsches Hinterland. Um das alte Schloß des Fürsten von Liechtenstein geschart, entwickelte sich Sternberg zu einem Zentrum zahlreicher kleiner Fabriken, die aber durchwegs genügend Arbeiter in der eigenen Gemeinde fanden, so daß der Zuzug von auswärts entfiel. So wuchs die Stadt kaum und blieb deutsch. Erst nach 1919 begann der planmäßige tschechische Vorstoß.

Mitte des 19. Jahrhunderts setzte die Industrialisierung ein. „Es war dort Geld und Arbeit, und alles im Dienst des Deutschtums", stellt Fischer fest. Eine große Brauerei, Ziegelei, 2 Dampfmühlen, Maschinenfabrik, Möbelfabrik und Sägewerk, eine Bandfabrik und 6 Leinen- und Baumwoll-

Webereien, eine Seidenfabrik und vor allem die Tabakfabrik der k. k. österreichischen Tabakregie gaben Arbeit und Brot. Sternberg hatte also nicht nur eine deutsche Oberschicht wie Littau oder Kremsier, sondern eine breite, tragende Schicht von Handwerkern und Arbeitern, die freilich, wie überall um die Jahrhundertwende, hart um ihr tägliches Brot kämpfen mußten. In schweren sozialen Kämpfen wurde die jahrhundertealte Handweberei von den kapitalkräftigeren Fabriken abgelöst, daher noch der Weber-Spruch: „Nimm's Sackla, gieh batteln!" Der große Streik der Arbeiter bei Heeg & Friedmann von 1899, unterstützt durch den Sympathiestreik der Tabakarbeiter (hier der erste der organisierten Arbeiterschaft) dauerte neun Wochen lang, ehe ihn ein Kompromiß beendete (MT 28. 8. 99). Daß unter diesen Umständen die Sozialdemokratie in Sternberg bald festen Fuß faßte, liegt auf der Hand. 1907 kam es außerdem zur Gründung eines „Bundes deutscher Arbeiter in Mähren" mit dem Sitz in Sternberg, der noch im selben Jahr in verschiedenen Orten Nordmährens 20 Ortsgruppen errichtete (MT 23. 9. 07). Ein „Deutscher Unternehmerverband" schloß die soziale Gegenpartei zusammen.

1857:	12 665	Einwohner	(national nicht	aufgeschlüsselt)
1880:	14 108	Deutsche,	57	Tschechen
1890:	15 221	„	74	„
1900:	14 489	„	99	„
1910:	14 357	„	160	„
1921:	12 060	„	1112	„

Im Jahre 1863 wurde der erste Bahnbau geplant: die Linie nach Olmütz, die freilich erst 1870 eröffnet wurde (Ltg 63). 1863 wurde auch die städtische Sparkasse gegründet (Mor 78, 132). 1878 feierte bereits der älteste der Vereine, der Gesangverein, sein dreißigjähriges Stiftungsfest, zu dem die Gesangvereine von Brünn und Olmütz mit Sonderzügen kamen (Mor 78, 792). Im gleichen Jahr wurde der Verschönerungsverein gegründet, 1883 der politische Deutsche Verein. 1887 kam es zum Bau der Turnhalle, die am 6. November mit einer Dilettanten-Aufführung von Kleists „Hermannsschlacht" eröffnet wurde (MT 18. 11. 87). Ende des Jahrhunderts faßten hier die Alldeutschen unter Schönerer Fuß. Es fanden mehrere stürmische Versammlungen statt, die zum Teil von den Tschechen gesprengt wurden, die von auswärts zu diesem Zweck nach Sternberg gekommen waren (MT 4. 10. 99). Im Zug der Los-von-Rom-Bewegung gab es Übertritte zur evangelischen Kirche, die aber zu keiner eigenen Gemeindegründung führten. Doch meldete das Tagblatt, daß einem Schüler der Realschule die Aufnahme deshalb verweigert wurde, weil er evangelisch geworden war (MT 21. 9. 99).

Sternberg war auch eine Schulstadt. Am 2. Juli 1860 bewilligte das österreichische Unterrichtsministerium die Errichtung einer vorläufig zweiklas-

sigen Unterrealschule durch die Stadt. Der 1. Jahrgang wurde am 1. 10. 1860 ins Leben gerufen. Später wurde noch eine 3. Klasse eingerichtet. Diese dreiklassige Schule bestand bis 1870. Am 25. August 1870 übernahm das Land diese Schule und erweiterte sie auf 4 Klassen, am 31. 1. 1894 beschloß es, sie zu einer 7-klassigen Oberrealschule voll auszubauen, nachdem sich die Gemeinde zur Übernahme des Sachaufwandes bereit erklärt hatte. Von den 139 Schülern des Jahres 1892 (vier Klassen) waren 8 Tschechen und 2 Juden (StiSt.) Die übrige Schulstatistik ist leider nicht erreichbar.

Die stark industrialisierte Stadt gründete bereits 1872 einen Weber-Fortbildungs-Verein, die Vorstufe der späteren Fachschule für Weberei. 1873 wurde nach Festlegung eines Lehrplanes durch den Fachlehrer Anton Harder aus Mittwaida in Sachsen der regelmäßige Unterricht mit 15 Tages- und 65 Abendschülern eröffnet. 1884 kam es zum Neubau der Webschule, ihrer Anpassung an die Lehrpläne der anderen Webschulen und ihre Verstaatlichung. Lehrer und Schüler waren wohl alle deutsch (StiSt).

Die Tschechen faßten erst allmählich Fuß. Schon 1883 hatten sie erreicht, daß die bisher einsprachig deutschen Poststempel zweisprachig wurden (MT 24. 11. 83). Um die gleiche Zeit wurde in aller Stille der tschechische Leseverein „Moravan" gegründet, wie Fischer selbst sagt, „zum Besten der tschechischen Umgebung", da es in Sternberg selbst ja nur verschwindend wenig Tschechen gab. „Die deutsche Wut wandte sich bei jeder Gelegenheit gegen diesen Verein. Namentlich am 25. Mai 1887 schlugen die deutschen Turner die Eichentür ein, drangen in die Vereinsräume des Moravan, die der Záložna von Gnojitz gehörten und insultierten lesende tschechische Leute... Das wiederholte sich häufig und es waren vor allem Schüler der deutschen Realschule als Angreifer festgestellt worden. Die Gnojitzer Záložna [Sparkasse] verkaufte ihr Haus 1893 Deutschen und der Verein fand ein Obdach im Haus des Josef Houštěcký, wo er etwa 20 Jahre lang blieb. Die häufig eingeschlagenen Scheiben und bemalten Wände und das Schild des Vereines zeigten jedem, wo der tschechische Sammelpunkt war..." (Fr 34). 1898 gründete sich ein „Verein zum Bau eines Národní dům in Sternberg", 1908 verwandelte sich der Moravan in eine Ortsgruppe der Národní jednota, und 1913, nach zahlreichen fehlgeschlagenen Versuchen, kaufte der Olmützer Pozemkový ústav die Alte Schießstätte als Národní dům [Volkshaus]. Nach zahlreichen Verboten wurde es umgebaut und am 6. Juli 1914 mit einer großen Feier eröffnet, bei der Fischer und Kuno Sontag sprachen. „Es kam zu schrecklichen Ausschreitungen. Die Deutschen weihten es ein mit Prügeln, Steinen und tschechischem Blut — — etwas so Ekelhaftes, Kulturloses habe ich in meinem Leben nicht gesehen, was die Deutschen damals aufführten. Ich rettete mich nur durch eine rasche Abreise in einem geschlossenen Auto, da sie es auf mich besonders abgesehen hatten. Das Národní dům hat das alles überlebt..." (Fr 34). In diesem Stil berichtete Richard Fischer noch 1932, wie er es in zahllosen Reden in der Zwischenzeit getan hatte, über den Widerstand des deutschen Stern-

berg, das nicht das gleiche Schicksal erleiden wollte wie kurz vorher Loschitz und Littau. Trotz der tschechischen Dörfer im Süden der Stadt (Starnau, Boniowitz) blieb Sternberg eine deutsche Stadt, in der die Tschechen kaum merklich zunahmen. Bis der Weltkrieg seinem Ende zuging.

Über den Umsturz berichtet Stief ausführlich Seite 385 ff.:

„Am 28. Oktober 1918 traf die Nachricht von der Revolution in Prag in Sternberg ein und die Erklärung: ‚Der selbständige tschechoslowakische Staat ist ins Leben getreten', schlug wie ein Blitz ein. In Sternberg konstituierte sich ein ‚Deutscher Vollzugsausschuß für den Gerichtsbezirk Sternberg' und erließ einen Aufruf an die Bevölkerung und die heimkehrenden Soldaten, die neu gegründete Republik ‚Deutsch-Österreich' zu unterstützen. Drei Tage später trat in Sternberg ein Deutscher Volkstag zusammen, von allen Schichten der Bevölkerung der Gerichtsbezirke Mähr. Neustadt und Sternberg unterstützt, der auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes seine Zugehörigkeit zu Deutsch-Österreich erklärte und sich als der Provinz Sudetenland zugehörig proklamierte. Er wehrte sich zugleich entschieden gegen eine Eingliederung in den tschechoslowakischen Staat und unterstellte die jetzige Verwaltung aller Behörden und Ämter dem gleichzeitig gebildeten ‚Vollzugsausschuß des politischen Bezirkes Sternberg'. Bei Hintertreibung der Selbständigkeit Deutsch-Österreichs und beim Nicht-zustandekommen der Vereinigung der nationalen Staaten zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet forderte er den Anschluß Deutsch-Österreichs als Bundesstaat ans Deutsche Reich . . ."

Zwei Tage später stellte der Vollzugsausschuß an die heimkehrenden Offiziere und Mannschaften die Aufforderung, sich beim Gemeindeamt zur Bildung einer Volkswehr zu melden. Kurze Zeit später bestand diese Volkswehr aus 3 Kompanien in der Gesamtstärke von 400 Mann und wurde mit den Beständen des 35. Schützenregiments bewaffnet.

Am 6. November aber wurde ein Aufruf des Národní výbor für Mähren angeschlagen, der die Bevölkerung zum freiwilligen Eintritt in das tschechoslowakische Heer aufrief. Das Plakat war zweisprachig. Am nächsten Tag kündete der Landes-Verweser des Sudetenlandes Dr. v. Führer im Einvernehmen mit dem Präsidium der provisorischen Landesversammlung für das Sudetenland in Troppau die Angelobung der Leiter der Bezirkshauptmannschaft an. Dann kam am 8. November ein Erlaß des Národní výbor, der anordnete, daß am Tag der Schlacht auf dem Weißen Berg alle Schulen geschlossen zu bleiben hätten; es war ein wirres Gegeneinander der verschiedensten provisorischen Gewalten und Kompetenzen.

Am 11. November kam es zur Bildung eines Soldatenrates zur Arbeitsvermittlung für die Heimkehrer. Seine Kanzlei war beim Volkswehrkommando. Dr. v. Führer kam in Begleitung des Vorstandes des Landwirtschaftsamtes Baron Gotter nach Sternberg und nahm im Rathaus den Vorständen der hiesigen staatlichen Behörden das Gelöbnis der Treue zur Landesregierung des Sudetenlandes ab. Hierauf fand im Stadthof eine

Versammlung der deutschen Vollzugs-Ausschüsse Nordmährens statt, von Bärn, Mähr. Neustadt, Römerstadt, Mähr. Schönberg, Sternberg und Zwittau, insgesamt 92 Vertretern, in der alle wichtigen Fragen der Organisation und Verpflegung eingehend besprochen wurden. Hier wurde auch ein Verzeichnis aller Ortschaften von Böhmen, Mähren und Schlesien verlesen, welche nach den Beschlüssen des Deutsch-Österreichischen Staatsrates für die Provinz Sudetenland beansprucht werden sollten. Der Vollzugsausschuß forderte auch die Landleute auf, ihre entbehrlichen Kartoffeln zur Versorgung der Heimkehrer an den Sternberger Meierhof zu liefern. Am 30. November beschloß der Großteil der Sternberger Studentenschaft, zum Schutz der Stadt eine Freiwilligen-Abteilung bei der Volkswehr zu bilden. Sie unterstellte sich dem Kommando der Volkswehr (Stief 397).

Am 6. Dezember kam die Nachricht nach Sternberg, daß der Bahnhof in Boniowitz von den Tschechen besetzt wäre, und daß dort alle nach Sternberg gehenden Züge visitiert würden. Dadurch war die Verbindung zwischen Sternberg und Olmütz bzw. Wien unterbrochen. Der Vollzugsausschuß sandte daraufhin eine viergliedrige Deputation an den Národní výbor nach Olmütz. Dieser erklärte, daß er die Deutschen in den ehemaligen Kronländern Böhmen, Mähren und Schlesien als Bestandteil des tschechoslowakischen Staates ansehe und für sich reklamiere und nur unter Anerkennung dieser Voraussetzung zu Verhandlungen bereit sei. Damit waren die Verhandlungen abgebrochen.

Nun sahen sich die deutschen Sternberger ganz auf sich gestellt. Um den sozialen Frieden innerhalb der Stadt herzustellen, bildeten sie ihren Gemeinderat um und nahmen Sozialdemokraten in ihre Reihen auf, die bisher nicht vertreten waren. Unter ihnen waren der spätere Bürgermeister Hieronymus Schloßnickel und Josef Koschatzky.

Am 13. Dezember kam die Nachricht, die Tschechen hätten mit ihren Truppen Mähr. Neustadt und Mähr. Schönberg besetzt. In beiden Städten wurden tschechische Regierungskommissäre eingesetzt, die gemeinsam mit der bestehenden Stadtvertretung die Geschäfte führen sollten. Bald erlebte Sternberg das gleiche Schicksal: Mittwoch, den 18. Dezember, wollte der Gemeinderat gerade zu einer Sitzung zusammentreten, als eine mit Handgranaten bewaffnete Abteilung des Inf.Reg. Nr. 30 vor dem Rathaus erschien und es mit zehn Maschinengewehren umstellte. Bald folgte ein ganzes Bataillon mit zwei Fahnen und weiteren Maschinengewehren und stellte sich, tschechische Lieder dabei singend, vor dem Rathaus auf. Ein Vertreter des Národní výbor hielt eine Rede in tschechischer Sprache, die von der Truppe mit Nazdar[Heil]-Rufen beantwortet wurde. Der Obmann des Národní výbor für Nordmähren hatte sich inzwischen in Begleitung eines tschechischen Offiziers zum Volkswehrkommando begeben und vom Soldatenrat die Entwaffnung der Volkswehr und die Ablieferung der Waffen verlangt. Diese Aufforderung wurde angesichts der tschechischen

Übermacht erfüllt. Die Abordnung begab sich dann ins Rathaus und eröffnete dem versammelten Gemeinderat: „Mit Rücksicht darauf, daß die Unantastbarkeit der Länder der ehemaligen böhmischen Krone von der Entente wiederholt anerkannt wurde, besetzen wir im Namen der tschechoslowakischen Republik diese Stadt und stellen nachfolgende Forderungen:

1. Unverzügliche Entwaffnung der ganzen Bevölkerung der Stadt Sternberg wie auch der in der Stadt aufgestellten Volkswehren und Einziehung der in der Stadt und Umgebung aufgestellten Wachen.

2. Alle ärarischen Waffen wie Gewehre, Revolver, Bajonette und sonstige ärarische Ausrüstungsgegenstände, wie Uniformen (jene ausgenommen, die Privatbesitz sind), Rucksäcke, Brotsäcke und Patronentaschen, sind bis heute 6 Uhr abends bei der Gemeinde abzuliefern. Ebenso sind sämtliche Privat-Feuerwaffen, wie Jagdgewehre und Revolver, bis längstens Samstag, den 12. 12. um 12 Uhr mittag bei der Gemeinde zur Anzeige zu bringen, wobei die durch Waffenpässe gedeckten Waffen den Parteien belassen werden können.

3. Übergabe sämtlicher staatlicher Gebäude in unversehrtem Zustand mit allen Dienstschriften und dem ganzen Inventar.

4. Übergabe sämtlicher ärarischer Magazine mit allen Vorräten an Verpflegung, Bekleidung und Ausrüstung, welche sich gegenwärtig dort befinden.

5. Jede böswillige Beschädigung der obengenannten Sachen, so wie jede Beschädigung oder Unterbrechung des Telegraphen- und Telephonnetzes, jede Verschleppung, Aneignung oder Verheimlichung obengenannter Gegenstände und Vorräte wird nach den geltenden Gesetzen bestraft.

Falls der Stadtrat und das Stationskommando die von uns gestellten Bedingungen erfüllen, werden wir nicht nur für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sondern auch für die persönliche Sicherheit, die des Privateigentums und für die Verpflegung der Stadt Sorge tragen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung haben der ganze Gemeinderat und die Mitglieder des Soldatenrates die volle Verantwortung zu übernehmen.

Nimmt jedoch der Stadtrat oder das Stationskommando die gestellten Bedingungen nicht an und gibt die Annahme nicht binnen einer Viertelstunde bekannt, so wird die Stadt gestürmt."

Namens der Stadtvertretung verlas nun der Bürgermeister Johann Langer folgenden Protest: „Die Stadtgemeinde Sternberg erhebt gegen die Besetzung der Stadt durch tschechoslowakische Truppen den entschiedensten Protest, weicht jedoch der Gewalt. Die Tatsache der Besetzung unserer Stadt kann unser Selbstbestimmungsrecht als Angehörige der Republik Deutsch-Österreich und der Provinz Sudetenland absolut nicht aufheben. Wir halten an dem Grundsatz fest, daß kein Volk einer Fremdherrschaft unterworfen werden darf. Zu einer Besetzung unserer Stadt ist überdies nicht der mindeste Anlaß gegeben, nachdem hier vollständige Ruhe und

Ordnung herrschte und keine nennenswerte tschechische Minorität vorhanden ist (14 000 Deutsche und 200 Tschechen)."

Als die Verhandlungen so weit gediehen waren, erschienen noch Vertreter der Národní výbory von Starnau, Stefanau, Olmütz u. a. m. und verlangten, daß ein Kommissär eingesetzt werde und mindestens ein Drittel Tschechen in den Stadtrat einziehen müßten.

Dann zog sich der Stadtrat zu einer Beratung zurück und die Tschechen begaben sich zur Bezirkshauptmannschaft, wohin die Leiter der verschiedenen Ämter zur Amtsübergabe bestellt worden waren, und enthoben diejenigen Amtsvorsteher ihres Dienstes, welche die Angelobung auf Deutsch-Österreich geleistet hatten. Es waren dies: Der Bezirkshauptmann Baron Temnitschka, der Leiter des Bezirks-Wirtschaftsamtes, des Steuerreferates, des Steueramtes, der Bezirks-Obertierarzt, der Bezirksrichter, der Stations-Vorstand, die Leiter der beiden Postämter u. a. m.

Dann kehrten die Vertreter des Národní výbor ins Rathaus zurück, wo inzwischen der Gemeinde-Ausschuß seine Sitzung abgehalten und den Gemeinderat mit der Weiterführung der Geschäfte betraut hatte. Diesem wurde nun mitgeteilt, daß Gemeinderat und Gemeinde-Ausschuß in ihrer derzeitigen Form verbleiben können, daß aber zur Kontrolle der Verwaltung und der Sitzungen als Vertreter der Tschechen der Primar-Arzt der Landes-Irrenanstalt, Dr. Kubelka, als Regierungskommissar beigezogen werden müsse. Dann zogen die Truppen vom Stadtplatz ab und übernahmen die Baracken der Lungenheilanstalt, wo nun das Besatzungskommando seinen Sitz nahm.

Am nächsten Tag aber wurde im katholischen Vereinshaus eine von mehr als 1000 Personen besuchte Versammlung abgehalten, die in würdiger Weise unter Berufung auf die Grundsätze Wilsons im Namen sämtlicher Bewohner der Stadt feierlichen Einspruch gegen die Eingliederung in die tschechoslowakische Republik erhob.

Doch über alle diese Proteste rollte die geschichtliche Entwicklung hinweg. Anläßlich der Eröffnung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in Wien am 4. März 1919 wurde in Sternberg wie in den meisten andern sudetendeutschen Städten als Protest gegen die Verhinderung der Teilnahme an den Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung für diesen Tag eine vierundzwanzigstündige Arbeitsruhe beschlossen. Geplant war eine Versammlung aller politischen Parteien auf dem Ringplatz, um für die Gewährung des von Wilson zugesagten Selbstbestimmungsrechts zu protestieren. Von der Bezirkshauptmannschaft wurde dieser Streik untersagt, doch schon um 9 Uhr war der Platz von Arbeitern und Bauern aus den nächsten Dörfern gefüllt. Am Bahnhof war es schon gegen 8 Uhr zu Zusammenstößen gekommen, ebenso vor der Bezirkshauptmannschaft, wo die Menge gleichfalls Arbeitsruhe verlangte. Die Beamten mußten das Gebäude verlassen, eine schwarz-rot-goldene Fahne wurde herausgehängt und die Menge sang „Die Wacht am Rhein".

Ein Teil der Demonstranten entwaffnete die Hauptwache, die Wachen beim Bezirksgericht und Steueramt und verlangte überall Arbeitsruhe. Mittlerweile waren die tschechischen Truppen in den Baracken von den Unruhen verständigt worden. Eine Abteilung kam auf den Ringplatz mit ihren alten Werndl-Gewehren und schoß ohne Aufforderung zum Auseinandergehen in die Versammelten auf dem Ringplatz, die an den Ausschreitungen gar nicht beteiligt gewesen waren. Nach Abgabe dieser Salve wurde die Schießerei auf die Flüchtenden in allen Gassen und Straßen noch fortgesetzt. Ihr fielen insgesamt 2 Soldaten und 15 Zivilpersonen zum Opfer. Außerdem wurden 5 Soldaten und 23 Zivilisten schwer verwundet.

Im Lauf des Nachmittags des 4. März trafen noch 2 Kompanien des Inf.-Reg. Nr. 28 und eine Maschinengewehrabteilung aus Olmütz zur Verstärkung ein. Es wurde eine Kundmachung veröffentlicht, daß nach 6 Uhr abends niemand mehr auf der Gasse sein dürfe. Auf Grund unzähliger Denunziationen wurden in den nächsten Tagen zahllose Verhaftungen vorgenommen. Mehr als 70 wurden zunächst in den Baracken der Lungenheilanstalt festgehalten, mißhandelt und schließlich ein Teil derselben unter militärischer Bewachung ans Kreisgericht in Olmütz geschickt. Die Untersuchungen, die mit dem Freispruch aller Verhafteten endeten, dauerten aber bis in den Mai 1919.

Die feierliche Beisetzung der Opfer am 8. März durch die Stadtgemeinde ging ohne Zusammenstöße vor sich. An ihrem gemeinsamen Ehrenmal wurde auch weiterhin jährlich von der Stadt ein Kranz niedergelegt, immer im Beisein zahlreicher deutscher Bürger der Stadt.

Am 15. Juni 1919 fand die erste Gemeindewahl nach dem tschechoslowakischen Wahlrecht statt (allgemeines, gleiches, geheimes Wahlrecht, gebundene Kandidatenlisten): 7117 gültige Stimmen:

Deutsche Sozialdemokraten	4720	Stimmen
Deutsche soziale Volkspartei	1335	„
Deutsche Christlich-soziale Partei	1062	„

Keine tschechischen Stimmen (es war wohl keine Liste eingereicht worden). Doch die Volkszählung vom 1. 1. 1921 zeigte einen beachtlichen Zuwachs tschechischer Einwohner:

12 060 Deutsche, 1112 Tschechen, zusammen 13 172 Einwohner.

Gemeindewahl vom 16. September 1923: 7523 gültige Stimmen:

Deutsche Sozialdemokraten	2409	Stimmen
Deutsche Gewerbe- und Nationalpartei . . .	2307	„
Christlich-soziale Partei	1546	„
Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei .	592	„
Tschechische Wahlgemeinschaft	429	„
Kommunisten	240	„

In Mährisch-Neustadt läßt sich in den 40 Berichtsjahren ein Abnehmen der Bevölkerung feststellen. Bis 1900 betraf diese Abnahme vor allem die Tschechen, die meist in größere Städte abwanderten, seltener durch Umvolkung (Fr 27); nach 1918 allerdings kam es zu Umvolkungen bei den Deutschen.

	Stadt:		Gerichtsbezirk:	
1880:	299 Tsch.,	4 667 Dt.	6 415 Tsch.,	20 098 Dt.
1890:	195 „	4 786 „	5 879 „	20 443 „
1900:	90 „	4 973 „	5 781 „	20 337 „
1910:	112 „	4 863 „	4 374 „	20 136 „
1921:	637 „	3 829 „	6 383 „	16 777 „

Seit 1853 bestand in Neustadt eine deutsche Unterrealschule, zunächst mit der Hauptschule verbunden, die seit 1870 als Landes-Untergymnasium geführt wurde (MT 28. 9. 94). Zu Beginn des Schuljahres 1894/95 wurde es zum Obergymnasium erweitert. 1894 hatten die 4 Unterklassen zusammen 145 Schüler, die neue 5. Klasse 17. Der Einfluß dieser Schule auf das Deutschtum der Stadt und der umliegenden Dörfer und Kleinstädte zeigte sich in der Folge sehr deutlich, wenn er auch im einzelnen nicht nachweisbar ist. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben der „königlichen Stadt" war jedenfalls bis 1919 ganz deutsch.

Nach dem österreichischen Bankkrach von 1873, der gegen 100 Bürger aus dem Neustädter Ländchen zur Auswanderung nach den USA zwang (KN), kam es zur Ansiedlung vor allem landwirtschaftlicher Industrien, die den nicht-bäuerlichen Teil der Bevölkerung auffingen und ihm Arbeit gaben. Vor allem die „landwirtschaftliche Zuckerfabriks-Aktiengesellschaft in Mährisch-Neustadt", die 1880 gegründet wurde, gab Deutschen wie Tschechen Verdienst. Der Vorstand bestand aus Deutschen (Maneth-Neustadt, Langer-Neustadt, Meitner-Einod, Loch-Deutsch-Losen) und Tschechen (Plhak-Treublitz, Škoda-Gnojitz), doch die Angestellten waren durchwegs Deutsche.

In deutschem Besitz waren auch die zwei großen Ziegeleien, die Brauerei, Buckdruckerei, Lederfabrik, Bortenfabrik, Strohhutfabrik, Gerberei, alle mit teilweise tschechischer Arbeiterschaft. Die Verhältnisse erschienen stabilisiert (Fr 28). Doch Ende der achtziger Jahre kamen von auswärts überzeugte Tschechen und sammelten ihre Leute: Der Apotheker Knapp, der Advokat Dr. Dvořak ließen sich nieder, die Treublitzer Záložna [Sparkasse] errichtete in Neustadt eine Zweigstelle und ein kleines tschechisches Gasthaus. Doch blieben sie zuächst im Hintergrund (Fr 28).

Die Deutschen gründeten Zweigstellen ihrer nationalen Vereine: 1880 den deutschen Schulverein, 1886 den Nordmährerbund und den Turnverein, 1888 die Ferialverbindung „Marsignia" (KN). Das jährliche König-

schießen vereinigte die ganze deutsche Bevölkerung und eine lange Reihe nationaler Feste brachte Deutsche wie Tschechen immer wieder in die Stadt, um ihren Landsleuten national den Rücken zu stärken. Die Hanáci [die slawische Landbevölkerung] hielten sich in der Stadt wie in den Dörfern, sehr zum Mißvergnügen der Olmützer tschechischen Führer, politisch zurück. Von den 37 Gemeinden des Gerichtsbezirkes spricht Fischer nur 8 als tschechisch an, von denen 1912 noch 2 dem Littauer Bezirk zugewiesen wurden. Treublitz erhielt 1912 eine tschechische Bürgerschule, und Treublitz und Schönwald hatten lebensfähige tschechische Sparkassen.

Dieses Dorf Schönwald ist vielleicht das einzige mährische Dorf, wo 1688/91 national verläßliche Eintragungen ins Kirchenbuch gemacht wurden. Der Pfarrer Pelicanus unterschied nicht nur katholische und evangelische Bewohner, sondern Deutsche und Mährer. Während seiner Amtszeit gab es 21 tschechische und 33 deutsche Trauungen, 85 tschechische und 185 deutsche Geburten. Um 1900 herum aber war das Dorf bereits ganz tschechisch, trotz seines deutschen Namens (KNot). Sicher ist, „daß von der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zurück viele deutsche Linien nach Schönwald führten und von dort kamen... Es hat im Grenzgebiet wohl kaum ein größeres völkisches Durcheinander gegeben als in den Bauernfamilien. Heiratete etwa eine Bauerntochter vom tschechischen Nachbardorf Poleitz oder Kloppe einen Ausseer deutschen Bauern, so wurde sie deutsch, und heiratete ein Ausseer Bauernsohn nach Poleitz oder Kloppe, so wurde er tschechisch. Es gibt viele Fälle, wo Ausseer Bauernfamilien 1945 als Deutsche ausgesiedelt wurden, deren Vorfahren und Verwandtschaft fast durchwegs tschechisch waren, während in den tschechischen Nachbarorten tschechische Bauernfamilien mit fast nur deutschen Ahnen sitzen..." Dies sind Tatsachen, die nicht nur für Aussee und Neustadt, sondern für ganz Mittelmähren Geltung haben und ein bezeichnendes Licht auf die ständige nationale Fluktuation in der Bevölkerung warfen.

Die tschechischen Minderheiten in den gemischtsprachigen Bauerndörfern des Neustädter Gerichtsbezirkes gingen in den Jahrzehnten vor 1900 jedenfalls zurück oder verschwanden ganz, bis nach 1919 tschechische „Kolonisten" dort Fuß zu fassen begannen und in den dreißiger Jahren überall tschechische Schulen unter dem Schutz des Staates auftauchten (Fr 29). Einige Beispiele der Bevölkerungsbewegung für viele:

	Markersdorf		Augezd		Böhm. Liebau		Passek	
	Tschechen	Deutsche	Tschechen	Deutsche	Tschechen	Deutsche	Tschechen	Deutsche
1880:	72	545	11	1360	1	1035	0	930
1890:	19	556	31	1397	2	985	0	929
1900:	20	568	0	1373	0	1015	2	989
1910:	15	527	0	1272	13	988	4	1040
1921:	100	417	165	1128	54	781	133	1075

Die nationale Entwicklung des Städtchens vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert deckt sich mit den anderen Städten des Gebietes. Nach Fischer ist die Stadt um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch utraquistisch, seit der neuen Gemeindeordnung aber deutsch. Man muß aber feststellen, daß durch die Bauernfamilien in Aussee, besonders durch die Pächter des Liechtensteinschen Meierhofes, schon vor der Jahrhundertwende tschechische Landarbeiter in Aussee ansässig wurden. Mit der Jahrhundertwende kamen auch die ersten tschechischen Handwerker, die sich aber nur durch Arbeiten in den umliegenden tschechischen Dörfern halten konnten. Diese Leute sprachen „moravský". Doch stellt Fischer fest, daß die deutschen Vorkämpfer in den tschechischen Dörfern geboren waren und sich und ihre tschechischen Frauen in der Stadt germanisierten. Die Wälderverwaltung hatte deutsche Beamte und Angestellte. Der Verwalter der Liechtensteinschen Höfe war ein „wütender Deutscher und die tschechische Minderheit bestand nur aus Arbeitern. Schon im Jahr 1893" — so fährt Fischer fort —, „bemühte ich mich selber um die Errichtung eines tschechischen Kindergartens, aber es fand sich kein Platz für ihn und die Ausseer Deutschen verhinderten jeden Schritt. Die wenigen tschechischen Kaufleute wagten nicht hervorzutreten, denn es drohte ihnen Boykott und wirtschaftlicher Schaden. Die tschechische Geistlichkeit stimmte wohl der Errichtung einer tschechischen Schule zu, aber zugleich fürchtete sie sich. Bis sich dort der tschechische Arzt Dr. Šandera niederließ und nach ihm mein Freund, der Advokat Dr. Vojtl; da erhielten die Tschechen eine kleine Stütze". Soweit Fischer. Das war zu der Zeit, als Aussee 7,5 % Tschechen hatte!

Doch auch die Geistlichkeit hat national Stellung genommen. In den Matriken führte sie nach Möglichkeit die Namen der Deutschen tschechisch und führte tschechischen Gottesdienst ein, obwohl die fünf Dörfer, die zur Pfarrei Aussee gehörten, ihre eigene Kirche in Polleitz hatten.

1880:	288	Tsch.	1863	Dt.	
1890:	403	„	1647	„	
1900:	132	„	1621	„	
1910:	186	„	1441	„	
1921:	483	„	1109	„	(Fr 24)

Der Charakter der Stadt war deutsch, doch nahmen im Zeitalter der Industrialisierung beim Fehlen größerer Industrieanlagen Deutsche wie Tschechen ab. Auch der Bahnbau des Jahres 1902 konnte den Rückgang nicht aufhalten. Das deutsche gesellschaftliche Leben war so lebendig wie in den anderen mittelmährischen Städten. Schon 1887 wurde hier eine Ortsgruppe des Nordmährerbundes mit 32 Mitgliedern gegründet und im Herbst des gleichen Jahres eine Vorschußkasse, die den tschechischen

Grundkäufen in Aussee und Umgebung entgegentreten sollte (MT 4. 3. und 2. 9. 87).

1912 suchte eine Müllerei-Fachschule, die der Nordmährerbund unterstützt hatte und der der Fürst Liechtenstein in seinem Schloß die nötigen Räume gab, ja sie sogar nach Bedarf adaptierte, das Deutschtum zu stärken. Doch erwies sich die Gründung als Fehlschlag, da weder Fluß noch Mühle in Aussee waren, noch auch ein unmittelbarer Bedarf (MT 14. 12. 12 und später).

Die deutsche Volks- und Bürgerschule war für alle Kinder der Stadt zuständig, doch kämpften die Tschechen um eine eigene Volksschule, wenn auch ohne Erfolg. 1905 gründeten darum die Tschechen der nahen Dörfer Poleitz, Kloppe und Tritschein den Verein „Matice Unčovská", dessen Vorsitz Anton Merta, Bauer in Tritschein, übernahm. 1908 kaufte der Verein ein Grundstück in Aussee und errichtete trotz starkem deutschem Gegendruck, zusammen mit der Matice školská eine tschechische einklassige Volksschule. „Die Eröffnung gab den Deutschen neuen Anlaß zum öffentlichen Auftreten gegen die Tschechen. Es blieb nicht nur bei Drohungen, sondern es floß auch Blut. Tschechische Kinder und Eltern wurden Gegenstand roher deutscher Angriffe, und ich selbst mußte mich einmal auf dem Rad vor einem deutschen Steinhagel schützen — es gab damals noch keine tschechische Schule, wir suchten nur einen Platz dafür. Die glänzende deutsche Kultur erhielt damals einen unauslöschlichen Fleck in ihrer Geschichte..." Soweit Richard Fischer.

Diese tschechische Schule hatte im ersten Jahr 20 Schüler, 1912/13 waren es 45. Doch erst nach dem Umsturz von 1918 bekam Aussee eine voll ausgebaute Volks- und Bürgerschule, deren Schüler aus den umliegenden tschechischen Dörfern in die Stadt kamen. Noch 1932 klagte Fischer, daß es den Tschechen von Aussee nicht gelungen war, ein tschechisches Gasthaus oder Narodní dům zu errichten. Die Grundbevölkerung war eben doch bewußt deutsch (Fr 25).

Die deutschen Dörfer aber erhielten durch die Bodenreform nach dem Weltkrieg einen starken Schlag; vor allem die Liechtensteinischen Güter wurden parzelliert und an tschechische, kinderreiche Arbeiterfamilien vergeben, insbesondere im ganz deutschen Königlosen, nicht aber an die ansässigen deutschen Bauern, die gern ihr Land vergrößert hätten. So erhielten auch diese deutschen Dörfer starke tschechische Minderheiten und tschechische Staatsschulen.

Doch die „Hanáci", die altansässigen tschechischen Bauern der fruchtbaren Hanna-Ebene, machten diese Tschechisierungspolitik nur mit, soweit sie ihnen persönlichen Vorteil brachte. So erzählt Fischer: „In der deutschen Gemeinde Pinkaute (1910: 1 Tscheche + 419 Deutsche, 1921: nach der Bodenreform 62 Tschechen und 342 Deutsche) wurde von staatswegen eine tschechische Schule bewilligt, aber es besuchte sie niemand. Und etliche wohlhabende Bauern erklärten: Gebt uns größeren Grundbesitz,

dann nehmen wir die Schule an! — Welch ein schrecklicher Materialismus! Um wieviel höher stehen die tschechischen Arbeiter, die auf den Ertrag ihrer Hände angewiesen sind, die aber auf die tschechische Schule warten, ohne faule Ausreden!" (Fr. 28).

Ein paar Zahlen zur Illustration der Ergebnisse der Bodenreform von 1919 in den deutschen Dörfern des Bezirkes, von Dr. Kux zusammengestellt:

	1910				1921			
Pirnik	0	Tschechen	+ 340	Deutsche	42	Tschechen	+ 213	Deutsche
Grätz	5	„	+ 454	„	90	„	+ 336	„
Karle	3	„	+ 371	„	110	„	+ 277	„

Proßnitz

Die Hanna-Metropole Proßnitz war Zentrale des nationalen tschechischen Kampfes, so lang sich Olmütz noch als deutsche Stadt behauptete; also bis zum 1. Weltkrieg. Ihre reiche Industrie, landwirtschaftliche und Textil-Industrie, schuf bald ein selbstbewußtes Bürgertum und ein kämpferisches Proletariat, das sich aus den umliegenden tschechischen Dörfern immer wieder ergänzte. Über das Zahlenverhältnis beider Nationen waren aber keine genauen Zahlen erreichbar. Sie müssen also aus den Schulverhältnissen und den Wahl-Ergebnissen rekonstruiert werden. Von entscheidendem Einfluß auf die Bevölkerungsverhältnisse waren in Proßnitz die Juden, die hier den größten Teil des Handels in ihrer Hand hatten. Bis ins 19. Jahrhundert hinein hatten sie ihre eigene jüdische Gemeinde mit eigener Verwaltung. So bringen die Landtagsberichte von 1892 bei ihren Angaben über die Einwohnerzahlen den Vermerk „einschließlich der israelitischen Gemeinde" und die amtlichen Wählerzahlen von 1891 und 1895 bringen die Zahlen der „israelitischen Gemeinde" gesondert angeführt.

1857:	12 542	Einwohner
1869:	15 787	„
1880:	18 427	„
1890:	21 192	„
1910:	rund 25 000	„

Im Gerichtsbezirk Proßnitz lebten 1880 4762 Deutsche und 55 879 Tschechen (Ltg 98).

Die ersten Bürgermeister der Stadt seit der neuen Gemeindewahlordnung waren Deutsche: Anton Ficker, Weber und Hausbesitzer; Alois Bartel, Bürger und Hausbesitzer; Konstantin Czerny, Färbermeister und Bürger; Johann Zajiček, Bürger, bis 1892 (Mor 78).

Der Machtkampf war hier überaus hart und umfaßte alle Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens. Die alte deutsche Oberrealschule wurde

1884 zur Landes-Anstalt umbenannt und hatte 15 Lehrer. Die Schülerzahl und ihre nationale Zugehörigkeit ist leider nicht feststellbar. Doch waren bis zur Gründung einer eigenen tschechischen Oberrealschule, Mitte der 70er Jahre, bestimmt mehr als die Hälfte der Schüler Tschechen (Ltg 84). 1878 suchte jedenfalls die Matice školská bei der Gemeinde Proßnitz um eine Subvention für ihre Oberrealschule an und wurde mit dem Hinweis abgewiesen, daß es die Matice vor der Gründung ihrer Schule abgelehnt habe, der Errichtung tschechischer Parallelklassen an der deutschen Oberrealschule zuzustimmen. Die tschechische Realschule dürfte 1877 oder 1876 gegründet worden sein. Den Grundstock bildeten die tschechischen Schüler der deutschen Anstalt. Das Land muß die tschechische Schule bald übernommen haben, denn 1892 werden in den mährischen Landtagsberichten beide Schulen angeführt:

Deutsche Oberrealschule: 9 Klassen, 214 Schüler, davon 71 Tschechen und 78 Juden.

Tschechische Oberrealschule: 10 Klassen, 375 Schüler, davon 0 Deutsche, 1 Jude.

Außerdem hatte Proßnitz um diese Zeit bereits eine Landesfachschule für Weberei (ihre Unterrichtssprache geht aus dem Bericht des Landes-Schulamtes nicht hervor), die später in eine tschechische Fachschule für Konfektion und Mode umgewandelt wurde. Ferner eine tschechische zweiklassige Handelsschule, zwei national getrennte gewerbliche Fortbildungsschulen mit je 2 Jahrgängen und ein voll ausgebautes, national getrenntes Volks- und Bürgerschulwesen. Ihre Volksschule mußten die Tschechen 1888 freilich erst selbst gründen, ebenso ihren Kindergarten, die beide von der Proßnitzer Ortsgruppe der Jednota ins Leben gerufen und erhalten wurden, bis ihnen die Verstaatlichung gelang (MT 10. 1. 88).

Entscheidend für die nationale Entwicklung der Stadt war ihr Übergang von der werkstattmäßigen Tuchfabrikation zur fabriksmäßigen Konfektionserzeugung. Daß die zuströmenden Arbeiter Tschechen waren, ist bei der rein tschechischen Umgebung selbstverständlich. Von den 25 000 Einwohnern 1910 waren 9000 in der Textil- und Konfektionsindustrie und 2500 in der metallverarbeitenden Industrie beschäftigt, so gut wie alle waren zugewanderte Tschechen.

Marksteine für die Tschechisierung der Stadt sind die Gemeindewahlen. 1883 wurden zum ersten Mal im 3. Wahlkörper nur Tschechen gewählt, nach einer nachhaltigen, bis in die einzelnen Familien greifenden Agitation. Hier, wie in den anderen mittelmährischen Städten mit jüdischen Gemeinden, ging der Kampf besonders um die jüdischen Wähler, die immer auf deutscher Seite standen, in den Schulen und Vereinen, bei allen Sammlungen, die aber als Kaufleute vom Wohlwollen ihrer Umgebung besonders abhängig waren. Die „Svůj k svému"-Parole war daher in erster Linie gegen die jüdischen Kaufleute gerichtet. Pater Bedroš, vom Tagblatt sehr ironisch als „Vater der Stadt" bezeichnet, war ein besonders heftiger

Vorkämpfer für die tschechische Sache. So ist es nicht zu verwundern, daß der 3. Wahlkörper mit einem Sieg der Tschechen schloß (MT 23. 1. 83). Doch die vielen deutschen Stimmen bei dieser Wahl — mögen sie auch erfolglos gewesen sein — ließen dem „Našinec" keine Ruhe, und er verlangte namentliche Nennung der Wähler, die eine deutsche Stimme abgegeben hatten, um seine Boykottliste ergänzen zu könne. Das Tagblatt wiederum nahm die gewählten Tschechen sehr genau unter die Lupe, bis in ihre privatesten Angelegenheiten hinein.

Am Wahltag des 2. Wahlkörpers sicherte ein starkes Aufgebot von Kavallerie die Ruhe, denn aus den Dörfern waren die Tschechen in die Stadt geströmt, den Wahltag zu feiern. Doch ging aus der Wahl der 2. Kurie eine geringe deutsche Mehrheit hervor, so daß also trotz der tschechischen Majorität der neuen Gemeindevertretung ein Deutscher an die Spitze der Gemeinde trat (Zajíček).

Dennoch war die Gefahr des Verlustes aller wichtigen deutschen Positionen in greifbare Nähe gerückt. Schon vor 1873 war der Plan zum Bau eines Deutschen Hauses aufgetaucht, dann aber wieder fallen gelassen worden. Nun wurde wieder ein Hausbau als Heim für alle deutschen Vereine geplant, wenn auch der Versuch, alle deutschen Vereine zu einem einzigen Verein zusammenzuschließen, gescheitert war (MT 5. 2. 83). Doch hatten die Deutschen noch ihr Stadttheater mit einer viermonatigen Spielzeit (MT 23. 2. 83) (nach dem Verlust des Theaters 1894 spielten sie im Deutschen Haus) und ihre eigene Zeitung „Deutsche Stimmen". Die Ferialverbindung der deutschen Hochschüler, gegründet 1880, war rührig und veranstaltete Sommerfeste und Tanzkränzchen. Seit 1881 bestand eine Ortsgruppe des Deutschen Schulvereins, seit 1894 eine des Nordmährerbundes. Der „Sänger- und Musikverein" gab jährlich ein Konzert, der Proßnitzer „Deutsche Schützenverein" stand mit den andern Schützenvereinen in Verbindung und fuhr im Sommer 1881 zum Mährischen Landes-Schützenfest nach Mährisch-Schönberg, das „ein wahrhaft deutsches Fest" wurde (Mor 81).

Der Plan zum Bau des Deutschen Hauses aber war liegen geblieben, bis die Notwendigkeit ganz handgreiflich auftrat, d. h. bis zu den Gemeindewahlen 1888. Denn die deutschen Vereine fühlten sich in ihrem Stammlokal ganz wohl, obwohl es einem Tschechen gehörte, der aber mit ihnen immer deutsch sprach. Bei der Wahl dieses Jahres aber gab er eine tschechische Stimme ab (MT 25. 1. 88). Nun rafften sich die deutschen Vereine doch zu einem Boykott dieses Gasthauses auf, stellten, bis ihr eigener Saal fertig war, alle Veranstaltungen ein und brachten innerhalb weniger Tage 25 000 Gulden für den Bau des Deutschen Hauses auf.

Zur Aufbringung weiterer Mittel veranstalteten sie u. a. 1893 ein großes Volksfest mit Festzug und auswärtigen Gästen (MT 23. 11. 93). Uber die sonstigen Geldquellen ist nichts bekannt, doch kam es am 4. 10. 1894 endlich zur Eröffnung des Deutschen Hauses (MT 5. 10. 94).

Die Zahl der utraquistischen Vereine, die in der Maienblüte der Demokratie von 1848 gegründet worden waren, schmolz aber immer mehr zusammen. Sie fielen in je zwei national getrennte Vereine auseinander oder gingen Ende des Jahrhunderts ein. Dafür erstarkten die nationalen Vereine. 1883 war der Sokol bereits so stark, daß er in den Dörfern berittene Ortsgruppen aufstellte, so daß die Tschechen eine kleine, aber bewegliche Privat-Armee zur Verfügung hatten (MT 23. 5. 83). Die Proßnitzer kämpferische Zeitung „Hlasy z Háně" mit ihren stets ergänzten Boykott-Listen war in jedem tschechischen Haus zu finden und hatte einen bestimmenden Einfluß. Wohl rief der k.k. Bezirkshauptmann die tschechischen Dorfbürgermeister immer wieder zur Ordnung, doch war der Erfolg gleich Null. Das zeigte das „Národní zjezd" [Nationales Treffen] von 1883, als der Tschechische Verein von Olmütz nach Proßnitz kam, den ein großer Umzug durch die beflaggte Stadt und ein großes Volksfest begrüßte. Aus Angst vor Boykott und eingeschlagenen Fensterscheiben beflaggten auch die meisten deutschen und jüdischen Geschäftsleute, wenn auch nicht in den tschechischen, sondern in den Landesfarben (MT 7. 8. 83).

Dennoch brachten die Gemeindewahlen von 1887 erneut einen Sieg der Deutschen, wenigstens im 2. Wahlkörper, nicht zuletzt dank der Juden, die deutsch gestimmt hatten, während die gesamte Geistlichkeit tschechisch stimmte (MT 22. 12. 87). Das Ergebnis im 2. Wahlkörper: 123 deutsche und 57 tschechische Stimmen. Im 3. Wahlkörper, am vorangegangenen Sonntag, war die tschechische Liste als Sieger hervorgegangen.

Genauere Zahlen haben wir in den Landtagsberichten über die Landtagswahlen von 1891 und die Reichsratswahl von 1895.

1891: Proßnitz-Stadt: 317 dt. + 633 tsch. nat. + 42 soz.dem.
israelit. Gem.: 66 „ + 0 „ + 1 „

1895: Stadt: 1575 Stimmberechtigte in der 3. Kurie,
isr. 155 „ „
Abgegebene Stimmen Stadt: 286 dt. + 682 tsch.
isr. 66 „ + 2 „ (Ltg 91 u. 95)

Den Gemeindewahlen des Jahres 1892 gingen Terror, Boykotthetze und Drohungen aller Art voraus. „Mit Rücksicht auf die Gewalttätigkeiten der Tschechen gegen die deutschen Wähler... hat das deutsche Wahlkomitee die Überreichung eines Wahlprotestes und die vollständige Wahlenthaltung im 1. und 2. Wahlkörper beschlossen, damit Leben und Sicherheit der Deutschen nicht gefährdet werden" (MT 2. 5. 92). Damit ging auch in den ersten beiden Wahlkörpern die Mehrheit, die seit 24 Jahren deutsch war, verloren. Die bedeutend verstärkte Gendarmerie hatte am Wahltag keinen Grund zum Einschreiten. Am 4. Mai 1892 trat die erste rein tschechische Gemeindevertretung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die 30 Tschechen gehörten den verschiedensten Richtungen an (MT 19. 6. 92). Doch die Bestätigung der Wahl ließ lange Wochen auf sich warten, so daß die Tschechen für den 17. Juni eine öffentliche Protestversammlung einberiefen, die

aber der k.k. Bezirkshauptmann ebenso verbot wie die Proßnitzer Wanderausstellung „Náš národ" [Unser Volk] in Wischau.

Die Gemeindewahlen der nächsten Perioden brachten nur einen Wahlkampf zwischen den verschiedenen tschechischen Parteien, die sich in den nächsten Jahrzehnten immer deutlicher gegeneinander abgrenzten. Die Deutschen blieben passiv und gingen nicht zur Wahl (MT 21. 9. 95).

Dennoch aber hielten sich die deutschen Schulen und das deutsche Kulturleben auf einer beachtlichen Höhe. Das Gefühl der sozialen und kulturellen Überlegenheit der Deutschen war in einem großen Teil des tschechischen Volkes auch noch lebendig. Deshalb sahen die neuen Herren ihre nächste Aufgabe in der Umerziehung ihres Volkes.

Der Kampf ging zunächst gegen die deutschen Schulen und wurde auch von den Sozialdemokraten unterstützt. Ein gewisser Konvička erklärte: „Das Lernen der deutschen Sprache vergiftet die Seelen der Kinder" (MT 18. 9. 99), und der Ortsschulrat, dem die Schulen beider Nationen unterstanden, verbot den deutschen Schulen, ortsfremde Kinder aufzunehmen, also auch die jüdischen, da diese ja noch ihre eigene jüdische Gemeinde hatten. Ihnen durften höchstens als „Gäste" in den hintersten Reihen Plätze überlassen werden. Sein früherer Beschluß, diese Kinder vom Besuch der deutschen Schulen überhaupt auszuschließen, wurde auf einen deutschen Rekurs hin abgeändert (MT 9. 10. 99).

Gegen die Sprachenverordnungen des Barons v. Gautsch führten die Proßnitzer Tschechen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Prager Führer auch hier 1899 den Mob auf die Straße, hetzten ihn auf bis zur Weißglut gegen das Deutsche Haus, deutsche Geschäfte und vor allem gegen die jüdischen Geschäftsleute. Am nächsten Tag wiederholten sich diese Ausschreitungen. In der folgenden Nacht wurden die Demonstranten schließlich durch Militär aus der Stadt gedrängt. Am nächsten Tag promenierten die eleganten tschechischen Damen und Herren mit strahlenden Gesichtern vor den demolierten Häusern (MT 17. 10. 99).

Diese Demonstrationen hatten nicht nur einen nationalen, sondern auch stark anti-österreichischen Einschlag. Am Morgen des 16. November 1899 waren über Nacht alle deutschen Aufschriften und die Kaiseradler an den Postämtern und Briefkästen mit schwarzem Eisenlack übermalt (MT 16. 11. 99).

Der nationale Kampf wurde immer mehr zu einem Kleinkrieg, der sich bis ins Lächerliche steigerte, als Symptom aber dennoch erwähnt werden muß. Am 10. 3. 1902 weigerte sich die Stadtverwaltung, eine Zuschrift der Proßnitzer deutschen Staats-Oberrealschule anzunehmen, weil sie in deutscher Sprache geschrieben war. Diese wandte sich nun an den Landesausschuß, der entschied, daß die Stadt die Zuschrift annehmen müsse. Doch die Gemeinde focht diese Entscheidung noch im Instanzenwege an (MT 11. 3. 02).

Die Gemeindeverwaltung entzog der deutschen Freiwilligen Feuerwehr mit dem 5. 3. 1902 den Löschdienst in der Stadt und gründete eine städtische, tschechische Feuerwehr. Die deutsche Turnerfeuerwehr hatte

seit 33 Jahren den Dienst getan und ihre Dienste jedem, ohne Ansehen der Nation, geleistet. Eine deutsche Protestversammlung im Deutschen Haus änderte nichts an der Lage der Dinge (MT 17. 3. 02).

Pater Odstrčil lehnte es ab, in sein Taufregister deutsche Eintragungen zu machen und erklärte: „Ich werde mir mein Taufbuch nicht verschweinern!" (MT 7. 4. 02).

Doch wurde die Sache ernster, als kurz vor den Handelskammerwahlen des Jahres 1902 der tschechische Bürgermeister seine Polizei zu den deutschen und jüdischen Wählern schickte mit einem Zettel in deutscher Sprache: „Der Herr Bürgermeister läßt bitten, die Blanko-Bogen zur Handelskammerwahl zu unterschreiben. Es wird niemand etwas davon erfahren." Die Polizeimänner hatten dazu den Auftrag, diese unterschriebenen Blanko-Wahlscheine gleich mitzubringen (MT 3. 5. 02).

Alle von Prag gesteuerten tschechisch-nationalen Bewegungen fanden in Proßnitz einen überaus fruchtbaren Boden. Am 11. 11. 1905 kam es hier wieder zu den wüstesten Ausschreitungen. Demonstranten zogen durch die Stadt mit „Hrom a peklo", schlugen die Fenster der Deutschen ein, bewarfen die Gendarmerie, die Ruhe schaffen wollte, mit Steinen, bis die später erscheinenden Landwehr-Ulanen mit blankem Säbel die Straßen säuberten. Das Tagblatt sprach von einem Aufgebot von rund 3000 tschechischen Nationalisten. Die organisierte Sozialdemokratie war nicht daran beteiligt. Das Deutsche Haus und die jüdischen Geschäftshäuser, welche von Anfang an von der Gendarmerie beschützt worden waren, blieben unbeschädigt (MT 12. 11. 05). Doch wurden für die Nacht noch weitere Ausschreitungen befürchtet. Das Vorspiel dieser „Rache für Brünn", wo es am 28. 9. 1905 bei einem Trutz-Meeting der Tschechen zu Zusammenstößen mit Deutschen gekommen war, war schon der Überfall auf die von Brünn zurückkehrenden Deutschen am Proßnitzer Bahnhof am gleichen Tag gewesen. Am 28. 11. 1905 kam es in Proßnitz übrigens zu neuen Demonstrationen, bei denen es der Gendarmerie wieder gelang, die besonders gefährdeten deutschen und jüdischen Häuser vor der Zerstörung zu bewahren (MT 29. 11. 05).

Im November 1910 gab es ähnliche Demonstrationen gegen den Finanzplan der Landesregierung (MT 15. 11. 10) und am 26. 11. 1912 finden wir sogar alle tschechischen Schüler auf der Straße bei einer lärmenden Demonstration „für den Frieden", gegen die „deutschen Kriegshetzer". Die Deutschen wurden im Deutschen Haus regelrecht belagert, bis die Gendarmerie die Deutschen befreite und durch die johlende Menge in Sicherheit brachte (MT 27. 11. 12).

Ein Ansuchen des Deutschen Veteranenvereins, der zu seinem vierzigjährigen Bestandsjubiläum am 16. Mai 1914 auf dem Marktplatz eine Feldmesse lesen lassen wollte, wurde vom Stadtrat als gefährlich für die Ruhe der Stadt abgelehnt. Auch der Rekurs an die Statthalterei in Brünn blieb ohne Erfolg (MT 6. 6. 14).

Nach den Gemeindewahlen von 1907 fühlte sich die tschechische Stadtverwaltung schon so sicher im Sattel, daß sie begann, sich der andern Gemeinden in der Hanna anzunehmen. Sie verlangte von der Landesregierung die Zurückziehung aller deutschen Beamten aus den Städten und Dörfern der Hanna und forderte, daß in rein tschechischen Gebieten nur tschechische Beamte, in gemischten (Neutitschein, Trübau, Znaim) zur Hälfte, in rein deutschen (Römerstadt, Bärn, Schönberg) deutsche mit ausreichenden tschechischen Sprachkenntnissen angestellt werden sollten. Bei der Einschätzung der nationalen Verhältnisse gingen aber die Ansichten der Deutschen und Tschechen sehr auseinander. So nahmen die Tschechen um diese Zeit an, daß in Proßnitz nur noch 900 Deutsche lebten, während die Deutschen mit 3000 rechneten (MT 13. 9. 07).

Doch das Deutschtum lebte weiter, wenn auch als Minorität. Im Jahre 1899 wurde ein deutscher Theaterverein gegründet und ein ständiges eigenes Ensemble, nun im Deutschen Haus, gab in Kremsier und anderen Städten regelmäßige Gastspiele. Es entstand 1902 ein deutscher Werkmeister- und Industrie-Beamtenverein. Die deutsche Hochschülervereinigung feierte 1907 ihr dreißigjähriges Stiftungsfest, und die deutschen Schulen und die Staats-Oberrealschule hielten sich inmitten der tschechisch gewordenen, stark wachsenden Industriestadt bis zum Zusammenbruch des Jahres 1918. Bürgerschule und Realschule wurden nun aufgelöst, und die Volksschulen zu einer immer kleiner werdenden Schule zusammengelegt. Ende der Dreißiger Jahre wies Proßnitz nur noch spärliche Reste des Deutschtums auf.

Kremsier

Die enge Bindung Kremsiers ans Olmützer Erzbistum, die bis in die Tage Brunos v. Schaumburg zurückreicht, also ins dreizehnte Jahrhundert, bestimmte auch die nationale und kulturelle Entwicklung der Stadt. Solange die Olmützer Erzbischöfe deutsche Kirchenfürsten waren, solange das Olmützer Domkapitel eine deutsche Majorität hatte, solange war Kremsier deutsch. Mit der Wahl Dr. Theodor Kohns verloren die Kremsierer Deutschen ihren Rückhalt im erzbischöflichen Schloß und in der Güterverwaltung, denn die deutsche Beamtenschaft wurde nach und nach durch Tschechen ersetzt; unter Kardinal Dr. Bauer ging die Tschechisierung ruhiger, aber dennoch unaufhaltsam fort, und mit dem tschechisch orientierten Kardinal Dr. Skrbensky wurde sie besiegelt.

Die Sommerresidenz der Olmützer Fürst-Erzbischöfe, vom baufreudigen Kardinal Grafen Liechtenstein-Castelcorn im 17. Jahrhundert erbaut, war nicht nur baulich, sondern auch geistig das Zentrum der Stadt. Ihr Park, bereitwillig seit mehr als 100 Jahren den Bürgern der Stadt zur Verfügung gestellt, bot mit dem Schloßteich der Jugend einen beliebten Eislaufplatz, bis Erzbischof Kohn durch ein Verbot die Bürger von beidem ausschloß,

nicht ohne die heftigsten Angriffe der gesamten Presse dafür zu ernten (MT 30. 12. 99).

Uber die nationalen Verhältnisse in Kremsier im Mittelalter wissen wir nichts, wenn wir auch wissen, daß es 1377 Olmützer Stadtrecht erhielt, also rechtlich dem Oberhof Magdeburg unterstellt wurde (ZimKr S. 28). Selbst noch Mitte des 19. Jahrhunderts haben wir keine Zahlen für den nationalen Schlüssel.

1857:	9 110	Einwohner	
1869:	9 918	„	
1880:	11 241	„	
1890:	12 041	„	(Ltg 92).

Doch wir wissen, daß die Stadt bis 1886 deutsche Bürgermeister hatte.

Das Kremsierer Deutschtum hatte ein lebhaftes Vereinsleben. Seine wichtigste Stütze hatte es in seinem reich ausgebauten Schulwesen. Wohl sind die meisten Schulen um 1870 utraquistisch, doch unter Vorherrschaft des Deutschen. 1893 aber finden wir bereits alle Schulen national getrennt (MT 3. 10. 93). Dazwischen liegen zwei Jahrzehnte scharfen nationalen Kampfes. Immerhin weist die deutsche Knaben-Volksschule (4klassig) 282 Schüler auf, die deutsche Mädchen-Volks- und Bürgerschule 348 Schülerinnen, die deutsche Landes-Oberrealschule 201 Schüler, das deutsche k.k. Staatsgymnasium 219 Schüler. Doch „wünscht seine Gnaden, der Fürsterzbischof Kohn nicht, daß seine Beamten ihre Kinder in die deutsche Schule schicken, und die Stadtverwaltung verbietet ihren Beamten, ihre Kinder deutsch zu erziehen, und nur an tschechischen Schulen gewährt die Stadtverwaltung Schulgeldbefreiung oder sonstige Unterstützungen. Dennoch haben die beiden Bezirke Kremsier und Ungarisch-Hradisch noch so viele deutsche Volksschulen, daß dafür zwei eigene Schulinspektoren amtieren" (Progr).

Uberaus interessant ist die Entwicklung der beiden deutschen Oberschulen in Kremsier. Schon 1786 wurde eine städtische Hauptschule errichtet. Der Landtagsbericht von 1892 weist sie als Landes-Oberrealschule aus, 7 Klassen mit 16 Lehrern, 153 Schülern u. zw. 99 deutschen und 54 tschechischen. Das Mähr. Tagblatt meldete im nächsten Jahr 154 Schüler, von denen 77 Deutsche (einschließlich 48 Juden) und 67 Tschechen waren.

Genauere Daten haben wir über die Entwicklung des k.k. Staats-Obergymnasiums. Im Jahre 1687, also im Zug der Gegenreformation, beauftragte Kardinal Liechtenstein-Castelcorn die Piaristen mit der Errichtung eines Gymnasiums, das sich bis zur Verstaatlichung und Übernahme der österreichischen Schulordnung Ende der sechziger Jahre in ihrer Hand erhielt. Noch 1877 ist die Leitung des Gymnasiums in der Hand des Piaristen Athanasius Mayer. Außer ihm waren um diese Zeit unter den 14 Lehrern des Hauses noch 6 Piaristen. Der letzte von ihnen wurde 1884 altershalber pensioniert. Die Unterrichtssprache war deutsch, doch waren

unter den 350 Schülern des Jahres 1877 74 deutschsprachige Juden und 200 Tschechen. Ein großer Teil der tschechischen Schüler der Unterklassen dürfte die deutsche Sprache schlecht beherrscht haben, denn schon im nächsten Jahr finden wir einen Vorbereitungs-Kursus mit 24 Unterrichtsstunden, von denen 12 Stunden Deutsch-Unterricht waren. Er entsprach zweifellos einem Bedürfnis, da dieser Kurs gleich mit 55 Schülern begann (Progr).

Das Verhältnis der Schülerzahlen hielt sich in den nächsten Jahren ziemlich konstant. 1889 aber finden wir die Zahl der tschechischen Schüler auf rund ein Drittel gesunken: Von 244 Schülern sind 169 deutsche, 60 Juden, 72 Tschechen (MT 27. 10. 87). Denn die Matice hatte 1887 ein tschechisches Untergymnasium begründet, so daß nun nur noch die Obergymnasiasten die deutsche Anstalt besuchen mußten, ebenso wie die Abschlußklassen des fürsterzbischöflichen Knabenseminars, für das Erzbischof Kohn trotz aller Bemühungen nicht das Öffentlichkeitsrecht erlangen konnte; seine Schüler mußten also ebenfalls am deutschen k. k. Staatsgymnasium maturieren. So erklärt es sich, daß z. B. 1899 von den 40 Abiturienten 27 Schüler des Knabenseminars und nur 13 eigene Schüler waren (MT 4. 8. 99). Schüler dieses Gymnasiums war auch Roda Roda.

So erscheint Kremsier, die Stadt ganz ohne deutsches Hinterland und ohne deutsches Industriezentrum in der Nähe, als deutsche Schulstadt ersten Ranges. Doch der Unterbau bröckelte langsam ab. Schon 1887 lehnte der mährische Landesschulrat die Errichtung einer 5. Klasse der deutschen Knabenvolksschule ab, obwohl die 4. Klasse 80 Schüler hatte. Wahrscheinlich geschah dies, um die Bewilligung einer 5. Klasse des tschechischen Privat-Gymnasiums gleichfalls verweigern zu können (MT 28. 10. 87). Wohl erklärte sich die tschechische Stadtverwaltung bereit, die Kosten für den Ausbau des tschechischen Obergymnasiums zu übernehmen, ungeachtet des Einspruchs der deutschen Gemeindevertreter. Darum riefen die Tschechen ihr Volk auf die Straße: Ende der Sommerferien 1887 veranstalteten sie einen großen Tábor, zu dem die Tschechen aus nah und fern herbeiströmten, um gegen die Ablehnung der Schulerweiterung und zugleich auch gegen die Regierung zu protestieren, die sich weigerte, das tschechische Gymnasium der Matice in Troppau zu übernehmen (MT 14. 8. 87). Trotzdem und trotz aller Rekurse wurde der Ausbau des Kremsierer tschechischen Gymnasiums in Kremsier 1888 vom Wiener Reichsrat endgültig abgelehnt, vor allem wohl, um dem deutschen Gymnasium in Kremsier die Schüler zu erhalten. Dennoch wäre die Erweiterung möglich gewesen, wenn die Tschechen dem Antrag des Fürsten Liechtenstein auf Einführung der Konfessionsschule in Österreich zugestimmt hätten (MT 1. 2. 88). Doch kamen die Proteste gegen eine Konfessionalisierung des österreichischen Schulwesens nicht nur von den Tschechen; auch die deutschen Gemeindevertretungen von Sternberg, Olmütz, Proßnitz, Schönberg, Paulowitz, Groß-Waltersdorf, Meedl usw., Proteste zahlloser Vereine, Körperschaften,

Bezirksverbände wandten sich dagegen. So fiel der Antrag Liechtenstein, so fiel aber auch das tschechische Obergymnasium in Kremsier.

Den Tschechen aber stand schon frühzeitig ein voll ausgebautes Volksschulwesen zur Verfügung (Ltg). 1886 wurde dazu eine Mädchen-Bürgerschule, 1889 eine Knaben-Bürgerschule eröffnet. Dennoch ging der Kampf um die Kinder vor allem auf tschechischer Seite vor Beginn jedes Schuljahres von neuem an. 1887 hatte die Matice einen Kindergarten gegründet. Der Kaplan von St. Mauritz, der die Taufmatriken führte, P. Přivřil, weigerte sich, die Matrikenauszüge zur Schulaufnahme den Eltern in die Hand zu geben, sondern sandte sie alle, auch die der deutschen Kinder, in die tschechischen Schulen (MT 14. 9. 87). Auch die Handhabung der Schulgeldbefreiung gefährdete das deutsche Staatsgymnasium, denn die Schüler des tschechischen erhielten alle gewünschten Befreiungen und Beihilfen von der Gemeinde, die den deutschen gesperrt wurden (MT 11. 1. 02).

Der Deutsche Volksrat mußte sich endlich an die Öffentlichkeit um Hilfe wenden, die dann der Nordmährerbund leistete. Auch der noch 1902 geäußerte tschechische Wunsch, tschechische Bahnbeamte an Stelle der deutschen nach Kremsier zu geben, war ein Versuch, die deutschen Schulen zu leeren.

Auch auf anderen Gebieten schlossen sich die Tschechen aller Richtungen zum Kampf gegen die Deutschen zusammen. 1887 weigerte sich Graf Potulicky, damals Propst von St. Mauritz, dem deutschen Musikverein in seiner Kirche ein Kirchenkonzert zu gestatten, mit dem Hinweis, daß ein Frauenchor den kanonischen Forderungen widerspreche, während er die Kirche dem tschechischen Damensingverein „Vlastimila" zur Verfügung stellte. Den deutschen Kirchenkapellmeister entließ er und stellte dafür einen Tschechen an, der sein erstes Kirchenkonzert mit der russischen Volkshymne eröffnete (MT 5. 1. 87).

Doch gingen die Tschechen in diesen Jahrzehnten auch an den positiven Ausbau ihres „Hannakischen Bethlehem", nachdem es ihnen bei den Gemeindewahlen von 1887 nach langen Kompromißverhandlungen mit den Deutschen gelungen war, ohne Wahlkampf gegen das Zugeständnis von 12 Sitzen an die Deutschen an die Macht zu gelangen (MT 13. 5. 87).

Um 1890 hatten die Tschechen in Kremsier eine Lehrerbildungsanstalt, ein Untergymnasium mit 4 Klassen, eine Realschule mit 7 Klassen, eine einjährige Ackerbauschule neben einem voll ausgebauten Volks- und Bürgerschulwesen, alles Anstalten, die der Überwindung des deutschen Kultureinflusses und einer klaren Hinwendung zur slawischen und französischen Kulturwelt dienten.

Damit lösten sich langsam auch die bisher utraquistischen Körperschaften auf. Der 3. allgemeine Gewerbetag des Jahres 1894 brachte 180 Genossenschaften aus Böhmen, Mähren, Schlesien und Wien nach Kremsier, Deutsche und Tschechen. Als Redner traten führende tschechische Abgeordnete auf die Bühne und sprachen über nationale und wirtschaftliche

Fragen. Von den deutschen Rednern sprach der Abgeordnete Schneider und ritt eine antisemitische Attacke. Doch gab es keine Zusammenstöße. Zum Abschluß des Tages spielte die Kapelle „Kde domov můj" und „Hej Slované", welche die deutschen Teilnehmer ruhig anhörten. Doch bei den ersten Klängen des „Gott erhalte", das für die Deutschen gespielt wurde, gab es Johlen und Pfeifen und wilden Aufbruch. Interessant ist dabei, daß die österreichische Volkshymne als rein deutsches Lied gewertet wurde, das die Tschechen nichts anging, und dies bereits 1894!! (MT 3. 9. 94).

Bedeutsam war die Wanderausstellung des Vereines „Velehrad" im gleichen Jahr. Die deutsche Volks- und Bürgerschule mußte dafür ihre Räume zur Verfügung stellen. Alle deutschen Aufschriften wurden darum überstrichen. Nirgends gab es eine österreichische Fahne; nur mährische und böhmische Fahnen waren zu sehen. Ausgestellt wurden Statistiken, Bilder und Volkskundliches. Dazu gab es eine Reihe von Vorträgen (MT 6. 9. 94).

„Kroměříž", das „hannakische Bethlehem", war ganz tschechisch geworden. Die letzten deutschen Einrichtungen wurden abgebaut: Neben dem deutschen Feuerwehrverein, der durch 30 Jahre die ganze Stadt betreut hatte, wurde 1907 eine tschechische Feuerwehr gegründet. Dem deutschen Verein wurde nun sein Depot im Gemeindehaus gekündigt und als Ersatzraum die erzbischöfliche Pferdeschwemme angeboten. Da die Deutschen diesen Ersatz ablehnten, wurden sie kurzerhand delogiert. Protestversammlungen, Tábory, Demonstrationen bei allen Gelegenheiten brachten den kleinen Mann immer wieder auf die Straße. Politisierung und Unterhöhlung des gesamten öffentlichen Lebens waren die Folge.

Doch gliederten sich aus dem tschechischen Nationalismus nach 1900 noch andere Richtungen heraus: 1910 gründeten die „Orli", d. h. die christlichen Turner, in Kremsier eine Ortsgruppe, im gleichen Jahr erbauten die Juden ihren Tempel (MT 17. 8. 10). Auch ein bescheidenes deutsches Leben hat sich im Schutz seiner beiden Mittelschulen erhalten, 1899 wurde ein deutscher Theaterverein gegründet (MT 13. 9. 99). 1902 eine deutsche Musikschule, 1904 übersiedelte die deutsche Mädchen-Volks- und Bürgerschule noch in ein neues Schulgebäude, und der deutsche Musikverein veranstaltete gut besuchte Konzerte. Ja 1904 war die deutsche Volksgruppe noch so stark, daß sie für das abgebrannte Wisowitz ein Wohltätigkeitsfest veranstaltete ..., an sich alles unbedeutende Tatsachen, die aber darauf schließen lassen, daß die Deutschen der Stadt trotz ihrer Verlorenheit in einer rein tschechischen Umwelt und ohne jeden Rückhalt, doch ihrem Volk verbunden blieben.

Ungarisch-Hradisch, Göding, Gaya, Ungarisch-Brod, Wsetin, Holleschau, Wallachisch-Meseritsch

Ungarisch-Hradisch, die „königliche Stadt", hatte 1777 durch die Kaiserin Maria Theresia ein Piaristen-Gymnasium bekommen. Es war die Stütze des Deutschtums zwischen Olmütz und Lundenburg, hatte Ende des 19. Jahrhunderts aber zu gut 40 % tschechische und slowakische Schüler. Außerdem gab es um diese Zeit noch eine (oder zwei) deutsche Volks- und Bürgerschulen, die gleichfalls stark von Slawen besucht wurden.

Der Kampf um die Errichtung tschechischer Schulen ging durch Jahrzehnte. Im Jahre 1888 errrichtet die Matice endlich aus eigenen Mitteln ein tschechisches Untergymnasium, das die tschechischen Schüler aus dem deutschen Gymnasium abzog. Doch mußten die, welche weiterstudieren wollten, das deutsche Obergymnasium besuchen und deutsch maturieren. So hielt sich der Anteil tschechischer Schüler am deutschen k.k. Staatsgymnasium bei rund 30 % (MT 10. 1. 88).

Das Deutschtum der Stadt nahm aber rapid ab, vor allem durch die Abwanderung der jüngeren Generation nach Wien und durch Assimilation der Juden, insbesondere nach dem Tábor von 1899. Das Fehlen jedes deutschen Hinterlandes mag dazu auch beigetragen haben.

1880:	1898	Dt.	+ 1712	Tschechen	und Slowaken
1890:	1100	„	2964	„	„
1900:	937	„	4139	„	„
1910:	369	„	4717	„	„
1921:	157	„	5106	„	„

Um 1890 dürfte die Stadtverwaltung tschechisch geworden sein. Bis 1910 zeigten die Wahlen ungefähr das gleiche Bild: Die tschechischen Christlichsozialen und die tschechischen Fortschrittlichen waren ungefähr gleich stark. Die Wahlentscheidung lag also bei den Deutschen und Juden, die meist mit den Christlichsozialen, gelegentlich aber auch mit den Fortschrittlichen, ein Wahlbündnis eingingen, um sich wenigstens einen geringen Enfluß in der Gemeindestube zu sichern.

Nach 1918 schwand der letzte Rest dieses Deutschtums und das Staatsgymnasium wurde kurzerhand in eine tschechische Anstalt umgewandelt. „Uherské Hradiště" wurde die Metropole der mährischen Slowakei, ihr Wirtschafts- und Kulturzentrum.

Trotz ähnlich gelagerter nationalen Verhältnisse zeigte sich in Göding keine Möglichkeit zu einer Kompromißlösung. Die schärferen nationalen Spannungen mögen aus den starken sozialen Gegensätzen der Stadt hervorgegangen sein. Denn die Deutschen, das waren zunächst die Beamten und Angestellten der kaiserlichen Güter und Gestüte, der staatlichen Tabakfabrik, der deutschen Zuckerfabrik, die alle halbe Wiener waren

und die slowakische Bevölkerung nicht als ebenbürtig ansahen. Die Gemeindeverwaltung hielt sich bis 1918 deutsch, nicht nur durch die deutsche Oberschicht der Stadt, sondern auch durch die von ihr abhängigen Diener und die Arbeiter dieser Güter und Fabriken, welche für die deutsche Liste zu stimmen pflegten. Sie füllten auch die deutschen Schulen: Volks- und Bürgerschule, Realschule. Die Tschechen besaßen eine fünfklassige Volksschule. Dazu kam ein Kindergarten der Matice seit 1888. Seit dieser Zeit verlangten sie auch eine tschechische Realschule, doch mußten sie bis 1919 ihre Söhne in die deutsche Schule schicken (MT 30. 8. 94).

Die Einschreibungen des Jahres 1894/95 erbrachten für die deutschen Volks- und Bürgerschulen rund 900, für die tschechische Volksschule rund 200 Schüler. Unter dem Druck der tschechischen Agitation schickten viele slowakische Eltern ihre Kinder das erste Schuljahr in die tschechische Volksschule und ließen sie dann in die deutsche, höher organisierte Schule überschreiben. Erst seit 1893 war dieser Übertritt nicht mehr zulässig.

Bei den Wahlen des Jahres 1899 hielten sich die Tschechen der Wahl fern. Es gab also wieder eine rein deutsche Gemeindevertretung. Erst im Jahre 1905 traten die Tschechen wieder in Erscheinung. Das Stimmverhältnis war etwa 2 deutsche zu einer tschechischen Stimme. Doch sahen die Deutschen selber das Abbröckeln ihrer Stellung, die allein auf den kaiserlichen Besitzungen und staatlichen Unternehmungen ruhte. 1912 gründeten sie darum auf ehemals kaiserlichem Besitz, der ihnen dafür gespendet worden war, aus eigenen Mitteln einen deutschen Kindergarten, der später, nach 1919 vom Deutschen Schulverein übernommen wurde und die Bürgerschule des Schulvereins aufnahm, den einzigen bleibenden Besitz der deutschen Volksgruppe nach der Auflösung oder Umwandlung aller anderen deutschen Schulen bis auf eine zweiklassige deutsche Volksschule.

Daß auch das nahe Städtchen S t r a ß n i t z (Sitz eines kaiserlichen Gestüts), seit 1630 ein deutsches Piaristen-, später Staatsgymnasium hatte, war schon um 1900 herum beinahe vergessen. Nach 1883 wurde es wegen Schülermangels nach und nach aufgelassen.

	Göding:				Gaya:			
1880	3715 Dt.	+	3988 Tsch.		1556 Dt.	+	1803 Tsch.	
1890	3268 „	+	4348 „		1012 „	+	2337 „	
1900	4976 „	+	3987 „		298 „	+	3652 „	
1910	5323 „	+	5957 „		363 „	+	3935 „	
1921	960 „	+	11247 „		32 „	+	3955 „	

G a y a war eine deutsche Stadtgründung inmitten rein tschechischer Dörfer am Rande des Marsgebirges mit seinen Rebenhängen. Bis 1892 hatte die Stadt eine deutsche Gemeindeverwaltung. Zur Vorbereitung der Gemeindewahl dieses Jahres hatten die Tschechen den alttschechischen Dr. Helcelet und den Jungtschechen Dr. Hora dahin entsandt, die ein gemeinsames Aktionskomitee zur Organisation des Boykotts der Kaufleute, die

bei der Wahl eine deutsche Stimme abgeben würden, gebildet hatten. Besonders gegen die vielen jüdischen Geschäftsleute der Stadt war diese Waffe erfolgreich. Doch hielten sie auch weiterhin an ihrer deutschen Schule fest und verkehrten in der deutschen Gesellschaft, obgleich diese immer mehr zusammenschmolz, vor allem durch Abwanderung nach Wien, weniger durch Umvolkung. Erst nach dem Tábor von 1899 wurden die meisten Juden von den Tschechen assimiliert.

Gaya wurde 1899 auch der Schauplatz einer tschechischen Demonstration bei der Kontrollversammlung der Reservisten (wie gleichzeitig auch in Müglitz). Durch heimlich verteilte Flugzettel waren die Tschechen vor der Kontrollversammlung aufgefordert worden, sich beim Aufruf mit „Zde" statt des vorgeschriebenen deutschen „Hier" zu melden. Gleich den ersten, der sich mit „Zde" meldete, verurteilte der Hauptmann vom Dienst zu 10 Tagen Arrest wegen Mißachtung der Vorschriften über die Heeres-Sprache in Österreich-Ungarn. Der tschechische Polizei-Inspektor aber weigerte sich, den Mann abführen zu lassen. Endlich führte ihn ein Gendarm zur Bezirkshauptmannschaft. In der allgemeinen Unruhe brach der Hauptmann die Kontrollversammlung ab und bestellte die Reservisten für den nächsten Tag nach Kremsier. Währenddessen belagerte die schreiende und johlende Menge die Bezirkshauptmannschaft und verlangte die Freigabe des gefangenen Reservisten. Der k. k. Bezirkshauptmann gab nach und ließ den Mann frei. Mit „Hej, Slované" zog die Menge zum Besední dům und zerstreute sich endlich, andere nationale Lieder singend. Am nächsten Tag wurde die Kontrollversammlung in Gaya wieder fortgesetzt und verlief ohne Zwischenfall (MT 3. 11. 99).

Östlich von Ung. Hradisch, in einem freundlichen Tal des Karpatenvorlandes, liegt Ungarisch-Brod. Eine selbständige jüdische Gemeinde stützte das Deutschtum des alten Städtchens, das vom Handel mit Ungarn lebte. Durch geschicktes Verhandeln gelang es der deutschen Minderheit, bis zum Umsturz immer wenigstens einige Mandate im Gemeinderat zu besetzen. Das Wahlbündnis der tschechischen Christlichsozialen unter Dr. Hruban (Reichsrats-Abgeordneter) mit den Deutschen und Juden sicherte ihr Übergewicht über die Fortschrittlichen. Ja, 1910 gelang es den Deutschen sogar, durch Verhandeln an Stelle ihrer bisherigen 3 Mandate sechs zu erringen (MT 18. 8. 10).

Der letzte deutsche Bürgermeister war Ende der siebziger Jahre gewählt worden. Eine deutsche Volksschule hielt sich bis 1919.

Einwohner in Ung. Brod:

1880:	1705	Dt.	+ 2671	Tsch.
1890:	440	„	+ 3567	„
1900:	243	„	+ 4027	„
1910:	262	„	+ 4408	„
1921:	50	„	+ 4900	„

Auch in Vsetin waren Kompromisse an Stelle des Kampfes getreten. Hier hatte im Schloß (deutscher Besitz) und in der Möbelfabrik Thonet das Deutschtum eine tragfähige Stütze. Das Jubelfest des deutschen Lesevereins vom 23. 7. 1887 war wohl die letzte große deutsche Veranstaltung. Die Stadt war allgemein beflaggt, schwarz-gelb, wohl auch rot-weiß, und Vertreter aller deutschen mährischen Städte, vor allem der ganze Leseverein von Mährisch-Weißkirchen, waren erschienen (MT 25. 7. 87). Der Zusammenhalt dieser verlorenen deutschen Gruppen erhielt sich übrigens bis 1945.

Vsetin und Ungarisch-Brod: Die Bauern der umliegenden slowakischen Dörfer waren arm, Bergbauern, Waldarbeiter und Hirten. Ein anmutiges, doch rauhes Bergland, karger Boden und große Wälder verlangten von ihren Bewohnern einen ständigen harten Kampf ums Dasein. So hatten die Menschen zwischen March und slowakischer Grenze wohl andere und vordringlichere Sorgen, als den nationalen Kampf gegen ebenso hart ums Leben ringende Menschen. Assimilation oder Abwanderung der Deutschen und Juden ließen das Deutschtum nach 1919 bis auf die Beamtenschaft von „Thonet" verschwinden.

Die durchaus slowakische Umgebung hatte auch auf den stillen Untergang des Deutschtums in Holleschau bestimmenden Einfluß. Die geringfügige Industrie der Stadt befand sich um 1880 noch in deutschem Besitz. Auch die Beamtenschaft und ein Teil der Kaufleute waren Deutsche, zum Teil auch Juden, die bis 1919 ihre eigene Gemeindeverwaltung hatten.

Die Tábory der Jahre 1887, 1899, 1902, 1905 und der „Friedens-Tábor" von 1910 wurden hier mit großer Leidenschaftlichkeit durchgeführt, doch blieb es im Allgemeinen bei zerschlagenen Fensterscheiben, und es kam nur vereinzelt zur Plünderung jüdischer Geschäfte. Dagegen war die „Slovanská výstava", eine repräsentative Ausstellung des Wirtschafts- und Kulturlebens der mährischen Slowakei von 1914, vor allem in volkskundlicher Hinsicht reich und würdig. Die Stadt zeigte ein rein slawisches Gesicht (MT 14. 7. 14).

In Holleschau war auch das kirchliche Moment immer sehr stark, nicht zuletzt unter dem Einfluß der Wallfahrtskirche auf dem Hostein, zu der jeden Sommer zahlreiche Pilgerzüge aus allen hanakischen und slowakischen Dörfern in ihren malerischen Trachten kamen. Die Erinnerung an die Mongolenschlacht am Fuß des Hosteins, die zur Rettung Wiens führte, und mit der die Schutzmantel-Madonna des Hosteins eng verknüpft war, lebte noch in der ganzen Bevölkerung der Stadt. Auch der selige Johannes Sarkander (1576—1620), der als katholischer Pfarrer von Holleschau von den evangelischen Herren des Landes unter dem Verdacht des Landesverrates an Polen verhaftet und in Olmütz zu Tode gemartert worden war, wurde hier von beiden Nationen immer warm verehrt, besonders nach seiner Seligsprechung von 1860. So gab es in Holleschau im alltäglichen Leben manches beide Nationen Verbindende und einen ruhigen Alltag.

Wallachisch-Meseritsch hatte um 1883 bereits ein tschechisches Gymnasium mit deutschen Parallelklassen. Da diese aber insgesamt nur 48 Schüler hatten, wurden die deutschen Abteilungen nach und nach aufgelassen (MT 10. 5. 83). Im Herbst 1899 geriet dieses tschechische Gymnasium in einen Kampf mit dem Erzbischof Kohn, als dieser ein Internat errichtete, das er den Salvatorianern übergab, und zu dessen Präfekten er einen Deutschen bestimmt hatte (MT 25. 11. 99).

Gegen die bescheidene deutsche zweiklassige Volksschule wurde der Kampf bei den Schuleinschreibungen offen geführt: Eltern, die ihre Kinder dort einschreiben lassen wollten, wurden von der Gemeindepolizei angehalten und zurückgeschickt. Der deutsche Schulverein hatte 1896 einen Kindergarten in einem Gebäude errichtet, das der damals noch deutschen Gemeindeverwaltung gehörte. 1908 kündigte die inzwischen tschechisch gewordene Gemeinde den Vertrag, obwohl er die Klausel der Unkündbarkeit enthielt (Nm 56).

Außer ihren Volks- und Bürgerschulen hatten die Tschechen um 1900 noch eine Landes-Fachschule für Holzbearbeitung und Korbflechterei, die dem armen Bergland neue Erwerbsmöglichkeiten erschließen sollte. 1912 besaßen die Deutschen nur noch eine zweiklassige Volksschule, deren 2. Klasse noch dazu von der Gemeinde wegen Schülermangels gesperrt, doch von der Bezirkshauptmannschaft wieder eröffnet wurde. Ein starkes Aufgebot von Gendarmerie war nötig, die Schule Tag und Nacht zu bewachen (MT 28. 9. 12).

Um 1930 waren alle diese Städte bis auf geringe Reste ganz tschechisch, und die letzten deutschen Familien hatten Mühe, ihre Kinder vor einer Umvolkung zu bewahren, der die jüdischen Familien fast durchwegs zum Opfer fielen. Als 1939 ein Versuch zur Hilfe für diese deutschen Volksreste unternommen wurde, war es wohl schon zu spät.

Die mährische Pforte: Prerau, Leipnik, Mährisch-Weißkirchen

Für die nationale Entwicklung Preraus waren zwei Tatsachen von ausschlaggebender Bedeutung: Die natürliche Entwicklung des Ackerbürgerstädtchens um seine Burg inmitten tschechischer Dörfer in der fruchtbaren Hanna, und zum andern seine Stellung als Eisenbahnknotenpunkt.

Die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn war vor ihrer Verstaatlichung im Besitz einer deutschen Aktiengesellschaft, deren Beamte zum größten Teil Deutsche waren, doch hatte sie überwiegend tschechische Arbeiter. 1868 errichtete die Direktion der Nordbahn aus eigenen Mitteln eine deutsche Volksschule — zunächst für ihre Beamten —, die um 1888 rund 200 Schüler hatte. Ein ansehnlicher Teil dieser Schüler stammte freilich aus den tschechischen Bürgerfamilien der Stadt. Doch hatten die Tschechen selbst eine öffentliche Volks- und Bürgerschule für Knaben und für Mädchen, eine

landwirtschaftliche Mittelschule, die vom Land erhalten wurde, und eine städtische Realschule, zu der das Land größere Zuschüsse gab.

	Stadt, samt isr. Gemeinde:			Gerichtsbezirk:
1885:	1704 dt. + 9021 tsch.	+ 278 andre		1800 dt. + 26 089 tsch.
1895:	1105 „ + 11 582 „	+ 344 „		1322 „ + 31 621 „
1906:	529 „ + 15 990 „	+ 37 „		675 „ + 39 294 „
1918:	1517 „ + 18 600 „	+ ?? „		1635 „ + 45 250 „

Da die Deutschen von Prerau nur zum geringsten Teil bodenständig waren, hing ihre Zahl weitgehend von der allgemeinen nationalen Entwicklung ab. Außer den Bahnbeamten gab es noch die Beamten des Bezirksgerichtes, des Steueramts, des Gefälls-Kontroll-Amtes, die immer mehr durch tschechische Beamten ersetzt wurden, daß also zwangsläufig die Zahl der Deutschen in Prerau abnahm.

Bis zum Krieg bestand neben der Stadtgemeinde noch eine selbständige jüdische Gemeinde mit eigener Verwaltung. Die jüdischen Kinder besuchten fast ausnahmslos die deutsche Schule, die ihnen den Weg nach Wien und Olmütz, also in den wirtschaftlichen Aufstieg, öffnete. So gingen die Tábory hier, wie anderwärts nicht nur gegen die Deutschen, sondern mehr noch gegen die Juden, die seit kurzem ihr enges Ghetto verlassen und in der Stadt ihre Geschäfte eröffnet hatten. Am 13. 10. 1899: „Mehrere hundert Personen durchzogen die Stadt; lärmend, pfeifend, Spottlieder singend und „Haňba" rufend, schlugen Fenster ein und plünderten die deutschen und jüdischen Geschäfte. Polizei und Gendarmerie konnten erst in der Nacht die Ruhe wieder herstellen" (MT 14. 10. 99). Begonnen hatte dieser Kampftag mit einer ordentlich angemeldeten Protestversammlung, wie sie in diesen Tagen in allen tschechischen Städten stattfanden. Vor dem Versammlungsraum aber rotteten sich mehrere tausend Personen zusammen. Als berittene Dragoner die Seitengassen abriegelten, warfen ihnen die lärmenden Burschen Knallfrösche vor die Hufe der Pferde, die sich nun aufbäumten. In den Verhandlungen mit dem Versammlungsleiter verbürgte sich dieser für Ruhe und Ordnung, falls das Militär abzöge. Doch nach seinem Abzug strömte die Menge mit „Hrom a peklo" heulend durch die Gassen der Stadt und beschädigte deutschen und jüdischen Besitz. Besonders Dr. Ziffer wurde in seiner Wohnung, die ganz demoliert wurde, mit seiner Familie schwer angegriffen. Erst in der Nacht gelang es dem Militär, mit der blanken Waffe in der Hand, die Ruhe wieder herzustellen (MT 18. 10. 99).

Wie überall war auch hier der Kampf gegen die deutsche Schule ein Kampf um jedes einzelne Kind. Der katholische Pfarrer, ein Tscheche, unterstützte diesen Kampf, indem er sich unter Berufung auf eine Vorschrift des Konsistoriums weigerte, für die Schulneulinge deutsche Taufscheine auszustellen (MT 31. 1. 88). Dennoch war die Anziehungskraft dieser

Schule auch auf tschechische Eltern groß, denn die seit 1905 verstaatlichte fünfklassige Volksschule hatte 1907 für ihre 410 Schüler bestimmt eine Reihe von Parallelklassen nötig (MT 20. 9. 07).

1899 hatten die Deutschen von Prerau noch versucht, ihre Stellung durch Errichtung einer höheren deutschen Schule zu stärken, und strebten nach einer deutschen Handelsschule und Höheren Gewerbeschule, wenn auch ohne Erfolg (MT 1. 7. 99).

Zur Unterstützung ihrer nationalen Schulpropaganda griffen die Tschechen nach anderen Mitteln; vor allem reiche Weihnachtsgeschenke für die Kinder in den tschechischen Schulen. Öffentliche Spendensammlungen brachten die Mittel dafür auf. Doch ist es bezeichnend, daß sich der „Přerovan", eine Prerauer Lokalzeitung, schon 1887 darüber aufregte, daß die Kinderkleider in einem jüdischen Geschäft gekauft wurden, trotz der damals mit Nachdruck erhobenen Parole „Svůj k svému!" (MT 29. 1. 87).

Im März 1888 schien es, als würde der nationale Kleinkrieg abgestoppt, wenigstens in den öffentlichen Versammlungen und im Přerovan (MT 10. 3. 88). Der Friede scheint auch einige Jahre angehalten zu haben. Bei der Vorbereitung zur Gemeindewahl des Jahres 1892 versandten die Jungtschechen an die deutschen und jüdischen Wähler Werbeblätter in deutscher Sprache und forderten sie unter verschiedenen Versprechungen auf, ihnen die Stimme zu geben oder der Wahl fern zu bleiben. Über das Ergebnis dieser und der anderen Wahlen waren leider keine Unterlagen zu ermitteln (MT 27. 6. 92).

Bei der Wahl des Jahres 1910 standen zwei Parteien einander gegenüber: die alten tschechischen Konservativen und eine Koalition der tschechischen Fortschrittlichen, Juden und Sozialdemokraten. Mit einer Zweidrittelmehrheit ging die Koalition aus dieser hervor (MT 15. 7. 10). Der neue tschechische fortschrittliche Bürgermeister übernahm sein Amt mit einem Festgottesdienst (während vergleichsweise und gleichzeitig die deutschfortschrittliche Gemeindevertretung von Reichenberg jede Teilnahme an kirchlichen Feiern abgelehnt hat). Durch ihre Rücksichtnahme auf die stark kirchlich gesinnte Bevölkerung schuf sich die neue Gemeindevertretung so einen festen Boden unter den Füßen. Sie ließ auch die deutsche Minderheit in Frieden und entzog ihr nur langsam und kaum merklich die Lebensgrundlagen, während der Rest der jüdischen Gemeinde sich nun assimilierte oder abwanderte und so verschwand (MT 4. 8. 10).

Bis 1912 unvermittelt, wohl durch auswärtige Drahtzieher, der nationale Funke wieder zu heller Flamme entfacht wurde. Sichtlich von Olmütz oder Prag gesteuert, sammelten sich tschechisches Volk, Bürger- und Mittelschüler und andere Halbwüchsige abends in den Gassen der Altstadt zu einem „Demonstrationszug für den Frieden", so wie gleichzeitig in den meisten andern tschechischen Städten Mährens, feierte Verbrüderung mit „dem großen Bruder im Osten", sang russische Lieder und schlug zur Feier des Tages deutschen und jüdischen Geschäften und dem Gasthaus der deut-

schen Eisenbahner die Fenster ein. Doch kam es zu keinen wesentlichen Plünderungen (MT 26. 11. 12).

Alle diese Tábory waren hier wie überall zu großen nationalen Festen umgestaltet worden, und zwar im Dienste der Prager Politik gegen Alt-Österreich. Die Hanáči, Söhne der reichen umliegenden Bauerndörfer, machten dabei meist nicht mit. Wohl aber die intellektuelle Jugend, die in ihren Vereinen, Verbänden, ja sogar in den Schulen zu extremen Nationalisten erzogen wurde, und das Gros der Arbeiterschaft. Ihr Kampf gegen die Deutschen war zugleich ein sozialer Kampf, da die Deutschen noch immer die gesellschaftliche Oberschicht bildeten.

Das Deutschtum Preraus war immer labil, hielt sich aber dennoch. Im Sommer 1914 gab es im Garten des Deutschen Hauses noch ein großes Sommerfest, zu dem auch Olmützer Vereine als Gäste kamen (MT 24. 6. 14). Nach 1918 aber schmolz es bis auf einen kärglichen Rest und eine einklassige Volksschule zusammen.

Wie Prerau hatte auch L e i p n i k seit dem Mittelalter eine eigene jüdische Gemeinde, die im Volkstumskampf ganz auf deutscher Seite stand. Die Gemeindeverwaltung war das ganze 19. Jahrundert hindurch deutsch, doch mühten sich schon in den achtziger Jahren die Tschechen, die Stadt zu erobern, die auf drei Seiten von tschechischen Dörfern umgeben war. Da die meisten Kaufleute der Stadt Deutsche waren und ihre Kundschaft meist die tschechische Landbevölkerung, war hier der wirtschaftliche Boykott das wichtigste Kampfmittel, das von den Tschechen mit aller Schärfe gehandhabt wurde. Bei der Vorbereitung zur Gemeindewahl des Jahres 1883 sandten sie sogar ihre Vertrauensleute in die Dörfer, die bei den Bäuerinnen schriftliche Verpflichtungen einsammelten, bei keinem Kaufmann in der Stadt einzukaufen, der bei der Wahl eine deutsche Stimme abgeben würde. Dennoch ging aus dieser Wahl eine klare deutsche Mehrheit in allen drei Wahlkörpern hervor (MT 27. 3. 83).

Leipnik hatte ein altes, hoch entwickeltes Schulwesen. Alfred Plhal berichtet in den „Olmützer Blättern" IV/9, daß es hier schon in der Reformationszeit unter dem Einfluß der mährischen Brüder unter dem Schutz ihrer Gutsherren eine gemeinsame Kinderschule für beide Nationen und Konfessionen gab, dazu eine höhere Schule mit 3 Lehrern, „von denen mindestens einer immer ein guter Deutscher sein mußte". In der Gegenreformation übergab der Kardinal Graf Dietrichstein die Schulen den Piaristen 1633, die sie als allgemeine Volksschule und als Gynasium führten. Später ersetzten sie das Gymnasium durch eine Realschule. 1873 übernahm die Stadt die Volksschule in ihre Verwaltung. Sie war zunächst gemeinsam für Knaben und Mädchen beider Nationen, wurde 1883 aber geteilt in 3 fünfklassige Volksschulen: je eine deutsche Knaben- und Mädchen-Volksschule und eine allgemeine tschechische Volksschule. Außerdem wurden wenig später die Kindergärten des Deutschen Schulvereins und der Matice errichtet. Wenig später aber erhielt die Knabenschule eine Bürger-

schule angeschlossen; 1897 wurde auch eine deutsche Mädchenbürgerschule eröffnet. Die tschechische Volksschule aber blieb fünfklassig. 1888 bekam Leipnik eine deutsche Fortbildungsschule mit 4 Klassen und rund 80 Lehrlingen. 1894 wurde die tschechische Landes-Taubstummen-Anstalt mit 6 Klassen errichtet. Die Realschule der Piaristen wurde verstaatlicht, 1895 aber in zwei selbständige, national getrennte Anstalten umgewandelt. 1900 wurde für die deutsche Landes-Oberrealschule (7 Klassen mit rund 200 Schülern) ein neues, repräsentatives Gebäude aufgeführt. So wuchs in beiden Volksgruppen eine Intelligenz heran in einer Koexistenz, die leider nur allzuoft gestört wurde.

Eine Reihe deutscher Vereine zeigte ein blühendes Leben: Der Kasinoverein mit einer großen Bibliothek, der Männergesangverein, der gemeinsam mit dem Damen-Singverein und dem Schülerorchester der Realschule regelmäßig Konzerte veranstaltete; ein Liebhabertheater, das durch Gastspiele von auswärts ergänzt wurde; die beiden nationalen Schutzvereine, der Karpathenverein usw. Auf tschechischer Seite dürfte das Vereinsleben ebenso reich ausgebaut gewesen sein, stand aber wie in Olmütz und den anderen Städten Mährens ohne jede Fühlung mit dem deutschen.

Im Jahre 1892 erwähnte der tschechische Reichsrats-Abgeordnete Dr. Žáček in seiner Rede auf dem Tábor in Kolin auch Leipnik in der Reihe der Städte, die als nächste erobert werden müßten. Doch erst um 1899 begann hier der konzentrierte und gesteuerte Angriff. Die Förderung der Ansiedlung tschechischer Gewerbetreibender und Kaufleute ging Hand in Hand mit der gleichbleibenden Boykottbewegung gegen Deutsche und Juden. Die Gemeindewahlen des gleichen Jahres gaben Anlaß zu weiteren Maßnahmen: Wohl brachten der 1. und 2. Wahlkörper wiederum einen klaren Sieg der Deutschen, doch im 3. Wahlkörper siegten zum ersten Mal die Tschechen (MT 2. 8. 99), ein klarer Sieg der „Svůj-k-svému"-Parole, die den deutschen Kaufmann vor die Alternative stellte, sich entweder einschüchtern zu lassen und nicht zur Wahl zu gehen oder sich zu ruinieren. Der Tábor vom 18. 10. 99, der wie überall auch hier allen deutschen und jüdischen Besitz bedrohte, tat noch ein übriges, das Bild der Stadt zu verändern.

Vor den Wahlen von 1902 standen im Gemeinderat 20 deutsche und 10 tschechische Vertreter einander gegenüber. Als nun die deutschen Vertreter versuchten, einer Reihe verdienter deutschnationaler Vorkämpfer das Leipniker Ehrenbürgerrecht zu verleihen, kam es in der Ratsstube zu stürmischen Protesten der Tschechen, die zu ihrem Exodus führten, die Versammlung also beschlußunfähig machten. Bei der neuerlichen Stadtratssitzung am nächsten Tag gab es neuerliche Tumulte, die von der Gasse aus unterstützt wurden. Seit Errichtung der deutschen Realschule im Jahr 1895 hatte es keine so leidenschaftliche Erregung in der Stadt gegeben. (MT 31. 1. 02). Bei den Gemeindewahlen des gleichen Jahres suchten die Tschechen im Kompromißweg die Hälfte der Mandate zu erreichen, wurden aber

von den Deutschen abgewiesen (MT 21. 4. 02). Darauf nahm die tschechische Presse des ganzen Landes den Sturm gegen alles Deutsche auf.

Daß die Jugend beider Völker den nationalen Kampf auch in ihren Reihen ausfocht, liegt auf der Hand. Über den üblichen Rahmen gingen die Zusammenstöße der Realschüler beider Nationen im Jahr 1905, als es zu regelrechten Überfällen, Belagerungen und Schießereien kam, so daß die Gendarmerie einschreiten mußte (MT 28. 11. 05). Gleichzeitig wurde mit Unterstützung durch die Presse beider Nationen um jede neu zu besetzende Beamtenstelle hart gekämpft.

Doch noch 1910 hatte die Stadtverwaltung eine deutsche Majorität. Als Bürgermeister ging aus den Wahlen dieses Jahres ein deutscher Lehrer hervor (MT 17. 10. 10). Erst nach dem Umsturz des Jahres 1918 gelang es den Tschechen, die Stadtverwaltung in die Hand zu bekommen. Die deutsche Realschule und die Mädchen-Bürgerschule lösten sie sofort auf, reduzierten die 11 Klassen der Volksschulen auf drei (die später auf eine einzige Klasse zusammenschrumpften) und verlegten in die deutschen Schulgebäude die neu errichtete tschechische Bürgerschule. Die Bücher der deutschen Büchereien wurden auf die Neustift geschafft und dort im Schulhof verbrannt.

Der Gottesdienst in der Stadtpfarrkirche war nur noch tschechisch, doch stellte die Gräfin Althan ihre Schloßkapelle den Deutschen zur Verfügung (vgl. Götz, Olmützer Blätter IV/7). „Lipnik" war von den tschechischen Dörfern seiner Umgebung assimiliert worden.

Zum Unterschied von Leipnik hatte Weißkirchen im Norden und Osten ein geschlossenes deutsches Hinterland, das die deutsche Bevölkerung der Stadt immer wieder auffrischte. Die westlichen Nachbaren waren Hannaken, die südlichen Wallachen, die sich beide freilich seit den achtziger Jahren als Tschechen fühlten und der Olmützer Führung der Jednota treue Gefolgschaft leisteten. Eine Stadt, die also noch immer „hranice" [Grenze] war, als die politische Grenze schon längst über den Karpatenkamm und über Ostrau hinaus gerückt war. Von dieser alten Grenzlage stammt auch der tschechische Name der Stadt: Hranice. Bereits im Jahre 1884 finden wir hier ein deutsches Untergymnasium, das im diesem Jahr zum Obergymnasium ausgebaut wurde, 1895 hatte die Schule 191 Schüler, von denen 130 Deutsche, 60 Tschechen und 1 Ungar war. 140 waren katholisch, 3 evangelisch, 49 mosaisch. 106 waren Weißkirchner und 85 kamen von auswärts (MT 20. 9. 95).

Daneben bestand eine k. u. k. Militär-Oberrealschule mit 3 Jahrgängen, die 1899 durch eine Unterrealschule ergänzt wurde, die vordem in Eisenstadt war (MT 5. 12. 99). Der berühmteste Schüler dieser Anstalt war wohl Rainer Maria Rilke von 1890—93; die Militär-Unterrealschule hatte er aber in St. Pölten besucht.

Außerdem war in Weißkirchen noch eine k. u. k. Kavallerie-Kadettenschule mit 4 Jahrgängen. Ihre Schüler wurden als Offiziere ausgemustert,

während die Absolventen der Militär-Oberrealschule zur weiteren Ausbildung an die k. u. k. Militär-Akademie in Wiener Neustadt kamen.

Von großer Bedeutung für das Deutschtum der Stadt war auch die Höhere Forstschule. Bis 1867 war sie im Fürstliechtensteinischen Schloß zu Mährisch-Aussee untergebracht, kam in diesem Jahr auf die Eulenburg (Besitz des Deutschen Ritterordens) und 1896 endlich nach Weißkirchen. Die schmucken grünen Uniformen der Forstschüler bestimmten neben den bunten Uniformen der Kadettenschüler weitgehend das Bild der Stadt zwischen Karpaten und Odergebirge.

Um 1880 war das öffentliche Leben Weißkirchens noch deutsch, 1881 fuhren die Schützen von Weißkirchen zum 1. mährischen Landesschießen nach Mähr. Schönberg, und 1887 fand in Weißkirchen sogar der Mährisch-schlesische Gau-Turntag statt (MT 18. 9. 87). Doch bedeutete es zu gleicher Zeit für das Deutschtum der Stadt schon eine Schmälerung, wenn im benachbarten Ohrnsdorf und anderen deutschen Dörfern der Umgebung 8 deutsche Familien nach Texas auswanderten und ihre Höfe an Tschechen verkauften, besonders, da um diese Zeit fast jede Woche 1—2 Familien aus irgend einem der Dörfer auswanderten (Mor. 80, 510). Die Geistlichkeit scheint um diese Zeit im tschechischen Lager gestanden zu haben, denn die neue Kirchenglocke von Weißkirchen vom Jahr 1878 erhielt neben dem lateinischen einen tschechischen Text (Mor. 78, 202).

In stiller, kaum bemerkbarer Unterwanderung, durch den „Olmützer Verband selbständiger tschechischer Kaufleute" gefördert und gesteuert, erwarben die Tschechen Geschäfte und Häuser und bereiteten so langsam aber sicher die Tschechisierung der Stadt vor. Als aus den Gemeindewahlen des Jahres 1894 noch einmal eine deutsche Mehrheit hervorging, reichten die Tschechen einen flammenden Protest wegen Wahlschwindels ein, ohne damit aber die Sistierung der Wahl zu erreichen. Gemeindeverwaltung und Bürgermeister blieben deutsch. Doch waren nun alle Gemeindewahlen gefährliche Unternehmen (MT 31. 8. 94).

Wie die andern Städte an der Betschwa hatte auch Weißkirchen seit dem Mittelalter eine selbständige jüdische Gemeinde. Bei den Volkszählungen bekannten sich die Juden als Deutsche und gehörten trotz mancherlei Bedrohung zur deutschen Gesellschaft.

	Stadt		Isr. Gem.		Gerichtsbezirk	
	deutsch	tschechisch	deutsch	tschechisch	deutsch	tschechisch
1885:	2034	5048	242	49	9757	23 310
1893:	2367	4967	202	123	10283	23 577
1906:	2373	5083	182	145	9975	23 867
1918:	1417	6956	107	183	8701	23 235

Beim Tábor des Jahres 1899, der sich hier besonders gegen die deutschen Schulen, gegen das Deutsche Haus und gegen die jüdischen Geschäftsleute richtete, kam es hier zu besonderen Sicherungen für die Juden, so daß sie

nicht, wie in den meisten andern mährischen Kleinstädten, ihre ungastliche Heimat verließen, sondern blieben. Der tschechischen Assimilation aber gab ihre Mehrzahl erst nach 1918 nach.

Der Zuzug in die Stadt war aus den tschechischen Dörfern immer größer als aus den deutschen. Vor der Gemeindewahl des Jahres 1903 schien nach den äußerst intensiven Vorarbeiten der Tschechen unter der Führung des Advokaten Dr. Šronota auch den optimistischesten Deutschen der Verlust der Stadtverwaltung unvermeidlich. Das Ergebnis der Wahl war ein gemischt nationales Gemeindeparlament, mit tschechischer Majorität und mit Dr. Šronota als erstem tschechischen Bürgermeister von „Hranice" (Fr 18).

Bei den folgenden Wahlen zeigte sich das Schrumpfen der deutschen Volksgruppe immer wieder. Doch die deutschen Schulen hielten sich am Leben dank des Zuzugs von außen, besonders aus den wohlhabenden deutschen Dörfern des westlichen Kuhländchens. 1906 gründete die Stadt auf eigene Rechnung ein tschechisches Untergymnasium, beginnend mit der 1. Klasse, das 1920 als voll ausgebaute Anstalt das Erbe des deutschen Gymnasiums antrat. Bis dahin aber waren die tschechischen Untergymnasiasten, die weiter studieren wollten, genötigt, das deutsche Obergymnasium zu besuchen. 1910 z. B. hatte das deutsche Gymnasium in 8 Klassen 165 Schüler. Wären die tschechischen Schüler der oberen Klassen weggefallen, dann wäre das deutsche k. k. Staatsgymnasium nicht mehr lebensfähig gewesen, weil seine Schülerzahl unter 100 gesunken wäre. Erst nach dem Umsturz kam es zu seiner Auflösung. Die letzte deutsche Matura (Reifeprüfung) wurde 1922 abgelegt.

Nach 1918 verschwanden nacheinander die deutschen Schulen, Kadetten- und Forstschule wurden aufgelöst, das Gymnasium verschwand, die deutschen Volks- und Bürgerschulen (es bestanden getrennte Knaben- und Mädchenschulen) wurden zusammengelegt. Doch hielt sich eine selbständige Bürgerschule über einer dreiklassigen Volksschule dank ihrer auswärtigen Schüler. Sie wurde zur Sprengel-Bürgerschule erklärt und sollte wiederholt nach Bölten verlegt werden, blieb dann aber doch in Weißkirchen im eigenen Gebäude.

Das Gesicht von „Hranice" war ausgesprochen tschechisch geworden.

Das Odergebirge

Im 13. und 14. Jahrhundert waren die Hochflächen des Niederen Gesenkes und ihre eingeschnittenen Täler mit Urwald bedeckt, den deutsche Bauern aus Franken und Schwaben auf Einladung verschiedener Kirchenfürsten, vor allem Brunos v. Schaumburg und des Abtes von Kloster-Hradisch, rodeten. Die unveränderte Anlage der Dörfer, fränkische Vierkanthöfe, soweit es sich um die großen Erbrichtereien und die wenigen andern

großen Bauern handelte, offene Hofanlagen bei den kleineren Bauern, aus Bauernhaus mit Viehstall, Scheune und Ausgeding bestehend, die um den Hof gestellt sind, die Einfahrtseite zur Straße offen lassend, deren rückwärtige Einfahrt aber geradenwegs zum „Erb" führte, den Feldern rechts und links des Fahrweges, bis zum Stückchen Wald, das auch noch zum Hof gehörte, der gemeinsamen Gemeindeweide, die erst 1900 an einzelne Besitzer überging, zeigten, daß dieses Land mit seinen Besitz- und Rechtsverhältnissen deutsches Siedelgebiet war. In österreichischer Zeit griffen die Tschechen auch nicht nach diesen Dörfern, wenigstens nicht nach den auf der Hochfläche gelegenen. Wohl kaum aus historischen Gründen; mehr wohl, weil der Gebirgsboden steinig, die Bauernarbeit demnach sehr schwer und wenig ertragreich war, dazu das Klima rauh und der Winter viel länger war als in der Hanna-Ebene. Einzig die breite Mündung des Feistritztales, wo es auch fruchtbares Land gab und die Nähe der Sprachgrenze auf die deutschen Dörfer drückte, zeigt eine Verschiebung ins deutsche Sprachgebiet hinein.

Groß-Wisternitz, 1850 noch mit deutscher Mehrheit und einem deutschen Bürgermeister, wurde noch vor der Jahrhundertwende überaus schnell slawisiert, meist von innen heraus durch Umvolkung und Grundverkauf in tschechische Hände, da aus dem armen deutschen Bergland keine Käufer kommen konnten, wohl aber aus den reichen tschechischen Bauerndörfern. Die große Bierbrauerei und die Uberleitung der bis etwa 1910 deutsch verwalteten erzbischöflichen Güter in tschechische Verwaltung taten ein übriges.

Dieses Groß-Wisternitz [Velká Bystrice] war neben der Národní jednota von Olmütz der Ausgangspunkt für das Vordringen der Tschechen zunächst nach Marienthal, Hombok und Nirklowitz. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit standen hier nicht Haus- oder Grundkäufe (höchstens an einem Wirtshaus hatten sie Interesse), sondern vielmehr die Eisenwerke der Moravia-AG in Marienthal und Hombok. Einzig in Nirklowitz griffen sie auch bei Grundverkäufen zu. Noch 1880 hatte das Dorf nur 17% Tschechen, meist Knechte und Mägde bei den deutschen Bauern; nach der Eingemeindung zu Groß-Wisternitz 1922 stieg ihre Zahl innerhalb weniger Jahre auf 70%.

Die Nachbardörfer im Feistritztal waren Marienthal, eine deutsche Arbeiterkolonie, und Hombok, ein altes Kirchdorf. Beide hatten eine bodenständige Arbeiterbevölkerung: ein kleines Häusel, ebenerdig, mit einem kleinen Gemüse- und Blumengärtchen und so viel Wiese, daß 1 oder 2 Ziegen davon leben konnten, vielleicht auch ein mageres Äckerchen, schufen die Lebensgrundlage. Doch mußten die Männer noch Arbeit suchen, um wirklich leben zu können: als Holzarbeiter in den ausgedehnten Wäldern, in einem der Sägewerke an der Feistritz, oder, und das vor allem, in einem der beiden Eisenwerke der Moravia A.G. Zunächst Gründung und Familienbesitz der Machanek, hervorgegangen aus der noch älteren Nagelhütte von Klob & Machanek 1827, Aktiengesellschaft seit 1870 und ganz auf die

vorhandenen freien und billigen Arbeitskräfte hin gegründet, da es weder Eisen noch Kohle in der Nähe gab (KO 318). So war auch die Arbeiterschaft bis zum 1. Weltkrieg überwiegend deutsch, im Gefühl, ihren Arbeitsplatz schützen zu müssen, sogar bewußt deutsch. Wohl hielten sie auch Kameradschaft mit den tschechischen Arbeitskollegen, wie das Arbeiterfest des Jahres 1892, das für viele andere stehen möge, zeigte. Ein bunter, fröhlicher Festzug mit viel Rot, Spruchbänder mit Arbeiter-Parolen, besonders der Forderung nach dem Achtstundentag, viel rot gekleidete Mädchen, ein beflaggtes Dorf mit roten, weiß-roten und vereinzelt auch schwarz-rot-gelben oder schwarz-gelben Fahnen, Ansprachen der Arbeiterführer und des Betriebs-Direktors, Freibier und Würstel, welche die Fabrik spendierte, und zum Einbruch der Nacht ein Feuerwerk, auch von der Moravia gestiftet. So war das Fest trotz allem keine Kampfkundgebung, sondern ein Volksfest für alle Dörfer der Umgebung (MT 25. 6. 92).

In Hombok war eine der ersten Ortsgruppen der beiden deutschen Schutzvereine. 1903 entstand dort eine der ersten deutschen Bundes-Volksbüchereien mit mehr als 1000 Bänden, die immer sehr gut geführt und immer wieder aus eigenen Mitteln ergänzt wurde. Früher als in andern Ortsgruppen, entstand hier ein Spar- und Vorschußverein. Hombok verstand es auch, für die verschiedenen Aufgaben der nationalen Schutzarbeit Arbeiter und Beamte, Häusler und Waldarbeiter zu einer Gemeinschaft zusammen zu schließen, die es den Tschechen unmöglich machte, hier Fuß zu fassen. Das geschlossene deutsche Sprachgebiet auf der einen, das sichtliche Abbröckeln der nahen Dörfer Wisternitz, Nirklowitz und Marienthal mochten dazu beigetragen haben.

Die große Olmützer-Sprachinsel mit ihren stadtnahen Dörfern, deren bäuerliche Bevölkerung wohlhabend und selbstbewußt auf ihrer Scholle saß, ihre begabten Söhne aber in eine der vielen Schulen nach Olmütz schickte, hielt bis 1919 dem gesteuerten Druck der Tschechen stand, ja, sie bedeutete der Stadt durch ihr bloßes Dasein sogar eine nationale Stütze. Die Kämpfe um ihre Schulen, ihre Gemeindemandate, ihre nationale Unterwanderung gehen parallel zum Ringen um die Stadt. Die Eingemeindung der stadtnahen Dörfer Neustift, Powel, Salzergut, Neretein und der Stadt Neugasse am 1. Juli 1919 (KSpr) schloß ihre Selbständigkeit ab; gelenkte Bodenkäufe und Hausbauten veränderten dann rasch ihr nationales Bild. Die andern Sprachinseldörfer, vor allem die reichen Gemeinden Nimlau, Schnobolin und Nebotein wehrten sich gegen die tschechische Unterwanderung verzweifelt, wenn auch nur mit teilweisem Erfolg, und behielten ihre überwiegend deutschen Gemeindeverwaltungen bis 1945, während Nedweis ein Opfer der Bodenreform von 1919 wurde und vor allem einer Umvolkung erlag.

Dem aufstrebenden und dabei volksbewußten Tschechentum war es gelungen, in den Jahren um 1900 die kleinen mittelmährischen Sprachinseln auf legalem Weg aufzuzehren. An die großen Städte: Brünn, Olmütz, Ostrau, und an das geschlossene deutsche Sprachgebiet Nordmährens ging es erst nach der Gründung der Tschechoslowakei heran, mit den gleichen Mitteln der stillen Infiltration, mit gelenkten wirtschaftlichen Methoden, mit gesetzlich verankerten sozialen Maßnahmen, hielt sich aber immer an Methoden, die im Rahmen eines demokratischen Staates vor aller Welt möglich sind.

Nicht nur der tschechischen Führung, sondern dem ganzen Volk war es klar, daß es ihnen gelingen würde, den ganzen historischen Boden der Länder der Wenzelskrone, also auch das geschlossene deutsche Sprachgebiet Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens, ja auch die Lausitz und den Glatzer Kessel, die ja historisch mit dazu gehören, aus eigener Kraft zu „kolonisieren", doch nahmen sie 1945 gern die Gelegenheit wahr, diesen, in einem demokratischen Staat etwas langwierigen Prozeß abzukürzen und mit einem Ruck die Deutschen loszuwerden. Dankprozessionen führten ungeheure Scharen von Tschechen in die Wallfahrtsorte (Zeuge: ich selbst). Am 5. Juli 1945, am Festtag der mährischen Landespatrone Cyrill und Method, sagte Pater Šrámek nach dem Bericht eines verläßlichen Augenzeugen vor mehr als 70 000 mährischen Wallfahrern in Wellehrad bei Ungarisch Hradisch: „Jetzt müssen wir 4 Millionen Deutschen alles wegnehmen und sie aus den historischen Ländern hinaustreiben. Mag das auch manchem von Euch unmenschlich und ungerecht erscheinen, müssen wir es doch jetzt tun, weil die demokratischen Mächte uns hiezu die Macht gegeben haben und weil eine solche Gelegenheit, unsere alten Pläne zu verwirklichen und das Reich des hl. Wenzel wieder aufzurichten, niemals wiederkehren würde." So fanden sich auch die hannakischen Bauern mit der Vertreibung der Deutschen ab.

1949, nach dem kommunistischen Umsturz in der Tschechoslowakei, den Richard Fischer noch in seiner Heimat Loschitz erlebte, sagte er in allzu später Erkenntnis zu einem seiner einstigen deutschen Gegenspieler, wohl schweren Herzens: „Warum haben wir Österreich zerschlagen?"

QUELLENNACHWEIS

Brl	Josef Breitschädl, Der Wirtschaftskampf des Deutschtums im Littauer Bezirk. Dissertation. Erlangen 1947.
DtArb	Deutsche Arbeit. Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen (1912).
Fr	Richard Fischer, Národnostní vývoj na severní Moravě od roku 1848. Olmütz 1932.
KL	Hans Kux, Geschichte der Stadt Littau. Brünn 1900.
KN	ders., Geschichte der kgl. Stadt Mährisch-Neustadt. Mähr.-Neustadt 1923.
KNot	ders., Handschriftliche Notizen, Tagebücher, Aufsätze, im Besitz seiner Tochter Luise Steiger.
KO	ders., Geschichte der kgl. Hauptstadt Olmütz bis zum Umsturz 1918. Reichenberg-Olmütz 1937.
KSpr	ders., Die deutschen Siedlungen um Olmütz. Ein volksbodengeschichtliches Quellenwerk. Olmütz 1943.
Ltg	Protokolle des mährischen Landtages.
M	Hermann Münch, Böhmische Tragödie. Das Schicksal Mitteleuropas im Lichte der tschechischen Frage. Braunschweig 1949.
MauPr	Bruno Mauler, Protokoll 1918 (ungedruckt).
Mor	Moravia. Zeitschrift für Cultur und Leben. Jgg. 1878, 1880, 1881.
MT	Mährisches Tagblatt. Olmütz. Jgg. 1883—1915.
Nm	Mitteilungen des Vereines Nordmark. Troppau 1908.
Progr	Programme der k. k. Staatsgymnasien in Olmütz und Kremsier.
SpOR	Special Orts-Repertorium von Mähren. 1885, 1893, 1906.
StatJb	Statistisches Jahrbuch der kgl. Hauptstadt Olmütz. Bde. I/IV, 1888—1905.
SteiNo	Anton Steiger, Notizen und Aufsätze (ungedruckt).
StiSt	Wilhelm Stief, Geschichte der Stadt Sternberg. 2. Aufl. Tayngen 1928.
Tay	A. J. P. Taylor, The Habsburg Monarchy 1809—1918. London 1948.
Wisk	Elizabeth Wiskeman, Czechs and Germans. A study of the struggle in the historic provinces of Bohemia and Moravia. London 1938.
ZimKr	Richard Zimprich, Zur Geschichte der Stadt Kremsier, in: Mährisch-schlesische Heimat. Jg. 1 (1955/56) S. 24—31.

DIE TEICHE UND DIE STAUBECKEN ALS KLIMAFAKTOREN IN DEN SUDETENLÄNDERN*

Von Karl Ad. Sedlmeyer

In der Berufsgliederung der Bewohner der Städte Böhmens und Mährens vor den Hussitenkriegen fällt in den einzelnen Städten wie Kolin, Deutsch Brod, Brünn und vor allem in Olmütz die Berufsgruppe der Fischer auf. Leider hat sie bisher keine solche Würdigung erfahren, wie die Prager Fischniederlage der Seefischhändler (23). Die Süßwasserfische in den Sudetenländern dürften besonders im 14. und 15. Jahrhundert in der Ernährung der Bevölkerung keineswegs eine geringfügige Rolle gespielt haben. Insbesondere zur Fastenzeit bildeten sie in dieser Zeit die einzige erlaubte Fleischnahrung.

Gerade die Nennung der Fischer als Berufsgruppe in der Stadt Olmütz spricht dafür, daß in ihrer Umgebung bedeutende Wasserflächen vorhanden sein mußten, die man heutzutage vermißt. Diese Fischer waren vielleicht doch nicht Flußfischer, wie E. Schwarz (26) in der Auslegung eines Fischerstreites im Jahre 1420 bezüglich der „Czaste Sity" = Dichte Netze annimmt, denn die March befindet sich hier im Oberlauf, und es ist zu bezweifeln, ob der March in diesem Stadium eine solche Bedeutung als Fischwasser zugekommen sein dürfte. Dagegen waren es wahrscheinlich die Teichfischer der Hanna in damaliger Zeit. Heute ist diese ein landwirtschaftliches Wirtschaftsgebiet par excellence. Der Getreide- und Zuckerrübenbau haben die Teichflächen in der Hanna verdrängt und bilden die Charakteristika der Landwirtschaft mit verhältnismäßig hohen Erträgen. Man würde heute kaum vermuten, daß diese Böden einst zahlreiche Teiche getragen haben, wenn nicht kartographische und statistische Zeugen für sie vorhanden wären.

Die Geschichte der Teiche in den Sudetenländern

Wenn wir die Karten von Mähren und Böhmen von Christoph Müller aus den Jahren 1716 bzw. 1720 betrachten (27), so sehen wir, daß in Böhmen in der Elbniederung, vor allem nordwestlich von Pardubitz, und in

---

* Die Zahlen in Klammern verweisen auf das Literaturverzeichnis am Schluß des Beitrages.

Mähren in der Umgebung von Olmütz und Göding große Teich- und Sumpfflächen lagen, die wir heute in diesen geographischen Landschaften vergebens suchen. Betrachten wir nun die gegenwärtigen topographischen Karten, zum Beispiel die Spezialkartenblätter (1:75 000) oder die Generalkartenblätter (1:200 000) dieser Gebiete, so ist eben festzustellen, daß ein Großteil dieser früheren Teich- und Sumpfflächen nicht mehr eingezeichnet ist.

J. W e g e r (39) berichtet, daß es zur Zeit der Herren von Pernstein (16. Jahrhundert) auf ihrer Pardubitzer Herrschaft so viele Teiche gab als Tage im Jahr. Wilhelm von Pernstein scheute bezüglich des Teichbaues keine Kosten. Fand er einen günstigen Platz für eine Teichanlage auf seinem Herrschaftsgebiet, so wurde allen Hindernissen zum Trotz ein Teich angelegt. Er schreckte auch nicht vor der Tat zurück, Ortschaften zu zerstören und an ihrer Stelle Teiche anzulegen. Diese herrschaftliche Marotte hatte wirtschaftliche Gründe zur Grundlage. Nach einer Blüte der Teichwirtschaft im 14. Jh. und deren Verfall in den Hussitenkriegen, verlor sie mit dem 30-jährigen Krieg erneut an Bedeutung. Während die Zahl der Teiche in einem Urbar der Pardubitzer Herrschaft aus dem Jahre 1651 noch mit 253 angegeben wird, nahm die Zahl in den folgenden Jahrzehnten immer mehr ab.

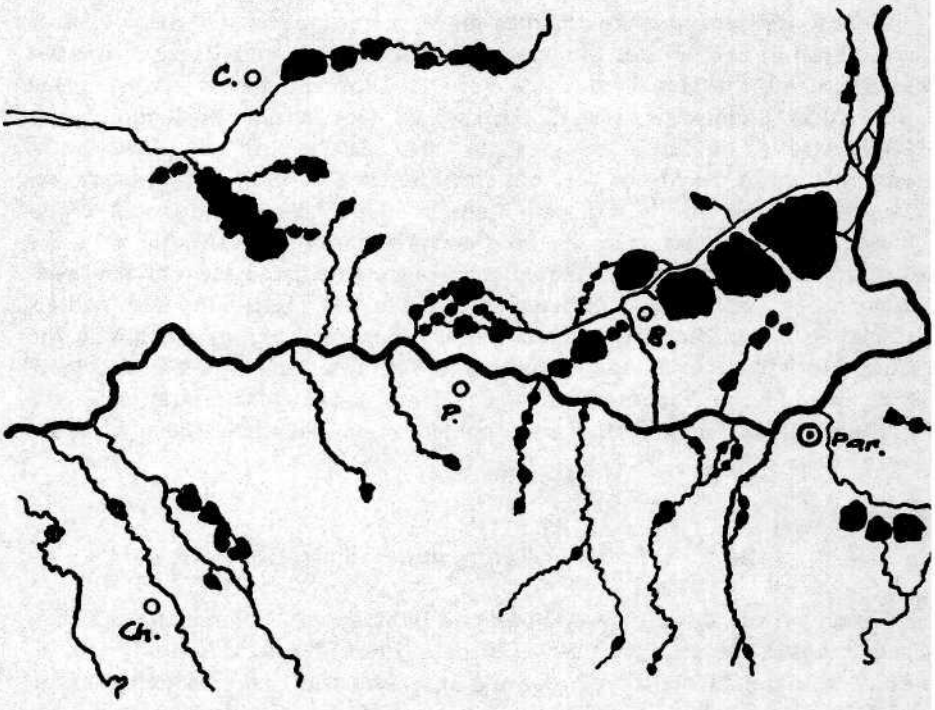


Abb. 1: Die Teiche in der Umgebung von Pardubitz nach der Karte von Christoph Müller im Maßstab 1:130 000 aus dem Jahre 1720.
Par. = Pardubitz; B. = Bohdanetz; P. = Przelautsch; C. = Chlumetz; Ch. = Chotusitz.

Unter Kaiserin Maria Theresia und Kaiser Josef II. wurde eine große Anzahl weiterer Teiche aufgelassen und auf ihrem Boden wurden deutsche Siedler aus Schlesien angesiedelt (1). Im Jahre 1795 wurden in dieser Gegend nur mehr 154 Teiche gezählt. Von 1864 an wurde der Teichwirtschaft dieses Herrschaftsgebietes wieder ein größeres Interesse entgegengebracht.

In Westböhmen konnte O. Schubert (25) im Flußgebiet der Mies nachweisen, daß 263 Teiche bis in die Gegenwart trockengelegt wurden, die einer Wasserfläche von rund 450 ha entsprachen. Die größten aufgelassenen Teiche dieser Gegend waren der Hanow bei Nürschan mit 200 Joch und der Kopetzener Teich in der Gemeinde Prostibor mit 52 Joch. Th. Mokry (14) kommt in seiner Untersuchung über das Forst-, Jagd- und Fischereiwesen im Gebiet von Blatna in Westböhmen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu dem Ergebnis, daß die Teichfläche in diesem Gebiet von Blatna in der Mitte des 16. Jahrhunderts wenigstens noch einmal so groß gewesen ist als gegenwärtig. Auch hier sind die Ursachen des Verfalles die gleichen wie in der Pardubitzer Herrschaft: Die genannten Kriege und die größere Bewertung des Ackerbodens im Preise gegen Ende des 18. Jahrhunderts

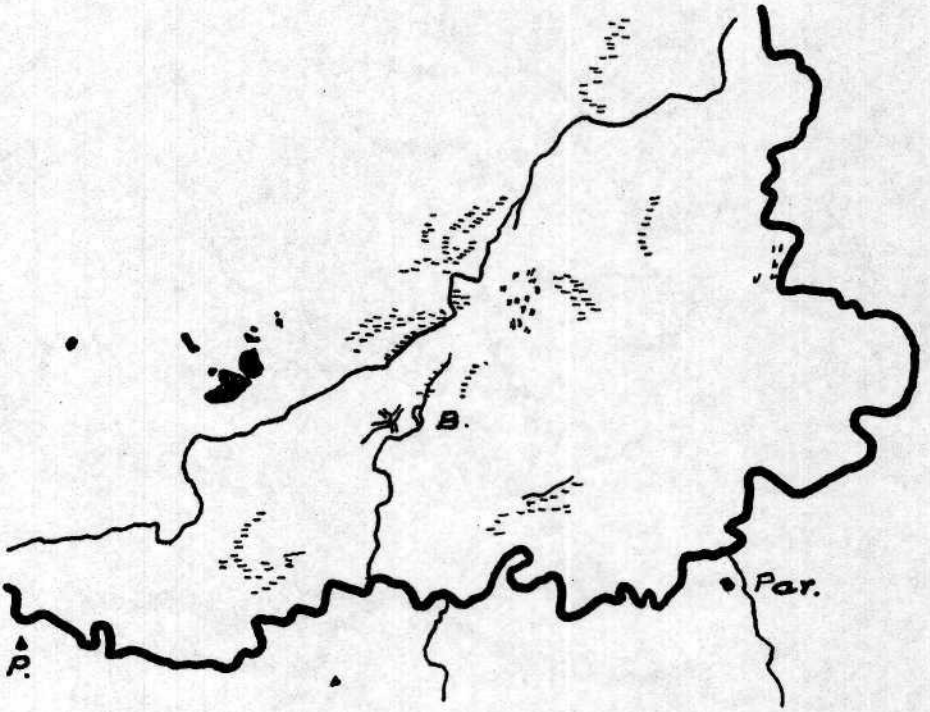


Abb. 2: Die Teiche in der Umgebung von Pardubitz nach der österreichischen Spezialkarte 1:75 000 aus dem Jahre 1679.

und zu Beginn des 19. Jahrhunderts haben eine Trockenlegung der Teichflächen zur Folge gehabt.

Das größte Teichgebiet Böhmens jedoch liegt im Budweiser und Wittingauer Becken. Erstmalig urkundlich erwähnt werden diese Teiche im Stiftsbrief König Ottokars für das Kloster Goldenkron vom Jahre 1263. Eine Blüte der Teichwirtschaft setzte allem Anschein nach in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts unter der Regierung Kaiser Karls IV. ein, von dem der Historiker S. P e l z e l schreibt, „ut regnum nostrum piscibus et vaporibus abundaret". In Südböhmen verdankt der Teichbau seine Förderung vor allem den Herren von Rosenberg, die im 13. Jahrhundert bereits in Wittingau herrschten. Urkundlich belegt ist, daß 1367 Jeschek von Landstein und Amselberg den Steinröhrenteich erweitern ließ. Die Zeit der Hussitenkriege bedeutete auch für die südböhmischen Teichanlagen eines der Hemmnisse, doch nicht in dem Maße wie für die übrigen böhmischen Teichgebiete, weil der Teichbau in Südböhmen auf tertiärem Boden, gleichsam landschaft-

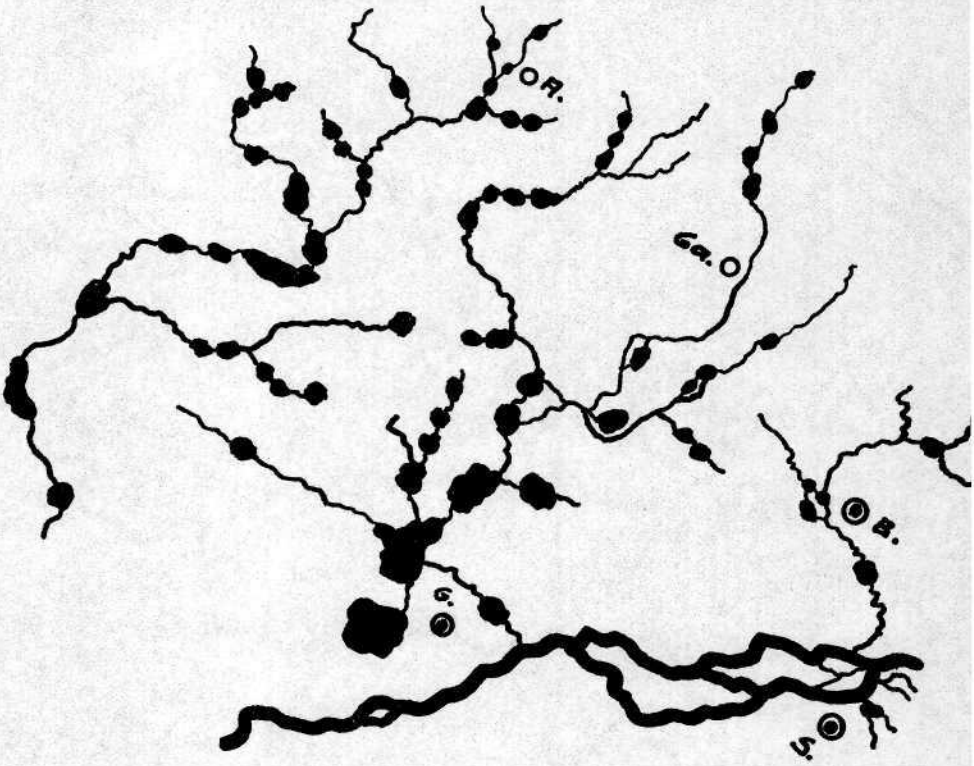


Abb. 3: Die Teiche in der Umgebung von Göding in Südmähren nach der Karte von Christoph Müller aus dem Jahre 1716.

G. = Göding; S. = Straschnitz; B. = Bisenz; Ga. = Gaya; A. = Archlebau.

lich gebunden, eine wirtschaftliche Maßnahme ist. Schon in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts ließ sich der Rat von Budweis die Teichwirtschaft angelegen sein. Die Bewilligung zur Anlage von Fischteichen hat die Stadt am 5. August 1457 von König Ladislaus Posthumus erhalten. Der Teichbau, wie die Teichwirtschaft als solche, entwickelten sich zur vollsten Blüte, als der Krummauer Burggraf Jakob Krčin von Jelčan zum Regenten der Rosenberger Herrschaft ernannt wurde, nämlich im Jahre 1570. Dieser große Förderer der Teichwirtschaft hat Südböhmen zum Vorbild nicht nur der Teichgaue des Landes, sondern auch außerhalb Böhmens gemacht. Dieser Blütezeit folgten dann die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges, durch die auch die südböhmische Teichwirtschaft stark zu leiden hatte. Doch sie erholte sich allmählich wieder, so daß Šusta (33) zu dem Schluß kommen konnte, daß die Anzahl der Teiche vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges so groß war wie 1870, nämlich 278 Teiche, denen eine maximale Wasserfläche von 5223 ha entsprach. Die Teichflächen Südböhmens, also des Budweiser und Wittingauer Beckens, sind bis in die Gegenwart hinein einigermaßen be-

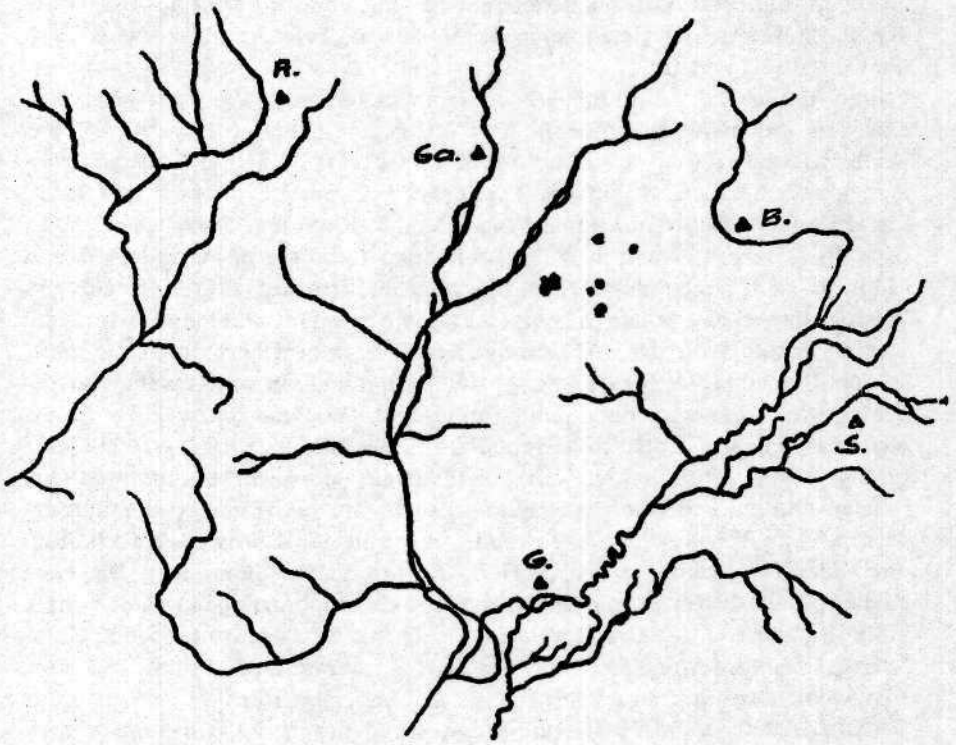


Abb. 4: Die Teiche in der Umgebung von Göding nach der österreichischen Generalkarte 1:200 000 aus dem Jahre 1938.

ständig geblieben. Die Teichwirtschaft Südböhmens war zur Zeit der tschechoslowakischen Republik verstaatlicht worden und war der einzige Staatsbetrieb, der eine aktive Bilanz aufzuweisen hatte. Dieser wirtschaftliche Erfolg änderte sich erst zur Zeit des Protektorats, als durch die Unfähigkeit eines sächsischen Treuhänders Fischseuchen eingeschleppt wurden.

Ergänzend sei auch das Teichgebiet von Hirschberg bei Böhmisch Leipa erwähnt. Die elf Teiche dieser Gegend sind in drei Reihen angeordnet und umfassen eine Fläche von fünf Quadratkilometern, von denen allein auf den Hirschberger Großteich 350 Hektar entfallen. Dieser Teich hat eine natürliche Anlage, die bedingt ist durch einen Grabenbruch und einen Basaltgang, der das Wasser des Beckens staut. Die übrigen Teiche wurden größtenteils in der Regierungszeit Karls IV. angelegt und sind seit dieser Zeit wenig Veränderungen ausgesetzt gewesen. In diese Zeitperiode fällt auch die Anlage der meisten Teiche auf der Herrschaft Leitomischl in Ostböhmen. Sommer (31) führt in seiner Topographie des Königreiches Böhmen 78 Teiche mit einer Oberfläche von 856 Joch und 1310 Quadratklaftern aus dieser Gegend an und bemerkt hierzu, daß die Spiegelkarpfen und Hechte dieser Teiche meistens nach Brünn verkauft wurden. 1924 wurden im Leitomischler Gerichtsbezirk nur 363 ha Teiche und Wasserflächen überhaupt festgestellt.

Eine ähnliche Entwicklung wie in Böhmen hat auch die Teichwirtschaft Mährens aufzuweisen, wiewohl hier die Blüte und auch der Verfall der Teichwirtschaft infolge ihres extremen Charakters mehr zur Geltung kommen als in Böhmen. Schon der Humanist Johann Dubravius (1486 bis 1553) (40) widmet in seinem Werk „Von Teichen und Fischen, welche in denselben gezüchtet werden" den stehenden Gewässern, besonders denen Mährens, sein Augenmerk. Nach den Hussitenkriegen verbreitete sich die Teichwirtschaft vor allem in der Hanna, wo ein Großteil der Dörfer verwüstet worden war. Der Absatz der Fische war gesichert durch die zahlreichen Fast- und Festtage, an denen der Fisch die allein zugelassene Fleischspeise war. Aber auch der Mangel an anderen Fleischarten war der Teichwirtschaft günstig. So soll der Proßnitzer Teich allein jährlich 40 000 Goldgulden abgeworfen haben, eine Geldsumme, die dem Einkommen des reichen Olmützer Bistums gleichkam. Es gab in der Hanna (12) mancherorts so viele Teiche, daß die Bewohner nur von der Teichwirtschaft lebten, da in der Umgebung fast kein Fleck Ackererde zu finden war. Die Umsiedlung ganzer Dörfer, um an ihrer Stelle Teiche anzulegen, ist auch hier keine Seltenheit. Der Dreißigjährige Krieg mit der Vernichtung der Gutsherrschaften brachte auch hier die Teichwirtschaft zum Verfall. So verschwindet nach und nach Teich um Teich. Den letzten Schlag versetzte der Teichwirtschaft in der Hanna die Entwicklung des Zuckerrübenanbaues zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Abgesehen von einigen kleineren Teichen wurden fast alle Teiche der Hanna trockengelegt, und heute ist die Hanna eine fast teichlose Ackerbaulandschaft.

Der Wandel der Teichfläche in den Sudetenländern bis in die jüngste Gegenwart und sein klimatischer Einfluß

Aus den historischen Angaben kann man ersehen, daß die Teichfläche der Sudetenländer beträchtlichen Schwankungen unterworfen war und heute noch ist. Daß diese Wasserflächen einen nicht nur örtlichen Einfluß auf das Klima haben, ist nicht zu leugnen. Der qualitative Einfluß der Trockenlegung der Teiche zeigt sich in erster Linie in der Veränderung des Landschaftsbildes. So treten in unserem geographischen Raume an Stelle der Wasserflächen Felder und Wiesen, landwirtschaftliche Nutzflächen. Die quantitative Ermittlung des klimatischen Einflusses der Wasserflächen kann nur aus der Veränderung der Verdunstungsmenge mit Hilfe des Trockenheitsindex erfolgen. In den Sudetenländern ist man in der glücklichen Lage, eine sehr frühe landwirtschaftliche Statistik und gleichzeitige meteorologische Daten zur Verfügung zu haben. G. N. Schnabel (22) veröffentlichte in seinem Buch „Statistik der landwirtschaftlichen Industrie Böhmens", Prag 1846, die Areale der „mit Wasser angelassenen Teiche, nach Angabe der Ämter" des Berauner, Bidschower, Budweiser, Bunzlauer, Chrudimer, Tschaslauer, Elbogner, Gurimer, Klattauer, Königgrätzer, Leitmeritzer, Pilsener, Prachiner, Rakonitzer, Saazer und Taborer Kreises aus dem Jahre 1837 in niederösterreichischem Joch.

Nach der Katastralvermessung aus dem Jahre 1789 betrug der Flächeninhalt der Teiche in Böhmen 133 485 Joch, im Jahre 1837 aber nur mehr 90 265, so daß 43 220 Joch der Teichfläche trockengelegt wurden oder nahezu ein Drittel des früheren Areals.

Für die Trockenlegung der Teichfläche führt der Autor vier Gründe an:

1. Das Steigen der Getreidepreise veranlaßte die Teichwirte, die Teiche in Felder umzuwandeln.
2. Die Blüte der veredelten Schafzucht verlangte nach einer größeren Futtererzeugung, was, ohne den Getreideanbau zu beeinträchtigen, durch Trockenlegung von Teichen geschehen konnte.
3. Die Fischpreise sind nicht im gleichen Verhältnis wie die Getreidepreise gestiegen, die Nachfrage nach Fischen hat vielmehr merklich abgenommen.
4. Der Zuckerrübenanbau bewirkt ebenfalls eine Trockenlegung der Teichflächen.

Aus dem gleichen Jahr gibt es leider keine entsprechenden Zahlen für Mähren. Erst 1865 veröffentlicht Christian d'Elvert (2) in seiner grundlegenden Abhandlung „Zur Geschichte der Landwirtschaft in Mähren und Österreichisch-Schlesien" für den Brünner, Znaimer, Iglauer, Neutitscheiner, Olmützer und Hradischer Kreis die statistischen Agrarzahlen für das Jahr 1854.

Diese erste amtliche landwirtschaftliche Statistik bildet nun die Grundlage für die weitere Untersuchung. Als Vergleichsmaßstab wurden die ent-

sprechenden Angaben der amtlichen Statistik aus dem Jahre 1924 bezüglich der Aufteilung der Bezirksflächen in den Sudetenländern nach den Kulturarten, wie Ackerboden, Wiesen, Gärten, Teiche usw., herangezogen. Wenn diese Vergleichsmethode auch einige Fehlerquellen in sich birgt, so sind diese von nebensächlicher Bedeutung, denn sie nehmen keine solche Größe an, daß sie die Ergebnisse verfälschen würden. Eine solche Fehlerquelle liegt in der Statistik selbst. Die älteren Angaben beziehen sich auf bespannte Teiche, also auf Teiche, die mit Wasser angelassen sind, während die neueren statistischen Zahlen die Katastralfläche der Teiche berücksichtigen. Der Unterschied ist so gering, daß er praktisch vernachlässigt werden kann. Ein anderer Fehler liegt in den verschiedenen Flächenmaßen. Das niederösterreichische Joch wurde mit 0,58 ha umgerechnet, so daß ein Hektar 1,7 Joch entspricht. Ferner mußte, um Vergleichszahlen zu erhalten, die Kreiseinteilung von 1846 zur Grundlage genommen werden. Die Gerichtsbezirke der jüngeren Statistik wurden dann in dieser zusammengefaßt, was keinerlei Schwierigkeiten ergab, weil die Gerichtsbezirke meist als Untergliederung der Kreise aus diesen hervorgegangen sind.

Tabelle 1

Kreis	Gesamtfläche in ha	Teichfläche in ha 1837	Teichfläche in ha 1924	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) der Teichfläche 1837—1924	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) der Teichfläche in Prozenten der Gesamtfläche
Böhmen:					
Berauner	290 133	2 002	2 143	+ 141	0,0
Bidschower	248 926	3 514	1 662	— 1 852	— 0,7
Budweiser	439 530	13 198	14 710	+ 1 512	+ 0,3
Bunzlauer	444 202	2 011	2 712	+ 701	+ 0,2
Chrudimer	332 977	4 491	2 324	— 2 167	— 0,7
Elbogner	156 753	1 735	868	— 867	— 0,6
Gurimer	287 549	3 088	1 599	— 1 489	— 0,5
Klattauer	251 064	1 841	1 305	— 536	— 0,2
Königgrätzer	331 395	751	1 053	+ 302	+ 0,1
Leitmeritzer	328 350	788	1 266	+ 478	+ 0,1
Pilsner	385 224	2 272	2 568	+ 296	+ 0,1
Prachiner	442 902	6 316	6 248	— 68	0,0
Rakonitzer	247 728	526	982	+ 456	+ 0,1
Saazer	284 022	803	1 134	+ 331	+ 0,1
Taborer	323 750	7 647	5 831	— 1 816	— 0,6
Tschaslauer	299 230	2 001	2 098	+ 97	+ 0,3

Mähren:		1924	1854		
Brünner	508 667	1 299	3 679	+ 2 380	+ 0,5
Znaimer	302 365	700	1 755	+ 1 055	+ 0,3
Iglauer	226 393	1 981	2 434	+ 453	+ 0,2
Neutitscheiner	332 694	316	1 099	+ 783	+ 0,2
Olmützer	508 933	463	997	+ 534	+ 0,1
Hradischer	352 504	—	738	+ 738	+ 0,2

Die Tabelle 1 veranschaulicht nun die Teichflächen in den Jahren 1837 und 1924, ferner die Größe der Ab- und Zunahme derselben in Hektaren in den 16 Kreisen Böhmens während dieses Zeitraumes. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Teichfläche im Zeitraum 1837—1924, also innerhalb 87 Jahren, um 4481 ha abgenommen hat. Die Gesamtfläche des Teichareals der Tabelle 1 entspricht jedoch nicht der Gesamtfläche der Teiche in Böhmen im Jahre 1924, weil in der Kreiseinteilung die Bezirke Prag, Eger, Wildstein und Asch nicht berücksichtigt wurden. Sie betrug 49 057 ha in diesem Jahr. Diese Teichfläche repräsentiert noch nicht ein Minimum. Dieses wird im Jahre 1896 mit 38 705 ha ausgewiesen. Das sind 0,76% der Gesamtfläche Böhmens gewesen. Daraus ist zu ersehen, daß die Teichfläche bis gegen die Jahrhundertwende noch im Abnehmen begriffen war. Das Ansteigen der Teichflächen hängt mit der Erhöhung der Fleischpreise, aber auch mit der stärkeren Betonung des Fleisches als Nahrung in der Nachkriegszeit zusammen.

In der letzten Spalte wurde die Abnahme bzw. die Zunahme der Teichfläche in den einzelnen Kreisen in Prozenten der Gesamtfläche des betreffenden Kreises angegeben. Als Ergebnis geht hervor, daß die Veränderung der Teichfläche in keinem Kreise über 1 Prozent liegt, daß jedoch in Böhmen die Abnahme der Teichfläche fast durchweg größer ist als die Zunahme.

Dieser Wandel der Teichfläche hat eine Veränderung der Verdunstung zur Folge und damit auch eine Veränderung der örtlichen Niederschlagsdisposition. Wenn sich aber der Niederschlag ändert, so wandelt sich auch das Gefüge der geographischen Landschaft.

Nach W. Halbfaß (5) ist der Einfluß der Verdunstung auf den Wasserhaushalt der Seen in den gemäßigten Breiten für kleine Seen recht bedeutend, und es dürfte somit der Verdunstung der Teiche eine nicht unwichtige wirtschaftliche Rolle zufallen, besonders auch als Verdunstung an Fischzuchtanlagen.

So habe ich (30) erstmalig 1942 den Versuch unternommen, mit Hilfe der Verdunstung auf den Teichflächen einen Schluß auf die Veränderung der Niederschlagsverhältnisse des betreffenden Kreisgebietes zu ziehen, und zwar in den Sommermonaten.

J. Maurer (13) hat für den Züricher See in der Zeit von Mitte Juli bis Mitte September eine tägliche Verdunstung von 4,2 mm bei einer durchschnittlichen Oberflächentemperatur von 24° C festgestellt. Wenn auch die

Teichflächen in Böhmen erst in ihrer Gesamtheit die fünffache Fläche des Züricher Sees, der ein Ausmaß von 88 qkm hat, erreichen, so ist die Wirkung der Teichgruppen als solche großen Seen wohl gleichzusetzen. Man kann deshalb die tägliche Verdunstung des Züricher Sees als Bezugsgröße auch für diese Teichgruppen in Anwendung bringen, dies um so mehr, als nach S t e f a n die Verdampfungsmenge einer Wasseroberfläche nicht dem Flächeninhalt, sondern dem Umfang des Wasserbeckens proportional ist, also mit der Quadratwurzel aus dem Flächeninhalt sich ändert. Demzufolge ist die Verdampfung bei kleinen Wasserbecken verhältnismäßig größer als bei großen.

Tabelle 2. *Die Verdunstung auf Grund der vergrößerten bzw. verkleinerten Teichfläche in den Sommermonaten (Juni, Juli, August)*

Kreis	Mittlerer Sommerniederschlag (mm) 1876—1900 (Station)		Verdunstungsmenge (mm) Zu- (+) bzw. Abnahme (—)	Die Verdunstungszunahme bzw. -abnahme in % des mittleren Sommerniederschlages
Bidschower	296	(Hohenelbe)	— 160	— 54
Chrudimer	254	(Chrudim)	— 176	— 72
Elbogner	220	(Karlsbad)	— 118	— 53
Gurimer	260	(Beneschau)	— 143	— 55
Klattauer	234	(Klattau)	— 84	— 35
Prachiner	204	(Nepomuk)	— 25	— 12
Taborer	229	(Tabor)	— 176	— 76
Berauner	209	(Pibrans)	+ 34	+ 16
Budweiser	256	(Budweis)	+ 143	+ 55
Bunzlauer	221	(J. Bunzlau)	+ 92	+ 41
Tschaslauer	248	(Tschaslau)	+ 34	+ 13
Königgrätzer	216	(Josefstadt)	+ 67	+ 30
Leitmeritzer	197	(Lobositz)	+ 76	+ 38
Pilsner	217	(Pilsen)	+ 59	+ 27
Rakonitzer	196	(Rakonitz)	+ 84	+ 42
Saazer	204	(Laun)	+ 67	+ 32
Brünner	223	(Brünn)	+ 180	+ 80
Znaimer	204	(Znaim)	+ 120	+ 60
Iglauer	230	(Iglau)	+ 84	+ 36
Neutitscheiner	313	(Neutitschein)	+ 120	+ 40
Olmützer	213	(Hradisch)	+ 84	+ 40
Hradischer	232	(Ung. Brod)	+ 96	+ 40

Die Tabelle 2 gibt in der ersten Spalte den mittleren Niederschlagswert der Sommermonate in Millimetern einer für den entsprechenden Kreis maßgebenden meteorologischen Station an. In der zweiten Spalte ist die Ver-

dunstungsmenge in Millimetern angeführt, die der Zu- bzw. Abnahme der Teichflächen entspricht, und in der dritten Spalte wurden diese errechneten Verdunstungsmengen in Prozenten des mittleren Sommerniederschlages ausgedrückt.

In den böhmischen Kreisen (Bidschower, Chrudimer, Elbogner, Gurimer, Klattauer, Prachiner und Taborer) schwankt die abnehmende Verdunstungsgröße zwischen 25 und 176 mm, während die sommerliche Verdunstungsmenge entsprechend der größeren Teichflächen in den böhmischen Kreisen (Berauner, Budweiser, Bunzlauer, Tschaslauer, Königgrätzer, Leitmeritzer, Pilsner, Rakonitzer und Saazer) zugenommen hat und zwischen den Werten 33,6 mm und 142,8 mm schwankt.

Um einen Vergleichsmaßstab für diese Schwankungsgrößen der Verdunstung zu erhalten, wurde der sommerliche Niederschlag (Juni, Juli, August) in den einzelnen Kreisen errechnet. Diese monatlichen Regenmengen der charakteristischen meteorologischen Station jedes Kreises, die auf langjährigen Monatsmitteln (1876—1900) fußt, wurde dabei zur Grundlage genommen.

Demnach variiert die infolge der Trockenlegung der Teiche abgenommene Verdunstungsmenge in Böhmen zwischen 12 Prozent und 76 Prozent des Sommerniederschlages, das bedeutet also, daß der sommerliche Niederschlag vor der Auflassung der Teiche um diesen Betrag größer war. In diesen Kreisen ist demzufolge eine Versteppungstendenz eingetreten. Die Extreme der Versteppung sind durch die Beobachtungsjahre 1837 und 1924 nicht zum Ausdruck gebracht, weil, wie früher erwähnt, im Jahre 1896 die Teichfläche in Böhmen noch geringer war als in den Vergleichsjahren. Im anderen Falle ist der Sommerniederschlag um 13 Prozent bis 55 Prozent in diesem Zeitabschnitt infolge der zugenommenen Verdunstung gestiegen. Er war früher um diesen Betrag kleiner. Dabei ist die Annahme gemacht, daß die Verdunstungsmenge als örtlicher Niederschlag wieder in Erscheinung tritt. Diese Annahme hat ihre gewisse Berechtigung, weil die Teichgebiete im Sommer häufig zur Bildung von Wärmegewittern Anlaß geben.

Mit der Veränderung der Verdunstungsgröße geht aber für gewöhnlich auch eine solche der Lufttemperatur Hand in Hand. Die Abnahme der Verdunstungsgröße entspricht einer Temperaturzunahme der Luft und umgekehrt eine Vergrößerung dieses Wertes eine Abnahme der Lufttemperatur, so daß im ersten Falle auch hinsichtlich der Temperaturverhältnisse der Versteppung Vorschub geleistet wird, im letzteren der humide Sektor des Klimas verstärkt wird.

Für Mähren stand nur der Zeitraum von 1854 bis 1924 für diese Untersuchung zur Verfügung. In den sechs Kreisen ist durchweg eine Zunahme der Teichfläche in diesem Zeitraum zu verzeichnen. Im Jahre 1854 besitzen die mährischen Kreise 4759 ha Teiche. Diese Teichfläche vergrößerte sich bis zum Jahre 1924 fast um mehr als das Doppelte. Sie betrug in diesem Jahr nämlich 10 702 ha, das sind 0,48 Prozent der Gesamtfläche Mährens.

Auch in Mähren war um die Jahrhundertwende die Teichfläche noch kleiner als in den Jahren 1854 und 1924. Sie betrug damals 4541 ha.

Die Zunahme der Teichfläche in Mähren in der Zeit von 1854 bis 1924 hinsichtlich der einzelnen Kreise schwankt zwischen 0,1 bis 0,5 Prozent. Im Verhältnis zu den böhmischen Kreisen ist diese Zunahme größer. Dieser Teichflächenvermehrung entspricht eine sommerliche Verdunstung, die zwischen den Werten 84 mm und 180 mm schwankt. Auch diese Größen übertreffen die diesbezüglichen böhmischen trotz des kleineren Zeitraums. Setzt man die gleiche Beziehung zwischen Niederschlag und Verdunstung wie in Böhmen voraus, so würde nun diese Sommerverdunstung einer Niederschlagshöhe entsprechen, die im Maximum 80 Prozent und im Minimum 36 Prozent des gegenwärtigen Niederschlages betragen. Durch diese Ergebnisse wird erwiesen, daß die Teichwirtschaft in Mähren eine stärkere Betonung des humiden Sektors des mährischen Klimas im Vergleich zu Böhmen hervorgerufen hat.

Daraus geht weiter hervor, daß die mährischen Landschaften vor der Zeitepoche 1854—1924 wesentlich niederschlagsärmer gewesen sind als die Böhmens, wie die Verdunstung der Teichfläche als klimatischer Faktor anzeigt. Auch hier ist der Extremfall unberücksichtigt geblieben, weil die noch kleinere Teichfläche des Jahres 1896 in die Untersuchung nicht miteinbezogen wurde.

So gliedern sich die Sudetenländer hydrographisch in zwei Gebiete: In den westlichen Teil (Böhmen) mit zahlreichen stehenden Gewässern, die zum Teil kaum aus den südböhmischen, dem Budweiser und Wittingauer, Becken fortzudenken wären, und den östlichen Teil (Mähren), in dem die Teichfläche durch den Menschen so eingeschränkt wurde, daß sie in der Landschaft kaum noch ein besonderes Merkmal bildet. Im Jahre 1860 berichtete C. K o ř i s t k a (11), daß die Fortschritte der Landwirtschaft in Mähren, die Einschränkung der Fastenzeit und andere Umstände den Flächeninhalt der Teiche bis auf ein Fünftel desselben vom 18. Jahrhundert verminderten.

Der Wasserhaushalt eines Landes spiegelt sich bekanntlich auch in den Abflußmengen seiner Flüsse. Wenn nun die Verdunstung der Teichflächen ein klimatischer Faktor ist, so muß sie sich demzufolge auch in den Pegelständen der Flüsse zur Kenntnis bringen.

J. N o v o t n ý (19) hat in einer sehr verdienstvollen Untersuchung über die langfristige Periodizität der Abflußmengen in den Flüssen besonders die der Moldau und Elbe in Beziehung zu den Niederschlagsmengen gesetzt. Die Analyse der Niederschlagsreihe von 1805 bis 1934 der Station Prag-Klementinum, die bekanntlich zu den ältesten Europas gehört, ergibt für den Zeitraum von 1805 bis 1827, also für 23 Jahre, einen überwiegend trockenen Charakter. Die folgende Zeitspanne von 25 Jahren, von 1827 bis 1851, ist feucht. Die nächsten 27 Jahre von 1852 bis 1878 sind wiederum trocken, während der Zeitabschnitt 1879 bis 1901 feuchten Charakter hat. In der Zeitepoche von 1805 bis 1901 liegt nun das säkulare Jahresmaximum

von 714 mm im Jahre 1890 und das säkulare Jahresminimum von 302 mm im Jahre 1864. Von 1902 bis 1934 ist die Tendenz der Niederschläge nicht deutlich, wenn auch der feuchte Charakter angezeigt ist. Der jährliche Mittelwert der Epoche von 1805 bis 1934 beträgt 503,253 mm. Der Verfasser kommt auf Grund dieser Daten zu dem Ergebnis, daß eine regelmäßige periodische Wiederholung der Niederschlagsmengen aus der gegebenen Beobachtungsreihe von 130, bzw. 134 Jahren in Prag-Klementinum nicht festzustellen und auch in den Niederschlagsverhältnissen der letzten 130 Jahren keine fortschreitende Änderung eingetreten ist.

In gleicher Weise wie die Niederschlagsaufzeichnungen von Prag-Klementinum analysiert der gleiche Verfasser die Abflußmengen der Moldau in Prag, die für ein Einzugsgebiet von 26 940,40 qkm maßgebend sind, nun für die Jahre 1825 bis 1938. Die Ergebnisse dieser Analyse sind folgende: Bis 1830 eine unvollkommen abgegrenzte Periode. Von 1831 bis 1855 tritt eine ziemlich ausgeprägte Periode hervor, die bis zu dem Jahre 1842 unter dem Durchschnitt, von 1843 an über dem Durchschnitt zu liegen kommt. Mit dem Jahre 1856 tritt eine Trockenperiode auf, die bis 1878 dauert. Von 1879 an steigen die Abflußmengen der Moldau in Prag wieder an und behalten diese Tendenz bis zum Jahre 1927. Die Kurve der jährlichen Abflußmengen verläuft nicht so stetig, daß man den trockenen bzw. den feuchten Charakter der Jahre in den Abflußmengen deutlich erkennen könnte. In der Trockenperiode treten beispielsweise vereinzelt feuchte Jahre auf und umgekehrt in der feuchten Jahresfolge trockene. Dessen ungeachtet zeigen auch hier die jährlichen Abflußmengen, daß die abfließende Wassermenge der Moldau nicht abnimmt, sondern um den Mittelwert von 4270,43 Mill. Kubikmeter ständig schwankt. Die Abflußverhältnisse der Elbe in Tetschen zeigen einen fast parallelen Verlauf zu denen der Moldau in Prag.

Vergleicht man weiter die Niederschlags- und Abflußmengen nun auch noch mit der Temperaturreihe der Station Prag-Klementinum der Zeitepoche 1774 bis 1938, deren mittlere jährliche Temperatur 9,2° C beträgt, so kann man konstatieren, daß sowohl in längeren Zeitabschnitten wie in einzelnen Jahren eine gegenteilige Tendenz besteht, das heißt, einem mehrjährigen warmen Zeitabschnitt entspricht eine Abnahme der Niederschläge und umgekehrt.

Auf Grund dieser Ergebnisse kommt N o v o t n ý nun unter anderem zu folgenden Schlußfolgerungen: Für die in Betracht gezogene Beobachtungsreihe gibt es keine regelmäßige langfristige Abflußperiode, noch Nebenperioden. Das kontinentale Klima des Einflußbereiches der Moldau und Elbe ist konstant. Übrigens zu ähnlichen Resultaten kommt E. S t u m m e r (36) trotz einer kürzeren Beobachtungsreihe (1881 bis 1905) hinsichtlich des Niederschlages und der Abflußmenge im Marchgebiet.

Diese Feststellung gerade, daß trotz konstanten Landklimas keine regelmäßigen langfristigen Abflußperioden noch Nebenperioden nachweisbar sind, läßt die Vermutung zu, daß die sogenannten „scheinbaren" Perioden,

wie sie nicht nur in der Niederschlagsmenge und Temperatur von Prag, sondern auch in der Abflußmenge der Moldau und Elbe, aber auch der March auftreten, ihre Ursache in den menschlichen Eingriffen gegenüber dem Wasserhaushalt haben, der in den Sudetenländern in besonderem Maße in diesem Zeitraum von den Teichen beeinflußt wird.

Es ist demnach nicht zu leugnen, daß die Teichflächen der Sudetenländer, wie Wasserflächen überhaupt, wenn sie verändert werden, auch ihre Umwelt und gerade die klimatischen Verhältnisse einer Veränderung unterwerfen.

Ich erinnere daran, daß am 16. Dezember 1936 der sudetendeutsche Senator Stellwag im Senat der tschechoslowakischen Republik in einer großangelegten und mit vielen amtlichen Zahlen untermauerten Rede darauf verwies, daß Böhmen ein wasserwirtschaftlich sehr leicht zu übersehender Raum ist, da er sich fast vollkommen mit dem Abflußgebiet der Moldau-Elbe deckt und deren Abfluß bei Tetschen seit langem genau gemessen wird. Stellwag wies damals nach, daß die Niederschläge während der Wachstumsperiode in manchen Gebieten auf fast die Hälfte der früheren zurückgegangen sind. Er konnte nachweisen, daß in den letzten dreißig Jahren die Dürrejahre sich erschreckend gehäuft haben und daß die Verschuldung der böhmischen Landwirtschaft mit 60 Milliarden Tschechenkronen ausschließlich eine Folge der Dürreschäden ist. Und obgleich die Niederschläge in den regulierten Gewässern „wie in Dachrinnen", wie Stellwag sich ausgedrückt hat, zur Elbe jagen, besser gejagt werden — so flossen beispielsweise im März 1937 bei ungünstigen Witterungsverhältnissen 97 Prozent der Niederschläge außer Landes —, ist der Jahresabfluß der Elbe von 10 Milliarden Kubikmeter im Mittel der Jahre 1875 bis 1900 auf 7,7 Milliarden Kubikmeter, also um fast ein Viertel im Mittel der Jahre 1927 bis 1936 zurückgegangen.

Der Rückgang der Teichflächen war aber nicht allein auf die Sudetenländer beschränkt. O. Jessen (8) konnte in seiner Untersuchung hinsichtlich der ehemaligen Verbreitung der Weiher nachweisen, daß in Oberschwaben, auf der Schwäbischen Alb, im Schwarzwald, im Schwarzwaldvorland, in der Keuperlandschaft, im Neckarbecken und auf der Fränkischen Platte in der Zeit von 1750 bis 1850 die meisten Weiher aus dem Landschaftsbild verschwunden sind, allein in Württemberg 1200. Als Ursachen hierfür führt er folgende Tatsachen an: Vereinigung des Kirchengutes mit dem Staatsgut. Aufhebung der kleinen Territorialherrschaften. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts eine zunehmende Wertschätzung der Streu- und Futterwiesen im Zusammenhang der landwirtschaftlichen Intensivierung. Aufteilung der Allmenden. Verbesserung der Wasserversorgung und Anlage von Wasserleitungen. Rückgang der Flößerei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sanitäre Rücksichten im Zusammenhang mit Malariaerkrankungen und Fieberherden.

Als Ursachen sekundärer Art nennt Jessen ferner: Böswilliges oder

unachtsames Abgraben der Teiche besonders in der Kriegszeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Abnahme des Bedarfes an Blutegeln. Verschwinden der Badstuben, die im 14. und 15. Jahrhundert fast in jedem Ort anzutreffen waren. Der Aufschwung des Bädergebrauches in Deutschland nach den Kreuzzügen. Ausbreitung der Franzosenkrankheit zu Beginn des 16. Jahrhunderts schränkt diesen Bädergebrauch ein. Im 18. und 19. Jahrhundert wird das Baden im Freien verpönt.

Aber auch mancher Weiher ist auf natürliche Weise aus der Landschaft durch Zuschüttung oder Vermoorung verschwunden.

Auch in der Oberpfalz sind die Teichflächen allmählich von 15 000 Hektar auf etwa ein Drittel zusammengeschmolzen, so daß heute noch etwa 5000 Hektar übriggeblieben sind. Diese Teichflächen stellen immerhin noch fünfzig Prozent der gesamten bayerischen Teichflächen dar und etwa fünfundzwanzig Prozent aller im Bundesgebiet vorhandenen Teiche.

Das Schicksal der Teiche in den Sudetenländern steht also nicht allein da. Die Ursachen der Trockenlegung der Teiche sind vielfach die gleichen.

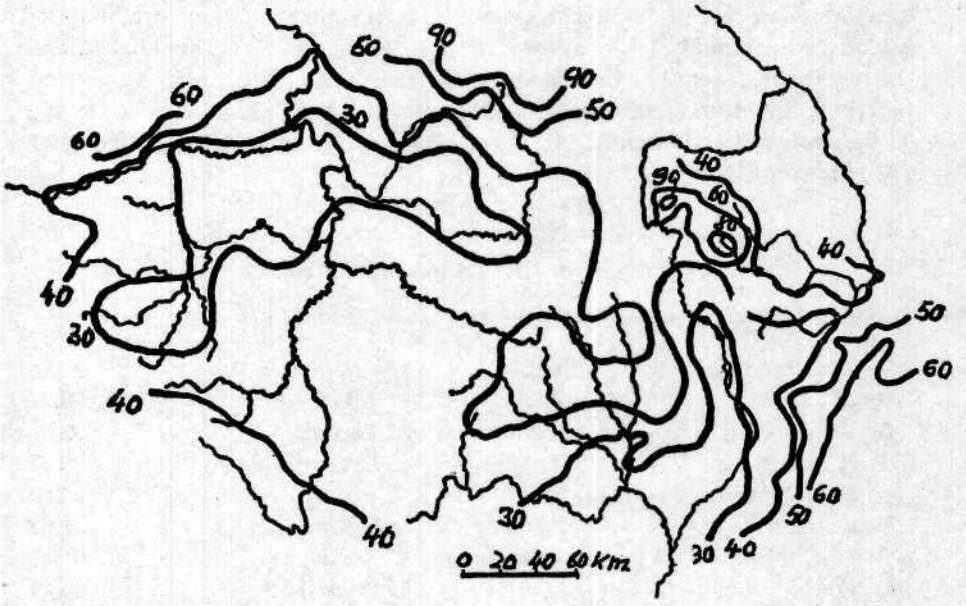


Abb. 5: Die Linien gleichen Trockenheitsgrades in den Sudetenländern.

Der Trockenheitsindex

Der Trockenheitsindex drückt am besten die Beziehung zwischen Niederschlag und Lufttemperatur aus. Dieser wurde in der Bodenkunde durch den Regenfaktor $\frac{\text{Regenmenge}}{\text{Temperatur}}$ von L a n g angewendet. Niederer Regenfaktor zeigt arides, hoher humides Klima an. Eine andere Form des Trockenheitsfaktors hat E. D e M a r t o n n e gegeben in der Form $i = \frac{n}{t + 10}$, worin n der Niederschlag an einem Ort und t die Lufttemperatur bedeutet. Diese Formel wurde dann durch E. R e i c h e l (21) in folgender Weise modifiziert: $i = \frac{n \cdot p}{(t - 10) \cdot 180}$, wobei 180 als ein mittleres p für Deutschland angenommen wird.

Auf Grund der vorliegenden meteorologischen Beobachtungsreihen habe ich diesen Trockenheitsindex berechnet.

Die beigefügte kartographische Darstellung zeigt die Verteilung der Trockenheitsindexe von 122 Stationen, wie aus der anschließenden Tabelle 3 zu ersehen ist. — Die Werte der Stationen Glatz, Wang, Zittau und Oberwiesental wurden nach R e i c h e l in die Karte mitaufgenommen. Schon R e i c h e l hat darauf hingewiesen, daß eine Darstellung des Trockenheitsindexes für Deutschland mit seinen verhältnismäßig geringen Temperaturunterschieden mit einer solchen der Niederschlagsverteilung große Ähnlichkeit haben muß. Trotz allem läßt die Karte des Trockenheitsindexes Unterschiede gegenüber der Niederschlagsverteilung erkennen. So weisen jährliche Regensummen von 450—549 mm Trockenheitsgrade von 25 bis 33 auf, von 550—649 mm 30 bis 41, von 650 bis 749 mm 30 bis 47 und über 749 mm von 41 bis 119.

Tabelle 3. *Der Trockenheitsindex* $\left(i = \frac{n}{t + 10}\right)$

1. Krummau	40,59	11. Kaaden	27,90
2. St. Thoma	47,33	12. Abertham	79,71
3. Winterberg	45,68	13. Teplitz	32,08
4. Hurkenthal	41,54	14. Lobositz	26,83
5. Kscheberschan	30,47	15. Wteln	25,86
6. Kuttenplan	36,02	16. Leitmeritz	28,63
7. Marienbad	47,82	17. Aussig	31,23
8. Eger	35,81	18. Bodenbach	38,21
9. Karlsbad	37,14	19. Tetschen	39,49
10. Gießhübl-Sauerbrunn	36,71	20. Bensen	37,10

21. B. Leipa	38,69	65. Wigstadtl	41,26
22. Neuwiese	90,14	66. Odrau	38,77
23. Reichenberg	50,00	67. Pohl	34,74
24. B. Aicha	50,35	68. Zauchtel	33,84
25. Gablonz	54,91	69. Raase	38,63
26. Schneekoppe	118,80	70. Weidenau	38,84
27. Josefstadt	35,49	71. Jägerndorf	31,28
28. Wejranowitz	33,66	72. Troppau	35,82
29. Rossitz	35,50	73. Kiowitz	43,11
30. Politschka	42,15	74. Großolbersdorf	33,62
31. Deutsch Brod	37,99	75. Oderberg	40,00
32. Tschaslau	34,70	76. Mähr. Ostrau	39,10
33. Neubidschow	34,89	77. Freiberg	41,71
34. Weißwasser	41,69	78. Hochwald	53,68
35. B. Brod	35,82	79. Neutitschein	42,64
36. Prag-Klementinum	32,29	80. Mähr. Weißkirchen	36,57
37. Pilsen	28,71	81. Krasna	42,16
38. Pibrans	34,71	82. Bistritz a. H.	35,39
39. Pisek	33,81	83. Rottalowitz	49,55
40. Tabor	34,88	84. Ostrawitz	75,60
41. Frauenberg	34,73	85. Alt-Hammer	58,74
42. Budweis	37,71	86. Peterswalde	53,81
43. Frischau	61,07	87. Ober-Mohrau	81,68
44. Koschkov	40,71	88. Jablunkau	54,24
45. Eibenschütz	26,85	89. Glatzer Schneeberg	97,26
46. Kladerub	32,63	90. Pürglitz	28,35
47. Iglau	36,69	91. Tscheikowitz	26,84
48. Frain	32,15	92. Freiwaldau	51,94
49. Znaim	28,01	93. Krasensko	39,75
50. Großbach	28,30	94. Leitomischl	42,73
51. Brünn	30,54	95. U. Lhota	36,19
52. Koritschan	31,72	96. Namiest	35,76
53. Feldsberg	24,68	97. Leipnik	36,16
54. Unt. Dubnian	28,09	98. Friedland	59,72
55. Göding	27,74	99. Oberleutensdorf	32,97
56. Napajedl	30,76	100. Odruwek	40,56
57. Kremsier	31,45	101. Prerau	35,68
58. Loschitz	36,27	102. Protiwanow	48,31
59. M. Neustadt	30,28	103. Ratischkowitz	26,59
60. Datschitz	35,30	104. Schlapanitz	29,52
61. M. Schönberg	40,58	105. Lhota	47,29
62. Goldenstein	62,64	106. Teltsch	38,57
63. Janowitz	49,25	107. Neuderowitz	33,65
64. Budischan	35,73	108. Roschnau	51,29

109. Vierzighuben	40,13	118. Dirnitz	40,91
110. Lettowitz	35,23	119. Ung. Brod	31,75
111. Stepanau	33,20	120. Strani	42,40
112. Mähr. Trübau	40,84	121. Großseelowitz	29,62
113. Pustomersch	31,84	122. Ung. Hradisch	32,21
114. Altstadt	48,75	123. Glatz	34,00
115. Rabenstein	64,94	124. Wang	92,00
116. Hutisk	60,00	125. Zittau	39,00
117. Uherska	53,94	126. Oberwiesenthal	87,00

Die geographische Verteilung des Trockenheitsindexes zeigt also die geringsten Werte im Eger-, Beraun- und Elbegebiet, und zwar östlich vom Duppauer Gebirge und Tepler Hochland, südlich des Böhmischen Mittelgebirges und nördlich der südböhmischen Rumpflandschaft. Gegen Osten verläuft die Isolinie des kleineren Trockenheitsgrades mehr in nordöstlicher Richtung gegen das Riesengebirge, westlich der Zidlina. Es kennzeichnet das Regenschutzgebiet der westlichen und nördlichen Gebirgszüge. Im östlichen Teil der Sudetenländer treten die geringsten Werte des Trockenfaktors im Zusammenflußgebiet der Thaya, Schwarzach sowie im südlichen nordmährischen und südmährischen Becken auf. Diese Werte erreichen Größen wie im Mainzer Becken, im Warthegebiet und an der unteren Oder. Daß auch in den Sudetenländern eine Wandlung des Trockenfaktors vor sich gegangen ist, das bestätigen beispielsweise die Verlegung der Hopfengärten im Saazer Becken in immer tiefere Lagen oder die Versickerung des Wassers in den Teichanlagen im Feldsberger Gebiet in Südmähren und schließlich die stellenweise aufgetretenen Austrocknungserscheinungen im Krummholzgürtel der sudetischen Gebirge. Die südböhmischen Rumpflandschaften und der östliche Teil des Elbegebietes, wie das Vorland des Adlergebirges, aber auch die Leitomischler und die südliche Zwittauer Mulde mit der Kleinen Hanna haben die gleichen Trockenfaktoren, aber auch der Südabfall des Erzgebirges und das Böhmische Mittelgebirge. Im östlichen Teil der Sudetenländer säumen die Gebiete dieser Trockenfaktoren im Westen und Osten die beiden mährischen Marchbecken ein. Sie verbreitern sich in der südmährischen Riedellandschaft. Diesen Werten entspricht das mittlere Maingebiet, Mittelschlesien und die Mecklenburgische Seenplatte.

Die höchsten Werte weist das Keilberggebiet im Erzgebirge und das Riesengebirge auf, ihnen folgen das Glatzer Schneegebirge und der südliche Teil des Altvatergebirges, dann die Saarer Berge auf der böhmisch-mährischen Höhe. Solche Werte zeigt Ostschlesien, das obere Saargebiet, das nördliche Holstein und die bayerische Hochfläche.

Die Teiche und die Staubecken in den Sudetenländern und ihre Aufgabe im Wasserhaushalt Mitteleuropas

Die geographische Verteilung des Trockenheitsfaktors ist nicht allein eine Folge der Niederschlagsverteilung und der der Temperatur, sondern sie ist auch durch den menschlichen Eingriff in die Natur bedingt. Es ist augenscheinlich, daß in keiner geographischen Landschaft die Teiche ein so wesentlicher Bestandteil sind wie gerade in den Sudetenländern und hier hauptsächlich in den südböhmischen Becken von Budweis und Wittingau. Ihre Zahl und Fläche hat im Laufe der Geschichte gewechselt. Da die Teiche in erster Linie Fischzuchtanlagen sind, so sind ihr Bau und ihr Verfall demzufolge von wirtschaftlichen Gründen abhängig. Daß dem so ist, lehrt auch die Geschichte der Teichwirtschaft der Sudetenländer. Die Wasserflächen der Teiche haben zweifellos auf das örtliche Klima Einfluß und durch ihre Abflußmengen einen solchen auf ihre weitere Umgebung.

Die Verdunstungsmengen, die durch Vergrößerung der Teichfläche bzw. durch ihre Verkleinerung ihrem Verbreitungsgebiet zugeführt oder entrissen werden, schwanken mengenmäßig entsprechend dem Stand der Vorkriegszeit zwischen 12 und 80 Prozent der Sommerniederschläge in den einzelnen Kreisen. Wenn auch nur die Hälfte dieser Wassermengen wieder in Form von Niederschlägen dem betreffenden Entstehungsgebiet zukommt, so sind die Werte noch groß genug, örtliche Klimaschwankungen hervorzurufen und demzufolge in einer Gegend der Versteppung Vorschub zu leisten, in einer anderen regenreichere Perioden einzuleiten.

Den klimatischen Einfluß der Teiche der Sudetenländer hat man bisher viel zu wenig berücksichtigt. Klima und Teich stehen in einem korrelaten Verhältnis zu einander. Wie aus den Berechnungen zu ersehen ist, bestimmen sie auch die Abflußmengen des Gewässernetzes. Das Gewässernetz der March, das nach Süden gerichtet ist, wirkt sich für die nachbarlichen Landstriche weniger bedeutungsvoll aus, weil die Donau durch ihre zahlreichen Alpenflüsse, die meist aus Gletschergebieten gespeist werden, in ihrer Wasserführung bestimmt wird. Um so mehr kommt der March für die mährischen Landschaften Bedeutung zu. Zeigt sie einen starken Wechsel von Hoch- und Niedrigwasser, so werden sich auch Extreme in den übrigen Landschaftsfaktoren zeigen. Ist aber ihre Wasserführung stetig, so werden diese Extreme unbedeutend sein oder sie verschwinden gar. Diese Vorgänge beeinflussen nicht nur die Landwirtschaft sondern auch die Industriezweige, die wassergebunden sind, und welche wären es nicht. Anders verhält es sich beim Gewässernetz der Moldau-Elbe, das einen weitverzweigten Einflußbereich besitzt. Diesem Flußgebiet kommt nun infolge der geographischen Lage im mitteleuropäischen Übergangsgebiet zwischen ozeanischem und kontinentalem Klima ein wesentlich größerer Einfluß als Klimafaktor zu als der March. Im Falle der erhöhten Wasserführung, die durch die zahlreichen Teiche nur gefördert wird, verstärkt das Moldau-Elbe-Fluß-

system den ozeanischen Klimacharakter im Norden der Sudetenländer, während die March unter gleichen Bedingungen den pannonischen zurückdrängt. Im Falle geringer Wasserführung jedoch, die größtenteils durch Abnahme der Teichfläche herbeigeführt wird, trägt die Moldau-Elbe den kontinentalen Klimacharakter flußabwärts, während die March in diesem Falle dem pannonischen Klima ihr Flußgebiet öffnet.

Der wechselvolle Charakter der Moldau-Elbe und der March hinsichtlich ihrer Wasserführung war für die Industrialisierung der Sudetenländer nach 1945 ein großes Hindernis. Im Jahre 1950 war die Zahl der Teiche in den Sudetenländern 21 832 mit einem Ausmaß von 40 810 Hektar und einem Kubikinhalt von 454,2 Mill. Kubikmeter. Das größte Teichgebiet ist wie bisher das Budweiser und Wittingauer Becken in Südböhmen mit annähernd 5000 Teichen mit einem Ausmaß von 20 000 Hektar. Darunter die größten Teiche des Staates: der Rosenberger Teich mit 489 ha, der Bezdrev mit 420 ha, der Horusitzer mit 415 ha und der Dwořischter mit 337 ha. Die Tiefe der Teiche ist gering, weil die Fischzucht eine vollkommene Durchwärmung des Wassers verlangt. Der tiefste ist der Stankauer Teich mit einer Tiefe von 18 m im Gebiet von Neubistritz in Südböhmen, der deshalb auch 10 Mill. Kubikmeter Wasser faßt. Die übrigen Teichgebiete Böhmens stehen diesen nach. In Mähren sind die größten Teichflächen im Gebiet der unteren Thaya, wo der Nesyt 300 ha umfaßt, und im Flußgebiet der oberen Oder.

Diesen mehr oder minder natürlichen Wasserspeichern gegenüber wurden in der jüngsten Zeit nicht im Interesse der Fischzucht, sondern aus anderen Gründen heraus Wasserrückhaltebecken angelegt, so aus Gründen der Energiegewinnung für bergwerkliche Betriebe. Zu diesen gehören beispielsweise: Die Padrtsker Teiche im Mittelböhmischen Waldgebirge (Brdywald) mit dem Oberen Teich von 141 ha und der Groß Darko auf der Böhmisch-mährischen Höhe mit 206 ha im Quellgebiet der Sazau.

Welches Ausmaß diese Rückhaltebecken annehmen geht aus folgender Zusammenstellung (7) hervor.

Staubecken	Flußgebiet	Fläche in ha	Inhalt in Mill. cbm
Lippen-Lipno	Moldau	4 800	306
Orlík	Moldau	2 700	720
Slapy	Moldau	1 330	270
Frain-Vranov	Thaya	763	122
Kreuzberg-Kružberk	Mohra	355	36
Zeřmanitz	Lucina	250	25
Vrané	Moldau	250	11
Kl. Kinitz-Kniničky	Svratka	240	19
Wühr-Vír	Svratka	212	53
Setsch-Seč	Chrudimka	192	19

Die Fläche allein dieser genannten Staubecken beträgt 15 252 Hektar. Ihr Inhalt umfaßt 1963 Mill. Kubikmeter. Sie repräsentieren somit ein Viertel der Teichflächen, aber speichern fast fünfmal mehr Wasser als diese.

Die Industrie der Tschechoslowakei benötigt heutzutage viermal mehr Wasser als die Bevölkerung. Das Wasser der Hauptflüsse dieses Staates braucht im Durchschnitt 3 bis 7 Tage von der Quelle bis zur Landesgrenze. Auch dies ist ein Grund, warum man zum Bau der Staubecken schritt, denn die Industrie-Abwässer haben bereits 40 Prozent der Hauptwasseradern derart verschmutzt, daß jedes Leben erstorben ist.

Daß diese Wassermassen der Rückhaltebecken nicht ohne Einfluß auch auf die übrigen landschaftlichen Faktoren sein werden, ist kaum zu bezweifeln. Die Versteppung, die durch die Trockenlegung der Teiche im 19. Jahrhundert eingeleitet worden war, wird eingeschränkt, beziehungsweise ganz behoben werden. War bisher ein gewisser Wechsel von ozeanischem und pannonisch-kontinentalem Klima in den Sudetenländern unzweifelhaft vorhanden, so dürfte dieser durch die Anlage dieser Staubecken ausgeglichen werden dadurch, daß die klimatischen Extreme allmählich stumpfer werden. Die Gefahr der Überschwemmungen der Flüsse ist vermindert oder sogar ganz behoben. Die plötzlichen Wärmegewitter im Sommer werden zu einer Seltenheit. Die Schäden der Trockenheit werden durch die der Industrieabwässer abgelöst. Wie weit die Grundwasserverhältnisse davon betroffen werden, ist noch nicht zu sagen. Wie einst die Anlage der Teiche eigentlich aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte, so ist auch der Bau von Stauanlagen aus gleichen Motiven entsprungen, allerdings mit dem einen Unterschied, daß es im ersteren Falle ein landwirtschaftliches und gegenwärtig ein überwiegend industrielles Vorhaben ist. Die klimatischen Auswirkungen bleiben in beiden Fällen jedoch dieselben. Teiche und Staubeckenanlagen in den Sudetenländern sind landschaftliche Faktoren. Ihre quantitative Auswirkung wird man in den meteorologischen und hydrographischen Beobachtungen der nächsten fünfzig Jahre schon feststellen können. Eines kann man jetzt schon vorweg behaupten: Sie sind ein Hindernis gegen eine weitere Versteppung der Sudetenländer, wie sie besonders der Senator S t e l l w a g in seiner Parlamentsrede so drastisch geschildert hatte. Ihre Einflüsse auf die historischen Ereignisse bleiben den Historikern zu untersuchen überlassen.

LITERATURVERZEICHNIS

1) F. J. Beranek, Die Pardubitzer deutsche Sprachinsel. Deutsch-mährische Heimat Jg. 24, Brünn 1938.

2) d'Elvert, Zur Geschichte der Landwirtschaft in Mähren u. österr. Schlesien. III. Zur Geschichte der Teichwirtschaft. Notizenblatt d. hist. Sektion d. k. k. mähr.-schles. Ges. zur Beförderung des Ackerbaues usw. 1865. 1. u. 3. Heft.

3) W. Felszykiewicz, Fischereiwesen. Sudetendeutsche Landschaft. Teplitz-Schönau 1938.

4) J. Fiedler, Die Elbwasserwirtschaft u. ihre Wege zu ihrer Gesundung. Deutsche Wasserwirtschaft. 1939.

5) W. Halbfaß, Neuere Versuche, die Verdunstung von Wasserflächen zu messen. Beiträge z. Geophysik. II. Leipzig 1913.

6) W. Horák, Die Teichwirtschaft mit besonderer Rücksicht auf das südliche Böhmen. Prag 1869.

7) V. Häufler, J. Korčák, V. Král, Zeměpis Československa [Landeskunde d. Tschechoslovakei]. Prag 1960.

8) O. Jessen, Über die ehemalige Verbreitung der Weiher in Württemberg. Erdgesch. u. landeskundl. Abhlgn. aus Schwaben u. Franken. H. 9.

9) F. Koláček, Der Einfluß der menschlichen Tätigkeit auf die klimatischen Verhältnisse in Mähren u. Tsch.-Schlesien. Met. Ztsch. 1935.

10) F. Koláček, O vypuštěných rybnících jihomoravských. [Über entleerte Teiche Südmährens]. Sbor. čsl. spol. zeměpis. Bd. XXXVI, Prag 1930.

11) C. Kořistka, Die Markgrafschaft Mähren. Wien 1860.

12) B. Macalik, Dějiny rybnikářství na Hané. [Die Geschichte der Teichwirtschaft i. d. Hanna]. Věst českosl. Akad. zeměd. Jg. IX, Prag 1933.

13) J. Maurer, Die Verdunstung auf den Seen am Nordfuß der Alpen während der großen Hitze- u. Dürrezeit 1911. Met. Ztsch. 1911.

14) Th. Mokrý, Lesnictví lovectví a rybářství v kraji Blatenském v počátku stol. XX. [Forst-, Jagd- und Teichwirtschaft i. Gebiet v. Blatna zu Beginn d. 20. Jahrh.]. Čas. česk. lesnické jednoty. Jg. 1912/13.

15) Th. Mokrý, Jihočeské rybníky [Südböhmische Teiche]. Techn. Obzor. Jg. XXXIX, Prag 1931.

16) B. Müller, Die geologischen Grundlagen der nordböhmischen Teichwirtschaft. Firgenwald. Reichenberg 1928.

17) J. Novotný, Období sucha ve vodním hospodářství. [Trockenperioden in der Teichwirtschaft]. Technicky obzor. Jg. XLV, Prag 1937.

18) J. Novotný, O výparu vody v přírodě po strance hydrologické. [Die Verdunstung des Wassers in der Natur vom hydrologischen Gesichtspunkt]. Technický obzor. Jg. XLVII, Prag 1938.

19) J. Novotný, Über die langfristige Periodizität der Abflußmengen in den Flüssen. Wasserkraft und Wasserwirtschaft. Jg. 34, 1939.

20) J. Novotný, Jihočeské rybníky. [Südböhmische Teiche]. Budweis 1927.

21) E. Reichel, Der Trockenheitsindex, insbesondere für Deutschland. Ber. über d. Tätigkeit des preuß. Met. Inst., 1928.

22) G. N. Schnabel, Statistik der landwirtschaftlichen Industrie Böhmens. Prag 1846.

23) R. Schreiber, Das Stammbuch der Prager Fischniederlage 1600 bis 1679. Prager Festschrift f. Th. Mayer, Forschungen z. Geschichte u. Landeskunde d. Sudetenländer Bd. 1, 1953.

24) H. Schrepfer, Die Kontinentalität des deutschen Klimas. Pet. Geogr. Mittl. Gotha 1925.

25) O. Schubert, Die Fischereiverhältnisse des Flußgebietes der Miesa. Publ. d. Min. f. Landwirtschaft. Bd. 48, Prag 1930.

26) E. Schwarz, Die Volkstumsverhältnisse in den Städten Böhmens u. Mährens vor den Hussitenkriegen. Bohemia II, München 1961.

27) K. Ad. Sedlmeyer, Böhmen u. Mähren i. Kartenbild. Böhmen und Mähren. Prag 1941.

28) K. Ad. Sedlmeyer, Ein Beitrag zur Klimatologie des Teiches. Ztsch. f. Fischerei. Berlin 1935.

29) K. Ad. Sedlmeyer, Die Gewitter Böhmens u. ihre Schäden. Statist. Obzor. Prag 1937.

30) K. Ad. Sedlmeyer, Die Teiche der Sudetenländer und ihre klimatische Bedeutung. Ztsch. f. Erdkunde. Jg. 10, 1942.

31) K. Ad. Sedlmeyer, Die natürlichen Landschaften der Sudetenländer. Abh. d. Geogr. Ges. Wien 1941.

32) F. Špatny, Rybnikářství čili hospodaření na rybnících. [Teichwirtschaft oder die Wirtschaft an Teichen]. Živa. Prag 1870.

33) J. Šusta, Fünf Jahrhunderte der Teichwirtschaft zu Wittingau. Stettin 1898.

34) J. Šusta und Th. Mokrý, Význam jihočeského rybnikářství jeho vznik a vyvoj. [Die Bedeutung der südböhmischen Teichwirtschaft, ihre Entstehung und Entwicklung]. Přednášky vyd. českosl. Akad. Zeměd., Prag 1931.

35) A. Seifert, Im Zeitalter des Lebendigen. Planegg 1942.

36) E. Stummer, Niederschlag, Abfluß u. Verdunstung im Marchgebiet. Geogr. Jber. aus Österreich. VII. Wien 1909.

37) F. Teplý, Příspěvky k dějinám čes. rybnikářství. [Beiträge zur Geschichte der böhmischen Teichwirtschaft]. Publ. min. zeměd. čís. 96. Prag 1937.

38) Th. Wagner, Ein böhmischer Teich- und Landwirth im 16. Jahrh. (Jakob Krčin v. Jelčan). Mittl. d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen. Jg. 14, Prag 1876.

39) J. Weger, Rybnikářství a rybařství na panství Pardubickem. [Fischereiwesen u. Fischerei der Herrschaft Pardubitz]. Výroční Zpráva česk. výšší školy reál. Pardubitz 1890.

40) A. Wüstner u. J. Kolmann, Johannes Dubravius' Buch von den Teichen und den Fischen, welche in denselben gezüchtet werden. Wien 1906.

SUDETENDEUTSCHE GELEHRTE AN DER UNIVERSITÄT GRAZ

Von Nikolaus v. Preradovich

Der führende österreichische Historiker Prof. Hugo Hantsch, der bekanntlich selbst aus Teplitz-Schönau stammt, hielt anläßlich des „Sudetendeutschen Tages", am 15. Mai 1959, im großen Festsaal der Universität Wien einen Vortrag unter dem Titel „Die Beziehungen der Sudetendeutschen zu den Hochschulen Österreichs". Es lag in der Natur der erdkundlichen Gegebenheiten, daß sich der Gelehrte vorzüglich mit der Alma Mater Rudolfina und den übrigen Hochschulen Wiens befaßte. Für die Universitäten Innsbruck und Graz konnte nur wenig Raum erübrigt werden. Wir wollen in diesem Rahmen eine Ergänzung und Ausweitung bringen, soweit dies die Carola-Francisca der steirischen Landeshauptstadt betrifft.

Schon früh spielten Sudetendeutsche an der Grazer Hohen Schule eine Rolle. Etwa der Geheime Rat Prof. Josef Alois Jüstel aus Leitmeritz, welcher von 1803 bis 1815 dem Grazer Lyzeum und der Verwaltung Innerösterreichs an hervorragender Stelle angehörte, oder der Piarist und Professor der Philosophie Calasanz Likawetz aus Schinkau in Böhmen. Neben zahlreichen anderen Leuchten der Wissenschaft — Johann Springer aus Reichenau, Sales Appel aus Luckow bei Landskron, Johann Rotter aus Braunau oder Josef Büchinger, der zu Groß-Olcow im Znaimer Kreis beheimatet war — soll noch besonders auf einen Oheim des zweiten Präsidenten der zweiten österreichischen Bundesrepublik, General Dr.-Ing. h. c. Theodor Körner Edler v. Siegringen, hingewiesen werden. Moritz Körner wurde als Professor der Pathologie und Therapie 1863 nach Graz berufen. Er war 1820 als Sohn des Arztes Anton Josef Körner und der Theresia Weiß aus Ruppersdorf bei Reichenberg geboren worden. Der Gelehrte ist ein Bruder des späteren Majors v. Körner gewesen, der seinerseits der Vater des bedeutenden sozialistischen Politikers werden sollte. Moritz Körner studierte in Wien. Er war Assistent von Skoda, ging sodann nach Innsbruck und kam anstatt Lorenz Riegler nach Graz, wo er eine vielseitige theoretisch-praktische Tätigkeit entfaltete. Soweit die Worte des Grazer Historikers Prof. Franz v. Krones aus Ungarisch-Ostrau in seiner „Geschichte der Universität Graz." Es würde im Rahmen dieses Aufsatzes zu weit führen, alle Professoren der Universität Graz aufzählen zu wollen, die sudetendeutscher Herkunft gewesen sind. Deshalb sollen nur eine Anzahl durch ihre wissenschaftliche, aber auch ihre politische Tätigkeit besonders hervorragende Sudetendeutsche aus der Fülle ihrer Landsleute herausgegriffen werden.

Gustav Franz Ritter v. (seit 19. 5. 1868) Schreiner wurde als Sohn eines Kaufmannes zu Preßburg geboren. Sein Vater stammte jedoch aus der mährischen Hauptstadt Brünn. Er hatte seine Tätigkeit von da nach der alten ungarischen Krönungsstadt verlegt. Der ältere Schreiner entfaltete neben seinem Beruf eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit im öffentlichen Leben. Zuerst wurde der Kaufmann aus Brünn Mitglied des Äußeren Rates, zuletzt aber vertrat er die Bürgerschaft im Innern Rat Preßburgs. Der Sohn dieses erfolgreichen Mannes sollte und wollte ursprünglich die geistliche Laufbahn einschlagen. Er besuchte die Gymnasien zu Preßburg und Trentschin. Sodann studierte Gustav Franz Schreiner an den Priesterseminaren zu Wien und Preßburg. Neunzehnjährig — in jenem Jahr, als Napoleon seinen Zug nach Rußland unternahm — wandte sich der junge Sudetendeutsche vom Studium der Theologie ab und jenem der Rechtsgelehrsamkeit zu. Den juristischen Doktorgrad erlangte er an der Rudolfs-Universität zu Wien.

Neben seiner Berufsausbildung hatte Schreiner schon sehr früh ein bedeutendes Interesse für die bildenden Künste gezeigt. Mit drei Jüngern der Malkunst begab er sich auf eine Reise durch Italien, welche seinen Horizont erweiterte und seiner künstlerischen Begeisterung neue Nahrung verlieh. Auf seinem Fachgebiet befaßte er sich vorzüglich mit den politischen Wissenschaften und der Statistik. Schreiner erregte schon frühzeitig das Interesse Professor Watherodts, eines Schülers von Schlözer, den Josef II. von Göttingen nach Wien berufen hatte. Durch des Gelehrten Vermittlung wurde Franz Gustav Schreiner zum Supplenten für die politischen Doktrinen an der Universität Wien und an der Theresianischen Ritterakademie ernannt. Diese Tätigkeit dauerte zwei Jahre. Sodann ist der damals Sechsundzwanzigjährige als Professor für Statistik, Politik, des österreichischen Staatsrechtes und der Verwaltungsgesetzeskunde an das Lyzeum der mährischen Bischofsstadt Olmütz berufen worden. Nahezu ein volles Jahrzehnt verlebte der junge Gelehrte im nördlichen Mähren. Er vertiefte nicht allein seine Kenntnisse in jenen Fachgebieten, die seines Amtes waren, sondern er versuchte auch, sich als Mensch in jeder Hinsicht zu vervollkommnen. Diesem Ziel dienten zahlreiche Reisen, die Schreiner nicht nur nach Ungarn und Böhmen, sondern auch nach Oberitalien, Frankreich und in andere Gebiete des Deutschen Bundes führten.

Professor Schreiner hatte das fünfunddreißigste Lebensjahr noch nicht vollendet, als ihn eine überaus ehrenvolle Berufung erreichte. In den Jahrbüchern der Karl-Franzens-Universität zu Graz steht verzeichnet: „Am 19. Juli 1828 erfolgte die Kaiserliche Ernennung des bisherigen Professors der politischen Wissenschaften, der Gesetzeskunde und Statistik in Olmütz, Dr. Gustav Schreiner, zum Professor dieser Fächer in Graz." So kam der Sudetendeutsche nach der Steiermark, die nicht nur ihm, sondern ebenso sehr seinen Nachkommen viel zu danken hat. Der älteste Sohn Schreiners, gleich ihm Gustav genannt, erreichte den Rang eines Gesandten und erwarb

den Freiherrnstand. Der nächste im Alter brachte es bis zum Hofrat und Generalsekretär der priv. Südbahngesellschaft. Der jüngste endlich, Moritz Ritter v. Schreiner, wurde Rechtsanwalt. Er spielte eine bedeutende Rolle im politischen Leben der Doppelmonarchie. Zuerst war er Abgeordneter im steiermärkischen Landtag, sodann vertrat er das Herzogtum im Reichsrat, zuletzt wurde er als lebenslängliches Mitglied ins Herrenhaus berufen. Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreichte Moritz Schreiner als langjähriger, liberaler Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz.

Kaum in der Grünen Mark angelangt, entfaltete Gustav Franz Schreiner eine rege publizistische Tätigkeit. Es gab fast kein Gebiet seines Faches, welches er nicht wissenschaftlich durchforschte. So entstanden in rascher Folge Arbeiten historischen, politischen, statistischen, topographischen und erdkundlichen Inhalts. Als Professor für die politischen Wissenschaften interessierte sich Schreiner natürlich auch brennend für die praktischen Fragen der Politik. Im April des Revolutionsjahres 1848 wurde er zum ersten Kommandanten des Studentenfreikorps bestellt. Wenige Tage danach verlangten die Stände die Teilnahme der Universitätsabgeordneten am Landtage. Es waren dies der Mährer Schreiner und der Schlesier Hlubek. Der Gelehrte sollte sich jedoch nicht allein in der Landespolitik hervortun. Anfang Mai 1848 wurden die Ergebnisse der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt bekannt. In die erste gesamtdeutsche Volksvertretung wurde Schreiner zum Abgeordneten dreier Kreise — Weiz, Cilli und Feldbach — erwählt. Er nahm das Mandat für Weiz an. Sogleich mußte er sich nach der Freien Reichsstadt begeben. Die Hauptschriftleitung der „Grazer Zeitung", die er inne gehabt hatte, ging dadurch in andere Hände über. Bis in den April des folgenden Jahres nahm Schreiner regen Anteil an dem Geschehen in der Paulskirche. Er gehörte dem linken Zentrum an. Schreiner sprach selten, desto tätiger war er aber im Verfassungsausschuß, in welchen er sogleich entsendet worden war.

Kurz nachdem Herr von Simson König Friedrich Wilhelm von Preußen die Deutsche Kaiserkrone angeboten hatte, verließ Schreiner Frankfurt, wandte sich wieder nach Graz und nahm seine Lehrtätigkeit neuerlich auf. In der Zeit des Neoabsolutismus widmete sich der Gelehrte ausschließlich seinen Forschungen. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurde Professor Schreiner zum Rektor magnificus der Alma Mater Carola-Francisca gewählt. Erst als die Reaktion auf den Schlachtfeldern Oberitaliens zusammengebrochen war, konnte sich Schreiner neuerlich dem öffentlichen Leben widmen. Dem steierischen Landtag gehörte er mehr als ein Jahrzehnt an. Die Regierung hatte seine politische Tätigkeit, die keineswegs mit den Ansichten der Wiener Zentralstellen übereinstimmte, nicht vergessen. Immerhin aber kamen mit den Jahren auch von offizieller Seite Ehrungen für den verdienten Professor. Ein Jahr nach der Niederlage gegen Preußen wurde ihm der Orden der Eisernen Krone III. Klasse verliehen. Diese Auszeichnung zog damals — bis 1884 — noch die Erhebung in den Ritterstand nach sich,

vor welchem sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ein Mann, der im öffentlichen Leben Österreichs agierte, schwer schützen konnte.

Im Jahre 1871 trat Ritter v. Schreiner nach mehr als vierzigjähriger Lehrtätigkeit an der Universität Graz in den Ruhestand. Neben dem Rektorat hatte er dreimal die Würde eines Dekans der juridischen Fakultät bekleidet. Kurz nach seiner Emeritierung widerfuhr Schreiner die höchste Ehrung, welche eine Stadt zu vergeben hat. Der Gelehrte wurde zum Ehrenbürger der steirischen Landeshauptstadt ernannt. Eine Abordnung des Stadtrates teilte ihm diese Tatsache mit. Sie bestand aus drei Männern, die sämtlich Schüler Schreiners gewesen waren. Der Führer der Deputation aber, der Bürgermeister von Graz, ist zu der damaligen Zeit der jüngste Sohn des Geehrten, Moritz Ritter v. Schreiner, gewesen.

Franz Xaver Ritter v. (seit 11. 8. 1868) Hlubek erblickte 1802 als Sohn einfacher Eltern zu Chatitschan in Schlesien das Licht der Welt. Seine erste höhere Ausbildung erhielt der spätere Gelehrte auf dem Gymnasium zu Troppau. Sodann wandte er sich nach Brünn und belegte dort die philosophischen Fächer. Nach einigen Jahren intensiven Studiums ging Franz Hlubek nach der Reichshaupt- und Residenzstadt. Hier hörte der junge Schlesier nicht allein Mathematik, Chemie und Landwirtschaftslehre, sondern auch die Rechtsgelehrsamkeit. Bei einer so umfassenden Grundlage konnte der berufliche Erfolg nicht ausbleiben. Kaum siebenundzwanzigjährig erlangte Franz X. Hlubek eine Beschäftigung bei der Wiener Stadtverwaltung. Ein Jahr danach betätigte er sich gleichzeitig auch als Professor der Landwirtschaftslehre. Damit war er bei jenem Fache angelangt, welches seine eigentliche Domäne werden sollte. Er wurde 1832 als Lehrer der Agrarkultur nach Lemberg berufen. Er blieb nur ein Jahr in der nordöstlichsten Provinz des verflossenen Kaiserstaates. Der junge Gelehrte wurde nach der Metropole des Herzogtums Krain, nach Laibach, geholt. Sowohl in der Theorie als auch in der Praxis entfaltete Hlubek eine fruchtbare Tätigkeit. Er war Verwalter des Versuchshofes der Landwirtschaftlichen Gesellschaft für Krain. Gleichzeitig versah er die Stellung des Schriftleiters einer von der genannten Gesellschaft herausgegebenen Zeitschrift und des Wirtschaftsblattes für Illyrien.

Erzherzog Johann versuchte stets die besten Fachkräfte an das von ihm gegründete „Joannaeum" in Graz zu ziehen. Der Kaiserliche Prinz war auf den Schlesier aufmerksam geworden. Sogleich wurde die Verbindung nach Laibach aufgenommen. Kurz danach (23. November 1839) erfolgte die „Ernennung des Laibacher Professors der Landwirtschaft, Dr. Franz Xaver Hlubek, zum Professor dieses Faches in Graz". Der Erzherzog hielt von seiner Akquisition offenbar sehr viel. In einem Brief, welchen er aus Gastein am 4. August 1845 an den Freiherrn v. Mandell schrieb, wird Hlubek mehrfach erwähnt. Es handelte sich einerseits darum, zwei Steirer als Abgeordnete zu einer landwirtschaftlichen Tagung nach Breslau zu entsenden und zum andern die in Graz angesetzte Versammlung der „Vereinigung deut-

scher Land- und Forstwirte" — deren Präsident der Erzherzog werden sollte — zu organisieren. Für beide Zwecke schlug der Kaiserliche Prinz dem in Graz weilenden Baron Mandell in erster Linie Hlubek vor. Er schrieb: „Ich erhielt zugleich eine Antwort des Barons Pillersdorff, welchem ich heute in einem Vortrag folgende Anträge stelle, nachdem ich für die Abordnung von Deputierten angetragen habe — so ersuche ich, um die nötige Unterstützung für Reise und Aufenthalt anweisen zu wollen. Als Abgeordnete schlug ich Hlubek und Lewenau vor." Weiter unten schreibt Prinz Johann: „Wenn ich auch die Präsidentschaft — so ungern ich es auch tue — annehme, so ist mir ein zweiter unerläßig, nun kenne ich nicht die bisher geübte Gepflogenheit — ob derselbe aus der ausgezeichneten Zahl der Fremden muß genommen werden, oder ob er aus den unsrigen sein soll. Im ersteren Falle wäre dahin zu wirken, daß von jenen, welche nach Breslau zu kommen, sich erklären, der ausgezeichnetste gewählt würde. (Hlubek könnte ihnen die Notabilitäten bezeichnen.)" Der neue Professor für Landwirtschaftslehre genoß offensichtlich das unbeschränkte Vertrauen seines Gönners, der ihn zu allen wichtigen Fragen. soweit sie die Landwirtschaft betrafen, heranzog.

Franz Hlubek befaßte sich jedoch keineswegs allein mit den Fragen seines Fachgebietes. Er brachte auch der Politik größtes Interesse entgegen. Es ist deshalb nur natürlich, daß der Gelehrte regsten Anteil an den Ereignissen des Jahres 1848 genommen hat. Mit Gustav Franz Schreiner vertrat er die Universität Graz im Steiermärkischen Landtag. Am 16. April machte der Kaiserliche Statthalter den Erlaß bekannt, der sich mit den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung befaßte. Anfang Mai kam es zum Wahlgang. Das Joannaeum hatte drei seiner Mitglieder, darunter Franz Xaver Hlubek, als Kandidaten aufgestellt. Der Schlesier zog als Vertreter des Grazer Landbezirks in das gesamtdeutsche Parlament in der Frankfurter Paulskirche ein. Er gehörte dem volkswirtschaftlichen Ausschuß an. Hlubek beteiligte sich nur sehr kurz an den Arbeiten dieses Gremiums. Schon Anfang August 1848 legte er sein Mandat nieder und begab sich wieder nach Graz. Um diese Zeit — von 1847 bis 1849 — bekleidete der Gelehrte das Amt eines Dekans der Philosophischen Fakultät der Grazer Universität.

Ein Jahr nach dem Tode seines Gönners Erzherzog Johann — anno 1860 — gab Hlubek im Auftrag der Steirischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft ein statistisch-topographisches Werk heraus. Es führte folgenden Titel: „Ein treues Bild des Herzogtums Steiermark als Denkmal dankbarer Erinnerung an weiland Erzherzog Johann." Bei der neuerlichen Einführung der Verfassung, 1861, wurde der Grazer Gelehrte und gebürtige Schlesier als Abgeordneter des Oberlandes, der Bezirke Irdning, Gröbming, Schladming und Aussee, in den Steiermärkischen Landtag entsandt. Kurz danach kam es zu einem peinlichen Zwischenfall. Bei einem Festessen erhob Hlubek sein Glas auf Ungarn. Ein Anwesender erklärte, er trinke nur mit, wenn Ungarn sich dem Gesamtvaterlande unterordne und die Deutschen nicht unter-

drücke. Darauf erwiderte Hlubek: „Die Ungarn treten für die volle Freiheit ein. Sie sind nicht feige wie die Deutschen." Der Ausspruch erweckte allgemeine Entrüstung. Es kam zu einer Zeitungsfehde. Dem Professor und Politiker wurde eine Katzenmusik gebracht. Trotz dieser Äußerungen des Mißfallens erklärten seine obersteirischen Wahlmänner: „Unser Vertrauen in die Ehrenhaftigkeit seines Charakters und in die allseitig entsprechende Vertretung der Landes- sowie der Gesamtinteressen sind durch diese Vorgänge weder erschüttert, noch sonst irgendwie beeinträchtigt." 1868 wurde der Gelehrte als Inhaber des Ordens der Eisernen Krone III. Klasse in den österreichischen Ritterstand erhoben. Der Verfasser der Grazer Universitätsgeschichte — der Mährer Professor Franz Ritter Krones v. Marchland — apostrophiert den Schlesier mit folgenden schmeichelhaften Worten: „Dem rührigen Agronom und Schriftsteller Franz Hlubek war es vergönnt, noch tief in die nachmärzliche Zeit hineinzuragen. Seine agronomischen Schriften und Aufsätze bezeugen seine literarische Fruchtbarkeit."

Anton Ritter v. (seit 2. 1. 1868) Schrötter-Kristelli wurde als Sohn eines Apothekers zu Olmütz geboren. Seine Mutter, Pauline, geb. v. Kristelli, entstammte einem ungarischen Adelsgeschlecht, dessen Namen der Gelehrte später zu seinem Adelsprädikat wählte. Schon als Gymnasiast zeigte Schrötter besonderes Interesse für die Naturwissenschaften. Als Student zog der junge Olmützer nach Wien. Ursprünglich wählte er das Gebiet der Heilkunde zu seinem Hauptfach. Aber schon nach wenigen Semestern waren sich die Lehrer Schrötters einig, daß das Gebiet seiner eigentlichen Begabung bei den Naturwissenschaften lag. Er hatte das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet, als er bereits den Posten eines Adjunkten an der Lehrkanzel für Physik inne hatte. Anton Schrötter hatte das Glück, hervorragende Gelehrte nicht nur als Professoren zu hören, sondern auch zu Freunden zu gewinnen. Vor allem Baron Jaquin, Andreas Baumgartner aus Friedberg in Böhmen, der spätere Minister und Präsident der Akademie der Wissenschaften, und Andreas Freiherr v. Ettinghausen nahmen sich seiner besonders an.

Ebenso wie den Agronomen Hlubek oder den Mineralogen Friedrich Mohs hat Erzherzog Johann auch den Naturwissenschaftler Anton Schrötter persönlich nach Graz berufen. Anläßlich einer ausgedehnten Wanderung in den Alpen hatte Anton Schrötter den Kaiserlichen Prinzen kennengelernt. Johann ruhte nicht, bis er den Achtundzwanzigjährigen für das Joannaeum in Graz gewonnen hatte. Hier bekleidete der Sudetendeutsche trotz seiner Jugendlichkeit den Posten eines Professors für Physik und Chemie. In seinem Anstellungsdekret standen die sonderbaren, aber offensichtlich schmeichelhaft gemeinten Worte: „Für dieses Fach dürfte nicht ein geschickteres Individuum zu finden sein." Von seinem neuen Dienstort aus unternahm der Professor ausgedehnte Reisen nach den übrigen Gebieten des Deutschen Bundes, aber auch nach Frankreich und in das sonstige Ausland. Lange Zeit verbrachte Prof. Schrötter in Gießen. Diese Hohe Schule war

damals — Liebigs wegen — das Mekka aller Chemiker. Dieser Meister seines Faches wurde sogleich auf den jungen Wahlsteirer aufmerksam. Er hielt große Stücke auf Schrötter. In einem seiner Briefe nennt Liebig ihn einen „gutleidigen Wiener". Die Vorstellung, jeder Österreicher müsse notwendig aus Wien stammen, war offensichtlich auch schon vor mehr als einem Saeculum weit verbreitet.

Im Jahr der Revolution ging Anton Schrötter als Professor für sein Hauptfach — Chemie — an das Polytechnikum nach Wien, wie die Technische Hochschule damals genannt wurde. Binnen kurzem war der Mährer eine der bedeutendsten Persönlichkeiten im wissenschaftlichen Leben der Reichshauptstadt. Selbst der ziemlich abgeschlossen lebende Hof wurde auf ihn aufmerksam. Schrötter unterrichtete eine Zeit hindurch den späteren Kaiser Franz Josef in den Naturwissenschaften. Der Professor widmete sich in dieser Zeit vorzüglich der analytischen Chemie. Dadurch war es ihm möglich, der eben aufstrebenden chemischen Industrie des Kaiserstaates wertvolle Grundlagenforschungen zur Verfügung zu stellen. Mit noch nicht fünfzig Jahren ist der Gelehrte zum Generalsekretär der erst kürzlich gegründeten Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften bestellt worden. Prof. Schrötter war nichts weniger als ein Stubengelehrter. Seine Tätigkeit auf dem industriellen Sektor ist schon erwähnt worden, darüber hinaus wurde er als ständiger Berater für die Ausrüstung des k. k. Schiffes „Novara" herangezogen, welches eine Weltumseglung zu unternehmen im Begriffe stand. Ferner konnte sein ausgebreitetes Wissen auch einer österreichischen Nordpolexpedition nutzbar gemacht werden.

Anton Ritter Schrötter v. Kristelli, wie er sich an dem Ende seiner erfolgreichen Laufbahn schreiben durfte, war zweimal verheiratet. Seine zweite Ehe schloß er mit der Tochter seines ehemaligen Lehrers Freiherr v. Ettinghausen. Der ersten Verbindung entstammte nebst anderen Kindern ein Sohn Leopold. An dessen Grazer Geburtshaus erinnert noch heute eine Tafel an den großen Gelehrten, nach dem auch eine Gasse im dritten Grazer Stadtbezirk benannt ist. Der jüngere Schrötter studierte in Wien. Er wurde Assistent Skodas und habilitierte sich für das Spezialfach der Laryngologie. In sehr jungen Jahren wurde Leopold Ritter v. Schrötter zum o. ö. Univ. Professor und zum Vorstand der III. medizinischen Klinik in Wien berufen. Wie außerordentlich der Ruf des jüngeren Schrötter gewesen ist, zeigt die Tatsache, daß er jenem Konsilium beigezogen wurde, welches sich über die Behandlungsmethoden gegen das Leiden Kaiser Friedrich III. schlüssig werden sollte.

Die Ehrungen, welche Anton Schrötter getan wurden, sind überwältigend. Neben dem Generalsekretariat der Akademie der Wissenschaften und dem Ritterstand erhielt er das Kreuz der französischen Ehrenlegion und den mexikanischen Guadalupe-Orden. Eine Straße im 10. Wiener Stadtbezirk trägt seinen Namen. In der Ortlergruppe können wir noch heute das Schrötterhorn und das Schrötterjoch besteigen. Von der österreichischen Nordpol-

expedition wurde in der Inselwelt des Franz-Josef-Landes ein Kap nach dem Gelehrten benannt. Nicht genug damit ist ein neuentdecktes Mineral Schrötterit genannt worden. Neben all diesen Ehren schmückte den Sudetendeutschen, der in Graz zum großen Gelehrten heranwuchs, der Doktorhut h. c. der Universität Halle an der Saale.

Karl Ferdinand Peters, der spätere bedeutende Geologe, wurde 1821 auf Schloß Liebshausen im Launer Kreis geboren. Sein Vater wirkte dort als Güterdirektor. Der Knabe gehörte einer hochbegabten Familie an. Sein Oheim war fürstlich Lobkowitz'scher Hofrat. Einer seiner Vettern, Ignaz Peters, machte sich als Germanist einen Namen. Von der mütterlichen Seite ist des Großvaters Franz Ambros Reuß und des Onkels August Reuß zu gedenken. Beide waren praktische Ärzte, die sich jedoch vorzüglich auf den Gebieten der Mineralogie, der Geologie und der Paläontologie hervortaten. Seine erste höhere Ausbildung erhielt Karl F. Peters am Gymnasium auf der Prager Kleinseite. Nach zurückgelegter Mittelschule studierte er zuerst auf dem Technikum, sodann an der Universität Prag, die er nach einiger Zeit mit der Alma Mater Rudolfina in Wien vertauschte. Die Professoren Zipperer und Exner übten einen starken Einfluß auf den empfänglichen Geist des Jünglings. Vorerst wandte er sich dem Fache der Paläontologie zu. Die Eltern des angehenden Gelehrten waren mit der Berufswahl ihres Sohnes nicht einverstanden. Sie sind der Meinung gewesen, das Studium der reinen Naturwissenschaften sei eine brotlose Kunst, allein der Beruf eines Arztes könne seinen Mann ernähren. Karl Peters ließ sich überzeugen. Er betrieb seit dieser Zeit das Studium der Heilkunde, ohne diese Kunst später je auszuüben.

Ein so wacher Geist, wie der junge Student einer gewesen ist, nahm natürlich an dem politischen Geschehen seiner Zeit — des Vormärzes — regen Anteil. Peters war nicht geneigt, als passiver Beobachter zu wirken. Seiner Wesensart entsprechend, stellte er seine ganze Persönlichkeit in den Dienst jener Sache, die er für die richtige hielt. Deshalb ist Peters in Wien bei der akademischen Burschenschaft „Arminia" aktiv geworden. Anschaulich schildert er seine Erlebnisse in der Reichshauptstadt während der 1848er Revolution. Die „Arminen" hatten bedeutenden Anteil an der Abfassung der Studentenpetition. Den Zug zum Landhaus machte Peters mit. Am späten Nachmittag des 13. März wurden aus dem Bürgerlichen Zeughaus Waffen ausgegeben. Das Gewehr allerdings, welches er bei dieser Gelegenheit ausfaßte, war so überholungsbedürftig, daß Peters lieber den ihm gewohnten Schläger zur Verteidigung und zum Angriff mit sich führte. Der spätere Professor wurde Mitglied der Akademischen Legion und des Studentenkomitees. Er diente als Feldwebel in der 5. Medizinerkompanie. Nach dem zweiten Wiener Aufstand im Oktober legte er die Waffen zur Seite und trat der Feldärztlichen Ambulanz bei. Karl Ferdinand Peters hatte Glück! Es erging ihm nicht wie so zahlreichen seiner Kommilitonen, von deren Schicksal er selbst rückblickend schreibt: „Die armen Jungen! So

freudig und überzeugungstreu habe ich sie gesehen und wenige Tage nachher saßen sie in Kufstein oder in Munkacs, zu fünfzehn-, ja manche zu zwanzigjähriger Festungshaft verurteilt. Die meisten für immer verloren. Unter ihnen befanden sich die besten Talente, die gereiftesten Studenten und jungen Doktoren, die dem Staate in hervorragender Weise hätten dienen können, anstatt in Kerkerzellen zu verkümmern." Kurz nach Beendigung der Revolution promovierte Karl Ferdinand Peters in Wien zum Doktor der gesamten Heilkunde. Zwei Jahre wirkte er als Lehrer an der Grazer Realschule. Schon damals hatte er den Plan gefaßt, sich zu habilitieren und damit die wissenschaftliche Laufbahn zu ergreifen.

Seine Arbeit „Die Lageverhältnisse der Kreideformation in den österreichischen Alpenländern" erregte in Wien größtes Interesse. Mit sechsundzwanzig Jahren wurde Dr. Karl Peters aufgefordert, der berühmten „Geologischen Reichsanstalt" als Mitarbeiter seine Kräfte zu widmen. Mehr als ein Jahrzehnt arbeitete er im Rahmen dieser Institution. Eine große Anzahl seiner Arbeiten veröffentlichte er in den „Jahrbüchern der Reichsanstalt" oder in den „Sitzungsberichten der Akademie der Wissenschaften." Dieser Auslese hervorragender Gelehrter gehörte er selbst seit dem Jahre 1861 an. Er hatte damals das sechsunddreißigste Jahr noch nicht erreicht! Zwei Jahre nachdem er den Posten an der Reichsanstalt angetreten hatte, habilitierte er sich bereits für das Fach der Petrographie und Paläontologie in Wien. 1860 wurde Peters nach Budapest berufen. Der politischen Verhältnisse wegen verließ er die Metropole des Königreiches jedoch schon nach kurzem. Im Verlaufe dieser Zeit versuchte er, die weitgehend noch unbearbeiteten Gebiete Ungarns zu erforschen. Außerdem widmete er sich mit besonderer Hingabe dem Aufbau des mineralogischen Kabinetts der Pester Hohen Schule. Karl F. Peters war ein vielseitiger Kopf. 1862 veröffentlichte er eine anonyme Schrift unter dem Titel: „Die Geologie und der Unterricht in Österreich." Darin versuchte er, seine Reformideen für das Unterrichtswesen darzulegen. Die Broschüre löste heftige Polemiken aus.

Nach dem Tode Zipperers und der Berufung Professor Reuß' nach Wien sollte Peters nach Prag gehen. Es gelang ihm jedoch, diesen — ihm offensichtlich unangenehmen — Plan zu hintertreiben. Der Gelehrte wurde anno 1864 als Professor für Mineralogie und Geologie an die Hohe Schule der steirischen Landeshauptstadt berufen. Dem Lehrkörper der Alma Mater Graecensis sollte er bis zu seinem Tode angehören. Peters war Graz seit langem verbunden. Hier hatte er die Tochter des K. K. Beamten Theodor Ritter von Blumfeld geheiratet. Einer seiner Söhne — Guido Peters — wird als steirischer Komponist geachtet. Eine Erinnerungstafel in der Hartiggasse hält das Gedächtnis an den Musiker wach. Der Professor nahm am gesellschaftlichen und politischen Leben lebhaften Anteil. Er war Mitarbeiter einer der angesehensten Zeitungen, der „Tagespost", und saß mehrere Jahre hindurch im Steirischen Landtag. Darüber hinaus pflegte er eifrig die kulturellen Beziehungen aus vergangenen Tagen. Im Hause der

Frau v. Kurtzrock und der Hofrätin Peters — einer Tante des Gelehrten — verkehrte seit langem ein ausgesuchter Kreis geistig hochstehender Männer. Die Professoren Schneller, Unger und Schmidt etwa oder der Dichter Karl Gottfried v. Leitner. Karl Ferdinand Peters hatte ein Leben hinter sich gebracht, wie es nur in der Donaumonarchie möglich war. An der Volkstumsgrenze im Nordwesten geboren, beschloß er seine Laufbahn an der südöstlichsten Ecke des geschlossenen deutschen Sprachraumes. Er war Angehöriger einer Hochschulverbindung, die großdeutsche Ziele verfolgte, und deshalb notwendig antidynastisch eingestellt. Folgerichtig nahm er an der Erhebung des Jahres 1848 tätigen Anteil. Zuletzt aber wurde er dennoch, oder eben deshalb, ein pflichtgetreuer Staatsbeamter. Professor K. F. Peters war damit der Vertreter einer Epoche, die uns zeitlich nahe und geistig doch so ferne ist.

Hans Edler v. (seit 20. 6. 1854) Zwiedeneck-Südenhorst wurde als Sohn eines aus Leitomischl gebürtigen Artillerie-Obersten zu Graz geboren. Hier legte er die Schulen zurück und begann ursprünglich die Rechte zu studieren. So sehr ihn das deutsche Recht anzog, so wenig interessierte ihn das jus romanum. Zwiedeneck wechselte deshalb sein Fach. Er wandte sich dem Studium der Germanistik und der Geschichte zu. Während seiner Studienzeit schloß er sich dem Corps Teutonia zu Graz an. Später erwarb er auch die Bänder der Corps Vandalia/Graz und Saxonia/Wien. Kaum zweiundzwanzig Jahre alt, erwarb Hans v. Zwiedeneck den philosophischen Doktorgrad. Sogleich trat er als Aspirant in die Landesbibliothek am Joannaeum ein. Zwei Jahre danach legte er die Lehramtsprüfung für die Fächer Deutsch, Geschichte und Erdkunde ab. Eine kurze Zeit hindurch lehrte Dr. v. Zwiedeneck an der Landesoberrealschule.

Neben seiner Tätigkeit als Oberschullehrer hatte Zwiedeneck noch die Lehrer- und Schülerbücherei, die Lehrmittelsammlung und den Unterstützungsverein für bedürftige und würdige Studierende der technischen Landeshochschule und der Landesoberrealschule zu betreuen. Bei verschiedenen Anlässen, dem 25. Regierungsjubiläum Kaiser Franz Josefs, bei dem 70. Geburtstag des Staatsmannes Anton Alexander Graf v. Auersperg, der als Dichter unter dem Namen Anastasius Grün bekannt ist, oder bei dem Feste der Silbernen Hochzeit des Herrscherpaares, zeichnete sich Hans v. Zwiedeneck als Festredner und als Verfasser stilistisch ausgezeichneter Adressen aus. 1875 — gerade dreißigjährig — habilitierte er sich für das Fach der neuen und neuesten Geschichte an der Universität Graz. Ein Lustrum danach wurde Zwiedeneck vom Steiermärkischen Landesausschuß mit der Leitung der Landesbibliothek betraut. Mittlerweile hatte Hans Zwiedeneck Edler v. Südenhorst eine Tochter des Großhändlers Johann Dettelbach geheiratet. Zwiedenecks einziger Sohn, Otto, verstarb 1957 zu Graz. Er war o. ö. Professor der Nationalökonomie in der bayerischen Landeshauptstadt, Mitglied der Akademien zu München, Wien, Budapest und London. Außerdem schmückte ihn der Titel eines Geheimrates und er verfügte über nicht we-

niger als vier Ehrendoktorate. Ein älterer Bruder Hans v. Zwiedenecks brachte es zum k. u. k. Gesandten. Er wurde in den Freiherrenstand erhoben.

Die Steiermärkische Landesbibliothek umfaßte zu der damaligen Zeit rund 80 000 Bände. Unter der Leitung Zwiedenecks erhöhte sich diese Zahl um 50 Prozent auf 120 000 Stück. Eine Reorganisierung des Bibliotheksbetriebes schien wünschenswert. Der Leiter der Bücherei unternahm zahlreiche Reisen, um sich die Erfahrungen seiner Kollegen nutzbar zu machen. Die allgemeinen Instruktionen aus dem Jahre 1866 waren überholt. Zwiedeneck unterzog sich der mühevollen Arbeit neue zu verfassen. Er war stets bemüht die Steiermärkische Landesbibliothek auf dem modernsten Stand zu halten. 1890 unternahm er neuerlich eine Studienreise, die ihn nach den meisten großen deutschen Universitätsstädten, aber auch nach Hamburg und Leyden in den Niederlanden führte. Nachdem der Neubau und die Umorganisierung beendet war, übermittelte der Landesausschuß folgendes Dankschreiben an Hans v. Zwiedeneck: „Der Landesausschuß hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, anläßlich der Eröffnung der neuen Landesbibliothek Euer Wohlgeboren für Ihre bei Verfassung des Bauplanes und Durchführung des Baues bewiesene Umsicht und Fachkenntnis sowie für die Tatkraft, mit welcher die Umräumung und Neuaufstellung in kurzer Zeit bewältigt worden ist, überhaupt für die unermüdliche und vom besten Erfolg begleitete Tätigkeit, die Sie hierbei entfaltet haben, seine volle Anerkennung auszusprechen."

Zwei Jahrzehnte seines Lebens war Zwiedeneck der Landesbibliothek vorgestanden. Nach seiner Pensionierung zog er sich jedoch keineswegs vom öffentlichen Leben zurück. Er widmete sich nun ganz seinen Aufgaben als akademischer Lehrer. Nach seiner Habilitierung war er zuerst mit dem Titel eines außerordentlichen, sodann mit jenem eines ordentlichen Professors ausgezeichnet worden. Im Mai des Jahres 1906 wurde er zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften erwählt und einige Wochen danach zum Ordinarius für österreichische Geschichte bestellt. Seine Vorlesungen wurden nicht allein von angehenden Historikern, sondern auch von interessierten Laien des Zivil- und Militärdienstes eifrig besucht. Man rühmte Prof. v. Zwiedeneck einen besonders flüssigen und packenden Vortrag nach. Seine umfangreichsten Arbeiten waren „Deutsche Geschichte im Zeitraum der Gründung des preußischen Königtums" und „Deutsche Geschichte von der Auflösung des alten bis zur Errichtung des neuen Kaiserreiches". Sein eigentliches Forschungsgebiet aber ist die Zeit der Reformation und Gegenreformation gewesen. Mit diesem Zeitraum befassen sich nachfolgende Arbeiten des Gelehrten: „Christian der Andere von Anhalt", „Rupprecht von Eggenberg, ein österreichischer Heerführer des 16. Jahrhunderts" und „Hans Ulrich von Eggenberg". Weiters untersuchte er noch die Venetianischen Gesandtschaftsberichte über die böhmische Rebellion.

Hans Zwiedeneck Edler v. Südenhorst ist gleich Karl Ferdinand Peters

neuerlich ein Beispiel jener Universalität, wie sie im Donaureich häufig zu beobachten war. Aus Böhmen stammend, in Graz aufgewachsen, wird der Sohn und Enkel von Offizieren Korpsstudent und Gelehrter. Er betrieb nacheinander drei Berufe, den eines Oberschullehrers, den eines Leiters der Steiermärkischen Landesbibliothek und — leider allzu kurz — den eines o. ö. Universitätsprofessors.

Johann Loserth wurde zu Fulnek in Mähren geboren. Dorthin waren seine Vorfahren gegen Ende des 18. Jahrhunderts aus dem benachbarten Preußisch-Schlesien eingewandert und hatten sich dem damals einträglichen Tuchmachergewerbe zugewandt. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts begann auch im Kaisertum Österreich die Industrialisierung. Die Ausbreitung der Fabriken behinderte die kleinen Familienbetriebe und vernichtete sie zuletzt. Der Vater Johann Loserths versuchte — nachdem er die Tuchmacherei aufgegeben hatte — ein Lebensmittelgeschäft ertragreich zu führen. Die nicht unbedeutenden Kosten, die die Aufzucht von sieben Kindern erforderte, wurde durch langandauernde Krankheiten noch weiterhin erhöht. Unter diesen Umständen konnte nicht daran gedacht werden, den Söhnen, oder auch nur einem von ihnen, das Hochschulstudium zu ermöglichen. Der Knabe Johann Loserth wurde von seinem Vater dazu bestimmt, das Tischlerhandwerk zu erlernen. Da tat sich durch das glückliche Dazwischentreten einer Tante die Möglichkeit auf, wenngleich mit zwei Jahren Verspätung, das Mittelschulstudium zu beginnen. Loserth besuchte die Gymnasien im schlesischen Troppau und im mährischen Kremsier. Im Jahre 1867 inskribierte er an der Rudolfs-Universität zu Wien. Er wählte sein Lieblingsfach — Geschichte. Zahlreich waren damals die hervorragenden Hochschullehrer in der Reichshauptstadt. Keines Professors Einfluß auf den jungen Mährer aber war auch nur annähernd so nachhaltig, wie der des bedeutenden Gelehrten Theodor Ritter v. Sickel. Dieser Forscher war nur zwei Jahrzehnte älter als Loserth, also ein verhältnismäßig noch junger Mann. Er stammte aus der preußischen Provinz Sachsen und war ursprünglich Theologe. Sodann wandte er sich der Geschichte zu. In jungen Jahren wurde er nach Wien berufen und übernahm die Leitung des „Instituts für österreichische Geschichtsforschung", dessen Ruhm er begründet hat. An diese sehr angesehene Forschungsstätte holte Prof. v. Sickel den jungen Loserth. Nachdem er das Institut durchlaufen hatte, bekam er sehr bald eine Anstellung an dem Gymnasium auf der Landstraße in Wien.

Loserths erste wissenschaftliche Veröffentlichung behandelte die Geschichtsquellen des Stiftes Kremsmünster. Über diese Arbeit geriet der junge Gymnasiallehrer in einen gelehrten Streit mit dem berühmten Geschichtsforscher Prof. Georg Waitz. Was niemand hatte annehmen können, trat ein. Johann Loserth ging aus dem wissenschaftlichen Kampf mit einem der bekanntesten Historiker der damaligen Zeit als Sieger hervor. Nach diesem Erfolg ist es nicht verwunderlich, daß der ehemalige Tischlergehilfe aus Mähren noch nicht dreißigjährig als außerordentlicher Professor an die

eben neu begründete Franz-Josefs-Universität nach Czernowitz, der Hauptstadt des Buchenlandes, berufen wurde. Drei Jahre danach wurde Loserth Ordinarius seines Faches. 1893 ist der Gelehrte von der östlichsten Hohen Schule der Monarchie an die Karl-Franzens-Universität zu Graz geholt worden. Kurze Zeit danach wurde er durch die Mitgliedschaft in der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften besonders geehrt. Ein Jahr vor dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie wurde Prof. Johann Loserth emeritiert. Er verstarb zu Graz im Jahre 1936 wenige Tage bevor er sein 90. Lebensjahr vollenden konnte.

Zunächst befaßte er sich in seinen wissenschaftlichen Arbeiten als mährischer Deutscher vorzüglich mit der Geschichte seiner engeren Heimat. Loserth wollte mit seinen Untersuchungen den Kampf seiner Landsleute gegen das Tschechentum unterstützen. Seiner völkischen Einstellung wegen fand er in die akademischen Burschenschaften Arminia zu Graz und Arminia zu Czernowitz Eingang. Er befaßte sich sehr eingehend mit der Besiedlungsgeschichte Böhmens, Mährens und Schlesiens. Sodann bewies Johann Loserth die starke geistige Abhängigkeit des Reformators Johann Hus von dem angelsächsischen Erneuerer Wiclif. In späterer Zeit, als er seinen Lehrstuhl in Czernowitz mit jenem in Graz vertauscht hatte, widmete er sich einer Materie, die zum Brennpunkt seiner ganzen Arbeit werden sollte, der Geschichte der Gegenreformation in Innerösterreich, wie Steiermark, Kärnten und Krain einst zusammenfassend genannt worden sind. Das ganze Drama von „Glaube und Heimat", das sich in diesen Ländern abgespielt hat, alles, was an Höhe und Niedergang des Protestantismus zu schildern ist, zieht ergreifend an den Augen des Lesers vorüber, der Loserths seit 1895 veröffentlichte Arbeiten zur Hand nimmt.

Johann Loserths Aufstieg ist typisch für die letzten Jahrzehnte des Kaiserstaates. Er stammte aus einer sudetendeutschen Familie. Er brachte es von der untersten sozialen Stufe bis zum Range eines Hofrates und Universitätsprofessors. Darüber hinaus muß auf die außerordentliche, ja erstaunliche Toleranz des damaligen Staates hingewiesen werden. Dem K. K. Ministerium für Kultus und Unterricht war es sehr wohl bekannt, daß Johann Loserth völkisch dachte, die Bänder zweier Burschenschaften trug und somit keineswegs als besonderer Freund der damals bestehenden Zustände gelten konnte. Dennoch dachte niemand daran, ihm aus seiner politischen Meinung einen Vorwurf zu machen oder ihm daraus sogar beruflichen Nachteil erwachsen zu lassen. Ob Schwarz-Gelb oder Schwarz-Rot-Gold, entscheidend war damals der Grad des Könnens, keineswegs aber die politische Einstellung.

Zdenko Skraub, der spätere große Chemiker, wurde 1850 in dem einstmals „Goldenen Prag" geboren. Sein Vater hatte die ansehnliche Stellung eines Domkapellmeisters inne. So wuchs der junge Zdenko in der behüteten Behäbigkeit eines bürgerlichen Haushaltes auf. Er besuchte das Prager Realgymnasium. Eben sechzehnjährig bezog Zdenko Skraub die Technische

Hochschule seiner Vaterstadt. Der junge Student war — so wie er es im Vaterhause gelernt hatte — deutschnational gesinnt. Deshalb nahm er den Besuch einer Hochschule sogleich zum Anlaß, um bei einer freiheitlichen Korporation einzutreten. Er wurde bei der Deutschen akademischen Burschenschaft Constantia aktiv. Nachdem er sein Studium in kurzer Zeit zurückgelegt hatte, wurde er Assistent bei Prof. H. L. Buff. Anfangs war sich Dr. Skraub nicht ganz darüber im klaren, ob er sich einer praktischen Tätigkeit in der Wirtschaft oder aber der Forschung widmen sollte. Kurze Zeit verbrachte er in der Porzellanfabrik Rohlau, in der Nähe von Karlsbad. Es behagte dem späteren Gelehrten jedoch sichtlich nicht in diesem Privatbetrieb. Daraufhin wandte sich Skraub nach Wien und trat in den Staatsdienst. Einige Zeit hindurch tat er als Beamter in den Hallen des Hauptzollamtes in Wien Dienst. Aber auch diese Arbeit sagte ihm offensichtlich auf die Dauer nicht zu. Zdenko Skraub kehrte wieder zur Wissenschaft zurück. Zuerst wurde er Assistent bei Prof. Rochleder an der Universität Wien. Während dieser Zeit erwarb er sich das Doktordiplom an der Universität Gießen. Sodann kehrte der junge Gelehrte wieder an die Gestade der Donau zurück und nahm seine Tätigkeit als Assistent von neuem auf. Nach dem Tode Rochleders übernahm Hofrat Adolf Lieben die verwaiste Lehrkanzel. Der neue Ordinarius galt als besondere Kapazität. Er war ein Oheim Robert v. Liebens, des Erfinders der Radioröhre. Die Okkupation Bosniens unterbrach die wissenschaftliche Tätigkeit Skraubs. Er rückte als Leutnant der Reserve ein. Der Prager zeigte, daß er nicht allein auf seinem eigenen Berufsgebiet etwas zu leisten imstande war. Der junge Reserveoffizier wurde seiner außerordentlichen Kühnheit wegen mit dem Militärverdienstkreuz ausgezeichnet. Dies war eine Dekoration, die in Friedenszeiten älteren verdienten Stabsoffizieren verliehen wurde.

Zurückgekehrt widmete sich Zdenko Skraub mit erhöhter Hingabe seinen wissenschaftlichen Untersuchungen. Er habilitierte sich 1879 an der Technischen Hochschule in Wien. Zwei Jahre danach unterzog er sich noch einmal der Mühen einer Habilitation. Dieses Mal an der Rudolfs-Universität der Reichshauptstadt. Somit ist Skraub einer der wenigen Professoren, der an beiden Hochschultypen die venia legendi besaß. In demselben Jahr wurde er als Professor an die Wiener Handelsakademie berufen und verließ damit seine langjährige Assistentenstelle. Anno 1886 wurde Zdenko Skraub als o. ö. Professor an die Technische Hochschule Graz berufen. Ein Jahr später wechselte er an die Karl-Franzens-Universität der steirischen Landeshauptstadt über. Zwei Jahrzehnte wirkte der Gelehrte in der Metropole der Grünen Mark. Seine beruflichen Verhältnisse waren überaus angenehm, übernahm er doch das kürzlich von Prof. v. Pebal ausgezeichnet eingerichtete Chemische Institut, welches damals zu den modernsten Europas zählte. Professor Skraub war ein besonders geschickter und fleißiger Experimentator. Zahllos sind jene Schriften, die er auf Grund seiner unermüdlichen Versuche veröffentlicht hatte. Kurz nach seiner Ankunft in Graz

führte er eine seiner bedeutendsten Untersuchungen durch. Es gelang dem Forscher die Synthese des Chinolins durch Einwirkung von Glyzerin und Schwefelsäure auf Nitron oder Amidobenzol, noch besser auf ein Gemenge von beiden. Im Anschluß daran brachte der Gelehrte mit Hilfe derselben Methode die Synthesen zahlreicher Chinolinderivate zustande. Neben diesen seinen grundlegenden Hauptforschungen war Skraub auch auf anderen Gebieten seiner Spezialwissenschaft tätig. Er konnte z. B. neben dem Cocain ein in den Colablättern enthaltenes Alkaloid als Benzoylekgonin feststellen. Es ist ihm in der Folge gelungen, dieses in Cocain überzuführen. Die rastlose Tätigkeit des Gelehrten wurde nicht allein wissenschaftlich anerkannt, sondern auch durch äußere Ehren belohnt. Professor Skraub war in den Jahren 1902 auf 1903 Rektor magnificus der Grazer Karl-Franzens-Universität. Schon Jahre früher, 1886, wurde ihm der äußerst begehrte „Lieben-Preis" für besondere Leistungen auf dem Gebiete der Chemie verliehen. Professor Zdenko Skraub wurde 1892 zum korrespondierenden, vier Jahre danach zum wirklichen Mitglied der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften zu Wien gewählt. Die Deutsche Technische Hochschule in Prag verlieh ihm das Ehrendoktorat der Technischen Wissenschaften. 1906 ging Zdenko Skraub wieder nach Wien zurück. Er verstarb mit sechzig Jahren ganz plötzlich.

Anton Mell, Direktor des Steiermärkischen Landesarchivs und Professor für österreichische Geschichte an der Universität Graz, wurde in der steirischen Landeshauptstadt geboren. Sein Vater jedoch — ein verabschiedeter k. u. k. Offizier — war Sudetendeutscher. Er stammte aus Königgrätz. Nach zurückgelegtem Gymnasialstudium bezog Mell die Alma Mater Carola-Francisca. Er belegte die historischen Fächer. Sogleich nach seiner Promotion trat er als Volontär in den Dienst des Steiermärkischen Landesarchivs. Diese Institution stand damals noch unter der Leitung ihres Schöpfers und ersten Direktors, Josef v. Zahn. Dieser bedeutende Gelehrte hat das Archiv zu einem Mittelpunkt der Forschung gemacht. Er ist nichts weniger als ein angenehmer Vorgesetzter gewesen. Prof. v. Zahn war der Meinung, daß „die jungen Leute kurz gehalten werden müßten." Er stellte höchste Anforderungen, aber man konnte bei ihm vieles lernen. Diese Möglichkeit ließ sich Mell nicht entgehen. Erst 1893 erreichte der junge Archivbeamte den Rang eines II. Archivadjunkten, der es ihm erlaubte, zu heiraten. Drei Jahre danach starb sein direkter Vordermann eines plötzlichen Todes. So wurde Anton Mell stellvertretender Archivdirektor. Nach dem Ausscheiden des Regierungsrates v. Zahn, anno 1905, wurde Mell — noch nicht vierzigjährig — vom Landesausschuß zum Chef des Landesarchives bestellt. Auf diesem angesehenen Posten verblieb er fast zwei Dezennien. Im Jahre 1923 wurde er vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Die katastrophale Lage der Staatsfinanzen zwangen zu diesem Schritt. Allerdings erfolgte die Pensionierung in einer brüsken und beleidigenden Form, die der angesehene Gelehrte keinesfalls verdient hat.

Damit schien die berufliche Laufbahn Anton Mells und sein Wirken in der Öffentlichkeit beendet. Dem war jedoch keineswegs so. Schon vor der Jahrhundertwende hatte er sich für das Fach der österreichischen Geschichte habilitiert. Die venia legendi war ihm später auch auf Archivkunde ausgeweitet worden; als er es bis zum Landesarchivdirektor gebracht hatte, wurde ihm der Titel eines außerordentlichen Professors verliehen. Im Verlaufe des Ersten Weltkrieges, den er als Hauptmann mitmachte, erreichte ihn die Ernennung zum Titularordentlichen Professor. Nach seiner Pensionierung strebte Mell mit größter Intensität eine Lehrkanzel an der Grazer Universität an. Erst gegen Ende der zwanziger Jahre gelang es ihm, als unbesoldeter Professor für Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte in engere Beziehungen zur Alma Mater Graecensis zu treten. Nach dem Tode Professor Raimund Kaindls, des feurigen Buchenlanddeutschen, erlangte Anton Mell die ordentliche Professur für österreichische Geschichte. Es war ihm jedoch nur vier Jahre vergönnt, die Lehrkanzel zu führen. 1935 wurde der Landesarchivdirektor i. R. und o. ö. Professor der Geschichtswissenschaft seines Amtes enthoben. Die Gelegenheit, das sonst übliche Ehrenjahr abzuleisten, wurde ihm nicht geboten.

Somit hat Anton Mell seine Hauptarbeit auf dem Gebiete des Archivwesens geleistet und ebendort seine Hauptverdienste gesammelt. Der Verfasser eines Nachrufes in der „Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark" schreibt dazu: „Er erwarb sich eine so umfassende Kenntnis der Behandlung des gewaltigen im Archiv verwahrten Quellenmaterials, einschließlich der kartographischen und bildmäßigen Quellen, daß er schon sehr frühzeitig auch zur selbständigen wissenschaftlichen Auswertung von ihm archivalisch aufgearbeiteten Materials befähigt und berufen war. Die lange Reihe der in unserem Landesarchiv benützten, von Mell selbst niedergelegten Kataloge von Archiven steirischer Städte, Märkte, Adelsfamilien, der Landkarten und Pläne, der Grund- und Gerichtsurkundenbücher, vor allem aber des ersten großen Inventars und Generalrepertoriums des Landständischen Archivs ältester Zeit — eine Aktenmasse von Maximilian I. bis zum zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts — zeigen von einer gewaltigen Arbeitsleistung. Das Archiv wurde durch die Professoren Josef v. Zahn und Anton Mell erst der Öffentlichkeit, das heißt der Forschung, auf breiterer Grundlage zugänglich gemacht." Direktor Anton Mell war es, der schöne und helle Räume schuf, die für jene, welche sich der Erforschung der steirischen Geschichte hingegeben haben, die angenehme Möglichkeit wissenschaftlicher Arbeit boten. Bei der Jahrhundertfeier des "Joannaeum", im Jahre 1911, wurde eine von Mell erdachte und organisierte ständige Archivalienausstellung eröffnet. Sie fand den größten Beifall der zahlreich aus dem In- und Auslande herbeigeeilten Fachleute. Seine wichtigsten Schriften waren, um nur zwei aus der reichen Fülle herauszugreifen: „Die territoriale Entwicklung Krains vom 10. bis zum 13. Jahrhundert" und der „Grundriß der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte

des Landes Steiermark". Nebstdem hat Mell über die Bauernbefreiung gehandelt und sich mit der Herausgabe der Regesten eines der ältesten steirischen Adelsgeschlechter, der Freiherren v. Teuffenbach, befaßt.

Der äußeren Ehren hat Anton Mell zahlreiche gesammelt. Er war nicht allein Direktor des Steiermärkischen Landesarchivs und o. ö. Professor für das Fach der österreichischen Geschichte. Er war Mitglied und lange Jahre hindurch Sekretär der Historischen Kommission für Steiermark. Er ist mehrmals Obmann des Historischen Vereines für Steiermark gewesen. Ebenso wurde er durch die Ehrenmitgliedschaft des „Deutschen Historikervereines in Graz" ausgezeichnet. Anton Mell konnte sich Hofrat nennen, allerdings erst republikanischer, während er lieber den Titel eines k. k. Hofrates erhalten hätte. Er wurde, wenn auch erst ziemlich spät, zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien erwählt. Neben anderen Dekorationen besaß er den Kgl. Württemberg'schen Friedrichs-Orden, weil er sich so tatkräftig für die Errichtung des Denkmals des Herzogs Wilhelm von Württemberg eingesetzt hatte. Der süddeutsche Prinz war k. u. k. Feldzeugmeister und der zweite Landeschef und Militärkommandant von Bosnien und der Herzegowina gewesen. Die höchste Auszeichnung verlieh Mell seine alte Hohe Schule. Professor Dr. Anton Mell ist nicht allein zum Senator der Karl-Franzens-Universität erwählt, sondern auch zum Ehrendoktor der Rechts- und Staatswissenschaften promoviert worden.

Dem Sprossen einer sichtlich überaus begabten sudetendeutschen Familie ist es gelungen, die ungeheueren Schätze der steiermärkischen Archivbestände, die Grundlage jeder Quellenforschung, so geschickt zu sichten und zu ordnen, daß man nach seiner Amtszeit sagen konnte, nächst dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv und dem ehemaligen k. u. k. Kriegsarchiv ist das Steiermärkische Landesarchiv, in dem gesamten deutschen Sprachgebiet der Doppelmonarchie, das besteingerichtetste und wissenschaftlich bedeutendste Archiv gewesen.

Zuletzt sei eines der größten lebenden Gelehrten gedacht, des ehemaligen Ordinarius für Zoologie und jetzigen Honorarprofessors für dieses Fach an der Alma Mater Graecensis, Karl Ritter v. Frisch. Seine Familie stammt aus Hohenelbe. Der Ritterstandserwerber Anton Frisch wurde zu Jungbunzlau geboren. Er brachte es als Generalarzt zum Chef des ärztlichen Offizierskorps der gesamten k. u. k. Armee. Sein jüngerer Sohn Hugo starb als Hofrat und Primararzt am Allgemeinen Krankenhaus in Wien. Der ältere Sproß des Generalarztes erlangte den Rang eines Hofrates und Universitätsprofessors für Urologie. Er war ein Schüler Pasteurs. Ihm verdanken wir die Entdeckung des Rhinosklerombazillus und den Nachweis der Identität von Haderkrankheit und Milzbrand. Prof. Anton Ritter v. Frisch d. J. nannte vier Söhne sein eigen. Hans wurde o. ö. Professor und Rektor der Franz-Josef-Universität zu Czernowitz. Später wirkte er an der Universität und an der Technischen Hochschule in Wien. Otto schlug wieder die ärztliche Laufbahn ein. Zuletzt ist er ao. Professor in Wien und Direktor

des Rudolfinerhauses gewesen. Ernst brachte es bis zum Direktor der Studienbibliothek in Salzburg. Der Jüngste der Söhne ist der große Zoologe Karl Frisch. Er besitzt den Lieben- und den „v. Soemering-Preis", sowie die Rainer-Medaille. Er ist Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Wien, München, Kopenhagen, Helsingfors, Lund, Göttingen, Washington, Upsala, Boston, Stockholm und der Royal Society in London. Ritter v. Frisch, der Sproß einer deutsch-böhmischen Familie, verfügt über die Ehrendoktorate von Graz, Bern und Zürich, außerdem trägt er den Ehrenring der Stadt Wien und den Orden pour le mérite, Friedensklasse. Er ist somit einer der hervorragendsten Gelehrten unserer Zeit. Seine Familie zeigt wie so manche andere — Beck und Bienerth, Jaksch und Kuhn — welche außerordentlichen Kräfte der Geistigkeit und der Tatkraft in jener Gruppe des deutschen Volkes schlummern, die einst in Böhmen, Mähren und Schlesien beheimatet war.

Dieser Aufsatz soll auf jene Verdienste aufmerksam machen, die sich sudetendeutsche Männer als Gelehrte und Politiker fernab ihrer engeren Heimat in des geschlossenen deutschen Sprachraumes südöstlichstem Teil, in der „Grünen Mark", erworben haben. Sie entstammten sämtlich bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Verhältnissen. Nicht irgendwelchen hinter den Kulissen wirkenden Verbindungen, sondern allein ihrer überdurchschnittlichen Tüchtigkeit haben sie ihre Karrieren zu verdanken. Die Adelstitel, die sie zum Teil führten, wurden selbst oder von nahen Vorfahren erworben. Diese Männer haben ihre Stellungen nicht erlangt, weil sie adelig waren, im Gegenteil, sie wurden geadelt, weil sie so Außerordentliches auf den verschiedensten Gebieten geleistet hatten.

DIE ZWEITE TSCHECHO-SLOWAKISCHE REPUBLIK IM SPIEGEL ZEITGENÖSSISCHER TSCHECHISCHER PRESSESTIMMEN

(Oktober 1938 — März 1939)*

Von Otto Böss

Als der neue tschecho-slowakische Außenminister Dr. Chvalkovský Mitte Oktober 1938 nach Berlin reiste, um für sein Land zu retten, was noch zu retten war[1], schien sein Vorhaben erfolgversprechend. Die Besetzung der im Münchener Abkommen festgelegten Grenzgebiete war ohne Zwischenfall und Widerstand seitens der tschechischen Truppen verlaufen; Hitlers „letzte territoriale Forderungen" waren auf Kosten der Tschechoslowakei befriedigt worden; die Gefahr eines Krieges schien beseitigt. Die Tschecho-Slowakei glaubte, von Deutschland eine Anerkennung für ihr gefügiges Verhalten erhoffen zu dürfen, d. h. sich durch die Abtretung der Grenzgebiete ein Unterpfand für das Weiterbestehen des Reststaates eingehandelt zu haben.

Das war im wesentlichen die entscheidende Überlegung Beneš's gewesen, als er sich mit den Beschlüssen von München einverstanden erklärt hatte. Wenn in der Folgezeit die innen- und außenpolitische Entwicklung des neuen Staates einen anderen Verlauf nahm, als in den zwanzig Jahren der ersten Republik, so war das weitgehend auf die neue politische Situation in Mitteleuropa zurückzuführen, deren verändertes Kräfteverhältnis auch eine Neuorientierung im tschecho-slowakischen Reststaat ratsam erscheinen ließ.

Eine ganze Reihe von historischen Abhandlungen und Memoirenwerken[2] gibt heute bereits einen recht guten Einblick in die Ursachen und Wirkungen

---

*) In der Abhandlung werden nachstehende Abkürzungen verwendet:
Brá — Brázda, ČSl — České slovo, LN — Lidové noviny, NP — Národní politika, PP — Prager Presse, PT — Prager Tagblatt, PL — Pravo lidu, Pří — Přítomnost, Vv — Venkov.

[1] Er hatte, noch als tschechoslowakischer Gesandter in Rom, bereits zu Beginn des Monats Verbindungen mit deutschen Kreisen aufgenommen und versucht, diesen Besuch in Berlin zu arrangieren.

[2] Von den neuesten deutschen Arbeiten seien erwähnt: Heinrich Bodensieck, Die Politik der Prager Regierung Beran in der zweiten Tschecho-Slowakischen Republik (Herbst 1938 — Frühjahr 1939). Kiel Phil. Diss. 1956, gekürzt in: Zeitschrift für Ostforschung 6 (1957) S. 54—71. Hans Schiefer, Deutschland und die Tschechoslowakei von September 1938 bis März 1939. Göttingen Phil. Diss. 1953; gekürzt in: Zeitschrift für Ostforschung 4 (1955) S. 48 — 66. Helmut K. G. Rönnefarth, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Wies-

dieser Wandlungen in der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik. Die Presse ist eine wertvolle Quelle, die das Bild, das wir von diesem Zeitabschnitt bereits gewonnen haben, weiter abzurunden und zu ergänzen vermag. Stützt man sich ausschließlich auf Pressestimmen, so erhält man einen Überblick, der zwar nicht einseitig genannt werden darf, der die Dinge aber doch nur unter einem besonderen Aspekt einordnen kann. Um wirklich allen Gesichtspunkten gerecht zu werden, müßten alle Materialien, die eine Aussage über den beschriebenen Zeitraum vermitteln, berücksichtigt werden. Das ist jedoch unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Das umfangreiche tschechische Archivmaterial (des Innenministeriums, des Außenministeriums, des Staatlichen Zentralarchivs, der Privatarchive Berans, Ripkas, Zenkls usw.) ist für uns im Westen leider unzugänglich[3].

Die nachfolgende Studie will zu den bisherigen Arbeiten keinen weiteren Abriß der historischen Ereignisse in der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik hinzufügen, sondern an Hand des begrenzt verfügbaren Quellenmaterials zu zeigen versuchen, wie sich die tschechische Presse der neuen Situation gegenüber einstellte. Die Schilderung der politischen Vorgänge ist daher auf das Wichtigste reduziert worden. Die Ausführungen, die sich ausschließlich auf die Lektüre der Presse stützen, sind in den wesentlichsten Punkten durch Zitate ergänzt, die ihrerseits wieder eine Auswahl aus mehreren ähnlichen Äußerungen darstellen, aber in den meisten Fällen in den Fußnoten nur einmal belegt wurden.

An dieser Stelle ist noch eine Schilderung der Quellenlage für die vorliegende Arbeit geboten. Die zu Beginn der Studie angeführten neun Tageszeitungen bzw. periodischen Schriften des behandelten Zeitraums sind über

---

baden 1961 (vor allem das Kapitel: Von München bis Prag, S. 697 — 754). — An westlichem Schrifttum der letzten Jahre sei angeführt: R. G. Laffan — V. M. Toynbee, The Crises over Czechoslovakia, Oct. 1938 to March 15, 1939, in: R. G. D. Laffan and others, Survey of International Affairs 1938, Vol. III. London 1953. Theodore Prochazka, La Tchecoslovaquie de Munich au 15 mars 1939. Thèse Paris 1954. Wegen seiner vielfach völlig neuen und eigenwilligen Beweisführungen: A. J. P. Taylor, The Origins of the Second World War. London 1961, das nun auch in deutscher Übersetzung vorliegt. — Mit den Problemen dieser sechs Monate hat sich auch die tschechische Geschichtsschreibung nach 1945 wiederholt (aber recht einseitig) beschäftigt; wir führen hier nur vier Arbeiten an: Adolf Zeman, Československá Golgata. Prag 1947. Der Verfasser stützt seine mehr publizistische Arbeit ebenfalls auf die Presse, aber auch auf Literatur und mündliche Auskünfte. Als ein Vertreter der Beneš-Politik schreibt er im Geiste Masaryks. Jaroslav César, 15. březen 1939 [Der 15. März 1939], in: Mezinárodní politika 3 (1959), S. 80—83. Miloš Hájek, Od Mnichova k 15. březnu [Von München zum 15. März]. Prag 1959. Vaclav Král, Otásky hospodářského a sozialního vývoje v českých zemích 1938 — 1945 [Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den böhmischen Ländern 1938—45], 3 Bde, Prag 1957—59. — Im übrigen verweisen wir auf die Bibliographien in den meisten der angeführten Arbeiten.

[3] Ein Teil nur ist veröffentlicht z. B. in: Mnichov v dokumentech. Prag 1958 und: Nové dokumenty k historii Mnichova. Prag 1958.

die westlichen Bibliotheken verstreut und oft unvollständig[4]. Sie bilden die zwangsläufige Auswahl aus einer umfangreicheren Liste von Titeln, die ursprünglich für die Auswertung vorgesehen worden waren, durch ihr Fehlen in den Bibliotheken jedoch unberücksichtigt bleiben mußten[5]. Der Verfasser hofft jedoch, daß er durch die strenge Begrenzung seines Themas und die Beschränkung auf die ihm am charakteristischsten scheinenden Hauptpunkte einen Weg gefunden hat, um die von der Presse in diesen Monaten verfolgte Linie am deutlichsten und so objektiv wie möglich wiederzugeben. Bei der Untersuchung wurde auf das letzte Quartal des Jahres 1938 das Schwergewicht gelegt, da die einzelnen Probleme gerade in dieser Zeit des stärksten Umschwungs heftiger und mit weniger Zurückhaltung diskutiert wurden.

1. Die erste Reaktion

Vor den Münchener Beschlüssen herrschte in der Presse noch weitgehend Ungewißheit über das weitere Schicksal des Staates; man war sich lediglich dessen bewußt, daß man durch Gebietsabtretungen ein Opfer werde bringen müssen[6]:

„Wir wissen nichts weiter, als daß die Frage der Krise der Tschechoslowakei durch Gebietsabtretungen gelöst werden soll. Der heutige Tag[7] ist daher der entscheidende kritische Tag. Für uns, soweit es sich um unsere Unabhängigkeit handelt, für die Welt, soweit es sich um den Frieden handelt. England sorgt um den Frieden, wir sorgen um unser Leben. Wir bringen Opfer für den Frieden durch Opfer an unserem Körper."

Als die Ausmaße der tschechischen Verluste bekannt geworden waren, reagierten die Journalisten zunächst auf verschiedene Weise. Den einen, die vorher der Entwicklung offensichtlich pessimistisch entgegengesehen hatten, schien das Opfer nicht einmal allzu groß; sie hielten sich an den augenblicklichen Stand der Dinge und stellten fest, daß der Staat seine Kernländer so gut wie unberührt behalten hatte, daß man also, auf kleinerem Raum zwar, aber doch mehr als bisher „unter sich" sein werde[8]. Die anderen, eindeutig umsichtigeren, spürten bereits, daß dieses Opfer nur dem Augen-

---

[4] Die „Prager Presse" befindet sich in der Staatsbibliothek München, die UNO-Bibliothek in Genf besitzt nur „Venkov" (leider unvollständig), das Britische Museum nur die „Lidové noviny", die Nationalbibliothek Paris führt wider Erwarten keine der Zeitungen aus diesem Zeitabschnitt.

[5] Die slowakischen Zeitungen „Slovák" und „Slovensky hlas" waren nicht aufzufinden; sie hätten die Studie sicherlich bereichern können, desgleichen „Rovnost" (Brünn) u. a.

[6] Vgl. Vv vom 22. September 1938.

[7] Am 22. September waren Chamberlain und Hitler in Godesberg zu Besprechungen zusammengetroffen.

[8] Vgl. die Ausführungen im 3. Abschnitt auf S. 408—410.

blick dargebracht, daß die Erhaltung des Friedens durchaus nicht gesichert worden sei[9]:

„Es ist ein grober Fehler, wenn man im europäischen Westen denkt, daß durch den Zwang auf die Tschechoslowakei zur Preisgabe der Grenzgebiete der europäische Friede gerettet worden sei. Es wurde zwar der augenblickliche Krieg mit der Tschechoslowakei verhindert, aber die Erhaltung des Friedens steht dahin. Unser Volk hat ... das größte Opfer gebracht."

Weit in der Überzahl waren jedoch die Stimmen, die zu einer Anpassung an die veränderte internationale Situation rieten und die Rolle des tschechoslowakischen Staates als wichtiges Glied der europäischen Völkergemeinschaft nicht wesentlich beeinträchtigt sahen[10]:

„Es ist ein Zeichen hoher Reife, daß das verständliche Gefühl der Enttäuschung und Bitterkeit nicht die Erkenntnis verdrängt, daß man sich nun auf die geänderte internationale Sachlage einstellen muß, die im übrigen für die Tschechoslowakei keineswegs ungünstig ist, da unser Staat ... immer ein wichtiges Glied der europäischen Volksgemeinschaft bleiben wird ... Das gilt namentlich auch für unser Verhältnis zu Deutschland, von dem man erwarten darf, daß es nun der Tschechoslowakei mit jener Achtung entgegenkommt, auf die unser Staat Anspruch hat."

Angesichts der neuen Sachlage wurde sich die tschechische Presse innenpolitisch einer neuen Mission bewußt, ihrer „eigentlichen" Mission: „unparteiisch dem Vaterland zu dienen", Polemiken, Angriffe und Vorwürfe abseits liegen zu lassen und nur mit den Realitäten zu rechnen[11].

Daß die Entscheidungen in München einseitig und ohne Teilnahme tschechoslowakischer Vertreter getroffen worden waren, hatte die Regierung auf ihrer Sitzung am 30. September 1938 veranlaßt, die Bedingungen vor aller Welt formell nur unter Protest anzunehmen. Die gleichen Stimmen, die jegliche Spekulationen verwarfen und fürderhin nur mit den Realitäten rechnen wollten, waren es nun auch, die zu Besonnenheit und Ruhe aufriefen[12].

Diese ersten Reaktionen der Presse, die die Enttäuschung über die erlittene Niederlage in einem beinahe messianistisch aufgefaßten Gefühl des Opferbewußtseins aufgehen ließen, die zu Anpassung, zu Ruhe und Bedachtsamkeit aufriefen, sind ohne Zweifel in einem hohen Maße echten Überzeugungen entsprungen und haben ihre Wirkung auch nicht verfehlt. Es bahnte sich eine „Zeit der guten Vorsätze" an, die in einem kleineren, aber „gereinigtem" Staat die Innen- und Außenpolitik von Grund auf neu gestalten sollte[13]:

---

[9] Josef Stivín in PL vom 2. Oktober 1938.
[10] Leitartikel in PT vom 2. Oktober 1938. Vgl. auch PL vom 5. Oktober 1938.
[11] Rudolf Halík, Lidu pravdu, in: Vv vom 5. Oktober 1938.
[12] Vv vom 22. September 1938. — Rudolf Halík in: Vv vom 5. und 7. Okt. 1938.
[13] Oldřich Zíka, Z gruntu přebudovat [Von Grund auf umbauen], in: Brá vom 18. Oktober 1938.

„Für neue Aufgaben muß man neue Mittel anwenden ... Die Gaukelei mit Theorien muß ein Ende haben. Wir haben uns vor einem Krieg bewahren können, aber wir müssen das Leben zu sichern wissen."

2. *Die Kritik an den alten Fehlern*

Dieses Thema trat in der Presse an sich nicht so stark in den Vordergrund, wie man eigentlich hätte annehmen können. Offenbar war man sich zunächst nicht in der ganzen Tragweite dessen bewußt geworden, daß für das Versagen der bisherigen tschechoslowakischen Bündnispolitik nicht nur die westlichen Verbündeten verantwortlich gemacht werden konnten, sondern daß innen- wie außenpolitisch auch tschechischerseits ein Kurs verfolgt worden war, der zu schwerfällig reagierte, der sich neuen, veränderten Sachlagen nicht schnell genug anzupassen vermochte.

Unüberhörbar jedoch waren die Vorwürfe, die sich gegen das Generationsproblem der tschechischen Führungsschicht und die falsche Parteipolitik im Innern richteten. So setzte sich z. B. „Národní politika"[14] eingehend mit der Stellung der Jugend im neuen Staat auseinander:

„Gerade in diesen Tagen, da das Programm der Jungen[15] auf der Tagesordnung steht ... sehen wir, welche Fehler wir bisher gemacht haben, als wir über die Schicksale des Staates zwanzig Jahre lang nur eine Generation entscheiden und alle übrigen vor der Türe stehen ließen. In diesem tragischen Irrtum ... liegt der Schwerpunkt unserer eigentlichen innerpolitischen Schwierigkeiten ... Die alten Politiker, die ihre ganze Regierungskunst auf ihre Unersetzlichkeit gründeten, haben dadurch eine Schuld auf sich geladen, daß sie der folgenden Generation keine praktische Möglichkeit gegeben haben, sich in die Fragen der Staatsführung einzuarbeiten."

Der Politik dieser Generation, der Männer des Ersten Weltkrieges, wurde ganz konkret zum Vorwurf gemacht, daß sie zu vertrauensselig gewesen sei[16], daß sie in ihren Entscheidungen zu langsam reagierte[17], allzu entfernten, allgemein-menschlichen und weltpolitischen Idealen nachhing[18].

---

[14] NP zitiert nach PP vom 12. November 1938, S. 3. — Soweit Pressestimmen aus tschechischen Zeitungen in wörtlicher Wiedergabe in der „Prager Presse" abgedruckt wurden, sind diese Übersetzungen bei den Zitaten verwendet worden.

[15] Bei diesem Programm handelte es sich um den Entwurf des „positiven Arbeitsprogrammes" der um die Zeitung der Agrarpartei „Brázda" konzentrierten jungen Intelligenz, vgl. Brá v. 12. November 1938 und die Ausführungen hier im 4. Abschnitt auf S. 412—414.

[16] Vgl. Moravec, Das Ende der Benesch-Republik. Die tschechoslowakische Krise 1938. Prag 1941, S. 44 ff., 45 f. passim. Die tschechische Aufgabe ist bereits 1939 erschienen. Im allgemeinen kann dieses Werk allerdings nur unter Vorbehalten als objektiv betrachtet werden.

[17] A. Roček in NP zitiert nach PP vom 19. Oktober 1938, S. 3.

[18] František Bušek in ČSl vom 1. März 1939.

Eine weitere Angriffsfläche bot den Journalisten die falsche Innenpolitik, insbesondere die Parteipolitik. Das Übermaß an Parteiwesen habe die Regierung zwangsläufig schwächen und zersplittern müssen[19]. Andererseits sei das Parteiwesen aber zu konservativ, modernen Ideen gegenüber zu wenig aufgeschlossen[20] und in der Form, in der es sich organisiert hatte, im Grunde nichts anderes als ein Überrest des 19. Jahrhunderts gewesen[21]. Das will heißen, daß die Parteien längst überholte Ideen aus der Zeit des Nationalitätenkampfes in eine demokratische Staatsform hineingetragen hatten, die sie dann nicht entsprechend beleben konnten. Man hatte mit dem Begriff Demokratie zu unüberlegt und leichtsinnig operiert, ihm viel zu sehr mit einer eigenartigen „politischen Sentimentalität" gegenübergestanden[22].

Was man sich im neuen Staat von einem reformierten Parteisystem erhoffte und was zum Teil in der kurzen Zeit des Bestehens dieses Staates auf diesem Gebiet neu aufgebaut werden konnte, stellt einen Kernpunkt der tschecho-slowakischen Innenpolitik dieser knapp sechs Monate dar und soll an anderer Stelle[23] eingehender erörtert werden.

Die Krise, die für die Tschechoslowakei innen- und außenpolitisch einen Schock gebracht hatte, auf den man aber mit beachtlicher Ruhe und Selbstbeherrschung reagiert hatte, lief schließlich stimmungsmäßig in ein vollkommen neues Gefühl aus: man wollte sich den neuen Gegebenheiten anpassen und sich auf sich selbst beschränken[24]:

„Das Jahr 1918 ist mit allem, was es brachte, vorbei, auch mit denjenigen, die unsere Verbündeten waren. Plötzlich stehen wir, ob wir nun wollen oder nicht, in den verkleinerten Grenzen in der Achse Berlin-Rom und sehen uns vor der großen Aufgabe, unter geänderten Verhältnissen unsere Existenz als Nation und Staat zu erhalten."

„Unsere Existenz als Nation und Staat" — das ist zugleich Ausdruck einer Wandlung in der öffentlichen Meinung, die immer weitere Kreise zog und sich auch sehr bald im politischen Denken und in der Außenpolitik durchsetzte[25]: der größte Teil der nichttschechischen Gebiete waren verloren-

---

[19] K. Jíše in ČSl vom 23. September 1938.

[20] Theodor Pistorius in PL zitiert nach PP vom 9. Oktober 1938, S. 3.

[21] Dr. Kahánek, Volá se po nových lidech, in: Vv vom 12. November 1938, S. 1. — V. Klofáč in ČSl vom 20. November 1938.

[22] Rudolf Halík in Vv vom 13. November 1938.

[23] Vgl. Abschnitt 4 auf S. 410—415.

[24] Václav Klofáč in: ČSl vom 20. November 1938.

[25] Vgl. H. Bodensieck, a. a. O. in: Zeitschrift für Ostforschung 6 (1957) S. 62 bis 66. Er behandelt die zweite Entwicklungsphase der Zweiten Republik, die er mit der Berufung des Kabinetts Beran (1. 12. 1938) und dem erneuten Besuch Außenminister Chvalkovskýs in Berlin (21. 1. 1939) begrenzt. In dieser Zeit habe die Tendenz überwogen, den Staat weitgehend nach eigenen, nationalen Interessen zu gestalten.

gegangen, die Slowakei und die Karpato-Ukraine autonom geworden[26]; die Tschechen waren nun im Raum Böhmen-Mähren eine geschlossene Nation mit nur geringem fremdvölkischen Bevölkerungsanteil.

Das war die große Chance, die sich trotz aller Verluste der neuen Tschecho-Slowakei nach dem Münchener Abkommen angeboten hatte und die zu nutzen weite Kreise des tschecho-slowakischen öffentlichen Lebens bereit gewesen waren. Daß die Entscheidungen über das Schicksal des neuen Staates in der Folgezeit jedoch immer mehr von Machtfaktoren abhängig wurden, die dem Tun und Wollen der tschechischen Politiker entrückt waren, hat den Gang der tschechischen Geschichte, vor allem aber ihre Entwicklung nach 1945 im mitteleuropäischen Raum, maßgeblich mitbestimmt.

3. Die Beschränkung auf sich selbst

Bereits am 30. September 1938 hatte Armeegeneral Syrový in seinem Aufruf an die Nation über den Rundfunk diese neue Haltung des Sichbescheidens zum Ausdruck gebracht[27]:

„Bei der Wahl zwischen Verkleinerung der Grenzen und Tod der Nation ist es Pflicht, das Leben unseres Volkes zu erhalten ... wir werden zwar innerhalb engerer Grenzen sein, aber allein unter uns."

Nach den Spannungen und Ereignissen der vorangegangenen Monate und Wochen, die zu den schlimmsten Vermutungen Anlaß gegeben hatten, wurde jetzt das Gefühl wach, daß man von allem frei sei, was den Staat bisher beschwert und verwirrt hatte. Die Folge davon war eine neu aufkeimende Zuversicht in die Zukunft[28]:

„Wir wurden um zwanzig Jahre zurückgeworfen ... bis zum Jahre 1916 oder 1917 ... dürfen wir auch heute nicht der Verzweiflung und selbstmörderischen Stimmungen anheimfallen ... Wir werden ohne den Feind im Hause leben, nur auf eigenem Boden, ohne Rachsucht, nicht ehrlos gemacht und unbesiegt, nur verraten, aber mit umso leidenschaftlicherer Liebe zum heimatlichen Boden, auf den wir jetzt angewiesen sind ... wir werden unser Haus versorgen und sichern, so gut wir nur können. Im kleinen Staat ein größeres Volk — das muß unsere Parole sein."

Dieser Gedanke, daß das tschechoslowakische Volk durch die letzten Ereignisse um 20 Jahre und mehr zurückgeworfen worden sei, daß das Ende seines ersten Staates zugleich aber einen besseren Anfang für den Neu-

---

[26] Die Annahme der Verfassungsgesetze über die Autonomie der Slowakei und der Karpato-Ukraine erfolgte am 19. November 1938, vgl. auch hier S. 415.

[27] PP vom 1. Oktober 1938, S. 1.

[28] K. Z. Klíma in ČSl vom 2. Oktober 1938. Vgl. auch die Äußerungen in NP vor dem Wiener Schiedsspruch, zitiert in PP vom 3. November 1938, S. 5.

aufbau in sich schließe, kehrte sehr oft und in vielen Varianten wieder, zum Teil mit wehmütigen Reminiszenzen vermischt[29]:

„Der 28. Oktober hat ein neues Kolorit erhalten. Erst jetzt hat eigentlich die Geschichte die letzten Bande mit dem alten Österreich zerrissen ... Wir beginnen von neuem, und zwar gründlicher als damals vor 20 Jahren. Hätte uns das Schicksal am 28. Oktober 1918 eine freie Entfaltung in jenen Möglichkeiten geboten, die sich am 30. September 1938 ergeben haben, hätte sie die Nation sicher gerne angenommen. Schon damals hätte uns das Bewußtsein gestärkt, daß wir Nation und Staat zusammenschweißen."

Dieses neue „Nationalgefühl" kommt besonders stark im sogenannten „Programm der Jungen Generation"[30] zum Ausdruck, das kurze Zeit nach dem ersten Wiener Schiedsspruch (2. 11. 1938) veröffentlicht wurde[31]:

„Die Zweite Republik ist ein Nationalstaat geworden, ein Staat der Tschechen, Slowaken und Ruthenen. Wir müssen in unser ganzes öffentliches und privates Leben einen neuen Geist tragen, wenn die Existenz der Zweiten Republik gesichert werden soll. Durch Konzentration der positiven nationalen Kräfte müssen wir daher einen einheitlichen Willen der Nation schaffen, auf den man wird eine autoritative, sozial gerechte und kontrolilerte Regierung stützen können, damit wir rasch, gründlich und geordnet das Programm der nationalen Erneuerung realisieren können."

Der Nationalstaatsbegriff schloß also immer noch die drei Völker, Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer, mit ein, d. h. er hatte sich in einen slawischen Nationalstaatsbegriff verwandelt. Die Erste Tschechoslowakische Republik in ihren alten Grenzen war zerstört worden, die „Nation" war erhalten geblieben, „gereinigt" von allem Fremden, von den Deutschen und Magyaren. Man glaubte nun auf niemand mehr Rücksicht nehmen zu brauchen.

Unter diesen Aspekten mußte es zunächst scheinen, daß es ein leichtes sein werde, leichter als bisher jedenfalls, mit den Nachbarn in gutem Einvernehmen zu leben. Das Nationalitätenprinzip, das zwanzig Jahre nach dem Ersten Weltkrieg plötzlich wieder unerwartete Triumphe gefeiert hatte[32] und nach dessen Grundsätzen die Krise in Mitteleuropa zunächst

---

[29] V. V. Štech in ČSl, zitiert nach PP vom 28. Oktober 1938, S. 5. Vgl. auch Rudolf Halík, Do nového života [In ein neues Leben], in: Vv vom 2. Oktober 1938, S. 1.

[30] Vgl. Fußnote 15, das Programm zeigte gewisse Ähnlichkeiten mit dem Programm der tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei, indem es die Fehler und Illusionen der Vergangenheit auszuschließen versuchte und eine Konzentrierung aller positiven nationalen Kräfte forderte. Die ideellen Hauptpunkte waren: nationale Gemeinschaft, soziale Gesellschaft, Organisation der Stände, christliche Moral.

[31] In: Brá vom 12. November 1938.

[32] Vgl. Eugen Lemberg, Geschichte des Nationalismus in Europa. Stuttgart 1950, vor allem den Abschnitt 26, in dem die Versuche des Dritten Reiches als dritte Phase zur Lösung der Nationalitätenfrage beschrieben werden (S. 235—241).

überwunden worden war, hatte jedoch die eigentlichen Probleme nicht aus der Welt schaffen können; ein deutliches Zeichen dafür, daß es jetzt im Grunde schon wieder um ein ganz anderes Prinzip ging: um die Macht.

Das trat zunächst noch nicht allzu deutlich in den Vordergrund. Es überwog in der breiten Öffentlichkeit noch einige Zeit die Überzeugung, daß dem Staat in seinen neuen Grenzen innenpolitisch und wirtschaftlich die Grundlage erhalten geblieben sei, auf der, von einer neuen Staatsidee getragen, ein neues politisches und wirtschaftliches Leben aufgebaut werden könne. Der Umbau des Parteisystems und ein intensivierter wirtschaftlicher Aufbau waren deshalb innenpolitisch die Hauptprogrammpunkte neben der wichtigen Aufgabe der Organisierung des „trialistischen" Staatsaufbaus. Der Tschecho-Slowakei blieb zunächst noch die Illusion, sich als Bund der drei autonomen Länder der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer betrachten zu dürfen.

4. Die Innenpolitik

a) *Der Parteiumbau.* Die Frage der künftigen Form des Parteilebens hing naturgemäß eng zusammen mit der Regierungsform, die der neue Staat zu schaffen im Begriff war. Aber auch als man sich traditionsgemäß wieder für die Demokratie entschieden hatte, blieb es noch immer ein strittiger Punkt, wie sich das Parteileben nun eigentlich gestalten sollte. Der Ruf nach Vereinfachung der Parteiverhältnisse war dabei genau so laut wie die Warnung davor, den Umbau nur rein schematisch, ohne Rücksicht auf die bisherigen organischen Zusammenhänge zu vollziehen[33]:

„Die politischen Parteien sind in unserem nationalen Leben lebendige Organismen ... Die Pfeiler abtragen, auf denen die politische Struktur des Staates bisher geruht hat, ohne sagen zu können, was sich daraus Gutes ergeben würde, wäre heute kein positiver Beitrag zur Beruhigung des politischen Organismus."

Schließlich konnte man auch nicht die Parteien allein dafür verantwortlich machen, daß die innenpolitischen Probleme in der ersten Republik keiner Lösung entgegengeführt worden waren und sie deshalb verdammen und auflösen; was hätte an ihre Stelle treten sollen? Einheitlich lehnte die Presse eine Diktaturregierung ab und auch ein Zweiparteiensystem nach englischem Vorbild schien ihr wenig zur Nachahmung geeignet. Es sollte keine Differenzierung im Geiste fremder Ideologien herbeigeführt werden, sondern möglichst in der Weise, daß die Standes-, bzw. wirtschaftliche Schichtung der Nation zum Ausdruck käme[34]. Das bedeutet, daß eine weitgehende Beibehaltung der bisherigen Differenzierung des Parteilebens bei

---

[33] J. Hudec in PL, zitiert nach PP vom 20. Oktober 1938, S. 3.
[34] Ders. in Vv vom 19. Oktober 1938, S. 4.

gleichzeitiger Konzentrierung in überparteiliche Gruppen als die sicherste Gewähr für einen reibungslosen Übergang erwogen wurde[35].

Hier zeichnet sich erstmals deutlich das Projekt einer großen nationalen Partei ab[36]:

„Man muß den Weg einer neuen Demokratie gehen, einer autoritativen, harten und streng disziplinierten Demokratie, die schlagfertig und radikal von aller Korruption und Protektion gesäubert und alles dessen bar ist, was aus der Demokratie einen bloß demokratischen Anstrich gemacht hat ... Man muß den Weg zu einem neuen Parteiwesen gehen, das nicht in Versprechungen, sondern in kontrollierbaren und jedem offenbaren Taten, ausschließlich Staat und Nation dienen wird ... Es wird kein auf zehn und mehr Parteien[37] parzelliertes Parteiwesen sein dürfen, sondern ein gereinigtes und in zwei oder höchstens drei Parteien zusammengeschweißtes Parteiwesen ... Man muß einige wenige politische Einheiten durch Zusammenschluß verwandter Richtungen und Parteien schaffen. Die bürgerlichen Schichten der Nation müssen sich zu einer großen Nationalpartei konzentrieren ... Die Grundlage müssen die Mittelstandsschichten sein, Gruppen, welche die Wirtschaft, das Gewerbe, den Handel, die Industrie und die Intelligenz repräsentieren und auch jene Arbeiterelemente, die aufrichtig national sind und jeden Klassenkampf verwerfen."

Diese Vorstellungen von einem neuen Parteileben waren geleitet von einem gewissen Sendungsbewußtsein: Deutschland hatte die nationale Selbständigkeit des Staates im Grunde noch nicht angegriffen; man glaubte daraus ersehen zu dürfen, daß es einem freien tschecho-slowakischen Staat in Mitteleuropa noch Sinn und Bedeutung zumesse. Man wollte nun jene Demokratie schaffen, von der man annahm, daß sie in der Vorstellung des Volkes lebe[38], zumal man hoffte, daß das Volk diesmal dem Streben nach Konzentrierung besonders geneigt sei[39]:

„Niemals in den letzten zwanzig Jahren war in den breitesten Volksschichten der Boden derart vorbereitet, um nicht vielleicht ein Koalitionsabkommen, sondern eine wirkliche Einigkeit erzielen zu können ... Der Weg dazu ist nicht der Zusammenschluß politischer Parteien. Der einzig mögliche Weg ist die rasche Grundsteinlegung einer neuen, absolut dominierenden Nationalpartei als der Partei aller arbeitenden Schichten. Man muß die neue Nationalpartei von unten herauf, aus dem Volke aufbauen ...

---

[35] Rudolf Halík, „Jedinou všenárodní organizaci", in: Vv vom 21. Oktober 1938.

[36] Rudolf Halík, in: Vv vom 22. Oktober 1938, vgl. auch PP vom 22. Oktober 1938, S. 5.

[37] Bei den letzten Wahlen in das Abgeordnetenhaus im Mai 1935 hatten insgesamt 14 Parteien (davon vier deutsche) Sitze erlangt, vgl. Erwin Winkler, Die Tschechoslowakei im Spiegel der Statistik. Karlsbad—Leipzig 1937, S. 51.

[38] K. Jíše in ČSl, zitiert nach PP vom 23. Oktober 1938, S. 5.

[39] Vgl. Lipský in Vv, zitiert nach PP vom 25. Oktober 1938, S. 5.

Denn wir können uns in Zukunft nicht den Luxus einer Zersplitterung in den Ansichten und einer politischen Zerbröckelung leisten."

Betrachtet man die Ergebnisse aller Bemühungen zum Umbau des Parteisystems, so kann man positive Resultate erkennen, die nach einigen Schwankungen und Bedenken erzielt wurden.

Am frühesten war die Volkspartei daran gegangen, eine Reorganisierung vorzunehmen, die jedoch keinesfalls auf eine Auflösung der Partei oder ihren Zusammenschluß mit anderen Parteien tendierte[40]. Bereits Mitte Oktober 1938 hatte der Exekutivausschuß der Tschechoslowakischen Volkspartei in Böhmen eine Sitzung abgehalten, auf der sich ihr Obmann Msgre. Stašek dagegen verwahrt hatte, mit der Parole der Parteiauflösung allzuleicht umzugehen. Er sah die Hauptaufgabe für die Erneuerung des Parteilebens in einer Neufassung des Programmes und des Geistes der Parteien, was durch Einbeziehung neuer Menschen in die Partei erzielt werden sollte. Demonstrativ traten er, seine Stellvertreter und das ganze Präsidium zurück; die Präsidien der einzelnen Kreise wurden aufgefordert, neue Funktionäre zu wählen[41].

Gegen Ende Oktober hatten die Vereinfachungsbestrebungen noch keine greifbaren Formen angenommen. Es war jedoch schon zu erkennen, daß sich die Kräfte zunächst in drei Lager spalteten: es wurde eine große nationale Partei angestrebt, die katholische Gruppe wollte unabhängig bleiben, desgleichen auch die Sozialisten. Selbstverständlich war es schwer, die sechs tschechoslowakischen Mehrheitsparteien klar in diese drei Lager einzugruppieren[42]. Die Partei der Nationalen Vereinigung und die Tschechoslowakische mittelständische Gewerbe- und Handelspartei hatten sich allerdings bereits zu direkten Verhandlungen mit der Republikanischen Partei über ihre Umorganisierung bereit erklärt[43]. Man wollte jedoch keine rein mechanische Lösung erzwingen; deshalb sollten die bisherigen Parteien in Form von Sektionen im neuen Parteigefüge bestehen bleiben.

Am 25. Oktober 1938 waren die Sozialdemokraten auf Grund eines Beschlusses ihres Exekutivausschusses aus der Internationale ausgetreten und hatten eine Sonderkommission für Verhandlungen zur Umbenennung der Partei gebildet.

In den ersten Novembertagen hatte das Direktorium der Tschechoslowa-

---

[40] Die Sozialdemokratische Partei hatte auf einer Sitzung zunächst nur eine besondere Kommission damit beauftragt, über eine Vereinfachung der politischen Verhältnisse Verhandlungen aufzunehmen. Die Nationalsozialistische Partei hatte ähnliche Beratungen abgehalten.

[41] Bei der Neuwahl wurde S t a š e k allerdings wieder zum Obmann gewählt, in die Präsidien aber gelangten fast zur Hälfte junge Leute; vgl. PP vom 19. Oktober 1938, S. 3.

[42] Die Tätigkeit der KPTsch war am 20. Oktober 1938 behördlich eingestellt worden, desgleichen die kommunistische Tages- und periodische Presse.

[43] PP vom 25. Oktober 1938, S. 2.

kischen Nationalsozialistischen Partei[44] nach dem Rücktritt des Parteivorstandes Beratungen und Verhandlungen über Vereinfachung des Parteiwesens aufgenommen. Bereits am 12. November vollzog sich die Vereinigung mit der Republikanischen Partei, der Gewerbepartei und der Nationaldemokratie zur Partei Berans, der Partei der Nationalen Einheit[45]. Am gleichen Tag wurde die Nationale Arbeiterpartei durch Umbenennung der Sozialdemokratischen Partei in Prag gegründet[46]. Damit war also das zunächst sich abzeichnende Zwischenstadium eines Dreiparteiensystems erreicht; die Entwicklung lief jedoch auf ein Zweiparteiensystem hinaus. Mitte November stand die definitive Entscheidung der Tschechoslowakischen Volkspartei noch aus, und auch die Orientierung der Tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei schien noch nicht eindeutig; besonders in ihrer Jugendorganisation war eine Neigung zur Nationalen Partei des arbeitenden Volkes, also zu den Sozialdemokraten, zu erkennen.

Am 16. November beschloß der Exekutivausschuß der Tschechoslowakischen Volkspartei nach sechsstündigen Beratungen die Selbständigkeit der Partei zu erhalten bei möglichst enger Zusammenarbeit mit der Partei der Nationalen Einheit[47]. Damit schien die Entscheidung für das Dreiparteiensystem gefallen zu sein.

Der Aufruf der Partei der Nationalen Einheit am 17. November 1938 zeigt jedoch[48], daß sich ihr der böhmische Flügel der Tschechoslowakischen Volkspartei angeschlossen hatte; der mährische Flügel blieb zunächst noch bei seinem alten Beschluß[49].

Die Differenzen innerhalb der Tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei ordneten sich dahingehend, daß linksgerichtete nationalsozialistische Abgeordnete[50] am 26. November eine Erklärung veröffentlichten, in der sie den Beschluß der Vertretung der Nationalsozialistischen Partei über den Eintritt in die Partei der Nationalen Einheit ablehnten und sich für eine Vereinigung mit den Sozialdemokraten aussprachen; dieser linke Flügel gliederte sich sodann der Nationalen Partei des arbeitenden Volkes ein.

Damit war also bereits nach fünfwöchigen Verhandlungen das Problem

---

[44] Es bestand aus dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Langr, dem Abgeordneten Dr. Klapka, dem Prager Primator Dr. Zenkl und dem Verlagsdirektor Šalda.

[45] Vgl. ČSl vom 13. November 1938 und Vv vom 16. November 1938.

[46] Ihr Vorsitzender wurde der Abgeordnete Hampl. Später wurde sie endgültig als „Nationale Partei des arbeitenden Volkes" konstituiert.

[47] PP vom 17. November 1938, S. 1.

[48] PP vom 18. November 1938, S. 3.

[49] Vgl. PL vom 19. November 1938. — Beran stellte für den Eintritt in seine Partei der Nationalen Einheit keinen Termin. Für den 27. 11. wurden die Parteivertreter nach Brünn einberufen, wo der Beschluß des Zentralausschusses einer Revision unterworfen werden sollte.

[50] Ferdinand Richter, Karel Moudrý, Josef Patejedl und J. B. Kozák.

des Parteiumbaus gelöst; in Böhmen und Mähren herrschte das Zweiparteiensystem, so daß auch hier eine Übereinstimmung mit der Slowakei erreicht worden war[51], die für die weitere innenpolitische Entwicklung in dem angestrebten Bundesstaat überaus wichtig sein konnte.

Noch bevor es zu dieser endgültigen Regelung gekommen war, zeichnete Rudolf Halík mit einem scharfen Blick für das Wesen des neuen Staates den Charakterzug seiner Staatsform in treffenden Worten[52]:

„Die Partei der nationalen Einheit wird kein Konglomerat alter Parteien sein, sondern eine neue Bewegung des nationalen Willens. Niemand soll glauben, daß eine Herrschaft des Liberalismus und Kapitalismus einsetzt. Wir sind ein Volk der kleinen und mittleren arbeitenden Schichten, an die wir zuerst denken müssen. Die neue Partei wird kein Gegner einer gesunden Sozialpolitik sein ... Auf Jahre hinaus wird die Tschechoslowakei ein Regime bürgerlicher Struktur haben."

b) *Der Trialismus.* Der Kardinalpunkt neben der Umgestaltung des Parteiwesens war die Lösung des Zusammenlebens der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer. Es kam in erster Linie darauf an, innenpolitisch eine weitgehende gegenseitige Anpassung zu erreichen, wenn ein Bundesstaat überhaupt möglich werden sollte.

Es handelte sich einerseits um die neue Verfassung, die diesmal allen Interessen Rechnung tragen sollte[53]:

„Man muß für die Vorbereitung der neuen Verfassung im Zeichen einer einheitlichen Regelung des trialistischen Staates der Tschechen, Slowaken und Karpatorussen sorgen."

Aber auch die politische Gesamtkonzeption durfte bei der Regelung des Verhältnisses der tschechischen Länder zu der autonomen Slowakei und zur Karpato-Ukraine nicht außer acht gelassen werden[54]:

„Wer vor der Entwicklung in der Slowakei die Augen verschließt, schließt sie auch vor ihren staatspolitischen Folgen."

Eine wichtige Rolle spielte für den Zusammenschluß der drei Länder der wirtschaftliche Aufbau, der vor allem in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine vorangetrieben werden mußte, wollte man auch industriell im Laufe der Zeit ein Gleichgewicht erreichen[55]. Von diesem Blickpunkt aus war auch der Leitartikel in „Venkov" verfaßt, in dem es u. a. hieß[56]:

---

[51] In der Slowakei hatten sich als endgültig die Slowakische Einheitspartei und die Slowakische Nationalpartei konstituiert.

[52] R. Halík in Vv vom 8. November 1938.

[53] PL zitiert nach PP vom 4. November 1938, S. 5.

[54] V. Lipský in VV, zitiert nach PP vom 2. November 1938, S. 3.

[55] Man nahm damit eine Entwicklung vorweg, die schon seit vielen Jahren in der kommunistischen Tschechoslowakei betrieben wird. (Allerdings dient dieser Aufbau jetzt nicht nur innenpolitischen Zwecken, sondern er zielt vor allem darauf

„Wir ... möchten heute vor der törichten Ansicht warnen, daß eine bloße schriftliche Abmachung über die beiderseitigen Pflichten zu einer Liebe genügen würde, wie sie heute die Republik zwischen Tschechen und Slowaken braucht. Jedes schriftliche Übereinkommen aus bloßer Pflicht oder über Pflichten kann vielleicht zwar auf Lebenszeiten eine Vernunftsehe schaffen, Wege zu einem Zusammengehen, aber es genügt häufig nicht dazu, um eine gegenseitige Liebe zu schaffen. Um uns klar zu verstehen: Auch dieses schriftliche Abkommen war notwendig, denn ordentliche Verträge machen Freunde. Es ist die erste Voraussetzung und der Beginn besserer Tage als es die früheren waren. Aber es genügt nicht für alles und wir dürfen nicht denken, daß wir dadurch schon alles getan haben. Für die Einheit der Tschechen und Slowaken, die in Zukunft schon nichts mehr zerbrechen wird, müssen wir diesen Vertrag durch Taten untermauern, müssen wir weitere feste Brücken schlagen zu gegenseitiger Zusammenarbeit, zu einträchtigem Zusammenleben und zur Gegenseitigkeit."

Das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken bildete auch den Gegenstand des Leitartikels der „Národní politika" vom gleichen Tage[57], allerdings in einer ganz anderen Färbung:

„Wir glauben, daß sich nun unsere Herzen öffnen und daß sie im gleichen Pulsschlag schlagen werden in Böhmen, Mähren und in der Slowakei, da nun die Hauptursache der Differenzen beseitigt ist und die Slowakei nach ihrer Fasson leben wird, wie sie es sich selbst wünscht und worin wir ihr niemals Schwierigkeiten in den Weg legen wollen ... Dann wird auch anerkannt werden, daß die Slowakei bereits vor zwanzig Jahren im wahrsten Sinne des Wortes befreit wurde und daß es heute, da es [sie, d. Verf.] selbst die Regierung in dem eigenen Land übernimmt, nur die Früchte jener Saat erntet, die durch die zwanzigjährigen Bemühungen von Tschechen und Slowaken gelegt wurden. Ohne diese Arbeit und ohne diese Bemühungen gäbe es die heutige Slowakei nicht."

Am 19. November 1938 nahm das Abgeordnetenhaus in kurzer Sitzung die Verfassungsgesetze über die Autonomie der Slowakei[58] und der Karpato-Ukraine an. Der Verfassungsentwurf für die Karpato-Ukraine war weitgehend nach dem Vorbild des slowakischen Entwurfes abgefaßt worden. Mit der Legalisierung des Gesetzes erlosch die Geltung der bisherigen zentralistischen Verfassung.

---

hin, diese Gebiete wirtschaftlich in das sozialistische System einzubauen). Vgl. Abschnitt 5 auf S. 416—418.

[56] Zitiert nach PP vom 18. November 1938, S. 5.

[57] NP vom 18. November 1938.

[58] Es trat rückwirkend vom 7. November 1938 in Kraft. Der Slowakei wurde jene staatsrechtliche Stellung zugesichert, die ihr im Geiste des Pittsburger Vertrags zustehe.

5. *Der wirtschaftliche Aufbau*

Er stellte die letzte der drei Hauptaufgaben dar, die der Staat in der neuen Situation zunächst zu lösen hatte und war zugleich die langwierigste und schwerste. Ihre Inangriffnahme setzte mit aller Intensität ein, nachdem der neue Staat nach außen und innen (endgültige Grenzregelung, Umbau des Parteisystems, neue Verfassung, Autonomie der Slowakei und der Karpato-Ukraine) eine gewisse Festigkeit erhalten hatte.

Vorbereitende Maßnahmen waren aber schon in der Oktobermitte getroffen worden. Innerhalb der einzelnen Ministerien waren zwölf engere Subkommissionen (in der Mehrzahl beim Innenministerium) gebildet worden, von denen jede aus vier bis fünf Mitgliedern (Beamten des Ressorts) bestand[59]. Das Aufbauprogramm in der Slowakei hatte der slowakische Wirtschaftsminister Teplanský in einer Rundfunkrede am 19. Oktober umrissen; es sollte 50 000 Menschen Arbeit geben[60].

Unter der Losung „Arbeit und Brot für 11 Millionen Menschen" war ein Aufbau-Programm geplant, das die Länder des neuen Staates verkehrsmäßig und wirtschaftlich zusammenschließen sollte[61]. Die ersten deutlich spürbaren Maßnahmen wurden im Staats- und öffentlichen Dienst durchgeführt mit dem Ziel: Vereinfachung und Einsparung. Im Auswärtigen Dienst wurden bereits genehmigte Konsulatsstellen zurückgenommen, Konsulate und Generalkonsulate wurden in allen Städten aufgehoben, wo sich bereits Gesandtschaften befanden[62]. Am 4. November beschloß der Ministerrat die Zusammenlegung von Ministerien; statt bisher 14 gab es nur noch 11 Ministerien[63].

Dennoch war überdeutlich, daß der wirtschaftliche Aufbau große Schwierigkeiten würde überwinden müssen, waren doch durch die Abtretungen innerwirtschaftlich gesehen Zusammenhänge zerrissen und Verkehrsverbindungen durchtrennt worden, die erst wieder hergestellt werden mußten[64]:

---

[59] Diese Subkommissionen betrafen vor allem die drei Fragenkomplexe: Grenzfragen, Schutz des Eigentums tschechoslowakischer Staatsbürger, Erneuerung der Handels- und Verkehrsbeziehungen.

[60] Das Programm sah vor: Ausbau des Verkehrsnetzes, Ausnützung der Wasserenergie, Elektrifizierung der Städte, Übernahme der Bergbau- und Hüttenbetriebe, Schaffung einer großen chemischen Industrie.

[61] Ab 21. Oktober erschien eine tägliche Spalte unter dieser Losung in der „Prager Presse" mit ausführlichen Berichten über die jeweils aktuellsten Maßnahmen.

[62] Das war z. B. in Berlin, Paris und London der Fall.

[63] Die Ministerien für Eisenbahn und Post wurden zum Verkehrsministerium zusammengelegt, das Ministerium für Gesundheitswesen mit dem Ministerium für Körpererziehung und Sozialfürsorge zum Ministerium für soziale und gesundheitliche Verwaltung; das Ministerium für Vereinheitlichung der Gesetze wurde aufgelöst.

[64] Houdek in: ČSl vom 9. Oktober 1938. — Vgl. auch Ferd. Kahánek, Ukoly nejbližších hodin a dnů [Die Aufgabe der nächsten Stunden und Tage], in: Vv vom 9. Oktober 1938, S. 1.

„Die Linie, welche die neue Grenze festlegt, läßt nicht bloß die nationale Grenze außer acht und verstößt infolgedessen gegen den Grundsatz der nationalen Abgrenzung, sie zerreißt darüber hinaus wirtschaftliche Zusammenhänge und insbesondere die Verkehrsverbindungen derart, daß Deutschland wirtschaftlich durchaus keinen Nutzen zieht, wir aber in eine Situation geraten, als wären wir gefesselt... Staat und Bevölkerung brauchen nun in erster Reihe initiativen Unternehmergeist."

Noch während des Schwebezustandes wurden daher Stimmen laut, die eine sofortige Inangriffnahme der vordringlichsten Projekte forderten[65]:

„Die Tschechoslowakei hat keine Zeit, mit den erforderlichen Maßnahmen im Innern zu warten, bis dieser Schwebezustand [endgültige Festlegung der Grenzen, Verf.] in einen endgültigen Zustand übergeleitet worden ist, sie fühlt die Notwendigkeit, unverzüglich und mit der größten Energie an den Wiederaufbau heranzugehen und mit der Arbeit an der inneren Konsolidierung des Staates zu beginnen. Sie weiß, daß es an ihr liegt, dem Druck der Kräfte im zentraleuropäischen Raum ihr eigenes Gleichgewicht entgegenzustellen und die Güter zu sichern, die sie für ihren unabhängigen Staat und ihr nationales Leben braucht. Sie fühlt, daß sie den neuen Aufgaben nur gewachsen sein wird, wenn sie an sie ohne den Ballast ungelöster Probleme und unerledigter Notwendigkeiten herangeht, daß sie sich den Luxus der Passivität und des Zuwartens nicht leisten kann, wenn sie unter den veränderten Umständen ihre politische, nationale und wirtschaftliche Freiheit bewahren will."

Schon Ende Oktober hatten die ersten drei Arbeitslager ihre Tätigkeit aufgenommen[66]. Von ihnen wurden arbeitslose Männer über 18 Jahre angeworben und für die zunächst dringlichsten Projekte eingesetzt. Als Symbol für die neue Arbeitsintensität wurde auf Grund eines Aufrufs des Tschecho-Slowakischen Nationalrates der Staatsfeiertag am 28. Oktober diesmal „durch Arbeit gefeiert"[67].

„Zunächst müssen wir unsere Kräfte dort anspannen, wo wir selbst entscheiden, im Bereich unserer eigenen Wirtschaft"[68].

Dieses Zitat ist bezeichnend für die im Volk vorherrschende Stimmung: Abstand von jeder aktiven Politik, weitgehende Anpassung an die gegebene Lage, Verlegung aller Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufbau. Die politische Ernüchterung, die die Septemberkrise und ihre Folgen im Volke verursacht hatten, breitete sich nun auch auf das wirtschaftliche Gebiet aus

---

[65] Leitartikel „Konzentrierung der Kräfte" in PP vom 19. Oktober 1938.

[66] Dem Lager Prag-Nord, das aus 1000 Mann bestand, fiel der Ausbau der Staatsstraße entlang dem Flugplatz Ruzyně und anderer Straßen bei Prag zu; dem Lager Prag-Süd (750 Mann) waren die Uferstraße und die Bezirksstraßen in Prag zugeteilt worden; das Lager bei Zlín führte Straßen- und Eisenbahnbauten in diesem Gebiet durch.

[67] PP vom 28. Oktober 1938, S. 1.

[68] NP vom 11. November 1938.

und ließ Programme entstehen, die sich durch große Nüchternheit auszeichneten[69]:

„Die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik haben sich durch das Münchner Abkommen von Grund auf geändert. Unsere Wirtschaft wird sich in den nächsten Jahren unter dem entscheidenden Einfluß der machtpolitischen Veränderungen in Europa und unter dem Einfluß des Zwanges entwickeln, den Verlust von Industriezweigen durch neue Industrien ersetzen zu müssen. Alle unsere neuen Wirtschaftsbedingungen sind auf einen einzigen Ausweg gerichtet, auf die Hebung der Produktion und auf neues Schaffen ... Wir werden neue Betriebe gründen, die wir vor allem zu Hause brauchen werden und deren Produkte wir im Ausland absetzen können, und wir werden öffentliche Investitionen unternehmen, welche auf ganze Gebiete nicht ohne Segen bleiben werden, so wie früher der Bau von Eisenbahnen ganzen Gebieten einen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hat. Viel wird auch davon abhängen, den Fortschritt in der Landwirtschaft nicht zum Stillstand kommen zu lassen, sondern allseits zu fördern. Deshalb werden wir ... in der Wirtschaftspolitik nicht die Industrie gegen die Landwirtschaft ausspielen. Beide Produktionselemente sind nun im Gleichgewicht und dieses Gleichgewicht muß in der Wirtschaftspolitik seinen Ausdruck erhalten. Die Industrie muß sich den Umstand vor Augen halten, daß die Rentabilität in der Landwirtschaft kaufkräftiges Publikum schafft und der ganzen Wirtschaft die Ernährungsgrundlage sicherstellt."

Den Staat wirtschaftlich und verkehrspolitisch zu einem homogenen Gebiet auszubauen und in den mitteleuropäischen Raum einzuordnen, sollte das oberste Prinzip der gesamten Wirtschaftspolitik werden. Was darüber hinaus noch erforderlich war, um die gesteckten Ziele auch wirklich zu erreichen, war die Arbeitsintensität. Es fehlte nicht an Stimmen, die dringend dazu aufriefen und auf die Erfolge anderer Länder mit weit kleineren Wirtschaftssystemen wie z. B. die Schweiz, Belgien und die skandinavischen Länder hinwiesen[70]. Vor allem die Außenhandelspolitik sollte vollständig neu geordnet werden; nicht auf Konkurrenz, sondern auf verständnisvolle Zusammenarbeit wollte man bedacht sein.

6. Die Außenpolitik

Gerade dieses Thema ist durch die Arbeiten von Bodensieck und auch Schiefer deutscherseits bereits am weitgehendsten behandelt worden; es wäre unnötig, die Einzelheiten nochmals zu wiederholen. Interessant ist aber ein Vergleich der wissenschaftlich erarbeiteten Urteile und Periodisierungen mit der Einstellung der Presse zu diesem Problem.

---

[69] O. Podpěra in NP vom 17. November 1938, zitiert nach PP vom 17. November, S. 3.

[70] Leitartikel in PP vom 21. Oktober 1938.

Bodensieck gliedert die Entwicklung der tschecho-slowakischen Außenpolitik in fünf Phasen: innen- und außenpolitische Neutralität (bis zur Präsidentenwahl Háchas am 30. 11. 1938), Gestaltung des Staates weitgehend nach eigenen Interessen (von der Einberufung des Kabinettes Beran am 1. 12. 1938 bis zur Reise Chvalkovskýs nach Berlin am 21. 1. 1939), Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (22. 1.—28. 2. 1939), Rückzug auf die bloße Erhaltung der Eigenständigkeit (28. 2.—12. 3. 1939), Anlehnung eines bloß tschechischen Staates an das Dritte Reich (13.—15. 3. 1939).

Bei der Beobachtung der Tagespresse zeigt es sich jedoch, daß alle in der praktischen Außenpolitik vorgenommenen Schwenkungen, Anpassungen etc. schon von Anfang an erwogen und erörtert wurden. Alle diese Stimmen lassen sich in drei Hauptgruppen zusammenfassen, die für die allgemeine politische Einstellung der Presse dieser Monate (vor allem aber des vierten Quartals von 1938) kennzeichnend sind. Einmal ist dies die schon in anderen Zusammenhängen festgestellte Haltung der Selbstbesinnung, der Beschränkung auf sich selbst; zum anderen blieben aber auch noch Sympathien für die ehemaligen Verbündeten im Westen erhalten, d. h. die klassische Linie der Beneš-Politik hatte immer noch einen gewissen Rückhalt. Zunehmend verstärkte sich aber eine opportunistische Haltung, die Anlehnung an den zur Zeit Stärkeren, an Deutschland[71].

a) *Allgemeine Grundzüge.* Außenpolitisch kam die Haltung der Selbstbesinnung darin zum Ausdruck, daß man versuchen wollte, eine strenge Neutralität zu wahren. Man fühlte sich durch die Erfahrung sozusagen verpflichtet, sich in Zukunft nur nach den eigenen Interessen zu richten[72]:

„Man wird das machen müssen, was dem Staat frommt ... Unser Staat besitzt heute darin sein größtes Kapital, daß er ein neutraler Staat sein und daß sein Verhältnis zu allen Nachbarn und zu allen Staaten das gleiche sein soll."

Weitgehend entsprang diese neue Haltung natürlich auch der stark gewordenen Resignation auf politischem Gebiet[73]:

„Die Enttäuschung, die wir in der internationalen Politik erlebt haben, war uns eine Lehre, die Konsequenzen haben uns in Wirklichkeit aus dem

---

[71] Der Verfasser der bisher umfangreichsten tschechischen Arbeit zu diesem Thema, Hájek, unterscheidet ebenfalls drei Strömungen, die das tschechische politische Leben im Innern wie auch nach außen bestimmt hätten: die revolutionäre Arbeiterbewegung mit der KPTsch an der Spitze, die sich gegen den deutschen und eigenen Faschismus gerichtet habe; die faschistische Reaktion (Agrarpartei, Partei der Nationalen Einheit etc.), die innen- wie außenpolitisch den Weg des Faschismus beschritten habe; die Anhänger der früheren Beneš-Politik, die sich in der nachmünchner Zeit gespaltet hatten: zahlreiche Anhänger emigrierten, die übrigen hätten sich den faschistischen Angriffen gegenüber opportunistisch verhalten.

[72] Vv zitiert nach PP vom 20. Oktober 1938, S. 3.

[73] PL, zitiert nach PP vom 1. November 1938, S. 5.

internationalen Leben ausgeschaltet. Die internationale Politik wird in unserem Staat eine viel kleinere Rolle spielen als bisher. Sie wird sich eigentlich nur auf Handelsverträge und auf den Aufbau eines freundschaftlichen Zusammenlebens mit den Nachbarn beschränken. Sie wird fern von den Kreuzungspunkten der Weltpolitik stehen, nicht mitten darin, wie bisher. In dieser Beziehung wird unsere Nation in der Außenpolitik fast die gleiche Position haben wie vor dem Kriege in der Monarchie."

Dieses Bestreben, mit allen Staaten in Frieden zu leben, fand auch einen deutlichen Ausdruck in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Armeegeneral Syrový am 17. November 1938[74]. Nachdem die Zeit der stärksten Spannungen, die von der Septemberkrise bis zum Wiener Schiedsspruch gedauert hatte, vorüber war, machte sich ein Gefühl der Erleichterung bemerkbar; die Periode der Ungewißheit und der schweren Opfer war zu Ende, und man glaubte noch recht gut davongekommen zu sein. Auch dieses Gefühl war mit ausschlaggebend für den weiteren außenpolitischen Weg der Republik, der äußerste Vorsicht verlangte, um nicht wieder in Konflikte hineingezogen zu werden[75]:

„Es ist und wird das Interesse der Republik sein, zu allen das herzlichste Verhältnis herzustellen, wie dies die geographische Lage, der Charakter und die Bedeutung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen des tschecho-slowakischen Volkes und Staates zu allen diesen Nachbarn diktiert."

Man muß annehmen, daß die Beneš-Politik der Anlehnung an die Westmächte trotz ihres Scheiterns immer noch gewisse Sympathien für sich behalten hatte, die jedoch in der Presse der Berichtszeit so gut wie nicht geäußert wurden. Die Beneš-Linie wurde auch von keiner der bestehenden Parteien offen vertreten. Der Bruch mit der Beneš-Politik bedeutete jedoch nicht, daß man auch mit den ehemaligen westlichen Verbündeten brechen wollte: es sollte der Neuaufbau des Staates von Grund auf unter Berücksichtigung der veränderten Kräfteverhältnisse in Europa erfolgen und zwar unter der Hauptregel[76]:

„Ein kleines Volk und ein kleiner Staat muß zu allen gute Beziehungen pflegen, auch mit denen, die uns verraten oder enttäuscht haben."

b) *Das Verhältnis zu Deutschland.* Das Verhältnis zu Deutschland war der Angelpunkt, um den sich die gesamte Außenpolitik des neuen tschecho-slowakischen Staates in den knappen sechs Monaten von Oktober 1938 bis März 1939 drehte[77]. Von ihren bisherigen Verbündeten im Stiche gelassen,

---

[74] In PP vom 18. November 1938: „Wir sind bestrebt, mit allen Staaten in Frieden zu leben."

[75] Leitartikel „Das Ende einer Epoche" in PP vom 6. Dezember 1938.

[76] Oldřich S u c h a , K lepšímu svědomí, in: Brá, zitiert nach Vv vom 16. Oktober 1938, S. 4.

[77] Vgl. S c h i e f e r , a. a. O., der allerdings die Tagespresse nicht berücksichtigt.

blieben der politischen Aktivität der neuen Staatsmänner nur ganz wenige Möglichkeiten in ihrer Haltung zu Deutschland zwischen „wohlwollender Neutralität" und offener Anlehnung. Hier ging es letzten Endes nicht mehr um die Frage, welches Ausmaß von Sympathien man dem nationalsozialistischen Deutschland entgegenbrachte; die Politiker mußten sich dessen bewußt sein, daß es auf ihre Geschicklichkeit ankommen würde, wollte man die Existenz der neuen Republik nicht zu sehr gefährden. Diese Überlegung war noch nicht die Reaktion auf eine etwaige direkte Bedrohung durch Deutschland, sondern eine rein vernunftsmäßige Überlegung im Hinblick auf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in Europa bzw. Mitteleuropa[78]:

„Wir können nicht mit den Engeln singen, also müssen wir mit den Wölfen heulen ... Unser Platz wird dort sein, wo die größere Macht ist und die größere Entschlossenheit. Suchen wir, es bleibt uns nichts anderes übrig, einen Vertrag mit Deutschland, werden wir sein Großlieferant und sein Großabnehmer und lehnen wir jede Kombination ab, die uns in irgendeine antideutsche Front einreihen möchte."

Der mächtige deutsche Nachbar, von dem der tschecho-slowakische Staat ringsum eingeschlossen war, machte im Grunde jeden Versuch, eine neutrale Außenpolitik zu betreiben, illusorisch. Man konnte die mehr oder weniger direkte und zwangsläufige Anlehnung an Deutschland in der Außenpolitik und die weitgehenden innenpolitischen Zugeständnisse nur damit rechtfertigen, daß man Deutschland zu überzeugen versuchte, daß der Weiterbestand eines tschecho-slowakischen Staates in seinem Interesse liege[79]. Das war aber ebenfalls kaum durch strenge Neutralität zu erreichen.

Besonders beschäftigt hat die tschechische Presse das Problem des Verhältnisses zu Deutschland anläßlich des Empfanges des tschecho-slowakischen Außenministers Chvalkovský durch Ribbentrop in Berlin. Es wurde immer deutlicher, daß die tschechoslowakische Außenpolitik neben dem mächtigen Deutschland fortan weniger Bewegungsfreiheit haben würde[80]:

„Unsere bisherigen Bündnisse werden zerfallen, als hätten sie niemals bestanden. Die Garantien der Westmächte werden vielleicht gut sein, eine weit größere Bedeutung wird aber für unsere politische Situation das Geschehen haben, das sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft abspielt. Deutschland wird direkt und indirekt auf unseren ganzen Lebensraum einwirken. Mit dieser Tatsache muß man rechnen ... Die Reise des Reichswirtschaftsministers Funk nach Jugoslawien und in die Türkei zeigt die Größe der Niederlage Frankreichs und Englands auf. Das bedeutet diplomatisch ungefähr soviel, daß Frankreichs und Englands Garantien für unsere Grenzen nicht lange besonderen Wert haben werden und daß eine

---

[78] Petr Bílý (Pseudonym für Jan Stranský, den Sohn Jaroslav Stranskýs) in seinem Leitartikel in LN vom 4. Oktober 1938.

[79] Vv vom 21. Oktober 1938.

[80] Dr. Bauer in NP, zitiert nach PP vom 14. Oktober 1938.

direkte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland und das Interesse Italiens an der Tschechoslowakei weit wertvoller sein werden. Unser nationales Leben wird sich auf der einen Seite der direkten Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich anpassen müssen und darf auf der anderen Seite die nationalen Interessen nicht aus dem Auge verlieren. Wir werden ein gutes Verhältnis zu Deutschland sehr zu schätzen wissen, haben aber das Recht, für unser Selbstbestimmungsrecht und unser nationales Eigenleben Rücksicht zu verlangen."

Opportunismus wäre ein zu hartes Wort, wollte man diese Haltung kurz charakterisieren; es ging schließlich um die Existenz des Staates, und es war vor allem der Selbsterhaltungstrieb, der allen diesen Gedanken zu Grunde lag[81]:

„Die Tschechoslowakei hat Gebiete abgetreten, aber der Rumpf ist lebensfähig und hat den Willen zum Leben. Die Tschechoslowakei ist überzeugt, daß sie sich ins neue Leben durchschlagen wird, daß sie eine Individualität bleiben wird. Wir wollen leben und nicht vegetieren. Und deshalb ist für uns die finanzielle Hilfe bedeutsamer, die Zusammenarbeit mit Deutschland wichtiger und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit aller annehmbarer als Worte der Barmherzigkeit und Ratschläge fürs Leben."

Am 8. November hatte Reichsaußenminister von Ribbentrop in Berlin vor der ausländischen Presse eine Rede gehalten, in der er die zukünftige Außenpolitik Deutschlands umriß und vor allem den Willen zur Zusammenarbeit hervorhob. In dieser Rede wurden die Interessen der Tschecho-Slowakei grundsätzlich anerkannt; die Tschechen erwarteten sich davon auch die Anerkennung bestimmter wirtschaftlicher und kultureller Lebensnotwendigkeiten des Staates, d. h. keine allzu tiefe Einmischung in die inneren Belange. Das erhoffte man sich sozusagen als Gegenpfand für die gebrachten Opfer. Außerdem rechnete man auch mit einer politischen Großzügigkeit Deutschlands, von dem man, kraft seiner Großmachtstellung in Mitteleuropa, die Schaffung eines besseren und gesünderen Zusammenlebens der Völker erwartete[82].

Ein neuer Gesichtspunkt rückte in den Vordergrund, als sich Stimmen meldeten, die die Anlehnung der Tschecho-Slowakei an Deutschland nicht nur als eine rein außenpolitische Formsache betrachteten, sondern auch eine neue Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen System in ideologischer Hinsicht empfahlen[83]:

„Das neue Verhältnis zu Deutschland bedeutet notwendigerweise auch ein neues Verhältnis zum deutschen Nationalsozialismus. Dasselbe gilt von Italien und dem Faschismus. In beiden Fällen kann man nicht bei offiziellen

---

[81] Dr. K a h á n e k in Vv, zitiert nach PP vom 5. November 1938.

[82] Vgl. ČSl vom 10. November 1938.

[83] Vgl. L i p s k ý in Vv vom 2. Novmber 1938. — Vgl. auch Vv vom 11. November 1938.

Kundgebungen stehen bleiben, sondern muß diesen neuen Gesichtspunkt auch praktisch zur Geltung bringen. Wir haben jahrelang begeistert die Werte der sogenannten demokratischen Staaten zu schätzen verstanden, die gerade uns vielfach enttäuscht haben. Geben wir wenigstens nüchtern die Werte der Regime zu, die bei uns bislang auf dem Index standen und die Größe ihrer Repräsentanten."

Wenige Tage vor der Errichtung des Protektorates Böhmen-Mähren wurde die Anlehnung an das Deutsche Reich noch eindringlicher gefordert, wobei man allerdings den Eindruck hat, daß der unbekannte Verfasser konkreten Worten ausweichen wollte[84]:

„Man sagt, daß wir mit unserem größten Nachbarn in loyalen, korrekten und freundschaftlichen Beziehungen und ehrlicher Zusammenarbeit leben müssen. Das ist zwar richtig, aber es ist notwendig, daß wir uns in diese Situation so hineinleben, damit wir, ohne an diese Anordnung zu denken, alles in diesem Sinne tun."

Schließlich sei auch hier noch einmal eine viel zitierte Stelle von Klofáč aus zwei Artikeln angeführt, in denen er die politische Situation der Tschechoslowakei umriß und das Verhältnis zu Deutschland hervorhob[85]:

„Wir müssen in Mitteleuropa ein Beispiel für ein musterhaftes Zusammenleben von Slawen und Deutschen geben, was umso leichter ist, als die Deutschen und wir hinsichtlich der kulturellen Reife höher stehen als ein anderes Volk. Wir sind auch vielfach blutmäßig verbunden."

Schlußbemerkungen

Während der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik hatten sich weit mehr tschechische und slowakische Politiker und Persönlichkeiten als an sich zu erwarten gewesen war bereit gefunden, die Nationalitätenfragen in Mitteleuropa einer Lösung entgegenzuführen und unter neuen Bedingungen zu einer Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Staaten zu gelangen, sei es in ehrlicher Überzeugung, sei es aus opportunistischen Beweggründen.

Das ist der erste Eindruck, den man auch durch die Lektüre der tschechischen Presse im Hinblick auf die öffentliche Meinung gewinnen muß. Allerdings ist dabei zu bedenken, daß hier die Scheidung zwischen echter Überzeugung und Nützlichkeitsdenken schwerer durchzuführen ist, denn nicht selten greifen beide, vor allem in der politischen Sphäre, ineinander.

Der kurze Zeitabschnitt der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik, der von der tschechoslowakischen kommunistischen Geschichtsschreibung und

---

[84] Při vom 8. März 1939, S. 147.
[85] V. Klofáč in ČSl vom 26. Februar und 5. März 1939.

Publizistik als „eines der dunkelsten Kapitel der tschechischen Geschichte“ [86] bezeichnet zu werden pflegt, hat aber auch noch etwas anderes vor Augen geführt, das sich ebenfalls durch die Presse bestätigen läßt: nicht nur außenpolitisch, auch innenpolitisch versuchte man das Zusammenleben verschiedener Völker, der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer, in neue Wege zu leiten. Eine empfindliche Lücke weist in diesem Zusammenhang die vorliegende Untersuchung allerdings deshalb auf, weil die slowakische Tagespresse nicht ausgewertet werden konnte.

Eine ernste Frage erhebt sich bei der Bewertung der Presse im Hinblick auf die überraschend geringe Kritik, die sie an der traditionellen Politik von Masaryk und Beneš erhoben hat. Soll das bedeuten, daß man sie im Grunde gar nicht verurteilte? Man konnte ihr zwar die Schuld für das Scheitern der Bündnispolitik geben und dafür, daß innenpolitisch manche brennende Frage ungelöst geblieben war; aber schließlich verdankte man ihr auch den Bestand des tschechoslowakischen Staates. Das Neue sollte mit dem Gewesenen nicht vollkommen brechen, sondern, wo es konnte, an die Traditionen anknüpfen. Vielleicht hätte es in dieser kritischen Zeit nicht günstig auf die breite Masse des Volkes gewirkt, wenn man mit den zurückliegenden zwanzig Jahren zu streng ins Gericht gegangen wäre. Sicherlich sind mit diesen oder ähnlichen Überlegungen die so häufigen Mahnungen zur Ruhe, Glaube und Selbstbeschränkung zu erklären. Wie man außenpolitisch keine allzugroßen Risiken eingehen wollte, so wollte man auch innenpolitisch keine Leere schaffen; solange man den Fehlern keine überzeugenden Taten gegenüberstellen konnte, durfte man die Kritik nicht forcieren. Die Presse hat hier also überlegt und gemäßigt die Zeichen der Zeit verstanden und ihre eigene Mission richtig aufgefaßt.

Als letztes bleibt noch die Frage nach dem objektiven Aussagewert der tschechischen Presse dieser Tage; sie betrifft in diesem Zusammenhang weniger die Zuverlässigkeit der Berichterstattung, als die Übereinstimmung ihrer geistigen Haltung, ihrer publizistischen Beiträge, mit der Volksmeinung bzw. deren Wirkung auf die Leser.

Die tschechische Presse hat in einer konkreten und zeitlich begrenzten Situation wesentlich dazu beigetragen (allerdings mehr oder weniger von der Regierung gelenkt — was sehr bald verschiedentlich auftauchende Zensurstellen beweisen), daß das innenpolitische Gefüge nicht zerfiel. Sie hat unmittelbar nach der Krise dem Volk immer wieder das große Opferbewußtsein vorgehalten und es zu Ruhe und Glauben ermahnt; sie hat die begangenen Fehler ruhen lassen und die Vorteile der Beschränkung auf einen kleineren Raum vor die Nachteile zu setzen verstanden; sie hat innenpolitisch die Vereinfachung des Parteiwesens, die Wichtigkeit des verständigen Zusammenlebens der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer propagiert und zu einem forcierten wirtschaftlichen Aufbau als der Grund-

[86] Vgl. etwa M. Hájek, a. a. O. S. 161 und 163.

lage der neuen Staatlichkeit aufgerufen; sie hat zu außenpolitischer Umsicht, Neutralität und Einordnung in ein neues Mitteleuropa geraten und schließlich unter Hinweis auf das Prinzip der Selbsterhaltung die Anlehnung an das Dritte Reich empfohlen.

Es läßt sich nicht direkt beweisen, doch der äußere Gang der Dinge zeigt vielfältig, daß die tschechische Presse nicht ohne Wirkung auf das Volk geblieben ist und daß sie weitgehend das Denken und Wollen des Volkes zum Ausdruck gebracht hat.

Sicherlich hätte sich aus der Tagespresse dieses Zeitabschnittes noch eine ganze Reihe interessanter Probleme herauslesen und verfolgen lassen. Die Studie hat aber ihr Schwergewicht auf die behandelten sechs Punkte konzentriert, in der Annahme, daß sie die entscheidensten in der Periode des Überganges waren, solange es noch nicht allzu offensichtlich geworden war, daß die Tage der Zweiten Republik gezählt sein würden.

ZUR SOZIALSTRUKTUR DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI

Ein Forschungsbericht

Von Heinrich Kuhn

Die nachfolgende Studie ist ein Teil einer umfassenden Arbeit über die Geschichte und strukturelle Entwicklung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch), an der der Verfasser seit einer Reihe von Jahren arbeitet; sie ist dem Teilabschnitt über die Soziologie der KPTsch entnommen und will einen ersten Überblick über die soziale Struktur der Mitglieder und Wähler der KPTsch geben.

Die Kommunistischen Parteien aller Staaten haben nur wenige und vielfach unzulängliche Angaben über die soziale Struktur ihres Mitgliederbestandes veröffentlicht. Für die KPTsch gilt dies insbesonders für die Zeit nach 1945.

So war der Verfasser gezwungen, in seiner Untersuchung u. a. auch die Berichte der Mandat-Kommissionen der Parteikongresse zu analysieren, die über die soziale Struktur zumindest eines repräsentativen Teiles der Gesamtmitgliedschaft Auskunft zu geben vermögen; werden doch die Delegierten für die Parteikongresse oder Gesamtstaatlichen Konferenzen nach einem bestimmten Schlüssel[1] im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft delegiert. Bei allen Einschränkungen, die sich bei der Verwertung derartiger Unterlagen ergeben müssen, erscheint es dennoch möglich, ein der Wirklichkeit angenähertes Bild der sozialen Struktur der Gesamtmitgliedschaft der KPTsch zu zeichnen.

Die Mitgliederbewegung und Sozialstruktur der KPTsch von der Parteigründung bis 1945

Jeder sechste über 20 Jahre alte Tscheche oder Slowake gehörte im Jahre 1958 der KPTsch (KPS) an. Wenn wir die 18jährigen noch in diesen Proporz mit einbeziehen, ist es sogar jeder fünfte! Demnach ist die KPTsch im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine der stärksten kommunistischen Parteien der Welt, denn in der Sowjetunion z. B. ist nur jeder 35. Einwohner Mitglied oder Kandidat der KPdSU.

---

[1] Z. B. auf der Gesamtstaatlichen Konferenz der KPTsch im Juli 1960 nach einem Proporzschlüssel von 1:3 000 (ein Delegierter auf 3 000 Mitglieder oder Kandidaten); nach „Život strany" (das Parteileben), Halbmonatsschrift des ZK der KPTsch, Prag, Jahrgang 1960, Nr. 14, S. 890—892.
Diese Schlüsselzahl zu bestimmen, obliegt nach den Satzungen der KPTsch (Kapitel V., Absatz 36) dem Zentralkomitee (ZK) der KPTsch.

Wer die Geschichte der KPTsch überblickt, wird feststellen können, daß die Voraussetzungen für eine derartige Massenpartei erst nach 1945 geschaffen worden sind, und zwar primär durch politische Umwälzungen.

Die soziologischen Voraussetzungen für die Schaffung einer kommunistischen Partei als Partei einer bestimmten Klasse (des Proletariats, der Werktätigen) waren in diesem Raume nach der Theorie der marxistischen Klassiker zwar stets gegeben: war doch Böhmen bereits in der Österr.-Ungar. Monarchie das industrielle Herz des Wirtschaftsraumes der Donaumonarchie; es verfügte über eine zahlenmäßig starke Arbeiterschaft, die sich in einer starken politischen Partei (Sozialdemokraten) und in zahlreichen gewerkschaftlichen Verbänden organisiert hatte. Ein „Proletariat", eine Klasse sozial Deklassierter innerhalb der Industriearbeiterschaft, die bereit gewesen wäre, die Impulse der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 auch in Böhmen in einer revolutionären Erhebung aufzunehmen, gab es jedoch kaum. Die wirklich sozial Deklassierten waren nicht die Arbeiter der großen Industriebezirke um Prag, Kladno, Pilsen oder im Ostrauer Raum, sondern die landwirtschaftlichen Arbeiter, Heimarbeiter, — Gesellschaftsschichten, die abseits der Städte lebten, auf dem flachen Lande und in den Grenzbezirken.

Die tschechische Industriearbeiterschaft war in der Sozialdemokratie organisiert, und die Führer dieser Partei sahen in dem Zusammenbruch der alten Ordnung bei Ende des 1. Weltkrieges und der Errichtung der Tschechoslowakei zunächst nationale und weniger sozialrevolutionäre Möglichkeiten.

Wenn es in der 1. Tschechoslowakischen Republik zu keinen größeren und erfolgreichen klassenkämpferischen Erhebungen kam, so darf dies über die Bedeutung der KPTsch nicht hinwegtäuschen. Daß es, nicht wie in Deutschland, zu keiner Räterevolution kam, liegt auch in der Mentalität des tschechischen Volkes begründet.

Die KPTsch hatte in der Zwischenkriegszeit eine größere Popularität unter der Bevölkerung als andere kommunistische Schwesterparteien. Ihre Mitgliederzahlen stehen nämlich in erheblicher Diskrepanz zu dem Stimmenanteil, den die Partei jeweils bei den Wahlen in die Nationalversammlung erhielt. Dies ist gewiß ein Phänomen, das auch für andere kommunistische Parteien Gültigkeit hat. Das Verhältnis von Wählerstimmen zu Parteimitgliedern variiert von 12 : 1 bis 6 : 1. Während die Mitgliederzahl von 350 000 im Jahre 1921 auf ein Minimum von 25 000 im Jahre 1929 absank, betrug die größte Einbuße an Wählerstimmen von 1925 bis 1929 nur 20%[2].

Von allen Parteien lag der Proporz der kommunistischen Wählerstimmen dem Verhältnis der Einwohnerschaft in Städten (bis 5000 Einwohner) zu der

[2] Zinner, Paul E., „The strategy and tactics of the Czechoslovak communist party". Ph. D. Thes. Pol. Sc., Harvard University, USA, 1953.

in den Landgemeinden am nächsten. Ihr Stimmenanteil betrug in den Städten im Durchschnitt 11%, am Lande rund 10%[3].

Die Mitgliederbewegung der KPTsch vor dem 2. Weltkrieg (1921—1935)

1921		350 000	(1)
1921		255 000	(2)
1922		126 275	(2)
1922		170 000	(1)
Januar 1923		130 000	(3)
Herbst 1923		112 211	(3)
1924		138 996	(4)
2. Hälfte 1924		92 569	(2)
1925		93 220	(1, 2)
1926		92 818	(1, 2)
März 1927		92 691	(2)
1927		138 000	(1)
Mai 1928		100 000	(1)
1928		150 000	(1)
Januar 1929		81 432	(2)
Oktober 1929		48 000	(2)
Januar 1930		30 212	(2)
April 1930		24 000	(2)
März 1931		40 000	(2)
Januar 1932		26 094	(2)
November 1932		72 000	(2)
März 1933		75 000	(2)
1934	unter	50 000	(2)
Juli 1935		50 000	(2)

(1) Paul E. Zinner: The strategy and tactics of the Czechoslovak communist party; Ph. D. Thes. Pol. Sc. (Dissertation), Harvard University, USA, 1953.

(2) Malvin P. Mabey: The origin and developement of the Communist Party of Czechoslovakia (until 1938), Abstract, Oxford-University 1952 (Seite 358).

(3) Zdeněk Bradáč: Boj za bolševisace KSČ v období dočasné stabilisace kapitalismu, Bd. I, Prag 1955.

(4) Protokoll des X. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern vom 3. 7. bis 19. 7. 1929 (Seite 50 ff.).

---

[3] Vergleiche auch die Veröffentlichungen des Statistischen Staatsamtes in Prag „Tschechoslowakische Statistik", Reihe I, Heft 3 und 5, Prag 1929 und 1936; Einzelheiten darüber siehe auch: „Stimmenanteil der KPTsch bei den Wahlen in die Landesvertretung am 2. Dezember 1928" (siehe Darstellung auf S. 439).

Obzwar die KPTsch einer sehr starken Mitgliederfluktuation ausgesetzt war, besaß die Partei eine breitere „Massenbasis" als alle kommunistischen Schwesterparteien in jener Zeit bis 1938 (mit Ausnahme der KPD bis 1932).

Dagegen waren die kommunistischen Gewerkschaften im Vergleich zu den sozialdemokratischen relativ unbedeutend. Und auch die kommunistische Jugendorganisation „Komsomol" war in der Tschechoslowakei vergleichsweise nur ein „Verein", der bis zu seinem Verbot in den dreißiger Jahren niemals mehr als 12 000 Mitglieder hatte[4].

Der Anteil der Mitglieder der KPTsch (in ihren Kreisorganisationen) im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Oktober 1924 und September 1925.*

Kreis*	Oktober 1924 %	September 1925 %
Prag	2,44	1,42
Kladno	2,45	1,58
Nimburg	1,11	0,73
Pardubitz	0,53	0,37
Königgrätz	0,98	0,48
Reichenberg	2,22	1,84
Aussig	1,35	0,78
Karlsbad	0,46	0,53
Pilsen	0,43	0,25
Strakonitz	0,45	0,37
Budweis	0,76	0,67
Tabor	0,85	0,45
Deutsch Brod	0,60	0,33
Mähr. Schönberg	0,43	0,36
Iglau	0,51	0,36
Brünn	1,21	0,85
Prerau	0,51	0,33
Mähr. Ostrau	0,73	0,42
Göding	0,82	0,45
Preßburg	0,59	0,36
Sillein	0,82	0,40
Neusohl	0,84	0,58
Kaschau	0,45	0,31
Užhorod	1,00	0,78

Quelle: Protokol třetího řádného sjezdu KSČ, Seite 10, 12.

* Die 24 Kreisorganisationen der KPTsch sind nicht mit den Wahlkreisen (22) identisch!

[4] Siehe auch: Zinner Paul E., a. a. O.

Als die KPTsch im Jahre 1921 gegründet wurde, stützte sie sich im wesentlichen auf das Gros der „sozialdemokratischen Linken". Die meisten der 350 000 Mitglieder von damals dürften aus diesem Lager gekommen sein. Diese Zahl nahm rapide ab und lag in den 20er Jahren zwischen 100 000 und 150 000. In der Zeit der schweren Parteikrisen (1925 und 1930, in der Zeit der Führungskämpfe zwischen der „Linken" und der „Rechten") sank die Partei bis auf 25 000 Mitglieder ab. In den 30er Jahren stabilisierten sich unter der Führung Gottwalds auch die Mitgliederzahlen. Sie lagen zwischen 60 000 und 80 000[5].

Die kommunistischen Gewerkschaften[1].

Jahr	Zahl der Mitgl. der Kommun. Gewerksch.	Gesamtzahl der Gewerksch. Mitgl.
1922	89 941	1 712 934
1923	168 542	1 629 939
1924	210 611	1 690 584
1925	201 035	1 710 857
1926	196 509	1 671 382
1927	179 933	1 681 054
1928	165 780	1 733 979
1929	164 563	1 715 193
1930	113 702	1 730 494
1931	130 498	1 715 193
1932	167 535	1 821 292
1933	157 489	1 974 527
1934	172 681	1 994 236
1935	178 867	2 107 721
1936	152 295	2 219 059
1937	136 204	2 387 090

[1] Zahlenangaben nach: Zprávy Státního úřadu statistického, Ročník XIX, 1938, Číslo 104—107, (Seite 791 ff.).

Eine ähnliche Mitgliederfluktuation ist auch bei den kommunistischen Gewerkschaften zu beobachten. In den 20er Jahren schwankte die Zahl

[5] Vergleiche „X. Protokoll des Plenums des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale vom 3. Juli bis 19. Juli 1929", Seite 50 ff.
Eine anschauliche Übersicht über die „Mitgliederbewegung der KPTsch vor dem 2. Weltkrieg" siehe Tabelle auf S. 428.
Auf der Tabelle auf S. 429 ist der Anteil der Mitglieder der KPTsch (in ihren Kreisorganisationen) im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Oktober 1924 und September 1925 aufgezeigt. Diese Darstellung zeigt sehr deutlich die oft auffallende lokale Differenzierung der Mitgliedszahlen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, läßt aber eindeutig die „kommunistischen Schwerpunkte" erkennen.

der Mitglieder zwischen 160 000 und 210 000, in den 30er Jahren zwischen 113 000 und 180 000. Zu keiner Zeit jedoch konnten die kommunistischen Gewerkschaftszentralen mehr als 12% aller gewerkschaftlich Organisierten in ihren Reihen nachweisen; der niedrigste Prozentanteil in Bezug auf die Zahl aller gewerkschaftlich Organisierten betrug 5%. Ihre stärkste Konzentration erreichten die kommunistischen Gewerkschaften in den Verbänden der Bauarbeiter, der Textilindustrie, des Bergbaus, unter den Metallarbeitern und den landwirtschaftlichen Arbeitern.

Starken Anteil hatten die kommunistischen Gewerkschaften in den sogenannten Mittelbetrieben: Nur 1% der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder arbeitete in Großbetrieben mit mehr als 1 000 Beschäftigten, dagegen 67% in Betrieben mit 50 bis 100 Beschäftigten.

Die Kommunistischen Gewerkschaften und die Zahl ihrer Mitglieder in den einzelnen Beschäftigungszweigen im Vergleich zu den Sozialdemokratischen Gewerkschaften[1].

Beschäftigungszweig	Zahl der Mitgl. Kommun. Gewerksch.	Zahl der Mitgl. Soz. Dem. Gewerksch.
Bergbau	10 556	23 382
Metallindustrie	18 033	97 819
Lederindustrie	2 377	6 275
Glas und Keramik	13 040	10 124
Unabhängige	2 476	71 787
Baugewerbe	31 662	42 274
Textilindustrie	32 377	31 260
Malergewerbe	1 024	20 350
Landwirtschaft	19 127	27 559
Eisenbahn	5 532	55 222

[1] Zahlenangaben nach: Zprávy Státního úřadu statistického, Ročník XIX, 1938, Císlo 104—107 (Seite 797 und 804).

Während nur 4,9% der tschechischen oder slowakischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Mitglieder eines kommunistischen Verbandes waren, liegen die Vergleichszahlen bei den Deutschen (7,1%) oder Ungarn (46,92%) wesentlich höher. Dieser hohe Anteil vor allem der ungarischen Arbeiter in den kommunistischen Gewerkschaften wie auch der Anteil der kommunistischen Wählerstimmen (24% aller ungarischen Wählerstimmen in der Tschechoslowakei waren kommunistische!!) ist aus den sehr schlechten sozialen Verhältnissen der ungarischen Volksgruppe in der Tschechoslowakei leicht zu erklären, die zudem auch keine eigene nationale politische Partei besaß wie die Sudetendeutschen. So wurden für die magyarische

Minderheit die KPTsch und die kommunistischen Gewerkschaften auch zu einer Stätte der nationalen Sammlung gegen die Unterdrückung durch das Staatsvolk[6].

Die Mitglieder der Kommunistischen Gewerkschaften nach Gebieten (Ländern)[1].

Land	Zahl der Mitglieder	in % der Beschäftigten
Böhmen	70 081	2,81%
Mähren-Schlesien	29 845	2,65%
Slowakei	29 764	4,20%
Karpathen-Ukraine	6 514	5,64%
	136 204	3,06%

[1] Zahlenangaben nach: Zprávy Státního úřadu statistického, Ročník XIX, 1938, Číslo 104—107 (Seite 794).

Die Mitglieder der Kommunistischen Gewerkschaften nach ihrer Nationalität (1937)[1].

Gesamtzahl der Mitglieder		Tschechen u. Slowaken	Deutsche	Ungarn	Andere
136 204	A)	71 588	42 728	15 534	6 384
	B)	52,54%	31,37%	11,41%	4,68%
	C)	4,09%	7,41%	46,92%	—

A) Anzahl
B) in Prozenten zur Gesamtzahl
C) Prozentzahl im Vergleich zur Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder der einzelnen Nationalitäten.

[1] Zahlenangaben nach: Zprávy Státního úřadu statistického, Ročník XIX, 1938, Číslo 104—107 (Seite 794).

---

[6] Zahlenangaben aus: „Zprávy Státního úřadu statistického", Jahrgang XIX, 1938, Nr. 104—107, Seite 791 ff.
Siehe auch Tabelle auf S. 430 „Die kommunistischen Gewerkschaften", die einen Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung der Kommunistischen (Roten) Gewerkschaften im Verhältnis zur Mitgliederbewegung der Gesamtgewerkschaften zu geben vermag.
Einen ähnlichen Einblick, nämlich über die Verhältniszahlen der kommunistischen Gewerkschaften im Vergleich zu den Sozialdemokratischen Gewerkschaften gibt die Tabelle auf S. 431; deutlich erkennbar sind „fachliche Schwerpunkte" der „Roten Gewerkschaften" in der Textilindustrie, in der Glas- und Keramischen Industrie, sowie im Baugewerbe.

Die soziale Struktur des Kommunismus in der ČSR bis 1938

Wie alle kommunistischen Parteien hat auch die KPTsch sich stets bemüht, alle aufschlußreichen Angaben über die soziale Struktur ihrer Mitglieder zu verschweigen. Aufstellungen nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Beruf oder sozialer Herkunft werden, soweit sie überhaupt publiziert werden, stets nur in sehr relativen Vergleichen gegeben. Wer also über die soziale Struktur der Kommunisten in der Tschechoslowakei etwas aussagen will, wird gezwungen sein, aus den spärlichen zur Verfügung stehenden Quellen eine Analyse zu versuchen.

Die berufliche Herkunft der Mitglieder der KPTsch 1924 und 1927 in Prozenten

	1924 %	1927 %
Metallarbeiter	16,31	9,4
Frauen im Haushalt	14,76	21,6
Textilarbeiter	10,17	7,5
Bauarbeiter	10,00	9,1
Landw. Arbeiter	7,71	12,1
Bergarbeiter	7,68	7,0
Chemiearbeiter	5,59	.
Holzarbeiter	5,51	.
Verwaltungsangestellte, Geschäftsleute	4,75	.
Bauern	2,69	3,6
Handelsvertreter	2,31	.
Druckereiarbeiter	1,51	.
Beamte, Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte	0,50	1,9

Quelle: Večerník Rudého práva, 3. November 1924, S. 1; A. Wille: „The Conference of the Czecho-Slovakian Communist Party" in „The Communist International", 30. Mai 1927, S. 158.

Anmerkung: Über die Zusammensetzung der „fehlenden" Prozente (auf 100%) schweigen sich allerdings die Quellen aus!

Bei den ersten Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1920 errang die Sozialdemokratische Partei von 6 200 302 abgegebenen Wählerstimmen 1 590 000; eine Stimmenzahl, die bei weitem von keiner der damaligen Parteien erreicht worden war. In der Slowakei erzielten die Sozialdemokraten 50,16%, in Böhmen 34,15% und in Mähren-Schlesien 31,59% der

abgegebenen gültigen Stimmen[7]. Dieser Wahlerfolg kam nicht überraschend; bei den letzten Vorkriegswahlen im Jahre 1911 hatten die Sozialdemokraten ähnliche Ergebnisse erzielt. Unerwartet kam der sozialdemokratische Wahlerfolg in der Slowakei, denn dort gab es kaum eine nennenswerte Industrie.

Der sozialdemokratische Wahlerfolg wurde allgemein als ein Erfolg des „linken Flügels" bezeichnet und gewertet, denn der Wahlkampf wurde unter linken Vorzeichen und Schlagworten geführt. Wenn man diesen Wahlerfolg mit den Zahlen der Wählerstimmen vergleicht, die in den beiden folgenden Wahlen in die Nationalversammlung von Sozialdemokraten und Kommunisten erreicht worden sind, wird man zu dem Schluß kommen, daß die Prozentzahlen einen Optimalwert darstellen: er zeigte die Grenzen der für eine „marxistische" Partei möglichen Stimmen. 1925, 1929 und 1935 erreichten die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen die 1920 von den Sozialdemokraten allein erzielten Stimmen, bzw. deren Proporz zur Gesamtzahl der Wählerstimmen.

Die Wählerstimmen für die Sozialdemokratische und für die Kommunistische Partei bei den Wahlen im Jahre 1920, 1925, 1929 und 1935.

Wahlgebiet	Gesamtzahl d. abg. gült. Wählerstimm.	Soz. Demokr.	Kommun.	Soz. Dem. u. Kommunist
Böhmen:				
1920	3 412 452	762 092	—	762 092
1925	3 704 468	385 968	468 182	854 150
1929	3 867 981	535 263	398 351	933 614
1935	4 270 905	551 579	384 750	936 329
Mähren-Schlesien:				
1920	1 446 389	318 087	—	318 087
1925	1 729 777	166 141	191 850	357 991
1929	1'822 749	269 631	162 125	431 756
1935	2 024 968	269 089	174 574	443 633
Slowakei:				
1920	1 341 191	510 341	—	510 341
1925	1 425 288	60 602	198 010	258 612
1929	1 428 030	135 496	152 385	287 885
1935	1 625 549	184 389	210 785	395 174

[7] Zahlenangaben nach: „Tschechoslowakische Statistik", Reihe I, Heft 4, Prag 1930; eine Aufschlüsselung der sozialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen in die Nationalversammlung im Jahre 1920 nach den einzelnen Wahlkreisen ist in der Tabelle auf S. 436 versucht worden.

Von den rund 250 000 Mitgliedern, die die KPTsch in ihrem Gründungsjahr (1921) aufzuweisen hatte, waren 206 000 Tschechen, Slowaken und Ruthenen, 42 000 Deutsche, 5 000 Polen und 1 000 Juden[8].

Drei Jahre später (Oktober 1924) hatte sich die nationale Zusammensetzung der Parteimitglieder schon wesentlich verschoben; nicht nur, daß die Gesamtmitgliedzahl um mehr als die Hälfte sich verringerte. Der Anteil der Tschechen und Slowaken ist ebenfalls um mehr als 50% gesunken, während vergleichsweise die Zahl der deutschen KPTsch-Mitglieder nur um mehr als ein Viertel geringer war. Die offizielle Nationalitätenstatistik der KPTsch führt für Oktober 1924 folgende Zahlen an[9]:

Nationalität	*Anzahl der Mitglieder*
Tschechen	85 567
Deutsche	29 127
Slowaken	11 084
Magyaren	7 517
Ruthenen	4 395
Polen	1 035

Über das Jahr 1924 besitzen wir auch aufschlußreiche Angaben über die soziale Struktur der Mitglieder der KPTsch.

Die Mitgliedschaft der KPTsch setzte sich mit Stand vom 1. Januar 1924 (89 711 Mitglieder) aus folgenden sozialen Schichten zusammen[10]:

Industriearbeiter	64,78%
landwirtschaftl. Arbeiter	7,71%
Frauen im Haushalt	14,76%
Bedienstete	6,34%
Kleinhandwerker	2,31%
selbständige Bauern	3,00%
Intelligenzberufe	0,98%

Von diesen 89 711 Mitgliedern waren vor ihrem Eintritt in die KPTsch:

Sozialdemokraten	73,00%
(tschechische) Nationalsozialisten	1,6 %
Parteilose	25,1 %
Angehörige der Agrarpartei	0,15%
Angehörige der Volkspartei	0,15%

---

[8] „Rudé právo" (Rotes Recht), Prag, vom 3. Februar 1923, Seite 9.

[9] „Rudé právo", Prag, vom 1. November 1924, Seite 3.

[10] Eine noch weitergehende Aufschlüsselung der beruflichen Tätigkeit der einzelnen Mitglieder und ihres Verhältnisses zur Gesamtmitgliedszahl bei einem Vergleich der Jahre 1924 und 1927 ist in der Tabelle auf S. 433 gezeigt. Der Verfasser kann sich allerdings für diese Zahlenangaben nicht verbürgen; sie widersprechen sich zum Teil mit den im nachfolgenden Text zitierten Zahlen einer neueren Quelle (siehe Anmerkung 11).

46,02% der Parteimitglieder gaben damals (1. 1. 1924) ihr Religionsbekenntnis als „glaubenslos" an. Der Anteil der „Glaubenslosen" war jedoch in einzelnen Kreisorganisationen der KPTsch bedeutend unter dem Gesamtdurchschnitt, so in den Kreisorganisationen

Mähr. Schönberg	9,02%
Preßburg	4,39%
Vruthy	3,44%
Neusohl	4,82%

1924 betrug der Anteil der Frauen in der KPTsch 23,35% der Gesamtmitgliedschaft; lag jedoch in den westlichen Kreisorganisationen der KPTsch wesentlich über dem Gesamtdurchschnitt. So betrug der Anteil der Frauen z. B. in der Kreisorganisation Kladno 31,23%[11].

Die Stimmen der Sozialdemokraten in den einzelnen Wahlkreisen im Jahre 1920

Wahlkreis	Gesamtstimmenzahl	Sozialdemokr.	in %
Prag A	876 030	257 318	30,5
Prag B	351 618	92 448	28,3
Pardubitz	242 219	60 560	28,6
Königgrätz	268 896	49 273	26,0
Jungbunzlau	396 664	77 537	29,3
Böhm. Leipa	313 042	21 587	66,5
Laun	397 058	120 538	51,7
Karlsbad	264 439	4 765	59,6
Pilsen	379 070	114 910	45,7
Budweis	275 026	55 604	28,3
Iglau	212 448	36 731	26,1
Brünn	377 243	92 686	31,5
Olmütz	401 047	76 192	31,7
Ungarisch Hradisch	171 045	43 388	26,2
Mähr. Ostrau	284 607	69 090	41,5
Tyrnau	191 550	79 896	43,6
Nové Zámky	304 178	76 471	56,0
Svatý Martin	211 011	87 383	42,7
Neusohl	153 948	77 192	50,1
Lipt. Sv. Mikuláš	106 075	57 005	53,8
Kaschau	194 206	87 334	73,9
Prešov	180 223	75 060	44,6

[11] Zahlenangaben nach: Zdeněk Bradač, „Boj za bolševisace KSČ v období dočasné stabilisace kapitalismu" (Der Kampf um die Bolschewisierung der KPTsch in der Zeit der vorübergehenden Stabilisierung des Kapitalismus), Bd. I, Prag 1955.

Im Jahre 1925 waren fast 37% der berufstätigen Bevölkerung der Tschechoslowakei in Industrie und Bergbau beschäftigt. 1 710 857 waren gewerkschaftlich organisiert. Davon jedoch nur rund 200 000 in den kommunistischen Gewerkschaften. Die Partei selbst, inmitten einer schweren inneren Führungskrise, hatte damals 93 220 Mitglieder. Die Wahlen in die Nationalversammlung im gleichen Jahr brachten jedoch der KPTsch einen großen Erfolg. Die KPTsch, erstmals an der Wahl beteiligt, erzielte 933 711 Wählerstimmen, also 10mal so viel als sie Mitglieder hatte! Die Sozialdemokraten dagegen kamen nur auf 630 894 Stimmen. Der kommunistische Wahlerfolg war in der Slowakei am größten, am schwächsten in Mähren-Schlesien[12].

Die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten in den einzelnen Wahlkreisen 1925

Wahlkreis	Gesamtstimmenzahl	Sozialdemokraten		Kommunisten	
Prag A	479 296	52 241	10,9%	76 513	16,0%
Prag B	491 701	61 974	12,6%	72 860	14,8%
Prag (insgesamt)	970 997	114 215	11,8%	149 337	15,4%
Pardubitz	260 249	32 732	12,6%	22 836	8,8%
Königgrätz	289 092	27 207	9,4%	23 581	8,2%
Jungbunzlau	429 839	33 609	7,8%	65 539	15,2%
Böhm. Leipa	336 152	8 905	2,6%	40 603	12,1%
Laun	442 829	44 845	10,1%	93 466	21,1%
Karlsbad	290 896	2 817	1,0%	27 345	9,4%
Pilsen	398 394	95 441	24,0%	20 830	5,2%
Budweis	286 020	26 197	9,2%	24 609	8,6%
Iglau	224 744	16 006	7,1%	21'091	9,4%
Brünn	410 830	27 423	6,7%	54 028	13,1%
Olmütz	428 463	44 704	10,4%	29 770	7,0%
Ungarisch Hradisch	187 913	10 815	5,8%	30 096	16,0%
Mähr. Ostrau	477 827	67 193	14,1%	56 865	11,9%
Tyrnau	209 187	12 977	6,2%	28 606	13,7%
Nové Zámky	307 563	13 591	4,4%	61 577	20,0%
Svatý Martin	236 063	8 334	3,5%	22 396	9,5%
Neusohl	160 366	12 073	7,5%	17 680	11,0%
Lipt. Sv. Mikuláš	118 251	5 228	4,4%	15 814	13,4%
Kaschau	190 670	5 497	2,9%	39 660	20,8%
Prešov	203 188	2 908	1,4%	12 277	6,8%
Užhorod	245 743	18 183	7,4%	75 669	30,8%

[12] Zinner, Paul E., a. a. O. Über das Stimmverhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in den einzelnen Wahlkreisen bei den Wahlen in die Nationalversammlung im Jahre 1929 siehe auch Tabelle auf S. 441.

Die Aufschlüsselung der kommunistischen Wählerstimmen nach Nationalitäten zeigt folgendes:

In den überwiegend tschechischen Teilen Böhmens erhielt die KPTsch 13,5%, in den tschechischen Teilen Mährens 11,5%, in den sudetendeutschen Gebieten Böhmens 9,6% und in deutschen Gebieten von Mähren und Schlesien nur 4,7%. In den slowakischen Teilen der Slowakei erzielten die Kommunisten 11,0%, in den ungarischen Teilen jedoch 24,1%[13].

Die Auswertung der 1925er Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen läßt immerhin gewisse Rückschlüsse auf die Stärke des kommunistischen Anhangs in den einzelnen Gebieten zu. Dabei kommt man zu der Feststellung, daß der Kommunismus weniger in den stark industrialisierten Gebieten, vielmehr in ausgesprochen landwirtschaftlichen und wenig industrialisierten Zonen eine relativ bedeutende Anhängerschaft besaß. In der Karpathen-Ukraine wählten 30,8% kommunistisch. In Kaschau 20,8%, in Nové Zámky 20,0%, in Ungarisch Hradisch 16,0% und in Laun 21,1%. In allen genannten Wahlkreisen betrug der Stimmenanteil der Sozialdemokraten nur einen Bruchteil der kommunistischen Stimmen. Dagegen erzielten in Industriebezirken wie Pilsen die Sozialdemokraten 24,0% gegenüber 5,2% der Kommunisten, in Mährisch Ostrau 14,1% zu 11,9%.

In Bezug auf die nationale Verteilung der Wählerstimmen lassen sich aus diesen Wahlergebnissen nur sehr vage Schlüsse ziehen. Daß im Wahlkreis Böhm. Leipa z. B. 12,1% der Stimmen für die Kommunisten abgegeben wurden, 2,6% hingegen für die Sozialdemokraten, in Karlsbad nur 1% sozialdemokratisch wählte, hingegen 9,4% kommunistisch, in Olmütz dagegen 10,4% sozialdemokratisch und 7,0% kommunistisch, kann nichts darüber aussagen, ob in den deutschen Gebieten die Kommunisten über einen starken Anhang verfügten. Die nationale Zusammensetzung der Wahlkreise war jeweils so beschaffen, daß es keine Wahlkreise gab, in denen der deutsche Bevölkerungsanteil eindeutig dominiert hätte. Das Statistische Amt in Prag führte jedoch nach den Wahlen im Jahre 1925 eine Wahlanalyse in jenen Bezirken (Landkreisen) durch, die zumindestens 90% einsprachig waren. Das Ergebnis in Bezug auf die KPTsch war wie folgt:

In Böhmen wurden in 115 tschechischen Bezirken 13,8% der gültigen Stimmen für die KPTsch abgegeben, in den 62 deutschen Bezirken stimmten 9,6% für die Kommunisten.

In den 53 tschechischen Bezirken Mähren-Schlesiens erreichte die KPTsch 13,6%, in den 20 deutschen Bezirken 4,7%.

---

[13] Zahlenangaben nach: „Tschechoslowakische Statistik", Reihe I, Heft 2, Prag 1926. Eine Übersicht über die kommunistischen Stimmen bei den Wahlen 1925, 1929 und 1935 in Bezirken mit überwiegenden nationalen Mehrheiten zeigt die Tabelle auf S. 444.

In der Slowakei erzielte die KPTsch in den 27 slowakischen Bezirken 11,5%, in den magyarischen jedoch 24,1% aller abgegebenen gültigen Stimmen[14].

Stimmenanteil der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bei den Wahlen in die Landesvertretungen am 2. Dezember 1928.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei erhielt

in *Böhmen:* 422 535 (= 12,1%) der abgegebenen Stimmen und 12,5% aller zur Verteilung kommenden Mandate;

in *Mähren/Schlesien:* 160 644 (= 9,81%) der abgegebenen Stimmen und 10,0% aller zur Verteilung kommenden Mandate;

in der *Slowakei:* 190 597 (= 14,42%) der abgegebenen Stimmen und 13,89% aller zur Verteilung kommenden Mandate;

in der *Karpathen-Ukraine:* 48 773 (= 20,1%) der abgegebenen Stimmen und 16,67% aller zur Verteilung kommenden Mandate.

Die Kommunistische Partei war nach diesem Ergebnis der Wahlen in die Landesvertretungen (Kommunalwahlen)

in der Karpathen-Ukraine	die stärkste
in der Slowakei und Böhmen	die drittstärkste
in Mähren	die viertstärkste Partei.

Der prozentuale Anteil der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei betrug in den Gemeinden unter und über 5 000 Einwohnern

	Gemeinden unter 5 000	über 5 000
in *Böhmen*	18,89%	12,56%
Mähren/Schlesien	9,38%	10,90%
Slowakei	13,70%	17,65%
Karpathen-Ukraine	18,78%	25,53%

In Gemeinden über 5 000 Einwohnern erhielt die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei

in der *Slowakei*	die meisten Stimmen;
sie war in *Böhmen*	an 2. Stelle
und in *Mähren/Schlesien*	an 4. Stelle.

Quelle: Tschechoslowakische Statistik, Band 60, Reihe I (Heft 3), Prag 1929.

---

[14] Zahlenangaben nach „Tschechoslowakische Statistik", Reihe I, Heft 4, Prag 1930. Eine Gegenüberstellung der sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen bei den Wahlen in die Nationalversammlung im Jahre 1929 nach den einzelnen Wahlkreisen vermittelt die Tabelle auf S. 441.

Wenn man jedoch die nationale Zusammensetzung des ZK der KPTsch vom Jahre 1929 (V. Kongreß) heranzieht und diese auf die nationale Zusammensetzung der 81 432 Mitglieder (nach den „parteiamtlichen" Angaben) übertragen wollte, ergäbe sich folgendes Bild[15]:

Von den 52 Mitglieder des ZK der KPTsch waren:

32 Tschechen	2 Ukrainer
11 Deutsche	2 Ungarn
4 Slowaken	1 Pole.

Von diesen 52 Mitgliedern des ZK der KPTsch waren:

17 Parteifunktionäre und 32 Fabrikarbeiter.

Über die Delegierten des V. Kongresses der KPTsch im Jahre 1929 wissen wir auch, daß 90% der Delegierten „Arbeiter", die Mehrzahl davon Metallarbeiter, waren.

Von den 124 Delegierten des V. Kongresses waren:

112 Arbeiter, 11 Intellektuelle, 1 Kleingewerbetreibender.

Bei den Wahlen in die Nationalversammlung im Jahre 1929 erhielt die KPTsch 753 220 Stimmen. In den rein tschechischen und slowakischen Wahlkreisen erlitt sie Stimmverluste, während sie in den Grenzbezirken eine leichte Zunahme verzeichnen konnte. Wieder führte das Prager Statistische Amt eine Wahlanalyse durch, die folgendes Bild ergab:

In 115 tschechischen Bezirken Böhmens erhielt die KPTsch 9,6% (1925 13,8%), in 42 deutschen Bezirken 10,8% (9,6%).

In Mähren in 53 tschechischen Bezirken 10,5% (13,6%) und in 20 deutschen Bezirken 4,9% (4,7%).

In der Slowakei in den slowakischen Bezirken 7,5% (11,5%) und in den magyarischen 22,5% (24,1%).

Die Sozialdemokraten erhielten bei diesen Wahlen 940 390 Stimmen, überflügelten also die KPTsch. Im Vergleich zu der offiziellen Mitgliederzahl des Jahres 1929 (81 432) und bei Berücksichtigung der Tatsache, daß in diesem Jahre 164 563 Arbeiter in den Roten Gewerkschaften organisiert waren, kann man feststellen, daß immerhin eine dreiviertel Million der Bevölkerung der Tschechoslowakei mit dem Kommunismus sympathisierte. Der Verlust von rund 100 000 Stimmen gegenüber den Wahlen im Jahre 1925 dürfte auf die Auswirkungen der Parteikrise zurückzuführen sein[16].

---

[15] Die Angaben über den V. Kongreß der KPTsch im Jahre 1929 sind folgenden Werken entnommen:
Reimann, Paul, „Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei", Hamburg 1931, Seite 358—368, und „Internationale Presse-Korrespondenz" (Inprecor), Jahrgang IX, Nr. 15, vom 22. März 1929, Seite 340, Nr. 17, vom 29. März 1929, Seite 327 ff.

[16] Zahlenangaben nach: „Tschechoslowakische Statistik", Reihe I, Heft 4, Prag, 1930, Seite XIII ff. Siehe auch die Tabellen auf S. 437 und auf S. 441.

Die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten in den einzelnen Wahlkreisen im Jahre 1929

Wahlkreis	Gesamtstimmenzahl	Sozialdemokr.	in %	Kommunisten	in %
Prag A	496 166	79 986	16,1	58 915	11,9
Prag B	533 074	92 911	17,4	57 999	10,9
Pardubitz	267 397	49 968	14,7	15 955	6,0
Königgrätz	297 833	38 990	13,1	18 600	6,3
Jungbunzlau	447 604	46 907	10,5	57 406	12,8
Böhm. Leipa	350 202	10 503	3,0	42 019	12,0
Laun	468 142	60 824	13,0	74 488	15,9
Karlsbad	309 886	2 974	1,0	37 377	12,1
Pilsen	409 587	115 219	28,1	17 902	4,4
Budweis	288 090	37 086	12,9	17 690	6,1
Iglau	231 505	25 786	11,1	16 009	6,9
Brünn	432 653	56 597	13,1	42 555	9,8
Olmütz	441 844	64 272	14,5	28 611	6,5
Ungarisch Hradisch	200 596	27 190	13,6	22 742	11,4
Mähr. Ostrau	516 151	95 786	18,6	52 208	10,1
Tyrnau	216 910	26 281	12,1	24 471	11,3
Nové Zámky	318 809	31 093	9,8	53 702	16,8
Svatý Martin	234 962	23 249	9,9	14 520	6,2
Neusohl	159 149	22 438	14,1	12 088	7,6
Lipt. Sv. Mikuláš	116 644	13 350	11,4	9 166	7,9
Kaschau	189 500	12 784	6,8	29 661	15,7
Prešov	192 056	6 301	3,3	8 777	4,6
Užhorod	266 324	22 922	8,6	40 583	15,2

Im Jahre 1931, zur Zeit des VI. Kongresses der KPTsch, waren 30% der Parteimitglieder 45 Jahre oder älter, 30% waren jünger als 35 Jahre. Von den 32 Mitgliedern des ZK der KPTsch, die am V. Kongreß im Jahre 1929 gewählt worden waren und die damals als „Fabrikarbeiter" bezeichnet wurden, sind 20 auf dem VI. Kongreß im Jahre 1931 bereits als „Parteifunktionäre" geführt worden.

Seiner nationalen Zusammensetzung nach gehörten dem ZK des VI. Kongresses (1931) an[17]:

37 Tschechen
10 Deutsche
8 Slowaken
4 Ukrainer
1 Pole.

[17] „Protokoll des VI. ordentlichen Kongresses der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei", Prag 1931, Seite 252 und 292 ff.

Das nationale Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen im ZK der KPTsch hatte sich auf das Verhältnis 1 : 3 stabilisiert. Erst die Wahlen des Jahres 1935, bei denen die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins als die stärkste aller Parteien hervorging, zeigte, daß die Kommunisten unter den Deutschen des Landes sehr erheblich an Anhang verloren hatten. Von diesem Zeitpunkt an stieg auch das Prestige der Tschechen und ihr Einfluß auf die Politik des ZK der KPTsch.

Bei den Wahlen in die Nationalversammlung im Jahre 1935 konnte die KPTsch wieder Stimmen gewinnen. Sie erzielte 849 059 Stimmen. Sie wurde die viertstärkste Partei des Landes! 1935 wuchs ihr Stimmenanteil (im Gegensatz zu 1929) in den tschechischen und slowakischen Gebieten (besonders dort!) um insgesamt 160 000 Stimmen, während sie in den deutschen Gebieten 60 000 Stimmen verlor[18].

Die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten in den einzelnen Wahlkreisen im Jahre 1935

Wahlkreis	Gesamtstimmenzahl	Sozialdemokr.	in %	Kommunisten	in %
Prag A	548 422	85 714	15,6	72 416	13,2
Prag B	618 405	98 006	15,9	77 548	12,5
Pardubitz	287 109	48 891	17,0	18 938	6,6
Königgrätz	321 080	37 528	11,7	20 716	6,4
Jungbunzlau	484 180	49 893	10,3	49 155	10,1
Böhm. Leipa	384 555	12 812	3,3	24 475	6,4
Laun	515 276	67 263	13,1	70 833	13,8
Karlsbad	349 820	4 635	1,3	20 638	5,9
Pilsen	448 247	108 485	24,2	14 537	3,2
Budweis	313 811	38 352	12,2	15 500	4,9
Iglau	279 349	24 658	9,9	12 561	5,0
Brünn	482 205	60 078	12,5	43 089	8,9
Olmütz	480 593	58 982	12,3	30 316	6,3
Ungarisch Hradisch	231 880	31 848	13,7	21 480	9,3
Mähr. Ostrau	580 941	92 523	16,1	67 121	11,6
Tyrnau	243 708	30 858	12,7	29 612	12,1
Nové Zámky	366 576	37 630	10,7	62 794	17,1
Svatý Martin	269 261	32 479	12,1	21 090	7,8
Neusohl	179 664	22 025	12,3	21 008	11,7
Lipt. Sv. Mikuláš	130 452	18 116	13,9	21 269	16,3
Kaschau	218 240	24 629	11,3	38 993	17,8
Prešov	217 048	18 652	8,6	16 019	7,4
Užhorod	309 990	29 717	9,6	79 400	25,6

[18] Zahlenangaben nach: „La Statistique Tchécoslovaque", 134 e Volume, Iére Série (5 e liaison), Prague 1936.

Wenn wir die zahlenmäßige Stärke und die gesellschaftliche Struktur der KPTsch im Jahre 1937 betrachten, können wir aus den Zahlenangaben über die Stärke des kommunistischen Anhangs innerhalb der einzelnen Beschäftigungszweige einige recht aufschlußreiche Tatsachen über die kommunistischen Gewerkschaften erfahren. In den kommunistischen Gewerkschaften waren 1937 136 204 Mitglieder organisiert[19]. Vergleichen wir den Anteil der Kommunisten und der Sozialdemokraten in einzelnen Fachgewerkschaften, so kann man sich ein ungefähres Bild über die berufliche Herkunft der potentiellen kommunistischen Anhängerschaft innerhalb der Arbeiterschaft machen.

Die Kommunisten hatten ihre Domäne in der Glas- und der keramischen Industrie (13 040 Mitglieder gegenüber 10 124 der Sozialdemokraten) sowie in der Textilindustrie (32 377 gegenüber 31 260). In den Facharbeiterberufen (Bergbau, Metallarbeiter) ist der Anteil der Kommunisten im Verhältnis zu den sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaftlern wesentlich geringer[20].

Wenn wir die Zahlenangaben über die kommunistischen Gewerkschaften im Jahre 1937 auch für die Untersuchung der Frage heranziehen dürfen, wie die nationale Zusammensetzung und die Verteilung der Mitglieder der KPTsch in den Ländern vor 1938 ausgesehen haben könnte, so würde sich folgendes Bild ergeben:

Rund 70 000 kommunistische organisierte Gewerkschaftler, also mehr als die Hälfte, lebten in Böhmen, doch sind dies nur 2,81% aller gewerkschaftlich Organisierten. In der Slowakei betrug der Anteil der Kommunisten an den gewerkschaftlich Organisierten 4,20% und in der Karpathen-Ukraine sogar 5,64%.

Mehr als die Hälfte der kommunistischen Gewerkschaftler waren Tschechen und Slowaken (52,54%), 31,37% Deutsche und 11,41% Ungarn. Diese Prozentzahlen werden jedoch erst dann in einem gerechten Blickwinkel gesehen werden können, wenn man die Prozentzahlen aller gewerkschaftlich Organisierten innerhalb der einzelnen Nationalitäten betrachtet[21]:

Tschechen und Slowaken 4,09%; Deutsche 7,41%; Ungarn 46,92%.

Demnach war fast die Hälfte aller Magyaren gewerkschaftlich organisiert.

Über den letzten Vorkriegskongreß der KPTsch (VII.) im Jahre 1936 sind uns folgende Angaben über die soziale Schichtung der KPTsch bekannt[22]:

170 Arbeiter
91 Arbeitslose
14 Kleinhäusler und Kleinlandwirte
58 Beamte und Angestellte
6 Intellektuelle
102 Funktionäre der Partei
14 Selbständige.

---

[19] Zahlenangaben nach: „Zprávy Státního úřadu statistického", Jahrgang 1938, Nr. 104—107, Seite 791 ff.

[20] „Zprávy Státního úřadu statistického", a. a. O.

[21] „Zprávy Státního úřadu statistického", a. a. O.

[22] Život strany (Das Parteileben), Halbmonatsschrift des ZK der KPTsch, Prag, Heft 11, Juni 1958, Seite 634 ff.

Anteil der Stimmen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in den Bezirken mit überwiegenden nationalen Mehrheiten bei den Wahlen in die Nationalversammlung 1925, 1929 und 1935.

Von 100 der abgegebenen gültigen Stimmen wurden insgesamt für die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei abgegeben in Bezirken mit überwiegender nationaler Mehrheit*.

	1925	1929	1935	1925	1929	1935	1925	1929	1935
	Tschechen u. Slowaken			Deutsche			Magyaren		
Böhmen	13,82	9,65	10,67	9,42	10,84	5,62	—	—	—
Mähren/Schlesien	13,62	10,51	9,74	4,47	4,93	2,91	—	—	—
Slowakei	11,52	7,56	10,55	—	—	—	24,14	22,49	24,24

* 1929 waren in Böhmen 115 Bezirke mit überwiegend tschechischer Mehrheit, 62 Bezirke mit überwiegender deutscher Mehrheit;
in Mähren 53 Bezirke mit überwiegender tschechischer, 20 mit überwiegender deutscher Mehrheit;
in der Slowakei 27 Bezirke mit überwiegend slowakischer Mehrheit und 6 mit magyarischer Mehrheit.
(Mehrheit = Bezirke, in denen der nationaleinheitliche Bevölkerungsanteil mindestens 90% beträgt).

Quellen: Tschechoslowakische Statistik, Band 70, Reihe I, (Heft 4), Prag 1930; Tschechoslowakische Statistik, Band 134, Reihe I, (Heft 5), Prag 1936.

Entwicklung der KPTsch 1939—1945

1937 zählten die kommunistischen Gewerkschaften über 136 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahlen für die KPTsch für das gleiche Jahr sind mit etwa 70 000 anzunehmen. Mit dem Verbot der KPTsch durch die Regierung der II. Tschechoslowakischen Republik (25. Dezember 1938) wurde der KPTsch ihre legale Basis entzogen, nachdem bereits im Oktober 1938 ihre Tätigkeit im sudetendeutschen Gebiet erlosch.

Man wird fragen, was mit der immerhin beachtlichen Zahl von Mitgliedern der KPTsch und der kommunistischen Gewerkschaften 1939—1945 geschehen ist.

Nur einem Teil, und zwar vor allem der kommunistischen Prominenz, gelang es, zu emigrieren. Der größte Teil der KPTsch-Führung ging nach Moskau, ein kleinerer Teil nach London. Es kann sich dabei im Höchstfall um einen Personenkreis von 3—4 000 Menschen[23] gehandelt haben (die Gesamtemigration der Tschechen, Slowaken und Sudetendeutschen liegt natürlich sehr erheblich über dieser Schätzzahl; die 3—4 000 beziehen sich

[23] Nach Mitteilung eines Gewährsmannes aus Großbritannien.

auf die kommunistische Führerschaft und Gesinnungsfreunde, die sich in der Emigration als aktive Kommunisten gezeigt haben). Ein sehr großer Teil der KPTsch-Mitglieder, vor allem der kommunistischen Prominenz, die in der Heimat verblieben waren, wurde verhaftet und in die Konzentrationslager gebracht. Die Zahl der in den Konzentrationslagern inhaftierten Angehörigen der KPTsch läßt sich nicht abschätzen, zumal stets nur Angaben über die Gesamtzahl der Inhaftierten dieses Raumes bekanntgegeben worden sind. Einen Anteil von Kommunisten aus diesen Angaben zu errechnen, erscheint dem Verfasser als ein unfruchtbares Bemühen, da gewiß die Zahl der Kommunisten sich auf Grund der Mitgliederzahlen zu einem Proporz zur Gesamtzahl der Inhaftierten nicht errechnen läßt.

Auch über die Zahl der Hingerichteten und in den Konzentrationslagern umgekommenen Mitglieder der KPTsch liegen keinerlei detaillierte Angaben vor. Die dem Verfasser zur Verfügung stehenden Quellen[24], die Aufschluß darüber geben könnten, lassen vermuten, daß der Prozentsatz der ums Leben gekommenen KPTsch-Mitglieder unterhalb der Verhältniszahl zur Gesamtzahl der Opfer der Konzentrationslager (Tschechen und Slowaken) gelegen haben muß[25]. Das heißt, daß diese Opfer sich im wesentlichen aus Nichtkommunisten zusammengesetzt haben. So sind auch zahlreiche Prominente der KPTsch aus den Konzentrationslagern mit dem Leben davongekommen[26].

Allerdings gelang es der Gestapo, dreimal die Führung des illegalen Zentralkomitees der KPTsch zu zerschlagen und fast sämtlicher Führungsmitglieder habhaft zu werden (die hingerichtet wurden). In der Slowakei wurden sogar 4 illegale Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Slowakei (KPS) eliminiert[27].

Soweit sich aus den verfügbaren Quellen Rückschlüsse auf eine Veränderung der Sozialstruktur der KPTsch während der „Protektorats-Zeit" machen lassen[28], kann festgestellt werden, daß der Großteil der in der Heimat verbliebenen Intelligenzschichten der KPTsch eliminiert worden sind (Schriftsteller, Rechtsanwälte, Journalisten usw.). Ein sehr erheblicher Teil der „einfachen" Mitglieder der KPTsch dürfte sich von einer politischen Aktivität zurückgezogen haben. Dies dürfte besonders bei zahlreichen Ar-

---

[24] Hronek, Emerich, Černá kniha Heydrichová režimu" (Rotbuch des Heydrich-Regimes), London 1942; Erdely, E. V., „Prague braves the hangman", London 1942; „Heroes and victims". Preface by Jan Masaryk. London 1945.

[25] Zinner, Paul E., (siehe a. a. O.) spricht von rund 25 000 Mitgliedern und Anhängern der KPTsch, die zwischen 1939 und 1945 in den Konzentrationslagern umkamen oder, von Gerichten zum Tode verurteilt, hingerichtet worden sind.

[26] Einen Uberblick darüber vermittelt: „Biographisches Handbuch der Tschechoslowakei", bearbeitet von Heinrich Kuhn und Otto Böss, München 1961.

[27] Siehe: „Přehled dějin KSČ" (Überblick über die Geschichte der KPTsch), These, Prag 1957, 2. Auflage und: „Dějiny KSČ" (Geschichte der KPTsch), Prag 1961.

[28] Siehe vor allem: Kopecký, Václav, „ČSR a KSČ" (Die Tschechoslowakei und die KPTsch), Prag 1960.

beitern der Fall gewesen sein, die unter dem Einfluß der „arbeiterfreundlichen" Besatzungspolitik des bei einem Attentat ums Leben gekommenen Reichsprotektors Reinhard Heydrich sich zu einer stillschweigenden Kollaboration bereitgefunden haben[29].

Die Ergebnisse der Forschungen des Sudetendeutschen Archivs in München, die zu einer ersten Auswertung in dem „Biographischen Handbuch der Tschechoslowakei"[30] geführt haben, lassen auch weitgehende Schlüsse über die soziologischen Veränderungen innerhalb der Mitgliederschaft der KPTsch während der „Protektoratszeit" zu: Der Mitgliederstamm, der nach Kriegsende 1945 in Erscheinung tritt, rekrutiert sich zu einem wesentlichen Teil aus während dieser Zeit zu der Partei hinzugekommenen „Illegalen". Mag sein, daß ein Teil davon bereits vor Ausbruch des 2. Weltkrieges mit der KPTsch sympathisiert hatte, der offizielle Beitritt zur KPTsch vollzog sich in der illegalen Zeit.

Die Sozialstruktur der KPTsch nach 1945

Im Mai 1945 zählte die KPTsch 27 000 Mitglieder. Innerhalb von 3 Monaten verzwanzigfachte sich die Zahl der Mitglieder und im Juli 1945 hatte die KPTsch bereits an die 600 000 Mitglieder. Anfang 1946 zählte sie bereits über 1 Million Mitglieder und drei Jahre später, im Jahre 1949, erreichte sie mit fast 2½ Millionen einen absoluten Höchststand. Im Jahre 1949 war demnach jeder 5. Tscheche oder Slowake Mitglied der kommunistischen Staatspartei. Jeder zweite Erwerbstätige war damals Parteimitglied!

Die Zahlen machen deutlich, daß sich in der Sozialstruktur der KPTsch seit Mai 1945 ein entscheidender Wandel vollzogen haben muß — zur Massenpartei, der anzugehören nicht mehr eine Frage der inneren ideologischen Übereinstimmung gewesen sein kann, sondern vielfach nur die opportunistische Erwägung, durch die Parteimitgliedschaft persönliche Vorteile zu haben.

Wir werden bei der Untersuchung der Sozialstruktur der KPTsch daher zunächst die Entwicklung bis zum Jahre 1949 zu untersuchen haben, bis zu dem Zeitpunkt, da es der Führung der Parteispitze und vor allem der Zentrale in Moskau klar geworden sein muß, daß eine anhaltende Entwicklung zur Massenpartei mit stetig steigenden Mitgliederzahlen die ideologische Festigkeit der Partei in eine ernsthafte Krise führen müsse. Tat-

---

[29] Nach Angaben eines Gewährsmannes, der auf Grund seiner Tätigkeit einen hervorragenden Einblick in die „Arbeiterpolitik" des Reichsprotektors Heydrich gewonnen hatte.

[30] Kuhn, Heinrich und Böss, Otto: „Biographisches Handbuch der Tschechoslowakei", München 1961.

sächlich fallen auch die schweren Krisen der Partei (Šling, Slanský-Affäre usw.) zeitlich mit der unnatürlichen Expansion der Mitgliederbewegung zusammen.

Die Mitgliederbewegung der KPTsch nach dem 2. Weltkrieg

	Mitglieder		Anzahl der Organisationen
Juli 1945	597 000	(1)	8 467
August 1945	713 000	(2)	11 000
März 1946	1 067 800	(3)	14 781
August 1947	1 048 000	(2)	.
Mai 1949	2 311 066	(4)	.
Juli 1954	1 489 234	(5)	.
1956	1 400 008	(6)	.
Juni 1958	1 422 199	(7)	.
Januar 1960	1 559 082	(2)	47 049

(1) „Rudé právo" vom 31. März 1946; Marie Švermová berichtete in einem Referat vor dem VII. Kongreß der KPTsch: „Anfang Juni 1945 findet die erste Kreiskonferenz in Brünn statt und im August stehen an der Spitze aller 18 Kreisorganisationen die ordentlich gewählten Kreisausschüsse. Ende Juli haben wir bereits 597 000 organisierte Parteimitglieder und Ende August schon 712 776. Ende des Jahres hatte die KPTsch 826 527 Mitglieder."

(2) Antonín Faltys: „K historii výstavby strany v letech 1945—1960" in: Ze čtyřicet let zápasů KSČ. Historické studie (Sammelband, bearbeitet von Jindřich Veselý), Prag 1961.

(3) Nach dem VIII. Kongreß der KPTsch wurde erstmals eine Säuberung durchgeführt. Damals, im Zeitpunkt der Überprüfung, betrug die Zahl der Mitglieder nach Angaben von Slanský 1 220 000. Nach der Überprüfung 1 043 000. Eine zweite Säuberung der Mitgliederschaft der KPTsch wurde im Herbst 1948 eingeleitet. Damals wurden 107 133 Mitglieder ausgeschlossen, rund 4,5% der Mitglieder. (Anm. d. Verf.).

(4) Rudolf Slanský berichtete dem IX. Kongreß der KPTsch (Mai 1949): „Nach dem Februar haben wir eine schwere Schuld auf uns geladen. Wir sind in der Massenaufnahme neuer Mitglieder fortgeschritten und nicht scharf genug gegen die Werbung der Organisation vorgegangen, besonders bei den Ämtern, wo man einen unzulässigen Druck bei der Werbung von Mitgliedern ausgeübt hat." („Rudé právo" vom 27. Mai 1949).
Anmerkung: Bereits im Jahre 1946 hatte Prag allein bereits 90 000 Mitglieder der KPTsch. Das erscheint verständlich, da Prag als Regierungssitz auch die meisten Behörden aufzuweisen hat.
Mai 1949 hatte die KPTsch 1 788 381 Mitglieder und 522 685 Kandidaten.

(5) Davon waren 1 385 610 Mitglieder und 103 624 Kandidaten.

(6) Nach der Zahl der Delegierten der Gesamtstaatlichen Konferenz der KPTsch im Juni 1956 errechnet.

(7) Davon waren 1 327 000 Mitglieder und 95 000 Kandidaten.

Nach dem ersten Nachkriegskongreß der KPTsch hatte die Partei 1 081 544 Mitglieder. Sie wurde durch 1 038 Delegierte, sämtliche tschechischer Nationalität, vertreten. 876 davon waren Männer, 162 Frauen.

Nimmt man an, daß die Sozialstruktur der Delegierten ein annäherndes Spiegelbild der gesamten Mitgliederschaft wiedergibt, dann waren 1946:

15,6% der Mitglieder der KPTsch Frauen und
84,4% Männer.

Der Altersgliederung nach waren die Delegierten:

über 50 Jahre	151	31—40 Jahre	345
41—50 Jahre	433	21—30 Jahre	108

Dem Glaubensbekenntnis nach:

ohne Bekenntnis	683	tschechosl. Kirche	83
röm. kath.	235	andere	37

Der sozialen Schichtung nach:

Arbeiter	389	Ärzte und Ingenieure	62
Bauern	143	Gewerbetreibende	35
Beamte	121	Studenten	10
Berufssoldaten	11	Hausfrauen	58
Lehrer u. Professoren	76	andere Berufe	133

Interessant für die ideologische Situation der KPTsch im Jahre 1946 sind die Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft; demnach waren:

398 zwischen 1921 und 1930 in die Partei eingetreten; davon 172 aus dem Gründungsjahr 1921;
166 zwischen 1930 und 1939 und
473 nach 1939, davon 438 nach 1945.

Diesen Angaben der Mandatskommission nach müßten (bei Übertragung des Proporzes der Delegierten auf die Gesamtzahl der Mitglieder) 16,6% oder rund 170 000 Mitglieder bereits 1931 der Partei angehört haben oder 58% = rund 560 000 (!) vor dem Mai 1945. Diese Rechnung beweist deutlich, daß eine Übertragung des Proporzes von Delegierten auf die Gesamtmitgliederzahl zu völlig falschen Schlüssen über die Sozialstruktur der Partei führen kann. Aus den Angaben über die anwesenden Delegierten, die während der 1. Tschechoslowakischen Republik oder während der Protektoratszeit gemaßregelt worden waren, wird dieser Schluß nur bestätigt:

131 sind während der 1. Tschechoslowakischen Republik und
316 während der Protektoratszeit gemaßregelt worden.

Der früheren politischen Zugehörigkeit nach waren von den Delegierten Mitglieder der:

Sozialdemokratischen Partei	214
Nationalsozialistischen Partei	31
Tschechosl. Volkspartei	5
Agrarpartei	24
anderen Parteien	22

Das kann schon mehr über die damalige Struktur der KPTsch aussagen, besagen diese Angaben doch, daß von 1 038 Delegierten 296 oder 23% sogenannte „Neukommunisten" waren. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß bei der KPTsch im Jahre 1946 tatsächlich nicht mehr als 5—10% Altkommunisten waren (Mai 1945: 27 000 Mitglieder; ihnen dürften jene zuzurechnen sein, die als „Linke Sozialdemokraten" während der 1. Republik ideologisch zwar Kommunisten waren, jedoch aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen waren, sich als Sozialdemokraten oder als parteilose Gewerkschaftler zu tarnen)[31].

Daß die Angaben der Mandatskommission nur mit Vorbehalten auf die tatsächliche Struktur der Gesamtpartei übertragen werden können, erhellen die Angaben, die eine andere (spätere) Quelle über die soziale Struktur der KPTsch zum Zeitpunkt des VIII. Kongresses der KPTsch macht. Demnach waren damals 78% (84,4%) der Gesamtmitglieder der KPTsch Männer und 22% (15,6%) Frauen.

Auch die Angaben über die soziale Stellung divergieren bei einem Vergleich beträchtlich. Von den Gesamtmitgliedern waren 1946:

Arbeiter	57,7%	Intelligenzberufe	9,2%
Landwirte	12,8%	Haushalt und sonstige	
Gewerbetreibende	4,1%	Berufe	16,8%

Zur Zeit des IX. Kongresses der KPTsch im Mai 1949 zählte die Partei 2 311 066 Mitglieder. Sie wurden durch 2 081 Delegierte vertreten. Von den teilnehmenden 2 068 Delegierten waren 1 766 (85,4%) Männer und 302 (14,6%) Frauen.

Der Altersstruktur nach waren:

Älter als 45 Jahre 514; 25 bis 45 Jahre 1 437; jünger als 25 Jahre 117.

Der Nationalität nach waren:

1 828 Tschechen; 240 Slowaken.

Dem Glaubensbekenntnis nach waren:

ohne Angabe	1 016	Tschechosl. Kirche und evang.	270
röm.-kath.	732	andere	50

Der sozialen Schichtung nach:

Arbeiter	1 274	Ingenieure, Ärzte und	
Landwirte	144	Schriftsteller	38
Angestellte	54	Gewerbetreibende	27
Beamte	292	Studenten	55
Militär und Polizei	23	Hausfrauen	64
Lehrer und Professoren	92	Rentner	5

[31] Zahlenangaben über den VIII. Kongreß der KPTsch im Jahre 1946, siehe „Rudé právo", 30. und 31. März, 1.—5. April 1946.
In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die Tabelle auf S. 450 zweckmäßig (Wahlen in die verfassungsgebende Nationalversammlung im Jahre 1946).

Dauer der Mitgliedschaft in der KPTsch:

1921—1930	360	während der Okkupation	69
(davon vom Jahre 1921	179)	nach der Befreiung	1 448
von 1931—1939	191		

Anteil der Stimmen der KPTsch bei den Wahlen in die Nationalversammlung im Jahre 1946

Wahlkreis	Stimmenanteil in Prozenten: Kommunist.	Sozialdemokr.	Komm. u. Soz. Dem.	übrig. Part.
Prag	37,16%	14,95%	52,11%	47,89%
Prag-Land	47,08%	14,35%	61,43%	38,37%
Pilsen	44,81%	18,71%	63,52%	36,48%
Karlsbad	52,27%	16,89%	69,16%	30,84%
Aussig	56,49%	19,17%	76,66%	23,66%
Kladno	53,59%	14,64%	68,23%	31,77%
Jungbunzlau	43,75%	12,41%	56,16%	43,84%
Reichenberg	48,33%	15,40%	63,73%	36,23%
Königgrätz	39,46%	14,59%	54,41%	45,59%
Pardubitz	35,75%	17,80%	53,55%	46,45%
Deutsch Brod	41,74%	12,56%	53,03%	44,96%
Tabor	39,76%	9,78%	49,54%	50,46%
Budweis	42,07%	12,02%	54,01%	45,09%
Mähr. Ostrau	37,92%	21,57%	59,49%	40,51%
Brünn	33,82%	14,39%	58,21%	41,79%
Olmütz	32,43%	18,39%	50,82%	49,18%
Troppau	33,11%	20,24%	55,35%	44,65%
Zlín	30,87%	14,26%	55,13%	44,87%
Iglau	38,64%	11,80%	50,44%	49,56%
Böhmen, Mähren-Schlesien	38,68%	15,84%	54,70%	45,30%
Tyrnau	33,04%	—	33,04%	66,94%
Preßburg	30,24%	—	30,24%	69,76%
Neutra	28,99%	—	28,99%	71,01%
Ilava	34,06%	—	34,06%	65,94%
Sillein	33,75%	—	33,75%	66,27%
Lipt. Sv. Mikuláš	27,23%	—	27,23%	72,76%
Neusohl	39,26%	—	39,26%	60,74%
Prešov	28,60%	—	28,60%	71,40%
Kaschau	20,06%	—	20,06%	79,94%
Slowakei	30,37%	—	30,37%	69,63%
Tschechoslowakei	37,94%	12,05%	50,09%	49,91%

Von den am IX. Parteikongreß anwesenden Delegierten hatten an früheren Kongressen teilgenommen:

am	I. Kongreß	54	V. Kongreß	66
	II. Kongreß	36	VI. Kongreß	78
	III. Kongreß	42	VII. Kongreß	117
	IV. Kongreß	46	VIII. Kongreß	420

An den Februarereignissen hatten sich nach dem Bericht der Mandatskommission „1 808 Delegierte des IX. Kongresses aktiv in Betrieben, Aktionsausschüssen, bei der Wehrmacht, in der Miliz, den Ämtern oder als Führer organisierter Arbeitermassen beteiligt".

Mitgliedschaft in den Massenorganisationen:

revolutionäre Gewerkschaftsbewegung	1 732
Einheitsverband der Landwirte	147
Verband der Jugend	242
Sokol	920
Verband der Freiheitskämpfer	535
Verband für tschechosl.-sowjet. Freundschaft	1 401
Verband der Freunde anderer Nationen	262

Der öffentlichen Funktion nach waren:

Mitglieder der Regierung sowie Abgeordnete	162
Funktionäre der Kreis-, Bezirks- und örtlichen Nationalausschüsse	890
Funktionäre der Aktionsausschüsse der nationalen Front	714
Funktionäre der Betriebsräte	249
Funktionäre der Produktionsausschüsse	288

Mitglieder der Gewerkschaften:

der Landwirtschaftlichen	144
der Konsumenten	819
der Erzeuger	45

Inhaftiert waren in der Zeit der 1. Republik 229, während der Protektoratszeit 504 Delegierte[32].

[32] Siehe Bericht der Mandatskommission vor dem IX. Kongreß der KPTsch im Jahre 1949 („Rudé právo", 26. bis 30. Mai 1949).

GLAUBENSBEKENNTNISSE

	OHNE ANGABE ZAHL · PROZ.	RÖM.KATH.	TSCHL. KIRCHE	ANDEREN GLAUBENS	KONGRESS-TEILNEHMER
1946	638 · 66,0%	235 · 22,8%	83 · 8,0%	37 · 3,2%	1038
1949	1016 · 49,1%	732 · 35,4%	270* 13,1%	50 · 2,4%	2068

* UND EVANGELISCHE KIRCHE

ZAHL DER STIMMBERECHTIGTEN, DELEG. FRAUEN

1946 ZAHL · PROZ.	1949	1952	1954	1956	1958
162 · 15,6%	302 · 14,6%	41 · 7,8	186 · 13,2%	66 · 9,5	186 · 14%

Auch diese Angaben werden nur bedingt über die Sozialstruktur auszusagen vermögen. Daß inzwischen 70% der Delegierten erst nach 1945 der Partei beigetreten sind, bedeutet, daß die Zahl der „Altkommunisten" immer mehr abnimmt.

Bereits Dreiviertel der Delegierten waren jünger als 45 Jahre und 6% jünger als 25 Jahre.

Auch in der sozialen Schichtung überraschen einige Angaben. Die Zahl der Gewerbetreibenden sank von 3,4% auf 1,3%. Auch die Zahl der Intellektuellen (Ärzte, Ingenieure, Schriftsteller) sank um rund ein Drittel ab.

Fast 20% der Delegierten waren n i c h t Mitglieder der Gewerkschaft, 35% gehörten n i c h t dem Verband für tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaft, dagegen 45% dem Sokol-Verband an.

Der sozialen Schichtung nach werden 144 Landwirte angegeben. 147 gehören dem Einheitsverband der Landwirte an.

Auf dem IX. Kongreß wurden zum letzten Mal die Religionsbekenntnisse der Delegierten angeführt.

Zwischen dem IX. Kongreß und der Gesamtstaatlichen Konferenz von Dezember 1952 liegt die Periode der schweren Führungskrise der Partei, die in der Verhaftung des allgewaltigen Generalsekretärs Rudolf Slanský kulminierte. Bis Juli 1954 wurden keine Angaben über Mitgliederzahlen angegeben, ein Beweis, daß es zu sehr erheblichen Säuberungen auch unter dem Gros der einfachen Mitglieder der KPTsch gekommen sein muß.

Zahllose „bourgeoise" Elemente, Interbrigadisten, Intellektuelle, „Titoisten", Zionisten wurden aus der Partei ausgeschlossen oder verhaftet. In dieser Zeit wurden fast 170 000 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen.

Als die Gesamtstaatliche Konferenz im Dezember 1952 abgehalten wurde, nahmen an ihr 530 Delegierte teil (über 2 000 am IX. Kongreß!). Über die Richtlinien der Wahl dieser Delegierten wurde nichts verlautet.

Von den Delegierten waren 487 Männer und 41 Frauen[33].
Ihrer sozialen Schichtung nach waren:

Arbeiter	412	Lehrer und Professoren	9
Landwirte	19	Studenten	16
Angestellte	21	Hausfrauen	4
Beamte	44	andere	3

Von den anwesenden Delegierten waren[34]:
13 Mitglieder der JZD vom Typ II
42 Mitglieder der JZD vom Typ III
12 Mitglieder der JZD vom Typ IV.

Auffallend ist, daß unter den Delegierten 67 Mitglieder der Landwirtschaftlichen Genossenschaften waren, aber nur 19 Delegierte ihrem ursprünglichen Beruf nach als Landwirte angegeben waren.

Der Altersgliederung nach waren:

bis 25 Jahre	9	46—60 Jahre	124
26—35 Jahre	169	über 60 Jahre	15
36—45 Jahre	211		

Nach der Zeit ihrer Mitgliedschaft in der Partei:
134 Delegierte vor dem Jahre 1945
369 Delegierte von 1945 bis Februar 1948
25 Delegierte nach dem Februar 1948.

Nach der Nationalität:

441	Tschechen	7	Ukrainer
71	Slowaken	1	Pole
8	Ungarn		

Auffallend die Tatsache:
479 der 530 Delegierten waren hauptberufliche Funktionäre der höheren Ebene (ab Kreisebene!).

Man wird daher diese Angaben über die Sozialstruktur (bei der geringen Zahl von Delegierten) nur für die höhere Perspektive als typisch annehmen können.

Einige weitgehendere Schlüsse erlauben erst wieder die Angaben der Mandatskommission über den X. Kongreß der KPTsch im Juni 1954.

---

[33] Siehe auch „Rudé právo", 20.—28. November 1952.

[34] JZD = Abkürzung für „Jednotné zemědělské družstvo" (Landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaft); die „Landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften" wurden durch das Gesetz vom 23. Februar 1949 geschaffen. Beim Typ II wird der ursprüngliche Besitzstand durch „Flurbereinigung" (Umpflügen der Feldraine) verwischt; bei Typ III wird auch die Viehhaltung gemeinsam betrieben. Typ IV entspricht der sowjetischen „Kolchose".

Auf dem X. Kongreß nahmen 1 393 Delegierte teil. Davon 1 226 Mitglieder der KPTsch und 116 KPS[40]. Aus dem Kreis Prag kamen allein 365 und aus Preßburg 42 Delegierte[35].

Der Altersgliederung nach waren:

bis 35 Jahre	573	= 40,9%
von 36—45 Jahre	498	= 35,5%
von 46—60 Jahre	303	= 21,6%
über 60 Jahre	29	= 2,0%

Der sozialen Schichtung nach:

Arbeiter	1 011	= 72,1%
Landwirte und Arbeiter in der Landwirtschaft	109	= 7,8%
Intellektuelle	84	= 6,0%
Beamte	114	= 8,1%
Sonstige	84	= 6,0%

Der Zusammensetzung der Nationalität nach:

Tschechen	1 234	= 88 %
Slowaken	143	= 10,2%
Ungarn	13	= 0,9%
Ukrainer	8	= 0,6%
Polen	3	= 0,2%
Deutsche	1	= 0,1%

Der Berichterstatter der Mandatskommission Bacílek beklagte sich darüber, daß „zu wenige der Delegierten aus den Reihen der Landwirtschaft" kommen[36].

3% der Delegierten hatten Hochschulbildung (42 Personen); der Anteil der Bevölkerung mit Hochschulbildung beträgt 0,7%.

Über die steigende Anzahl der Mitglieder aus den Reihen der Arbeiter aller Nationalitäten machte Novotný folgende Angaben:

> „Die Zahl der Mitglieder aus den Reihen der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten unseres Landes hat sich erhöht. Das bestätigt, daß die Richtlinien des ZK befolgt werden, wonach sich die Partei bei der Aufnahme von Mitgliedern grundsätzlich nach den Gedanken des proletarischen Internationalismus richtet"[37].

Zur Zeit des X. Kongresses der KPTsch waren nach Novotnýs Angaben 56,2% der Mitglieder „Arbeiter".

---

[35] Sämtliche Zahlenangaben über den X. Kongreß der KPTsch im Jahre 1954 sind dem offiziellen Bericht der Mandatskommission entnommen; siehe auch „Rudé právo", 12.—16. Juni 1954.

[36] „Rudé právo", vom 14. Juni 1954.

[37] Aus dem Referat von Antonín Novotný auf dem X. Kongreß der KPTsch; „Rudé právo", vom 12. Juni 1954.

Über die Altersstruktur der Kandidaten liegen für den gleichen Zeitpunkt folgende Angaben vor:

51,2% der neuen Kandidaten waren bis zu 25 Jahre alt;

29% zwischen 26 und 35 Jahren.

Die Angaben über die Gesamtstaatliche Konferenz im Juni 1956 sind (bei der geringen Zahl der Delegierten) mit denen der Gesamtstaatlichen Konferenz vom Jahre 1952 zu vergleichen[38].

An der Konferenz nahmen 693 Delegierte mit Stimmrecht teil. Davon waren:

412 „unmittelbar in der Produktion beschäftigt"
131 Funktionäre der Partei
52 Arbeiter in staatlichen Organen
20 Arbeiter in Verbänden der Jugend- und sonstigen Massenorganisationen
24 wissenschaftliche, kulturelle und pädagogische Arbeiter
42 Angehörige der Armee
12 Delegierte waren Arbeiter aus verschiedenen Zweigen der nationalen Wirtschaft.

In den Reihen der Delegierten mit Stimmberechtigung waren:

34 Mitglieder und Kandidaten des ZK
141 Mitglieder und Kandidaten der Kreisausschüsse
296 Mitglieder und Kandidaten der Bezirksausschüsse
285 Funktionäre der Grundorganisationen, von denen „viele Mitglieder in mehreren Organisationen" sind.

Nach der Dauer der Mitgliedschaft in der Partei:

1921—1945	87
nach 1945	606
(von diesen 606 waren damals 82 Delegierte, die weniger als 5 Jahre Parteimitglied waren).	

Dem Alter nach:

bis 35 Jahre	249 = 35,9%
von 36—45 Jahre	271 = 39,2%
von 46—60 Jahre	163 = 23,5%
über 60 Jahre	10 = 1,4%

Der Nationalität nach:

Tschechen	582 = 84%
Slowaken	97 = 14%
Ukrainer, Ungarn und Polen	14 = 2%

Nur 66 Frauen, also 9,5%, nahmen an der Konferenz teil.

Interessant sind jedoch die Feststellungen N o v o t n ý s auf der Gesamtstaatlichen Konferenz des Jahres 1956. Er sagte:

---

[38] Siehe auch „Rudé právo", 12.—15. Juni 1956.

„Von der Gesamtzahl der Mitglieder und Kandidaten sind bis zum 31. 1. 1956 nur 36,3% Arbeiter gewesen und 7,3% Landwirte. Es ist jedoch notwendig, darauf hinzuweisen, daß nach ihrem ursprünglichen Beruf 59,5% der Arbeiter Parteimitglieder sind, von denen eine bemerkenswerte Zahl auf verantwortlichen Stellen im staatlichen und landwirtschaftlichen Apparat arbeitet"[39].

Wie es in den einzelnen Kreisen der Partei um die soziale Schichtung der Mitglieder bestellt ist, geht aus einem Bericht der leitenden Sekretärin des Stadtausschusses der KPS[40] in Preßburg vom Juni 1956 hervor:

„Im Verlauf der letzten 7 Jahre hat sich die soziale Struktur der Stadtorgane in Preßburg laufend verschlechtert; derzeit sind von 19 874 Mitgliedern und Kandidaten nur ungefähr 4 300 Arbeiter, Werktätige und unmittelbar in der Produktion Beschäftigte"[41].

An dem XI. Kongreß der KPTsch im Juni 1958 nahmen 1 327 Delegierte mit beschließender und 38 Delegierte mit beratender Stimme teil. Die Wahl der Delegierten zum Parteitag wurde nach einem vom ZK festgelegten Schlüssel vorgenommen, wobei jeweils ein Delegierter mit beschließender Stimme auf 1 000 Mitglieder und ein Delegierter mit beratender Stimme auf 1 000 Kandidaten kam.

Die Kreisorganisationen der tschechischen Kreise waren mit 1 137 Delegierten = 85,7%, die der Slowakei mit 190 Delegierten = 14,3% vertreten.

Nach dem ursprünglichen Beruf waren 77,3% der Delegierten mit beschließender Stimme Arbeiter.

697 Delegierte mit beschließender Stimme = 52,6% sind unmittelbar in der Produktion beschäftigt.

225 Delegierte arbeiteten in der Landwirtschaft. Davon waren 190 Genossenschaftsbauern und 35 Angestellte der Staatsgüter.

Nach dem Datum des Eintritts in die Partei waren:

vor 1945	179	5 bis 10 Jahre	125
länger als 10 Jahre	1 196	noch nicht 5 Jahre	4

Der Alterszusammensetzung nach waren:

bis zu 35 Jahren	24,7%	von 46—60 Jahre	26,5%
von 36—45 Jahre	46 %	über 60 Jahre	2,8%

Der Nationalität nach waren:

Tschechen	84,3%	Ukrainer, Polen, Ungarn,	
Slowaken	14,3%	Deutsche	1,4%

Von der Gesamtziffer der Delegierten mit beschließender Stimme waren 186 Frauen = 14%.

---

[39] Aus dem Referat von Antonín Novotný auf der Gesamtstaatlichen Konferenz der KPTsch im Juni 1956; siehe „Rudé právo", 12. Juni 1956.

[40] Die KPS = Kommunistische Partei der Slowakei ist die Gebietsorganisation der KPTsch in der Slowakei.

[41] Nach: „Rudé právo" vom 16. Juni 1956.

Von den 1 327 Delegierten waren 1 245 Inhaber verschiedener staatlicher Orden und Auszeichnungen[42].

Auf der Gesamtstaatlichen Konferenz der KPTsch vom Juli 1960 wurden die Delegierten nach einem Schlüssel von 1 : 3 000 (und zwar sowohl die Delegierten mit beschließender wie auch die Delegierten mit beratender Stimme) gewählt. Die 460 Delegierten mit vollem Stimmrecht vertraten 1 379 441 Mitglieder; die 179 641 Kandidaten waren durch 52 Delegierte (mit beratender Stimme) vertreten.

Von den Delegierten mit vollem Stimmrecht wurden 76,5% ihrem ursprünglichem Beruf nach als „Arbeiter" angegeben. Daß diese „Dreiviertelmehrheit" der vertretenen Delegierten jedoch nichts über den sozialen Standort der Delegierten im Zeitpunkt der Gesamtstaatlichen Konferenz auszusagen vermag, erhellt der Bericht der Mandatskommission. Diesem Bericht nach entstammen die Delegierten nachfolgenden Berufsgruppen:

Industrie 138, Bauwesen und Verkehr 64, Landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaften 56.

Noch deutlicher wird das Bild über die soziale Stellung der Delegierten in der folgenden Aufschlüsselung:

Von der Gesamtzahl der Delegierten waren:

222 in der öffentlichen oder Parteiverwaltung,
13 in der Kultur, Wissenschaft oder als Pädagogen,
23 „anderweitig"

beschäftigt.

Allein 114 der Delegierten (mehr als ein Viertel!) hatten die Funktion eines Mitgliedes oder Kandidaten des ZK der KPTsch oder des ZK der KPS (Kommunistische Partei der Slowakei ist die Landesorganisation der KPTsch auf dem Gebiet der Slowakei); 256 Delegierte waren Mitglieder von Kreisausschüssen der KPTsch bzw. der KPS (die ČSSR ist verwaltungsmäßig in 10 Kreise und den Stadtkreis Prag eingeteilt), 147 Delegierte waren Mitglieder der Bezirksorganisationen (118 Bezirke) und 163 gehörten einer Grundorganisation der KPTsch oder KPS an.

Die überwiegende Zahl der Delegierten rekrutierte sich aus Mitgliedern der KPTsch, die zwischen 1945 und dem Februarumsturz 1948 der Partei beigetreten waren:

Von den Delegierten waren

75 vor 1945; 352 zwischen 1945 und dem Februar 1948 und 33 nach dem Februar 1948

der KPTsch beigetreten.

Diesem Zahlenverhältnis entspricht auch die Alterspyramide der Delegierten der Gesamtstaatlichen Konferenz des Jahres 1960.

---

[42] Sämtliche Angaben sind dem Bericht der Mandatskommission auf dem XI. Kongreß der KPTsch im Jahre 1958 entnommen, vergleiche auch: „Rudé právo", 19.—22. Juni 1958.

Es waren vertretende Delegierte

bis 35 Jahre	15,4%	46—60 Jahre	31,9%
36—45 Jahre	48,0%	über 60 Jahre	4,7%

Der nationalen Zusammensetzung nach waren 1960

82,9% der Delegierten Tschechen 1,7% „andere" Nationalitäten.
15,4% Slowaken und

Der Anteil der Frauen auf der Gesamtstaatlichen Konferenz vom Juli 1960 wurde mit 17,4% angegeben[43].

Während diese Berichte der Mandatskommission nur relativen Aufschluß über die soziale Struktur der Mitglieder der KPTsch zu geben vermögen (siehe auch Anhang: Graphische Darstellungen zur sozialen Struktur der KPTsch), vermag die Tabelle „Mitgliederbewegung der KPTsch nach dem 2. Weltkrieg" einen nachhaltigen Eindruck darüber zu geben, wie sich die KPTsch innerhalb eines Jahres zu einer Massenpartei entwickelt hat[44]. Bei ihrem ersten Nachkriegskongreß (Mai 1946) waren von den 1 081 544 Mitgliedern 78% Männer und 22% Frauen[45].

Von den Gesamtmitgliedern waren[46]

Arbeiter	57,7%	Intelligenzberufe	9,2%
Landwirte	12,8%	Haushalt u. sonstige	16,8%
Gewerbetreibende	4,1%		

Die soziale Struktur der KPTsch entsprach damals keineswegs dem Profil einer „Partei der Werktätigen". Vielmehr dürften Gesichtspunkte des Opportunismus bei den meisten der Neumitglieder für den Beitritt zur KPTsch maßgebend gewesen sein. So ist es erklärlich, daß 1947 bereits 177 000 Personen bei dem damaligen (ersten) Umtausch der Mitgliederausweise keinen Ausweis mehr erhielten.

Das Netz der KPTsch war 1948 bereits über den ganzen Staat gezogen. In Böhmen und Mähren gab es bereits 1946 nur in 566 kleineren Gemeinden (wahrscheinlich den dünnbesiedelten sudetendeutschen Randgebieten) noch keine KPTsch-Organisation[47].

Der Drang zur Mitgliedschaft bei der KPTsch wurde vor allem nach den Ereignissen des Februar 1948 ganz augenscheinlich. In den dem Februar 1948 folgenden 3 Monaten traten in die KPTsch ein:

März 1948 147 000; April 1948 188 000; Mai 1948 235 000 neue Mitglieder[48].

---

[43] Nach dem Bericht der Mandatskommission auf der Gesamtstaatlichen Konferenz des Jahres 1960; veröffentlicht „Život strany" (Das Parteileben), Jahrgang 1960, Nr. 14, Seite 890—892.

[44] Siehe Tabelle auf S. 447.

[45] Vom 11. Januar bis 28. Mai 1946 traten 295 000 Mitglieder der KPTsch bei!

[46] Faltys, Antonín, „K historii výstavby strany v letech 1945—1960". In: Ze čtyřicet let zápasů KSČ, Historické studie (Sammelband, bearbeitet von Jindřich Veselý), Prag 1961.

[47] Faltys, Antonín, a. a. O.

[48] Faltys, Antonín, a. a. O.

Daß dabei die soziale Struktur der KPTsch noch mehr „verbürgerlicht" wurde, ist einleuchtend. So sank im 1. Halbjahr 1948 der Anteil der Arbeiter im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft um 10%, der der Beamten stieg im gleichen Zeitraum um 7,8% an.

Am 1. Oktober 1948 wurde daher eine Überprüfung der Mitglieder der KPTsch angeordnet, die bis zum 31. 1. 1949 andauerte. Das Ergebnis war der Ausschluß von 107 133 Mitgliedern[49].

Die auf der Gesamtstaatlichen Konferenz des Jahres 1952 angenommene neue Satzung der KPTsch schob dieser Entwicklung einen Riegel vor, indem für die nicht in unmittelbarer Produktion stehenden Werktätigen eine verlängerte Kandidatenzeit vorgesehen wurde.

Immerhin gingen auch die „Säuberungen" von „opportunistischen Elementen" innerhalb der KPTsch weiter. So wurden bis zum X. Kongreß der KPTsch im Jahre 1954 insgesamt 400 000 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Zwischen 1949 und 1954 waren 56,2% der neuaufgenommenen Parteimitglieder „Werktätige" (davon 51,2% unter 25 Jahren).

Aber selbst zum 1. Januar 1956 hatte die KPTsch noch keineswegs jenes soziologische Profil, das sie auf Grund des „Delegiertenschlüssels" vorzuspiegeln glaubte: Nur 36,3% aller Mitglieder waren damals „Arbeiter" und 7,3% Landwirte. Über die soziale Zugehörigkeit der überwiegenden anderen Hälfte der Parteimitglieder wurde nichts verlautbart. Immerhin berichtet die offizielle Stelle, daß zwischen 1954 und 1956 in 1 800 Dorforganisationen die KPTsch kein einziges neues Mitglied der KPTsch geworben werden konnte und daß die KPTsch zum 1. 1. 1956 in 174 Gemeinden der ČSR noch immer keine KPTsch-Organisation besaß[50].

Zwischen 1958 und 1960 wurden 218 407 Kandidaten als Mitglieder in die Partei übergeführt, von denen 55% Arbeiter, 10% Genossenschaftsbauern und 12% Angehörige der wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Intelligenz waren (vor allem junge Menschen unter 25 Jahren). Dennoch, zum 1. 1. 1960 waren erst 44% der Gesamtmitglieder in der „Produktion" beschäftigt. Daß die offiziellen Quellen diese Tatsache mit dem Hinweis auf die „proletarische" Abkunft zu vertuschen versuchen, erhellen die nachfolgenden Angaben über das Jahr 1960, die in dem Bericht der Mandatskommission enthalten sind[51]:

78 % der Mitglieder der Bezirksausschüsse. und
74,6% der Mitglieder der Kreisausschüsse der KPTsch waren demnach dem „ursprünglichen Beruf" nach Arbeiter.

---

[49] Faltys, Antonín, a. a. O.
Vergleiche auch das Referat von Rudolf Slanský vor dem IX. Kongreß der KPTsch im Jahre 1949. Slanský empfahl dem Kongreß eine befristete Mitgliedssperre für „Nichtwerktätige", da sich die „soziale Struktur der Partei" verschlechtert habe. („Rudé právo", vom 27. Mai 1949).

[50] Faltys, Antonín, a. a. O.

[51] „Život strany" (Das Parteileben), Jahrgang 1960, Nr. 14, Seite 890 ff.

In den Bezirksausschüssen waren ferner (1960)

25,5% der Mitglieder Arbeiter und

15,5% der Mitglieder Angehörige von landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften (SZD).

Der Anteil der Frauen an der Mitgliederzahl der Bezirksorganisationen stieg vom Jahre 1958 bis zum Jahre 1960 von 11,4% auf 16,5%.

Über die Kreisorganisationen wurden folgende Angaben bekanntgegeben:

21,8% Arbeiter

15,3% Angehörige von landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften (SZD).

Der Anteil der Frauen in den Kreisorganisationen ist von 14,5% (1958) auf 17% (1960) angestiegen.

Freilich, auch diese Zahlenangaben sind so „dosiert", daß sich das Bild der sozialen Struktur der KPTsch immer nur aus Teilwerten analysieren läßt. Dennoch will der Verfasser versuchen, unter diesem Vorbehalt das Ergebnis seiner Untersuchungen zusammenzufassen.

Zusammenfassung

Eine Analyse der sozialen Struktur der KPTsch wird auf Grund der diffizilen Quellenlage und auf Grund der Tatsache, daß auch die von der KPTsch selbst veröffentlichten Zahlenangaben vielleicht schon den Kern einer gewollten Verschleierung in sich bergen, zu keiner absoluten Aussage kommen können.

Die soziologischen Kriterien, die hier untersucht werden sollen, müssen sich auf wenige Merkmale beschränken. Von den verfügbaren (weil veröffentlichten) Merkmalen erscheinen dem Verfasser die nachfolgenden wichtig genug, sie in den Mittelpunkt seiner Analyse zu stellen:

I. Die Dauer der Mitgliedschaft;
II. die altersmäßige Zusammensetzung der Parteimitglieder;
III. die soziale Schichtung und die soziale Herkunft;
IV. der Anteil der Frauen und
V. der Anteil der nationalen Minderheiten.

Zunächst erscheint jedoch eine Untersuchung über die „Motive" des Beitritts zur KPTsch angebracht. Wenn wir die Mitgliederzahlen der KPTsch vor und nach dem 2. Weltkrieg vergleichen, wird die Bedeutung des „Motivs" des Beitritts für das soziologische Phänomen dieser Massenpartei deutlich; war die KPTsch bis 1938 und vor allem nachdem Klement Gottwald seit 1929 ihren Kurs geprägt hatte, zwar eine revolutionäre bolschewistische Partei, so blieb ihrem Anhang doch eine Grenze gesetzt, die sie aus eigenem Antrieb (auf Grund ihrer Zielsetzung und der damit verbundenen be-

schränkten Machtfülle innerhalb einer pluralistischen Gesellschaftsordnung) nicht überschreiten konnte.

Von den „alten Kämpfern", den Parteiveteranen, blieben nach 1945 nur sehr wenige übrig; wir erinnern uns, nur rund 27 000 Mitglieder zählte die KPTsch als sie 1945 wieder eine „legale" Partei wurde. Ihr erstaunlicher Mitgliederzuwachs bis zu einer Zahl von fast 2,5 Millionen ist gewiß nur zum Teil das Ergebnis ideologischen Konformismus: die zu der KPTsch nach 1945 neu hinzugekommenen Mitglieder waren bei ihrem Eintritt gewiß nur zu einem Bruchteil mit der ideologischen Zielsetzung dieser Partei vertraut. Man wird nach den Gründen suchen müssen, warum die Partei ihre Mitgliederzahl nahezu verhundertfachen konnte. Die KPTsch wurde zu einer Massenpartei auf Grund des Ergebnisses des Ausganges des 2. Weltkrieges. Die Tatsache, daß die „Rote Armee" den größten Teil der Tschechoslowakei „befreien" konnte (wie wir heute wissen, auf Grund der interalliierten Vereinbarungen), hat sicher viel dazu beigetragen, die Kenntnis über die kommunistische Ideologie der „Befreier" aus dem Bewußtsein zu verdrängen. Die traditionellen panslawistischen Gefühle des tschechischen Volkes sind bekannt. Gewiß mag auch dieser Gefühlskomplex mit dazu beigetragen haben, das ideologische Vorstellungsvermögen über die eigentliche Natur des Kommunismus zu verwässern. Diesem prorussischen Gefühlskomplex steht allerdings die gleichstarke Verbundenheit mit der „westlichen" Welt gegenüber. Als drittes Moment muß die psychologische Auswirkung der „Besatzungsepoche" in Betracht gezogen werden: der durch die „Protektoratszeit" psychologisch bedingte antideutsche Komplex. Dies alles jedoch kann noch nicht die Entwicklung der KPTsch zur stärksten Partei im Staate erklären: in einer Zeit, da die KPTsch wohl über verschiedene Schlüsselpositionen in der Regierung und im Verwaltungsapparat verfügte, jedoch nur eine Partei unter mehreren war, stand es dem Staatsbürger frei, unter diesen (zugelassenen) Parteien jene zu wählen, die seiner Vorstellung entsprach. Die KPTsch war vor dem Februar 1948 immerhin eine Partei, die weit über 1 Million Mitglieder zählte und über 37% der Gesamtwähler hatten ihr bereits im Mai 1946 ihre Stimme gegeben. Das phänomenologische Problem dieses Mitgliederzuwachses wird sich wahrscheinlich niemals in allen Einzelheiten deuten lassen. Die soziologischen Folgerungen daraus sind weitaus realer, auch der exakten Untersuchung zugänglich. Wenn also die „Neukommunisten" das Gros der Parteimitglieder stellen, inwieweit beherrschen sie die Partei? Und welche Führungsrolle spielen die Parteiveteranen? Diesen Fragen näher zu kommen, heißt zugleich, die Dauer der Mitgliedschaft in Bezug auf die Gesamtmitgliedschaft der KPTsch zu analysieren.

Dauer der Mitgliedschaft. Bis zur Ausprägung ihres „revolutionären, bolschewistischen Charakters" (nach der Übernahme der Parteiführung durch Klement G o t t w a l d auf dem V. Kongreß der KPTsch im Jahre

1929) war die KPTsch einer starken Mitgliederfluktuation unterworfen. Der Stamm der Mitglieder dürfte daher nicht mehr als 50% betragen haben, während der Rest sich aus jeweils neu hinzukommenden Schichten zusammengesetzt hat. Nach 1929 ist der Mitgliederstamm der Partei im wesentlichen stabil geblieben.

Entscheidendere Bedeutung für das Profil der Partei kommt dem Status der KPTsch zu, der sich uns nach 1945 gegenüberstellt. Auf dem VIII. Kongreß der KPTsch (im Jahre 1946) waren 16,6% der Delegierten „Gründungsmitglieder" der Partei (seit 1921 Mitglied). Man wird sich allerdings hüten müssen, diese Prozentzahl der Delegierten nur in etwa auf die Zusammensetzung der Gesamtpartei zu übertragen. Bei der großen Prozentzahl von „Gründungsmitgliedern" als Delegierte muß vor allem das Problem einer „Repräsentation" berücksichtigt werden: es erschien selbstverständlich, auf dem ersten Nachkriegskongreß der Partei eine große Zahl von Mitgliedern aus der „Gründerzeit" zu repräsentieren, wobei der „Proporz" zur Gesamtmitgliedszahl in diesem Sonderfall unberücksichtigt geblieben ist. 21,8% der Delegierten des VIII. Kongresses der KPTsch sind zwischen 1922 und 1930 der Partei beigetreten; auch diese Prozentzahl wird der eigentlichen Parteizusammensetzung ebensowenig nahekommen können, wie die Prozentzahl der Delegierten, die von 1930 bis 1939 zur KPTsch gestoßen sind (16,1%). Das ergibt schon eine Übertragung dieser Prozentzahlen auf die damalige Gesamtmitgliedszahl von rund 1 Million Mitglieder. Demnach müßten ja 166 000 Gründungsmitglieder, oder insgesamt rund 645 000 Mitglieder der KPTsch vor dem 2. Weltkrieg beigetreten sein! Bemerkenswert ist, daß auf diesem Kongreß 3,3% Delegierte vertreten waren, die zwischen 1939 und 1945 der (illegalen!) KPTsch beigetreten sind. Umgerechnet zur Gesamtmitgliedszahl bedeutet dies, daß rund 33 000 Mitglieder der illegalen KPTsch beigetreten sein müßten. Wir erinnern uns, daß die KPTsch nach Ende des 2. Weltkrieges rund 27 000 Mitglieder aufweisen konnte. Es ist also augenscheinlich, daß die Dauer der Mitgliedschaft, wie sie sich nur aus den Verhältniszahlen der Delegierten dieses Parteikongresses repräsentiert, nicht zu einer ernsthaften Untersuchung über den Durchschnitt der Mitgliedschaftsdauer für die Gesamtpartei herangezogen werden kann.

Keine Korrektur dieses Proporzes erfolgte auf dem IX. Kongreß der KPTsch im Jahre 1949. Damals hatte die Partei den höchsten bisher erreichten Mitgliederstand. Immerhin vertraten die Partei auf diesem Kongreß bereits 70% der Delegierten, die erst nach 1945 der KPTsch beigetreten waren.

Die Zahl der Delegierten, die nach 1945 Mitglied der KPTsch geworden sind, nimmt auf den folgenden Gesamtstaatlichen Konferenzen und Parteikongressen naturgemäß ständig zu; 1958 vertraten diese Gruppe bereits 86%. Dennoch wäre es vermessen, aus diesen Zahlen auf das Stärkeverhältnis der „Parteiveteranen" in der Gesamtpartei zu schließen. Die einzige konkrete Angabe über die mögliche Zahl dieser Gruppe innerhalb der Partei

liefert uns die Tatsache, daß im Mai 1945 nur 27 000 Mitglieder der KPTsch vorhanden waren, die vor 1945 der Partei beigetreten sind. Daß ihre Zahl abgenommen haben muß, leuchtet ein.
In einem ursächlichen Zusammenhang und in Wechselwirkung zur Dauer der Mitgliedschaft steht das soziologische Phänomen der Altersschichtung der Partei.

Die Altersschichtung der KPTsch. Das Gros der Mitglieder stellt heute die Generation der 35—45jährigen, jener Generation, die die „Protektoratszeit" als etwa 17- bis 27jährige erlebt hatten. Diese Generation war großenteils vom Besuch der höheren Schulen ausgeschlossen, konnte ihr Universitätsstudium nicht beginnen oder war während des Studiums mit der harten Maßnahme der Universitätsschließung konfontriert worden. Wenn dies auch nur für einen Teil dieser Generation Gültigkeit haben kann (Intelligenzschicht), so darf andererseits doch nicht übersehen werden, daß der andere Teil die „Protektoratszeit" gleichfalls als eine Epoche der nationalen Schmach des tschechischen Volkes erlebt hatte.

Diese Generation der 35—45jährigen stellt heute nicht nur das Gros der Mitglieder der KPTsch, sondern auch in überwiegendem Maße die technische, wirtschaftliche und politische Führungsschichten des Staates. Ihr geistiger Habitus ist auch für das ideologische Profil der KPTsch von morgen entscheidend. Freilich, die allerhöchsten und repräsentativen Funktionen in der Partei werden noch nicht durch diese Generation repräsentiert. Von den 15 Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros des ZK der KPTsch gehören nur 3 dieser Generation an: die restlichen 12 sind „Parteiveteranen". Von den 5 Sekretären des ZK der KPTsch, die unter dem 1. Sekretär Antonín Novotný praktisch die Parteiarbeit lenken, gehören allerdings bereits 4 dieser Generation an. Die kommunistische Gesellschaftsordnung, die auch in der Tschechoslowakei noch nicht erreicht ist, besteht natürlich nicht nur aus der Elite, sondern auch aus dem Gros der Mitläufer; den Funktionären der unteren Ebene, den Mitgliedern. Ihr ideologisches Bekenntnis zum Kommunismus ist gleichfalls eine Kernfrage für die Zukunft der Partei.

Die beruhigte Mitgliederbewegung nach dem stürmischen Mitgliederzuwachs der ersten Nachkriegsjahre bis zu dem Höhepunkt des Jahres 1949 läßt uns erkennen, daß die jüngeren Parteimitglieder (bis 35 Jahre) zumindestens in den nächsten 10 Jahren innerhalb der Altersschichtung der Gesamtpartei keine dominierende Rolle zu spielen vermögen. Das besagt allerdings noch nichts darüber, inwieweit sich aus dieser Generation in den kommenden Jahren neue Führungseliten bilden werden, die das Gesicht der Partei beherrschen werden. Daß diese Generation, die zum Teil bereits durch eine kommunistische Schulausbildung gegangen ist, durchaus „massiv" innerhalb der Partei eliten-bildend wirken könnte, beweist die Tatsache, daß von den 218 407 neuen Parteimitgliedern, die zwischen 1958 und 1960 in die KPTsch aufgenommen wurden, 12% Angehörige der wissen-

schaftlich-technischen Intelligenz waren. (Wovon der größte Teil unter 25 Jahre alt war.)

Mit dem Generationsproblem ist auch die Frage der sozialen Schichtung der Partei verknüpft.

Die soziale Schichtung. 1956 waren 36,3% aller Parteimitglieder „Werktätige" und nur 7,3% in der Landwirtschaft beschäftigt. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Partei seit 1956 alles unternommen haben sollte, um die KPTsch wieder zu einer proletarischen Partei zu machen, kann doch mit Sicherheit geschlossen werden, daß auch heute (1961) noch mehr als 50% der Mitglieder der KPTsch keinen proletarischen Beruf ausüben oder ihn nicht mehr ausüben. Von diesem Gesichtspunkt her betrachtet, bedeutet „Parteizugehörigkeit" die Aussicht, binnen kurzer Zeit eine soziale Sonderstellung zu erreichen, sich aus den in der „unmittelbaren Produktion Beschäftigten" herauszuheben.

Daß sich dieses soziologische Phänomen — keineswegs nur für die Tschechoslowakei gültig — auch in der unteren Ebene so eindeutig manifestiert, darüber geben uns die 1960 veröffentlichten Angaben über die soziale Schichtung der Kreis- und Bezirksorganisationen Aufschluß. Wohl waren (1960) rund 78% der Mitglieder der Bezirksausschüsse und 74,6% der Mitglieder der Kreisausschüsse der KPTsch ihrem ursprünglichen Beruf nach „Arbeiter": zum gleichen Zeitraum (1960) waren jedoch nur 25,5% der Mitglieder der Bezirksausschüsse und 21,8% der Mitglieder der Kreisausschüsse der KPTsch als „Arbeiter" berufstätig. Deutlicher läßt sich dieser soziologische Prozeß, „über die Partei" die soziale Stellung (weg vom Proletarier!) zu verbessern, kaum darstellen. Es wäre aber vermessen, die Auswirkungen dieser festgestellten Tendenz zu überschätzen. Für den Kommunismus selbst ist ein soziologischer Entwicklungsprozeß nur dialektisch zu begreifen — das Regulativ ist die ideologische Selektion, die sich im dialektischen Entwicklungsprozeß vollzieht.

Der Anteil der Frauen innerhalb der KPTsch ist immer noch sehr gering. 1946 waren 22% der Mitglieder der KPTsch Frauen. Wie hoch der Anteil der Frauen innerhalb der KPTsch heute ist, kann nur in etwa angenommen werden. Er dürfte bei 16—18% liegen. Wenn man bedenkt, daß die Tschechoslowakei (1958) fast eine halbe Million m e h r Frauen als Männer hatte, wird dadurch auch die Bedeutung der Frau innerhalb der KPTsch gekennzeichnet.

Anteil der nationalen Minderheiten. Der Anteil der nationalen Minderheiten (ihre kulturellen Rechte sind durch die Verfassung nur für die Polen, Magyaren und Ukrainer garantiert) liegt mit 1,4% weit unter der Verhältniszahl der Gesamtbevölkerung (5,7%). Dagegen ist der Anteil der Tschechen in der Zahl mit 84,3% (der Einwohnerzahl 66,5%) weitaus höher als

der der Slowaken mit 14,3% (Bevölkerungsanteil 27,8%). Der Anteil der Slowaken an der Gesamtpartei entspricht natürlich genau der Mitgliedszahl der KPS (Gebietsorganisation der KPTsch in der Slowakei).

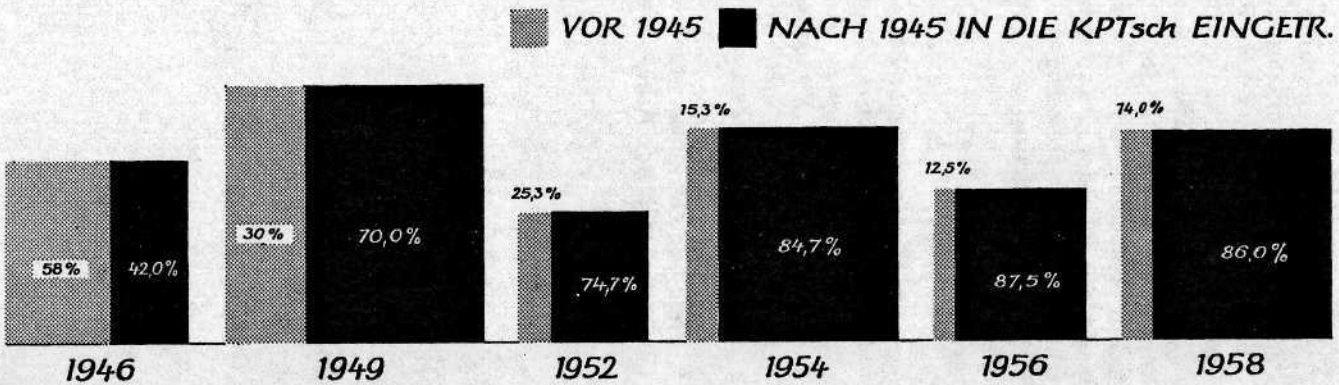
Entsprechend den geringen Prozentzahlen ist auch der Einfluß der nationalen Minderheiten innerhalb der KPTsch. Den Deutschen in der Tschechoslowakei (heute noch 180 000—200 000; der amtlichen Statistik nach knapp über 160 000) war der Eintritt in die KPTsch bis zum Jahre 1951 verwehrt; Ausnahmen wurden nur für bewährte Vorkriegskommunisten gemacht, die entweder in Konzentrationslagern inhaftiert oder in die Sowjetunion emigriert waren. Der Anteil der Deutschen in der KPTsch ist daher als sehr gering anzusehen. Detaillierte Zahlenangaben wurden niemals veröffentlicht.

Der Verfasser glaubt, daß es ihm gelungen ist, die soziale Struktur der KPTsch nachzuzeichnen. Die soziologischen Probleme der KPTsch allerdings konnten in diesem ersten Forschungsbericht nur ganz am Rande angedeutet werden. Sie bleiben einer umfassenderen Arbeit vorbehalten, an der er seit einer Reihe von Jahren arbeitet. Soweit es die Menschen, ihre soziale Herkunft und ihren politischen Weg betrifft, ist in dem Biographischen Handbuch der Tschechoslowakei (bearbeitet von Heinrich Kuhn und Otto Böss, München 1961) bereits eine sehr wesentliche Basis für eine derartige Arbeit geschaffen worden.

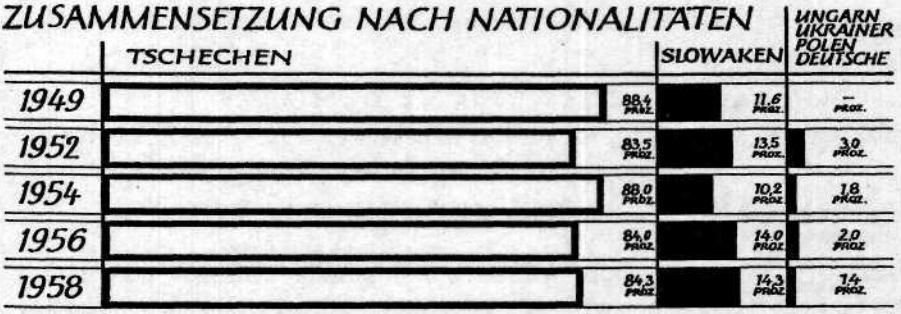
DAUER DER MITGLIEDSCHAFT IN DER KPTsch

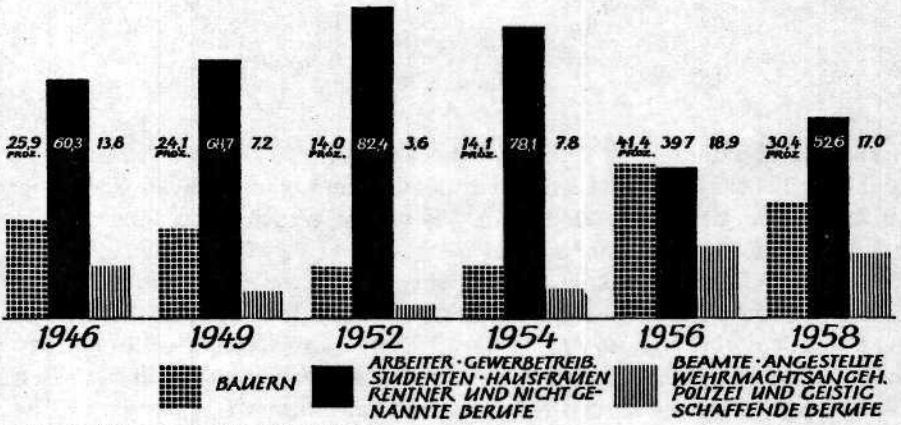
(KONFERENZ) KONGRESS JAHR	1921 ZAHL · PROZ.	1922 BIS 1930	1931 BIS 1939	1939 BIS 1945	NACH 1945	V. 1945 BIS FEBR. 1948	NACH FEB. 1948	GESAMTZAHL DER (KONFERENZ) KONGRESS-TEILNEHMER
1946	172 · 16,6%	226 · 21,8%	167 · 16,1%	35 · 3,5%	438 · 42,0%			1038
1949	179 · 8,7%	181 · 8,8%	191 · 9,2%	69 · 3,3%	1448 · 70%			2068
1952		134 · 25,3%				369 · 70%	25 · 4,7%	528
1954	72 · 5,1%	121 · 8,6%		22 · 1,6%		1089 · 77,7%	98 · 7,0%	1402
1956		87 · 12,5%				*606 · 87,5%		693
1958		179 · 14,0%				1148 · 86,0%		1327

* DAVON 82 TEILNEHMER, DIE ZUM ZEITPUNKT DES KONGRESSES WENIGER ALS 5 JAHRE IN DER PARTEI WAREN



ZUSAMMENSETZUNG NACH NATIONALITÄTEN

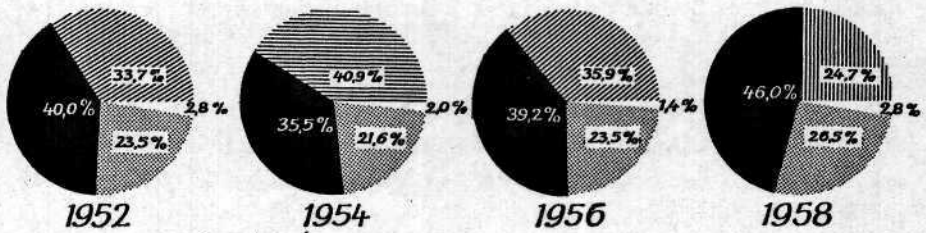




SOZIALE SCHICHTUNG

ALTERSSCHICHTUNG





PARLAMENTARISCHE DEMOKRATIE UND DIE POLITIK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI IN DEN JAHREN ZWISCHEN 1945 UND 1948

Versuch einer Analyse des Aufsatzes Jan Kozáks: „Die Möglichkeit der revolutionären Ausnützung des Parlaments beim Übergang zum Sozialismus und die Aufgaben der Volksmassen".

Von Otfrid Pustejovsky

Vorbemerkung

Der Umsturz der letzten Februarwoche des Jahres 1948 in der Tschechoslowakei[1] gliederte den Staat scheinbar plötzlich und ohne näheren Übergang in das System des Sowjetblocks ein. Die in den vergangenen Jahren zahlreich erschienene Literatur[2] sowohl marxistischer Provenienz als auch von Seiten des tschechischen Exils erlaubt dagegen nach sorgfältiger Prüfung den Schluß, im tschechoslowakischen Beispiel eine von langer Hand theoretisch und praktisch vorbereitete Aktion der KPTsch[3] unter wahrscheinlich aktiver Beteiligung der UdSSR zu sehen. Ja, man kann sogar sagen, daß in der Tschechoslowakei die marxistisch-leninistischen Thesen von der revolutionären Unterwanderung parlamentarisch-demokratischer Einrichtungen zum ersten Male in der Geschichte zu einem Gutteil in praxi verwirklicht worden sind — wenn auch äußere und innere Umstände die Ereignisse in außerordentlicher Weise begünstigten.

Jan Kozák, heute führender marxistischer Philosophieprofessor in Prag, ein früherer Nationalsozialist[4], hat bereits in mehreren Untersuchungen zu diesem Ereignis Stellung genommen. Retrospektiv entwickelt er neue The-

---

[1] Zur Chronologie der Ereignisse vgl. speziell: Kronika únorových dnů.

[2] Vgl. dazu das als Anhang beigegebene ausführliche Literaturverzeichnis.

[3] KPTsch = Kommunistische Partei der Tschechoslowakei; vgl. Kopecký: ČSR a KSČ.

[4] Sein Lebenslauf, soweit er bekannt ist, in: Kuhn/Böss: Biographisches Handbuch, S. 346—347; entspr. Kopecký: ČSR a KSČ S. 240, unterstützte Kozák bereits in den dreißiger Jahren die kommunistischen Studentenbewegungen, obwohl er den tschechischen Nationalsozialisten (národní socialistická strana) angehörte.

sen zum revolutionären Kampf am Beispiel der Jahre 1945 bis 1948 in der Tschechoslowakei. Seine für die politische Geschichte der unmittelbaren Vergangenheit aufschlußreiche Schrift „Die Möglichkeit der revolutionären Ausnützung des Parlaments beim Übergang zum Sozialismus und die Aufgaben der Volksmassen"[5] liegt unserer Arbeit als Rahmenthema zu Grunde.

Die wesentlichen Thesen Jan Kozáks

Kozák geht es in seinem Aufsatz vor allem um den Nachweis, daß der gesamten Nachkriegsentwicklung in der ČSR Gesetzlichkeit im marxistisch-leninistischen Sinne innewohnt. So steht denn seine Arbeit unter folgendem Aspekt: leninistische Theoreme mit den konkreten Maßnahmen der KPTsch in Einklang zu bringen, d. h. mit den Maßnahmen, die die ČSR zum Musterbeispiel kommunistischer Staatsumwandlung werden ließen. Die gemeinhin als Sowjetisierung[6] bezeichneten Vorgänge stellen in der Tat — und dies sucht eben Kozák vor allem nachzuweisen — eine Verwirklichung der revolutionären Theorien und der bis 1945 gesammelten Erfahrungen kommunistischer Parteien dar. Aus den Erfahrungen der spanischen Rotfront, der französischen Kommunisten oder der englischen Labour Party wird die den marxistisch-leninistischen Thesen angeblich widersprechende Anschauung vom „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" als Opportunismus herausgearbeitet.

Die praktische Anwendung der klassischen Revolutionsthesen geschah — dies geht aus Kozáks und anderer Darstellungen[7] klar hervor — unter zentralen und umfassenden Gesichtspunkten, in gleichmäßiger und alle wichtigen Bereiche staatlicher Organisation umgreifender Einschaltung des ‚Drucks von oben' wie auch des ‚Drucks von unten'; das heißt: parlamentarisch-legislativer, legal-exekutiver sowie außerparlamentarisch organisierter zentraler Aktionen. Wichtig hierbei ist, wie Kozák in seiner Arbeit mehrfach feststellt, die genaue Wahrung demokratisch-institutioneller Formen, die planmäßige Ausnützung vieler die Öffentlichkeit tatsächlich bewegender Probleme, sowie die durch die Kriegsereignisse besonders geförderte emotionale Anlehnung der ČSR an ihren slawischen Nachbarn, die UdSSR. Von besonderem Interesse erscheint uns der Hinweis, daß selbst den marxistischen Theoretikern und Historikern der neuesten Geschichte

---

[5] Bezeichnenderweise erfolgte diese Veröffentlichung, wie auch die der meisten anderen Arbeiten, in den „Beiträgen zur Geschichte der KPTsch".

[6] Vgl. z. B. Birke/Neumann: Die Sowjetisierung, sowie viele ähnlich lautende Titel.

[7] Vgl. Bibliographie, spez. Foustka; Klimeš; Bouček; Frey: Stichwort ‚Boj — strany...'

verschiedene parteiinterne Vorgänge der KPTsch, insbesondere des Jahres 1947, nicht bekannt gewesen zu sein scheinen[8]; diese Auffassung wird erhärtet durch die gerade in jüngster Zeit verstärkten Bemühungen um die theoretische und praktische Erforschung der ersten Nachkriegsjahre.

Das von Kozák in der uns vorliegenden Arbeit verarbeitete theoretische Material ist gering. Im Grunde beschränkt es sich — soweit dies feststellbar ist — auf die „Klassenkämpfe in Frankreich"[9] von Karl Marx und auf das Werk Lenins, „Staat und Revolution"[10] vom Juni-September 1917. Indirekt ist Kozák natürlich bestrebt, der neuen Linie Moskaus, insbesondere den Ergebnissen des XX. Parteikongresses der KPdSU, Rechnung zu tragen.

Aus der Menge der teilweise etwas unsystematisch vorgetragenen Thesen und ihrer ‚Beweisführung' scheinen folgende Punkte besondere Wichtigkeit zu besitzen:

1. Die Möglichkeit verschiedener Formen und Wege der proletarischen Revolution;
2. die Abhängigkeit bestimmter Formen von den konkreten Verhältnissen:
   a) internationale und innere Klassenkräfte;
   b) Organisierung des Proletariats und der Bourgeoisie;
   c) der Grad der Wirtschaftsstruktur eines Staates;
   d) die politischen Traditionen und deren Organisationsform;
3. die nationale Front der ‚Patrioten';
4. die Verwirklichung des sogenannten Kaschauer Programms[11];
5. das Bündnis mit der UdSSR;
6. die politischen Traditionen der Tschechen (und Slowaken) vor allem auf parlamentarischem Gebiet;

---

[8] Kozák: K objasnění postupu ÚV KSČ. Die sich durchziehende Ansicht und Feststellung: „In der Bearbeitung des Materials der Parteigeschichte in den Jahren 1945 bis 1948 bestehen bisher, wie die Forschungsergebnisse zeigen, bedeutende Mängel. Dazu trug auch die Tatsache bei, daß ein Teil des Materials einem breiteren Kreis von Wissenschaftlern lange Zeit hindurch nicht zugänglich war". S. 123. Und seine abschließende Bemerkung: „Die Materialquelle ist allerdings nur eine aus der Reihe anderer, zwingt zur Aufsuchung weiterer Quellen, zu ihrer gegenseitigen Überprüfung und damit zur sukzessiven Verwissenschaftlichung und zu einer größeren Parteilichkeit bei der Auslegung." S. 125.

[9] Marx, K.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. Berlin 1951, 170 S. = Bücherei des Marxismus-Leninismus. Bd. 23.

[10] Lenin, W. I.: Werke. Bd. 25. Instit. für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausg. Berlin 1960.

[11] Kaschauer Programm: benannt nach der ostslowak. Stadt Kaschau (= Košice), in der die aus dem Exil zurückgekehrte und in der ‚Nationalen Front' vereinigte tschechoslowakische Regierung das Regierungsprogramm entwickelte; wichtigste Punkte vgl. Anm. 20.

7. die wesentlichen Kampfmittel der KPTsch[12]:
   I. ‚Druck von oben' in 4 verschiedenen Grundformen:
      a) Beherrschung von Staatsmacht und Staatsapparat;
      b) Popularisierung revolutionärer Forderungen;
      c) Nationalisierung der Grundindustrie, der Banken, usw.;
      d) ‚Entlarvung' und Unterdrückung sowie Isolierung bourgeoiser Parteien, Kräfte, Feinde, Verräter, usw.;
   II. ‚Druck von unten' auf die Regierung, das Parlament und andere Machtorgane:
      a) Einberufung von Protestversammlungen;
      b) Annahme und Verbreitung von Resolutionen;
      c) Entsendung von Deputationen;
      d) Organisierung von Massendemonstrationen;
      e) Ausrufung von Streiks, gegebenenfalls des Generalstreiks (24. Februar 1948);
      f) in außerordentlichen Organisationsformen:
         aa) Betriebsrätekongresse;
         bb) Kongresse der sogenannten Bauernkommissionen;
8. die ‚Abweichung' der reformistischen Thesen des ‚parlamentarischen Wegs zum Sozialismus' von der originären marxistisch-leninistischen Lehre.

Auf diesen Grundpositionen konstruiert Jan Kozák sein Gebäude der „Möglichkeit der friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution", indem er zusammenfassend bemerkt:

„Die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution mit Hilfe der revolutionären Ausnützung des Parlaments, auf die der XX. Kongreß der KPdSU hingewiesen hat, ist ein Produkt der neuen Klassenbedingungen, die durch die tiefgreifenden objektiven und subjek-

---

[12] Zu Punkt 7 ist interessanterweise noch zu bemerken, daß Kozák eine ganze Reihe von Organisationen als „Bestandteile" des organisierten ‚Drucks von unten' aufzählt. Es sind demnach:

1. Die Nationale Front: einschließlich der „breiten, einheitlichen, gesamtnationalen Massenorganisationen", deren Positionen die Arbeiterklasse beherrschte. K. rechnet hierher auch noch die „linken fortschrittlichen demokratischen Kräfte in den übrigen Parteien";
2. die Massenorganisationen stellten die „direkten Reserven der Partei (sc. KPTsch) dar";
3. die einheitliche revolutionäre Gewerkschaftsbewegung;
4. der Einheitsverband der tschechischen Bauern;
5. der Verband der befreiten politischen Häftlinge;
6. der Verband der Freunde der Sowjetunion;
7. der Verband der tschechischen Jugend;

letzterem wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, wie seine Geschichte seit Anfang Mai 1945 und vor allem seit der Vereinigung der beiden nationalen Verbände SSM und SČM zum ČSM am 23.—24. April 1949 beweist.

tiven Veränderungen in der Welt geschaffen worden sind. Sie ist ein Produkt klassenpolitischer Konsequenzen, die aus der Existenz des sozialistischen Weltsystems und seiner politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Macht entstanden sind" [13].

Die in wesentlichen Teilen des Kozák-Aufsatzes ausschließlich faktographische Untermauerung der Thesen sowie die feststellbare Unsicherheit der offiziellen Geschichtsschreibung in der Beurteilung der ersten Nachkriegsjahre [14], berechtigen zu dem Schluß, daß auch die Parteilinie keine Sicherheit gegenüber den oftmals recht unklaren und verschiedenartig auslegbaren Fakten bietet. Im Rahmen der parteilich konstruierten Geschichte ist auch Jan Kozák nur ein ausführender Teil, wenn auch, wie man wohl sagen kann, einer der bedeutenderen.

Der panslawische Gedanke und die Politik der KPTsch

Kozák vermeidet es offensichtlich, eines der wichtigsten Elemente kommunistischer Politik der Kriegs- und Nachkriegszeit zu erwähnen: die slawische Komponente. Statt dessen nimmt er die ‚sozialistische Nachbarschaft' zur UdSSR in Anspruch.

Eine Betrachtung der politischen Tätigkeit Moskaus seit 1939 gegenüber dem böhmisch-mährischen Raum zeigt aber ganz deutlich die gesteuerte und alle Elemente emotionaler Bereiche einbeziehende Propaganda. Kann man die politische Konzeption des panslawischen Gedankens bei den anderen tschechoslowakischen Parteien — etwa den Nationalsozialisten, den Agrariern, den Volksparteilern, usw. — als Ergebnis des dem 19. Jahrhundert entstammenden Geschichtsbildes zuschreiben, so ist im Gegensatz hierzu die Politik der KPTsch sowohl ideologisch als auch pragmatisch bestimmt. Gezielt und geschickt nimmt zum Beispiel Klement Gottwald in seinen Moskauer Kommentaren für die ČSR auf diese slawische Nachbarschaft Bezug [15]. Prinzipien der Volksfronttaktik — nationale Einigkeit, National-

---

[13] Kozák: Možnost, S. 215.

[14] Vgl. z. B. die Thesen zur čsl. Geschichte, die als Beihefte zum ČSČH 1953—1955 erschienen sind; mehr darüber: Pustejovsky, Otfrid: Die zwiespältige Umdeutung der tschechischen Geschichte. Saeculum 11 (1960) 246—292.
Ferner der III. Band der von der čsl. Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Geschichte: Přehled československých dějin. Díl III. 1918—1945. [Überblick der tschechoslowakischen Geschichte.] Prag 1960. 671 S. Mit einer ausführlichen Bibliographie — allerdings zum überwiegenden Teil marxistischer Provenienz — S. 614—637. Vgl. weiter die zahlreichen Beiträge zur Geschichte der jüngsten Vergangenheit in den versch. historischen Zeitschriften, vorallem im ČSČH; dazu auch weitere Verweise im Literaturverzeichnis.

[15] Aus den zahlreichen Reden und Kommentaren nur einige Beispiele: Spisy. Bd. IX (1939—1942). Prag 1954, 331 S.
Všeslovanský sjezd v Moskvě [Der allslawische Kongreß in Moskau]. Kommentář v českém vysílání moskevského rozhlasu 13. srpna 1941. S. 50—53: „Die Ver-

ausschüsse, zentrale Führung — werden mit dem Mantel der engen slawischen Brüderlichkeit umhüllt; in bezug auf den Leninschen Internationalismus argumentiert hier Kozák mit den ‚veränderten objektiven Gegebenheiten'. Bemerkenswert ist bei Gottwald schon zu jener Zeit die genaue terminologische und praktische Unterscheidung zwischen tschechoslowa-

---

treter aller slawischen Völker kamen in Moskau zusammen, um die Einheit und Solidarität aller slawischen Völker im ungeheuren Kampf gegen den Erbfeind des Slawentums, den kämpferischen Pangermanismus, . . . zu proklamieren". S. 51.

Fronta českého národa [Die Front des tschechischen Volkes]. Komentář v českém vysílání moskevského rozhlasu 17. ledna 1942. S. 159—162:

„Ja, für das tschechische Volk (sc. národ) verläuft heute die Front durch die tschechischen Fabriken, durch die tschechischen Schächte, durch die tschechischen Felder und durch die tschechischen Eisenwerke. Das tschechische Volk (sc. lid) hat Hitler an dieser Front nicht nur einen Schlag beigebracht". S. 162.

Osmnáct let od srmti V. I. Lenina [Achtzehn Jahre sind seit dem Tode W. I. Lenins vergangen]. Komentář v českém vysílání moskevského rozhlasu 21. ledna 1942. S. 163—166:

„Die entscheidenden Kämpfe liegen erst vor uns. Und gleich wie die Völker der Sowjetunion alle Kräfte anspannen, damit sie zum nächsten Todestag Lenins sein Andenken in einem vom hitlerischen Ungeziefer gereinigten Land feiern können — so ähnlich wird auch das tschechische Volk (sc. lid) alles in seiner Macht liegende tun, damit wir die kommende Totenfeier Lenins bereits im freien Prag begehen können!" S. 166.

Druhý všeslovanský sjezd v Moskvě [Der zweite allslawische Kongreß in Moskau]. Komentář v českém vysílání moskevského rozhlasu 4. dubna 1942. S. 278 bis 281:

„Verehrte Zuhörer! Heute Abend wird in Moskau der zweite allslawische Kongreß begonnen. Die Vertreter aller slawischen Völker kamen wiederum in der Hauptstadt der Sowjetunion zusammen, um die Solidarität und Einigkeit des Slawentums im Kampf gegen den Hitlerismus, diesen Hauptfeind der slawischen Völker, zu demonstrieren. ... Es besteht kein Zweifel daran, daß der zweite Moskauer allslawische Kongreß ein weiterer Ansporn im Kampf aller slawischen Völker für ihre Befreiung aus fremder Unterdrückung sein wird. ... Das tschechische Volk (sc. lid) wird sich seiner hussitischen Ahnen wert erweisen und wird jene alte hussitische Parole zu neuem Ruhm erheben: „Den Feind fürchtet nicht, auf die Zahl blickt nicht, schlagt sie, schlagt sie, niemand sollt ihr verschonen!" S. 278; 280; 281.

Spisy. Bd. X (1942—1943). Prag 1955, 362 S.

Hieraus seien lediglich erwähnt: 16. Mai 1942: Bekanntmachung der tschech. Politiker in der UdSSR. S. 31—34. 27. Mai 1942: Nach dem Vorbild der Hussiten, an der Seite der Roten Armee. S. 39—50. 6. Juli 1942: Die Tradition des siegreichen nationalen Befreiungskampfes. S. 88—91.

Spisy. Bd. XI (1943—1945). Prag 1955, 397 S.:

Hier nur ein Beispiel: 1. Februar 1944: Über einige Fragen der politischen Führung unseres nationalen Kampfes. S. 289—296: „Eines aber können wir heute schon mit Sicherheit voraussetzen, daß nämlich das Volk (národ), das so harte Erfahrungen durchgemacht, nicht die Wiederkehr früherer politischer Zustände erleiden wird, und sei dies auch in verkleideter Form, daß es vor allem nicht erlauben wird, daß an führender Stelle, an die Staatsführung jene sozialen Konstellationen und ihre politischen Vertreter gelangen, die in der jetzigen nationalen Krise so schändlich gelogen und verraten haben." S. 293.

kischem Volk im Sinne der werktätigen Massen (lidl) und tschechischem und slowakischem Volk im ethnischen Sinne (národ)[16].

Auch der Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen der Sowjetunion und der ČSR-Exilregierung vom 12. Dezember 1943[17] wird unter diesem Gesichtspunkt motiviert. Für die Sowjetunion aber und für die kommunistische Partei der Tschechoslowakei stellt er den Hebel für die späteren unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeiten in die innere Politik der ČSR dar, was von den verantwortlichen Exilpolitikern jedoch nicht erkannt oder falsch eingeschätzt wird[18]. Der sozialistische Block innerhalb der Nationalen Front[19] setzt diesen Hebel allerdings bereits im Kaschauer Programm an[20]. Die Propaganda folgt unmittelbar nach[21].

---

[16] Vgl. dazu Anm. 15.

[17] KAG XV (1945) S. 167: Vertrag über die Freundschaft, den gegenseitigen Beistand und die Zusammenarbeit nach dem Kriege.
Art. 1 Die hohen vertragsschließenden Parteien sind übereingekommen, sich zu einer Politik ständiger Freundschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit nach dem Kriege sowie zu gegenseitiger Hilfe zu verbünden ...
Art. 4 ... im Interesse ihrer beiderseitigen Sicherheit übereingekommen, in der Zeit nach der Wiederherstellung des Friedens eng und freundschaftlich zusammenzuarbeiten ...
Art. 5 Jede der hohen vertragsschließenden Parteien verpflichtet sich, kein Bündnis abzuschließen, noch an einer Koalition teilzunehmen, die gegen die andere vertragsschließende Partei gerichtet ist.

[18] Radioansprache Staatspräsident Beneš', anläßlich des 2. Jahrestages der UNNRA, an die USA; 15. November 1945: „Wir haben unser eigenes Regime und unsere volle Unabhängigkeit. Und wir bleiben ein souveräner Staat. Die Sowjetunion mischt sich nicht in unsere Angelegenheiten und wird sich auch nicht einmischen. Wir gehen nach unseren eigenen Methoden vor, nach unseren Traditionen, nach unseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir uns von Rußland isolieren können und wollen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Gedanken durch keine Grenzziehung aufgehalten werden können. Wir entlehnen daher der Sowjetunion all das, was unseren Verhältnissen zugute kommt ..." KAG XV (1945) S. 524.
Und noch am 24. Februar 1948 schreibt Beneš an das ZK der KPTsch: „Ich bestehe auf parlamentarischer Demokratie und einer parlamentarischen Regierung. Ich kenne natürlich auch genau ihren notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Inhalt. Ich habe meine politische Arbeit auf diesen Grundsätzen aufgebaut und ich kann nicht anders handeln, ohne mich selbst zu verraten ... Ich muß daher von neuem an alle appellieren, auf parlamentarischem Wege der Nationalen Front eine gütliche Lösung und eine neue erfolgreiche Zusammenarbeit zu finden." Zit. nach: Die Februarereignisse. S. 49.

[19] Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten.

[20] Beschlossen am 5. April 1945 in Kaschau. Hauptpunkte: Bildung einer Regierung der Nationalen Front, in der die zugelassenen Parteien mit je drei Ministern vertreten sein werden; Einigung über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und der Banken; Bodenreform; Verfolgung von Kollaborateuren und Staatsverrätern; Einigung über die Bildung von Nationalausschüssen.

[21] Der neuernannte Premierminister Zdeněk Fierlinger hielt am 7. April 1945 in Kaschau anläßlich der Sitzung des Slowakischen Nationalrates eine Rede, in der

Zweifelsohne stimmte die kommunistische Taktik weitgehend — wenigstens anfangs — mit der öffentlichen Meinung überein, die in dieser slawischen Komponente eines der wesentlichsten Schutzmittel gegenüber allen dem tschechoslowakischen Staat künftig drohenden Gefahren ansah. Mit

---

er sich als Sozialdemokrat voll mit den kommunistischen Forderungen identifizierte, ohne dies natürlich expressis verbis auszudrücken. Des Interesses wegen wird hier nahezu der ganze Wortlaut wiedergegeben:

„Die Regierung muß eine Regierung einer breiten Volksfront sein, die sich aus Vertretern aller sozialen Schichten und politischen Richtungen zusammensetzt, die in der Heimat und im Auslande den Befreiungskampf gegen die deutsche und ungarische Tyrannei führten... Die Regierung hat zur Zeit nur eine begrenzte Mission, jedoch erkennt sie das Ausmaß der bevorstehenden Aufgaben und die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung ... Wir müssen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die vorrückende Rote Armee unterstützen ... Die gemeinsamen Grenzen, die wir mit unserem großen östlichen Nachbarn haben werden, werden uns die Möglichkeit geben, gegenseitige Beziehungen zu schaffen, welche auf militärischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ihren Ausdruck finden werden ... Aus unserem gegenwärtigen Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind, das imperialistische Deutschland, werden alle slawischen Völker wiedergeboren und mit erstarktem demokratischen Bewußtsein hervorgehen. Die slawischen Völker haben sich ein für allemal von den verderblichen Einflüssen und Einmischungen von außen befreit, die ihre Freiheit bedrohten ... Deshalb erscheint es auch selbstverständlich, daß sich alle slawischen Völker ausnahmslos um ihren großen Verbündeten die Sowjetunion gruppieren, deren aufrichtige und folgerichtige Politik ein einziges und großes Ziel verfolgt, nämlich die volle Unabhängigkeit und Freiheit aller slawischen Staaten für immer zu garantieren... Diese unsere slawisch orientierte Politik wird uns nicht hindern, unseren großen westlichen Nachbarn die traditionelle Freundschaft zu bewahren, d. h. der angelsächsischen Demokratie und dem wiedererstandenen demokratischen Frankreich. Alle staatlichen, öffentlichen und Verwaltungsbehörden werden gänzlich von allen jenen Elementen gesäubert werden, die sich gegen die Republik und das Volk vergangen haben, von allen faschistischen und dem Faschismus freundlichen Elementen sowie von jenen, die sich während der deutschen und ungarischen Besetzung hinsichtlich des Volkes und des Staates als wortbrüchig und feig erwiesen haben ... Auf dem Gebiete der Wirtschaft muß der Staat ernste Maßnahmen ergreifen, um die Volkswirtschaft völlig von jeglichem fremden Einfluß zu befreien und sämtlichen Besitz, der Staatsbürgern von feindlichen Staaten gehört oder von ihnen verwaltet wird, in die Verwaltung des Volkes überzuführen ... Die Regierung wird bestrebt sein, tschechischen und slowakischen Boden ein für allemal den fremdländischen deutschen und ungarischen Grundbesitzern zu entreißen, ebenso den Verrätern des Volkes, und ihn der tschechischen und slowakischen Bauernschaft und den eigenen Staatsbürgern zu übergeben. Zum Zwecke der erfolgreichen Erfüllung der Aufgaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaus müssen das gesamte Geld- und Kreditwesen, die grundlegenden Industriezweige, die Energiequellen und Bodenschätze unter die Kontrolle des Staates und in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden ... Die Regierung wird ferner dafür sorgen, daß die Tschechoslowakei auswärtige Hilfe erhält, insbesondere von seiten der Sowjetunion." KAG XV (1945), S. 166 bis 167.

gutem Echo konnte man sowohl von kommunistischer[22] als auch von nationaler Seite[23] auf das Jahr 1938 verweisen. Und gerade diese slawische Parole war es, die von der KPTsch in ihrer innenpolitischen Aktivität in jeder Weise ausgenützt wurde: in bezug auf die Landwirtschaft[24], die Gewerkschaftsbewegung[25], die Heranbildung sonstiger Massenorganisationen, wie z. B. des tschechischen Jugendverbandes und des Verbandes der slowakischen Jugend[26]; weiters in bezug auf die parlamentarischen Traditionen, die Steuerung des Parteiwesens im allgemeinen, usw.

Während Kozák das Element ‚Freundschaft' mit der UdSSR in den Vordergrund stellt und hier die politischen parlamentarischen Traditionen der ČSR einbezieht, läßt er die in der unmittelbaren Nachkriegszeit so elementar wirkende ‚slawische' Komponente völlig außer Betracht. Es wurde aber

---

[22] Vgl. dazu besonders Klement Gottwald: Spisy Bd. XIII und XIV. In zahlreichen Reden und Aufsätzen weist er immer wieder darauf hin, „daß die großkapitalistischen Magnaten nicht fähig sind, die Wirtschaft zum Vorteile der Gesamtheit zu leiten" (i. Orginal kursiv), die bourgeoise Mißwirtschaft den Staat verkaufte — jetzt aber habe man den „neuen Erweis der Lebendigkeit und Wahrhaftigkeit der Parole, daß der Slawe überall Brüder hat". Zum Beispiel: Spisy XIV (1947—1948). Prag 1958, 467 S. Projev na manifestaci KSČ na Václavském náměsti v Praze 1. května 1947 [Ansprache anläßlich der Kundgebung der KPTsch auf dem Wenzelsplatz in Prag am 1. Mai 1947], S. 23.

[23] Vgl. dazu z. B. Ripka: Czechoslovakia. S. 124. Auch jenes Erziehungsprogramm der tschechischen Nationalsozialisten für 1948: Es heißt hier, daß „die Sowjetunion autoritativ in die politischen Ereignisse zugunsten der Sozialistischen Einheitspartei und zum Nachteil der Zentrums-Parteien, in denen sie undemokratische Elemente erblickt, eingreift". Zit. nach: Die Februarereignisse S. 91. Gegenüber der deutschen Frage übt Ripka große Zurückhaltung. Vgl. auch Wanklyn: Czechoslovakia, S. 188—189: „The central fact of Russian pressure was undeniable. The February Revolution would not have happened without the design and activity of the Soviet Union. But the putsch was also certainly planned and put through within the country, although the Communists hurried into action because they stood to lose in the 1948 elections. The strength of the Czech proletariat behind the extreme left wing was not appreciated in Western Europe ... In addition to this complication of political thinking, there was, amongst millions of Czechs, that dazed uncertainly of opinion which surely came from the German occupation with its destruction of all that was positive and vigorous in Czech political life. In a sense, the Germans had themselves cleared the way for the development of Communist strength."

[24] Die Bodenreformgesetzgebung des Jahres 1945: vgl. Abschn. „Die Taktik der KPTsch" vorl. Aufsatzes.

[25] Mit besonderer Berufung auf die ‚Einheitlichkeit' der Gewerkschaftsbewegung; die ÚRO ist auch heute ein wichtiges Mittel der Kontrollen innerhalb des ROH.

[26] Zug um Zug wurden die ersten Zellen unmittelbar nach Kriegsende neben der KPTsch begründet; und die Geschichte des Verbandes, der seinen Vorläufer im Bund der Jungen (Svaz mladých) der 1. Republik hat, läßt deutlich die kommunistische Jugendorganisation erkennen. Vgl. dazu J. Bartoš: ČSM; J. Kopecký: ČSR. S. 240. Ferner noch aus den zahlreichen Einzelaufsätzen über dieses Thema u. a. folgende Angaben: MF 1955: 30. 1.; 4. 3.; 10. 7.; 5. 8.; 25. 10.; 1958: 7. 1.; 30. 7.; 30. 10.; PM 1955: S. 13—16; 321—323; 490—494; 647—650; 669—672; 1958: Beilage zur Nr. 15.

bereits festgestellt, daß die Reden Gottwalds dagegen stets — bei Anrufung der nationalen Geschlossenheit — in der Betonung der allumfassenden slawischen Brüderlichkeit gipfelten. Dies geschah sogar noch nach dem 20. Februar 1948; zum Beispiel in seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung am 10. März 1948[27] oder in seinem Brief an die Gesamtstaatliche Konferenz des SČM[28] vom 3. April 1948[29].

Fast ist es ein Wiederaufnehmen der Worte, die Edvard Beneš unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Moskauer Exil in die ČSR — wobei ihn schon damals Sorin begleitete[30] — am 16. Mai 1945 gesagt hatte:

„Nun tritt die Tschechoslowakei in ein neues Zeitalter. Unser Volk kann nunmehr zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes im Geiste der nationalen Traditionen schreiten, die seiner großen Geschichte würdig und auf der

---

[27] „Es sei nach allen Seiten hin klar gesagt, daß die Tschechoslowakei ein treues und verläßliches Mitglied der slawischen Familie ist und bleibt und daß sie sich auch als Verbündete der anderen volksdemokratischen Länder fühlt." Das Aktionsprogramm S. 26.

[28] SČM; vgl. Bartoš Josef: ČSM. Aus der Geschichte des tschechoslowakischen Jugendverbandes 1945—1959. Berlin 1960, 380 S.

[29] „Teure Freunde . . . Worin sehe ich die Bedeutung Eurer Konferenz? Ich glaube, daß es vor allem wichtig ist zu verstehen, wie viel der diesjährige historische Februar für das Schicksal der heutigen jungen Generation und weiterer Generationen bedeutet . . . Der Weg breitet sich heute vor Euch noch ausladender, noch heller, noch freudvoller . . . Vom Februar 1948 an ist den Parteikämpfen um die Seele der jungen Menschen ein Ende bereitet worden: Heute stellt der Verband tschechischer Jugend die einzige vollberechtigte Organisation dar, die sich um die gesamte tschechische Jugend kümmert, gerade so wie sich der Verband der slowakischen Jugend der slowakischen Jugendlichen annimmt . . . Und diese neuen Aufgaben sind: Die Jugend zu tätiger Liebe zum Vaterland und zur volksdemokratischen Ordnung zu erziehen — das bedeutet heute vor allem zur rechtschaffenen Aufbauarbeit . . . sie im Geiste slawischer Brüderlichkeit und internationaler demokratischer Solidarität zu erziehen . . .
Es ist die Aufgabe, unsere Jugend zu Bürgern zu erziehen, die selbstbewußt und stolz auf ihre Zugehörigkeit zum tschechischen und slowakischen Volk sowie zum Slawentum überhaupt sind . . . Zum ersten Mal aber ist die Zeit gekommen, da die Empfindungen, wir seien klein und schwach, wir seien nur die ‚tschechische Pfütze', wir spielten keine Rolle in der Geschichte Europas, die historische Grundlage, der sie entwachsen sind, verloren haben. Wir sind nicht mehr klein und schwach; gemeinsam mit der Sowjetunion und den übrigen slawischen Ländern sind wir 250 Millionen. Auch befinden wir uns keineswegs an der Peripherie des Weltgeschehens; zusammen mit der sozialistischen Sowjetunion und den übrigen volksdemokratischen Staaten befinden wir uns an der Spitze des Weltfortschritts, als Bauleute an einer neuen, höheren, menschlicheren Gesellschaftsordnung . . . Da wir uns auf den Weg der Volksdemokratie und der slawischen Außenpolitik begeben haben, hörten wir auf, ein kleiner und vereinsamter Staat in Europa zu sein, wir wurden ein Teil der großen und mächtigen Front der fortschrittlichen Staaten . . . Wenn sich je unser Volk von neuem seiner ruhmreichsten hussitischen Zeit genähert hat, dann geschieht dies gerade heute." Gottwald: Spisy. Bd. XIV, S. 349—351. Desgl. RP 80, 4. April 1948.

[30] Vgl. Angabe in: KAG XV (1945) 321.

Grundlage der neuen vom großen Masaryk vertretenen Ideale aufgebaut sind. ... Wir werden den Völkern der Sowjetunion ewig dankbar sein ... Wir werden den großen Traditionen der revolutionären Epoche der Tschechoslowakei treu bleiben und werden die Freundschaft zu allen slawischen Völkern, insbesondere zum großen russischen Volke pflegen" [31].

Die slawophile Stimmung begünstigte ohne Zweifel die strategischen Anfangserfolge der KPTsch auf allen Seiten; dazu kann natürlicherweise das Exil nicht schweigen, wenngleich die Begründungen differieren [32].

Aus der Summe der Konferenzen, Aktionen und Äußerungen, welche die KPTsch vor allem in der zweiten Jahreshälfte von 1947 [33] inszenierte, kann aber — auf Grund ihrer üblichen Verschleierungstaktik — geschlossen werden, daß mit der Konsolidierung der allgemeinen Verhältnisse in der Tschechoslowakei eine unmittelbare Abnahme des politisch wirksamen Einflusses der Partei parallel lief, ja, daß eine auch aus wirtschaftlichen Erwägungen entstandene Wendung zum Westen sich anzubahnen schien [34]. Die unmittelbare Einwirkung der Sowjetunion vereitelte diese politische Entscheidung. Auch die anfangs allgemein begrüßte ‚gemeinsame Grenze' [35] mit der Sowjetunion — die durch Abtretung der Karpato-Ukraine seitens der ČSR an die Ukraine und damit an die Sowjetunion entstanden war — büßte nur zu bald an Popularität ein, wie auch die allseitige Demontage durch die Rote Armee bald zu Unstimmigkeiten und offiziellen Schritten Stalin gegenüber führte [36]. Was blieb noch übrig von der Konstruktion Beneš':

---

[31] KAG XV (1945) 229—230.

[32] Gadourek: The political control ... S. 13 schreibt z. B.: „Already before the end of the hostilities the communists in Czechoslovakia launched the old class-war with all their vigour. They exploited a large scale of resources; the propagandistic work among the masses was combined with the political action at the top-level of diplomacy: the secret negotiations in order to achieve the occupation of the large parts of Czechoslovak territory by the Red Army ..." Dann beschreibt G. die 4 Hauptpunkte kommunistischer Agitation, um anschließend festzustellen: „With the active support of the Red Army which occupied about three quarters of the Czechoslovak territory, the communists started to carry this scheme." Nichts wird über die Inaktivität der anderen Parteien gesagt, über die politische Fehleinschätzung der Lage oder etwa die Gründe des Anhaltens der amerikanischen Truppen, deren strategische Positionen eine Einnahme Prags noch vor der Roten Armee u. U. gestattet hätten.

[33] Dazu Gottwald: Spisy. Bd. XIV. S. 77—220. Fernerhin auch der Ergänzungsband zu Bd. VI—XI in beschränktem Umfang.

[34] Vgl. die Abstimmung für den Marschall-Plan: 7. Juli 1947: Einstimmiger Regierungsbeschluß f. die Teilnahme; 9. Juli 1947: Drohungen Stalins gegenüber der čsl. Regierungsdelegation unter Gottwald, Masaryk und Drtina über Kündigung des Freundschafts- und Beistandspaktes vom 12. Dezember 1943; daraufhin einige Tage später wiederum einstimmiger Beschluß: Ablehnung der Teilnahme mit der Berufung auf die Nichtteilnahme der anderen slawischen Staaten. Vgl. dazu auch Ripka: Czechoslovakia, Kap. 7 und 8.

[35] Vgl. dazu die Rede Fierlingers vom 7. 4. 49; Anm. 21.

[36] Staatspräsident Beneš wandte sich damals auf vielseitiges Drängen direkt an Stalin und bat um dessen Einschreiten. Vgl. KAG XV (1945) 243.

„Wir sind Slawen und Nachbarn der Sowjetunion, eines vorwiegend slawischen Staates. Es ist daher natürlich, daß dessen soziale Struktur auf uns einen Einfluß hat. Aber wir sind und bleiben eine Demokratie auf parlamentarischer Grundlage . . ." [37].

Im politischen Bereich ist nichts mehr wirksam. Bedeutung hat die ‚slawische Komponente' dagegen in der sogenannten historischen Begründung der nationalen Besitzergreifung der Grenzgebiete erhalten. Hier steht allerdings nur das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen in Betracht.

Lenin und der demokratische Formalismus

Die zentrale Begründung für seine Thesen sucht Kozák bei Engels, Marx, Lenin — wir können noch ergänzen: in der neuen Linie Chruschtschows. Von dieser theoretischen Grundlegung aus kommt er auf die Praktiken der KPTsch zu sprechen. Es ist eine zumeist wenig beachtete Tatsache, daß die Durchdringung des parlamentarischen und bürokratischen Apparates des tschechoslowakischen Staatswesens nach 1945 keineswegs nur das Ergebnis parteipolitischer oder bloß im allgemeinen Sinne machtpolitischer Bestrebungen war. Vielmehr ist hier systematisch der Versuch unternommen worden, Lenin in die Praxis umzusetzen. Freilich muß festgestellt werden, daß die historische Gesamtsituation hier unvergleichlich günstigere Voraussetzungen geschaffen hatte, als dies etwa in anderen Ländern der Fall war[38].

Wie schon dargelegt, stützt sich Kozák vor allem auf zwei Hauptthesen für das tschechoslowakische Beispiel, für die er aber auch für die Zukunft Allgemeingeltung beansprucht; die Axiome sind:

1. Revolutionäre Ausnützung des Parlaments;
2. Parlamentarischer Weg zum Sozialismus.

Da der von ihm zitierte 2. Weg zu keinem im kommunistischen Sinne wirksamen Erfolg geführt habe — er erwähnt als Beispiele Schweden, Großbritannien und Frankreich —, schließt er auf dessen Unvereinbarkeit mit den marxistisch-leninistischen Thesen des Klassenkampfes und der Erringung der Herrschaft durch das Proletariat.

So behandelt er denn auch speziell den ersten Weg und hier wiederum die besondere Lage, die sich durch die Lenkungsmöglichkeit beispielsweise großer Massenbewegungen ergibt. Es muß hier festgehalten werden, daß in dieser Hinsicht beispielsweise zwischen dem Radiokommentar Gottwalds

---

[37] KAG XV (1945) 524. Rundfunkrede Beneš' am 15. November 1945.

[38] Z. B. Zusammenbruch des ‚bourgeoisen tschechoslowakischen Staates' sowie seiner Ideologie des ‚Tschechoslowakismus'; Zersplitterung der verschiedenen tschechischen Parteien in der Emigration und mangelnde einheitliche Organisation wie auch Programmlosigkeit nach der Rückkehr 1945; die dominierende Stellung der Roten Armee; usw.

vom 11. Mai 1942 aus Moskau[39] und seiner Ansprache an die versammelten Massen auf dem Prager Wenzelsplatz am 28. Februar 1948[40] ein unmittelbarer, ideologisch, politisch und historisch einheitlich geplanter Zusammenhang besteht. In der Massenfunktion des ‚Drucks von oben' sieht Kozák das entscheidend-bewegende Element zum Sozialismus.

Im III. Kapitel seines Werkes „Staat und Revolution" äußert sich Lenin grundsätzlich zum Problem des Parlamentarismus: „Der Ausweg aus dem Parlamentarismus ist natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in arbeitende Körperschaften"[41].

Und Lenin zitiert dazu einen Satz von Marx: „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zugleich"[42]. Damit identifiziert er sich auch!

Die Aufhebung und Ersetzung des parlamentarischen Systems durch eine eigene Form war dann auch die entscheidende Tat der KPTsch. Es war, so könnte man noch ergänzend hinzufügen, die folgerichtige Fortsetzung jener Politik, die Gottwald als junger Abgeordneter anläßlich seiner ersten Parlamentsrede am 21. Dezember 1929 vor der tschechoslowakischen Nationalversammlung mit bombastischem Wortschwall verkündete und in der er der Formaldemokratie den unbedingten Kampf ansagte:

„Jawohl! Wir kämpfen gegen den Staat, in dem die Banken, die Fabriken und der Grundbesitz den Kapitalisten gehören. Wir kämpfen gegen den Staat, dessen Apparat in den Händen der Kapitalisten ein Instrument der Gewalt gegen die Arbeiterschaft ist. Wir kämpfen gegen den Staat, in dem die Mehrheit des arbeitenden Volkes wirtschaftlich und politisch versklavt ist. Kurz, wir kämpfen gegen euren kapitalistischen, imperialistischen Staat. Wir kämpfen und werden kämpfen für einen proletarischen Staat, für einen Staat der Arbeiter, für einen Staat der Bauern ... Uns werdet ihr nicht kaufen, uns werdet ihr nicht brechen, uns werdet ihr nicht vernichten! Ihr habt euch eine Bande Verräter gekauft, ihr habt gedacht, daß ihr die kommunistische Partei zerschlagen werdet und dann standet ihr da mit offenen Mäulern, als eure Agenten aus der kommunistischen Partei verjagt wurden. ... Wir sagen euch und eurer sozialfaschistischen Regierung den schärfsten Kampf an. Diesen unseren Kampf werden wir ohne Rücksicht auf Opfer, zäh und zielbewußt solange führen, bis eure Herrschaft hinweggefegt sein wird"[43].

Es ist tatsächlich in der ČSR die folgerichtige revolutionäre Anwendung des Leninschen Rezepts, das dieser zunächst theoretisch konzipiert hatte,

---

[39] Spisy. Bd. X. S. 27—30.
[40] Spisy. Bd. XIV. S. 274—275.
[41] Lenin: Werke. Bd. 25. S. 275—277 („Erfahrungen der Pariser Kommune vom Jahre 1871. Die Analyse von Marx").
[42] S. Anm. 41.
[43] Zitiert nach Nečásek: Die Jugend S. 77—78. Spisy. Bd. I. S. 211—216.

knapp zwei Monate ehe ihm selbst die Massen zum Durchbruch seines Programms verhalfen — wenn auch die konkreten Bedingungen zu erheblich veränderten objektiven Gegebenheiten führten:

„Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung. Die Demokratie ist aber durchaus keine unüberschreitbare Grenze, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus ... Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. Das ist eine Seite. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zu Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, und sei es auch eine bürgerlich-republikanische Staatsmaschine — stehendes Heer, Polizei, Beamtentum — zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, aus der Welt zu schaffen, sie durch eine demokratischere Staatsmaschine ... bestehend aus bewaffneten Arbeitermassen, die dazu übergehen, das gesamte Volk zur Beteiligung an der Miliz heranzuziehen, zu ersetzen“ [44].

Die Begründung der sogenannten Nationalausschüsse, die spätere Gründung der Arbeitermilizen, die konzentrierte Macht des zentralen Gewerkschaftsverbandes, stellten solche Instrumente des Druckes in der Tschechoslowakei dar[45], indem sie legislative und exekutive Macht in sich vereinigten und die Grundlage für die ersten Wahlen zur Nationalversammlung bildeten. Damit entsprachen sie einerseits formal-demokratisch dem ‚Volkswillen', entsprachen aber andererseits auch genau dem von der KPTsch gewollten und gelenkten Apparat[46] im Sinne des parteidogmatischen ‚demokratischen Zentralismus'. Auch die Bildung und Ausformung der verschiedenen Massenorganisationen nahm die KPTsch unter dem Deckmantel des nationalen Erfordernisses in ihre Hände: den SČSP (Verband der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft)[47], den bereits erwähnten revolutionären Gewerkschaftsverband[48], den einheitlichen Jugendverband SČM[49] usw. Das

---

[44] Lenin: Staat und Revolution. Werke. Bd. 25. S. 278.

[45] Vgl. zum Beispiel den ausführlichen Bericht über die Wirksamkeit des Brünner Nationalausschusses für 1945: Zpráva ... národního výboru ...

[46] Vgl. dazu die Satzungen der KPTsch: demokratischer Zentralismus, Organisationsstruktur; dazu vor allem Frey: Příručka, Stichwort: Strana — komunistická dann Kopecký: ČSR a KSČ; ferner zur Vorgeschichte Paul Reimann: Geschichte der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Hamburg—Berlin 1931, 436 S. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung Bd. 4.

[47] Vgl. dazu Kuhn-Böss: Handbuch S. 47.

[48] Ebenda S. 57—64.

war im Leninschen Sinne die Umformung in der ersten Etappe: allseitige Kontrolle der unteren legislativen und exekutiven Organe mittels politisch wirksamer und zentral gesteuerter Massenmedien. Es ist nun nicht unsere Aufgabe, bereits oft und zusammenfassend von anderer Seite Gesagtes zu wiederholen, uns interessieren hier nur die wichtigsten Etappen[50] — darüber aber sei im folgenden Kapitel mehr gesagt.

So war es nur folgerichtig, daß auf der am Samstag, dem 21. Februar 1948, auf dem Altstädter Ring in Prag abgehaltenen und von der KPTsch inszenierten Massenversammlung eine Resolution angenommen wurde, in der es u. a. hieß:

„Wir verlangen eine Regierung Klement Gottwald ohne reaktionäre Minister. Wir fordern, daß Ministerpräsident Klement Gottwald gemäß der Verfassung und im Geiste der demokratischen Traditionen die Regierung mit neuen Mitgliedern ergänze, die treu zum Programm der Nationalen Front stehen und entschlossen sind, dem Interesse des Volkes und der demokratischen Volksrepublik treu zu dienen“[51]. Und kurze Zeit später verkündete im kühl-sachlichen Ton formaler Richtigkeit das Aktionsprogramm der neuen Regierung Gottwald[52] — am 10. März 1948[53] — die Umwandlung

---

[49] 1945 bis 23./24. April 1949 zwei nationale Verbände: der tschechische SČM und der slowakische SSM, von da ab ein einheitlicher Verband, der lediglich noch ein zusätzliches slowakisches Zentralkomitee und eine Revisionskommission beim slowakischen ZK hat. Zu den Abkürzungen in der heutigen tschechischen Amtssprache vgl.: Verzeichnis der in der neuen tschechischen Publizistik verwendeten Sprachneubildungen und Abkürzungen. Als Manuskript hrsg. vom COLLEGIUM CAROLINUM. München 1961, 59 S.

[50] Urban, R.: Die Tschechoslowakei. In: Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern. Hrsg. von Ernst Birke und Rudolf Neumann unter Mitwirkung von Eugen Lemberg. Frankfurt/M.—Berlin 1959, S. 177—251. Hier ist die wesentliche Entwicklung von 1945 bis 1958 unter Verwendung zahlreicher Literatur- und Quellenverweise dargestellt.

[51] Die Februarereignisse. S. 25.

[52] Die Ministerliste u. a. in: Die Februarereignisse. S. 77—78. Von 24 Ministern oder Staatssekretären ist die absolute Mehrheit kommunistisch!

[53] „Heute tritt die ergänzte und rekonstruierte Regierung mit ihrer programmatischen Erklärung vor die Verfassungsgebende Nationalversammlung. Mit der Genehmigung dieser programmatischen Erklärung der Regierung durch die Verfassungsgebende Nationalversammlung wird die Lösung der Regierungskrise auch parlamentarisch bestätigt (in Original kursiv) ... In der Vormünchner Republik herrschten unter dem Deckmantel einer formalen parlamentarischen Demokratie die großen und durch ihren Besitz mächtigen Herren ... Es war einfach klar, daß in der befreiten Republik das Volk das entscheidende Wort haben muß. Nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit (i. Original kursiv) ... So ist es nach der Befreiung dazu gekommen, ... daß wir eine Erneuerung der reaktionären politischen Parteien aus der Zeit vor München nicht zugelassen haben, jener Parteien, die das unmittelbare politische Werkzeug der tschechischen und slowakischen Großbourgeoisie waren; daß wir eine Regierung der Nationalen Front

der entscheidenden Instrumente, des Parlaments und der Exekutive[54], in eine Regierung des ‚Volkswillens'. Um dies alles im Rahmen der auch von Lenin aufgestellten Prinzipien der Ausnützung der Schwächen der parlamentarischen Demokratie. Genau genommen ist also der Februarputsch trotz mancher revolutionärer Randerscheinungen in Prag ebensowenig ein Putsch, wie die ‚Machtübernahme' vom 30. Januar 1933 in Deutschland. Die Demokratie bzw. ihre Gestaltungsformen wurden von innen und unten ausgehöhlt. Der Sinn fiel weg, die entleerte Form blieb — bis heute!

Die entscheidenden Schritte zur Umwandlung des demokratischen Systems in eine Volksdemokratie geschahen unter der Ägide Stalins. Vor 1953 können wir daher kaum Arbeiten feststellen, die sich vom marxistisch-leninistischen Standpunkt theoretisch mit diesem Problem auseinandersetzen. Erst der XX. Parteikongreß der KPdSU von 1956 hat hier die Möglichkeit geboten und den Weg frei gemacht zur methodologischen Einordnung und Standortbestimmung. Dies geht auch ganz deutlich aus der Arbeit Jiří Sládeks, des stellvertretenden Rektors der Parteihochschule der KPTsch, „Nach dem XXII. Parteikongreß" hervor: „Wenn wir über die Bedeutung und die Ergebnisse des XXII. Kongresses reden, müssen wir vor

---

schufen ... Im Mai 1945 haben wir die Reaktion aus dem Sitzungssaal der Regierung zur Tür hinausgeworfen und im Februar 1948 hat es sich gezeigt, daß uns diese Reaktion zum Fenster hereingekrochen war (i. Original kursiv). Zur Ergänzung und Rekonstruktion der Regierung ist es auf streng verfassungsmäßigem, demokratischem und parlamentarischem Wege gekommen (i. Original kursiv). Dem muß aber noch ausdrücklich hinzugefügt werden, daß nur die erneuerten politischen Parteien und die überparteilichen Organisationen Teile der erneuerten Nationalen Front sein können. Die Agenten der Reaktion müssen aus diesen Parteien und Organisationen bedingungslos hinaus!" Das Aktionsprogramm der neuen Regierung Gottwald. S. 5, 6, 8—9, 11, 16, 24—25.

[54] Am 25. Februar 1948 erklärt Gottwald auf der Massenversammlung des ‚Prager Volkes' (lid) auf dem Altstädter Ring in Prag die Regierungsumbildung — den ‚putsch' (W a n k l y n : Czechoslovakia, S. 188) — folgendermaßen: „Ich kehre gerade aus der Burg vom Herrn Präsidenten zurück ... Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Herr Präsident alle meine Vorschläge, so wie sie unterbreitet wurden, angenommen hat. Genossen und Genossinnen, sowohl die Entlassungs- wie auch die Ernennungsdekrete sind vom Herrn Präsidenten unterzeichnet und werden von mir baldigst gegengezeichnet werden. Dem Herrn Präsidenten fiel die Entscheidung über diesen Antrag nicht leicht, was daraus ersichtlich wird, daß es eine geraume Zeit beansprucht hat, bis er die Dinge erwogen und entschieden hat ... Und nun Genossen und Genossinnen, noch einige Worte. Die Reaktion, die gerade während dieser Zeit einen entscheidenden Schlag gegen unsere volksdemokratische Ordnung vorbereitete und plante, wurde selbst geschlagen und besiegt ... Die Einheit unseres Volkes (sc. lidu), die Einheit der Arbeiterklasse, die Einheit der Arbeiter, Bauern, Handwerker und Intelligenz war es, die unserem Volke (sc. národu) genügend Kraft verlieh, daß es innerhalb weniger Tage die Hinterhältigkeiten und Verschwörungen der Reaktion im Keime erstickte. Jetzt, da jeder Angriff der Reaktion abgeschlagen ist, kehren wir wiederum an unsere Arbeit zurück ..." Spisy. Bd. XIV. S. 274—275. Desgleichen RP 48, 26. Febr. 1948.

allem seinen historischen Standort bestimmen. Und da können wir keineswegs die Tatsache übersehen, daß der XXII. Kongreß wie auch der XXI. — der im Januar 1959 stattfand — der vom historischen XX. Kongreß Anfang 1956 bestimmten und formulierten politischen Linie entspringt; es ist eine Linie, die grundsätzliche und weitreichende Änderungen hervorbrachte, zu denen es nach Stalins Tode in der Politik der KPdSU gekommen war. Die Bedeutung und den historischen Standort des XXII. Kongresses können wir lediglich dann in vollem Umfang verstehen, wenn wir den XX. Kongreß in seinem gesamten Umfang und in seiner Reichweite verstehen, wenn wir ihn als einen Kongreß begreifen, mit dem eine gänzlich neue Zeit in der Geschichte der KPdSU wie auch in der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung anbricht ..." [55]. Es entspricht genau der Charakteristik der Umwandlung der nationalen und bourgeoisen Revolution in eine sozialistische bei Kozák, wenn Sládek dann fortfährt:

„Bis zu dem Zeitpunkt, da Marx und Engels in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts sich an die Spitze der ersten internationalen kommunistischen Arbeiterorganisation stellten und für diese das erste wissenschaftliche Aktionsprogramm erarbeiteten — das berühmte Kommunistische Manifest — verliefen alle Sozialbewegungen mehr oder weniger elementar, kamen nur blind vorwärts. Die Programme, soweit diese Bewegungen überhaupt solche formulierten, waren durch ihre Verschwommenheit gekennzeichnet, mit zwar schönen, aber in der Tat völlig unerreichbaren Zielen. Jedoch nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute zeichnen sich alle nichtkommunistischen, nichtmarxistischen Bewegungen und Parteien durch Kurzsichtigkeit, Programmlosigkeit und ein offenbares Unverständnis aus, auch nur die annähernde Grundlinie der gesellschaftlichen Entwicklung zu beurteilen, die Zukunft vorauszusehen und vorzubereiten. Das Ergebnis ist dann ein Herumtappen, opportunistische Anpassung an den Augenblick, Verlust jeglicher Perspektive — und früher oder später Scheitern. Erinnern sie sich unserer einst so mächtigen bourgeoisen politischen Parteien, wie zum Beispiel der Agrarpartei, der Gewerbe- und Nationalvereinigung und vieler anderer — wo sind sie denn heute geblieben? Und welches Ende nahmen und wohin gelangten bis heute die sogenannten Arbeiter- und sozialdemokratischen Parteien, wie weit sind sie abgewichen von der wissenschaftlichen Revolutionslehre der Gesellschaft und deren Gesetzen" [56]?

Die Parteitheoretiker in der Nová mysl [57], in den Příspěvky k dějinám

---

[55] Sládek Jiří: Po XXII. sjezdu [Nach dem XXII. Kongreß]. Prag/Moskau Nr. 1, Januar 1962, S. 16.

[56] Ebenda S. 18.

[57] ‚Der neue Geist', parteitheoretische Zeitschrift der KPTsch, vor allem der marxistisch-leninistischen Philosophie.

KSČ[58], im Právník[59], die Historiker in den verschiedenen historischen Zeitschriften[60], die Leitartikler in den verschiedenen Parteizeitungen: Rudé právo, Pravda, Práce, Práca, Svobodné slovo, usw.[61], sie alle sind heute bemüht, die historischen Ereignisse, vor allem der jüngsten Vergangenheit, in die herrschenden Thesen einzuordnen[62].

Wenngleich heute im Zuge der Entstalinisierung — der Beseitigung des sogenannten Personenkultes — der Name Klement Gottwald in den Hintergrund gedrängt wird, so stößt man doch allenthalben auf sein Erbe, sein literarisches Vermächtnis. Denn auch er berief sich ja auf Lenin, vor allem aber auf das bereits zitierte Werk des Jahres 1917:

„Noch heute erinnere ich mich" — schrieb er 1935 — „was in mir vorging, als ich das erste Buch Lenins las. Es war das Buch „Staat und Revolution". Dieses Buch war für mich eine Offenbarung. Wie wenn sich mir die Augen öffnen würden. Auf einmal wurde mir vieles klar, um das ich viele Jahre lang wie blind herumgegangen war. Das haben auch Tausende andere Arbeiter erlebt" [63].

Mit einer beispiellosen Konsequenz führt Gottwald sein Programm durch, er ist die treibende Figur, in ihm findet Lenin einen treuen Vollstrecker seines Programms:

„Wir haben geschworen, eine Ordnung zu vernichten, die die Menschheit in endloses Elend gestürzt hat. Die es fertig gebracht hat, daß aus dieser Erde, auf der doch die Sonne scheint, eine Hölle geworden ist. Und wir

---

[58] ‚Beiträge zur Geschichte der KPTsch'; methodisch nach dem Beispiel historischer Zeitschriften aufgebaut: Hauptaufsätze, Miszellen, Dokumentation, Buchbesprechungen, Literatur, Chronik.

[59] ‚Der Jurist', tschechische juristische Zeitschrift, vor allem zur Entwicklung des ‚sozialistischen Rechts'.

[60] Vor allem im ČSČH, Historický časopis, in den Akademiezeitschriften, usw.

[61] Rudé právo [Rotes Recht]: Zentralorgan der KPTsch;
Pravda [Wahrheit]: Zentralorgan der slowakischen KP;
Práce [Arbeit]: Zentralorgan des ÚRO;
Praca [Arbeit]: Organ des slowakischen Teils des ÚRO;
Svobodné slovo [Freies Wort]: Zentralorgan der (theoretisch existierenden aber praktisch gleichgeschalteten) Tschechischen Sozialistischen Partei.

[62] So sagte Chruschtschow in dem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteikongreß folgendes: „Es ist richtig, daß wir die Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft anerkennen. Und das unterscheidet die revolutionären Marxisten von den Reformisten, den Opportunisten. Es besteht kein Zweifel, daß für eine Reihe kapitalistischer Länder der gewaltsame Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die damit verbundene schroffe Zuspitzung des Klassenkampfes unvermeidlich sind." Prawda (Moskau), 15. Februar 1956. Zit. nach: Theorie, Technik, Taktik des Weltkommunismus. Hrsg. von Hans Koch. Pfaffenhofen/Ilm 1959, Nr. 364, S. 153.

[63] Gottwald, Klement: Kommunistitscheskij internazional, vom 20. Januar 1935, S. 12. Hier deutsch zit. nach Nečásek: Die Jugend S. 53—54.

werden siegen"[64]. Bei aller Härte suchte und fand Gottwald auch diesen leicht sentimentalen Ton — der übrigens heute wieder besonders in der Beschwörung der Zukunft durch die Parteistrategen festzustellen ist.

Die Form parlamentarischer Demokratie, ja sogar eines rudimentären Parteiwesens spielt auch heute noch eine außerordentliche Rolle in der ČSSR: diese Form wird auch bis in die untersten Organe der verschiedensten Organisationen gewahrt. Sie wird vor allem im Bereich der Außenpolitik gegenüber den jungen afrikanischen und asiatischen Staaten bis zur letzten protokollarischen Feinheit geübt. Damit kommen wir aber zu der eigentlichen Taktik der KPTsch in der ČSR nach 1945.

Die Taktik der KPTsch

Ich greife hier nochmals auf den Überblick der Kampfmittel der KPTsch zurück, die ich im Anschluß an Kozák zusammenfassend in Punkt 7 der Darstellung seiner Thesen gebracht habe[65]. Es handelt sich nun keineswegs um die Vollständigkeit der Fakten — diese sind ja bereits zum Großteil gesichert! — vielmehr interessiert das Exemplarische an einigen Fällen.

1. *Der ‚Druck von oben'.* Die Aktion des ‚Drucks von oben' wurde und wird verstanden als Oktroyierung der für die Durchführung der sozialistischen Revolution notwendig angesehenen Maßnahmen mittels legislativer oder einfacher Verordnungsmaßnahmen: sei es von seiten der Regierung, einzelner Ministerien, durch Gesetzesvorlagen in der Nationalversammlung, usw. bis zu Maßnahmen auf Ortsebene in den Nationalausschüssen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Wahrung des Charakters streng formaler Legalität.

So nahmen zum Beispiel die durch Verfassungsdekret vom 4. Dezember 1944 geschaffenen Nationalausschüsse[66], die durch das Kaschauer Programm bestätigt worden waren, für sich ohne weiteres — ohne Wahl! — das Recht einer Vertretungskörperschaft in Anspruch; sie wehrten sich einerseits, wie z. B. in Brünn, gegen Bürokratismen aus Prag[67], folgten aber andererseits gleichzeitig den zentralen Anweisungen der kommunistischen Partei. Allein die KPTsch konnte sich auf ein straff organisiertes Netz ausgebauter Zellen, auf ein festes Partei- und Regierungsprogramm und vor allem auf eine ganz klar umrissene Ideologie stützen. Es ist die „neue historische Etappe der Errichtung der volksdemokratischen Tschechoslowakei"[68], der „größten

---

[64] Gottwald, Klement: in Spartacus 2 (1923) 26—27. Hier zit. nach Nečasek: Die Jugend. Vorblatt.
[65] Vgl. Anm. 12.
[66] Vgl. vor allem A. Štafl: Národní výbory. S. 16.
[67] Zpráva ... národního výboru. S. 5.
[68] Straně věřte. S. 76.

historischen Aufgabe . . . die unserer Partei harrte. Sie sollte zeigen, daß sie in der Lage ist, die großen revolutionären Aufgaben zu lösen, deretwegen sie im Jahre 1921 gegründet worden war ... Warum aber geschah im Mai 1945 nicht wiederum, was sich im Oktober 1918 ereignete? ... Aus zwei Gründen geschah dies so. Vor allem deshalb, weil die KPTsch im Verlaufe des Kampfes für die Erneuerung der nationalen Freiheit das gesamte werktätige Volk in der Nationalen Front vereinte und die Arbeiterklasse zur führenden Macht im Kampfe machte; ... Zum zweiten deswegen, weil die Republik durch das siegreiche Militär der sozialistischen Sowjetunion befreit wurde" [69].

Die übrigen Parteien waren — von ihrer zerstörten oder viel zu schwerfälligen Struktur abgesehen — durch das Jahr 1938 vielfach psychologisch zu schwer belastet, z. T. wurden sie sogar ganz ausgeschaltet. Die KPTsch nahm sich durch ihre Minister Gottwald, Široký, Ďuriš, Fierlinger der populären Forderungen an: Am 5. Mai 1945 wurden die Nationalausschüsse durch Regierungsverordnung [70] endlich vollständig legal und damit zur Sicherheitsgarantie für die kommunistische Überlegenheit bei den ein Jahr später stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung. 14 Tage später wurde alles deutsche und ungarische, von einem Regierungssprecher auf 100 Milliarden Friedenskronen bezifferte [71], Vermögen unter staatliche Kontrolle gestellt [72], dann konfisziert. Dies war aber nur der Beginn einer großangelegten, allgemeinen Konfiskationskampagne, die der KPTsch am 24. Oktober 1945 mit der Verstaatlichung der Bergwerke, Großbetriebe, Aktienbanken und privaten Versicherungen [73] weitere wirksame Machtmittel in die Hand gab.

Es kann wohl mit Recht gesagt werden, daß innerhalb der zweiten Jahreshälfte von 1945 die Weichen in der ČSR endgültig gestellt worden sind, und zwar so fest, daß eine wirklich freie parlamentarische Entscheidung nicht mehr möglich war. Kozák übergeht im übrigen wohlweislich die für eine Teilnahme an der Marschallplankonferenz in Paris zunächst positive Entscheidung der kommunistischen Politiker. Von entscheidender Bedeutung sind aber die innerhalb der Nationalen Front vom sozialistischen Block beschlossenen Aktionen, wie z. B. die am 25. Juni 1945 ins Leben gerufene ‚Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung', die zu einem wirksamen Instrument der Politik der KPTsch wurde, insbesondere aber in den Februartagen 1948 zu einem Mittel des ‚Drucks von unten'. Im weiteren war es die mit Billigung und unter aktiver Teilnahme der kommunistischen Minister

---

[69] Sborník výstavy dějin. S. 18.

[70] Sbírka zákonů. 1945, Nr. 3, S. 4.

[71] KAG XV (1945) S. 245.

[72] Sbírka zákonů. 1945, Nr. 7, S. 17 (23. Mai 1945). Am 21. Juni 1945 Konfiskation des gesamten landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen und Magyaren durch Dekret des Staatspräsidenten.

[73] Sbírka zákonů. 1945, Nr. 47, S. 207.

betriebene Gründung des Einheitsverbandes der Jugend. So gab denn auch Viliam Široký dem 1. Kongreß auf dem Radhošt vom 4. bis 7. Juli 1945 das Gepräge: kommunistisches Aktionsprogramm und folkloristische Umrahmung[74] kennzeichneten dieses erste Massentreffen. Ähnlich verhielt es sich auch mit dem von Regierungsseite geförderten Verband der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft[75].

Auf diese Weise verstand es die KPTsch meisterhaft, sich über den legalen Weg demokratischer Mittel ein breites Feld ihrer Aktionen des ‚Drucks von unten' zu verschaffen, indem sie sich ideologisch konsequent und in der Praxis flexibel an die u. a. auch von Paul Reimann skizzierte marxistisch-leninistische Methode hielt:

„Die marxistisch-leninistische Methode, die von der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei auf die Verhältnisse und besonderen Probleme der Tschechoslowakei angewendet worden sind, ermöglichte ihr die Erkenntnis der Schwäche und des Ungenügens des ersten Kampfes und des Klassencharakters der ersten Republik, die aus diesem Kampf entstand. Die tschechische Bourgeoisie, . . . durch München und die politische Kollaboration während der deutschen Besetzung als Diebesbande und Feind des Volkes entlarvt, mußte verschwinden. Die Kommunisten, die sich auf die wissenschaftliche Lehre des Marxismus-Leninismus stützten, waren die einzigen, die diese Entwicklung voraussahen und bereits vor Ausbruch des 2. Weltkrieges erkannten, daß die Arbeiterklasse in Verbindung mit allen übrigen Schichten des werktätigen Volks die führende Kraft im Kampf um nationale Befreiung sei" [76].

2. *Der ‚Druck von unten'.* Der ‚Druck von unten' ist das außerparlamentarisch organisierte zentrale (wenn auch als solches oft nicht erkennbare) Einwirken auf Exekutive und Legislative. Es ist erstaunlich, mit welcher Offenheit Kozák im Grunde manche Minderheitenstellung der KPTsch beim Versuch der Durchsetzung ihrer Pläne zugibt. Ja, es wird erst dadurch klar, mit welcher überlegenen Konsequenz die verschiedensten Aktionen gesteuert wurden und im Zusammenwirken dann das Bild eines massiv wirkenden ‚Drucks von unten' ergaben.

Eines der wirksamsten Mittel war hierbei die Organisierung von sogenannten Massendemonstrationen. So versicherte man sich der massiven, unkontrollierbaren Zustimmung einer amorphen Menge. Auf diese Weise wurde z. B. in den kritischen Februartagen Prag in Atem gehalten: Am Samstag, dem 21. Februar 1948, sprach Klement Gottwald vor Zehntausenden auf dem Altstädter Ring über die Entstehung der „Regierungskrise" und

---

[74] Vgl. dazu die Schilderung bei J. B a r t o š : ČSM, S. 20—24, bes. 21—22.

[75] Sein Gründungsdatum: Mai 1945; die Tendenz: von Anfang an eine Institution zu besitzen, die der Sowjetunion auf außerparlamentarischem Wege eine direkte Einflußnahme auf die Innenpolitik der ČSR ermöglichte.

[76] R e i m a n , P.: Století. S. 143.

brachte „Vorschläge zu ihrer Überwindung“[77]; einen Tag später wurden die Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationen zu einem Kongreß zusammengerufen. Am 24. Februar, 12 Uhr mittags, wurde der Generalstreik ausgerufen[78]; einen Tag später gab Beneš dem Druck nach und bestätigte die neue Regierung Gottwald: dieser eilte anschließend sofort auf den Wenzelsplatz und holte sich Rückendeckung bei den inzwischen zusammengetrommelten Massen mit einer Rede[79]. Drei Tage nach diesem ‚Tag des Sieges', am 28. Februar, begann der Kongreß der Bauernkommission, bei dem radikale Forderungen hinsichtlich der Bodenreform erhoben wurden.

In ähnlicher Weise wird der Jugendverband als Organisation eingespannt: auf die ZK-Tagungen der KPTsch folgen unmittelbar die ZK-Tagungen des Jugendverbandes mit den gleichen Forderungen und Arbeitsgrundlagen, die aber stets damit begründet werden, daß sie staatspolitisch oder für die Nation notwendig seien.

Von Anfang an wurden auch die Gewerkschaften als Druckmittel eingesetzt. Ein Beispiel: Bereits im September 1945 versammelten sich junge Gewerkschaftler in Ostrau, um eine Resolution an die Regierung zu senden:

„Die werktätige Jugend des Reviers Ostrava-Karvína fordert die tschechoslowakische Regierung auf, die Schlüsselindustrie und die Banken so schnell wie möglich zu verstaatlichen. Die Jugend steht bei der Verwirklichung des Programms treu an der Seite der tschechoslowakischen Regierung und vertritt dabei die Überzeugung, daß nur durch die Verstaatlichung der Industrie und der Banken der ungestörte Aufbau einer sozial gerechten Republik gesichert werden kann“[80].

In diesen Rahmen gehören Deputationen von Bauern nach Prag, Resolutionen von Betrieben oder Schichten, Arbeitsniederlegungen oder Lieferungsverweigerungen[81], Diffamierung, öffentliche Anprangerung, usw. Die Fülle der Möglichkeiten läßt sich fast nicht überblicken.

Vor allem aber gehört hierher die gerade bei den Massenversammlungen mit Erfolg geübte Methode, Leidenschaften mit einfachen und gängigen Formeln hochzuspielen, um dann ‚den Volkszorn' demonstrieren zu können, wie folgende Auszüge aus einer Rede Gottwalds zeigen:

---

[77] Vgl. dazu MF Nr. 48 vom 25. Februar 1959.
Wortlaut der angenommenen Resolution in: Die Februarereignisse. S. 25—26.

[78] Nach MF Nr. 48, vom 25. Februar 1959, beteiligten sich „2,5 Millionen Werktätige“ an dem Generalstreik und „sagen Ja zu Forderungen der Betriebsräte“; dagegen hätten sich angeblich nur 1494 Werktätige gewandt.

[79] „Bürger und Bürgerinnen, Genossinnen und Genossen, Schwestern und Brüder, treue Freunde! Erlaubt, daß ich Euch heute als Vorsitzender der Regierung zunächst einen kurzen Bericht über einige Ursachen und einige Hintergründe der derzeitigen Regierungskrise erstatte . . . “ Spisy. Bd. XIV. S. 249.

[80] Zit. nach Bartoš: ČSM (vgl. Anm. 28) S. 38—39.

[81] Beispiele werden genannt in: Die Februarereignisse. S. 93—94. Den Zeitungen Lidová demokracie und Svobodné slovo werden Papierlieferungen verweigert und ihr Erscheinen dadurch verhindert.

„Die Ursache (sc. der Regierungskrise) besteht darin, daß die Reaktion die volle Durchführung des Aufbauprogramms der jetzigen Regierung zum Scheitern bringen will, insbesondere die Verwirklichung der volksdemokratischen Verfassung, der Gesetze der Nationalversicherung, der neuen Bodenreform, der Steuererleichterungen für die Bauern und Gewerbetreibenden sowie eine Reihe weiterer Gesetze und Verfügungen zum Nutzen des werktätigen Volkes der Städte und des Landes. Die Ursache besteht darin, daß die Reaktion die Nationale Front auseinanderbrechen will, den brüderlichen Bund der Arbeiter, Bauern, Handwerker und der Intelligenz, indem sie unter der alten Parole vorgeht: ‚Teile und herrsche!' Die Ursache liegt darin, daß die Reaktion unser Vaterland in Gegensatz zu unseren slawischen Verbündeten bringen will, insbesondere zu dem mächtigsten von ihnen, der Sowjetunion, wobei es ihr überhaupt nicht darauf ankommt, daß dies der Beginn eines neuen München wäre, einer neuen nationalen und staatlichen Katastrophe der Tschechoslowakei ... Bürger und Bürgerinnen, liebe Freunde! Ich rufe Euch alle zur Wachsamkeit und Bereitschaft auf! Ich rufe Euch, alle guten Tschechen und Slowaken, Euch alle: Arbeiter, Bauern, Handwerker und Intellektuelle — zur Einheit und Geschlossenheit. Bildet in den Gemeinden, Bezirken und Kreisen Aktionsausschüsse der Nationalen Front aus den demokratischen und fortschrittlichen Vertretern aller Parteien und gesamtnationalen Organisationen. Erstickt jegliche Provokation reaktionärer Agenten im Keime. Seid einig und entschlossen — und Eure Wahrheit wird siegen ... Es lebe die volksdemokratische tschechoslowakische Republik[82]!"

Das ‚Musterbeispiel' ČSR

Es stellt sich nun die Frage, ob man der ČSR[83] tatsächlich eine Sonderstellung in der Entwicklung zur ‚Volksdemokratie' zusprechen soll oder kann. Zieht man die von Kozák angeführten Beispiele heran und versucht man auch unabhängig davon, auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials, eine Analyse, so ist festzuhalten, daß die ČSR gegenüber den anderen Ländern des Sowjetblocks wie auch im Vergleich zu anderen sozialistisch regierten Ländern eine Sonderstellung einnimmt. Die zentrale Methodik der von der KPTsch gelenkten Aktionen, die systematische Durchdringung aller wichtigen Positionen in Staat, Verwaltung sowie die Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige und Finanzunternehmen verschaffte der Partei eine allseitige und detaillierte Kontrollmöglichkeit. Nichts im Staat konnte ihrem wachsamen Auge entgehen. So stellt denn auch die letzte Februarwoche des Jahres 1948 die Endstufe einer bereits bei

---

[82] Aus der Rede Gottwalds am 21. Februar 1948. Spisy. Bd. XIV. S. 250—251, 254.
[83] Bis 11. 7. 1960 ČSR; von da ab durch Verfassungsänderung ‚Sozialistische' Republik.

Kriegsanfang eingeleiteten Politik dar, die unter Ausnützung günstiger historischer Bedingungen die Macht im Staate in die Hände der Kommunistischen Partei brachte und dem demokratischen Staate ein Ende bereitete. Was sich dann innerhalb der ČSR vollzog, war nur noch die Erfüllung des großangelegten Programms der Diktatur innerhalb des Blocks der kommunistisch gelenkten Staaten.

So ist das Ziel der kommunistisch gelenkten „breiten Demokratie . . . , der neuen demokratischen tschechoslowakischen Republik[84]" erreicht, die entsprechend der Aussage eines Parteitheoretikers „der Staat des neuen Typs, der Staat der Volksdemokratie[85]" geworden ist.

[84] Nosek: Republika. S. 8, 21.
[85] Ebenda S. 20.

ABKÜRZUNGEN

AuF	Aufbau und Frieden. Die Zeitung der deutschen Werktätigen in der Tschechoslowakei.
ČSČH	Československý časopis historický.
čsl.	tschechoslowakisch.
ČSM	Československý svaz mládeže [Tschechoslowakischer Jugendverband]; seit 23./24. 4. 49.
ČSR	Československá republika [Tschechoslowakische Republik].
ČSSR	Československá socialistická republika [Tschechoslowakische sozialistische Republik].
EČ	Ekonomický časopis [Ökonomische Zeitschrift].
FČ	Filosofický časopis [Philosophische Zeitschrift].
HČ	Historický časopis [Historische Zeitschrift der Slow. Ak. d. Wiss.].
KAG	Keesing: Archiv der Gegenwart.
KPČ, KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.
KPS	Kommunistische Partei der Slowakei.
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion.
LD	Lidová demokracie [Volksdemokratie — Zentralorgan der Volkspartei].
MF	Mladá fronta [Die junge Front — ČSM-Organ].
NM	Nová mysl [Der neue Geist].
NS	Novinářský sborník [Zeitungs-Sammelband].
PdK	Příspěvky k dějinám KSČ [Beiträge zur Geschichte der KPTsch].
PM	Práce mladých [Die Arbeit der jungen — Funktionärsorgan der ČSM].
Pr	Právník [Der Jurist].
ROH	Revoluční odborové hnutí [Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung].
RP	Rudé právo [Rotes Recht].
SČM	Svaz české mládeže [Tschechischer Jugendverband] Mai 1945 bis 23./24. 4. 1949; dann: ČSM.
SČSP	Svaz československo-sovětského přátelství [Verband der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft].
SSM	Sväz slovenskej mládeže [Slowakischer Jugendverband] Mai 1945 bis 23./24. 4. 1949; dann ČSM.
SU	Sowjetunion.
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.
ÚRO	Ústřední rada odborů [Zentralrat der Gewerkschaften].
ZK	Zentralkomitee.

LITERATURVERZEICHNIS

Das Aktionsprogramm der neuen Regierung Gottwald. Exposé des Ministerpräsidenten Klement Gottwald in der Verfassunggebenden Nationalversammlung vom 10. März 1948. (Prag 1948), 27 S.

Boj za obranu republiky v letech 1934—1939 [Der Kampf um die Verteidigung der Republik in den Jahren 1934—1939]. ČSČH 4 (1956) Beilage III, 82—92.

Boj o směr vývoje československého státu v letech 1918—1920 [Der Kampf um die Entwicklungstendenz des tschechoslowakischen Staates in den Jahren 1918—1920]. ČSČH 4 (1956) Beilage III, 13—34.

Bouček, Miroslav: Vznik a úloha lidových milicí v únoru 1948 [Entstehung und Aufgabe der Volksmilizen im Februar 1948]. PdK 8 (1959) 67—90.

Bradáč, Zdeněk: Boj za bolševisaci KSČ. V období dočasné stabilisace kapitalismu [Der Kampf um die Bolschewisierung der KPČ. In der Zeit der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus]. 1924—1925. [Prag] 1955, 350 S. = Za svobodu lidu [Für die Freiheit des Volkes]. Bd. 19.

Ders.: K dějinám marxisticko-leninské teorie nepřetržité revoluce [Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie der dauernden Revolution]. PdK 12 (1960) 48—72.

Bystřina, J.: Lidová demokracie [Volksdemokratie]. Prag 1957, 240 S.

Ders.: O cestách k Únoru [Uber die Wege zum Februar]. Stát a právo [Staat und Recht] 5 (1959) 28—49.

Ders.: Proti dogmatickému výkladu vzniku lidovědemokratického zřízení v Československu [Gegen die dogmatische Interpretation der Entstehung der volksdemokratischen Ordnung in der Tschechoslowakei]. NM (1957) 147—155.

Cambel, Samuel: K problematike robotnícko-roľnického zväzku na Slovensku v etape prerastania revolucie narodnej a demokratickej v socialistickú (1945—1948) [Zur Problematik des Arbeiter-Bauernbundes in der Slowakei in der Etappe des Hinüberwachsens der nationalen und demokratischen Revolution in eine sozialistische]. PdK 1 (1957) 65—103.

Ders.: Žilinská konferencia KSS v auguste 1945 a jej miesto v našej revolúcii [Die Konferenz der KPS in Sillein im August 1945 und ihr Stand in unserer Revolution]. PdK 11 (1960) 96—121.

César, Jaroslav: Ohlas Velké říjnové socialistické revoluce na českém venkově v letech 1917—1920 [Das Echo der großen sozialistischen Oktoberrevolution bei der tschech. Landbevölkerung in den Jahren 1917—1920]. ČSČH 5 (1957) 616—632.

Ders.: Řešení rolnické otázky v Československé sociální demokracii v letech 1918—1920 [Die Lösung der Bauernfrage in der čsl. Sozialdemokratie in den Jahren 1918—1920]. ČSČH 5 (1957) 85—107.

Československo mezi IX.—XI. sjezdem KSČ [Die Tschechoslowakei zwischen dem IX.—XI. Parteitag der KPČ]. Prag 1958, 238 S.

Československý lid v boji za svobodu v letech 1938—1945 [Das tschechoslowakische Volk im Kampf um die Freiheit 1938—1945]. ČSČH 4 (1956) Beilage 101—120.

Chalupa, V.: Rise and development of a totalitarian state. Leiden 1959 (III) 294 S. = Library of the Czechoslovak Foreign institute in Exile. II.

Dočasná stabilisace kapitalistického panství v letech 1924—1929 [Die zeitweilige Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft in den Jahren

1924—1929]. ČSČH 4 (1956) Beilage 47—62.

Dubský, Vladimír: Historický význam V. sjezdu KSČ [Die historische Bedeutung des V. Kongresses der KPČ]. ČSČH 7 (1959) 1—24.

Dvořák, A.: Příspěvek k otázce národní a demokratické revoluce v Československu [Ein Beitrag zur Frage der nationalen und demokratischen Revolution in der Tschechoslowakei]. FČ 6 (1958) 535—565.

Ders.: Příspěvek k otázce přerůstání národní a demokratické revoluce v socialistickou v Československu [Ein Beitrag zur Frage des Hineinwachsens der nationalen und demokratischen Revolution in eine sozialistische in der Tschechoslowakei]. FČ 4 (1956) 82—110.

Ders.: Příspěvek k otázce výkladu a řešení národní a demokratické revoluce v Československu [Ein Beitrag zur Frage der Erklärung und Lösung der nationalen und demokratischen Revolution in der Tschechoslowakei]. Pr 97 (1958) 301—313.

Faltan, J.: Február 1948 — víťazstvo zväzku robotníkov a roľníkov [Der Februar 1948 — Sieg des Bundes der Arbeiter und Bauern]. Preßburg 1958, 63 S.

Die Februarereignisse in der Tschechoslowakei. Die Geschichte der Regierungskrise. Prag 1948, 107 S.

Fierlinger, Zdeněk: Novodobý vývoj ve světle dialektického materialismu. (Projev k studujícím právnické fakulty Karlovy university dne 24. května 1949.) [Die neuzeitliche Entwicklung im Lichte des Dialektischen Materialismus. (Rede an die Studierenden der juristischen Fakultät der Karlsuniversität am 24. Mai 1949)]. Prag 1949, 32 S.

Ders.: Ve službách ČSR. Paměti z druhého zahraničního odboje [In den Diensten der ČSR. Erinnerungen aus dem zweiten ausländischen Widerstandskampf]. Teil I, 4. Aufl., Prag 1951, 366 S.

Foustka, Radim N.: K diskusi o naší lidové demokracii [Zur Diskussion über unsere Volksdemokratie]. FČ 5 (1957) 105—114.

Ders.: Národní očista v letech 1945 až 1946 [Die nationale Säuberung in den Jahren 1945 bis 1946]. ČSČH 3 (1955) 626—642.

Frey, Jaroslav: Příručka pro studium literatury Marxismu - Leninismu [Handbuch zum Studium der Literatur des Marxismus-Leninismus]. o. O. 1950, 480 S.

Gottwald, Klement: Spisy [Werke]. I—XIV. Prag 1953—1959.

Gyorgy, Andrew: Governments of Danubian Europe. New York 1949.

Houška, J. — Kára, K.: Otázky lidové demokracie [Fragen der Volksdemokratie]. Prag 1955, 248 S.

Hříbek, Josef: Boj KSČ za vytvoření protifašistické Národní fronty v českých zemích [Der Kampf der KPČ für die Schaffung einer antifaschistischen Nationalen Front in den tschechischen Ländern]. PdK 5 (1958) 191—212.

Janáček, František: K otázkám strategie a taktiky KSČ v národně osvobozeneckém boji proti fašistickým okupantům [Zu den Fragen der Strategie und Taktik der KPČ im nationalen Befreiungskampf gegen die faschistischen Okkupanten]. ČSČH 4 (1956) 51—85.

Kaláb, M.: Proti ekonomismu v určování charakteru naší národní a demokratické revoluce [Gegen den Ökonomismus in der Bestimmung des Charakters unserer nationalen demokratischen Revolution]. NM (1958) 122—136.

K desátému výročí osvobození Československa [Zum 10. Jahrestag der Befreiung der Tschechoslowakei]. ČSČH 3 (1955) 189—192.

Klasikové Marxismu-Leninismu o partyzánském boji. Sborník materiálů [Die Klassiker des Leninismus-Marxismus über den Partisanenkampf. Materialsammlung]. Moskau 1945, 110 S.

Klimeš, Miloš — Zachoval, Marcel: Příspěvek k problematice únorových událostí v Československu v únoru 1948 [Ein Beitrag zur Proble-

matik der Februarereignisse in der Tschechoslowakei im Februar 1948]. ČSČH 6 (1958) 189—233.

Dieselben: Vývoj Národní fronty do února 1948 [Die Entwicklung der Nationalen Front bis zum Februar 1948]. NM (1958) 104—121.

Kopecký, Václav: Několik dokumentárních svědectví k vytvoření první vlády osvobozené republiky a k 9. květnu 1945 [Einige dokumentarische Zeugnisse über die Bildung der ersten Regierung der befreiten Republik und zum 9. Mai 1945]. PdK 11 (1960) 3—21.

Kozák, Jan: K některým otázkám strategie a taktiky KSČ v období přerůstání národní a demokratické revoluce v revoluci socialistickou (1945—1948) [Über einige Fragen der Strategie und Taktik der KPTsch in der Zeit des Hinüberwachsens der nationalen und demokratischen Revolution in eine sozialistische Revolution]. Rozšířený referát přednesený na vědecké konferenci pořádané na Vysoké stranické škole při ÚV KSČ u příležitosti 10. výročí osvobození našich zemí a vzniku Československé lidově demokratické republiky [Erweitertes Referat, das auf der wissenschaftlichen Konferenz, veranstaltet in der Parteihochschule beim ZK der KPTsch, anläßlich des 10. Parteitages der Befreiung unserer Länder und Entstehung der tschechoslowakischen volksdemokratischen Republik gehalten wurde]. Prag 1956, 112 S.

Ders.: K objasnění postupu ÚV KSČ v boji za získání většiny národa v období před únorem 1948 [Zur Beleuchtung der Taktik des ZK der KPTsch im Kampf zur Erringung der Mehrheit der Nation in der Zeit vor dem Februar 1948]. PdK 2 (1958) 3-38.

Ders.: Možnost revolučního využití parlamentu při přechodu k socialismu a úloha lidových mas [Die Möglichkeit der revolutionären Ausnützung des Parlaments beim Übergang zum Sozialismus und die Aufgabe der Volksmassen]. PdK 1 (1957) 29 bis 64.

Ders.: Strana v boji za upevnění lidové demokracie [Die Partei im Kampf um die Festigung der Volksdemokratie]. Prag 1945, 127. S.

Ders.: Význam vnitrostranické diskuse před VIII. sjezdem KSČ. Aktivní účast členů strany na vypracování sjezdových usnesení [Die Bedeutung der innerparteilichen Diskussion vor dem VIII. Kongreß der KPČ. Aktive Beteiligung der Parteimitglieder an der Ausarbeitung der Kongreßbeschlüsse]. PdK 12 (1960) 21—47.

Král, Václav: Československo a Mnichov [Die Tschechoslowakei und München]. ČSČH 7 (1959) 25—48.

Kropilák, Miroslav: Národnooslobodzovací boj na Slovensku [Der nationale Befreiungskampf in der Slowakei]. Prag 1945. Desgl. HČ 3 (1955) 305—325.

Ders.: Národnooslobodzovací boj na Slovensku r. 1945 — v poslednej etape bojóv za oslobodenie ČSR [Der nationale Befreiungskampf in der Slowakei im Jahre 1945 — in der letzten Etappe der Kämpfe für die Befreiung der ČSR]. ČSČH 3 (1955) 611—626.

Kružík, L. — Levčík, B.: Výsledky 15 let vlády lidu — důkaz převahy socialismu nad kapitalismem [Die Ergebnisse 15jähriger Volksregierung — der Erweis des Übergewichtes des Sozialismus über den Kapitalismus]. PdK 11 (1960) 22—59.

Kuhn, Heinrich und Böss, Otto (Bearb.): Biographisches Handbuch der Tschechoslowakei. München 1961, 561 S. = Veröffentlichungen des Collegium Carolinum.

Lakatoš, M.: Otázky lidové demokracie v Československu [Die Fragen der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei]. Prag 1957, 134 S.

15 let lidově demokratického Československa [15 Jahre Volksdemokratischer Tschechoslowakei]. Prag 1960.

Mencl, Vojtěch: K historii 2. sjezdu KSČ [Zur Geschichte des 2. Parteitages der KPČ]. ČSČH 3 (1955) 557 bis 593.

Nečasek, František: Die Jugend Klement Gottwalds. Prag 1953, 82 S.

Nejedlý, Zdeněk: Nedělní epištoly [Sonntägliche Episteln]. I—VI (1946 bis 1952). Prag 1954—1956, I 243 S., II 269 S., III 251 S., IV 244 S., V 269 S., VI 351 S.

Nosek, Václav: Republika lidové demokracie. Přednáška proslovená na školení pro okresní a krajské funkcionáře Velké Prahy dne 30. července 1945 [Die Republik der Volksdemokratie. Vortrag anläßlich der Schulung für die Bezirks- und Kreisfunktionäre in Groß-Prag am 30. Juli 1945]. Winterberg 1945, 21 S.

Od X. do XI. sjezdu KSČ. Usnesení a dokumenty UV KSČ [Vom X. zum XI. Parteitag der KPČ. Beschlüsse und Dokumente des ZK der KPČ]. Prag 1958, 196 S.

Opat, Jaroslav: Generální linie výstavby socialismu [Die Generallinie des Aufbaues des Sozialismus]. Prag 1957, 91 S.

Ders.: KSČ v boji za výstavbu a přestavbu národního hospodářství, za socialistickou industrialisaci země [Die KPČ im Kampfe für den Aufbau und Umbau der Volkswirtschaft, für eine sozialistische Industrialisierung des Landes]. Prag 1955, 139 S.

Ders.: K základním problémům třídních vztahů a politiky KSČ v době upevňování únorového vítězství [Uber die Grundprobleme der Klassenbeziehungen und der Politik der KPČ in der Zeit der Festigung des Februarsieges]. PdK 6 (1958).

Otázky národní a demokratické revoluce v ČSR [Die Fragen der nationalen und demokratischen Revolution in der ČSR]. Redaktoři Miloš Klimeš, Václav Král, Marcel Zachoval. Prag 1955, 344 S.

Plojhar, J.: Vítězný únor 1948 a čs. strana lidová [Der siegreiche Februar 1948 und die čsl. Volkspartei]. Prag 1958, 100 S., 3 Abb.

Príspevok k dejinám l'udovej demokracie v ČSR [Ein Beitrag zur Geschichte der Volksdemokratie in der ČSR]. Preßburg 1955, 279 S.

Procházka, V.: Význam února 1948 pro náš stát, vědu a hospodářství [Die Bedeutung des Februar 1948 für unsern Staat, die Wissenschaft und Wirtschaft]. Pr 97 (1958) 459—469.

Reiman, Pavel: Století vědeckého socialismu. K stému výročí vydání „Manifestu komunistické strany" [Ein Jahrhundert des wissenschaftlichen Sozialismus. Zur 100. Wiederkehr der Veröffentlichung des „Manifestes der kommunistischen Partei"]. Prag 1949, 146 S.

Ripka, Hubert: Czechoslovakia enslaved: The Story of the Communist Coup d'Etat. London 1950, 339 S.

Ders.: Eastern Europe in the Post-War World. With an Introduction by Hugh Seton-Watson. London 1961, 266 S.

Sborník výstavy dějin revolučních bojů. K IX. sjezdu komunistické strany Československa vydalo kulturní a propagační oddělení sekretariátu UV KPČ [Sammelband der Ausstellung zur Geschichte der revolutionären Kämpfe. Zum IX. Kongreß der KPČ von der Kultur- und Propagandaabteilung des Sekretariats des ZK der KPČ herausgegeben]. Prag 1949, 20 S., unnum. Bildteil.

Sborník vzpomínek účastníků únorových událostí [Sammelband der Erinnerungen der Teilnehmer an den Februarereignissen]. Prag 1959.

Schmidt, Dana Adams: Anatomy of a Satellite. Boston 1952, IX, 512 S.

Šedivý, J.: K mezinárodnímu významu Února a jeho ohlasu na Západě [Uber die internationale Bedeutung des Februars und sein Echo im Westen]. NS 3 (1958) 19—26.

Ders.: Poučení z února 1948 stále živá [Die Lehre des Februar 1948 ist stets lebendig]. NM (1962) 129—136.

Šilhan, B.: Na cestě k socialismu [Auf dem Wege zum Sozialismus]. Brünn 1958, 267 S.

Skyba, M.: O formách přechodu od staré koalice k nové ve vývoji ČSR [Uber die Formen des Uberganges von der alten Koalition zur neuen in der Entwicklung der ČSR]. FČ 5 (1957) 86—106.

Slovensko 1945—1947, Preßburg 1958, 191 S.

Spurný, G.: Únorové dny [Die Februartage]. Prag 1958, 81 S.

Straně věřte. Sborník dokumentů ke 40. výročí komunistické strany Československa [Glaubt der Partei. Dokumentensammlung zum 40. Jahrestag der KPČ]. Pilsen 1961, 76 S., 36 Bildbeil.

Stránský, Jan: East wind over Prague. London 1950, VI, 244 S.

Svoboda, Alois: Jak to bylo v únoru [Wie es im Februar war]. Verfasser Alois Svoboda, Anna Tučková und Věra Svobodová. Prag 1949, 4. Aufl. Prag 1958.

Ders.: K úloze tisku v únorových údalostech [Zur Aufgabe der Presse während der Februarereignisse]. NS 3 (1958) 2—18.

Turčan, P.: O sociálno-ekonomickom obsahu národnej a demokratickej revolúcie v ČSR [Uber den sozialökonomischen Gehalt der nationalen und demokratischen Revolution in der ČSR]. EČ 6 (1958) 114—134.

Únor 1948. Red. Inst. dějin KSČ [Der Februar von 1948. Hrsg. vom Institut für Geschichte der KPČ]. Prag 1958, 243 S.

Upevňování panství buržoasie v letech 1921—1923 [Die Festigung der Herrschaft der Bourgeoisie in den Jahren 1921—1923]. ČSČH 4 (1956) Beilage, 35—46.

Ústava 9. května v deseti letech socialistické výstavby ČSR [Die Verfassung vom 9. Mai in 10 Jahren sozialistischen Aufbaus der ČSR]. Prag 1958, 195 S.

Vartík, F.: O našej ľudovodemokratickej revolúcii [Uber unsere volksdemokratische Revolution]. FČ 10 (1955) 3—27.

Velká říjnová socialistická revoluce a boj československého lidu za národní svobodu a státní nezávislost [Die große sozialistische Oktoberrevolution und der Kampf des tschechoslowakischen Volkes für nationale Freiheit und staatliche Unabhängigkeit]. ČSČH 3 (1955) Beilage 138—159.

Veselý, Jindřich: Kronika únorových dnů 1948 [Die Chronik der Februartage 1948]. Prag 1958, 233 S.

Ders.: Prag Februar 1948. Berlin 1959, 369 S.

Vítězný únor 1948 [Der siegreiche Februar 1948]. Prag 1959, 492 S.

Wanklyn, Harriet (Mrs. J. A. Steers): Czechoslovakia. New York 1955, 446 S., 59 Abb. i. Text, 77 Ktn. i. Text.

Zajac, V.: Slovenské robotnictvo v boji za víťazný február 1948 [Die slowakische Arbeiterschaft im Kampf um den siegreichen Februar 1948]. Preßburg 1958, 53 S.

Zápotocký, Antonín: Revoluční odborové hnutí po únoru [Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung nach dem Februar 1948]. Prag 1952, 779 S.

Za svobodu českého a slovenského národa. Sborník dokumentů k dějinám KSČ v letech 1938—1945 a k IX., X. a XI. svazku spisů Klementa Gottwalda [Für die Freiheit des tschechischen und slowakischen Volkes. Dokumentensammlung zur Geschichte der KPČ in den Jahren 1938—1945 und zum IX., X. und XI. Band der Werke Klement Gottwalds]. [Prag] 1956, 395 S.

Zpráva o dosavadní činnosti zemského národního výboru v Brně [Bericht über die bisherige Tätigkeit des Landesnationalausschusses in Brünn]. Brünn 1945, 118 S.

Z jednání na III. sjezdu čs. historiků [Aus den Verhandlungen auf der III. Tagung der tschechoslowakischen Historiker]. PdK. 10 (1960) 25—106. (Mit Beiträgen von Jiří Hendrych, Zdeněk Nejedlý, Josef Macek und Jindřich Veselý.)

DIE WIRTSCHAFTSERGEBNISSE DER TSCHECHOSLOWAKEI IM JAHRE 1961

Von Kurt Wessely

Das Jahr 1961 war für die Wirtschaft der Tschechoslowakei in mancher Hinsicht besonders bedeutungsvoll. War es doch das erste Jahr des neuen, schon dritten Fünfjahresplanes (1961—1965), zugleich aber auch das erste volle Wirtschaftsjahr der nun als „sozialistisch" firmierenden zweiten Republik und endlich das erste Jahr, in dem die 1960 praktisch abgeschlossene Sozialisierung der Landwirtschaft auf nunmehr fast 90% des landwirtschaftlich genutzten Bodens voll zur Auswirkung kam. Man sollte daher annehmen, daß all dies für Prag ein Anlaß gewesen wäre, um die wirtschaftliche Entwicklung günstig und in einem rosigen Lichte darzustellen.

In höchst auffälliger Weise ist aber das Gegenteil eingetreten. Zwar war schon in früheren Jahren gelegentlich bescheidene Kritik geübt worden, die sich aber immer in engen, in den meisten Oststaaten schon geradezu traditionell gewordenen Bahnen bewegte. Dies war auch im Jahre 1960 nicht anders, an dessen Ende das offizielle Prag zufrieden auf den erfolgreichen Abschluß des zweiten Fünfjahresplanes blickte, der, statt der vorgesehenen Steigerung der Industrieproduktion um 54%, zu 64% Mehrproduktion führte und 1958/1960 jährliche Industrieproduktionszuwachsraten von durchschnittlich 11,3%, davon im Jahre 1960 allein 11,7%, brachte. Zwar konnte man nicht verschweigen, daß gegen Jahresschluß 1960 die Hausbrandversorgung gestört war, und die unzureichende Produktion der Eisenhütten hemmte so offenkundig den ganzen Produktionsablauf, daß dies ebenso hervorgehoben werden mußte, wie Verzögerungen bei der Durchführung von Großvorhaben der chemischen und eisenschaffenden Industrie. Man glaubte aber damals trotzdem an einer optimistischen Beurteilung festhalten zu können.

Ganz anders war die Kritik von Staatspräsident Antonín Novotný in seiner Neujahrsansprache, die vom Prager Rundfunk am 1. Jänner 1962 verbreitet und später von dem am 3. Feber 1962 vom Parteiorgan Rudé Právo (Nr. 33) veröffentlichten „Bericht des Zentralamtes für Staatskontrolle und Statistik über die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1961" vollauf bestätigt und in vielem noch verschärft wurde. Bei der Beurteilung dieser Kritik muß man die Tendenz im Ostblock vor Augen halten, nur von Erfolgen zu berichten und auch diese zu überbewerten. Es müssen also bereits sehr erhebliche Mißstände aufgetreten sein, die man nicht mehr länger verschweigen wollte. Wir wissen aus der Vergangenheit, daß kom-

munistisch regierte Staaten vielfach mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, ohne daß sie daran öffentlich Kritik übten. Warum die Führung der ČSSR nun mit der Sprache herausrückte, wobei aber sicher noch manches übergangen wurde, läßt sich schwer sagen. Erfolgte dies im Zuge einer innerpolitischen Auseinandersetzung, etwa in Verbindung mit der Ausbootung des früheren Innenministers Barák; wollte man zeigen, daß die Entstalinisierung nicht ganz ohne Folgen geblieben sei; glaubte man, der Bevölkerung doch einige tröstende Worte, etwa wegen der ungenügenden Dienstleistungen und wegen der gespannten Versorgungslage, schuldig zu sein? Oder bedeutet alles nur, daß man durch die Aufzählung der Schwierigkeiten und mit dem besonderen Tadel an der ungenügenden Produktivitätssteigerung die Forderung nach erhöhter Arbeitsleistung und Verzicht auf Lohnerhöhungen begründen will? Jede dieser Erwägungen hat etwas für sich, vielleicht wirkten sie alle bei der aufsehenerregenden Kritik von höchster Stelle an den wirtschaftlichen Mängeln und Fehlern des Jahres 1961 mit. Uns ist hier keine eingehendere Untersuchung dieser Vorgänge möglich, unsere Darstellung muß sich vielmehr im wesentlichen auf eine gekürzte Wiedergabe des Planerfüllungsberichtes des Statistischen Amtes beschränken, der nahezu zwei Druckseiten im Zeitungsgroßformat füllt. Er wird auch nicht ohne Eindruck auf die übrigen Ostblockstaaten geblieben sein, deren Importwünsche die Tschechoslowakei nicht zur Gänze zu decken vermochte.

Schon bei der Aufstellung des dritten Fünfjahresplanes ging man von der Notwendigkeit aus, die Zuwachsrate der Industrieproduktion gegenüber den vergangenen Jahren etwas zu vermindern. Sie wurde daher für das Jahre 1961 auf zunächst 8,7% festgelegt, später aber — wie der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission Šimůnek am 30. 11. 1961 im Parlament mitteilte — auf 9,3% erhöht.

Nach den Angaben des Statistischen Amtes wurde die vorgesehene Zuwachsrate der Industrieproduktion im großen und ganzen, nämlich mit 99,8% erfüllt, da die Bruttoproduktion der Industrie um 8,9% gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Noch zu Neujahr hatte der Staatspräsident eine Steigerung um mehr als 9% angenommen. Nun sind solche Unstimmigkeiten um einige Zehntelprozent wenig bedeutungsvoll — hält man freilich an der von Šimůnek angegebenen plangemäßen Zuwachsrate fest, so war die Planerfüllung entsprechend niedriger — als der Umstand, daß man die vorgesehene Zuwachsrate nur ganz knapp erreichte, daher von einer Übererfüllung weit entfernt war. Dies kann seinen Grund freilich auch darin haben, daß die Indexzahlen jetzt weniger großzügig als früher berechnet werden. Es ist aber auch möglich, daß selbst großzügige Berechnungsmethoden nicht mehr eine Übererfüllung ergaben.

Nun zeigt sich aber weiter, daß der Zuwachs durchaus nicht einheitlich erfolgte, sondern gerade bei dem für die Tschechoslowakei so bedeutsamen Brennstoffsektor (Kohlengewinnung) nur 4,6% ausmachte, während sich

die Stromerzeugung sogar überdurchschnittlich, nämlich um 10,2% erhöhte, woraus sich, wie es im Planbericht heißt, namentlich gegen Jahresschluß Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung der E-Werke ergaben, die, durch die Witterung des Jahres 1961 bedingt, auch über ungenügendes Wasserdargebot klagten. Schon daraus sieht man, daß die Wirtschaftsentfaltung nicht so gleichmäßig vor sich ging, wie es im Plane vorgesehen war und dem so oft zitierten Grundsatz des wohlproportionierten Aufbaues des Sozialismus entspräche.

Šimůnek hat dazu noch deutlicher erklärt, daß das Abweichen der Wirtschaftsentwicklung von den gesteckten Planzielen zu einer Störung der geplanten Grundproportionen führte, die sich einerseits in einer Nichterfüllung des Planes für die Erzeugung grundlegender Rohstoffe und wichtiger Produktionsmittel und andererseits in einer Planüberschreitung in Teilen der Konsumgütererzeugung, so z. B. bei der Textilienerzeugung, ausdrückte. Der Staatspräsident klagte wieder mehr darüber, daß die Erzeugung oft willkürlich, ohne Rücksicht auf das vorgeschriebene Produktionssortiment erfolgte. Noch gravierender sind die Verzögerungen bei den Hauptinvestitionen, die als sog. zentralisierte Investitionen von den Ministerien selbst finanziert und betreut werden, wodurch die harmonische Entfaltung der Volkswirtschaft und des Außenhandelsplanes auch noch in den kommenden Jahren leiden wird. Denn obwohl die Investitionen insgesamt um 7% wuchsen und 46 Mrd Kčs erreichten, wurden bei den zentralisierten Investitionen die Planziele nur zu 91,7% erreicht, beim dezentralisierten Aufbau, also bei den Investitionen, die aus Eigenmitteln der Betriebe oder von den örtlichen Verwaltungsstellen durchgeführt werden, wurde der Investitionsplan dagegen um 5,7% überschritten. So wurden nicht nur die Investitionsmittel verzettelt — im Westen würde man von Kapitalfehlleitung und -verschwendung sprechen —, sondern es erhöhten sich auch die Schwierigkeiten für die Industriezweige, welche auf die Produktion der nicht in Betrieb gegangenen Vorhaben rechneten.

Dies zeigte sich nicht nur bei der angespannten Kohlenversorgung, die offenbar auch auf Minderleistungen der Kohlenarbeiter zurückging, sondern vor allem im Walzwarenmangel, der wieder den Maschinenbauanstalten als Entschuldigung dafür diente, daß sie ihre Planauflagen nicht ordnungsgemäß erfüllen konnten. Das staatliche Kontrollamt läßt diese Entschuldigung zwar nicht zur Gänze gelten, vermerkte aber auch, daß die Lieferungen der beiden Maschinenbauministerien — es gibt nämlich je ein Ministerium für den Schwer- und den allgemeinen Maschinenbau — nur 99,2% des Planes erreicht haben. Dabei hätten — übrigens im Widerspruch zu den Feststellungen über die mangelnde Investitionserfüllung — die Lieferungen für die Investitionsvorhaben den Plan knapp (100,5%), für die Ausfuhr aber nur zu 97,2% erfüllt.

Zur richtigen Beurteilung dieser an sich geringfügigen Abweichungen von den Planzahlen muß man sich vergegenwärtigen, daß diese eng auf-

einander abgestimmt sind, so daß Engpässe in einem Wirtschaftszweig sich sofort in anderen bemerkbar machen, da der Planungsmechanismus nicht so elastisch wie in einer Marktwirtschaft ist und das Güterangebot niedrig gehalten wird. Das gleiche gilt aber auch, wenn der Plan richtig erstellt wurde, für die Überproduktion, weil sie unvorhergesehen Material und Arbeitskräfte bindet, weswegen derartige „Erfolge" der Konsumgüterindustrie (2% Überplanproduktion bei Geweben) nicht minder störend wirken und daher auch kritisiert werden.

Eine der interessanten Folgen der Minderleistung der Maschinenindustrie zeigt sich im Außenhandel, über den nur bekannt wurde, daß das Außenhandelsaktivum von 0,8 auf 0,6 Mrd Kčs 1960/1961 zurückging, da die Einfuhr stärker stieg als die Ausfuhr. Daran dürfte das Zurückbleiben des Maschinenexportes mitgewirkt haben, da dieser nur eben im gleichen Ausmaß wie der Gesamtexport stieg, nämlich um 6% (Einfuhrsteigerung: 12%). Der Anteil des Maschinenbaues am Export, der zur besonderen Genugtuung der Staatsführung in den letzten Jahren bedeutend gestiegen ist, war daher laut amtlicher Angabe mit 44% stationär und möglicherweise sogar rückläufig, während nach dem Fünfjahresplan eine weitere Steigerung seines Anteiles erwartet wurde. (Ein genauer Vergleich zwischen 1960 und 1961 ist wegen der summarischen Mitteilungen für 1961 noch nicht möglich.)

Es war zweifellos eine beachtliche Leistung, diesen Exportanteil von 6,4% i. J. 1937 auf 45,1% im Jahre 1960 zu steigern. Die Tschechoslowakei mußte dies aber mit dem Rückgang der traditionellen, insbesondere von den Sudetendeutschen gepflegten Exporte der sog. Leichtindustrie erkaufen. Zur Beurteilung ist, was gerne vergessen wird, weiters zu beachten, daß aber auch westliche Länder, wie die Bundesrepublik, eine ähnlich hohe Quote der Maschinenausfuhr erreichen. Sie gilt mit als ein Kennzeichen des Industrialisierungsgrades einer Wirtschaft und wird daher im Osten nur noch von der sog. DDR erreicht, wenn nicht übertroffen.

Die wirtschaftlichen Engpässe wurden vor allem durch die ungenügende Leistung der Hüttenwerke ausgelöst, die nur 96,4% der vorgesehenen Roheisenerzeugung und 94,4% des erwarteten Rohstahles lieferten und mit nur 91,9% des Walzwarensolls — trotz einer Erhöhung um 4,3% auf 4 672 000 t Walzstahl (1960: 4 482 000 t) — dem Lande gleich an die 400 000 t Walzware schuldig blieben.

Dies war zweifellos gesamtwirtschaftlich viel störender, als die schwache Steinkohlenförderung, die 99,7% des Planes erreichte und mit 26,4 Mio t knapp unter den Leistungen des Jahres 1960 blieb, da dafür die Braunkohlenförderung um 12% anstieg und mit 61,4 Mio t den Plan sogar um 2% übertraf. Ähnliche Erfolge erzielte man auch beim Lignit, der aber mit 3,2 Mio t (+ 10,5% bzw. 104% des Planes) und seiner niedrigen Kalorienzahl weiterhin unbedeutend bleibt.

Das Brennstoffproblem scheint also im großen und ganzen planmäßig gelöst zu sein, da die schwache Steinkohlenförderung durch die Mehrför-

derung von Braunkohle, selbst wenn man deren niedrigeren Heizwert berücksichtigt, etwa ausgeglichen werden konnte. Aber wenn der Staatspräsident gegen die Meinung auftrat, man könne durch beliebige Änderung im Liefersortiment die Globalwerte erreichen und so eine Planerfüllung vortäuschen, so gilt dies voll und ganz auch für die Kohle. Die Fehlleistungen entstanden nämlich vor allem, wenn nicht ausschließlich, im Ostrau-Karwiner Revier (Förderung 20,7 Mio t, Planerfüllung 98,6%, Minderförderung gegen 1960 0,7%), das nicht nur frachtmäßig für die mährisch-schlesische Schwerindustrie denkbar günstig liegt, sondern vor allem auch reich an verkokbarer Kohle ist, die wieder im benachbarten, polnisch verwalteten oberschlesischen Revier eine Mangelware ist und in Mitteldeutschland überhaupt fehlt. Bis zur Erschließung der neuen Schächte im Rybniker Revier durch die Polen ist daher die Ostrauer Kohle ein Schlüsselrohstoff für die Hüttenindustrie des Ostblockes, deren Ausfall nur durch hohe Transportleistungen bei großem Frachtaufwand durch die weit hergeführte Donezkohle gedeckt werden kann.

Erst diese Zusammenhänge machen klar, warum es im Planerfüllungsbericht heißt, daß in der Steinkohlenförderung die Anforderungen der Volkswirtschaft nicht voll erfüllt wurden, und warum Šimůnek nicht nur von der Nichterfüllung des Planes der Kohlenförderung, sondern speziell auch der Kokereiproduktion im Ostrauer Revier spricht, wodurch ernste Schwierigkeiten entstanden seien, die nicht allein durch interne Maßnahmen, sondern auch durch vermehrte Importe zu lösen seien. Er sieht aber auch voraus, daß diese Schwierigkeiten noch in das heurige Jahr nachwirken werden. Selbst wenn es gelingen sollte, die Steinkohlenförderung 1962 um 1 Mio t zu steigern — man denkt an die Aufschließung neuer Schächte für 750 000 t Jahresförderung — wird das Ostrau-Karwiner Revier nicht die ihm durch den Fünfahresplan gestellten Aufgaben erfüllen. Unter diesen Umständen ist es auch mehr als zweifelhaft, daß das im Fünfjahresplan proklamierte Ziel, die Steinkohlenförderung um 8,8 Mio t zu erhöhen, erreicht werden kann. Dabei hatte man im ursprünglichen Entwurf des Planes sogar eine noch um 4 Mio t höhere Steinkohlenförderung vorschreiben wollen! (Durch veränderte statistische Ausweisungen sind diese Zahlen jedoch nicht streng vergleichbar. Die ursprünglich höhere Angabe dürfte sich nämlich auf die Bruttoförderung beziehen, die mit 29,8 Mio t schon 1960 um 3,4% höher als die im Planbericht 1961 genannte Nettoförderung [sog. Revierabsatzförderung] war. Diese 26,4 Mio t Nettoförderung 1961 müßte nun laut Planbericht um 1,1% niedriger sein als 1960. Tatsächlich meldet aber das Statistische Jahrbuch 1961 für 1960 26,2 Mio. t Förderung — also weniger als 1961 — und Statistické Zprávy [1961, 2] nennt, wohl infolge eines Druckfehlers, für 1960 gar eine Förderung von 27,6 Mio t! Dies nur ein Beispiel für die Unstimmigkeiten innerhalb der Oststatistiken, die sich aber auch anderswo gelegentlich zeigen!

Es ist kaum mehr zu leugnen, daß der Steinkohlenbergbau der ČSSR

überfordert ist, aber man hat bisher die Konsequenzen, nämlich eine Herabsetzung der Planziele gescheut, obwohl im Vorjahr mehrere Grubenunglücke zur besonderen Vorsicht hätten mahnen sollen. Auch daß es nicht gelingen will, die erforderlichen Fachbergleute und andere Dauerarbeitskräfte zu gewinnen, ist ein bedenkliches Zeichen für die weitere Zukunft des Steinkohlenbergbaues, dessen Mechanisierung auch nicht ganz wunschgemäß vor sich geht. Die Zahl der mechanischen Fördergeräte hat sich zwar im Vorjahr um 21% erhöht, ihr Ausnützungsgrad ist aber zurückgegangen. Dagegen erfolgt im nordböhmischen Braunkohlenrevier die Förderung bereits zu 93% mechanisch.

Wenn auch Šimůnek sagt, daß interne Mängel, insbesondere in der Leitung und Organisation der Arbeit — eine Kritik, die sich auch bei der Maschinenbauindustrie wiederholt —, an der ungenügenden Leistung der Kohlengruben schuld seien, so liegen die Probleme bei ihnen doch anders und sind viel schwerer zu lösen, als bei den Hüttenwerken, wo die schlechte Organisation der Arbeit zwar auch erwähnt wird, aber doch nur eine Nebenrolle spielen kann. Der Planbericht spricht außerdem von einem zu niedrigen Niveau der Produktionslenkung in den Hüttenwerken, von Mängeln in der Technologie und der Betriebseinrichtungen, von einer verspäteten und nicht genügend umfassenden Einführung neuer Einrichtungen und endlich von schlechter Pflege und Schadensbehebung bei den Aggregaten.

Alles dies wäre jedoch noch kein Grund zur Nichterfüllung der Planaufgaben, da diese Mängel ja schon früher bestanden haben und sich aus veralteten Anlagen zwangsläufig ergeben, denen man noch vielfach, etwa in Witkowitz, begegnet, und die auch Schuld für eine ungemein niedrige Produktivität der tschechischen Hüttenarbeiter sind. Diese technische Überalterung ist auch der Grund dafür, daß laut Šimůnek im Jahre 1961 100 000 t Stahl beim Auswalzen überflüssigerweise verloren gingen, wobei noch gar nicht an den Ausschuß gedacht ist. Kurz, auch die Walzwerke sind überfordert, doch könnte man bei ihnen neue Kapazitäten installieren, was im Kohlenrevier nur in bestimmten Grenzen möglich ist.

Zwar wurde ein weitreichendes Programm zur Modernisierung und Ergänzung der bestehenden Walzkapazitäten aufgestellt — bei Kriegsende verfügte die „Neue Hütte" Klement Gottwald in Kunschitz bei Mährisch Ostrau nur über ein Röhrenwalzwerk. So sollten in einem Jahr (1959/60) 11 neue Walzstrecken anlaufen, davon allein 8 im Ostrauer Revier, was sich offenbar verzögerte. Die Engpässe liegen bei den Blockstrecken, die das Vormaterial für die einzelnen Fertigwalzstrecken liefern. Schon Anfang 1960 klagte Rudé Právo (29. 1. 1960) darüber, daß die Arbeiten an den neuen Walzwerken nicht termingerecht verliefen, aber fast zwei Jahre später spricht Šimůnek noch immer vom niedrigen technischen Niveau der Blockwalzstrecken. Dabei erhöhte sich die Erzeugung von Walzwerkseinrichtungen 1960/61 von 34 909 auf 60 500 t! Aus einem Anfang Februar 1962 erstatteten Bericht einer Ostrauer Zeitung (Nová Svoboda 8. 2. 1962) erfahren

wir auch, daß die Investitionen im Stahlwerk Třinec — südöstlich Ostrau, hart an der polnischen Grenze — um mehr als ein Drittel hinter dem Plan zurück geblieben sind, so daß sich der Bau des 3. Stahlwerkes verzögerte. Ebenso machte Šimůnek darauf aufmerksam, daß sich diese ungünstige Entwicklung trotz einer erwarteten Erhöhung des Walzstahlausstoßes um 12% auch 1962 schädlich auf die Maschinenbauindustrie auswirken werde, die ihre Lieferungen für den zentralisierten Investitionsbau daher werde drosseln müssen.

Davon wird sicherlich der Ausbau der chemischen Industrie am stärksten betroffen werden, die, wie in allen Oststaaten, besonders gefördert werden soll. (Die Erzeugung chemischer Einrichtungen stieg 1961 wertmäßig um 40%.) Man darf dabei allerdings nicht vergessen, daß die chemische Industrie der ČSSR, die einst Weltruf besaß, jetzt erst durch den Bau einer Bunafabrik in Kralupý, der Erweiterung des braunkohlenchemischen Werkes in Brüx-Maltheuern und vor allem durch die mit der Raffinerie in Preßburg verbundene Petrochemie wieder den Anschluß an moderne Entwicklung finden wird. So expandierte die chemische Industrie im Jahre 1961 weit stärker als alle anderen Industriezweige und überbot mit einer Zuwachsrate von 12,9% auch ihren Plan um 1%.

Dies ist deswegen so bemerkenswert, weil ihr Ausbau auf unerwartete Schwierigkeiten stieß. Schon im Jahre 1960 verzögerte sich, wie es im Planbericht für dieses Jahr hieß, der Bau der Bunafabrik und die Verlegung der „Freundschaftsölleitung", welche die ČSSR, ebenso wie ihre Nachbarländer mit den sowjetischen Ölfeldern an der Wolga verbinden soll. Der Bau dieser Ölleitung konnte zwar am 23. September 1959 an der slowakisch-sowjetischen Grenze bei Čierna an der Theiß aufgenommen werden, aber statt am 1. 1. 1962, wie vorher verkündet worden war, floß das erste sowjetische Öl erst am 22. Februar 1962 in die Tanks der ehemaligen Apolloraffinerie in Preßburg (heute Slovnaft). Das Erdöl kann aber nicht die ganzen 3 000 bis 4 000 km gepumpt werden, sondern muß noch in Kesselwagen von Kujbyšev bis Brody, wo die Leitung beginnt, gefahren werden. Angesichts der Lieferschwierigkeiten der eigenen Walzwerke sah sich die Sowjetunion genötigt, für den Bau ihres Öl- und Gasleitungsnetzes auf westliche Röhrenzulieferungen zurückzugreifen, die ihr und den anderen Ostblockstaaten z. T. vom italienischen staatlichen ENI-Konzern vermittelt werden, doch ist auch die Bundesrepublik daran beteiligt.

Es ist daher verständlich, daß die Investitionstätigkeit der chemischen Industrie auch im abgelaufenen Jahr durch die allgemeinen Verzögerungen insbesondere bei der Belieferung durch Maschinen litt, was übrigens auch noch für die Baustoffindustrie eigens hervorgehoben wird. Dabei hatte die chemische Industrie bei größter Produktivitätszunahme auch die höchste Produktionssteigerung unter allen Industriezweigen aufzuweisen.

Die hier im Planbericht und durch andere maßgebende Sprecher hervorgehobenen Schwierigkeiten in der Grundstoffindustrie sind nicht nur aus

dem System der östlichen Planwirtschaft zu erklären, sondern auch aus dem Prinzip der Oststaaten, Importe soweit als möglich einzuschränken. Daß sich die Übelstände im Jahre 1961 besonders häuften, hat aber noch besondere Gründe. Gleichzeitig mit dem Bau großer Anlagen für die chemische Industrie — die Preßburger Raffinerie wird nach Fertigstellung mit 6 Mio Jahrestonnen Durchsatz zu den größten Mitteleuropas gehören — werden auch für die Errichtung der Ostslowakischen Eisenwerke bei Kaschau enorm viel Eisen und Baustoffe benötigt, so z. B. 162 000 t Stahlkonstruktionen, mit allen technologischen Einrichtungen eine halbe Mio t Stahl (Investitionsaufwand zu westlichen Preisen mindestens 700 Mio DM). Darüber hinaus ist es möglich, daß auch die Neu- und Umrüstung des Ostblockes Abzweigungen vom zivilen Sektor erfordert, noch mehr dürften freilich die Bemühungen ins Gewicht fallen, die sog. DDR von westlichen, insbesonders bundesdeutschen Stahl- und Maschinenlieferungen unabhängig zu machen. Daß sich die Planer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe dabei zunächst an die ČSSR wenden, ist naheliegend.

Zu den Schwierigkeiten in der materiellen Produktion kommt noch die Unzufriedenheit mit der Produktivitätsentwicklung. Es wurde bereits bei der Lage in den Kohlengruben darauf hingewiesen, wie schwer die Gewinnung von Facharbeitern ist und daß sich die Fluktuation, die schon so oft bekämpft wurde, immer wieder von neuem zeigt. Von 3800 Arbeitern, die beispielsweise 1961 in der Neuen Hütte in Kunschitz aufgenommen wurden, waren bis Jahresende bereits 2 700 wieder abgewandert (Práce, 23. 11. 1961) und die „Brigaden" bringen alles andere als geschulte und fleißige Arbeiter in die Schwerpunktbetriebe. Es scheint aber auch, daß die Bemühungen der Betriebsleitungen, durch höhere Normen und durch den Ende 1959 begonnenen Umbau des Lohnsystems bessere Leistungen zu erzielen, wie einige Presseberichte zeigen, eher das Gegenteil bewirkten.

Aber selbst wenn man nicht an ein passives Verhalten mancher Arbeiter glaubt, so sind doch die Produktivitätskennzahlen ungemein niedrig und deuten auf eine mangelhafte technische und organisatorische Einrichtung der Industrie hin. Dies wird auch im Planbericht offen ausgesprochen, da die verzögerte Einführung der „Neuen Technik" beklagt wird. Abgesehen von veralteten Anlagen, die in dem vom Kriege kaum heimgesuchten Lande allenthalben anzutreffen sind, dürfte auch die Verzettelung der Produktion auf zahlreiche Fertigungen eine niedrige Produktivität bewirken. Sie wird noch verstärkt durch den Zustrom unqualifizierter Kräfte, wobei der Planbericht besonders darauf aufmerksam macht, daß im Jahre 1961 der Zuwachs von Arbeitskräften weitgehend von Frauen gestellt wurde. Die scharfen Maßnahmen, Bureaus auszukämmen, um Industrieplätze zu besetzen, hat sich also als Fehlschlag erwiesen.

Ja noch mehr — der Planbericht hebt nachdrücklich hervor, daß die Produktivitätsentwicklung im vergangenen Jahr auch deswegen unerfreulich war, weil sie langsamer vor sich ging, als im Plan vorgesehen war. Dies ist

damit zu erklären, daß die Industrieproduktion hinter dem Plane zurück blieb, obwohl hierfür mehr, allerdings wenig leistungsfähige, Personen in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden. Während die Zahl der in die Industrie neu eingestellten Arbeitskräfte um fast 5% stieg, erhöhte sich die rechnerische Steigerung der Arbeitsproduktivität — wobei die Leistungen und Fähigkeiten der Arbeitskräfte nicht bewertet werden — nur mehr um 5,1% statt um rund 7% in den letzten 3 Jahren, die auch jetzt als Mindestsatz vorgesehen waren. Da sich außerdem der Monatslohn im Durchschnitt um 3,1% erhöhte — bekanntlich wird in der östlichen Praxis eine Weitergabe des Produktivitätsgewinnes an die Arbeitskräfte durch Erhöhungen der Löhne abgelehnt — ist die im Planbericht so stark unterstrichene Unzufriedenheit über die mangelhafte Produktivitätsentwicklung voll verständlich. Unmißverständlich verkündete daher Novotný bei der Olleitungseröffnung in Preßburg, daß zwar an Preissenkungen und Lohnerhöhungen gedacht sei, daß aber der Verbrauch eines Teiles der Erzeugnisse mittels der Preise, d. h. durch Preiserhöhungen, geregelt werden müsse.

Diese Kritik an der Planerfüllung beschränkte sich aber nicht nur auf die Industrie und die öffentlichen Dienste, insbesondere auf den Handel, sondern erstreckte sich auch auf die Mißerfolge in der Landwirtschaft, die der Bevölkerung weit mehr zum Bewußtsein kommen, als steckengebliebene Industriebauten. Die Landwirtschaft hat nämlich ihre Bruttoproduktion im Jahre 1961 nur um 1% erhöhen können, was aber ausschließlich einer etwas verbesserten tierischen Produktion zuzuschreiben ist, während die pflanzliche Erzeugung trotz einer guten Brotgetreideernte unter ihrem Plansoll blieb, was die Lebensmittelimporte erhöht. Dieses Resultat muß umso enttäuschender wirken, als sich die landwirtschaftliche Produktion in 5 Jahren um 22—23% erhöhen soll und man noch Anfang 1961, unter dem früheren Eindruck der erfolgreich abgeschlossenen Sozialisierung des Landes, dies schon in 4 Jahren glaubte erreichen zu können.

Wenn auch einzelne Kulturen durch die abnorme Witterung des vergangenen Sommers beeinträchtigt wurden — bei anderen war dies aber nicht der Fall — so dürfte der Hauptgrund der schlechten Ergebnisse doch in der überhasteten Sozialisierung des Bodens liegen, die sich nun erst auswirkte, aber für so bedeutungsvoll gehalten wird, daß sie gleich in der Einleitung des Planberichtes anerkennend hervorgehoben wird. Allerdings heißt es dann unvermittelt und lakonisch weiter: „Das vorgesehene Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion wurde indes nicht erfüllt". Diese Gegenüberstellung von Vollsozialisierung und mangelnder Planerfüllung bedarf auch keines Kommentares!

Es wäre natürlich verfehlt, ob der Schattenseiten zu verkennen, daß die Aufbauarbeit in den letzten Jahren auch in der Tschechoslowakei Früchte trug und nicht spurlos am Lebensstandard der Bevölkerung vorübergegangen ist. Trotzdem zeigt dieser Bericht in aller Klarheit, welche Mängel und welche Schwierigkeiten weiter bestehen. Die hier vorgebrachte Kritik wäre

daher ein Anlaß, neue Wege zur Beseitigung dieser offenkundigen Anstände zu gehen. Die Neujahrsbotschaft Novotnýs kündigt in dieser Hinsicht nichts an, läßt aber alle Wege offen, wenn sie die Beseitigung der Ursachen und die Absetzung verantwortungsloser Menschen von Posten, auf die sie nicht gehören, verheißt. Ob es nur bei einer solchen Parteireform bleibt, die mit dem Prozeß gegen Barák begonnen hat, hängt wohl in erster Linie von dem Orakel ab, das sich der Hradschin vom Kreml erhofft.

Wichtige Industrieprodukte der Tschechoslowakei 1961

Produkt	Maßeinheit	Erzeugung 1961	Planerfüllung in %	1961 in % d. Jahres 1960
Steinkohle-Revierabsatzförderung	Mill. t	26,4	99,7	98,9
davon Ostrau-Karwin	Mill. t	20,7	96,6	99,3
Braunkohle	Mill. t	61,4	102,1	111,7
Lignit	Mill. t	3,2	104,0	110,5
Roheisen	1 000 t	4 971	96,4	105,9
Stahl	1 000 t	7 043	94,4	104,1
Walzmaterial (ohne Röhren)	1 000 t	4 672	91,9	104,3
Stahlröhren	1 000 t	742	102,7	118,0
Kunstgarne	t	68 977	99,0	110,8
Kunststoffe	t	77 596	97,2	128,9
Schwefelsäure	t	599 099	96,1	108,3
Stickstoffdünger	t/N	144 123	95,2	103,0
Phosphordünger	t/P_2O_5	167 422	104,0	113,9
Autoreifen (PKW)	1 000 Stk.	537	103,3	110,1
Autoreifen (LKW, Traktoren)	1 000 Stk.	230	100,0	107,2
Zement	1 000 t	5 343	96,2	105,8
Ziegel	Mill. Stk.	2 469	94,2	97,6

Erzeugung der Maschinenbau- und Kraftfahrzeugindustrie 1961

Produkt	Maßeinheit	Jahres-produktion 1961	1961 in % des Jahres 1960
Hütteneinrichtungen	Mill. Kčs	943,0	107,1
Walzeinrichtungen	1000 t	60,5	172,8
Chem. Einrichtungen	Mill. Kčs	1 074,4	139,9
Spanabh. Drehbänke	Stk.	24 792	102,1
Drehbänke Autom. u. Halbautomat	Stk.	1 772	113,9
Traktoren	1000 Stk.	27,8	85,5
E-Lok (Normalspur)	Stk.	198	117,2
Diesel-Lok	Stk.	149	123,1
LKW (inkl. Chassis)	1 000 Stk.	15,6	98,3
PKW	1 000 Stk.	58,8	104,7
Motorräder	1 000 Stk.	188,9	98,8
Fernsehgeräte	1 000 Stk.	333,9	127,0

Quelle: Bericht des Staatsamtes für Staatskontrolle und Statistik über die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1961.

EGERER RELIEFINTARSIEN IN DEN MUSEEN IN EGER UND BAD KÖNIGSWART

Von Heribert Sturm

Als die zusammenfassende Darstellung über die Egerer Kunsttischler aus dem 17. und 18. Jahrhundert und ihre Reliefintarsien als Band 13 der Veröffentlichungen des Collegium Carolinum in Druck gegeben wurde, mußte sich mangels genauerer Informationen der Nachweis der gerade in Eger verwahrten Werkstücke auf knappe Andeutungen beschränken. Von den schon früher im Stadtmuseum Eger, dem heutigen Bezirksmuseum für Heimatkunde (Krajské vlastivědné museum v Chebu pro kraj Karlovy Vary), verwahrten Stücken konnte aus der Erinnerung und mit Hilfe eines Fotos des Museumsraumes, in welchem ein Kabinettschrank und der bisher einzige nachweisbare Schreibkasten aufgestellt waren, nur eine ungefähre Beschreibung gegeben und für weitere, inzwischen hinzugekommene Reliefintarsienplatten lediglich die Titel der Darstellungen genannt werden*. Das war umso mehr zu bedauern, als Eger die Stadt gewesen ist, in der die mit Reliefintarsien ausgestatteten Werkstücke als eine Besonderheit der Barockzeit entstanden und aus der diese ihren Weg in alle Welt gefunden haben. Wenn demnach im Rahmen der zusammenfassenden Darstellung aus zeitbedingten Umständen der Einzelnachweis der erhaltenen Werkstücke der Egerer Kunsttischler gerade für den Standort Eger sich nur an kurze Angaben halten konnte, soll im folgenden diese Lücke einigermaßen geschlossen werden. Die vom Bezirksmuseum für Heimatkunde in Eger nunmehr zur Verfügung gestellten Unterlagen sind zwar in verschiedenen Einzelheiten nicht erschöpfend, ermöglichen aber immerhin ergänzende Angaben. Bemerkenswert erscheint, daß nahezu alle Reliefintarsienplatten und dazu ein Schmuckkästchen erst nach 1945 in den Bestand des Museums gekommen sind, wie auch das Schloßmuseum in Königswart bei Eger einen Zuwachs von vier Reliefintarsienplatten, und zwar aus ehemals Hartenberger Besitz, erfahren hat. Sieht man von dem Zugang durch die „Karl Lederer-Sammlung" im Jahre 1938 ab, haben sich aus früherer Zeit in Eger selbst nur ein Kabinettschrank und ein Schreibkasten, beides Stücke bereits aus dem 18. Jahrhundert, die keineswegs zu den Meisterleistungen der Egerer Kunsttischler zu zählen sind, erhalten.

---

* Heribert Sturm, Egerer Reliefintarsien. VdCC Bd. 13 (1961) S. 112 f.

Für EGER, ehem. Stadtmuseum, jetzt Bezirksmuseum für Heimatkunde, sind folgende Werkstücke nachzuweisen:

Kabinettschrank. Über einem zweitürigen, glatt intarsierten Rechteckkasten mit vorspringenden Gesimsen auf niedrigem Sockel das Hauptstück des Kabinettschrankes, bestehend aus einem offenen, eine Tabernakelnische bildenden Mittelstück mit vier spärlich verzierten Schubladen, die beiden unteren mit Blumenornamenten, und einem durch eine hochrechteckige Tür verschlossenen weiteren Ladenfach zu beiden Seiten. Die Beschläge bestehen aus graviertem Metall. Den oberen Abschluß des im übrigen ebenfalls glatt intarsierten Hauptteiles bildet ein geschwungener verjüngter flacher Aufsatz mit einer Schublade. Die Türfüllungen des Oberteiles stellen in Reliefintarsien die Tageszeiten dar: Außen links Aurora inmitten einer Baumlandschaft die Wolken zerteilend, so daß die aufgehende Sonne im linken Hintergrund das Meer mit einem Schiff und im rechten Hintergrund eine am Fuße eines Berges liegende befestigte Stadt im Morgendämmern erfaßt; zwischen den Bäumen zwei Reiter und ein Mann mit zwei Hunden an der Leine. Außen rechts die allegorische Darstellung des Tages: vor einem Haus in bergiger Landschaft ein arbeitender Handwerker an einem Tische, rechts von ihm ein trinkender und vor ihm ein in der prallen Sonne liegender Mann. Innen links als Darstellung des Abends eine ruhende Frauengestalt mit Mondsichel auf dem Kopf; neben ihr hinter einem Baum zwei Männer, der eine mit einer Laterne, vom Fischfang zu dem rechts stehenden Häuschen heimkehrend, im Hintergrund eine Burg in bergiger Landschaft. Innen rechts die Nacht, dargestellt durch einen schlafenden bärtigen Mann und eine nackte Frau mit einer Eule unter Sternenhimmel mit Wolken, an denen eine Hängelampe befestigt ist; im Vordergrund links Felsen, rechts ein Haus, im Hintergrund eine Kirche.

Höhe 95 cm; Breite 84 cm (die Reliefintarsien im Ausmaß 43×21 cm).

Schreibkasten. Auf fünf, unten durch Trittbrett verbundenen Beinen ein Untersatzteil in sparsam intarsiertem Furnier mit aufklappbarem abgeschrägten Pultdeckel zwischen vorgezogenen Seitenwangen, der ein Schreibfach abschließt. Darüber zurückgesetzt ein kabinettähnlicher Aufsatz mit geschwungenen Seitenteilen von je vier Schubladen übereinander zu beiden Seiten einer mit Türe verschlossenen Tabernakelnische, die auf einer Schublade aufsitzt. Die glatt intarsierten Schubladenfronten zeigen von oben nach unten an der linken Seite jeweils zwei Männer, einmal mit Vögeln, dann mit Musikinstrumenten, dann trinkend und weiters eine Katze durch einen Reifen springen lassend; an der rechten Seite wiederum jeweils zwei Gestalten, und zwar zunächst essend, dann mit Fächer spazieren gehend, weiters ein Herr, vor dem sich ein Diener verbeugt, und auf der letzten Lade eine Frau, die zwischen zwei Männern ein Tongefäß formt. Mit Ausnahme der Darstellung auf der zuletzt genannten Lade sind die Figuren chinesisch

gekleidet. Die Schublade unterhalb der Tabernakelnische zeigt eine Chinesin und ihren Herren unter einem Schirm in einer, von einem Diener gezogenen Rikscha fahrend. Am Pultdeckel ist eine Seelandschaft mit Fischern im Boot und am Ufer dargestellt. Reliefintarsien sind nur an der Tabernakeltür und im Hintergrund der mit Spiegel ausgelegten Nische angebracht: auf der Tür außen ein chinesisches Paar inmitten einer Baumlandschaft, wobei die Frau einen geschlossenen Schirm, der Mann einen Stockfächer trägt; und am Hintergrundabschluß der Nische ein sitzender Mandarin unter einem Baldachin, vor dem sich ein Diener mit einem Korb voll Früchten verbeugt, während ihm zur Seite eine kniende Frau eine Traube reicht und hinter dem Mandarin ein Chinese mit einem Früchtekorb steht.

Aufsatzteil: Höhe 73 cm; Breite 85 cm. Schreibtischuntersatz: Höhe 95 cm; Breite 91,5 cm.

Schmuckkästchen. Zweitüriges Kästchen, außen ohne Verzierungen mit glatten Füllungen. Als oberer Abschluß eine flache Deckellade. Innen eine offene Tabernakelnische, die oben von drei, seitwärts von je zwei Schubladen und unten von einer glatten dreiteiligen Lade umgeben ist. Auf der Innenseite der Türen in Reliefintarsia links eine Frauengestalt mit Buch, rechts eine Frauengestalt mit Schwert. Auf den Schubladen über der Nische und links und rechts davon Darstellungen in Reliefintarsia, und zwar oben: in bergiger Landschaft ein Dorf; Teil einer befestigten Stadt; Parklandschaft. Links der Nische: zwischen zwei Bäumen eine Burg; vor Bäumen eine Kirche. Rechts der Nische: zwei Burgen, dazwischen eine Kreuzwegstation; zwei Burgen.

Höhe 38 cm; Breite 29,5 cm.

Königin von Saba vor König Salomon. Reliefintarsienplatte. Unter einem Baldachin im rechten Vordergrund thront, von Dienern mit Turban umgeben, König Salomon; vor ihm sind die Oberkörper zweier Männer sichtbar, von denen einer einen Falken trägt, dahinter zwei römische Krieger auf ihre Schilde gestützt. Die Königin von Saba in prunkvollem Gewande, dessen Schleppe ein Kind trägt, tritt vor König Salomon, gefolgt von einer Frau mit Fruchtschale und einer Frau mit einer Vase auf der Schulter. Im Hintergrund ein Mann mit einem Kamel und fernab eine Burg.

Höhe 20,5 cm; Breite 33,5 cm.

Heilung eines Besessenen. Reliefintarsienplatte. Vor einem Architekturhintergrund inmitten des Bildes steht segnend der Heiland. Links vor ihm liegt ein nackter Mann, der von einem bärtigen Greis gestützt und von sieben Gestalten ängstlich betrachtet wird. Links daneben kniet eine Frau, die ihr Kind zu Christus emporhebt.

Höhe 43 cm; Breite 42 cm.

Verkündigung der Geburt Johannes des Täufers. Reliefintarsienplatte. Vor einer Stadt im Hintergrund an einem Rundaltar mit seitlichen Pilastern der Hohepriester Zacharias bei seinem Rauchopfer. Rechts Erzengel Gabriel, die Geburt Johannes des Täufers verkündend. Dahinter kniende Frauen, eine davon mit Kind, sowie männliche Gestalten.

Höhe 10 cm; Breite 19,5 cm.

Aus der Lebensgeschichte Johannes des Täufers. Reliefintarsienplatte. Zwischen zwei Bäumen Johannes mit Lamm und Kreuzstab vor seinen Eltern Zacharias und Elisabeth. Davor eine von einem Mann begleitete sitzende Frau, deren Kind auf Johannes schaut.

Höhe 10,5 cm; Breite 19,5 cm.

St. Georg. Reliefintarsienplatte. Der Heilige auf schwarzem Roß, die Lanze in den Rachen des geflügelten Drachen stoßend. Links eine Burg auf einem Felsen, davor eine Brücke über einem Bach. Unter dem Pferd ein Totenschädel und der Buchstabe E (?).

Höhe 11,5 cm; Breite 25 cm; die Arbeit wird Adam Eck zugeschrieben.

St. Georg. Der Heilige auf anspringendem Roß, die Lanze zwischen die Schultern des auf dem Boden liegenden Drachen stoßend. Ansicht von schräg-rückwärts.

Höhe 25 cm; Breite 23 cm; Abb. H. Sturm, Eger. Band II, S. 308.

Bruchstücke eines *Kabinettschrankes,* erhalten sind lediglich eine Türfüllung und einige beschädigte Schubläden mit Landschaftsdarstellungen.

Für KÖNIGSWART, Schloßmuseum (Fürst Metternich), sind folgende Werkstücke ergänzend anzumerken:

Musketier. Reliefintarsienplatte. Musketier, umgeben von Kriegsemblemen, die Kleidung mit Bleiintarsien verziert.

Höhe 60 cm; Breite 23 cm. Ehemalige Signatur: Hartenberg 301/877.

Musketier. Reliefintarsienplatte. Gegenstück zur vorerwähnten Platte; der Musketier, ebenfalls von Kriegsemblemen umgeben, in seitenverkehrter Ansicht des vorhergehenden Stückes.

Höhe 60 cm; Breite 23 cm. Ehemalige Signatur: Hartenberg 300/876.

Mars. Reliefintarsienplatte. Vor einer befestigten Stadt über einem Kriegslager in Wolken gehüllt Mars mit verschiedenen Kriegssymbolen. Im Mittelgrund ein Krieger und eine Frauengestalt mit einer Waage. Aufschrift: DISCRETIO — MARS.

Höhe 59 cm; Breite 30 cm.

Venus. Reliefintarsienplatte. Bukolische Szene mit zwei Verliebten unter einem Baum und Tieren. In den Wolken die Venus. Im Hintergrund eine Waldlandschaft mit einem Teich, einem Dorfe und einigen Personen. Aufschrift: VENUS. Gegenstück zur vorerwähnten Platte.

Höhe 59 cm; Breite 30 cm.

Alle vier Reliefintarsienplatten sind mit gleichartigen granulierten Holzrahmen eingefaßt, so daß auch ohne Angabe der ehemaligen Signaturen bei „Mars" und „Venus" die Herkunft aus dem Schloß Hartenberg (nordostwärts von Eger, Bez. Falkenau) angenommen werden darf.

EIN UNBEKANNTER BRIEF THADDAEUS HAENKES VON 1803

Von Josef Kühnel

Thaddäus Haenke opferte nach einer vorzüglichen Ausbildung sein ganzes Leben der Erforschung landeskundlicher und anderer wissenschaftlicher Probleme Südamerikas[1]. Als er 1817 starb, füllten seine Sammlungen nach verbürgten Aussagen von Zeitgenossen ein großes Gewölbe. Es ist ihm leider nicht mehr gelungen, rechtzeitig nach Europa heimzukehren und seine Ergebnisse mit den Resultaten der modernen europäischen Naturwissenschaft zu vergleichen. Sein Nachlaß ist zertreut worden, und wir kennen nur verhältnismäßig wenige Publikationen Haenkes, nachdem der Ausbruch des südamerikanischen Unabhängigkeitskampfes seine Heimreise, zu der er sich schließlich entschlossen hatte, vereitelt hat.

Daß die geistige Vereinsamung, in der Haenke in Cochabamba im heutigen Bolivien lebte, Schuld an einer gewissen literarischen Unfruchtbarkeit trug, beweist ein bisher unbekannter Brief, den ich als Photokopie einer Sammlung von Quellen entnehme, die vor Jahren von einem hochverdienten Forscher unter schwierigsten Umständen sichergestellt worden ist. Diese wertvollen Archivalien gehören heute dem Bonner Geographen und Wissenschaftshistoriker Dr. Hanno Beck, der nunmehr über die reichste Sammlung von Schriften von und über Haenke verfügt. Dr. Beck gedenkt hierüber im Haenketeil eines neuen Werkes zu berichten.

Der Brief ist an die Glasfirma Hiecke und Zincke in Haida in Böhmen gerichtet, über deren Handelsniederlassung in Cadix Haenke die Verbindung mit seinen Angehörigen in Kreibitz aufrecht erhielt. Er ist datiert vom 15. Februar 1803. Haenke dankt in ihm für die Übersendung von Browns[2] „Elementa medicinae" und beklagt sich zugleich über den Mangel an einschlägiger europäischer Fachliteratur für seine wissenschaftliche Arbeit.

---

[1] Kühnel Josef: „Thaddäus Haenke, Leben und Wirken eines Forschers", München 1960. Vgl. künftig auch: Kühnel, Josef: „Thaddäus Haenke (1761—1817)". Geogr. Taschenbuch 1962/63 (im Druck). Beck, Hanno: „Thaddäus Haenke und Alexander von Humboldt." Forschungen und Fortschritte 35, 1961, S. 65—71.

[2] Brown, John (1735—1788), ein englischer Arzt, der sein medizinisches System (Brownianismus) auf dem Gedanken aufgebaut hatte, daß die Reizbarkeit im Nervensystem Ursache aller physiologischen und pathologischen Erscheinungen sei. Sein Werk „Elementa medicinae" war 1780 erschienen. Daß Haenke im Jahre 1803 Kenntnis vom Brownianismus erhielt, ist insofern bemerkenswert, als er in seinem medizinischen Beitrag zur „Descripción del Perú" noch den Standpunkt der Humoralpathologie vertritt.

Der Brief offenbart eine streng konfessionell-religiöse Bindung Haenkes, und es befremdet, daß der freidenkende, vorurteilslose Gelehrte in diesem Zusammenhange sich scharf ablehnend zur Philosophie Kants äußert, die er in ihrem gesamten Umfange sicher nicht gekannt hat, wie es auch in der Briefstelle zum Ausdruck kommt.

Es sei festgestellt, daß eine Voreingenommenheit, wie sie sich in dem Urteil über die Kantsche Philosophie enthüllt, jedenfalls eine Ausnahme ist und keineswegs zu den Wesenszügen Haenkes gehörte.

Der Brief verdeutlicht außerdem, daß Haenke in Cochabamba abgeschieden von der inzwischen sehr fortgeschrittenen europäischen Wissenschaft lebte und diesen Zustand auch bedauerte. Wir können nur ahnen, was er uns heute bedeutete, wäre ihm die literarische Sicherung seines Lebenswerkes in der Auseinandersetzung mit der modernen Naturwissenschaft und im lebendigen Umgang mit Forschern vom Range Lavoisiers, Scheeles, Pristleys, A. v. Humboldts und Carl Ritters möglich gewesen. Nun der Brief:

Cochabamba den 15ten Februar 1803

In Cadix den 29ten August, und in Hayde den 30. 7^{br} 1803 erhalten

An die Hrn Hiecke et Z. in Cadix

Nach Rückkunft meiner lezten Wanderschaft, erhielte ich ihre angenemen von 10ten März 1801, von 1ten July desselben Jahrs, und von 9ten Aprill 1802. Ihr und der übrigen angehörigen des Hauses Wohlbefinden, hat mich ungemein erfreuet. In selben ersahe ich die glückliche Ankunft, von der Unterstüzung, welche ich meiner Mutter in dem Betrage von 1057 fr 15 xr gesannt habe, dessen Übergabe, und Empfang, mir zugleich mein Bruder Joseph berichtet. Ich bin ihnen meinen Liebenlandesleuten, allen erdencklichen Danck schuldig, für ihre besondere Gewogenheit, und Thätigkeit, mit welcher sie dieses kleine Geschäft behandelt, und mit welcher Geschwindigkeit sie benannten Werth zu Handen meiner bejahrten Mutter gebracht haben. Mit dieser Hielfe kann sie gewissermaßen zufrieden leben, und mein beklemmtes Gemüth beruhiget seyn; denn ich tröste mich, daß meine Mutter dadurch mit allen nöthigen versehen, womit sie den Überrest ihrer Tage mit einiger Bequemlichkeit, und Beruhigung zubringen kann.

Ich werde mich bemühen eine Anweisung auf etwas Geld in Buenos: ayres zuerlangen, um meinen Landesleuten für den Betrag einiger Auslagen, in meinem Geschäften zu verschaffen, die sich auf 1321 fr belaufen, und werde mich in dieser, wie in anderen Angelegenheiten, auch in Geldsendungen an meinem Freund Hrn Anselmo Xavier[3] Saliente verwenden. Dem Hrn Hiecke in Hayde, bin ich sehr verbunden, daß er mit so vieller Milde, und Grosmuth sich der Sachen meiner Mutter angenommen und 700 fr vorenthalten, um sie nach und nach meiner Mutter nach dem Verhältnisse ihrer Nothdurft, und Bedarf zu verabfolgen, für welche wohlthätige, und häusliche Ver-

[3] Von anderer Hand eingefügt „Saenz?"

theilung, so wohl meine Mutter, als ich erkenntlich seyn muß; daher nehme ich mir die Freyheit höfligst zuersuchen, damit er auch ins künftige dergleichen Verwaltung auf sich zunehmen belieben wolle. Setze noch die Warnigung hiezu, an keinem meiner Geschwistern, das geringste verabfolgen zu lassen, nur blos allein meiner Mutter disponirn, nach ihren Gefallen darüber, jedoch mit einer mässigen Sparsamkeit[4]. Ich erhielte auch den Auszug von dem Brovnischen Medicin System, dieses originalwerck in seiner Klasse, machte mir viele Freuden. Was mich, in diesem Lande am meisten kränckt/: in übrigen aber vorzüglich von ganz Europa:/ ist, daß es uns hir an dergleichen Mütteln fehlt: nämlich an der unendlichen Menge neueren Büchern, in denen verschiedenen Wissenschaften, die ich hir betreibe, um etwas vorwärts zu kommen und um sich nach den Schrietten des Jahrhunderts zu erweitern[5]. — Wegen anderen philosopischen Werdken, die in Europa so viell Aufsehens gemacht, besonders jenem, von dem berühmten Kant, bedauere ich nicht einige Tausend Meilen, von Deutschland entfernt zu seyn: denn es würde mir unendlich Leid seyn; daß dergleichen Erzeugniesse von ausgelassenen Geistern, mein Gemüth auch entfernt beunruhigen sollten, und besonders die Gründe unserer Religion — die ich an der Brust meiner Mutter eingesogen: — diese werden sich nicht zerrütten, noch mich wankelmüthig machen, weder durch die Philosophie des Kant, noch durch viele andere Philosophen von vielen Jahrhunderten. Je mehr diese Gründe unserer Religion aufgekläret sind, desto gröser ist die Glückseeligkeit, die dem Menschen in diesem Leben treffen kann. — Dieses sind meine Gründe, und meine Denckungsarth. — Unglücklich derjenige, der einem Gedancken von diesem Weege abweicht, denn so betretten, ist er der einzige, der uns zu unser wahren Glückseeligkeit führen kann. Es werden mir einige Missionen auf Befehl des Königs aufgetragen, die meine Reise nach Spanien noch verschieben werden, und eine derselben kann wohl ein paar Jahre dauern, denn ich werde vielleicht einen neuen Regirungsplan unter denen Indianischen Völckern Chiriguanos einzurichten, — abgehen. Meine erdenckliche Empfehlungen und Begrüssungen an die Hrn von Hause, meinem Schwager in Cartagena, und übrige Freunde ...

---

[4] Die Geschwister lagen Haenke oft mit Bitten um Unterstützung in den Ohren. Er aber ermahnte sie, Geduld zu haben, denn — so schreibt er — „ihr werdet doch nicht wollen, daß ich im Anfang gleich alles unter euch austheile, und auf diese Art sowohl Interessen wie Capital auf einmal gleich zu Grunde richte." Offenbar traute er auch den Geschwistern nicht eine uneigennützige Verwendung der Gelder zu, die er der Mutter schickte.

[5] Vom Verfasser gesperrt.

DAS NATIONALE PROBLEM IN DEN ANFÄNGEN DER TSCHECHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Von Rudolf Wierer

Es ist nicht leicht, die nationalen Regungen in der tschechischen Arbeiterbewegung zu verfolgen, da wir sowohl bei sozialistischen als auch bei nichtsozialistischen Verfassern, sowie in amtlichen Berichten unleugbare Beweise einer ausgeprägten nationalen Haltung der tschechischen Arbeiter einerseits, als auch Ansätze zu Bindungen einer übernationalen Arbeitersolidarität andererseits finden können. Einen Beweis für das Vorhandensein einer solchen Solidarität liefert bereits die Unterstützung der streikenden Kattundrucker in Prag im Jahre 1844 durch ihre deutschen Berufsgenossen in Böhm.-Leipa, Reichenberg und Reichstadt. Daher sagt schon der alttschechische Nationalökonom und spätere österreichische Minister Albin Bráf im Jahre 1881: „Die Nationalität bildet kein Hindernis des gegenseitigen guten Einvernehmens zwischen den Arbeitern und das ist in Böhmen keine Kleinigkeit"[1]. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß die tschechischen Arbeiter seit dem Anfang der Industrialisierung überwiegend deutschen oder wenigstens deutsch-sprachigen Fabrikbesitzern gegenüberstanden, und daß die sozialen Gegensätze des frühen Kapitalismus, die sich besonders in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sehr scharf entluden, stark durch den nationalen Gegensatz beeinflußt wurden. Dies können wir besonders bei den erwähnten Unruhen der Arbeiter der Kattundruckereien im Jahre 1844 in Prag feststellen[2].

Im Jahre 1844 kommt es zu zahlreichen Arbeiterunruhen, die jedoch nur zum kleinsten Teile als Ausbruch eines nationalen Gegensatzes zu bezeich-

---

[1] Bráf Albín, Studien über nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 57, 146.

[2] Deutsch Julius, Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Wien 1947, S. 7. Šolle Zdeněk, K počátkům dělnického hnutí v Praze [Zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in Prag]. Československý časopis historický [Tschechoslowakische historische Zeitschrift] Jg. V (1957), S. 666 ff. Tobolka Zdeněk, Textiláci — první průkropníci dělnického hnutí v Čechách [Die Textilarbeiter — die ersten Bahnbrecher der Arbeiterbewegung in Böhmen]. Prag 1950, S. 50. Volf Miloslav, Naše dělnické hnutí v minulosti. [Unsere Arbeiterbewegung in der Vergangenheit.] Prag 1947, S. 36. Wolfgramm Eberhard, Der böhmische Vormärz, im besonderen die böhmischen Arbeiterunruhen des Jahres 1844 in ihren sozialen und politischen Zusammenhängen. In: Obermann Karl und Polišenský Josef, Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte, Berlin 1958, S. 199 ff.

nen sind[3]. Andererseits kann man wohl kaum im Jahre 1848 von einer organisierten Arbeiterbewegung sprechen, da trotz der Verbreitung der Ideen der französischen Sozialisten in den Jahren 1844—47 man von keiner ausgeprägten Arbeitersolidarität sprechen kann[4]. Die Arbeiter werden noch sehr stark von den bürgerlichen radikalen Demokraten angesprochen, zwischen denen sich die nationale Front erst zu bilden beginnt[5]. Jedoch, da nun besonders in den national gemischten Städten die bürgerliche Oberschicht, speziell in Mähren, überwiegend deutsch war oder sich wenigstens der deutschen Umgangssprache bediente, gewannen die sozialen Unruhen einen nationalen oder wenigstens ethnischen Charakter, da besonders im Innern Böhmens die Arbeiterschaft rein tschechisch und selbst in Mähren der Anteil der deutschen Arbeiterschaft in den Städten des tschechischen Sprachgebietes nicht allzu groß war[6]. Dazu kam noch eine besondere Tatsache: Die Facharbeiter, die relativ besonders gut bezahlt wurden, mußten vom Ausland nach Österreich gezogen werden, und diese fremdstämmige Arbeiteraristokratie stieß des öfteren auf Widerstand unter den tschechischen Arbeitern[7].

Der Absolutismus der 50er Jahre in Österreich verurteilte die bisherigen Ansätze zu einer Arbeiterorganisation zur völligen Untätigkeit, ja zum formellen Verschwinden vor der Öffentlichkeit. Erst nach der Beseitigung des Absolutismus regt sich die tschechische Arbeiterbewegung, die anfangs gar nicht international, ja in ihrer Mehrheit nicht einmal sozialistisch orientiert war.

Mit der Organisierung der Arbeiter begannen vor allem die Alttschechen, bzw. ihr Vertreter Dr. František Chleborád 1867. Chleborád empfahl den Arbeitern, sich von der Politik fern zu halten, da sie ja sowieso in den

---

[3] Roubík František, Český rok 1848 [Das tschechische Jahr 1848]. Prag 1931, S. 156 f. Šolle, K počátkům, S. 669.

[4] Volf, Naše dělnické hnutí, S. 48 f.

[5] Šamberger Zdeněk, Die revolutionäre Zusammenarbeit der tschechischen und sächsischen Demokratie im Frühjahr 1849. In „Aus 500 Jahren ...", S. 249 ff., S. 264 ff. Soják Vladimír, Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei. Berlin 1954. S. 12 f.

[6] Šindelář Bedřich, O úloze lidových mas v revolučním dění roku 1848 na Moravě a ve Slezsku [Über die Aufgabe der Volksmassen in der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 in Mähren und Schlesien]. ČsČH IV, 1956, S. 390. Šolle Zdeněk, Ke vzniku první dělnické strany v naší zemi [Zur Entstehung der ersten Arbeiterpartei in unserem Land]. Prag 1953, S. 36. Volf, Naše hnutí, S. 36. Šindelář Bedřich und andere, Z dějin dělnického hnutí na Brněnsku. Od nejstarších počátků do založení KSČ [Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Brünner Region. Von den ältesten Anfängen bis zur Gründung der KPČ]. Brünn 1956, S. 17.

[7] Purš Jaroslav, Použití parních strojů v průmyslu v českých zemích v období do nástupu imperialismu [Die Anwendung der Dampfmaschinen in der Industrie der böhmischen Länder in der Periode bis zum Aufmarsch des Imperialismus]. ČsČH II, 1954, S. 444. Šindelář, Z dějin, S. 11.

österreichischen Reichs- und Landes-Kurienparlamenten, sowie den Gemeindevertretungen nach 1860 kein Wahlrecht hätten. Dafür sollten sie sich besonders intensiv mit der Verbesserung ihrer eigenen sozialen Lage durch gewerkschaftsähnliche Organisationen, sowie durch Bildung von Arbeiter-, Spar-, Konsum- und später auch Erzeugungsgenossenschaften helfen. So entstanden in unverkennbarer Anlehnung an die Ideen Schulze-Delitzsch's zahlreiche „Ouly" (Bienenstöcke) in den Jahren 1868—1875[8].

Neben diesen konservativen Strömungen traten sehr bald auch linksdemokratische, mit der jungtschechischen Partei zusammengehende Tendenzen zum Vorschein, die die Richtung Chleboráds in einer verhältnismäßig kurzen Zeit in den Hintergrund drängte. Diese Richtung, die vom Typographen Jan Bavorský[9] geführt wurde und vom jungtschechischen Redakteur Josef Barák moralisch und ideell unterstützt wurde, erhob die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes und betonte — in dieser Hinsicht in Übereinstimmung mit Chleborád — die Notwendigkeit, nicht nur die materielle, sondern auch die kulturelle Lage der Arbeiter zugunsten ihres Fortschrittes zu heben. So entstanden einige Arbeiter-Bildungsvereine, besonders in Prag, die auch Broschüren herausgaben und zahlreiche Vorträge für die Arbeiter veranstalteten. Während nun die Richtung Chleboráds die „Dělnické Noviny" (Arbeiterzeitung) herausgab, veröffentlichte die demokratische Richtung die „Dělnické Listy" (Arbeiterblätter), sowie den „Český Dělník" (Tschechische Arbeiter) — mehr radikal orientiert[10]. Die demokratische Richtung überflügelte sehr bald die konservative Gruppe auch deshalb, weil die späteren sozialistischen Kämpfer zunächst in der demokratischen Richtung ihre organisatorische Unterkunft fanden[11]. Dies gilt besonders vom Metallarbeiter Josef Boleslav Pecka[12].

Jedoch waren beide erwähnten Richtungen mit zahlreichen Mängeln behaftet, die schließlich ihren Niedergang in den 70er Jahren verursachten. Chleborád selbst behandelte die Arbeiter trotz all seines Eifers zu sehr als

---

[8] Purš Jaroslav, Tábory v českých zemích 1868—1871. Příspěvek k problematice národního hnutí [Volksversammlungen in den böhmischen Ländern 1868—1871. Beitrag zur Problematik der nationalen Bewegung]. ČsČH VI, 1958, S. 682. Šolle, K počátkům, S. 674. Derselbe Ke vzniku, S. 51 ff. Volf, Naše hnutí, S. 55 ff. Reiman Michal, Z prvních dob českého dělnického hnutí [Aus den ersten Zeiten der tschechischen Arbeiterbewegung]. Prag 1958, S. 56 ff.

[9] Brügel Ludwig, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. I, Wien 1922, S. 320 f. Šolle, K počátkům, S. 676 f., S. 681 f. Derselbe, Ke vzniku, S. 53 f. Vrbová Pavla, Ke vzniku a charakteru tak zvaných dělnických besed v šedesátých letech 19. století v. Praze [Zu Entstehung und Charakter der sogenannten Arbeitervereinigungen in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts in Prag]. ČsČH V, 1957, S. 125 ff. Reiman, Z prvních dob, S. 62 ff., 72 ff.

[10] Šolle, K počátkům II, ČsČH VI, 1958, S. 266 ff. Derselbe, Ke vzniku, S. 54—77.

[11] Šolle, K počátkům, S. 678 ff., II, S. 266 ff. Reiman, Z prvních dob, S. 77 ff. Derselbe, Ke vzniku, S. 55 ff. Volf, Naše hnutí, S. 59 f.

[12] Šolle, K počátkům II, S. 268—279. Derselbe, Ke vzniku, S. 55. Volf, Naše hnutí, S. 5 f., Reiman, Z prvních dob, S. 126 ff.

Objekte seiner Tätigkeit und Fürsorge, und bei den schlechten Verhältnissen, in denen die Arbeiter damals sowohl im Bereich der Arbeitszeit und des Lohnerwerbs wie auch im Bereich der absolut mangelhaften, ja überwiegend gar nicht bestehenden Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter sich befanden, konnten diese auf die Dauer nicht gewillt sein, das Zusammengehen mit den konservativen Kräften der damaligen Gesellschaft psychologisch zu vertragen[13].

Die demokratische Richtung befand sich demgegenüber in einem großen Vorteil, besonders dank ihrer Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht. Die Arbeiter konnten sich in den von dieser Richtung aufgezogenen Organisationen, besonders den Arbeiterbildungsvereinen, betätigten und auch ihren radikalen politischen Trends nachkommen[14]. In nationaler Hinsicht waren sich beide Richtungen in der Ablehnung des internationalen Sozialismus einig, obwohl in der demokratischen Richtung internationalistisch-sozialistisch orientierte Persönlichkeiten sich allmählich durchzusetzen begannen. Als nun unter anderem nach dem Mißerfolg des tschechisch-österreichischen Ausgleichs unter dem Ministerium Hohenwarth im Jahre 1871 das Interesse der politischen Führer des tschechischen Volkes an der Ausbildung einer national orientierten Arbeiterbewegung nachließ, begann sich ein allmähliches Übergewicht der Sozialisten in den Arbeiterorganisationen durchzusetzen[15].

Die Sozialisten-Bewegung wurde selbstverständlich von Nordböhmen und Wien aus sehr stark beeinflußt. In Nordböhmen verbreiteten sich sozialistische Ideen überwiegend unter den deutschen Arbeitern, ohne jedoch dem bei den tschechischen Arbeitern sehr oft üblichen Mißtrauen in größerem Ausmaße zu begegnen. So wurde Reichenberg eine Zeit lang zum Zentrum der österreichischen Sozialdemokraten[16]. Wenn jedoch der Einfluß der deutschböhmischen Arbeiterbewegung auf die tschechische bei dem ausgeprägt nationalen Charakter der Ansätze zu einer tschechischen Arbeiterbewegung nicht besonders intensiv sein konnte, errang doch der Wiener Sozialismus einen großen Erfolg in und um Brünn, wo die nationalen Gegensätze viel schwächer ausgeprägt waren und wo es — im Gegensatz zu Böhmen — ein bis in die Volksschichten tief hinein verbreitetes staatsrechtliches Bewußtsein im wahren Sinne des Wortes nur in ganz beschränk-

---

[13] Kořalka Jiří, Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku [Die Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Reichenberger Region]. Reichenberg 1956, S. 78—85. Reiman, Z prvních dob, S. 89 f. Mitscherlich Auguste, Die böhmische Glasindustrie in Vergangenheit und Gegenwart. Diss. Erlangen 1930, S. 167—173. Šolle, Ke vzniku, S. 55 f.

[14] Šolle, K počátkům, S. 676. Vrbová, Ke vzniku, S. 126, 130, 133 f.

[15] Brügel, Geschichte II, Wien 1922, S. 258—264. Reiman, Z prvních dob, S. 209 ff. Šolle, Ke vzniku, S. 57, 73. Volf, Naše hnutí, S. 60 ff., S. 109—117.

[16] Brügel, Geschichte II, S. 261. Kořalka, Vznik, S. 303—319. Šolle, Ke vzniku, S. 64 f.

tem Ausmaß gab. Die Brünner Textilindustrie sowie die zahlreichen Textilarbeiter in der Umgebung von Brünn boten ein organisationswilliges Personal für die Arbeiterbewegung, die in Brünn und Umgebung auf internationaler und ausgesprochen sozialistischer Basis ausgebaut wurde und große organisatorische Erfolge zu verzeichnen hatte[17].

Die Wirtschaftskrise, die im Jahre 1873 einsetzte, bedeutete eine beträchtliche Schwächung der Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern bei beiden Völkern. Interessanterweise zeigte sich jedoch seit dem Beginn der Krise das siegreiche Durchdringen der Sozialdemokratie internationaler Prägung eben in Prag und im restlichen Böhmen. Die Arbeiter empfanden selbst in den demokratischen Organisationen ihre organisatorische Verbindung mit dem Kleinbürgertum, ja manchmal auch mit den Protektoren aus Fabrikantenkreisen, die öfters gewählt wurden, um den vereinspolizeilichen Verpflichtungen der Arbeitervereine gegenüber den Forderungen der Behörde zu genügen, größtenteils unangenehm[18]. Da nun auch einige tschechische Unternehmer auftraten, hatte die demokratisch-nationale Arbeiterbewegung psychologisch keinen leichten Stand, indem sie die Arbeiter in ihrer nach der Krisis gesteigerten Notlage von der Unrichtigkeit des Klassenkampfes auch gegen die eigene tschechische Bourgeoisie überzeugen sollte. So trat die sozialistische Zeitung „Budoucnost" im Jahre 1874 an die Öffentlichkeit und verkündete ein sehr gemäßigtes politisches und soziales Programm, um die Anhänger der demokratischen Richtung allmählich gewinnen zu können bzw. diese nicht vor den Kopf zu stoßen. Dank dieser gemäßigten Taktik gelang es den ausgesprochenen Sozialisten, dem bereits erwähnten J. B. Pecka, sowie dem Schneidergesellen Ladislav Zápotocký[19], den Sieg zu erringen und sich sogar der früher demokratischen „Dělnické Listy" zu bemächtigen[20]. So kam es unter diesen Voraussetzungen im April 1878 zum ersten sozialdemokratischen tschechoslowakischen Parteitag im Gasthaus „U kaštanu" (Beim Kastanienbaum) in Břevnov. Dieser Parteitag startete die organisierte und nur allmählich sich befestigende sozialdemokratische Bewegung, die später gewisse oppositionelle, nationalistische Regungen in den Arbeiterorganisationen (wie die sogenannte „Obrana"-Bewegung in den Jahren 1890—92) entweder gänzlich überwand oder zumindest unter den eigentlichen Arbeitern zahlenmäßig bald ins Hintertreffen drängte (so die tschechische nationalsoziale Arbeiterbewegung nach ihrem ersten Aufschwung in der national aufgeregten Stimmung im Kampf um die Sprachenverordnungen des Ministerium Badeni im Jahre 1897 in den Jahren 1902—1903).

---

[17] Šindelář, Z dějin, S. 42 ff. Zum staatsrechtlichen Bewußtsein des tschechischen Volkes: Hybeš Josef, Výbor z článků a projevů [Auswahl aus Aufsätzen und Reden]. Prag 1956, S. 368.

[18] Vrbová, Ke vzniku, S. 120 ff., 124, 129 f. Reiman, Z prvních dob, S. 291 ff.

[19] Šolle, K počátkům, S. 277 ff., 282. Derselbe, Ke vzniku, S. 77 f.

[20] Šolle, Ke vzniku, S. 79 ff.

ZEITGESCHICHTE IN DER ČSSR

Von Ferdinand Seibt

I.

Häufig wird gegen die Beschäftigung mit der Zeitgeschichte der Einwand erhoben, ihr Quellenmaterial sei noch nicht genügend erschlossen. Ich halte diesen Einwand für nicht stichhaltig, und er hält natürlich auch nicht Stand vor dem Bedürfnis, lieber ein weniges zu erfahren als gar nichts. Sind wir doch sogar entferntesten Geschichtsepochen gegenüber ungeduldig genug auf ein möglichst zusammenhängendes Abbild versessen, obwohl wir gut wissen, daß langwierige, etwa archäologische Forschungen dieses Abbild in zehn oder zwanzig Jahren von Grund auf verändern können. Nicht die Quellen sind es also, deren Lauterkeit durch die Nähe der Ereignisse in ungewöhnlichem Maße beansprucht wird, sondern die Menschen: der erheblichste Einwand gegen die Zeitgeschichte als Wissenschaft steckt wohl in der Frage, ob die Generation, welche Geschichte erlebte, auch unvoreingenommen genug ist, sie zu schreiben.

Daran erinnert man sich bei der Lektüre eines Beitrages von A. Šnejdárek im letzten Heft der Čsl. Zeitschrift für Geschichte, welcher der deutschen Widerstandsbewegung um Carl Goerdeler gewidmet ist[1]. Šnejdáreks Bemühung läßt sich in drei Thesen zusammenfassen:

1) daß es eine „offizielle" Bonner Geschichtsschreibung gäbe, deren Exponent in Gerhard Ritter zu sehen sei[2],

2) daß diese „Schule" die Darstellung des deutschen Widerstandes unter Vernachlässigung seiner vielfältigen Strömungen auf Carl Goerdeler konzentriert habe[3],

---

[1] Tak zvaná německá buržoazní opozice proti hitlerovskému fašismu až do puče 20. července 1944 a její politický vůdce Carl Goerdeler [Die sogenannte bürgerliche Opposition gegen den Hitlerfaschismus bis zum Putsch vom 20. Juli 1944 und ihr politischer Führer Carl Goerdeler]. ČsČH 9 (1961) 807—831.

[2] 808 f.

[3] „Die westdeutsche bürgerliche Historiographie zeigt verschiedene Formen der antihitlerischen Opposition, welche sie in eine sozialistische, kirchliche, bürgerliche und militärische einteilt, sie beurteilt aber die bürgerliche als die reifste, hauptsächlich soweit sie sich mit der militärischen Opposition verbinden konnte . . ." S. 815. „So ist also das Leben Carl Goerdelers, aus dem die offizielle westdeutsche Historiographie in ihren Werken die Zentralfigur des deutschen antihitlerischen Widerstandes machen möchte . . ." S. 814. „Die offizielle westdeutsche Historiographie und ihr zufolge die offizielle westdeutsche

3) und schließlich meint Šnejdárek, der wahre Charakter dieser bürgerlichen Opposition als „Instrument des imperialistischen Monopolkapitalismus" werde von der offiziellen Historiographie Westdeutschlands verschleiert: „Die Widerlegung der ganzen Konstruktion des deutschen bürgerlichen Widerstands gegen Hitler und den Faschismus und die B l o ß l e g u n g der wirklichen Umstände, der Taten und Ziele dieser ‚bürgerlichen Opposition', besonders aber die B l o ß l e g u n g aller zeitgenössischen Manöver mit der Geschichte dieser Gruppen in der Gegenwart ist ein sehr wichtiger Faktor im Kampf gegen die Erneuerung des deutschen Faschismus"[4].

Befassen wir uns zuerst mit der dritten Behauptung: Šnejdárek nimmt für sich nicht nur die „Widerlegung der ganzen Konstruktion" über den bürgerlichen Widerstand in Anspruch, sondern auch die „Bloßlegung" seiner „wirklichen Taten und Ziele". Aber buchstäblich alles Wesentliche, das er aus Goerdelers Leben und Schriften vorbringt, zitiert er nach Gerhard Ritters Biographie[5]. Es geht hier nicht um die Frage nach der wissenschaftlichen Leistung, die er mit seinem Beitrag vorlegt; die kann man wohl in der Zusammenstellung der Ausführungen Ritters und in ihrer Ergänzung durch Zitate aus einer Reihe anderer bekannter Memoiren- und Quellenwerke erkennen. Es geht um die Frage, was er mit Zitaten aus Ritters Darstellung eigentlich „bloßlegt"! Šnejdárek übermittelt vornehmlich dem tschechischen Leser, was er in Ritters Biographie gefunden hat. Aber diese Mitteilung läßt sich nicht gut mit dem Anspruch einer Bloßlegung von Sachverhalten, welche die „offizielle westdeutsche Historiographie" verschleiere, übereinbringen. Ja sogar Šnejdáreks Gesamtinterpretation der „großbürgerlichen Reservelinie des Monopolkapitalismus" im Goerdelerkreis ist absolut nicht originell und kann daher auch nicht die Eigenart einer „Bloßlegung", einer Enthüllung für sich beanspruchen. Es handelt sich nämlich vielmehr um einen seit 15 Jahren ausgiebig ausgestalteten Gemeinplatz in den zeitgeschichtlichen Betrachtungen der marxistischen Historiographie, und gerade zehn Monate, ehe Šnejdárek seinen Aufsatz veröffentlichte, hat schon G. Plum in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte diese Auffassung aus einer Reihe von Beispielen in ihrer ganzen schablonenhaften Wiederholung umrissen: „Unter dem Stichwort ‚Goerdeler-Gruppe' zusammengefaßt und unter dessen innen- und außenpolitisches Programm gestellt, werden alle die Männer und Frauen aus der Liste des Widerstands gestrichen, die sich ein ‚anderes Deutschland' erhofften, das weder nationalsozialistisch noch kommunistisch, das freiheitlich und nicht totalitär ist. Sie werden abgetan

---

Propaganda bemühen sich, die ganze bürgerliche Opposition, welche im Juliputsch mündete, als die einzigen für Hitler wirklich gefährlichen Widersacher zu erklären ..." S. 814.

[4] 831, Sperrung zur Deutlichkeit.

[5] Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954.

als unverbesserliche Imperialisten, die Hitler den Weg zur Macht bereiteten, aber angesichts der drohenden Niederlage durch die sozialistischen Armeen ihre kapitalistische Position durch einen Absprung aus der dem Abgrund zurasenden Staatskarosse retten wollten"[6].

Die zweite Behauptung Šnejdáreks befaßte sich mit einer angeblichen Identifizierung der Widerstandsbewegung mit der Person Carl Goerdelers im offiziellen westdeutschen Geschichtsbild. Eine solche Offiziosität ist hier unbekannt. Die Divergenz der Widerstandsgruppen wird im übrigen weder bei G. Ritter, noch anderswo in einschlägigen Darstellungen verschwiegen. Um das deutlich zu machen, habe ich drei Publikationen ausgesucht, die in den letzten Jahren von offiziellen Stellen, nämlich der Bundeszentrale für Heimatdienst und der Bayerischen Landeszentrale für Heimatdienst, kostenlos Geschichtslehrern als empfehlenswerte Unterrichtsgrundlage zugesandt worden sind. Da ist zunächst Alan Bullocks Hitlerbiographie in deutscher Übersetzung. Hier heißt es zur Widerstandsbewegung:

„Von einer ‚deutschen Opposition' zu sprechen, birgt insofern eine Gefahr in sich, als damit kein z u t r e f f e n d e s Bild von den im wesentlichen zahlenmäßig kleinen, locker verbundenen Gruppen gegeben wird, deren Mitgliederzahl schwankte, die nicht fest organisiert waren und die kein anderes gemeinsames Ziel hatten, als die Bekämpfung des bestehenden Regimes. Nicht nur in ihren Motiven, sondern auch in ihren Zielen bestanden e r h e b l i c h e D i v e r g e n z e n ..."[7].

Šnejdárek sprach nicht nur von der westdeutschen Geschichtsschreibung, sondern auch von Propaganda. Deshalb habe ich an zweiter Stelle einen Bildband herangezogen, der am ehesten massenwirksam gestaltet ist und auch für die Hand des Schülers gedacht wurde[8]. Hierin finden sich acht Bilder prominenter Widerstandskämpfer: Geistliche, Studenten, Offiziere, Sozialisten, Diplomaten. Goerdeler ist nicht unter ihnen. Im Textteil heißt es:

„... Und doch gab es eine Opposition auch gegen Hitler, gab es Tausende und Abertausende von Deutschen, die um der Freiheit und Menschenwürde, um ihres Glaubens und um Deutschlands willen ihr Leben einsetzten und oft genug auch daran gaben"[9].

Šnejdárek schreibt von der westdeutschen Geschichtsverfälschung: „Er (Goerdeler) hat in den Augen der Deutschen und der übrigen Welt die Hunderte und Tausende deutscher Antifaschisten zu überschatten, welche von Anfang an systematisch und kompromißlos gegen Hitler und den Faschismus kämpften und ohne Furcht und ungebrochen ihr Leben opfer-

---

[6] G. Plum, Widerstand und Antifaschismus in der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung. Vierteljahreshefte f. Zeitgeschichte 9 (1961) 50—65, hier 59.
[7] Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1959, 740; Sperrungen zur Deutlichkeit.
[8] Bilder und Dokumente zur Zeitgeschichte 1933—45. Hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale f. Heimatdienst. München 1961.
[9] 78.

ten . . ." [10]. Hören wir, wie der Bildband in seinem Textteil das Verhältnis des deutschen Widerstandes zu Goerdeler bemißt:

„. . . Das waren Pfarrer, die für die Freiheit des Glaubens eintraten, Rechtsanwälte oder Richter, die für die Unabhängigkeit des Rechtes kämpften, Arbeiter, die durch Sabotage dem unmenschlichen Krieg ein Ende bereiten wollten, Studenten, die Flugschriften gegen das Regime verteilten, Militärs, die frühzeitig den Größenwahnsinn Hitlers und sein unvermeidbares Ende erkannten . . . oder auch Politiker und Diplomaten, die wußten, daß mit Hitler kein Friede möglich sein würde . . . Zu dieser Gruppe, die in diesem Sinne aktiven Widerstand leistete, gehören endlich auch die Männer des 20. Juli . . ."

Der Name Goerdeler ist in unserem Bildband also überhaupt nicht genannt. Die Gruppe, die man üblicherweise mit ihm in Verbindung bringt, rangiert in der Bebilderung wie im Textteil am Schluß. Unter diesen Umständen kann man wirklich nicht davon sprechen, daß in diesem Bildband, der 1961 beispielsweise jedem bayerischen Abiturienten ausgehändigt wurde, Goerdeler und seine Mitverschwörer die anderen Widerstandsgruppen „überschatteten".

Wenden wir uns schließlich an Gerhard Binders „Epoche der Entscheidungen. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts" [11], deren 5. Auflage ebenfalls zum Schulgebrauch kostenlos verbreitet wurde. Hier sind als Widerstandsgruppen aufgezählt: die militärische Opposition, die Sozialisten, die „Rote Kapelle", die Diplomaten und Carl Goerdeler, der Kreisauer Kreis [12]. Die Gruppe um Goerdeler ist hier zwar als „besonders wichtig" bezeichnet [13], aber Goerdeler selber wird dabei keineswegs von einem der „westdeutschen Apologeten" als „Held" verherrlicht, wie Šnejdárek seine tschechischen Leser glauben machen will [14]. Neben den Diplomaten v. Hassel, v. d. Schulenburg und Minister Popitz wird Goerdeler zwar als „aktivster" und „rastlos tätiger" bezeichnet, aber nicht in der Führerrolle, sondern „geradezu" als „Reisender des Widerstands". Seine Schwächen werden dabei nicht verhohlen, allerdings in einer knappen Darstellung — der Band umspannt ein halbes Jahrhundert — und ohne Einzelheiten. „Seine Stärke lag im rational Faßbaren; jeder revolutionären Bewegung stand er innerlich fremd gegenüber . . . Goerdelers Grenzen lagen dementsprechend in seiner b ü r g e r l i c h e n D e n k w e i s e, die ihn Hitlers erbarmungslosen Machtwillen und seine dämonische Suggestivgewalt nicht in ihrer vollen Schrecklichkeit erkennen ließen. . . . Nach langer schrecklicher Haft wurde er am 2. Februar 1945 erhängt. Vor diesem unsäglich schweren Schicksal und seinem Opfertod hat jede oberflächliche Kritik zu schweigen. Goerdeler, ein Bürger des

[10] 814.
[11] Stuttgart 1960.
[12] 413—20.
[13] 417.
[14] 811.

19. Jahrhunderts, gab alles hin — seine Tragik war, daß er gegen einen Hitler stand" [15].

Šnejdárek hatte Ritter vorgeworfen, die Person Goerdelers in einer ungerechtfertigten Apologie herausgestellt zu haben. Trotzdem baute er seine kritische Betrachtung Goerdelers hauptsächlich auf Einzelheiten aus Ritters Biographie auf! Worauf, muß man demnach fragen, gründet dann Ritter seine Apologie oder Šnejdárek seinen Vorwurf? Ein Zitatenvergleich weist uns die Spur:

Als Sensation berichtet Šnejdárek, daß sich Goerdeler nach seiner Verhaftung vom Attentat Stauffenbergs distanziert habe, und zitiert Ritter: „Wir stehen damit vor der nackten Tatsache, daß der Hauptträger und Organisator der deutschen Widerstandsbewegung der Tat des 20. Juli nicht nur vorher innerlich widerstrebt, sondern sie nachträglich radikal verleugnet hat" [16]. Nun fehlt aber gerade die Fortsetzung des Textes von Ritter. Hätte sie Šnejdárek zitiert, so ließe sich an diesem einen Satz allein der Schlüssel zur wirklichen Interpretation der Persönlichkeit Goerdelers im Bilde Ritters demonstrieren. Bei Ritter heißt es nämlich weiter im Text:

„Das ist bitter für alle, die das sittliche Recht dieser Tat (= des Attentats) bejahen, läßt aber auch die Grenzen der politischen Begabung Goerdelers noch einmal deutlich hervortreten; denn sicherlich waren ja alle Umsturzpläne, die das Attentat zu vermeiden suchten, praktisch bloße Utopie; unsere Darstellung hat es immer wieder gezeigt. Und doch: welcher Nachlebende möchte sein Andenken gerade wegen dieses Sträubens herabsetzen! Entsprach es nicht ganz und gar der sittlichen Reinheit seines Wollens, daß er seine Hände nicht mit einer Mordtat beflecken wollte? Man kann ihn wohl einen Besessenen nennen: einen Besessenen der Rechts- und Friedensidee, genau so wie Hitler besessen war von der Idee kämpferischer, brutaler Machtentfaltung ..." [17].

Tatsächlich lehrt die Lektüre von Ritters Buch im übrigen, daß hier weder die Existenz anderer Widerstandsgruppen geleugnet, noch die Wirksamkeit und die Fähigkeiten Goerdelers unkritisch übersteigert wird, wenn man sich nur jederzeit den Ausgangspunkt der Persönlichkeitsdeutung vor Augen hält. Trotz aller Zeitnähe leidet jede Darstellung der deutschen Widerstandsbewegungen am Quellenmangel — Kennzeichen jeder Ketzerbewegung. Ritter geht ausdrücklich vom biographischen Material zum Lebensweg Goerdelers aus und leugnet die Gefahr einer solchen Selektion für die Beurteilung des ganzen deutschen Widerstandes durchaus nicht. „Jeder Biograph ist in Versuchung, die persönliche Leistung und Bedeutung seines Helden zu überschätzen. Das gilt doppelt dann, wenn er mit ihm zu Leb-

---

[15] 417 f. Sperrung zur Deutlichkeit.
[16] Šnejdárek 814, Ritter 409.
[17] 409.
[18] 13.

zeiten in näherer persönlicher Verbindung gestanden hat"[18]. Ritter beschreibt das Bild Goerdelers mit warmer Anteilnahme an seiner Person und an seiner Gedankenwelt. Er zeichnet einen Vernunftoptimisten ausgeprägter nationaldemokratischer Tradition und zeigt in einem überstarken Glauben an die Wirkungskraft des Guten die eigentliche Richtschnur in Goerdelers nicht immer unproblematischen Reaktionen. Šnejdárek hat sich gar nicht darum bemüht, dieses Bild zu entkräften. Er hat es einfach fortgelassen. Deshalb bildet seine Darstellung auch keinen Diskussionsbeitrag zu Ritters Biographie.

II.

Auf soliderer Grundlage steht ein anderer Beitrag von J. César und B. Černý über die sudetendeutsche Irredenta im ersten Jahrzehnt der ersten tschechoslowakischen Republik[19]. Die beiden Verfasser haben sich mit dem Thema bereits in Buchform beschäftigt[20] und legen jetzt in einem Ausschnitt die Entwicklung der sudetendeutschen radikalistischen Emigration seit 1918 vor. Diese Emigration bildete sich schon bald nach dem gescheiterten Anschlußversuch der deutschsprachigen Gebiete der ČSR an die neugegründete österreichische Republik. Die Emigranten gründeten einen „Hilfsverein für Deutschböhmen und das Sudetenland", seit 1925 „Sudetendeutscher Heimatbund", sie bemühten sich in den Böhmerlandblättern eine neue Grenzziehung propagandistisch vorzubereiten und versuchten auch, eine bewaffnete Organisation auf die Beine zu stellen. Diese Feststellungen sind nicht neu, die beiden Verfasser zitieren wiederholt das bekannte Buch von P. Molisch, doch sie ergänzen und präzisieren seine Ausführungen in diesem Zusammenhang ganz erheblich[21].

Die Aufstellung bewaffneter Verbände aus Böhmen, Mähren und Schlesien in Deutschland und Österreich nach 1918 gehört in den großen Zusammenhang der Freikorpsbildungen nach dem ersten Weltkrieg. Aber nicht nur unter diesem Aspekt muß man sie betrachten, sondern auch unter dem Blickwinkel der ostmitteleuropäischen staatsbildenden und staatssprengenden Bewegungen in jener Zeit. Unverkennbar bleibt dabei die faktische Mäßigung nach der Konstituierung der tschechoslowakischen Republik und die zunehmende Unsicherheit in der sudetendeutschen Irredenta. Auch aus den vorliegenden Ausführungen der beiden tschechischen Autoren läßt sie sich erschließen. Im Oktober 1919, ein Jahr nach Kriegsende (und übrigens

---

[19] Iredentistické hnutí německých buržoazních nacionalistů z ČSR v letech 1918—1929 [Die irredentistische Bewegung der deutschen bürgerlichen Nationalisten aus der ČSR in den Jahren 1918—1929]. ČsČH 9 (1961) 789—806.

[20] Od sudetoněmeckého separatismu k plánům odvety etc. [Vom sudetendeutschen Separatismus zu den Revancheplänen usw.]. Reichenberg 1960.

[21] P. Molisch, Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung in den Jahren 1918—1919. Wien und Leipzig 1932.

im juristischen Zusammenhang mit den Friedensschlüssen) wurden die bewaffneten Gruppen aufgelöst, zu Ende des gleichen Jahres verloren offizielle Stellen in Deutschland und Österreich das Interesse an einer weiteren Unterstützung der Bewegung[22]. „Das schadete dem Hilfsverein aber keineswegs, denn er erhielt Unterstützung auf anderen Wegen durch Vermittlung der politischen Parteien und Organisationen. In Österreich unterstützten ihn vornehmlich die verschiedenen nationalistischen Richtungen, hauptsächlich aber die Alldeutschen, und vom Jahr 1920 an in steigendem Maß ebenfalls die Nazisten. Ähnlich war das in Deutschland, wo neben den Nationalen Hugenbergs bald auch die Anhänger Hitlers zu den Hauptprotektoren der sudetendeutschen Irredentisten wurden"[23].

Hier verdient die tschechische Untersuchung unsere kritische Aufmerksamkeit. Denn hier am ehesten wären wir ihr für genauere Angaben dankbar. Aber sie führt als Beleg für diese Feststellung nur ein Treffen zwischen den sudetendeutschen Vorreitern des Nationalsozialismus, Knirsch und Jung, mit Hitler, Drexler und anderen im August 1920 an. Wer die Geschichte der NSDAP in Deutschland kennt, der weiß aber, daß sie damals bei weitem nicht imstande gewesen sein kann, finanzielle Protektionen zu übernehmen[24]. Wieviel die Unterstützung Hugenbergs oder der österreichischen Alldeutschen der sudetendeutschen Irredenta tatsächlich einbrachte, führen die Autoren leider nicht an. Und doch wäre mit solchen Angaben unserer Erkenntnis viel gedient, nicht nur weil das an sich genug bekannte Phänomen des nationalen Radikalismus am ehesten durch eine Bestimmung seiner materiellen Möglichkeiten noch neue zeitgeschichtliche Aufschlüsse ergibt, sondern auch weil sich hier eine der gar nicht so häufigen Gelegenheiten böte, die tatsächliche finanzielle Opferbereitschaft oft zitierter Hintermänner genauer zu erfassen.

Andere Unterstützung wurde dem „Hilfsverein" durch „verschiedene ‚unpolitische' alldeutsche Organisationen" zuteil, und in diese Unterstützungsarbeit läßt uns zumindest ein Beispiel einblicken. Der Verein für das Deutschtum im Ausland nämlich, der selber über ein Jahresbudget von zwei Millionen Reichsmark verfügte (ohne Jahresangabe), schickte zur Unterstützung des Bundes der Deutschen und des Kulturverbandes nach der Tschechoslowakei 50 000 Mark und 15 000 dem Böhmerwaldbund[25]. Solche Beträge sind schmal genug. Mit den emigrierten Umstürzlern lassen sich zudem die genannten Organisationen, zumindest die ersten beiden, nicht ohne weiteres in Verbindung bringen.

Außer den Nationalisten wird noch eine aristokratische Widerstandsbewegung genannt, aber schon von den Verfassern selber als ein bloßer

---

[22] 792.
[23] 792 f.
[24] Vgl. Alan Bullock 79 f.
[25] 793 Anm. 19.

Konspirationsversuch abgewertet. Allgemeine Sympathien für die Irredenta aus der Zeit vor der ersten „aktivistischen" Kabinettsbeteiligung einiger deutscher Parteien muß man als unbestimmten Faktor in der sudetendeutschen Politik bei mancher persönlichen Verbindung allerdings annehmen, doch werden sie treffend in der tschechischen Darstellung auf die Deutsche Nationalpartei und die DNSAP eingeschränkt, die sich überdies seit 1920 über ihre politischen Absichten in Streitigkeiten verwickelten, „welche in den folgenden Jahren gipfelten, so daß sie schließlich eine der Ursachen der zeitweiligen Krise des ‚Hilfsvereins' geworden sind"[26]. Aber selbst dieser ganze Zusammenhang zwischen emigrierten Radikalisten und ihren Gesinnungsfreunden in den extrem nationalistischen Parteien erhält doch eine gehörige Einschränkung seiner Bedeutung, wenn man erwägt, daß die deutschen politischen Parteien in der 1. Republik, die sich seit 1925 zu einer Zusammenarbeit mit dem Staat und zum Eintritt in die Regierung entschlossen hatten, bis zur Wahlentscheidung von 1935 doch insgesamt jederzeit über rund 80% der deutschen Wählerstimmen in der ČSR verfügten[27].

So war das Werk der sudetendeutsche Irredenta wohl hauptsächlich die Propaganda. Die ist in dem vorliegenden Aufsatz aus den „Böhmerlandbriefen", aus Flugblättern und Broschüren recht deutlich gekennzeichnet. Aber auch hier wäre ein Aufschluß über das Echo wichtig, das diese Publizistik bei der deutschen Bevölkerung im Lande fand. Offensichtlich läßt sich dergleichen aus den tschechischen Quellen nicht erschließen.

Eine Reaktivierung der Organisation und zugleich eine Ausscheidung der „Gemäßigten" aus dem Führungskreis erfolgte 1925. Damals trat auch ein ehemaliger Major Vogel auf und unternahm von neuem die Aufstellung einer „sudetendeutschen Legion"[28]. Stahlhelm und SA nahmen sich des Unternehmens an, in Bayern und Sachsen lagen die Organisationszentren. Wichtig scheint angesichts dieser Entwicklung nur die Frage, wie sich die deutsche Regierung zu diesem Vorhaben verhielt. Leider wird auch sie in dem tschechischen Aufsatz nur summarisch beantwortet. Sehen wir von einer Einzelheit ab, nach welcher Beamte des deutschen Außenministeriums, welche das sudetendeutsche Bestreben zu „sabotieren" versucht hätten, vom „Heimatbund" recht selbstbewußt angegriffen werden[29], so bleibt uns nur die Bemerkung, daß das sudetendeutsche Anliegen nach Abschluß des Locarnopaktes neuen Auftrieb in einem „reichsdeutschen Imperialismus mit friedlichen Mitteln" gefunden habe. Eine entsprechende Verstärkung der sudetendeutschen propagandistischen Tätigkeit habe demnach „eine ge-

---

[26] 794.
[27] Vgl. die Statistik bei J. W. Brügel, Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 8 (1960) 135.
[28] 802.
[29] 803.

heime, aber wichtige Ergänzung der damals gültigen Stresemannschen außenpolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus" gebildet[30].

Übergehen wir hier den fragwürdigen Begriffsgebrauch „Imperialismus", so bleibt nichtsdestoweniger zu erhärten, daß sich Stresemanns Devise für die Locarno-Politik auf die „Erhaltung der Rheinlande und die Möglichkeit der Wiedergewinnung deutschen Landes im Osten"[31] gerichtet hat, auf die alten Reichsgrenzen offenbar und damit vornehmlich gegen Polen. Dabei muß aber noch erläutert werden, daß man Stresemann keine Abweichung von friedlichen Tendenzen bei dieser Restaurationspolitik nachweisen kann: sowohl ein sowjetisches Bündnisangebot „zum Zwecke der Reduzierung Polens auf seine ‚ethnographischen Grenzen'", als auch ein westliches Angebot auf volle deutsche Wiederbewaffnung im Fall eines deutsch-sowjetischen Konflikts hat er abgelehnt[32]. In diesen Zusammenhang gehört schließlich auch noch eine Bemerkung des Generals von Seeckt, der sich, nach Aussage der beiden tschechischen Autoren, nicht bereit fand, dem genannten Major Vogel bei der Ausführung von Sabotageplänen in der Tschechoslowakei behilflich zu sein, „da diese Front zu wenig wichtig ist"[33].

Die irredentistische Bewegung erscheint uns heute durchaus nicht als ein positiver Vorgang im politischen Reifeprozeß der deutschen Volksgruppe in der Tschechoslowakei. Und doch darf ihre Existenz, von der die tschechische Arbeit in bisher unbekannter Deutlichkeit zu berichten weiß, nicht zu Fehlschlüssen verleiten: sie zeigt zunächst nur, wie wirksam unter den Deutschen in der Tschechoslowakei noch jener Nationalismus nachwirkte, der zu seiner Zeit eine griechische oder eine polnische Irredenta in ganz Europa berühmt gemacht hat. Man darf sich aber nicht nur jener tragischen Verspätung erinnern, sondern muß zugleich beobachten, daß es sich hier nicht um eine Volksbewegung handelte — Molisch läßt das in seiner Darstellung immer wieder mit guten Belegen erkennen —, sondern um ein begrenztes, aus der Emigration organisiertes Unternehmen, dessen Überschätzung um so verlockender ist, als es seit 1935, aber wieder nicht aus eigener Kraft, sondern unter dem Sog der nachwirkenden Wirtschaftskrise und unter dem Druck des vorwärtsdrängenden, nun unverkennbaren reichsdeutschen Expansionsdranges, die politischen Geschicke der Sudetendeutschen in verhängnisvoller Weise beeinflußte.

---

[30] 798.

[31] K. D. Erdmann in: Gebhardt-Grundmanns Handbuch d. dt. Geschichte 4. Stuttgart 1960, 149.

[32] Erdmann 149, vgl. dazu die Aufzeichnungen Stresemanns über die Unterredung mit dem sowjetrussischen Gesandten bei K. D. Erdmann in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 4 (1955) 153.

[33] 806 Anm. 69.

BUCHBESPRECHUNGEN

Joh. Richard Rogler, Die Orts- und Flurnamen des Ascher Bezirkes. Verlag Dr. B. Tins, München-Feldmoching 1961, 408 Seiten.

Im Jahre 1929 wurde von der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik in Prag unter der Leitung des Rez. eine Flurnamenstelle eingerichtet, die mit Hilfe von Bezirksleitern und Ortssammlern die Sammlung der Flurnamen des deutschen Sprachgebietes im Staatsgebiete einleitete und bis 1945 im großen und ganzen beendete. Das Material ist in Prag geblieben. Die Sammlungen waren durch Auszüge aus dem Theresianischen und Josefinischen Kataster ergänzt und kartiert worden, mehrere Kreise waren bearbeitet, veröffentlicht waren die Kreise Gablonz, Freudenthal, Römerstadt und der Gerichtsbezirk Eger im Sudetendeutschen Flurnamen-Buch durch E. Schwarz, H. Weinelt, W. Friedrich und G. Fischer.

Zu den Bezirksleitern hat der Fachlehrer J. R. Rogler gehört, dem es bei der Ausweisung gelungen ist, das Material teilweise zu retten und noch zu ergänzen. Seine Sammlung ist in Fortsetzungen als Beilage zum Ascher Rundbrief in den Jahren 1955—1960 erschienen und jetzt in Buchform herausgekommen. Es muß als Zeichen der Zeit gewertet werden, und der Verf. verdient alle Anerkennung für seine mühevolle Arbeit, die es ermöglicht, dieses Material den Ausgewiesenen des Ascher Kreises als Erinnerung an die Heimat in die Hand zu geben. Gewissenhaft sind die archivalischen Quellen verwertet und der Volksmund befragt worden. Eine Fülle von lokalen Ereignissen wird in den Namen festgehalten.

Die oben genannten veröffentlichten Arbeiten haben die Flurnamen der einzelnen Kreise nach Gruppen geordnet besprochen und sich so Wiederholungen ersparen können. R. hat sie bei den einzelnen Orten behandelt, was seine Leser ansprechen wird, doch tritt die Übersicht dadurch in den Hintergrund. Es ist eine auf den Kreis abgestimmte Sammlung geworden. Die beigegebenen Abbildungen, die zum Großteil mitgebrachten Karten entstammen werden, fügen sich dem auf heimatliches Empfinden eingestellten Buche ein. Die Flurnamen begleiten die Menschen des Bezirkes, die sich in schwerer Rodungsarbeit nicht unter den besten Bedingungen seit dem 12. und 13. Jahrhundert eine neue Heimat geschaffen haben, die sie nach 750 Jahren verlassen mußten.

R., nun in Württemberg lebend, hat sich nicht die nötigen modernen sprachlichen Behelfe verschaffen können und sich auch zu wenig um Rat umgesehen, wenn es schwierigere Namen zu deuten galt. So sind verschiedene

Verbesserungswünsche anzumelden. Das Oberdeutsche Flurnamenbuch von Buck wird öfter zitiert, es ist in seinen Etymologien nicht selten veraltet und haftet an früher beliebten an den Haaren herbeigezogenen keltischen Erklärungen. Seine Verbreitungsangaben genügen nicht, so daß die Gefahr besteht, landschaftsfremde Beziehungen herzustellen. Einige Hinweise sollen das erläutern, wobei nur eine kleine Auswahl getroffen werden kann.

Der Grammelberg in Grün wird 1740 *Grummelberg* geschrieben. Die mundartliche Gestalt *gramlberch* läßt sich nicht damit zusammenbringen. Sie weist auf mundartliches *gramlreis, -štauden* für den Wacholder (mhd. *kranewite),* das zwar nicht um Asch, aber in der westlichen und südlichen Nachbarschaft gilt, s. Deutscher Wortatlas, hrsg. von W. Mitzka, II (1953), Karte Wacholder. Der Kreis Asch liegt im Berührungsgebiet ostfränkischer und nordbairischer Mundart, was sich in der Flurnamengebung niedergeschlagen hat und dann deutlicher würde, wenn man schon Verbreitungskarten häufiger Flurnamen zeichnen könnte. Diese werden bisweilen ältere Zustände festhalten. Auf dem Abhang des Grammelberges stehen noch einzelne prachtvolle Wacholderbüsche, wie R. S. 95 vermerkt. Darum können andere Erwägungen bei Seite gelassen werden, zumal sie nicht befriedigen. Auch ist der Ortsname Krammel bei Aussig zu streichen, der tschechischer Herkunft ist (1383 *Kramola).*

Lala, mundartlich *in lāla,* ein langer schmaler Wiesenstreifen südlich von Hirschfeld, darf nicht mit Buck mit der *Lälle* „Zunge" in Verbindung gebracht werden (S. 134). Es handelt sich um die in Westböhmen und am oberen Main häufige Verkleinerung zum Femininum *die Lohe* für eine nasse Wiese. S. 100 wird richtig gesehen, daß sich unweit von der Loh in Grün das Löhlein, mundartlich *lāl,* befindet. Das in der Oberpfalz und Ostfranken und den von hier durch Landesausbau erfaßten Landschaften verbreitete Femininum *die Lohe* ist etymologisch und bedeutungsmäßig vom Maskulinum mhd. *lōch* „Laubwald" zu unterscheiden, wie zu S. 141 bemerkt sei.

Wenn bei Haslau, 1224 *Haselah,* schon 1291 *Hasla* und 1392 *Haslau* geschrieben wird, so liegt der Grund darin, daß sich aus dem Kollektivum *haselach* „Haselgebüsch" (daran wird eher als an eine „Haselache" zu denken sein) ein mundartliches *hōsla* entwickelt hat, das auch aus *Haselouwe* entstanden war und deshalb fälschlich so umgesetzt werden konnte. Die Schreiber wollten nicht in Mundart schreiben und bemühten sich, bessere Formen dafür zu bieten. Aus solchen schwankenden Schreibungen kann das Alter der mundartlichen Aussprache erschlossen werden.

Beim Gastberg, mda. *gåstberch,* in Haslau wird nur von der Geiß, der Ziege, auszugehen sein. Eine andere nach Buck vorgebrachte Vermutung ist zu streichen. -gast beim Bergnamen Kordigast im oberen Maintale ist slawischer Herkunft. Der Kreis Asch liegt in einem Gebiet, wo von der *Ziege* und nicht von der *Geiß* gesprochen wird, aber die Grenze zieht nach dem Deutschen Wortatlas V südlich von Asch und Eger. Das muß auch bei den mit Ziegen- zusammengesetzten Flurnamen beachtet werden, bei denen R.

dazu neigt, an alte Zinnbergwerke zu denken. Das mag gelegentlich berechtigt sein, aber die Mundart unterscheidet Zinn von Ziegen als *tsī* und *tsīn*^{g}.

Bei Seiteichl in Hirschfeld (S. 136) empfiehlt es sich doch, bei der Erklärung als „Säuteichel" zu bleiben, denn die weiteren Bemerkungen führen weg und die einfachste Erklärung ist meist die beste. Buck ist hier kein zuverlässiger Führer.

Bei den Limbergen gefällt R. die Ableitung von der Linde nicht, er zieht die vom Lindwurm vor. Aber in der relativ späten Besiedlungszeit war das alte *lint* „Schlange" schon fast ausgestorben. Auch bei der Wüstung Limberg und beim benachbarten Lindau wird man an den Baumnamen denken. Linden- ist hier das alte Eigenschaftswort, so wie es in der Hamelburger Markbeschreibung von 777 *in then lintīnon sēo* „in den Lindensee" heißt. Die Benennung kann von einer schönen Dorflinde ausgegangen sein.

Der Flohberg in Lindau soll zum mhd. *vluoch* „Felswand, steile Halde" gehören, das zu *flouch* führen mußte. Aber die mundartliche Aussprache *flåuchberch* weist doch auf Flöhe. Außerdem ist das Wort Fluh auf Südwestdeutschland beschränkt.

Bei der S. 88 versuchten deutschen, lautlich unmöglichen Erklärung von Prex beruft sich R. auf H. Schubert, Beiträge zur Besiedlungsgeschichte des nördlichen Oberfranken (1953), der in seinem Arbeitsgebiete keine slawischen Namen duldet und sich eigene Namenerklärungen geschaffen hat, über die nicht diskutiert werden kann, weil sie auf vollständiger Unkenntnis der Sprachentwicklung beruhen. Im Ascher Ländchen hat es nur wenige Slawen gegeben, Boden und Klima verlockten nicht zu früher Ansiedlung. Nur wenige Flurnamen erinnern daran, sie hinwegzuerklären hat keinen Sinn. Ihre Zahl dürfte unter den etwa 1500 Flurnamen kaum ein halbes Dutzend erreichen. Prex ist aus alttschechischem *přechoz* „Übergang" einwandfrei erklärt. Auch für den Haslauer Flurnamen Im Kloot herangezogene Deutungen mit Hilfe mundartfremder Wörter (S. 134) überzeugen nicht. Es wird eher an tschech. *klada* „Balken, Stock", einen nicht seltenen Rodungsnamen, zu denken sein.

Diese Beanstandungen betreffen einzelne „schwierige" Namen. Die Hauptmasse ist aus guter Kenntnis der Mundart verständig gedeutet. Dem Verf. gebührt, wie nochmals betont sei, für seine schwierige Arbeit Lob.

Ernst Schwarz, Erlangen

A. Altrichter, Kolonisationsgeschichte der Iglauer Sprachinsel.

Iglauer Schriftenreihe, hrsg. von J. Achatzi, Heft 2. Verlag „Mährischer Grenzbote", Wiesbaden 1959. 72 S.

Der Nachdruck des in der Zs. des deutschen Vereins für die Geschichte Mährens und Schlesiens 12 (1908), S. 67—141 erschienenen, damals grundlegenden Aufsatzes mit zwei Ergänzungen etwas später erschienener Ar-

beiten wird von der Absicht getragen sein, den vertriebenen Deutschen der Insel die Erinnerung an die Heimat wachzurufen. Aber es ist ein Wagnis, einen über ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Aufsatz wieder abzudrucken, hat doch A. Altrichter selbst weitergearbeitet (Die Dorfnamen in der Iglauer Sprachinsel, Jahresbericht des Stadtgymnasiums Iglau 1913; Dörferbuch der Iglauer Sprachinsel, Iglau 1924; Heimatbuch der Iglauer Volksinsel, Iglau 1940) und sich gelegentlich berichtigt. Die Forschung ist nicht stille gestanden. Es ist fraglich, ob A. Altrichter mit dem unveränderten Abdruck seiner alten Arbeit einverstanden gewesen wäre. Man scheint zu glauben, daß die Beschaffung von Literatur aus der ČSR unüberwindbare Schwierigkeiten bietet. Es wäre durchaus möglich gewesen, eine neue Darstellung zu bieten. Der Sohn des Verf., Dr. H. Altrichter, hat in seiner ungedruckten germanistischen Hausarbeit (Prag 1939) die Ortsnamen der Iglauer Sprachinsel nochmals bearbeitet. J. Pfitzner hat im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums III, im Artikel „Iglau" eine gute Zusammenfassung geboten. Der Rez. hat mehrmals zu namenkundlichen, siedlungsgeschichtlichen, mundartlichen Fragen, zum Problem der Herkunft der Inseldeutschen und dem früheren Zusammenhang mit der deutschen Halbinsel um Neuhaus Stellung genommen, vgl. Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle (München 1931; 2. Auflage 1961), Sudetendeutsche Sprachräume (München 1935) und eingehend im Vortrag: Die volksgeschichtlichen Grundlagen der Iglauer Volksinsel (Abh. der Deutschen Akad. der Wiss. in Prag, phil.-hist. Kl., 3. Heft, Prag 1942). Die ungedruckten Iglauer Stadtbücher hätten schon 1908 Beachtung verdient. Das Deutsch Broder Stadtbuch ist den Iglauer Heimatforschern überhaupt unbekannt geblieben. Die Flurnamen der Iglauer Sprachinsel bespricht M. Howorka in einer leider ungedruckt gebliebenen Dissertation (Prag 1941). Auch die Diss. von R. Budin, Die Iglauer Sprachinsel (Wien 1941) konnte nicht mehr gedruckt werden. L. Ermann hat während des zweiten Weltkrieges die Namengebung des ersten Iglauer Stadtbuches von 1359—1377, H. Ott des ersten Iglauer Losungsbuches von 1425 (1945), I. Meixner Rufnamen und Familiennamen des Deutsch Broder Stadtbuches untersucht. Auf den Wettbewerb des tschechischen Landesausbaues weist J. Dobiáš, Německé osídlení ostrůvku Jihlavského (Časopis archivní školy 8) und in seiner Geschichte von Pilgram (Dějiny Pelhřimova I, 1927) hin. Die Ortsnamen des böhmischen Teiles der Insel können nun in den 5 Bänden von A. Profous, Místní jména v Čechách, Prag 1954—1960 nachgeschlagen werden. Auf die tschechische Siedlungstätigkeit auf der böhmisch-mährischen Höhe geht — nach dem Erscheinen der vorliegenden Schrift — V. Šmilauer, Osídlení Čech ve světle místních jmen (1960), S. 115—202 ein. Es wäre an der Zeit, den vertriebenen Sprachinselbewohnern und der Wissenschaft eine auf der Höhe der Forschung stehende Darstellung der Berührung von Deutschen und Tschechen auf dem Boden der Sprachinsel zu bieten und die Volkstumsentwicklung, die Entstehung des Deutschtums um Iglau und

Deutsch Brod, den Volkstumsverlust und die Heimatfrage darzulegen und die Entwicklung bis 1945 fortzuführen.

Ernst Schwarz, Erlangen

Otto Guglia, Das Werden des Burgenlandes.

Seine Angliederung an Österreich vor 40 Jahren im Lichte teilweise unbekannten Materials. Burgenländische Forschungen Heft 44. Herausgegeben vom Burgenländischen Landesarchiv. Festgabe aus Anlaß der 40jährigen Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich. Eisenstadt 1961, 8° 95 S., 40,— öSch.

Den Rezensenten interessieren an der hier anzuzeigenden Studie insbesondere die Berührungspunkte der Bestrebungen um Angliederung des Burgenlandes an Österreich nach dem ersten Weltkrieg mit der damaligen tschechoslowakischen Außenpolitik.

Wie Guglia absolut objektiv darstellt, melden sich die ersten Regungen des nationalen Bewußtseins bei den westlichen Ungarndeutschen verhältnismäßig spät. Erst nach der Jahrhundertwende erwägen Dr. Josef Scheicher, Aurel Popovici, Dr. Alfred Fischel und ganz besonders der Wiener Lehrer Josef Patry den Anschluß Westungarns an Deutsch-Österreich. Interessanterweise riefen diese Stimmen nicht nur die starke Opposition der Madjaren hervor, sondern auch die konservativen Ungarndeutschen, wie z. B. Jakob Bleyer und Edmund Steinacker, befürchteten durch eine derartige territoriale Umgruppierung — die im Rahmen Österreich-Ungarns übrigens schwer durchzuführen gewesen wäre — die Schwächung des Ungarndeutschtums.
Nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns meldeten sich jedoch auch die späteren Burgenländer selbst zu Wort. Die schon früher für den Gedanken des Anschlusses an Österreich wirkenden Thomas Polz, Karl Wollinger, Adalbert Wolf und Dr. Karl Amon gewannen unter den österreichischen Politikern zuerst Raimund Neunteufel und Dr. Alois Heilinger und dann insbesondere den Staatskanzler Dr. Karl Renner für die Forderung des Anschlusses Deutsch-Westungarns an Österreich. Die schweren Erschütterungen im staatlichen und sozialen Gefüge Ungarns in den Jahren 1918 und 1919 ermöglichten zweifelsohne den psychologischen Umschwung unter den breiten Volksmassen des Burgenlandes. Mit Ausnahme der Stadt Ödenburg blieb nur die Oberschicht hungaristisch bzw. madjarophil. Dr. Karl Amon prägte den Namen „Vierburgenland" — da man Teile der altungarischen Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg beanspruchte — und verfaßte das Programm der „Vierburgenländisch-deutschen autonomen Volkspartei". Interessanterweise arbeitete mit dieser Richtung auch der Redakteur Géza Zsombor zusammen, der sich allerdings später von einem Deutsch-österreichfreundlichen zum Hungaristen entwickelte.

Inzwischen wurden von tschechoslowakischer und etwas schwächer auch von jugoslawischer Seite der Entente Pläne vorgelegt, die das heutige Bur-

genland — mit einer gegenüber heute etwas weiter ostwärts gelegenen ungarischen Westgrenze — zum tschechoslowakisch-jugoslawischen Korridor umbilden wollten. Diese Idee wurde von T. G. Masaryk, wenn auch etwas zögernd, bereits 1915—1918 formuliert und später auf der Friedenskonferenz von den beiden tschechoslowakischen Hauptdelegierten Dr. Karel Kramář beharrlich, von Dr. Edvard Beneš opportunistisch vertreten.

Die Friedenskonferenz entschloß sich für den Anschluß Deutsch-Westungarns an Österreich und lehnte das von Dr. Renner vorgeschlagene Plebiszit als überflüssig ab. Der Vertrag von Trianon vom 4. Juni 1920 sprach das Burgenland sogar mit der Stadt Ödenburg Österreich zu.

Die Durchführung des Anschlusses an Österreich verzögerte sich jedoch beträchtlich, da es im Burgenland zum sog. Aufstand der madjarischen Freischärler unter Führung von Major Osztenburg kam. Da es nun Österreich nicht zu einer ausgesprochenen Feindschaft gegen Ungarn kommen lassen wollte und da auch psychologisch ein bewaffnetes Einschreiten im Burgenland wohl kaum möglich gewesen wäre, kam es zu langwierigen Verhandlungen Österreichs und Ungarns sowohl mit der Kleinen als insbesondere auch mit der Großen Entente. Es ist sehr interessant, daß die Tschechoslowakei hierbei die Durchführung des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich diplomatisch sehr nachdrücklich förderte, da die Außenpolitik Beneš' sowohl dem Erstarken Ungarns als auch dem Wachsen des Einflusses der radikalen madjarischen Nationalisten, die besonders hinter der Aktion Osztenburgs standen, entschieden abhold war. Dagegen war der Standpunkt der Großen Entente viel stärker madjarophil, ganz besonders war dies bei Italien der Fall, während sich bei den Franzosen und noch mehr bei den Briten nur einzelne Diplomaten stark für die madjarische Seite einsetzten.

Die ungarische Regierung selbst, obwohl jede formelle Verantwortung für die Freischaren Osztenburgs ablehnend, versuchte wenigstens Ödenburg als eine angeblich überwiegend madjarische Stadt zu behalten. Sie betonte allerdings, dies auf vertraglichem Wege mit Österreich erreichen zu wollen. So kam trotz des Versuches von Beneš, Österreichs Recht auf Ödenburg kompromißlos durchzusetzen, unter der madjarophilen Patronanz Italiens die Unterfertigung des Protokolls von Venedig vom 13. Oktober 1921 zustande, in dem Österreich in seiner Nachkriegsnot dem Drängen italienischer und anderer Parteigänger Ungarns im Westen nachgab und seine Zustimmung zum Plebiszit in Ödenburg erteilte.

Bereits am 14. Dezember 1921 kam es zur Volksabstimmung. Da die Bevölkerung von den Hungaristen wohl stark beeinflußt wurde, sprachen sich 65% der Stimmen in Ödenburg und Umgebung für das Verbleiben bei Ungarn und gegen den Anschluß an Österreich aus. Das Ödenburger Abstimmungsgebiet wurde dann am 1. Januar 1922 an Ungarn übergeben.

Otto Guglia hat seine schwierige Arbeit im Gestrüpp der vielfach zweideutigen Redeweise der diplomatischen Dokumente ausgezeichnet gemei-

stert. Erstaunlich ist die Akribie des Verfassers, der das Schrifttum sorgfältig erfaßt und bearbeitet hat, obwohl sich auch hier seiner Arbeit keine geringen Schwierigkeiten entgegensetzten, zumal sich die Anfänge des nationalen Erwachens der Burgenländer begreiflicherweise — wie es immer in den Anfängen jeder nationalen Bewegung zu sein pflegt — vielfach staatspolitisch nicht klar und eindeutig abzeichneten. Sehr rühmenswert ist das zurückhaltend wertende Urteil Guglias über die zahlreichen politischen Pamphlets, die sich besonders in den frühen 20er und späteren 30er Jahren zu sehr gewagten und wenig begründeten, tagespolitisch allerdings verständlichen Konstruktionen verstiegen.

Rudolf Wierer, München

Nikolaus Lobkowicz, Marxismus-Leninismus in der ČSR. Die tschechoslowakische Philosophie seit 1945.

Abhandlung des Osteuropa-Instituts der Universität Freiburg-Schweiz in der Reihe SOVIETICA, herausgegeben von Prof. Dr. J. M. Bochenski. D. Reidel Publishing Company. Dordrecht-Holland 1961, 267 S., DM 39.50.

Die Geschichte der kommunistischen Philosophie in der Tschechoslowakei ist zugleich ein charakteristischer Abschnitt der Geschichte der Sowjetisierung dieses Landes. Die Tschechen und Slowaken waren auf dem Gebiete der Philosophie stets nur Epigonen; sie waren „Hegelianer" usw., wie sie heute Marxisten-Leninisten sind. So hat es auch eine eigenständige, „schöpferische" Richtung eines „tschechoslowakischen Marxismus-Leninismus" nie gegeben. Demnach schiene es also müßig, eine Untersuchung über ein derartiges Thema zu schreiben. Dennoch, diese im Grunde „aphilosophische" Einstellung der Tschechen und Slowaken macht die Tschechoslowakei zu einem interessanten Studienobjekt: Da sie als einziger unter den Satellitenstaaten ohne direkte Intervention, ohne Handgreiflichkeiten, dem Kommunismus anheimgefallen ist, da dieser Kampf um diesen Staat mit den Waffen des Geistes, mit Hilfe der Ideologie, geführt wurde, stellt der Verfasser mit Recht fest, daß „wir es mit dem seltenen Fall zu tun haben, in dem ein Land mitsamt seinen Intellektuellen der Faszination des Marxismus-Leninismus, des echten wie des propagandistisch verbrämten, unterlegen ist". Es ist historisch einwandfrei zu belegen, daß die Tschechen und Slowaken seit 1945 den Wandel von „Demokratie" zur „Volksdemokratie" in überwiegender Zahl freudig begrüßt hatten, auch wenn man heute geneigt ist zu statuieren, daß nur die wenigsten unter ihnen überzeugte Kommunisten sind. Dieses Beispiel kann uns aufzeigen, wie die noch freie Welt dem Kommunismus unterliegen würde, ja unterliegen müßte, wenn sie nicht ihre Werte in philosophisch fundierten Überlegungen festzulegen vermag. Dieses Kernproblem, das Lobkowicz in der Einleitung zu seiner Arbeit aufzeigt, berührt nicht nur, wie im vorliegenden Fall, die „tschechoslowa-

kische Philosophie seit 1945", sondern stellt sich auch dem Historiker als eine Frage von eminenter Bedeutung: Die Armut an schöpferischer Philosophie müßte demnach ein wesentlicher Faktor dafür gewesen sein, daß die Tschechen und Slowaken der kommunistischen Ideologie keinen nennenswerten Widerstand entgegengesetzt haben, daß sie in den Sog des Marxismus-Leninismus hineingezogen wurden, ohne sich selbst über dieses philosophische System im klaren gewesen zu sein.

Es ist interessant, daß Lobkowicz in seiner Abhandlung auch überzeugend nachzuweisen vermag, daß es selbst für einen eigenen tschechoslowakischen Standpunkt zu den Grundfragen des Marxismus-Leninismus kaum Anzeichen gibt, im Gegensatz zu anderen Satellitenstaaten (Polen, Bulgarien). So ist auch die tschechoslowakische Philosophie des Marxismus-Leninismus nur ein Abbild der sowjetischen. Selbst an nennenswerten Werken und philosophischen Interpreten der „prähistorischen" kommunistischen Ideologie in der Tschechoslowakei fehlt es.

Daß Lobkowicz dennoch in exakter Untersuchung dieses negative Ergebnis nach allen möglichen Aspekten hin durchleuchtet, ist für die Forschung über die kommunistische Tschechoslowakei von großer Bedeutung. Der erste Teil seiner Untersuchung ist der Geschichte der Philosophie in der Tschechoslowakei (historischer Teil) gewidmet; der zweite (systematische) Teil beschäftigt sich mit den wichtigsten Philosophemen des Marxismus-Leninismus (dialektischer und historischer Materialismus, Ästhetik, Logik und Philosophiegeschichte) und ihrer Interpretation des sowjetischen Leitbildes in der Tschechoslowakei. Schwerpunkt wurde dabei auf jene Einzelfragen gelegt, wo von tschechoslowakischen Autoren ein philosophisches Thema erstmals oder auch nur neuartig und originell behandelt wurde. Das Kriterium der Auswahl war dabei nicht, den tatsächlichen Bestand der sowjetischen Philosophie wiederzugeben (die ja auf weiten Strecken auch im Westen leider noch nicht erschlossen ist; Ästhetik, philosophische Historiographie!), sondern jene Untersuchungen auszuwählen, die beim gegenwärtigen Stand der westlichen sowjet-philosophischen Forschung von Interesse sind.

Die sehr gründliche und von hoher Sachkenntnis zeugende Arbeit ist klar und übersichtlich gegliedert und bei aller fachwissenschaftlichen Diktion in einer Sprache geschrieben, die es auch dem interessierten Laien ermöglicht, in dieses Spezialgebiet einzudringen. Sehr verdienstvoll sind die beigefügten biographischen Angaben über die wichtigsten tschechoslowakischen „Interpreten" des Marxismus-Leninismus, sowie eine fast erschöpfende Fachbibliographie.

Heinrich Kuhn, München

Friedrich Prinz, Hans Kudlich (1823—1917). Versuch einer historisch-politischen Biographie.

Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. Band 11. München 1962. 214 S. Kart. DM 25.—, Ln. DM 30.—.

Das Buch versucht anhand einer Biographie die politischen und sozialen Probleme der Revolution des Jahres 1848 aufzuzeigen, wobei die nationalen Fragen der Donaumonarchie und die Grundentlastung naturgemäß im Vordergrund stehen mußten und in zwei gesonderten Kapiteln behandelt wurden. Biographische Details sind daher nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern nur insofern herangezogen worden, als sie charakteristisch für die Gesamtsituation waren.

Hans Kudlich wurde am 25. Oktober 1823 als Sohn erbuntertäniger, robotpflichtiger Bauern in Lobenstein in Österreichisch-Schlesien geboren. In der Familie lebte damals noch das Wissen um protestantische Vorfahren und dieses Wissen scheint, neben den Bedrückungen durch die Robot, auch der Keim zu der selbstbewußten und kritischen Einstellung des Vaters gegenüber dem Althergebrachten im allerweitesten Sinne gewesen zu sein, die durch die Lebenserinnerungen des Bauernbefreiers bezeugt ist. Der Vater, ein nüchterner, tüchtiger Mann, der als Gemeindesprecher Lobensteins gegenüber der Liechtensteinschen Herrschaft und ihren Ansprüchen gelernt hatte, über seine eigenen Nöte und Pflichten hinaus das Wohl und Wehe einer größeren Gemeinschaft zu überschauen, war in seiner Bildung Autodidakt und vermittelte seinen Kindern ein liberales Weltbild, in dem Maria Theresia und der schon mythisch gewordene Bauernfreund Josef II. im Zentrum standen. Der Einfluß der tiefreligiösen Mutter scheint sich eher auf den älteren Bruder Hermann als auf Hans Kudlich erstreckt zu haben.

Mit elf Jahren besuchte Hans das Troppauer Gymnasium, das vor ihm schon sein Bruder Hermann absolviert hatte, und als Hans mit siebzehn Jahren das Reifezeugnis erhielt und mit Genehmigung der Liechtensteinschen Herrschaft die Wiener Universität bezog, ebnete ihm der ältere Bruder dort die Wege in die höhere liberale Gesellschaft, deren Reformpläne und Ideen er besonders im berühmten „Wiener Leseverein" kennen lernte. Kudlich studierte nach dem Willen seines Vaters Rechtswissenschaft. Kurz vor Ausbruch der Revolution des Jahres 1848 bestand er sein erstes Rigorosum, dann rissen ihn die Wiener Märztage in den Wirbel der Ereignisse. Der Gang der Revolution zeigte ihm bald, daß er nicht zur Partei des mit den reformwilligen Ständen verbundenen Großbürgertums gehörte, wie sie sich z. T. im „Leseverein" formiert hatte. Die allgemein liberalen Zeitideen nahmen in ihm sehr konkrete Gestalt an: er war ein Bauernsohn, folglich stand ihm die Befreiung der Bauern Österreichs von den letzten Fesseln grundherrlicher Abhängigkeit als erstes Ziel und als Voraussetzung der staatlichen Neuordnung vor Augen. Schon am 13. März 1848 verlangte er daher bei der berühmten Kundgebung vor dem niederösterreichischen

Ständehaus die Aufhebung der Robot. Am selben Tag noch wurde er beim Einschreiten des Militärs gegen Demonstranten durch einen Bajonettstich an der Hand verwundet. Im Juni brach er gesundheitlich zusammen, die Nachwirkungen seiner Verwundung machten sich bemerkbar, und so mußte er zurück nach Lobenstein in mütterliche Pflege.

Es traf sich günstig, daß gerade damals zu Hause die Vorbereitungen zur Wahl der Abgeordneten für den Wiener Reichstag in Gang kamen, so daß Kudlich, gestützt auf das Ansehen des politisch rührigen Vaters und auf seinen Ruhm als Wiener Freiheitskämpfer, in den Wahlkampf als Kandidat des Heimatwahlkreises Bennisch eintreten konnte. Er gewann die Wahl gegen den deutschen, bürgerlich-liberalen Kandidaten, da er mit seinen Kampfparolen für die bäuerliche Freiheit neben den deutschen auch die Stimmen der tschechischen Bauern seiner Heimat im zweiten Wahlgang auf sich vereinigen konnte.

So zog er als jüngster Abgeordneter in den ersten freigewählten Wiener Reichstag ein und nahm auf der Linken des Hauses neben den deutschböhmischen Gesinnungsfreunden Schuselka (Budweis), Löhner (Teplitz), Borrosch (Prag), Fischhof (Brünn) u. a. seinen Platz ein. Die Reichstagswahl hatte zwei Überraschungen gebracht. Erstens war es der Linken nicht gelungen, einen entscheidenden Stimmenanteil zu erlangen, und zweitens wies das Parlament zum Erstaunen des bisher staatstragenden Deutschtums eine beträchtliche slawische Mehrheit auf, die teilweise, vor allem bei den Tscheschen, bereits politisch gut organisiert war.

Unter diesen Bedingungen begann die parlamentarische Arbeit. Nach einer unerquicklichen Geschäftsordnungsdebatte über die Verhandlungssprache im Reichstag, bei der bereits der Nationalitätenkampf aufgeflammt war, kam endlich Kudlichs Stunde. Er stellte den ersten Antrag, der eine wirkliche Neuordnung und Konsolidierung der staatlichen Verhältnisse nach der Revolution herbeiführen sollte. Wie er den Bauern seines Wahlkreises versprochen hatte, beantragte er am 25. Juli 1848 und begründete am folgenden Tag in einer längeren Rede diesen berühmten Antrag, „die hohe Versammlung möge erklären: von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen dazugehörigen Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei."

Um den letzten Punkt, nämlich um die Frage der Entschädigung der Grundherren, entbrannte nun der parlamentarische Kampf, in dessen Verlauf sich die politischen Fronten immer schärfer abzuzeichnen begannen. Kudlich sah sich bei der Auseinandersetzung ebenso dem grundbesitzenden Großbürgertum wie auch den tschechischen Abgeordneten gegenüber. Letztere erhofften sich durch einen kaiser- und regierungstreuen Kurs im Parlament weitgehende nationale Konzessionen, um deretwillen sie die materiellen Interessen ihrer in der Mehrzahl bäuerlichen Wähler bewußt zurückstellten. Kudlich hat schließlich bei dem Kräfteverhältnis im Reichstag, das seinem ursprünglichen Antrag, vor allem hinsichtlich der Entschädigung, nicht

günstig war, durch interfraktionelle Verhandlungen das Bestmögliche erreicht. Dabei mußte er auch gegen die Radikalen im eigenen Lager ankämpfen, die von einer raschen Grundentlastung der Bauern nur die Lähmung der revolutionären Energie befürchteten, — nicht ganz zu Unrecht, wie sich später zeigen sollte. Kudlichs größter Erfolg bestand nicht darin, daß die Entschädigung, die der Bauer nach Inkrafttreten des Grundentlastungsgesetzes zu leisten hatte, verhältnismäßig niedrig war, sondern daß er verhinderte, daß die Regierung nach einer Annahme der allgemeinen Grundsätze einer Agrarreform die Ausarbeitung des eigentlichen Gesetzes einer Kommission übertragen und es damit aus dem politischen Blickfeld verschwinden lassen konnte.

Eile war geboten, denn bereits nach der Niederschlagung des Prager Pfingstaufstandes sammelten sich die konservativen Kräfte zum Gegenschlag. Am 7. September wurde das durch Kudlichs Antrag zustandegekommene Grundentlastungsgesetz verabschiedet, einen Monat später brach der Wiener Oktoberaufstand aus, der den Zusammenbruch der Revolution und schließlich auch des Parlamentarismus einleitete. Die Belagerung der Hauptstadt durch Windischgrätz brachte die Reichstagslinke in eine ausweglose Lage. Kudlich war sich von Anfang an darüber klar, daß Wien allein das Parlament nicht retten konnte, und versuchte im Laufe der Oktoberkämpfe, gegen den Rat und Willen der in Wien verbliebenen „Reichstagspermanenz", die Bauern Ober- und Niederösterreichs durch eine Werbefahrt auf eigene Faust zur militärischen Hilfe für den Reichstag und das aufständische Wien zu gewinnen. Doch scheiterte er dabei völlig.

Inzwischen hatte sich das Schicksal Wiens vollzogen. Fürst Windischgrätz und der Kroatenführer Jellačić eroberten nach harten Kämpfen die Stadt, führende Revolutionäre wurden standrechtlich erschossen, zahlreiche Teilnehmer an den Kämpfen verhaftet und gegen eine Reihe von Parlamentariern Gerichtsverfahren eröffnet. Als Kudlich am 4. November mit leeren Händen in das besetzte Wien zu gelangen versuchte, fahndete bereits die Polizei nach ihm, und zwar wegen seiner angeblichen Beteiligung an der Ermordung Latours, wie auch wegen seiner Landsturmwerbung. Illegal erreichte er Kremsier, den neuen Tagungsort des Parlaments, wo ihn seine Parteifreunde zur Flucht drängten, da er mit seiner Agitation unter den Bauern die Linke kompromittiert hatte. Doch blieb er bis zur Auflösung des Reichstags, wenn er auch politisch kaum mehr in Erscheinung trat. Er hielt die Sache der Demokratie mit der Zerschlagung des Wiener Aufstandes für verloren, Kremsier war für ihn ein politisches Schattengefecht, die wichtigen nationalen Ausgleichsversuche daselbst hielt er für nutzlos.

Nach der gewaltsamen Aufhebung des Reichstages am 7. März 1849 mußte Kudlich, wie andere Abgeordnete der Linken, ins Ausland fliehen und begab sich nach Frankfurt, wo sein Bruder Hermann als Deputierter in der Paulskirche saß. Von nun an tauchte er gleichsam als „Berufsrevolutionär" in den Brennpunkten der deutschen Revolution auf: in Sachsen, in der Pfalz,

wo er sogar Mitglied der provisorischen Aufstandsregierung wurde, und schließlich in Baden. Nach dem Zusammenbruch von Rastatt flüchtete er im Juni 1849 in die Schweiz.

Trotz seines vielfach bedrückenden Emigrantendaseins studierte er Medizin und legte im März 1853 sein Doktorexamen ab. Kurz vor seiner Auswanderung in die Vereinigten Staaten, die durch den Druck Österreichs auf die Schweizer Bundesbehörden noch beschleunigt wurde, heiratete er die Tochter des Professors Wilhelm Vogt.

In Amerika ließ er sich als Arzt erst in Greenpoint, aber schon 1854 in Hoboken im Staate New Jersey nieder, wo er bis zu seinem Tode im Jahre 1917 wirkte. Inzwischen war in Österreich 1854 gegen ihn das Todesurteil gefällt worden. Die Urteilsbegründung legte ihm Versuch zum Umsturz der bestehenden Ordnung, Aufwiegelung der Landbevölkerung, seine Beteiligung am Pfälzer Aufstand und staatsfeindliche Umtriebe im Schweizer Exil zur Last.

In den ersten fünfzehn Jahren seines weiteren Lebens in Amerika wandte sich Kudlich offenbar bewußt von der Vergangenheit ab. Er widmete sich aber nicht nur seinem Arztberufe und brachte es dabei zu Ansehen und Vermögen, sondern beteiligte sich auch lebhaft am kulturellen und politischen Leben seiner neuen Heimat. In Hoboken half er deutsche Vereine und Schulen begründen, unter anderem die Hoboken-Academy, eine der besten deutsch-amerikanischen Schulen. Sein von den bäuerlichen Vorfahren ererbtes Gespür für alle Formen der Unterdrückung ließ ihn zum erklärten Gegner der Negersklaverei in den amerikanischen Südstaaten werden. Er schloß sich deshalb der republikanischen Partei an, warb auf vielen Wahlversammlungen für Abraham Lincoln und vertrat im Bürgerkrieg die Sache der Nordstaaten. Wie er selbst fühlte, hatte ihm dieser Kampf für eine Sache, die er als gut und richtig erkannte, Amerika erst zur Heimat werden lassen; von nun an nannte er sich mit Stolz einen Amerikaner.

Nach der österreichischen Katastrophe von 1866 wurde Kudlich wie auch andere „Achtundvierziger" begnadigt, so daß einer Rückkehr nach Europa nichts mehr im Wege stand. Nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71, der sein Nationalgefühl sehr befeuert hatte, kehrte er wirklich nach Österreich zurück, und es war damals unentschieden, ob er nicht ein politisches „Come-back" versuchen und für immer in der alten Heimat bleiben würde.

Aber Österreich hatte sich seit Kudlichs Flucht 1849 gewandelt, und trotz des begeisterten Empfanges, der ihm vielerorts von liberalen Kreisen, von deutschen und anfangs auch von tschechischen Bauern bereitet wurde, konnte er in dieser veränderten Umgebung nicht mehr recht Fuß fassen. Sein Plan, am Aufbau einer großen, supranationalen liberalen Partei in Österreich mitzuwirken, war gerade damals mehr denn je undurchführbar, da nach dem Scheitern der tschechisch-deutschen Ausgleichsverhandlungen unter der Regierung Hohenwarth (1871) die Tschechen in ihrer tiefen Ent-

täuschung zu keiner Zusammenarbeit mit den deutschen Liberalen bereit waren und sich überhaupt von Österreich abzukehren begannen. Während seines ersten Europabesuches 1871/72 schrieb Kudlich seine „Rückblicke und Erinnerungen", in denen sich seine Enttäuschung über die politische Entwicklung in Österreich und über die ablehnende Haltung vor allem der Tschechen sehr deutlich niedergeschlagen hat.

Bei seinen späteren Europaaufenthalten nahm Kudlich zwar immer wieder in öffentlichen Reden und Artikeln zu Fragen der österreichischen Politik Stellung, wobei besonders der immer schärfer entbrennende Kampf der Nationalitäten um den Staat seine leidenschaftliche Anteilnahme erregte; aber eine wirklich aktive Rolle spielte er dabei nicht mehr. So wird in seinen Briefen aus den letzten Lebensjahrzehnten an den Neffen Hermann Krommer in Troppau oft eine bittere Resignation bemerkbar, die sich in düsteren Prognosen über das künftige Schicksal der Monarchie und des Deutschtums äußert. Besonders scharf verurteilte er dabei immer wieder den Antisemitismus der deutschnationalen Partei Schönerers sowie die Teilnahmslosigkeit, mit der das Bismarck-Reich dem Daseinskampf der Deutschen in der Donaumonarchie gegenüberstand. Bis in sein Alter blieb für ihn das Jahr 1848 der Höhepunkt seines Lebens wie auch der neueren Geschichte Österreichs.

Selbstanzeige des Verfassers

Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. Bericht über die Vorträge und Aussprachen der wissenschaftlichen Fachtagung des Collegium Carolinum in München-Grünwald am 1.—3. Juni 1959.

Veröffentlichungen des Collegium Carolinum. Band 12. München 1962, Verlag Robert Lerche (vormals Calve'sche Universitätsbuchhandlung Prag). 281 S. Kart. DM 25.—, Ln. DM 30.—.

Das Collegium Carolinum als Forschungsstelle für die böhmischen Länder veranstaltete eine wissenschaftliche Tagung, auf der „Die Sudetenfrage in europäischer Sicht" erörtert wurde. Die Vorträge und ausführlichen Diskussionen zu diesem aktuellen Problemkreis werden mit dieser Publikation der Öffentlichkeit vorgelegt.

Paul K l u k e sprach einleitend über das Thema „Das Münchner Abkommen und der Zweite Weltkrieg" (S. 10—33) und wies auf die Polarität der Auseinandersetzungen zwischen Hitler, den Sudetendeutschen und Prag hin. Hitler benutzte die legitimen Ansprüche der Sudetendeutschen auf Gleichberechtigung und das durch die Pariser Vorortverträge verletzte Selbstbestimmungsrecht als propagandistische Verkleidung für seine machtpolitischen Pläne. Die Sudetendeutschen wurden zum Objekt seiner Politik, denn er instrumentalisierte sie in seinem Kampf gegen die Tschecho-

slowakei. Da dieser Staat zu keinem Ausgleich mit seinen deutschen Bürgern gekommen war, entstand der starke Zulauf zur Sudetendeutschen Partei. Henlein und Frank wurden allmählich zu Mittätern Hitlers, auch wenn sie vielleicht dessen Kriegsziele nicht kannten. Die Rolle Chamberlains erklärt sich aus dem Wunsch, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, berechtigte deutsche Forderungen zu erfüllen und gemeinsam eine konstruktive Weltpolitik zu treiben. Sein Vertrauen in Hitlers Ehrlichkeit wurde mißbraucht. Daher führt nicht vom Münchner Abkommen sondern vom Einmarsch in Prag der Weg in den Krieg, den Hitler selbst von vornherein gewollt hatte.

Wenzel J a k s c h erhob in seinem (verlesenen) Beitrag „Die Sudetenfrage im europäischen Geschichtsbild" (S. 59—80) an die deutsche Geschichtswissenschaft die Forderung, mehr Verständnis für die Sudetenfrage aufzubringen: um den Problemen des Zweivölkerraumes (wie überhaupt Altösterreichs) gerecht zu werden, müsse man sich vom etatistisch-zentralistischen Denken freimachen. Nicht 1918 oder gar 1938 sei das Schicksalsjahr der Sudetendeutschen sondern 1848, als sich der „Verein der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien" zum Schutze gegen den tschechischen Nationalismus bildete. Ferner sei die bedeutende politische, kulturelle und wirtschaftliche Rolle der Sudetendeutschen in Österreich zu berücksichtigen. Im Zeichen des Liberalismus sind sie für eine föderalistische Ordnung Zentraleuropas unter Wahrung des Volkstums eingetreten. Später hat sich dann allerdings der übersteigerte Nationalismus und Antisemitismus und der Einfluß des wilhelminischen Deutschland verhängnisvoll ausgewirkt. Die Stellung der Sudetendeutschen zum tschechoslowakischen Staat war von vornherein belastet durch die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes (über Versailles übersieht man oft in Deutschland das Unrecht von St. Germain und Trianon; z. T. unter dem Eindruck, daß das reaktionäre Österreich von einer fortschrittlichen Tschechoslowakei abgelöst worden sei), zumal Beneš' Zusagen, das Schweizer Vorbild nachzuahmen, unerfüllt blieben. Wegen der nationalistischen Haltung des tschechoslowakischen Staates war Volks- und Staatstreue fast unvereinbar. Trotzdem — schon aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen eines Industrievolkes von über 3 Millionen — suchte man eine Verständigung: es kam zu einer — unbefriedigenden — Zusammenarbeit mit den korrespondierenden tschechoslowakischen Parteien, 1926 auch zum Eintritt in die Regierung. Diese Tatsachen werden aber totgeschwiegen. Die sudetendeutschen Parteien hatten sich nicht von vornherein zusammengeschlossen, weil sie ihre Gegensätze aus dem alten Österreich mit übernommen hatten; auch entzweiten sie wirtschaftliche und soziale Fragen, denn anfangs gab es in der Tschechoslowakei manchen demokratischen und sozialen Fortschritt. Der Kampf um die Autonomie aber konnte erst sinnvoll werden, wenn man im Ausland Unterstützung fand. Zugunsten der Sudetendeutschen Partei wirkten sich auch wirtschaftliche Momente (Arbeitslosigkeit) aus, so daß die Sudetendeut-

schen allmählich in den Sog des Nationalsozialismus gerieten. Für ihre Haltung hatten teilweise auch Tschechen Verständnis; so hatte Masaryk bereits 1928 einen Ausgleich verlangt, doch Beneš erfüllte die diesbezüglich in ihn gesetzten Hoffnungen nicht. Die Schuld am Krieg lag ausschließlich bei Hitler; die Ausweisung der Sudetendeutschen aber erfolgte nicht wegen einer Schuld sondern wegen ihres Deutschtums.

Rudolf Wierers Vortrag „Der tschechoslowakische Staat und die Sudetenfrage" (S. 81—97) zeigte vom tschechischen Standpunkt die Entwicklung vom Bohemismus (einer ständischen Bewegung gegen die absolutistische Bürokratie und den Zentralismus) zum tschechischen Nationalismus auf. Die Integrität der böhmischen Länder — eine besondere Rolle spielt die Tatsache, daß „böhmisch" und „tschechisch" in der tschechischen Sprache nicht unterschieden wird — wurde als Selbstverständlichkeit betrachtet, daher kam für die Tschechen nach der Gründung der Republik eine Abtretung der sudetendeutschen Gebiete überhaupt nicht in Frage. Die Verfassung wurde zwar ohne Beteiligung der Deutschen und Ungarn gemacht, doch war ein ausgedehnter Minderheitenschutz vorgesehen. Diese Rechte wurden zwar dem einzelnen Staatsbürger, aber nicht einer rechtlich organisierten Volksgruppe gewährt. Auch gab es einige Klauseln zugunsten der Staatsorgane. Für den Außenseiter waren jedoch die Mängel nicht ohne weiteres sichtbar; man glaubte, eine liberale, befriedigende Lösung zu besitzen, so daß die Rechte und der Besitz der Sudetendeutschen genügend gewährleistet seien. Die aktivistische Politik der Mehrheit der Sudetendeutschen schien diese Meinung zu bestätigen. Kritik übten nur Pekař und Rádl; die Kommunisten traten bis 1933 für Autonomie und sogar Loslösung der deutschen Gebiete ein. Die nationalsozialistische Machtübernahme mit ihren Auswirkungen wurde als Gefahr für die Tschechoslowakei erkannt, daher waren nun Zugeständnisse an die Sudetendeutschen psychologisch unmöglich. Die Wirkung Münchens auf die öffentliche Meinung war niederschmetternd; man hat die Verletzung der Integrität der böhmischen Länder nur als Provisorium hingenommen. Die nationalsozialistischen Maßnahmen im Protektorat verursachten eine weitere Radikalisierung. Doch auch im tschechischen Interesse sei eine restitutionalistische Politik gegenüber den Sudetendeutschen erwünscht.

Als Vertreter der Slowaken sprach Ferdinand Ďurčanský über „Die Stellung der Slowaken und nichtdeutschen Minderheiten im tschechoslowakischen Staat" (S. 98—121). Um einen lebensfähigen Staat zu schaffen, wurden die Slowaken gebraucht. Da sie mit als Staatsvolk galten, erhielten sie keine Minderheitengarantien, zumal ihre Teilnahme an den Friedensverhandlungen tschechischerseits verhindert wurde. Die im Pittsburger Vertrag vereinbarte Autonomie wurde nicht gewährt, eine Tschechisierung angestrebt und auch ein wirtschaftlicher Druck ausgeübt. Daher traten die Slowaken unter Führung Hlinkas in Opposition. Prag aber gab nicht nach, so daß es nur einer günstigen Gelegenheit bedurfte, um zur Trennung zu

führen. Auch die anderen Minoritäten — Karpato-Ukrainer, Magyaren, Polen und Sudetendeutsche — befanden sich in einer ähnlichen Lage, nachdem sie ungefragt dem tschechischen Staat einverleibt worden waren. Die tschechischen Versprechungen an die einzelnen Volksgruppen, wenn man sie gerade zur Mitarbeit brauchte, wurden nicht eingehalten, zumal die Tschechen darauf vertrauten, daß die Westmächte unter allen Umständen ihren Staat unterstützen würden. So wurden die Chancen der Verständigung verpaßt. Es gab weder Autonomie noch Föderalismus sondern einen zentralistischen Nationalstaat, in dem die Interessen der Tschechen mit denen des Staates identifiziert wurden; die anderen Volksgruppen aber wurden — entgegen den Verfassungsbestimmungen — in ihrer Bewegungsfreiheit beschränkt. Durch diesen Mißbrauch der Demokratie haben sich die Tschechen ihren Mitbürgern gegenüber kompromittiert. Die Auflehnung gegen eine ungerechte Herrschaft ist im Naturrecht begründet und gerechtfertigt. Das Münchner Abkommen muß also — jenseits von moralischen Wertungen und ohne Rücksicht auf Hitlers persönliche Pläne — als Revolution gegen die 1919 geschaffene Ordnung betrachtet werden.

Aus reicher persönlicher Erfahrung stellte Hans Neuwirth den „Weg der Sudetendeutschen von der Entstehung des tschechoslowakischen Staats bis zum Vertrag von München" (S. 122—179) dar. Er verwies auf die psychologischen Schwierigkeiten (Teilhabe an der früheren österreichischen Verwaltung, Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, später kulturelle und wirtschaftliche Beeinträchtigung), die sich der Einordnung der Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Nationalstaat entgegenstellten, betonte aber die bald hervortretende Bereitschaft, die neuen staatlichen Gegebenheiten anzuerkennen und aktiv mitzuarbeiten, wenn die Wahrung der Interessen der Volksgruppe gewährleistet würden. Um sich durchsetzen zu können, ergab sich die Notwendigkeit einer Einheitsbewegung und der Bildung eines „sudetendeutschen Stammes" aus den regionalen Gruppen (oft mißverstandene Einflüsse der Gedanken Spanns). Aus dieser Entwicklung ist schließlich Henleins Sudetendeutsche Heimatfront (später Sudetendeutsche Partei) hervorgegangen, die sich im „Böhmisch-Leipaer Programm" (1934) ebenfalls zur demokratisch-republikanischen Staatsform der Tschechoslowakei bekannte, keine Grenzrevision, aber eine gleichberechtigte Mitarbeit — die Behandlung der Deutschen als zweites Staatsvolk — verlangte. Daneben stand eine unmißverständliche Absage an den reichsdeutschen Nationalsozialismus. Der große Wahlerfolg ist aus der wirtschaftlichen und kulturellen Notlage und der irrationalen Hoffnung, doch noch zu einem Ausgleich mit den Tschechen zu kommen, zu verstehen. Wie diese Partei und mit ihr das Sudetendeutschtum in den Sog des Nationalsozialismus geriet, bedarf noch weiterer Klärung, jedenfalls scheint Frank — weniger Henlein — dabei eine bedeutende, nicht ganz durchsichtige Rolle gespielt zu haben. Von tschechischer Seite stand einem Ausgleich von vornherein die Totalität des tschechischen Nationalbewußtseins

im Wege, so daß die Sudetendeutschen als Minderheit in permanenter Opposition bleiben mußten, trotz einer formal vollkommen konstruierten Demokratie westlichen Musters. Eine weitere Zuspitzung der Lage ergab sich nach der Wahl Beneš' zum Präsidenten (1935); dessen sowjetfreundliche Politik und das Staatsverteidigungsgesetz (1936) waren wichtige Etappen auf dem Weg in die Katastrophe. Es ist begreiflich, wenn schließlich das nun auch von Engländern und Franzosen gezeigte Verständnis für die sudetendeutschen Belange dazu beitrug, daß man die Wiedergutmachung des Unrechts von 1919 nicht mehr im Rahmen des tschechoslowakischen Staates erhoffte und wünschte.

„Das ‚Münchner Abkommen' und die sowjetische Note vom 10. Januar 1959" war das Thema der Ausführungen von Hermann Raschhofer (S. 201—224). Die Umstrittenheit des Münchner Abkommens berechtigt und verpflichtet die Rechtswissenschaft, zur Klärung dieser hochpolitischen Frage beizutragen. Auch Raschhofer wies darauf hin, daß seit 1871 eine Verengung des deutschen Geschichtsbildes eingetreten sei, die sich gerade für die Beurteilung der Ereignisse im böhmischen Raum negativ ausgewirkt hat: nach einer ca. 1000jährigen Zugehörigkeit Böhmens zum Römisch-deutschen Reich und Österreich hat Deutsch-Österreich 1918 Anspruch auf die Sudetengebiete erhoben, mußte aber — unter Protest — im Vertrag von St. Germain auf sie verzichten. Der Versailler Vertrag aber zwang die Weimarer Republik zum Verzicht auf den Anschluß Deutsch-Österreichs einschließlich der Sudetenländer. Vor diesem Hintergrund sind die Ereignisse der 30er Jahre zu sehen. Was man landläufig als Münchner Abkommen bezeichnet, sind drei Verträge: 1) Die Abtretungserklärung der Tschechoslowakei vom 21. September gegenüber England und Frankreich aufgrund von deren Vorschlägen vom 19. d. M. 2) Das Münchner Viermächteabkommen vom 29. September: Durchführungsbestimmungen zu den bereits getroffenen Abmachungen. Nur die Zusatzverträge über die Garantie des verbleibenden tschechoslowakischen Staatsgebietes besitzen eigenes Gewicht. 3) Die Bestätigung der neuen deutsch-tschechoslowakischen Grenze durch den Internationalen Ausschuß am 21. November. Es bestand seinerzeit kein Zweifel an der völkerrechtlichen Verbindlichkeit dieser Vereinbarungen, denn eine außenpolitische Zwangslage (der Tschechoslowakei) hebt die Verbindlichkeit eines Vertrages, der erfüllt wurde, nicht auf. Zweifel konnten sich erst erheben nach der Besetzung der Zweiten Tschechoslowakei, denn damit waren die neuen Grenzen verletzt, nachdem schon die angekündigte deutsche und italienische Grenzgarantie unterblieben war. Zunächst erfolgten zwar Proteste, aber keine Vertragskündigung der Vertragspartner England und Frankreich. Später erklärte Frankreich — der tschechischen Auffassung entsprechend — den Vertrag für null und nichtig, während England ihm seit März 1939 die Anerkennung versagte, sich im übrigen aber freie Hand für die künftige Friedensregelung vorbehielt. Die Frage, ob eine einseitige Erklärung dritter Mächte während eines Krieges

eine Gebietsübertragung annulieren könne, wird von der Rechtswissenschaft verneint, zumal eine Annulierung mit rückwirkender Kraft schlecht möglich wäre. Daher ist die Gebietshoheit des Deutschen Reiches über die Sudetengebiete noch nicht völkerrechtlich aufgehoben.

Abschließend erörterte Taras von Borodajkewycz „Geschichtliche Probleme deutsch-tschechischer Begegnung" (S. 237—243). Die These Palackýs, daß das Grundthema der böhmischen Geschichte der Kampf zwischen Deutschen und Slawen sei, ist historisch nicht haltbar, da sie für keine Zeit zutrifft. Es wäre nun die Aufgabe der Historiker, an der Beseitigung dieser schicksalhaft gewordenen Mißdeutung zu arbeiten.

Bei der Diskussion ging es um die Klärung und Verfeinerung einzelner Aspekte des vielfältigen Fragenkomplexes. Hier kann nur auf einige Problemgruppen hingewiesen werden.

Das Münchner Abkommen: Die Gültigkeit dieses Vertrages zumindest bis 1945 wurde von den meisten Rednern bejaht (Ankenbrank, Berger, Böhmert, Rabl, Raschhofer u. a.). Auf die Frage nach der politischen Zweckmäßigkeit der Berufung auf dieses im Ausland mit Ressentiment belastete Abkommen, zumal das Heimatrecht der Sudetendeutschen von ihm unabhängig gelte (Krausnick), wurde zu bedenken gegeben, daß z. B. die sowjetischen Forderungen eine Klarstellung der Rechtslage notwendig machten (Raschhofer). Mit dem Hinweis, daß das Münchner Abkommen im Grunde im Interesse der Tschechoslowakei geschlossen wurde, um diesen Staat vor einem Angriff Hitlers zu bewahren (Durčanský, Raschhofer), wurde ein wenig beachteter Aspekt dieses umstrittenen Vertragswerkes berührt; eine derartige schiedsrichterlich-vermittelnde Tätigkeit der Großmächte zur Bereinigung von internationalen Krisenherden gehörte in das Konzept vom „europäischen Konzert" und hatte sich im 19. Jahrhundert öfter bewährt (Böhmert).

Die Rolle und Verantwortlichkeit einzelner Personen und Personengruppen: Ohne die ausschlaggebende Bedeutung Hitlers zu bagatellisieren, erhob sich die Frage, ob — wenn Hitler nachgewiesenermaßen kein ehrlicher Partner der englischen Bemühungen um eine Bereinigung der deutsch-tschechischen Beziehungen war — Beneš ein solcher gewesen ist (Bosl). Über die verhängnisvolle Bedeutung dieses Mannes, wenn auch seine Ideen auf Masaryk (Birke, Durčanský, Rabl) und Palacký (Birke, Wierer — mit der Einschränkung, daß Palacký mißdeutet worden ist) zurückgehen, war man sich weitgehend einig (Berger, Kluke, Krausnick, Mayer, Neuwirth, Rabl, Raschhofer). Eine wissenschaftlich zuverlässige Biographie Beneš' fehlt jedoch und ist ebenso ein Desiderat der Wissenschaft (Bosl) wie die Klärung der Rolle Henleins und K. H. Franks (v. Hoffmann, Rabl u. a.).

Bei einem Vergleich der Tschechoslowakei mit Altösterreich in der Nationalitätenfrage ergab sich — trotz mancher kritischen Stimme gegenüber der Habsburger Monarchie (Kluke, Mayer, Rabl) —, daß die Tschechoslowakei durch die Gründung eines Nationalstaates und Bevorzugung einer

Nation einen Rückschritt gegenüber den Gegebenheiten (z. B. mährischer Ausgleich) und Föderationsplänen des Habsburgerreiches bedeutete (Berger, Neuwirth, Raschhofer, Wierer). Die angebliche Musterdemokratie Tschechoslowakei versagte ihren Minderheiten gegenüber, weil diese majorisiert wurden (Birke, Kluke, Mayer, Rabl, Raschhofer). Daß es bei einer trotz aller bestehenden Gegensätze vorhandenen Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten zu keinem Ausgleich kam, lag wohl in tieferen irrationalen Schichten begründet: es herrschte ein kollektives Mißtrauen gegen den Partner beiderseits — jedes Volk fühlte sich vom anderen bedroht (Wierer). Daß dann die Sudetendeutschen nach jahrelangen Enttäuschungen schließlich Hitler als Förderer ihrer Interessen betrachteten (Ankenbrank), ist verständlich und darf nicht summarisch verurteilt werden, zumal wenn man die Situation des Jahres 1938 zum Ausgangspunkt nimmt und nicht die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse als Maßstab benutzt und zurückprojeziert (v. Hoffmann).

Forschungs- und Quellenlage wurden eifrig diskutiert. Gerade bei der Behandlung einzelner Persönlichkeiten — wie Beneš, Henlein, Frank — zeigte es sich, daß noch zahlreiche Forschungslücken bestehen. Die Erörterung der Quellenlage kreiste um das Problem der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der Dokumentenpublikationen, zumal die Ausgangspositionen der deutschen und ausländischen Veröffentlichungen verschieden sind (Birke, Neuwirth, Rabl — Kluke, Krausnick). Auf die Bedeutung einer weiteren Quellengruppe — der Aussagen der noch lebenden Zeugen — wurde ebenfalls aufmerksam gemacht (Bosl). Als wichtiges methodisches Hilfsmittel zur objektiven Erfassung gefühlsbeladener zeitgeschichtlicher Ereignisse — wie z. B. des Münchner Abkommens — bietet sich die von G. Barraclough empfohlene Unterscheidung von historischem, politischem und moralischem Urteil an, wobei die beiden letztgenannten auf dem historischen Urteil aufzubauen hätten, d. h. nur historisch einwandfrei erwiesene Fakten dürfen der Urteilsfindung zugrunde gelegt werden (Bosl).

Selbstanzeige des Collegium Carolinum

Historica III. Les sciences historiques en Tchécoslovaquie.

Nakladatelství Čsl. Akademie Věd. Prag 1961. 388 S. *50 Abb. 1 Plan.* DM 31,70.

Allgemein findet man im vorliegenden 3. Band ein deutliches Übergewicht der Beiträge zur neuesten Geschichte. Noch merklicher als in den beiden vorhergehenden Bänden[1] macht sich die „Barocklücke" der tschechischen Geschichtsforschung bemerkbar. Zur mittleren und älteren Geschichte

[1] Band I und II sind im Bohemia-Jahrbuch 2 (1961) 597—611 von K. Bosl besprochen worden.

jedoch wird in größerem Maß nur referiert, was schon tschechisch publiziert, den meisten westlichen Lesern deshalb aber unzugänglich ist.

Außerhalb der tschechoslowakischen Landesgeschichte führt zunächst ein Beitrag „On the Problem of the Helots" von Pavel Oliva (S. 5—34). Bemerkenswert ist hier jedenfalls Olivas Auseinandersetzung mit deutscher Literatur, die in den 30er Jahren durch rassentheoretische Deutungen des spartanischen Staatswesens der nationalsozialistischen Ideologie unmittelbar wissenschaftliche Handreichung geleistet hatte. Interesse verdienen auch seine Referenzen zur russischen, in der westlichen Forschung nach Olivas Beobachtungen unbekannten Literatur und schließlich seine eigene Definition des Helotentums als einer „unterentwickelten Sklaverei", die in einer unterentwickelten Gesellschaftsordnung nur zur Ausbildung eines kollektiven, noch nicht eines „individuellen Sklavenhaltertums" geführt habe.

Josef Dobiaš berichtet von „Zwei mißverstandenen Quellen zur Geschichte der Donauschwaben" (S. 35—56). Zunächst rehabilitiert er in einer detaillierten Textuntersuchung eine Angabe aus der römischen Geschichte des Rufius Festus (4. Jh.) und greift damit eine wenig beachtete Polemik aus der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts wieder auf, um sie nach einer neuen, kritischen Würdigung in einer ganz abweichenden Weise zu deuten und zu datieren. Damit wird dann allerdings lediglich die Angabe des Rufius Festus in ihrer Glaubwürdigkeit gesichert, aber neue Aufschlüsse zur Markomannengeschichte ergibt die Korrektur nicht.

Eine zweite Korrektur betrifft das Leben Gaiobomars, eines Quadenkönigs zur Zeit Caracallas. Auch hier setzt sich Dobiaš mit älterer deutscher Literatur auseinander. Das Ergebnis seiner Untersuchung stellt er in Zusammenhang mit einem archäologischen Fund aus dem Jahr 1934, nach dem Caracalla sich 213 in Unterbrechung eines Feldzuges gegen die Parther in Dacien aufgehalten habe. Diese Feststellung berichtigt nicht nur den Hinrichtungsort des Gaiobomar durch Caracalla, sie wirft auch Licht auf die Beziehungen zwischen Markomannen und Quaden, die Caracalla nach ihrer Kampfgemeinschaft gegen Marc Aurel wieder entzweit hatte. Aus größerem Textzusammenhang und aus der Intention der Quelle erschließt Dobiaš, daß Caracalla den Gaiobomar keineswegs gegen den Willen seiner Landsleute, sondern auf ihren Wunsch und auf ihre Anklage hinrichten ließ. Das Textstück entstammt dem Werk des Cassius Dio, dient aber einer exemplarischen Tendenz, mit welcher es im 10. Jahrhundert der byzantinische Kaiser Constantin Porphyrogenitos unter seine Excerpta historica aufnehmen ließ, und ist nach Dobiaš „ein wichtiger Beleg für das Andauern des Klientelverhältnisses der Quaden und ihrer Könige zu Rom auch nach dem Markomannenkrieg. Von einer Ohnmächtigkeit der Quaden, die trotz meiner Auslegung von Dios Stelle noch immer aus ihr herausgelesen wird, zeugt es jedoch nicht im mindesten." (S. 55). Dobiaš bezieht sich hier auf seine Arbeiten aus dem Jahr 1930 und 1938, die in

deutschen Stellungnahmen von L. Schmidt 1938, W. Zwikker 1941 und in ungarischen Arbeiten unbeachtet geblieben seien.

Unter dem Titel „Der altböhmische Fürstensitz Praha" berichtet Ivan Borkowský mit Grundrißskizze und Lichtbildern von Ausgrabungen auf der Prager Burg, die seit rund 40 Jahren betrieben werden und noch nicht abgeschlossen sind. Sie lassen jedenfalls erkennen, daß der befestigte Fürstensitz Prag, der bis heute in 19 Bauperioden gestaltet worden ist, im letzten Jahrzehnt des 9. Jahrhunderts entstand und wohl aus einer älteren Besiedlung am linken Moldauaufer erwuchs. Drei Sakralbauten wurden im Lauf der nächsten hundert Jahre auf der Burg errichtet, zuerst eine Marienkirche mit dem Grab Bořivojs und seiner Gemahlin im Westen, die (ursprünglich kleinere) Georgsbasilika im Osten und schließlich die Veitsrotunde im Zentrum. Die Ausgrabungen liefern Einzelheiten zur Baugeschichte der zuerst hölzernen Burgwälle, der inneren Burgwege des Fürstenbaues und alter Begräbnisstätten. Der Bericht bietet hier interessante Beispiele für den Umfang baugeschichtlicher, freilich geländebedingter Kontinuität. Er bringt aber auch zum selben Stichwort ein seltenes Beispiel für den traditionsgebundenen Übergang vom heidnischen zum christlichen Ritual, denn bei der Ausgrabung eines Friedhofes an der Marienkirche, die auf einer vorchristlichen Kultstätte liegt, fand man zwischen den Skeletten auch Tierknochen. „Zweifellos handelt es sich um erhaltene Reste slawischer Bestattungsriten, aber auch solcher aus der Zeit des Übergangs zum Christentum, und zwar um Opfergaben und vermutlich auch um Opfermahle, die, wie die Tierknochen beweisen, den Toten dicht an der Ostseite der Kirchenapside dargebracht wurden." (S. 62).

Im Zusammenhang seiner pointierten Untersuchungsergebnisse über Michael Gaismair und den Tiroler Bauernaufstand widmet Josef Macek der venezianischen Politik eine neue Beleuchtung („La guerra contadina tirolese e la politica di Venezia 1525—1532" S. 73—86). Die terra ferma war im 16. Jahrhundert bekanntlich der größte südliche Anrainer der Grafschaft Tirol und bot den Aufständischen um 1525 im Zusammenhang mit der antihabsburgischen Politik der venezianischen Republik Asyl. Auf Seiten der Revolutionäre, von deren Programm Macek bereits in Historica I und II berichtet hatte, griff Gaismair diese Tendenz auf und verflocht so unter Ausnutzung der Liga von Cognac 1527 für einige Monate die Tiroler Revolution mit der großen europäischen Politik. Zwar setzte der Protest des französischen Königs diesem Bündnis bald ein Ende, doch unterstützte die Signoria Gaismair bis zu seiner Ermordung in Padua 1532, und bis dahin liefen auch vielfache Fäden von Tirol und auch von Süddeutschland zu dem emigrierten Revolutionär. Die Forschungen Maceks bieten sicher für das rechte Verständnis der deutschen Sozialaufstände im frühen 16. Jahrhundert bemerkenswerte ergänzende Aspekte.

Eine kunsthistorische Begriffsdefinition mit Einzelbeispielen beinhalten die sehr gedrängten Ausführungen des inzwischen verstorbenen Zdeněk

Wirth: „Die böhmische Renaissance" (S. 87—108 mit Bildbeilagen). Wirth charakterisiert die böhmische Renaissance als eine zuerst durch italienische Handwerker vermittelte „Applikation von Renaissanceelementen auf einheimische Spätgotik", die erst um die Mitte des 16. Jahrhunderts reine Renaissancebauwerke hervorbrachte und sich in einem längeren Entwicklungsprozeß zum regionalen Stil entwickelte, als „Maurerarchitektur von sanftem Umriß und Relief", allerdings „ohne logische Entwicklungslinie... zu einer der anknüpfenden zeitgenössischen Formen und Schichten" (S. 107). Ohne originelle Beiträge zur europäischen Kunstentwicklung zu liefern, wie Gotik und Barock in Böhmen, blieb die böhmische Renaissance eine „anmutige Episode", die als „urwüchsiger regionaler Stil... hochgewertet werden muß" (S. 106 f.). So wichtig diese Definition als Maßstab einer Epoche böhmischer Architektur erscheinen kann, so möchte man ihr doch noch eine Erprobung am Vergleich mit anderen Kunstlandschaften wünschen. Womöglich zeigte sich dann, daß die „Applikation einzelner Elemente" auf eine noch spätgotische Architektur ganz allgemein zum Merkmal der Renaissancearchitektur in Mitteleuropa erhoben werden kann.

Der nächste Beitrag führt uns gleich in die neueste Geschichte. Jiří Kořalka behandelt „Die deutsch-österreichische nationale Frage in den Anfängen der sozialdemokratischen Partei" (S. 109—158), ein Thema, dem auch H. Mommsen im vorhergehenden Bohemia-Jahrbuch (2 [1961] 193—208) einen Beitrag gewidmet hatte. Während Mommsen aber bemüht war, eine souveräne ökonomische und sozialpolitische Analyse zu skizzieren (im Vorgriff auf eine umfangreichere Arbeit), entwickelte Kořalka Parteigeschichte. Die Entwürfe beider Arbeiten ergänzen sich demnach sehr vorteilhaft; die zeitlichen Ausgangspunkte decken sich ungefähr.

Kořalka umreißt zunächst auf der Grundlage deutscher Arbeiten ein Bild der deutschen Arbeiterbewegung. Während nach der preußisch-österreichischen Auseinandersetzung von 1866 die Meinungen geteilt gewesen seien, ob man mit oder ob man gegen Preußen den Zielen der Bewegung näher komme, sei doch als Erbe der Revolution von 1848 eine großdeutsche Organisationsbasis für selbstverständlich gehalten worden. Seit 1866 führte die gemeinsame Preußenfeindschaft die süddeutsch-sächsischen Arbeiterorganisationen um August Bebel und Karl Liebknecht zu schärfster Auseinandersetzung mit den Erben Lassalles und den norddeutschen Arbeitervereinen und zur Zusammenarbeit mit der österreichischen Arbeiterbewegung unter Anerkennung der liberal-demokratischen Wiener Regierung. Das zeitigte eine Zusammenarbeit der süddeutschen mit der österreichischen Arbeiterbewegung bei der sozialdemokratischen Parteigründung in Eisenach 1869. Dort fanden sich zwar nur 4 Delegierte aus den österreichischen Ländern ein, doch ihre Mandate wiesen fast hunderttausend Stimmen und damit rund zwei Drittel der überhaupt in Eisenach vertretenen Arbeiterschaft auf. Hatte man aber bisher unter dem Einfluß

einer Broschüre von Bernhard Becker in Österreich die nationale Frage als reaktionär abgelehnt, so trat nun in Eisenach der Brünner Delegierte Mühlwasser mit der Forderung hervor, das österreichische Nationalitätenproblem zu berücksichtigen. Sein Vorschlag blieb bei den Delegierten und zunächst auch in der österreichischen Arbeiterbewegung ohne Echo. Mommsen weist darauf hin, wie die nationale Frage wenige Jahre später die Aktionseinheit zwischen Wien und Prag beeinträchtigte. Kořalkas Studie zeigt, wie einstweilen eine großdeutsche, antipreußische Aktionsgemeinschaft zur Formierung der Arbeiterbewegung als klassenbewußter politischer Kraft, wenn auch mit kurzlebiger organisatorischer Einheit, geführt hat. Dabei fehlte es im nordböhmischen Gebiet auch nicht an Beispielen internationaler Solidarität, bei denen deutsche Arbeiter etwa tschechische Schulforderungen unterstützten, eine Erscheinung, deren gesellschaftspolitische Hintergründe wieder Mommsens Charakteristik des Industrialisierungsprozesses in den böhmischen Ländern mit ein paar Strichen vor Augen führt. Im ganzen bieten die sachlichen und klaren Darstellungen Kořalkas neben Arbeiten von J. Purš, Zd. Šolle und der angekündigten größeren Untersuchung Mommsens wichtige Vorbereitungen zu einer Sozialgeschichte der böhmischen Länder während der industriellen Revolution.

Juraj Kramer tritt der weitverbreiteten Auffassung entgegen, daß die slowakische Volkspartei während der ersten Republik unter ungarischem Einfluß gestanden habe („Ausländische Einflüsse auf die Entwicklung der slowakischen autonomistischen Bewegung" S. 159—194). Die Volkspartei hatte bis 1925 mit nationalautonomistischer Zielsetzung eine große Zahl von Anhängern gewonnen, während die slowakischen Sozialdemokraten, die nächsten Anwärter auf den Rang einer Massenpartei, sich durch die Zusammenarbeit mit den Tschechen diskreditiert hatten. Kramer verschweigt nicht, daß die neue Staatsgründung bei den Slowaken durchaus unpopulär war: er beschränkt sich dabei freilich auf Argumente aus der industriellen Entwicklung, nach welchen die Slowakei durch die neue Grenzziehung ihrer früheren Absatzgebiete beraubt und statt dessen der überlegenen tschechischen Konkurrenz ausgesetzt wurde. Sozialunruhen, Streiks und die Bildung einer slowakischen Räterepublik wurden zwar von der tschechischen Staatsmacht niedergeschlagen, doch war nach Kramer die tschechische Bourgeoisie „in dem kapitalistischen Rahmen, den sie dem neuen Staatswesen aufgezwungen hatte... nicht fähig, eines der Grundprobleme der Republik, die Frage der politischen Stellung und der wirtschaftlichen Lage der Slowakei zu lösen" (S. 163). Andererseits fanden ungarische Versuche einer Rückgliederung der Slowakei noch weniger Sympathie. Auf Grund bisher unzugänglicher ungarischer Akten kann Kramer zeigen, daß es durchaus keine organisatorische Verbindung zwischen den slowakischen Autonomisten und den ungarischen Behörden gegeben habe, und daß Msgr. Hlinka, der Führer der slowakischen Volkspartei, absolut

nicht mit den Ungarn konspirierte. Entsprechende zeitgenössische Vorwürfe müßte man lediglich als Zweckpropaganda betrachten. Anstelle offizieller Kontakte zur autonomistischen Bewegung verschafften sich die Ungarn allerdings nach anderen Versuchen einen bedeutenden Einfluß in der Person des Dr. Tuka, der seit 1920 in der Volkspartei mitarbeitete und ihr Presseorgan redigierte, den Eintritt der Volkspartei in die Regierungskoalition 1927 und damit einen möglichen Ausgleich zwischen Tschechen und Slowaken freilich nicht verhindern konnte. 1928 wurde er in einen Hochverratsprozeß verwickelt. Kramers ungarische Akten bestätigen diese Anklage, zugleich aber auch das Doppelspiel des Angeklagten vor seiner eigenen Partei und berichtigten damit eine verbreitete Vorstellung von ihrem außenpolitischen Kurs.

„German irredentist Putsch in the Czech Lands after the First World War" (S. 195—238) heißt ein Beitrag von Jaroslav César und Bohumil Černý. Diese Ausführungen hängen ganz unmittelbar mit anderen Publikationen der beiden Verfasser zusammen. Es handelt sich hier um die sudetendeutsche Irredenta 1918/19, ein Thema, das die beiden Autoren im Československý časopis historický 1961/6 und 1962/1 bis zum Jahr 1938 fortgeführt haben. Alle drei Aufsätze bieten ein bemerkenswertes Bild sudetendeutscher Politik 1918—38 unter tschechischem Aspekt und hätten deshalb auch eine zusammenhängende Publikation verdient. Dazu müßte man aber auch noch das Buch der beiden Verfasser „Od sudetoněmeckého separatismu k plánům odvety" [Vom sudetendeutschen Separatismus zu Plänen der Wiedervergeltung] Reichenberg 1960, 231 S. und eine ebenfalls noch unzugängliche Studie von Coloman Gajan über „Die irredentistische Tätigkeit der nationalistischen Deutschen in der ČSR und ihre Unterstützung durch imperialistische und militaristische Kreise Deutschlands in den Jahren 1918—23" (Acta Universitatis Carolinae, Phil.-Hist. Kl. 1961, Nr. 2, S. 43—75) heranziehen. Im vorliegenden Aufsatz bieten die beiden Verfasser zuerst eine umfangreichere Einleitung über sozialökonomische Bedingungen in den sudetendeutschen Gebieten und die Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts. Darin finden sich ganz interessante Feststellungen, etwa — aber leider ohne Belegmaterial — daß sich mit dem wachsenden Mißerfolg der Mittelmächte im 1. Weltkrieg die Aufmerksamkeit der deutschen Parteien Österreichs für das Selbstbestimmungsrecht vermehrte, denn: „Die Realisierung des Rechtes der Selbstbestimmung in diesem deutschen Konzept hätte praktisch bedeutet, die Errichtung eines selbständigen tschechischen Staates unmöglich zu machen, oder die Vorbedingungen für seine künftige Unterwerfung unter deutschen Einfluß zu schaffen" (S. 207). So trefflich diese Formulierung die tatsächliche Kollision der Rechtsansprüche umreißt — daß sie nicht Einsicht der Verfasser, sondern Absicht der Akteure von 1918 gewesen sei, das müßte belegt werden. Allerdings zeigen César und Černý damit einen Pragmatismus, der sich weit von juridischen Konstruktionsversuchen unterscheidet, an denen deutscher-

seits die Geschichte der ersten Republik immer wieder gemessen wird. Geradeso indifferent gegenüber Rechtsfragen verhalten sich die Verfasser auch in einem anderen Fall, in dem sie feststellen, die bürgerliche Auffassung beider Nationen hätte den Separationsversuch der deutschen Gebiete nicht als Hochverrat betrachtet, denn — und hier zitieren sie F. Peroutka — „ die Deutschen waren noch nicht durch einen internationalen legalen Akt an den tschechischen Staat gebunden". Die Verfasser bemühen sich nicht, diese Äußerung zu entkräften. Allerdings haben sie sich selbst in der Überschrift ihres Beitrages anders entschieden. Schließlich erinnert man sich noch einmal an das juridische Grundproblem der Staatsgründung, wenn die Verfasser davon sprechen, daß bei der Friedenskonferenz von 1919 machtpolitische Gründe den Ausschlag für die Grenzziehung der ČSR geliefert hätten. Denn allgemein seien die Delegierten der Überlegung gefolgt, daß eine ČSR ohne die deutschbesiedelten Grenzgebiete wirtschaftlich und strategisch von Deutschland abhängen würde.

Bei der Schilderung der bekannten Märzunruhen von 1919 verlieren die Verfasser etwas von ihrer Distanz zu den Schwierigkeiten der „nationalen Bourgeoisie". Zwar sehen sie in der sozialdemokratischen Partei den verantwortlichen Träger der Demonstrationen, doch in den Demonstranten nicht etwa mißgeleitete Werktätige, sondern „impatient mob" (S. 230).

Das Verdienst des Aufsatzes liegt zweifellos in der neuen Darstellung eines von P. Molisch und F. Peroutka bereits behandelten Geschichtsabschnittes. Darin wird das sechswöchige Experiment deutschböhmischer und deutschmährischer Parteipolitiker neu vorgeführt, das nach dem Urteil der beiden Autoren an der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, an der Rechtsunsicherheit der Beamtenschaft und an der Unfähigkeit der führenden deutschen Politiker ein schnelles Ende fand. Damit ist in dem Beitrag eine Grundfrage der deutschen Konzeption dieses Experiments noch unbeantwortet, die Frage nämlich, ob die sudetendeutschen Politiker nicht das ganze Autonomieprogramm aus Demonstrationsgründen eher scheitern lassen wollten, als die für ein paar Wochen faktisch verwirklichte deutsche Selbstverwaltung wenigstens als möglichst starke Verhandlungsposition bei einem unter den gegebenen Umständen unvermeidlichen Arrangement mit dem neuen tschechischen Staat zu benützen. César und Černý sagen, daß allein schon die Landkarte die Unmöglichkeit einer unabhängigen Existenz der sudetendeutschen Gebiete genügend vor Augen führe. Demnach scheint auch weder die Selbständigkeit noch der Anschluß an die neue österreichische Republik für die deutschbesiedelten Randgebiete im Westen und Norden Böhmens und im Norden Mährens eine wirkliche Alternative zur Integration mit dem neuen tschechoslowakischen Staat gewesen zu sein: die realen Möglichkeiten der sudetendeutschen Politik vom November 1918 lagen wohl eher in einem Anschluß an das deutsche Reich. Bei den Lücken und Mängeln der einschlägigen Memoirenliteratur wird eine Antwort auf diese Frage freilich nicht leicht zu finden sein.

Auch Alice Teichová greift ein Thema auf, zu dem sie im Čsl. časopis historický 1954 schon einmal mit einem Aufsatz über „Die wirtschaftlichen Wurzeln der prohitlerischen Politik des britischen Großbürgertums" beigetragen hatte. Diesmal wendet sie sich unter dem Titel „Great Britain in European Affairs, March 15 to August 21, 1939" (S. 239—339 mit chronologischer Übersichtstabelle) mit dem umfangreichsten Beitrag des ganzen Bandes gegen die vorherrschende Auffassung von der diplomatischen Vorgeschichte des Kriegsausbruchs und, man muß es gleich vorwegnehmen, sie liefert hier eine ganz gewichtige Korrektur. Bisher war bekanntlich die Vorstellung allgemein verbreitet, daß die englische Appeasement-Politik, nach Ritter verantwortungsbeladen vor der Geschichte, am 15., genauer am 17. März 1939 wegen des Überfalls Hitlers auf die Rumpftschechoslowakei und des damit verbundenen Bruches des Münchner Abkommens mit einer Rede Chamberlains in Birmingham ihr Ende gefunden habe. Britisch-sowjetische Verhandlungen hätten sie abgelöst.

Die Verfasserin zeigt, daß diese Vorstellung den Tatsachen nicht entspricht. Statt dessen wurden ununterbrochen auf wirtschaftspolitischer und privater Ebene Kontakte zwischen Großbritannien und Deutschland fortgeführt, die den Zweck hatten, eine tiefergreifende Verständigung zwischen beiden Staaten vorzubereiten, um die Basis für einen deutsch-britischen „Wirtschaftsimperialismus" zu bilden. Die Tatsache und der Umfang solcher Kontakte werden in der tschechischen Studie sehr eingehend belegt, angefangen von einer Industriellen-Konferenz in Düsseldorf, die unbeschadet der militärischen Aktionen gegen die ČSR, am 16. März 1939 erfolgreich abgeschlossen wurde, bis zu einer Unterredung Göring-Runciman jun. am 12. August, nach welcher nach dem Urteil der Verfasserin ein deutsch-englisches Bündnis „beinahe in Reichweite" (S. 295) rückte. Während aber ganz treffend ausgeführt wird, daß die Regierung Chamberlain mit dieser Politik nicht nur auf den Widerstand der öffentlichen Meinung in England, sondern auch auf Kritik in der konservativen Partei stieß (Churchill), fehlt eine politische Analyse der deutschen Partnerschaft, wenn man von Andeutungen darüber absieht, daß sich auf beiden Seiten Unternehmerkreise aus wirtschaftlichen Gründen verständigen wollten. Tatsächlich handelte es sich aber bekanntlich auf deutscher Seite im Gegensatz zur englischen nicht um Annäherungsversuche im Auftrag des Regierungschefs, sondern um den Versuch, Hitlers Kriegsbereitschaft in die Bahnen einer Wirtschaftsexpansion zu drängen, d. h., noch ehe er seine Mitwelt vor die vollendete Tatsache eines militärischen Konflikts gestellt hatte, ihn sozusagen vor die vollendeten Tatsachen eines „neuen Münchens" über Danzig und die Korridorfrage und einer weltpolitisch umwälzenden Kollaboration mit der britischen Wirtschaftsmacht zu stellen. Hitler hat auch hier seine Umgebung überspielt; die Abweichung von 1939 läßt sich heute in der Memoirenliteratur gut verfolgen, obwohl sie da etwas eulogisch unter dem Stichwort „Widerstand" zu finden ist. Die Divergenzen unter den politischen Akteu-

ren des „Dritten Reiches", in dem tschechischen Beitrag lediglich durch die bekannten Meinungsverschiedenheiten zwischen Ribbentrop und Göring über die englische Reaktion auf den künftigen Angriff gegen Polen angedeutet, hätten jedenfalls viel dazu beigetragen, die ausdauernden britischen Bemühungen um ein agreement mit dem deutschen Expansionsdrang, also um eine Revision des französischen Europaplanes von 1919 in Übereinstimmung mit dem konservativen deutschen politischen Konzept begreiflich zu machen.

Die Regierung Chamberlains glaubte sich also, das gerade macht A. Teichová deutlich wie wohl niemand vor ihr, im Besitz des berühmten „direkten Drahtes" zur deutschen Führung auf privaten und halboffiziellen Wegen und hoffte noch wenige Tage, ehe ihr die polnische Vertragsbindung eine Kriegserklärung abnötigte, auf offizielle Bündnisverhandlungen mit Deutschland. Aber gerade weil die britische Politik vermutlich Hitlers Aggressionspläne nicht erfaßte und von deutschen „Abweichlern", die Görings praktische und Rosenbergs ideologische Sympathien genossen, in diesem Irrtum noch bestärkt wurde, muß man schließlich auch das tschechische Urteil über das britisch-sowjetische Verhältnis ebenfalls berichtigen.

Zunächst heißt es freilich, auch hier die solide Erarbeitung eines neuen Tatbestandes zu honorieren: die sowjetische Diplomatie betrieb nämlich keinesfalls durch Parallelverhandlungen mit Deutschland und den Westmächten eine Schaukelpolitik, sondern sie bemühte sich offenbar — nach dem ausgiebigen Nachweis von A. Teichová — korrekt und geduldig um ein Dreierbündnis mit England und Frankreich auf Basis der Gegenseitigkeit, ehe sie erst am 19. August in der bekannten dramatischen Wende von der Verteidigung gegen eine deutsche Aggression zur Beteiligung an Hitlers Angriff auf Polen überwechselte. Die britische Regierung war es statt dessen — nach den tschechischen Ausführungen —, die solche Verhandlungen augenscheinlich nur als Druckmittel auf die deutsche Bündnisbereitschaft betrachtete und dementsprechend ihren Moskauer Botschafter, ihren Sonderbeauftragten und schließlich auch ihre Militärmission instruierte und in langen Defensivwünschen ebenso wie in der polnischen und rumänischen Aversion gegen ein Bündnis mit der Sowjetunion immer wieder Vorwände zu neuen Verzögerungen fand.

Nun bringt es aber eine Verkennung der unkriegerischen und deshalb von Hitlers Absichten durchaus abweichenden Tendenzen eines solchen deutsch-britischen „Wirtschaftsimperialismus" mit sich, daß die Verfasserin aus der englischen Hinhaltetaktik in Moskau den Schluß zieht, die Regierung Chamberlain sei mit einem deutschen Angriff auf die Sowjetunion einverstanden gewesen und habe sich deshalb dem Abschluß eines Bündnisses auf Gegenseitigkeit, das die Sowjetunion selbstverständlich fordern mußte, entzogen (S. 258). In dieser Hinsicht scheint die tschechische Arbeit von einem Verdacht Molotows abhängig, ohne daß sie ihre Schlußfolgerung auf englische Quellen stützen könnte. Ihrer These steht hier überdies nicht

nur das Fehlen jeden Beweismaterials entgegen, sondern auch die Erwägung, daß jeder Angriff auf Rußland, selbst auf der fragwürdig schmalen Basis der baltischen, von englischen Garantien ausgenommenen Staaten, durch die englische Garantieleistung für Polen behindert worden wäre, eine Garantie, die immer wieder bekräftigt wurde und höchstens eine begrenzte Revision in der Danzig- und Korridorfrage ermöglicht hätte.

So wird man wohl dem anerkennenswerten Beweisaufbau der Verfasserin besser gerecht, wenn man die Alternative über Krieg oder Frieden an ihrem tatsächlichen Angelpunkt sucht, in Berlin nämlich, wo Hitler die Vertreter eines begrenzten, eines „vernünftigen" Revisionismus überrundete und damit das Konzept kalkulierter Nationalpolitik auf der Strecke ließ, eine Tragödie — nicht seiner Widersacher, sondern seiner Mitläufer!

Ferdinand Seibt, München

GEDENKTAGE UND NACHRUFE

Bruno Schier zum 60. Geburtstag

Die deutsche volkskundliche Forschung in den böhmischen Ländern wurde durch Adolf Hauffen im Rahmen der „Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen" seit der Mitte der 1890er Jahre auf sichere wissenschaftliche Grundlagen gestellt. August Sauer hob in seiner Rektoratsrede über „Literaturwissenschaft und Volkskunde" 1907 die Bedeutung der jungen Wissenschaft hervor, gab ihr neue Impulse und bereitete ihre Erhebung zum Universitäts-Lehrfach vor[1]. Diese wissenschaftspolitischen Bestrebungen fanden schließlich in der Errichtung eines ordentlichen Lehrstuhles für Deutsche Volkskunde an der Deutschen Universität in Prag ihre Erfüllung. Diese Neugründung — die erste an einer deutschen Universität — war noch vom k.k. Kultusministerium vorbereitet und nach dem Zusammenbruch der Monarchie im neuen tschechoslowakischen Staat vom Ministerium für Schulwesen und Volkskultur durchgeführt worden. Inhaber dieses Ordinariats wurde Adolf Hauffen. So konnten Studenten der neuen Generation, die nach 1918/19 an der Deutschen Universität in Prag studierten, eine vollgültige Ausbildung in Deutscher Volkskunde auch als Hauptfach für das Doktorat genießen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Forschungsarbeit war die systematische Sammlung des überlieferten Volksgutes. Adolf Hauffen hatte dafür eine Anleitung und ein Frageheft geschaffen, das alle Teilgebiete der materiellen und geistigen Volkskunde umfaßte. Die Bearbeiter wurden vor allem aus den Kreisen der Lehrerschaft gewonnen, die druckreifen Ergebnisse in der Reihe „Beiträge zur deutsch-böhmischen Volkskunde" veröffentlicht. Die Einbeziehung der deutschbesiedelten Gebiete der Sudetenländer in die Tschechoslowakei und die Ausrichtung auch der mährisch-schlesischen Landschaften auf Prag führte zur Ausweitung der bisher bloß auf „Deutschböhmen" eingestellten Arbeit auch auf diese Gebiete, die „deutsch-böhmische" Volkskunde wurde zur „sudetendeutschen" erweitert. Gustav Jungbauer, Schüler und Nachfolger Hauffens, wendete diese damals neu in Aufnahme gekommene Bezeichnung auch für

---

[1] Hauffen Adolf, Einführung in die deutschböhmische Volkskunde nebst einer Bibliographie. Prag 1896. (Bd. 1 seiner „Beiträge".)

Sauer August, Literaturwissenschaft und Volkskunde. Rektoratsrede. Prag 1907.

die „Beiträge" an. Der Ausgriff in die deutsche Sprachinseln der Slowakei wurde bereits von der jungen Generation getragen.

Schon Adolf Hauffen hatte in seiner „Einführung" von 1896 den Vergleich mit den Überlieferungen des tschechischen Nachbarvolkes gefordert, doch konnte erst die junge Generation, die die tschechische Sprache erlernte und slawistische Studien trieb, an solche Aufgaben herangehen.

Fest verwurzelt in der engeren Heimat und ihrer Volkskultur, von der ihre Forschungen jeweils den Ausgang nahmen, dabei entscheidend angeregt durch die Jugendbewegung mit ihrer Hinwendung zu Natur, Heimat und Volkstum und andererseits ihrer Fernensehnsucht; gründlich philologisch geschult, kulturhistorisch in die Tiefe und kulturgeographisch in die Weite strebend zur Erarbeitung der großen Zusammenhänge; durch die Gegebenheiten des Heimatraumes ausgestattet mit feinem Empfinden für die Reize stammlicher und völkischer Vielfalt und ihre Ausprägungen in der Volkskultur mit dem wechselseitigen Geben und Nehmen über die Sprachgrenzen hinweg und den Prozessen der Anpassung, Umgestaltung und schöpferischen Neugestaltung, Prozessen, die zu inniger Verflechtung der Volkskulturen führten — mit solchen Grundlagen und Antrieben gingen sie an die Arbeit.

Als markanter Vertreter dieser Forschungsrichtung und Forschungsart in der Volkskunde trat aus der jungen Generation nach dem ersten Weltkrieg vor allem Bruno Schier hervor.

Unser Jubilar wurde am 17. 12. 1902 zu Hohenelbe, einer Kreisstadt am Südhang des Riesengebirges, als viertes Kind des Wagnermeisters Johann Schier und seiner Ehefrau Antonia, geb. Burkert, geboren. Hohenelbe liegt am Rande des schlesischen Mundartgebietes, hart an der tschechischen Sprachgrenze. Hier besuchte er die Volksschule und das Untergymnasium und in der väterlichen Werkstatt erlernte er — von den Eltern ursprünglich für den Beruf des Vaters bestimmt — das Wagnerhandwerk, führte aber das Gymnasialstudium weiter und legte am 23. Juni 1922 die Reifeprüfung mit Auszeichnung ab. So wuchs Bruno Schier sozusagen von Kindsbeinen an mit dem Holz als Werkstoff und seiner handwerklichen Bearbeitung auf, mit gleichzeitig handwerklicher und humanistischer Ausbildung — ein Vorläufer „moderner" Erziehungsmethoden. Die Wahl seiner späteren Forschungsthemen, sein technologisches Verständnis haben hier starke Wurzeln.

In der letzten Gymnasialzeit beginnen bereits volkskundliche Studien, deren erste Ergebnisse eine Arbeit über die Weihnachtsspiele des Riesengebirges und der Versuch einer volkskundlichen Gesamtcharakteristik der Gebirgsbewohner[2] waren.

Nach der „Matura", dem Abschluß der ersten Lehrjahre, lockte die Ferne

---

[2] Versuch einer Charakterisierung der Bewohner des Riesengebirges. In: Jahrbuch des Riesengebirgsvereins 1922, S. 17—40.

auf die große Wanderschaft. In romantischer Stimmung, „als wandernder Handwerksbursche und fahrender Schüler zugleich" — wie sich Schier damals nach seinen eignen Worten empfand — durchstreifte er in den Sommer- und Herbstmonaten 1922 die schönsten Landschaften und Städte Deutschlands, gelangte gegen Ende Oktober nach München und begann hier das Universitätsstudium mit dem Entschluß, sich ganz der Wissenschaft zu widmen. Neben philosophischen und kunstgeschichtlichen Studien vertiefte er sich vor allem in Sprachwissenschaft und Geschichte. Zum Wintersemester 1923 kam er dann an die angestammte Deutsche Universität in Prag, an der er bis zum Abschluß seines Studiums im Sommersemester 1926 verblieb. Hier hörte er vor allem Vorlesungen auf dem Gebiete der indogermanischen, deutschen, englischen und slawischen Philologie, der Volkskunde, der mittleren und neueren Geschichte und historischen Hilfswissenschaften. Er nahm an dem Leben in den Böhmerländischen Freischaren teil, studentischen Vereinigungen ehemaliger Wandervögel, mit „Schar-Abenden", Singabenden mit Walter Hensel, Turnen und Leichtathletik, Wanderfahrten in die Umgebung Prags bis an die Sprachgrenze im Norden mit Singen und Volkstanz im Freien. Als Gebirgler war er ein tüchtiger Skiläufer und Wanderer mit weitausgreifendem, wiegendem Schritt. Er war in dieser Zeit ein eifriger Benützer der Bibliothek des Seminars für Deutsche Philologie, das damals auch die Volkskunde noch mit umfaßte. Es war zunächst noch im 4. Stock eines Privathauses in der Kreuzherrengasse untergebracht, in einer Wohnung mit zwei kleinen Zimmern, Küche und dunkler Kammer. Den Dienst für die gesamte Germanistik mit drei Ordinarien versah ein Student als „wissenschaftliche Hilfskraft" für ein monatliches Entgelt von 150 tschechischen Kronen. Dieses Amt war gewissermaßen bei den Germanistikstudenten aus der Bergstadt Mies erblich, 1922 war ich an der Reihe. Inzwischen war aber eine Assistentenstelle beantragt worden, die mir zum 1. 10. 1923 übertragen wurde. Ich machte nun die Küche mit ihrem großen Kochherd zum Assistentenzimmer mit einem neuen Schreibtisch. Dieser über die beiden Arbeitszimmer der Studenten und bisher für sie frei zugängliche Raum war damit gewissermaßen zum „Allerheiligsten" geworden. Eines Tages prangte ein Schild an der Türe mit der Inschrift, die nach meiner Erinnerung etwa lautete:

Bliev buten Edder ik smiet di up de Snuten.

Eine Hausinschrift also: der Initiator konnte nur ein Hausforscher sein, natürlich mein Freund Bruno. — Diese Erinnerung sei hier eingeflochten zur Kennzeichnung der idyllischen Verhältnisse, in denen damals noch die Germanisten studieren konnten. Freilich wurde der Andrang, verstärkt durch den Beginn des Frauenstudiums, so groß, daß auch unser Seminar in größere Räume übersiedeln mußte, die uns im Privathause eines höheren tschechischen Beamten in der Budečgasse in den Weinbergen zugewiesen wurden. Sie wurden später zu einer wichtigen Station auch auf dem Le-

benswege Bruno Schiers, den wir nun zunächst in seinem äußeren Ablauf verfolgen wollen.

Die Universitätsstudien wurden im Sommersemester 1926 mit dem Rigorosum aus älterer deutscher Sprache, deutscher Volks- und Altertumskunde sowie aus den historischen Hilfswissenschaften mit Auszeichnung und der Promotion zum Doktor der Philosophie abgeschlossen, im Jahr darauf mit den Staatsprüfungen für das Lehramt an höheren Schulen aus Deutsch, Geschichte und Geographie. Sein Lehrer Erich Gierach, der ihn bereits 1924 als Mitarbeiter für die siedlungs- und hauskundlichen Abschnitte der Heimatkunde des Bezirkes Friedland gewonnen hatte, berief Schier zum 1. August 1926 als Assistent an die Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung nach Reichenberg. Doch war diese Stelle als Lebensgrundlage zu schmal und unsicher, vor allem war sie dem wissenschaftlichen Format des jungen Forschers zu eng und die dortige Tätigkeit für seine ausgreifenden Pläne zu hemmend, so daß er schon nach Jahresfrist zur Aufgabe dieser Stelle entschlossen war. Durch meine Berufung zum definitiven Professor an die höhere Staatsgewerbeschule (Polytechnikum) in Reichenberg wurde die Assistentenstelle am Seminar für deutsche Philologie der Deutschen Universität in Prag frei, die Schier zum 1. November 1927 auf Vorschlag Professor Gierachs erhielt und die er bis 1934 innehatte. Damit war ihm die Möglichkeit zu voller Entfaltung gegeben. Er bereitete seine Habilitation vor, erreichte 1931 die venia legendi für „Ältere deutsche Sprache, deutsche Volkskunde und Altertumskunde" und hielt 1932 bis 1934 als Privatdozent Vorlesungen und Übungen aus dem Gebiet dieser Fächer ab. In dieser Zeit entwarf er die Grundrisse seiner künftigen wissenschaftlichen Arbeit und schuf den Unterbau dafür, wobei sein Studienaufenthalt 1929 in Leipzig die entscheidende Wendung zur kulturgeographischen Richtung brachte.

Die Verehelichung mit Dr. Hilde Kirschnek, der Tochter eines Egerer Baumeisters, brachte ihn in unmittelbare Verbindung mit dem Egerland und seinem hochentwickelten Fachwerkbau. Nach einigen Vorberichten[3] haben wir noch den Druck der weitgehend vorbereiteten Gesamtdarstellung des Egerländer Bauernhofes zu erwarten.

Am 1. Mai 1934 wurde Schier mit der Vertretung der Lehrstelle von Professor Karg an der Universität Leipzig betraut und am 1. November 1934 mit rückwirkender Kraft zum planmäßigen ao. Professor der deutschen Volks- und Altertumskunde an der Universität Leipzig ernannt. In seiner Antrittsvorlesung über „Die Grundlagen der deutschen Volkskultur" zeichnete er die Grundlinien seiner volkskundlichen Lehre und in Vorlesungen und Übungen arbeitete er in den folgenden Semestern den Ge-

[3] Von der bäuerlichen Baukunst des Egerlandes. In: Vom deutschen Bauernhof. Hg. von Erich Kulke, München 1939, S. 114—120.
Johann Georg Fischer, ein Meister des Egerländer Fachwerkbaues. In: Volkswerk 1941, S. 123—143.

samtbereich der mitteleuropäischen Volkskunde durch. Nach Ablehnung eines Rufes an die Universität Königsberg wurde er am 1. April 1939 zum Ordinarius und anschließend zum ordentlichen Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften ernannt.

Einen nachhaltigen wissenschaftlichen Gewinn erbrachte sein Wirken als Gastprofessor an der Slowakischen Universität in Preßburg von 1940 bis 1944. Er lernte nun die slowakische Volkskultur aus unmittelbarer Anschauung kennen, deren Aufbau er dann in ihren räumlichen und zeitlichen Gliederungen und Schichtungen ausgezeichnet darstellte. Von den Wanderungen brachte er auch ein sehr instruktives Bildmaterial mit.

Auf die in jeder Weise fruchtbaren, man kann sagen glücklichen Jahre in der Slowakei folgten in jähem Wechsel 1945 schwere Jahre äußerer und innerer Not. Das Fach Volkskunde wurde von der sowjetischen Militärregierung an den Universitäten der Ostzone gestrichen. Damit verlor Schier seine Professur an der Universität Leipzig. Eine wissenschaftliche Nothilfe erbrachte die Verbindung zum Hermelin-Verlag von Dr. Paul Schöps, der wir eine Reihe von Arbeiten auf dem Gebiete des Pelzwesens und der Trachtenkunde verdanken. Schließlich stellte sich Schier auf Slawistik um, er erhielt zum 1. Oktober 1948 an der Universität Halle einen Lehrauftrag für westslawische Philologie, der im Sommersemester 1949 in eine Planstelle umgewandelt wurde. Doch bereits im Sommer 1949 wurde Schier auf eine Gastprofessur für vergleichende Volkskunde nach Marburg/Lahn berufen. Freilich war die materielle Fundierung dieses Auftrages sehr schmal. So trat er zum 1. April 1950 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das J. G. Herder-Institut in Marburg ein, zu dessen Mitbegründern er gehörte. Schier war hier wieder in einer ähnlichen Situation wie zu Beginn seiner Laufbahn in der Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung in Reichenberg 1926/27, wenn auch auf höherer Ebene. Es konnten ihm damals weder das Herder-Institut noch die Universität Marburg Aufstiegsmöglichkeiten bieten. So folgte er einem Ruf an die Universität Münster in Westfalen, wo ihm zunächst zum 1. Oktober 1951 ein Lehrauftrag für „Deutsche Volkskunde mit besonderer Berücksichtigung des ostdeutschen Volkstums" erteilt wurde, dem nach Jahresfrist die Errichtung eines a.o. Lehrstuhles für „Deutsche und vergleichende Volkskunde" und die Ernennung Schiers zum persönlichen Ordinarius auf diesem Lehrstuhl folgte. Im Auftrag der Provinzialverwaltung übernahm er in Verbindung mit Professor Dr. Foerste auch die Leitung der „Volkskundlichen Kommission" für Westfalen. Seit 1955 baute er das „Volkskundliche Seminar" der Universität Münster auf, das nach seiner Übersiedlung in die neuen großen Räume am Domplatz 23 zusammen mit der Volkskundlichen Kommission nun als eines der größten volkskundlichen Institute Deutschlands gelten kann. Der Vorsitz des Arbeitskreises für Hausforschung[4] er-

[4] Zehn Jahre Arbeitskreis für deutsche Hausforschung (1949—1959). Stuttgart 1959, 12 Seiten.

weiterte das Tätigkeitsfeld und der 1955 entwickelte „Plan eines westfälischen Freilichtmuseums"[5] rückte eine große Zukunftsaufgabe näher.

Von der so gewonnenen Höhe aus kann nun versucht werden, eine Überschau über die bisherige wissenschaftliche Leistung des Jubilars zu geben.

Mit dem Namen Bruno Schier verbindet sich in der Fachwelt vor allem das Gebiet der Hausforschung. In der Tat bildet „das Haus" ein zentrales Thema seiner wissenschaftlichen Arbeit, freilich nicht dieses Objekt um seiner selbst willen, sondern als ein besonders aussagekräftiges kulturkundliches Denkmal. Hausformen sind ihm Leitformen für die Erkenntnis von Kulturschichten und Kulturbewegungen, für die Bestimmungen des kulturmorphologischen Aufbaues unserer europäischen Volkskulturen. Das östliche Mitteleuropa steht dabei im Mittelpunkt des Forschungsbereiches.

Den ersten Ansatz bildete das Anschauungsmaterial der engeren Heimat. Schon in der Prager Studienzeit erschien 1924 ein kleiner Aufsatz über „Das deutsche Bauernhaus Ostböhmens"[6] und im gleichen Jahr eine Untersuchung des riesengebirgischen Wortes „Baude"[7], die den Anfang der philologischen Unterbauung seiner Hausforschung bildete, wobei die deutsch-slawischen Lehnbeziehungen eine bedeutsame Rolle spielen. Erich Gierach zog nun schon den Studenten als Mitarbeiter seiner heimatkundlichen Unternehmungen in Nordböhmen heran und beauftragte ihn mit der siedlungskundlichen Aufnahme des Bezirkes Friedland. Forschung im Gelände verband sich mit der Durcharbeitung archivalischer Quellen und noch Ende des Jahres 1924 wurde der Abschnitt „Haus und Hausrat" für die Friedländer Heimatkunde fertiggestellt, dem bald der Teil „Flur und Siedlung" folgte[8]. 1928 entstand der Entwurf „Der volkstümliche Wohnbau" für die Heimatkunde des Bezirkes Reichenberg[9]), der sich zu einer Geschichte des nordböhmisch-lausitzischen Hauses ausweitete.

Von außerordentlicher Bedeutung für die weitere wissenschaftliche Entwicklung des jungen Forschers wurde die Bekanntschaft mit dem Lebenswerke Karl Rhamms und die Hinwendung zur kulturgeographischen For-

---

[5] Der Plan eines westfälischen Freilichtmuseums. Zeitschrift für Volkskunde 52 (1955) S. 239—245.
Volkskundliche Aufgaben des westfälischen Landesmuseums. Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde 1 (1954) S. 184—190.

[6] Das deutsche Bauernhaus Ostböhmens. In: Das Riesengebirge und sein Vorland. Hg. von Karl Schneider, Wien 1924, S. 47—54.

[7] Das Wort „Baude". In: Jahrbuch des Riesengebirgsvereins 1924, S. 72—92.

[8] Flur und Siedlung. In: Heimatkunde des Bezirks Friedland in Böhmen, Allgemeiner Teil II, Heft 2—3, S. 61—228, Friedland 1927.
Haus und Hausrat. In: Heimatkunde des Bezirkes Friedland in Böhmen. Allgemeiner Teil II, Heft 4—5 S. 229—392, Friedland 1929.

[9] Der volkstümliche Wohnbau. In: Heimatkunde des Bezirkes Reichenberg in Böhmen II. Band, 3. Heft, S. 221—310, Reichenberg 1932.

schungsmethode, die damals besonders in dem Buche von H. Aubin, Th. Frings und J. Müller „Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden. Geschichte, Sprache, Volkskunde" Bonn 1926, eine eindrucksvolle, beispielhafte Darstellung gefunden hatte und in Leipzig gepflegt wurde, wo Schier bei einem Studienaufenthalt 1929 mit den Trägern dieser Forschungsrichtung in unmittelbare Berührung kam. Dabei ging ihm die Bedeutung der Hausformen für solche Untersuchungen auf. Der Titel seiner Habilitationsschrift „Hauslandschaften und Kulturbewegungen im östlichen Mitteleuropa"[10] weist deutlich auf jene Bonner Arbeit; ebenso das Leipziger Sammelwerk „Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten" von W. Ebert, Th. Frings, K. Gleissner, R. Kötzschke, G. Streitberg, das 1936 in zwei Bänden erschien. Die breite Grundlage für Schiers Arbeit lieferte das von Karl Rhamm auf zahlreichen Wanderungen im germanisch-slawischen Bereich aufgebrachte Material, dessen Erbe Schier nach einem ersten Versuch durch Viktor von Geramb erst für die Foschung unter den neuen methodischen Gesichtspunkten aufschloß. Schier hat jüngst in einem Gedenkartikel zum 50. Todestag von Karl Rhamm[11] Wesen und Leistung dieses Forschers und seine Darstellungsart geschildert und dabei das Werden seines eigenen wissenschaftlichen Werkes „auf den Schultern von Karl Rhamm" dargestellt, worauf wir hier verweisen können. Schier sagt dort (S. 9 f.) zusammenfassend:

„Auf meinen Arbeiten zum nordböhmischen Bauernhause aufbauend, begann ich selbst Mitte der zwanziger Jahre die Hausforschung im Geiste Rhamms zu pflegen und deutete zunächst in zwei Aufsätzen über ‚Steilgiebel und Vollwalm' und ‚Deutsch-slawische Kulturüberschichtungen am Bauernhaus der Sudeten- und Karpatenländer' die Grundlinien einer hauskundlichen Kulturmorphologie der Sudetenländer und des mittleren Ostdeutschland an[12]. In dem Buche ‚Hauslandschaften und Kulturbewegungen im östlichen Mitteleuropa', Reichenberg 1932, hatte ich Gelegenheit, diese kulturmorphologische Fragestellung auf alle Teilbereiche der bäuerlichen Wohn- und Wirtschaftskultur anzuwenden, sie in der breiten Übergangszone zwischen Mittel- und Osteuropa zu erproben und besonders an Beispielen aus dem klassischen Gebiet deutsch-slawischer Kulturüberschich-

---

[10] Hauslandschaften und Kulturbewegungen im östlichen Mitteleuropa = Beiträge zur sudetendeutschen Volkskunde, Bd. 21, Reichenberg 1932, 456 Seiten, 38 Abbildungen auf Tafeln, 12 Skizzen im Text, 8 Karten.

[11] Karl Rhamm (1842—1911), Wegbereiter der vergleichenden Hausforschung. Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde 9 (1962) Sonderdruck S. 1—18.

[12] Steilgiebel, Vollwalm und „Käulende" am Bauernhaus der Sudeten- und Karpatenländer. Sudetendeutsche Zeitschrift für Volkskunde (1928) S. 144—155.
Deutsch-slawische Kulturüberschichtungen am Bauernhaus der Sudeten- und Karpatenländer. In: Slawische Forschungen, Festschrift für Franz Spina. = Veröffentlichungen der Slawistischen Arbeitsgemeinschaft in Prag, 5. Bd., Reichenberg 1929, S. 82—97.

tungen, den Sudetenländern, zu erhärten. Ich gelangte dabei zur Abgrenzung eines westgermanisch-deutschen Kulturkreises in Mitteleuropa von einem nordgermanisch-ingwäonischen, bzw. ostgermanisch-slawischen Kulturkreise in Skandinavien, Osteuropa und den Alpenländern. Fast in allen Hausmerkmalen gehen diese Kulturkreise getrennte Wege. Während im Zeitalter der Völkerwanderung ein nordgermanisch-ingwäonischer Kulturstrom nach Niederdeutschland und ein ostgermanisch-slawischer in die Alpenländer geflossen sein muß, verlaufen seit Beginn der deutschen Ostsiedlung im östlichen Mitteleuropa fast alle Kulturbahnen in west-östlicher Richtung. Vor allem diesem Ostzuge der deutschen Hausmerkmale ist es zu danken, daß die abendländische Kulturgrenze 200 bis 300 km östlich der alten deutschen Sprachgrenze verläuft."

Der Beitrag „Das deutsche Haus" für die deutsche Volkskunde von Adolf Spamer[13] gibt nach dem ersten großen Wurf der Habilitationsschrift eine zusammenfassende Übersicht. Sie zeigt die Mannigfaltigkeit unserer Hausformen auf — es ist eine Karte der Hausformen nach A. Haberlandt beigegeben — und erklärt sie entwicklungsgeschichtlich und kulturgeographisch aus ihren vorgeschichtlichen Wurzeln und ihrer räumlichen Ausbreitung. Dem Rhamm-Artikel ist eine vereinfachte Karte beigegeben: Die Hausgebiete Mitteleuropas, gegliedert nach Zwiehofanlagen (nordgerm.-ingwäonisch und ostgerm.-slawisch), Wohnstallhäusern (westger.-deutsch) und Gehöftanlagen (mitteldeutsch). Kennzeichnend für Schiers Forschungsrichtung und wissenschaftliche Thesen sind die Sätze zur Erklärung der Karte:

„So gewährt uns die Karte der deutschen Hausformen ein Bild der deutschen Kulturentwicklung überhaupt: Der westgermanische Grundstock der deutschen Kultur wurde an seinem Nord-, Ost- und Südrand von den Nachwirkungen nordgermanisch-ingwäonischer und ostgermanisch-slawischer Kulturspuren umgestaltet und in seinem Innern durch das Aufkommen und erfolgreiche Vordringen mitteldeutscher Neuformen bereichert. Nur in Nordwestdeutschland und dem nördlichen Alpenvorland sind westgermanische Altformen liegen geblieben und haben zu der bereits von Wilhelm H. Riehl bemerkten volkskundlichen Verwandtschaft der niederdeutschen Tiefebene und der schwäbisch-bayrischen Hochfläche geführt."

So ist, nach Schiers Worten, „auf dem Unterbau Rhamms ein philologisch-historisch-geographisches Gesamtbild des deutschen Hauses entstanden, das in seinen Grundzügen der Überprüfung durch die neuere Forschung standgehalten hat."

Während Karl Rhamm sich ausschließlich mit Gegenständen der Sachvolkskunde befaßte, versuchte Schier die aus der Siedlungs- und Hausforschung gewonnenen Thesen auch an einem Beispiel aus der geistigen

[13] Das deutsche Haus. In: Die deutsche Volkskunde. Hg. von Adolf Spamer, 1. Band, Leipzig 1934, S. 477—534.

Volksüberlieferung zu erproben und wählte dafür die Erzählung von Schrätel und Wasserbären[14].

Spezielle Untersuchungen nach den gleichen Methoden widmete Schier der Speicherfrage[15] und besonders der Bienenwohnung[16] als „einem vorzüglichen Mittel zur kulturgeographischen Gliederung des deutschen Volksbodens." Die Materialgrundlage bildeten die Arbeiten von Ludwig Armbruster und die Antworten zu Frage 194 des Atlas der deutschen Volkskunde.

Das Haus steht im engen Zusammenhang mit dem Siedlungswesen, ein Thema, das wie Rhamm auch Schier immer wieder bewegte. Nach den erwähnten siedlungskundlichen Arbeiten in Nordböhmen begann er bereits 1932 „zur Korrektur und Fortführung Rhammscher Gedanken" die Untersuchung „Skandinavisch-englisch-deutsche Kulturverflechtung im Bereiche des Flurwesens", die jetzt nach 30 Jahren erschienen ist[17]. Es geht hier um die „Ingwäonenfrage", die ihn 1932 auf eine Studienreise durch die Siedlungsgebiete der Ingwäonen, d. i. der Nordseegermanen, geführt hatte. Schier vertritt die These, daß diese Germanen „proximi Oceano" in ihrer Volkskultur ein organisches Gemisch nord- und südgermanischer Kulturmerkmale aufweisen, daß sich diese „Ingwäonismen" durch Wanderung von Stammesteilen (der nordelbischen Sachsen, Friesen, Angeln, Warnen) und durch selbständige Kulturstrahlung ausgebreitet haben. „Auf diese Weise wurde ganz Niedersachsen einschließlich des alten Nordthüringgaues mit volkskundlichen Ingwäonismen durchsetzt."

In einigen Aufsätzen und Vorträgen behandelt Schier das germanische Erbe im deutschen Siedlungswesen[18], den deutschen Einfluß auf die tschechischen Flur- und Siedlungsformen[19] und widmet eine Sonderuntersuchung der Herkunft des goralisch-walachischen Reihendorfes[20])

---

[14] Die Sage vom Schrätel und Wasserbären. Mitteldeutsche Blätter für Volkskunde 10 (1935) S. 164—180.

[15] Zur Lösung der Speicherfrage. In: Volkskunde-Arbeit. Otto Lauffer zum 60. Geburtstage. Berlin 1934, S. 133—157.

[16] Der Bienenstand in Mitteleuropa. In: Volkstumsgeographische Forschungen, 2. Band, Leipzig 1939. VIII u. 98 Seiten mit 69 Abbildungen und Karten.
Úl ako zdroj národopisného výskumu. In: Národopisný sborník Matice Slovenskej 2 (1941) S. 72—85.
Die historische Bienenkunde im Dienste der Volksforschung. Zeitschrift für Volkskunde 54 (1958) S. 131—139.

[17] Skandinavisch-englisch-deutsche Kulturverflechtungen im Bereiche des Flurwesens. Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde 10 (1963).

[18] Siedlung und Hausbau. In: Das germanische Erbe in der deutschen Volkskultur. Hg. von Ernst Otto Thiele. München 1939, S. 57—83.
Uber die Zusammenarbeit der vorgeschichtlichen und volkskundlichen Hausforschung. Zeitschrift für Volkskunde 51 (1954) S. 3—16.

[19] Flur, Siedlung und Hausbau in Böhmen und Mähren. In: Das Böhmen- und Mährenbuch. Hg. von Friedrich Heiß, Prag 1943; S. 299—314.
Der deutsche Einfluß auf die tschechischen Flur- und Siedlungsformen: In: Wissen-

Schon 1933 hatte er das Bauernhaus der Slowakei behandelt als „Beitrag zur Kulturgeographie des östlichen Mitteleuropa“[21]. Die fast vierjährige Gastprofessur in Preßburg, die Forschungsfahrten mit seinen slowakischen Studenten ließen ihn tief in das Wesen der vielgestaltigen Volkskultur dieses reizvollen Landes eindringen.

Hatte er sich schon als Gymnasiast mit dem Weihnachtsspiel des Riesengebirges befaßt, so stieß er hier in der Slowakei mit ihrem altartigen Hirtenwesen auf ein Hirtenspiel, das sich aus deutschen Entwicklungsantrieben des 16. bis 18. Jahrhunderts zu so kraftvoller Eigenart entwickelt hatte, daß es in z. T. wörtlichen Übersetzungen von Hannaken und Polen, von Magyaren und Sprachinseldeutschen übernommen wurde. So entstand hier ein Spielkreis, der entlang der Karpaten Angehörige von fünf Nachbarvölkern umfaßte[22].

Eine Zusammenfassung der Studien zur slowakischen Volkskunde erschien 1945 in den Schriften der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und Künste, einen Auszug daraus bot in deutscher Sprache die Abhandlung „Aufbau der slowakischen Volkskultur“[23]. Die natürlichen, zeitlichen und räumlichen Schichten im slowakischen Volkstum werden an kennzeichnenden Beispielen aus der sachlichen, sprachlichen und geistigen Volkskultur aufgezeigt und ihre Zuordnung zu den übervolklichen Kulturräumen in Mitteleuropa durchgeführt, wobei das reizvolle Ineinanderspiel östlicher und westlicher Elemente hervortritt.

Die Einladung zu dem Kongreß „Tracht und Schmuck im nordischen Raum“ in Lübeck 1937 erbrachte mit dem Vortrag „Vorgeschichtliche Elemente in den europäischen Volkstrachten“[24] einen neuen Ausgriff auf trachtenkundliches Gebiet, dem dann ein Jahrzehnt später in der Leipziger Notzeit die Arbeiten für den Hermelin-Verlag folgten. Sie erschließen vor allem das Pelzwesen in altertumskundlicher Sicht in einer ganzen Reihe von Beiträgen[25]. Dem engeren Gebiet der Tracht ge-

---

schaft im Volkstumskampf. Festschrift Erich Gierach zu seinem 60. Geburtstage. Hg. von K. Oberdorffer, Br. Schier, W. Wostry, Reichenberg 1942, S. 211—232.

[20] Die Herkunft des goralisch-walachischen Reihendorfes. Karpatenland 13 (1943) S. 24—31.

[21] Das Bauernhaus der Slowakei. Ein Beitrag zur Kulturgeographie des östlichen Mitteleuropa. Geographischer Jahresbericht aus Österreich 17 (1935) S. 27—51.

[22] Die Hirtenspiele des Karpatenraumes. = Volksforschung, Beihefte der Zeitschrift für Volkskunde, Band 4, Berlin 1943. 88 Seiten, 5 Abbildungen.

[23] Aufbau der slowakischen Volkskultur. Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 7 (1943) S. 227—260, 28 Abbildungen auf Tafeln.
Prípevky k slovenskému národopisu. = Editio Academiae scientiarum Slovacae, Bratislava 1945, 158 Seiten, 36 Abbildungen.
Räume und Schichten der slowakischen Volkskultur. Südosteuropa-Jahrbuch 6 (1962) S. 58—62.

[24] Vorgeschichtliche Elemente in den europäischen Volkstrachten. In: Tracht und Schmuck im nordischen Raum. Bd. 2. Leipzig 1938, S. 1—17.

[25] Von den Anfängen der deutsch-slawischen Zusammenarbeit im Bereiche des Pelzwesens. „Hermelin“, Fachzeitschrift für Pelzwesen, 16 (1946) S. 33—39.

hören die beiden Aufsätze „Die mittelalterlichen Anfänge der weiblichen Kopftrachten“[26] und „Der Hut als Spiegel der sozialen Stellung und seelischen Haltung seines Trägers“[27] an. Hier sind auch die Arbeiten über das Flechten[28] und über die Kunstblumenerzeugung von der Antike bis zur Gegenwart[29] anzuschließen. Gleichzeitig in Volkskunst und Kunstgewerbe wurzelnd und in den thüringisch-sächsischen Schnittpunkten französischer und italienisch-deutschböhmischer Einflüsse zu schönster Blüte entfaltet, stellt die Kunstblumenerzeugung einen besonders reizvollen Zweig des deutschen Gewerbelebens dar, der sich im friedlichen Wettstreit mit Frankreich eine beherrschende Stellung auf dem Weltmarkte eroberte. Die Kunstblumenerzeugung ist nicht nur durch ihre historisch bedingte Zusammenballung im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet, sondern auch durch ihre eigenartige Verbindung von manueller Heimarbeit und maschineller Fabrikserzeugung aufschlußreich. Am Beispiel der Kunstblumenerzeugung konnte Schier den allmählichen Aufstieg einer brauchtümlich bedingten Volkskunstübung zu einer beachtlichen Exportindustrie darstellen; er hat damit ein Vorbild für die Untersuchung ähnlicher Entwicklungen in anderen Zweigen von Hausfleiß, Heimarbeit und Kunstgewerbe aufgestellt.

Die Namen des Kürschners. = Technologisches Pelzfachwörterbuch. Heft 4, Leipzig 1949, 32 Seiten.
Zur Wort- und Sachgeschichte des „Felleisens“. „Hermelin“ 19 (1949) S. 30.
Zur Wort- und Sachgeschichte der „Wildschur“. „Hermelin“ 20 (1950) S. 13—16.
Pelze und Stoffe als Zahlungsmittel in alter Zeit. Paul-Braunes Beiträge zur Geschichte der deutschen Sprache 72 (1950) S. 301—314.
Zur Geschichte des Wortes „Rauchware“. = Technologisches Pelzfachwörterbuch, Heft 6, Leipzig 1950, 12 Seiten.
Wege und Formen des ältesten Pelzhandels in Europa. Frankfurt a. M. 1951, 78 Seiten, 2 Karten, 2 Abbildungen.
Pelze in altertumskundlicher Sicht. Frankfurt a. M. 1951, 64 Seiten, 4 Abbildungen.
Ein Pelzmantel der frühen Eisenzeit. In: Das Pelzgewerbe 1951, Heft 4, S. 6—7.
Zur Namen- und Sachgeschichte des Kleidungsstückes Palatin. In: Das Pelzgewerbe 1952, Heft 6, S. 4—8.

[26] Die mittelalterlichen Anfänge der weiblichen Kopftrachten im Spiegel des mittelhochdeutschen Schrifttums. In: Beiträge zur sprachlichen Volksüberlieferung. Festschrift zum 65. Geburtstage Adolf Spamers. Berlin 1953, S. 141—155.

[27] Der Hut als Spiegel der sozialen Stellung und seelischen Haltung seines Trägers. Zeitschrift für Volkskunde 50 (1953) S. 261—270.

[28] Das Flechten im Lichte der historischen Volkskunde. Frankfurt a. M. 1951, 48 Seiten, 12 Abbildungen.

[29] Die Kunstblume von der Antike bis zur Gegenwart. Geschichte und Eigenart eines volkstümlichen Kunstgewerbes. Berlin 1957, mit 6 Bildtafeln. 208 Seiten.
Goethe als Freund der Kunstblumenerzeugung. Hessische Blätter für Volkskunde 42 (1952) S. 63—70.
Die Kunstblumenerzeugung im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet. Ostdeutsche Wissenschaft, Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates 1 (1954) S. 245—254.
Die Kunstblumenerzeugung in der Antike. In: Zeitschrift „Das Altertum“ 1 (1955) S. 108—116.

Aus dem Gebiet der Namenforschung ist auf die 1925 vorgetragene Erklärung des tschechischen Namens des Riesengebirges als „Knieholzberg" zu verweisen[30]; in seinen Arbeiten zur Haus- und Siedlungsforschung Nordböhmens hat Schier mehr als tausend Flur- und Ortsnamen aus dem Gelände und der geschichtlichen Überlieferung in den Dienst der historischen Volkskunde gestellt. Beispiele, wie Ortsnamen und Hausformen einander geschichtlich erhellen können, bringt ein Aufsatz von 1961[31]. Auf viele andere Bereiche der Volkskunde übertragen, sollen die dabei gewonnenen sachlichen und methodischen Erkenntnisse in dem geplanten Buche „Ortsnamen als Quellen der historischen Volkskunde" ihren Niederschlag finden, dessen Manuskript bereits weitgehend gefördert ist.

Neben diesen konkreten Beiträgen zu vielen Teilgebieten der sachlichen und geistigen Volkskunde hat sich Schier in zahlreichen Vorträgen sowie einleitenden Bemerkungen zu Büchern und Aufsätzen auch über methodische Grundfragen der volkskundlichen Wissenschaft geäußert; zusammenfassend ist dies zuletzt in dem Aufsatz „Zur Stellung der Volkskunde im Wissenschaftsgefüge unserer Zeit" geschehen.[32]

Als Zusammenfassung seiner bisherigen Lebensarbeit schweben dem Jubilar zwei Werke über „West und Ost in den Volkskulturen Mitteleuropas" und „Aufbau der deutschen Volkskultur" vor. Obwohl über das erste Thema bereits seit Jahren ein umfangreiches Manuskript vorliegt, konnte dieser Gegenstand bislang nur in mehreren Lichtbildvorträgen behandelt werden; ein in Druck befindlicher Aufsatz über den „Kulturwandel volkskundlicher Erscheinungen in der deutsch-slawischen Kontaktzone" wird einen ersten Einblick in dieses Schicksalsthema des östlichen Mitteleuropa bieten. Unter das Hauptthema „Aufbau der deutschen Volkskultur" hat unser Jubilar seit seiner Studentenzeit alle seine Beiträge zur deutschen und vergleichenden Volkskunde gestellt; gestützt auf diese jahrzehntelange Vorbereitungsarbeit, ist es seine feste Absicht, das Manuskript dieser historisch-geographischen Strukturanalyse der deutschen Volkskultur im Zenit seines Lebens abzuschließen und dadurch der kommenden Generation eine Grundlage für weitere Forschungen zu bieten.

Bruno Schier war bzw. ist Herausgeber bzw. Mitherausgeber folgender Zeitschriften: Mitteldeutsche Blätter für Volkskunde, Leipzig 1934 bis 1945. Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Leipzig 1937

---

[30] Der tschechische Name des Riesengebirges. In: Jahrbuch des Riesengebirgsvereins 1925, S. 147—165.
Der tschechische Name des Riesengebirges. Zeitschrift für Ortsnamenforschung 2 (1926) S. 61—65.

[31] Ortsnamen und Hausformen der deutsch-slawischen Kontaktzone in wechselseitiger Erhellung. In: Festschrift Ernst Schwarz. Jahrbuch für fränkische Landesforschung 21 (1961) S. 359—389.

[32] Zeitschrift für Volkskunde 55 (1959) S. 1—10; vgl. auch „Vom Aufbau der deutschen Volkskultur". Zeitschr. für deutsche Geisteswissenschaft 2 (1939) S. 332—348.

bis 1945. Volksforschung in Böhmen und Mähren, Prag 1940—1945. Zeitschrift für Volkskunde, Stuttgart 1953 ff. Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde, Bonn und Münster 1945 ff.

Die wissenschaftliche Leistung fand Anerkennung durch die Verleihung der Mitgliedschaft in wissenschaftlichen Gesellschaften, von denen als die wichtigsten genannt seien: Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig, Kommission für sächsische Geschichte in Dresden, Slowakische Akademie der Wissenschaften und Slowakische sprachwissenschaftliche Gesellschaft in Bratislava/Preßburg, Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag, Johann Gottfried Herder-Forschungsrat in Marburg/Lahn, Historische Kommission für die Sudetenländer und Collegium Carolinum in München, Volkskundliche Kommission für Westfalen, Arbeitskreis für deutsche Hausforschung, Kommission für Volkskunde der Heimatvertriebenen u. a.

Wir konnten hier nur die wichtigsten Züge in der Entfaltung des wissenschaftlichen Werkes unseres Jubilars hervorheben. Die in den Fußnoten vermerkten Schrifttumshinweise bringen nur eine Auswahl aus der reichen publizistischen Tätigkeit in seinen Forschungsbereichen. Eine Gesamtbibliographie würde außerdem noch eine Reihe von Seitenzweigen seines Schaffens aufzeigen, doch wäre sie verfrüht, da noch einige zusammenfassende Arbeiten, deren Manuskripte weitgehend vorbereitet sind und der Vollendung und Veröffentlichung harren, die Krönung seines Lebenswerkes bringen sollen.

So entbieten wir dem Jubilar bei seinem Eintritt in das siebente Lebensjahrzehnt in herzlicher Freundschaft unsere besten Glückwünsche. Möge es ihm und unserer Wissenschaft gegönnt sein, daß er in Gesundheit und Schaffenskraft den monumentalen Bau vollendet.

München Josef Hanika

Erich Gierach — zum Gedenken

23. 11. 1881 — 16. 12. 1943

Wie August Naegle (1869—1932), der furchtlose Rektor der Prager Carolo-Ferdinandea während der Schicksalsjahre 1918—1920, nicht in Böhmen geboren wurde, so hat auch Erich Gierach nicht hier das Licht der Welt erblickt; und doch ist er wie Naegle einer der unerschrockensten Kämpfer für das Lebensrecht des deutschen Volkes und seiner hohen Schulen in Böhmen geworden. Während Naegle drei Jahre lang (1918—20, 1929/30) das höchste Amt der Universität bekleidete, blieb Erich Gierach trotz zweimaligen Vorschlages in den Jahren 1932 und 1933 aus politischen Gründen die Rektorswürde versagt; doch hat auch er wie Naegle durch wissenschaftliche und organisatorische Leistungen seinen Namen mit unaustilgbaren Zügen in die

Geschichte der deutschen Universität und des deutschen Volkes in Böhmen eingetragen.

Während August Naegle dem von Volkstumskämpfen kaum berührten deutschen Südwesten entstammt und erstmalig als Ordinarius im Jahre 1906 den heißumstrittenen Boden Böhmens betrat, wurde Erich Gierach am 23. November 1881 im nordostdeutschen Grenzlande zu Bromberg (Posen) geboren, von wo er jedoch schon im zarten Kindesalter mit seinen Eltern nach Reichenberg in Böhmen übersiedelte. Während Naegle die frohgemute Kontaktfähigkeit des südwestdeutschen Menschen besaß, war Gierach zeitlebens die herbe Verschlossenheit des Nordostdeutschen eigen, die meist nur im engsten Familien- und Freundeskreise ungezwungener Fröhlichkeit wich. Auf ihm lastete zeitlebens die Schwere des Grenzlandschicksals, das die Richtung seiner wissenschaftlichen Arbeit, seiner volksbildnerischen Tätigkeit und seines politischen Handelns entscheidend bestimmte.

Für die Entfaltung dieser Grenzlandgesinnung war Reichenberg ein besonders günstiger Nährboden. Im Gefolge der fortschreitenden Industrialisierung hatte sich diese gewerbefleißige und erwerbstüchtige Mittelstadt zu einem beachtlichen Zentrum der deutschböhmischen Wirtschaftskraft und damit auch zu einem Angriffsziel der Tschechen wie zu einem Bollwerke des deutschen Abwehrkampfes entwickelt. Der Beruf des Vaters als technischer Leiter der „Deutschen Volkszeitung", welche vor allem in den neunziger Jahren oft mit Zensurschwierigkeiten zu kämpfen hatte, ließ ihn ebenso wie seine Mitarbeit in der „Deutschen Jungmannschaft" schon während der Schulzeit politisch hellhörig werden. Sein Wissen um die Sprachen- und Völkergeschichte im böhmischen Raum wurde seit der Jahrhundertwende durch ein vierjähriges Studium der Germanistik, Romanistik und Geschichte an der Carolo-Ferdinandea in Prag bereichert, das ihm als heiß umkämpfte Hauptstadt des Landes gleichzeitig eine lebendige Anschauung von dem politischen und kulturellen Ringen zweier Völker bot.

Gierach verließ die Prager Universität mit dem Zeugnis der Lehrbefähigung für höhere Schulen in den Fächern Deutsch und Französisch; seine beiden Staatsprüfungsarbeiten sind ausgezeichnete Leistungen und werden auch heute noch mit Gewinn benützt: „Zur Sprache von Eilharts Tristant", Prag 1908, und „Synkope und Lautabstufung im Altfranzösischen", Halle 1910. Die germanistische Arbeit wurde von seinem Lehrer Carl von Kraus gleichzeitig als Dissertation zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde angenommen. Als junger, umfassend gebildeter Studienrat beschränkte sich Gierach nicht nur auf seine Lehrtätigkeit in einer Reichenberger Schule, sondern er setzte seine Kulturarbeit in der „Deutschen Jungmannschaft" und in dem „Neuen deutschen Kulturbund für Österreich" fort, dessen Reichenberger Ortsgruppe er seit 1912 leitete. In den bewährten Bahnen seines Prager Lehrers Carl von Kraus weiterschreitend, begann Gierach gleichzeitig mit der textkritischen Neubearbeitung des „Armen Heinrich" des Hartmann von Aue; über seine gründlichen „Untersuchungen

zum Armen Heinrich", die im 54. und 55. Band der „Zeitschrift für deutsches Altertum" (Berlin 1913—1917) erschienen sind, gelangte er zu der neuen Ausgabe (Heidelberg 1913) des Werkes, die auch heute noch als eine Meisterleistung mittelhochdeutscher Editionstechnik gilt. Diese Arbeiten zum Armen Heinrich waren als Habilitationsschrift geplant; zu den weiteren Habilitationsschritten kam es allerdings nicht, da inzwischen der Weltkrieg ausgebrochen war, welcher Gierach als Offizier an die Ostfront und schließlich zu dreieinhalbjähriger Kriegsgefangenschaft nach Sibirien führte, wo er als Leiter einer philologisch-historischen Arbeitsgemeinschaft den seelischen Halt für zahlreiche Schicksalsgefährten bedeutete.

Als Gierach im Jahre 1919 aus Sibirien heimkehrte, fand er seine deutschböhmische Wahlheimat militärisch besetzt und politisch geknechtet vor. Während weite Kreise in Ratlosigkeit und Verzweiflung verharrten, sammelte Gierach eine Schar Gleichgesinnter um sich, die eine politische Einigung und Befreiung des Sudetendeutschtums durch die Forderung nach dem versprochenen, aber vorenthaltenen Selbstbestimmungsrecht anstrebten. In diesem Kampf, der nur mit geistigen Waffen geführt werden konnte, verteidigte Gierach in mehreren wissenschaftlichen Flugschriften unerschrocken das Heimatrecht der Sudetendeutschen gegenüber den Ansprüchen des tschechischen Imperialismus; vor allem enthält sein „Katechismus für das deutsche Volk in Böhmen" (1. Aufl. Reichenberg 1919), der seit der 7. Auflage (Leipzig 1938) die umfassendere Bezeichnung „Sudetendeutscher Katechismus" trug, alle wesentlichen Daten aus Geschichte, Kultur und Wirtschaft des Sudetendeutschtums in so glänzender und einprägsamer Fassung, daß diese kleine Schrift ein Grundwerk der sudetendeutschen Volksbildung wurde. Der politischen Propagandalüge vom jungen Kolonisten- und Emigrantentum der Sudetendeutschen trat er mit dem Aufbau einer volksgeschichtlich ausgerichteten Heimatforschung entgegen, deren Ergebnisse er in das gesamte Erziehungswesen der Sudetendeutschen einbaute.

Diese Volksbildungsarbeit größten Umfanges wurde auf eine noch höhere Plattform emporgehoben, als Gierach im Jahre 1921 nach dem Ausscheiden von Prof. Dr. Primus Lessiak einem Ruf auf den Lehrstuhl für ältere deutsche Sprache und Literatur an der Deutschen Universität in Prag folgte. Gierach zog in den Kreis der Lehrenden an der alma mater Pragensis zu einem Zeitpunkte ein, da diese älteste Universität Mitteleuropas als höchste Erziehungsstätte des heimattreuen Sudetendeutschtums den stärksten Angriffen der Tschechen ausgesetzt war. Als ein würdiger Mitstreiter August Naegles konnte Gierach innerhalb der Philosophischen Fakultät sehr bald einen großen Kreis gleichgesinnter Philologen und Historiker um sich scharen, die sich gleich ihm mit der Verstärkung der wissenschaftlichen Abwehrmittel und Verteidigungskräfte des Sudetendeutschtums befaßten. Mit ihrer Hilfe gründete er in Prag und Reichenberg jene großen wissenschaftlichen und volksbildnerischen Einrichtungen, die zu weithin anerkannten Mittelpunkten der deutschen Volksforschung in Böhmen wurden.

Dabei konnte in einigen Fällen an schon Vorhandenes angeknüpft, meistens aber mußte von Grund auf Neues geschaffen werden. Da die keltische und germanische Vorbesiedlung Böhmens durch die Bojer und Markomannen ein wichtiges Argument bei der Abwehr des tschechischen Alleinanspruches auf Böhmen darstellt, mußte für die Entfaltung der Vorgeschichte, die bei den Tschechen schon seit mehr als einem Menschenalter erfolgreich betrieben wurde, auf deutscher Seite erst ein brauchbares Fundament gelegt werden. Auf Antrag Gierachs wurde daher an der Deutschen Universität im Jahre 1928 ein Lehrstuhl für Vor- und Frühgeschichte begründet und mit dem Wiener Prähistoriker Leonhard Franz besetzt. Um der jungen Wissenschaft den notwendigen Widerhall im Volke zu sichern, rief Gierach gemeinsam mit Helmut Preidel bereits im Jahre 1925 die „Deutsche Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte" ins Leben, welche der prähistorischen Forschung in den Sudetenländern durch die Herausgabe der Zeitschrift „Sudeta" (seit 1925) und einer „Vorgeschichtlichen Reihe" (seit 1926) großen Auftrieb verlieh. Zwar wurden die Mundarten sowie die Orts- und Flurnamen der Sudetenländer schon seit mehr als einem Menschenalter mit steigendem Erfolg untersucht, aber erst seit der Begründung zentraler Arbeitsstellen, wie der Wörterbuchkanzlei und der Flurnamenstelle in Prag, welche von Ernst Schwarz vorbildlich geleitet wurden, kann von einer planmäßigen Bestellung dieser Arbeitsfelder die Rede sein. Zur Veröffentlichung der dialektologischen Arbeiten wurden die von Hans Lambel 1899 begründeten „Beiträge zur Kenntnis der sudetendeutschen Mundarten" fortgeführt. Für die Untersuchungen seiner Schüler zur alten Sprach- und Literaturgeschichte fand Gierach die von August Sauer begründete Reihe der „Prager Studien" vor, deren Hefte 27—48 er in den Jahren 1921—1940 betreute. Im Rahmen der „Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag", die er um die Kommissionen für Vorgeschichte und Heimatkunde erweitert hatte, gab er gemeinsam mit Ernst Schwarz seit 1935 das „Sudetendeutsche Flurnamenbuch" in Einzelheften sowie drei Bände „Sudetendeutsche Lebensbilder" (Reichenberg 1926—1940) heraus, in denen sich der Reichtum des Sudetenlandes an führenden Persönlichkeiten eindrucksvoll spiegelt.

Konnte Gierach in Prag an vorhandene wissenschaftliche Einrichtungen anknüpfen, so mußten sie in Reichenberg vielfach erst geschaffen oder doch mit neuem Leben erfüllt werden. Hier beteiligte er sich seit 1906 mit zahlreichen Einzelarbeiten an der heimatkundlichen Feldforschung; sie sind zum größten Teil in den „Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde des Jeschken-Isergaues" erschienen, deren Schriftleitung von 1919—1936 (13.—30. Jahrgang) in seinen Händen lag. Zur Bekrönung dieser heimatlichen Forschungsarbeit gab Gierach in Verbindung mit örtlichen Fachkräften Neubearbeitungen der veralteten „Bezirkskunden" für Friedland (seit 1924), Reichenberg (seit 1930), Gablonz (seit 1932) und Deutsch-Gabel (seit 1934) heraus, von denen sich vor allem jene von Friedland und Reichenberg durch

die Mitarbeit führender Wissenschaftler von Prag und Breslau zu umfassenden Handbüchern des gesamten Heimatwissens entwickelten.

Diese heimatkundliche Tätigkeit fand ihren Mittelpunkt in der „Anstalt für Heimatforschung" in Reichenberg, deren Anfänge seit 1924 von der wiederbelebten „Deutschen wissenschaftlichen Gesellschaft in Reichenberg" getragen wurden, bis sie im Jahre 1939 als Körperschaft öffentlichen Rechts an die Gauselbstverwaltung überging. Diese Anstalt gab unter der Leitung Gierachs drei Zeitschriften heraus, welche als „Sudeta" (seit 1925), „Firgenwald" (seit 1928) und „Karpatenland" (seit 1928) für die vorgeschichtliche, naturwissenschaftliche und karpatenländische Heimatforschung besonders bedeutsam wurden. Außerdem betreute sie die „Forschungen zur sudetendeutschen Heimatkunde" (seit 1926), die „Sudetendeutschen Geschichtsquellen" (seit 1930), das „Sudetendeutsche Ortsnamenbuch" (seit 1932), die „Beiträge zur Kenntnis der sudetendeutschen Mundarten" (seit 1925) und sehr viele Einzelwerke, z. B. die „Sudetendeutsche Literaturgeschichte" von Rudolf Wolkan (Augsburg 1925) und die „Sudetendeutsche Kunstgeschichte" von Joseph Neuwirth (Augsburg 1926), welche von Gierach angeregt wurden und ohne die finanzielle Förderung durch die Anstalt nicht erschienen wären.

Die Forschungsarbeit der Anstalt gründete sich auf die reichen Buchbestände der „Bücherei der Deutschen" in Reichenberg, welche in vieljähriger Arbeit durch Friedrich Jaksch vorbereitet und im Jahre 1925 von Gierach der Öffentlichkeit übergeben wurde. Sie hatte die Aufgabe, alle Werke über das Sudetendeutschtum sowie alle wissenschaftlichen und literarischen Erzeugnisse sudetendeutscher Verfasser zu sammeln. Dank der Opferbereitschaft der sudetendeutschen Öffentlichkeit und der aufopfernden Tätigkeit aller ihrer Mitarbeiter erreichte sie in kurzer Zeit einen Bestand von weit über hunderttausend Bänden, der sie zur größten wissenschaftlichen Privatbücherei der Sudetenländer werden ließ. Gierachs Plan, diese große Zentralbibliothek durch ein repräsentatives „Museum der Sudetendeutschen" zu erweitern, konnte infolge Ungunst der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verwirklicht werden.

Diese wissenschaftliche und organisatorische Tätigkeit Gierachs wurde durch seine volksbildnerischen Bestrebungen ergänzt, die von Emil Lehmanns Forderung nach „Heimatbildung" ausgingen. Unter der Mitwirkung Rudolf Lochners wurde der „Stadtbildungsausschuß" von Reichenberg zu einem vorbildlichen „Stadtbildungsamt" ausgeweitet, das nicht nur zahlreiche Volkshochschullehrgänge in Reichenberg und dem Jeschken-Isergau veranstaltete, sondern seit 1924 mindestens einmal jährlich zu einer großen Hochschul- und Kulturwoche einlud, die binnendeutsche Hochschullehrer und ihre Schüler mit Geschichte und Eigenart des Sudetendeutschtums vertraut machen sollte. Die Grundgedanken dieser Heimatbildung wurden von der durch Gierach und Lehmann geleiteten „Gesellschaft für deutsche Volksbildung", welche seit 1932 in dem „Goetheheim" zu Reichenberg einen würdigen Mittelpunkt besaß, auf alle anderen Stadt- und Bezirksbildungs-

ausschüsse übertragen. Sie gingen auch auf die „Schlesischen Kulturwochen" über, welche zwischen 1925 und ihrem Verbote durch die tschechische Regierung im Jahre 1933 der Reihe nach in Reichenberg, Troppau, Hohenelbe, Mährisch-Schönberg, Braunau, Gablonz, Neu-Titschein, Ratibor und Jägerndorf stattfanden. Das „Schlesische Jahrbuch" hielt seit 1928 die wichtigsten Vorträge dieser Tagungen und schöngeistige Leistungen aus dem schlesischen Stammesraum fest. Nach dem Vorbild der schlesischen Kulturwochen wurden ähnliche Stammestagungen auch im Egerland und in Nordwestböhmen veranstaltet; ferner fanden in jenen Jahren auch im Gebiete des bairischen Stammes beiderseits der böhmisch-mährischen Südgrenze unter maßgeblicher Mitwirkung Gierachs mehrere Studienfahrten Prager und Wiener Hochschullehrer mit ihren Schülern statt. Gierach aber trat nicht nur auf allen diesen Tagungen, sondern auch in mehr als hundert Einzelvorträgen in allen Teilen des deutschen Sprachgebietes für das Heimat- und Lebensrecht der Sudetendeutschen ein, das auf einer mehr als 700jährigen Ansiedlung im Lande und auf beachtlichen Kulturleistungen für die engere Heimat und die gesamte Menschheit gegründet ist.

Da die wissenschaftliche und organisatorische Tätigkeit Gierachs seit dem Beginn der 30er Jahre durch die tschechische Regierung immer mehr erschwert wurde, und da schließlich auch seine persönliche Sicherheit gefährdet war, sah er sich im Frühjahr 1936 gezwungen, Böhmen zu verlassen. Er trat die Nachfolge seines Lehrers Carl von Kraus an der Universität München an, wo er sich zwar in steigendem Maße der Lösung sprachwissenschaftlicher Fragen zuwandte, aber an dem volksgeschichtlichen Geschehen im Sudetenraum jederzeit noch wärmsten Anteil nahm. Gierach stand jetzt auf dem Höhepunkte seiner akademischen Laufbahn. Er war seit Jahren korrespondierendes Mitglied der wissenschaftlichen Akademien von Göttingen, Wien und Prag, sowie Senator der Deutschen Akademie in München; im Jahre 1941 wurde er überdies zum Sekretär der philosophisch-historischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Aber dennoch hat er in München stets an Heimweh nach Böhmen und seinen sudetenländischen Aufgaben gelitten. Es bereitete ihm daher eine große Befriedigung, daß die reorganisierte Anstalt für sudetendeutsche Landes- und Volksforschung im Herbst 1940 seine außerordentlichen Verdienste um die sudetenländische Wissenschaft durch die erstmalige Verleihung der „Ackermann-Medaille" anerkannte; bald darauf konnten ihm seine Freunde, Schüler und Fachgenossen zu seinem 60. Geburtstag am 23. November 1941 unter dem Titel „Wissenschaft im Volkstumskampf" (Reichenberg 1941) eine umfangreiche Festschrift überreichen, welche neben 32 Aufsätzen zur Geschichte und Kultur der Sudetenländer eine eingehende Würdigung seines Wirkens und ein vollständiges Verzeichnis seiner Schriften enthält. An diesem Tage wurde der ganzen Nation bewußt, daß Gierach zwei Jahrzehnte lang mit Weitblick, Tatkraft und Verantwortungsbewußtsein die wissenschaftliche Arbeit unserer größten auslanddeutschen Volksgruppe gelenkt hat.

Die letzten Lebensjahre Gierachs standen vor allem im Dienste sprachwissenschaftlicher Aufgaben; doch sie wurden in zunehmendem Maße von den Sorgen und Nöten des Krieges überschattet, bis am 16. Dezember 1943 eine kurze Erkrankung seinem arbeitsreichen Leben ein viel zu frühes Ende bereitete. Mit Erich Gierach hat das deutsche Volk einen Gelehrten von großem geistigen Format und unbestechlicher Wissenschaftlichkeit, einen Arbeiter von eiserner Willenskraft und ungewöhnlichem Organisationstalent, einen Menschen von selbstloser Opferbereitschaft und unerschütterlichem Mannesmut verloren. Unter den unvergänglichen Leistungen des Sudetendeutschtums wird die Lebensarbeit Erich Gierachs stets einen besonderen Ehrenplatz einnehmen.

Münster/Westf. Bruno Schier

Wilhelm Weizsäcker

2. 11. 1886 — 19. 7. 1961

Professor Wilhelm Weizsäcker hatte seinen Lebenslauf selbst wie folgt dargelegt:

„Geboren wurde ich in Prag am 2. November 1886 als Sohn des Rudolf Weizsäcker, Kaufmann in Prag (Sohn des Carl Conrad Weizsäcker, Kaufmann in Prag, geb. in Ellwangen, und der Bertha, geb. Martius) und Pauline, geb. Kretschmer (Tochter des Wilhelm Kretschmer, Generaldirektor der a. priv. Buschtiehrader Eisenbahn in Prag, geb. in Gablonz, und der Julie, geb. Wegscheider). Ich besuchte das deutsche Staatsgymnasium in Prag, Neustadt, Graben und studierte an der deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag Rechtswissenschaft, promovierte zum Dr. jur. daselbst am 16. März 1909, trat dann in die Gerichtspraxis ein, wurde bald in den richterlichen Vorbereitungsdienst übernommen, legte am 3. April 1912 die Richteramtsprüfung beim Prager Oberlandesgericht ab, wurde zum k. k. Richter beim k. k. Bezirksgericht Bilin in Böhmen ernannt, war als Richter, obwohl zum Landsturm gemustert, vom Militärdienst enthoben, wurde dann in den tschechoslowakischen Justizdienst übernommen und diente zuletzt als Landesgerichtsrat beim Handelsbezirksgericht in Prag bis 1927. Ich hatte mich inzwischen im Jahre 1922 an der deutschen Universität in Prag für Rechtsgeschichte im Gebiet der Tschechoslowakischen Republik habilitiert und wurde mit Entschließung vom 17. September 1926 zum außerordentlichen Professor für dieses Fach ernannt. Die Ernennung zum ordentlichen Professor dieses Faches erfolgte mit Entschließung vom 16. Mai 1930. 1941 erfolgte meine Berufung an die Universität Wien für Germanische Rechtsgeschichte, bürgerliches Recht und Bergrecht unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. 1943 leistete ich aber einer Rückberufung an meine alte Prager Fakultät Folge und amtierte dort zuletzt

als Dekan der juristischen Fakultät bis 5. Mai 1945. Am 8. Mai 1945 verließ ich Prag mit der abziehenden Wehrmacht; in der Folge brachte ich mich in München durch Arbeiten für den Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern und für die Sudetendeutsche Wirtschaftshilfe in München fort. Ende 1949 erhielt ich eine Anstellung beim „Deutschen Rechtswörterbuch" in Heidelberg als Wissenschaftlicher Mitarbeiter. Am 4. Oktober 1950 wurde ich zum Honorarprofessor in Heidelberg ernannt und erhielt am 29. Juli 1958 die Rechtsstellung eines emeritierten ordentlichen Professors in Heidelberg. Seitdem leistete ich die Arbeit am Deutschen Rechtswörterbuch nur ehrenamtlich.

Seit dem 7. Mai 1912. bin ich verheiratet mit Marie, geb. Ostermann, Tochter des Gymnasialdirektors Dr. Hugo Ostermann in Prag. Aus der Ehe sind 3 Kinder hervorgegangen, von denen jedoch nur eine (in Stuttgart verheiratete) Tochter lebt.

Den Anreiz zur wissenschaftlichen Betätigung empfing ich vor allem von dem seinerzeit in Prag wirkenden Professor Dr. Adolf Z y c h a. Auf seine Anregung gehen die Arbeiten zurück, die sich mit dem Kolonistenrecht und mit dem Fremdenrecht befassen. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Bergrecht geht auf die mir erteilte Aufgabe zurück, Vorlesungen über geltendes Bergrecht an der Fakultät zu halten, die alsbald dazu führten, daß ich die Behandlung des geltenden Bergrechts durch eine geschichtliche Erforschung unterbaute; daß ich dabei auch an die Arbeiten meines Lehrers Zycha anknüpfte, ist eigentlich nur zufällig. Später befaßte ich mich mit verschiedenen Fragen der Stadtrechtsgeschichte. Langjährige Arbeiten, die im Auftrag der Monumenta Germaniae auf eine Herausgabe des Meißner Rechtsbuchs abzielten, blieben unfertig, da im Frühjahr 1945 die unersetzlichen Unterlagen der bisherigen Handschriftenforschung verloren gingen. Die Nachkriegsverhältnisse führten zu einer fast fünfjährigen Unterbrechung der wissenschaftlichen Tätigkeit. Seit etwa 1950 habe ich diese wieder aufnehmen können, teils in Fortsetzung der früheren, den Sudetenraum betreffenden Fragen, teils in Arbeiten, die das deutsche Mutterland betreffen. Gegenwärtig liegt der Schwerpunkt meiner Arbeiten einerseits in der Betreuung des Deutschen Rechtswörterbuchs, andererseits in der Herausgabe der Pfälzischen Weistümer. Arbeiten, die den Sudetenraum betreffen, schieben sich ständig dazwischen. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Verfolgung der tschechischen rechtsgeschichtlichen Literatur in Form von Buchbesprechungen.

Zur Ergänzung dieses rein tatsächlichen Berichts noch einige persönliche Bemerkungen: Aufgewachsen mitten in fremdem Volkstum, ist mir ein lebhaftes N a t i o n a l b e w u ß t s e i n überkommen. Es gibt dem Volk Vorrang vor dem Staat und war nie mit einem österreichischen oder gar tschechoslowakischen Patriotismus vereinbar, aber es will anderen Völkern ihr Lebensrecht in gleicher Weise zubilligen, wie es ein solches für das eigene Volk verlangt. Ich fühle die große Tradition des deutschösterreichischen

Liberalismus, wie ich auch die Grenzen nicht verkenne, die ihm durch die Rücksicht auf das eigene Volk und auf eine sichere Staatsleitung gesetzt sind. Er scheint mir unentbehrlich als politisches und soziales Gewissen. Zwischen den Extremen von konfessioneller Orthodoxie und Atheismus fand ich Ruhe und Genügen in einem extremliberalen Protestantismus, der die Traditionen von lutherischem Christentum mit moderner Geisteshaltung zu verbinden sucht. In der Wissenschaft halte ich zwar die Verteidigung des eigenen Standpunktes auch in Fragen der Wertung für zulässig und unter Umständen geboten, aber unter selbstverständlicher Wahrung strengster wissenschaftlicher Objektivität und bei Vermeidung leidenschaftlich verletzender Ausdrucksweise. Je kühler und nüchterner die Argumentation ist, desto stärker ist ihre Wirkung."

•

In dem von ihm selbst verfaßten Lebenslauf hat Wilhelm Weizsäcker seinen äußeren Werdegang geschildert. Das Schriftenverzeichnis[1] gibt ein eindrucksvolles Bild von seinem wissenschaftlichen Lebenswerk und von seiner geistigen Entwicklung, die durch einen klaren und steten Aufstieg gekennzeichnet ist. Er selbst bezeichnet als die geistige Grundlage seines Wesens den Gedanken des Liberalismus, nicht im Sinne einer bestimmten politischen Ausrichtung, sondern der Toleranz in der menschlichen Gesellschaft, gegenüber Fachgenossen, gegenüber seinen Nachbarn, auch gegenüber Gegnern. Er suchte im Nächsten zeitlebens die guten, die positiven Seiten, er trachtete für die schwierigen Fragen des öffentlichen Lebens allseitiges Verständnis zu wecken. Er selbst war sich seines Deutschtums unentwegt bewußt und zeigte es jederzeit klar, aber er suchte nicht den nationalen Kampf, sondern die Überwindung der Gegensätze durch gegenseitiges Kennenlernen und durch verständnisvolle Anerkennung, sowie durch Überbrückung der Gegensätze auf der Grundlage positiver Zusammenarbeit. Weizsäcker war geborener Prager, dort hat er seine Kindheit verbracht, dort hat er studiert; er hat die Geheimnisse der Moldaustadt erlebt, er hat auch das friedliche Zusammenleben des Alltags gesehen, die gegenseitige Respektierung kennen gelernt, er glaubte an die Möglichkeit des dauernden Zusammenlebens. Wer die geistige Luft von Prag geatmet, wer die Eigenart seiner wissenschaftlichen, schöngeistigen und künstlerischen Kultur empfunden, wer die überwältigende Schönheit der Stadt in sich aufgenommen hat, wer die schicksalsreiche Geschichte der Stadt kannte, der mochte zur Überzeugung gelangen, daß alle diese Faktoren zusammen imstande wären, die Prager zu einer Einheit über alle Unterschiede hinweg

[1] Eine von Rudolf Hemmerle zusammengestellte Auswahl-Bibliographie erschien im Stifter-Jahrbuch 7 (1962) 300—303. Ein ausführliches Werkverzeichnis wird in der vom Collegium Carolinum geplanten Neuherausgabe der wichtigsten Aufsätze von Professor Weizsäcker veröffentlicht werden.

zusammenzuschließen. Prag war die Stadt der Tschechen und der Deutschen, beide Nationen hatten ihr Gesicht geformt, keine konnte weggedacht werden, ohne ihr eigentliches Wesen zu verfälschen und ihre europäische Funktion zu zerstören. In dieser Tradition war Weizsäcker groß geworden. 1941 wurde er an die Wiener Universität berufen; im alten Österreich und auch nachher kam es nur ganz selten vor, daß ein ordentlicher Professor an der Universität Wien nach Prag ging, Weizsäcker kehrte 1943 in seine Vaterstadt, an die Prager Universität zurück.

Die Begegnung zweier Völker bringt Reibungen und auch Kampf, aber doch auch gegenseitige Förderung, beiderseitigen Aufbau und ein gemeinsames Kulturgefühl. Gemeinsame Kultur bringt als bleibende Frucht die Überwindung von staatlichen und nationalen Grenzen. Das Ergebnis der deutschen Ostbewegung sah Weizsäcker in der Ausweitung der westeuropäischen, christlichen Kultur, sie war das bleibende Erbe über zeitliche, politische und nationale Gegensätze hinweg. Weizsäckers Abhandlung über „Das deutsche Recht als Aufbaufaktor des Ostens" ist aus dieser Auffassung erwachsen. Weizsäcker war lange Zeit praktischer Jurist, Richter, er liebte die Klarheit und die eindeutigen Formulierungen der Gedanken in Wort und Schrift, er strebte auf Grund der geschichtlichen Erkenntnis gegenseitiges Verständnis für die Leistung des anderen Teiles an. In der Begegnung der Deutschen und der Slawen sah er einen entscheidenden Faktor der europäischen Geschichte, in der wissenschaftlichen Erforschung eine der wichtigsten Aufgaben des Historikers.

Unter den wissenschaftlichen Arbeiten Weizsäckers treten die über das Bergrecht, über das Städtewesen und das städtische Recht besonders hervor; in diesen historischen Gebilden, bei denen die deutsche Arbeit besonders klar zur Geltung kam, war ein Großteil der Schicksals- und Kulturgemeinschaft aller Einwohner in den böhmischen Ländern eingeschlossen. An der Prager Universität wurde wie an allen europäischen Universitäten viele Jahrhunderte lang lateinisch vorgetragen und abendländische Kultur gelehrt. Darin lag die Schlüsselposition von Böhmen und besonders von Prag im europäischen Geistesleben, dieser Aufgabe wollte sich Weizsäcker widmen, als er nach Prag zurückging.

Ein Wesenszug Weizsäckers war seine persönliche Hilfsbereitschaft; wo Not am Mann war, griff er zu. So war es in Prag, so handelte er nach der Vertreibung in München, wo er in der sozialen Fürsorge der Vertriebenen tätig war. Im Kreise des Collegium Carolinum war er der anerkannte Vertreter der böhmischen Verfassungsgeschichte und ihrer Zusammenhänge und Verästelungen. Die ausgezeichnete Herausgabe des Quellenbuches zur Geschichte der Sudetenländer ist ihm zu verdanken. Bei meinem letzten Zusammensein mit ihm, das schon in die Zeit nach dem ersten Stadium seiner todbringenden Erkrankung fiel, breitete er seine wissenschaftlichen Pläne auf dem Gebiet der böhmischen Geschichte aus, ein Programm, das er bei voller Gesundheit in langen Jahren der Arbeit hätte vollenden können.

Er hatte die Notwendigkeit erkannt, darum wollte er sich in ihren Dienst stellen.

Es war eine glückliche Fügung, daß ihm die Redaktion des deutschen Rechtswörterbuches übertragen wurde; er ging nach Heidelberg und widmete sich mit einem geradezu fanatischen Eifer seiner neuen Aufgabe: es ging darum, dieses großartige Unternehmen weiterzuführen und eine gefährliche Unterbrechung abzuwenden. In Heidelberg arbeitete er aber auch an der Herausgabe der pfälzischen Weistümer mit. An der Universität erhielt er einen Lehrauftrag, die juristische Fakultät ehrte ihn und sich selbst, als sie ihn, der schon längst die Altersgrenze überschritten hatte, in ihre Reihen aufnahm und ihm damit eine Anerkennung zollte, die ihm Genugtuung und Freude bereitete, der Universität Gewinn und der Rechtswissenschaft Nutzen brachte. Die Universität hat die Persönlichkeit und die Leistung Weizsäckers in einem warmen Nachruf würdig geehrt. Dem Collegium Carolinum gebührt es, diesem treuen Freund und Mitarbeiter, diesem lauteren Vorkämpfer echter, deutscher Wissenschaft und ehrlicher Verständigung als Grundlagen einer gemeinsamen europäischen Zukunft aufrichtig zu danken und ihm in herzlicher Verehrung ein bleibendes Andenken zu bewahren.

Konstanz Theodor Mayer

BERICHTE

Tätigkeitsbericht des Collegium Carolinum (1960–1962)

Der im Bohemia-Jahrbuch 1 (1961) 399—403 veröffentlichte Bericht umriß die Aufgaben, die sich das Collegium Carolinum gestellt hat. Der Zielsetzung entsprechend konnte in den verflossenen drei Jahren die begonnene Arbeit bedeutend erweitert und vertieft werden.

Die wissenschaftliche Forschung wurde auf eine institutsmäßige Grundlage gestellt. So entstand ein Institut, das sich mit allen den böhmisch-mährischen Raum betreffenden Fragen befaßt. Der Kreis der Wissenschaftler, die sich Problemen der böhmischen Länder widmen, hat sich ständig erweitert; auch junge Nachwuchskräfte konnten gewonnen werden.

Es sind zahlreiche Untersuchungen im Gange oder bereits im Druck, die sich mit historischen Einzelfragen der böhmischen Länder, mit den vielfältigen Beziehungen zwischen Bayern und Böhmen, mit den Nationalitätenproblemen und den Ausgleichsversuchen in den böhmischen Ländern und in der Tschechoslowakei vor und nach 1918, mit Fragen des Heimatrechtes, aber auch mit der Situation der Vertriebenen dieses Raumes und der im Lande verbliebenen Deutschen sowie mit anderen Problemen der heutigen Tschechoslowakei befassen. Mehrere dieser Arbeiten sind bereits veröffentlicht worden; umfangreichere Untersuchungen erscheinen als separate Publikationen, kürzere Abhandlungen im Bohemia-Jahrbuch. Es sei hier auf das Veröffentlichungsverzeichnis am Schluß dieses Bandes verwiesen.

Nach dem Muster von Gebhardts „Handbuch der Deutschen Geschichte" ist unter Leitung von Prof. Dr. Karl Bosl, München, ein zweibändiges „Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder" im Entstehen, das den gegenwärtigen Stand der historischen Forschung darstellen, eine ausführliche Bibliographie bieten und Forschungsprobleme aufzeigen wird. Eine weitere Arbeitsgruppe bereitet die Herausgabe eines dreibändigen „Handbuches der sudetendeutschen Volkskunde" vor. In der Reihe „Handbuch der sudetendeutschen Kulturgeschichte", deren zwei erste Bände, verfaßt von Prof. Dr. Ernst Schwarz, Erlangen, bereits erschienen sind, sollen die Geistes-, Kunst-, Literatur-, Musik- und Sprachgeschichte, die Volkskunde, eine Volkstumsgeschichte, die das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen im Laufe der historischen Entwicklung darstellt, sowie die Vor- und Frühgeschichte in Einzeldarstellungen ausführlich behandelt werden.

Unter der Redaktion von Archivdirektor Dr. Heribert Sturm, Amberg, und

Bibliotheksrat a. D. Dr. Arthur Herr, Winnenden, entsteht ein „Deutsches Biographisches Handbuch der Sudetenländer", das in zwei Bänden (Lexikonformat) alle hervorragenden sudetendeutschen Persönlichkeiten in Kurzbiographien erfassen wird. Neben den rein biographischen Angaben sollen dabei auch die Kulturzusammenhänge und damit die Leistungen der Deutschen in den Sudetenländern aufgezeigt werden.

Weitergeführt wurden die unter Leitung von Prof. Dr. Ernst Schwarz stehende Flurnamensammlung und die Arbeit am „Sudetendeutschen Wörterbuch" unter Prof. Dr. Franz J. Beranek, Gießen. Uber dieses wird ein eigener Bericht in diesem Band vorgelegt. Planmäßig werden auch die Arbeiten zur Feststellung eines Lexikons fortgesetzt, das alle Ortsnamen von Böhmen und Mähren-Schlesien mit ihren Veränderungen seit dem Jahre 1910 bis in die Gegenwart sowie die jeweilige Zugehörigkeit der Orte zu den übergeordneten Verwaltungseinheiten festhalten soll.

Mehrere wissenschaftliche Tagungen und Arbeitsberatungen — meist gemeinsam mit der Historischen Kommission der Sudetenländer — dienten der Klärung verschiedener Probleme und der Festlegung weiterer Arbeiten.

Mit Fragen der Industriegeschichte der böhmischen Länder befaßte sich eine in Erlangen im Sommer 1960 abgehaltene Arbeitstagung, die vor allem der Präzisierung von Forschungsaufgaben diente. Eine im Februar 1961 in München veranstaltete Tagung unterrichtete über den 11. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm und den 3. tschechoslowakischen Historikerkongreß sowie über neue Arbeiten tschechischer Historiker. Ebenfalls der Untersuchung neuer tschechicher Publikationen diente eine weitere Arbeitstagung in München im Januar 1962.

Eine in der Pfingstwoche 1962 in der Frankfurter Universität abgehaltene wissenschaftliche Tagung zeigte die Bemühungen des Intituts um eine Neukonzeption der böhmisch-mährischen Geschichte. Auch auf dieser Tagung kamen jüngere Wissenschaftler zu Worte. Reges Interesse bei in- und ausländischen Wissenschaftlern fand schließlich die im Sommer 1962 in München-Grünwald durchgeführte Tagung mit dem Thema „Die Stellung der Slowaken in der europäischen Völkergemeinschaft".

Bei einer Arbeitstagung Anfang November 1962 in München berichteten Sachkenner über die wichtigsten Quellenbestände zur böhmischen Geschichte in Wiener, bayerischen und tschechoslowakischen Archiven, um insbesondere die jungen Forscher anzuregen, bisher nicht ausgeschöpfte Quellen zu verwerten. Näher auf die bei den einzelnen Tagungen gehaltenen Referate einzugehen, erübrigt sich, da sie — soweit dies nicht bereits geschehen ist — in den Veröffentlichungen des Collegium Carolinum zum Abdruck gebracht werden.

Auch in Einzelvorträgen und in einem von Prof. Dr. Raschhofer, Würzburg, durchgeführten Seminar in München wurden interessierte Wissenschaftler und Studenten mit dem böhmischen Staats- und Verfassungsrecht und mit anderen einschlägigen Problemen bekanntgemacht.

Anfang November 1962 wurde in einer — gemeinsam mit der Historischen Kommission der Sudetenländer durchgeführten — Feierstunde, zu der prominente Vertreter der deutschen Wissenschaft erschienen waren, der vor 100 Jahren erfolgten Gründung des „Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen" gedacht. In dem Festvortrag „Die deutsche Geschichtswissenschaft in den böhmischen Ländern seit 1862" legte Hofrat Prof. Dr. Heinz Zatschek, Wien, die Hauptphasen der von deutscher Seite in den böhmischen Ländern betriebenen historischen Forschung dar und würdigte die in dieser Zeit herausgegebenen Quellen und Studien.

Als besonders vordringlich wurde von Anfang an der Ausbau der Bibliothek angesehen. Der Buchbestand beträgt 18 500 Bände Bohemica und wird ständig erweitert. Unter den laufend bezogenen 227 deutschen (darunter 98 Heimatblätter), 150 tschechischen und 19 anderssprachigen Periodika befinden sich 41 deutsche, 49 tschechische und 5 anderssprachige wissenschaftliche Zeitschriften. Der Verfasser- und Sachkatalog verzeichnet auch die Standorte vieler in der Bibliothek nicht vorhandener einschlägiger Werke. Mit zahlreichen in- und ausländischen Instituten, die sich mit mittel- und osteuropäischen Fragen beschäftigen, besteht ein Austausch der Publikationen.

Fünf Jahre Sudetendeutsches Wörterbuch

Ende März 1962 konnte das Sudetendeutsche Wörterbuch auf eine fünfjährige Tätigkeit zurückblicken. Das in dieser Zeit von seinem Leiter Prof. Dr. habil. Franz J. Beranek geschaffene Werk vermag die Sudetenländer im Ring der deutschen landschaftlichen Wörterbücher würdig zu repräsentieren und ermöglicht dank seiner inneren Einrichtung schon jetzt eine weitgehende wissenschafliche Auswertung.

Während das Sudetendeutsche Wörterbuch die ersten zwei Jahre seines Bestehens in der Privatwohnung seines Leiters in *Butzbach* seine Arbeitsstätte hatte, konnte es 1959 dank dem Entgegenkommen der Justus-Liebig-Universität in *Gießen* in diese Hochschulstadt übersiedeln. Es war dort zuerst im Hause des Instituts für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsordnung (Schloßgasse 7) untergebracht. Im Herbst 1962 erfolgte eine Übersiedlung in zum Germanistischen Seminar gehörige Räume (Ludwigstraße 36) und damit eine weitere Annäherung an den wissenschaftlichen Betrieb der Hochschule. Der finanzielle Aufwand für die Tätigkeit des Unternehmens, an dem sich anfangs auch das Hessische Ministerium für Erziehung und Unterricht sowie das Bundesministerium des Innern beteiligten, wird nunmehr im wesentlichen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der sachliche Aufwand zum größten Teil vom Collegium Carolinum getragen.

Nach wie vor sieht das Sudetendeutsche Wörterbuch seine Hauptaufgabe in der möglichst raschen, vollständigen und gleichmäßigen Erfassung des im Volksexil rasch dahinschwindenden volkstümlichen Sprachguts aller Heimatlandschaften, wobei den lokalen Mundarten die gleiche Aufmerksamkeit zugewendet wird wie der großräumigen Umgangssprache. Dadurch soll das Werk über den üblichen Rahmen eines Nur-Mundartwörterbuchs hinauswachsen und den Charakter eines alle Stände und Schichten des Sudetendeutschtums umfassenden Volkssprachlexikons erhalten. Die Sammeltätigkeit des Wörterbuchs beruht nach wie vor auf der Hilfe seiner *ehrenamtlichen Mitarbeiter,* denen für ihre aufgewandte Mühe höchstes Lob gebührt. Ihre Zahl beträgt z. Zt. etwa 590. Die ständig fortgeführte, jetzt nur noch gezielte Werbung neuer Mitarbeiter verfolgt in erster Linie den Zweck, die durch das laufende Ausscheiden von Gewährsleuten infolge Alters, Krankheit, Überlastung oder sonstiger Umstände und leider auch durch den Tod immer wieder neu entstehenden und die wenigen noch vorhandenen Lücken in dem ansonsten recht gleichmäßigen und zufriedenstellend dichten Belegortnetz zu schließen. Seit 1958 werden die Mitarbeiter alljährlich im Rahmen der Sudetendeutschen Tage zu *Arbeitsbesprechungen* eingeladen, die sich großer Beliebtheit erfreuen und infolge der perönlichen Kontakte die gesamte Arbeit wertvoll befruchten.

Von den der „gezielten Aufsammlung" des Sprachmaterials dienenden *Fragelisten* wurden bisher 47 ausgegeben. Da sich die später hinzugekommenen Mitarbeiter fast ausnahmslos bereit erklärten, neben der laufenden Sammeltätigkeit auch die bereits früher erschienenen Listen nachzuarbeiten, wurde die angestrebte Gleichmäßigkeit des gesammelten Wortmaterials auch tatsächlich weitgehend erreicht.

Seit 1961 wurde die „gezielte Aufsammlung" durch die Versendung von *Sonderfragelisten* für einzelne Berufs- und Tätigkeitsbereiche an eine beschränkte Zahl von sachkundigen Mitarbeitern, die sich zu dieser zusätzlichen Arbeit bereit erklärt hatten, auf eine breitere Grundlage gestellt.

Neben der Fragelistenarbeit ging selbstverständlich die „freie Aufsammlung" des Sprachguts durch die Mitarbeiter mit Hilfe von *Belegzettelblocks* und den sog. *Beiblättern* zu den Fragelisten, auf denen breiter gehaltene Fragen beantwortet werden, einher.

Gelegentlich wurden dem Wörterbuch von seinen Mitarbeitern auch mehr oder weniger umfangreiche, von ihnen selbst oder von anderen Landsleuten zusammengetragene listenmäßige *Wortsammlungen* zur Auswertung zur Verfügung gestellt.

Die *kanzleimäßige Arbeit* des Wörterbuchs, soweit es sich nicht um die dem Leiter und einer stundenweise bezahlten Schreibkraft zufallenden Planungs-, Verwaltungs- und Werbearbeiten handelt, wurde von 5—6 leider nur allzuhäufig wechselnden studentischen Hilfskräften durchgeführt. Eine schon längst benötigte vollausgebildete, hauptamtlich zu beschäftigende wissenschaftliche Hilfskraft, für die die Mittel bei der Deutschen Forschungs-

gemeinschaft bereitstehen, konnte bisher nicht gefunden werden. Die Arbeit der studentischen Hilfskräfte besteht im wesentlichen in der Auswertung — Verzettelung und Aufbereitung für den Hauptkatalog — der Mitarbeitereinsendungen und, soweit sie dazu in der Lage sind, im Exzerpieren des vorhandenen mundartlichen und mundartkundlichen Schrifttums. Der gesamte Belegzettelbestand des Sudetendeutschen Wörterbuchs beträgt gegenwärtig rund 900 000. Davon sind etwa 30% unmittelbare Zetteleinsendungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter, 37% stammen aus der Verzettelung der Fragelisten, 25% aus der Auswertung der Beiblätter, 5% sind das Ergebnis der Verzettelung eingesandter lexikalischer Sammlungen und 3% der Auswertung des mundartlichen und mundartkundlichen Schrifttums. Rund 150 000 Zettel sind bereits mit Stichwörtern versehen und, bis zum zweiten Buchstaben geordnet, in den *Hauptkatalog* eingelegt, dessen Benützung durch zahlreiche Hinweiszettel erleichtert wird. Auch das noch nicht in den Hauptkatalog eingereihte sowie das noch nicht verzettelte Sprachmaterial ist bereits soweit vorgeordnet, daß es jederzeit und ohne Schwierigkeiten benützt werden kann.

Neben den rein sprachlichen Sammlungen wird in der Wörterbuchkanzlei auch ein *Sudetendeutsches volkskundliches Archiv* aufgebaut, in dem die vornehmlich volkskundlich ausgerichteten Einsendungen der Mitarbeiter Platz finden. Das Material dieses für den sudetendeutschen Bereich einzig dastehenden Archivs ist nach Sachgebieten geordnet und bietet, ebenso wie die sprachlichen Sammlungen, schon jetzt reiche Möglichkeiten zu wissenschaftlichen Arbeiten, insbesondere zu Dissertationen.

Die erhoffte Intensivierung der Kanzleitätigkeit des Sudetendeutschen Wörterbuchs, hauptsächlich nach der wissenschaftlichen Seite hin, im Gefolge der Schaffung eines Lehrstuhls für germanische Philologie an der Gießner Universität macht sich nur allmählich bemerkbar. Unter den studentischen Hilfskräften befinden sich bereits einige Germanisten mit linguistischen Interessen. Im Wintersemester 1962/63 wollen zwei von ihnen mit Abschlußarbeiten auf Grund der Wörterbuchsammlungen beginnen.

Das Sudetendeutsche Wörterbuch steht in engem, fruchtbringendem Kontakt mit den übrigen deutschen Landschaftswörterbüchern, dem Kartell der deutschen Mundartwörterbücher und dem Deutschen Sprachatlas in Marburg an der Lahn sowie mit den sudetendeutchen Heimatorganisationen. Den einschlägigen Zeitungen, Zeitschriften und Jahrbüchern werden laufend Berichte und Werbeaufsätze zum Abdruck zugeleitet. Über seine Tätigkeit wird vom Collegium Carolinum alljährlich ein ausführlicher, vom Leiter des Wörterbuchs verfaßter Bericht im Druck herausgegeben, der den Freunden und Förderern, den übrigen landschaftlichen Wörterbuchunternehmen und Fachzeitschriften sowie allen Heimatblättern und ehrenamtlichen Mitarbeitern zugesandt wird.

Der Justus-Liebig-Universität in Gießen, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, allen hilfsbereiten Dienststellen, Organisationen und Gönnern dankt

das Sudetendeutsche Wörterbuch auch noch auf diesem Wege für die Unterstützung und Förderung seiner Arbeit. Ebenso dankt es allen ehrenamtlichen Mitarbeitern für ihre unermüdliche Einsatzfreudigkeit sowie der Leitung des Collegium Carolinum für die stets fühlbare Obsorge.

Franz J. Beranek, Gießen

SUMMARIES

THE SOCIETY FOR HISTORY OF THE GERMANS IN BOHEMIA, 1862 — 1938

Kurt Oberdorffer

On May 2, 1862, students from North Bohemian artisan circles founded in Prague a society in order to supplement the Czech historiography of František Palacký with respect to the Germans in Bohemia and to strengthen the historical consciousness of the German Bohemians. In the first years the scientific direction was in the hands of Professor Konstantin Höfler, historian at the University of Prague, who came from Bavaria. With great energy the young historians first began with the edition of works on municipal history, among them chronicles and registers. With its popular didactic tendencies this cultivation of history was in keeping with the liberal movement in Austria. Dr. Ludwig Schlesinger (born in 1838) was active as a researcher and writer on history within the „Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen" (Communications of the Society for History of the Germans in Bohemia), which he directed, and on the board of the society, as well as a leading liberal politican until his death (1899). The controversy with Palacký around 1870 and the national division of the University of Prague in 1882 deepened the gulf between the historians of the two peoples.

In the period of the decline of the liberal movement and the intensification in the national differences of Bohemia, the board of the Society withdrew strictly to scientific research, and with the abandoning of projects of popular education, reduced the close ties to the German-Bohemian districts. In addition to the registers of German towns and monasteries there were publications on the history of industry, art, and music, but also literature that territorially or biographically related to the German nationality in the land.

Under the influence of August Sauer, Professor of Recent German Literature, the "Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur" (Society for the Promotion of German Science, Art and Literature) (known in Bohemia as the „Society for Promotion"), founded in Prague in 1891, undertook comprehensive scientific tasks as well as those of cultivation of culture for the German nationality, and published the periodical

„Deutsche Arbeit" (German Work) from 1901 on, with the Society for History contributing frequently. A. Sauer also led the struggle on behalf of the preservation of the German universities in Prague.

With the entrance around 1913 of representatives of the generation of the thirty-year-olds the board was rejuvenated. After 1919, within the newly-founded Czechoslovak Republic, it then quickly established contact with the „Verband für Heimatforschung und Heimatbildung" (Association for Research and Education of the Homeland), founded in Aussig in 1922, and its historical societies in the individual regions of all the Bohemian lands. The conducting of joint working meetings of researchers and the establishment of an „Archival Section" (1925) within the Society, which was devoted to the expert care and scientific utilization of the non-state German archives of Bohemia, Moravia and Silesia, gave the Prague Historical Society back its former importance as a steering institute for German provincial history. This was aided by the collections installed as study libraries in Prague (Kleinseite), and directed students to the society.

Newly appointed professors, several from the Austrian „Institut für Geschichtsforschung" (Institute for Historical Research) in Vienna strengthened the scientific weight of the research, especially for legal and municipal history, settlement and general regional history. After 1922 such docents as Wilhelm Wostry (born in 1877), who were returning prisoners of war, were added, as well as such new personnel as W. Weizsäcker and Ernst Schwarz.

Next to the „Communications", the yearbooks and jubilee volumes for some of the leading professors (W. Wostry, H. Hirsch, Th. Mayer) demonstrated the range of the research program. The celebrations on the 75th anniversary of the foundation of the Society showed the manifold recognition of its scientific position, which also found expression in the two-volume omnibus volume „Das Sudetendeutschtum, sein Wesen und Werden im Wandel der Jahrhunderte" (The Sudeten German Nationality, its Essence and Development in the Course of the Centuries) and the publication of a second periodical „Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte" (Journal for Sudeten German History). Herein and at the International Congress of Historians in Zürich in 1938 a conciliatory collaboration with the Czechs appeared to be at hand. The Historical Society was able to preserve its independent existence after 1939, but was then expropriated in 1945, and in the summer three of the older members of the board died a violent death; the library was assigned to the Prague Municipal Archives. The surviving members of the board gathered together the expelled historians in the Historical Commission of the Sudeten Lands, founded in 1953 in Heidelberg, and established in 1956 the Collegium Carolinum, Research Office for the Bohemian Lands.

THE FOUNDATIONS OF THE HISTORY OF THE PEOPLE OF NORTH BOHEMIA FROM THE ELBE TO THE RIESENGEBIRGE

Ernst Schwarz

After a survey of the landscape and climate of the area dealt with, which influenced the Czech and German land settlement, and a short reference to the conditions of settlement in the pre-Germanic and Germanic period, the author shows that only the Elbe area around Leitmeritz, Aussig and Tetschen belongs to the regions settled earliest by the Czechs, with Czech settlement advancing at first slowly from the South and the West. With the help of Czech place-names the area of Czech settlement is marked out, and at the same time a certain temporal stratification is attempted. The older Czech place-name types are found in the south of the area under discussion. In the 13th century the contact began with German land settlement, which had already started north of the bordering mountain chain in the 12th and early 13th century. The presence of German townspeople can be established earliest for Leitmeritz, since 1235. A number of other towns and market-towns follow from the middle of the 13th century on, and in a number of cases the activity of German locators can be well observed. An examination is made of the juxtaposition of the two peoples, where they lived together. Town foundations and the elevation to town status continue from the 13th into the 20th century, with a certain order being unmistakeable in the temporal succession in the first period. Where German peasant villages arose at the same time around the towns, where, in other words, the latter were the economic centers for districts where the Germans were clearing the land, German nationality was preserved beyond the Hussite period. Others in Czech surroundings partly lost their German council majority already before 1400. From the Hussite period on Leitmeritz became Czech.

In order to be able to examine more closely the juxtaposition of the two peoples than the existing historical sources permit, the area of distribution of Czech place-names is compared with that of the German ones. They prevail on both sides of the lower Polzen River and to the north of it, including the Rumburg and Friedland tip. Here Germans cleared the land „out of the green root." The first names used for the place-names, which probably reach back into the 13th century, belong to this period, as a comparison with the personal names appearing in the documents shows. The names of saints which were newly coming into use appear in a proportion

corresponding to this period. It follows that German „Waldhufen" villages arose in rapid succession in the decades after 1250. In their manner of formation, the German place-names belong into the great German settlement region north of the Erz-, Lausitzer- and Isergebirge. The period in which place-names of Czech origin were taken over into German — whether before or after 1320 — can be determined from their phonetic form.

The „mixed names", in which a Czech personal name is combined with a German root, or a German personal name with a Czech suffix, accompany the living together of the two peoples in a mixed zone; of course the Czech vernacular of the Prague offices introduced after the Hussite Wars has to be taken into consideration. It follows that a mixed zone precedes the formation of a stable language border. These observations can be supplemented by the field-names, if it can be shown where and when Czech field-names came into German before c. 1320, how German and Czech field-names were distributed in villages and districts, and where there are no Czech field-names at all. A percentage of c. 5—6 accompanies the border of German land settlement where it became fixed in the Hussite age.

Personal names represent an important source — both the Christian and the rising family names. Insight is gained into the problems by comparing the naming of towns and villages that are demonstrably Czech with those that are German. The Czechization of names in the mixed zone or at the language border can thereby also be observed. If these names in the sources of the pre-Hussite and post-Hussite periods are used — with the numerous names of witnesses in the documents pertaining to boundary disputes being of particular value — the evidence of the documents and of the research on place-names and field-names can be supplemented. A new land settlement can be discerned since the 16th century, which was carried out mainly with the forces available from the older settled land. There thus developed in the course of the 17th and 18th centuries a stable language border, which remained until 1945. The results of the Hussite Wars were grave only in the interior of Bohemia, not on the periphery, and were overestimated on the German side. Some developments had already previously begun. The new foundations of the 17th and 18th centuries remained on a modest scale and are connected with economic conditions. In the areas around Auscha, Dauba and B. Aicha, which became German at a relatively late date, several loan-words of Czech origin recall the former inhabitants.

DISCUSSIONS ON THE EARLY HISTORY OF THE EGERLAND AND ITS SETTLEMENT

Josef Hemmerle

Until 1322 the Egerland, today the westernmost part of the land of Bohemia, was an integral part of the old German Empire. Already after the dissolution of the foundations of Hohenstaufen power in the 13th century, the tight organization of this border area within the Empire became looser, until it was pledged by Louis the Bavarian to King John of Bohemia. A formal incorporation into the Kingdom of Bohemia under constitutional law never took place, and the pledge status would thus actually continue to exist.

The present article intends to show how this Egerland, which in the Age of the Hohenstaufens as an imperial territory, still included also a large area of present-day Upper Franconia and of the Fichtelgebirge, emerged into the historical epoch, and which conceptions of the early historical settlement and its ethnic classification can be taken into consideration on the basis of the presently available research. The study thus deals only with the time up to the first documentary reference to Eger in the year 1061. Since points of departure for historical knowledge of the early period of this area have to be gained in spite of the fact that it cannot be grasped by means of documents, the auxiliary historical disciplines must be allowed to speak in these discussions. It is thus not irrelevant to review the theories of Germanic origins and of colonization for Bohemia and their consequences for the Egerland, and the problems of the Germanic or Slavic origin of the original population, furthermore the findings of German and Czech archaeology, as well as Settlement Geography. Conclusive evidence appears to be contributed here also by philology, especially as expressed in the numerous works of Ernst Schwarz. From the first mention of the Eger River in 805, there is an increase in the number of documentary reports on the area of the former Bavarian Nordgau, on the Sorb land, on the ecclesiastical affiliation of this region, on the sphere of influence of the Babenbergs and the first appearance here of Imperial bondmen clearing the land. If in conclusion the sum total is drawn from all the theories and historical findings, it must be observed that neither the continuity and colonization theory, nor prehistory and protohistory can produce conclusive evidence for the ethnic classification of the earliest population. Settlement Geography also brings no fundamental decision, since according to the field patterns, both peoples could have lived here. Philology and topo-

nymy can prove that at least since the 12th century, Germans settled here on a larger scale. In the historical epoch, in the real sense of the word, especially under Margrave Diepold III at the beginning of the 12th century, it becomes clear that the Egerland, the provincia Egrensis, was an Imperial land belonging directly to the Hohenstaufens.

BOHEMIA AND THE COUNTS OF BOGEN

Max Piendl

Around the middle of the 11th century there appeared in the eastern Danube gau in place of the Babenbergers a family whose representatives exercised the rights of counts. Two lines of this family have to be distinguished: the main line, whose representatives called themselves „Counts of Bogen" since the 12th century, and a secondary line which until its extinction in 1148 held the office of the Regensburg cathedral V o g t.

Still in the waning 11th century Count Aschwin of Bogen distinguished himself as victor over the invading Bohemians. Only a short time later, however, the relation between the Bohemian ruling house and the Counts of Bogen changed basically. The border location of the County of the House of Bogen became decisive for the initiation of kindred relations of this family and the Přemyslids, at the same time, however, relations which did not remain without influence and results on the Bohemian as well as the Bavarian side. In 1094 Duke Břetislaw II of Bohemia married Luitgard, the sister of Count Albert of Bogen. In 1124 Duke Wladislaw I gave the cathedral V o g t Friedrich IV the hand of his daughter Swatawa in marriage. The most important family connection between the Přemyslids and the House of Bogen is considered the marriage of Count Albert III of Bogen with Ludmilla, the daughter of Duke Friedrich.

Many favors were bestowed upon the Bogen house-monastery Windberg as a result of the close connections between the Counts of Bogen and the Bohemian neighbour. Bishops of Olmütz carried out the consecration of churches in Windberg; the rich landholdings of Windberg in Bohemia came from a donation of Wladislaw II, consisting of Albrechtsried, Miltschitz, Janowitz and Wojtitz.

In close connection with the marriage of Count Albert III with the Bohemian Ludmilla (around 1184) is Albert III's enfeoffment with the wooded border area from the upper Wottawa and the Angel to the area of the source of the Wolinka, an area whose chief place was Schüttenhofen. From the House of Bogen an extensive settlement and clearing activity was conducted in the Bohemian area of feudal tenure. In the southeast Winter-

berg was a further center of settlement, corresponding to Schüttenhofen. It is obvious that the Bogeners brought peasants from their Bavarian territory into the Bohemian wooded area. The origins of the German population in the Schüttenhofen and Winterberg areas can without doubt be traced back to the work of colonization of the Counts of Bogen.

With the death of Count Albert IV the family of the Counts of Bogen died out. After protracted disputes the Bavarian duke had to give up the former Bohemian feudal territory of Schüttenhofen in 1271. Through the good will of their sovereign the lower Bohemian nobility could now settle there and assume rule. The extinction of the Counts of Bogen brought to an end the good-neighbourly relations between the Bohemian ruling house and the adjacent Bavarian territory.

ALBERT VON SEEBERG

Karl Beer †

The family connections between the Přemyslids and the German princely houses also had political effects. The close relations of the Přemyslids in particular with the lands lying north of Bohemia brought about not only a strong bourgeois and peasant migration to Bohemia but also the immigration of aristocratic families. Among these, Albert von Seeberg holds an especially prominent position. He descended from the family of the burgraves of Leisnig, one of the most powerful and distinguished aristocratic families of the Mark of Meissen, which was probably of Franconian origin.

In the sequence of witnesses to contracts he is repeatedly placed under or next to the highest dignitaries of the land, and he had close relations with the Witigones, the lords of Dauba and Leipa, the Riesenburgers, the Schönburgers, and others. Albert's mother probably descended from the house of Dauba. The first documentary mention of him was in the year 1277. He soon succeeded in acquiring, in addition to the property which he held in his old Meissen homeland, extensive property holdings in Bohemia. The ancestral castle of Seeberg, which he probably built and after which he named himself, is situated on the slope of the Erzgebirge, on the edge of the fertile Biela gau and was probably the center of his northwest Bohemian properties. Already for 1290 there is evidence that the town and castle of Bilin, as well as villages in the Brüx and Saaz region, were in his hand. From 1277 to 1292 Albert was also burgrave of Kaaden. Temporarily the Seeberger established a footing in the Elbogen district. The Tachau Land represented a further important base of Albert in Bohemia.

He came to Bohemia at a time when the settlement of the land was still in progress, and he took an active part in this settlement, thus following the example of his ancestors. Castle-building, the laying out of villages and probably also the development of the town of Tachau can be traced back to him. In so doing he was, in keeping with the spirit of his time, far from pursuing national goals. The bearers of the mediaeval Eastern colonization thought in supranational terms, just as the Empire and the then extremely influtential Church were supranational. Nevertheless, the result of this settlement of the land was an extension of the area of German settlement.

Albert identified himself wholly with the higher nobility of his new homeland, and took part in its efforts in the sphere of power politics, even when at the beginning of the Luxembourg period these were clearly aimed at the Germans who had come into the land.

Into his old age Albert remained a fighter by nature; he died in 1321. He took part in rebellious activity against three of the six kings whom he experienced, in the foreground of political life. The alleged encroachment of his right let him rebel against Otokar II and Wenceslas II, the attainment of increased power of the Estates, against King John and wis wife.

WOK VON ROSENBERG

Adolf Wagner

With Wok von Rosenberg, one of the most important vassals of the great Bohemian king Přemysl Otokar II, we touch upon an ever acute European problem, which up to the present day has found no definitive solution which is just to all those involved: Bohemia as the conscious homeland of its Czech and German-speaking inhabitants.

Descending from the mighty family of the Witigones, which came from the area of Vilshofen in Lower Bavaria, by way of the Upper Austrian Mühelland, to Bohemia, and rose there in an unbelievably short time to power and influence, he combined political far-sightedness and diplomatic talent with deep insight into economic necessities and with an iron will, accompanied by great skill, to clear the land and settle his extensive landholdings. Above all, however, was his unchanging loyalty to his king, among whose closest confidants he was already counted when the latter still as margrave directed the destiny of Moravia, and whom he served later as first judex provinciae (comparable to the position of the present-day Landeshauptmann) of the young land of Upper Austria, as chief burgrave of the King-

dom of Bohemia, and finally, until his sudden death in Graz on June 3, 1262, as capitaneus, or Landeshauptmann of the Duchy of Styria.

That, however, which makes him appear so important particularly to our time that we make a special point of commemorating the seven hundredth anniversary of his death is his untiring effort to help his king build from Bohemia a Central European kingdom, which as an integral part of the Holy Roman Empire was also an integral part of the countries settled by the Slavs between the Baltic Sea and the Mediterranean.

Through the large-scale colonization and settlement, using the most modern methods of the time, that he instituted on his landed property, which stretched as far as Upper Austria, Moravia and Silesia, he played a decisive role in shaping its face up to the present. Przemysl Otokar also duly valued the services of this faithful follower, and was not stingy with bestowals of additional rich lands and the granting of important rights, as the enfeoffment with the County of Raabs in Lower Austria, for example, shows.

HISTORICAL FACTS ABOUT PILLOW-LACE MAKING IN THE BOHEMIAN ERZGEBIRGE

Siegfried Sieber

From about 1561 on pillow-lace making spread from Annaberg in the Saxon Erzgebirge not only on the Saxon side, but was also taken up rapidly by women and girls among the mountain-dwellers in the Bohemian mountain villages. Around 1600 St. Joachimsthal was an important lace-making place, and its traders marketed their wares by way of Prague, where Saxon lace-sellers also traveled. There were many lace-dealers among the Exulants who fled to Saxony around 1660. Girls from Bohemian villages made lace-work for merchants from Annaberg, and for a long time Bohemian and Saxon lace-making were very closely connected. Lace-dealers were at first peddlers with „lace knapsacks", and later were for the most part the most respected merchants in the small mountain towns. Their trade connections extended to Hungary and Tirol, but also „into the Empire." Thousands of women and girls worked for them for low wages. In the 18th century Graslitz and Neudek were leading places for lace. In accordance with mercantilist ideas, Maria Theresa promoted lace-making through bounties, encouraged the establishment of lace-making schools, sent for a mistress of this craft from the Hapsburg Netherlands, and had a manufactory established in Prague. Lists for the year 1786 reveal large numbers of lace-makers for most of the mountain districts and many indi-

vidual villages. After the loss of the Netherlands, Austria tried to domesticate Brussels lace. Twenty-two girls from the Erzgebirge were trained in Vienna, and they established lace-making schools in their home villages. By 1818 there were fifteen schools. Brussels-type pillow-lace was made in ten larger places from Graslitz to Kupferberg, and needle-point lace was made in Gossengrün. Flax cultivation and flax dressing were supposed to ensure fine thread. In 1822, however, the schools were dissolved, since cheap machine-made lace had in the meantime come into use. In the struggle against it, handmade lace turned to silk lace. In 1845, in spite of extremely low wages, 31,731 lace-makers could still be counted, but the real number can be set much higher. From 1834 on the Graslitz lace school became important, and girls from Gossengrün produced point lace in the Belgian style, just as many other mountain villages developed special styles. Much lace was delivered to Saxon merchants. Austria won prizes with Erzgebirge lace at international expositions, and its lace trade extended to Russia and America. In 1905, 15,000 lace-makers were still recorded in the Bohemian mountain area. In 1920 Neudek, Graslitz, Sebastiansberg and Weipert were the main centers of the lace art. A state school was in existence from 1903 to 1918 in Vienna, and later in Prague. The First World War brought most severe hardships to the lace-makers. Afterwards there was a long period of prosperity. In 1945 thousands of Sudeten German lace-makers brought their beloved lace bags with them into the Federal Republic.

At the end some information on the folklore of the lace bag is presented, and the lace names as well as the customs of the lace-women are described.

THE SUDETEN LANDS AND THE GERMAN WEST IN THE MODERN ERA

Adam Wandruszka

To a greater degree than other European regions, the fate of the Sudeten lands has in the modern era been determined by military decisions: the Battle of Mohács (1526), the Battle of the White Mountain (1620), the Silesian Wars and the Seven Years' War (1740—45, 1756—63), Königgrätz (1866), and the two World Wars. Even where the decisions were reached on Bohemian battlefields, the lands of the Crown of Wenceslas were much more the object than the subject of the contest, and even in the Bohemian uprising of 1618—20 the decision was finally brought about by foreign armies and generals.

From the beginning the relations to the German West were very close.

Ferdinand I, elected King of Bohemia in 1526 after Mohács, was on January 5, 1531, while his brother, the Emperor Charles V, was still alive, elected Roman king in the Cathedral of Cologne, and from then on until the end of the Holy Roman Empire (1806), the „Roman crown was placed on top of the Bohemian" each time. Both parties in the great religious-political struggles — sovereign and estates, Catholics and Protestants — found backing and supporters among West German and West European fellow-believers and compeers, especially since the greater nobility of Bohemia, both German and Czech, felt that it was on entirely equal terms with the nobility of the German Empire and that it had manifold ties with it. In the reorganization and re-Catholicizing of the country the victorious Counterreformatory absolutism of the Hapsburgs made use of people brought in from abroad; next to Spaniards and Italians, predominantly men from the German West (priests and monks, but also, in the new formation of the Bohemian nobility after 1620, officials and nobility). As an example of the later period Prince Kaunitz-Rietberg should above all be mentioned; on his father's side he was descended from Bohemian, and on his mother's side from Westphalian, nobility. After the wars between Frederick the Great and Maria Theresa, the Sudeten area, which had for the most part been situated up to then in west-east tension, was also placed in north-south tension. In the Age of the Enlightenment, Bohemia became „the classical land of the Enlightenment in Austria" (Eduard Winter), while in the Napoleonic era the world-famous Bohemian spas (which Goethe at that time also visited almost every year) became the meeting-place for Prussian and Austrian statesmen, soldiers and diplomats, where the great coalition against Napoleon was welded together. Although the lands of the Crown of Wenceslas remained in the German Confederation in 1815, and although the relations were intensified even more in the Age of Industrialization, František Palacký's famous letter declining the invitation to the National Assembly in Frankfurt must be evaluated — at least for the Czech part of the population — as the return of the Bohemian electoral voice to the Reich, and was thus a prelude to the separation by force in 1866.

MANORIAL DOMAIN AND SUBJECT PEASANTS IN THE BOHEMIAN STATE UNDER THE STÄNDESTAAT. NEW CZECH INVESTIGATIONS ON THE ECONOMIC HISTORY OF THE 15th AND 16th CENTURIES

Ferdinand Seibt

There is still no comprehensive Czech economic history. Marxist investigations which dealt with this theme in the past decade focused above all on agriculture as the production basis of the mediaeval economic world. In this connection a study by F. Matějek appeared in 1959 on „The Great Feudal Estates and the Subject Peasants in Moravia" etc. and one by A. Míka in 1960 on „The Subject Population in Bohemia in the First Half of the 16th Century." The two works converge roughly, with Míka devoting attention more to the subject population, and Matějek tracing more closely the development of the great feudal estates and comparing it with Polish and Silesian conditions. The studies are of fundamental significance for European economic history, because they deal with a period in which the income basis of the manorial economy shifted from rentals to the private manorial farm, when, as it were, the „noble rural life" originated.

In posing such themes attention must be devoted inductively to certain questions which Marxist Czech research has attempted to comprehend since the summary of Czech history in the form of theses in 1954: 1) the so-called second serfdom after the Hussite wars, 2) the progress of social differentiation in the 15th century, and 3) the deeper causes of the development of private manorial farm enterprises. Both authors deal with these questions with noticeably more realism than did the authors' collective of 1954. They reject directly the deterioration of the position of the subject population, in other words, a "second serfdom"; they describe the process of social differentiation in the countryside as insignificant in the period under consideration; particularly in Matějek's formulation of the question, which in this respect is more thorough, they find the cause of private manorial management in the incentives from long-distance trade and in the refinement of production (beer), rather than in the exploitation of the subject peasants on the local markets, according to the theses of 1954.

Finally there remains the question whether the manorial economic forms of the 15th and 16th centuries may be described as "early capitalism." Only Míka has taken up a position more precisely here. Of course the West-

ern reader must first acquaint himself with Marxist terminology in order to notice that Míka has not only asked for a purely functionalistic concept of capital, but that his judgment depends upon whether "power as the midwife of capitalism" (according to Marx) had already become conspicuous in this period. He denies this question. This not only distinguishes, to his advantage, his presentation from the uncritical deductions in the relevant Soviet Textbook of Political Economy of 1955 (4th ed.), but also approaches O. Brunner's views of an aristocratic guiding image for the social order, which until the end of the 18th century also dominated the economic world.

Apart from the systematic aspect, both studies offer valuable individual data.

THE ECONOMIC RELATIONS BETWEEN WEST GERMANY AND BOHEMIA-MORAVIA IN THE AGE OF INDUSTRIALIZATION

Hermann Kellenbenz

Great distances involved and great transport difficulties prevented an intensive direct trade between West Germany and Bohemia-Moravia up to the beginning of the industrial age; moreover, various intermediary centers, located closer by, such as Nürnberg, Leipzig, and Linz, offered trading fairs. In individual cases connections extended further west, to the Frankfurt fairs, Cologne, Aachen, and Wesel, and were able to obtain luxury goods from Belgium and France, English cloth, or metalware and weapons from the Lower Rhine. Later, as the process of industrialization advanced and the obstacles to transport diminished, and the machine factories of the Rhineland took their place alongside those of England and Belgium, machines and other metalware were procured from here. But not only this exchange of goods makes the relations between West Germany and the lands of Bohemia and Moravia in the age of industrialization interesting: above all, it is the men from the Rhineland and Swabia who contributed to pushing industrialization ahead in this area. Without doubt, the members of the higher nobility who resided in Moravia and Bohemia had a considerable share in the industrial development of this area; they had the workers at their disposal, they owned, above all, the estates with the mineral resources required. They were the owners of the flocks of sheep whose wool satisfied for the most part the needs of the Moravian cloth factories into the 1840's. However, though it was possible to manage in the manufactories to a large degree with unskilled or semi-skilled workers, the transition to the machine-run factory required special skilled labor. It had

to be brought in from the outside, from places where a certain tradition in the field of technology already existed. In West Germany such labor was furnished chiefly by the Rhenish textile area and by Württemberg, (watch makers, turners, locksmiths), a land with precision-tool trades. This generation, endowed with technical and entrepreneurial ability, knew how to take advantage of the opportunity offered; it was mobile and adaptable enough to change from the textile branch or watchmaking and turnery to engine-building, and from there to the sugar industry. The fact that it brought together the necessary capital for its enterprises, and that it without hesitation came to grips with the technical transport problems that emerged, especially railroad construction, constitutes another part of its achievement.

In the over-all picture of the achievements of foreigners who impelled the industrialization in Bohemia and Moravia, the men from the Rhineland and Swabia stand, of course, only in the same row with the sons of other lands. Englishmen, Belgians, Frenchmen, Italians, Swiss, Westphalians, Franconians, Bavarians, Saxons, and Berliners also took part in this work. A complete picture of the industrialization would have to appreciate their contribution, as well as that which was accomplished by young natives, e. g. Liebig from Braunau, and Škoda from Pilsen.

THE PROBLEMATICAL NATURE OF A CULTURAL HISTORY OF THE CZECHS

Emil Schieche

The forcible deportation of the Germans from the Sudeten lands ended an uninterrupted 1,500-year-old cultural period, one of whose basic attributes had been that Czechs and Germans had lived with and next to each other. If, on the one hand, the culture of the Czechs from the beginning bore the mark of the Occident in general and Germany in particular, it had, on the other hand, so many earmarks of Slavic character that it must be regarded as a Slavic and genuinely Czech culture. The way in which the Czechs were able to preserve their language against the preponderant strength and spread of the Germans can as a cultural manifestation not be valued highly enough. The political community with the Austrian Alpine lands, which lasted for four centuries, made the Czechs receptive for the culture radiated from Vienna which paid homage to individuality and was permeated by cosmopolitanism. Especially the most important outward signs of Czech character, folk art and national costume, threatened to disappear completely from all but a few areas in the mid-19th century, when at the end of the century, with the Svéráz, there began the systematic

cultivation of national costumes and folk art, as well as the recovery of what had been forgotten. It is obvious that the Czechs endeavored from time to time to partake of the attainments of the Western cultural sphere without German mediation, and also to establish intellectual bridges toward the Slavic East, and this left behind clear traces in their culture and engaged them in the main stream of world activity.

Through an evaluation and analysis of the culture of the Czechs four different types and paths of cultural volition and cultural expression can be ascertained. Two essential cultural expressions are the preservation of Slavic character and the struggle in behalf of their own language; the efforts to come into contact with other cultures beyond the German environment can be regarded as the third cultural expression. The fourth cultural expression, the cultural volition deriving from the Czech-German interrelationship, bestowed upon the Czechs the greatest achievements, whose inner essence represented a Slavic-German intellectual fusion. There thus exists a schism between cultural expression and political attitude, which the democracy of the First Republic was unable to overcome, and which is probably one of the main reasons why up to now no Czech has written a cultural history of his own people.

In writing a cultural history of the Czechs one encounters phenomena of the Bohemian lands whose prerequisites, developmental stages, or originators reveal Czech, German, or other elements and have correspondingly different characteristics. In some cases an unequivocal answer can be found not at all, or only to a limited degree, and in others the components can hardly be eliminated, or not at all. In other words, in the recording and evaluation of some phenomena it is necessary to be satisfied with outlining and paraphrasing. Herein lies the problematical nature of a cultural history of the Czechs.

In a cultural history of the Czechs the Emperor Charles IV cannot be omitted. As Bohemian king and as a descendant of a Czech dynasty on his mother's side, he influenced Czech culture creatively, although he himself was never anything other than a German ruler. The painting of the 14th century must likewise be depicted, including, namely, the elements outside the purely Czech cultural area (South Bohemian art, Theoderich). — Since in addition to King Wenceslas IV and his wife, other Germans also took part in kindling the Hussite movement, a cultural history of the Czechs cannot disregard this German participation; the problem whether the Hussite movement proceeded from religious or from anti-German, national impulses would thereby be clarified. — The extent to which the activity of the Czechs outside of the Bohemian lands should be valued represents a problem. A positive solution can be found for the 17th and 18th centuries, and a uniform account should also be possible for the first half of the 20th century, but it is doubtful whether the activity since 1945 still reveals so many common characteristics as to permit granting it the attribute of a

uniform culture of the Czech emigration. The life and activity of the Slovaks Ján Kollár and Pavel Josef Šafařík shows the problematical nature of the Slovak-Czech cultural community at the beginning of the 19th century, which makes it on the whole impossible to classify these two great intellectual figures under Slovak or under Czech culture; their place in the cultural history of the two peoples should be all the more prominent.

THE LOST ISLANDS. A CONTRIBUTION TO THE STUDY OF THE NATIONAL CONTROVERSY AND POPULATION SHIFTS IN CENTRAL MORAVIA PART 2

Johanna Spunda

Whereas the first part of the present work on the development of the nationality problem in Central Moravia in the Age of Emperor Francis Joseph I, which appeared in Vol. 2 of the Bohemia-Jahrbuch, pp. 357—413, attempted to show the driving forces, the present second part depicts the results of this play of forces in the everyday life of the individual linguistic islands of Central Moravia. They stand as examples also for the other urban linguistic islands, not mentioned, of Loschitz, which became Czech in 1888 above all through population shifts, Hohenstadt and Miglitz, which maintained their German municipal representation until 1918, the rural linguistic islands of Wischau, Deutsch-Brodek, Wachtl, Konitz and Gewitsch, and the small towns on the periphery of Moravian Slovakia, which for the most part fell without a hard struggle, as a result of natural immigration.

The detailed description of the nationality struggle in Olmütz reflects the importance of this city and is designed to do justice to the radiation upon the greater part of Moravia. Alone because of its central location the national domination of this city appeared to both the Germans and also the Czechs to be an essential factor for national self-assertion. Up to 1918 Olmütz was the mainstay of German nationality in Central Moravia. Its position is reflected in its century-old reputation as a „royal capital", as seat of the Archbishop of Moravia, as traditional German school and one-time university city, as a natural metropolis of the predominantly Czech-settled Hanna plain, and finally as imperial-royal garrison town.

The general account of the national disputes in Littau records the unusually rich details of this struggle which have been preserved for us by a

fortunate chance. It was fought here bitterly, whereas the towns on the Betschwa and the central March more or less helplessly came to terms with the advancing Czech nationality.

THE PONDS AND THE RESERVOIRS AS CLIMATIC FACTORS IN THE SUDETEN LANDS

Karl. Ad. Sedlmeyer

Before the Hussite Wars fishermen are mentioned as a separate occupational group in some cities of the Sudeten lands near to which waters would hardly be encountered today that would justify such an occupation. A comparison of historical maps from the 18th century and the present clearly indicates a change in the pond areas of the Sudeten lands, and this is proven by the history of the ponds in this geographical area. The drainage of the ponds during the 19th century can be traced above all to four reasons: 1. the rise in grain prices, 2. the flourishing of improved sheep-breeding, 3. the drop in fish prices, and finally 4. the increase in sugar-beet cultivation. This alteration of the pond areas resulted in a change of evaporation and with it also in a change in the local precipitation conditions, which in turn influenced the structure of the landscape. The appended tables show clearly that the drainage of the ponds resulted in a tendency toward the development of steppes, corresponding to an increase in the air temperature.

This change of the pond areas can also be detected in the amount of river drainage, namely in the "apparent" periods, which for the most part reflect human intervention in the regulation of the water supply. The index of aridity best expresses the relation between precipitation and air temperature. It was calculated for 122 stations and depicted cartographically. Next to these pond areas, which more or less go back to mediaeval fish hatcheries, there appear in recent times reservoirs in the course of the increased industrialization of these lands. The changeable character of the water volume of the Moldau-Elbe and the March was a particular obstacle for the extensive industrialization of the Sudeten lands after 1945. In order to meet this obstacle, water reservoirs were laid out, representing a water area of 15,252 hectares with a water capacity of 1,963 million cubic meters. Although they comprise only one-fourth of the pond areas, they store almost five times as much water as these did.

The development of steppes introduced in the 19th century by the drainage of the ponds is being restricted in recent times by the establishment of reservoirs in the Sudeten lands, or is being perhaps completely elimi-

nated. Although the change from the oceanic and Pannonian-Continental climate in the Sudeten lands was intensified up to now, it has probably been rather balanced out through these dams.

SUDETEN GERMAN SCHOLARS AT THE UNIVERSITY OF GRAZ

Nikolaus von Preradovich

On the occasion of the „Sudeten German Day" in Vienna on May 15, 1959, the leading Austrian historian, Prof. Hugo Hantsch, who himself, as is well-known, comes from Teplitz-Schönau, read a paper entitled „The Relations of the Sudeten Germans to the Austrian Universities." It was understandable that the scholar devoted himself particularly to his alma mater, the Rudolfina, and the other Viennese institutions of higher education. The present study brings, as a supplement to this, an evalution of the German scholars at the Karl-Franzens-University of the Styrian capital.

Already at an early time an important role was played at the University in Graz by Sudeten Germans, such as the Privy Councillor Prof. Josef Alois Jüstel from Leitmeritz or the Piarist and Professor of Philosophy Calasanz Likawetz, from Schinkau in Bohemia. Next to other important scientific celebrities — Johann Springer from Reichenau, Sales Appel from Lukow near Landskron, Johann Rotter from Braunau, or Josef Büchinger from Groß-Olcow in Znaim district — special mention should be made of Moritz Körner, an uncle of the second president of the Second Austrian Republic, General Theodor Körner Edler von Siegringen, who was appointed Professor of Pathology in Graz in 1863. Since it is impossible within the framework of an article to evaluate all the professors of Sudeten German origin who taught at the Alma-Mater Graecensis, the author restricted himself to several of the numerous Sudeten German scientists who were especially prominent for their scientific or political activity.

Detailed evaluation is devoted to: Gustav Franz Ritter von Schreiner, Professor for Political Sciences and member of parliament for many years, who came from Pressburg; Franz Xaver Ritter von Hlubek, Professor Ordinarius for Theory of Agriculture and politician, who was born in Chatitschan in Austrian Silesia; the physicist Anton Ritter Schrötter von Kristelli, son of a pharmacist from Olmütz; the geologist Karl Ferdinand Peters, who was born in Liebshausen Castle as the son of the director of estates there; the historian and director of the Provincial Library of Styria, Hans Zwiedeneck Edler von Südenhorst, who was born in Graz as the son of a colonel of the artillery from Leitomischl, and who was the father of the famous

Munich political economist Otto Zwiedeneck Edler von Südenhorst; the important historiographer Johann Loserth, who was born in Fulnek in Moravia and whose special interest was in the history of the Bohemian area; the chemist Zdenko Skraub, the son of a cathedral choirmaster from Prague; Anton Mell, the director of the Styrian Provincial Archives and Professor for Austrian History, who was born in Graz, but was the son of an imperial-royal officer who came from Königgrätz; and lastly, but in his importance as Professor Ordinarius for Zoology by no means last, Karl Ritter von Frisch, whose family came from Hohenelbe, but who himself was born in Jungbunzlau.

All coming from the Bohemian-Moravian area, the personalities named were active as important academic teachers and in numerous cases as leading politicians in Styria.

THE SECOND CZECHO-SLOVAK REPUBLIC AS REFLECTED IN CONTEMPORARY CZECH PRESS OPINION

Otto Böss

The short time in which the Second Czecho-Slovak Republic existed, from October 1938 to March 1939, represents an interesting period, not only with regard to foreign policy, but also to domestic politics, and constantly offers the historian the possibility of posing new questions.

The present study is based primarily upon the Czech daily press of these six months and attempts to show the attitude of journalism with respect to the manifold questions and problems of that time.

The Munich Agreement had plunged the residual Czech state into a great crisis at home and with regard to its foreign policy. However, men could be found who tried to save what could still be saved. In foreign policy they aspired at first to strict neutrality toward both the Western Powers as well as the Axis. In domestic politics the main problems developed, on the one hand, in the area of the party system, which urgently required reform, both in the field of ideas and with regard to the number of parties and the replacements in party leadership; on the other hand, the economy of the country, which had been seriously affected by the cessions, required reorganization and at the same time forced reconstruction; finally, as a third factor, was the clarification of the question of the further living together of the Czechs and the Slovaks.

There are already studies on all of these important points which review the state of affairs on the basis of archival material and memoirs. However,

no detailed evaluation has as yet been made of the attitude of the Czech press, which, without any doubt, decisively influenced the mood of the population. This investigation attempts to close this gap, as far as this is permitted by the newspaper material from this period, which is only incompletely available in the West.

It can be clearly discerned that the press was entirely aware of its important task in this time of transition and reorganization. In a concrete and temporally limited situation it made an important contribution to preventing the decay of the domestic political structure. Immediately after the crisis it repeatedly kept the consciousness of the great sacrifices before the eyes of the people, and warned it to maintain composure and faith; it dropped the matter of the mistakes that had been committed, and was able to place the advantages of the limitation to a smaller area ahead of the disadvantages; in domestic affairs it propagated the simplification of the party system, and the importance of the sensible living together of the Czechs, Slovaks, and Carpatho-Ukrainians, and appealed for a forced economic development as the basis for the new statehood; it advised caution in foreign policy, neutrality, and incorporation into a new *Mitteleuropa*, and finally, referring to the principle of self-preservation, even recommended leaning upon the Third Reich.

The study places emphasis on the treatment of these points, assuming that they were the most decisive ones in the period of transition, and as long as it had not yet become all too apparent that the days of the Second Republic would be numbered.

ON THE SOCIAL STRUCTURE OF THE COMMUNIST PARTY OF CZECHOSLOVAKIA

Heinrich Kuhn

In the year 1958 every sixth Czech or Slovak over twenty years of age was a member of the Communist Party of Czechoslovakia (CPCS). In relation to the population of the country the CPCS is thus one of the strongest Communist parties of the world, since in the Soviet Union, for example, only every thirty-fifth inhabitant is a member of the party (CPSU).

Before the Second World War the relative strength of the CPCS was quite different: The Communists played a considerable, but by no means outstanding, role in the political life of Czechoslovakia. This has changed fundamentally since 1945.

However, the focus in this investigation is not on the history of how the Bolshevization of Czechoslovakia came about after 1945, but on the social

background — the political sociology of the CPCS as a social and political-psychological phenomenon. The investigation is based on the CPCS's own data on the social structure of its members made public from its foundation to the present. The investigation as well as the analysis of the results had to be carried out in two separate sections: up to 1938 and after 1945. Up to 1938 relatively numerous data of the CPCS on this group of questions were published: for the Communists themselves this period already represents a development which has become history. Only very few pre-war members play a role in the Party today, although many of the leading positions are still held by Party veterans. Ever stronger, however, a new group is pushing its way toward power: new Communists who joined the Party only 1945 or later. Tracing the social-critical phenomena of the members of the CPCS in their historical course thus also means showing in a scientific analysis the possibilities of future developments and methods.

Though this method is unable to explain the phenomenon of the growth of the Party from 47,000 members in the year 1947 to 2½ million in the year 1949, conclusions can still be drawn, by means of certain criteria, as to the classes and circles out of which the Party of today is composed. Such criteria are the length of Party membership, the age stratification, the social position in professional life, the participation of women, and the participation of the national minorities.

The investigation itself is only a part of a comprehensive study by the author devoted to the history, policy, and structure of Communism in Czechoslovakia, and is taken from the section on the sociology of the CPCS.

PARLIAMENTARY DEMOCRACY AND THE POLICY OF THE COMMUNIST PARTY OF CZECHOSLOVAKIA 1945 — 1948

Otfrid Pustejovsky

In the development of formerly democratically-governed states into a Communist regime, the Czechoslovak Socialist Republic (ČSSR since June 11, 1960) represents a special case. This was, to be sure, frequently recognized and was especially emphasized in the literature of the emigration, but for the supplementation and completion of the picture the representative Marxist Czech voice was missing. In the last years Czech Marxist historical science and Party philosophy has now to an increasing degree taken interest in this subject, published sources on it, and attempted to incorporate it into the Marxist-Leninist pattern of history.

Jan Kozák, Professor of Philosophy and contributor to the central organ

of the Communist Party of Czechoslovakia, Příspěvky k dějinám KSČ (Contributions to the History of the Communist Party of Czechoslovakia) has published a series of articles on the policy of the Czech Communist Party from 1945 to 1948. In his article „Possibilities of the Revolutionary Utilization of the Parliament in the Transition to Socialism and the Task of the Popular Masses" he deals in particular with the methodological bases of the political activity of the Party and the practical consequences resulting from this program. This article served as the basis of the present work's critical examination. According to it the policy of the Communist Party was based above all on the two Leninist principles of „pressure from below": infiltration of the machinery of state, control of the formal democratic parliamentarism and mobilization of the masses, as well as active exertion of influence and direction of political life from the semi-political level of trade-unions, peasant groups, and youth organizations, and the suppression of opposing views at these levels. The Communist Party of Czechoslovakia thus knew how to fill the key ministries, to carry through popular demands of the immediate post-war period as its own program, to maneuver out political opponents, etc.

Kozák substantiates his examples with numerous facts. Of great importance, however, are his philosophy and his conclusions with respect to the Czech precedent, according to which evolutionary developments — as in Sweden or Great Britain — are only injurious to socialism; the only correct course is the revolutionary utilization of the parliament with the help of the formal weaknesses characteristic of a democratic regime.

To be sure, Kozák does n o t mention the special historical-political prerequisites aiding the Communist Party in 1945: only the Communists had a firm program and an organization that had already been clearly developed in Moscow during the war, and they organized first at the lowest administrative level of the towns and villages the self-administration after 1st May, 1945 — in most cases with a neutral man at the head —; they developed the initiative for the so-called "Kaschau (Košice) Program."

In the present work, which particularly takes into consideration present-day Marxist literature, methodological questions are dealt with in especially great detail, as well as the problem of nationalism and its skillful manipulation for political purposes after 1945. For the first time longer excerpts are reproduced from speeches which Gottwald, the state president who died in 1953 and an old Communist from the First Czechoslovak Republic, made over Moscow Radio during the War to his countrymen.

THE RESULTS OF THE CZECHOSLOVAK ECONOMY IN THE YEAR 1961

Kurt Wessely

In the year 1961 Czechoslovakia began the new Five-Year Plan, which, compared to the expiring Five-Year Plan brings a certain reduction in the expected rates of growth of industrial production. The data published by the Central Statistical Office concerning the carrying out of the new plan in the first plan year (1961) reveal, however, that it can be fulfilled only under great difficulties, and point to bottlenecks in the Czechoslovak economy (coal output, steel and rolling-mill production).

Whereas an 11.7% growth in industrial production could still be recorded in the year 1960, the figure was only 8.9% in 1961, and the plan for gross industrial production was only just barely fulfilled, namely 99.8% (in 1960, 101.2%). This result already reveals the strain under which the economy is working, and how difficult it is for it to reach the fixed plan goals. Thus the coal district of Ostrau-Karwin only fulfilled 96.6% of its plan, thereby remaining even slightly below the output of the year 1960, even though the 1961 output amounted to 20.7 million tons of coal. The situation became especially critical, however, through the lower production of roller products, whose output, though exceeding, with 4.7 million tons, that of 1960 by 4%, nevertheless remained 8% below the plan goal. The reason for this lies not only in the inadequate production of steel, but also in the defective work of the old, unproductive rolling-presses, whose replacement is considerably delayed in spite of all efforts on behalf of these key investments.

Since the functioning of the planned economy presupposes the smooth operation of the individual production fields, which are attuned to one another and in most cases have no reserves, there were extensive disturbances in the whole economy. Thus only 92% of the plan for the centrally directed investments was fulfilled, due to the lack of the delivery of machines and equipment, and machine exports also remained 3% below the plan level. As a result the share of machines in Czech export did not rise further, but remained stationary with 44%.The assets in Czech foreign trade dropped so considerably, that if foreign freight costs are added to the import price, the trade balance was presumably passive.

The complaints about lower production in the economy are, however, not limited to industry; they are repeated to a stronger degree for agriculture. Though its gross production rose 1%, the output in the case of

fodder root crops and sugar beets was entirely unsatisfactory, furthermore a decline began in the area under cultivation, which further reduced market production. The weather is made responsible for the failures, but the main reason was without doubt the accelerated collectivization, which by the end of 1960 already comprised 91% of all arable land, and in the main should be completed.

The unfavourable harvest yield necessitated heavy imports of foodstuffs to be continued in 1962, which will of necessity lead to a greater strain in foreign trade. This will bring difficulties, because the other East Bloc states also had unfavorable harvests and therefore have to make supplementary grain purchases in the West themselves.

The supplying of the necessary labor is a difficult problem to solve, since the population is increasing only slowly. Through the heavier employment of women in the year 1961, more persons were at work than had been intended, but this was only at the cost of labor productivity.

If the official report does not keep secret such deficiencies and difficulties, it is an obvious conclusion that they are not merely temporary and that they seriously disturb the economy.

RESUMÉES

LA SOCIÉTÉ POUR L'HISTOIRE DES ALLEMANDS EN BOHÊME 1862 — 1938

Kurt Oberdorffer

Des étudiants issus de milieux artisanaux créèrent à Prague, le 27 Mai 1862, une société dont le but était de compléter l'histoire tchèque de Franz Palackýs par l'histoire des Allemands en Bohême, mais aussi de renforcer la conscience historique de ces derniers. La direction scientifique fut assurée, pendant les premières années, par le professeur Konstantin Höfler, un historien de l'Université de Prague originaire de Bavière. C'est avec beaucoup d'ardeur que les jeunes historiens s'attaquèrent d'abord à l'étude et à l'édition de l'histoire des villes, de chroniques et d'archives. Ces études historiques avec leur tendance à l'éducation populaire correspondaient à l'évolution libérale en Autriche. Ludwig Schlesinger né en 1838 fut à la fois le historien et le rédacteur des "Informations de la Société pour l'histoire des Allemands en Bohême" (MVGDB), et un membre influent du Comité de Direction, en sa qualité de leader politique des libéraux, et ce jusqu'à sa mort en 1899. La polémique avec Palacký vers 1870 et la division de l'Université de Prague en 1882 élargirent le fossé entre les historiens des deux peuples.

Pendant le recul de la tendance libérale et l'accentuation des oppositions nationales en Bohême, le Comité de Direction de la Société se cantonna exclusivement dans la recherche scientifique, et, abandonnant l'idée d'éducation populaire réduisit les relations étroites existant avec ces régions germano-bohémiennes. Aux archives sur les villes allemandes et les cloîtres s'ajoutèrent des séries de publications à propos de l'histoire de l'industrie, des arts, de la musique concernant la chose allemande du pays du point de vue de l'histoire des régions et des hommes.

La Société fondée en 1891 à Prague, société pour le soutien et le développement des sciences, des arts et de la littérature allemands (appelée société promotrice en Bohême) se fixa sous la direction du professeur de littérature allemande contemporaine August Sauer, des tâches importantes dans les domaines scientifiques et culturelles; c'est elle qui faisait éditer depuis 1901 la revue "Deutsche Arbeit" [Le travail allemand] à laquelle collaborait la Société d'histoire. La lutte pour le maintien des Grandes Ecoles allemandes de Prague fut aussi menée par A. Sauer.

L'entrée de représentants issus de la génération âgée de trente ans amena le rajeunissement du Comité Directeur. Ce dernier trouvera vite après 1919 dans la nouvelle République tchécoslovaque des contacts avec la Société de recherche et d'éducation sur la mère-patrie fondée en 1922 à Aussig et les sociétés d'histoire des diverses régions des pays de Bohême.

L'organisation de sessions communes d'étude des historiens et la création d'une section "d'archives" en 1925, dans le cadre de la Société, en vue de l'étude et de l'exploitation scientifique des archives allemandes privées de Bohême, de Moravie et de Silésie renda a la Société d'histoire de Prague son ancienne importance comme Institut directeur dans l'étude de l'histoire allemande. Les archives organisés comme bibliothèques d'étude à Prague servirent admirablement ce dessein et furent utilisées par de nombreux étudiants.

De nouveaux professeurs, dont plusieurs venaient de l'Institut de recherches historiques de Vienne renforcèrent le sérieux de ces recherches scientifiques, plus particulièrement le côté juridique, l'histoire des villes, des colonies et l'histoire du pays. Depuis 1922 des professeurs rentrés de captivité tels Wilhelm Wostry né en 1877 et de jeunes capacités, W. Weizsäcker et Ernst Schwarz s'y ajoutèrent.

A côté des "Communications", les rapports annuels et les publications à l'occasion des jubliles de professeurs marquants (W. Wostry, H. Hirsch, Th. Mayer) démontrèrent l'ampleur du programme des recherches. Les fêtes pour le 75ème anniversaire de la Société en 1937 donnent l'occasion de souligner son haut niveau scientifique et amenèrent la publication en deux volumes du "Sudetendeutschtum, son essence, son évolution au cours des siècles", et d'un second périodique "Zeitschrift für Sudetendeutsche Geschichte". (Revue pour l'histoire des Allemands de Sudètes). Là aussi bien qu'au congrès international des historiens de Zürich en 1938 semblait s'ébaucher une collaboration compréhensive avec les historiens tchèques. La Société d'histoire put s'affirmer après 1938, mais elle fut spoliée en 1945, trois des membres de son comité périrent de mort violente au cours de l'été, sa bibliothèque fut remise aux archives municipales de Prague.

Les survivants du Comité de direction rassemblèrent les historiens expulsés au sein de la Commission d'histoire des pays sudètes, crée en 1953 à Heidelberg, et fondèrent en 1956 le Collegium Carolinum, centre de recherche sur les pays de Bohême.

LES BASES DE L'HISTOIRE DES PEUPLES DE LA BOHÊME DU NORD, DE L'ELBE AU RIESENGEBIRGE

Ernst Schwarz

Une vue d'ensemble du paysage et du climat de la région en question qui ont eu une action sur la forme de colonisation tchèque et allemande est suivie, après de courtes indications sur la situation à l'époque prégermanique et germanique, par une étude démontrant que seule la région de l'Elbe autour de Leitmeritz, Aussig et Tetschen fait partie des régions occupées par la première vague de colonisation tchèque laquelle n'avança que lentement en direction du Nord et de l'Est.

Le territoire de colonies tchèques peut être circonscrit par la toponymie des lieux avec un essai de classification historique. Les types de noms les plus anciens de villages tchèques se trouvent dans le sud des régions en question. Au 13ème siècle commence le contact avec la colonisation allemande, laquelle avait déjà commencé au 12ème et début du 13ème siècle, au nord des régions montagneuses. La preuve la plus ancienne de l'existence d'habitants allemands peut-être faite pour Leitmeritz dès 1235. D'autres villes et bourgs suivent dès le milieu du 13ème siècle; on retrouve aisément, dans certains cas, l'activité de colons allemands; là où ils cohabitent, le rapport des deux ethnies est analysé. La fondation de villes et la consécration de bourgs et de villages en villes se poursuit du 13ème jusqu'au 20ème siècle sans qu'on puisse nier une certaine succession chronologique surtout au début. Là oú des villages allemands sont nés, autour des villes, celles-ci représentent par là-même le centre économique de la colonie allemande; l'élément allemand s'est conservé par-delà a période hussite. D'autres, dans un entourage tchèque ont perdu, parfois dès avant 1400, la majorité allemande dans leur conseil municipal, Leitmeritz est tchèque depuis la période hussite.

Pour pouvoir observer plus exactement que ne le permettent les sources historiques existantes la coexistence des deux peuples, on compare la zone des noms de villages tchèques avec la zone des noms de villages allemands. Ces derniers dominent sur le cours inférieur du Polzen et au nord de ce fleuve, y compris les pointes de Rumburg et de Friedland. Là, les colonisateurs allemands ont "défriché la forêt". Les premiers noms de personnes dérivés de ou combinés avec des noms de lieux remontent, comme ces derniers, jusqu'au 13ème siècle, ainsi que le prouvent les noms figurant dans les documents de cette époque. Les noms des Saints nouvellement utilisés apparaissent dans la proportion du type caractéristique de cette

époque. Il en résulte que ces villages allemands "Waldhufen" sont nés en succession rapide dans la deuxième moitié du 13ème siècle. D'après leur formation, les noms allemands appartiennent au grand territoire de colonisation allemande situé au nord des Chaînes du Erzgebirge, Lausitzergebirge et Isergebirge. Dans le cas des noms de lieux d'origine tchèque germanisés, leur structure phonétique permet de décider si leurs origines remontent à avant ou après 1320. Les noms composites dans lesquels un nom de personne, tchèque, est lié à un vocable allemand, ou un nom de personne, allemand, accompagné d'un suffixe tchèque naissent de la coexistence des deux peuples dans une zone de transition; il faut toutefois tenir compte du fait qu'après la guerre des Hussites, l'administration de Prague a introduit le tchèque comme langue officielle. Par voie de conséquence la formation d'une véritable frontière linguistique a été précédée par l'existence d'une zone où les deux langues se pénétraient. Ces remarques peuvent être complétées par une étude des noms de lieux-dits, pour le cas où on puisse démontrer oú et quand-dès avant 1320 des noms de lieux tchèques s'introduisirent dans l'usage allemand, quelle est la proportion des noms de lieux-dits tchèques et allemands dans les différentes agglomérations et régions et la oú il n'y a pas de noms de lieux tchèques. Un pourcentage d'environ 5 à 6 accompagne la frontière de la colonisation allemande telle qu'elle s'est figée à l'époque hussite.

Les noms de personnes, prénoms et plus tardivement noms de famille, constituent une autre source précieuse par comparaison avec les noms employés dans des villes et des villages indubitablement tchèques et allemands. En même temps on peut constater dans la zone transitoire ou le long de la frontière linguistique une transformation tchèque des noms allemands. L'étude de l'emploi de ces noms dans les sources préhussites et post-hussites, les multiples citations de témoins dans les jugements sur les revendications frontalières du 16ème siècle sont là un elément très précieux, et peuvent compléter d'une façon intéressante les résultats obtenus par l'analyse des documents sur les lieux et lieux-dits.

Depuis le 16ème siècle on peut observer une nouvelle colonisation effectuée par une population provenant des régions plus anciennement colonisées. C'est ainsi que s'est établie au courant du 17ème et du 18ème siècle une frontière linguistique déterminée qui demeura telle jusqu'en 1945. Les conséquences des guerres des Hussites ne furent graves qu'au centre de la Bohême, mais non dans les régions frontalières et ont été surestimées du côté allemand. Certaines tendances évolutives existaient déjà auparavant. L'établissement d'Allemands au 17ème et 18ème siècle ne dépasse pas un cadre restreint et est surtout lié à la situation économique. Dans les régions d'Auscha, Dauba et de l'Aicha bohémien, certains noms et certains mots d'origine tchèque, germanisés plus tard, rappellent les anciens habitants.

DÉBATS SUR LES ORIGINES HISTORIQUES DU EGERLAND ET DE SA COLONISATION

Josef Hemmerle

Le Egerland qui constitue de nos jours la partie la plus occidentale de la Bohême fut jusqu'en 1322 partie intégrante du vieil Empire Germanique. La désagrégation de la puissance des Staufen au 13e siècle relâcha l'organisation rigide de ce pays frontalier jusqu'à ce qu'il fût donné en gage au Roi Jean de Bohême par Louis de Bavière. Une incorporation légale en bonne en due forme dans le Royaume de Bohême n'eut jamais lieu, ce qui fait que ce statut serait valable jusqu'à nos jours. Le présent travail veut montrer que cet Egerland qui du temps des Staufen était un pays d'Empire, formait un tout, englobait aussi de vastes parties de la Haute-Franconie et du Fichtelgebirge; il veut étudier son entrée dans l'histoire, les origines historiques et ethniques de sa population en se basant sur les recherches déjà effectuées. C'est pourquoi notre enquête ne s'occupera que de la période allant jusqu'à la première citation de l'Eger dans les actes de 1061. Comme il s'agit de découvrir des notions sur les origines se rapportant à une période pour laquelle les sources historiques nous manquent, nous laisserons la parole aux disciplines spéciales de l'histoire. Il ne sera donc pas faux de revoir la théorie de la population germanique originale et celle de la colonisation de la Bohême avec ses conséquences sur le Egerland et le problème de l'origine germanique ou slave de ses premiers habitants, sans oublier le résultat des recherches archéologiques allemandes et tchèques ainsi que la géographie de la colonisation. Il semble qu'ici la science linguistique sera un apport important, telle qu'elle a été développée dans les nombreux travaux d'Ernst Schwarz. Depuis la première citation de la rivière Eger en 805, les nouvelles authentiques se multiplient au sujet du territoire de l'ancienne Bavière du Nord, du Sorbenland, de la coordination religieuse sur cette langue de terre, de la zone d'influence des Babenberger et de la première apparition des envoyés impériaux qui y défrichent.

Si, en fin d'étude, les théories et découvertes historiques permettent de tirer des conclusions, on pourra constater que, ni la théorie de la continuité ou de la colonisation, ni la préhistoire ou le début de la période historique ne permettront de trouver des preuves définitives pour la classification ethniques des premières populations.

L'histoire de la colonisation n'apporte pas davantage de conclusions fondamentales, la rèpartition des terres, étant indifferentment character stique pour l'une on l'àutre des deux populations. Les sciences linguistiques

et l'étude des noms de villages peuvent prouver que, depuis le 12e siècle au moins, des Allemands se sont installés ici en grand nombre. Dans la période historique au sens étroit du terme, et plus particulièrement sous le règne du Margrave Diepold III, au début du 12ème siècle, il apparait avec évidence que le Egerland, la Provincia Egrensis, a été terre impériale directement dépendant des Staufen.

LA BOHÊME ET LES COMTES DE BOGEN

Max Piendl

Vers le milieu du 11ème siècle apparaît dans la région de l'Est du Danube une lignée dont les représentants exercent le droit comtal en lieu et place des Babenberger. Il faut y distinguer deux branches: la lignée principale dont les représentants s'appellent "Comtes de Bogen" depuis le 12ème siècle et une lignée annexe qui, jusqu'à son extinction en 1148 est possesseur du baillage de l'Evêché de Ratisbonne.

Au 11ème siècle le Comte Aschwin de Bogen se distingue par sa victoire sur les envahisseurs de la Bohême. Très peu de temps après, on note une transformation radicale des relations entre la maison règnante de Bohême et les Comtes de Bogen. La position frontalière du Comtè de Bogen est déterminante pour l'amorce d'alliances entre cette famille et les Přemyslides, alliances qui ne seront pas sans exercer une influence et une action tant sur la Bohême que sur la Bavière. La Prince Břetislaw II de Bohême épouse en 1094 Luitgard, soeur du Comte Albert de Bogen. En 1124, le Prince Wladislaw I unit sa fille Swatawa au bailli Frédéric IV. Une des unions importantes entre les Přemyslides et la Maison de Bogen est celle du Comte Albert III de Bogen avec Ludmilla, la fille du Prince Frédéric.

Ces relations étroites entre les Comtes de Bogen et leur voisin de Bohême sont l'occasion de nombreuses marques de faveur à l'égard du Couvent Windberg appartenant aux Bogen. Les évêques d'Olmütz consacrent les églises de Windberg; les riches possessions de Windberg sont le fruit d'une dotation de Wladislaw II. Elles comprennent Albrechtsried, Miltschitz, Janowitz et Wojtitz.

La suzeraineté d'Albert III sur la zone des forêts frontalières de la Wottawa supérieure et de l'Angel jusqu'aux sources de la Wolinka est en étroite relation avec le mariage du Comte Albert III et de Ludmilla de Bohême (vers 1184). Il s'agit d'un territoire dont le Centre est Schüttenhofen. La Maison Bogen est à l'origine d'une vaste action de lotissement et d'essartage dans les territoires bohémiens du Lehen. Schüttenhofen, centre de colonisation du sud-est correspond à Winterberg. Il est plus que probable

que les Bogen ont amené des paysans de leur territoire bavarois vers ces régions sylvestres de Bohême. La population allemande des districts de Schüttenhofen et de Winterberg trouve sans aucun doute ses origines dans cette action colonisatrice des Comtes de Bogen.

La mort du Comte Albert IV en 1242, amène l'extinction de la dynastie des Bogen. Après de longues querelles, le Duc de Bavière doit, en 1271, se désister de cet ancien fief bohémien de Schüttenhofen. Il est enfin possible à la petite noblesse de Bohême, grâce à la bienveillance du roi, de s'établir dans ces régions et d'y gouverner.

L'extinction de la dynastie des Bogen amène la fin des bonnes relations de voisinage entre la maison régnante de Bohême et les territoires frontaliers de Bavière.

ALBERT VON SEEBERG

Karl Beer †

Les liens de famille entre les Přemyslides et les maisons princières allemandes ne laissèrent pas de provoquer certains effets politiques. Les relations étroites que les Přemyslide avaient établies avec les pays situés au nord de la Bohême n'entraînèrent pas seulement une forte immigration paysanne et citadine mais encore le déplacement de certaines familles nobles. Parmi ces derniers la personnalié de Albert von Seeberg occupe une place toute particulière. Il avait pour ancêtres les Burgraves comtes de Leisnig, l'une des familles les plus puissantes et les considérées de la Marche de Meissen, et vraisemblablement d'origine franconienne. Il est présenté à plusieurs reprises, avec témoins à l'appui, parmi les plus hauts dignitaires du pays ou mis sur le même rang qu'eux, et est lié avec les Witigones, avec les Seigneurs de Dauba et Leipa, les Burgraves de Riesenburg et de Schönburg. Sa mère appartenait à la maison des Dauba. C'est en 1277 qu'on fait pour la première fois mention de lui de façon officielle. Il parvint rapidement à acquérir de riches domaines en Bohême tout en conservant ses terres de Meissen. Le Burg de Seeberg, bâti par lui et dont il prit le nom est situé sur les pentes de l'Erzgebirge, au bord de la fertile contrée de Biela et formait sans doute le centre de ses biens au nord-ouest de la Bohême. Il est prouvé qu'en 1290 il possédait le château de Bilin, les villages des régions de Brüx et de Saaz. De 1277 à 1292, Albert fut également Burgrave de Kaaden. Il s'établit pour un moment dans la province de Elbogen. Un autre point stratégique important pour Albert fut le pays de Tachau. Il s'installa en Bohême à une époque où la mise en valeur du pays était encore à faire et, fidèle à ses aînés, il y travailla activement. Des châteaux forts furent bâtis, des villages fondés, des villes aussi: l'édification de la ville de Tachau est son

oeuvre. Ce faisant, d'accord avec l'esprit de son temps, les sentiments nationaux lui étaient entierement étrangers. Les auteurs de la colonisation vers l'est ne bornaient pas leur vue aux frontières d'une nation, tout de même que le Reich ou l'Eglise débordaient les états. L'une des conséquences de la mise en valeur de la Bohême fut cependant l'élargissement de la place prise par les Allemands dans le pays. Albert s'intégra tout à fait à la haute noblesse de sa nouvelle patrie et participa activement à sa politique, même lorsque celle-ci, au début de la période luxembourgeoise par exemple, était plus ou moins défavorable à l'égard des Allemands établis dans le pays. Albert mourut en 1321 et fut un homme d'action jusque dans un âge avancé. Il entra en rébellion contre trois des six rois dont il connut le règne. Certains froissements de son bon droit le dressèrent contre Ottokar II, Wenzel II; enfin le désir de jouir d'une puissance stable l'opposa au Roi Jean et à son épouse.

WOK VON ROSENBERG

Adolf Wagner

Avec Wok von Rosenberg, un des hommes les plus importants de la suite du grand Roi de Bohême, Přemysl Ottokar II, nous abordons un problème européen toujours actuel, qui n'a jamais reçu de solution définitive et juste: celui d'une Bohême patrie avouée de ses habitants de langue tchèque et allemande.

Issue de la puissante maison des Witigones venue elle-même à la Bohême depuis la région de Vilshofen en Basse-Bavière par le Mühelland de Haute-Autriche, et y établissant en un temps record une puissance influente, il unissait en sa personne une largeur de vue politique et un don diplomatique à une grande connaissance des besoins économiques et une habileté accompagnée d'une volonté de fer quant au défrichage et à la colonisation de ses vastes domaines. Mais par-dessus tout, il tenait à la loyauté inconditionnelle envers son roi, dont il fut un des intimes alors que le roi, en sa qualité de Margrave, dirigeait les destins de la Moravie; lui-même deviendra plus tard le premier judex provinciae (capitaneus) de la Haute-Autriche, puis premier burgrave du royaume de Bohême et enfin, et ce jusqu'au 3 Juin 1262, date de sa mort subite à Graz, Capitaneus du Duché de Styrie.

Ce qui le fait apparaître aussi important de nos jours, au moment où nous commémorons le 700ème anniversaire de sa mort, ce sont ses efforts incessants pour aider son Roi de Bohême dans l'édification d'un Empire d'Europe centrale, partie intégrante du Saint Empire Romain Germanique et incluant une partie des pays slaves situés entre la Baltique et la Méditerranée. Ses

méthodes de colonisation, aussi modernes que de grand style pour l'époque, appliquées à ses domaines qui s'étendaient de la Haute-Autriche à la Moravie et à la Silésie, ont donné à ces pays une empreinte dont les marques existent jusqu'à nos jours. Přemysl Ottokar a su apprécier les services de ce loyal serviteur et n'a pas été regardant quant à l'octroi de nouvelles propriétés et d'énormes privilèges, le fief du Comté de Raabs en Basse-Autriche par exemple.

QUELQUES DONNÉES HISTORIQUES SUR LA FABRICATION DE LA DENTELLE AU FUSEAU DANS LES MONTAGNES DU ERZGEBIRGE EN BOHÊME

Siegfried Sieber

L'art de la dentelle au fuseau, localisé d'abord autour de Annaberg dans les Erzgebirge de Saxe se répandit, à partir de 1561 environ dans le reste de la Saxe et fut en outre vite adopté par les femmes et les filles des mineurs habitants les localités des montagnes de Bohême. Au début du 17ème siècle, l'un des centres importants de fabrication était St. Joachimsthal; ses marchands écoulaient la production de la région grâce à la ville de Prague, où ils retrouvaient d'ailleurs les marchands de dentelle de la Saxe qui y venaient aussi pour faire leur commerce. Les jeunes artisanes des villages de Bohême travaillaient pour des entrepreneurs d'Annaberg, et pendant une longue période, les ateliers de dentelle au fuseau de la Saxe et de la Bohême travaillèrent de conserve. Au début, les marchands de dentelle n'étaient rien d'autre que de petits débitants, allant de porte en porte, leur marchandise sur le dos. Plus tard ils devinrent les commerçants les plus en vue de la région montagneuse. Leurs affaires s'étendaient jusqu'à la Hongrie, jusqu'au Tirol et même jusqu'à l'intérieur del'Allemagne. Des milliers de femmes et de jeunes filles travaillaient pour eux contre un maigre salaire. Au 18ème siècle les centres importants étaient Graslitz et Neudeck. Suivant les idées de son temps, oú les états se mirent à encourager le commerce, Marie-Thérèse activa par des primes la production de la dentelle, s'occupa de l'établissement d'écoles de dentellières et fit venir, en 1767, une spécialiste originaire des Pays-Bas habsbourgeois afin de fonder une manufacture à Prague. Les Expositions organisées en 1786 réunirent un grand nombre d'exposants venus du massif montagneux ainsi que de nombreuses localités dispersées. Après la perte des Pays-Bas, l'Autriche tenta d'acclimater chez elle l'art de la dentelle de Bruxelles. On en fit faire l'apprentissage à vingt-deux jeunes filles des Erzgebirge; en 1812, elles fondèrent des écoles spéciales dans leurs villes d'origine. En 1818 on comptait quinze de

ces écoles. La dentelle du genre Bruxelles fut tissée dans douze grands centres entre Graslitz et Kupferberg et la dentelle à l'aiguille fut travaillée à Gossengrün. On se fournissait en fils fins grâce à la culture du lin et à l'apprêtement de la filasse. Mais la fabrication mécanique fit son apparition, et ces écoles furent dissoutes en 1882. Pour lutter contre la production à la machine, moins onéreuse, la production manuelle se tourna vers la dentelle de soie. En 1845, malgré les salaires les plus bas, on comptait encore 31.731 dentellières. Leur nombre exact était certainement plus élevé. A partir de 1834, l'école de Graslitz prit de l'importance, et les artisanes de Gossengrün fournirent de la dentelle au point dans le genre de Bruxelles. On inventa d'ailleurs toutes sortes de modèles dans toutes les localités. Une grande quantité de ces dentelles étaient livrées à des commerçants de la Saxe. L'Autriche se distingua dans les Expositions mondiales par ses dentelles du Erzgebirge, son commerce s'étendit jusqu'à la Russie et à l'Amérique. En 1905 on recensait encore 15.000 dentellières au fuseau dans le Massif de Bohême. En 1920 les centres de fabrication se trouvaient à Neudeck, Graslitz, Sebastianberg et Weipert. Une école d'État fonctionna de 1903 à 1918 à Vienne, plus tard à Prague. La Première Guerre Mondiale signifia pour les dentellières la misère la plus grande. Mais il y eut ensuite une longue période de haute conjoncture. En 1945 des milliers de dentellières prirent leurs fuseaux avec elles quand chassées de leur pays, elles s'installèrent en Allemagne. (On parle pour terminer du folklore qui entoure ce vieil art, des surnoms données aux dentellières et des coutumes de leur groupe.)

LES PAYS DES SUDÈTES ET L'OCCIDENT ALLEMAND DANS LES TEMPS MODERNES

Adam Wandruszka

Plus que pour tout autre pays d'Europe, le sort du Pays des Sudètes se décida sur les champs de bataille: bataille de Mohács en 1526, de la Montagne Blanche en 1620, Guerre de Silésie et Guerre de Sept Ans (1740—45 et 1756—63), bataille de Königgrätz en 1866, enfin les deux grandes Guerres Mondiales. Et même en ce qui concerne les combats livrés sur le propre sol de la Bohême, les pays de la couronne de Saint Wenceslas furent bien plus objets plutôt que sujets de l'enjeu. La révolte de Bohême elle même, en 1618—1620, fut enfin de compte réglée par des armées étrangères et des généraux étrangers.

Dès le début, les liens sont très étroits avec l'Occident allemand. Ferdinand Ier, qui fut élu roi de Bohême après la bataille de Mohács en 1526, est élu également roi romain germanique dans la Cathédrale de Cologne, le

5 Janvier 1531, du vivant même de son frère l'Empereur Charles Quint. Et, à partir de ce moment jusqu'à la fin du Saint-Empire Romain Germanique en 1806, "la couronne romaine se superposa toujours à la couronne de Bohême." Dans les grands conflits politics-religieux, les deux partis, princes et "états" (de la société), catholiques et protestants, ont toujours trouvé aide et protection dans les pays occidentaux, dans l'Occident allemand auprès de leurs pairs dans la société et de leurs frères en religion. Ceci d'autant plus que la grande noblesse allemande ou tchèque qui vivaient en Bohême se sont toujours senties de naissance égale à la noblesse de l'Empire et avaient toutes sortes de liens avec elle. L'absolutisme contre-reformateur victorieux des Habsbourg s'est servi, pour le rétablissement de la religion catholique et pour la réorganisation du pays, d'hommes du dehors: à côté d'Italiens et d'Espagnols, d'hommes venus de l'Occident allemand (prêtres, moines, mais aussi fonctionnaires et nobles lors de la reconstitution de la noblesse de Bohême à partir de 1620). Un exemple pris à une époque plus tardive est celui du prince Kaunitz-Rietberg, issu de la noblesse de Bohême par la lignée paternelle et de la noblesse de Wesphalie du côté maternel. A la suite de la guerre entre Frédéric le Grand et Marie-Thérèse, le pays des Sudètes marqué jusque là par une tension ouest-est en subit une autre, celle-ci nord-sud. Au siècle des Lumières, la Bohême fut "le pays classique des idées nouvelles en Autriche." (Ed. Winter), tandis qu'à l'époque napoléonienne, les stations thermales de Bohême, qui jouissaient d'un grand renom, (Goethe s'y rendait chaque année) devinrent le lieu de rencontre des hommes d'état, des militaires et des diplomates prussiens et autrichiens; et c'est là que fut mise sur pied la grande coalition contre Napoléon. Bien que, en 1815 les pays de la couronne de Saint Wenceslas continuèrent à faire partie de la Confédération allemande, et bien que les relations se soient intensifiés avec l'industrialisation; la célèbre lettre de refus adressée par František Palacký à l'Assemblée nationale de Francfort en 1848 et qui signifiait, du moins pour l'élément tchèque de la population, la désolidarisation politique, préfaçait la séparation explosive de 1866.

LA SEIGNEURIE FONCIÈRE ET LE SERVAGE DANS LE "STÄNDESTAAT" DE BOHÊME. NOUVELLES RECHERCHES TCHÈQUES SUR L'ÉCONOMIE AUX 15ÈME ET 16ÈME SIÈCLES

Ferdinand Seibt

Il n'existe à ce jour aucune histoire générale de l'économie tchèque. Les recherches d'orientation marxiste faites dans ce domaine au cours des dix dernières années se sont concentrées surtout sur l'agriculture en tant que base économique de la société médiévale. C'est dans cette perspective qu'ont paru en 1959 une étude de F. Matějek sur "La Seigneuriene foncière et le servage en Moravie", et en 1960 un travail de A. Mika sur "La population serve en Bohême jusqu'à la première moitié du 16ème siècle." Les deux travaux se recouvrent en partie, bien que Mika se soit préoccupé plus particulièrement du servage, et Matějek davantage du développement des grands domaines fonciers en le comparant avec la situation en Pologne et en Silésie. Les deux travaux sont d'une importance de premier plan pour l'histoire de l'évolution économique de l'Europe, car ils traitent une époque dans laquelle l'économie terrienne vit passer ses revenus de la rente foncière à l'exploitation directe des domaines, c'est à dire une époque où se constitua une sorte de "gentry".

Un tel objet d'étude contraint à traiter de façon empirique certains problèmes que les historiens tchèques marxistes ont à tout le moins essayé de cerner depuis le Recueil programmatique paru en 1954. Ces problèmes sont les suivants: 1) l'existence d'un retour au servage après les guerres des Hussites. 2) l'accentuation des différences sociales au 15ème siècle et 3) les causes profondes qui ont amené l'exploitation directe du sol par la noblesse. Les deux auteurs dont nous parlons ici traitent ces questions d'une manière beaucoup plus réaliste que le Recueil collectif de 1954. Ils écartent nettement la these d'une détérioration de la situation des "vilains", c'est à dire d'un retour au servage. Ils qualifient de négligeable l'accentuation des différences sociales au cours de la période considérée. Enfin selon eux, et particulièrement selon l'analyse de Matějek, plus approfondie sur ce point, la raison de la gestion directe de leurs biens par les Seigneurs réside plutôt dans l'attrait exercé par les marchés lointains et la transformation des produits agricoles (bière) que dans l'exploitation des paysans non libres sur les marchés locaux, comme le supposait l'étude de 1954.

Reste la question suivante: l'économie seigneuriale du 16ème siècle peut-elle être considérée comme un capitalisme naissant? Mika seul a pris posi-

tion de façon explicite. Le lecteur occidentale a besoin de se familiariser tout d'abord avec la terminologie marxiste avant de saisir que Mika répond à cette question non seulement en fonction d'une notion purement fonctionnaliste du capital, mais cherche de plus à savoir (selon Marx) "si le pouvoir agit déjà à cette époque en tant qu'accoucheur du capitalisme". Sa réponse est négative. Ceci ne différencie pas seulement son exposé d'une façon avantageuse par rapport aux déductions dogmatiques contenues dans le Manuel soviétique d'Economie politique de 1955 (4ème édition), mais le rapproche de l'idée du rôle des valeurs issues de la noblesse dans l'ordre social, au sens où l'entend O. Brunner, valeurs qui ont dominé également le monde économique jusqu'à la fin du 18ème siècle. Mis à part leur aspect de synthèse, les deux études présentent des relations de détails très intéressantes.

LES RELATIONS ÉCONOMIQUES ENTRE L'ALLEMAGNE OCCIDENTALE ET LA BOHÊME-MORAVIE À L'ÉPOQUE DE L'INDUSTRIALISATION

Hermann Kellenbenz

Les distances et les grandes difficultés de communication s'opposèrent, jusqu'au début de l'ère industrielle, à un commerce direct et intense entre l'Allemagne occidentale et les pays de Bohême-Moravie. De plus, différents centres d'échanges, plus favorablement situés s'offraient au commerce, tels Nuremberg ou les Foires de Leipzig et de Linz. Certes, il existait bien déjà certaines relations commerciales isolées avec l'Ouest, par exemple avec les Foires de Francfort, avec Cologne, Aix-la-Chapelle ou Wesel, lieux où l'on se procurait les articles de luxe venant de France ou de Belgique, ou les étoffes d'Angleterre ou encore la ferblanterie et les armes de la Rhénanie. Plus tard, lorsque le processus d'industrialisation se fut intensifié, les communications devenues plus faciles, et que des fabrique de machines s'installèrent en Rhènanie, à côté des fabriques similaires d'Angleterre ou de Belgique, ce fut là qu'on s'approvisionna en machines et autres produits métallurgiques.

Mais ce qui rend intéressant les relations entre Allemagne occidentale et Bohême-Moravie à l'ére industrielle, c'est moins cet échange de marchandises, que les hommes venus de la Rhénanie et de la Souabe, qui ont contribué à développer l'industrialisation dans les régions dont nous parlons. Sans aucun doute, les membres de la haute noblesse installés en Bohême et en Moravie ont excercé un grande influence sur l'industrialisation de ces régions. C'est eux qui disposaient de la main-d'oeuvre, qui possédaient le sol et les ressources du sous-sol, qui possé-

daient aussi les troupeaux de moutons dont la laine, jusqu'aux années 40 environ suffit à alimenter en grande partie l'industrie textile de la Moravie. Mais si l'on pouvait se contenter du temps de l'artisanat d'ouvriers non spécialisés ou formés sur place, l'industrialisation exigeait en même temps une main d'oeuvre qualifiée. On dut la recruter à l'extérieur, là où il existait déjà une certaine tradition des procédés industriels.

L'Allemagne occidentale, et en particulier les régions textiles de la Rhénanie et le Wurtemberg, pays de la mécanique de précision, fournirent des horlogers, des tourneurs, des serruriers et des ajusteurs. Ces hommes doués des qualités techniques et de l'esprit d'entreprise de leur génération surent saisir les chances qui s'offraient à eux. Ils furent suffisament souples pour savoir passer du textile ou de l'horlogerie à la fabrication de machines ou aux sucreries industrielles. Ils surent de plus réunir les capitaux nécéssaires à leurs entreprises, et régler les problèmes de transport en s'attaquant à la construction de voies ferrées.

Les Rhénans et les Souabes, dans cette oeuvre d'industrialisation, en Bohême et Moravie ne furent pas les seuls hommes venus de l'extérieur. A côté d'eux se tenaient des Anglais, des Belges, des Français, des Italiens, des Suisses, des Westphaliens, des Franconiens, des Bavarois, des Saxons et des Berlinois. Ils contribuèrent à l'indutrialisation dans son ensemble, de même que de jeunes indigènes entreprentants purent se faire gloire de certaines oeuvres, tel Liebig à Braunau, ou Škoda à Pilsen.

LE PROBLÈME D'UNE HISTOIRE DE LA CULTURE DES TCHÈQUES

Emil Schieche

L'exode forcé des Allemands qui quittèrent les pays des Sudètes a clot une période de 1500 ans dont l'une des caractéristiques essentielles a été une cohabitation et une vie côte à côte des Tchèques et des Allemands. Même si, d'une part, la culture tchèque, dès ses débuts, est marquée en géneral par l'occident et plus particulièrement par l'Allemagne, elle a d'autre part tant de caractères slaves qu'elle peut être qualifiée de slave et d'authentiquement tchèque. La manière dont les Tchèques réussirent à conserver leur langue contre la force dominante et l'extension de l'allemand ne saurait être assez soulignée comme une expression de civilisation. Une communauté politique de quatre siècles avec les régions alpines autrichiennes a rendu les Tchèques réceptifs à une culture issue de Vienne, formée d'individualisme et de cosmopolitisme. Alors que les plus fortes marques extérieures de l'empreinte slave, l'art populaire et les costumes

nationaux menaçaient de disparaître vers le milieu du 19ème siècle, sauf dans quelques rares régions, la fin du siècle vécut, avec le Svéráz, une renaissance systématique du costume national et de l'art populaire et une redécouverte de tout ce qui pouvait avoir été perdu. Les Tchèques se sont efforcés par intermittence de participer à la culture occidentale sans le truchement allemand, mais aussi d'établir des relations spirituelles avec l'est slave, ce qui a laissé des traces visibles dans leur culture et les a intégrés dans la grande propulsion du monde.

L'appréciation et l'analyse de la civilisation des Tchèques permettent de dégager quatre manières exprimant ce désir culturel. Deux éléments essentiels sont la conservation de l'empreinte slave et la lutte pour une propre langue, le troisième est constitué par les efforts pour l'établissement de relations, par delà le monde allemand, avec d'autres civilisations. La quatrième voie constituée par ce désir de culture marqué alternativement par le fait tchèque ou allemand, source de tant d'efficacité et qui constitue, au fond, une fusion des manières slaves et germaniques. Ainsi apparait une opposition entre l'expression culturelle et l'opinion politique, opposition que la démocratie de la Première Rèpublique n'a pas su maîtriser et qui pourrait être une des raisons essentielles pour laquelle, jusqu'ici, aucun Tchèque n'a écrit l'histoire de la culture de son propre peuple.

Lors la rédaction d'une histoire de la culture des Tchéques, on rencontre des phénomènes propres aux pays Sudètes qui impliquent dans leurs causes, leurs conditions et leur évolution des éléments tchèques, allemands ou autres et qui, en conséquence furent objets d'appréciations divergentes. Dans certains cas réponse précise ne saurait être faite sans réserves; dans d'autres les composantes peuvent à peine, et même ne sauraient être éliminées. Dans le cas d'une étude et d'une appréciation de certains phénomènes, il faudra donc se contenter d'une esquisse et de circonlocutions. C'est là que réside le problème d'une histoire de la culture des Tchèques.

L'Empereur Charles IV ne devra pas manquer dans cette histoire. En sa qualité de roi de Bohême et de descendant d'une dynastie tchèque par la ligne maternelle, il a eu une action culturelle créatrice quoiqu'il n'ait jamais été autre chose qu'un monarque allemand. De même, la peinture du 14e siècle y compris ses éléments extérieurs à la civilisation tchèque au sens étroit (art de la Bohême du Sud, Theoderic). Une histoire de la civilisation tchèque étudiant le développement du mouvement hussite auquel participèrent bien des Allemands à côte du Roi Wenzel IV et de son épouse, ne saurait ignorer cet apport allemand; bien plus, l'étude du problème permettrait de savoir si le mouvement hussite fut d'essence religieuse ou si ses sources sont à chercher dans une poussée nationale contre le germanisme. Le problème se pose de savoir dans quelle mesure l'action des Tchèques en dehors des Sudètes peut être évaluée. Pour les 17e et 18e siècles on peut trouver une solution positive, de même que pour la première moitié du 20e siècle, mais il est permis de se demander si cette activité cul-

turelle après 1945, comporte encore de telles caractéristiques d'uniformité, permettant de lui accorder de titre de culture tchèque en exil. La vie et l'oeuvre des Slovaques Ján Kollár et Pavel Josef Šafařík illustre le problème de la communauté culturelle slovaco-tchèque au commencement du 19ème siècle, qui rend impossible d'attribuer clairement ces deux grands esprits à la civilisation slovaque ou tchèque; raison de plus leur donner une place de premier choix dans l'histoire de la civilisation de ces deux peuples.

LES ÎLES PERDUES. CONTRIBUTION À LA RECHERCHE SUR LES DÉBATS NATIONAUX ET LES MIGRATIONS EN MORAVIE CENTRALE

2em partie

Johanna Spunda

Alors que la première partie de cette étude sur l'évolution du problème des nationalités en Moravie centrale à l'époque de l'Empereur Francois-Joseph I. — parue dans le tome 2 du Bohemia-Jahrbuch, p. 357 et suiv. — essayait d'esquisser la constellation générale des facteurs entrant dans la complexité de la question, la 2ème partie montre les conséquences de l'action de ces forces dans la vie quotidienne des divers ilots linguistiques en Moravie centrale. Elles peuvent servir d'exemple pour d'autres ilots non cités: Loschitz devenue tchèque par une migration de population en 1888, Hohenstadt et Müglitz qui ont conservé jusqu'en 1918 leurs représentants allemands au conseil municipal, les ilots linguistiques ruraux de Wischau, de Deutsch-Brodek, de Wachtl, de Konitz, de Gewitsch et les petites villes des bords de la Moravie slovaque qui, le plus souvent, sont tombés sans durs combats par le seul jeu d'une migration normale.

L'étude détaillée de la lutte d'influence à Olmütz prouve combien on accordait d'importance à la ville et permet de justifier son rayonnement sur la plus grande partie de la Moravie. Sa seule situation centrale a été un facteur primordial pour les Allemands aussi bien que pour les Tchèques pour cette affirmation de leur nationalité. Jusqu'en 1918, Olmütz fut le centre du germanisme en Moravie centrale. Son importance est issue de la vieille considération réservée à cette "capitale royale", siège de l'archevêché de Moravie, centre traditionnel de l'enseignement allemand et autrefois ville universitaire, métropole naturelle de la Plaine de la Hanna qui était peuplée en majorité de Tchèques, et enfin ville de garnison.

L'étude détaillée de luttes nationales à Littau retient des détails particulièrement riches qu'un hasard heureux nous a conservés. Ces luttes y

furent particulièrement âpres alors que les villes de Betschwa et du March moyen se sont accommodées avec plus ou moins d'impuissance de l'influence tchèque, toujours grandissante.

LES ÉTANGS ET LES RÉSERVOIRS D'EAU EN TANT QUE FACTEURS CLIMATIQUES DANS LE PAYS DES SUDÈTES

Karl Ad. Sedlmeyer

A l'époque qui précéda les Guerres des Hussites, les pêcheurs sont mentionnés, dans maintes villes du Pays des Sudètes comme une corporation particulière. Or il s'agit de villes qui, de nos jours, sont loin de toute rivière et ne peuvent donc avoir des pêcheurs de métier. La comparaison de cartes géographiques datant du 18ème siècle avec des cartes contemporaines montre clairement une modification survenue dans la répartition des étangs dans cette région. L'histoire des étangs et marais en apporte confirmation. Leur assèchement entrepris au cours du 19ème siècle est dû apparemment à quatre causes, qui seraient: 1. l'augmentation du prix des céréales. 2. le florissement de l'élevage des moutons de race. 3. l'abaissement du prix du poisson et enfin. 4. l'extension de la culture des betteraves à sucre. La conséquence à l'assèchement des marais fut une modification de l'humidité de l'air, donc des précipitations atmosphériques locales, lesquelles à leur tour jouèrent un rôle dans une certaine modification du paysage. Les tableaux ci joints indiquent assez clairement que l'assèchement va de pair avec une tendance à la transformation du paysage en steppe, et à l'élévation de la température de l'air ambiant.

Ces changements survenus dans la région des étangs peuvent être également confirmés par l'étude du débit des fleuves, en particulier dans les périodes "apparentes" qui reflètent en substance l'action humaine sur la régulation des eaux. L'indice de sécheresse exprime le mieux le rapport entre précipitations atmosphériques et température de l'air. Il a été calculé pour 122 stations et reporté sur la carte. En plus des étangs qui proviennent plus ou moins d'endroits où on se livrait à la pisciculture au cours du Moyen-Age apparaissent dans les époques récentes les réservoirs créés au cours de l'industrialisation de ces contrées. Le caractère irrégulier de la Moldava et de l'Elbe ainsi que de la Marche fut en effet un obstacle important à l'extension de l'industrialisation dans les Pays des Sudètes après 1945. Pour le vaincre, on dut construire des réservoirs d'une surface totale de 15.252 hectars et d'un contenu de 1963 mill. de mètres cubes. Ils ne représentent qu'un quart de la surface des étangs, mais contiennent presque

cinq fois plus d'eau qu'eux. La tendance à la steppe, que l'assèchement des étangs au 19ème siècle risquait de confirmer est ralentie et même en certains endroits complétement endiguée, grâce à ces bassins. L'évolution du climat d'océanique à continental dans le Pays des Sudètes devrait s'orienter maintenant vers un état d'équilibre entre ces deux types.

SAVANTS DES SUDÈTES À L'UNIVERSITÉ DE GRAZ

Nikolaus von Preradovich

Le professeur Hugo Hantsch, historien autrichien de renom, originaire lui-même de Teplitz-Schönau, fit le 15 mai 1959 à Vienne une conférence qui portait le titre suivant: "Les liens existant entre les Allemands des Sudètes et les Universités d'Autriche." Cette conférence fut prononcée à l'occasion de la "Journée des Sudètes." Il était naturel que le savant s'occupât en particulier de Alma Mater Rudolfina et des autres établissements d'enseignement supérieur de Vienne. L'étude dont nous nous occupons ici apporte en plus l'hommage qui doit être rendu aux professeurs de l'Université Carola Francisca de la capitale de la Styrie.

Tôt dans l'histoire en effet, les Allemands des Sudètes jouèrent un rôle important dans les facultés de la ville de Graz. On peut citer déjà le Conseiller aulique, prof. Joseph-Alois Jüstel, originaire de Leitmeritz, et le Piariste et professeur de philosophie Calasanz Likawetz originaire de Schinkau en Bohême. A côté de nombreuses célèbrités scientifiques: Johann Springer de Reichenau; Sales Appel de Lukow près Landskron, Johann Rotter de Braunau ou Joseph Büchinger de Gross-Olkow dans le cercle de Znaim, on doit citer plus spécialement Moritz Körner, aïeul du général Theodor Körner, Edler von Siegringen, second Président de la seconde République autrichienne, qui fut appelé en 1863 à Graz comme professeur de pathologie. Dans l'impossibilité de rendre hommage à chacun des professeurs sudètes-allemands qui enseignèrent à l'Université de Graz, l'auteur se limita à ceux de ces savants dont la renommée était la plus brillante, grâce à leur activité scientifique ou en raison de leur rôle politique. On trouve donc cités: Gustav Franz Chevalier von Schreiner, originaire de Presbourg, Franz Xaver Chevalier von Hlubek né à Chatitschan en Silésie autrichienne, professeur ordinaire d'agronomie et homme politique, Anton Chevalier Schrötter von Kristelli, fils d'un pharmacien d'Olmütz et célèbre physicien Karl Ferdinand Peters, fils de l'administrateur des domaines au château de Liebshausen, géologue; Hans Zwiedeneck Edler von Südenhorst, historien et directeur de la Bibliothèque nationale de Styrie, fils d'un colonel d'artillerie de Leitomischl et père du fameux économiste munichois Otto Zwie-

dineck, Edler von Südenhorst; Johann Loserth, historien, né à Fulnek en Moravie et spécialiste de l'histoire de la Bohême; Zdenko Skraub, fils d'un maître de chapelle de Prague, chimiste; Anton Mell, professeur d'histoire autrichienne et directeur des Archives nationales de Styrie, né lui-même à Graz, mais fils d'un officier de l'Empire Austro-hongrois, originaire de Königsgrätz, et enfin Karl Chevalier von Frisch cité le dernier, mais loin de l'être en valeur, professeur ordinaire de Zoologie, dont la famille était originaire de Hohenelbe et lui-même né à Jungbunzlau. Tous ces universitaires, et parfois hommes politiques importants, ont leur berceau en Bohême-Moravie et en illustrent la gloire.

LA DEUXIÈME RÉPUBLIQUE TCHÉCO-SLOVAQUE VUE PAR LA PRESSE TCHÈQUE CONTEMPORAINE

Otto Böss

La courte durée d'existence de la deuxième République Tchéco-Slovaque, d'Octobre 1938 à Mars 1939, est une période intéressante tant en politique étrangère qu'en matière de politique intérieure; elle offre à l'histoire des possibilités de recherches toujours nouvelles.

Notre étude s'appuie en premier lieu sur la presse quotidienne tchèque des six mois en question et essaye de dégager l'attitude du journalisme à l'égard des nombreuses questions et problèmes de cette période.

L'accord de Munich avaient plongé l'État tchéchoslovaque amputé dans une grave crise, autant sur le plan de la politique intérieure que sur celui de la politique extérieure. Il y eut cependant des hommes qui essayèrent de sauver ce qui pouvait l'être. Ils visaient à une politique étrangère d'absolue neutralité, tant à l'égard des puissances de l'Ouest qu'envers l'Axe. En matière de politique intérieure, les problèmes principaux découlèrent d'abord des partis politiques; l'échec de la politique menée jusqu'alors amena les partis à envisager une réforme urgente, réforme quant au nombre des partis, réforme idéologique et remplacement principaux dirigeants. Par ailleurs, la cession avait entraîné de graves perturbations dans l'économie; il fallut envisager une modification des structures et en même temps que le renforcement d'une nouvelle organisation; enfin il y aurait lieu d'élucider le problème d'une poursuite de la vie commune des Tchèques et des Slovaques.

Tous ces points importants ont fait l'objet de travaux qui ont étudié ces faits, en se basant sur les archives et sur des mémoires. Par contre l'attitude de la presse tchèque, qui a, sans aucun doute, influencé de manière décisive la population n'a pas connu jusqu'à ce jour d'appréciation circonstanciée. L'enquête essaye d'y pallier, dans la mesure où les journaux se rapportant

à cette période, archives hélas incomplètes dans nos pays de l'Ouest, le permettent.

On peut très nettement reconnaître que la presse a été pleinement consciente de son importante mission en cette période de transition et de transformation. Elle a contribué largement, plus ou moins guidée par le Gouvernement, en une situation concrète et limitée dans le temps à l'écroulement de la structure interne. Aussitôt après la crise elle a rappelé sans cesse à la population la nécessité de grands sacrifices, l'a exhortée au calme et à l'espoir; elle n'a pas rappelé les fautes passées; elle a su présenter les avantages d'un espace vital réduit avant d'en souligner les inconvénients; en matière de politique intérieure elle a propagé la simplification du système des partis, elle a insisté sur l'importance d'une cohabitation compréhensive des Tchèques, des Slovaques et des Karpato-Ukrainiens; elle a lancé un appel pour une intensification du redressement économique, base d'un nouvel état; en politique extérieure elle a conseillé la prudence, la neutralité, l'intégration dans une nouvelle Europe Centrale, et à la fin, forte de l'instinct de conservation, même l'appui sur le Troisième Reich.

L'étude s'est concentrée sur ces points, partant du fait qu'ils furent les plus importants en cette période de transition et tant qu'il n'apparût pas trop clairement que les jours de la Deuxième République étaient comptés.

LA STRUCTURE SOCIALE DU PARTI COMMUNISTE TCHÉCOSLOVAQUE

Heinrich Kuhn

En 1958 une personne sur six de plus de vingt ans d'âge, Tchèque ou Slovaque appartenait au Parti communiste tchécoslovaque. Le P. C. tchécoslovaque est, à cet égard, le plus fort P. C. du monde, puisque dans l'Union Soviétique il n'y a qu'un habitant sur 35 qui soit membre du Parti.

Avant la seconde guerre mondiale, il en était autrement: les communistes jouaient sans doute un rôle important, mais pas le plus important, dans l'ensemble de la vie politique de la Tchécoslovaquie. Il en advint autrement après 1945. L'étude présente ne prend pas pour sujet central l'histoire de la bolchévisation de la Tchécoslovaquie après 1945, mais plutôt l'arrière-plan social, la sociologie politique du P. C. tchécoslovaque, lui-même envisagé comme un phénomène à la fois psychologique et politique. L'enquête s'appuie sur les données fournies par le P. C. lui-même sur la structure sociale de son ensemble, depuis sa fondation jusqu'à maintenant. L'étude tout aussi bien que l'analyse des données fut donc scindée en deux parties: jusqu'à 1938 et après 1945. Jusqu'en 1938, les chiffres et indications publiés par le P. C.

tchécoslovaque sont relativement nombreux. Pour les communistes eux-mêmes il s'agit d'une période devenue historique. Il n'y a que fort peu de membres du P. C. d'alors qui jouent maintenant un rôle quelconque, même si pas mal de positions supérieures sont remplies par des vétérans du Parti. Une nouvelle couche toujours plus active se presse vers le pouvoir: les nouveaux communistes, entrés au parti en 1945 ou plus tard. Leur nombre s'accroît en valeur absolue et en valeur relative d'année en année. Suivre le phénomène social des membres du P. C. dans le courant de l'histoire signifie également: expliquer les possibilités d'un développement ultérieur et les méthodes permettant de le saisir dans le cadre d'une analyse scientifique.

Si les méthodes ne peuvent suffire à axpliquer comment le Parti Communiste a passé de 47.000 membres en 1947 à 2 millions et demi en 1949, on peut néanmoins saisir par certains critères quels sont les groupes sociaux et les couches sociales qui fournissent aujourd'hui les membres du parti. Ces critères sont par exemple la durée de l'inscription au parti, les niveaux d'âge, les genres de métiers, la proportion de femmes et la proportion des minorités nationales.

L'enquête n'est elle-même qu'une partie de l'étude importante que l'auteur fait de l'histoire, de la politique et de la structure du communisme en Tchécoslovaquie, et est comprise dans la portion du livre consacrée à la Sociologie du Parti Communiste tchécoslovaque.

LA DÉMOCRATIE PARLEMENTAIRE ET LA POLITIQUE DU PARTI COMMUNISTE TCHÉCOSLOVAQUE DE 1945 à 1948

Otfrid Pustejovsky

La République socialiste tchécoslovaque (depuis le 11 juin 1960: ČSSR) représente un cas spécial dans l'ensemble des pays qui ont évolué de la démocratie vers le régime communiste. Ce fait fut souvent remarqué et à plusieurs reprises soulignés par les écrivains en exil, mais il lui manquait, afin que sa description fut complète, la voix du marxisme tchéque. L'intérêt des historiens marxistes en Tchécoslovaquie et celui des philosophes du Parti s'est accru pour ce cas particulier, on a publié des sources, et on s'est efforcé d'intégrer le tout dans le schéma marxiste-léniniste.

Jan Kozák, professeur de philosophie, et collaborateur de l'organe central du Parti communiste tchéque ("Contributions à l'histoire du Parti communiste tchéque") a publié une série d'études sur la politique du P. C. tchèque de 1945 à 1948. Dans l'article intitulé: "Comment se servir du Par-

lement dans le cadre de la Révolution et de l'évolution vers le socialisme. Devoirs des masses populaires à cet egard", il s'attache particulièrement aux assises méthodologiques de l'activité politique du Parti, et aux effets pratiques entraînés par ce programme. C'est à partir de cet article que le travail ici mentionné a élaboré ses observations critiques. La politique du parti s'inspirait des deux principes léninistes de "pression venant d'en haut" et "pression venant d'en bas". C'est à dire infiltration de tout l'appareil gouvernemental, domination de la démocratie parlementaire formelle, et mobilisation de la masse, en même temps que l'influencement actif de la vie politique, et la direction de tout l'ensemble semi-politique des syndicats, des groupements paysans, des organisations de jeunesse, et oppression de tout opinion dissidente émanent de ces différents groupes. C'est ainsi que le Parti communiste sut conquérir les ministères-clefs, et réaliser, comme étant de son programme même, les réclamations populaires exprimées au début de l'après-guerre. Il sut également manoeuvrer pour évincer des adversaires politiques. Kozák illustre son article par de nombreux faits. Mais ce qui importe surtout c'est son attitude systématique et ses conclusions à l'égard de la Tchécoslovaquie comme constituant un précédent. Ces conclusions sont les suivantes: un développement lent et progressif, tel que la Suède ou la Grande-Bretagne nous le montrent, est nuisible au socialisme. La seule voie utile c'est de se servir du parlement dans un but révolutionnaire, en s'aidant des faiblesses de forme que présente le régime démocratique.

Mais Kozák a laissé quelque chose de côté: à savoir les conditions préalables, historiques et politiques, qui vinrent considérablement peser en faveur du parti communiste en 1945. Seul en effet ce parti avait un programme et une organisation, mise sur pied à Moscou dès le courant de la guerre. Il sut établir tout d'abord au niveau le plus inférieur, villes et villages, l'administration "autonome", avec le plus souvent un homme neutre à sa tête, et ceci tout de suite après le 1er mai 1945, il sut enfin mettre en branle les initiatives qui conduisirent au "programme de Kaschau".

Le travail, qui tient compte surtout de la littérature marxiste contemporaine, traite en particulier les questions méthodologiques, de même que le problème du nationalisme et de son utilisation adroite à des fins politiques après 1945. Pour la première fois sont reproduits de longs extraits des discours de Gottwald, président de la Tchécoslovaquie décédé en 1953, communiste de l'époque de la première République tchécoslovaque. Il adressait ses discours de Radio-Moscou à ses compatriotes pendant la guerre.

RÉSULTATS OBTENUS PAR L'ECONOMIE TCHÉCOSLOVAQUE AU COURANT DE L'ANNÉE 1961

Kurt Wessely

Le nouveau plan quinquennal tchèque a démarré en 1961. Il comporte en comparaison avec l'ancien une diminution du taux d'accroissement prévu pour la production industrielle. Les données publiées par le bureau central de statistiques sur le degré de réalisation du nouveau plan au cours de sa première année d'existence (1961) prouvent que les buts fixés rencontreront de grosses difficultés avant d'être remplis et dénoncent les goulots d'étranglement de l'économie tchécoslovaque, (extraction de la houille, production d'acier brut et de tôle). Si on donnait encore pour 1960 un taux d'accroissement de la production industrielle de 11,7%, on ne fixait plus qu'un taux de 8,9% pour 1961 et le plan concernant la production industrielle brute ne fut rempli que de façon extrémement juste, exactement à 99,8%. (1960: 101,2%). Ces résultats expriment déjà combien est tendu le fonctionnement de l'économie et la difficulté qu'elle a à remplir ses normes. C'est ainsi que le bassin houiller d'Ostrau-Karwin ne réalisa le plan d'extraction qu'à 96,6% et resta même en dessous des exigences de l'année 1960 tout en ayant produit un total de 20,7 Mill. de t. de houille. La situation devint particulièrement critique en raison de la sous-production des laminoirs qui-bien qu'ayant, avec une production de 4,7 Mill. de t., dépassé de 4% celle de l'année 1960 — restèrent de 8% en dessous des normes du plan. La raison en réside certainement dans une production trop faible de l'acier, mais plus encore dans l'insuffisance de rendement des vieux laminoirs dont la modernisation, malgré tous les efforts faits en vue de tels investissements-clefs traîne notablement en longueur.

Le fonctionnement d'une économie planifiée sous-entendant le concours parfait, et selon le rythme imposé, des diverses productions particulières qui la composent et qui sont le plus souvent engagées sans réserves, l'économie dans son ensemble se ressentit de graves dissonnances. C'est ainsi que le plan concernant les investissements, qui est décidé à l'échelon central ne fut rempli qu'à 92%, l'exportation de machines demeura de 3% au-dessous du niveau prévu et la part des machines dans les exportations tchécoslovaques n'a pas augmenté. Elle est restée stationnaire avec 44% de l'ensemble des exportations. L'actif dans la balance commerciale tchécoslovaque a tellement baissé que, si on calcule le frêt vers l'étranger dans le prix des importations, on peut en conclure que la balance commerciale s'est soldée probablement par un passif. Les plaintes au sujet d'un rendement trop bas de

l'économie ne se bornent pas à l'industrie, on les retrouve dans le domaine agricole. La production brut dans ce dernier augmenta bien de 1% mais fut en définitive totalement insuffisante en ce qui concerne les fourrages et les betteraves à sucre. On nota de plus un recul des surfaces emblavées, ce qui entraîna une diminution de la capacité concurrentielle sur le marché. On a rejeté en partie la faute de ces insuffisances, sur de mauvaises conditions atmosphériques, la raison principale en est sans aucun doute l'accélération du collectivisme agricole, qui s'étendit en 1960 à 91% de la surface cultivable et qui devrait maintenent être terminé.

Les récoltes déficientes entraînèrent une augmentation des importations de produits alimentaires, augmentation qui se poursuivra dans l'avenir et amènera une tension nouvelle sur le commerce extérieur. Les autres pays du bloc de l'Est est ayant eu également de mauvaises récoltes, ils durent faire appel aussi pour leur part aux importations de céréales, d'où de grosses difficultés générales.

Un autre problème ardu est le recrutement de la main d'oeuvre necéssaire car la population ne s'accroît que lentement. La main-d'oeuvre fut augmentée en nombre au cours de l'année 1961 par l'embauche de plus de femmes qu'il n'avait été d'abord prévu, mais ceci fut plutôt au détriment de la productivité.

Si un rapport officiel ne cache pas de telles déficiences ni de telles difficultés, la conclusion qui s'impose immédiatement est qu'il ne s'agit pas de mauvais moments passagers mais d'un état durable qui risquera de perturber toute l'économie à plus ou moins long terme.

PERSONENREGISTER
DER ABHANDLUNGEN UND MISZELLEN

Adalbert, Erzbischof von Salzburg (1168—1174) 140, 144, 147

Adele von Meißen († 1211), Gemahlin Přemysl Ottokars I. 152

Adolf von Nassau, König (1292—1298) 157, 167f.

Agnes, († 1268), Tochter Wenzels I., Gemahlin Markgraf Heinrichs von Meißen 152

Agnes (1289—ca. 1296), Tochter Wenzels II. 167

Ahrens, Albrecht, Zuckerfabrikant in Čakowitz (um 1850) 256

Alber von der Dauba (um 1300) 169

Alber(t), Burggraf von Leisnig († 1308) 159, 165, 169f.

Alber, Burggraf von Leisnig (um 1315), Neffe Alberts von Seeberg 169

Albert I., Graf von Bogen (um 1120) 114, 139f., 142f.

Albert III., Graf von Bogen (1165—1198) 138, 140, 144ff.

Albert IV., Graf von Bogen (um 1200) 137, 147ff.

Albert VII. von Rochlitz (um 1395), böhmischer Adeliger 171

Albert von Seeberg († 1321), böhmischer Adeliger 150f., 154ff.

Albrecht I., König von Österreich (1298—1308) 157, 168f., 193

Albrecht, Erzherzog von Österreich (1817—1895) 252

Althan, Gräfin in Leipnik (um 1900) 354

Andreas, Ritter in Diensten Woks von Rosenberg (13. Jh.) 195

Anna von Böhmen-Ungarn († 1547), Gemahlin Ferdinands I. 216

Anna von Schweidnitz, Gemahlin Kaiser Karls IV. 267

Appel, Sales, Professor 384

Arras, Matthias von († 1352), Prager Dombaumeister 266

Asam, Gebrüder, Baumeister und Maler (17. Jh.) 241

Aschwin, Graf von Bogen (um 1080) 138

Audulf, Graf, königl. Präfekt (um 800) 132f.

Auersperg, Anton Alexander, Graf, Ps. Anastasius Grün (1806—1876), Dichter 393

Auguste, Prinzessin von Sachsen (19. Jh.) 205

Babenberger 137, 148

Bachmann, Adolf (1849—1914), Historiker und Politiker 14, 16, 20f.

Bacílek, Karol Josef (* 1896), Partei- und Regierungsfunktionär 454

Badeni, Kasimir Felix, Graf (1846—1909), österreichischer Staatsmann 20, 521

Bailloux, belgischer Tuchmacher in Iglau (18. Jh.) 243

Bailton, englischer Fabrikant in Brünn (19. Jh.) 247

Banér, Johann (1596—1641), schwedischer General 200

Banhans, Anton, Freiherr von (1825 bis 1902), Politiker 13

Barák, Josef (1833—1883), jungtschechischer Redakteur 519

Barák, Rudolf (* 1913), Innenminister der ČSSR 499, 507

Barbier, Andreas Nikolaus, Freiherr von (1758—1840), österreichischer Staatsmann und Gouverneur der Nationalbank 247

Bartel, Alois, Bürgermeister in Proßnitz, (um 1890) 334

Batka, Richard (1868—1922), Musikschriftsteller 21

Bauer, Franz Salesius, Bischof und Kardinal in Olmütz (1905—1915) 340

Bauer, Wilhelm (1877—1953), Historiker 224

Baumann, Richard, Spitzenfabrikant in Neudeck (20. Jh.) 210

Baumgartner, Andreas, Freiherr von (1793—1865), Physiker u. Staatsmann 389

Bavorský, Jan, tschechischer Agitator (um 1890) 519

Beatrix Božena († 1286), Tochter Wenzels II., Gemahlin Markgraf Ottos III. von Brandenburg 152

Becher, Johann Joachim (1635—1682), Kameralist 242

Bedroš, Pater, tschechischer Geistlicher in Proßnitz (um 1883) 335

Bela IV., König von Ungarn (1235—1270) 193

Benata, Burggraf in Diensten Woks von Rosenberg (um 1260) 195f.

Benda, deutscher Bürger in Littau (um 1890) 318

Benedikt VI., Papst (973—974) 133

Beneš, Edvard (1884—1948), tschechischer Staatspräsident 291, 402, 424, 477f., 489

Benysius, Burggraf in Diensten Woks von Rosenberg (um 1260) 196

Beran, Rudolf (* 1887), tschechischer Politiker 413

Bergel, Josef (1874—1952), Historiker 27

Berger, Johann Georg, Reichenberger Tuchfabrikant (19. Jh.) 251, 257

Bernhard, Propst von Meißen (13. Jh.) 152, 167

Bernt, Alois (1871—1945), Germanist 25

Bernt, Franz, Oberleutnant, Mitglied des Olmützer Soldatenrates (1918) 293

Berthold von Meranien (um 1190) 146f.

Biermann, Gottlieb (1824—1901), Gymnasialdirektor 16

Bismarck, Otto von (1815—1898), preußischer Ministerpräsident (1862 bis 1890) 282

Blumenzweig, Gründer der „Gesellschaft der Kunstfreunde" in Olmütz (um 1900) 283

Blumfeld, Theodor, Ritter von, k. k. Beamter in Graz (19. Jh.) 392

Blyssenius, Rektor des Clemenskollegs in Prag (16. Jh.) 219

Böhm, Franz Karl, Spitzenfabrikant in Heinrichsgrün (um 1800) 203

Bogen, Grafen von, bayerisches Adelsgeschlecht 137ff.

Bohusch (um 1290), böhmischer Ritter 167

Bohuslaw von Zwettl, Zisterzienserabt (um 1255) 178, 184

Boleslaw I. Chrobry, Herzog von Polen (992—1025) 134

Bolza, Josef, Fabrikant in Kosmonos (18. Jh.) 246

Boner, Brünner Fabrikant (19. Jh.) 247, 250

Borso (um 1260), Gefolgsmann Woks von Rosenberg 195

Boruth von Rosenberg (um 1200), Vater Woks von Rosenberg 174

Brackmann, Albert (1871—1952) Historiker 29

Bräunlich, Gottfried, schwäbischer Tuchfabrikant in Brünn (18. Jh.) 244f.

Bráf, Albin (1851—1912), österreichischer Nationalökonom und Politiker 517

Brandhuber, Bürgermeister von Olmütz (um 1900) 277, 286, 291ff.

Bretholz, Berthold (1862—1936), Historiograph und Landesarchivar in Brünn 25f.

Břetislaw II., Herzog von Böhmen (1092 bis 1100) 139, 141

Břetislaw (um 1130), Sohn Břetislaws II. 140

Brockhoff, Carl Philipp, Zivilingenieur (um 1860) 257

Brockhoff, Julius, Zuckerfabrikant in Wrdy (um 1860) 257

Bruck, Karl Ludwig, Freiherr von (1798 bis 1860), österreichischer Handelsminister 258

Bruno von Schaumburg, Bischof von Olmütz (1245—1281) 194, 340, 356

Brus von Müglitz, Anton (1518—1580), Erzbischof von Prag 21

Budilow, Burggraf v. Rosenberg (um 1260) 195f.

Budiwoj von Krummau (um 1260) 176, 188, 196f.

Budiwoj von Skalitz (um 1260) 193

Büchinger, Josef, Professor 384

Buff, Heinrich Ludwig (1828—1872), Chemiker 397

Buquoi, Karl, Bonaventura de Longueval, Graf von (1571—1621), kaiserlicher General 215

Burg, Anton, (1767—1849), Tischler und Mechaniker in Wien 245

Burgl, deutscher Bürger in Littau (um 1890) 318

Burkart von Janowitz (13. Jh.), böhmischer Adeliger 146, 148

Burkhard von Klingenberg (13. Jh.), böhmischer Adeliger 181

Cäcilie von Thüringen (12. Jh.), Gemahlin des Prinzen Ulrich aus der sobieslawschen Linie 152

Calvin, Johann (1509—1564), Reformator 219

Camerarius, Ludwig (1573—1651), Kanzler Friedrichs V. von der Pfalz 220

Canisius, Petrus (1521—1597), Jesuit 218

Chleborád, František Ladislav (1839 bis 1911), Jurist 518f.

Chlumetzky, Peter, Ritter von (1825 bis 1863), Historiker 14

Chotek, Ferdinand, Graf, Erzbischof von Olmütz (1831—1836) 254

Christian I., Fürst von Anhalt (1586 bis 1630), Unionsfeldherr 215

Chruschtschow, Nikita (* 1894), Ministerpräsident der UdSSR 479

Chvalkovský, František (1885—1944), tschechoslowakischer Außenminister (ab 1938) 402, 419, 421

Clary und Aldringen, Leopold, Fürst (1736—1800), österreichischer Staatsmann 202

Cockerill, englischer Maschinenfabrikant in den Niederlanden (19. Jh.) 246, 250

Cyrill († 869), Slavenapostel 359

Czerny, Konstantin, Bürgermeister in Proßnitz (um 1890) 334

Daelen, Brünner Fabrikant (19. Jh.) 247, 250

Dagobert I., Frankenkönig (623—639) 122, 131

Dahler, Martin, Brünner Tuchfabrikant (18. Jh.) 244

Dauba, Herren von, böhmisches Adelsgeschlecht 154

Deseyvé, Josef, Olmützer Stadtverordneter (um 1910) 286

Dettelbach, Johann, österreichischer Großhändler (um 1900) 393

Dientzenhofer, Christoph von (1655 bis 1722), Baumeister 241

Diepold III. († 1146), Markgraf von Vohburg 115, 136

Diepoldinger, bayerisches Adelsgeschlecht 137, 146

Dietrich von Freiberg (um 1230), sächsischer Adeliger 153

Dietrichstein, Franz, Fürst von (1570 bis 1636), Kardinal u. Bischof von Olmütz 352

Dietrichstein, Gabriele, Gräfin (um 1850) 256

Dietz, Adam Ferdinand (1708—1777), Bildhauer 223, 241

Dobbs, Aachener Maschinenfabrikant, (19. Jh.) 258

Dotzauer, Adolf (1814—1856), Reichsratsabgeordneter 207

Drexler (um 1920), Nationalsozialist 528

Ďuriš, Július (* 1904), Partei- und Regierungsfunktionär der KPTsch 487

Dvořak, Advokat in Mährisch-Neustadt (um 1880) 330

Eben, Herausgeber des „Mährischen Tagblatts" in Olmütz (ab 1872) 277, 279

Eberhard, Markgraf der Sorben (um 930) 133

Elisabeth (1837—1898), Gemahlin Kaiser Franz Josefs I. 205f.

Elisabeth (1292—1330), Tochter König Wenzels II., Gemahlin König Johanns von Böhmen 169, 171, 265

Elisabeth von Ungarn († ca. 1190), Tochter König Geisas II., Gemahlin Herzog Friedrichs von Böhmen 140

Endsmann, Tuchfabrikant in Křižanau, (18. Jh.) 245

Engel, Josef von, Bürgermeister in Olmütz (um 1870) 276, 298, 308

Engels, Friedrich (1820—1895), Philosoph 479, 484

Epperlein, Chilian, Spitzenhändler in Johanngeorgenstadt (17. Jh.) 200

Ernst II., Graf von Mansfeld (1580 bis 1626), Feldherr 220

Ernst, Abt von Wilhering (um 1250) 184ff.

Ernstberger, Anton (* 1894), Historiker 27

Eskeles, Daniel, Wiener Bankier (19. Jh.) 254

Ettinghausen, Andreas, Freiherr von (1796—1878), Physiker und Mathematiker 389f.

Exner, Franz (1802—1853), Philosoph u. Schulorganisator 391

Eylardi, Brünner Fabrikant (19. Jh.) 247, 250

Ferdinand I., Kaiser (1556—1564) 216f., 239

Ferdinand II., Kaiser (1619—1637) 219

Ficker, Anton, Bürgermeister in Proßnitz (um 1890) 334

Fierlinger, Zdeněk (* 1891) Ministerpräsident der 1. Nachkriegsregierung der Tschechoslowakei 487

Fischer von Erlach, Johann Bernhard 1656—1723), Baumeister 241

Fischer, Görg, Bortenhändler in Oberwiesenthal (17. Jh.) 200

Fischer, Karl Rudolf (1871—1934), Heimatforscher und Bürgermeister von Gablonz 24

Fischer, Moritz, Bauspekulant in Olmütz (um 1900) 288

Fischer, Richard (* 1872), tschechischer Jurist und Landtagsabgeordneter 287, 292, 294, 313, 315, 324, 331ff., 359

Föhner, Josef, Vizebürgermeister in Olmütz (um 1918) 291

Fötsch, Maria († 1660), Klöpplerin in St. Joachimsthal 200

Fournier, August (1850—1920), Historiker 17

Franz I., Kaiser (1745—1765) 243, 246, 249

Franz II. (1768—1835), römischer Kaiser (1792—1804), als Franz I. Kaiser von Österreich (1804—1835) 248, 253

Franz Joseph I. (1830—1916), Kaiser von Österreich (1848—1916) 273, 275, 390, 393

Friedrich I. Barbarossa, Kaiser (1152 bis 1190) 115, 126

Friedrich III., Deutscher Kaiser u. König von Preußen (1888) 163, 390

Friedrich II., der Große, König von Preußen (1740—1786) 214, 221, 281

Friedrich V. († 1632), Kurfürst von der Pfalz (1610—1623) 220

Friedrich II., der Schöne, Herzog von Österreich (1307—1330) 168f.

Friedrich II., Graf von Bogen, Domvogt (um 1085) 141

Friedrich IV. († 1148), Graf von Bogen, Domvogt 140, 143f.

Friedrich von Komotau (um 1250), böhmischer Adeliger 176

Friedrich von Stubenberg (um 1300), steirischer Adeliger 196

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen (1840—1861) 386

Fries, Johann, Wiener Bankier (18. Jh.) 253

Frisch, Anton von, k. k. Generalstabsarzt (um 1850) 400

Frisch, Anton, Ritter von (1849—1917), Urologe 400

Frisch, Ernst, Ritter von, Direktor der Studienbibliothek in Salzburg (um 1900) 401

Frisch, Hans, Ritter von (1875—1941), Jurist 400

Frisch, Hugo, Ritter von, Hofrat u. Primararzt (um 1900) 400

Frisch, Karl, Ritter von (* 1886) Professor für Zoologie 400f.

Frisch, Otto, Ritter von, Professor, Direktor des Rudolfinerhauses (um 1900) 400

Fuchs, Johann, Spitzenhändler in Graslitz (19. Jh.) 204f.

Funk, Walther (* 1890), Reichswirtschaftsminister (1937—1945) 421

Fugger, Kaufherren 233

Gall, Fachlehrer in Passek (19. Jh.) 303

Galle, Friedrich, Mitglied des Olmützer Verwaltungsausschusses (um 1918) 294

Gautsch von Frankenthurn, Baron Paul (1851—1918), österreichischer Ministerpräsident 338

Gebhard von Brandenburg, Bischof (um 1285) 152

Geisa II. († 1061), König von Ungarn 140

Geissler, tschechischer Domvikar in Olmütz (um 1890) 300

Gentz, Friedrich (1764—1832), Staatsmann und Schriftsteller 248

Gerhard, Erzbischof von Mainz (um 1290) 167

Gernot von Freiberg (um 1230), sächsischer Adeliger 153

Gerstner (1796—1840), Franz Anton von, Techniker 253

Gertrud von Babenberg (um 1240), Tochter Heinrichs von Österreich, Gemahlin Markgraf Wladislaws von Mähren 193

Geymüller, Johann Jakob († 1834), Wiener Bankier 253f.

Gierach, Erich Clemens (1881—1943), Germanist 25, 27, 29

Gindely, Anton (1829—1892), Historiker 14

Glaser, Obereinnehmer aus Komotau (um 1900) 202

Glöckner, Katharina, Spitzenhändlerin in Neuhammer (um 1800) 203

Gloxin, Brünner Färber (19. Jh.) 245

Goerdeler, Carl (1884—1945), deutscher Widerstandskämpfer 522ff.

Goethe, Johann Wolfgang von (1749 bis 1832), Dichter 222, 276

Goll, Jaroslav (1846—1929), Historiker und Dichter 14, 17, 21

Gottschald, Anton, Spitzenfabrikant in Hirschenstand (19. Jh.) 207

Gottwald, Klement (1896—1953), Ministerpräsident der ČSSR (1946—1948), dann Staatspräsident 430, 460f., 472f., 477, 480, 482, 485, 487ff., 503

Gradl, Heinrich (1842—1895), Historiker 17

Grauert, Wilhelm Heinrich (1804—1852), Historiker und Altphilologe 224

Grave, Tuchfabrikant in Brünn (18. Jh.) 244

Grillo, Kämmerer Woks von Rosenberg (13. Jh.) 195f.

Grillparzer, Franz (1791—1872), Dichter 276

Grimmenstein, Baron, Gründer des „Christlich-sozialen Volksvereins" in Olmütz (1901) 283, 286

Groák, Buchdrucker in Olmütz (um 1870) 280

Grohmann, Josef Virgil (1831—1919), Schriftsteller und Heimatforscher 13, 15

Groitzsch, Grafen von, sächs. Adelsgeschlecht (13. Jh.) 151, 161

Groschupff, Wolf, Spitzenhändler in Annaberg, (17. Jh.) 200

Grosse, Friedrich, Mitbegründer der „Gesellschaft der Kunstfreunde" in Olmütz (1900) 283

Grün, Julius, deutscher Stadtratskanditat in Olmütz (1918) 294

Gülcher, Eupener Maschinenfabrikant (19. Jh.) 257f.

Habsburger 175, 202f., 215, 217f., 220, 241

Hácha, Emil (1872—1945), Präsident der Tschechoslowakei (ab 1938) 419

Haenke, Thaddäus (1761—1817) Mediziner, Botaniker u. Forschungsreisender 514f.

Hallwich, Hermann (1838—1913), Historiker, Volkswirtschaftler und Politiker 11, 14, 17

Hanka, Josef, Spitzenhändler in Böhmisch-Wiesenthal (18. Jh.) 203

Hantsch, Hugo (* 1895), O.S.B., österreichischer Historiker 384

Harder, Anton, Fachlehrer für Weberei in Sternberg (19. Jh.) 324

Harrach, Grafen von 252

Hartwig (um 1050), Vorfahre der Grafen von Bogen 141

Hassel, Ulrich von (1881—1944), deutscher Diplomat 525

Hauffen, Adolf (1863—1930), Germanist 22

Haugwitz, Friedrich Wilhelm, Graf von (1702—1765), österreichischer Staatsmann 221

Hedwig von Schaumburg (13. Jh.), Gemahlin Woks von Rosenberg 178, 195ff.

Heeger, Viktor (1858—1935), Dichter, Reichsratsabgeordneter (1897—1900) 280

Hegemann, Oberstkämmerer Woks von Rosenberg (13. Jh.) 167

Heide, Mechaniker bei Offermann in Brünn (19. Jh.) 251

Heinrich II., Kaiser (1002—1024) 134

Heinrich III., Kaiser (1039—1056) 137, 141

Heinrich IV., Kaiser (1056—1106) 133, 135, 141, 152

Heinrich VII., Kaiser (1308—1313) 168

Heinrich IV., von Navarra, König von Frankreich (1589—1610) 219

Heinrich IV., Herzog von Kärnten (1295 bis 1335), König von Böhmen (1307 bis 1310) 168, 171

Heinrich von Ferbenz (Rvenice) (14. Jh.), böhmischer Adeliger 171

Heinrich von Leipa (um 1315), böhmischer Adeliger 169

Heinrich († 1288), Markgraf von Meißen 152

Heinrich der Ältere, Vogt von Plauen (um 1300) 157, 159

Heinrich, Burggraf von Rosenberg (um 1310) 169, 193, 196

Heinrich der Sachse (um 1230) 153

Heinrich von Schaumburg (um 1260), böhmischer Adeliger 189

Heinrich von Schweinfurt, Markgraf des bayerischen Nordgaus (980—1017) 134f.

Heinrich von Freiberg (13. Jh.), Minnesänger 153

Helcelet, Ctibor (1844—1904), Jurist u. Politiker 346

Helming, Georg, Ratswirt und Spitzenhändler in Weipert (17. Jh.) 200

Henlein, Konrad (1898—1945), Gründer der Sudetendeutschen Partei (SdP), Gauleiter (1938—1945) 442

Hennerice, Gabriele, Spitzenhändlerin in Prag (19. Jh.) 205

Hensel (Janiczek), Walter (1887—1956), Musikerzieher und Komponist 282

Herder, Johann Gottfried (1744—1803), Dichter 223

Hermann, Nikolaus (um 1550), Kantor aus Nürnberg 218

Herring, Johann, Brünner Tuchfabrikant (um 1800) 244, 251f.

Heupel, Georg, Spitzenhändler in Johanngeorgenstadt (17. Jh.) 200

Heydrich, Reinhard (1904—1942), Reichsprotektor 446

Hieke, Wenzel (1852—1895), Historiker 16f.

Hildebrandt, Johann Lukas von (1668 bis 1745), Baumeister 241

Hirsch, Hans (1878—1940), Historiker 24, 27, 224

Hitler, Adolf (1889—1945) Politiker, Reichskanzler 402, 523ff., 528

Hlubek, Franz Xaver Wilhelm von (1802 bis 1880), Professor f. Landwirtschaftslehre 386ff.

Hochstetter, Carl Christian, Sodafabrikant in Hruschau (um 1850) 254f.

Höfler, Konstantin, Ritter von (1811 bis 1897), Historiker 9, 12ff.

Hönigschmid, Rudolf (* 1876), Landeskonservator 23, 25

Hoffaeus, Paulus, Rektor des Clemenskollegs in Prag (1558—1561) 219

Hohenegger, Ludwig (1807—1864), Geologe und Montanist 252

Hohenwarth, Karl Sigmund, Graf von (1824—1899), Staatsmann, österreichischer Ministerpräsident (1871) 520

Hojer von Friedberg (um 1260) 153ff.

Hojer von Lomnitz (um 1250), böhmischer Adeliger 181, 193

Holzer, Joseph (1824—1876), Wiener Maler 276

Honal, Notar in Olmütz (um 1900) 319

Hontheim, Johannes Nikolaus von (1701 bis 1790), Weihbischof von Trier 222

Hopf, Heinrich, Tuchfabrikant in Brünn (18. Jh.) 244

Hoppe, Maria, Leiterin einer Spitzenschule in Hirschberg 205

Hora, Jungtscheche (um 1892) 346

Horawitz, Adalbert (1840—1888), Historiker 17

Horčička, Adalbert (1858—1913), Historiker 17, 20f., 23, 25

Horn, Spitzenfabrikant in Graslitz (um 1880) 205

Hornigk, Philipp Wilhelm von (1640 bis 1714), Volkswirtschaftler 242

Houštěcký, Josef, Förderer des tschechischen Lesevereins „Moravan" in Sternberg (um 1900) 324

Hruban, Mořic (1862—1943), Jurist und Reichsratsabgeordneter 300

Hugenberg, Alfred (1865—1951), deutschnationaler Parteiführer 528

Humboldt, Alexander, Freiherr von (1769—1859), Naturforscher 515

Hus, Johannes (ca. 1369—1415), Reformator 267ff., 396

Huth, Adalbert, Spitzenhändler in Abertham (um 1800) 203

Hynko von Dauba (um 1290), böhmischer Adeliger 154, 164

Ida von Wettin (11. Jh.), Gemahlin Herzog Spitigněws II. von Böhmen 152

Jacquin, Nicolaus Joseph (1727—1817), Chemiker und Botaniker 389

Jakob I., König von England (1603 bis 1625) 220

Jakob Krčin von Jelčan, Burggraf von Krummau (um 1570) 365

Janda, Advokat in Olmütz (um 1900) 320

Jarosch, Burggraf von Prag (um 1260) 194

Jeitteles, Andreas Ludwig, Pseud. Justus Frey (1799—1878), Universitätsprofessor und Politiker 279

Jellinek, k. k. Bezirkshauptmann von Littau (um 1890) 316

Jeritza, Maria (* 1887), Opernsängerin 276

Jeschek von Landstein und Amselberg (um 1360), böhmischer Adeliger 364

Johann, König von Böhmen (1310—1346) 116, 164, 169, 172

Johann, Erzherzog von Österreich (1782 bis 1859) 255, 387ff.

Johann von Neumarkt, Kanzler Karls IV. (1353—1373) 266

Johann IV., Bischof von Olmütz (1157 bis 1172) 143

Johann von Dražitz, Bischof von Prag (1301—1343) 168, 170, 185, 188f., 191f., 266

Johann, Abt von Waldsassen (um 1310) 157f.

Joseph II., Kaiser (1765—1790) 186, 242, 251, 270, 284, 363, 385

Judith von Thüringen († nach 1174), Gemahlin Wladislaws II. von Böhmen 152

Jüstel, Josef Alois (1765—1858), Professor, Geheimer Rat 384

Jung, Rudolf (* 1882), sudetendeutscher Nationalsozialist 528

Jutta (15. Jh.), Tochter Alberts VII. von Rochlitz, Gemahlin Veits von Schönburg 171

Käufler, Adolf, Staatsbeamter in Olmütz (um 1900) 320

Kaindl, Raimund Friedrich (1866—1930), Historiker 399

Kalhoch, Ritter in Diensten Woks von Rosenberg (13. Jh.) 195

Kallina, Staatsanwalt in Olmütz (um 1850) 281

Kant, Emanuel (1724—1804), Philosoph 515f.

Karl der Große, König (768—814), Kaiser (ab 800) 123, 130ff., 260

Karl I., Erzherzog von Österreich (1887 bis 1922), Kaiser (1916—1918) 208, 290

Karl IV., Kaiser (1346—1378) 29, 116, 265ff., 269, 364, 366

Karl V., Kaiser (1519—1556) 216f., 239

Karl VI., Kaiser (1711—1740) 242

Karl IV., König von Frankreich (1322 bis 1328) 265

Karl Emanuel I., der Große, Herzog von Savoyen (1562—1630) 220

Kaunitz, Wenzel Anton, Reichsfürst von Kaunitz-Rietberg (1711—1794), österreichischer Staatsmann 221

Kayser, Christoph, Bortenhändler in Oberwiesenthal (17. Jh.) 200

Keilwerth, Anna, geb. Stowasser, Meisterin der Industrieschule für Klöppeln in Graslitz (19. Jh.) 204

Kimmler, Eugen, Wortführer des Olmützer Soldatenrates (1918) 291

Kinsky, böhmisches Adelsgeschlecht 246

Klemens VI., Papst (1265—1268) 265

Kletzl, Otto (1896—1945), Kunsthistoriker 24

Klimesch, Johann Mathäus (1850—1940), Gymnasialprofessor 21

Knapp, Apotheker in Mährisch-Neustadt (um 1890) 330

Knaute, Direktor in Olmütz (um 1900) 277

Knieschek, Johann (1856—1891), Gymnasialprofessor 18

Knirsch, Hans (1877—1933), Nationalsozialist 528

Kochmann, Karl, Gymnasialprofessor 25

Köchlin, Karl, Tuchfabrikant in Jungbunzlau (um 1820) 257

Köffiler, Johann Leopold, Tuchfabrikant in Brünn (18. Jh.) 244

Königsmarck, Hans Christoffer, Graf von (1600—1663), schwedischer General 214

Köpl, Karl (1851—1932), Direktor des Statthaltereiarchivs in Prag 21

Körner, Anton Josef, Arzt (um 1820) 384

Körner, Moritz (1820—1876), Pathologe und Therapeut 384

Körner, Theodor (1873—1957), österreichischer Bundespräsident 384

Körner, Theodor Karl, Edler von Siegringen (1828—1917), Major 384

Kohl, Anton (1837—1862), Student der Geschichtswissenschaft 11

Kohn, Theodor (1845—1915), Erzbischof von Olmütz 311, 340ff., 349

Kojata, Kämmerer Woks von Rosenberg (13. Jh.) 195f.

Kollár, Ján (1793—1852), slowakischer Dichter 271f.

Komarow, Vissarion Vissarionovič (1830—1904), russischer General 321

Komenský (Comenius), Jan Amos (1592 bis 1670), Pädagoge 269f.

Konrad III., König (1138—1152) 115, 143

Konrad, Herzog von Znaim (um 1150), böhmischer Adeliger 143

Konrad von Friedberg, Kanoniker zu Hildesheim (13. Jh.) 154

Konrad von Turdelingen (13. Jh.), Official Woks von Rosenberg 195f.

Kornhäusel, Wiener Architekt (um 1830) 276

Koschatzky, Josef, Mitglied der Gemeindeverwaltung in Sternberg (1918) 326

Kozák, Jan Blahoslav (* 1888), Philosoph 468ff., 476, 479f., 484, 486, 488, 490

Kraus, Alfred, Kandidat für den Olmützer Verwaltungsausschuß (1918) 294

Kraus, Franz, Spitzenhändler in Abertham (18. Jh.) 203

Krause, Gabriel, Spitzenhändler in Johanngeorgenstadt (17. Jh.) 200

Krick, Gemeindevertreter in Olmütz (1918) 293

Krones, Franz, Ritter von (1835—1902), Historiker 384, 389

Krupp, Essener Maschinenfabrikant 258

Küfferle, Ignaz, Tuchfabrikant in Brünn (um 1850) 257

Kühn, Karl F. (1884—1945), Architekt und Baurat in Prag 25, 29

Kühnemann, schwedischer Obristleutnant (um 1640) 200

Kuhlmann, Gustav, Spitzenfabrikant in Böhmisch-Wiesenthal (um 1830) 207

Kuhn, Franz, Spitzenhändler in Joachimsthal (18. Jh.) 203

Kuhn, Friedrich, Spitzenfabrikant in St. Joachimsthal (um 1830) 207

Kunzmann, Franz, Spitzenhändler in Sauersack (um 1800) 203

Kux, Hans, Littauer Stadtarzt (um 1880) 298, 312f., 318

Labler, Wladimir, Musikdirektor in Olmütz (um 1890) 281

Ladislaus Posthumus, König von Ungarn und Böhmen (1452/3—1457) 365

Lambel, Hans (1842—1921), Germanist 18, 20, 25

Langer, Eduard (1852—1914), Heimatforscher 17

Langer, Johann, Bürgermeister von Sternberg (1918) 327

Laube, Gustav Carl (1839—1923), Paläontologe 17, 19, 23

Laus, Heinrich (1872—1941), Professor an der Lehrerbildungsanstalt in Olmütz 283f.

Lavoisier, Antoine Laurent (1743—1794), Chemiker 515

Lehmann, Emil (* 1880) Gymnasialprofessor 24

Leipa, Herren von, böhmisches Adelsgeschlecht 154

Leisnig, Burggrafen von, sächsisches Adelsgeschlecht 151f., 154, 158, 162

Lenin, Wladimir Iljitsch (1870—1924), russischer Staatsmann 470, 479f., 483, 485

Lenz, Oskar, (1848—1925), Professor für Geographie 20

Leopold I., Kaiser (1658—1705) 241

Leopold V., Herzog von Österreich (1177—1194) und Steiermark (ab 1192) 146

Leopold III. von Babenberg, Markgraf von Österreich (1095—1136) 140

Lieben, Adolf von (1836—1914), Chemiker und Hofrat 397

Lieben, Robert von (1878—1913), Physiker 397

Liebig, Johann, Reichenberger Fabrikant (um 1860) 257, 259

Liebig, Justus von (1803—1873), Chemiker 390

Liechtenstein, österreichisches Adelsgeschlecht 252, 284, 322, 333

Likawetz, Calasanz (1773—1850), Professor für Philosophie 384

Lippert, Julius (1839—1909), Politiker u. Gelehrter 11, 13ff., 18, 20

Lödel, Hans Paulus, Spitzenhändler in Johanngeorgenstadt (17. Jh.) 200

Löw, Bankdirektor in Olmütz (um 1915) 290

Löw, Joseph, Spitzenhändler in Neudeck (um 1800) 203

Lohemil, Herr von Lettowitz (13. Jh.), böhmischer Adeliger 195

Losen, Nikolaus Leopold Theo, Tuchfabrikant in Rittersfeld (um 1815) 248

Loserth, Johann (1846—1936), Historiker 17, 395f.

Ludmilla von Böhmen († 1240), Tochter Herzog Friedrichs, Gemahlin Graf Alberts III. von Bogen 138, 140f., 144

Ludwig IV., der Bayer, Kaiser (1314 bis 1347) 116

Ludwig II., der Deutsche, König (840 bis 876) 132

Ludwig II., König von Ungarn und Böhmen (1516—1526) 214, 216

Ludwig XIV., König von Frankreich (1643—1715) 222

Ludwig I. von Wittelsbach, Herzog von Bayern (1183—1231) 140

Ludwig, Deutschordenskomtur unter Ottokar II. (um 1260) 194

Luitgard (um 1100), Gemahlin Břetislaws II. 139ff.

Luitpold II., Markgraf von Österreich (1075—1095) 139

Lutz, Heinrich Alexander, Brünner Fabrikant (um 1820) 251

Luxemburger 169, 217, 265

Machanek, böhmischer Eisenwerkbesitzer (um 1900) 357

Mahler, Gustav (1860—1911), österreichischer Komponist und Dirigent 276

Margarete Sophie († 1902), Erzherzogin von Österreich, Gemahlin Albrechts von Württemberg 205

Margaretha von Babenberg († 1267), Gemahlin Přemysl Ottokars II. 193

Maria Theresia, Königin von Ungarn und Böhmen (1740—1780), Gemahlin Kaiser Franz' I. 202, 222, 242f., 281, 345, 363

Martin, Ernst (1841—1910), Philologe 18

Martinelli, Domenico (1650—1718), italienischer Baumeister 241

Marx, Karl (1818—1883), Philosoph 233ff., 470, 479f., 484

Masaryk, Thomas Garrigue (1850—1937), tschechischer Staatspräsident 118, 269, 291, 424, 478

Matz, Albrecht († 1680) Bergmann und Spitzenhändler in Gottesgab 200

Maulbertsch, Franz Anton (1724—1796), Maler 241

Mauler, Bruno, Oberleutnant, Mitglied des Olmützer Soldatenrates (1918) 291ff.

Maximilian I. (1573—1651), Herzog von Bayern (1597—1651), Kurfürst (ab 1623) 215

Maximilian Franz von Österreich, Erzbischof von Köln und Münster (1784 bis 1801) 222

Mayer, Athanasius, Gymnasialdirektor in Kremsier (um 1875) 341

Mayer, Theodor (* 1883), Historiker 24ff.

Meindl, Josef, Weißwarenhändler in Graslitz (um 1850) 204f.

Meinher III., Burggraf von Meißen (um 1300) 168, 170

Mell, Anton, Historiker, Direktor des Landesarchivs Graz (1905—1923) 398ff.

Merta, Anton, Vorsitzender des Vereins „Matice Unčovská" (um 1905) 333

Messerschmidt, Franz Xaver (1736 bis 1783), 241

Method, Slavenapostel, Erzbischof von Sirmium (870—885) 359

Metternich, Klemens Lothar Wenzel, Fürst von (1773—1859), österreichischer Außenminister (1809) u. Staatskanzler (1821—1848) 247f.

Mikyška, Reichsrats-Abgeordneter (um 1900) 289

Milíc z Kroměříže, Jan († 1374), tschechischer Prediger 269

Miller, Sodafabrikant in Hruschau (um 1825) 254f.

Mischler, Ernst (1857—1912), Professor für Statistik 13

Mittrowsky, böhm. Adelsgeschlecht 252

Mohs, Friedrich (1773—1839), Mineraloge 389

Mozart, Wolfgang Amadeus (1756 bis 1791), Komponist 276

Müller, Dechant in Littau (um 1900) 320

Müller, August (* 1897), Katechet und Geschichtsforscher 25

Mundy, Wilhelm (1805—?), Brünner Tuchfabrikant 244, 251, 257

Myslich von Wesel, Prager Unternehmer (um 1600) 241

Napoleon I. Bonaparte (1769—1821), Kaiser der Franzosen (1804—1815) 248, 385

Nerhof von Hattingen, Prager Unternehmer (um 1600) 241

Neuhaus, Herren von, böhmisches Adelsgeschlecht 176f.

Neumann, Balthasar (1687—1753), Baumeister 223, 241

Neuwirth, Josef (1855—1934), Kunsthistoriker und Hofrat 18

Niebuhr, Barthold Georg (1776—1831), Historiker und Staatsmann 224

Nikolaus von Dresden († 1417), deutscher Hussit 268

Novotný, Antonín (* 1904), Staatspräsident der ČSSR 454f., 463, 498, 506f.

O'Brady, Stadtkommandant von Brünn (18. Jh.) 245

Odstrčil, Pater, Geistlicher in Proßnitz (um 1900) 339

Offermann, Johann Heinrich, Tuchfabrikant in Brünn (18. Jh.) 244, 247, 251, 254

Offermann, Theodor von, Brünner Tuchfabrikant (um 1850) 257

Olbrich, Raimund, Oberleutnant, Mitglied des Olmützer Soldatenrates (1918) 291, 293

Oppenheimer, deutsches Adelsgeschlecht 241

Oppitz, Hubert, Wortführer des Olmützer Soldatenrates (1918) 291

Ortenburg, Graf von (um 1192) 147

Otnand von Eschenau, Ministeriale Heinrichs IV. (um 1060) 135

Otto I., der Große, Kaiser (936—973) 133

Otto II., Kaiser (973—983) 133, 137

Otto II., Herzog von Baiern (1231—1253) 148

Otto III., Markgraf von Brandenburg (1220—1267) 152, 164

Otto der Lange (13. Jh.), Sohn Markgraf Ottos III. von Brandenburg 152

Otto, Markgraf von Orlamünde (um 1050) 135

Otto von Lopdaburg-Bergau (um 1300), böhmischer Adeliger 169, 171

Otto, Bischof von Passau (um 1250) 177f., 180, 190

Otto, Abt von Hohenfurt (um 1260) 186

Palacký, František (1798—1876), Historiker u. Politiker 9, 11, 13, 16, 223, 269

Panovsky, Littauer Rechtsanwalt (um 1870) 314

Parish, Oskar (1863—1925), Hamburger Reichsratsabgeordneter im Aachener Kongreß 248, 253

Parler, Peter († 1399), Baumeister 266

Pasteur, Luis (1822—1895), Chemiker, Biologe und Mediziner 400

Pebal, Leopold von (1826—1887), Chemiker 397

Pecka, Josef Boleslav (1849—1896), tschechischer sozialdemokratischer Politiker 519, 521

Pekař, Josef (1870—1937), Historiker 269

Pelicanus, Pfarrer in Schönwald (um 1690) 331

Pelzel, Franz (1809—1866), Landesadvokat, Rechtshistoriker 13

Pereira, Ludwig, Wiener Bankier (um 1850) 254

Peter von Dresden († vor 1425), deutscher Hussit 268

Peterka, Otto (1876—1945), Rechtshistoriker 23, 25, 29

Peters, Guido (1866—1937), Komponist 392

Peters, Ignaz (1834—1913), Germanist 391

Peters, Karl Ferdinand (1825—1881), Arzt und Geologe 391ff.

Petke, Brünner Apotheker (um 1800) 245

Pfitzner, Josef (1901—1945), Historiker 27

Picha, Albin (1876—?) 21

Pickert, Karl (1835—1888), Jurist und Politiker 11, 18

Pilgrim von Wittingau (13. Jh.), böhmischer Adeliger 192

Pillersdorff, Baron Franz von (1786 bis 1862), österreichischer Staatsmann 388

Pirchan, Gustav (1881—1945), Historiker, Staatsarchivkonzipist 10, 12, 16, 23f., 27ff.

Pleß, Fürstin, Leiterin einer Spitzenschule in Hirschberg 205

Pötting-Persing, Emanuel, Graf, Domherr in Olmütz (um 1900) 302

Polster, wohlhabende Tachauer Familie (14. Jh.) 162f.

Popitz, Johannes (1884—1945), Jurist, preußischer Finanzminister (1933 bis 1944) 525

Popp, Bürgermeister in Littau (um 1870) 314

Postranetzky, Mitglied des Olmützer Soldatenrates (1918) 291

Potulicky, Graf, Propst von St. Mauritz in Kremsier (um 1887) 343

Prager, Leutnant, Gründer des Olmützer Soldatenrates (1918) 291f.

Prechtlin von Ried (13. Jh.), Official Woks von Rosenberg 195f.

Preisenhammer, Littauer Rechtsanwalt (um 1860) 314

Přemysl Ottokar II., König von Böhmen (1253—1278) 115, 146, 148, 152ff., 157ff., 163f., 168, 172ff., 179ff., 190ff., 197f., 364

Přemysliden, böhm. Adelsgeschlecht 139f., 149, 152ff., 244, 265

Pribram, A. F. (1859—1924), Archivar 17

Primavesi, Paul († 1926), Bankier in Olmütz 290

Primavesi, Robert (1854—1926), Reichsrats- und Landtagsabgeordneter 290

Přivřil, Pater, Kaplan von St. Mauritz in Kremsier (um 1885) 343

Rádl, Emanuel (1873—1944), Kulturphilosoph 269

Radulf, Herzog von Thüringen (um 640) 122

Rapatonen, Markgrafen von Cham 137

Reich, böhmischer Zuckerfabrikant (19. Jh.) 256

Reichenbach, Karl Ludwig, Leiter der Salmschen Eisenhütte (um 1825) 252f.

Reiff, Johann, Tuchfabrikant in Brünn (um 1820) 251

Ressel, P. Wenzel Zachar. (1809—1886), Historiker, Gymnasialprofessor 10f., 14, 21

Reuß, August, Ritter von (1841—1924), Professor für Medizin 391

Reuß, August Emanuel von (1811—1873), Naturwissenschaftler 392

Reuß, Franz Ambros (1761—1830), Arzt und Mineraloge 391

Ribbentrop, Joachim von (1893—1946), Reichsaußenminister (1938—1945) 421

Richard, Graf von Cornwall, deutscher König (1257—1272) 115

Riedl, Th., Handelsschuldirektor in Olmütz (um 1900) 312

Riegger, Paul Josef von (1705—1775), Jurist 222

Riepel, Franz, Wiener Fabrikant in Witkowitz (um 1825) 253f.

Riesenburger, böhmisches Adelsgeschlecht 154

Rietsch, Karl Friedrich (1858—1915), Notar, Stadthistoriker 17

Rigler, Lorenz (1815—1862), Professor f. Medizin 384

Rilke, Rainer Maria (1875—1926), Dichter 354

Ritter, Carl (1779—1859), Geograph 515

Ritter, Gerhard (* 1888), Historiker 522f., 526f.

Robert, Florent, Zuckerfabrikant in Seelowitz (um 1830) 255

Rochleder, Friedrich (1819—1874), Chemiker 397

Roda Roda, Alexander, Pseud. für Sádor Friedrich Rosenfeld (1872—1945), Schriftsteller 342

Röder, Julius, Mitglied des Olmützer Soldatenrates (1918) 291

Rölz, Franz, Spitzenfabrikant in Heinrichsgrün (18. Jh.) 203

Rölz, Wenzel, Spitzenfabrikant in Heinrichsgrün (18. Jh.) 203

Rößler, Emil Franz (1815—1863), Rechtshistoriker u. Abgeordneter im Frankfurter Parlament 9

Rosenberg, Herren von, böhmisches Adelsgeschlecht 178, 180, 185f., 192, 195, 364

Rothschild, Amschel (1743—1812), Bankier 247f.

Rothschild, Carl (1788—1855), Bankier 248

Rothschild, Nathan (1777—1836), Bankier 247f., 253

Rothschild, Salomon (1774—1855), Bankier 248, 253f., 259

Rotter, Johann Nep. Ignaz (1807—1886), Theologe 384

Rudlin von Haichenbach (um 1260), böhmischer Adeliger 189f.

Rudolf von Habsburg, König (1273 bis 1291) 164f., 289

Rudolf III., Herzog v. Österreich (1298), König von Böhmen (1306—1307) 168f.

Rudolf, Erzherzog, Erzbischof von Olmütz (1819—1831) 252, 254

Rück, Salomon, Spitzenhändler in Graslitz (17. Jh.) 200

Rüdiger (13. Jh.), Notar Woks von Rosenberg 195f.

Rulko von Biberstein, Herr der Burg Friedland (ab 1278) 153

Ruschitzka, Anton (um 1800), böhmischer Jansenist 222

Rychnovsky, Ernst (1879—1934), Musikhistoriker 21

Šafárik, Pavel Jozef (slow.), Šafařík, Pavel Josef (tschech.) (1795—1861), Schriftsteller 271f.

Salinger, Josef, Kandidat f. den Olmützer Verwaltungsausschuß (1918) 294

Salm-Reifferscheid-Krautheim, Graf Hugo Franz (1776—1836) 245, 252, 256

Samo, fränkischer Kaufmann, Slavenkönig (um 660) 122f., 260

Sander, Viktoria, Lehrerin für Klöppelunterricht in Graslitz (um 1835) 204

Šandera, Arzt in Mährisch-Aussee (um 1900) 332

Sandrock, Adele (1864—1937), Schauspielerin 276

Sarkander, Johannes (1576—1620), Pfarrer in Holleschau 348

Sauer, August (1855—1926), Germanist 22ff.

Sbinko von Waldeck (um 1320), böhmischer Adeliger 169

Scharnhorst, Gerhard Johann David von (1756—1813), preußischer General 222

Schaumburg, Herren von, böhmisches Adelsgeschlecht 179

Scheele, Karl Wilhelm (1742—1786), Chemiker 515

Scheibenberger, sächsischer Spitzenhändler (17. Jh.) 200

Scheidler, Abgeordneter im Frankfurter Parlament 279

Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph (1775—1854), Philosoph 12

Schiller, Friedrich (1759—1805), Dichter 276

Schinzel, Josef, Domherr in Olmütz (um 1918) 294

Schlenz, Johann (1867—1939), Kirchenhistoriker 21

Schlesinger, Ludwig (1838—1899), Historiker 9ff., 13ff., 20

Schlözer, Augst Ludwig v. (1735—1809), Historiker und Publizist 385

Schloßnickel, Hieronymus, Bürgermeister von Sternberg (um 1920) 326

Schmalfuß, F. Anton (1821—1865), Schriftleiter der MVGDB 11, 13f.

Schmerling, Anton, Ritter von (1805 bis 1893), österreichischer Staatsmann 9

Schmeykal, Franz (1826—1894), Jurist u. Politiker 18

Schmid, Georg, Gymnasialprofessor und Stadtarchivar 17

Schmidt, Simon, Spitzenhändler in Johanngeorgenstadt (17. Jh.) 200

Schmidt, Valentin (1863—1927), Gymnasialprofessor und Heimatforscher 17, 21

Schnaider, Dompfarrer in Olmütz (um 1910) 281

Schneider, Ernst, Landtags- und Reichsratsabgeordneter 344

Schöll, August, Brünner Tuchfabrikant (um 1840) 250f.

Schöll, Jakob Friedrich (1770—?), Färbereibesitzer in Brünn 245, 251

Schoeller, Fabrikantenfamilie 254, 256

Schoeller, Alexander, Zuckerfabrikant in Čakowitz (um 1800) 250, 252, 255f.

Schoeller, Carl Friedrich, Tuchfabrikant in Brünn (um 1820) 249

Schoeller, Johann Paul, Tuchfabrikant in Brünn (um 1800) 249

Schoeller, Leopold, Tuchfabrikant in Brünn (um 1820) 249

Schoeller, Philipp Wilhelm, Tuchfabrikant in Brünn (um 1820) 249f.

Schön, Eduard, Olmützer Student (um 1840) 281

Schönburger, böhm. Adelsgeschlecht 154, 157

Schönerer, Georg, Ritter von (1842 bis 1921), österreichischer Politiker 323

Schreiber, Friedrich August, sächsischer Spitzenhändler und Hoflieferant (um 1850) 204f.

Schreiber, Rudolf (1907—1954), Historiker 27

Schreiner, Gustav Franz, Ritter von (1847—1922), Jurist, Land- u. Reichstagsabgeordneter 385ff.

Schreiner, Gustav Martin (1847—1922), österreichischer Staatsmann 385

Schreiner, Moritz, Ritter von (1824—?), Rechtsanwalt und Reichsratsabgeordneter 386f.

Schreitter von Schwarzenfeld, General, Garnisonskommandant in Olmütz (um 1918) 292

Schrötter-Kristelli, Anton, Ritter von (1802—1875), Naturwissenschaftler 389f.

Schrötter-Kristelli, Leopold, Ritter von (1837—1908), Laryngologe 390

Schüle, Johann Georg, Augsburger Unternehmer (18. Jh.) 246

Schüle, Matthias, Tuchfabrikant in Josefsthal (um 1775) 246

Schulenburg, Friedrich, Graf von der (1865—1939) 525

Schulze-Delitzsch, Hermann (1808 bis 1883), Sozialpolitiker 519

Schwarz, Ernst (* 1895), Germanist 26f.

Schwarzenberg, Josephine, Fürstin von (1802—?) 256

Scultetus, Abraham (1566—1624), calvinischer Hofprediger 220

Seeckt, Hans von (1866—1936), General und Chef der Heeresleitung (1920 bis 1926) 530

Seethaler, Redakteur des „Mährischen Tagblatts" (nach 1883) 279f.

Seidl, Joseph, Spitzenhändler in Pechgrün (um 1800) 203

Seuter, Johann Bartholomäus, Direktor der Köffilerschen Tuchfabrik in Brünn (18. Jh.) 244

Seys-Inquart, Gymnasialdirektor in Olmütz (um 1900) 306

Sezema von Landstein (um 1280), böhmischer Adeliger 164

Sickel, Theodor, Ritter von (1826—1908), Historiker 395

Siegl, Karl (1851—1934), Stadtarchivdirektor 21

Sigibert I., Frankenkönig (561—575) 123

Simson, Eduard (1810—1899), Jurist und Politiker, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung (1848/49) 386

Šimůnek, Otakar (* 1908), Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission der ČSSR (1959) 499, 502ff.

Sina, Georg, Wiener Finanzier der Südbahn (um 1850) 254

Singer, Jeremias, Tuchfabrikant in Jungbunzlau (um 1820) 257

Singer, Samuel (1860—?), Germanist 18

Široký, Viliam (* 1902), Partei- und Regierungsfunktionär der KPTsch 487f.

Skene, Alfred, Tuchfabrikant in Alexowitz (19. Jh.) 256

Skene, Philipp Wilhelm, Brünner Tuchfabrikant (um 1830) 256f.

Škoda, Emil, Ritter von (1839—1900), Maschinenfabrikant 259

Skoda, Joseph (1805—1881), Professor f. Medizin 384, 390

Skraup, Zdenko Hans (1850—1910), Chemiker 396ff.

Skrbenský-Hříště, Leo von, Kardinal v. Olmütz (1916—1920) 340

Slanský, Rudolf (1901—1952), Generalsekretär der KPTsch (1946—1951) 452

Slatinyi, Karl von, Mitglied des Olmützer Stadtrats (um 1900) 286

Slavik, Buchdrucker in Olmütz (um 1850) 279

Slepitschka der Ältere, Mitglied des Olmützer Soldatenrates (1918) 291

Slezak, Leo (1873—1946), Opernsänger und Filmschauspieler 276

Smetana, Bedřich (1824—1884), Komponist 275

Šnejdárek, Antonín (* 1914), Historiker 522ff.

Sobota, Johann, Gymnasialdirektor in Olmütz (um 1865) 305

Solentia, Claretus de (14. Jh.) Benediktiner 265

Sommer, Rudolf, Mitglied des Olmützer Stadtrats (um 1900) 278, 286

Sonntag, Kuneš (1878—1931), tschechischer Politiker 324

Sophie von Bayern († 1425), Gemahlin Wenzels IV. 267

Sophie von Wettin (12. Jh.), Gemahlin Prinz Ulrichs aus der sobieslawschen Linie 152

Spatzmann, Dietrich (um 1280), böhmischer Adeliger 164

Spens-Booden, Alois, Freiherr von (1835—1919), Statthalter von Mähren (1893—1900), Justizminister (1900 bis 1902) 318

Speratus, Paulus (1484—1551), lutherischer Theologe 218

Springer, Johann (1789—1869), Professor für Statistik 384

Šrámek, Pater, Geistlicher in Wellehrad (um 1945) 359

Srbik, Heinrich, Ritter von (1878—1951), Historiker 223f.

Šronota, Advokat in Weißkirchen (um 1900) 356

Stadion, Friedrich Lothar, Graf von (1761—1811), österreichischer Staatsmann 247

Stalin, Josef (1879—1953), sowjetischer Staatsmann 478, 483f.

Stark, Felix, Faktor in Gossengrün (um 1850) 205

Starostík, Josef (1861—1929), tschechischer Politiker und Landtagsabgeordneter 320

Stašek, Bohumil (* 1886), Obmann der Tschechoslowakischen Volkspartei 412

Stauffenberg, Claus Schenk, Graf von (1907—1944) 526

Štefanik, Milan (1888—1919), tschechoslowakischer Politiker, Mitglied des Pariser Nationalrats 291

Stein, Heinrich Friedrich Karl, Freiherr vom und zum (1757—1831) 222

Steinherz, Samuel (1857—?), Historiker 21

Stejskal, František, Stadtverordneter in Olmütz (um 1885) 298

Stellwag, Karl (1873—1963), Senator 374, 381

Stephan, Erzherzog (1817—1867), Statthalter von Böhmen (1844—1847) 205

Stephan, Ritter von Kees (um 1830), böhmischer Adeliger 212

Sternickel, Eupener Maschinenfabrikant 257f.

Stifter, Adalbert (1805—1868), Dichter 22, 117, 223

Stiko, Bischof von Olmütz (um 1140) 143

Stowasser, Vincenz, Faktor in Gossengrün (um 1850) 205

Stresemann, Gustav (1878—1929), Reichskanzler (1923) u. Außenminister (1923—1929) 530

Sturm, Eduard (1830—1909), Reichsratsabgeordneter 286

Svoboda, tschechischer Theaterdirektor in Olmütz (um 1880) 275

Swatawa Luitgard († nach 1146), Tochter Wladislaws I., Gemahlin Friedrichs IV., Domvogt von Regensburg 140

Swatika (um 1300), Gemahlin Alberts von Seeberg 155f., 171

Swatomir (13. Jh.), Ritter in Diensten Woks von Rosenberg 195

Swoboda, Karl Maria (* 1889), Kunsthistoriker 27

Syrový, Jan (1888—1958), Armeegeneral und tschechoslowakischer Ministerpräsident 408, 420

Taaffe, Eduard, Graf von (1833—1895), österreichischer Staatsmann, Ministerpräsident (1879—1893) 19

Tallaschek, Rudolf, Kandidat für den Olmützer Verwaltungsausschuß (1918) 294

Temnitschka, Baron, Bezirkshauptmann von Olmütz (um 1918) 328

Teuffenbach, Freiherren von, steirisches Adelsgeschlecht 400

Thaculf, Markgraf der Sorben (um 850) 133

Theimer, Oswald, Kandidat für den Olmützer Verwaltungsausschuß (1918) 294

Theoderich, Prager Maler unter Karl IV. 266f.

Thiero von Freiberg (um 1230), böhmischer Adeliger 153

Thimo von Kolditz (um 1380), böhmischer Adeliger 171

Thonet, Michael, österreichischer Industrieller (um 1850) 255

Thurn, Heinrich Matthias, Graf von (1567—1640), protestantischer Heerführer 215, 220

Tilly, Johann Tserclaes, Graf von (1559 bis 1632), Feldherr 199, 215

Toischer, Wendelin (1855—1922), Universitätsprofessor für Pädagogik 18

Tomáš ze Štítného (ca. 1331—ca. 1401), religiöser Schriftsteller 268

Tomek, Václav Vladivoj (1818—1905), Historiker 14

Tröger, Andreas, Borten- u. Weißwarenhändler in St. Joachimsthal (17. Jh.) 199

Tschernembl, Georg Erasmus, Freiherr von († 1626), böhmischer Kalvinist 215

Ugarte, Alois, Graf (1749—1817), österreichischer Staats- u. Konferenzminister (ab 1813) 247

Ulrich, Herzog von Kärnten (um 1260) 194

Ulrich von Neuhaus (um 1260), böhmischer Adeliger 193

Ulrich, Abt von Waldsassen (um 1300) 157

Ulrich, Redakteur des „Mährischen Tagblatts" in Olmütz (um 1900) 280

Uttmann, Barbara, Gründerin der Spitzenklöppelei im Erzgebirge (um 1530) 212

Vandencruys, Leiterin einer Aralspitzenmanufaktur in Wien (um 1810) 203

Veit von Schönburg (um 1400), böhmischer Adeliger 171

Vogel, ehemaliger Major, Organisator einer „sudetendeutschen Legion" (1925) 529f.

Vohburger, Markgrafen 126

Voigt, Stationsoffizier in Olmütz (um 1918) 292

Vojnar, Olmützer Finanzreferent (um 1918) 295

Vojtl, Advokat in Mährisch-Aussee (um 1900) 332

Volkmann, Wilhelm (1821—1877), Philosoph 13

Vopelka, Obergerichtsrat in Olmütz (um 1930) 290

Wagner, Richard (1813—1883), Komponist 276

Waitz, Georg (1813—1886), Historiker 395

Waldo von Ittling (um 1150), Ministeriale der Grafen von Bogen 142

Waldstein, Johann Josef, Graf von (1684 bis 1731) 242, 246

Wallenstein, Albrecht von, Herzog von Friedland (1583—1634) 199f., 215, 241

Wassura, Franz, Gymnasialdirektor in Olmütz (um 1850) 305

Watteroth, Heinrich Josef (1756—1819), Professor f. Reichsgeschichte, Statistik und pol. Wissenschaften 385

Weber, Ottokar (1860—1927), Historiker 17, 20, 23

Wechselmann, Johann Jakob, Berliner Spitzenfabrikant (um 1870) 207

Weinrich, Karl, Sachverständiger für Zuckerfabrikation (um 1850) 255

Weizsäcker, Wilhelm (1886—1961), Rechtshistoriker 27f.

Welser, Kaufherren 233

Wenzel I., König von Böhmen (1230 bis 1253) 115, 152ff., 160f., 173ff.

Wenzel II., König von Böhmen (1278 bis 1305) 17, 152f., 158, 164ff., 172

Wenzel III., König von Polen und Böhmen (1305—1306), König von Ungarn (1301—1305) 171

Wenzel IV., König von Böhmen (1378 bis 1419) 267, 269

Wenzel der Heilige († 929), böhmischer Herzog 260, 359

Wenzel, Ottomar, Spitzenhändler in Frankfurt/Main (um 1890) 207

Wernhard von Schaumburg (um 1250), böhmischer Adeliger 177f.

Wernhart (13. Jh.), Marstaller Woks von Rosenberg 195

Wernher von Schaumburg (um 1250), böhmischer Adeliger 189

Wertheimer, Wormser Adelsgeschlecht 242

Werunsky, Emil (1850—1930), Historiker 17, 21, 25f.

Wibiral, Karl, Gymnasialdirektor in Olmütz (um 1860) 305

Wiechowsky, Alexander (1831—1883), Gymnasialprofessor 11, 13, 18

Wilhelm von Pernstein (16. Jh.), böhmischer Adeliger 362

Wilhelm von Podiebrad (um 1250), böhmischer Adeliger 181

Wilhelm von Waldeck (um 1320), böhmischer Adeliger 169

Wilson, Thomas Woodrow (1856—1924), Präsident der Vereinigten Staaten (1913—1921) 328

Winzler, Zacharias Andreas, Spezialist für Eisengewinnung (um 1840) 252

Wiprecht, Graf von Groitzsch, Markgraf von Meißen und Lausitz (1123—1124) 151f.

Witigonen, böhmisches Adelsgeschlecht 115, 148, 154, 160, 164, 175f., 178, 180, 183, 187, 189, 192, 194ff.

Witiko von Gratzen (um 1250), böhmischer Adeliger 176

Witiko von Krummau (um 1250), böhmischer Adeliger 176, 188, 196

Witiko von Načeradetz (später von Krummau) (13. Jh.), böhmischer Adeliger 176

Witiko von Přiběnice (um 1235), böhmischer Adeliger 173, 189

Witiko d. Jüngere von Prtschitz (13. Jh.), böhmischer Adeliger 173, 175, 180, 186

Witiko von Rosenberg (13. Jh.), Sohn Woks von Rosenberg 196

Witte, Hans de († 1630), Finanzmann Wallensteins 241

Wladislaw I., Herzog und König von Böhmen (1109—1125) 114, 140, 142

Wladislaw II., Herzog und König von Böhmen (1140—1172) 140, 143f.

Wladislaw II., König von Böhmen (1471 bis 1516) 289

Wodword, englischer Maschinenfabrikant in Österreich (nach 1900) 246

Wok von Rosenberg (1220/30—1262), böhmischer Adeliger 173ff.

Wok, mährischer Unterkämmerer (um 1230) 175

Wolf, Spitzenfabrikant in Gottesgab (19. Jh.) 207

Wostry, Wilhelm (1877—1951), Historiker 23f., 26ff.

Wratislaw II., Herzog und König von Böhmen (1061/86—1092) 139, 152

Wyclif, John (ca. 1330—1384), Reformator 262f., 268, 396

Žáček, Jan (1849—?), Jurist, tschechoslowakischer Politiker, Land- und Reichstagsabgeordneter 298, 322, 353

Zahn, Josef von, Direktor des Steiermärkischen Landesarchivs (um 1890) 398f.

Zajiček, Johann, Bürgermeister in Proßnitz (um 1890) 334

Zápotocký, Ladislav (1852—1917), tschechischer sozialdemokratischer Politiker 521

Zatloukal, Pfarrer in Littau (um 1918) 320f.

Zatschek, Heinz (* 1901), Historiker 27f.

Zawisch, Witigone (um 1280), böhmischer Adeliger 165ff.

Zawisch von Nechanitz (um 1230), böhmischer Adeliger 176

Zebo, Mitglied der Olmützer Stadtverwaltung (um 1918) 291

Ziffer, deutscher Einwohner von Prerau (um 1900) 350

Zinzendorf und Pottendorf, Karl, Graf von (1739—1813), österreichischer Staatsminister 202

Zippe, Franz Xaver Maximilian (1791 bis 1863), Mineraloge 391f.

Zwiedineck von Südenhorst, Hans (1845 bis 1905), Historiker 393f.

Zycha, Adolf (1871—1948), Rechtshistoriker 23, 25

STICHWORTREGISTER
DER ABHANDLUNGEN UND MISZELLEN

Aachener Kongreß 249

Absolutismus, habsburgischer 214, 220, 238, 518

Adelsbesitz, mittelalterlicher 141, 144f., 154—164, 190, 195f.

Adelsgeschlechter 137—198

Alldeutsche 528

Antisemitismus 350f.

Arbeiterbewegung, Arbeiterunruhen, tschechische 517—521

Arbeiterorganisationen, tschechische 518—521

Archäologie, s. Bodenfunde

Architektur 261, 266

Aufklärung 221

Augsburger Religionsfrieden 217f.

Ausfuhr 207f., 501

Außenpolitik, tschechoslowakische 418—423

Austroslawismus 271

Banken, Bankhäuser 253, 285, 288—299

Barock 223, 241, 261

Befreiungskriege 222, 247, 259

Bergbau 239f., 251f., 501—503

Bildersturm 220

Bodenfunde, im Egerland 122—127

Böhmische Brüder 263

Bürgerschulen 294—297, 301, 335, 343, 346, 353

Burgenbau 145f., 151

Calvinismus 219f.

Carola-Francisca, s. Universität Graz

Chemische Industrie 254f., 504f.

Demokratie, parlamentarische 468—486, s. a. Volksdemokratie

Demokratischer Formalismus 479—486

Deutscher Bund 215

Donaumonarchie 217, 223, 239—259

Dorfformen, nordböhmische 87f.

Dreißigjähriger Krieg 199, 214f., 219, 280, 365f.

Eisenbahnbau 240, 252—254

Eisenbergbau 239

Eisenindustrie 252—254, 501

Emigration, tschechische 269f., kommunistische 444f.

Erbfolgekrieg, österreichischer 214, 221

Export der ČSSR 501

Familienverbindungen, adelige 139 bis 141, 151f., 170f., 174, 178

Febronianismus, s. Jansenismus

Fenstersturz, Prager 219

Feudalismus 226—232, 234f.

Fischerei, Fischzucht 361, 366, 380

Flurformen, nordböhmische 87f.

Flurnamen, nordböhmische 73—80

Französische Revolution 222, 271

Gegenreformation 215, 218—220, 352

Gemeindewahlen 287, 315f., 319—321, 329, 335f., 338, 340, 351, 353

Germanentheorie 117—120

Germanisierung 265

Geschichtsforschung, Geschichtsschreibung 22—29, 522—530

Gewerkschaften, kommunistische 429 bis 432, 440, 443f., sozialdemokratische 431

Glasindustrie 242
Glaubensfreiheit 218
Goldene Bulle 217, 266
Grazer Universität 384—401
Grenzen, Grenzlandschaften, Grenzwälder 113—117, 133
Grenzstreit 97, 114
Grundherrschaft 226—238
Gutswirtschaft 230—232, 366
Gymnasien 295, 301, 304—307, 341—343, 345f., 349, 352, 356

Handel 200—203, 205, 207f., 501
Handelskammerwahlen 339
Handelsschulen 295, 301, 312f., 335
Heimatforschung 24, 28
Historiographie 22—29, 522—530
Hussitenkriege 226, 229, 238, 361
Hussitismus, Hussitentum 218, 263, 267 bis 269, 271

Imperialismus 529f.
Industrie, Industrialisierung 199—213, 222f., 239—259, 322—324, 332, 498 bis 508
Industrieproduktion, der ČSSR 498
Innenpolitik, tschechoslowakische 410 bis 415
Irredenta 527—530

Jansenismus 221f.
Joannaeum 387f.
Josephinismus 221f.
Jungtschechen 519

Kaiserreich, Deutsches 216
Kapitalismus 226—243, 517
Kindergärten 303f.
Klassenkampf 227, 427, 521
Klimaverhältnisse 379—381
Klöppelorte 199—209
Klöppelschulen 202—208
Klöppeltechnik 210f.
Klostergründungen 143, 170, 182—189, 191, 194
Kohlenbergbau 251f., 501—503
Kolonisation, s. Landesausbau
Kolonisationstheorie 118—120
Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) 426—497,
Mitgliederbewegung 428f., 444—448,
Parteipolitik 472—490,
Sozialstruktur 433—438, 443, 446—449, 452—465
Kommunistische Parteikongresse 451, 453—458, 484
Kontinentalsperre 246f.
KPTsch, *s. Kommunistische Partei der Tschechoslowakei*
Kriege 192—194, 199, 214—216, 222, 226, 241, 247
Kulturäußerungen, tschechische 263f.
Kultureinflüsse, deutsche 260—263
Kulturgeschichte, tschechische 260—272
Kunst, böhmische 266f., s. a. Volkskunst
Kupferbergbau 239f.

Landesausbau 113f., 118, 142, 152f., 161f., 190f., 265, s. a. Siedlungsbewegung
Landesgeschichte, s. Siedlungsgeschichte
Landessprachen, in Nordböhmen 88—95
Landtagswahlen 337, 439f.
Landwirtschaftsproduktion 506f.
Lehrerbildungsanstalten 295, 301, 309 bis 311, 343
Leibeigenschaft 226f., 246
Leinenindustrie, s. Textilindustrie
Leninismus 479—486

Madjaren 270
Malerei 266f.
Maschinenindustrie, der ČSSR 501, 508
Massendemonstrationen 488—490
Matice školská (Schulverein) 285, 296, 308, 315, 319, 335
Merkantilismus 202, 242

Minderheiten, nationale 464f.

Mohács, Schlacht bei 214, 216

Münchner Abkommen 402, 404f., 408

Mundartforschung 105—108, s. a. Sprachwissenschaft

Národní jednota (nationaler Verein) 300, 317

Národní výbor (National-Ausschuß) 291, 293f., 326—328

Nationalbewußtsein 222f., 267—269

Nationale Kampf- und Schutzorganisationen 276—285, 315, 318, 322—324, 330, 333, 336f., 344, 353

Nationalismus 517—521, 530

Nationalitätenkampf, s. Volkstumsauseinandersetzungen

Nationalpartei, Deutsche 529

Nationalsozialismus 522—528

Nationalstaat, Nationalstaatsidee 263, 408—410

Nationalversammlung, Wahlen zur 427, 433f., 436—438, 440—442, 444, 450

Niederschlagsverhältnisse 369—374

Ortsgeschichtsforschung 13—15, 17, 21, 25

Ortsgründungen, nordböhmische 103—105

Ortsnamen, nordböhmische deutsch. Ursprungs 38—55,
Doppelnamen 71f.,
Eindeutschungen 55—64,
Entlehnungen, späte 64—67,
Mischnamen 66—71,
tschech. Ursprungs 33—38

Panslawismus 263, 271, 472—479

Parteien, s. kommunistische, sozialdemokratische, usw.

Parteien, tschechoslowakische 412—414

Parteikongresse, kommunistische 451, 453—458, 484

Parteipolitik, Kritik an der tschechischen 406—408
kommunistische 472—490

Personennamen, nordböhmische 80—86,
Familiennamen 81f.,
Rufnamen 83—86, 95f.

Prager Fenstersturz 219

Prager Frieden 215

Presse, Pressewesen, 279f., 519, 521

Pressestimmen aus der 2. Tschecho-Slowakischen Republik 402—425

Protestantismus 217f.

Realschulen 295, 301, 307—309, 323f., 335, 346, 352—355

Rechtsgeschichte 13, 161, 199

Reformation 217—220, 271

Reichsratswahlen 287, 337

Reliefintarsien 509—513

Religionsfrieden, Augsburger 217f.

Rodungstätigkeit 114, 147f., 265

Römisches Reich, Heiliges 215—217, 219, 222

Säkularisation 229

Schlachten 214—216

Schlesische Kriege 214, 221

Schriftsprache, tschechische 271f.

Schulen, Schulwesen 202—208, 284f., 294 bis 313, 321f., 323f., 330, 333, 335, 338, 341—346, 349—355

Siebenjähriger Krieg 214, 222

Siedlungsanfänge, des Egerlandes 121—124

Siedlungsbewegung, Siedlungstätigkeit 131—136, 142f., 147f., 190f.,
s. a. Landesausbau

Siedlungsgeographie 127f.

Siedlungsgeschichte, Siedlungsforschung 26, 112—136

Siedlungstheorien 117—120

Silberbergbau 239f.

Soldatenrat 291—293, 325

Sowjetisierung 468—491

Sozialdemokraten, sozialdemokratische Partei 338, 427, 433—438, 440—450, 520f.
Sozialgeschichte 225—238, 426—467
Spitzenexport 207f.
Spitzenhandel 200—203, 205, 207
Spitzenindustrie, Spitzenerzeugung 199—213
Spitzenindustrieorte 199—209
Spitzenkunst, Geschichte der 209f.
Sprachen, s. Landessprachen
Sprachgrenzen 47f., 79, 98—103
Sprachinseln 358f.
Sprachpflege, tschechische 261f.
Sprachwissenschaft 128—131, s. a. Mundartforschung
Staatsreform, mariatheresianische 221
Stadtgeschichtsforschung, s. Ortsgeschichtsforschung
Ständestaat, böhmischer 225—238
Stahlindustrie 252—254, 503—505
Staubecken 380f.
Steinkohlenbergbau, s. Kohlenbergbau
Sudetendeutsche Partei (SdP) 442

Technisierung, s. Industrialisierung
Teiche 361—375
Teichwirtschaft 234f., 362—366, 379f.
Textilindustrie 239—251, 256f.
Tracht, tschechische 262
Trockenheitsindex 375—378
Tschechisierung, Slawisierung, Umvolkung 121—123, 274—276, 286, 289, 303, 314—319, 332, 340, 347f., 355—357
Tschechoslowakei 426—508, 527—530, Erste Republik 427, 448f., Zweite Republik 402—425
Tuchindustrie, s. Textilindustrie
Türkenkriege 241

Umvolkung, s. Tschechisierung
Universität Graz 384—401
Universitätsgründung, Prager 266
Urbevölkerung Böhmens 117—121, 125

Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen 9—29, Konstituierung 10—13, Publikationen 14—18, 21f.
Vereine, nationale 276—285, 315, 318, 322—324, 330, 333, 336f., 344, 353
Verlagssystem 201—204
Volksdemokratie 263, 483, 486—491
Volkskunst, böhmische 509—513, tschechische 262
Volksschulen 294—297, 301, 335, 343, 346, 349, 351f.
Volkstumsauseinandersetzungen 275—359

Wahlen 287f., 315f., 319—321, 329, 335 bis 340, 346, 351f., 427, 433f., 436—442, 444, 450
Wahlrecht, freies 216
Weimarer Republik 216
Weißen Berg, Schlacht am 214f., 229, 238
Weltkrieg, Erster 215, 261, 290
Widerstandsbewegung, deutsche 522—530
Wiener Kongreß 222
Wirtschaftsgeschichte 225—259, 416 bis 418, 498—508
Wirtschaftskrise, tschechoslowakische 498—508
Wirtschaftspolitik, tschechoslowakische 416—418

Zeitgeschichte 426—508, 522—530
Žerotín (Musikverein) 274, 281, 285
Zuckerindustrie 255—257